

Insellagen?
Presse der Peripherie in der Revolution 1848/ 49
Konstanzer Zeitung, Neue Lübeckische Blätter und
Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
an der Universität Flensburg

vorgelegt im September 2011

von

Marco Prüss

Gutachter

Prof. Dr. Michael Ruck, Institut für Geschichte und ihre Didaktik, Universität Flensburg

Prof. Dr. Günter Helmes, Institut für Germanistik, Universität Flensburg

Tag der Disputation

10. Februar 2012

für Gerrit

1948 - 2010

Vorwort

Eine Vorlesung zur Vormärzliteratur hat mein Interesse im Wintersemester 2006/ 2007 für die Jahre der sogenannten „bürgerlichen Revolution“ 1848/ 49 geweckt. Die Vielfalt der seinerzeit geführten Diskussionen bietet aus meiner Sicht immer wieder überraschend Anknüpfungspunkte an das Zeitgeschehen: Sei es zur Bankenkrise in den USA, sei es zum europäischen Einigungsprojekt: Oftmals finden sich Fragen der Tagespolitik dem Grundsatz nach bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts erörtert.

Hierbei ist es der Blick auf das Kleine, auf die Basisebene politischer Geschichte, der vielfältig und bunt Ideen, Perspektiven und Lösungsmöglichkeiten bzw. -ansätze aufzeigt. Ein forschender Zugriff auf drei Regionen, auf drei Periodika, die auf den ersten Blick unterschiedlicher kaum sein könnten, zeigt Parallelen auf, zeigt aber auch, dass viele der „großen“ Themen der Zeit nur wenig Niederschlag in der regionalen Presse fanden.

Die nun vorliegende Arbeit entstand in einem gut drei Jahre währenden Prozess einer intensiven Auseinandersetzung mit Literatur und Quellen. Zur inhaltlichen Orientierung liegt ein umfassender Katalog mit Überschriften und ggf. kurzen Zusammenfassungen zu untersuchten wie nicht untersuchten Artikeln vor, der zum eigenständigen (Weiter-)Forschen einladen soll. Infolge des sachlich begründeten Zwangs zur Reduktion konnte ich nur schlaglichtartig dasjenige abbilden, was „die“ Revolution so interessant macht: die Vielfalt. Daher sollen meine Ausführungen zu einer weitergehenden Beschäftigung anregen, vielleicht auch unter spezifischeren Fragestellungen.

Neben meinem stets interessiert-kritischen Betreuer, Herrn Prof. Dr. Michael Ruck, gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Günter Helmes. Weiterhin habe ich dem Zentrum für Bildungsforschung der Universität Flensburg zu danken, das mir eine Anschubfinanzierung für das Dissertationsprojekt gewährte. Sowohl in finanzieller als auch in ideeller Weise hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung diese Arbeit gefördert, indem sie mir durch ein Promotionsstipendium die Möglichkeit eines fachübergreifenden Austausches eröffnete, mich in positiver Weise im Schreibprozess kontrollierte, mir nicht zuletzt aber auch die materielle Basis intensiver Forschungsarbeit zur Verfügung stellte. Mein Dank gilt ferner den vielen Menschen, die mich als Institution oder im Privaten in meinem Entschluss, diese Arbeit zu schreiben, bekräftigt und unterstützt haben.

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	i
	Einleitung	xv
0.1	Zum Forschungsstand	xx
0.2	Zur Quellenlage	xxii
0.3	Zur Methodik	xxiii
0.3.1	Einleitung und Kontextualisierung	xxiii
0.3.2	Grundsätzlicher Aufbau des Auswertungsteils	xxiv
0.3.3	Die quantitative Erfassung der <i>Konstanzer Zeitung</i> und der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	xxv
0.3.3.1	Wertungspunktsystem	xxvi
0.3.4	Zur inhaltlichen Auswertung der Untersuchungszeitungen	xxvii
0.3.4.1	Die Auswertung der <i>Konstanzer Zeitung</i> und der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	xxvii
0.3.4.2	Auswertung der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	xxviii
0.4	Begriffsdefinitionen	xxix
0.4.1	Abriss zur Entstehung einer politischen Öffentlichkeit durch die Presse	xxix
0.4.1.1	Das 18. Jahrhundert	xxix
0.4.1.2	Presse und Preßfreiheit bis zu den Karlsbader Beschlüssen (1819)	xxx
0.4.2	„Zeitschrift“ und „Zeitung“	xxxiii
0.4.2.1	Inhaltliche Aspekte	xxxiv
0.4.2.2	Aufbau und Format	xxxv
0.4.2.3	Zum Wesen und zur Entwicklung des vormärzlichen Preßwesens	xxxv
0.4.2.4	Entwicklungslinien der Jahre 1848/ 49	xxxvii
0.4.3	Intelligenz- und Amtsblätter als Formen der Lokalzeitung	xxxviii
0.4.4	Zu den Begriffen „Preßfreiheit“ und „Zensur“ und deren Bedeutung für die deutsche Presse bis 1848	xliv
0.4.5	Meldungen, Berichte, kommentierende Texte und Leitartikel als Textsorten	xlvi
A	Zur Berichterstattung der <i>Konstanzer Zeitung</i>	1
A.1	Vorbemerkungen zur Untersuchungsregion Konstanz gegen Ende der 1840er Jahre	1
A.1.1	Einleitende Bemerkungen	1
A.1.2	Zur Emanzipation der Juden in Konstanz	5
A.1.3	Kirchliche Diskussionsfelder	6
A.1.3.1	Zum Deutschkatholizismus	7
A.1.3.2	Entstehung einer deutschkatholischen Gemeinde in Konstanz	10
A.1.3.3	Die Petition des Landtagsabgeordneten Carl Zittel zur Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften	11
A.1.4	Politische und wirtschaftliche Liberalität	12
A.1.4.1	Politische Liberalität	12
A.1.4.2	Fragen der wirtschaftlichen Liberalität	14
A.1.4.2.1	Zum Stand der Industrialisierung in Baden	15

A.1.4.2.2	Die Agrarkrise 1845- 1847 in Konstanz und im Raum Lübeck/ Eutin	16
A.1.5	Zum Pressewesen in Baden	24
A.1.5.1	Von den 1830er Jahren bis zur Revolution: Der Exilantenverlag „Belle-Vue“ in Kreuzlingen	25
A.1.5.2	Zur Presselandschaft um Konstanz im Vormärz	26
A.1.5.2.1	Zum <i>Tagesherold</i> , der konservativen Zeitung in Konstanz	26
A.1.5.2.2	Radikale Presse in Konstanz: Josef Fickler und die <i>Seeblätter</i>	30
A.1.5.3	Zusammenfassung	33
A.1.6	Zur infrastrukturellen Anbindung des Seekreises	34
A.1.7	Zum Vereinswesen in Konstanz	35
A.1.7.1	Das „Casino“ - ein konservativer Verein in Konstanz	35
A.1.7.2	Das „Bürgermuseum“ in Konstanz: Liberaler Gegenentwurf zum konservativen „Casino“	36
A.1.7.2.1	Personelle Zusammensetzung des Bürgermuseums in Konstanz	37
A.1.7.2.2	Zum Selbstverständnis des Bürgermuseums	37
A.1.7.3	Der Konstanzer Hilfsverein	39
A.1.7.4	Das Sängerfest in Konstanz 1836 und der „Gesangverein am Bodensee“	40
A.2	Allgemeines zur <i>Konstanzer Zeitung</i>	40
A.2.1	Zu Verleger und Redakteur der <i>Konstanzer Zeitung</i>	40
A.2.2	Grundsätzliches zur <i>Konstanzer Zeitung</i> zur Jahreswende 1847/ 48	43
A.2.3	Zur Tendenz der <i>Konstanzer Zeitung</i> nach Einschätzung der Literatur	45
A.3	Quantitative Vorbemerkungen zur <i>Konstanzer Zeitung</i>	45
A.3.1	Allgemeines	45
A.3.2	Allgemeiner Verlauf der Berichterstattung der erfassten Kategorien	45
A.3.3	Übersicht zur Berichterstattung in den drei am höchst gewichteten Kategorien	46
A.3.4	Übernahmen aus anderen Blättern	47
A.3.4.1	Die <i>Allgemeine Zeitung</i> aus Augsburg (214 Nennungen)	50
A.3.4.2	Der <i>Schwäbische Merkur</i> (139 Nennungen)	52
A.3.4.3	Das <i>Frankfurter Journal</i> (114 Nennungen)	54
A.3.4.4	Die <i>Oberrheinische Zeitung</i> aus Freiburg (105 Nennungen)	54
A.3.4.5	Die <i>Karlsruher Zeitung</i> : ein Spiegel der revolutionären Entwicklung in Baden (101 Nennungen)	56
A.3.4.6	Die <i>Neue Freiburger Zeitung</i> (71 Nennungen)	57
A.3.4.7	Auswahl einiger anderer deutscher Zeitungen	57
A.3.4.7.1	Die <i>Frankfurter Oberpost-Amtszeitung</i> : Kurzer Abriss zum Inhalt und zur Bedeutung des Blattes für die <i>Konstanzer Zeitung</i> (33 Nennungen)	57
A.3.4.7.2	Die <i>Deutsche Zeitung</i> (24 Nennungen)	59
A.3.4.7.3	Das <i>Mannheimer Abendblatt</i> (10 Nennungen)	62
A.4	Zur inhaltlichen Auswertung der <i>Konstanzer Zeitung</i>	63
A.4.1	Auswertung der Kategorie „Jüdische Bürger“	63
A.4.1.1	Vorbemerkung	63
A.4.1.2	Die Kategorie „Jüdische Bürger“ gegen Ende des Vormärz	63
A.4.1.3	Die Berichterstattung bis in den Sommer 1848: Von den Märzrevolten bis zur Paulskirche	64
A.4.1.4	Parlamentarische Auseinandersetzungen zur Emanzipation um die Jahreswende 1848/ 49	66

A.4.1.5	Die Judenemanzipation vor dem Hintergrund der politischen Revision 1850	66
A.4.1.6	Zusammenfassende Rückschau	67
A.4.2	Auswertung der Kategorie „Kirchliches“	67
A.4.2.1	Vorbemerkungen	67
A.4.2.2	Die Berichterstattung zu kirchlichen Themen gegen Ende des Vormärzzeitraums	68
A.4.2.3	Berichterstattung vor dem Hintergrund der Märzrevolution bis in den Sommer 1848	69
A.4.2.4	Zur Trennung von Kirche und Schule	71
A.4.2.5	Wiederaufnahme und Inhalte der Berichterstattung nach Ende des III. Badischen Aufstandes	72
A.4.2.6	Stellung der <i>Zeitung</i> zu den katholischen Vereinen und zum Ende der Deutschkatholiken	73
A.4.2.7	Zusammenfassende Rückschau	74
A.4.3	Wirtschaftliche und politische Liberalität in der <i>Konstanzer Zeitung</i>	75
A.4.3.1	Vorbemerkungen	75
A.4.3.2	Auf dem Weg in die Revolution? Die Berichterstattung im IV. Quartal 1847	76
A.4.3.3	Vom Jahresrückblick in die Märzrevolution: Das I. Quartal 1848 aus Sicht der <i>Konstanzer Zeitung</i>	78
A.4.3.4	Proletarische Artikel in der <i>Konstanzer Zeitung</i> : Beginn einer nachhaltigen Radikalisierung? Die Berichterstattung zum Arbeiteraufstand in Paris im Juni 1848	81
A.4.3.5	Nation und Nationalität im Spiegel des Sommers 1848	82
A.4.3.6	Die Positionierung der <i>Konstanzer Zeitung</i> zu Zeitfragen im IV. Quartal 1848	84
A.4.3.7	Zwischen Reform und Revision: Die <i>Konstanzer Zeitung</i> im I. Quartal 1849	85
A.4.3.8	Die Berichterstattung zur III. Badischen Erhebung in der Kategorie „Liberalität“	87
A.4.3.9	„Liberalität“ im Zeichen der Konterrevolution?	89
A.4.3.10	Die Aufarbeitung der III. Badischen Erhebung im Zeichen der politischen Restauration	90
A.4.3.11	Zusammenfassende Rückschau	96
A.4.4	„Militärisches“ in der <i>Konstanzer Zeitung</i>	98
A.4.4.1	Vorbemerkungen	98
A.4.4.2	Der Schweizer Sonderbundkrieg	98
A.4.4.3	Vom Vormärz in die Revolution: „Militärisches“ im I. Quartal 1848	99
A.4.4.4	Die Auswirkungen der Revolution auf den Bereich „Militärisches“	102
A.4.4.5	Fortsetzung der Berichterstattung über den Konflikt mit Dänemark	103
A.4.4.6	Maßnahmen der Reichsgewalt in Bezug auf militärische Fragen	105
A.4.4.7	In Erwartung einer militärischen Fortsetzung des Konfliktes mit Dänemark	107
A.4.4.8	Der erneute Beginn des Krieges gegen Dänemark und die III. Badische Erhebung im Spiegel der <i>Konstanzer Zeitung</i>	108
A.4.4.9	Die Kategorie „Militärisches“ im Zeichen der Restauration	112
A.4.4.10	Die Auswirkung der Besetzung Badens und der Fortgang des Dänemarkkrieges Ende 1849	114
A.4.4.11	Das I. Quartal 1850: Die Revisionspolitik im Bereich „Militärisches“	115

A.4.4.12	Zusammenfassende Rückschau	117
A.4.5	Die Thematik „Presse“ und Preßfreiheit“ im Spiegel der <i>Konstanzer Zeitung</i>	118
A.4.5.1	Vorbemerkungen	118
A.4.5.2	Die Diskussion vor dem Erlass der „Preßfreiheit“	119
A.4.5.3	Vom Erlass der Preßfreiheit bis zum III. Quartal 1848: Eine Zeit des Aufbruchs?	120
A.4.5.4	Die zweite Jahreshälfte 1848: Neue Preßprozesse als Folgen der „Preßfreiheit“? Die <i>Konstanzer Zeitung</i> und die fortgesetzte Verfolgung kritischer Redakteure	121
A.4.5.5	Die Preßfreiheit nach Verabschiedung der Grundrechte des Deutschen Volkes	124
A.4.5.6	Die Auswirkungen der III. Badischen Erhebung auf Fragen der Preßfreiheit	124
A.4.5.7	Berichterstattung in der Restaurationszeit nach Niederlage der Revolution	125
A.4.5.8	Die Berichterstattung zur Preßfreiheit zu Beginn des Jahres 1850	128
A.4.5.9	Zusammenfassende Rückschau	129
A.4.6	Berichterstattung in der Kategorie „Revolutionäres“	130
A.4.6.1	Vorbemerkungen	130
A.4.6.2	Die „Märzereignisse“ im Spiegel der <i>Konstanzer Zeitung</i>	130
A.4.6.3	Vom Beginn der Beratungen der Nationalversammlung bis zum Vorabend der II. Badischen Erhebung, dem „Struvezug“	139
A.4.6.4	Der „Struvezug“ aus Sicht der <i>Konstanzer Zeitung</i>	143
A.4.6.5	Weitere Unruhen und Erhebungen sowie die Politik der Nationalversammlung bis zur Jahreswende 1848/ 49 im Spiegel der <i>Konstanzer Zeitung</i>	145
A.4.6.6	Die Übertragung der Kaiserwürde an den preußischen Monarchen	148
A.4.6.7	Die Reichsverfassungskampagne und der III. Badische Aufstand: Das II. Quartal 1849	149
A.4.6.8	Von Rastatt nach Berlin: Sicherung der Märzerrungenschaften im Bündnis mit den alten Mächten? Zur Berichterstattung bis zum Ende des Untersuchungszeitraums	156
A.4.6.9	Zusammenfassende Rückschau	159
A.4.7	Zur Kategorie Transportwesen	160
A.4.7.1	Vorbemerkungen	160
A.4.7.2	Die Berichterstattung gegen Ende des Vormärzzeitraums	160
A.4.7.3	Die Berichterstattung zu Eisenbahnanschlüssen infolge des „Struvezugs“	161
A.4.7.4	Zur Berichterstattung zwischen September 1849 und März 1850	163
A.4.7.5	Zusammenfassende Rückschau	164
A.4.8	Fragen der Verfassung (Staats- und Justizordnung) im Spiegel der <i>Konstanzer Zeitung</i>	164
A.4.8.1	Vorbemerkungen	164
A.4.8.2	Der Einsatz des Blattes für Schwurgerichte und konstitutionelle Ordnungen: Vom Herbst 1847 bis in den Frühling des Revolutionsjahres	165
A.4.8.3	Reformdiskussionen vor dem Hintergrund der „verrechtlichten Revolution“	168
A.4.8.4	Die erste Jahreshälfte 1849: Diskussion und Beschluss der badischen Justizreform	170

A.4.8.5	Die Diskussion am Vorabend der III. Badischen Erhebung	171
A.4.8.6	Folgen des reaktionären Sieges: Zur neuerlichen Diskussion der Justizordnung im Herbst/ Winter 1849/ 50	172
A.4.8.7	Zur Berichterstattung über die Unionspläne Preußens	173
A.4.8.8	Zusammenfassende Rückschau	175
A.4.9	Zur Berichterstattung in der Kategorie „Vereinswesen“	176
A.4.9.1	Vorbemerkungen	176
A.4.9.2	Die Berichterstattung bis zum Ende des Vormärzzeitraums	176
A.4.9.2.1	Die Konstanzer Revolutionsvereine und die <i>Zeitung</i>	177
A.4.9.3	Das Vereinswesen vom Zusammentritt der Nationalversammlung bis zum Jahresende 1848	178
A.4.9.4	Vom Wiedererstarken der demokratischen Volksvereine bis zum Sieg der Reaktion in der III. Badischen Erhebung: Die Berichterstattung zwischen Januar und August 1849	181
A.4.9.5	Von der Niederlage der Revolution bis ins Frühjahr 1850	184
A.4.9.6	Zusammenfassende Rückschau	186
A.4.10	Zur Berichterstattung der <i>Konstanzer Zeitung</i> im Bereich „Wahlen und Abstimmungen“	187
A.4.10.1	Vorbemerkungen	187
A.4.10.2	Form und Inhalt der Darstellung bis zum Ende des Vormärzzeitraums	188
A.4.10.3	Berichterstattung zum Thema „Wahlen“ im Zeichen der Märzereignisse	189
A.4.10.4	Die Abstimmungen zur Nationalversammlung aus Sicht der <i>Konstanzer Zeitung</i>	190
A.4.10.5	Im Zeichen scheinbarer Stabilität: Das zweite Halbjahr 1848	192
A.4.10.6	Vom preußischen Verfassungsoktroi bis zur III. Badischen Erhebung: Die Berichterstattung zur Kategorie „Wahlen“ zwischen Januar und Juli 1849	193
A.4.10.7	Die Berichterstattung zu Wahlen im Zeichen der Restauration: Das III. Quartal 1849	195
A.4.10.8	Von den Kammerwahlen in Baden und Sachsen bis zur Abstimmung über das Volkshaus der „Deutschen Union“: Von Oktober 1849 bis zum Ende Untersuchungszeitraums	196
A.4.10.9	Zusammenfassende Rückschau	199
A.5	Fazit zur Berichterstattung der <i>Konstanzer Zeitung</i>	200
B	Zur Berichterstattung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	205
B.1	Erläuternde Vorbemerkungen zu regionalgeschichtlichen Spezifika in Bezug auf die politische Situation der freien Stadt Lübeck vor Beginn der Revolution	205
B.1.1	Allgemeines zu Lübeck	205
B.1.2	Zur Emanzipation der Juden Lübecks	205
B.1.3	Die wirtschaftliche Lage der Stadt zwischen 1800 und 1850	207
B.1.3.1	Zusammenfassung	208
B.1.3.2	Politische Maßnahmen zur Stärkung von Industrie und Handel im Vormärz	209
B.1.4	Lübecks Militär	210
B.1.4.1	Der Krieg gegen Dänemark	210
B.1.5	Zur Presselandschaft in Lübeck	210
B.1.5.1	Die <i>Lübeckischen Anzeigen</i>	211

B.1.5.2	Der <i>Lübecker Bürgerfreund</i>	211
B.1.5.3	Der <i>Lübecker Volksfreund</i>	213
B.1.5.4	Der <i>Lübecker Korrespondent. Abendblatt und Anzeiger</i>	213
B.1.5.5	Der <i>Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn</i>	216
B.1.5.6	Die <i>Lübecker Zeitung</i>	219
B.1.6	Vorbemerkungen zu den Märztagen in Lübeck	219
B.1.7	Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt)	220
B.1.8	Vorbemerkung zur Verfassungsdiskussion in Lübeck	221
B.1.8.1	Die Aprilverfassung 1848: Eine Vormärzkonstitution wird im Zeichen der Revolution in Kraft gesetzt	221
B.1.8.2	Bis zur Trennung von Justiz und Administration	221
B.1.9	Vorbemerkungen zum Vereinswesen	222
B.1.9.1	Zur „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“	222
B.1.9.1.1	Grundlagen	222
B.1.9.1.2	Entwicklung der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ seit ihrer Gründung als Lesegesellschaft	222
B.1.9.1.3	Die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ (Gemeinnützige) im Vergleich zum Konstanzer Bürgermuseum	223
B.1.9.1.3.1	Zur Gemeinnützigen in Lübeck	223
B.1.9.1.3.2	Mitgliederstärke der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“	225
B.1.9.1.3.3	Zusammensetzung der Mitgliederschaft der Gemeinnützigen zwischen 1795 und 1848	226
B.1.9.1.3.4	Vergleich der Mitgliederzusammensetzung der Gemeinnützigen und des Bürgermuseums	227
B.1.9.2	Sängervereine und das Lübecker Sängerfest 1847	228
B.1.9.3	Die Germanistenversammlung in Lübeck	229
B.1.9.4	Religiös geprägte Vereine in Lübeck	229
B.1.9.5	Gesellige Vereine	230
B.1.9.6	Die „Jung-Lübeck-Bewegung“	230
B.2	Vorbemerkungen zu den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i>	231
B.2.1	Die Anfänge der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	231
B.2.2	Allgemeines zu den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i>	234
B.3	Quantitative Vorbemerkungen zu den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i>	235
B.3.1	Allgemeines	235
B.3.2	Zum Umfang der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	235
B.3.3	Allgemeiner Verlauf der Berichterstattung der erfassten Kategorien	236
B.3.4	Übersicht zur Berichterstattung in den drei am höchsten gewichteten Kategorien	236
B.3.5	In den <i>Blättern</i> zitierte Zeitungen	237
B.3.5.1	Die <i>Börsen-Halle. Hamburgische Abend-Zeitung für Handel, Schiffahrt und Politik</i>	237
B.4	Zur inhaltlichen Auswertung der <i>Blätter</i>	238
B.4.1	Auswertung der Kategorie „Jüdische Bürger“	238
B.4.1.1	Vorbemerkungen	238
B.4.1.2	Die Kategorie „Jüdische Bürger“ gegen Ende des Vormärz'	238
B.4.1.3	Das Thema „Judenemanzipation“ bis zum Jahresende 1848	240

B.4.1.4	Die Diskussion zu den Folgen der absehbaren vollständigen Emanzipation der Juden: Zur Frage der Sonntagsruhe	241
B.4.1.5	Zusammenfassende Rückschau	242
B.4.2	Auswertung der Kategorie „Kirchliches“	242
B.4.2.1	Vorbemerkungen	242
B.4.2.2	Die Kategorie „Kirchliches“ im Winterhalbjahr 1847/ 48	243
B.4.2.3	„Kirchliches“ bis Ende des Jahres 1848: Die Auswirkungen der revolutionären Erhebungen	245
B.4.2.4	Probleme der musischen Gestaltung der Gottesdienste statt Verfassungsdiskussionen: Zur Berichterstattung im II. Halbjahr 1848	246
B.4.2.5	Die Monate Januar bis August 1849 im Spiegel der Kategorie „Kirchliches“: Zur Trennung von Kirche und Staat	247
B.4.2.6	„Kirchliches“ in der Restauration: Vom September 1849 bis Ende März 1850	251
B.4.2.7	Zusammenfassende Rückschau	254
B.4.3	Wirtschaftliche und politische Liberalität in den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i>	255
B.4.3.1	Vorbemerkungen	255
B.4.3.2	Inhaltliche Auswertung: Fragen der wirtschaftlichen und politischen Liberalität zum Ende des Vormärz‘	256
B.4.3.3	Zwischen Vormärz und Revolution: „Liberalität“ im I. Quartal 1848	257
B.4.3.4	Rechtsordnung und Handel: Diskussionen im Sommer 1848	263
B.4.3.5	Zur Berichterstattung im Winterhalbjahr 1848/ 49	265
B.4.3.6	Reformdiskussionen in der ersten Jahreshälfte 1849: Fortsetzen des Angeschobenen oder Restauration?	268
B.4.3.7	Zwischen Frankfurt und Gotha: Loyalität versus pragmatische Politik: Vom Ende der Reichsverfassungskampagne bis zum Zusammentritt des Unionsparlaments	276
B.4.3.8	Zur Berichterstattung im I. Quartal 1850	281
B.4.3.9	Zusammenfassende Rückschau	286
B.4.4	Zur Berichterstattung zu Themenstellungen der Kategorie „Militärisches“	288
B.4.4.1	Vorbemerkungen	288
B.4.4.2	„Militärisches“: Diskussionen auf Grundlage der veränderten außenpolitischen Lage: Zur Berichterstattung vom Mai 1848 bis zur Jahreswende	288
B.4.4.3	„Militärisches“ im I. Halbjahr 1849: Zwischen Loyalitätskonflikten und Dänemarkkrieg	291
B.4.4.4	Vom 2. Halbjahr 1849 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums: Fragen der Militärstellung und des Dänemarkkonfliktes als Ausfluss des deutschlandpolitischen Diskurses	292
B.4.4.5	Zusammenfassende Rückschau	297
B.4.5	Zur Berichterstattung zu Themenstellungen der Kategorie „Presse“	298
B.4.5.1	Vorbemerkungen	298
B.4.5.2	Das Intelligenzprivileg und die Preßfreiheit als Gegenstände der Diskussion: Zur Berichterstattung im 1. Halbjahr 1848	299
B.4.5.3	Zur neuerlichen Diskussion über die Preßgesetzgebung im Winterhalbjahr 1848/ 49	304
B.4.5.4	Die Position der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i> zur Gründung der <i>Lübecker Zeitung</i>	305

B.4.5.5	Zur neuerlichen Diskussion über die <i>Lübecker Zeitung</i> im Sommer 1849	306
B.4.5.6	Vom Juli 1849 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums: Das Lübecker Preßgesetz im Zeichen bundesweiter Revision	307
B.4.5.7	Zur Berichterstattung im I. Quartal 1850: Fortsetzung der Erörterung zur <i>Lübecker Zeitung</i>	308
B.4.5.8	Zusammenfassende Rückschau	309
B.4.6	Zur Berichterstattung zu Themenstellungen der Kategorie „Revolutionäres“	310
B.4.6.1	Vorbemerkungen	310
B.4.6.2	Die Märzereignisse und ihr Widerhall in den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i> : Vom Beginn der Revolution bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung	311
B.4.6.3	Zur Berichterstattung im Sommer 1848: Zum Minderheitenproblem bei der Nationalstaatsgründung und zur Einsetzung des Reichsverwesers	316
B.4.6.4	Reform oder Restauration: Lübeck am Scheideweg: Zur Berichterstattung zwischen September 1848 und dem Jahresende	317
B.4.6.5	Zum Oktoberaufstand in Lübeck	318
B.4.6.5.1	Vorbemerkungen	318
B.4.6.5.2	Zur Berichterstattung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i> zum Oktoberaufstand	319
B.4.6.6	Das Scheitern der Kaiserkrönung: Zur Berichterstattung vom Januar 1849 bis zum Ende des III. Badischen Aufstandes	322
B.4.6.7	Zusammenfassende Rückschau	324
B.4.7	Zur Berichterstattung in der Kategorie „Transportwesen“	326
B.4.7.1	Vorbemerkungen	326
B.4.7.2	Oktober 1847 bis April 1848: Die „Eisenbahnangelegenheit“ im Spiegel der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	326
B.4.7.3	Auswirkungen des Dänemarkkonfliktes auf die Berichterstattung zum Transportwesen: Vom Mai 1848 bis zum Jahresende	329
B.4.7.4	Zu Travevertiefung und Eisenbahnbau: Das „Transportwesen“ zwischen Januar 1849 und dem Ende des Badischen Aufstandes	330
B.4.7.5	Zur Berichterstattung nach „Schließung“ der Revolution: Vom Herbst 1849 bis in den Frühling 1850	332
B.4.7.6	Zusammenfassende Rückschau	335
B.4.8	Zur Berichterstattung in der Kategorie „Verfassung“ (Staats- und Justizordnung)	336
B.4.8.1	Vorbemerkungen	336
B.4.8.2	Die Diskussion zur Staats- und Justizordnung zwischen Oktober 1847 und März 1848	337
B.4.8.3	Von der Verabschiedung der Aprilverfassung bis in den Sommer 1848: Schließung der Revolution noch vor ihrem Beginn?	345
B.4.8.4	Von der „Lübecker Oktoberrevolution“ bis zum Beschluss der neuen Verfassung Lübecks	350
B.4.8.5	Das I. Halbjahr 1849: Zum Fortgang der Reformdiskussionen über das Selbstergänzungsrecht des Senats und der Gewaltenteilung	354
B.4.8.6	Von der Reform zur Revision? Lübeck am Scheideweg: Zur Berichterstattung vom III. Quartal 1849 bis in den März 1850	359
B.4.8.7	Zusammenfassende Rückschau	368
B.4.9	Zur Berichterstattung über und von Vereinen	370

B.4.9.1	Vorbemerkungen	370
B.4.9.2	Zur Berichterstattung der <i>Blätter</i> zwischen Oktober 1847 und März 1848: Zur Germanistenversammlung in Lübeck und zum Streit über eine Gesellenvereinigung	371
B.4.9.3	Zu den Auswirkungen der Revolution und ihrer Früchte auf das Vereinswesen: Das II. und III. Quartal 1849	373
B.4.9.4	Zum Ende der Berichterstattung zum Vereinswesen	376
B.4.9.5	Zusammenfassende Rückschau	377
B.4.10	Zur Berichterstattung über Artikel der Kategorie „Wahlen“	378
B.4.10.1	Vorbemerkungen	378
B.4.10.2	„Wahlen“ im Zeichen der Märzrevolution: Zur Berichterstattung im I. Halbjahr 1848	379
B.4.10.2.1	Vorbemerkung: Die Wahlen zur Nationalversammlung	380
B.4.10.2.2	Fortsetzung der Diskussion zum Wahlrecht für die Lübecker Bürgerschaft	381
B.4.10.3	Zur Wahlrechtsdebatte zwischen September und Dezember 1848 aus Sicht der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	384
B.4.10.4	Zur Berichterstattung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i> zur Wahl der Bürgerschaft sowie zur Verabschiedung des Reichswahlgesetzes: Das I. Quartal 1849	388
B.4.10.5	Zur Berichterstattung über die Kaiserwahl und die Zurückweisung der Krone durch den Preußenkönig: Das II. Quartal 1849	389
B.4.10.6	Zur Berichterstattung über die Deutsche Union - die <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i> zwischen Loyalität zur Nationalversammlung und Pragmatismus	390
B.4.10.7	Zusammenfassende Rückschau	394
B.5	Fazit zur Berichterstattung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	395
C	Zur Berichterstattung der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	401
C.1	Vorbemerkungen zum Fürstentum Lübeck	401
C.1.1	Zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Eutinischen (1803- 1847)	401
C.1.2	Rahmendaten zur Konfessionalität im Eutinischen	403
C.1.3	Vorbemerkungen zur wirtschaftlichen und politischen Lage des Fürstentums Lübeck: „Plöner Vertrag“ (1842), Postallianz (1839) und Zollunion: Eutin zwischen Deutschland und Dänemark	403
C.1.4	Militärisches im Fürstentum Lübeck	404
C.1.5	Zur Zensur sowie zur Presselandschaft	405
C.1.5.1	Die <i>Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek</i>	406
C.1.5.2	Die 1848er Revolution aus den Augen eines Intelligenz- bzw. Amtsblattes: Betrachtung einiger Vergleichszeitungen	409
C.1.5.2.1	Das <i>Nordhäuser Intelligenz-Blatt</i> , eine Neugründung im April 1848	409
C.1.5.2.2	Das <i>Ravensberger Volksblatt</i> , eine Beilage des <i>Öffentlichen Anzeigers für die Grafschaft Ravensberg</i> und andere Lokalblätter	411
C.1.5.2.3	<i>Der Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg</i> : die Ereignisse des Jahres 1848 aus Sicht eines Anzeigenblattes im Herzogtum Mecklenburg-Strelitz	414

C.1.5.2.4	Zusammenfassung	416
C.1.6	Vorbemerkungen zum revolutionären Potential in der Kleinstadt	417
C.1.6.1	Politische Situation Oldenburgs im Vormärz	420
C.1.6.2	Situation im Fürstentum Lübeck	421
C.1.7	Die Verfassungsfrage im Großherzogtum Oldenburg	425
C.1.8	Vorbemerkungen zum Eutiner Vereinswesen	425
C.1.8.1	Lesevereine im Eutinischen	427
C.1.8.2	Die Eutiner Bibelgesellschaft	428
C.1.8.3	Der Eutiner „Verein zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“	428
C.1.8.4	Der „Eutiner Bürgerverein“: Entstehung und Entwicklung	430
C.1.8.5	Der Eutiner Enthaltensamkeitsverein	432
C.1.8.6	Die Eutiner Liedertafel	432
C.1.8.6.1	Das Schwartauer Volksfest von 1846	433
C.1.8.7	Zusammenfassung	433
C.2	Zur Untersuchungszeitung: Die <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i> von ihrer Gründung bis 1848	433
C.2.1	Zur politischen Ausrichtung des Herausgebers der <i>Wöchentlichen Anzeigen</i>	437
C.2.2	Zusammenfassung	440
C.3	Quantitative Zusammensetzung der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	441
C.3.1	Ausgangslage: Die <i>Anzeigen</i> in letzten Vormärzquartal	442
C.3.2	Übersicht zum Verlauf der Berichterstattung nach Kategorien	442
C.3.3	Zu den Auswirkungen der Märzereignisse auf die Zeitungszusammensetzung im Jahr 1848	443
C.3.4	Erste Zusammenfassung	444
C.3.5	Quantitativer Anteil der Vereinsinserate am Gesamttext der <i>Anzeigen</i>	445
C.3.5.1	Übersicht zu sämtlichen in den <i>Wöchentlichen Anzeigen</i> inserierenden Vereinen	445
C.3.5.2	Zusammenfassung der Anzeigenanteile nach Maßgabe des Betätigungsschwerpunktes	446
C.4	Inhaltliche Auswertung der Berichterstattung	447
C.4.1	Die Berichterstattung zu kirchlichen Fragestellungen in den <i>Anzeigen</i>	447
C.4.1.1	Zusammenfassende Rückschau	449
C.4.2	Zur Berichterstattung der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i> im Bereich „Militärisches“	449
C.4.2.1	Nationale Begeisterung oder unbeteiligtes Abwarten: Zur Berichterstattung zwischen März und Juni 1848	450
C.4.2.2	„Beschuß und Bitte des Ausschusses für die Deutsche Flotte“ und Hilfsvereine für die Soldaten und deren Angehörige: Zum Engagement der Eutiner für die „deutsche Sache“	452
C.4.2.3	Vom Waffenstillstand von Malmö bis zur Wiederaufnahme der Auseinandersetzungen: „Militärisches“ zwischen Oktober 1848 und Mai 1849	456
C.4.2.4	Zur Berichterstattung im Zeichen des erneut aufflammenden Dänemarkkonfliktes zwischen Mai 1849 und dem Ende des Untersuchungszeitraums	459

C.4.2.5	Zusammenfassende Rückschau	461
C.4.3	Zur Berichterstattung im Bereich „Politisches“	462
C.4.3.1	Zu den Inhalten der <i>Anzeigen</i> gegen Ende des Jahres 1847	462
C.4.3.2	Volksbibliotheken: Ein Segen für die Gesellschaft? Die <i>Anzeigen</i> zwischen Vormärz und Revolutionsbeginn	464
C.4.3.3	Die Märzereignisse und ihr Widerhall in den <i>Anzeigen</i>	465
C.4.3.4	Zur Diskussion um das Verhältnis des Fürstentums Lübeck zum oldenburgischen Staat	468
C.4.3.5	Zur Wahl des verfassungsberatenden 34er-Gremiums	471
C.4.3.6	Juni bis September 1848: Die Blütezeit der Paulskirchenversammlung und der Widerhall der Ereignisse in den <i>Anzeigen</i>	479
C.4.3.6.1	Zum Protokoll der Neudorfer Volksversammlung vom 9. Juli 1848 und der weiteren Entwicklung im Eutinischen	483
C.4.3.7	Die Eröffnung des oldenburgischen Landtags aus Sicht der <i>Anzeigen</i>	491
C.4.3.8	Soziale Fragestellungen in den <i>Anzeigen</i> : Die Arbeitslosenproblematik	493
C.4.3.9	Zum Septemberaufstand 1848 in den <i>Anzeigen</i>	495
C.4.3.10	Eine Politisierung in Eutin? Das IV. Quartal 1848 in den <i>Anzeigen</i>	496
C.4.3.10.1	Die Diskussion um das Fürstenveto und die Provinziallandtage	499
C.4.3.11	Zur Berichterstattung im ersten Halbjahr 1849: Die <i>Anzeigen</i> auf dem Scheideweg zwischen Konservatismus und Reform	505
C.4.3.11.1	Der Abschluss der Verfassung für das Großherzogtum Oldenburg aus Sicht der <i>Anzeigen</i> im 1. Halbjahr 1849	507
C.4.3.11.2	Die <i>Anzeigen</i> und das Scheitern der Nationalversammlung	510
C.4.3.12	Die Berichterstattung zu politischen Fragen in den <i>Anzeigen</i> von Juli 1849 bis zum Jahresende	511
C.4.3.12.1	Der Streit um den Beitritt zur Deutschen Union im Spiegel der <i>Anzeigen</i>	513
C.4.3.13	Zur Berichterstattung der <i>Anzeigen</i> im I. Quartal 1850	517
C.4.3.13.1	Zum fortgesetzten Verfassungskonflikt über den Beitritt Oldenburgs zur Deutschen Union im Spiegel der <i>Anzeigen</i> von Januar bis März 1850	517
C.4.3.13.2	Berichterstattung zu Themen außerhalb des Verfassungskonflikts: Januar bis März 1850	521
C.4.3.14	Zusammenfassende Rückschau	521
C.4.4	Die Berichterstattung der <i>Anzeigen</i> zum Vereinswesen	525
C.4.4.1	Das Eutiner Vereinswesen im IV. Quartal 1847	525
C.4.4.2	Bemerkungen zur Berichterstattung über das Vereinswesen im Jahr 1848	526
C.4.4.3	Das Vereinswesen im zweiten Revolutionsjahr	527
C.4.4.4	Die Eutiner Vereine zu Beginn der 1850er Jahre	529
C.4.4.5	Zusammenfassende Rückschau zum Bereich „Vereine“	530
C.5	Fazit zur Berichterstattung der <i>Wöchentlichen Anzeigen</i>	530
D	Gesamtfazit	532
E	Literatur	537
E.1	Sekundärliteratur	537
E.2	Quellen	547
E.2.1	Untersuchungszeitungen	547
E.2.2	weitere Zeitungen/ Zeitschriften/ Kalender	548

E.2.3	Literatur/ Quellen vor 1950	550
F	Anlage	
	Grunddaten für die <i>Konstanzer Zeitung</i>	I
	<i>Konstanzer Zeitung</i> : Nachweis zu Themen, Angabe des Verfassers und Position der Artikel in der Zeitung	II
	Übersicht zur inhaltlichen Zusammensetzung der <i>Konstanzer Zeitung</i> nach Quartalen	CLXXXVIII
	Zusammenfassende Übersicht der zitierten Zeitungen in der <i>Konstanzer Zeitung</i>	CLXXXIX
	Einzelaufstellung aller Textnachweise in den untersuchten Ausgaben der <i>Konstanzer Zeitung</i> nach Ausgaben und Abkürzungen	CXC
	Grunddaten der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>	CCXVIII
	<i>Neue Lübeckische Blätter</i> : Nachweis zu Themen, Angabe des Verfassers und Position der Artikel in der Zeitung	CCXIV
	Übersicht zur inhaltlichen Zusammensetzung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i> nach Quartalen	CCLXVII
	Vergleichende Darstellung zur Intensität der Berichterstattung in den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i> und der <i>Konstanzer Zeitung</i>	CCLXVIII
	Harmonisierte Vergleichsdarstellung der Berichterstattung in den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i> und der <i>Konstanzer Zeitung</i>	CCLXIX
	Durchschnittliche Zusammensetzung der <i>Konstanzer Zeitung</i> IV. Quartal 1847 - I. Quartal 1850	CCLXX
	Durchschnittliche Zusammensetzung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i> IV. Quartal 1847 - I. Quartal 1850	CCLXXI
	Nennung von Zeitungen/ Lexika in den <i>Neuen Lübeckischen Blättern</i>	CCLXXII
	Zahl der Nennungen zitierter Zeitungen/ Lexika	CCLXXIII
	Übersicht zu den Verfassern: <i>Neue Lübeckische Blätter</i>	CCLXXIV
	Grunddaten der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	CCLXXVI
	Quantitative Zusammensetzung der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	CCLXXVI
	<i>Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i> : Gesamtnachweis der Themen, Angabe des Verfassers und Position der Artikel	CCLXXVII
	Auswertung der Kategorie „Gemeinnütziges“ nach inhaltlichen Schwerpunkten	CCCIX
	Nachweis der Texte in den „gemeinnützigen Nachrichten“ ohne Berücksichtigung inhaltlich vergleichbarer Nachrichten, die im Original nicht kategorisiert sind	CCCXIII
	Übersicht: Nachweis der Quelle bzw. des Verfassers	CCCXVI
	Vereine in den <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	CCCXVII
	Preisentwicklung für Roggen und Weizen in Konstanz nach Veröffentlichung der <i>Konstanzer Zeitung</i>	CCCXXIII
	Preisentwicklung von Getreide in Eutin und Konstanz	CCCXXIX
	Preisentwicklung für Roggen u. Weizen in Eutin nach Veröffentlichung der <i>Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek</i>	CCCXXX
	Durchschnittliche Preise in Eutin	CCCXXXII
	Zeittafel zur 1848er Revolution	CCCXXXIII

*Im Übrigen sind wir der Ansicht,
daß man hier bald wieder zurückkommen wird
von dem etwas beschränkten Pfahlbürger-Patriotismus,
welcher sich in den letzten Tagen hier mannigfach
ausgesprochen hat, und welcher zu glauben scheint,
daß die eigene Commüne der Mittelpunkt der Welt sei.¹*

¹ *Hamburgische Börsen-Halle*, 10.12.1847, zit. in: *Neue Lübeckische Blätter*, 12.12.1847, S. 408.

Einleitung

„Die Revolution von 1848 ist gescheitert“, so oder ähnlich lautet das Resümee vieler älterer zum Ende des Kapitels über die „Bürgerliche Revolution“. Es brauchte sehr viel Zeit, um von der Siegergeschichte Preußens und der Kaiserzeit über die stets bedrohte Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Wiederaufbau, Teilung und Wiedervereinigung hinweg zu einer ebenso differenzierten wie „gerechten“ Betrachtung zu gelangen.²

Wenn auch „gerecht“ und „ungerecht“ unpassende Vokabeln zur Beschreibung des allmählichen Übergangs zu vielschichtigeren Bewertungen sein mögen, brachten die Jubiläumsjahre seit 1898, jeweils auf ihrer spezifischen Zeitperspektive heraus, immer wieder eine ganze Reihe Arbeiten zu „1848“ hervor, die sich stets dessen erinnerten, was aus der historischen Gegenwart heraus als dazu würdig angesehen wurde.³ Prophetisch hieß es zum Beispiel im Schlusssatz eines Aufsatzes zur Revolution in Baden von Franz Schnabel (1948): „Die Dinge nahmen in Deutschland einen Verlauf, der den Idealen der Achtundvierziger sehr entgegen war. An sie wieder anzuknüpfen mag das Säkularjahr den Anlaß geben.“⁴

Handelte es sich dabei um eher globale, an der politischen Geschichte orientierte Darstellungen, die eine solche Tendenzbildung mit ermöglichten, wurde erst ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begonnen, auch die zeitgenössische Presse und ihre Berichterstattung zum Gegenstand einer genaueren Auswertung zu machen. Diesbezüglich begann man wiederum mit Darstellungen, die größere Räume abbildeten, und das spezifische Forschungsinteresse, das in den endenden 1970er Jahren in der historischen Ableitung des nun zumeist linken Gedankengutes kaum verbarg. Gedacht sei hier zunächst an die Dissertation Hanno Tauschwitz' *Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49* (1981). Diese Arbeit übertrifft frühere Versuche, sich dem badischen „Preßwesen“ zu nähern, welches vor dem Hintergrund der drei Erhebungen in den Jahren 1848/ 49 eine prominente Stellung einnahm. In diesem Sinne als Vorgängerin und wiederum im „Zeitgeist“ verfasste Schrift muss die Dissertation der späteren Mitarbeiterin des *Völkischen Beobachters*, Ursula Schmidts, gelten. Ihre Arbeit trug den Titel *Die badische Tagespresse 1848* (1939) und stellte⁵ nicht vielmehr dar

2 Vgl. zu den bleibenden Errungenschaften der 1848er Revolution z. B. Boldt 1998, S. 61.

3 Vgl. Salewski 1998, S. 21: „Jede politische Richtung hat die Revolution von 1848 für ihre eigenen Zwecke ausgeschlachtet [...]. [...] Niemals wurde 1848 historisch stärker aufgewertet als 1948.“ (ebd.).

4 Schnabel 1948, S. 70.

5 Zur Verwendung der Zeitformen vgl. die entsprechenden Bemerkungen in den methodischen

als eine auch wissenschaftlich sehr lückenhaft belegte Sammlung von Übernahmen älterer Urteile, die Schmidt mit NS-Gedankengut verband: Bezogen auf Forderungen der demokratisch ausgerichteten *Seeblätter* hieß es: „Die Beschränktheit dieser Formulierungen ist einmalig selbst bei der plumpen demokratischen Propaganda, aber ihr Geist kehrt in allen Äußerungen zur Republik wieder.“⁶ Bemühte sich Schmidt, die demokratischen Ideen einiger Zeitungen aus 1848/ 49 als „plump“ und „beschränkt“ abzuwerten, unterstreicht Tauschwitz zu Beginn der 1980er Jahre eben diese als vorbildlich. Sie seien allerdings wegen der mangelnden Korrelation zwischen „Überbau“ und „Basis“, wie sich Tauschwitz' ganz im marxischen Sinne ausdrückt, dennoch nicht durchgedrungen und schließlich gescheitert.⁷

In den letzten Jahren erschienen verschiedene Monographien zum Thema „Presse und Revolution“, die ihren thematischen Schwerpunkt wiederum im revolutionär aktiveren Süden fanden. Angeführt seien hier für viele andere Arbeiten stehend Elke Blumenauers *Journalismus zwischen Pressefreiheit und Zensur. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ im Karlsbader System (1818-1848)* (2000) und Michaela Breils *Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ und die Pressepolitik Bayerns. Ein Verlagsunternehmen zwischen 1815 und 1848* (1996). Beide sind auf Neutralität der Darstellung bedacht und betrachten die Zeitungsberichterstattung eingedenk ihres historischen Kontextes. Neu ist an beiden Arbeiten auch der Zugang: Erstmals untersuchen sie neben der inhaltlichen Darstellungsebene auch quantitative Aspekte, indem beispielsweise die Artikel nach Erscheinungsorten tabellarisch zusammengefasst sind. Breil bildet auch inhaltliche Kategorien und zeichnet den Verlauf der Berichterstattung erstmals über die Anzahl von Mitteilungen nach. Hierdurch ist es den Verfasserinnen, anders als bei einer in der Vergangenheit oft genug willkürlich wirkenden Auswahl an inhaltlich gehaltvoll erscheinenden Artikeln, möglich, objektivierbare Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die vorliegende Dissertation soll die Betrachtungen einzelner Zeitungen fortsetzen. Ich führe die begonnene Detailbetrachtung im Sinne der Arbeiten Blumenauers und Breils weiter, indem die im Titel genannten Presseschriften sowohl quantitativ als auch inhaltlich erfasst und ausgewertet werden. Der Weg einer zweifachen Betrachtung durch unterschiedliche methodische Zugriffe soll helfen, eine möglichst sachliche Darstellung zur Zeitungsberichterstattung in den drei Untersuchungsregionen zu leisten.

Erläuterungen in dieser Arbeit.

6 Schmidt 1939, S. 44.

7 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 470ff.

Titel und Zeitungsauswahl bedürfen einer genaueren Begründung: Zunächst folge ich den meist 1998 und später erschienenen Arbeiten, welche die These vertreten, man könne nicht von der 1848er Revolution sprechen. Vielmehr sei wegen der Verschiedenartigkeit der unter dieser Bezeichnung subsumierten Ereignisse treffender von den 1848er Revolutionen die Rede.

Eben diesem so sehr vereinfachenden Zugang, der bereits verfälschend wirkt, stellt meine Arbeit einen aus mehrfacher Hinsicht multiperspektivischen Ansatz entgegen, der die Geschehnisse aus dem Blickwinkel der Peripherie betrachtet. Neben der räumlichen Entfernung werden drei vom Typ her unterschiedliche Periodika untersucht: Eine Zeitung, eine Zeitschrift und ein Anzeigenblatt, die in vielerlei Hinsicht typisch für die Regionen waren. Den Schriften selbst und indirekt auch deren Erscheinungsorten wird unterstellt, grundsätzlich verschieden auf „die Revolution“ reagiert zu haben, auch wenn sich eine Zuordnung der zwei Begrifflichkeiten zu den Zeitungen und ihren Erscheinungsorten nur ungenau vornehmen lässt. Ich möchte auf die im Titel angelegten Perspektiven im Folgenden genauer eingehen:

„Insellagen“ beschreibt nicht nur die Geographie Konstanz', zu einem großen Teil von der Schweiz umschlossen, und Lübecks, welches neben der Stadt selbst aus einer Reihe politisch vom Umland isolierter Dörfer, dem „Lübecker Landgebiet“, bestand oder die Exklaven-Eigenschaft Eutins. Die Arbeit will aus allen drei Perspektiven exemplarisch aufzeigen, dass die Revolution wegen ihrer Vielschichtigkeit zunächst in eine Reihe regionaler Ereignisse zerfällt. Zentralere Bedeutung kommt der Stadt Frankfurt als Sitz der Nationalversammlung zu. Der Zusammentritt des aus deutschen und einigen österreichischen Ländern beschickten Parlamentes befand sich geographisch zwischen den randständigen Untersuchungsregionen in einer geographischen Mittel- und politischen Mittlerlage. Die Nationalversammlung vermochte es, auch weit auseinanderliegende Gebiete anzusprechen und nahm für sich selbst in Anspruch, neben der Erarbeitung einer Reichsverfassung auch legislativ tätig zu sein, womit sie bereits kurz nach ihrem Zusammentritt das Leben der Bürger aller drei Regionen beeinflusste.

Die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. wurde rund ein Jahr nach den Märzereignissen Auslöser des raschen und endgültigen Falls der zunehmend autoritätslosen Nationalversammlung, die sich bereits seit September 1848 vor einigen Teilen des Volkes durch fürstliche Heere schützen ließ. Diese Arbeit will mehr leisten als einen engstirnigen Blick auf Frankfurt und Berlin zu werfen, auch wenn deren Bedeutung für die Peripherie unstrittig ist. Es wird zu fragen sein, wie die Untersuchungsregionen auf

das vorläufige Scheitern der Politik des gemäßigten, des vermittelnden Liberalismus' reagierten.

Der III. Badische Aufstand als Kind der „Reichsverfassungsbewegung“ ist bekannt. Hierzu sollen die Auswirkungen der ersten revolutionären Republik auf deutschem Boden im Zeitungswesen der Peripherie untersucht werden. Aber auch Norddeutschland, dessen Reaktion auf diese Monate selten behandelt wird, soll eingehender betrachtet werden: Lübeck, die alte Handelsrepublik und Eutin bzw. das Großherzogtum Oldenburg, das als letzter Staat eine Verfassung bekam, hatten nicht den Bruch einer militärischen Besetzung zu verkraften. Beide blieben staatlich unabhängig und in der Zeit des faktischen Nichtbestehens des Deutschen Bundes formal in einem Maße souverän, wie zuvor nur zwischen der Niederlage Napoléons und ihrem Beitritt zum Bund. Hier soll ebenfalls danach gefragt werden, wie sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* und das Eutiner Anzeigenblatt zu Themen der Innen- und Außenpolitik ihrer Staaten stellten.

Neben der Nationalversammlung als einigendes Band zwischen Nord- und Süddeutschland möchte ich noch kurz einige Gemeinsamkeiten anführen, warum die Wahl der Untersuchungsregionen gerade auf diese beiden Großherzogtümer und die Stadtrepublik Lübeck gefallen ist: Alle drei Regionen waren wirtschaftlich von der Kooperation mit dem deutschen und nichtdeutschen Ausland abhängig. Als Mittel des Ausgleichs ihrer peripheren Lage im nach dem März rasch möglich erscheinenden Nationalstaat suchten Lübeck und Konstanz frühzeitig den Anschluss an das im Entstehen begriffene Eisenbahnnetz, Eutin verbesserte seit Beginn der 1840er Jahre seine Straßenanbindung.

Zwar zeigte der nationale Zusammenschluss Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung auf, drohte aber gleichzeitig, die gewachsenen Strukturen zu zerstören und liebgewonnene Besitzstände infrage zu stellen. In Oldenburg wurde noch im Vormärz die Verfassungsfrage akut, da man dem Verfassungsversprechen von 1815/ 16 ähnlich wie Preußen noch keine Taten hatte folgen lassen. Lübeck war zwar „verfasst“, aber im zu engen Korsett einer Ordnung von 1669 zunehmend gefangen. Im Gegensatz dazu stand Baden, dessen 1818er Konstitution als unbestrittenes Vorbild für eine freiheitlich-konstitutionelle Ordnung vielfach gefeiert wurde.

Innen- und kirchenpolitisch war seit Mitte der 1840er weiterhin die Frage der Gleichstellung von jüdischen Einwohnern Thema in Konstanz und Lübeck. Lübecks Juden waren gezwungen, im Dorfe Moislingen vor den Mauern der Stadt zu leben, in Konstanz war der Zuzug von Juden in die Stadt bis 1847 ebenfalls untersagt. Fragen religiöser

Gleichstellung kamen in Eutin zunächst nur in Bezug auf die wenigen Katholiken in der Stadt auf, welche sich durch die Gründung eines Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung bedrängt sahen.

Vergleichbar waren in allen drei Regionen auch die örtlichen Vereinszusammenschlüsse, die mit zum Teil sehr ähnlichen Zielsetzungen auftraten und es dabei vermochten, eine große Zahl bessergestellter Bürger an sich zu binden. In Eutin und Lübeck schufen die sogenannten „gemeinnützigen Vereine“, in Konstanz das Bürgermuseum, Orte des Austausches. Die Zusammenschlüsse verhandelten über mögliche Verfassungsreformen, sie übten durch ihre Debatten sowie die regelmäßigen Wahlen ihrer Vorstände demokratische Techniken ein und wurden nicht zuletzt dadurch zu Triebfedern politischen Denkens und aktiven Engagements vor Ort.

Der differenzierte Stand der Presseentwicklung ist neben der unterschiedlichen Intensität der Märzereignisse auf der gesellschaftlich-politischen Ebene wohl einer der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale: Während in Konstanz neben der *Konstanzer Zeitung* mit dem Jahr 1847 bereits eine Ausdifferenzierung der Presselandschaft in drei mehrfach wöchentlich erscheinenden Blättern mit politisch differierenden Tendenzen stattgefunden hatte, erschien in Lübeck außer dem dortigen Anzeigenblatt und den *Neuen Lübeckischen Blättern* der gleichfalls wöchentlich herausgegebene *Bürgerfreund*. Um sich mit aktuellen Geschehnissen vertraut zu machen, mussten die Lübecker Hamburger Blätter zur Hand nehmen. Im Fürstentum Lübeck erschien als einzige Zeitung die Untersuchungszeitung, die gelegentlich auch gemeinnützige Aufsätze abdruckte und so mittelbar auf die Zeitströmungen eingehen konnte. Die Textfülle, welche in Konstanz den Leser zu einer bewussten Wahl seiner Lektüre zwang, bestand in Lübeck in Bezug auf lokale Blätter nur eingeschränkt, in Eutin gar nicht. Alle drei untersuchten Periodika waren die jeweils einzigen Blätter, die über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg erschienen.

Die Fragestellung der Arbeit lässt sich wie folgt zusammenfassen: Welche Inhalte wurden mit welcher politischen Tendenz von den Untersuchungszeitungen verbreitet? Auf welche Weise beeinflussten die politischen Geschehnisse vor Ort, in der Region bzw. auf nationaler Ebene Inhalt und Erscheinungsbild der Blätter und gab es hierauf bezogen Entwicklungen/ Zäsuren?

Die Forschungslage zum Thema ist unterschiedlich. Sie differiert stark zwischen den mittlerweile häufigen und zum Teil sehr umfänglichen Darstellungen zur allgemeinen Entwicklung größerer Einheiten wie dem Deutschen Bund, Frankreich, Großbritannien usw. und Werken der Lokal- und Regionalgeschichte, die nur auf vereinzelte Veröffentlichungen kommen oder nur bekannte revolutionäre Zentren betreffen. Jenseits der Großstädte wird die lokale Geschichte der Jahre 1848/ 49 meist als Teil größerer geschichtlicher Darstellungen mehr oder minder knapp behandelt. Hier bestehen nach wie vor Defizite hinsichtlich systematischer und von älteren Urteilen emanzipierter Darstellungsformen.

In Konstanz befasste sich über Jahre hinweg im 20. Jahrhundert der zeitweise Oberbürgermeister Alfred Diesbach mit diversen kleineren Studien zur Ortsgeschichte. Erst 1993/ 94 erschien mit Gert Zangs zweibändigem Werk *Konstanz in der großherzoglichen Zeit* eine Stadtgeschichte, die umfassend auf Vormärz und Revolution eingeht. Während die *Seeblätter* als radikale Zeitung vielbeachteter Forschungsgegenstand sind, wurde der konservative *Tagesherold* bisher nur in einem Aufsatz Diesbachs genauer beschrieben. Zur *Konstanzer Zeitung* fehlt bis heute jede umfangreichere Darstellung.

Trotz ihrer Prominenz als Hansestadt sind auch Arbeiten zur Geschichte Lübecks im 19. Jahrhundert recht rar. Antjekathrin Graßmanns *Lübeckische Geschichte*, unlängst in der 4. Auflage erschienen (2008), ist die prominenteste neuere Darstellung. Sie geht darin zwar auf einen weit größeren Zeitraum als das 19. Jahrhundert ein, schildert aber dennoch in ausreichender Ausführlichkeit Vormärz und Revolution in der Stadt. Die *Neuen Lübeckischen Blätter* sind zwar inhaltlich oft genutzte Quelle für die Darstellung, aber selbst kein Untersuchungsgegenstand. Graßmann belässt es bezüglich der Quellenkritik auf allgemeine Angaben zur Herausgeberin der Blätter, dem Verein „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, wobei Genaueres in einem als Gesamtdarstellung angelegten Werk sicher deplatziert wäre. Die häufigen Übernahmen aus den *Blättern* bestätigen deren Prominenz als Zeitschrift etwa vor dem *Bürgerfreund*.

In Bezug auf Eutin erschienen bisher nur zwei umfänglichere Werke, die ebenfalls als Gesamtdarstellungen zur Stadtgeschichte angelegt sind. Ernst-Günther Prühs' *Geschichte der Stadt Eutin* (2. Auflage, 1994) basiert dabei zu einem großen Teil auf der älteren *Geschichte von Eutin* (2. Auflage, 1971) des Realschullehrers Gustav Peters, der seine Darstellung unter Heranziehung örtlicher Quellen, darunter auch die

Untersuchungszeitung, erstellt hat. Peters war auch Verfasser der *Geschichte einer Hofbuchdruckerei. 1741- 1966* (1966) und eines Fortsetzungsaufsatzes zu Eutin in der 1848er Revolution, der in den 1950er Jahren in den *Blättern für Heimatkunde* als Beigabe zum *Ostholsteiner Anzeiger*, einem späten Nachfolgeblatt der *Wöchentlichen Anzeigen*, erschien.

Weder die *Konstanzer Zeitung*, die *Neuen Lübeckischen Blätter* noch die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* sind bisher Gegenstand genauerer Forschung geworden. Dies ist umso mehr verwunderlich, da sie die einzigen Blätter vor Ort waren, die vom Vormärz bis in die Revisionszeit hinaus durchgehend erschienen. Dennoch bietet die Literatur der vergangenen Jahre einige Hinweise zum Zugriff auf historische Zeitungen, die auch in die hier verwendete Methodik eingeflossen sind. Es handelt sich dabei um Untersuchungen zu einigen prominenten Zeitungen des Vormärz', von denen zwei exemplarisch genannt seien:

Zur *Allgemeinen Zeitung*, die im Verlag Cotta in Augsburg erschien, sind dies Michaela Breils und Elke Blumenauers Dissertationen aus den Jahren 1996 und 2000. Beide beschäftigen sich gleichermaßen mit den vormärzlichen (Preß-)verhältnissen in Bayern, beide befassen sich mit den allgemeinen Umständen der Herausgabe der Zeitung und gehen auf quantitative und inhaltliche Aspekte ihrer Berichterstattung ein. Zudem lässt sich durchaus auch mit Bezug auf die *Konstanzer Zeitung* die Arbeit Martin M. Arnolds *Pressefreiheit und Zensur im Baden des Vormärz. Im Spannungsfeld zwischen Bundestreue und Liberalismus* (2003) heranziehen, die sich wesentlich der Zensurproblematik und der badischen Presselandschaft in den 1820er und 30er Jahre annimmt.

Während die Presse in Stadt bzw. Fürstentum Lübeck bisher noch nicht Gegenstand eingehenderer Untersuchungen war, findet Hanno Tauschwitz' Dissertation *Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49* (1981) nach wie vor viel Beachtung. Der Fokus dieser Arbeit lag auf dem Gesamtstaat. Daher beschäftigte sich Tauschwitz nicht exemplarisch mit einer oder wenigen Zeitungen. Dennoch bieten seine Ergebnisse nach wie vor eine gute Grundlage für knappe Aussagen zur Entwicklung und Tendenz vieler badischer Zeitungen bzw. zur Entwicklung des badischen Preßwesens als Ganzem.⁸

8 Die Dissertation Ursula Schmidts „Die badische Tagespresse 1848“ (1939) verbietet sich wegen ihres unwissenschaftlichen Stils und offensichtlich mangelhaften Umgangs mit den Untersuchungszeitungen. Schmidt gibt u.a. den Titel der prominenten *Mannheimer Abendzeitung* als *Mannheimer Abendblätter* falsch an. Inhaltlich verurteilt sie die Ansicht der *Abendblätter*, deshalb in einem geordneten Staat leben zu wollen,

Die für diese Arbeiten benötigten Ausgaben der Untersuchungszeitungen *Konstanzer Zeitung*, *Neue Lübeckische Blätter* sowie *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* der Jahre 1847- 1850 liegen in der Universitätsbibliothek Freiburg bzw. in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek Kiel vor.⁹ Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Arbeit sind alle drei Zeitungen noch nicht als elektronische Ausgaben vorhanden. Lediglich für die Jahrgänge 1854 und 1855 der *Neuen Lübeckischen Blätter* finden sich gescannte Digitalausgaben beim Onlinebücherdienst des Suchmaschinenanbieters Google inc.

Neben den Untersuchungszeitungen ziehe ich zur Kontextualisierung auch Literatur aus den Jahren vor 1950 heran. Dabei handelt es sich um Schriften der Revolutionsteilnehmer zur Rechtfertigung ihres Handelns und um ältere Gesamtdarstellungen zur Geschichte der 1848er Revolution.

Erwähnt seien exemplarisch die Arbeiten Ludwig Häussers *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution* (1851) und Ludwig Munzingers Aufsatz *Die Presse* (1911) in der Gesamtdarstellung *Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt*. Auch unter Berücksichtigung der älteren Literatur überwiegen Arbeiten zu den Geschehnissen im süddeutschen Raum deutlich.

Um diese Arbeiten und die Quellenzeitungen von Aussagen der aktuelleren Forschung sichtbar abzugrenzen, leite ich Übernahmen immer in der Zeitform des Präteritums ein. Dies gilt für alle Texte, die vor 1950 erschienen sind. Sie finden sich auch im Literaturverzeichnis gesondert aufgelistet. Übernahmen aus neueren Werken werden stets im Präsens eingeleitet.

weil man sich vor äußeren Feinden schützen möchte: „Die Beschränktheit dieser Formulierung ist einmalig selbst bei der **plumpen demokratischen Propaganda** [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.], aber ihr Geist [?] kehrt in allen Äusserungen über die Republik wieder.“ (Schmidt 1939, S. 44).

⁹ Ein genauer Nachweis zu den Fundorten findet sich im Literaturverzeichnis.

0.3 Zur Methodik
0.3.1 Einleitung und Kontextualisierung

Der allgemeinen Fragestellung nach Inhalten, Verlauf und Tendenz der Berichterstattung ordnen sich eine Reihe weniger umfangreicher Punkte nach, die gemeinsam eine möglichst vielschichtige Antwort ermöglichen sollen. Dabei gehe ich zunächst auf Allgemeines zur Presse in Vormärz und Revolution ein, leite über zur Geschichte der Untersuchungszeitungen selbst und schließe dann die vorangehende Kontextualisierung mit kurzen Einleitungen zu den insgesamt zehn inhaltlichen Kategorien für die Auswertung der Periodika.

Die Politik des Deutschen Bundes bis hin zu der vor Ort wird Thema sein, um die Zeitungen angemessen kontextualisieren zu können. Weiterhin soll das Vereinswesen in der Region als Beispiel für das Anwachsen der liberalen Bewegung des Vormärz umrissen werden. Bezüglich beider Punkte ist ein Rückgriff auf die einschlägige Literatur möglich.¹⁰ Diese Ausführungen sollen zweierlei erreichen: Zunächst geht es um die Beschreibung der Charakteristika der drei Untersuchungsregionen. Als Ergebnis sollen hier beispielhaft die wirtschaftlichen und politischen Umstände der drei Staaten aufgezeigt werden. Auch die Unterschiede, welche für den angelegten multiperspektivischen Blick auf das Zeitgeschehen wichtig sind, werden hier deutlich.

Für Oldenburg und Lübeck ebenso wie für Baden, das besonders wegen seiner liberalen Verfassung gemeinhin als Heimstätte des Liberalismus gehandelt wird, soll hierbei in den Bereichen der Wirtschaftspolitik nach der konkreten Umsetzung des „liberalen“ Programms durch eine nicht immer liberale Regierung gefragt werden. Verdeutlichen sollen dies zwei Punkte: Zum einen ist eine beispielhafte Betrachtung des Eisenbahnbaus angeraten, zum anderen sollte nach dem Stand der Diskussion zur „Preßfreiheit“ gefragt werden. Kurz angerissen wird dabei auch die Zollpolitik als staatliches Instrument zur Schaffung verbundener oder voneinander geschiedener Räume. Infrastruktur und Zoll sind jene ordnungspolitischen Instrumente, mit deren Hilfe sich die „Insellage“ der drei Zeitungsorte relativieren ließe.

Zusammengefasst charakterisieren die wirtschaftlichen und politischen Strukturen und nicht zuletzt auch die Mentalität die Erscheinung einer Region. Diese bestimmt damit auch jenseits einer direkten staatlichen Einflussnahme durch die Zensur den Inhalt der Presse. Dieser erste Teil soll die folgenden Untersuchungen zur politischen Ausrichtung der

10 Hier lohnt sich der Rückgriff auf Klußmann 1998, S. 149- 179 sowie Salewski 1998, S. 7- 26. Für Baden vgl. Hug 2006.

Untersuchungszeitungen in den allgemeinen historischen Kontext einbinden, um Entwicklungslinien herausarbeiten zu können.

Die direkt und indirekt an der Herausgabe einer Zeitung beteiligten Personen sollen in ihrem Herkommen und ihrer politischen Verortung charakterisiert werden. Ziel ist es, die Herausgeber der Zeitungen, unabhängig davon, ob es sich dabei um juristische oder natürliche Personen handelte, in ihren Absichten deutlicher beschreiben zu können, als es durch eine isolierte Betrachtung des Zeitungstextes möglich wäre. Angaben zur Größe einer Zeitung und deren Auflage werden als Rahmendaten zu Beginn der Untersuchung des jeweiligen Blattes tabellarisch angeführt.

0.3.2 Grundsätzlicher Aufbau des Auswertungsteils

Im Auswertungsteil der Arbeit unterscheide ich einen quantitativen und einen inhaltlich betrachtenden Teil. Ersterer informiert über die globale Intensität der Presseberichterstattung im Verlauf der Untersuchungsquartale IV. 1847 bis I. 1850, die geeignet sind, zu aussagefähigen Ergebnissen zu gelangen. Im zweiten Teil werden einzelne Artikel nach Inhalt und Tendenz beschrieben und ausgewertet. Beide Teile sind gleichermaßen für die politische Ausrichtung einer Zeitung entscheidend, denn einzelne Artikel mit klarer Wertung können für den Gesamteindruck und die Wirkung einer Presseschrift kaum so bedeutend sein wie eine über einen längeren Zeitraum hinweg geübte subtile Beeinflussung durch eine weniger offensichtliche Tendenz:

Sowohl bei den quantitativen (Auflage, Erscheinungsweise, Standort, Verbreitung usw.) als auch bei den qualitativen Wirkfaktoren gilt aufgrund der gewonnenen historischen Befunde: je intensiver der Faktor, desto größer die mögliche Wirkung.¹¹

Daher ist eine Untersuchung nach beiderlei Zugriffen grundlegend für ein belastbares Urteil über den Charakter des jeweiligen Blattes, auch wenn die inhaltliche Auswertung die angenommene Tendenz noch bestätigen muss.

Die prinzipielle Zweiteilung der Arbeit orientiert sich vor allem an der Methodik Elke Blumenauers, die auf diese Weise empirisch breit fundiert die *Allgemeine Zeitung* analysiert hat. Sie schreibt dazu:

Die Inhaltsanalyse der *Allgemeinen Zeitung* hatte eine doppelte Zielsetzung: Erstens sollte die Struktur der Berichterstattung der *Allgemeinen Zeitung* [Hervorhebungen im Original; M. P.] anhand inhaltlicher und formaler Merkmale beschrieben werden. Zweitens stand im Zentrum der Inhaltsanalyse die Frage nach den Auswirkungen der restaurativen Politik [...] und der veränderten politischen Bedingungen [...]¹².

11 Tauschwitz 1981, S. 439.

12 Blumenauer 2000, S. 167.

Blumenauer geht zunächst auf formale Aspekte zur *Allgemeinen* ein, untersucht dann die quantitativen Anteile der von ihr definierten inhaltlichen Kategorien, um Veränderungen der Zeitungszusammensetzung zunächst unabhängig von den konkreten Inhalten aufzeigen zu können. Erst infolge dieser Vorarbeit geht sie auf Einzelheiten ein und beschreibt die textimmanente Tendenz einer Mitteilung.¹³ Sie hebt in der Arbeit selbst hervor, dass dieser doppelschrittige methodische Zugriff ein Novum darstellt. Überhaupt liegen bisher keine bzw. inzwischen wenige empirische Studien zu Zeitungen in der Restaurationszeit vor.¹⁴

0.3.3 Die quantitative Erfassung der Untersuchungszeitungen

Zur Erfassung aller die Revolution im weitesten Sinne betreffenden Themen in den Untersuchungszeitungen *Konstanzer Zeitung* und *Neue Lübeckische Blätter* habe ich folgende Kategorien gewählt, die sich inhaltlich an die sieben Kategorien Blumenauers anlehnen,¹⁵ jedoch einige Verschiebungen vornehmen, um den Spezifika der unterschiedlichen Formen beider Periodika angemessen Rechnung tragen zu können. Die gewählten thematischen Schwerpunkte, die ich der besseren Vergleichbarkeit wegen alphabetisch angeordnet habe, vermögen ein recht umfassendes Bild der Ereignisse im Untersuchungszeitraum abzubilden:

1. Jüdische Bürger
2. Kirchliches
3. Liberalität (wirtschaftliche und politische)
4. Militärisches
5. Presse
6. Revolutionäres
7. Transportwesen (Eisenbahn, Dampfschiffahrt und Telegraphie)
8. Verfassung (Staats- und Justizordnung)
9. Vereinswesen
10. Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfragen)

Die Kategorien sind stets weit gefasst. Überschneidungen lassen sich häufig nicht ausschließen, weshalb einige Artikel in mehreren Kategorien erfasst werden. Die Summe der zuzuordnenden Texte gleicht dabei zweifelhafte Zuweisungen aus. Die Frage nach thematischen Inhalten geht davon aus, dass diese auch immer Indikator für die politische Tendenz einer Zeitung sind. Indem die Redaktion gezielt bestimmte Ereignisse thematisiert, andere jedoch auslässt, kann sie die Leserschaft in eine Richtung

13 Vgl. ebd., S. 166- 168. Blumenauer fügt ihrer Arbeit zwölf Tabellen an, die ihre Ergebnisse in knapper Form und z. T. graphisch darstellen (vgl. ebd., S. 174- 186).

14 Vgl. ebd., S. 166.

15 Vgl. ebd., S. 195f.

beeinflussen, ohne in den gedruckten Texten selbst konkrete Aussagen dazu zu tätigen.

Alle Kategorien werden nach alphabetischer Reihenfolge vorgestellt. Die Kategorien „Presse“ und „Transportwesen“ sind bei strenger Betrachtung inhaltlich zu „Liberalität“ zu zählen. Wegen ihrer Bedeutung in Bezug auf die Revolution bzw. für den Zeitgeist betrachte ich sie aber gesondert.

0.3.3.1 Wertungspunktsystem

Für die graphische Aufarbeitung der Zeitungsinhalte unter Berücksichtigung ihrer Stellung im Blatt wird ein dreistufiges Wertungssystem angewandt. Hierdurch ist es möglich, Mitteilungen im Kleingedruckten von Artikeln mit einer prominenteren Position in der Zeitung zu unterscheiden. Bei einer gleichen Gewichtung aller Wertungspunkte könnte sich ein verzerrtes Bild ergeben. Artikel, die sich auf der Titelseite einer Zeitungsausgabe finden, bekommen drei Wertungspunkte, solche im Mittelteil zwei und Artikel auf der letzten Seite bzw. Kleingedrucktes im Mittelteil werden mit einem Punkt bewertet.

Die *Konstanzer Zeitung* zählte zwar auch nach der Erweiterung auf sechs Ausgaben pro Woche im April 1848 nur vier bis acht Seiten pro Ausgabe, dennoch ist die resultierende Menge an Artikeln, die hier zu würdigende Themen besprechen, immens groß. Bereits der Jahrgang 1848 umfasste 1.374 Seiten, war damit sechsmal länger als die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübeck* und viermal so umfangreich wie die *Neuen Lübeckischen Blätter*. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein Kürzungspostulat, sollen die Inhalte mit der angeratenen Intensität untersucht werden. Mit Blick auf die Nachrichtenlage und den Grad der Aktualität empfiehlt sich eine Untersuchung der Freitagsausgaben der Zeitung. Hier ist zudem von Vorteil, dass diese im Gegensatz zu den späteren Samstagsausgaben über den gesamten Untersuchungszeitraum erschienen. Auch gewährt eine solche Untersuchung eine gewisse zeitliche Nähe zu den samstags erscheinenden *Anzeigen* und den sonntäglichen *Blättern*. Ihrem Wesen nach lassen sich zwischen allen sechs Ausgaben der *Konstanzer Zeitung* keine auffälligen Unterschiede ausmachen. Um eine vergleichbar umfangreiche Textmenge herzustellen, beziehen sich die folgenden Ausführungen immer auf Artikel in den jeweiligen Freitagsausgaben.

Die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübeck* wurden nicht nach Maßgabe der Untersuchungskategorien erfasst. Für diese Zeitung wird ein weiter unten beschriebenes Erfassungsverfahren verwendet, das dem hier vorgestellten ähnelt.

- 0.3.4 Zur inhaltlichen Auswertung der Untersuchungszeitungen
0.3.4.1 Die Auswertung der *Konstanzer Zeitung* und der *Neuen Lübeckischen Blätter*

Im Vorgang der inhaltlichen Analyse der Zeitungen werden die Resultate der quantitativen Analyse vorangestellt, um Intensitätsschwankungen bei der Lektüre der qualitativen Auswertung mit berücksichtigen zu können. Als Brücke zur Auswertung einzelner Artikel werden nach einer allgemeinen Übersicht zur Berichtsintensität der wichtigsten Kategorien der jeweiligen Zeitung deren Quellen herangezogen. Wie im Vormärz selbst bei größeren Blättern üblich, zitierte vor allem die *Konstanzer Zeitung* die allermeisten ihrer Artikel aus anderen Periodika. Diese sind zu einem großen Teil nachgewiesen, sodass sich auch hierzu eine Verlaufsdarstellung zeichnen lässt.¹⁶ In Bezug auf die *Neuen Lübeckischen Blätter* ist dieses Verfahren nur bedingt anzuwenden, da die Zeitschrift zumeist eingesandte Artikel ihrer Leser druckte und nur über einen knappen Nachrichtenteil verfügte.

Die Intensität der Übernahmen bestimmte in Hinblick auf die Tendenz der zitierten Zeitungen im Falle des Konstanzer Blattes dessen politische Ausrichtung in recht hohem Maße mit. Daher werden neben einer Gesamtübersicht der wichtigsten Quellenzeitungen im Zeitverlauf auch einzelne Blätter und ihre Tendenz nach Maßgabe der vorhandenen Sekundärliteratur kurz vorgestellt,¹⁷ um im Anschluss Rückschlüsse auf die politische Ausrichtung der *Konstanzer* ziehen zu können.

Hieran schließt sich die inhaltliche Auswertung einzelner Artikel an: Nach kurzer Schilderung des Berichteten gehe ich dabei näher auf Passagen ein, welche (eindeutige) Wertungen enthalten. Auf Grundlage der Wertungen und ihres thematischen Bezugs kann auf die politische Ausrichtung des Artikels geschlossen werden. Ich gehe hierzu allerdings nicht noch einmal auf eine ggf. angegebene Quellenzeitung und ihre Tendenz ein, sondern interpretiere die Artikeltendenz nach Maßgabe textimmanenter Hinweise.

Für eine Beschreibung bieten sich die Kategorien „konstitutionell“ bzw. „demokratisch/republikanisch“ an, welche sich am stärksten anhand der Frage teilen, ob man die bestehenden Institutionen fortentwickeln solle oder ob man eine Umwälzung des Status quo in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft anstreben müsse.¹⁸ Neben diesen beiden

16 Die Zuordnungen lassen sich wegen der großen Anzahl verschiedener Kürzel für den Nachweis eines Blattes nicht immer eindeutig vornehmen. In der Anlage findet sich daher eine Nachweistabelle, die alle verwendeten Kürzel einzeln nennt.

17 Viele zeitgenössische Aufsätze zu lokalen Zeitungen sind, ebenso wie zahlreiche Quellenzeitungen, im 2. Weltkrieg verloren gegangen und entziehen sich damit der wissenschaftlichen Auswertung (vgl. Müller 2001, S. 79).

18 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 240.

Positionen, die sich aus dem liberalen Lager heraus entwickelten, kam noch eine konservative Variante hinzu, die eben keine oder nur eine marginale Fortentwicklung der bestehenden Verhältnisse wünschte. Für eine erste Tendenzbeschreibung genügen die drei Begrifflichkeiten, auch wenn der Rahmen dessen, was „konstitutionell“ war, während der Revolution selbstverständlich auch einer Entwicklung unterworfen war.

In einem ersten Fazit werden die erzielten Teilergebnisse zunächst für jede Kategorie gesondert zusammengeführt, um im Überblick dieser Erkenntnisse eine generelle Aussage zu Inhalt und Tendenzverlauf der Untersuchungszeitungen treffen zu können.

0.3.4.2 Auswertung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*

Die *Wöchentlichen Anzeigen* müssen als Anzeigenzeitung mit einer anderen Methode erfasst werden als die *Konstanzer Zeitung* und die *Blätter*. Ihr geringes textliches Volumen lässt eine Vermessung jedes einzelnen Artikels zu. Mit den so ermittelten Werten können die Anteile der Kategorien am Zeitungstext im Zeitverlauf genau ermittelt werden.

Die Übernahme der Einteilung in zehn Kategorien ist ebenfalls in Hinblick auf den geringen Textumfang wenig sinnvoll. Daher beschränke ich mich bei der Betrachtung auf eine Einteilung in die Kategorien „Amtliches“, „Kirchliches“, „Vereine“, „Gemeinnütziges“ und „Kommerzielles/ Sonstiges“. Die erste Kategorie umfasst dabei Veröffentlichungen einheimischer und fremder Behörden, „Kirchliches“ beinhaltet Anzeigen zu Familienstandsanzeigen, aber auch Aufsätze religiös-politischen Inhalts, „Gemeinnütziges“ ist Oberbegriff für alle Aufsätze im redaktionellen Teil der Zeitung und für solche Artikel, die sich mit dem politischen Geschehen befassen, aber möglicherweise gegen Entgelt veröffentlicht wurden.

Da die quantitativen Anteile der politischen Berichte etwa in der Kategorie „Gemeinnütziges“ nicht zwangsläufig mit der tatsächlichen Ereignisdichte korrelieren müssen, kann bereits anhand der Anteile verschiedener Rubriken an der Zeitung eine Hypothese zu deren Ausrichtung erfolgen. Schrieb eine Zeitung beispielsweise kaum über die Märzrevolution, sehr wohl aber ausführlicher über die Diskussion der Grundrechte (Dezember 1848), kann dies als zweierlei Aussage gewertet werden. Erstens wäre zu vermuten, dass durch die Revolution eine Politisierung stattgefunden hat und zum Zweiten müsste von einer eher liberal-konstitutionellen Haltung ausgegangen werden. Denn diese Richtung forderte rasch die „Verrechtlichung“ der Revolution und befürwortete das Zurückdrängen „revolutionären Rechts“, das die Republikaner/ Demokraten zur

Legitimation ihrer Aufstände bemühten. Die Konstitutionellen unterschieden sich von den Radikalen in ihrer Zielsetzung: Wollten die Radikalen eine weitgehende Umgestaltung der bestehenden Ordnung,¹⁹ beabsichtigten die Konstitutionellen, einen „liberalen“ Staat zu schaffen, in dem die Intelligenz und der bürgerliche Mittelstand, nicht aber die Kleinbürger und die Unterschichten, politisch tonangebend sein sollten.²⁰

In der inhaltlichen Auswertung gehe ich auf Inhalt und Tendenz aller erschienenen Artikel ein. Eine Auswahl ist wegen des geringen Textumfangs nicht erforderlich. Eben dieser zwingt allerdings auch zu einer weitgehenderen Kontextualisierung des Berichteten, da sich aus den Zeitungstexten selbst nur ein sehr grobes Mosaik legen ließe.

In einer Verbindung des quantitativen mit dem inhaltlich orientierten Untersuchungsteil werden die Ergebnisse, parallel zur Methodik für die anderen beiden Zeitungen, zusammengefasst und ein Fazit zu Inhalten und Tendenz der *Anzeigen* gezogen.

0.4 Begriffsdefinitionen

Nach einer allgemeinen Einleitung zur Entstehung einer politischen Öffentlichkeit seit dem 18. Jahrhundert werden zentrale Begrifflichkeiten aus ihrem historischen Kontext heraus definiert. Im Einzelnen handelt es sich um „Zeitschrift“ und „Zeitung“, „Formen der Lokalzeitung“, „Preßfreiheit“ und „Zensur“. Es folgen noch einige Hinweise zur zeitgenössischen Klassifizierung der Zeitungstextsorten.

Auf Basis dieser einleitenden Bemerkungen lassen sich die von mir übernommenen Bezeichnungen in inhaltlich zutreffender Weise ausfüllen.

0.4.1 Abriss zur Entstehung einer politischen Öffentlichkeit durch die Presse

0.4.1.1 Das 18. Jahrhundert

Das 18. Jahrhundert, das Jahrhundert der Aufklärung, forderte die Befreiung der Menschen aus geistiger Abhängigkeit. Sie sollten sich aus ihrer vielfältigen Gebundenheit durch Wissen und Vernunft selbst zur Freiheit verhelfen. Im Sinne eines progressiven Voranschreitens sollte diese Freiheit in alle Glieder der Gesellschaft vordringen, indem sich diese in ihrem Handeln von wirtschaftlicher wie sozialer Vernunft leiten lassen sollten. Der mündige Mensch als kleinste Einheit der mündig werdenden Gesellschaft habe die

¹⁹ Vgl. zu den Zielsetzungen Gustav v. Struves Hug 2006, S. 120.

²⁰ Vgl. Sternberger/ Vogel 1969, S. 204.

Aufgabe, seine Fähigkeiten der Entwicklung des Gemeinwohls angedeihen zu lassen. Jedes Glied sollte durch vorbildliches Handeln in seinem Umfeld in Union mit den Mitmenschen Teil eines vorwärtsschreitenden Reformprozesses in Richtung einer sich auf Vernunft gründenden Gesellschafts- und Sozialordnung werden.²¹

Da die Aufklärer vorzugsweise in einer den neuen Ideen feindlich oder gleichgültig gegenüberstehenden Gesellschaft wirkten, schlossen sie sich in sogenannten „Gesellschaften“ zusammen. Zahlreiche Vereine gründeten sich, in denen der Gedankenaustausch der Bürger gepflegt wurde. Nicht zuletzt wurden solche Zusammenschlüsse Foren einer sich herausbildenden bürgerlichen Öffentlichkeit. Zwar war ein Ziel der Aufklärung, die Bürger unabhängig von Stand und Konfession grundsätzlich als gleich zu begreifen; dennoch bildeten Gelehrte, meist nicht zuletzt aus materiellen Gründen, den Kern „gelehrter Zirkel“, die den Vereinsgründungen vorangingen.²²

Das 18. Jahrhundert provozierte den Konflikt zwischen dem absolutistisch herrschenden Adel und den Bürgern. Der Adel verbat sich zunächst jede Einmischung in die Politik, die er monopolistisch für sich beanspruchte. Das Bürgertum hingegen forderte aufgrund der Regeln der Vernunft die individuelle Freiheit aufgeklärter Staatsbürger ein.²³ Zunächst diskutierten die aufgeklärten Bürger in literarischen Zirkeln, trugen dann aber, vom Gedanken geleitet, weitere Menschen für den eigenen aufklärerischen Gedanken zu gewinnen, die Diskussion zunehmend nach außen, da eine möglichst breit angelegte Diskussion als wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung allgemeiner Freiheitsrechte galt.²⁴ Die (aufgeklärte) Presse wurde zu einem spezifisch bürgerlichen Kommunikationsbereich, der politische Meinungen, aber auch Fakten vermittelte. Sie wurde zum Medium des gesellschaftlich-politischen Austausches, der grundsätzlich öffentlich war.²⁵ In den Kriegen gegen das revolutionäre Frankreich gewann die öffentliche Meinung das Interesse der noch immer absolutistisch regierenden Fürsten auch der deutschen Länder. Diese sahen in ihr ein Instrument eigener Propaganda, dessen man sich zur Durchsetzung eigener Ziele gern bediente.²⁶

21 Zur Bildung der Sozietätenbewegung auf Basis aufklärerischen Denkens vgl. Kopitzsch 1988, S. 8f.

22 Vgl. Kopitzsch 2003, S. 441f.

23 Vgl. Müller 1986, S. 30.

24 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 23.

25 Vgl. Müller 1986, S. 30.

26 Vgl. ebd., S. 30f. Ulrike Schömig schreibt zur Entwicklung der öffentlichen Meinung: „Sie [die öffentliche Meinung; M. P.] war zunächst rein theoretisch und auf die Diskussion vor allem ethischer oder humanistisch-sozialpolitischer Fragen beschränkt. Mit [...] dem Kampf gegen Napoleon wurde sie dann zu einer 'großen Idee', die die Geführten politisierte und die aktiven Träger zu einem politischen Willen

Der Einfluss der französischen Revolution und ihrer Folgen auch auf die Politik der deutschen Fürsten „ihrer“ Presse gegenüber wurde seit jeher hoch eingeschätzt. Während Anfang des 20. Jahrhunderts die Zensur vor allem in ihrer Entwicklungstradition seit Napoléon verstanden worden ist,²⁷ betonen neuere Darstellungen den entscheidenden Einfluss der Idee der Freiheit, die seit der Revolution 1789 nicht zuletzt wiederum durch Napoléon nach Deutschland getragen worden war. Diese hatte die deutschen Fürsten dazu bewegt, die Zensur als Mittel zur Sicherung des politischen Systems zu benützen. Daher brachten die theoretischen Ideen der Französischen Revolution in Deutschland praktisch neue Zwänge und nicht neue Freiheiten.²⁸ Fortgesetzt wurde die Unterdrückung der Presse auch unter den Vorzeichen des französisch dominierten Rheinbundes (1806-1813).²⁹ In einem Dekret von 1809 wurden die politischen Nachrichten auf eine ausgesuchte zentrale Zeitung konzentriert, allen anderen Blättern wurde es verboten, solche Mitteilungen zu drucken.³⁰ Ähnliches galt auch in Schleswig-Holstein, wo dem *Altonaer Merkur* im Dezember 1816 das Monopol für politische Nachrichten zugesprochen wurde. Neben dem *Merkur* gab es eine Anzahl lokaler Intelligenzblätter ohne politische Nachrichten.³¹

Die Zeit der Napoléonischen Kriege brachte dann eine relative Freiheit der Presse mit sich.³² Die Fürsten sahen in dieser Zeit die frankophoben Tendenzen großer Teile der deutschen Presse als für die eigenen politischen Ziele nützlich an und ließen die Presse

anspornte. Wichtig für die Träger der öffentlichen Meinung war die politische Einsicht.“ (Schömiß 1988, S. 13f.).

27 Die „selbständigen Regungen“ der badischen Presse, die „immer und immer wieder“ aufflackerten, hätten die Regierung mit Blick auf das Verhältnis zum französischen Herrscher veranlasst, mithilfe des Dekretes zur „Zentralisierung aller politischen Nachrichten“ (27.10.1809) das Ende aller politischen Zeitungen damit gleichsam in einem Zuge zu verordnen: „Alle politischen Zeitungen hörten am 1. Oktober 1809 auf zu bestehen.“ (Munzinger 1912, S. 1081).

28 Müller 1986, S. 30.

29 In der Folge der „Rheinbundzeit“, d. h. infolge der wiederholten Neugliederung der deutschen Staaten in Mittelstaaten unter französischer Hegemonie in den von Frankreich abhängigen Rheinbund sowie in annektierte Staaten (Lübeck), hatte sich die badische Presse nach Munzinger in einem unrühmlichen Zustand befunden (Munzinger 1912, S. 1082).

30 Die zeitliche Differenz zwischen Erscheinungseinstellung aller politischen Zeitungen am 01.10.1809 und dem Erscheinungsdatum des Dekrets, das Munzinger dem 27.10.1809 zuordnet, fällt sogleich ins Auge. Die bis 1809 bestehenden politischen Zeitungen hätten in diesem Falle in „vorausseilendem Gehorsam“ gehandelt, was deren „Widerstandsgeist“ zuwidergelaufen wäre. Obser, auf dessen Veröffentlichung in der *Karlsruher Zeitung* (02.01.1896) sich Munzinger bezog, datierte im Gegensatz zu Meerwarth (Meerwarth 1907, S. 81), das Dekret auf den 18.10.1810, also auf das Folgejahr. Wie sich in diesem Falle die Behauptung Munzingers, die politischen Zeitungen hätten am 01.10.1809 ihr Erscheinen eingestellt, halten lässt, ist fraglich (vgl. Munzinger 1912, S. 1082). Munzinger bemerkt abschließend lediglich in einer Fußnote: „Dieser Widerspruch [Erscheinungsjahr des Dekrets; M.P.] ließ sich zunächst nicht aufklären.“ (ebd.).

31 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 73.

32 Vgl. Müller 1983, S. 31.

daher erst einmal gewähren.³³ Deshalb wurde die Preßfreiheit auch infolge der Ordnung des Deutschen Bundes grundsätzlich als garantiertes Recht gesetzt, das aber noch ausgestaltet werden sollte.³⁴ Anstatt das Beschlossene auch in freiheitlichem Sinne durchzusetzen, verband sich mit dem „System Metternich“, das den „Vormärz“³⁵ gänzlich prägen sollte, eine Zeit erneuter Repression. Eben noch als Verbündeter im Kampf gegen Napoléon geduldet, brachen die Fürsten nun mit der vormals geübten Liberalität gegenüber dem heimischen Pressewesen. Als erstes offensichtliches Resultat dieser repressiven Entwicklung gilt das Verbot des *Rheinischen Merkur* zu Beginn des Jahres 1816.³⁶

Das Wartburgfest (1817), das als Feier des dreihundertsten Jahrestags des lutherschen Thesenanschlags und gleichzeitig zum Gedenken an die Völkerschlacht bei Leipzig begangen wurde, war Ausgangspunkt einer Reihe von Burschenschaftsgründungen, die der restaurativen Politik der Fürsten zunehmend bedrohlich erschienen. 1819 war die Ermordung des populären Schriftstellers August von Kotzebues durch den radikalisierten Burschenschaftler Karl Ludwig Sand Anlass zum Erlass der Karlsbader Beschlüsse, welche die restaurative Politik der jüngeren Entwicklung festschrieben, gleichzeitig aber unter anderem die 1815 bzw. in der Badischen Verfassung 1818 angekündigte Ausgestaltung der Preßgesetzgebung enthielten.³⁷

Die Karlsbader Beschlüsse fassten ein Paket von drei unterschiedlichen Gesetzen zusammen, die in allen Ländern Deutschen Bundes gelten sollten. Das Universitätsgesetz erlaubte die Entfernung missliebiger Professoren aus ihren Ämtern und verbot die Burschenschaften. Das Preßgesetz unterzog politische Blätter einer strengen Prohibitivzensur und führte damit zur Ausbildung eines breiten Marktes von Unterhaltendem. Das Untersuchungsgesetz erlaubte es den Regierungen, Oppositionelle, des „revolutionären Umtriebs“ bezichtigt, aufgrund dieser weitgehend unbestimmten Anklage zu verhaften. Die Exekutionsordnung setzte die Bundesmitglieder unter Zwang: Sie bestimmte, unwilligen Mitgliedern durch militärischen Druck die Entscheidungen des

33 Vgl. ebd. Staatskanzler Hardenberg vermochte von Berlin aus, die öffentliche Meinung durch die Zeitungen und Zeitschriften im Sinne einer Bestärkung des Nationalgefühls einzusetzen (vgl. Schömig 1988, S. 389). In diesem Zusammenhang sei auf ein Zitat Josef Görres (1810) verwiesen, dass H. Müller in ihrer Arbeit abdruckt: „Was not tut vor allen Dingen, ist, daß in der Mitte der Nation eine [Hervorhebung hinzugefügt, M. P.] feste bestimmte öffentliche Meinung sich bilde, die entschieden und unverkennbar den eigentümlichen Charakter des Stammes ausdrücke.“ (Görres, Josef zit. in: Müller 1986, S. 31). Hier zeigt sich, dass das Bekenntnis zur öffentlichen Meinung weder zwingend die Freiheit der Presse, wie man sie heute versteht, noch Meinungspluralität nach sich ziehen muss.

34 Vgl. Sautter 2004, S. 9ff.

35 „Vormärz“ wird hier im weiteren Sinne als Zeit zwischen Ende des Wiener Kongresses und Beginn der Märzrevolution in Berlin verstanden.

36 Vgl. Müller 1986, S. 31.

37 Vgl. ebd.

Bundes aufzuzwingen.³⁸ Grundsätzlich wurde es den vorhandenen Zeitungen zwar nicht verboten, politische Nachrichten zu bringen. Der Rahmen, in dem sich die Berichterstattung bewegen durfte, war dennoch eng gehalten.

In Schleswig-Holstein wurden die Karlsbader Beschlüsse nicht offiziell publiziert. Nur knappe Meldungen in der einzigen politischen Zeitung der Herzogtümer, dem *Altonaer Merkur*, sowie dem in räumlicher Nähe erscheinenden *Hamburgischen Correspondenten*, wiesen überhaupt auf die neuen Vereinbarungen hin. Erst am 9. November 1819 führte man im Herzogtum Holstein die preßrechtlichen Bestimmungen des Bundes ein.³⁹ Auf alle erscheinenden Schriften mussten zwar die Namen von Verleger und Verfasser angegeben werden, einheitliche Bewertungsvorgaben für die Zensoren gab es dennoch nicht, sodass diese oft nach Maßgabe eigener Einschätzung die Publikation ganz verbieten oder auch nur einige Passagen streichen konnten.⁴⁰ Ab 1820 führte Kopenhagen einen Konzessionierungszwang aller Presseschriften in Schleswig-Holstein ein, der neben dem „politischen“ *Merkur* auch sämtliche Blätter ohne politische Berichterstattung betraf.⁴¹

0.4.2 „Zeitschrift“ und „Zeitung“

Seit den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts hatte sich die Zeitschrift von einem „Organ der Gelehrten“, das in lateinischer Sprache verfasst war, in Richtung eines populären, unterhaltenden Periodikums der gebildeten Bürger entwickelt. Zur gleichen Zeit begannen auch die Zeitungen, in immer kürzeren Intervallen zu erscheinen. Ursprünglich waren Zeitungen Einzeldrucke, die aufgrund eines besonderen Ereignisses hergestellt und verbreitet wurden.⁴² Nachdem sich bis Ende des 18. Jahrhunderts „Zeitung“ für eine periodisch erscheinende Presseschrift sprachlich etabliert hatte, waren „Zeitschrift“ und „Zeitung“ zunächst kaum voneinander zu trennen.⁴³

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 79f.

40 Vgl. ebd., S. 81f.

41 Vgl. ebd., S. 86.

42 Vgl. ebd., S. 32. Zeitungen entstanden aus der Tradition der Flugblätter, die ihre größte Bedeutung im 16. und 17. Jahrhundert erlangt hatten (vgl. Schwitalla 1999, S. 1).

43 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 32, vgl. auch Kirchner 1962, S. 374.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann sich eine politische Presse zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, die Zeitschrift als Fortführung der philanthropisch-literarischen Blätter des 18. Jahrhunderts zu definieren. Zeitschriften pflegten in ihrer sprachlichen Gestaltung einen kommentierenden und rasonierenden Stil.⁴⁴ Die frühen Zeitschriften besaßen ein „geistiges Monopol“.⁴⁵ Sie waren die wesentlichen Verbreitungsorgane der Vorstellungen der (städtischen) intellektuellen Elite.⁴⁶ Seit ihrer Blütezeit im Jahrhundert der Aufklärung fungierte die Zeitschrift „[...] als Partizipationsimpuls, als Referenzfaktor und Kristallisationspunkt, als Multiplikationsinstanz für alle Akteure der bürgerlichen Kultur und Gesellschaft [...]“.⁴⁷ Die intellektuelle Zeitschrift war also ein Forum des tendenziell überregionalen und in eingeschränkter Weise auch überzeitlichen Austausches, da die Besprechung nicht mehr an einen vereinbarten Termin gebunden war. Neu war die Öffnung einer Diskussion nach außen. Kein Kaffeehaus, keine Tischrunde war mehr nötig, um eine Diskussion zu führen:

Die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit stellt idealtypisch eine kommunikative Sphäre der freien Meinungsäußerung, der Kritik und der Entscheidungsfindung für alle gesellschaftlichen Bereiche dar. In der Realität ist diese [...] Kommunikation angewiesen auf konkrete Medien [...].⁴⁸

Neben diesem wissenschaftlichen Typus gab es ebenfalls seit dem 18. Jahrhundert noch unterhaltende Zeitschriften, die für einen breiteren Leserkreis bestimmt waren.⁴⁹ Schon die englischen Vorbilder der ersten deutschen Zeitschriften wollten in populärer Form wissenschaftliche Erkenntnisse an das Volk herantragen,⁵⁰ um aus den gelehrten Zirkeln heraus aufklärerisch bzw. pädagogisch auf das „einfache“ Volk einwirken zu können. Seitens der Zensur boten Zeitschriften weniger Anlass zum Einschreiten, denn neben ihrer oft niedrigen Auflage befassten sie sich zumeist nicht mit tagespolitischen Fragen. Die Vielfalt der vorhandenen Zeitschriften war ein weiteres Faktum, das sie aus Sicht der Zensur weniger verfolgenswert erscheinen ließen.⁵¹ Beiträge in Zeitschriften waren zudem zumeist anonym verfasst, ein weiterer Beleg für das nachsichtige Verhalten der Zensurbehörden gegenüber den Zeitschriften.⁵²

44 Vgl. ebd., S. 32.

45 Vgl. Meynen 1928, S. 35.

46 Vgl. Kirchner 1962, S. 369.

47 Faulstich 2006, S. 50f.

48 Böhn/ Seidler 2008, S. 68.

49 Vgl. Kirchner 1962, S. 369.

50 Vgl. Stöber 2005, S. 266.

51 Vgl. Faulstich 2006, S. 52.

52 Vgl. ebd.

0.4.2.2 Aufbau und Format

Die Zeitschrift definierte sich dabei in Abgrenzung zum Brief, der Zeitung und dem Flugblatt. Hinzu trat als Druckmedium die heftähnliche Erscheinungsweise der Zeitschrift. Zusammenfassend ist eine Zeitschrift durch fünf Charakteristika zu definieren: Themenzentriertheit, Temporalität, Interessensspezifizierung, Kontextualisierung und ggf. partielle Visualisierung.⁵³ Zugleich sind dies Teile des Kriteriums der Kollektivität des Inhalts von Zeitschriften, welches sich in Form gedruckter Inhaltsverzeichnisse für Zeitschriftenjahrgänge und einer Binnenstruktur der einzelnen Ausgaben zeigte. Die Kategorisierung musste dabei eine inhaltliche Varianz zulassen, galt also nicht für Register amtlicher Veröffentlichungen u. ä.⁵⁴ Für die Zeitschrift des 18. Jahrhunderts kam noch der Wille hinzu, ein kontinuierlich erscheinendes Organ zu sein. Dies verlor allerdings bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts als Merkmal spürbar an Bedeutung.⁵⁵

Dennoch ist eine abschließende Definition für das, was „Zeitschrift“ sein sollte bzw. als solche zu gelten habe, nicht möglich, da die Vielfalt ihrer Erscheinungsform nicht umfänglich fassbar ist.⁵⁶

0.4.2.3 Zum Wesen und zur Entwicklung des vormärzlichen Preßwesens

Im Unterschied zu den Zeitschriften brachten Zeitungen vorzugsweise Meldungen und Korrespondenzen über ausländische Mächte und Diplomatie. Sie pflegten traditionell einen neutralen Stil der Berichterstattung und verzichteten durchgehend auf eine Kommentierung des Berichteten.⁵⁷ Die ersten „politischen“ Zeitungen, die noch im 17. Jahrhundert erschienen, hatten mit den politischen Zeitungen insbesondere gegen Ende des 19. Jahrhunderts wenig gemein. „Politisch“ meinte zunächst nur, dass überhaupt über politische Geschehnisse berichtet wurde, die man knapp und ohne Kontextualisierung schilderte. Ihrer geringeren politischen Virulenz halber bevorzugte man dabei

⁵³ Vgl. ebd., S. 51.

⁵⁴ Vgl. Kirchner 1962, S. 372f.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 372. Schon im 18. Jahrhundert hatte es „Gelegenheitszeitschriften“ gegeben, die anlässlich eines Krieges o.ä. erschienen sind. Diese sind aber von den temporär erscheinenden Zeitschriften des 19. Jahrhunderts insofern zu unterscheiden, als dass deren Zeitgebundenheit nicht von ihren Herausgebern reflektiert worden war (vgl. ebd.).

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 376, wörtlich: „Eine alle denkbaren Möglichkeiten berücksichtigende Definition der Zeitschrift ist für das 19. Jahrhundert nicht beizubringen; noch viel weniger ist die Begriffsbestimmung aus dem nun einmal bestehenden Worte 'Zeitschrift' durch logische Überlegung zu gewinnen. Auch die von den Theoretikern der Zeitschrift zugebilligten Merkmale helfen nicht weiter, da [...] die Meinungen über die Merkmale nicht immer einhellig sind.“ (ebd.).

⁵⁷ Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 32.

Auslandsnachrichten.⁵⁸ Diese „Nachrichtenpresse“ bestimmte den Typus der meisten deutschen Blätter bis in die Revolutionsjahre.⁵⁹

Auch die Bedeutung der Zeitung gegenüber der Zeitschrift vollzog bis zum und insbesondere im Jahr 1848 selbst einen Wandel, in dessen Folge die Tageszeitungen dank höherer Aktualität die Bedeutung der Zeitschriften errangen.⁶⁰ Vor allem liberale Blätter waren es, die bereits im ersten Revolutionsjahr zu Plattformen des Gedankenaustausches zwischen Redaktion, Korrespondenten, Lesern und lokaler Obrigkeit wurden.⁶¹ Zu den Zeitungen kamen die ebenfalls wieder an Bedeutung gewinnenden Flugschriften hinzu,⁶² die sich im 19. Jahrhundert durch ihre fehlende Periodizität und die absichtsvolle Beeinflussung der öffentlichen Meinung von Ersteren unterschieden.⁶³

1830 lagen die durchschnittlichen Auflagen der Zeitungen bei etwa 600 Exemplaren innerhalb eines Spektrums von 200 bis 2.000 Drucken pro Ausgabe.⁶⁴ 1847, im Jahr vor den Märzereignissen, zählte man insgesamt 1.054 Zeitschriften im deutschsprachigen Raum. Nach dem März waren es vor allem Fachzeitungen, Illustrierte Zeitungen sowie Witzblätter, die den weiteren quantitativen Aufstieg der Zeitschriftentitel auf 5.632 Titel im Jahr 1902 begründeten.⁶⁵ Für den Vormärz lässt sich in Bezug auf die neuartigen illustrierten Zeitungen insbesondere die *Leipziger Illustrierte Zeitung* nennen.⁶⁶ Ihr Aufstieg war für die seinerzeitigen Verhältnisse phänomenal:⁶⁷ Nach der Erstausgabe vom 1. Juli 1843 wuchs die Auflagenzahl bis 1845 auf 15.000 16-seitige Exemplare an.

58 Vgl. ebd., S. 37.

59 Vgl. Püschel 1991a, S. 243f.

60 Vgl. Meynen 1928, S. 35f. Über „Zeitungskommunikation unter gelockerter Zensur“ mit Bezug auf die liberalere Phase preußischer Preßpolitik zu Beginn der 1840er Jahre schreibt Püschel: „Die Zeitungskommunikation unter gelockerter Zensur ist in doppelter Weise geprägt: Zum einen wird nun die liberale Zeitung zum Kampfinstrument um Öffentlichkeit in politischen, d.h. die Allgemeinheit betreffenden Angelegenheiten. Und zum zweiten wird durch und in der Zeitung eine neue Art von Öffentlichkeit [...] HERGESTELLT [Hervorhebung im Original; M. P.], in der politische Angelegenheiten verhandelt werden.“ (Püschel 1991a, S. 262). Um eine solche Diskussion zu ermöglichen, kamen Artikel zur Vermittlung von Hintergrundinformationen hinzu (vgl. ebd., S. 265).

61 Vgl. Püschel 1991a, S. 245. Zum Verhältnis von Presse, Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung in den 1840er Jahren schreibt Püschel weiter: „Durch die gemeinsame Beratung entsteht Öffentlichkeit und durch die Übereinstimmung von vielen öffentliche Meinung.“ (ebd., S. 248).

62 Vgl. Schwitalla 1999, S. 2.

63 Vgl. ebd., S. 5- 7. Das Kriterium der Propaganda als spezifische Eigenschaft der Flugblätter ist wegen gleichzeitig nachweisbarer propagandistischer Zeitungen umstritten (vgl. ebd., S. 6).

64 Vgl. Faulstich 2006, S. 52.

65 Vgl. ebd., S. 74.

66 Vgl. ebd., S. 75f.

67 Wenn Faulstich bemerkt, dass die *Berliner Illustrierte Zeitung* (1891- 1945) sehr viel erfolgreicher als die *Illustrierte Zeitung* in Leipzig war, muss auf die zeitliche Differenz zwischen den Erstausgaben verwiesen werden. Die Leipziger Zeitung enthielt in jeder Ausgabe Informationen über Musik und Theater (vgl. Mahling 1982, S. 302), während die *Berliner Illustrierte Zeitung* als „Bildzeitung“ konzipiert worden war (vgl. ebd., S. 76) und so dem Geschmack des 20. Jahrhunderts schon weit eher verhaftet war als die belehrend-unterhaltende Leipziger Zeitschrift.

Inhaltlich beschäftigte sich die Zeitung mit dem Tagesgeschehen und dem gesellschaftlichen Leben der Zeit und versuchte dies zu illustrieren.⁶⁸ Sie wollte die Erwachsenen belehren, unterhalten und die Heranwachsenden anleiten, verfolgte also auch volkserzieherische Ziele.⁶⁹ Preislich günstiger noch als diese war das *Pfennig Magazin der Gesellschaft zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse*, das ab 1833 erschien und seine Auflagenhöhe von anfänglich 35.000 noch im Vormärz auf bis zu 100.000 Exemplare steigern konnte.⁷⁰

Beide Zeitschriften, die *Illustrierte Zeitung*⁷¹ und das *Pfennig Magazin der Gesellschaft zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse* waren Ausnahmen in einer sonst von kleineren Auflagen geprägten Presselandschaft. Dennoch verdeutlichen sie, dass bereits zur Jahrhundertmitte ein Bedürfnis nach gleichzeitig unterhaltenden und lehrreichen Stoffen vorhanden war, deren Rezeption leichtfallen sollte. Die Entwicklung in Richtung einfach zu rezipierender Texte, die durch Grafiken illustriert wurden, war bereits im Vormärz deutlich. Von der Zeitschriftenkultur des 18. Jahrhunderts war dieser neue Typ der in gefälliger Weise popularisierten Massenzeitschrift bereits recht weit entfernt.

0.4.2.4 Entwicklungslinien der Jahre 1848/ 49

Durch die sich überstürzenden Ereignisse des März 1848 wuchs die Bedeutung der Periodika mit kürzeren Erscheinungsintervallen, besonders der Zeitungen und Flugblätter.⁷² Unter den Bedingungen einer zunächst meist vollständig aufgehobenen Zensur in den Monaten des „Nachmärz“ wurden Flugschriften in ungekannter Zahl hergestellt, die Zeitungen und vor allem Zeitschriften als führendes Medium ablösten.⁷³ Alle politischen Richtungen bedienten sich der Flugblätter, um mithilfe juristischer Aufsätze, von Verfassungsentwürfen, Programmen und Statuten politischer Vereinigungen, Vorträgen und Reden das Publikum in ihrem Sinne zu beeinflussen.⁷⁴ Viele Artikelüberschriften erinnerten dabei an den rasonierenden Stil der Zeitschriften:

Bei den Aufsätzen kommt der akademische Stil schon in den Titeln zum Ausdruck: *Gedanken zu ...*, *Einige Worte zu ...*, *Bedenken zu ...*; durch Fragesätze (*Was dürfen wir Deutsche von den in*

68 Vgl. Mahling 1982, S. 302.

69 Vgl. ebd. Die Abbildungen waren Zeichnungen, die von Holzstechern für den Einsatz in der Presse gestaltet wurden (vgl. ebd., S. 304).

70 Schmolke 1985, S. 32f.

71 Die *Illustrierte Zeitung* ist ein Beispiel für die unklare Verwendung der Begrifflichkeiten „Zeitung“ und „Zeitschrift“.

72 Vgl. Meynen 1928, S. 35f.

73 Vgl. Schwitalla 1999, S. 88.

74 Vgl. ebd., S. 88f.

Frankfurt versammelten Volksvertretern zunächst erwarten? [...]), Formulierungen wie für wissenschaftliche Bücher (Grundzüge einer Deutschen Bundesverfassung mit Rücksicht auf ... [...])
[Hervorhebungen im Original; M. P.]⁷⁵

In den Jahren 1848/ 49 unterschieden sich Flugblätter und Flugschriften bereits so sehr voneinander, dass eine unterschiedliche Kategorisierung möglich und sinnvoll erscheint. Die Flugschriften appellierten eher an den Geist des Lesers, während Flugblätter sich an die Gefühle des Betrachters wandten. Flugschriften glichen im Argumentativen den Zeitschriften, indem erstere sich um eine möglichst rational-ernsthafte Darstellung bemühten.⁷⁶ Auch die neue journalistische Form des Leitartikels,⁷⁷ die sich während der Revolutionszeit etablierte, war Ausdruck des Aufbruchs dieser Jahre. Den Zeitschriften, die seit jeher ähnlich den Flugschriften virulente Probleme in einer diskursiven Art besprachen, kam hierbei die Rolle eines Bindegliedes zwischen Flugschrift und periodischer Zeitung zu. Im Unterschied zur Zeitung befassten sich Zeitschrift und Flugschrift mit einem definierten thematischen Schwerpunkt, der über einige Wochen aktuell sein musste.⁷⁸

0.4.3 Intelligenz- und Amtsblätter als Formen der Lokalzeitung

Im ländlichen und kleinstädtischen Raum war bis Mitte des 19. Jahrhunderts das Intelligenzblatt das zentrale Kommunikationsmedium.⁷⁹ Ihren Höhepunkt erreichten diese Anzeigenblätter zu Beginn des 19. Jahrhunderts.⁸⁰ Die neben den Intelligenzblättern rezipierten Zeitungen lassen sich in ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung in vier Kategorien unterteilen: in Lokalblätter ohne klare politische Ausrichtung, in Blätter mit politischer Richtungsbezeichnung, die jedoch nicht als „Parteiblatt“ einzuordnen sind, in politische Zeitungen und schließlich in überregionale Zeitungen.⁸¹

Die jeweiligen Lokalzeitungen waren für die Bewohner abseits der großen Städte von besonderer Bedeutung, da sie die einzige und daher auch wichtigste (schriftliche und aktuelle) Informationsquelle für das eigene Geschäft waren.⁸² Zu diesem Zeitungstyp sind

⁷⁵ Ebd., S. 89.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 89.

⁷⁷ Vgl. die Ausführungen zur Geschichte des Leitartikels weiter unten.

⁷⁸ Vgl. ebd.

⁷⁹ Vgl. Schulz 2005, S. 176.

⁸⁰ Vgl. Schömig 1988, S. 361.

⁸¹ Vgl. Schulz 2005, S. 176ff. Schulz nimmt für ihre Kategorien Untersuchungen zur Hand, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstellt wurden. Diese dienen als Orientierungshilfe auch für die Verhältnisse um 1850 (vgl. ebd.).

⁸² Vgl. Tauschwitz 1981, S. 174. Die Lokalblätter enthielten die Bekanntmachungen über Fruchtpreise, An- und Verkäufe, Fleisch- und Brotpreise, Versteigerungen, Konkursanmeldungen usw.

alle regelmäßig erscheinenden Presseschriften zu zählen, die einen lokal geprägten Zeitungstitel hatten und zwar unabhängig davon, ob sie einer konfessionellen oder politischen Richtung angingen.⁸³ Denn die Bezeichnung „Lokalzeitung“ war zur Mitte des 19. Jahrhunderts kaum ausreichend definiert.⁸⁴

Unterteilen lässt sich dieser Zeitungstyp zunächst in konfessionelle und politische Lokalblätter,⁸⁵ die bereits in ihrer Bezeichnung die ihnen eigene politische Ausrichtung deutlich machten, indem sie „liberal“ oder „konservativ“ im Titel trugen.⁸⁶ Die republikanische Presse bediente sich zumeist Titelbezeichnungen, die ein Vertrauensverhältnis zwischen Leser und Blatt suggerierten. „Volksfreund“ oder „Volksführer“ waren typische Bezeichnungen linksgerichteter Periodika. Titel, welche die lokale Herkunft einer Zeitung ausdrückten (*Freiburger Zeitung*) oder symbolische Bezeichnungen (*Karlsruher Verkündiger*) nutzen Blätter aller politischen Richtungen. Fast ausschließlich konstitutionellen Blättern vorbehalten waren Titel mit patriotischem Anklang (*Deutsche Zeitung*).⁸⁷ Eine entsprechende Korrelation zwischen Inhalt und Tendenz galt auch für die konfessionellen Zeitungen, die im Unterschied zu den politischen Blättern oft kostenlos nach der sonntäglichen Andacht an die Gläubigen verteilt wurden.⁸⁸

Zu den Lokalblättern ohne ausdrückliche Beschreibung einer politischen Richtung müssen die Intelligenzblätter gezählt werden. Diese verdankten ihren Namen den Intelligenznachrichten, den Anzeigen. Typisch war weiterhin eine Trennung dieses Zeitungstyps in verschiedene Kategorien, die dem Leser einen zielgerichteten Zugriff ermöglichten.⁸⁹ Neben obrigkeitlichen Bekanntmachungen fand sich meist die „Bäcker-Taxe“, welche die amtlich festgesetzten Preise für Getreide und Brot veröffentlichte.⁹⁰ Weiterhin nutzten die lokalen und regionalen Vereine das Anzeigenblatt

(vgl. ebd.).

83 Vgl. Schulz 2005, S. 178.

84 Vgl. ebd. Schulz führt hierzu Robert Prutz' *Geschichte des deutschen Journalismus* (Hannover 1845) an, der behauptete, man müsse nur einen halben Bogen Papier mit einer Geschichte über einen vom Gerüst gestürzten Handwerker füllen und mit einem prächtigen Titel versehen und schon könne man von einer Zeitung sprechen (vgl. ebd.).

85 Vgl. ebd., S. 178f.

86 Vgl. ebd., S. 185f.

87 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 201.

88 Vgl. Schulz 2005, S. 185f.

89 Vgl. Schömig 1988, S. 363.

90 Zur Eutiner Bäckertaxe schreiben die *Blätter für Heimatkunde*, dass die Getreidepreise seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert anhand der Preise auf dem Lübecker Markt ermittelt wurden (vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1957, S. 13, S. 57). Die politisch veränderten Verhältnisse zu Beginn des 19. Jahrhunderts machten eine Neuregelung der Bäckertaxe notwendig: „Zur Festsetzung des Eutiner Preises kamen nun am Anfang des Monats die Aelterleute der Bäcker, der Mühlenpächter von der Neumühle und sachkundige Mitglieder des Rates auf dem Rathaus zusammen. Der Preis war in Eutin immer höher als in Lübeck und Hamburg.“ (*Blätter für Heimatkunde* 1957, Nr. 14, S. 62, vgl. dort auch Vorstehendes).

für ihre Nachrichten. Anknüpfungspunkt in Bezug auf eine mögliche Politisierung dieser Zeitungen bildete allen voran die Kategorie „Gemeinnütziges“, in der, falls die Anzeigen das Blatt nicht füllen konnten, kleinere Aufsätze veröffentlicht werden konnten.⁹¹ Einige Intelligenzblätter zeigten bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert durch Aufnahme politischer Mitteilungen eine Politisierungstendenz.⁹²

Eine weitere wichtige Gruppe bildeten die Amts- und Kreisblätter, die ihre Existenz neben der Verbreitung amtlicher Bekanntmachungen insbesondere den Anzeigen und Ausschreibungen verdankten. Redaktionell bildete das lokale Geschehen, zumeist aus Sicht der reglementierenden Stellen, einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt dieser Zeitungen. Die Amtsblätter entwickelten sich um die Wende zum 19. Jahrhundert und standen in der Tradition der seit dem 18. Jahrhundert verbreiteten Intelligenzblätter. Zwischen den Reinformen des Intelligenzblattes mit ausschließlich kommerziellen bzw. privaten Anzeigen und dem Amtsblatt, das nur amtliche Anzeigen brachte,⁹³ gab es eine große Zahl Mischformen. Daher waren Intelligenz- und Amtsblätter in der Praxis anhand ihrer unterschiedlichen Titel und weniger inhaltlich zu unterscheiden.⁹⁴ Eine solche Mischform, die zumeist aus wirtschaftlichen Gründen entstand,⁹⁵ stellten auch die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* dar, die dem Namen nach ein Intelligenzblatt waren, aber 1838 zum Amtsblatt erhoben wurden.⁹⁶

Neben den Inseratsgebühren aus öffentlicher bzw. privater Hand finanzierten sich die regional unterschiedlich auflagenstarken Blätter aus Bezugsgebühren. Vom (vormärzlichen) Konzessionierungszwang profitierten die Intelligenzblätter doppelt: Die

91 Vgl. Heinel 1998, S. 8- 17. Heinel beschreibt die *Dieburger Zeitung*, die als klassisches Intelligenzblatt vorgestellt wird.

92 Vgl. Böning 1987, S. 129. Die wirtschaftliche Bedeutung von Zeitungen des Typs darf nicht gering geschätzt werden, denn die aufkommende Werbung verhalf der lokalen Wirtschaft zu einer erhöhten Nachfrage. In Preußen wurde die Wirkung eines gedruckten Marktes, auf dem mit kommerziellen Anzeigen für die eigenen Produkte geworben werden konnte, bereits in den 1720er Jahren als hoch eingeschätzt, weshalb hier aus den Intelligenzblättern rasch staatliche Unternehmungen wurden. Der regulierte Anzeigenmarkt bestand in Preußen bis 1849 fort, überdauerte also selbst die Erneuerungswelle im Frühling 1848 (vgl. Schulz 2005, S. 179f.).

93 Vgl. ebd. In Preußen gab es seit 1811 Vorgaben bezüglich des Inhalts von Amtsblättern: „Formal wurde festgelegt, daß zunächst Datum und Inhaltsverzeichnis angegeben werden sollten, danach die verschiedenen Verfügungen. Zu veröffentlichen waren auch kriminalistische Ereignisse, Gesetzesübertretungen und Strafen, sowie Belobigungen und Prämien, Ausschreibungen, allgemeine Bekanntmachungen, offizielle Personalnachrichten und organisatorische Veränderungen.“ (Schömig 1988, S. 366).

94 Vgl. Schulz 2005, S. 179ff.

95 Vgl. Schömig 1988, S. 365.

96 Vgl. Peters 1966, S. 63. Um allen Mischformen dieser Zeitungstypen gerecht werden zu können, kann man von „kostenpflichtigen Anzeigenblättern“ sprechen. Da sich dieser umständliche Terminus für die weitere Betrachtung kaum eignet, bezeichne ich die genannten drei Typen und ihre jeweiligen Zwischenformen als *Intelligenzblätter*, unabhängig davon, in welchem Maße amtliche oder private Anzeigen den Inhalt bestimmten.

amtliche Festlegung der Veröffentlichung aller Anzeigen in einer Zeitung vermochte es, Wirtschaft und Leser auf dieses eine Blatt zu verpflichten. Zudem fand sich in der Zeitung auch der lokale Stellen- und Immobilienmarkt. Die so begründete Attraktivität schuf eine konstante Nachfrage. Der Herausgeber durfte sich auf eine heute ungekannte Planungssicherheit in Bezug auf die Auflagenhöhe seines Blattes verlassen,⁹⁷ das in einem örtlich meist eng umrissenen Raum eine Auflage von durchschnittlich 200- 300 Exemplaren erreichte.⁹⁸

Zusammenfassend nennt Jürs in einem kurzen Aufsatz zum *Fürstlich Ratzeburgischen Intelligenz-Blatt* die Charakteristika einer Anzeigenzeitung zu Beginn des 19. Jahrhunderts.⁹⁹ In der einzigen Druckerei des Fürstentums wurde zwischen 1808 und 1811 das *Intelligenz-Blatt* herausgegeben.¹⁰⁰ Die vierseitig an Samstagen erscheinende Zeitung umfasste vom Format her 18x 21,8 Zentimeter („Quartformat“).¹⁰¹ Daneben waren auch der zweispaltige Druck typisches Merkmal eines Intelligenzblattes, was ein Vergleich mit den benachbarten *Lübeckischen Anzeigen* sowie den *Hannoverschen Anzeigen* belegt.¹⁰²

Auch die von Schulz herausgearbeitete Gliederung¹⁰³ traf auf dieses *Intelligenz-Blatt* zu: „Landesverordnungen“, „Justiz- und Polizeisachen“, „Kauf- und Handelssachen“ sowie „vermischte Nachrichten“ bestimmten den Inhalt, während eine lokale Berichterstattung sowie politische Nachrichten fehlten.¹⁰⁴ In „Landesverordnungen“ fanden sich Bekanntmachungen einheimischer und auswärtiger Behörden, den zweiten Teil bestimmten Zwangsversteigerungen und Vorladungen, die „Kauf- und Handelssachen“ enthielten private Verkaufsanzeigen oder sonstige Werbung.¹⁰⁵ Die „vermischten Nachrichten“ waren ein Überrest aus der Zeit der Aufklärung, in der sich die Gelehrten der (bestehenden) Intelligenzblätter bedienten, um ihr Wissen an den „gemeinen Mann“ heranzutragen.¹⁰⁶

97 Vgl. Schulz 2005, S. 180.

98 Vgl. Schömig 1988, S. 365.

99 Vgl. Jürs 2004, S. 72- 77.

100 Vgl. ebd., S. 72f. Nachfolger dieser bereits 1811 eingestellten Zeitung wurde 1831 der *Anzeiger für das Fürstenthum Ratzeburg*, den Frimodig im Aufsatz „Die Ereignisse des Jahres 1848 und ihr Spiegelbild im offiziellen 'Anzeiger für das Fürstenthum Ratzeburg'“ (2003) vorstellt.

101 Vgl. ebd., S. 72.

102 Vgl. ebd., S. 74.

103 Vgl. Schulz 2005, S. 179ff. „Charakteristisch war ihre Lokalgebundenheit [der Intelligenzblätter; M. P.], die wiederum besonders auf den Anzeigen gründete. Diese erschienen leserfreundlich nach Rubriken geordnet: Verkäufe und Vermietungen; Stelleninserate; Auktionsankündigungen; Privatanzeigen von Geburten, Eheschließungen und Todesfällen; Fund- und Verleihsachen; Lotterietanzeigen; Preistabellen; Wetterberichte sowie amtliche Anzeigen und Bekanntmachungen: Edikte und Verordnungen; Steckbriefe und Gerichtstermine; Beförderungen, Versetzungen und Begnadigungen.“ (ebd., S. 181).

104 Vgl. Jürs 2004, S. 74.

105 Vgl. ebd., S. 74f. Auf den Inhalt der „vermischten Nachrichten“ geht Jürs nicht näher ein.

106 Vgl. Böning 1987, S. 114, wörtlich: „Wenn die bei der Bauernaufklärung und der Verbesserung der

Mithilfe dieses eigentlich sachfremden Teils der Anzeigenblätter sollte die Leserbindung verstärkt werden. Der Zielrichtung nach orientierten sich diese Artikel am Bereich der Landwirtschaft, indem etwa neue Düngemittel vorgestellt oder effiziente Produktionsmethoden von Nahrungsmitteln thematisiert wurden.¹⁰⁷ Allgemein verdeutlichen solche Texte retrospektiv den beginnenden Aufbruch der landwirtschaftlichen Produktion von den feudalen Strukturen hin zu einer bürgerlich-kapitalistischen Ordnung.¹⁰⁸

Die Intelligenz- oder Amtsblätter gehörten zum Grundbestand der ländlichen Lektüre.¹⁰⁹ Zu diesem Zeitungstyp trat oft ein konfessionelles Blatt oder eine regionale Zeitung hinzu, da die Amtsblätter mit ihrem Fokus auf Unpolitisches das Lesebedürfnis nicht mehr zu stillen in der Lage waren – gerade auch, wenn die Leserschaft auch über aktuelle Ereignisse informiert werden wollte.¹¹⁰ Die Landarbeiterschaft, deren Erziehung nach ihrem Selbstverständnis auch die Intelligenzblätter dienen sollten,¹¹¹ las im Allgemeinen das, was auch die Herrschaften, also die besitzenden Bauern, lasen.¹¹² Viele Arbeiter verstanden das Zeitungslesen als Kennzeichen einer gewissen Emanzipation, denn sie informierten sich in der gleichen Zeitung über die gleichen Dinge wie die Herrschaft.¹¹³

Der Medienzugang beschränkte sich nicht nur in Bezug auf die soziale Stellung der (potentiellen) Leser. Vielmehr differenzierte die Intensität der Zeitungslektüre häufig auch innerhalb relativ kleiner Räume stark.¹¹⁴ Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bezogen viele Wirtshäuser ein Zeitungsabonnement, das den Besuch ihrer Schankwirtschaften attraktiver machen sollte. Eine angeleitete Lektüremöglichkeit boten Leseabende, die meist Pastoren oder Lehrer initiierten. Häufig entstanden parallel Bibliotheken, die Landarbeiter zum Lesen anregen sollten.¹¹⁵

Landwirtschaft engagierten Gebildeten darüber nachdenken, auf welche Weise sie ihre Ziele mit den Mitteln der Presse befördern könnten, dann fallen ihnen neben eigens dafür zu schaffenden Wochenblättern [wie den *Neuen Lübeckischen Blättern*; M. P.] stets die Intelligenzblätter ein, [...] weil sie ohnehin schon auf dem Lande und in den Dörfern verbreitet seien.“ (ebd., S. 114).

107 Vgl. ebd. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktion dienten die Meldungen weniger den scheinbar hauptsächlich angesprochenen Landwirten selbst als vielmehr den Städtern, die durch Meldungen über eine sich stetig qualitativ wie quantitativ verbessernde Produktion im Glauben bestärkt werden sollten, ihre Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern sei gesichert (vgl. ebd.). Dieser Gedanke lässt sich vor dem Hintergrund der deutlichen Preissteigerungen zwischen 1845- 1847 für die *Anzeigen* unterstreichen.

108 Vgl. Schulz 2005, S. 181f.

109 Vgl. ebd., S. 184f.

110 Vgl. Plöger 1999, S. 68, vgl. auch Schulz 2005, S. 184f.

111 Vgl. Böning 1987, S. 111.

112 Vgl. Schulz 2005, S. 156f.

113 Vgl. ebd., S. 157.

114 Vgl. ebd.

115 Vgl. ebd., S. 163f. Den Inhalt der dort zur Verfügung stehenden Bücher bestimmten praktische Anweisungen oder moralische Geschichten, während den Zeitungen zunächst nur eine untergeordnete

Trotz dieser grundsätzlich konservativen Tendenz des Typus' „Lokalzeitung“ entwickelte sich gerade diese Gattung in Baden vor und während der III. Erhebung im Jahr 1849 zum entschiedensten Befürworter einer republikanischen Umwälzung.¹¹⁶

Dem Volke wurden diese Blätter sehr wohlfeil verschafft, der Sinn für Skandal darin reichlich befriedigt und jene freche Lüge und Verleumdung organisirt, die zur Signatur der ganzen radicalen Presse in Deutschland gehörte.¹¹⁷

Es ist daher interessant zu prüfen, ob bzw. inwiefern es Veränderungen der Berichterstattung in der oldenburgischen Exklave Eutin gab und welcher politischen Tendenz diese Änderungen ggf. folgten.

Die *Konstanzer Zeitung* als politisches Lokalblatt

Die Artikel der *Zeitung* wurden im Allgemeinen nicht mit dem vollen Namen eines Redakteurs nachgewiesen.¹¹⁸ Die meisten Berichte entnahm Albert Rolle ohnehin anderen, größeren Zeitungen, die man hielt und aus denen man den größten Anteil des später selbst publizierten Zeitungstextes entnahm. Die *Konstanzer* war daher eine Komposition aus verschiedenen Quellenzeitungen mit nur einer geringen Zahl selbst verfasster Texte.

Zur Gliederung politischer Zeitungen

Die Anordnung der Berichte politischer Zeitungen unterschied sich von der Aufteilung der Intelligenzblätter: Um neben der traditionellen „Ganz-Lektüre“ des Blattes Lesern auch die Möglichkeit des selektiven Lesens zu geben, gliederten die Redakteure die Texte nach Herkunft. Neben Länderbezeichnungen konnten auch die Orte des Geschehens die Anordnung bestimmen. Überschriften im heutigen Sinne kannte man in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum. Die *Allgemeine Zeitung* bildete mit ihren inhaltsorientierten Überschriften eine Ausnahme, auch wenn man zunächst meist nur die Anfangswörter eines Artikels als Überschrift hervorgehoben hatte und noch nicht generell auch inhaltliche Abstraktion vornahm.¹¹⁹

Bedeutung im Portfolio der neuentstehenden Bibliotheken zukam (vgl. ebd., S. 167).

116 Vgl. Häusser 1851, S. 159ff.

117 Ebd., S. 159.

118 Die allermeisten Redakteure der Zeit veröffentlichten ihre Artikel anonym. Hintergrund war die Auffassung, dass sich die Reakteure als Sprachrohr der öffentlichen Meinung verstanden und sich nicht als Individuen an das Publikum wenden wollten (vgl. Tauschwitz 1981, S. 285f.).

119 Vgl. Püschel 1991b, S. 439.

0.4.4 Zu den Begriffen „Preßfreiheit“¹²⁰ und „Zensur“ und deren Bedeutung für die deutsche Presse bis 1848

Begriffsgeschichtlich leitet sich „Zensur“ vom lateinischen „census“ ab, das ein Verfahren zur steuerlichen Klassifizierung beschreibt. Den römischen „censores“, unterstand weiterhin die Ehren- und Sittengerichtsbarkeit. Die prüfende und beurteilende Aktivität der Censores übertrug sich im 17. Jahrhundert anlässlich der Überwachung des Buchdrucks und der -veröffentlichung ins Deutsche und bildete (eingedeutscht) den Begriff der „Zensur“.¹²¹ Der vormärzlichen Zensur war dabei die Aufgabe zugedacht worden, den Staat vor moralischem und politischem Verfall zu schützen.¹²² Man unterscheidet verschiedene Spielarten der Zensur:

Neben der **formellen Zensur**, die sich durch einschränkende Gesetzgebung und Sanktionen im Falle eines Verstoßes ausdrückt, kann auch durch ökonomische Machtausübung Zensur geübt werden.¹²³ Diese **informelle Zensur** wird in kapitalistisch wirtschaftenden Pressebetrieben durch die Konsumenten ausgeübt, denn diese treffen ihre Kaufentscheidung innerhalb einer Auswahl selbstständig. Weiter wird die formelle Zensur hoheitlich, die informelle im Allgemeinen von privater Stelle ausgeübt.¹²⁴ Die informelle Zensur ist zwangsläufig immer dann vorhanden, wenn die Produzenten einer Zeitung deren Kosten nicht dauerhaft aus eigenen Mitteln bestreiten können und daher von Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft und/ oder dem Verkauf der Zeitung abhängig sind. „Von **Selbstzensur** [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.] spricht man schließlich, wenn sich ein Autor dazu entschließt, seine schriftliche Gedankenvermittlung bestimmten autonomen oder von außen gesetzten inhaltlichen Schranken zu unterwerfen.“¹²⁵ Selbstzensur kann wiederum aufgrund eines formellen Zensurrahmens, den man nicht überschreiten möchte,

120 Da „Preßfreiheit“ nicht mit der heutigen „Pressefreiheit“ identisch ist, verwende ich im Folgenden den zeitgenössischen Begriff, um die damit verbundenen Erwartungen, Forderungen usw. auszudrücken.

121 Vgl. Arnold 2003, S. 9.

122 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 160.

123 Vgl. Arnold 2003, S. 9.

124 Vgl. ebd. Eine hoheitliche Quelle informeller Zensur würde zum Beispiel vorliegen, wenn der Staat selbst regelmäßig eine wirtschaftlich bedeutende Anzahl Ausgaben erwirbt oder wenn dieser als Anzeigengeber zum Mietfinancier wird. Mit dem gesteigerten Informationsbedürfnis der sich politisierenden Leserschaft gewann seit dem Vormärz die Aktualität eines Presseerzeugnisses zunehmend an Bedeutung. Die Ereignisdichte der Revolutionsjahre beschleunigte diesen Prozess erneut, weshalb sich Aktualität und politische Ausrichtung eines Blattes immer mehr zu Kaufkriterien der Konsumenten entwickelten, welche nach Erlass der Preßfreiheit aus einem deutlich vergrößerten Angebot verschiedener Periodika wählen konnten (vgl. Tauschwitz 1981, S. 145f.). Zugleich wurden Zeitungen zu eigenständigen politischen und ökonomischen Unternehmungen (vgl. ebd., S. 147), was die Bedeutung der informellen Zensurmöglichkeiten weiter stärkte und einen Zwang zur inhaltlichen Anpassung des eigenen Blattes an die Mehrheitsmeinung bedingte.

125 Arnold 2003, S. 9f., ähnlich auch Westerkamp 1999, S. 6- 8.

oder infolge wirtschaftlicher Überlegungen, die auf der informellen Zensur fußen, bewusst oder unbewusst durch den Verfasser bzw. Herausgeber geübt werden.

Der Staat kann neben gesetzgeberischen Maßnahmen, die dem Inhalt der Presseerzeugnisse einen Rahmen zu geben versuchen, auch indirekt durch die Mittel der Besteuerung und/ oder Konzessionierung auf die Verbreitung von Druckerzeugnissen einwirken, der sogenannten **mittelbaren Zensur**: „Zu denken ist hierbei beispielsweise an eine Zeitungs- oder Papiersteuer sowie jede Art von Konzessionsbestimmungen, Sondersteuern oder Sicherheitsleistungen.“¹²⁶ Natürlich steht den staatlichen Verantwortungsträgern auch die Möglichkeit einer gezielten wirtschaftlichen Einflussnahme auf einzelne Zeitungen als Zensurmaßnahme offen. Hier ließen sich Steuererhebungen im Bereich der Produktionsmittel oder der Arbeitskräfte beispielhaft aufzählen, deren Höhe die Zeitungsproduktion unwirtschaftlich machen kann.¹²⁷

Die badische Regierung hatte bereits unter Blittersdorf zu Beginn der 1830er Jahre die *Mannheimer Zeitung* durch ein Inserationsprivileg für amtliche Anzeigen in finanzielle Abhängigkeit gebracht. Ebenfalls wirtschaftlich an den jeweiligen Staat gebunden waren die Amts- und Verkündigungsblätter. Diese nutzten die Administrationen auch zur Publikation regierungsfreundlicher Artikel.¹²⁸ Hinzu kamen weitere finanzielle Zuschüsse aus Karlsruhe sowie eigene Aufsätze des Ministers Blittersdorff.¹²⁹ Da den Herausgebern bewusst war, dass ein Entzug des Anzeigenprivilegs der eigenen Unternehmung der meist kleinen und nur wenige Abonnenten zählenden Zeitung praktisch einem Verbot gleich kam,¹³⁰ passten diese die politische Ausrichtung ihres Blattes den Wünschen des Anzeigengebers im Rahmen der informellen Selbstzensur an, sie „rochen stark nach Amtsstube“, wie Häusser 1847 in der *Allgemeinen Zeitung* schrieb.¹³¹

126 Arnold 2003, S. 10.

127 Vgl. ebd.

128 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 173, wörtlich schreibt Arnold 2003 zur Tendenz des Blattes zu Beginn der 1830er Jahre: „Die *Mannheimer Zeitung* war ein der [sic!] Blatt, das der Richtung des [radikalen; M. P.] *Wächter am Rhein* [Hervorhebungen hinzugefügt; M. P.] diametral gegenüber stand, er war das Sprachrohr der reaktionären Kreise, die Schreiber bezeichneten sich selbst regelmäßig als Royalisten.“ (Arnold 2003, S. 253).

129 Vgl. Arnold 2003, S. 253. Der Minister folgte hierbei dem Vorbild Preußens, das zur Einflussnahme auf die öffentliche Meinung 1841 eigens das „Ministerial-Zeitungsbüro“ gegründet hatte, das selbst Beiträge für Zeitungen liefern oder unrichtige Angaben bzw. aus Sicht der Regierung fehlerhafte Bewertungen korrigieren sollte. Auch nach den Märzereignissen schuf bereits die Regierung unter Rudolph von Auerswald im Sommer 1848 das „Literarische Cabinet“, das dem im März aufgelösten Büro nachfolgte (vgl. Nöth-Greis 1997, S. 2f.). Im Dezember infolge des Verfassungsoktrois erneut aufgelöst, wurde das Cabinet bereits Wochen später reaktiviert. Später unterstützte Preußen aus dem Fond des Cabinets das Parteiblatt der Gothaer, die *Deutsche Zeitung* (ab 1849/ 50) (vgl. ebd., S. 4f.).

130 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 175.

131 Vgl. Häussers Aufsatz zur badischen Presse in der *Allgemeinen Zeitung* von Anfang April 1847

Neben formeller und informeller sowie neben der Selbstzensur, die mittelbar oder, man denke an einschränkende Verordnungen, im Vormärz auch direkt ausgeübt werden konnte, unterscheidet man in **Vor-** und **Nachzensur**.¹³² Nach den Karlsbader Beschlüssen (1819) mussten Druckerzeugnisse, die weniger als zwanzig Bögen umfassten, vor der Veröffentlichung durch eine Zensurbehörde kontrolliert werden, während umfassendere und damit auch teurere Presseerzeugnisse einer Nachzensur unterlagen.¹³³

Benötigt man zur Veröffentlichung einer Schrift eine Genehmigung, und ist diese Genehmigung von einer vorherigen inhaltlichen Kontrolle der Schrift abhängig, so spricht man von einer Vorzensur, der strengstmöglichen Form der Zensur. Erfolgt indes eine inhaltliche Kontrolle erst nach Druck und Vertrieb der Schrift, so spricht man von Nachzensur. Im Vormärz haben sich für dieses Begriffspaar auch die Ausdrücke Polizeisystem (Vorzensur) und Justizsystem (Nachzensur) herausgebildet.¹³⁴

Als letztes Unterscheidungsmerkmal ist in diesem Zusammenhang das der **Präventiv-** bzw. **Prohibitivzensur** anzuführen. Ist die Erlaubnis der Veröffentlichung also eine Ausnahme eines allgemeinen geltenden Publikationsverbotes, spricht man von Präventivzensur. Liegt ein Presseerzeugnis hingegen zunächst gedruckt einer Öffentlichkeit vor und wird anschließend durch Zensur ganz oder teilweise verboten, ist also das Publizieren von Schriften grundsätzlich erlaubt, handelt es sich um eine Prohibitivzensur.¹³⁵

Im Vormärz stellte sich aus Sicht der Zeitungsproduzenten die Zensur in ihrer strengsten Form dar, in der Präventivzensur, die durch Bestimmungen des Staates nach Belieben verschärft werden konnte. Dessen ungeachtet mussten aus dem Kreis der Lesefähigen und -willigen genügend Käufer die materielle Existenz der Redakteure, Verleger und Drucker sichern.¹³⁶

Es kann „die Zensur“, in landläufigem Verständnis der Definition formeller Präventivzensur entsprechend, durchaus wegfallen. Dennoch bleibt eine ihrer Spielarten immer existent. Ein Verfasser wird kaum einen Artikel schreiben, ein Zeitungsherausgeber kein Blatt drucken lassen, das keine Leserinnen und Leser findet. Somit wirkt bei der Pressearbeit ein doppeltes Gespann aus Selbstzensur und informeller Zensur, die als mittelbare Zensur seitens der möglichst beständig zu haltenden Leser ausgeübt wird. Eigenständig werden die Redakteure, zumal wenn sie vom Erwirtschafteten der Zeitung

(genauer Nachweis wurde nicht erbracht), zit. in: Müller 1905, S. 127- 137, zitierte Passage: S. 128.

132 Vgl. Arnold 2003, S. 10.

133 Vgl. Schwitalla 1999, S. 8. Zwanzig Bögen entsprachen etwa 320 Oktavseiten (vgl. ebd.).

134 Arnold 2003, S. 10f. Die Unterscheidung Arnolds in Kategorien wie „streng“ und „weniger streng“, wie sie sich durch die Beschreibung der Vorveröffentlichungskontrolle als „strengstmögliche Kontrolle“ ableiten lässt, ist ungeeignet, da indirekte Zensurmechanismen weitaus schwerer zu identifizieren sind.

135 Vgl. ebd., S. 11.

136 Vgl. ebd.

abhängig sind, Berichtsinhalte auswählen, die den angestrebten Leserkreis vermutlich auch interessiert und damit zum Kauf veranlasst. Durch den Druck des Marktes wirkt somit die informelle Zensur als Auslöserin der Selbstzensur, die man auch als „subtile Zensur“ bezeichnen könnte, wollte man deren verborgenes Wirksamwerden unterstreichen.

Der Kontrapol zum Zustand direkter, formeller Präventivzensur ist die umfassende Freiheit des Geschriebenen wie des Schreibenden. „Preßfreiheit“ im Vormärz ist nur mittelbar mit der im Grundgesetz von 1949 verankerten „Pressefreiheit“¹³⁷ unserer Tage zu vergleichen.¹³⁸

Das Mutterland der Pressefreiheit ist das England des 17. Jahrhunderts.¹³⁹ Mit dem Prozess, der später unter dem Begriff der „Glourious Revolution“ gefasst wurde, begann de facto auch die Pressefreiheit in England. Auch wenn die staatliche Kontrolle nicht durch einen Akt gesetzlicher Änderung beendet wurde, denn man ließ den „Licensing Act“ einfach auslaufen, entfiel 1695 die direkte wie die indirekte Zensur, derer sich der Staat bisher bedient hatte.¹⁴⁰ In den Ländern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation hatte die Pressefreiheit zu dieser Zeit keine herausgehobene Bedeutung. Zum Begriff der „Zensur“, also der Einschränkung eines Rechts, gab es lange keine positive Entsprechung.¹⁴¹ Erst in der Aufklärung während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstand aus „Freiheit der Presse“¹⁴² das Schlagwort der „Preßfreiheit“ (Ersterwähnung 1757 bzw. 1774). Die Forderung dieser Freiheit wurde im 19. Jahrhundert langsam Teil des bildungsbürgerlichen Bewusstseins.¹⁴³

Im Gegensatz zu Deutschland leiteten die führenden Vertreter der englischen Politik die Preßfreiheit aus den Rechten ab, die dem Menschen durch sein Menschsein zukommen. Für die konservativen Kreise in Deutschland war die „Preßfreiheit“ etwas aus der Gnade des Herrschers Begründetes, das nach dessen Ermessen dem Volk gewährt oder auch verwehrt werden konnte.¹⁴⁴ Im Vormärz wurde „Preßfreiheit“ immer mehr zum Inbegriff

137 Der Begriff „Pressefreiheit“ definiert sich durch das Grundgesetz und seine Kommentare (vgl. Arnold 2003, S. 12ff.).

138 Vgl. ebd.

139 Westerkamp 1999, S. 1.

140 Vgl. ebd., S. 1.

141 Vgl. Arnold 2003, S. 81.

142 Vgl. ebd., S. 13: „Gegen Ende des Jahrhunderts [18. Jahrhundert] war der Begriff der 'Preßfreiheit' ein viel gebrauchter Ausdruck mit schlagwortartiger Wirkung.“ (ebd.).

143 Vgl. Westerkamp., S. 1f. Hier spielten die amerikanischen bzw. französischen Vorbilder eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für die Vereinigten Staaten lässt sich die „Virginia Bill of Rights“ (1776) nennen, die die Pressefreiheit für die ehemaligen Kolonien Nordamerikas festschrieb. Dem folgte die „Declaration des droits de l'homme et du citoyen“ im revolutionären Frankreich (26. August 1789) (vgl. Arnold 2003, S. 12).

144 Vgl. Arnold 2003, S. 13.

der Freiheit überhaupt.¹⁴⁵ Die „Preßfreiheit“ meinte über die Freiheit des Pressewesens hinaus, dass jeder Bürger uneingeschränkt seine Meinung zu politischen und religiösen Fragestellungen verbreiten können sollte.¹⁴⁶

Artikel 18d der Deutschen Bundesakte garantierte 1815 diese Freiheit zunächst.¹⁴⁷ Entscheidend für die Situation im Vormärz war aber die konservative (Um-)Interpretation des Artikels vier Jahre später in Karlsbad. Die gewährten Rechte wurden beschnitten und die bisher auch nur auf dem Papier Geltung besitzende „Preßfreiheit“ faktisch aufgehoben.¹⁴⁸ Als Begründung führte man an, dass nur auf dem Wege der Beschränkung Religion und „gute Sitten“ vor einer zügellosen Presse verteidigt werden könnten.¹⁴⁹

0.4.5 Meldungen, Berichte, kommentierende Texte und Leitartikel als Textsorten

Allgemein waren die Textsorten der Zeitungen bis Mitte des 19. Jahrhunderts nur unklar voneinander getrennt. Berichtende Texte prägten zwar das Bild, Kommentierendes kam nur am Rande vor, aber man unterschied innerhalb des recht breiten Spektrums berichtender Texte nicht streng nach Meldungen oder Berichten.¹⁵⁰ Daher wird in der Arbeit zumeist nur der neutrale Begriff des Artikels verwendet oder, im Falle von nachrichtlichen Mitteilungen, von Meldung bzw. Nachricht gesprochen.

Die **Meldung** beschränkte sich auf eine knappe Wiedergabe von Geschehnissen und kam dabei auf kommentierende Beifügungen und Bewertungen aus.¹⁵¹ Sie konzentrierte sich auf die isolierte Mitteilung, dass etwas geschehen ist und verzichtete als „Fakten-Text“ auf jede weitergehende Kontextualisierung.¹⁵²

Da viele **Berichte** bis nach der Revolution noch per Brief in den Redaktionsbüros eintrafen, hatten diese bisweilen reportagenhafte Züge. Häufig schilderten die

145 Vgl. Westerkamp 1999, S. 2. Diese Einschätzung teilte im Jahre 1833 ein Rechtsgutachten, das von der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen angefertigt worden war (vgl. Arnold 2003, S. 13.). Bei Breil heißt es: „Pressefreiheit bedeutete Anfang des 19. Jahrhunderts aber nicht nur 'die Freiheit des Zeitungswesens, des Buchdrucks und des Buchhandels von staatlicher Bevormundung, sondern die Freiheit der Gedankenäußerung durch Druckschriften überhaupt'.“ (Breil 1996, S. 69).

146 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 67.

147 Der §18 d stellte eine Konkretisierung der Verordnungen der Preßfreiheit sowie eine Verordnung zum Schutz des geistigen Eigentums in Aussicht: „Die Bundesversammlung wird sich bey ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreyheit und die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.“ (Art. 18, Abs. d der Deutschen Bundesakte von 1815, zit. in: Sauter 2004, S. 9)

148 Vgl. Arnold 2003, S. 13

149 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 67.

150 Vgl. Püschel 1991b, S. 434.

151 Vgl. ebd., S. 437.

152 Vgl. ebd., S. 435.

Korrespondenten als Augenzeugen in der „Wir-“, teilweise auch in der „Ich-Form“ sehr persönlich und gaben dem eigentlich sachlichen Bericht damit eine individuelle Note.¹⁵³ Berichte beschrieben also nicht nur, was sich ereignet hat, wie es eine „Nachricht“ tat, sondern schilderten auch, wie sich das Geschehene zugetragen hat.¹⁵⁴

Kommentierende Texte wurden zumeist als verschriftlichte Reden nach dem klassischen Redeschema gestaltet:

Der Narratio entspricht der Notwendigkeit, daß zuerst einmal der Sachverhalt eingeführt werden muß, der kommentiert wird; der Argumentatio entspricht die kritisch-argumentative, aber auch polemische Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt und den Gegnern; und der Peroratio entspricht die appellative Zuspitzung am Kommentarschluß, die wir heute noch häufig in der Glosse finden.¹⁵⁵

Die klassische Ordnung des Kommentars war dabei Ausdruck der Rhetoriktradition, welche das akademische wie das öffentliche Leben gleichermaßen betraf.¹⁵⁶

Seit Beginn des *leading article* in der angelsächsischen Presse um 1807 brauchte es einige Jahrzehnte, um den „**Leitartikel**“ auch in den deutschen Blättern zu integrieren.¹⁵⁷ Während man im Vormärz noch oft von „Hauptartikel“ sprach, setzte sich der Terminus „Leitartikel“ spätestens in den Revolutionsjahren durch.¹⁵⁸ Folgende Definition bietet sich hierbei an:

Unter einem Leitartikel versteht man im allgemeinen einen Zeitungsartikel, der an der Spitze oder sonst bedeutsamer Stelle einer Tageszeitung sich in kritischer Weise mit einer aktuellen Frage auseinandersetzt oder eine diese Frage berührende allgemeine, die Leser orientierende Abhandlung enthält.¹⁵⁹

Leitartikel entwickelten sich in einem längeren Prozess aus meinungsgefärbten Nachrichtenartikeln. Erst später wurden sie diesen vorangestellt und gesondert als Meinungsartikel gekennzeichnet.¹⁶⁰ Sie sollten dabei die in einem Blatt ohnehin bereits vorherrschende politische Tendenz unterstreichen.¹⁶¹ Die Leser konnten insbesondere in den Revolutionsjahren anhand eines Leitartikels ihr Bedürfnis nach einer geschlossenen Welterklärung stillen, womit solche Meinungsartikel auch als Werbung genutzt wurden.¹⁶² Nicht zuletzt mag auch das politische Gewicht der *Deutschen Zeitung*, die täglich ein Leitartikel den Nachrichten voranstellte, dessen Etablierung befördert haben.¹⁶³

153 Vgl. ebd., S. 437.

154 Vgl. ebd., S. 435.

155 Ebd., S. 441.

156 Vgl. ebd., S. 440.

157 Vgl. Genter 1965, S. 60f.

158 Vgl. ebd., S. 66.

159 Ebd., S. 61.

160 Vgl. ebd., S. 62.

161 Vgl. Lückemeier 2001, S. 220.

162 Vgl. ebd., S. 222.

163 Vgl. Hirschhausen 1998b, S. 214.

A	Zur Berichterstattung der <i>Konstanzer Zeitung</i>
A.1	Vorbemerkungen zur Untersuchungsregion Konstanz gegen Ende der 1840er Jahre
A.1.1	Einleitende Bemerkungen

Konstanz war ohne Zweifel einer der zentralen Orte der 1848er Revolution. Obwohl oder gerade weil die Stadt an der Peripherie des Deutschen Bundes lag, wurde sie zum Ausgangsort des Heckerzuges im Frühling 1848, wurde sie im Juli 1849 letzter Sitz der republikanischen Revolutionsregierung. Die Bodenseeregion, der Seekreis des Großherzogtums Baden, war nur schlecht über unzureichende Passstraßen zu erreichen. Dies führte zu langen Verzögerungen im Informationsaustausch. Hieraus erlitten die Bürger zwar wirtschaftliche Nachteile, durften dafür allerdings ein höheres Maß an Freiheit für sich in Anspruch nehmen, da die Karlsruher Regierung die Lage im Seekreis nicht immer zu überblicken in Stande war.¹ Seit im Jahr 1832 das II. Infanterieregiment abgezogen worden war,² wiederum ein wirtschaftlicher Rückschlag, wirkte sich die mangelnde Kontrolle Karlsruhes auf das Leben in der Stadt aus, das ab den 1830er Jahren zur Entfaltung kam.

Die benachbarte Schweiz, welche unmittelbar vor den Stadttoren begann und wirtschaftlich traditionell eng mit der alten Bischofsstadt verbunden war,³ wurde spätestens nach dem Sonderbundkrieg 1847 Beispiel einer gelingenden republikanischen Verfassung. Man nahm diesseits der Grenze lebhaften Anteil an der politischen Entwicklung des Nachbarlandes, das sich auf weitgehend evolutionärem Wege von einem losen Staatenbund zu einer bundesstaatlichen Ordnung entwickelt hatte.⁴ Nicht zuletzt belegt dies eine Adresse an die Schweizer Tagsatzung, in welcher 124 Konstanzer am 28. November 1847 den Eidgenossen ihre Sympathie bekundeten.⁵ Anfang Dezember 1847 spendeten man zudem 400 Gulden für die Tagsatzungsarmee.⁶ Im Gegensatz zu den Bundessoldaten, die ab April 1848 in Konstanz stationiert wurden, waren die Einheimischen mit den Schweizern durch eine sehr ähnliche Sprache verbunden. Das Schweizerdeutsch der Eidgenossen entspricht bis heute weitgehend dem Alemannisch der Badener.⁷

1 Vgl. Kern 1974, S. 5.

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. Diesbach 1971a, S. 42.

4 Zur Entwicklung der Schweizer Verfassung und ihrer Vorbildfunktion für die deutschen Liberalen vgl. Gall 2003, S. 130f.

5 Vgl. Kern 1974, S. 6. Diesbach 1971a zitiert die Konstanzer Adresse in Gänze (ebd., S. 48f.).

6 Vgl. Diesbach 1971a, S. 49.

7 Vgl. ebd., S. 48ff.

Die Kluft zwischen Regierung und Bürgern verschärfte sich durch einzelne Maßnahmen: Am 9. Dezember 1847 zog eine größere Zahl Konstanzer unter Begleitung einer Blaskapelle ins nahegelegene Tägerwilen in der Schweiz, um die aus dem Sonderbundskrieg heimkehrenden schweizer Bürger zu begrüßen. Nach der Rückkehr wurden alle Musikanten wegen dieser Sympathiebekundung zu zwei Tagen Haft verurteilt.⁸ Schon im Vormärz wurde die Bodenseestadt ein Zentrum der revolutionären Presse.⁹ Konstanz war hierbei mit seiner Zugehörigkeit zu Baden eben demjenigen Raum angeschlossen, dessen fortschrittliche Verfassung von 1818 als vorbildlich galt.¹⁰ Kein Staat im Deutschen Bund gewährte seinen Bürgern so weitreichende Rechte wie das Großherzogtum Baden.¹¹ Die Kompetenzen der II. Kammer der badischen Ständeversammlung und verfassungsmäßigen Freiheitsrechte reichten im Südwesten Deutschlands schon im Vormärz soweit, dass sie selbst von den Radikalen als vorbildlich für die zu schaffenden Verhältnisse in ganz Deutschland verstanden wurden.¹² Ihre politische Berechtigung im Vormärz ergab sich aus ihrer integrativen Kraft, die alle Teile des erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter französischem Patronat gegründeten Großherzogtums aneinander binden sollte.¹³ Liberale der Zeit nutzten diese Aufgabe immer wieder, um einer „Aushöhlung“ oder gar einer Revision der Konstitution entgegenzutreten.¹⁴

Zu seinem Amtsantritt 1830 bemühte sich der neue Großherzog Leopold, in Baden Reformen durchzuführen. Nach der Julirevolution in Frankreich hatten sich bei den anschließenden Landtagswahlen die Liberalen durchsetzen können und verfügten nun über eine Mehrheit in der II. Kammer. Während Karl von Rotteck sich für die Abschaffung der Fronen und Zehnten der feudalwirtschaftlichen Verfangenheit starkmachte, griff Carl Theodor Welcker Bundesreformpläne auf, die in Richtung einer organischen Entwicklung des Staatenbundes mit dem Ziel der Förderung von nationaler Einheit und Freiheit gingen.¹⁵ Der neue Großherzog ließ Baden 1832 ein liberales Preßgesetz geben, das bereits nach fünf Monaten infolge des politischen Drucks der beiden Großmächte wieder zurückgenommen werden musste.¹⁶

8 Vgl. Kern 1974, S. 7.

9 Vgl. Berger 1998, S. 25.

10 Vgl. Botzenhart 1973, S. 62.

11 Vgl. Crivellari 2007, S. 99f.

12 Vgl. Botzenhart 1973, S. 62.

13 Vgl. Langewiesche 2007, S. 60.

14 Vgl. Kern 1974, S. 1.

15 Vgl. Hug 2006, S. 117.

16 Vgl. Munzinger 1912, S. 1082, vgl. weitere Ausführungen hierzu im Teil „Preßgesetz“ weiter unten.

Nach diesen liberalen Anfängen herrschte bald allerdings wieder der restaurative Geist der 1820er Jahre. Ihre Symbolfigur in Baden war Freiherr Friedrich Landolin Karl von Blittersdorf, der die Politik Badens ab Mitte der 1830er Jahre bestimmte. Die Bürger wollten die Zurückdrängung ihrer einmal gewährten Freiheiten, und dafür stand symbolisch das Preßgesetz von 1832, nicht mehr widerspruchlos akzeptieren: Ab diesem Jahr richtete sich die Gegnerschaft der aufkommenden liberalen Bewegung nicht mehr nur gegen den Deutschen Bund und dessen hemmende Politik, sondern auch gegen die eigene reaktionäre Regierung. Vor Ort waren es meist Beamte, welche die Bevölkerung bevormundeten, die stete Zensur alles Gedruckten und die Willkür, mit der die Polizei gegen Oppositionelle vorging, die fortwährend Anlass zur Kritik boten.¹⁷

Die politische Entwicklung allgemein, die spätestens im Verlauf des II. Quartals 1848 ein sich immer stärker differenzierendes Parteienspektrum hervorbrachte, war in Baden schon in den Vormärztagen bereits deutlich angelegt. Blittersdorf wurde durch die liberale Mehrheit in der II. Kammer bis ins Frühjahr 1846 soweit bedrängt, dass dieser zugunsten eines Mandates als Vertreter Badens beim Deutschen Bund entlassen wurde.¹⁸ Der gemäßigt-liberale Kammerpräsident Johann Baptist Bekk trat nun in die Regierung ein, die auch fortan mehrheitlich konservativ besetzt blieb.¹⁹ Die Strategie, die liberale Kammermehrheit durch Aufnahme eines ihrer prominentesten Vertreter zu Kompromissen zu zwingen, ging auf: Die Liberalen spalteten sich noch im selben Jahr in einen gemäßigt-liberalen Flügel, der die Kompromisse mit den Konservativen guthieß, und einen radikal-liberalen, welcher die bisherige Fundamentalopposition fortsetzen wollte.²⁰

In der zweiten Hälfte der 1840er Jahre trat zu den primär politischen Diskursen eine soziale Komponente hinzu, welche die Spaltung der „Halben“ und „Ganzen“ (Liberalen) verschärfte: Die Wirtschaftskrise infolge der Missernten der Jahre 1845- 1846 und der Teuerung, die bis zur Ernte 1847 stetig höhere Konsumentenpreise hervorbrachte, unterstützte die angelegten Spannungen. Im letzten Vormärzjahr beeinflusste die Entwicklung in anderen Staaten, etwa die Einberufung des Vereinigten Landtages durch den preußischen König im April 1847, die sich organisierende liberale Presse mit der ab

17 Vgl. Kern 1974, S. 3.

18 Vgl. Botzenhart 1973, S. 62- 64, Oster schreibt zur Entlassung: „Als Blittersdorf sich weigerte, weiterhin an den Sitzungen der Zweiten Kammer teilzunehmen, sprach ihm diese das Misstrauen aus. [...] Leopold scheute vor der völligen Eskalation zurück [...]. So entzog er Blittersdorf seinerseits das Vertrauen. Der Minister trat daraufhin im Oktober 1843 von seinem Amt zurück und übernahm wieder seinen alten Posten als Gesandter Badens beim Deutschen Bund.“ (Oster 2007, S. 128).

19 Vgl. ebd., S. 62- 64.

20 Vgl. ebd., S. 63f.

Juli 1847 herausgegebenen *Deutschen Zeitung*,²¹ schließlich der Sonderbundkrieg in der benachbarten Schweiz im Herbst desselben Jahres, die Politik der Zeit. Im Rückblick erscheinen diese Ereignisse gleichsam als Vorbereitung der Revolution.

Im Badischen versammelten sich am 12. September 1847 zunächst die Radikalen in Offenburg. Ihnen folgten am 10. Oktober die Gemäßigten in Heppenheim. Beide Parteien kamen zusammen, um ihre Programme festzulegen und der Öffentlichkeit vorzustellen. Forderungen nach Bundesreform, Preßfreiheit, Geschworenengerichten und kommunaler Selbstverwaltung fanden sich in beiden Programmen. Statt wie die gemäßigten Liberalen einen Plan zur Einigung Deutschlands auszuarbeiten, formulierten die späteren Republikaner ihr Programm zugespitzt als „Forderungen des Volkes“. Sie enthielten eben auch soziale Postulate wie der nach einem Ausgleich des Missverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, die sich die späteren Demokraten ausdrücklich zu eigen machten.²²

In Heppenheim verständigte man sich auf ein gemeinsames Vorgehen aller liberalen Kammerabgeordneten, um die deutsche Einheit auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Diese nicht-revolutionäre Programmatik wurde im Vormärz zuletzt in Form des Antrags Bassermanns auf „Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestag“ vom 12. Februar 1848 deutlich.²³ Zum ersten Mal traten bei den Ergänzungswahlen zur II. Kammer im Herbst 1847 radikale und gemäßigte Liberale als Gegner an.²⁴

Zum Zerfall einer einheitlichen Opposition in der Kammer trat zudem eine besonders im Revolutionsverlauf der Jahre 1848/ 49 immer wieder festzustellende Überschätzung der Reformierbarkeit des bisherigen politischen Systems in Deutschland allgemein sowie des Einflusses der öffentlichen Meinung auf die politischen Entscheidungsträger.²⁵ Hätte man erst einmal die Preßfreiheit errungen, so nahm man an, würden sich die Kräfte der Reaktion, der vormärzlichen Politik, zurückziehen müssen. Den Zeitungen als Plattform und Ausdruck dieser Öffentlichkeit traute man zu, als Garanten der Freiheitsrechte zu fungieren.²⁶

In Konstanz bot wiederum die periphere Lage ideale Möglichkeiten, um Untersagtes dennoch verbreiten zu können: In Kreuzlingen und Emmishofen entstanden bereits gegen

21 Vgl. ebd., S. 67f.

22 Vgl. ebd., S. 64.

23 Vgl. ebd. Nach der Märzreformwelle focht Bassermann nachdrücklich für die nationale Einigung der deutschen Länder (vgl. Tauschwitz 1981, S. 80f.).

24 Vgl. Kern 1974, S. 4.

25 Vgl. Botzenhart 1973, S. 63f.

26 Vgl. ebd.

Ende der 1830er Jahre Zeitungen, die für eine Verbreitung in ganz Deutschland bestimmt waren. Der prominenteste Verleger war ohne Zweifel Ignaz Vanotti, der zwischen 1838 und 1839 zunächst den *Leuchtturm* und in den beiden Folgejahren die *Deutsche Volkshalle* unter Tolerierung der Schweizer Behörden herausgab.²⁷

Aus dem Jahr 1844 ist ein Bericht eines Agenten vor Ort überliefert, in dem dieser beschrieb, dass umfassende Grenzkontrollen zwischen Konstanz in Baden und Kreuzlingen im Thurgau unmöglich seien. Wollte man diese erreichen, würde man den Zorn der Bürger, die ohnehin „unzufriedene Schreier“ seien, auf sich ziehen.²⁸

A.1.2 Zur Emanzipation der Juden in Konstanz

Das Großherzogtum Baden war als Folge seiner Entstehung aus dem protestantischen Haus Baden-Durlach, das nach Aussterben des katholischen Hauses der Baden-Badener Fürsten deren Territorium erbte, konfessionell gemischt: Während sich nur 2% der Bevölkerung 1849 zum Judentum bekannten, war etwa 2/ 3 der Badener katholischer und 1/ 4 protestantischer Konfession. Hinzu kamen bis 1849 knapp 500 Deutschkatholiken.²⁹ Das Judentum war damit verhältnismäßig unbedeutend.

Nachdem die Stadt Konstanz noch 1845 das Gesuch eines Juden auf dauerhaftes Wohnrecht abgelehnt hatte,³⁰ wurde zwei Jahre später auch Badenern jüdischen Bekenntnisses grundsätzlich der Zuzug erlaubt.³¹ Josef Fickler, ein Konstanzer Republikaner und Herausgeber der *Seeblätter*, hatte sich in seinem Blatt nachdrücklich für die Gleichstellung der Juden engagiert, auch wenn diese in Konstanz unpopulär war. Für diese sollte nach Überzeugung Ficklers die politische Gleichberechtigung ebenso gelten wie für die unterprivilegierten Schichten.³² Die Diskussion um die Ordnung zur Gleichstellung der Juden beschäftigte die Gemeindegremien im Juli 1847. Fickler druckte den Verlauf der Verhandlungen in 22 Ausgaben seiner *Seeblätter* ab, um die Entscheidungsträger zu beeinflussen. Schließlich setzte sich eine Mehrheit von 54 gegen 36 Stimmen für die Aufnahme von Juden als Bürger der Stadt durch.³³ Den Kern der Befürchtungen, die sich antijüdischer Ressentiments bedienten, betraf die Angst vor einer

27 Vgl. Kern 1974, S. 7.

28 Vgl. ebd., S. 8.

29 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 32.

30 Vgl. Bloch 1989, S. 17.

31 Vgl. Seuffert 2003, S. 135.

32 Vgl. Deuchert 1982, S. 134.

33 Vgl. Bloch 1989, S. 21.

ungebremsten freien Marktwirtschaft, durch die viele ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet sahen.³⁴

Trotz prinzipieller Erlaubnis blieben die Zuzugsgenehmigung und das daran gebundene Bürgerrecht an eine Reihe schwer zu erfüllender Auflagen gekoppelt, die kompromissbereiten Gegnern der Emanzipation im Vorfeld der Abstimmung hatten zugestanden werden müssen. Für jeden zuzugswilligen Mann waren 200, für jede Frau 100 Gulden, für Kinder unter 16 Jahren je ein Achtel der geschlechtsabhängigen Gebühren an die Stadtkasse zu entrichten. Hinzu kam, dass Männer über ein Vermögen in Höhe von mindestens 10.000 Gulden zu verfügen und in Konstanz ein Haus im Wert von mindestens 5.000 Gulden zu erwerben oder zu bauen. Weiterhin wurden Kenntnisse erwartet, die für den Betrieb eines Großbetriebes (!) usw. als notwendig erachtet wurde. Eine Befreiung konnten Zuzugswillige erlangen, wenn sie ein Vermögen in Höhe von 50.000 Gulden besaßen oder ähnliche Bedingungen erfüllten.³⁵ Selbst nach der Zuzugserlaubnis lebten in Konstanz zum Ende der 1840er Jahre immer noch so gut wie keine Juden,³⁶ was angesichts der Anforderungen und der mäßigen Attraktivität der Stadt kaum verwunderlich ist.³⁷

Das großherzogliche Innenministerium wies 1849 die Konstanzer Regelungen zur Zuwanderung von Juden als nicht mit der Reichsverfassung vereinbar schließlich ab.³⁸ Die volle Gleichstellung wurde im Großherzogtum Baden erst 1862 erreicht. Zu diesem Zeitpunkt waren die Bestimmungen Lübecks und Oldenburgs bereits 13 Jahre alt.³⁹

A.1.3 Kirchliche Diskussionsfelder

Im Konstanzer Raum erregten im Vormärz Auseinandersetzungen um die neue Konfession der Deutschkatholiken die Gemüter.⁴⁰ Neben den Nachwirkungen der Agrarkrise waren es religiöse Konflikte, die republikanische Gesinnungen an Bauern herantrugen.⁴¹

34 Vgl. Seuffert 2003, S. 135. Weitere wichtige Gründe, die gegen eine auch rechtliche Gleichstellung sprachen, betrafen Befürchtungen, die jüdischen Bürger könnten Forderungen an die Allmendenutzung stellen. Hinzu kam das Recht auf Armenfürsorge, zu deren Finanzierung es im Badischen ein Umlageprinzip gab, das vielerorts ohnehin schon grenzwertig belastet war (vgl. Wirtz 1984, S. 48f.).

35 Vgl. Bloch 1989, S. 21f. Alternativ konnten Juden zuziehen, welche nicht mehr als drei Gesellschafter hatten oder jeder Zuziehende mindestens 12.000 Gulden Vermögen nachwies, ausschließlich Großhandel oder Fabrikation betrieb oder ein Haus von mindestens 10.000 Gulden Wert erwarb oder errichtete und bar (!) zahlt (vgl. ebd., S. 22).

36 Vgl. ebd., S. 18.

37 Vgl. ebd., S. 23.

38 Vgl. ebd., S. 24.

39 Vgl. Guttkuhn 2007, S. 225.

40 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 32.

41 Vgl. ebd., S. 113.

Der „Heiligen Rock“, welcher Teile des Gewandes enthalten soll, das Jesus von Nazareth auf dem Weg zur Kreuzigung trug, zog 1844 circa 450.000 Pilger in die Stadt Trier.⁴² Im Unterschied zu früheren Wallfahrten war die Trierer „modernisiert“, das heißt insbesondere entindividualisiert und in ihrer Durchführung straff organisiert.⁴³ Die „Vermassung“ war hier bereits gegen Mitte des 19. Jahrhunderts zum greifbaren Phänomen gereift. Der Bruch mit Traditionen des individuellen Pilgerns zugunsten einer organisierten und damit auch kommerzialisierten Fahrt wurde nach Ende der „Rockausstellung“ Anlass bürgerlicher Kritik. Hinzu kam die politische Dimension einer solchen Massenwallfahrt, mit deren Hilfe die katholische Geistlichkeit gegenüber der (protestantischen) Staatsgewalt in Berlin die eigene Macht demonstrieren wollte.⁴⁴

Die Wallfahrt nahm der schlesische Kaplan Johannes Ronge daher zum Anlass, sich mit einem offenen Brief an den Trierer Bischof Wilhelm Arnoldi zu wenden. Ronge sah im Zurschaustellen der Reliquie eine religionswidrige Konzentration auf Materielles und fürchtete die Verführung zum Aberglauben. Veröffentlicht wurden diese Bedenken in den *Sächsischen Vaterlandsblättern*⁴⁵ vom 15. Oktober 1844,⁴⁶ welche der spätere Revolutionär Robert Blum redigierte.⁴⁷ Dieser „offene Brief“ fand rasch große Verbreitung.⁴⁸ Der Aufforderung der Kirche, seine in ungewöhnlich scharfem Ton formulierte Argumentation,

42 Vgl. Holzem 1994a, S. 13. Für die Wallfahrt warb die Kirche mit einer Bulle des Renaissance-Papstes Leo X., in der dieser 1514 allen Pilgern, die zum Heiligen Rock ziehen und dort das vorgesehene Opfergeld entrichteten, vollkommenen Ablass versprach (vgl. Shimoda 2004, S. 100).

43 Vgl. ebd. Jakob Marx, ein Propagandist der Rock-Ausstellung 1844, nannte die Ziele, die die Kirche mit der Ausstellung und der geplanten Wallfahrt vieler Tausender verband. „[D]ie Kirche [muss] das Volk anleiten und beaufsichtigen, um das Wallfahren 'richtig' zu unternehmen, und sie muss es gegebenenfalls einschränken.“ Mithilfe einer straffen Organisation wollte man seitens der Kirche „Ausschweifungen“ aller Art verhindern (Ebd., S. 98).

44 Vgl. Aszakies 1999, S. 10f.

45 Die *Vaterlandsblätter* erschienen ab Winter 1840/ 41 in Leipzig und vertraten von Beginn an oppositionelle Positionen (vgl. Reichel 2007, S. 45), dazu: „Die *Vaterlandsblätter* [Hervorhebung im Original; M. P.] erschienen zunächst dreimal wöchentlich. Sie sind von Anfang an Organ der linksbürgerlichen Opposition, die sich um den Blum-Kreis formiert. Ihn soll das Blatt konsolidieren. [...] Die Auflagenhöhe bleibt jedoch lange unter 500 Exemplaren.“ (ebd.)

46 Die Ausstellung des Rocks fand zwischen August und Oktober 1844 statt (vgl. Reichel 2007, S. 54). Die Kritik ist daher erst nach deren Abschluss verfasst worden, weshalb die zunächst naheliegend erscheinende Annahme, Ronge sei nicht zuletzt wegen eines finanziellen Schadens der Kirche zurechtgewiesen worden, nicht zutreffen kann. Holzem nennt den 13.10.1844 als Tag der Veröffentlichung des „Offenen Sendschreibens“ in den *Sächsischen Vaterlandsblättern* (vgl. Holzem 1994a, S. 19).

47 Vgl. Diesbach, Alfred, 1971b, S. 9, vgl. auch Holzem 1994a, S. 19. Zu Robert Blum sind in letzter Zeit zahlreiche Veröffentlichungen erschienen. Diesbezüglich sei Reichel 2007 genannt.

48 Holzem 1994a, S. 22. Die *Mannheimer Abendzeitung* vom 07.11.1844 zitiert Holzem wie folgt: „Namentlich ist es der Bürgerstand, den dieser Aufsatz [der „offene Brief“ Ronges an Bischof Arnoldi; M. P.] besonders elektrisiert, und der eben dadurch seinen gesunden Sinn bewahrheitete. Ihn nicht gelesen zu haben – heißt noch nichts gelesen zu haben und gilt gewissermaßen für Bornirtheit.“ (Holzem 1994a, S. 22).

in der er die Ausstellung des Rocks als dem Geiste des Evangeliums widersprechend verwarf und die Religiosität des Volkes in dem Christentum gänzlich unverwandte Formen gelenkt zu sehen glaubte, kam Ronge nicht nach.⁴⁹

Die soziale Grenzziehung zwischen (katholischem) Adel, Klerus und Armen scheint durch die integrative Kraft der Wallfahrt aufgehoben worden zu sein. Anders verhält es sich in Beziehung auf das Bürgertum, das durch eine Religiosität, die auf dem Denken der Spätaufklärung beruhte, der kollektiven Gotteserfahrung seine irenische, individuelle und liberale Religionsvorstellung entgegensetzte.⁵⁰ Das Bürgertum schrieb der Wallfahrt einen politischen Charakter zu:

Die Rockausstellung wurde angesehen als religiöse Verdummung des Volkes, das man im Sinne der liberalen Theorie der 'egalitären Bürgergesellschaft' durch Bildung und Aufklärung zu sich 'emporziehen' wollte; damit als nationale Bedrohung, weil man diese Frömmigkeit als etwas [...] 'undeutsches' [sic!] [...] empfand; und nicht zuletzt [...] als eine ungeheure Verschwendung sozialer Ressourcen der pauperisierten Landbevölkerung.⁵¹

Im Dezember 1844 wurde Johannes Ronge exkommuniziert.⁵² Nachdem daraufhin am 12. Januar 1845 die Gründung der deutsch-katholischen Kirche proklamiert worden war,⁵³ wurde im Februar auf Initiative Blums in Leipzig eine deutschkatholische Gemeinde gegründet. Im März einigten sich die Deutschkatholiken auf „Allgemeine Bestimmungen und Grundsätze der deutschkatholischen Kirche“.⁵⁴ Grundlage des neuen Glaubens sollte allein die Heilige Schrift sein. Den Gläubigen wurde vollständige Freiheit des Gewissens zugestanden. Ebenfalls eigenverantwortlich sollten sie die Schrift auslegen und in ihr forschen.⁵⁵

Das neue Bekenntnis fand in Süddeutschland einen nahrhaften Boden. Beide an den radikalen *Seebblättern* maßgeblich beteiligten Redakteure, Josef Fickler und Franz Josef Egenter, nahmen die neue Bewegung wohlwollend nicht nur in der Zeitung auf.⁵⁶

49 Vgl. ebd., S. 9.

50 Vgl. ebd., S. 18.

51 Vgl. Holzem 1994b, S. 9.

52 Vgl. Diesbach 1971b, S. 9.

53 Vgl. Aszakies 1999, S. 13.

54 Vgl. Reichel 2007, S. 55. Reichel betont, dass für Robert Blum „[...] bei aller Aufgeschlossenheit für religiöse Fragen der Deutschkatholizismus nicht Selbstzweck, sondern eine *Schule der Demokratie* [Hervorhebung im Original; M. P.] [ist]“ (ebd.). Mit Rücksicht auf die Fragestellung der Arbeit können die Einzelheiten, die den Bruch Ronges und der Seinigen mit der katholischen Kirche beschreiben, nicht nachvollzogen werden (vgl. dazu Holzem 1994a, S. 19- 24).

55 Vgl. Aszakies 1999, S. 14. „Weiterhin enthielten die 'Bestimmungen über die Glaubenslehre' die Zentralen Absagen des Deutschkatholizismus' an Papstprimat, Ohrenbeichte, Zölibat, Heiligen- und Reliquienverehrung, Ablässe, Wallfahrten und alle weiteren zur 'Werkheiligkeit' verführenden kirchlichen Einrichtungen“ (Holzem 1994a, S. 27).

56 Fickler gilt auch als Initiator der deutschkatholischen Gemeinde in Konstanz (vgl. Holzem 1994a, S. 97). Als Vorbild für Fickler und Egenter darf v. Struve gelten, der 1845 ebenfalls in Baden als Redakteur des *Mannheimer Journals* arbeitete und dies „[...] in einem freisinnigen, aber nicht radikalen Sinn [führte] und

Vordringlichstes Ziel der ersten Jahre war es, dem Deutschkatholizismus ein klares weltanschauliches Fundament zu geben;⁵⁷ die *Seebblätter*⁵⁸ versuchten, die neue Konfession im Seekreis zu verbreiten. Das Bistum Konstanz war bereits vor der Säkularisierung vom reformorientierten Freiherrn Ignaz Heinrich v. Wessenberg geführt worden,⁵⁹ dessen Idee einer synodalen Kirchenreform weit über die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts fortwirkte, zumal v. Wessenberg in der Stadt blieb.

Auffällig eng war die Verbindung des religiösen Bekenntnisses und der politischen Positionen vieler Anhänger. Es waren Radikale, welche die Ideen Johannes Ronges in ihren Blättern propagierten und somit die Grundlage dafür schufen, dass sich diese Ideen über die Region hinaus verbreiteten.⁶⁰ Die Verschränkungen zwischen deutschkatholischen Gemeinden, demokratischer Gesinnung ihrer Mitglieder und revolutionärer Betätigung sind bereits vielfach nachweisen.⁶¹ Dennoch lässt sich die Begeisterung für die kirchliche Reform nicht eins zu eins gleichsetzen mit einer politischen Betätigung, die auf einen grundlegenden Wandel der Gesellschaftsform zielte. Der deutschkatholischen Bewegung einen ausschließlich politischen Charakter zuzuschreiben, griffe allerdings fehl.⁶² Die Verknüpfung politischer Opposition mit religiösem Separatismus musste den Regierungen dennoch als Hort der Unruhe und Herd revolutionärer Gedanken erschienen sein.⁶³

[...] es zu einem Sprachrohr der deutschkatholischen Bewegung [machte]“ (ebd., S. 90).

57 Diesbach 1971b, S. 9.

58 Die Zeitung war für die Deutschkatholiken der zentrale Stützpfeiler ihrer Gemeinden. Besondere Bedeutung bei ihrer Interessenvertretung kam den lokalen Amtsblättern zu, die durch behördliche Auflage in jedem Ort gehalten werden mussten, da sie Gesetze und Verordnungen publizierten. Hier setzten die Deutschkatholiken an, indem sie versuchten, Einfluss auf das Amtsblatt zu nehmen und in ihm auf sich aufmerksam zu machen (vgl. Holzem 1994a, S. 130).

59 Vgl. Diesbach 1973, S. 94.

60 Vgl. Diesbach 1971b, S. 11, vgl. auch Holzem 1994a, S. 33: „Es war alles in allem nur eine kleine, wenn auch bedeutsame und publizistisch agile Gruppe von Priestern, die diesen Kurs [den Reformkurs v. Wessenbergs; M. P.] durch eine radikale Interpretation [...] 'links zu überholen' versuchte.“

61 Vgl. Holzem 1994a, S. 88ff., wörtlich: „[Es] entstand um den badischen Deutschkatholizismus rasch eine vage Balance der Intentionen, die sich mit ihm verbanden, und eine zeitweilig kaum zu entwirrende Gemengelage von Religion und Politik, in der zeitweilig schwer zu erkennen war, wer Ton und Richtung angab, wie Meinungsführerschaft und Abhängigkeit von ihr verteilt waren und in welcher Weise die Unterstützung auch Dominierung und Verfremdung bedeutete.“ (ebd., S. 89).

62 Vgl. ebd., S. 4.

63 Neben Johannes Ronge und Robert Blum waren auch Franz Jacob Wigard, Heinrich Wuttke, Gustav von Struve und Johann Karl Heinrich Wuttke Mitglieder des Vorparlaments. Die Deutschkatholiken, die ein Mandat für die Frankfurter Nationalversammlung gewinnen konnten, „[...] waren vornehmlich Mitglieder der demokratischen Linken, d. h. der Fraktion 'Deutscher Hof'. (Shimoda 2004, S. 150, dort auch Vorangegangenes). Dennoch betont Shimoda, dass man die deutschkatholische und die demokratisch-republikanische Bewegung 1848/ 49 nicht gleichsetzen sollte (vgl. ebd.).

A.1.3.2 Entstehung einer deutschkatholischen Gemeinde in Konstanz

Konstanz bot für die Idee des Deutschkatholizismus zunächst scheinbar einen fruchtbaren Boden. Josef Ficklers Engagement um die Gemeindegründung wurde bereits von den Zeitgenossen als maßgeblich eingeschätzt.⁶⁴ Fickler verfügte im Vormärz über gute Kontakte zur lokalen Prominenz, zum Bürgermeister Huetlin, 1832 delegierter Teilnehmer für Konstanz am Hambacher Fest⁶⁵ und zu Dominikus Kuenzer, dem Kleriker und Landtagsabgeordneten der Stadt.⁶⁶ Kuenzer war, wie Fickler und Egenter, zugleich linksliberal und kirchenreformerisch orientiert. Auch bei ihm verschmolzen Fragen des Glaubens und weltliche Politik miteinander. Das Ansinnen Ficklers, sich ebenfalls für den Deutschkatholizismus zu engagieren, lehnte Kuenzer aber ab.⁶⁷

Daraufhin lud Fickler am 9. Oktober 1845 Interessierte zur Gründungsversammlung einer deutschkatholischen Gemeinde ein. Gleichzeitig kündigte er Ronges Besuch in Konstanz an.⁶⁸ Johannes Ronge traf am 16. Oktober schließlich in Konstanz ein. Ihm wurde vom Bezirksamt sogleich ein Sprechverbot erteilt. Außerhalb des Einflussbereiches deutscher Behörden sprach Ronge daraufhin im Kreuzlinger „Löwen“ auf der Schweizer Seite der Grenze zu den Interessierten. Der Landtagsabgeordnete Karl Mathy⁶⁹ ergriff zu dieser Gelegenheit das Wort, um das freie Bekenntnis zu einer politischen oder religiösen Überzeugung auch für Deutschland zu fordern. Bürgermeister Huetlin, der selbst wie auch Mathy nie dem Deutschkatholizismus beitrug, verhinderte später die Störung einer weiteren Ansprache Ronges, die dieser von der Schweizer Seite aus durch lautes Sprechen trotz Redeverbotes gleichsam grenzüberschreitend hielt.⁷⁰ Politische Unterstützung bekamen die Deutschkatholiken in Konstanz auch von der Bevölkerung, die sich mit Geldspenden nicht zurückhielt.⁷¹ Das Gemeindeleben der 18 tatsächlich zum Deutschkatholizismus konvertierten Konstanzer blieb in den drei bis fünf Jahren ihres Bestehens sehr bescheiden. Ein paar gemeinsame Andachten im „Betsaal“, die vor den Behörden verheimlicht werden

64 *Für christkatholisches Leben*, Bd. 4, S. 201, zit. in: Holzem 1994a, S. 97.

65 Vgl. Diesbach 1971b, S. 21.

66 Vgl. Holzem 1994a, S. 96.

67 Vgl. ebd., S. 96. Ronge begründete seine politisch linksstehenden Forderungen 1850 theologisch, indem er den geistigen Fortschritt als religiöse Pflicht bezeichnete, die Unterdrückung des Volkes als Sünde gegen Gott verurteilte und die Idee der Volkssouveränität aus der Vernunft als Gabe Gottes ableitete. Seine theokratisch wirkende Staatsvorstellung, bei der die Liebe das bewegende Prinzip der Ordnung darstellen sollte, sah er als unvereinbar mit kommunistischen Vorstellungen an, denn diese negierten wiederum nur. Der neue Staat, der auf der Liebe der Menschen gründen sollte, ließe sich in Zukunft dann erreichen, wenn die Deutschkatholiken sich zunächst selbst geistig fortentwickeln (vgl. Graf 1978, S. 341- 343).

68 Vgl. Holzem 1994a, S. 97.

69 Mathy war Kuenzers Nachfolger als Abgeordneter der II. Kammer (vgl. Holzem 1994a, S. 90).

70 Vgl. Diesbach 1971b, S. 11.

71 Vgl. ebd., S. 13.

mussten, waren wohl die einzigen Momente gemeindlichen Lebens.⁷²

Während Josef Fickler und Franz Egenter bereits im Vormärz vollständig mit dem Bestehenden brachen, hielten Männer wie Dominikus Kuenzer oder Bürgermeister Huetlin zur Mitte der 1840er Jahre die Kirche selbst für reformfähig. Eben diese unterschiedliche Auffassung zur Reformmöglichkeit der Kirche war ein Vorzeichen der sich abzeichnenden Spaltung der Liberalen.⁷³

Nach Ende des III. Badischen Aufstandes zerfielen die deutschkatholischen Gemeinden, deren Anhänger sich entweder einer protestantischen Kirche anschlossen oder zu ihrer katholischen Konfession zurückkehrten.⁷⁴

A.1.3.3 Die Petition des Landtagsabgeordneten Carl Zittel zur Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften

Politisch wirkte der Abgeordnete und Pfarrer Carl Zittel 1845 mit seiner Petition zugunsten der Religionsfreiheit und damit einer rechtlichen Gleichstellung von Deutschkatholiken und (indirekt) auch der Juden in Baden als Auslöser einer polarisierten Berichterstattung.⁷⁵

An dieser Forderung nach rechtlicher Gleichstellung aller Konfessionen entzündete sich ein über Jahre gehender Streit, obgleich die Petition bereits 1845 einstimmig, also auch mit den Stimmen der Konservativen, angenommen und einer Kommission überwiesen worden war.⁷⁶ Trotz einer ausführlichen Diskussion und vielfacher Willensbekundungen der Liberalen in der Kammer⁷⁷ entschloss sich der Großherzog erst unter dem Eindruck der Märzrevolution, die Petition umzusetzen.⁷⁸

⁷² Vgl. Diesbach 1973, S. 103.

⁷³ Vgl. Diesbach 1971b, S. 23.

⁷⁴ Vgl. Shimoda 2004, S. 151.

⁷⁵ Zur Petition Zittels vgl. Holzem 1994a, S. 266- 275, hier: S. 267, vgl. auch Diesbach 1971b, S. 23ff. Holzem gibt die Argumentation Zittels zur Begründung der Petition in groben Zügen wieder: „Für die [...] Kammerverhandlungen sollte es von großer Bedeutung sein, daß Zittel die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Gleichstellung der Deutschkatholiken mit den anerkannten Konfessionen für nicht zweifelsfrei gegeben ansah. Zwar hielt er den Art. 16 der Bundesakte für 'der liberalsten Auslegung fähig'; bezüglich der badischen Verfassungsparagraphen [...] konzidierte er, daß sie verschieden gedeutet werden könnten. Sie seien das Produkt einer Zeit des religiösen Indifferentismus, der es ebenso wenig um die Religion wie um die Religionsfreiheit zu tun gewesen sei. Religiöse Gleichgültigkeit mache auch für Beschränkungen der Religionsausübung gleichgültig.“ (Holzem 1997, S. 267f.).

⁷⁶ Vgl. Holzem 1997, S. 269.

⁷⁷ Die Diskussion vom Juni 1846 gibt Holzem recht ausführlich wieder (Holzem 1994a, S. 275- 281).

⁷⁸ Vgl. Diesbach 1971b, S. 27.

A.1.4 Politische und wirtschaftliche Liberalität
A.1.4.1 Politische Liberalität

Trotz der vergleichsweise weitgehenden politischen Partizipationsmöglichkeiten der Badener auf Grundlage der Verfassung von 1818 waren nur wenige wahlberechtigt.⁷⁹ Von den 4.500 Einwohnern der Stadt durften zur Landtagswahl 1819 nur 556 ihre Stimme abgeben, nämlich alle Männer, die über 25 Jahre alt waren und entweder das städtische Bürgerrecht besaßen oder ein öffentliches Amt innehatten. Frauen, Dienstboten und Gesellen waren grundsätzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen. Gleiches galt für alle Einwohner ohne Bürgerrecht. Das passive Wahlrecht war zudem noch an einen hohen Zensus gebunden, sodass bereits rein rechtlich nur etwa 6.000 Bürger im gesamten Großherzogtum als Kandidaten infrage kamen.⁸⁰ Die Wahlen erfolgten öffentlich und indirekt durch Wahlmänner.⁸¹ Der hohe Zensus führte zu einem andauernden Mangel an geeignet erscheinenden Bewerbern und sicherte die Vorherrschaft eines kleinen Zirkels wohlhabender Bürger. Die Versammlung der Wahlmänner bestimmte daher zumeist einen Kandidaten aus den eigenen Reihen als neuen Abgeordneten.⁸²

Die französische Julirevolution von 1830 bewirkte in vielen Staaten des Deutschen Bundes eine kurzzeitige politische Liberalisierung: Die Landtagswahlen 1831 fanden mit einer Beteiligung von 38% der Urwähler unter breiterer Anteilnahme statt als die des Jahres 1825 (25% Beteiligung). Mit knapper Mehrheit entschieden sich die Wahlmänner für den Liberalen Karl von Rotteck, der in fünf Wahlkreisen Badens aufgestellt und gewählt wurde. Nachdem sich Rotteck, der in Freiburg eine Rechtsprofessur innehatte, für das Mandat seiner Wirkungskgemeinde entschieden hatte, reiste für Konstanz Karl Delise nach Karlsruhe.⁸³

Nach dem Wahlerfolg der Liberalen verabschiedete die II. Kammer einige Reformgesetze, zu denen eine Reform der Gemeindeordnungen zu zählen ist.⁸⁴ Ab 1832 durften die Konstanzer einen zehnköpfigen Gemeinderat in freier Wahl selbst bestimmen. Wahlberechtigt waren hierzu alle Gemeindebürger unabhängig einer Zensusbeschränkung,

79 Vgl. Crivellari 2007, S. 99.

80 Vgl. ebd., S. 100.

81 Vgl. ebd.

82 Vgl. ebd., S. 100f.

83 Vgl. ebd. Anlässlich von Rottecks Tod im Jahr 1840 zeigte sich in Konstanz, dass der liberale Staatsmann dort ebenso beliebt war wie der Großherzog. Den Behörden war dies nicht genehm, weshalb die Trauerfeiern in der Bodenseestadt nicht mit Umzügen und Paraden ausgestellt werden durften (vgl. Zang 1994, S. 126f.).

84 Vgl. Crivellari 2007, S. 111. Der Erlass von Gemeindeordnungen mit der Möglichkeit, Petitionen einzureichen, sollte auch dazu dienen, die zunächst noch wilden Protestformen zu institutionalisieren (vgl. Wirtz 1984, S. 44).

sofern die Gemeinde weniger als 3.000 Einwohner zählte. In Konstanz trat neben den Gemeinderat der Bürgerausschuss, dessen 16 Abgeordnete alle zwei Jahre zur Hälfte neu bestimmt wurden.⁸⁵ Der beratend tätige Bürgerausschuss wurde in der Stadt durch den großen Bürgerausschuss ergänzt, der 64 Vertreter zählte.⁸⁶

Die nun häufigeren Abstimmungen zwangen die Konstanzer, politisch auch selbst Stellung zu beziehen. Organisatorische Basis war dabei oft ein Verein, im Falle Konstanz das „Bürgermuseum“.⁸⁷ Dieses bestärkte nachhaltig die Politisierung der Region. Bürgermeister wurde im August 1832 Karl Huetlin. Wenige Monate zuvor hatte der 26jährige gemeinsam mit den späteren Konstanzer Landtagsabgeordneten Karl Delise, Karl Mathy und Josef Fickler am Hambacher Fest teilgenommen. Mit seiner Wahl bekannten sich die Konstanzer Bürger kurz nach den Verhaftungen und Inhaftierungen vieler Teilnehmer des Festes demonstrativ zur Idee des Liberalismus'.⁸⁸

Anhand der Stadt Konstanz lässt sich die ab Mitte der 1840er Jahre offensichtlich werdende Spaltung der Liberalen in gemäßigte Reformen, den sogenannten „Halben“, und den revolutionären „Ganzen“⁸⁹ auch personell nachvollziehen. Der gemeinsame Kampf für eine freiheitliche Ordnung hatte Huetlin, Mathy und Fickler auf das Hambacher Fest geführt.⁹⁰ Nach der Berufung des gemäßigt liberalen Kammerpräsidenten Johann Baptist Bekk in die großherzogliche Regierung wurde die Allianz der liberalen Parteien zunehmend brüchig. Das Jahr 1846 brachte den Liberalen in Konstanz zunächst allerdings einen erneuten Wahlsieg: Von 32 Wahlmännern bekannte sich niemand mehr zu konservativen Positionen. Ebenso wenig fanden sich Beamte der Regierung.⁹¹

Als Initiator für die zunehmende Beschäftigung mit der Frage der deutschen Einheit

85 Vgl. Crivellari 2007, S. 111.

86 Vgl. ebd., S. 112.

87 Vgl. Hermann 1998, S. 7. Vergleiche zum Bürgermuseum die Vorbemerkungen zum Vereinswesen.

88 Vgl. Crivellari 2007, S. 112f. Zur Teilnahme der Konstanzer Karl Delise und Karl Huetlin am Hambacher Fest vgl. auch Diesbach 1968b, S. 254f.

89 Die Unterscheidung in „Halbe“ und „Ganze“ nahmen die Radikalen vor, um mit einem pejorativen Begriff die gemäßigten Liberalen propagandistisch wirksam zurücksetzen zu können (vgl. Hermann 1998, S. 9 [eigene Zählung]).

90 Vgl. ebd., Deuchert beschreibt anhand der politischen Vorstellungswelt des Hambachers J. G. A. Wirth noch eine dritte Position im „liberalen“ Lager, die heute als rechtsradikal-völkisch gelten würde: „Die von ihm [Wirth; M. P.] verkündete Lehre verleiht Volkstum und Nationalwürde den Rang einer Religion, die Vaterlandsliebe macht sie zum 'Cultus'. Die Freiheit verweist Wirth auf den zweiten Platz. Nicht um die Freiheit [...] gehe der Prinzipienkampf, sondern um die Entfaltung der Stammeseigenschaft, der Nationalität und der Reichseinheit. [...] Die alte deutsche Verfassung bestand für Wirth weiter [...]. Die Einführung einer Republik in Deutschland zur Wiederherstellung der 'rechtmäßigen Verfassung' bezeichnete Wirth als Reformation.“ (Deuchert 1982, S. 119). In Richtung dieser Vorstellungen gestaltete Wirth auch seine *Deutsche Volkshalle* (vgl. ebd., S. 120ff.). Diese Vorstellungen beschädigten allerdings seine Anerkennung im oppositionellen Lager: „Wirth erlitt mit dem von ihm propagierten Nationalismus politisch Schiffbruch.“ (ebd., S. 127).

91 Vgl. Hermann 1998, S. 8f.

gilt die Rheinliedbewegung, die sich zur Abwehr der revisionistischen Bestrebungen der Pariser Politik unter Adolphe Thiers gebildet hatte. Thiers propagierte den Rhein als „natürliche“ Grenze zwischen Deutschland und Frankreich.⁹² Heinrich Laube beschrieb für die deutsche Seite später allerdings die „Einheit“ eher als konstruiertes Ziel, das nicht primär den Wünschen des Volkes entsprungen sei: „Unsere politische und nationale Einheit war kein unmittelbarer Gedanke des Volkes, Freiheit war populärer als Einheit, Revolution populärer als Reform.“⁹³

A.1.4.2 Fragen der wirtschaftlichen Liberalität

In Konstanz lag die Wirtschaft bis Mitte des 19. Jahrhunderts am Boden.⁹⁴ Die kommunale Verwaltung stand Forderungen nach einer Modernisierung beispielsweise durch Einführung von Gewerbefreiheit oder zumindest einer Lockerung der streng zünftigen Handwerksordnung abweisend gegenüber.⁹⁵ Gerade das Zunftwesen, das zur Mitte des 19. Jahrhunderts nur noch eine Karikatur seiner selbst war, wurde vielerorts zum größten Hindernis einer wirtschaftlichen Erholung bzw. des Fortschritts.⁹⁶ Hinzu kam in vielen kontinentalen Staaten der Zwang zur staatlichen Konzessionierung von Fabrikunternehmungen, der den Fortschritt oftmals hemmte.⁹⁷

Neben sehr niedrig veranschlagten Zöllen hatte sich Baden schon früh bemüht, die inländische Industrie zu fördern.⁹⁸ Zu Beginn der 1830er Jahre wurde der Beitritt zum preußisch dominierten „Deutschen Zollverein“ diskutiert, der 1835 schließlich vollzogen wurde. Nicht allein der Verlust eines Teils der erst vor Kurzem wiedererlangten Souveränität Badens begründete die Probleme, die man mit einem Beitritt zum Zollverein verband. Die Liberalen befürchteten zudem, sich von dem bisher in vielen Beispielen belegten Ziel eines möglichst allgemeinen Freihandels abwenden zu müssen.⁹⁹ Dennoch

92 Vgl. Reichel 2007, S. 46.

93 Laube 1849, S. 5f.

94 „Abgekoppelt von den großen Wirtschaftsräumen und Verkehrswegen, ohne nennenswertes Kapital für Investitionen und Konsum und im Griff von überkommenen Zunftbeschränkungen: Das war Konstanz zu Beginn des 19. Jahrhunderts.“ (Crivellari 2007, S. 103).

95 Vgl. ebd.

96 Vgl. Ans 1986, S. 70. Auch der Nationalversammlung schien das Zunftwesen Ende 1848 weder zeitgemäß noch vernünftig zu sein (vgl. Boldt 1998, S. 55). Bei einer Durchsetzung der Verfassungspläne wäre daher binnen kurzer Zeit damit zu rechnen gewesen, dass die Zunftverfassungen fallen würden.

97 Vgl. Langewiesche 2007, S. 34.

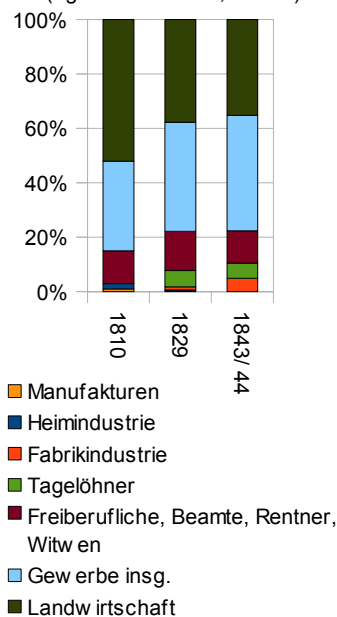
98 Vgl. Fischer 1962, S. 123- 125. Fischer erwähnt weiterhin die Bedeutung der neuen Außenzollgrenze für die Integration der Bürger in das territorial seit der Jahrhundertwende stark gewachsene Großherzogtum (vgl. ebd.).

99 In diesem Sinne sprach der Konstanzer Indiennefabrikant Macaire in seiner Denkschrift zur Zollfrage: „Ich glaube, daß nun auch die Mehrzahl bei allen Nationen diesen Wunsch aufrichtig teilt und daß alle

erschien der Zollvereinsbeitritt auch vielen Kritikern als schicksalhaftes Ereignis.¹⁰⁰ Der Schweiz wurden für den Export landwirtschaftlicher Produkte und für den Veredelungsverkehr Vergünstigungen eingeräumt.¹⁰¹ Dennoch rückte Konstanz mit der Schaffung eines größeren Freihandelsraums auch in wirtschaftlicher Hinsicht immer mehr an die Peripherie.¹⁰² Die Politik der Konzessionierung von Fabrikunternehmungen wirkte sich ebenso wie das fortgesetzte Zunftwesen hemmend auf die Industrialisierung aus.¹⁰³

A.1.4.2.1 Zum Stand der Industrialisierung in Baden

Die Wirtschaft Badens im Vormärz
(vgl. Fischer 1962, S. 175)



Im Jahr 1843 waren 84% der in Baden gewerblich Tätigen im Bereich des Handwerks beschäftigt. Nur 0,2% hingegen stellte die Gruppe der Fabrikanten.¹⁰⁴ Von einer industriell produzierenden Gesellschaft kann für die Zeit um 1843 daher wohl kaum gesprochen werden.¹⁰⁵ Der primäre Sektor blieb in den Jahren des 'Vormärz' bestimmend für die wirtschaftliche Struktur.¹⁰⁶ Die Entlohnung süddeutscher Fabrikarbeiter war zwar im Allgemeinen besser als die ihrer Kollegen in Verlag oder Handwerk,¹⁰⁷ soziale Disziplinierung und die verbreitete Geringschätzung der Fabrikarbeiter ließen solche Beschäftigungsangebote aber unattraktiv erscheinen.¹⁰⁸ Dessenungeachtet stieg der Anteil der

Regierungen demselben bald zu entsprechen suchen werden, indem sie nämlich anerkennen: daß mäßige Zollsätze die Zollgefälle auf das Höchste steigern und inländische Industrie doch noch genügsam befördern können; daß zu hohe Eingangszölle eine drückende, meistens sehr ungleich verteilte Abgabe sind, die allein der Konsument wie der ausländische Lieferant zu leisten hat; daß endlich gänzliche Verbote dem Volke peinliche Entbehrungen aufliegen oder in unbillige Monopole für wenige ausarten.“ (zit. in: Fischer 1962, S. 134f.)

¹⁰⁰ Vgl. Fischer 1962, S. 135.

¹⁰¹ Vgl. ebd., S. 129.

¹⁰² Vgl. Seuffert 2003, S. 131.

¹⁰³ Vgl. Kollmer von Oheimb-Loup 2007, S. 162.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 163. Als industrielles Wachstum versteht man die Produktionssteigerung, die sich aus dem Übergang manueller Produktionsweisen zur maschinenorientierten ergab. Hierbei zeigten sich verschiedene Formen industrieller Produktion, die von reiner Maschinenproduktion bis zu Mischformen des seinerzeit bereits tradierten Verlagswesens, also vorindustrieller (Heim-)Arbeit in Kombination mit zentralisierter industrieller Endfertigung, reichte.

¹⁰⁵ Man betrachte hierzu weiterhin die Vergleichszahlen für Württemberg, die bezüglich der Gruppe der Fabrikanten im Königreich bereits für das Jahr 1835 einen ebenso hohen Anteil wie acht Jahre später wie für das benachbarte Großherzogtum (0,2%) nennt. (Vgl. ebd.)

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Ebd., S. 171.

¹⁰⁸ Vgl. ebd.

Fabrikarbeiter in Baden während des Zeitraums von 1829 bis 1844 von unter 3% auf 10,5%.¹⁰⁹ Da der industrielle Aufschwung sich ab 1842 bis zum Ende des Jahrzehnts spürbar verlangsamte, entwickelte sich in Baden bis zur Revolution keine Industriearbeiterschaft.¹¹⁰ Die besitzlosen Arbeiter blieben angesichts fehlender Perspektiven in der Stadt bis Ende der 1840er Jahre auf dem Lande.¹¹¹

A.1.4.2.2 Die Agrarkrise 1845- 1847 in Konstanz und im Raum Lübeck/ Eutin

Die Agrarkrise, die aufgrund des in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts starken landwirtschaftlichen Sektors eine gesamtwirtschaftliche war, entfaltete sich seit 1845. Sie wird in der Literatur als Wegbereiterin der Revolution im März 1848 beschrieben. Wirtschaftlich gesehen handelte es sich um eine doppelte Krise, die sich aus einem anfänglichen Rückgang der Produktion als Folge massenhaften Auftretens der Kartoffelkrankheit und einer deutlichen Steigerung des Lebensmittelpreises zusammensetzte. Besonders in den Jahren 1846/ 47 waren die Lebensmittelpreise in Deutschland im Verhältnis zu den vorangegangenen Jahrzehnten sehr hoch.¹¹² Die Folgen für die Landbevölkerung, die zumeist ab den 1830er Jahren unter zurückgehenden Beschäftigungsmöglichkeiten litt, waren schwerwiegend, sodass diese Wirtschaftskrise in Europa auch zur letzten Hungerkrise auf dem Kontinent wurde.¹¹³

Die aufkommende Industrie vermochte es bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht, für die anwachsende Bevölkerung genügend Arbeitsplätze zu bieten. Im europäischen Vergleich waren um 1830 immer noch zwischen 66% und 90% der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben tätig.¹¹⁴

Das Beispiel der industriellen Entwicklung Badens veranschaulicht das noch geringe Beschäftigungsangebot der vormärzlichen „Fabriken“ in grundsätzlich ländlich strukturierten Regionen:

109 Vgl. ebd., S. 175.

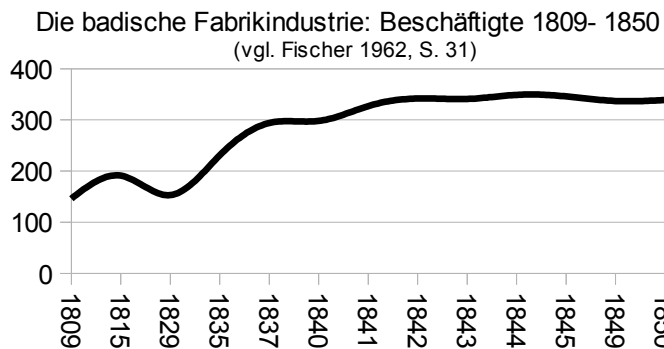
110 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 28.

111 Vgl. ebd., S. 31. Im Jahr 1849 lebten 23,7% der Badener in Stadtgemeinden, 76,3% hingegen auf dem Lande (vgl. ebd.).

112 Vgl. Bergmann 1979, S. 24. Bereits zeitgenössisch wurden Agrarkrise und Revolution miteinander verknüpft (vgl. Reichel 2007, S. 62).

113 Vgl. Langewiesche 2007, S. 23.

114 Vgl. ebd., S. 22.



Nach einem eher verhaltenen Anstieg der Beschäftigtenzahl bis 1841 stagnierten die Werte bis zu Beginn der 1850er Jahre auf niedrigem Niveau.

Zwischen 1816 und 1864 wuchs die Bevölkerung im Deutschen Bund um insgesamt 54%,¹¹⁵ regional gab es jedoch Unterschiede. So erreichten Baden, Bayern und Württemberg nur ein Plus von 33%, während sich die Bevölkerung Sachsens im gleichen Zeitraum nahezu verdoppelte.¹¹⁶ Dass die Agrarkrise die verarmende bzw. schon in mittelloser Armut befindliche Bevölkerung hart traf, steht außer Frage. Umstritten ist allerdings deren Bezug zur 1848er Revolution.¹¹⁷ Bereits der Begriff „Agrarkrise“ kann je nach Sichtweise, ob Großagrарier, Eigenbedarfslandwirt oder Verbraucher, unterschiedlich gedeutet werden.¹¹⁸

Ausgehend von den Preisindizes für den Deutschen Bund vergleiche ich im Folgenden die Getreidepreisentwicklung in Eutin und Konstanz, um mögliche Korrelationen zwischen den Geschehnissen der Revolutionsjahre und der vorangegangenen Krise nachweisen zu können.¹¹⁹ Stark steigende Preise dürften aus Konsumentensicht das Vertrauen in die Potenz der heimischen Landwirtschaft und in der Krise auch das Vertrauen dem Staat gegenüber auf eine Probe gestellt haben. Brachten die untersuchten Zeitungen in diesem Zeitraum dazu regierungskritische Artikel, die das Ausmaß der Krise den bestehenden Machtverhältnissen oder den Besitzverhältnissen anlasteten, wird das Blatt entsprechend als kritisch bis revolutionär zu bewerten sein. Wenn die Zeitung die Ursache des Mangels oder den Hunger als Auswirkung eines individuellen oder gruppenbezogenen Missverhaltens deutete, kann von einer konservativen Darstellung gesprochen werden.

¹¹⁵ Vgl. Rürup 1992, S. 22.

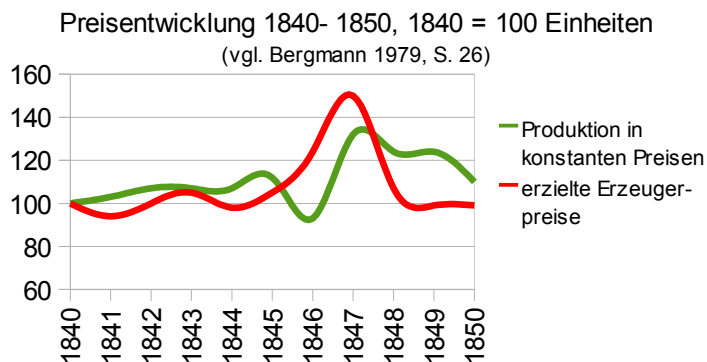
¹¹⁶ Vgl. ebd.

¹¹⁷ Bergmann 1979, S. 24. Theodore S. Hamerow vertritt die Position, dass der wirtschaftliche Niedergang zum Zeitpunkt des Beginns der Revolution bereits als beendet zu betrachten sei (Bergmann bezieht sich auf *The Responsibility of Power. Festschrift für H. Holborn*, New York 1967, S. 145- 161). Daher habe die vorangegangene Krise 1848 der Reaktion in die Hände gespielt, indem der Übergang zu einer Phase konjunktureller Erholung „revolutionsfördernde Faktoren und Maßnahmen“ hat fortfallen lassen. Bergmann hingegen geht von einer Krisenlage zweier wirtschaftlich wichtiger Sektoren, des Agrar- und des Finanzwesens, vor und während der Revolution aus (vgl. Bergmann 1979, S. 24f.).

¹¹⁸ „Ernteausfälle und steigende Preise [...] müssten [...] für den Agarsektor bzw. zumindest für wesentliche Gruppen der Agrarproduzenten keine krisenhafte Entwicklung [...] bewirken, da die Preissteigerungen meist die Ernteausfälle weit überkompensieren.“ (vgl. ebd., S. 26).

¹¹⁹ Reith 1982 kann eine direkte Korrelation zwischen Kartoffelpreisen und Getreidepreisen nachweisen (vgl. ebd., S. 34).

Wegen der räumlichen Nähe Lübecks zu Eutin und der fehlenden Dokumentation der Brottaxe in den *Neuen Lübeckischen Blättern* bzw. dem kriegsbedingten Verlust der *Lübeckischen Anzeigen* muss auf eine gesonderte Untersuchung Lübecks verzichtet werden. Die Preise lagen laut der vorliegenden Literatur in der Hansestadt immer unter denen Eutins.¹²⁰



Das Verlaufsdiagramm zeigt ausgehend vom Referenzjahr 1840 die Entwicklung der realen landwirtschaftlichen Produktion (grün) und die auf dem Markt erzielten Preise (rot).

Die landwirtschaftliche Netto-
produktion in Deutschland war 1846 auf ihr Minimum gefallen, das im Vergleich zu 1840 eine Produktionsminderung von 7% auswies. Darauf erreichte zwölf Monate später der Preis für landwirtschaftliche Produkte sein Maximum. Da die Ernte 1847 im Vergleich zum Vorjahr wesentlich bessere Ergebnisse brachte, der zu erzielende Preis jedoch nicht weiter stieg, fiel die Bilanz aus Sicht der für den Markt erzeugenden Landwirte positiv aus. Die Auswirkungen der ebenfalls guten Ernten der Jahre 1848 und 1849 zeigten sich wiederum aus Sicht der Konsumenten günstig, denn die Preise fielen von 150 Einheiten (1847) über 107 (1848) auf schließlich 99 (1849).

Dass die Werte von Produktion und erzielten Preisen im Vorfeld der Revolutionsjahre stark schwankten, bestätigt die Grafik. Sie zeigt, dass jene Landwirte, welche für den Markt produzieren konnten, die also größer waren als die Eigenversorgungsbetriebe der Armen, trotz der Ernteeinbußen des Jahres 1846 wirtschaftlich besser gestellt waren als zu Beginn der 1840er Jahre. Die Konsumenten hingegen hatten einen Preisanstieg von 45 Einheiten in nur 24 Monaten zu verkraften.

Entwicklung der Getreidepreise in Eutin und Konstanz im Vergleich

Es kann nicht bezweifelt werden, daß im ländlichen Raum ein Teil der revolutionären Aktivitäten bzw. der Vorgänge, die als Ausfluß der allgemeinen revolutionären Stimmung im März 1848 zu sehen sind, auf die Notjahre vor 1848 und damit letztlich auf den Ausfall der Kartoffelernte zurückzuführen sind. Die Revolution wurde sogar *Kartoffelrevolution* genannt.¹²¹

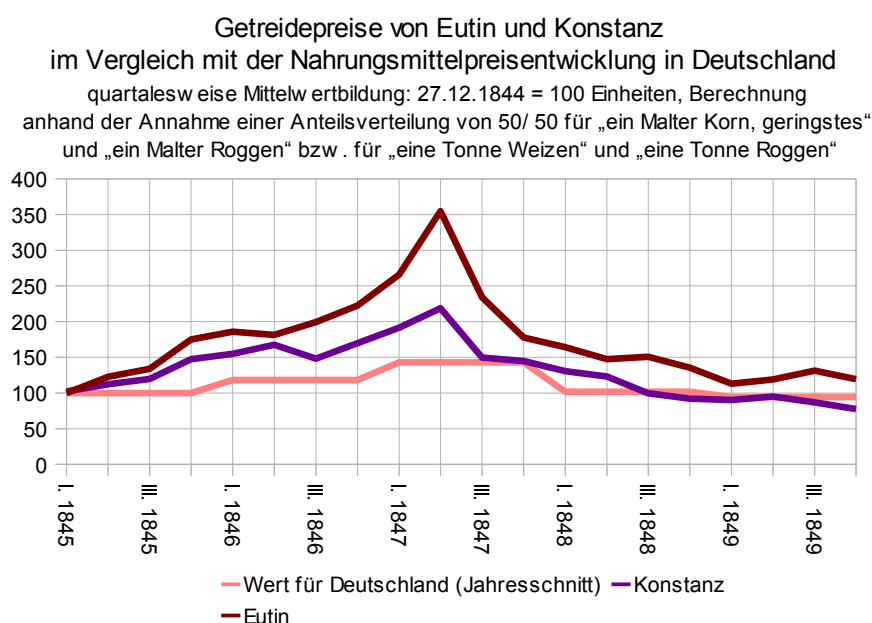
Die im Folgenden vorgenommene Aufstellung entnimmt ihre Daten der *Konstanzer*

¹²⁰ Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1957, Nr. 14, S. 62.

¹²¹ Krus 1998, S. 102.

Zeitung sowie den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* und führt die Preise bis 1850 fort.¹²² Für die grafische Auswertung der Preisentwicklung wurde für Eutin zunächst der Preis vom 27. Dezember 1844 für „die Tonne Roggen“¹²³ von 2 Taler 24 Schilling gleich 100 Einheiten gesetzt, um den Verlauf der Schwankungen auf einfachem Wege prozentual darstellen zu können. Für Konstanz entsprachen zur Jahreswende 1844/ 45 11 Gulden einem Malter Korn geringster Qualität und 8 Gulden einem Malter Roggen. Die Wertmittlung entspricht dann 100 Einheiten¹²⁴

Zum Vergleich werden hier wiederum die Daten Sprees herangezogen, die sich auf den allgemeinen Nahrungsmittelpreis, nicht nur auf den Getreidepreis, beziehen.¹²⁵ Die somit sowohl räumlich als auch hinsichtlich der erfassten Produktpreise breitere Erfassungs-



grundlage muss hierbei berücksichtigt werden, weshalb sich diese Daten nur als allgemeiner Richtungsanzeiger lesen lassen, für einen direkten Vergleich hingegen nur eingeschränkt taugen. Die Veröffentlichung erfolgte in der *Konstanzer Zeitung* im

Allgemeinen wöchentlich an Freitagen, in den *Anzeigen* fand sich die „Bäcker-Taxe“ in einer der beiden Ausgaben um den Monatswechsel.¹²⁶ Um Preisspitzen auszugleichen, wurden die Werte für die jeweils geringste Qualität der Getreidesorten Roggen und Weizen gemittelt.

Schon auf den ersten Blick lässt die Grafik deutlich werden, dass die Getreidepreise in

122 Für Konstanz hat Reith 1982 die Preissteigerungen zum Gegenstand einer genaueren Untersuchung gemacht. Seine Ergebnisse kontextualisieren die Agrarkrise 1845- 47 im gesamten Vormärzzeitraum und beziehen sich auf Jahresvergleiche der Preisangaben im *Großherzoglichen Badischen Anzeigenblatt für den Seekreis* (vgl. Reith 1982, S. 32- 38, grafische Übersicht auf S. 33).

123 Roggen war neben den Kartoffeln das Grundnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung (vgl. Bergmann 1979, S. 31).

124 Ungenauigkeiten ergeben sich auch bei der Umrechnung der Währungen in Einheiten, da das Dezimalsystem sich noch nicht durchgesetzt hatte. Daher sind die Werte Tendenzbeschreibungen und keine absoluten Aussagen.

125 Vgl. Bergmann 1979, S. 26.

126 Um das Preismaximum im Sommer 1847 erschien die „Bäcker-Taxe“ in den *Anzeigen* 14tägig.

Eutin und in Konstanz dem allgemeinen Trend folgten. Die Preise erreichten ihren Höhepunkt im Sommer 1847, fielen schon aber im III. und IV. Quartal stark ab. Das Ausmaß der Preissteigerungen wich zwischen den allgemeinen Lebensmittelpreisen im Deutschen Bund und den Angaben für Konstanz und Eutin z. T. deutlich voneinander ab. Auch zwischen Ostsee und Bodenseeanrainern gab es erhebliche Preisdifferenzen:

Entwicklung in Eutin

Eutin war von den Preissteigerungen nicht zuletzt wegen des lokalen Zusammentreffens einer schlechten bis mäßig ausfallenden Kartoffelernte sowie unterdurchschnittlichen Erträgen bei Getreide 1846 besonders hart getroffen.¹²⁷ Deshalb stieg der Preis binnen zwölf Monaten vom II. Quartal 1846 bis zum II. Quartal 1847, das den Höhepunkt der Krise brachte, auf mehr als das Doppelte. Die Verbraucher, welche im II. Quartal 1846 bereits etwa 175% des Referenzpreises von Januar 1845 zu entrichten hatten, mussten im Frühsommer 1847 bis zu 350 Einheiten zahlen. In der zweiten Jahreshälfte fiel der Preis daraufhin wieder auf das Niveau vom II. Quartal 1846 ab, um dann in den Revolutionsjahren bis 1849 weiter auf etwa 120% des Referenzpreises von Januar 1845 zu sinken. Die Jahre 1848/ 49 müssen nach dem Maximum 1847 mit Werten von etwa 120- 170% aus Verbrauchersicht als niedrigpreisig wahrgenommen worden sein.

Die Agrarkrise, die ich um ein Preisniveau von circa 150 Einheiten ansetze, erstreckte sich in Eutin über einen Zeitraum von etwa drei Jahren (III. Quartal 1845 bis III. Quartal 1848). Eine Phase sehr deutlicher Preissteigerungen, die den Höhepunkt der Krise bildeten, umfasste etwa 18 Monate. In Eutin blieben die Preise für Getreide im gesamten Untersuchungszeitraum über den durchschnittlichen Lebensmittelpreisen des Bundes, auch wenn die maximale Differenz von 200 Einheiten im Sommer 1847 später nicht mehr erreicht wurde. Wenn man den Vergleichsraum auf die nähere Umgebung der Stadt verengt, zeigt sich, dass die Preise in Eutin im Vergleich zu denen in Schwartau und mehr noch zu denen in Plön bzw. Holstein am niedrigsten waren. Bei dieser Betrachtung wird der Eutiner Preisprogression bereits einige Schärfe genommen.¹²⁸

Grund für den starken Preisverfall ab Sommer 1847 war der ungewöhnlich reiche Erntesegen. Zudem brach die Kartoffelkrankheit kein weiteres Mal aus, sodass der

127 Vgl. Prühs 1994, S. 223, vgl. auch *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 23, S. 91.

128 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 24, S. 95, weiter: „Im April 1847 waren die Schwarzbrotpreise in Kiel und Plön am höchsten. Dort erhielt man für zwei Schilling ein 1 Pfund und 6 Loth schweres Brot; in Eutin dagegen ein 1 Pfund und 20 Loth schweres (1 Pfund zu 32 Loth gerechnet) [...]. Eutin hatte das billigste Brot in ganz Holstein.“

Ernteertrag dieses Jahres sogar noch über dem durchschnittlichen vor dem erstmaligen Auftreten der Fäule lag.¹²⁹ Auch brachten Getreidezufuhren aus Russland eine weitere Entspannung der Lage.¹³⁰

Konstanz

Im Vergleich zu Eutin mutet der Preisanstieg in Konstanz retrospektiv gering an. Das Maximum wurde hier ebenfalls im II. Quartal 1847 erreicht, lag aber mit Preisen, die bis auf etwa 220 Einheiten stiegen, mit circa 130 Einheiten deutlich unter denen Eutins. Auffällig ist die entgegengesetzte Entwicklung der Preise in beiden Städten zwischen dem II. und III. Quartal 1846; dem Zeitraum, der den Beginn der stärksten Preissteigerungen in Eutin einleitete. Die Periode mit Preisen von über 150% des Preises vom Januar 1845 war in Konstanz nach zwei Jahren im IV. Quartal 1847 überwunden. Die Phase der stärksten Preisanstiege fiel zwischen das III. Quartal 1846 und das III. Quartal 1847, war mit zwölf Monaten aber merklich kürzer als in Eutin.

Bereits 1845 hatte der benachbarte Schweizer Kanton Thurgau eine Ausfuhrsperr für Lebensmittel verhängt.¹³¹ Statt mithilfe eines überregionalen Marktes den Preisanstieg der Nahrungsmittel zu begrenzen,¹³² reagierte man in der Eidgenossenschaft und andernorts mit protektionistischen Maßnahmen wie einem Verkaufszwang für Nahrungsmittel auf den örtlichen Märkten.¹³³ Die Folgen für den eng verzahnten Markt der Bodenseeregion wirkten sich krisenverschärfend aus, da die arbeitsteilig organisierte Wirtschaft dieses Raumes einen ungehinderten Warenaustausch benötigte.¹³⁴

Die badische Wirtschaft litt unter einem Handwerkerüberschuss, der die unabhängig der Agrarkrise prekäre Lage eines Teils der Bevölkerung begründete. Zusätzlich verstärkt wurde die wirtschaftliche Lage vieler Familien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch mangelndes Betriebsvermögen: Ende der 1820er Jahre verfügten 73% der Gewerbetreibenden über kein Betriebsvermögen, was im Krisenfall oder einer weiteren Verschärfung der Marktlage durch hinzuströmende Anbieter zum Verlust der

129 Vgl. ebd., Nr. 23, S. 91.

130 Vgl. ebd., Nr. 24, S. 95.

131 Vgl. Zang 1994, S. 151.

132 Vgl. Bergmann 1979, S. 30.

133 Vgl. Langewiesche 2007, S. 24.

134 „Diese Entscheidung traf Konstanz [...] besonders hart. Schließlich gehörten die Lebensmittel [...] [aus dem Thurgau; M. P.] zum festen Bestand der Konstanzer Lebensmittelversorgung. Die Grenzsperr aber führte darüber hinaus [...] im Bereich der Mehlförderung zu Engpässen, weil die Konstanzer Rheinmühle [...] nicht in der Lage war, den Tagesbedarf der Stadt zu decken.“ (Zang 1994, S. 151).

Existenzgrundlage vieler führen musste.¹³⁵ Auch die Reallöhne der abhängig Beschäftigten sanken infolge des ausbleibenden Lohnanstieges und starker Lebensmittelpreiserhöhungen zwischen 1845 und 1847 fortwährend.¹³⁶ Schließlich war 1847 jede dritte Konstanzer Familie von Unterstützungsgaben des eigens zu diesem Zweck initiierten Hilfsvereins abhängig.¹³⁷ Erst im März 1848 gab der Gemeinderat der lange vorgetragenen Forderung des Hilfsvereins nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Linderung der Not nach und vergab den Auftrag, die Stadtmauern abzutragen.¹³⁸

Als mittelbare Folge der Krisenjahre entstand eine latente Unzufriedenheit mit den Autoritäten, da in den Augen betroffener Bürger der Staat versagt hatte. Auf dieses Potential verstanden die Republikaner zurückzugreifen. Daher bildeten viele Landarbeiter das Rückgrat der linken Bewegung Badens.¹³⁹

Deutscher Bund

Auch im Deutschen Bund erreichten die Preise im Frühling/Sommer 1847 ihr Maximum. Allerdings lagen diese im Schnitt deutlich unter den Getreidepreisen in Eutin und Konstanz. Lediglich in drei aufeinanderfolgenden Quartalen, beginnend mit dem I. Quartal 1847, waren Preise mit einem Niveau von etwa 150 Einheiten als krisenhaft anzusehen.

Zusammenfassung

Insgesamt zeigt sich, dass die Preisentwicklung in Eutin weit mehr noch als im späteren (zeitweiligen) Zentrum der Revolution, Konstanz, die Getreidepreisentwicklung krisenhaft war. Die Zeit stark erhöhter Preise war im Fürstentum mit drei Jahren am längsten, die Preisanstiege lagen relativ und absolut an der Spitze des hier angestellten Vergleichs. Zwar bewegten sich die Getreidepreise auch in Konstanz über alle fünf Untersuchungsjahre hinweg auf einem höheren Niveau als die durchschnittlichen Lebensmittelpreise im

135 Vgl. ebd. Die aus Eigeninitiative der Handwerker gegründete Gewerbevereine vermochten es ebenso wenig wie der staatlich initiierte landwirtschaftliche Verein Badens, die strukturell bedingte Not wirksam zu bekämpfen (vgl. Tauschwitz 1981, S. 26f.).

136 Vgl. Reith 1982, S. 37.

137 Vgl. ebd., zum Hilfsvereins vgl. das Kapitel zu den Vereinen in Konstanz in dieser Arbeit.

138 Vgl. Zang 1994, S. 164.

139 Vgl. ebd. Reith 1982, S. 26. Reith sieht nur die Gruppe der Handwerker, deren prekäre Lage in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre durch strukturelle Probleme verursacht war und durch die wegbrechende Konsumnachfrage infolge der Lebensmittelpreissteigerungen nur verschärft wurde, als Träger auch eines politischen Protestes. Die ebenfalls von den Preissteigerungen betroffenen Gruppen der Fabrikarbeiter (besonders in der Textilindustrie) und der Tagelöhner fanden nach dem Preisabbruch in der zweiten Jahreshälfte rasch wieder Anstellung (vgl. ebd., S. 38).

Deutschen Bund. Ab dem III. Quartal 1847 wichen die Werte für die Bodenseestadt aber kaum noch vom Durchschnitt des Bundes ab, während in Eutin auch in dieser Zeit im Schnitt etwa ein Drittel höhere Preise gezahlt werden mussten.

Die Krise aus Sicht der Untersuchungszeitungen

Sowohl die *Neuen Lübeckischen Blätter* als auch die *Konstanzer Zeitung* gingen in den zehn Untersuchungsquartalen nur sehr randständig und zumeist retrospektiv auf die vergangene krisenhafte Entwicklung ein. Daher habe ich die in der Katalogisierung erfasste Kategorie „Nahrungsmittelknappheit“ nicht als separaten Punkt besprochen. Dennoch finden sich in der inhaltlichen Auswertung der ausgewerteten zehn Artikelkategorien einige Bezüge, die allerdings meist nur in Form von Halbsätzen auf die seinerzeit bekannte Entwicklung Bezug nahm. Als politisch wertend ist hier vor allem ein Artikel der *Konstanzer Zeitung* anzuführen, der noch im Vormärz die Preissteigerungen als einigen „jüdischen Spekulanten“ geschuldet beschrieb.¹⁴⁰

Die Krise fand in den *Anzeigen* ebenfalls kaum Niederschlag, es gab keine aufreizenden oder beschwichtigenden Artikel, die sich mit der Frage nach den Verantwortlichen befasst hätten. Um die Ernteerträge dauerhaft zu verbessern, beschäftigten sich fernerhin viele gemeinnützige Gesellschaften mit Verbesserungsvorschlägen für die Produktion.¹⁴¹ In der letzten Augustausgabe 1847 erfuhren die Leser der *Anzeigen* etwas über den positiven Einfluss funktionierender Entwässerungssysteme und anderen Maßnahmen auf das Pflanzenwachstum.¹⁴²

Im IV. Quartal 1847 wurde mit einer kurzen Anleitung zur Herstellung von Mehl aus Kartoffeln auch eine landwirtschaftliche Problematik aufgegriffen.¹⁴³ Zielsetzung des Artikels war wiederum, mögliche Ernteaufälle durch Ersatzmittel zu kompensieren bzw. der Teuerung etwas entgegensetzen zu können. Durch solche Rezepte sollten sich die Leser etwas unabhängiger von den Getreidepreisschwankungen fühlen.

Deutlich lässt sich in den *Anzeigen* die Hilflosigkeit der politischen Verantwortungsträger

140 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 28.01.1848, S. 74.

141 Vgl. die Vorstellung der „Patriotischen Gesellschaften“ im Abschnitt zur Kontextualisierung der Herausgeberin der *Neuen Lübeckischen Blätter*, der Lübecker „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“.

142 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 28.08.1847, S. 171f. Ähnliche Ziele verfolgte auch der Artikel „Etwas über die Witterung“, den Herausgeber Struve dem *Deutschen Pilger durch die Welt* entnommen hatte. Aufgeteilt in vier Teile erschien der Text zwischen dem 11.09. und 02.10.1847 (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 11.09.1847, S. 180, vgl. ebd., 18.09.1847, S. 184, vgl. ebd., 25.09.1847, S. 188 und ebd., 02.10.1847, S. 192).

143 Vgl. ebd., 09.10.1847, S. 196.

gegenüber den Preisschwankungen nachweisen, denen diese nur unzureichende „Rezepte“ entgegensetzen vermochten.

A.1.5 Zum Pressewesen in Baden

Den oppositionellen Liberalen blieb angesichts der offen reaktionären Politik des Bundes spätestens nach 1820 nur der Weg des inneren oder äußeren Exils, für das sich die in einigen Kantonen bereits vor 1847 liberale Schweiz oder Frankreich empfahl.¹⁴⁴ Die Eidgenossenschaft war für Konstanz als unmittelbarer Anrainer stets von besonderer Bedeutung. In Baden gab es 1832 die Besonderheit, dass nicht zuletzt als Folge der Französischen Julirevolution von 1830 die Preßfreiheit im Großherzogtum Baden, wenn auch nur für Belange, welche die Innenpolitik betrafen, in den Monaten März bis Juli 1832 tatsächlich gegolten hatte. Da die Staaten des Deutschen Bundes mit der Bundesexekution drohten, musste dieses relativ liberale Gesetzeswerk rasch zurückgenommen werden.¹⁴⁵

Die Zensur vermochte es in der Folge nicht mehr, die örtliche Presse unter dem Zwang der Zensur dazu zu bewegen, dass diese sich selbst beschränke. Der Direktor des Seekreises Friedrich Rettig, der auch die Funktion des lokalen Oberzensors innehatte, klagte 1838, die örtliche Presse sei „die zügelloseste im Großherzogtum, ja vielleicht in ganz Deutschland [...]“.¹⁴⁶ Hauptsächlich waren wohl die als radikal geltenden *Seeblätter* gemeint,¹⁴⁷ welche der Konstanzer Josef Fickler ab 1836 herausgab.

Verfassungsgemäß in der II. Kammer des badischen Parlaments Druck auf die großherzogliche Regierung auszuüben, empfanden in dieser Zeit nicht wenige Parlamentarier als Illusion. Viele Oppositionelle verließen daher in den 1830er Jahren das Parlament oder ließen sich aus Protest gegen die eigene Ohnmacht nicht für eine weitere Amtszeit zur Wahl aufstellen.¹⁴⁸ Zwar protestierten besonders linksgerichtete Delegierte gegen die mangelnden Mitwirkungsmöglichkeiten der II. Kammer, doch dieser Protest gelangte kaum an die Öffentlichkeit, da es infolge der Zensur an Kommunikationsmöglichkeiten fehlte. Insgesamt waren die 1830er Jahre von Resignation

144 Vgl. Müller 1986, S. 32.

145 Vgl. Munzinger 1912, S. 1082, Bei Crivellari 2007 wörtlich: „Die Regierung erarbeitete [auf Drängen der liberalen Mehrheit; M.P.] ein Kompromissgesetz, das alle den Bund oder andere Staaten betreffende Literatur und Reden nach wie vor unter Zensur stellte. Reden und Schriften, die andere Angelegenheiten oder die des badischen Staates betrafen, waren von der Zensur ausgenommen.“ (ebd., S. 112).

146 Oberzensor Friedrich Rettig 1838, zit. nach: Deuchert 1983, S. 100.

147 Kern charakterisiert die *Seeblätter* hingegen erst ab Anfang 1848 als politisch radikale Zeitung (vgl. Kern 1974, S. 15).

148 Vgl. Deuchert 1983, S. 100.

geprägt¹⁴⁹ und „[k]eine bedeutende Motion, keine Debatte mehr rührte an die großen Fragen von Einheit und Freiheit. 'Unmut und Niedergeschlagenheit' verbreiteten sich in der II. Kammer und im Lande.“¹⁵⁰

Bis zur Märzrevolution 1848 gingen in Bezug auf die Preßfreiheit die gemäßigt-liberalen mit den radikalen Oppositionellen Hand in Hand. Kaum dass die Preßfreiheit in Baden erneut verkündet worden war, zu einer Zeit, in der die Gemäßigten bereits in Regierungsverantwortung standen bzw. im Begriff waren, diese zu übernehmen, wurde ihnen der Gebrauch ebendieser Freiheit zur Last.¹⁵¹ „Betrachtet man die lange Liste der Verhaftungen und Verurteilungen [...] so kann von einer echten Pressefreiheit im Jahre 1848 [...] nicht mehr die Rede sein.“¹⁵² Die Praxis der Vorzensur wurde im Badischen durch eine de facto Nachzensur abgelöst.¹⁵³ Die Zensur als Mittel staatlicher Repression blieb somit auch nach Inkrafttreten der sogenannten Preßfreiheit bestehen.

A.1.5.1 Von den 1830er Jahren bis zur Revolution: Der Exilantenverlag „Belle-Vue“ in Kreuzlingen

Ignaz Vanottis *Leuchtturm* und wohl mehr noch sein Verlag „Belle-Vue“, der nicht grundlos seinen Sitz auf der Schweizer Seeseite nahm, bot ein Publikationsorgan für die „Protagonisten der badischen und deutschen Freiheitsbewegung“.¹⁵⁴ Hierzu gehörten nicht nur der bereits erwähnte Josef Fickler (*Erinnerungen an den badischen Landtag von 1842*), auch Johann Georg Wirth, Organisator des Hambacher Festes (1832) und Redakteur der *Deutschen Volkshalle* (1839- 1841), sowie Jacob Venedey, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und späterer Verfechter einer gezielten Nutzung der Mitbestimmung in den gesetzlichen Vertretungsgremien, publizierten in diesem Exilantenverlag.¹⁵⁵

149 Vgl. ebd.

150 Ebd.

151 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 166. Bekk schrieb über den Missbrauch der Preßfreiheit: „Unsere revolutionären Blätter verbreiteten in jeder Richtung zerstörende Grundsätze, sie richteten ihre Pfeile gegen Religion und Sittlichkeit, gegen die Heiligkeit der Eide, sie vertheidigten und lobten alle politischen Verbrechen. Mit einer falsch aufgefaßten Volkssouverainetät wirkten sie überall hin nur auf Auflösung und durch Lüge und Entstellung auf eine allgemeine Verblendung, indem sie hinsichtlich alles Bestehenden oder Gegebenen erdichtete Nachtheile [...] darstellten.“ (Bekk 1850, S. 93).

152 Tauschwitz 1981, S. 167. Der bereits im Exil lebende Friedrich Hecker kam nach Erlass der „Preßfreiheit“ allein durch die Herausgabe seines *Volksfreundes* in zahlreichen Urteilen auf eine Gesamthafzeit von 65 Monaten für Preßvergehen (vgl. ebd., S. 168f.). Tauschwitz spricht wie Diesbach von „Pressefreiheit“ statt vom inhaltlich kürzer greifenden Begriff der „Preßfreiheit“.

153 Vgl. ebd., S. 170.

154 Crivellari 2007, S. 116.

155 Jakob Venedey gehörte zwar eindeutig dem politisch linken Spektrum an, glaubte jedoch nicht wie Struve und Hecker 1848 oder die Mehrheit der Demokraten im Folgejahr an eine neue Revolution. Vielmehr sollten sich die Demokraten in den vorgegebenen Strukturen einbringen, um ihren Widerstand gegen die revisionistische Politik der Regierungen zu bekunden. Zu diesem Zweck veröffentlichte Venedey nach

Die Fragen, ob die Stadt Konstanz bei Badens Eintritt in den Zollverein (1835) innerhalb oder außerhalb der Zollgrenzen liegen sollte, des Eisenbahnanschlusses der Stadt oder des Ausbaus der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee boten Anlässe, die das Entstehen einer sich differenzierenden öffentlichen Meinung nachhaltig förderten. Hierbei wurden lokalpolitisch bedeutende Fragestellungen zunehmend mit übergeordneten verknüpft.¹⁵⁶

A.1.5.2 Zur Presselandschaft um Konstanz im Vormärz

Allgemein gab es in Konstanz in den letzten Vormärzjahren drei Zeitungen, die jeweils einer politischen Richtung zugeordnet werden konnten. Ausdrücklich links standen die *Seebblätter*, welche seit 1836 von Josef Fickler und Franz Josef Egenter herausgegeben wurden. In der politischen Mitte war die *Konstanzer Zeitung* von Albert Rolle und Ignaz Wagner verortet. Als konservativ verstand sich der *Tagesherold*, den Franz Strohmeyer ab 1847 zu etablieren versuchte. Alle drei können dank der Arbeiten Alfred Diesbachs im Folgenden kurz vorgestellt werden:

A.1.5.2.1 Zum Tagesherold, der konservativen Zeitung in Konstanz

Neben den sich fortwährend radikalisierenden *Seebblättern*¹⁵⁷ und der *Konstanzer Zeitung* brachte der konservative *Tagesherold* zwischen 1847 und dem 10. April 1848 ebenfalls politische Nachrichten.¹⁵⁸ Der *Tagesherold*, der ab dem 1. Januar 1847 von Franz Strohmeyer herausgegeben und redaktionell betreut wurde, war zumindest mittelbar ein Ergebnis von Überlegungen konservativer Kreise um die Karlsruher Regierung. Diese zielten darauf ab, der liberalen bis radikalen Presse im Großherzogtum eine regierungstreue Alternative vor Ort entgegenzustellen.¹⁵⁹ Die regierungsnah Presse im Großherzogtum Baden war wirtschaftlich von der Karlsruher Regierung abhängig, die ihr politisch nahestehende Periodika durch direkte Subventionen und oder mithilfe eingeräumter Insertionsprivilegien maßgeblich stützte bzw. ihr Bestehen erst

Ablehnung seines Aufrufs zur Teilnahme an den Wahlen zur Erfurter Versammlung in der demokratischen *Urwähler-Zeitung* diesen schließlich im *Frankfurter Journal* („Sollen die deutschen Demokraten sich an den Wahlen nach Erfurt und an dem 'Erfurter Parlamente' beteiligen?“, in: *Frankfurter Journal*, 16.01.1850). Venedeys Strategie einer Opposition „im System“ scheiterte (vgl. Jansen 2000, S. 361f.).

156 Vgl. Crivellari 2007, S. 114.

157 Folgt man der Einschätzung Kerns radikalisierten sich die *Seebblätter* erst kurz vor Beginn der Februarrevolution in Frankreich (vgl. Kern 1974, S. 15).

158 Vgl. ebd., S. 12.

159 Vgl. Diesbach 1972, S. 60.

ermöglichte.¹⁶⁰

Bis zur Gründung des *Tagesherold* hatte die *Konstanzer Zeitung* das Insetationsprivileg besessen,¹⁶¹ das sie erst nach Ende des *Herolds* erneut zugesprochen bekam. Die oft unglücklich besetzten Redaktionen regierungsfreundlicher Periodika führten dazu, dass es um die Mitte der 1840er Jahre im Großherzogtum keine überzeugenden konservativen Blätter gab.¹⁶² Um diese Zeit fanden auch im Seekreis Besprechungen zwischen dem Ministerium des Innern, der Seekreisregierung und einzelnen Bezirksämtern statt, um den *Seebblättern* und der *Konstanzer Zeitung* eine konservative Alternative beizugeben. Auf diese Weise sollte die kritische Stimmung im Seekreis gewandelt werden.¹⁶³

Franz Stohmeyer, im Jahr 1847 bereits 42 Jahre alt, schien dafür der geeignete Redakteur zu sein. Strohmeier, der zunächst politisch links stand, war zu Beginn der 1830er Jahre Mitarbeiter des *Boten aus dem Westen*. Diesen hatte Phillip Jakob Siebenpfeiffer, der Initiator des Hambacher Festes, herausgegeben. Das Engagement im Pressebereich setzte Strohmeier auch nach 1832 mit dem *Wächter am Rhein* fort, den er redigierte. Diese Zeitung, die nur gut drei Monate Bestand hatte und schließlich am 19. Juli 1832 von der Bundesversammlung wegen ihrer radikalen Tendenz verboten wurde, nutzte Strohmeier für scharfe Angriffe auf die badische Regierung. Nach Ende dieses Periodikums suchte Strohmeier mithilfe seines Schwagers Karl Mathy, der für Konstanz Abgeordneter in der II. Kammer Badens war, Zuflucht zunächst in Straßburg, dann in der Schweiz und schließlich in London. In der Londoner Zeit muss Strohmeier seine politische Einstellung gewandelt haben.¹⁶⁴ 1845 zurück in Konstanz, war er nach einem Bericht der *Seebblätter*¹⁶⁵ sogleich Redner auf einer Wahlveranstaltung des Schwagers. Neben Mathy und ihm sprachen auch Bürgermeister Huetlin, Dekan Kuenzer, Eduard Vanotti, Buchdrucker Jakob Stadler und nicht zuletzt auch Josef Fickler. Strohmeier legte in seiner Rede einen Schwerpunkt auf die Freiheit der Rede. Sein Engagement in öffentlichen Veranstaltungen ließ auch im Jahr 1846 nicht nach. Der Name Strohmeiers fand sich in einer Reihe prominenter Redner anlässlich des hundertsten Geburtstags des Pädagogen Pestalozzi. Ende des Jahres wird sich Strohmeier daraufhin überlegt haben, eine konservative Zeitung zu gründen.¹⁶⁶

160 Vgl. ebd.

161 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 182.

162 Vgl. Diesbach 1972, S. 60.

163 Vgl. ebd.

164 Vgl. ebd., S. 60f.

165 Diesbach weist den Bericht mit der Ausgabe vom 14.10.1845 nach.

166 Vgl. ebd., S. 63. Strohmeier war in der Redefolge nach Dekan Kuenzer und Heinrich Ignaz von Wessenberg der letzte Vortragende (vgl. ebd.).

Nach den Bestimmungen des vormärzlichen Preßgesetzes für Baden musste vor Herausgabe einer Zeitung eine Kautions in Höhe von zweitausend Gulden beim Bezirksamt hinterlegt werden. Da Strohmeyer nur ein gutes Jahr nach seiner Heimkehr aus dem Exil nicht in der Lage war, das Geld aufzubringen, konnte er nicht als verantwortlicher Redakteur zeichnen. Der Buchbinder Karl Rapedius stellte in Aussicht, das Geld zu zahlen und erlangte damit noch vor der eigentlichen Kautionsstellung die Erlaubnis, den *Tagesherold* herauszubringen.¹⁶⁷ Die Zeitung erschien Anfang Januar 1847 erstmals und stellte in ihrem Programm heraus:

Wir wollen nicht stillschweigend dulden, daß die u n d u l d s a m s t e Klasse von allen, die auf dem Gebiete der Politik sich bewegen, sich vorzugsweise 'd i e f r e i s i n n i g e' [beide Hervorhebungen im Original; M. P.] benenne. Weil wir entschieden freisinnig sind, darum wollen wir auch sie aufs äußerste bekämpfen und es ist unser innigster Wunsch, daß in diesem Kampfe auch keine anderen Waffen geführt werden möchten, als die des Geistes, des Wissens und der Überzeugung.¹⁶⁸

Mit diesem Bekenntnis zur prinzipiellen Veränderlichkeit der Zustände zeigte sich der *Tagesherold* wohl nicht zuletzt als Folge der zahlreichen Anfeindungen des Projektes als reformorientiert.¹⁶⁹ Die konservative Ausrichtung wurde allerdings ebenso deutlich: „[W]ir wollen eine e i n s i c h t s v o l l e und s t a r k e Regierung [beide Hervorhebungen im Original; M. P.]“.¹⁷⁰ Da Rapedius seinem Zahlungsversprechen infolge eigener Zahlungsunfähigkeit ebenso wenig wie Strohmeyer selbst nachkommen konnte, ist es naheliegend anzunehmen, dass ihr Profil die Zeitung vor umgehender Einstellung bewahrte. Zu den finanziellen Schwierigkeiten kam die ablehnende Haltung vieler Konstanzer: Bürgermeister Huetlin, den Strohmeyer spätestens seit der gemeinsamen Teilnahme am Hambacher Fest gekannt haben wird, stellte sich sogleich gegen das neue Blatt und seinen offiziell verborgen bleibenden Herausgeber.¹⁷¹

Strohmeyer erlitt bereits im April 1847 zwei Schlaganfälle, sodass der pensionierte Professor Josef Benz die Herausgeberschaft Anfang Juli 1847 offiziell aus den Händen des zahlungsunfähigen Rapedius' übernehmen musste. Um das weitere Erscheinen des Blattes zu erschweren, versuchte Bürgermeister Huetlin, die Erbschaftsangelegenheit Benz' zu verzögern, um zu verhindern, dass dieser die erforderliche Kautions aufbringen konnte.

167 Vgl. ebd.

168 *Tagesherold*, 01.01.1847, S. 2.

169 Vgl. ebd., S. 1, wörtlich: „Gar manche neue Zeitschrift [hier wird erneut die unklare Begriffstrennung Zeitung- Zeitschrift deutlich; M. P.] hat in der jüngsten Zeit ihre Laufbahn begonnen; über keine derselben ist schon vor ihrer Erscheinung eine solche Fluth von leidenschaftlichen Angriffen und schonungslosen Verdächtigungen ergangen, als über die unsrige.“ (ebd.).

170 Ebd.

171 Vgl. Diesbach 1972, S. 64.

Somit blieb der *Tagesherold* in steter Gefahr, kurzfristig eingestellt zu werden.¹⁷² Benz versuchte, dem *Tagesherold* als Alleinstellungsmerkmal ein konservatives Profil zu geben.¹⁷³

Das Blatt wurde allerdings nicht viel mehr als ein Inbegriff „unverdächtiger Bravbürgerlichkeit“.¹⁷⁴ Max Wirth, der Sohn des bekannten Hambachers, übernahm zu Neujahr 1848 erst fünfundzwanzigjährig den *Tagesherold*. Auch er verband mit der Zeitung ein klares Programm:¹⁷⁵ „Wir werden uns für Pressefreiheit, für eine deutsche Gesetzgebung und für alle die freisinnigen Einrichtungen in die Schranken treten, welche als Bedürfnis unserer Zeit sich herausgestellt haben, sich herausstellen werden.“¹⁷⁶ Damit grenzte sich Wirth vom Standpunkt bloßen konservativen Verharrens ab. Die erneute Revolution in Frankreich im Februar 1848 bot Anlass genug, der Revolution ein Modell der Reform entgegenzusetzen, das Reichsparlament und Bundesstaat statt Bundesversammlung und Staatenbund zu fordern wagte.¹⁷⁷

Die Schrecken von vierzigtausend Toten, von denen der *Tagesherold* in einer Extraausgabe am 28. Februar 1848 berichten zu müssen glaubte, zielte vermutlich, ähnlich dem plötzlich erwachten „Reformeifer“, auf ein Ruhighalten der Bevölkerung ab. Dennoch blieben Max Wirth „persönliche Belästigungen“ in und außerhalb der Presse in diesen Tagen nicht erspart,¹⁷⁸ obgleich er sich mithilfe hoher Spenden für Notleidende gleichermaßen karitativ wie politisch korrekt engagierte.¹⁷⁹ In Bezug auf die journalistische Tätigkeit war es ihm trotz allem gelungen, die revolutionären Ereignisse der Märztage in Ergänzung zu Artikeln der *Konstanzer Zeitung* und der *Seeblätter* von seinem eigenen Standpunkt her zu beleuchten.¹⁸⁰

In der letzten Ausgabe des *Tagesheroldes* wurde sogar die badische Regierung kritisiert: Diese hatte Markgraf Wilhelm von Baden zum Kommandanten des 8. deutschen Armeekorps ernannt. Da der Markgraf nicht eben als „Volksfreund“ bekannt war, rief das Blatt dazu auf, einen anderen Offizier an seiner statt zu wählen, damit die Geschlossenheit zwischen den Soldaten und ihren Führern keinen Schaden nehme.¹⁸¹

172 Vgl. ebd.

173 Vgl. ebd., S. 65.

174 Vgl. Deuchert 1983, S. 128.

175 Vgl. Diesbach 1972, S. 66.

176 Zit. in: ebd.

177 vgl. ebd.

178 Vgl. ebd., S. 67.

179 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 10.03.1848, S. 204. Der *Tagesherold* spendete 45 Gulden und 15 Kreuzer. Neben Sammlungen in umliegenden Ortschaften war dieser Betrag einer der höchsten (vgl. ebd.).

180 Vgl. Diesbach 1972, S. 67.

181 Vgl. *Tagesherold*, 10.04.1848, S. 407. Einzige Aufgabe des Militärs sei der Schutz der Grenzen nach

Nachdem mit der Verhaftung des Herausgebers der *Seeblätter* durch Karl Mathy die Ereignisse weiter an Konfliktpotential gewonnen hatten, wurde der *Tagesherold* mit dem 10. April 1848 eingestellt.¹⁸²

A.1.5.2.2 Radikale Presse in Konstanz: Josef Fickler und die Seeblätter

Josef Fickler, Herausgeber des *Konstanzer Wochenblattes*,¹⁸³ später der *Seeblätter* (1836- 1849), Vorsteher der Deutschkatholiken in Konstanz und 1849 kurze Zeit Mitglied der Revolutionsregierung, war sicherlich eine der bekanntesten und umstrittensten Persönlichkeiten im Seekreis.

Das *Konstanzer Wochenblatt* erschien ab dem 1. November 1832 donnerstags und sonntags. Die Kosten für ein halbjährliches Abonnement beliefen sich auf einen Gulden,¹⁸⁴ gedruckt wurde in der Unternehmung „J. M. Bannhard's Wittwe“. Unter dem Eindruck des Streits um die in Baden für fünf Monate geltende Preßfreiheit schrieb Fickler dennoch Versöhnliches, indem er vorgab, in seinem Blatt politische Abstinenz zu üben.¹⁸⁵ Zwischen Mai und Juni 1833 wurde im *Wochenblatt* „Hadewig, die schöne Allemannen-Herzogin und Bruder Ekkehard auf Hohentwiel“ abgedruckt, nachdem die Leser die „Lebens- und Charakterskizze aus dem 30jährigen Kriege: Konrad Widerhold, Commandant der Festung Hohentwiel“ hatten kennenlernen dürfen.¹⁸⁶

Am 20. Dezember 1832 eröffnete Fickler dann allerdings seinen Lesern, dass er für die Pressefreiheit plädiere und politisierte damit sein Blatt:

Zum Schlusse nehme ich das Landtagsblatt Nr. 5 zur Hand und spreche mit Duttlinger: '[...] daß die Regierungen die in gewöhnlichen Zeiten mit der Pressfreiheit [sic!] nicht zu bestehen vermögen, nicht würdig und tüchtig seien.' Ob dieser Ausspruch nicht auch im Kleinen anwendbar wäre?'¹⁸⁷

Am 2. Juni 1833 bedauert Fickler ein halbes Jahr später öffentlich die zensurbedingte Einförmigkeit des *Wochenblatts*. Der interessierte Leser könne die gestrichenen Passagen

außen und der Konstitution sowie der erworbenen Rechte des Volkes im Inneren. Angesichts der Bedrohung durch Frankreich sei innere Eintracht wichtig. Im Nachsatz zu diesem Artikel hieß es, dass der Markgraf sein Amt niedergelegt habe (vgl. ebd.).

182 Vgl. Diesbach 1972, S. 67, vgl. auch Kern 1974, S. 12.

183 Das *Konstanzer Wochenblatt* wurde nach einer dreiwöchigen Haft, die Fickler wegen Beleidigung des Bürgermeisters im Kontext des Streits um die Niederlassungsbestimmungen der Stadt auferlegt wurden, 1833 eingestellt (vgl. ebd., S. 114). Alfred Diesbach widmet dieser Zeitung einen Aufsatz, in dem er auf Inhalte und politische Tendenz der ersten journalistischen Betätigung des Konstanzer Revolutionärs eingeht (vgl. Diesbach 1965, S. 243- 275).

184 Vgl. Diesbach 1965, S. 234.

185 Zit. nach: ebd., S. 244.

186 Vgl. ebd., S. 251.

187 Zit. in: ebd., S. 247. Diesbach hat sämtliche Zitate aus der Zeit in die seinerzeit gültige Rechtschreibung übertragen.

allerdings demnächst im *Wächter* nachlesen, der im grenznahen schweizerischen Weinfelden erschien. Zum Ende des Monats bezeichnete Fickler das Preßgesetz als lästige Unterdrückung.¹⁸⁸ Den vorläufigen Höhepunkt einer radikalen Presse in Konstanz bildete Ende 1833 ein Leitartikel Ficklers, welcher der badischen Regierung die erforderliche Würde und Tüchtigkeit zur Wahrnehmung ihres Amtes absprach.¹⁸⁹ Nach einem Beleidigungsprozess, den Bürgermeister Huetlin gegen Fickler angestrengt hatte, wurde dieser für drei Wochen inhaftiert und kündigte daraufhin am 29. Dezember 1833 an, dass das *Konstanzer Wochenblatt* mit dem Jahreswechsel nicht mehr erscheinen werde.¹⁹⁰

Die *Seeblätter* als Projekt einer betont progressiven Zeitung

Dem *Konstanzer Wochenblatt* folgten 1836 die *Seeblätter*,¹⁹¹ die in einer Auflage zwischen 400 und 700 Exemplaren im ersten Revolutionsjahr von Josef Fickler herausgegeben wurden.¹⁹² Fickler selbst war 1848/ 49 wie kaum ein anderer Konstanzer mit der Revolution verbunden.¹⁹³ Er besaß ein ebenso großes Rede- wie Schreibtalent, das er mit seinen *Seeblättern* im Sinne seiner Vorstellungen zu nutzen versuchte. Er hatte bei seinem Vorhaben, liberales Gedankengut an ein meist bäuerliches Publikum zu vermitteln, einigen Erfolg.¹⁹⁴ Dazu bediente sich Fickler, dessen Gestalt bereits unweigerlich als Ausdruck der badischen Volkskultur wahrgenommen werden musste,¹⁹⁵ einer betont verständlichen Sprache.¹⁹⁶

Bis 1842 war sein Blatt dabei noch nicht viel mehr als ein Hilfsorgan der II. Kammer. Erst mit diesem Jahr, das als Wegmarke einer nun liberaleren Zensur gelten darf, entwickelten sich die *Seeblätter* zu einer „Opposition in der Opposition“.¹⁹⁷ Hinzu trat

188 Vgl. ebd.

189 Vgl. Arnold 2003, S. 255.

190 „Die Beschränkungen, innerhalb welcher es [das *Wochenblatt*] seit mehreren Wochen redigiert werden mußte, benehmen mir die Lust und die Möglichkeit es wirksam fortzusetzen. Wahrscheinlich wird an seine Stelle innerhalb der ersten Monate des künftigen Jahres ein politisches Blatt treten.“ (vgl. Diesbach 1965, S. 261).

191 Vgl. Venedey 1973, S. 21.

192 Vgl. Deuchert 1983, S. 139.

193 Vgl. Venedey 1973, S. 21, vgl. auch Deuchert 1983, S. 133.

194 Vgl. Crivellari 2007, S. 116.

195 Deuchert 1983, S. 135.

196 Vgl. Deuchert 1983, S. 137. Anders wäre sein Ziel einer Politisierung der leseungewohnten Masse in Stadt und Land kaum zu erreichen gewesen (vgl. ebd., S. 138).

197 Vgl. ebd., S. 139. Fickler nutzte dabei häufig Berichte englischer und französischer Zeitungen über die dortigen drückenden Verhältnisse, welche die Leser auf Baden beziehen sollten (vgl. ebd., S. 141). Eine weitere (illegale) Möglichkeit der Verbreitung stellte der Druck einiger Exemplare der *Seeblätter* vor deren Rückerhalt vom Zensor dar, die dann in die Schweiz versandt wurden (vgl. ebd., S. 143). Ende 1841 wurde der unzensurierte Postversand daraufhin untersagt (vgl. ebd., S. 144).

Ficklers Engagement für die deutschkatholische Bewegung ab 1844/ 45.¹⁹⁸

Die Regierung sah die Entwicklung der Ficklerschen Unternehmung mit Unwillen, zumal sie anders als im Falle der *Konstanzer Zeitung* den *Seeblättern* nicht mit finanziellem Schaden durch den Verlust des Insetationsprivilegs drohen konnte.¹⁹⁹ Auch die Zensur vermochte die Wirkung der *Seeblätter* nicht entscheidend zu schwächen, vielmehr bewirkte die zunehmende Radikalität des Blattes, dass die Konstanzer Zensurstelle fortwährend liberalere Maßstäbe ansetzte, wovon speziell die *Konstanzer Zeitung* als Organ eines gemäßigten Liberalismus‘ profitieren konnte.²⁰⁰ Die Regierung in Karlsruhe unternahm mangels wirksamer Repressionsmethoden im Herbst 1846 daher den kühnen Versuch, das Oppositionsblatt zu kaufen. Auch wenn dieser Vorstoß an Ficklers Forderung von 3.000 Gulden schließlich scheiterte,²⁰¹ zeugte er doch von der Fähigkeit der Administration, alle Möglichkeiten der bestehenden Wirtschaftsordnung zu nutzen, um eine vorteilhaftere Berichterstattung zu sichern.

Bis 1848 hatte Josef Fickler mit seiner Zeitung, die auch als „Zentralorgan der radikalen Demokraten in Baden“ galt,²⁰² erfolgreich den Anschein erwecken können, „es gebe im Seekreis lauter Ficklers, lauter Republikaner seiner Art, mit denen man zu geeigneter Zeit eine Republik schaffen könne“.²⁰³ Trotz ihrer Prominenz blieben die *Seeblätter* Zeit ihres Bestehens ein defizitäres Projekt.²⁰⁴

Es ist angesichts der Entwicklung im Jahr 1848, als Konstanz Ausgangspunkt des Heckerzuges wurde, wahrscheinlich, dass Fickler mit den *Seeblättern* auch die liberalen Vordenker der Zeit erfolgreich hat glauben machen können, Radikale seien im Seekreis in großer Zahl vertreten. Die Realität war abseits von Verunglimpfungen deutscher Fürsten ernüchternder. Man denke hier beispielsweise an den Bericht Emma Herweghs über die „deutsche demokratische Legion“, indem sie angab, im Badischen vielfach auch auf Unwillen oder politische Lethargie der Bauernschaft gestoßen zu sein.²⁰⁵ Zudem hatten viele Bauern nur einen so diffusen Begriff von dem, was eine Republik ist, dass Fickler diesen in den *Seeblättern* vom 16. März 1848 definieren musste. Er erklärte darin, dass man auch in einer Republik Steuern zahlen müsse und Baden nicht mit der Schweiz

198 Vgl. ebd., S. 140.

199 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 183.

200 Vgl. Fetscher 1981, S. 37f.

201 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 183.

202 Vgl. Crivellari 2007, S. 116.

203 Venedey 1973, S. 21.

204 Vgl. Deuchert 1983, S. 136.

205 Vgl. Herwegh 1849, S. 60.

vereinigt würde.²⁰⁶

Der über Jahre als politischer Weggefährte Ficklers geltende Karl Mathy hatte sich 1847 bei seiner Wahl zum Abgeordneten der II. Kammer auch von den *Seeblättern* bereitwillig stützen lassen, veranlasste aber dennoch am 8. April 1848 Ficklers Verhaftung am Bahnhof von Karlsruhe. Dieser befand sich auf der Rückreise von einer Unterredung mit Carl Welcker in Frankfurt am Main. Obwohl, wie erst ein Jahr nach der Verhaftung richterlich festgestellt, Fickler unschuldig war, fiel er in den entscheidenden Monaten des Frühsommers 1848 für die revolutionäre Bewegung aus.²⁰⁷

Dass sich Fickler, dessen *Seeblätter* seit Ende Februar 1849 „Organ des Zentralausschusses der badischen Volksvereine“ geworden waren,²⁰⁸ gleich nach seinem Freispruch kurz vor Beginn der neuen Erhebung wieder auf ein Abenteuer einließ, lässt sich nur auf dessen Begeisterung für die revolutionäre Sache zurückführen. Dort beabsichtigte er, die abwartenden Württemberger für eine revolutionäre Erhebung zu begeistern, um durch ihr Exempel noch weitere Staaten zum Aufruhr zu veranlassen. Kaum in Reutlingen, wurde er dort verhaftet, wiederum durch ein „liberales“ Ministerium. Der in Baden erfolgreiche Volksaufstand scheiterte im Württembergischen bereits im Ansatz.²⁰⁹ Am 21. Mai 1849 wurden die *Seeblätter* vom revolutionären Militärkommissär Willmann zum amtlichen Organ erhoben. Das radikale Blättchen avancierte damit zum Regierungsblatt.²¹⁰

A.1.5.3 Zusammenfassung

Trotz der zum Teil recht breiten Ausfächerung der Zeitungen lässt sich für 1848- 1851 feststellen, dass bis 1849, bis zum Scheitern der Badischen Republik, neben der *Konstanzer Zeitung* nur die *Seeblätter* regelmäßig erschienen. Alle weiteren Gründungen der Vormärzzeit hielten sich nur kurz, waren aus personellen oder wirtschaftlichen Gründen, infolge von Verhaftungen oder mangels kaufkräftiger Leserschaft, eingegangen. Mit dem Ende des III. Badischen Aufstandes mussten auch die *Seeblätter* ihr Erscheinen einstellen.

206 Vgl. Kramer 1998, S. 16.

207 Vgl. Venedey 1973, S. 21f., in Weech 1896 wörtlich: „Die Verhaftung des Agitators Fickler, welcher der Abgeordnete Mathy am 8. April auf dem Bahnhof zu Karlsruhe veranlaßte, verhinderte nicht nur diesen einflußreichen Volksmann, sich nach Konstanz zu begeben, um dort den Aufstand zu organisieren, sondern hatte noch den weiteren Erfolg, die Führer der Umsturzpartei, die ihre Pläne enthüllt sahen, zu vorzeitigem Losschlagen zu vermögen.“ (ebd., S. 569).

208 Vgl. Herrmann 1998, S. 60.

209 Vgl. Venedey 1973, S. 21f.

210 Vgl. Herrmann 1998, S. 61.

A.1.6 Zur infrastrukturellen Anbindung des Seekreises

Allgemein umfasste das Straßennetz in Baden 1830 etwa 2.200 Kilometer. Die Eisenbahnstrecken des Landes dehnten sich nach der prinzipiellen Entscheidung für die Einführung dieser neuen Technologie im Jahr 1838 bereits gegen Ende der 1840er Jahre auf rund 300 Kilometern Länge aus.²¹¹ Die frühe Entscheidung für den Eisenbahnbau zog industrielles Wachstum nach sich.²¹²

Die Stadt Konstanz, mit ihrer in Bezug auf Baden recht peripheren Lage, war in herausgehobener Weise von infrastrukturellen Maßnahmen abhängig, die auf eine (Re-)Integration in den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum zielten. Man bemühte sich seit den 1830er Jahren, durch Einrichtung einer halbjährlichen Messe und eines Freihafens, der die Folgen des Zollvereinsbeitritts abfedern sollte, die im Mittelalter innegehabte Stellung als „Tor nach Italien“ zurückzugewinnen.²¹³ Konstanz sollte Knotenpunkt des internationalen Handels werden, ein sehr ambitioniertes Projekt für die unbedeutende Provinzstadt.

Ignaz Vanotti, Pionier der Bodensee-Dampfschiffahrt,²¹⁴ wandte sich bereits Ende der 1830er Jahre mit dem Anliegen an den Landtag, die Stadt über die Kitzingtallinie an das Verkehrsnetz anzuschließen. Indes warben auch Eisenbahnbefürworter anderer Regionen für Streckenentwürfe, etwa der 1843 gegründete Verein zum Bau einer Rheintalbahn. 1846 folgte der Landtag dieser Interessengruppe und beschloss, zunächst Karlsruhe mit Offenburg, Freiburg und Basel zu verbinden. Von einem Eisenbahnanschluss der Bodenseestadt war nun nicht mehr die Rede.²¹⁵ Der Baubeginn der Rheintalbahn datierte auf 1838. Im Jahr 1851 konnte das Vorhaben abgeschlossen werden.²¹⁶ Bereits 1848 war die Bahn dabei von Frankfurt über Heidelberg (Beginn der badischen Bahn) bis nach Efringen südlich Freiburgs vorangetrieben worden.²¹⁷

Erst nachdem 1856 auch eine Verbindung zwischen Basel und Waldshut geschaffen war,

211 Vgl. v. Oheimb-Loup 2007, S. 166. Die Zahlen für das Nachbarland Württemberg zeichnen ähnliche Werte aus (ebd.), vgl. Endres 1912, S. 683: 1840: 18,46 km Bahnen, 1850: 307,41 km, davon 31,60 km Privatbahnen und 275,81 km Staatsbahn.

212 Ebd., S. 166. Zwar hatte sich die Regierung 1833 noch gegen die Eisenbahn gewandt, da man von deren Einführung keine „überwiegenden Vorteile“ zu erwarten glaubte, doch stand ab 1835 eine Mehrheit in den badischen Kammern hinter den Plänen für den Eisenbahnbau (vgl. Endres 1912, S. 683).

213 Vgl. Seuffert 2003, S. 131f.

214 Zur Entwicklung der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee vgl. im Einzelnen Zang 1994, S. 116ff.

215 Vgl. Seuffert 2003, S. 132.

216 Vgl. Endres 1912, S. 685. Die anfangs gewählte Spurweite von 1,60m wurde bereits 1854 auf das sich in der Zwischenzeit etablierte Maß von 1,435m umgestellt (vgl. ebd., S. 686).

217 Vgl. ebd.

erhielt 1863 auch Konstanz einen Bahnanschluss.²¹⁸

Erfolgreicher waren dagegen Bemühungen, auf dem Bodensee die Dampfschiffahrt aufzunehmen. Dies gelang trotz starken Widerstandes der Lastensegler, die ihre Existenz durch die neuen windunabhängigen Dampfschiffe gefährdet sahen. Bereits 1831 wurden die ersten beiden Dampfschiffe gebaut und in Dienst gestellt. 1839 kam ein drittes Schiff hinzu.²¹⁹

A.1.7 Zum Vereinswesen in Konstanz

Das badische Vereinswesen war wie die Presse nicht zuletzt infolge der vormärzlichen Unterdrückung zu einem Hort der Opposition geworden. 1848 konnte zwischen den traditionellen Bildungsvereinen, die ihren Ursprung in den Lesevereinen des 18. Jahrhunderts hatten, und Polit-Vereinen kaum mehr differenziert werden. Auch vormals unpolitische Zusammenschlüsse, die sich zunächst um die Verbesserung der Allgemeinbildung sorgten, aber auch ein Ort der Unterhaltung waren, radikalisierten sich in den 1840er Jahren zu entschiedenen Unterstützern der revolutionären Bewegung.²²⁰

Ein Blick auf Konstanz soll die dortigen Verhältnisse aufzeigen, um ggf. Verbindungen zwischen den progressiven Kräften in Verein und Presse ziehen zu können, denn: „Je deutlicher sich die Parteiorganisationen in eine republikanische und eine konstitutionelle trennten, desto mehr festigte sich der Bezug zwischen Partei und Presse.“²²¹

A.1.7.1 Das „Casino“ - ein konservativer Verein in Konstanz

Das um 1830 gegründete „Casino“²²² in Konstanz war am Münsterplatz beheimatet.²²³ Hier ging die Oberschicht der Stadt aus Fabrikanten und Adeligen ein und aus. Politisch favorisierte das „Casino“ eine ständische Ordnung.²²⁴

Bekannte Mitglieder dieses Zusammenschlusses waren Fabrikant David Macaire, Graf Friedrich v. Zeppelin und Freiherr von Wessenberg, Protagonist der Synodalebewegung.²²⁵ Mitglieder des Casinos agierten in wirtschaftlichen Zusammenhängen allerdings weniger

218 Vgl. Diesbach 1967, S. 20.

219 Vgl. Seuffert 2003, S. 128f.

220 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 52f.

221 Ebd., S. 65.

222 Vgl. Hermann 1998, S. 10.

223 Vgl. Kern 1974, S. 40.

224 Vgl. Hermann 1998, S. 10.

225 Vgl. Seuffert 2003, S. 132.

konservativ als die „liberale“ Gruppe um Bürgermeister Huetlin.²²⁶ Mit Unterstützung der Seekreisregierung setzte sich das Casino für die Überbauung des Raueneckgeländes ein, das um den heutigen Konstanzer Bahnhof lag.²²⁷

A.1.7.2 Das „Bürgermuseum“ in Konstanz: Liberaler Gegenentwurf zum konservativen „Casino“

Das „Bürgermuseum“²²⁸ wurde 1834 als einer von wenigen Vereinen im Vormärz legal gegründet.²²⁹ Der Zusammenschluss mit anfänglich nur 34 Mitgliedern wurde im Verlauf der 1830er und 1840er Jahre immer mehr zu einem Sammelbecken der örtlichen Liberalen. Nachdem das Hofgericht von Merseburg nach Konstanz gezogen war, wurde das Museum auch Heimat der progressiven Richterschaft. Der Verein war ausdrücklich als Gegenentwurf zum konservativen „Casino“ entstanden.²³⁰ Dieses Diskussionsforum bot eine politisch-ideologische Heimat für das progressive Stadtbürgertum. Es machte sich im Vormärz vor allem bei der Propagandierung der Preßfreiheit einen Namen.²³¹

Bis 1848 blieb das Museum ein Verein überschaubaren Ausmaßes, zu dessen Mitgliedern unter anderem der Redakteur der *Konstanzer Zeitung*, Albert Rolle, und der Konstanzer Buchbinder Josef Beer zählten.²³² Überhaupt standen sich Verein und *Zeitung* sehr nahe, denn der Verein nutzte dieses Blatt zur Information über landes- und bundespolitische Ereignisse.²³³ In Konstanz, das in den 1830er Jahren etwa 5.300 Einwohner zählte,²³⁴ war nicht einmal ein Prozent der Gesamtbevölkerung mit dem Bürgermuseum verbunden.²³⁵

226 Vgl. ebd., S. 132f.

227 Vgl. ebd.

228 Grundlegend für die Erarbeitung der Geschichte des Konstanzer „Bürgermuseums“ ist bis heute die Jubiläumschronik aus dem Jahr 1884 (vgl. Laible 1884). In nachfolgenden Arbeiten wird in Bezug auf das Bürgermuseum oftmals nur auf diese Veröffentlichung Bezug genommen (vgl. zuletzt Herrmann 1998, S. 9).

229 Ganz dem aufklärerischen Geist verhaftet war zunächst die Förderung des Lesens Ziel des Vereins (vgl. Deuchert 1983, S. 100, vgl. auch Laible 1884, S. 7).

230 Vgl. Kern 1974, S. 10, vgl. auch Herrmann 1998, S. 9f: „Bedeutenden Einfluß auf das liberale Klima der Stadt hatte das Konstanzer 'Bürgermuseum', ein Verein, der unter dem Deckmantel der Geselligkeit liberales Gedankengut verbreitete.“ (ebd.).

231 Vgl. Sfedu 2006, S. 69.

232 Vgl. für Albert Rolle: Laible 1921, S. 176, für Josef Beer vgl. Laible 1884, S. 8. Zur Vereinsgründung schreibt Zang: „Im September 1834 hatten sich 37 Bürger [...] versammelt, um den Ausführungen Johann Marmors über Sinn und Zweck der Gesellschaft zuzuhören. [...] Nachdem ein Aufruf zum Beitritt formuliert und eine Kommission zur Vorbereitung der Satzung eingesetzt war, trafen sich am 25. Oktober 41 Bürger, um die Gesellschaft endgültig zu konstituieren [...].“ (Zang 1994, S. 79).

233 Vgl. Diesbach 1971a, S. 42.

234 Grundlegend sind hierzu die Zahlen für die Jahre 1833 (5.089) und 1836 (5.749 Bewohner). Hieraus errechnet sich eine mittlere Bevölkerungszunahme von 220 Personen pro Jahr (vgl. Zang 1994, S. 15).

235 Da ohnehin nur Männer Mitglied des „Bürgermuseums“ werden durften, war wohl jeder fünfzigste Konstanzer um die Mitte der 1830er Jahre im Bürgerverein organisiert. Frauen war es ab der zweiten Jahreshälfte 1837 erlaubt, am Vereinsleben teilzunehmen (vgl. Zang 1994, S. 81).

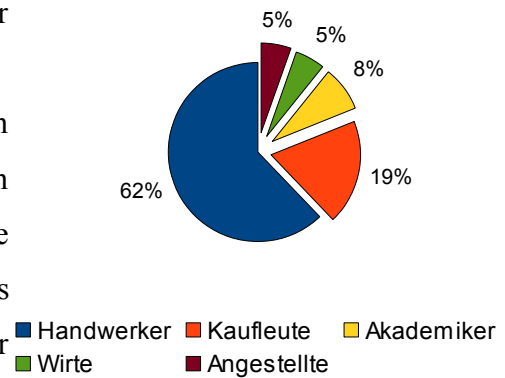
A.1.7.2.1 Personelle Zusammensetzung des Bürgermuseums in Konstanz

Im Vergleich mit der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ Lübecks war die personelle Zusammensetzung des Bürgermuseums weniger elitär. Begründen lässt sich dies mit Blick auf den veränderten gesellschaftlich-politischen Hintergrund der Gründung in den 1830er Jahren im Vergleich zur 45 Jahre älteren „Gesellschaft“.²³⁶

Die Handwerker stellten 1834 mit 23 Mitgliedern die größte Gruppe vor den Kaufleuten mit sieben Mitgliedern. Akademiker, Wirte und Angestellte traten ebenfalls dem Zusammenschluss bei.²³⁷ Das Bürgermuseum in Konstanz war damit „in der Mitte der Gesellschaft“ der Zeit verwurzelt.

Mitglieder des "Bürgermuseums" (1834)

(vgl. Laible 1884, S. 8)



Trotz der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung war das Bürgermuseum wie die Lübecker „Gesellschaft“ Ort des Austausches maßgeblicher politischer Mandatsträger.²³⁸ Die Mitglieder verstanden sich als Opposition zum etablierten „Casino“.²³⁹ Sie bekundeten damit den recht fortgeschrittenen Grad politischen Interesses und eine gewisse Mündigkeit bis ins Kleinbürgertum. Das Bürgermuseum war Bühne für die Selbstpräsentation, war aber auch als Ort des Experimentierens mit einer zu schaffenden Bürgergesellschaft gedacht, um eine offene, freie und vernünftige Gesellschaftsordnung im Kleinen zu verwirklichen.²⁴⁰

A.1.7.2.2 Zum Selbstverständnis des Bürgermuseums

Als Manifestation eines aufgeklärten und liberalen Gesellschaftsbildes kannte der Verein in der Vereinsführung bereits die Gewaltenteilung.²⁴¹ Man unterschied eine Generalversammlung als Legislativ- und einen geschäftsführenden Ausschuss als Exekutivgewalt.²⁴² Die demokratische Vereinsordnung war ursächlich für die progressive

²³⁶ Vgl. Laible 1884, S. 8.

²³⁷ Vgl. ebd. Zu „Angestellte“ wurden auch Spital- und Dampfschiffverwalter Nepomuk Katzenmeyer sowie Ratschreiber Thomas Zimmermann gerechnet.

²³⁸ Vgl. Hermann 1998, S. 10.

²³⁹ Vgl. Diesbach 1971b, S. 8.

²⁴⁰ Zang 1994, S. 79.

²⁴¹ Vgl. ebd., S. 80.

²⁴² Vgl. Laible 1884, S. 10f.

Entwicklung der Mitgliederzahl, auch wenn als Folge dieser ungewohnten Struktur Reibungen zwischen den Vereinsmitgliedern nicht ausblieben.²⁴³ Schwierigkeiten zeigten sich bereits vier Jahre nach der Vereinsgründung, als „anarchische Zustände“ im Bürgermuseum kritisiert wurden. Um den Zusammenschluss gegenüber der Öffentlichkeit zu konsolidieren, entschied man sich für die Anmietung fester Räumlichkeiten.²⁴⁴

Im Vereinslokal lagen zunächst sechs Zeitungen aus, nämlich die *Augsburger Allgemeine Zeitung*, die *Konstanzer Zeitung*, die *Modenzeitung*, das *Wochenblatt für Haus- und Landwirtschaft*, Friedensbergs *Journal der Land- und Seereisen* sowie Meyers *Universum*. Später traten die Periodika des revolutionsfreundlich-nationalen Verlags „Belle-Vue“ in Kreuzlingen *Deutsche Volkshalle*²⁴⁵ und die *Seeblätter* hinzu.²⁴⁶ Neben politischen Blättern fand sich auch Unterhaltendes, um das Selbstverständnis des Bürgermuseums als Heimat für das ganze Leben zu unterstreichen.²⁴⁷

Im Sommer 1837 spaltete sich das Bürgermuseum infolge fortgesetzter Reibereien über die Ausrichtung des Zusammenschlusses in eine politische und eine unterhaltende Sektion. Der Politisierungsprozess der 1830er Jahre und dessen verschärfte Fortsetzung im Folgejahrzehnt trugen dazu bei, dass sich die politische Fraktion schließlich durchzusetzen vermochte:²⁴⁸ Das Bürgermuseum wurde zum „ideellen Stützpunkt der Opposition“. Dies legt zumindest ein Überwachungsbericht des zuständigen Bezirksamtes nahe, in dem es hieß, dass sich um den Jahreswechsel 1837/ 38 „die Sekte der liberalen, meist wohlhabenden, auch geistig gebildeten Personen“²⁴⁹ im Bürgermuseum organisiert habe.²⁵⁰ Als Zeichen des politischen Selbstverständnisses hingen in den Räumlichkeiten des Vereins Porträts des Konstanzer Anwalts Ignaz Vanottis, des liberalen Vordenkers Karl von

243 Vgl. ebd.

244 Vgl. Zang 1994, S. 80, vgl. auch Laible 1884, S. 13: Durch die Anmietung fester Räumlichkeiten erhielten die Versammlungen „[...] etwas Solideres, mehr Anziehung und der Verein hatte in bleibenden Räumlichkeiten, die mit mancher Bequemlichkeit ausgestattet waren, eine gemüthliche Heimat.“ (ebd.).

245 Die *Deutsche Volkshalle* wurde in Kreuzlingen vom Vereinsmitglied Ignatz Vanotti herausgegeben (vgl. Hermann 1998, S. 11).

246 Vgl. Zang 1994, S. 80. Die Räumlichkeiten des Vereins wurden mehrfach von der Polizei durchsucht. (vgl. ebd.). Um 1848 hielt das Bürgermuseum schließlich 17 Zeitungen, die im Lesezimmer eingesehen werden konnten (vgl. Kern 1974, S. 11).

247 Vgl. Zang 1994, S. 81f.

248 Vgl. Deuchert 1983, S. 101. Deuchert spricht in diesem Kontext davon, dass zu jener Zeit auch viele Frauen das „Bürgermuseum“ verließen. Dies ist mit Blick auf Gert Zang verwunderlich, der den Frauen im Verein ohnehin nur Besuchsrecht nachweisen zu können glaubte. Auch sieht Deuchert im Gegensatz zu Zang die Krise des Vereins nicht primär im Konflikt zwischen „Geselligen“ und „Politischen“, sondern vielmehr in zahlreichen Austritten von Frauen (!) aus dem Verein (vgl. Zang, S. 81f., Deuchert 1983, S. 101).

249 Deuchert gibt hier als Quelle das Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) Stück 236/ 234 an. Die Datierung „Bezirksamt Konstanz vom 30. 1. 1814 an das Ministerium des Innern (MdI) muss unzutreffend sein, denn das Bürgermuseum konstituierte sich erst zwanzig Jahre später (vgl. ebd.).

250 Vgl. ebd.

Rotteck²⁵¹ sowie eines des Hambachers J. G. A. Wirth.²⁵²

Mit den Revolutionsjahren versandete das (politische) Vereinsleben zunehmend, da eine Reihe der engagiertesten Mitglieder in die politischen Ereignisse involviert war und daher in die Schweiz flüchten musste.²⁵³ Kulturell blieb der Zusammenschluss für die Stadt auch in dieser Zeit bedeutend, auch wenn die Veranstaltungen ihrem Inhalt nach wenig progressiv waren.²⁵⁴ Eine eigene Zeitung brachte der Zusammenschluss zwar nicht heraus, dennoch war das Bürgermuseum durch sein Mitglied Albert Rolle mit der *Konstanzer Zeitung* verbunden.

A.1.7.3 Der Konstanzer Hilfsverein

Die zwei Missernten der Jahre 1846/ 47 ließen auch in Konstanz den Getreidepreis deutlich steigen.²⁵⁵ Von den Missernten waren vor allem Handwerker betroffen, die infolge einer seit Jahren andauernden Strukturkrise ohnehin nur über geringe Rücklagen verfügten. Der „Hilfsverein“ war dabei ein klassisch-karitativer Zusammenschluss, der keine politischen Interessen verfolgte.²⁵⁶ Der Konstanzer Mediziner Johann Marmor²⁵⁷ betonte immer wieder die unpolitische Ausrichtung des Hilfsvereins, eine Notwendigkeit angesichts der politischen Stimmungslage im Seekreis. Als sich im Mai 1847 die ersten Nachrichten über Hungerrevolten im benachbarten Württemberg verbreiteten, stellte man in Konstanz eine freiwillige Bürgerwache auf, um die öffentliche Ordnung zu sichern und Ausschreitungen präventiv zu begegnen.²⁵⁸

251 Vgl. ebd., S. 328.

252 Vgl. ebd.

253 Vgl. Kern 1974, S. 11.

254 Vgl. Diesbach 1968a, S. 3. Diesbach weist auf die Divergenz zwischen den politischen Ereignissen in Stadt und Land sowie den in Konstanz aufgeführten Theaterstücken hin: „Es ist eine echte Tragödie, daß zwischen dem, was das ganze Volk bewegte und zu großen revolutionären Taten hinriß, und dem Theater, das angeblich die Welt und ihre Spannungen in symbolischen Bildern und gebunden an Einzelschicksale wiedergibt, keinerlei Beziehungen bestanden. - Hecker, Struve, Fickler auf der einen Seite, Kotzebue und Birch-Pfeiffer auf der andern, da gab und gibt es keine Brücken, kein Zueinanderfinden.“ (ebd., S. 8).

255 Vgl. hierzu die Ausführungen zur Getreidepreisentwicklung.

256 Vgl. Hermann 1998, S. 12f.

257 Johann Marmor (1804- 1879) war ein „[...] Konstanzer Arzt, Archivar und Historiker. Einer der Gründer des 'Bürgermuseums', 1835- 1842 Mitglied des Gemeinderats, 1846 Abgeordneter der Zweiten Kammer. Übernahm 1845 zusammen mit Augustin Schmid [...] die Verlags- und Buchhandlung Belle-Vue. Gehörte dem Ausschuß der ersten Konstanzer Volksversammlung vom 5.3.1848 an.“ (Berger 1998, S. 35).

258 Vgl. Hermann 1998, S. 13.

A.1.7.4 Das Sängerfest in Konstanz 1836 und der „Gesangverein am Bodensee“

Bereits 1835 hatte sich in Konstanz der „Gesangverein am See“ gegründet.²⁵⁹ Zwölf Monate darauf fand das erste größere Sängerfest der Region statt, das 600 Teilnehmer zählte. Die Sänger verknüpften mit dem gemeinsamen Singen die politische Forderung nach Überwindung aller Standes-, Geschlechts- und Konfessionsschranken, denen sie als einfache Bürger, Tagelöhner, Arbeiter und Bauern im Alltag unterworfen waren.²⁶⁰ Das Fest war daher nicht zuletzt auch eine politische Demonstration derjenigen Konstanzer, die von den oligarchischen Machtstrukturen der Stadt ausgeschlossen waren. Neben lokalen Zielen verband die Sänger ihr Verfassungspatriotismus, der den Gleichheitsgrundsatz der 1818er Konstitution in der praktischen Politik umgesetzt sehen wollte.²⁶¹

Aufgrund des politischen Impetus wurde das Fest zum Gegenstand konservativ motivierter Anfeindungen. Beispielsweise blieben die Kirchen den Sängern verschlossen, weshalb der „Gesangverein am See“ nach einem letzten Sängerfest 1839 aufgelöst werden musste.²⁶² Da die Sängerbewegung in diesen Jahren zusehends stärker wurde, gründete man in Konstanz bereits drei Jahre darauf den Männerchor „Fidelia“, der sich 1845 in „Sängerrunde Bodan“ umbenannte.²⁶³

A.2 Allgemeines zur *Konstanzer Zeitung*

A.2.1 Zu Verleger und Redakteur der *Konstanzer Zeitung*

Dass zur *Konstanzer Zeitung* eine zusammenhängende Darstellung zu ihrer Geschichte fehlt, hat bereits Munzinger vor rund hundert Jahren beklagt.²⁶⁴ An diesem Umstand hat sich bis heute kaum etwas geändert, sieht man von der Jubiläumsausgabe der Zeitung zur 200-Jahr-Feier ihrer Gründung von 1928 einmal ab.²⁶⁵ Schenkendorf versuchte im Aufsatz *Zweihundert Jahre Konstanzer Zeitung*, die Geschichte des Blattes zu beleuchten.²⁶⁶ An eine ausführlichere Schilderung der Zeitungsgeschichte von 1728 bis 1786, die sechs der elf Seiten des Aufsatzes füllte,²⁶⁷ schlossen sich Ausführungen zur Geschichte des Blattes

259 Vgl. Laible 1884, S. 24. Der Musikverein in Konstanz wurde 1835 auf Geheiß des Bürgermuseums initiiert (vgl. ebd.).

260 Vgl. Seuffert 2003, S. 133.

261 Vgl. ebd., S. 133f.

262 Vgl. Hermann 1998, S. 11f.

263 Vgl. ebd., S. 12.

264 Vgl. Munzinger 1912, S. 1083, Fußnote 1.

265 Vgl. Schenkendorf 1928.

266 Vgl. ebd., S. 3- 14.

267 Vgl. ebd., S. 3- 8. Wie bei Jubiläumsausgaben vieler Lokalzeitungen üblich, ist auch die hier besprochene mit Grafiken und Einschüben in Form von Glückwunschtelegrammen namhafter Politiker der

um das Ende des 18. Jahrhunderts an. Viele Seiten nahmen auch allgemeine Ausführungen zur Stadtgeschichte ein, die mit der *Konstanzer Zeitung* nur sehr mittelbar im Zusammenhang standen.²⁶⁸

Tauschwitz hat in seiner Dissertation (1981) bezogen auf das Pressewesen zur Zeit der Revolution in Baden die aktiven Redakteure namentlich einzeln benannt und gibt damit dieser Arbeit eine gute Grundlage für eine weitergehende Auseinandersetzung mit deren politisch-gesellschaftlichen Positionen.²⁶⁹ Bezogen auf die *Konstanzer Zeitung* sind die Ausführungen noch auszubauen.²⁷⁰ Namentlich genannt sind bei Tauschwitz der Herausgeber der Zeitung, Ignaz Wagner (1812- 1862), und der Redakteur der Zeitung, Albert Rolle. Wagner erlernte wie sein Vater das Buchdruckerhandwerk und war zur Zeit der Revolution sowohl für den Druck als auch für den Verlag der Zeitung verantwortlich. Gesellschaftliches Engagement lässt sich für Ignaz Wagner nicht nachweisen, politisch war er dem konstitutionellen Lager zuzurechnen. Albert Rolle (verstorben 1851) zeichnete als Redakteur der *Konstanzer Zeitung*. Wie Wagner der Ausbildung nach auch Buchdrucker wird er von Tauschwitz ebenfalls den gemäßigten Liberalen zugerechnet.²⁷¹ Die Arbeitsteilung zwischen Wagner als Herausgeber und Rolle als Drucker, Verleger und Redakteur war bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitet. Bei kleineren Blättern gab es für den gesamten Produktionsprozess vom Text zum gedruckten Exemplar meist nur einen Verantwortlichen, was erneut die Stellung der *Konstanzer* als Mittelzeitung unterstreicht.²⁷²

Die Buchdruckerei Wagner entstand auf Basis der bereits seit Jahrzehnten bestehenden von „Buchdrucker Labhard“.²⁷³ Martin Wagner übernahm 1787 die Druckerei mitsamt des Privilegs, eine Zeitung herauszugeben. Die erste Gründung Wagners waren die *Deutschen Annalen* (bis 1789), die Vorgängerin der *Konstanzer Zeitung*.²⁷⁴ In deren Ankündigung

Weimarer Republik unterbrochen (vgl. ebd.).

268 Vgl. ebd., S. 8f. Im Abschnitt „[I]m Zeichen eines vernünftigen Abbaus“ lässt Schenkendorf den Leser wissen, dass „[...] mit dem Ende des Jahres 1776 die Filial-Lotto-Kammer in Konstanz aufgehoben und nach Stuttgart verlegt [...]“ (ebd., S. 9) wurde. Ähnliches findet sich immer wieder, sodass die Geschichte der Zeitung selbst in den Hintergrund rückte. Als Grund für diese Abschweifungen mag die schmale Literaturbasis angeführt werden.

269 Vgl. Tauschwitz 1981, Tabelle XV, Angang S. 33- 39.

270 Eine ausführliche Ahnentafel der Wagners findet sich z. B. bei Schenkendorf 1928, S. 10f.

271 Vgl. Tauschwitz 1981, Tabelle XV, Anhang S. 33- 39.

272 Vgl. ebd., S. 247.

273 Vgl. Ruppert 1899, S. 81f.

274 Vgl. Bräunig 1973, S. 5, vgl. hier auch weitergehende Ausführungen zur Geschichte der Zeitungen in Konstanz seit Herausgabe der ersten Konstanzer Zeitung im Jahr 1662 (vgl. ebd., S. 3). Im Vorwort zu den *Annalen* von 1787 hieß es: „Freymuth ist Würze, sagt der Weise, die Hand auf der Brust. Sparsam ausgestreut, nützt und behagt sie. Zu viel – verderbt die Brühe. Aber Freyheit zu denken und zu schreiben, ist das älteste Privilegium der Menschheit.“ (Deutsche *Annalen*, S. 1). Die *Annalen* erschienen zweimal wöchentlich, kosteten drei Gulden pro Jahr und wurden im Verlag von Martin Wagner nach Gestaltung des

heißt es: „Wir liefern nur Thatsachen. Deutschland überhaupt wird immer der vorzüglichste Gegenstand unseres Blattes sein [...].“²⁷⁵ Auch Kirchennachrichten sollten in seinem Blatt ausreichend Raum finden. Insgesamt betonte der Herausgeber, er wolle ein allgemein verständliches Blatt herausgeben, dass „[...] auch ohne Johann Hübners Zeitungslexikon verständlich und verdaulich“²⁷⁶ sein sollte. 1807 übernahm zunächst Wagners Sohn Johann Baptist Druckerei und Zeitung bevor 1841 der Enkel des Gründers, Ignaz Wagner, die Unternehmung fortsetzte.²⁷⁷

Albert Rolle war neben seiner Tätigkeit für das Wagnersche Blatt auch verwandtschaftlich mit diesem verbunden.²⁷⁸ Politisch engagierte Rolle sich als Mitglied des *Bürgermuseums* auch im örtlichen Zusammenschluss der Liberalen. Für Wagner ist eine direkte politische Betätigung nicht nachgewiesen.²⁷⁹ Ab Juli 1821 druckte und verlegte Rolle bereits die *Konstanzer politische Zeitung*, die Nachfolgerin der Zeitungen *Der Volksfreund* sowie der *Vorderösterreichischen Provinzblätter* wurde.²⁸⁰ Das neue Periodikum erschien jeweils montags und freitags und befolgte in seinem Inhalt die überkommenen Richtlinien einer möglichst dekontextualisierten, wertneutralen Wiedergabe von Nachrichten, die zudem mit großer Verspätung abgedruckt wurden.²⁸¹ 1829 ging aus der *Konstanzer politischen Zeitung* die hier zu untersuchende *Konstanzer Zeitung* hervor.²⁸²

Gegen Ende des Jahres 1846 wandte sich Albert Rolle an die Leser seiner Zeitung, um nach einem kurzen historischen Exkurs auf die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung und auf die Größe ihres Abonnementkreises einzugehen.²⁸³ Seit über fünfzig Jahren erschiene nun eine Zeitung in Konstanz. Das Format des Blattes wurde in diesem Zeitraum mehrfach

Redakteurs Johann Michael Armbruster gedruckt (vgl. ebd., S. 1f.).

275 Ruppert 1899, S. 83.

276 Ebd.

277 Vgl. Schenkendorf 1928, S. 10f.

278 Vgl. ebd. Rolle hatte nach dem Tod von Ignatz' Vater die Witwe Wagner geheiratet und war daher formal der Stiefvater des Herausgebers der *Konstanzer* (vgl. ebd.).

279 Vgl. ebd.

280 Vgl. ebd., S. 13. Die späteren Inhalte der *Konstanzer politischen Zeitung* sowie der ab 1829 erscheinenden *Konstanzer Zeitung* orientierten sich stark am *Volksfreund*. Dieses ab 1793 herausgegebene Blatt enthielt als Beilage das *Obrigkeithlich privilegierte Konstanzisches Intelligenz-Blatt mit angehängten Annalen oder Zeitungs-Neuigkeiten*. Auch die späteren Erscheinungstage der *Konstanzer Zeitung*, Montag, Mittwoch und Freitag, waren bereits Ende des 18. Jahrhunderts vorgezeichnet: Der *Volksfreund* erschien an Montag und Freitagen (vgl. Ruppert 1895, S. 57). Zu den Inhalten schrieb Ruppert weiter: „Der *Volksfreund* [...] enthielt zuerst in kleinem Drucke politische Nachrichten, dann eine oder die andere obrigkeitliche Verkündigung und [...] Privatanzeigen. [...] Den Beschluß des *Volksfreundes* [Hervorhebungen hinzugefügt; M. P.] bilden jeweils die Frucht- und Viktualienpreise. [...] Oft finden sich auch politische Nachrichten und Anzeigen [...] und einige Male sogar poetische Ergüsse.“ (Ruppert 1895, S. 57f.). Der *Volksfreund* war dem Inhalt nach ein Intelligenzblatt, das um politische Nachrichten ergänzt war.

281 Ebd., S. 13.

282 Vgl. ebd., S. 12f.

283 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 18.12.1846, S. 1141.

vergrößert, ohne den Preis anzuheben.²⁸⁴ Rolle betonte, dass die *Konstanzer Zeitung* sich zu einer besonnenen Weltanschauung bekenne und „[...] auch weiterhin dem Grundsatz huldigen [wird]: Fortschritt mit dem Zeitgeiste ohne gewaltsames Sturm laufen [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]“.²⁸⁵ Er kritisierte weiter, dass nun von einer Stelle, von der dies nicht zu erwarten gewesen wäre, die Zeitung zurückgesetzt worden sei. Die eigene politischen Ausrichtung entspreche der allgemeinen historischen Entwicklung, ohne überschwänglich jede neue Richtungsänderung aufzunehmen. Rolle präferierte eine historische Genese von Veränderung und erteilte damit implizit revolutionären Bestrebungen eine Absage.²⁸⁶ Dennoch sollte das Blatt dem Zeitgeiste angepasst werden, um die Leserschaft zu sichern und nach Möglichkeit zu vermehren.²⁸⁷

A.2.2 Grundsätzliches zur *Konstanzer Zeitung* zur Jahreswende 1847/ 48

Die *Konstanzer Zeitung* erreichte vom Vormärz bis zur Zeit der Revision eine Auflage von konstant etwa 1.300 Stück.²⁸⁸ Albert Rolle sprach in der Ausgabe vom 18. Dezember 1846 anlässlich der Formatvergrößerung der Zeitung nach der Jahreswende von 1.400 Abonnenten der Zeitung, die damit „[...] an den Ufern des Bodensees [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] dasjenige öffentliche Blatt [ist], welches die größte Auflage und die meiste Verbreitung gefunden hat“.²⁸⁹ Potenziert man die Abonnentenzahl, um den Leserkreis in seinem gesamten Umfang zu erfassen und vergleicht die Einwohnerzahl Konstanz' und des Seekreises zu vormärzlicher Zeit, hatte die *Konstanzer Zeitung* eine recht bedeutende Stellung.

1846/ 47 kostete der Bezug der Zeitung einen Gulden dreißig Kreuzer pro Halbjahr. Der Bezugspreis blieb auch nach der Formatänderung im Januar 1847 konstant. Die Redaktion betonte stets die wirtschaftliche Unabhängigkeit des eigenen Unternehmens.²⁹⁰ Zu Beginn des Jahres 1848 erschien die Zeitung wie in den Vorjahren jeweils montags, mittwochs und freitags in einem Umfang von vier Seiten, zu denen oft eine weitere

284 Ebd.

285 Ebd.

286 Vgl. ebd., wörtlich: „Sind wir gleich in den jüngsten Tagen von einer Seite her, von welcher wir es am wenigsten erwarten durften, **unfreundlich** [fett gedruckt im Original; M. P.] in unserem Streben berührt worden, so dürfen wir doch hoffen, daß unsere Pflanze, die nicht wie ein Pilz über Nacht aufgeschossen ist, eine Lebenskraft in ihrer historischen Entwicklung besitzt, die sobald nicht erlöschen wird.“ (ebd.). Es ist anzunehmen, dass sich Rolle vonseiten der radikalen Liberalen um Fickler kritisiert sah.

287 Vgl. ebd., 14.12.1846, S. 1125.

288 Vgl. Tauschwitz 1981, Tabelle VIII.

289 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 18.12.1846, S. 1141, vgl. dort auch das Vorstehende.

290 Vgl. ebd.: „Keinerlei Mittel als die einer freiwilligen Übereinkunft der Leser mit dem Verleger standen uns jemals zu Gebot, um dem Blatt Aufnahme und Verbreitung zu verschaffen.“ (ebd.).

Doppelseite als „Beilage“ traf. Wie die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübeck* und die *Lübeckischen Blättern* zählen die Seiten der Zeitungen fortlaufend, was den Nachweis der Untersuchungsartikel erleichtert.

Ab dem 20. März 1848 kam die Zeitung täglich heraus, jedoch vom Umfang unverändert. Das erste Halbjahr 1848 erreichte mit 121 Ausgaben und 632 Seiten Gesamtumfang circa 5,2 Seiten pro Ausgabe. Damit befindet sich die *Konstanzer Zeitung* im Vergleich zu den *Wöchentlichen Anzeigen* und den *Neuen Lübeckischen Blättern* bis zum 20. März in einer Mittellage im Verhältnis zu den vier- bzw. achtseitigen Ausgaben der norddeutschen Blätter. Quantitativ nahm mit dem Ende des März '48 vom Umfang her endgültig die *Konstanzer Zeitung* den ersten Rang ein. In der Ausgabe Nr. 33 des Jahres 1848, der letzten, die im gewohnten Rhythmus erschien, kündigte die Redaktion an, das Erscheinungsintervall wie beschrieben zu ändern und den Preis eines Abonnements um dreißig Kreuzer pro Halbjahr zu erhöhen: „Da wir die besten deutschen Zeitungen halten, so sind wir in den Stand gesetzt, stets das Neueste und Wichtigste in einer Übersicht der Staaten alsbald mittheilen zu können.“²⁹¹ Die Redaktion nannte als Ziel, den eigenen Lesern ein breit gefächertes Bild der Geschehnisse präsentieren zu können.

Im Unterschied zu den *Lübeckischen Blättern* untergliederte der Konstanzer Herausgeber sein Blatt in zwei Teile: Ähnlich der Einteilung des Eutiner Intelligenzblattes umfasste die *Konstanzer* einen Nachrichten- und einen Werbetaeil. Im Nachrichtenteil erschienen zunächst Meldungen aus Deutschland, die sich regelmäßig auf der Titelseite fanden. Beginnend mit Nachrichten aus Baden folgten beispielsweise solche aus Sachsen, Preußen, Österreich usw. In der Folge kamen Mitteilungen aus Frankreich und anderen Staaten hinzu, bevor sich Intelligenznachrichten wie amtliche Bekanntmachungen oder kommerzielle Anzeigen anschlossen. Reichte ein Bogen nicht aus, wichen die Herausgeber auf eine Beilage aus, die wie ein Teil der Hauptzeitung behandelt wurde, also keine separierte Nummerierung oder Ähnliches aufwies.

291 Ebd., 17. März 1848, S. 219, weiter: „Die hochwichtigen Ereignisse im Ausland sowohl, als in unserem geliebten deutschen Vaterlande fordern von einem Lokalblatte mehr, als dasselbe, wenn es, wie die Konstanzer Zeitung, nur dreimal wöchentlich erscheint, zu leisten im Stande ist. In dieser Überzeugung hat sich der Herausgeber dieses Blattes entschlossen, dasselbe v o n k ü n f t i g e n M o n t a g a n t ä g l i c h [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] (mit Ausnahme des Sonntags) erscheinen zu lassen.“ (ebd.).

A.2.3 Zur Tendenz der *Konstanzer Zeitung* nach Einschätzung der Literatur

„In Konstanz erschienen Ficklers 'Seeblätter' bis Mitte 1849, [sic!] sowie die 'Konstanzer Zeitung', mit der die Regierung, gleich wie mit der 'Freiburger Zeitung', eine gewisse Fühlung unterhielt.“²⁹² In den 1830er Jahren war das Konstanzer Blatt zunächst regierungstreu. Trotz einiger Zugeständnisse an den liberalen Zeitgeist in der kurzen Periode der Preßfreiheit für Inneres im Jahr 1832 achtete das Blatt darauf, die Sympathien der Regierung nicht zu verscherzen.²⁹³ Die ältere Sekundärliteratur schätzte die allgemeine politische Tendenz der Zeitung Ende der 1840er Jahre als wenig konstant ein. Sie habe sich nach dem März immer mehr radikalisiert, bevor sie infolge der Niederschlagung des badischen Aufstandes im Sommer 1849 wieder eine gemäßigte Ausrichtung verfolgte.²⁹⁴

A.3 Quantitative Vorbemerkungen zur *Konstanzer Zeitung*

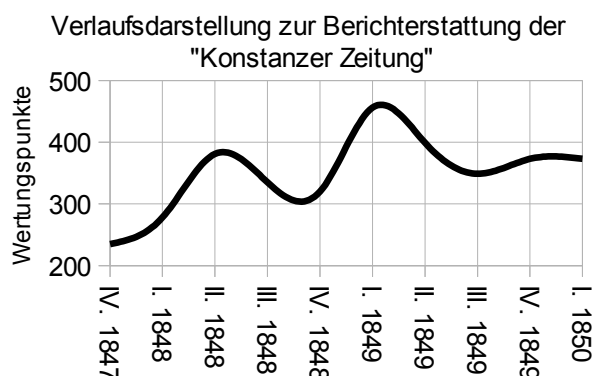
A.3.1 Allgemeines

Grunddaten für die *Konstanzer Zeitung*

Umfang des Jahrgangs		
1847	1052 Seiten	157 Ausgaben
1848	1374 Seiten	278 Ausgaben
1849	1558 Seiten	311 Ausgaben
1850	1528 Seiten	311 Ausgaben
durchschnittliche Länge einer Ausgabe		
1847	6,7 Seiten	
1848	4,9 Seiten	die durchschnittliche Länge konstitutionellen Blätter betrug 4,6 Seiten, bei republikanischen Zeitungen 4,3 Seiten (vgl. Tauschwitz 1981, S. 245).
1849	5,0 Seiten	die durchschnittliche Länge konstitutionellen Blätter betrug 4,6 Seiten, bei republikanischen Zeitungen 4,3 Seiten (vgl. Tauschwitz 1981, S. 245).
1850	4,9 Seiten	
Auflage		
	1300 Stück	vgl. Tauschwitz 1982, Tabelle XI, Anlage S. 26
Häufigkeit des Erscheinens		
1847	3 Ausgaben pro Woche	
1848	6 Ausgaben pro Woche	(ab Mitte März 1848)
1849	6 Ausgaben pro Woche	
1850	6 Ausgaben pro Woche	

Die durchschnittliche Ausgabenanzahl pro Woche betrug 1848/49 4,4 (vgl. Tauschwitz 1981, S. 245).

A.3.2 Allgemeiner Verlauf der Berichterstattung der erfassten Kategorien



Die Auswertung der *Konstanzer Zeitung* zeigt deutlich zwei Höhepunkte der Berichterstattung bei einer insgesamt zunehmenden Intensität der Besprechungen. Über den Gesamtzeitraum von zehn Quartalen hinweg politisierte sich das

292 Munzinger 1912, S. 1083.

293 Vgl. Arnold 2003, S. 254f.

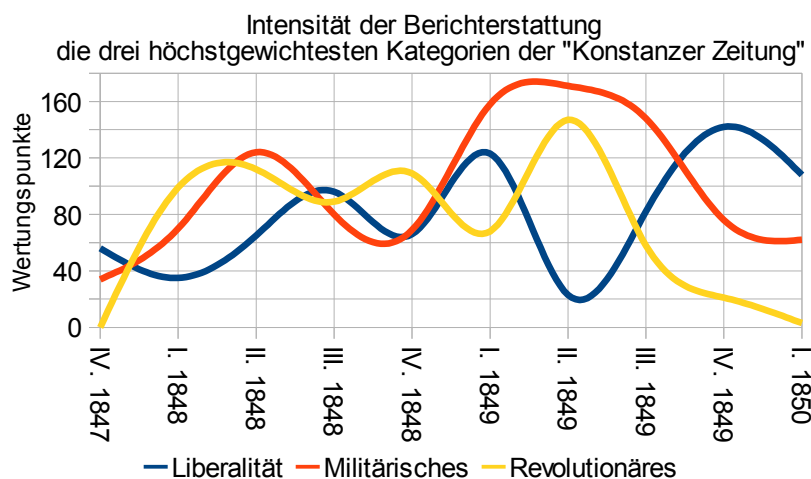
294 Vgl. Munzinger 1912, S. 1084.

untersuchte Blatt dabei spürbar: Von gut 200 Wertungspunkten im letzten Vormärzquartal bis zu etwa 450 Punkten im I. Quartal 1849 ist eine progressive Entwicklung festzustellen. Zwar sank daraufhin die Wertungspunktesumme erneut ab, doch stabilisierte sie sich rasch auf einem Niveau zwischen 300 und 400 Punkten.

Mit einer erhöhten Ereignisdichte stieg somit auch tendenziell die Intensität der Berichterstattung. Hier lassen sich direkte Bezüge zu zentralen Ereignissen der Revolution erkennen.²⁹⁵

A.3.3 Übersicht zur Berichterstattung in den drei am höchst gewichteten Kategorien

Artikel, die sich mit Fragen der Liberalität, also der Staats-, Justiz oder Wirtschaftsverfassung befassten, solche, die sich mit den revolutionären Ereignissen direkt beschäftigten und schließlich jene, welche militärische Fragestellungen erörterten, bildeten einen großen Teil des Inhalts der *Zeitung*.



Bereits auf den ersten Blick zeigt eine Übersichtsdarstellung, dass die Intensität der Berichterstattung zum Teil deutlich schwankte. Zum ersten Quartal nach den Märzereignissen gewannen alle drei Kategorien an Aufmerksamkeit,

bevor sich für den Herbst 1848 eine erste Phase zurückgehender Beachtung nachweisen lässt. Deutlich ausgeprägter als im ersten Revolutionsjahr waren die Verwerfungen aber im Folgejahr. Bestand 1848 nur eine teilweise gegenläufige Entwicklung der Bereiche „Liberalität“ und „Revolutionäres“, also zwischen der eher theoretisch ausgerichteten Diskussion und praktischen bzw. handfesten Ereignissen, verhalten sich beide Kurven für 1849 beinahe antiproportional. Ab dem IV. Quartal 1848 bis zum III. Quartal 1849 zog jeder Anstieg der „Tat“, der revolutionären Aktion, sogleich einen Rückgang der theoretischen Erörterungen im Bereich der politischen und

²⁹⁵ Vgl. hierzu die Ereignistabelle im Anhang dieser Arbeit.

wirtschaftlichen Liberalität nach sich.

Die Märzrevolution, der Nachgang des Struve-Putsches Ende September 1848 und die Reichsverfassungskampagne 1849 bildeten Höhepunkte der Berichterstattung zu revolutionären Ereignissen. Die Erörterungen zur Liberalität gewannen in ereignisärmeren Monaten an Bedeutung, etwa nach Zusammentritt der Nationalversammlung im Sommer 1848, beim Abschluss der Erörterungen zur Reichsverfassung, zur Staatsoberhauptsfrage im I. Quartal 1849 und erneut verstärkt nach Ende der III. Badischen Erhebung.

Weitere Darstellungen zur quantitativen Zusammensetzung der *Konstanzer Zeitung* sind den inhaltlichen Auswertungen der Berichterstattung vorangestellt.

A.3.4 Übernahmen aus anderen Blättern

Mit dem Modernisierungsschub der badischen Presse seit Beginn der 1830er Jahre ererbten die Zeitungen immer mehr die prominente Stellung der Kalender und Almanache.²⁹⁶ Zudem führte die beginnende Spaltung des liberalen Lagers, seit zur Mitte der 1840er Jahre der gemäßigt liberale Kammerpräsident Johann Baptist Bekk in die Regierung berufen worden war, zu einer verschärften Gegensätzlichkeit beider „Parteyen“. Beides bewirkte, dass spätestens seit Ende März 1848 das Preßwesen nicht mehr nur in konservative (Regierungs-)Blätter und liberale Zeitungen getrennt werden musste. Hinzu traten Blätter der Demokraten, die einen radikalen Reformkurs propagierten. Alle Parteien bedienten sich der Presse als Kommunikator ihrer Ansichten und Überzeugungen.²⁹⁷ Deren Funktionalisierung war ein Merkmal des Veränderungsprozesses während der 1848er Revolution.²⁹⁸

Die konstitutionelle Presse nach dem März 1848 bemühte sich, politische Leitbilder aufzubauen und die bürgerlichen Werte der Freiheit, Gesetzlichkeit und Ordnung im Volk zu verstärken.²⁹⁹ Der Nachrichtenteil konstitutioneller Blätter war neben der politischen Einfärbung strukturiert aufgebaut und vom Umfang her überschaubar. Gesellschaftliche

296 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 422.

297 Vgl. ebd., S. 422f.

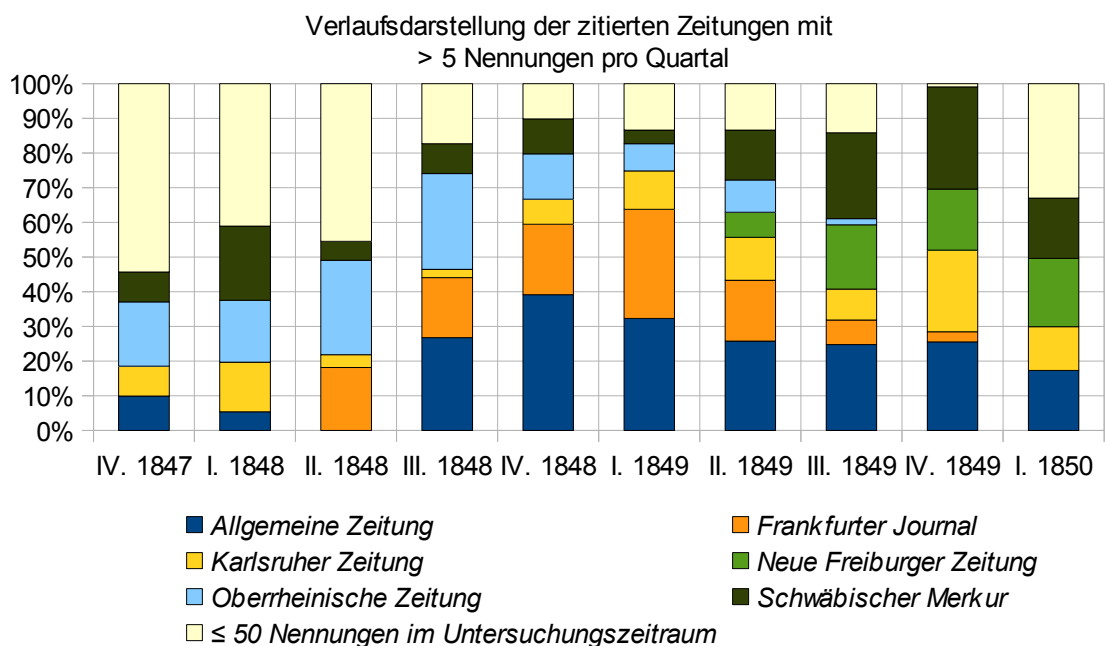
298 Vgl. ebd., S. 427.

299 Vgl. ebd., S. 433f. Tauschwitz lässt in Bezug auf die konstitutionelle Presse den wissenschaftlichen Abstand vermissen, da er mit pejorativen Begrifflichkeiten arbeitet: „Die konservative Presse diente selbst auch im reformatorischen Interesse der Verschleierung dieser Verhältnisse [der faktischen Herrschaftsverhältnisse; M. P.]. Sie versuchte, politische Leitbilder aufzubauen und von den realen Zuständen abzulenken, indem sie die Autorität der Institutionen sanktionierte [...]“ (ebd., S. 433). Eingedenk der offensichtlichen politischen Wertungen sind seine Ergebnisse allerdings breit belegt.

Konflikte stellten solche Periodika verkürzend als Auseinandersetzungen zwischen Einzelpersonen dar. Die republikanische Presse versuchte hingegen, anhand von Fallbeispielen die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der bestehenden Verhältnisse zu belegen.³⁰⁰

Den Sieg der alten Gewalten bis Ende Juli 1849 überdauerten von den zusammen 57 badischen Tageszeitungen und Wochenblättern zu Ende des Vorjahres nur 29 Periodika. Neben 23 eingestellten republikanischen Zeitungen wurden lediglich fünf konstitutionelle Blätter nicht fortgesetzt.³⁰¹ Die *Konstanzer Zeitung* fand sich im Herbst 1849 unter nur sieben Zeitungen, die noch politische Beiträge veröffentlichen durften. Während es Albert Rolle erlaubt blieb, über die „Gegenwärtige Lage der badischen Finanzen“ zu schreiben, wurde selbst traditionell konservativen Zeitungen jede Aufnahme politischer Nachrichten untersagt.³⁰² Die *Konstanzer Zeitung* gewann daher nach dem Juli 1849 in ganz Baden an Bedeutung.

Diese Bemerkungen begründen die Notwendigkeit einer genaueren Untersuchung, aus welchen Blättern die *Konstanzer Zeitung* ihre Artikel übernahm. Denn diese prägten die politische Tendenz all jener Periodika entscheidend mit, welche hauptsächlich Meldungen aus anderen Zeitungen übernahmen.



Die zusammenfassende Grafik zeigt, dass die *Konstanzer Zeitung* in den untersuchten zehn

300 Vgl. ebd., S. 435.

301 Vgl. ebd., S. 467.

302 Vgl. ebd. Diese Blätter mussten sich mit vormärzlichen Inhalten wie Erzählungen, Gedichten und Rätseln begnügen (vgl. ebd.).

Quartalen zunächst in verschiedenem Maße Artikel aus anderen Blättern übernahm bzw. diese unterschiedlich genau als Kopien nachwies. Während sich im III. Quartal 1848, im I. Quartal 1849 und im I. Quartal 1850 jeweils etwa 125 übernommene Artikel in den Freitagsausgaben der *Zeitung* nachweisen lassen, finden sich im I. Quartal 1848 nicht einmal 60 Herkunftsbelege. Da es beim Betrachten des Blattes auf den ersten Blick auffällt, dass auch in den Quartalen mit weniger nachgewiesenen Übernahmen kaum mehr eigene Artikel die Seiten der Untersuchungszeitung füllten, sei die unterschiedliche Nachweisintensität als Unsicherheit bei der Berücksichtigung der absoluten Anteile der zitierten Zeitungen eingedacht:

Bei einer isolierten Betrachtung der nachgewiesenen Übernahmen zeigt sich, dass die kleineren bzw. insgesamt weniger oft zitierten Blätter an Bedeutung einbüßten. Bis zum „Revolutionsquartal“ herrschte noch eine relative Vielfalt der Quellenzeitungen vor. Die Revolution brachte dann ganz allgemein eine deutliche Konzentration auf wenige Zeitungen, aus denen Albert Rolle Artikel für sein Blatt übernahm.

Der *Schwäbische Merkur* und die *Karlsruher Zeitung* stechen hierbei als einzige Blätter, die über den gesamten Untersuchungszeitraum Quellen für Übernahmen waren, heraus. Aber auch die *Allgemeine Zeitung* war bis auf eine Unterbrechung im II. Quartal 1848 oft genutzter Nachrichtenträger. *Oberrheinische Zeitung* und *Frankfurter Journal* stellten vom Vormärz bis zum Jahresende 1848 bzw. vom II. Quartal 1848 bis zum II. Quartal des Folgejahres viele Beiträge. Das *Journal* war insbesondere in der Zeit der Nationalversammlung zu Frankfurt ein wichtiges Blatt. Die *Neue Freiburger Zeitung* übernahm nach Ende der *Oberrheinischen* deren Anteil an der Berichterstattung. Während die Übernahmen aus der *Allgemeinen Zeitung* nach dem II. Quartal 1848 relativ konstant blieben, entwickelten sich die Anteile der *Oberrheinischen* und des *Merkur* gegenläufig.

Das erste und das letzte Untersuchungsquartal waren durch Blätter bestimmt, welche in den Revolutionsjahren unbedeutend wurden bzw. erst in diesen entstanden. Über die Hälfte der zitierten Zeitungen im IV. Quartal 1847 waren nicht aus den insgesamt mindestens 50mal genannten Blättern übernommen. Im I. Quartal 1850 handelte es sich immerhin wieder um ein Drittel Übernahmen aus diesen Zeitungen. Zum überwiegenden Teil zitierte die *Konstanzer Zeitung* aus je fünf bis sechs verschiedenen Blättern. Nach einem intensiven Zwischenspiel des *Journals* in den Jahren 1848/ 49 kehrte Albert Rolle 1850 näherungsweise wieder zur Aufteilung des Blattes von 1847 zurück, freilich eingedenk der neu entstandenen Zeitungen und dem Austausch der *Oberrheinischen* durch die *Neue Freiburger Zeitung*.

Im Folgenden wird, je nach Umfang und Genauigkeit der jeweils vorhandenen Sekundärliteratur, die Tendenz der Quellenzeitungen und deren Wirkung auf die *Konstanzer Zeitung* beschrieben.

A.3.4.1 Die *Allgemeine Zeitung* aus Augsburg (214 Nennungen)

Das 1798 unter dem Titel *Neueste Weltkunde* (bis 1803) von Johann Friedrich Cotta erstmals herausgegebene Blatt³⁰³ war neben der *Deutschen Zeitung* eine der prominentesten Periodika des Vormärz'. Als politisches Programm der *Allgemeinen* bezeichnete Cotta schon zur Zeit ihrer Gründung, man wolle die bestehende ständisch-monarchische Ordnung durch Reformen den Zeitbedürfnissen anpassen. Eine revolutionäre Umgestaltung lehnte der Herausgeber ab.³⁰⁴ Die *Allgemeine Zeitung* ging in den 1820er Jahren schrittweise in die Hände des Cotta-Sohnes Georg über. Dieser brachte neben der *Allgemeinen* seit 1838 die *Deutsche Vierteljahresschrift* heraus, welche sich einer breiten Themenvielfalt aus Kunst, Volkswirtschaftslehre, Politik und anderem annahm.³⁰⁵

Anfänglich übernahm die *Allgemeine* ausschließlich Artikel aus anderen Zeitungen. Trotz eigener Beiträge, die ab der zweiten Hälfte der 1830er Jahre vom leitenden Redakteur beigesteuert wurden, blieben die Übernahmen aus über sechzig Zeitungen/Zeitschriften und Korrespondenzen wesentliche Quelle für die Berichterstattung des Blattes.³⁰⁶ Das politische Programm der *Zeitung* passte Cotta noch im Vormärz großdeutschen Vorstellungen an, bevor die 1848er Revolution das Weltbild des Verlegers erschütterte.³⁰⁷ Für die praktische Gestaltung des Blattes zeichneten die Redakteure Joseph Stegmann und ab 1836 Gustav Kolb verantwortlich. Sie leiteten zwischen 1815 und 1863 hauptberuflich die Redaktion.³⁰⁸

Kolb war 1824 wegen „Theilnahme an einer hochverrätherischen Verbindung“ zu einer Haftstrafe verurteilt worden, aus der man ihn aber bereits nach zwei Jahren wieder entließ. Daraufhin trat er 1826 in den Verlag Cottas ein, dem Kolb vom württembergischen Justizminister empfohlen (!) worden war.³⁰⁹ Nach Übernahme der Verantwortung für die

303 Vgl. Breil 1996, S. 14f.

304 Vgl. ebd., S. 15.

305 Vgl. ebd., S. 18f.

306 Vgl. ebd., S. 31f. Erst nach der Revolution genügte es Georg von Cotta nicht mehr, sein Blatt mit fremden Pressestimmen zu füllen (vgl. ebd., S. 34).

307 Vgl. ebd., S. 19, wörtlich: „Die Revolution von 1848 erschütterte nicht nur seine [Cottas; M. P.] Verlagsgeschäfte sondern auch sein politisches Denken.“ (ebd.). Vergleiche zu den zitierten Periodika die Aufstellung Breils für die Jahre 1824 und 1832/ 33 (vgl. ebd., S. 33f.).

308 Vgl. ebd., S. 23.

309 Vgl. ebd., S. 27, wörtlich: „Auf Empfehlung des württembergischen Justizministers, dem Kolb auf dem

redaktionelle Gestaltung der *Allgemeinen* 1836 gelang es ihm, die Auswahl der Artikel im Sinne einer gemäßigt liberalen Berichterstattung vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen.³¹⁰ Die *Allgemeine* forderte 1841 unverhohlen den Erlass der Preßfreiheit,³¹¹ setzte sich 1844 kritisch mit der Ausstellung des „Heiligen Rocks“ in Trier auseinander, die zum Anlass der Gründung einer „Deutschkatholischen Kirche“ wurde, und diskutierte über das Verbot des evangelischen Gustav-Adolf-Vereins.³¹² In der Schleswig-Holstein-Frage wurde die Zeitung bereits 1845 ermächtigt, der als aggressiv beschriebenen dänischen Presse Gleiches entgegenzuhalten.³¹³

In den Revolutionsjahren traten Kolb noch zwei weitere leitende Redakteure zur Seite: Josef Altenhöfer (ab Juli 1848) trat in Opposition zur pro-österreichischen Haltung der *Allgemeinen*. Besonders nach 1848 sah er Berlin als Führungsmacht in Deutschland an.³¹⁴ Das Redaktionsmitglied Karl August Mebold war ebenfalls pro-preußisch eingestellt. Er favorisierte die Kaiseridee Gagerns und wurde später zum Parteigänger der Gothaer.³¹⁵ Die *Allgemeine* vertrat daher ab Sommer 1848 verschiedene Strömungen innerhalb des gemäßigt-liberalen Lagers.³¹⁶ Ab 1849 kamen Cotta und Kolb überein, der Zeitung eine eindeutige Ausrichtung zugunsten einer großdeutschen Lösung zu geben. Dennoch sollte weiterhin zwischen Klein- und Großdeutschen vermittelt werden.³¹⁷

Die Leser der für Gutsbesitzer, Landbeamte und Geistliche gedachte Zeitung war mit einem Preis von 17 Gulden pro Jahr 1848 mehr als doppelt so hoch wie die ebenfalls in Augsburg erscheinende *Abendzeitung*³¹⁸ und damit die teuerste Zeitung in ganz Bayern.³¹⁹ Die Auflage der *Allgemeinen* lag im Februar 1846 bei 9.562 Exemplaren. Sie stieg bis zum

Hohenasperg positiv aufgefallen war, übernahm Johann Friedrich Cotta ihn schon 1826 in sein Verlagsgeschäft. [...] Als Stegmann aus gesundheitlichen Gründen die volle Verantwortung für die Redaktion abgeben mußte, bat er Cotta, die Stelle des verantwortlichen Redakteurs mit einem jüngeren Mann zu besetzen. Er verwies auf Kolb, auch wenn ihm dieser Schritt wegen Kolbs Vergangenheit und seines Engagements für die Opposition nicht ungefährlich schien.“ (ebd.).

310 Vgl. ebd. Der Verleger wollte hingegen ein möglichst ausgeglichenes Blatt durch eine Vielzahl zitierter Zeitungen erreichen, denn durch diese lasse sich „Gottes Stimme vernehmen“ (vgl. ebd., S. 43).

311 Vgl. ebd., S. 196.

312 Vgl. ebd., S. 201f. Dies führte zu einem Verbot sämtlicher Artikel, die den Verein auch nur erwähnten. Die Bestimmung wurde nach wiederholten Anfragen des Blattes beim zuständigen Zensor nach etwa drei Monaten am 16.11.1844 wieder zurückgenommen, da das Verbot dazu geführt hatte, dass die *Allgemeine* selbst ein Sendschreiben des preußischen Königs nicht hatte drucken dürfen (vgl. ebd., S. 202f.).

313 Vgl. ebd., S. 205. Die Ausrichtung des Blattes entsprach dabei weitgehend der Preßpolitik des bayerischen Monarchen, die eine Förderung des katholischen Bekenntnisses und des Nationalgedanken bezweckte (vgl. ebd., S. 210).

314 Vgl. ebd., S. 29.

315 Vgl. ebd., S. 31.

316 Vgl. ebd., S. 44f.

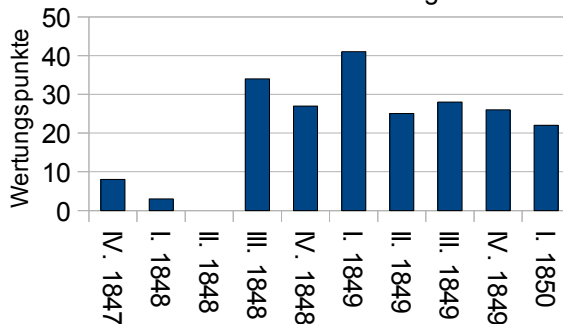
317 Vgl. ebd., S. 44.

318 Vgl. ebd., S. 46.

319 Vgl. ebd., S. 55.

April 1848 auf 11.155 gedruckte Zeitungen und fiel darauf bis Januar 1850 auf 7.637 Ausgaben.³²⁰

Anzahl der Zitate aus der "Allgemeinen Zeitung" in der "Konstanzer Zeitung"

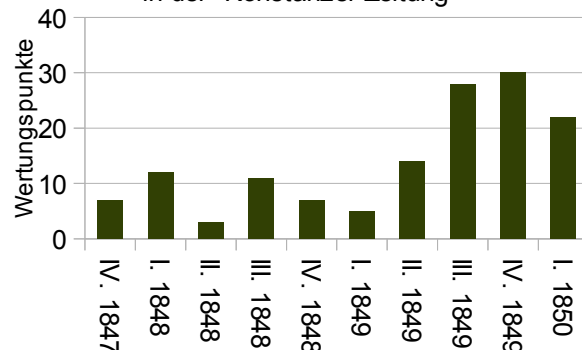


Die *Konstanzer Zeitung* übernahm insbesondere ab dem III. Quartal 1848 Artikel aus der *Allgemeinen*, die in den folgenden Quartalen mit unterschiedlichen Vorlieben für Österreich bzw. Preußen berichtete und darin eine gemäßigt-liberale Haltung vertrat. Eine überregionale Zeitung wie die *Allgemeine* wurde für die Konstanzer

durch die Sitzungen der Nationalversammlung auch aus inhaltlichen Gründen gewichtiger. Sie war als gemäßigtes Blatt die wichtigste Quelle für die Berichterstattung der *Konstanzer*.

A.3.4.2 Der *Schwäbische Merkur* (139 Nennungen)

Anzahl der Zitate aus der "Schwäb. Merkur" in der "Konstanzer Zeitung"



Der *Merkur* wurde über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zitiert. Auffällig intensiv nutzte das Konstanzer Blatt die Zeitung ab dem III. Quartal 1849, also mit und nach dem Sieg der Konterrevolution. Aber auch zur Zeit der Regierung des revolutionären Landesausschusses hatte es Übernahmen

aus dem *Merkur* gegeben.

Das 1785 in Stuttgart erstmals erschienene Blatt³²¹ nahm sich nach der Julirevolution 1830 wohlwollend der Anliegen progressiver Kräfte an und trug später auch die „Polenbegeisterung“ nach Schwaben. Im Jahr 1831 erschien die im Format vergrößerte Zeitung bereits sieben Mal in der Woche. Gleichzeitig wurden Korrespondenzzeichen eingeführt, die erstmals eine Zuordnung von Verfassern und Artikeln erlaubten.³²² Aus dem

³²⁰ Vgl. ebd., S. 61f.

³²¹ Vgl. zur Gründungsphase des *Merkur* und den ersten Jahren Elben 1885, S. 12ff.

³²² Vgl. Elben 1885, S. 57f.

badischen Reformlandtag 1831 berichtete man ebenso ausführlich und wohlwollend wie über das Hambacher Fest 1832.³²³

Die in der Folge neuerlich verschärfte Zensurausübung, welche ab Ende 1832 sogar den Abdruck der vormaligen Zensurstriche zur Kennzeichnung von Auslassungen verboten hatte,³²⁴ bewirkte eine konservative Wende der Zeitung: „[M]an arbeitete mit Vorliebe in nicht politischen gemeinnützigen Dingen jeder Art und berichtete vieles aus England und Frankreich, was unter Deutschland und dem Bundestag [...] anstößig war.“³²⁵ Trotz konservativer Grundtendenz befürwortete der *Merkur* ab Mitte der 1830er Jahre die wirtschaftlichen Neuerungen wie die Eisenbahnen und den Zollverein.³²⁶ Mitte der 1840er Jahre vertrat das Stuttgarter Blatt auch nationale Positionen, veröffentlichte Korrespondenzen Karl Mathys und Robert Mohls. Der Sonderbundskrieg brachte eine erneute Hinwendung zu liberalen Ideen.³²⁷ Nachdem 1848 die Preßfreiheit verkündet war, verstärkte sich die progressive Richtung weiter, das Blatt dehnte seine Auflage aus und brachte nun auch meinungsbildende Leitartikel. Dennoch blieb die politische Haltung der Zeitung Schwankungen unterworfen.³²⁸

Die Befürwortung von Mathys Wahl zum württembergischen Abgeordneten der Nationalversammlung feierte das Blatt, das in der Verfassungsfrage am Vereinbarungsprinzip festhielt. Den Septemberaufstand der Linken verurteilte man in Stuttgart scharf. Ein Kontinuum bildete in den Revolutionsjahren die pro-preußische Ausrichtung und eine deutliche Präferenz für eine kleindeutsche Lösung.³²⁹

Gemäß der vorgestellten zentralen Ereignisse ist der *Merkur* 1848/ 49 als konstitutionelle Zeitung einzustufen, auf welche die *Konstanzer* in Zeiten der politischen Revision ausgiebiger zurückgriff, als im Vorfeld der III. Badischen Erhebung, welche mehr durch Übernahmen aus progressiveren Blättern bestimmt war.

323 Vgl. ebd., S. 59f.

324 Vgl. ebd., S. 60f.

325 ebd., S. 64. Zur Tendenzwende ab 1832 vgl. ebd., S. 63.

326 Vgl. ebd., S. 70.

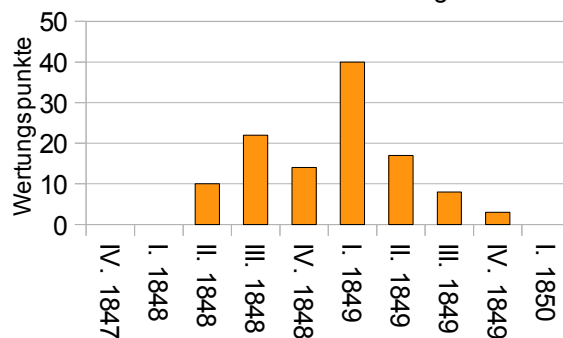
327 Vgl. ebd., S. 72f.

328 Vgl. ebd., S. 74f.

329 Vgl. ebd., S. 78- 82.

A.3.4.3 Das *Frankfurter Journal* (114 Nennungen)

Anzahl der Zitate aus dem "Frankfurter Journal" in der "Konstanzer Zeitung"



Die Verlaufsdarstellung der Übernahmen aus dem *Frankfurter Journal* fällt bereits auf den ersten Blick aus dem Rahmen des bisher Gesehenen: Die ersten zwei sowie das letzte Untersuchungsquartal weisen keine Übernahmen nach. Beginnend mit dem II. Quartal stieg die Anzahl der Zitate in den Freitagsausgaben der *Konstanzer Zeitung* bis

auf 40 im I. Quartal 1849 an und erreichte damit ein Niveau, das sich sonst nur bei der *Allgemeinen Zeitung* nachweisen lässt, die im gleichen Quartal ihren höchsten Wert erreichte.

Im *Frankfurter Journal* der Revolutionsjahre fehlten Äußerungen der Redaktion zur politischen Selbstverortung des Blattes. Man bemühte sich scheinbar um eine ausschließliche Wiedergabe von Nachrichten.³³⁰ Das *Frankfurter Journal* war bisher auch noch nicht Gegenstand einer genaueren Betrachtung, weshalb nur allgemeine Aussagen zur Zeitung vorhanden sind. Demnach war das *Journal* ein demokratisches Blatt.³³¹ Mit Unterbrechung erschien das Blatt zwischen 1783 und 1903, wurde also auch nach Ende der Revolution 1849 bzw. der Annexion Frankfurts durch Preußen 1866 nicht verboten bzw. eingestellt.

Die im I. Quartal 1849 sehr häufigen Übernahmen werden der *Konstanzer Zeitung* eine tendenziell demokratische Einstellung gegeben haben, die allerdings von der gemäßigten *Allgemeinen Zeitung* in Richtung einer insgesamt gemäßigt erscheinenden Berichterstattung relativiert wurde.

A.3.4.4 Die *Oberrheinische Zeitung* aus Freiburg (105 Nennungen)

Das zunächst als „praktisch-liberale Zeitung“ vom Freiburger Verleger Adolph Emmerling gedachte Blatt erschien ab dem 1. Juli 1842. Gleichzeitig rief Emmerling das *Breisgauer Wochenblatt* ins Leben, das speziell für Anzeigen gedacht war und die wirtschaftliche Existenz seines Unternehmens sichern sollte.³³² Seit 1845/ 46 engagierte sich Emmerling

³³⁰ Vgl. *Frankfurter Journal*, 01.01.1848 bzw. 01.01.1849.

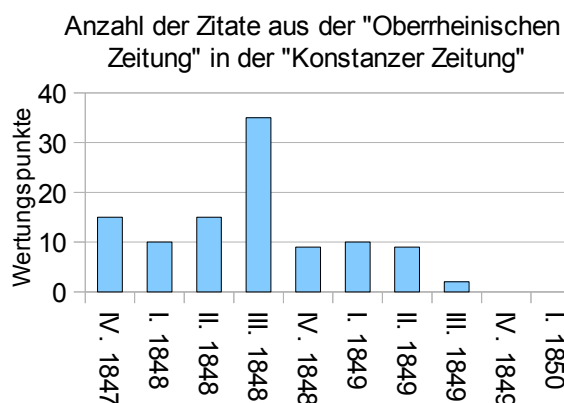
³³¹ Vgl. Möller 2003, S. 120.

³³² Vgl. Müller 1986, S. 155.

für den aufkommenden Deutschkatholizismus, den er ab 1847 auch finanziell unterstützte.³³³ Dabei muss das Blatt einige Prominenz gewonnen haben, denn der Papst belegte es 1848 mit einem Bann.³³⁴ Anfang April 1847 schrieb der Heidelberger Historiker Ludwig Häusser zur *Oberrheinischen*:

[S]ie huldigt dem strikten Liberalismus entschiedener als Obermüllers Blatt [der das *Mannheimer Journal* redigierte; M. P.], ohne deshalb mit der *Abendzeitung* und den *Seeblättern* [Hervorhebungen hinzugefügt; M. P.] einen Weg zu gehen. [...] Der politische Liberalismus samt kirchlichem Nationalismus wird hier in der Weise vertreten, wie ihn unsere Kammeropposition, wie ihn die Mehrzahl unserer Bevölkerung vertritt [...].³³⁵

Im selben Jahr wandelte sich die *Oberrheinische* zu einem radikalen Blatt.³³⁶ Die Zeitung erschien drei Mal in der Woche in einer Auflage von circa 2.000 Exemplaren.³³⁷ Sie zählte damit zu den mittleren bis größeren Zeitungen Badens.³³⁸ Ein halbjähriges Abonnement kostete in Freiburg drei Gulden, womit das Blatt eines der günstigsten in Baden war.³³⁹ Nach dem gescheiterten Struve-Putsch im September 1848 konzentrierte sich die *Oberrheinische* auf die Militärjournalistik, um gezielt Soldaten als Leser zu gewinnen und diese im Sinne der republikanischen Partei zu beeinflussen.³⁴⁰



Die Übersicht verdeutlicht den besonders im III. Quartal 1848 hohen Einfluss der *Oberrheinischen* auf die Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* in dieser Periode, was auf eine vergleichsweise linke Tendenz der Zeitung Rolles in diesen Monaten schließen lässt. Nach dem Sieg der alten Mächte erschien die *Oberrheinische* noch

einige Zeit, wurde dann aber im III. Quartal 1849 endgültig verboten. Auffällig ist, dass auch in der Zeit der Regierung des Landesausschusses der badischen Volksvereine unter

333 Vgl. ebd., S. 156.

334 Vgl. Arnold 2003, S. 257.

335 Häussers Aufsatz zur badischen Presse in der *Allgemeinen Zeitung* von Anfang April 1847 (genauer Nachweis wird nicht erbracht), zit. in: Müller 1905, S. 127- 137, zitierte Passage S. 135.

336 Vgl. Müller 1986, S. 156. Der Landtagsabgeordnete Pfarrer Zittel veröffentlichte in der *Oberrheinischen* Artikel über Glaubensfreiheit und befürwortete hierin öffentlich die deutschkatholische Bewegung (vgl. ebd., S. 157). Im Vorfeld der Gründung des *Konstanzer Tagessherolds* hatte die *Oberrheinische* scharfe Kritik an den Plänen für ein konservatives Blatt geäußert. Diese gab zu verstehen, sie wolle eher die *Konstanzer Zeitung* unterstützen (vgl. ebd., S. 178). Arnold gibt als Zeitpunkt für die Radikalisierung der *Oberrheinischen* bereits das Jahr 1846 an (vgl. Arnold 2003, S. 257f.).

337 Vgl. Müller 1986, S. 158.

338 Vgl. Tauschwitz 1981, Tabelle IX, Anhang S. 24.

339 Vgl. Müller 1986, S. 158.

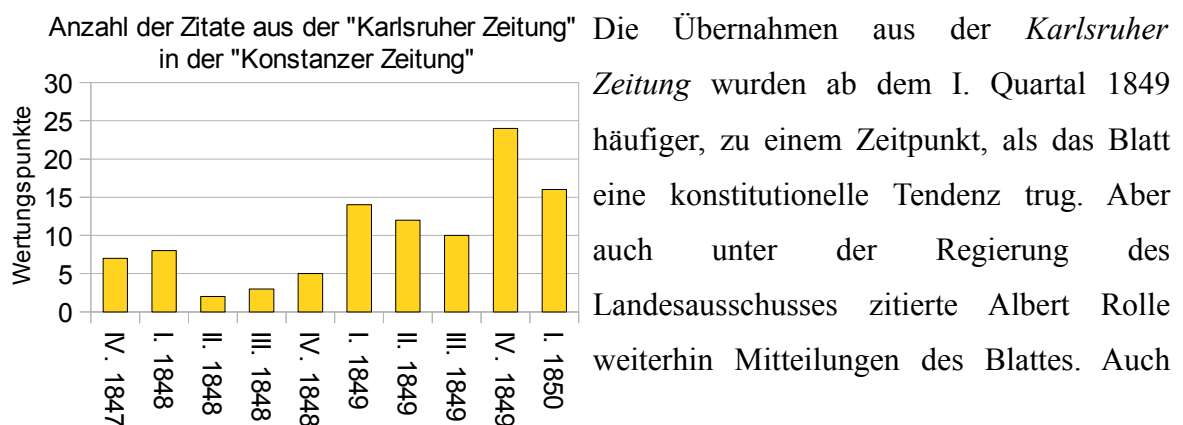
340 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 277.

Brentano die Übernahmen aus der *Oberrheinischen* nicht häufiger wurden, sondern im Vergleich zum Vorquartal, das bereits wesentlich unter den Maximalwerten lag, sogar noch nachließen.

A.3.4.5 Die *Karlsruher Zeitung*: ein Spiegel der revolutionären Entwicklung in Baden (101 Nennungen)

Die *Karlsruher Zeitung* sollte in drei Phasen getrennt betrachtet werden. Die erste begann im Vormärz und war durch regierungstreue Positionen gekennzeichnet. Das Blatt machte Front gegen die Liberalen.³⁴¹ Während der Revolution richtete sich die Zeitung zunehmend konstitutionell aus. Mit den Ereignissen des Mai 1849 und der Machtübernahme der Republikaner wandelte die *Karlsruher Zeitung* erneut ihr Gesicht: Vom 15. Mai bis 24. Juni 1849 wurde sie zum Sprachrohr der nun republikanischen Regierung.³⁴² Die Auflage der *Karlsruher Zeitung* lag aber selbst nach ihrer Instrumentalisierung durch die Revolutionsregierung konstant bei etwa 3.500 Stück³⁴³.

Den Übergang zum republikanischen Blatt zeigte die Ausgabe der *Karlsruher Zeitung* vom 15. Mai 1849 deutlich an, indem sie den Untertitel „Organ des Landesausschusses“ trug.³⁴⁴ Karl Blind, ehemaliger Jurastudent, zeichnete als „des Landesausschusses verantwortlicher Redakteur“. Blind, ein überzeugter Republikaner, nahm neben seiner Tätigkeit bei der *Mannheimer Abendzeitung* aktiv am revolutionären Geschehen der Zeit teil.³⁴⁵ Nach Ende des III. Badischen Aufstandes wurde die *Karlsruher* großherzogliches Regierungsblatt.³⁴⁶



341 Vgl. Arnold 2003, S. 256.

342 Vgl. Tauschwitz 1981, Tabelle VII, Anhang S. 18- 20.

343 Vgl. ebd.

344 Vgl. *Karlsruher Zeitung. Organ des Landesausschusses*, S. 1.

345 Vgl. Tauschwitz 1981, Tabelle XV. Karl Blind nahm am April- und am Septemberaufstand 1848 teil, kam in Haft, wurde 1849 dann zum Gesandten der revolutionären Regierung in Paris und wurde schließlich wieder verurteilt. Blind suchte im Exil Zuflucht (vgl. ebd.).

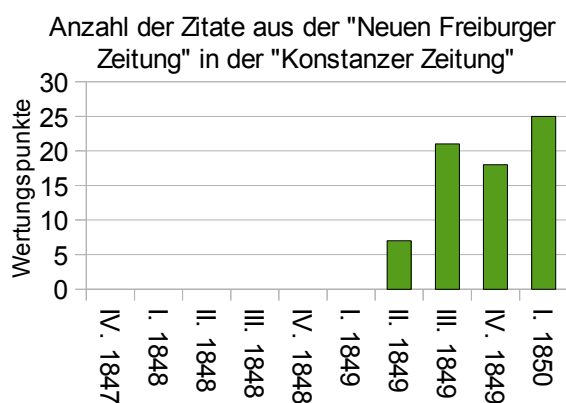
346 Vgl. ebd.

nach dem erneuten Übergang der staatlichen Gewalt in die Hände des Großherzogs reduzierte sich die Zahl der Zitate zunächst nicht. Ihre Zahl vergrößerte sogar noch einmal, sodass im IV. Quartal gut zwanzig zitierte Artikel nachgewiesen wurden.

Der Grund für die relative Kontinuität der Übernahmen wird ebenso wie die konstante Zahl der Bezieher des Karlsruher Blattes im halb- bzw. vollständig offiziellen Charakter der Zeitung zu suchen sein. Weiterhin gab das Blatt die gewünschte Tendenz für andere Zeitungen vor, an der sich die *Konstanzer* nach dem Sieg der alten Gewalten in herausgehobenem Maße orientiert haben wird.

A.3.4.6 Die *Neue Freiburger Zeitung* (71 Nennungen)

Die *Neue Freiburger Zeitung* war ein konstitutionelles Blatt. Die Zeitung setzte sich für die nationale Einigung Deutschlands und die Verwirklichung von Freiheit und Wohlfahrt des Volkes durch Ordnung ein.³⁴⁷



Obwohl die *Neue Freiburger Zeitung* bereits ab dem 1. Juli 1848 erschien,³⁴⁸ übernahm Albert Rolle erst ab dem II. Quartal 1849 Artikel aus ihr. Zum Ende bzw. nach der letzten badischen Erhebung bestimmte das Blatt mit durchschnittlich zwanzig Übernahmen bereits spürbar den Charakter der *Konstanzer Zeitung* mit. Sie war im

letzten Untersuchungsquartal ebenso oft vertreten wie die *Karlsruher Zeitung*, die *Allgemeine Zeitung* und der *Schwäbischen Merkur*. Zusammen gaben diese Blätter der *Konstanzer Zeitung* nach Juli 1849 eine gemäßigt liberale bis reformkonservative Ausrichtung.

A.3.4.7 Auswahl einiger anderer deutscher Zeitungen

A.3.4.7.1 Die *Frankfurter Oberpost-Amtszeitung*: Kurzer Abriss zum Inhalt und zur Bedeutung des Blattes für die *Konstanzer Zeitung* (33 Nennungen)

Seit dem beginnenden 17. Jahrhundert erschien die *Oberpostamts-Zeitung* in Frankfurt/Main³⁴⁹ in Herausgeberschaft der Fürsten von Thurn und Taxis als Reichsgeneral-

347 Vgl. ebd., S. 222.

348 Vgl. ebd.

349 Vgl. Dallmeier 1994. S. 193.

Postmeister.³⁵⁰ Ab Januar 1847 füllte das Amt des Chefredakteurs der konservative Geheimrat Albert Ritter von Vahlkampf aus, der zuvor als Minister in herzoglich-sächsischen und preußischen Diensten gestanden hatte.³⁵¹

Die *Oberpostamts-Zeitung* bot für die Veröffentlichung der eigenen Überzeugungen ihrer Redakteure wenig Raum, denn sie ergriff stets für das Wiener Kabinett und später für die großdeutsche Lösung Partei. Damit positionierte sie sich bewusst gegen die preußischen Hegemoniebestrebungen und das Unionsprojekt als Konkretisierung diesen Strebens.³⁵² Durch die Mitarbeit Friedrich Daniel Bassermanns, der Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Inneren geworden war, wurde diese 1848 zum halbamtlichen Verkündungsorgan der Reichsregierung. Sie vertrat nun hauptsächlich die Positionen der Casino-Fraktion des rechten Zentrums der Nationalversammlung.³⁵³ In dieser Zeit propagierte sie die Einigkeit der deutschen Staaten, die sie als Grundvoraussetzung für einen gelingenden nationalen Zusammenschluss begriff. Nur als Nation sei man in der Lage, sich der äußeren Feinde zu erwehren, welche die *Oberpostamtszeitung* als an den deutschen Grenzen drohend darstellte.³⁵⁴

Mit dem militärischen und politischen Wiedererstarken Österreichs und der Auflösung der Paulskirchenversammlung wandte sich die *Oberpostamtszeitung* erneut der Propagierung der Wiener Politik zu.³⁵⁵ Nicht zuletzt um diesen Übergang glaubwürdig erscheinen zu lassen, propagierte man in Frankfurt den Dualismus von Preußen und Österreich als die bessere Lösung gegenüber der vorherigen Macht der Nationalversammlung.³⁵⁶ Das Blatt war in den Revolutionsjahren weiterhin ein zentrales Verkündungsorgan für katholisch-klerikale Positionen.³⁵⁷

Die *Oberpostamtszeitung* wurde 1847 von 3.400 Abonnenten bezogen. In den

350 Vgl. ebd., S. 185.

351 Vgl. ebd., S. 188.

352 Vgl. ebd., S. 189. Die fortgesetzt pro-österreichische Einstellung führte 1866 nach dem Sieg der Preußen bei Königgrätz und ihrem Einmarsch in Frankfurt schließlich zum Verbot des Blattes (vgl. ebd., S. 192f.).

353 Vgl. ebd., vgl. auch Koszyk 1966, S. 118.

354 Vgl. *Frankfurter Oberpostamts-Zeitung*, 01.01.1849, S. 1, wörtlich: „Während der Particulargeist wieder mächtig geworden [...] klopft der Russe an die Pforte des Reiches, steht der Franke gerüstet vor der anderen.“ (ebd.).

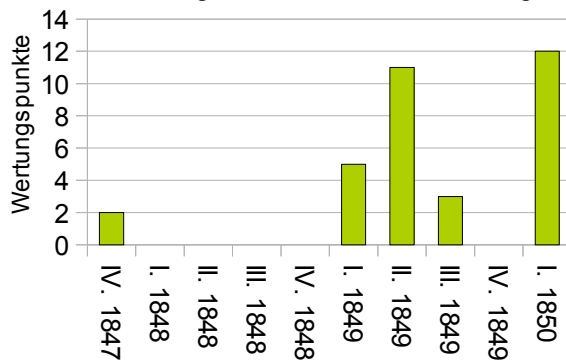
355 Vgl. Dallmeier 1994, S. 190.

356 Vgl. *Frankfurter Oberpostamts-Zeitung*, 01.01.1850, S. 1, wörtlich: „Das abgelaufene Jahr hat uns die Auflösung der Nationalversammlung und der Centralgewalt gebracht, und an die Stelle der letzteren sind Österreich [man beachte die Nennungsreihe; M. P.] und Preußen getreten. Wir betrachten dies als einen Fortschritt zum Bessern. [...] Die vollziehende Gewalt ist indessen von der gesetzgebenden nicht zu trennen; beide vereint bilden sie ein Ganzes. [...] Uns scheint es unzweifelhaft, daß die Gleichberechtigung Österreichs und Preußens in der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten die Grundlage des neuen politischen Systems Deutschlands bilden müsse.“ (ebd.).

357 Vgl. Valentin 1930, S. 5.

Revolutionsjahren 1848/ 49 wurden circa 5.000 Stück gedruckt.³⁵⁸

Anzahl der Zitate aus der "Frankfurter Oberpost-
amtszeitung" in der "Konstanzer Zeitung"



Artikel der *Oberpostamts-Zeitung* wurden nur verhältnismäßig selten in die *Konstanzer Zeitung* übernommen und insbesondere dann nicht, wenn die Anteile der *Oberrheinischen Zeitung* und des *Frankfurter Journals* nennenswert waren. In der Summe aller zehn Quartale finden sich nur 33 nachgewiesene Nennungen, die im II. Quartal 1849 mit elf

und im I. Quartal 1850 mit zwölf Nennungen gehäuft auftraten. Am 11. Mai 1849, also wenige Tage vor Beginn des III. Badischen Aufstandes, zitierte die *Zeitung* ein letztes Mal aus der *Oberpostamts-Zeitung* und übernahm erst ab Juli, also mit bzw. nach dem Ende der Erhebung, erneut Artikel aus diesem Blatt. Zu einer intensiveren Beachtung der Zeitung kam es allerdings erst wieder im I. Quartal 1850, als es um die Wahlen und den Zusammentritt des Unionsparlaments in Erfurt ging. Hier floss das Frankfurter Blatt der *Konstanzer Zeitung* als pro-österreichische Position verhalten in die Berichterstattung ein.

A.3.4.7.2 Die *Deutsche Zeitung* (24 Nennungen)

Am Rande der 1. Deutschen Germanistenversammlung im September 1846 hatte sich gezeigt, dass ein Bedürfnis nach einer „gesamtdeutschen Tageszeitung“ bestand, für deren Gründung sich vor allem der Heidelberger Strafrechtler und Präsident der II. Kammer, Karl Mittermaier, einsetzte.³⁵⁹ Dieser fand mit seinem Vorhaben auf der Germanistenversammlung große Zustimmung. Der Mannheimer Verleger und Abgeordnete Friedrich Daniel Bassermann schloss sich Mittermaier an. Wie sich bereits anhand dieser beiden Gründer zeigen lässt, war die *Deutsche Zeitung* als Reaktion auf den Bedeutungsverlust der badischen Abgeordneten gedacht, die zunehmend Gefahr liefen, zwischen der Regierung und der sich radikalisierenden Opposition zerrieben zu werden. Dem wollte man durch ein eigenes Kommunikationsorgan, das die Bürger wieder an die Abgeordneten binden sollte, entgegenwirken.³⁶⁰ Redaktionell verantwortlich für das ab

358 Vgl. Dallmeier 1994, S. 190. Nach einer Spitzenauflage von 7.000 Stück im Jahr 1814 war die Auflagenstärke des Frankfurter Blattes bis 1847 einem konstanten Abwärtstrend unterworfen gewesen (vgl. ebd.).

359 Vgl. Hirschhausen 1998a, S. 21f.

360 Vgl. ebd., S. 22. Gegenüber der zunehmend besser organisierten radikalen Minderheit hatte „[...]“ die

dem 1. Juli 1847 in Heidelberg erscheinende Blatt zeichneten neben Mittermaier auch Georg Gottfried Gervinus, Karl Mathy und Ludwig Häusser. Wenig später trat auch Karl Höfken der Redaktion bei.³⁶¹

Trotz erster personeller Unstimmigkeiten verliefen die ersten Monate erfolgreich, sodass die *Deutsche Zeitung* schließlich eine Auflage zwischen 1.500 und 2.000 Exemplaren erreichte.³⁶² Politisch favorisierte die *Zeitung* im Vormärz eine großdeutsche Lösung ohne nichtdeutsche Landesteile und eine auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Fürsten und Volk erarbeitete Verfassung.³⁶³ Das konstitutionelle Prinzip, das künftiger Herrschaft in ganz Deutschland zugrunde liegen sollte, definierte das Blatt als „Theilhabe des Volkes an der Gesetzgebung“.³⁶⁴ Im Vormärz und im ersten Revolutionsjahr war das Blatt daher ein Sprachrohr der gemäßigten Liberalen.³⁶⁵

Die Zeitung sank in ihrer Qualität infolge steter Unstimmigkeiten unter den Mitarbeitern des Blattes ständig, sodass es eines erneuten Wechsels an der Reaktionsspitze und eines verstärkten Engagements der prominenten Liberalen Gervinus und Mathys bedurfte, um den Rückgang der Auflagenzahl von 5.000 im Mai 1848 bei 3.000 Stück zur Jahreswende 1848/ 49 zu stoppen. Dennoch sank das Interesse an der zunehmend als wenig attraktiv wirkenden Zeitung weiter, sodass im Sommer 1849 durchschnittlich nur noch 2.000 Stück abgenommen wurden.³⁶⁶

Die politische Entwicklung, die im ersten Halbjahr den Absatz der Zeitung beflügelte hatte, bewirkte vor dem Hintergrund des endgültigen Scheiterns der Nationalversammlung einen Rückschlag für die *Deutsche Zeitung*. Anstatt sich wie die Demokraten eines straffen

gemäßigte Kammeropposition durch ihre Kompromißbereitschaft gegenüber dem reformorientierten badischen Ministerium ihren vormaligen Einfluss auf die Landespresse fast vollends verloren. Daß eine 'Reaktion auf den Terrainverlust' ein wesentliches Motiv der Zeitungsgründung darstellte, erscheint daher plausibel.“ (ebd.).

361 Vgl. ebd., S. 35. v. Hirschhausen beschreibt auf den Folgeseiten ausführlich die Lebensläufe der Herausgeber (vgl. ebd., S. 35- 41). Höfken verließ bereits um die Jahreswende 1847/ 48 die Redaktion. Grund waren Unstimmigkeiten zwischen ihm und Gervinus, der Höfkens Schreibstil kritisierte (vgl. ebd., S. 42).

362 Vgl. ebd., S. 43.

363 Vgl. ebd., S. 126 („Deutsche Frage“) bzw. S. 118 („Verfassung“).

364 Vgl. *Deutsche Zeitung*, 28.07.1848, o.a. Seite, zit. in: Hirschhausen 1998a, S. 118.

365 Vgl. Hirschhausen 1998b, S. 209. Müller beschreibt die Reaktionen der österreichischen und der preußischen Regierung auf das Heidelberger Blatt: „Die preußische Regierung verfolgte sie [die *Deutsche Zeitung*, M. P.] bei jeder Gelegenheit, die österreichische verbot sie auf der Stelle.“ (Müller 1905, S. 145). Auch der badische Staatsrat Johann Baptist Bekk zeigte sich bereits Ende Juli in einem Schreiben an Mittermaier wenig begeistert über die Neugründung (vgl. ebd., S. 145f.).

366 Vgl. Hirschhausen 1998a, S. 45, wörtlich: „Parallel zu Abwechslungsreichtum, Lebendigkeit und Informationsgehalt nahm auch die Auflage ab und sank im Sommer 1849 auf bedrohliche 2000 Exemplare. Primär verantwortlich waren dafür der Mangel an professionellen, erfahrenen Kräften, organisatorisches Chaos sowie äußere Gegebenheiten wie das erlahmende Interesse einer von der Paulskirche zunehmend enttäuschten Bevölkerung.“ (ebd.).

Vereinsnetzes als Basis zu bedienen, setzten die konstitutionellen Liberalen auf die Zeitungen als indirektes Medium zwischen Parteiung und den Bürgern. Karl Mathys konstitutionell-konservative Ausrichtung hatte dieser bereits bei der Verhaftung Ficklers bewiesen,³⁶⁷ mit der er sich dem Ministerium zur Mitarbeit empfahl. Noch im April 1848 wurde Mathy daraufhin badischer Staatsrat.³⁶⁸ Auf der Gothaer Versammlung wählten die anwesenden konstitutionellen Liberalen Mathy im Frühsommer 1849 zum Vorsitzenden des Zentralausschusses der konstitutionellen Liberalen.³⁶⁹ Nun wurde das Blatt zum Organ der kleindeutsch-preußischen Gothaer.³⁷⁰

Um die Zeitung finanziell besserzustellen, versuchten Mathy, Dahlmann und die beiden Gagern, das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Als dieses scheiterte, übernahmen die Gothaer die redaktionelle Verantwortung. Die Reformen umfassten unter anderem die Einführung eines Komitees zur Vorzensur der Zeitung.³⁷¹ Der Wandel zum Parteiorgan der staatstreuen Gothaer stieß in der preußischen Regierung zunehmend auf Anerkennung. Das Engagement für die preußischen Unionspläne ermöglichte eine direkte finanzielle Unterstützung des Berliner Kabinetts. Zwar brachte dies zunächst neue Mittel, doch drangen bald Gerüchte über die streng geheim gehaltene Kooperation in die Öffentlichkeit, die das Ansehen des Blattes nachhaltig schädigten.³⁷²

Mit nur noch 1.000 Abonnenten im Frühsommer 1850 war die *Deutsche Zeitung* finanziell kaum noch zu retten. Zum Ende dieses Jahres musste das Blatt schließlich eingestellt werden.³⁷³

Zweifellos war der innovative Zuschnitt der *Deutschen Zeitung*, die über Redakteure verschiedener Fachressorts verfügte, und der tägliche Leitartikel richtungsweisend für die Entwicklung der deutschen Presse.³⁷⁴

367 Vgl. Weech 1896, S. 569. Häusser urteilt sehr positiv über die Initiative Mathys: „Da arrestirte M a t h y [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] den Führer der demagogischen Bewegung, den Mittelpunkt der revolutionären Agitation im Lande und der Invasion von Außen [gemeint war vermutlich die Legion Herweghs; M. P.], in dem Augenblicke, wo derselbe sich anschickte, die letzte Hand an's Werk zu legen [also den republikanischen Putsch in Baden zu beginnen; M. P.].“ (Häusser 1851, S. 128).

368 Vgl. Weech 1896, S. 571.

369 Vgl. Hirschhausen 1998a, S. 46.

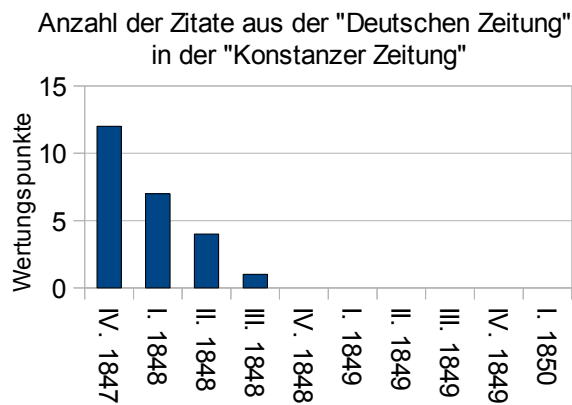
370 Vgl. Hirschhausen 1998b, S. 209. Man wollte sich von den in Baden besonders verbreiteten radikalen Blättern wie dem *Mannheimer Journal*, der *Mannheimer Abendzeitung*, den Konstanzer *Seeblättern*, dem *Deutschen Zuschauer* und der *Oberrheinischen Zeitung* abgrenzen. Gleichzeitig suchte sich man auch von den regierungsnahen Zeitungen wie der *Karlsruher Zeitung* und dem *Mannheimer Morgenblatt* zu distanzieren, die man als monoton empfand. Zudem sollte die *Deutsche Zeitung* den nationalen Liberalismus verbreiten (vgl. Hirschhausen 1998a, S. 22).

371 Vgl. ebd., S. 47.

372 Vgl. Hirschhausen 1998a, S. 48f.

373 Vgl. ebd., S. 50f.

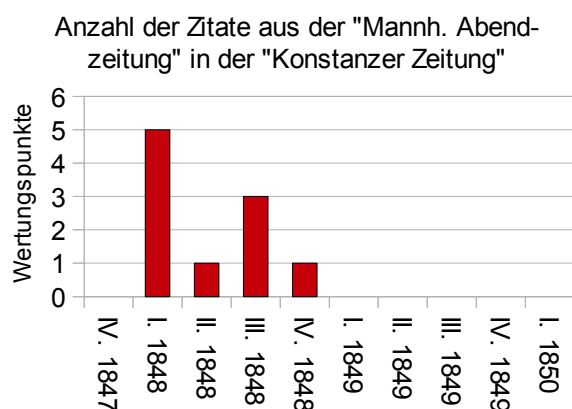
374 Vgl. Hirschhausen 1998b, S. 214. Obwohl die etablierte *Allgemeine Zeitung* und die *Frankfurter Oberpostamtszeitung* öffentlich die täglichen Leitartikel ablehnten, hielt die *Deutsche Zeitung* bis zuletzt an



Die *Konstanzer* hatte der *Deutsche Zeitung* trotz der Prominenz der Heidelberger im Untersuchungszeitraum lediglich 24 Artikel übernommen. Es ist dabei auffällig, dass insbesondere nach den Märzereignissen die Anzahl der Zitate rasch abnahm und die Zeitung im III. Quartal 1848 bereits das letzte Mal als Quelle diente, obwohl das Blatt

bis 1850 weiter bestand. Daher ist davon auszugehen, dass die politische Tendenz der *Deutschen Zeitung* sich in einer den Veränderungen in Konstanz bzw. der Ausrichtung der *Konstanzer Zeitung* entgegenlaufenden Richtung entwickelte. In den Monaten der Diskussion über das Unionsprojekt Preußens, dem die *Oberpostamts-Zeitung* kritisch gegenüberstand, wurde nur diese, nicht aber die ausdrücklich pro-preußische *Deutsche Zeitung* zitiert.

A.3.4.7.3 Das *Mannheimer Abendblatt* (10 Nennungen)



Das *Mannheimer Abendblatt* wurde 1838 zunächst als unpolitisches Blatt gegründet, das als *Mannheimer Abendzeitung* firmierte. Ein Jahr nach der Umbenennung übernahm Karl Grün 1842 die Redaktion und gab dem Blatt eine oppositionelle Tendenz, indem er für die Kammeropposition stritt. Die Ausweisung des preußischstämmigen

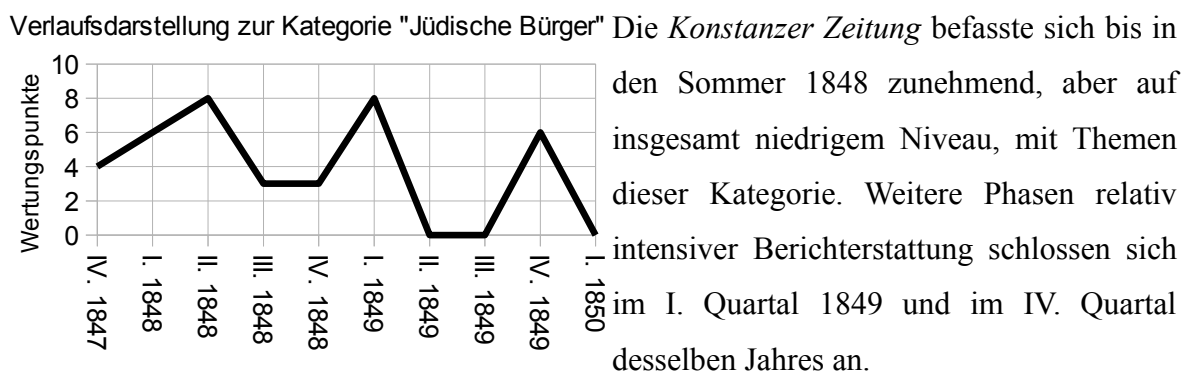
Redakteurs wenig später wirkte aus Sicht der großherzoglichen Regierung kontraproduktiv, indem diese die Bekanntheit und Popularität des Periodikums weit über Mannheim hinaus erhöhte. Auch die durch den Übertritt eines Großteils der Redakteure der verbotenen *Rheinischen Zeitung* in die Reaktion führte 1843 zu einer deutlichen Radikalisierung, blieb aber ein Zwischenspiel: Ab 1844 waren die örtlichen Zeitungen zensurbedingt gezwungen, weniger kontrollierte Zeitungen zu zitieren, was der Presse eine gemäßigte Tendenz aufzwang.³⁷⁵

ihnen fest und setzte dadurch Standards (vgl. ebd.).

375 Vgl. Arnold 2003, S. 260f.

- A.4 Zur inhaltlichen Auswertung der *Konstanzer Zeitung*
- A.4.1 Auswertung der Kategorie „Jüdische Bürger“
- A.4.1.1 Vorbemerkung

Zur Kategorie „Jüdische Bürger“ zählen alle Artikel, die sich in den untersuchten Freitagsausgaben der *Konstanzer Zeitung* mit den Problemen „Judenemanzipation“, „Judenexzessen“ oder jüdischem Leben allgemein befassten. Mit einer Summe von 38 Wertungspunkten über alle zehn Untersuchungsquartale ist diese Kategorie diejenige, welche die *Konstanzer Zeitung* am wenigsten beachtete.



Während zu Beginn der Untersuchung die Gleichstellungsbestrebungen des Vorjahres sowie die Judenexzessen einiger revolutionärer Züge den Hintergrund für eine intensivere Beschäftigung bildeten, wird der Aufstieg im I. Quartal den emanzipatorischen Regelungen der Reichsverfassung geschuldet sein. In die Zeit der Revision fiel die letztmalige Betrachtung dieser Kategorie. Hier wird zu prüfen sein, welcher Inhalte sich diese Artikel annahmen.

A.4.1.2 Die Kategorie „Jüdische Bürger“ gegen Ende des Vormärz'

Nachdem die *Konstanzer Zeitung* Anfang Oktober 1847 über die Spende zweier Angehöriger des jüdischen Glaubens für den Gustav-Adolf-Verein berichtet hatte,³⁷⁶ griff das Blatt am 24. Dezember 1847 die Frage nach der Stellung der Juden im Staat erneut auf. In einem der *Deutschen Zeitung* entnommenen Artikel zum Fortgang der Karlsruher Landtagsverhandlungen hieß es:

Manche erwarten auch von dem jetzigen Ministerium Bekk-Tefurt ein Gesetz über die Emanzipation der Juden [...]; allein dafür ist wenigstens auf diesem Landtag noch keine Aussicht, so wünschenswerth es auch gewesen wäre, die völlige Gleichstellung wenigstens durch einzelne Bestimmungen vorzubereiten.³⁷⁷

³⁷⁶ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 08.10.1847, S. 810, vgl. Ausführungen zur Kategorie „Kirchliches“.

³⁷⁷ Vgl. ebd., 24.12.1847, S. 1028f.

Die *Deutsche Zeitung* präferierte in offenen Worten eine möglichst vollständige Gleichstellung in nächster Zeit.³⁷⁸

A.4.1.3 Die Berichterstattung bis in den Sommer 1848: Von den Märzrevolten bis zur Paulskirche

Zu Beginn des Jahres 1848 wurde die in den kommenden Monaten vieldiskutierte vollständige Gleichstellung der Juden mit den Christen noch nicht erwartet. Der *Schwäbische Merkur* sprach davon, dass die Mehrheit der Besucher einer Volksversammlung in Mannheim trotz aller „Freisinnigkeit“ gegen die Emanzipation sei. Das Desinteresse der Bevölkerung, welches sich aus den Ereignissen der jüngsten Zeit speise, habe diese durch Fernbleiben kundgetan.³⁷⁹

Offenbar hatte im Volk ein Gerücht weite Verbreitung gefunden, demzufolge jüdische Getreidehändler den Nahrungsmittelpreis im Vorjahr durch Spekulation willentlich in die Höhe getrieben hätten. Der *Merkur* sprach sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine Emanzipation aus, beließ es bei vagen Anspielungen auf die Preissteigerungen des Vorjahres. Eben diese Nichtnennung unterstützte ablehnende Haltungen, denn sie provozierte entsprechende Gedanken, welche einige Leser gepflegt haben mögen. Erklärendes zu den wirtschaftlichen Ursachen der Krise, das die antijüdischen Vorurteile hätten beseitigen oder zumindest relativieren können, fanden sich im *Merkur* hingegen nicht.

Statt im März/ April 1848 sogleich von den Freiheiten zu profitieren, die infolge der „Sturmpetitionen“ versprochen wurden, mussten die Juden vielerorts zunächst einmal fürchten, selbst Opfer der revolutionären Gewalt zu werden: Aus Mosbach schrieb die *Zeitung* am 11. März, dass „Volkshaufen“ die örtlichen Juden, die Standes- und Grundherren, schließlich alle Wohlhabenden bedrohten. Das Blatt zog Parallelen mit mordenden Massen des Bauernkriegs und sah die „Gutgesinnten“ einer erdrückenden Masse unterlegen. Dieser Situation könne nur durch Militärpräsenz begegnet werden.³⁸⁰ Die Ursachen für den Antijudaismus, den die *Zeitung* im Vormärz selbst mit geschürt hatte, verschwieg ihr Redakteur.³⁸¹

378 Vgl. ebd., 24.12.1847, S. 1029. Weiterhin sollten noch Vorlagen für Gesetzesentwürfe über die Einrichtung einer Bank und über die Vereinigung der Konfessionsschulen durch die Regierung eingebracht werden, so die „zuverlässige Quelle“, welche die *Deutsche Zeitung* als Informanten angab (vgl. ebd.).

379 Vgl. ebd., 28.01.1848, S. 74.

380 Vgl. ebd., 17.03.1848, S. 220.

381 „Die Angriffe der Bauern galten Grund- und Standesherrn sowie den Juden als den Empfängern der Ablösezahlungen bzw. den Kredit- und Geldgebern zur Finanzierung der Zahlungen [...]“ (Tauschwitz 1981,

In vier Teilen besprach die *Konstanzer Zeitung* vom 7. bis 11. April 1848 die Frage, wo die Quelle der Verarmung des Mittelstandes zu suchen sei. Die Freitagsausgabe vom 7. April behandelte im ersten Teil Adel und Juden als Verantwortliche für die Armut: Staat, Fürsten und Grundherren würden sich angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen an ihren Gütern mit überhöhten Pachtzinsen schamlos bereichern, behauptete das Blatt.³⁸² Schlimmer noch als diese seien die „Schacherjuden“. Diese „hielten“ die Bauern in Abhängigkeit, indem sie ihnen nur zu überhöhtem Zins Geld liehen, und strichen selbst reiche Provisionen ein.³⁸³

Wo ein Bürger noch so glücklich ist, nicht auch noch der Unterthan eines durchlauchtigen, hochgebornen oder hochwohlgebornen Herrn zu sein; da sorgen die sogenannten Spar- und Leih-Kassen und deren Agenten in Gemeinschaft mit den Schacherjuden dafür, daß ihm in ähnlicher Weise zur Ader gelassen wird.³⁸⁴

Die seinerzeit verbreiteten antijüdischen Ressentiments, der Vorwurf der Maßlosigkeit, des Wuchers bei Geldgeschäften, wurden hier wiederholt. Gleichzeitig wandte sich die *Zeitung* aber auch gegen den Adel, der sich ebenfalls an den Bauern bereichere und schloss mit dem Appell, der Adel könne seine Titel behalten, damit er nicht mit dem Bürgertum verglichen werden müsse,³⁸⁵ möge aber zu „edlen Leuten“ werden. Die Juden sollten „Menschen“ werden, indem sie nicht mehr „[...] durch Trug und Schacher, wie unersättliche Vampire, das Blut aus den Herzen eurer Mitbürger, die euch emanzipieren, die euch als Brüder anerkennen wollen, [saugen]“. ³⁸⁶

Den hässlichen antijüdischen Vorurteilen, die dieser Aufsatz wiederholte und auf die Lage der Bauern bezog, folgte das Angebot, in die Bürgergemeinschaft aufgenommen zu werden, wenn sie Handel, Ackerbau und Gewerbe betrieben. Bezogen auf die Fragestellung der Arbeit von besonderem Interesse ist die vernichtende Kritik des Adels. Die Bürger, die sich dem Adel unterworfen sähen, seien weit schlimmer unterdrückt als solche, die sich „Güterzielmern“ gegenüberstünden.³⁸⁷ Die *Konstanzer Zeitung*, die dieser Serie einige Prominenz einräumte, positionierte sich damit aber gegen die Bestrebungen konstitutioneller Liberaler,³⁸⁸ mit den Reformkonservativen auf dem Weg der organischen

S. 72).

382 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 07.04.1848, S. 301, wörtlich: „[...] und so saugen sie, durch die Gesetze geschützt, das Mark aus dem Kern des Volkes: aus dem Bauernstande.“ (ebd.)

383 Vgl. ebd.

384 Ebd.

385 Hierbei stellte der Verfasser das Bürgertum über den Adel.

386 *Konstanzer Zeitung*, 07.04.1848, S. 301.

387 Vgl. ebd.

388 Der konstitutionelle Liberale Heinrich Laube betonte: „Ich war [im März 1848; M. P.] innerlichst überzeugt, daß in uns Deutschen der Sinn für organische Umwandlung rasch betrieben werden müsse; ich war überzeugt daß demgemäß eine Politik äußerlicher Phrasen und entlehnter Stichwörter keine weitere

Fortentwicklung des Bestehenden Fortschritte zu erreichen. Sie nahm hier eine antijudaistische, aber gleichzeitig linksgerichtete republikanische Sichtweise an, die in der Freiheit der Bürger vom Adel auch das Mittel für dessen wirtschaftliche Gesundung sah.

Unter „Verschiedenes“ wurde Ende September über einen Giftanschlag einiger konservativer Lemberger Juden gegen ihren von der Regierung eingesetzten reformorientierten Rabbi geschrieben. Der Geistliche fiel einem Mahl zum Opfer, das die altgläubigen Juden der Gemeinde mit Arsen vergiftet hatten.³⁸⁹ Hiermit unterstrich die *Konstanzer Zeitung* erneut ihre gegen konservative Juden gerichtete Haltung.

A.4.1.4 Parlamentarische Auseinandersetzungen zur Emanzipation um die Jahreswende 1848/ 49

Die Stellung der Juden im Staatswesen berührte die *Konstanzer Zeitung* im IV. Quartal 1848 kaum, obwohl die Nationalversammlung Ende Dezember mit Verabschiedung der Grundrechte die Emanzipation für ganz Deutschland festgeschrieben hatte. Lediglich in einer Mitteilung über die Verhandlungen der II. Kammer wurde mitgeteilt, dass der Abgeordnete der Linken, Brentano, von Regierungsrat Bekk die Akten über einen Judenkrawall in Bruchsal angefordert und erhalten habe.³⁹⁰ Da nichts weiter über die Hintergründe der Anforderung Brentanos oder die Geschehnisse in Bruchsal gedruckt wurde, lässt sich hieraus nur ein fortgesetztes Interesse der Kammerlinken an der Emanzipationsfrage ablesen.

Auch im Frühjahr 1849 war die Stellung der Juden kaum Thema der *Konstanzer Zeitung*. Nur in einem Artikel über die Thronrede des bayerischen Königs ging das Blatt am Rande auf die Thematik ein: Hierin hieß es, der Landtag werde ein Gesetz zur Emanzipation der Juden verabschieden.³⁹¹ Eine Bewertung der Emanzipationsbestrebung Bayerns gab Albert Rolle diesem Artikel nicht bei.

A.4.1.5 Die Judenemanzipation vor dem Hintergrund der politischen Revision 1850

Nach elfmonatiger Unterbrechung beendete die *Konstanzer Zeitung* mit einem Artikel, der sich mit der bevorstehenden Sitzung des bayerischen Landtags zur Beratung eines

Macht ausüben werden, als die jetzt ganz erwünschte: unsere Schwerfälligkeit und Langsamkeit im Gestalten zu beschleunigen.“ (Laube 1849, S. 10f.).

389 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 22.09.1848, S. 980.

390 Vgl., 17.11.1848, S. 1199.

391 Vgl. ebd., 26.01.1849, S. 104.

Gesetzes zur Emanzipation der Bürger jüdischen Glaubens befasste, ihre Berichterstattung zu dieser Kategorie. Hierin sprach das Blatt der Emanzipation das Wort, denn diese erfordere die Humanität. Mit der Emanzipation seien die Juden dann in der Lage, sich und ihr Können unter freien Bedingungen zu beweisen.³⁹²

A.4.1.6 Zusammenfassende Rückschau

Nach einer Phase der hässlich-unkritischen Übernahme antijüdischer Ressentiments in den ersten Untersuchungsquartalen schwankte die *Konstanzer Zeitung* bei einer insgesamt dünnen Berichterstattung nach der Verabschiedung der Grundrechte im Dezember 1848 immer mehr in Richtung einer Befürwortung der Gleichstellung. Sie war allerdings keineswegs Vorkämpferin der Emanzipation und unterschied sich damit etwa von der Kampagne des Seebblätterherausgebers, Fickler, der sich schon 1847 für die Judenemanzipation starkgemacht hatte. Diese sollte den Bürgern jüdischen Glaubens ein als rechtmäßig empfundenes Auskommen ermöglichen. Grundlage dieser progressiveren Einstellung war damit allerdings wiederum das Klischee der „Schacherjuden“, welches das Blatt im April 1848 bedient hatte.

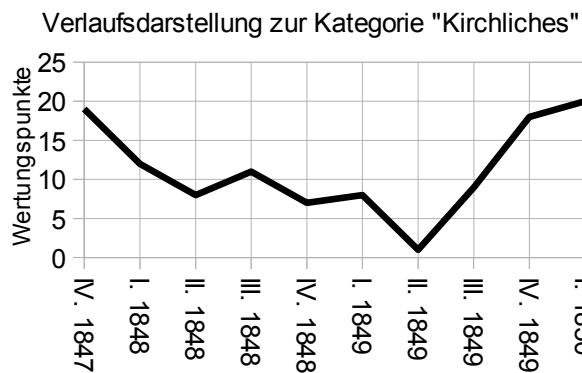
In den Untersuchungsquartalen der Jahre 1849/ 50 war die Emanzipation kaum noch Thema in der *Zeitung*, auch wenn Rolle ab Dezember 1848 an der befürwortenden Haltung, die auch die Nationalversammlung teilte, durchgängig festhielt.

A.4.2 Auswertung der Kategorie „Kirchliches“

A.4.2.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Kirchliches“ zählen Artikel, die sich mit der Kirchenverfassung, dem Verhältnis von Kirche und Staat, kirchlichen Würdenträgern oder dem kirchlichen Gemeindeleben beschäftigten. Mit 113 Wertungspunkten in 10 Quartalen gestaltete sich die Berichterstattung im Bereich „Kirchliches“ mittelmäßig ausführlich. Im Vergleich zur Kategorie „Jüdische Bürger“ nahm sie zwar eine deutlich prominentere Stellung ein, fiel aber gegenüber dem Themenbereich „Militärisches“, der knapp 1.000 Wertungspunkte erreichte, deutlich ab.

392 Vgl. ebd., 14.12.1849, S. 1484, wörtlich: „Wir sind begierig, ob die Repräsentanten des bayerischen Volkes auf die Seite des befreienden Rechts oder der Bevormundung treten, die bis jetzt zu nichts gedient hat, als die Juden als das zu erhalten, was sie in solcher Lage werden mußten – Schmarotzerpflanzen unseres Luxus und unserer Bildung.“ (vgl. ebd.).



Nach einem starken Beginn im letzten Vormärzquartal ließ das Interesse der *Konstanzer Zeitung* an kirchlichen Themen nach. Im Anschluss an die Monate des III. Badischen Aufstandes gewannen diese wiederum an Beachtung, sodass im I. Quartal 1850 an die Berichtsintensität des

letzten Vormärzquartals angeschlossen werden konnte.

Eine erste Einschätzung anhand der Verlaufskurve lässt vermuten, dass die Berichterstattung in politisch virulenten Zeiten und/ oder in solchen einer konservativeren Ausrichtung der Regierung intensiver wurde. Die „Grundrechte der Deutschen“, die der Kategorie „Jüdische Bürger“ neuen Auftrieb verschaffte, blieben in Bezug auf die christlichen Kirchen am Bodensee ohne intensivere Diskussion.

A.4.2.2 Die Berichterstattung zu kirchlichen Themen gegen Ende des Vormärzzeitraums

Anfang November 1847 druckte Albert Rolle in der *Konstanzer Zeitung* ein Verzeichnis der Familienstandsanzeigen, die sich in den *Wöchentlichen Anzeigen* ebenfalls regelmäßig fanden.³⁹³ Die Publikation eines solchen Verzeichnisses belegt einmal mehr, dass es sich bei der *Konstanzer Zeitung* um eine Mischform aus Intelligenzblatt, aufklärerischer Zeitschrift und überregionaler Zeitung handelte.

In einem Bericht der *Oberrheinischen Zeitung* über die Generalversammlung des Gustav-Adolf-Vereins im hessischen Darmstadt am 29. September 1847 wurden die Verdienste des dortigen Regenten gelobt. Dieser sei dem Verein seit seiner Entstehung eng verbunden. Auch habe der Monarch für die Errichtung einer evangelischen Kirche in Seligenstadt einen großen Betrag gespendet. Der Artikel betonte die caritative Ausrichtung des Vereins und sprach davon, dass der Zusammenschluss auf die Besserstellung verarmter Protestanten ziele, nicht aber gegen die Katholiken gerichtet sei.³⁹⁴ Um dies zu unterstreichen, hob der Verfasser hervor, dass auch die katholische Gattin des hessischen Herrschers für die Vereinsziele gespendet habe und sich in Seligenstadt auch zwei Juden als Spender eines silbernen Gefäßes für den Kirchenneubau hervorgetan hätten.³⁹⁵

³⁹³ Vgl. ebd., 01.10.1847, S. 796.

³⁹⁴ Vgl. ebd., 08.10.1847, S. 810, vgl. dort auch Vorstehendes.

³⁹⁵ Vgl. ebd.

Am 26. November griff die *Konstanzer Zeitung* eine Meldung aus Königsberg auf, nach der dem Prediger Detroit und Herrn Dr. Rupp durch die preußische Regierung die weitere Ausübung von Religionsunterricht untersagt worden war.³⁹⁶ Die Zeitung enthielt sich eines Kommentars und einer weiteren Kontextualisierung auch dieses Artikels.

Die *Frankfurter Oberpostamtszeitung*, aus welcher die *Konstanzer* zitierte, berichtete aus dem Hessischen, dass die zurückliegenden Ereignisse in der Schweiz, die den Konservativen eine Niederlage eingebracht hatten, auch Auswirkungen auf das Verhalten der Kirche in den deutschen Ländern habe. Die Kirche versuche nun, den Sonderbundskrieg und sein Ergebnis als nicht auf Deutschland übertragbar darzustellen. Die *Oberpostamtszeitung* bemühte sich, den kirchlichen Einfluss auf die Bevölkerung nach Schweizer Vorbild nun auch in Deutschland zu beschränken.³⁹⁷

Ausdruck allgemeiner Modernisierung war ein Gesetz der Regierung Bekk, das erlauben sollte, Trauungen auch ohne die Zustimmung der Kirche von Staats wegen zuzulassen. Wenn ein Geistlicher Gründe anführe, so der Entwurf, die aus seiner Sicht eine Trauung verbieten würden, sei er als Beamter des bürgerlichen Staates nach diesem Neuregelungsentwurf dennoch dazu verpflichtet, die Ehe in das Ehebuch einzutragen und damit wirksam werden zu lassen.³⁹⁸

Trotz unterbleibender Wertung legte dieser Gesetzentwurf Zeugnis vom Willen der Regierung ab, weiterhin auf dem Wege der Reform voranzuschreiten und sich nicht wie die Schweizer Sonderbundkantone in den Vorjahren der gesellschaftlichen Modernisierung zugunsten eines starken klerikalen Einflusses zu verschließen.

A.4.2.3 Berichterstattung vor dem Hintergrund der Märzrevolution bis in den Sommer 1848

In der Ausgabe vom 3. März 1848 wurde über die Amtseinführung des Pfarrers Kotz als Konstanzer Geistlicher berichtet. Recht umfassend zitierte die Zeitung aus der Rede des Bürgermeisters Huetlin, in der dieser deutlich zu machen suchte,

daß auch Sie [Pfarrer Kotz] als segensvolle Aufgabe der Kirche es erkennen, d a ß s i e k e i n e s t r e i t e n d e u n d e n t z w e i e n d e s e i [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], sondern eine friedliche und einigende, einigend nicht etwa durch längst verschollene Schrecken, sondern durch Liebe und versöhnende Duldung; daß die Kirche keine Stützen suche dürfe im Aberglauben [...]³⁹⁹.

396 Vgl. ebd., 26.11.1847, S. 941.

397 Vgl. ebd., 03.12.1848, S. 968.

398 Vgl. ebd., 04.02.1848, S. 91.

399 Ebd., 03.03.1848, S. 179.

Vor dem Hintergrund der erneuten Glaubensspaltung, welche zuletzt die Deutschkatholiken infolge der Ausstellung des Heiligen Rocks hervorgerufen hatten, und der Konsolidierung dieser Gemeinde in Konstanz war die Rede Hütlins als Aufruf zum Miteinander zu verstehen. Hütlin bezweckte eine Reform der katholischen Kirche, die in aufgeklärtem Geiste zunächst eine „versöhnende Duldung“ üben sollte. In seiner Antwort auf Hütlins *Laudatio* stellte Kotz klar, dass auch er sich zu Einhaltung dieser Grundsätze verpflichtet sehe.⁴⁰⁰

Die *Konstanzer Zeitung* kommentierte beide deutlich als Zitate gekennzeichneten Passagen nicht. Man darf daher davon ausgehen, dass die Inhalte auf das Wohlwollen des Blattes stießen, dass die *Zeitung* somit einer Reform der Kirche im Sinne der synodalen Vorstellungen Ignaz Heinrich von Wessenbergs entsprach.⁴⁰¹

Neben einem Beschluss der II. Kammer über die Ablösung der Weiderechte kam auch der im Vormärz stark umstrittene Gesetzentwurf des Abgeordneten Carl Zittel zur Abstimmung: Der Antrag bestimmte für den Zugang zu staatlichen, militärischen und Kirchenämtern, dass alle Staatsbürger ohne Unterschied der Religion gleiche Rechte haben sollten. Die Kammer übernahm „ohne alle Diskussion“ die Anträge der eingesetzten Kommission.⁴⁰² In Kenntnis der Bedenken, welche selbst die äußerste Linke in Baden noch im IV. Quartal 1847 gegen eine Gleichstellung auch der jüdischen Badener gehegt hatte (s. o.), war die diskussionslose Annahme der Vorschläge Zittels im Bereich „Kirchliches“ ein beinahe als revolutionär zu bezeichnender Ausdruck der neuerlichen Progressivität der Kammer.

Anfang Juni führte in München ein vermutlich von den Ultramontanen initiiertes Plakat zu allgemeiner Aufregung, welches die Katholiken zur Unterzeichnung einer Adresse gegen die Unterdrückung der Religion aufforderte.⁴⁰³ Zwar sei das Plakat überall abgerissen worden, dennoch machte man dessen Inhalt zum Thema einer Volksversammlung.⁴⁰⁴ Das *Frankfurter Journal*, dem diese Mitteilung entnommen worden war, richtete sich gegen die nicht näher beschriebenen Inhalte der Anschläge. Es beklagte auch nicht, dass es zu einer gewalttätigen Entfernung gekommen war und die Initiatoren

400 Vgl. ebd.

401 v. Wessenberg wurde ausdrücklich als Anwesender genannt. Kotz betonte, er sei von dem Geiste der Ideen Wessenbergs durchdrungen, was konkret hieß, dass sich Pfarrer Kotz für die Ziele der Synodalbewegung einsetzen wollte (vgl. ebd.).

402 Vgl. ebd., 19.05.1848, S. 463.

403 Vgl. ebd., 03.06.1848, S. 629. Weiterhin sollte die Trennung von Staat und Kirche vollzogen werden (vgl. ebd.).

404 Vgl. ebd.

aus der Stadt flüchten mussten.⁴⁰⁵

In Wollmatingen wurde nach dreimonatiger Suspension der örtliche Pfarrer wieder zum Pfarrdienst zugelassen. Als Grund des Lehrverbots führte die *Konstanzer Zeitung* an, dass der Geistliche die allgemeine und öffentliche Beichte in seiner Gemeinde geduldet hatte.⁴⁰⁶

Für eine freiheitliche Haltung gegenüber verschiedenen (christlichen) Konfessionen sprach sich ein Artikel aus, der sich mit dem Bestreben seitens einiger Geistlicher und der klerikalen *Süddeutschen Zeitung*, katholische Vereine zu verbreiten, befasste. Am Beispiel des Versuchs eines Geistlichen, den Gemeinderat zur Beitrittserklärung aller Bürger zu bewegen, verdeutlichte das Blatt seine ablehnende Haltung gegenüber konfessionell gebundenen Vereinen. In der Antwort des betroffenen Gemeinderates hieß es, dass ein Beitritt in die konfessionellen Vereine nur den „Glaubenshaß“ schüre, welcher angesichts der politischen Zerstrittenheit dieser Tage „sehr unzweckmäßig“ wäre.⁴⁰⁷

A.4.2.4 Zur Trennung von Kirche und Schule

In einem regierungsfreundlichen Artikel schrieb der *Schwäbische Merkur* Ende Oktober 1848 über die ausstehende Reform des badischen Schulwesens, dass die Regierung plane, in gemischt-konfessionellen Gebieten des Landes staatliche Regionalschulen einzuführen. Die Einrichtung dieser Schulen setzte einen Konsens der örtlichen Religionsgemeinschaften voraus, war also nicht im Sinne einer anti-klerikalen Reform gehalten.⁴⁰⁸ Ein zweiter Artikel über den Beschluss der II. Kammer, Geistliche auch zukünftig als Richter an Schwurgerichten zuzulassen, bestätigte die tendenziell wenig kirchenkritische Tendenz der *Konstanzer Zeitung*.⁴⁰⁹

Neben den üblichen Familienstandsanzeigen⁴¹⁰ brachte Albert Rolle im I. Quartal 1849 einen offen gegen den Pius-Verein gerichteten Artikel des *Frankfurter Journals*.

405 Vgl. ebd., 30.06.1848, S. 629, die Initiatoren wurden als „dressierte Bürger“ bezeichnet (vgl. ebd.).

406 Vgl. ebd., 25.08.1848, S. 856.

407 „Daß aber die bezeichneten Vereine darauf hinzielen, Glaubenshaß zu verbreiten, geht aus Ihrer Zuschrift [der des Geistlichen; M. P.] unzweideutig hervor, da sie vom Lutheranismus ebenso herabwürdigend sprechen wie von Rongethum [dem Deutschkatholizismus; M. P.] [...]“ (ebd., 15.09.1848, S. 945, vgl. dort auch Vorstehendes).

408 Vgl. ebd., 27.10.1848, S. 1116, wörtlich: „Einer für unsere Schulreform thätigsten und einsichtsvollsten Männer ist der Oberstudienrath Dr. Bekk, und die Staatsregierung [...], wird sicherem Vernehmen nach, ihm [...] eine sehr einflußreiche Stellung zuteilen.“ (ebd.)

409 Vgl. ebd., 27.10.1848, S. 1116, wörtlich: „Die großen Anstrengungen des Abgeordneten Böhme, die Geistlichen aus der Liste der Geschworenen zu streichen, wurden durch Lehbach, Christ und andere glänzend beseitigt [...]“ (ebd.) Weiterhin wurde mitgeteilt, dass der Abgeordnete Peter, der infolge des Heckerzuges in die Schweiz geflüchtet war, wieder in die Kammer eingetreten sei (vgl. ebd.).

410 Vgl. ebd., 16.03.1849, S. 310.

Nachdem es dem Verein

[...] trotz der kolossalsten Anstrengungen nicht gelungen ist, die Reform des hiesigen Volksschulwesens [d. h. der möglichen Trennung von Schule und Kirche; M. P.] zu hintertreiben, so sucht er jetzt auf andere Weise den Wirkungskreis seiner gottseligen Thätigkeit auszudehnen.⁴¹¹

Dies geschehe zumeist durch Vorlesungen Professor Riessels, die nach Meinung des *Journals* den Schutz der bewaffneten Macht bedürften, und weiterer Vereinsgründungen.⁴¹²

Dieser Artikel überschritt die bisher zumeist bejahende Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* gegenüber den katholischen Kirchen und ihren Gliederungen/ Vereinen deutlich in Richtung einer linksgerichteten, ablehnenden Haltung.

A.4.2.5 Wiederaufnahme und Inhalte der Berichterstattung nach Ende des III. Badischen Aufstandes

Nach einer bis auf die obligatorischen Familienstandsanzeigen⁴¹³ unterbrochenen Berichterstattung nahm Rolle erst nach dem Sieg der alten Gewalten wieder Artikel des Bereichs „Kirchliches“ auf. Im Zeichen des Sieges der Preußen in der Pfalz und in Baden wurde auch in Konstanz zum 11. Juli 1848 die revolutionäre Verwaltung abgesetzt.

Zunächst erschien eine auf Ende Juni datierte großherzogliche Verordnung, derzufolge treubruchige Beamte und Angestellte des Staates, die sich während der Erhebung willfährig den revolutionären Gewalten unterworfen hätten, aus dem Staatsdienst zu entlassen seien. In Bezug auf die Kirche hieß es, dass auch Kirchenvertreter, die sich in ähnlicher Weise schuldig gemacht hätten, mit einem kirchenrechtlichen Verfahren rechnen müssten. Die Einnahmen aus den Pfründen sollte dieser Gruppe Geistlicher umgehend gestrichen werden.⁴¹⁴

Im August schloss sich eine Nachricht des *Schwäbischen Merkur* an, welche die Gottesfürchtigkeit der nun in Baden stationierten Truppen im Vergleich zu früheren Verhältnissen ausdrücklich lobte. Die Gottesdienste wegen „Beendigung der Revolution“ seien sowohl in protestantischen als auch in katholischen Gotteshäusern sehr gut besucht gewesen.⁴¹⁵

411 Ebd., 05.01.1849, S. 19. Die Pius-Vereine waren klerikal gesteuert und hatten sich die Verteidigung kirchlicher Freiheitsrechte zum Ziel gemacht (vgl. Hahn 2010, S. 583f.).

412 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 05.01.1849, S. 19.

413 Vgl. ebd., 27.04.1849, S. 500.

414 Vgl. ebd., 13.07.1849, S. 816.

415 Vgl. ebd., 10.08.1849, S. 923, wörtlich: „Überhaupt ist es wohlthuend für das Gemüth und findet hier großen Anklang, beim Militär so viele Pflege der Religion und Gottesfurcht zu sehen, was gegen früher einen starken Abstich macht.“ (ebd.).

Die *Konstanzer Zeitung* hatte den Schritt in die nachrevolutionäre Zeit bereits im Sommer 1849 vollzogen. Man diene sich damit den zurückgekehrten großherzoglichen Gewalten an.

A.4.2.6 Stellung der *Zeitung* zu den katholischen Vereinen und zum Ende der Deutschkatholiken

Positiv berichtete das Blatt im Oktober über eine Bundesversammlung der deutschen Piusvereine, die Anfang Oktober in Regensburg stattgefunden habe. Die Zeitung schrieb, dass sich die Vereine für die Minderung der moralischen und physischen Not einsetzen wollten. Insbesondere stellensuchende Gesellen und Lehrlinge sollten betreut werden.⁴¹⁶

Dem Regierungsblatt *Karlsruher Zeitung* entnommen hatte Albert Rolle eine Einschätzung, derzufolge in der deutschen Frage die „katholische Partei“ für eine großdeutsche Lösung starkmachen würde. Ob sich angesichts der Mehrheitsfraktion der Radikalen im Landtag, die in sich in dieser Frage uneins sei, zwischen Regierung und Landtag zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit kommen könne, ließ das Blatt offen.⁴¹⁷

Ebenfalls mit Bezug auf die Eröffnung des württembergischen Landtags schrieb die *Konstanzer Zeitung* im Dezember, dass Minister von Schlayer zu Beginn seiner Eröffnungsrede die zurückliegende Revolution als dem „Geist der Irreligiosität und Sittenverderbniß“ förderlich beschrieben habe.⁴¹⁸ Damit stellte sich die Regierung gegen die Kammermehrheit, welcher in der weiteren Folge auch die materiellen Schäden der Revolution angelastet wurde.⁴¹⁹

Der „Verein für innere Mission“ in Karlsruhe gründete im Januar 1850 eine Bibliothek, die für Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter gedacht war und diesen eine sinnvolle Nutzung ihrer Freizeit ermöglichen sollte. Die *Karlsruher Zeitung* lobte die Tätigkeit des Zusammenschlusses und sah in der gut besuchten Eröffnungsversammlung den Beistand Gottes für das Vorhaben des Vereins.⁴²⁰

Neben dieser ebenso gut in den Vormärz passenden Nachricht zur mildtätigen Aktivität eines christlichen Vereins nahm die *Konstanzer Zeitung* durchaus auch Bezug auf tagespolitische Ereignisse: Aus Bayern teilte die *Konstanzer* in einer Übernahme des

416 Vgl. ebd., 12.10.1849, S. 1190.

417 Vgl. ebd., 09.11.1849, S. 1307.

418 Vgl. ebd., 07.12.1849, S. 1453f.

419 Vgl. ebd.

420 Vgl. ebd., 11.01.1850, S. 41, vgl. zu Lesesälen bzw. Bibliotheken für die Arbeiter auch das Kapitel zu den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, IV. Quartal 1847.

Schwäbischen Merkurs im Februar 1850 mit, dass den deutschkatholischen Gemeinden in der Pfalz die Religionsausübung untersagt worden sei. Der *Merkur* formulierte den Artikel hierzu in inhaltlicher Nähe zur Begründung des Verbotes, d.h. abwertend: „Wie man hier jetzt mit Bestimmtheit vernimmt, hat unsere Regierung den Deutschkatholiken [...] förmlich ihre **sogenannte** [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.] Religionsausübung untersagt [...]“.⁴²¹ Seitens des Staates wurde die nicht einsichtige Struktur dieser Gemeinden und deren damit einhergehende Unkontrollierbarkeit als weitere Begründung des Betätigungsverbotes angeführt.⁴²²

Indirekt ging die zitierte *Neue Freiburger Zeitung* am 1. März auf diese Thematik ein, indem sie neben der Einsetzung des konservativen Hassenpflug als Leiter eines neuen Ministeriums in Kurhessen auch auf eine landesherrliche Verordnung über neue Religionsgemeinschaften verwies. Zwar wurde der Begriff „deutschkatholisch“ vermieden, doch zielte die Verordnung gegen diese Gemeinden, indem sie sich gegen die Verbindung von Religion und Politik wandte.⁴²³ Das Blatt schloss sich diesem restriktiven Grundgedanken an, den sie als zwangsläufige Folge der „kirchlichen Wühlerei“ im Südhessischen sah.⁴²⁴

In „Kirchliches“ berichtete die *Konstanzer Zeitung* seit Juli 1849 über die Durchsetzung der revisionistischen Politik der deutschen Fürsten, indem sie auf die stattfindenden Einschränkungen der Religionsfreiheit einging. Sie tat das in einer zustimmenden bis regierungsfreundlichen Weise, indem sie Artikel aus den gemäßigt-liberalen bis konservativ ausgerichteten Zeitungen übernahm und auch deren Bewertung des Geschehens nicht vermissen ließ.

A.4.2.7 Zusammenfassende Rückschau

Das Konstanzer Blatt sprach sich für ein friedliches Miteinander der Konfessionen aus. Dieser Überzeugung blieb die *Zeitung*, sei es anlässlich des Sonderbundkriegs, sei es in Bezug auf die Pius-Vereinsbewegung 1848, treu. Dabei plädierte man für eine gemäßigte

421 *Konstanzer Zeitung*, 15.02.1850, S. 193, vgl. dort auch Vorstehendes.

422 Vgl. ebd., S. 193f.

423 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259f.

424 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 260, wörtlich: „Sie [die neue Verordnung; M. P.] regelt die Sektenfreiheit in einer, wie uns scheint, zweckmäßigen Weise, indem sie dem etwaigen religiös-kirchlichem Drang Raum gestattet, aber verhindert, daß das religiös-kirchliche Gebiet zum Tummelplatz des politischen und socialen Unfugs gemacht wird.“ (ebd.).

Reform des Bestehenden, ohne die Kirchen und ihre Institutionen einer kritischen Prüfung unterzogen zu haben.

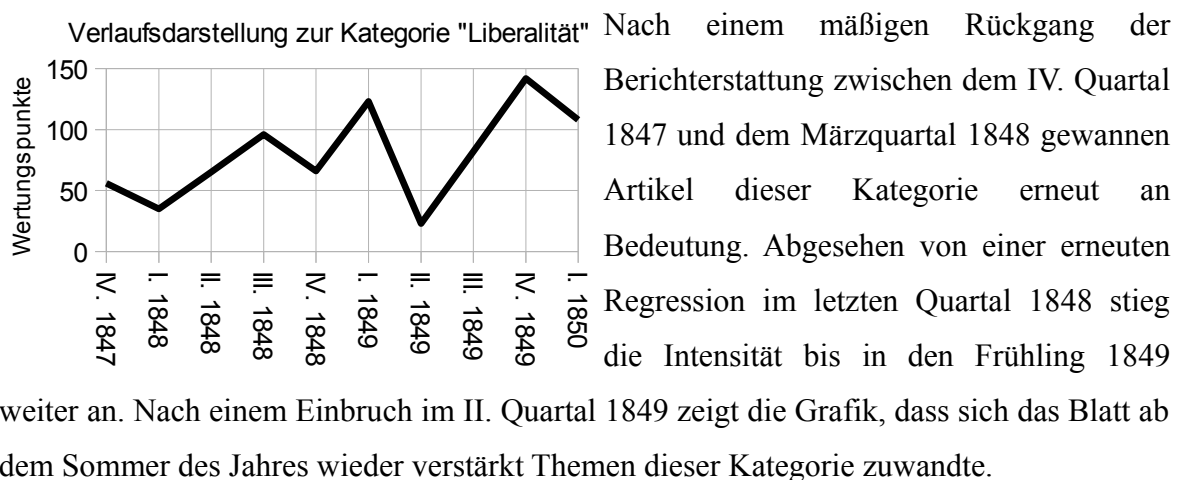
Die im I. Quartal 1849 bei abnehmender Berichtsintensität geübte hinterfragendere Haltung auf Basis des Frankfurter Grundrechtekatalogs verließ das Blatt allerdings mit dem militärischen Sieg der alten Gewalten unter Führung Preußens im Juli 1849. Im Überblick des gesamten Untersuchungszeitraums verhielt sich die *Konstanzer Zeitung* zunächst abwartend, dann tendenziell progressiv, bevor sie in den letzten drei Untersuchungsquartalen bei einer sich ausweitenden Berichterstattung erneut auf einen konservativen Kurs einschwenkte.

A.4.3 Wirtschaftliche und politische Liberalität in der *Konstanzer Zeitung*

A.4.3.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Liberalität“ zählen Artikel, die sich mit Problemen des wirtschaftlichen Lebens befassten, aber auch solche, die sich politischer Fragestellungen in Form eher theoretischer Diskussionen annahmen. Neben Berichten über den Postkongress und ähnlichen Veranstaltungen sind daher auch Jahresrückblicke Teil des Bereichs „Liberalität“. Durch die zusammenfassende Betrachtung der wirtschaftlichen wie politischen Berichterstattung soll ein möglichst umfassendes Bild zur Tendenz der *Zeitung* gezeichnet werden, denn nicht nur politische „Glaubensbekenntnisse“, sondern auch die konkrete Ausformung der Politik in der Wirtschaft sind Teil dieses Komplexes.

Mit knapp 800 Wertungspunkten ist dieser Bereich einer der am ausführlichsten Besprochenen in der *Konstanzer Zeitung*. Die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Liberalität stehen nur der Kategorie „Militärisches“ nach.



Das Gewicht dieses Bereichs lässt es sinnvoll erscheinen, die Verlaufskurve mit den Kategorien „Militärisches“ und „Revolutionäres“ in Beziehung zu setzen, wie dies im Rahmen der überblicksartigen quantitativen Auswertung der *Konstanzer Zeitung* geschehen ist (s.o.).

A.4.3.2 Auf dem Weg in die Revolution? Die Berichterstattung im IV. Quartal 1847

Da es in Bezug auf den Raum des Deutschen Bundes in den letzten Monaten des Jahres 1847 keine revolutionären Ereignisse gab, ist die politische Korrespondenz des Blattes Teil des Bereichs „Liberalität“:

Im Oktober 1847 druckte Wagner einen Beschluss des Deutschen Bundes zur Verhinderung widerrechtlicher Kopien von Werken aus Kunst und Literatur ab.⁴²⁵ Diesem folgte ein Abdruck einer Proklamation des Fürsten von Reuß-Schleiz-Lobenstein, in welcher der Regent anlässlich seines 25jährigen Thronjubiläums dem Volk überschwänglich für die erwiesene Treue dankte.⁴²⁶

In einer Meldung über die Ergebnisse des Postkongresses in Dresden betonte die *Konstanzer Zeitung*, dass sich insbesondere die süddeutschen Abgeordneten für die nun durchgesetzte wesentliche Senkung des Zeitungsportos eingesetzt hätten.⁴²⁷

Zwar enthielt sich Rolle eines erläuternden Kommentars, warum die Senkung des Portos zu begrüßen sei. Günstigere Transportkosten eröffneten die Möglichkeit einer breiteren Rezeption ausländischer Zeitungen. Da die Vormärzliberalen die Medienöffentlichkeit der Zeitungen nutzten, war eine möglichst breite Beteiligung der Bürger an den schriftlichen Diskursen der Zeit gewünscht. Der Beschluss, das Porto zu senken, ging daher mit der Hoffnung einher, sich über die Zeitfragen nun umfassender informieren zu können bzw. an der Meinungsbildung selbst über die nähere Umgebung hinaus zu partizipieren.⁴²⁸

Der neugewählte Landtag wurde zum 7. Dezember 1847 einberufen,⁴²⁹ teilte eine Kurzmeldung mit.

Am 3. Dezember 1847 druckte die *Konstanzer Zeitung* die Antwort auf eine

425 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.10.1847, S. 792. Die Werke sollten dadurch geschützt werden, dass von jeder Auflage je ein Exemplar an das badische Innenministerium gegeben würde, wo es verwahrt werden sollte. Zudem sollte einem Druck die Zeile „Hinterlegt bei dem großh. bad. Ministerium des Inneren“ vorangestellt werden, um so dem geforderten urheberrechtlichen Schutz Nachdruck zu verleihen (vgl. ebd.).

426 Vgl. ebd.

427 Vgl. ebd., 09.11.1847, S. 921.

428 Ausdrücklich sprach die *Zeitung* von einer „wichtigen Verbesserung“, die man erreicht habe (vgl. ebd., S. 921).

429 Vgl. ebd., 03.12.1847, S. 967.

Konstanzer Unterstützungsadresse an die liberalen Kantone der Tagsatzung. Hierin wurde den Deutschen für ihre Anteilnahme an den Ereignissen in der Schweiz gedankt. Auch im Nachbarland sei der Tag nicht mehr weit, an dem sich die liberalen Ideen Bahn brechen würden,⁴³⁰ hieß es.

Die *Konstanzer Zeitung* drückte mit dem Abdruck dieser Adresse ihre Übereinstimmung mit dem liberalen Tenor der Schrift aus. Namhafte deutsche Zeitungen hätten sich zuvor auf die Seite der Sonderbündler geschlagen, wie die Antwortadresse betonte:

Gewohnt, sonst die Schritte der liberalen Tagsatzungsmehrheit auf das Gehässigste angefeindet zu sehen durch die Mehrheit der öffentlichen Blätter in Deutschland, selbst durch Organe, welche sich einer besonderen Begünstigung der Regierungen zu erfreuen haben, gewohnt, daß die Blätter in offenem Widerspruche zu ihrer vorgeblichen Tendenz sich auf die Seite derjenigen Minderheit zu stellen pflegen, welche den Vertretern der Legalität den hartnäckigsten Trotz zu bieten wagen, - ist der Ausdruck des freudigen Mitgefühls aus der Mitte der deutschen Nation mit der größten Anerkennung hingenommen worden.⁴³¹

Mit Blick auf die politische Entwicklung im deutschen Ausland berichtete die *Konstanzer Zeitung*, dass in Bayern die Bekanntmachung der Ernennung des Fürsten Ludwig Wallersteins zum Minister in nächster Zeit zu erwarten sei. Die offenbar liberaler werdende Einstellung des bayerischen Königs zeige sich nicht zuletzt an seiner Teilnahme an einem Konzert der Münchener Liedertafel, dessen Erlöse an den Schleswiger Advokaten Dr. Beseler gespendet werden sollten. Die *Konstanzer Zeitung* enthielt sich eines Kommentars.⁴³²

Im IV. Quartal ließen sich liberale Verbesserungen nach Vorbild der Schweiz auch für den deutschen Raum erwarten. Die *Zeitung* griff aber nicht die in der Adresse der Tagsatzung eröffnete vage Hoffnung auf baldige Änderungen der Verhältnisse in Deutschland auf, um etwa eine Erhebung oder einen Bürgerkrieg nach eidgenössischem Vorbild zu propagieren - soweit dies unter den vormärzlichen Preßverhältnissen überhaupt möglich gewesen wäre. Eine baldige Erhebung bzw. die Märzereignisse ließen sich auf Grundlage der vorgestellten Berichterstattung kaum erwarten. Vielmehr sah es so aus, als ob die Fürsten langsam auf liberale Forderungen eingingen.

430 Vgl. ebd.

431 Ebd.

432 Vgl. ebd., 03.12.1847, S. 967f.

A.4.3.3 Vom Jahresrückblick in die Märzrevolution: Das I. Quartal 1848 aus Sicht der *Konstanzer Zeitung*

Das Jahr 1848 begann die *Konstanzer Zeitung* mit einem Rückblick auf die Ereignisse der vergangenen zwölf Monate, der in den vier ersten Ausgaben der Zeitung fortlaufend auf den Titelseiten abgedruckt wurde.⁴³³ Allgemein begann der „Rückblick“ mit der Feststellung, dass das Jahr 1847 sich am ehesten durch den Begriff „vorwärts“ kennzeichnen lasse: „Die Völker haben sich ein Ziel gesetzt, nach welchem sie mit Anstrengung laufen, und das den hoch erhabenen Namen: der 'volksthümlichen gesetzlichen Freiheit' trägt.“⁴³⁴ Die meisten Länder würden gemächlichen Schrittes den vorwärts Eilenden folgen, denn sie sähen beiderlei Abgründe, die sich auftäten, wenn man zu rasch dem Ziele entgegen eile oder auf der Stelle verharre.⁴³⁵

Dass die *Konstanzer Zeitung* Sympathie für den „organischen“, „gesetzlichen“ Fortschritt hegte, wird bereits durch dieses knapp beschriebene Bild klar.⁴³⁶ Die „volksthümlich gesetzliche Freiheit“ sei mit einem Keim zu vergleichen, der einer sorgfältigen Pflege bedürfe.⁴³⁷ Nach einem Blick über den Stand des Fortschritts in einzelnen Ländern des Deutschen Bundes schloss die *Konstanzer Zeitung* mit dem eigenen Land und appellierte: „Das Volk wendet sich ab von jedem Rückschritt, vor sich erblickt es sein Ziel und geht darauf mit unverwandtem Blicke los. Das Volk will vorwärts auf gesetzlichem Wege.“⁴³⁸

Die *Zeitung* besprach am 4. Februar 1848 einen Artikel der *Kölnischen Zeitung*, in dem es geheißen habe, dass Württemberg und Hannover den Waren- und Personenverkehr mit der Schweiz untersagen wollten, da deutsche Handwerker infolge der dortigen politischen Umstände als Kommunisten in die Heimat zurückkämen. Die *Konstanzer Zeitung* wies auf die wirtschaftlichen Folgen einer solche Anordnung hin, die binnen sechs Monaten Württemberg zugrunde richten würden. Die Behauptung, deutsche Handwerker

433 Infolge des gewählten Auswahlmodus' wird hier nur der erste Teil der Serie betrachtet.

434 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.01.1848, S. 1.

435 Vgl. ebd. Beinahe alle Länder seien in diesem Prozess des Voranschreitens involviert, manche seien gar übermütig und wollten das „[...] lockende Ziel jetzt schon im Sturmschritt erreicht haben“ (*Konstanzer Zeitung*, 03.01.1848, S. 1). Andere wiederum verharren fest auf ihrer Position, wollten aus Furcht vor dem Abgrund, dem die Voraneilenden entgegenschritten, nicht von dem Angestammten lassen (vgl. ebd.).

436 „[D]arum bleiben sie auf historischem Boden eingewurzelt stehen, suchen die Vordringenden zurückzuhalten [...]“. Beide Beschreibungen bezogen sich eindeutig auf die Fürsten, die in der Zeit der Restauration ihre Legitimation damit begründeten, Gott habe den Vorfahren Macht überschrieben. Diese Macht zu nutzen, sei die jetzige Generation des Adels Kraft ungebrochener Geburtenfolge berufen (vgl. ebd.).

437 Wie Zitate: ebd.

438 Ebd., weiter hieß es: „Intelligenz und aufrichtiger Wille arbeiten auf Seiten der Regierung und der Stände an dem Werke der Verbesserung verschiedenartiger Zustände des Landes.“ (ebd.)

würden zu Kommunisten werden, wies die *Zeitung* als Täuschungen zurück.⁴³⁹

Die *Konstanzer*, die selbst am meisten von der Fortexistenz offener Grenzen zur Schweiz interessiert waren, mussten Überlegungen nach deren Schließung zurückweisen, die für eine konservative Regierung wie die Hannovers infolge der politischen Ereignisse durchaus hätte als politisch geboten erscheinen können. Der Nachsatz, die *Kölnische Zeitung* sei einer Fehlinformation aufgesessen, vermag nicht zu überzeugen. Die *Konstanzer* stütze diesen auch nicht weiter, sondern ging sogleich auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Schäden ein.

Alfred Rolle ließ einen Artikel des *Schwäbischen Merkurs* folgen, der sich mit der Volksversammlung in Mannheim vom 4. März 1848 beschäftigte.⁴⁴⁰ Mehr als zweitausend Bürgerinnen und Bürger seien zusammengekommen, um den Bericht des in einer vorangegangenen Volksversammlung gebildeten Ausschusses über die Antwort zu den seinerzeit vorgebrachten Forderungen zu vernehmen. Clemens Brentano, Friedrich Hecker, Gustav v. Struve, Alexander v. Soiron und auch Johann Adam v. Itzstein seien von der Versammlung mit Ovationen begrüßt worden. Struve habe darauf über die Forderungen berichtet, die im Vergleich zu den Vorjahren ungewöhnlich schnell und in recht umfassender Weise erfüllt worden seien. Zwar habe man „[...] Ursache, auf die Zusagen des allgeliebten Landesfürsten und des Präsidenten des Ministeriums, Bekk, zu bauen, [...] aber dessen ungeachtet [müsse] man einer sehr möglichen Reaktion mit aller Kraft und Wachsamkeit entgegenarbeiten.“⁴⁴¹ Die Redner sähen, so der zitierte Artikel des *Merkur* weiter, in der Volksbewaffnung das allein wirksame Mittel gegen eine Reaktion. Diese sollte eine Stärke von zumindest fünfzigtausend Mann haben, die in vier Heeresteile gegliedert aus allen Bürgern unter fünfundfünfzig Jahren bestehen würde.⁴⁴² Eben dieser Punkt, den Bekk in seinem Antwortschreiben nicht zugesichert hatte, wurde von den Liberalen, die mit einer Stimme gesprochen hätten, aufgegriffen.⁴⁴³ Ein Organisationsplan zur Volksbewaffnung sollte binnen zweier Tage vorgelegt und veröffentlicht werden. An der notwendigen Beteiligung der Bürger werde es nicht mangeln.⁴⁴⁴

Die *Konstanzer Zeitung* brachte, indem sie den *Schwäbischen Merkur* zur Volksversammlung in Mannheim am 4. März zitierte, gleich in Folge der Erklärung der

439 Vgl. ebd., 04.02.1848, S. 91.

440 Vgl. ebd., 10.03.1848, S. 201f.

441 Ebd., S. 201f.

442 Vgl. ebd., S. 202.

443 Vergleiche dazu die einleitenden Formulierungen zu den vorgebrachten Einschätzungen bzw. weiteren Forderungen der Volksversammlung: „Es wurde von den Rednern anerkannt [...]“ (ebd., S. 201).

444 Vgl. ebd., S. 202.

Regierung die Einschätzung „der Liberalen“, sofern man zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch von einer einheitlichen liberalen „Partei“ sprechen konnte. Die frühe Warnung vor einer raschen Revision der Zugeständnisse durch die Regierung wurde bereits zu Beginn der Revolution beinahe prophetisch aufgezeigt.

In einem Beschluss des 50er-Ausschusses hieß es, man werde keine Abspaltungen von Volksstämmen oder „irgend eines zu Deutschland gehörenden Gebietes“ mehr zulassen. Andernfalls drohte man unverhohlen mit militärischen Maßnahmen. Die *Konstanzer Zeitung*, welche diese Bestimmungen mit einwöchiger Verzögerung am 12. Mai 1848 abdruckte, informierte die Leser weiterhin über einen Vorschlag der Fünzig zu den Siebenbürger Sachsen. Die Ungarn mögen sich dafür einsetzen, dass Nichtungarn in ihrer Nationalität „nicht verkürzt“ würden.⁴⁴⁵

Bereits vor Zusammentritt der gewählten Vertreter der Frankfurter Nationalversammlung war deren deutsch-nationale Ausrichtung vorgezeichnet. Die beiden sich widersprechenden Septemberbeschlüsse zur Frage der Anerkennung des durch Preußen ohne Rücksprache verhandelten Waffenstillstandes von Malmö und das sich dort entladende Konfliktpotenzial zeichneten sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab. Die *Konstanzer Zeitung* druckte die vorgestellten Beschlüsse ohne weitere Bewertung ab.

Vollzogene Dienstveränderungen gab die *Zeitung* vom 2. Juni bekannt. Unter anderem wurde der maßgeblich an der „Göttinger Revolution“ von 1831 beteiligte Dr. jur. Armin Rauschenplat zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg ernannt.⁴⁴⁶ Diese personellen Versetzungen sind im Zusammenhang mit den politischen Reformen seit dem März zu sehen. Wie auch in Bezug auf die Nationalstaatsproblematik beließ es die *Konstanzer* bei einer Wiedergabe der Geschehnisse, ohne diese politisch zu werten.

Der *Freiburger Zeitung* vom 28. Mai 1848 hatte die *Konstanzer Zeitung* einen kritischen Artikel über die Reform der Ehrenbezeichnungen entnommen, welche Soldaten

445 Vgl. ebd., 12.05.1848, S. 437, vgl. dort auch die zitierten Passagen. Ein Beschluss zur Volksbewaffnung forderte von der Bundesversammlung, sie möge darauf hinwirken, dass diese nicht nur beschlossen sondern auch umgesetzt werde (vgl. ebd.).

446 Vgl. ebd., 02.06.1848, S. 517, weiterhin gab es folgende Dienständerungen, die auch die Verwaltung der Stadt Konstanz betrafen: „Der Geh. Rath Stößer in Mannheim ist auf sein Ansuchen der Stelle als Regierungsdirektor bei der Regierung des Unterrheinkreises enthoben und in den frühern Ruhestand zurückversetzt; der Geh. Regierungsrath Nombridge in Konstanz in gleicher Eigenschaft zur Regierung des Oberrheinkreises, der Regierungsrath Fromherz in Freiburg nach Konstanz versetzt und ihm die provisorische Verwaltung des Direktoriums der dortigen Kreisregierung übertragen, endlich der Doktor der Rechte Rauschenplat zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg ernannt worden.“ (ebd.).

Angehörigen des Herrscherhauses zu bezeugen hatten.⁴⁴⁷ Statt wie bisher die Knie, sollten die Fußsoldaten im Falle, dass sich ein Mitglied des Herrscherhauses auf sechs Schritte näherte, nun nur den Kopf beugen: „Läge dieser Ministerialerlaß nicht im amtlichen Abdruck vor uns, wir wären versucht, die Sache für – eine Erfindung zu halten.“⁴⁴⁸ Das Freiburger Blatt forderte weiterhin dazu auf, dass die Bayern angesichts solcher als völlig unzureichend empfundenen Reformen bei den Wahlen zur Volkskammer für jene Kandidaten stimmen sollten, die sich für die vollständige Beseitigung vormärzlicher Zustände einzusetzen versprochen.⁴⁴⁹

A.4.3.4 Proletarische Artikel in der *Konstanzer Zeitung*: Beginn einer nachhaltigen Radikalisierung? Die Berichterstattung zum Arbeiteraufstand in Paris im Juni 1848

Die *Neue Deutsche Zeitung. Organ der Demokratie*⁴⁵⁰ ließ von Beginn an keinen Zweifel über ihre klassenkämpferischen Ansichten zu: Die *Konstanzer Zeitung* druckte, wie gewohnt ohne weiteren Kommentar, den Artikel „Der Kampf in Paris“ Anfang Juli 1848 in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben jeweils auf der Titelseite ab und verstärkte damit ihre bisher vor allem durch Übernahmen aus der *Oberrheinischen Zeitung* geprägte Tendenz.⁴⁵¹ Der übernommene Aufsatz vertrat erstmals eine proletarische Position nach Vorbild Marx'. Am Beispiel des Revolutionsverlaufs in Frankreich seit Februar 1848, insbesondere

447 Vgl. *Freiburger Zeitung*, 28.05.1848, S. 1055, die *Freiburger Zeitung* verwies wiederum auf die *Deutsche Zeitung* als Quelle des Textes. Die Heidelberger hatten den wortgleichen Artikel am 27.05.1848 erstmals gedruckt (vgl. *Deutsche Zeitung*, 27.05.1848, S. 1173).

448 *Konstanzer Zeitung*, 02.06.1848, S. 517. Der Gedankenstrich findet sich bereits im Originaltext der *Deutschen Zeitung* vom 27.05.1848, S. 1173.

449 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 02.06.1848, S. 517, wörtlich: „Jedenfalls muß das Volk bei den neuen Wahlen für die baier. Volkskammer das Augenmerk auf Männer richten, die gegen ein Regiment, das man für gefallen hielt, den Vernichtungskampf zu kämpfen gerüstet und entschlossen sind.“ (ebd., vgl. auch *Deutsche Zeitung*, 27.05.1848, S. 1173).

450 Zur *Neuen Deutschen Zeitung* schreibt Koszyk: „Beachtung verdient [...] die *Neue Deutsche Zeitung*, die einerseits die Tradition des 'wahren Sozialismus', andererseits die Ideen von Karl Marx weitertrug und am 1. Oktober 1848 Organ der Linken wurde. Ihre Redakteure [...] hatten bis zum Mai 1848 in Paderborn das *Westphälische Dampfboot* herausgegeben. Am 1. Juli 1848 gründeten sie die *Neue Deutsche Zeitung* [Hervorhebungen im Original; M. P.] im Verlag Leske in Darmstadt [...]. Die Verlegung nach Frankfurt zum 1. April 1849 sollte dem Blatt neuen Auftrieb [...] geben. Aber auf Vorstellung des hessischen Staatsministeriums hin wurden die Redakteure im Dezember 1850 ausgewiesen und das Blatt mit der Ausgabe vom 14. Dezember 1850 eingestellt.“ (Koszyk 1966, S. 117). Ironisch bis sarkastisch kommentierte bereits die Erstausgabe des Blattes die Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser, den die Nationalversammlung als nicht verantwortliches provisorisches Reichsoberhaupt einsetzt hatte: „Wir haben die gegründete Aussicht, wieder in die Tage des heiligen römischen Reiches zurückversetzt zu werden, und da die neue Centralgewalt voraussichtlich allen Vorstellungen, Reklamationen und Bedenken der einzelnen Regierungen und ihrer Sonderinteressen die rücksichtsvollste Rechnung tragen wird, so haben wir namentlich keine Übereilung in der Fassung und Ausführung der Beschlüsse zu befürchten, und diese Übereilung ist doch bekanntlich die Klippe, an der wir stürmischen, ungestümen Deutschen am leichtesten scheitern.“ (*Neue Deutsche Zeitung*, 01.07.1848, S. 1).

451 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 07.07.1848, S. 658.

anhand der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes von Paris am 24. Juni 1848, zeigte die zitierte *Neue Deutsche Zeitung* den aus Sicht des Blattes nicht mehr zu überbrückenden Gegensatz zwischen Interessen der Bourgeoisie und dem Proletariat.⁴⁵²

Zum ersten Male standen sich hier [in der Frage der Schließung der Nationalwerkstätten und dem verfassungsmäßigen Recht auf Arbeit; M. P.] das Proletariat und die Bourgeoisie mit klarem Bewusstsein über das Wesen und das Ziel des Kampfes gegenüber.⁴⁵³

Die französischen Arbeiter seien im Begriff gewesen, so das Blatt weiter, ihr Recht auf Sicherung ihrer Existenz zu erstreiten, während das Besitzbürgertum seine bevorzugte Stellung erhalten wollte. Die *Neue Deutsche Zeitung* betonte, dass das Besitzbürgertum gänzlich eigennützig handle und mit Lügen versuche, die Interessen des Proletariats zu hintergehen.⁴⁵⁴ Nach dem militärischen Sieg des Besitzbürgertums, für das Eigentum mehr zähle als Menschenleben, sinne dies nun auf Rache, was einen erneuten Aufstand provoziere.⁴⁵⁵

Die Betrachtung zum Verlauf der zitierten Zeitungen macht deutlich (s.o.), dass es sich bei der Übernahme dieses Artikels um einen einmaligen Vorgang handelte.⁴⁵⁶ Es ist anzunehmen, dass die Radikalität des hier präsentierten Stoffes Herausgeber und Leserschaft bzw. seitens der Behörden auf Vorbehalte gestoßen ist.

A.4.3.5 Nation und Nationalität im Spiegel des Sommers 1848

Im August wurde anlässlich der Entscheidungen der Nationalversammlung wiederum die Frage nach dem Status der preußischen Provinz Posen diskutiert. Nach viertägiger Beratung, wie die *Konstanzer Zeitung* schrieb, sei bestimmt worden, die Angelegenheit künftig der Zentralgewalt zu überlassen.⁴⁵⁷

Am 4. August 1848 konnten sich die Konstanzer in einem aus der *Oberrheinischen Zeitung* übernommenen Artikel über den Gesetzentwurf der Karlsruher Regierung zur Reform der Staatsverwaltung informieren. Der Entwurf sah eine Neueinteilung des

452 Vgl. ebd., S. 657.

453 Ebd.

454 Vgl. ebd., wörtlich: „[D]ie Arbeiter kämpften allerdings gegen die gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung. Aber kämpften sie darum für die Unordnung, für die Anarchie als Prinzip? Es ist eine Albernheit, eine jämmerliche Persidie, einem Menschen, der nicht aus dem Irrenhause entsprungen ist, unterzuschieben, er wolle Anarchie als Prinzip. Die Arbeiter wollten eine andere gesellschaftliche Ordnung.“ (ebd.)

455 Vgl. ebd.

456 Vgl. die Übersicht zu den zitierten Zeitungen in der *Konstanzer Zeitung* im Anhang.

457 Vgl. ebd., 04.08.1848, S. 766, zu den zwei vorgebrachten Änderungsanträgen der Rechten hieß es: „Insofern jedoch diese Anträge [die Anträge des dazu eingesetzten Ausschusses der Nationalversammlung; M. P.] durch die Änderungsanträge Giskras und Lichnowskys verbessert wurden, kann man sich dazu nur Glück wünschen.“ (ebd.)

Großherzogtums in Bezirke vor, welche die bisherige Kreisstruktur ablösen sollten. Als parlamentarisches Vertretungsorgan sollten eine jährlich mindestens einmal tagende Kreisversammlung das legislative und das ebenfalls neue Gremium des Bezirksausschusses das exekutive Element ausfüllen. Der Vorsitzende des Ausschusses würde dabei jeweils von der Karlsruher Regierung bestimmt werden.⁴⁵⁸ Eine Diskussion zu dieser weitgehenden Verwaltungsreform fand nicht statt.

Eine Meldung aus Sachsen-Gotha unterstrich im August 1848 die Haltung vieler parlamentarischer Vertretungen der Klein- und Mittelstaaten, welche sich der durch die Nationalversammlung installierten Reichsgewalt unbedingt unterordneten.⁴⁵⁹ Zwar unterblieb auch hier ein weitergehender Kommentar der *Zeitung*, allerdings stärkten Mitteilungen dieses Inhalts die moralische Einbindung auch anderer Regierungen bzw. unterstützten die Bestrebungen der Reformkräfte wie die Legitimation der Paulskirchenversammlung allgemein.

Die *Konstanzer Zeitung* übernahm am 1. September 1848 eine Erörterung zur Legitimation von Gewaltanwendung im politischen Diskurs aus dem *Frankfurter Journal*: Noch immer sei es in der Diskussion über das einzusetzende Reichsoberhaupt Einigen noch nicht klar, dass sich dessen Kompetenzen nicht auf eine Hausmacht, sondern auf das Recht stützen sollten. Konkret ging es um die mögliche Einrichtung reichsunmittelbarer Länder als Stütze eines gewählten Reichsoberhauptes. Weiterhin gab das *Journal* zu bedenken, dass bei einem Vorsitz des preußischen oder österreichischen Königs eine gleiche Behandlung aller Länder nicht sichergestellt sein würde, was zerstörerische Folgen haben könne. Als Lösung dieses Problems schlug die Zeitung vor, ein Reichsoberhaupt ohne besondere Beziehungen zu einem Gliedstaat zu installieren, das seine Herrschaft auf dem Recht und nicht auf der Macht eines Einzelstaates gründen sollte.⁴⁶⁰

Trotz der politisch angespannten Situation im Spätsommer 1848, der Proklamation einer Republik in Lörrach am 21., fand die Konstanzer Herbstmesse 1848 ab 25. September des Jahres statt.⁴⁶¹

Die *Konstanzer Zeitung* ging im III. Quartal 1848 in ungewohnter Radikalität und Ausführlichkeit auf aktuelle Reformvorschläge ein, gleich welcher politischen Richtung sie entsprangen. Die hauptsächlich verwendeten Quellenzeitungen der Linken, *Oberrheinische*

458 Vgl. ebd.

459 Vgl. ebd.

460 Vgl. ebd., 01.09.1848, S. 885.

461 Vgl. ebd., S. 888.

Zeitung und *Frankfurter Journal*, bestimmten die Tendenz des Konstanzer Blattes in der Kategorie „wirtschaftliche und politische Liberalität“.

A.4.3.6 Die Positionierung der *Konstanzer Zeitung* zu Zeitfragen im IV. Quartal 1848

Im Vorfeld des Arbeiteraufstandes Mitte Oktober 1848 berichtete die *Allgemeine Zeitung* über einen Fall von Maschinenstürmerei in der preußischen Hauptstadt. Die Kanalarbeiter hatten hierbei eine Pumpe zerstört, die sie als ursächlich für die hohe Arbeitslosigkeit in der Stadt ansahen. Weiterhin schrieb die Zeitung, dass sich Friedrich Wilhelm IV. nicht recht zur Abschaffung der Todesstrafe, wie sie zeitgleiche Debatten in der Paulskirche forderten, durchringen könne.⁴⁶² Beide Artikel blieben ohne weitere Kommentare. Sie beschränkten sich im Wesentlichen darauf, die Geschehnisse wiederzugeben.

Die *Konstanzer Zeitung* vom 3. November 1848 hatte einen Leitartikel der *Allgemeinen Zeitung* übernommen, der sich mit möglichen Lösungen der „deutschen Frage“ auseinandersetzte: Die *Allgemeine* ging davon aus, dass sich Österreichs Zukunft nicht auf dem Schlachtfeld in Olmütz, Wien oder Pest entscheide. Die Frankfurter Nationalversammlung sei vielmehr die einzige Institution, welche die Zeitung als in der Lage erachtete, den immer komplexer werdenden Konflikt zwischen den deutschen und nichtdeutschen Teilen der k.u.k.-Monarchie zu lösen. Die Politik Metternichs habe zum inneren Zerfall der Monarchie geführt, welche nur eine politische Kehrtwende heilen könne: „[A]n die Stelle der Unterdrückung müßte die Freiheit treten, die diplomatische Verstocktheit der loyalsten Offenheit weichen, der Krieg Aller gegen Aller mit der gleichen Berechtigung Aller vertauscht werden [...]“.⁴⁶³ Die *Allgemeine* plädierte für eine umfassende Reform der Monarchie und sprach hierbei vor allem der Nationalversammlung auch nach der Septemberkrise noch jenes politische und moralische Gewicht zu, das für eine solche Neuordnung erforderlich sein würde.

Anfang Dezember brachte die *Konstanzer Zeitung* einen Leitartikel, der sich mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der unklaren völkerrechtlichen Stellung Deutschlands beschäftigte. Die Zeitung sah es für die wirtschaftliche Verbindung mit anderen Ländern und insbesondere mit den Vereinigten Staaten als notwendig an, die Position der Zentralgewalt verfassungsrechtlich zu klären: „[E]s ist die erste Bedingung, um die deutsche politische und kommerzielle Einheit aus dem Gebiet der Träume und Wünsche in

⁴⁶² Vgl. ebd., 20.10.1848, S. 1087.

⁴⁶³ Ebd., 03.11.1848, S. 1143, vgl. dort auch Vorstehendes.

die Wirklichkeit einführen zu können.“⁴⁶⁴ Somit betrachtete die *Zeitung* eine wirtschaftliche Einheit als ersten Schritt zu einer realpolitisch existenten engeren politischen Verbindung der 38 deutschen Länder.⁴⁶⁵

Die Verhaftung des wegen politischer Vergehen angeklagten Obergerichtsadvokaten Rottecks durch die badischen Behörden war in der 112. Sitzung der II. Kammer Gegenstand der Verhandlungen. Es kam hierüber zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Brentano und Staatsrat Bekk, welche die Linke bzw. die Seite der Regierung repräsentierten. Der *Schwäbische Merkur*, dem die Konstanzer dieses Protokoll entnommen hatten, gab den Streit auf den ersten Blick neutral wieder, schrieb Brentano allerdings zu, er habe den Kammerpräsidenten durch sein renitentes Verhalten zu einer Sitzungspause gezwungen.⁴⁶⁶ Insofern lagen in den Augen des Lesers die Sympathien aufseiten des bedacht vorgehenden Regierungsmitgliedes.

Die *Konstanzer Zeitung* wandte sich in ihrer Tendenz im letzten Quartal 1848, indem sie die politische und moralische Macht der Nationalversammlung betonte, dem konstitutionellen Liberalismus erneut zu. Als weiteres Element stieß die Betonung der pro-nationalstaatlichen Ausrichtung hinzu, das die gemäßigte Tendenz noch einmal unterstrich.

A.4.3.7 Zwischen Reform und Revision: Die *Konstanzer Zeitung* im I. Quartal 1849

Nachdem sich die *Zeitung* Anfang Januar 1849 gegen Einschränkungen im Bereich der Vereins- und Preßfreiheit ausgesprochen hatte,⁴⁶⁷ rückten im Februar Überlegungen der Karlsruher Regierung in den Vordergrund, die Teilnehmer der revolutionären Züge des Frühlings 1848 zu begnadigen. Aus Konstanz berichtete Rolle, dass man die Amnestie für Ignaz Vanotti, Nepomuk Katzenmayer⁴⁶⁸ und Karl Zogelmann als Teilnehmer des

464 Ebd., 01.12.1848, S. 1255, vgl. dort auch Vorstehendes.

465 Vgl. ebd. Die *Zeitung* kritisierte weiter, dass die einheitliche deutsche Handelsflagge, deren Einführung die Nationalversammlung vierzehn Tage vorher beschlossen hatte, nur Verwirrung schaffen würde: „Eine allgemeine deutsche Handelsflagge soll ein geführt werden. Nicht Vortheile, größerer Schutz, größere Achtung im Ausland, nein, nur maßlose Verwirrung und Rathlosigkeit würden daraus resultiren, ehe der neue deutsche Bundesstaat und seine neue Regierungsform überall anerkannt sind.“ (ebd.).

466 Vgl. ebd., S. 1255f, wörtlich führte die *Zeitung* aus: „Brentano fällt ihm [Staatsrat Bekk] wieder ins das Wort, worauf ihn der Präsident zu schweigen gebietet, ihn zur Ordnung ruft, und als auch dieß nichts fruchtete, [...] die Sitzung auf eine Stunde aufhebt.“

467 Vgl. ebd., 05.01.1849, S. 19.

468 Nepomuk Katzenmayer (1808- 1867) war „[...] Kaufmann und führender Vertreter des liberalen Bürgertums in Konstanz, Mitglied des 'Bürgermuseums' und des großen Bürgerausschusses, Initiator mehrerer Projekte zur Stadtentwicklung. Beteiligte sich am Aprilaufstand 1848, floh in die Schweiz und wanderte in die USA aus.“ (Berger 1998, S. 35).

Heckerzuges für die kommenden Tage „mit Freude“ erwarte.⁴⁶⁹ Der dieser Mitteilung folgende Bericht aus den Verhandlungen der II. Kammer zeigte auf, dass ein erstes Amnestiedekret der Regierung offenbar zu wenig eindeutig formuliert worden war, weshalb sich bisher kein Betroffener gemeldet habe. Auch habe die Regierung das Dekret nicht im Regierungsblatt veröffentlicht. Die Kammer verlangte nun eine Veröffentlichung der Regelungen im Regierungsblatt, um Rechtssicherheit zu schaffen, und forderte ihrerseits die Amnestiesuchenden auf, sich bei den Behörden zu melden.⁴⁷⁰

Aus Thüringen schrieb das *Frankfurter Journal* tendenziös aus Sicht der Linken, dass man sich der Freiheiten der neuen Verfassung nicht erfreuen könne, solange Aussagen, welche diese lobten, ständig Gegenstand von Schmähungen und Verfolgungen würden. Zudem würden Landwehr und reguläres Militär der Demokratie ablehnend gegenüberstehen.⁴⁷¹

In Bayern war es zu einer Verzögerung der Ratifizierung der Grundrechte gekommen, die Anlass zu Kritik an der Regierung bot. Letztere behauptete, dass der materielle Gehalt der Grundrechte durch die weitgehenden Rechte der Bayern bereits ratifiziert seien und die Übernahme der Frankfurter Regelungen auf dem Weg der Vereinbarung zwischen Kammer und Krone vollzogen werden solle.⁴⁷² Die *Konstanzer Zeitung* fuhr hierauf mit der Übernahme eines Artikels des *Frankfurter Journals* fort, welches sich auf die *Neue Würzburger Zeitung* bezog, und setzte sich kritisch mit dem Konfliktpotenzial zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung auseinander: „Der schlichte Verstand [...] verzweifelt am Recht, wenn er nicht mehr weiß, was Rechtens ist, und verzweifelt am Gesetz, wenn nicht jedes Gesetz als unantastbar gilt.“⁴⁷³ Thematisch zu dieser kritischen Betrachtungsweise zur Frage des Primats der Reichs- vor der Landesgesetzgebung brachte Rolle im Anschluss an diese Artikel den Entwurf des „Reichsgesetzes zur Gewähr der Reichsverfassung“.⁴⁷⁴

469 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 02.02.1849, S. 131.

470 Vgl. ebd. Zu den Teilnehmern am Heckerzug hieß es: „Die weitem noch nicht Amnestirten aber gehören unter Jene, welche sich schwerer beim Hecker'schen Zuge betheilt oder dem zweiten Struve'schen Zuge angeschlossen hätten.“ (ebd.). Der Terminus „schwerer betheilt“ lässt einen breiten Raum zur Ausdeutung seitens der Behörden. Neben den Verhandlungen über die Einführung der Schwurgerichte und den vorgestellten Amnestieregelungen hatte sich die Kammer mit Petitionen, die ihre Auflösung forderten bzw. ihr das Vertrauen aussprachen, zu beschäftigen. Als Vorsitzender einer mit dieser Frage befassten Kommission habe der Heidelberger Historiker Ludwig Häusser der Kammer einen Bericht übergeben, der vervielfältigt werden sollte (vgl. ebd.).

471 Vgl. ebd., 05.01.1849, S. 20.

472 Vgl. ebd., 02.02.1849, S. 132.

473 Ebd. Weiterhin wollte die *Mittelfränkische Zeitung* von Gerüchten wissen, nach denen Prinz Luitpold mit Zustimmung Österreichs für sich als Kandidat geworben habe. Würde die Kaiserwahl auf ihn fallen, so wolle er alle Reichsgesetze für Bayern übernehmen, hieß es weiter (vgl. ebd.).

474 Vgl. ebd., S. 246f. Das neue Ministerium unter Leitung des Oberappellationsrats Dr. Held, wurde der

Im Unterschied zu Bayern ratifizierte Baden die Gesetze der Nationalversammlung auch im zweiten Jahr der Revolution. Die „Allgemeine deutsche Wechselordnung“ vom 24. November 1848 verkünde das Regierungsblatt Nr. 9 im Februar 1849, schrieb die *Konstanzer Zeitung* Anfang März.⁴⁷⁵

Nachrichten über die Revisionspolitik der deutschen Fürsten fanden im I. Quartal 1849 zunehmend den Weg nach Konstanz: Gerüchte über ein Bündnis zwischen Russland, Österreich und Bayern beschäftigten Ende Februar die Kammer. Aus Sachsen schrieb die *Karlsruher Zeitung*, dass der König dem Entlassungsgesuch des Ministeriums Braun stattgegeben habe. Grund des Gesuchs war der fehlende parlamentarische Rückhalt der Regierung.⁴⁷⁶

Aus Hamburg schrieb die *Zeitung* schließlich über die Feier zu Ehren der Grundrechte. Das Blatt gab Gerüchte wieder, nach denen „eine gewisse Parthei“ die Illumination als Demonstration der politischen Überzeugung verstehen wolle und im Begriff sei, diejenigen, welche schlecht oder gar nicht beleuchten, entsprechend anzugehen.⁴⁷⁷ Das Blatt verhielt sich in diesem Falle weit weniger neutral-zurückhaltend als in Bezug auf die Artikel, die von fortschreitenden restaurativen Tendenzen berichteten. Die linksgerichteten Kräfte beschrieb es als „Krawallbrüder“, denen die *Zeitung* zudem ausgeprägt frankophile Tendenzen nachsagte.⁴⁷⁸

A.4.3.8 Die Berichterstattung zur III. Badischen Erhebung in der Kategorie „Liberalität“

Ende April wurde der Prozess gegen den Inhaber und Redakteur der *Konstanzer Seeblätter*, Josef Fickler, Thema in der *Konstanzer Zeitung*. Das Blatt nannte als Beginn der Verhandlungen des Freiburger Geschworenengerichts den 2. Mai 1849 und lobte ausdrücklich dessen Verteidiger, Brentano, als Kämpfer für die Rechte des Volkes.⁴⁷⁹ Im Anschluss an diese erste Mitteilung nannte die *Zeitung* auf einer drittel Seite noch Namen

Kammer noch in der Sitzung vom 24.02.1849 bekanntgegeben (vgl. ebd., S. 247).

475 Vgl. ebd., 02.03.1849, S. 247.

476 Vgl. ebd. Auch in Preußen kam es zu einer Kabinettsumbildung: Graf von Arnim wurde zum Minister für auswärtige Angelegenheiten, der geheime Oberfinanzrat von Raabe zum Finanzminister ernannt (vgl. ebd., S. 247f.). In der Frage der politischen Selbständigkeit Polens hatte sich Frankreich an das reaktionäre Russland angenähert. Es seien mit der Bahn aus dem Badischen in Straßburg eintreffende Polen wieder zurückgeschickt worden, woraufhin die Karlsruher Regierung ihrerseits die Einreise weiterer Polen in Baden untersagt habe (vgl. ebd., S. 247).

477 Vgl. ebd., 02.03.1849, S. 248.

478 Vgl. ebd., wörtlich: „Es scheint allerdings, als würde ein bischen Krawall manchen Leuten ganz willkommen sein.“ (ebd.)

479 Vgl. ebd., 20.04.1849, S. 463.

und Amtsbezeichnungen aller für den Prozess Ficklers gelosten Geschworenen,⁴⁸⁰ was die Bedeutung des Prozesses für die Konstanzer unterstrich.

Am 8. Juni schrieb die *Konstanzer Zeitung* aus Heppenheim, dass es dort zu einem Gefecht zwischen hessischen Soldaten und Bewaffneten aus Baden gekommen sei, dem viele Hessen zum Opfer gefallen waren. Weiterhin wurden im Ort mehrere Demokraten als Spione festgenommen.⁴⁸¹

In einer Zeit der politischen Unsicherheit, des Übergangs von der revolutionären zur wiedererstarkenden großherzoglichen Macht, erschien Anfang Juli 1849 eine Nachricht der *Frankfurter Oberpostamtszeitung* derzufolge sämtliche Zeitungen außer der *Karlsruher Zeitung*, die personell umbesetzt wurde, verboten worden seien. Aufseiten der Politik wurden alle politischen Vereine, Clubs und Volksversammlungen untersagt, auch Waffen in privatem Besitz mussten abgegeben werden.⁴⁸² Diese Nachricht fand sich direkt im Anschluss an zwei Aufrufe der „provisorischen Regierung mit diktatorischer Gewalt“, in denen den Konstanzern, datiert auf den 1. Juli, über Siege der revolutionären Truppen berichtet wurde, wenngleich sich diese auf eine Position südlich Rastatts hätten zurückziehen müssen.⁴⁸³ Die unmittelbare Folge dieser beiden Meldungen veranschaulicht, wie unklar und wenig überschaubar die Machtverhältnisse in diesen ersten Julitagen im Seekreis gewesen sind.

In derselben Ausgabe, ebenfalls noch auf der Titelseite, fand sich eine Meldung der *Allgemeinen Zeitung* vom 30. Juni über inhaftierte Mitglieder der Volksvereine in der Fichtelgebirgsregion. Die Internierungen standen nach Angaben der Zeitung im Zusammenhang mit dem Projekt einer bewaffneten Kampagne zur Durchführung der Reichsverfassung im Raum Bamberg.⁴⁸⁴

Die Übernahme der Regierungsgewalt durch den revolutionären Landesausschuss der badischen Volksvereine blieb für die Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* weitgehend folgenlos. Nur einzelne Artikel, offiziöse Verlautbarungen, fanden den Weg nach Konstanz. Abgesehen vom Bereich „Revolutionäres“, den es noch zu betrachten gilt und der eher auf Aktionen als auf Theoriediskussionen und Hintergründe ausgerichtet ist, fand die Machtübernahme kaum einen Niederschlag im Blatt.

480 Vgl. ebd.

481 Vgl. ebd., 08.06.1849, S. 674.

482 Vgl. ebd., 06.07.1849, S. 789. Angesichts der Tragweite dieser Verbote ist es verwunderlich, dass die Bürgerwehren zu diesem Zeitpunkt nicht auch untersagt worden sind (vgl. ebd.).

483 Vgl. ebd.

484 Vgl. ebd.

A.4.3.9 „Liberalität“ im Zeichen der Konterrevolution?

Während ein Blick in die erste Juliausgabe den Revolutionären noch Zuversicht bezüglich möglicher anderer Volkserhebungen vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Niederlage in Baden zu geben versuchte, war im August 1849 der Sieg der alten Gewalten ein vollständiger:

Der Freiburger Gemeinderat wurde am 29. Juli von Prinz Wilhelm von Preußen empfangen, der die preußischen Truppen gegen Baden geführt hatte. Zunächst habe der Gemeinderat für die Niederschlagung des revolutionären Regimes Brentanos gedankt, welches der Rat „[...] ebensosehr als verbrecherisch wie in seinen Folgen unheilvoll beklage und aufs Tieffste verabscheue“.⁴⁸⁵ Der Gemeinderat habe weiter herausgestrichen, dass Ordnung und Recht Grundlage jeder vernünftigen Freiheit seien. In seiner Antwort, welche die *Konstanzer* ebenfalls der *Neue Freiburger Zeitung* entnommen hatte, habe Prinz Wilhelm die Behörden dazu aufgefordert, die militärisch errungene Ordnung nun durch ihr Tun zu festigen.⁴⁸⁶

Dieser Artikel zeugt vom Willen der noch legal erscheinenden Presse, sich den neuen Gewalten ebenso zu beugen wie die (neu eingesetzten) politischen Vertreter des restaurierten badischen Staatswesens.

Die hiermit erneut aufgenommene und bewusst devot gehaltene Berichterstattung über die Herrschenden erfuhr im September 1849 eine Fortsetzung: Wie zu vormärzlichen Zeiten waren nach Mitteilung des erst- und auch einmalig in der *Konstanzer Zeitung* zitierten Schwäbischen *Kuriers* der württembergische Kronprinz und die Kronprinzessin unter Begleitung der Bürgerwehr und unter Anteilnahme der bürgerlichen Kollegien ins Stuttgarter Stadtschloss begleitet worden.⁴⁸⁷

Die *Konstanzer Zeitung* teilte am 7. September mit einwöchiger Verzögerung eine Proklamation des dänischen Königs an die Schleswig-Holsteiner mit: Diese wurden aufgefordert, bei ihrem rechtmäßigen Landesherrn um Vergebung zu ersuchen. Dann werde man seitens des Monarchen bereit sein, „das Vergangene zu vergessen“.⁴⁸⁸ Preußen, das gemeinsam mit dem dänischen Herrscher bzw. dessen Abgesandten trotz andauernden Kriegszustandes mit dem Deutschen Bund die Verwaltungskommission Schleswig-Holsteins bildete, drängte Kopenhagen dazu, den Titel „königlich“ in amtlichen

485 Ebd., 03.08.1849, S. 895, vgl. dort auch Vorstehendes.

486 Vgl. ebd., S. 896f.

487 Vgl. ebd., 07.09.1849, S. 1039.

488 Vgl. ebd., S. 1039f.

Erlassen vorerst zu vermeiden.⁴⁸⁹ Hierdurch wurde aus der *Konstanzer Zeitung* deutlich, wie die revisionistischen Kräfte auch im norddeutschen Raum nach dem militärischen Sieg über die Revolution zusammenarbeiteten.

Den Konstanzern selbst gab das restaurierte großherzogliche Bezirksamt bekannt, dass jeder Aufenthalt außerhalb des Heimatortes eine amtliche Bescheinigung über den Reisezweck bedürfe und die Unverdächtigkeit der eigenen Person bestätigen müsse. Im Falle einer Nichtbeachtung dieser einem Reiseverbot nahekommenden Verordnung sollte eine Arretierung erfolgen.⁴⁹⁰

Die Inhalte der Kategorie „Liberalität (wirtschaftliche und politische)“ verschoben sich im III. Quartal deutlich. Nach dem Sieg der Preußen passten sich die Übernahmen aus anderen Zeitungen den geänderten Machtverhältnissen an. Davon betroffen waren auch die als berichtenswert erachteten Inhalte, die sich in dieser Kategorie zunächst auf zu publizierende Verordnung der restaurierten bzw. gestärkten fürstlichen Gewalten in Baden und andernorts konzentrierten. Hinzu kamen Mitteilungen über den Vollzug der Machtübernahme. Trotz des generellen Verbotes der allermeisten Zeitungen im Juli 1849⁴⁹¹ konnte die *Konstanzer Zeitung* ohne Unterbrechung weiter erscheinen, was auf deren Wichtigkeit bzw. Alternativlosigkeit vor dem Hintergrund des nunmehrigen Monopols dieses Blattes in der Seekreisregion zurückzuführen ist. Trotz dieser scheinbaren Kontinuität wandelte sich der Inhalt des Blattes in auffälliger Weise.⁴⁹²

A.4.3.10 Die Aufarbeitung der III. Badischen Erhebung im Zeichen der politischen Restauration

In der Kategorie „Liberalität“ fanden sich im letzten Quartal 1849 mehrheitlich Artikel, die auf die Ereignisse der zurückliegenden Jahre zurückschauten und eine Bewertung versuchten. Hinzu kamen solche, die sich mit dem Erreichten befassten und der Frage, ob bzw. wie dies dem Volk erhalten werden könnte.

Am 5. Oktober ging die *Konstanzer Zeitung* zunächst auf die Schuldfrage an den drei badischen Aufständen ein. Den Anlass hierzu boten standrechtliche Verfahren, die in

489 Vgl. ebd., S. 1040.

490 Vgl. ebd., S. 1043.

491 Vgl. ebd., 06.07.1849, S. 789.

492 Vgl. neben den hier angestellten inhaltlichen Betrachtungen auch die quantitative Verteilung der zitierten Zeitungen vor Beginn des III. Badischen Aufstandes in den Monaten Mai und Juni sowie nach der Restauration der vormärzlichen Staatsgewalt.

Rastatt gegen Zivilisten durchgeführt wurden. Diese seien als „Wühler“ hauptverantwortlich auch für den Aufstand des Militärs gewesen. Die Zeitung behauptete weiter, dass die „Wühler“ in Versammlungen unschuldige Bürger planmäßig verführt hätten.⁴⁹³ Nach dieser Auffassung folgerichtig untersagte die Kommandantur Anfang des Monats in Konstanz den Besuch von Wirtshäusern nach Feierabend.⁴⁹⁴

Das *Mannheimer Journal* ging auf die 1849 in Zürich erschienene *Geschichte der rheinpfälzischen Revolution und des badischen Aufstandes* ein. Aus der Lektüre ergebe sich, dass Friedrich Hecker, den das Blatt als Ehrenmann beschrieb, der sein Wort zu halten verstünde, von Brentano verraten worden sein solle. Letzterer habe sich in Paris für die Festsetzung Heckers eingesetzt und Briefe seiner Angehörigen abgefangen, in denen Hecker von der Rückkehr nach Deutschland abgeraten wurde. Brentano wurde in diesem Artikel als Verräter bezeichnet, der selbst unter seinen Gesinnungsfreunden vor Verhaftungen nicht zurückschrecke, während Hecker als standhafter Charakter vorgestellt wurde.⁴⁹⁵

Aus Nordschleswig berichtete die *Allgemeine Zeitung*, dass dort die Zustände für die Deutschgesinnten zunehmend unerträglich würden. Die Regelungen über den Waffenstillstand machten das vergossene Blut der Soldaten unnütz. Anhand der Wahl eines Diakons in Apenrade suchte die Zeitung zu veranschaulichen, dass die Dänen auch vor unwahren Behauptungen nicht zurückschreckten, um ihnen unliebsame Personen von Ämtern fernzuhalten.⁴⁹⁶

Im folgenden Monat rückte die juristische Bearbeitung des Maiaufstandes erneut in den

493 Vgl. ebd., 05.10.1849, S. 1159, wörtlich zu den Versammlungen der Linken: „Hier wurden Bürger [...] verführt, und von diesem Mittelpunkt aus gingen dann in neuester Zeit der Volksverein, die Robert-Blum-Feier, und die ganze verkehrte Richtung der Pompierkompagnie hervor.“ (ebd.).

494 Vgl. ebd., S. 1162.

495 Vgl. ebd., 05.10.1849, S. 1158. Fenner v. Fenneberg kritisierte mit der Behauptung, Brentano habe nur Baden im Sinn gehabt und nicht Deutschland, dessen Wesen als engstirnig (vgl. Fenneberg 1849, S. 122). Weiter hieß es über die geplante Verhaftung Heckers und Brentanos Charakter: „Eine revolutionäre That hatte der B r e n t a n o bis zum Mai 1849 noch nicht begangen, wohl aber in der Kammer für die Verhaftung H e c k e r s gestimmt. Herr B r e n t a n o ist ein politisch durchwegs beschränkter Kopf, wie es bei allen bornirten Naturen der Fall, von maßlosem Selbstdünkel und Ehrgeiz erfüllt.“ (Fenneberg 1849, S. 123). Im Verlauf der Erhebung habe sich Brentano mehrfach gegen die politische Linke engagiert, wie etwa bei der Schließung des „Clubbs des entschiedenen Fortschritts“ in Karlsruhe oder beim Spinnen einer Intrige zur Verhaftung Heckers in Frankreich. Stattdessen habe er seinen Freunden ohne Prüfung ihrer Eignung Positionen in der Staatsverwaltung beschafft (vgl. ebd., S. 124f.). Es ist anzunehmen, dass nicht zuletzt seine Entlassung als Oberbefehlshaber des rheinpfälzischen Volksheers nach dem missglückten Sturm auf die Festung Landau zum Groll Fennebergs gegen Brentano beigetragen hat (Österreichisches Biographisches Lexikon 1815- 1950, 1957, Bd. 1. Wien, Lemma: Fenner von Fenneberg Daniel Frh., S. 298 [http://www.biographien.ac.at/oeb1_1/298.pdf, Abfragedatum: 01.12.2010]). Ähnlich urteilte Häusser: „Selbst kalt und egoistisch, einer enthusiastischen Erregung unfähig, ohne Aufschwung, ohne Ideen und Ideale zeigte B r e n t a n o [...] die eiserne Stirne eines Demagogen von der schlimmsten Sorte.“ (Häusser 1851, S. 151, vgl. auch Röckel 1949, S. 74).

496 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 14.12.1849, S. 1160.

Fokus der Betrachtung: Am 29. Oktober skizzierte der *Schwäbische Merkur* den Verlauf der zwei letzten standrechtlichen Verfahren in Rastatt. Zwar gaben die soldatischen Richter dem Ansinnen eines Verteidigers nicht statt, sich selbst für unzuständig zu erklären, weil der Kriegszustand in Baden durch unterlassene Verlängerung nun beendet sei.⁴⁹⁷ Allerdings wurde der Prozess nach Anhörung der Zeugen an die ordentlichen Gerichte abgegeben.⁴⁹⁸ In Bezug auf die Erörterung der Frage nach den Schuldigen am Maiaufstand unterstrich der *Merkur* am Rande dieses Artikels noch einmal, dass dieser ohne eine jahrelange Tätigkeit der radikalen Partei wohl unmöglich gewesen wäre. Anhand der Prozessschilderung über den ehemaligen Zivilkommissär der provisorischen Regierung, Advokat Grether, entwickelte das Blatt folgende Zusammenhänge:

Grether war Zivilkommissär gewesen und wurde vom Gerichte als Hauptstifter der Mai-Revolution bezeichnet, wie er denn seit Jahren als Repräsentant der radikalen Partei in hiesiger Stadt angesehen werden konnte, eine Robert-Blum-Feier [...] veranstaltet hatte, Vorstand der Volksvereine gewesen war. Doch nur über sein Wirken als Zivilkommissär konnte die Anklage [...] sich verbreiten und lautete daher auf zehnjährige Zuchthausstrafe.⁴⁹⁹

Es wird deutlich, dass versucht wurde, zuungunsten einiger Protagonisten die Schuld von der Mehrheit des Volkes, die eben nicht für die Verteidigung der großherzoglichen Ordnung gefochten hatte, abzuwälzen.

In einem der letzten aus dem linksgerichteten *Frankfurter Journal* entnommenen Artikel warnte dieses Blatt die Regierungen, die in der Revolutionszeit gewährten Freiheiten zurückzunehmen. In einem solchen Falle entstehe neuer Unmut, der sich zu einer neuen Revolution steigern könne.⁵⁰⁰ Die Regierung solle stattdessen den Ausgleich mit dem Volk suchen: „Eine durch die Gewalt der Waffen herbeigeführte Ruhe kann niemals dauernd sein, wenn nicht auch im ideellen Reiche der Gedanken Versöhnung und Friede erstrebt wird.“⁵⁰¹

Im Dezember 1849 wurde in der *Konstanzer Zeitung* in Form zweier Vorladungen angekündigt, dass dem kurzzeitigen Regierungsdirektor Josef Ignaz Peter, der als Abgeordneter der Nationalversammlung den Wahlkreis Überlingen als Mitglied der linken Fraktion Donnersberg vertreten hatte,⁵⁰² und Josef Fickler nun der Prozess gemacht werden

497 Vgl. ebd., 02.11.1849, S. 1281, wörtlich zitierte der *Schwäbische Merkur* die soldatischen Richter mit: „Wir sind als Soldaten zum Richten befiehlt, wir werden richten.“ (ebd).

498 Vgl. ebd.

499 Ebd., 02.11.1849, S. 1281.

500 Vgl. ebd., 02.11.1849, S. 1281f. Das Blatt machte anhand eines aufgrund seiner demokratischen Gesinnung in einen anderen Ort und eine niedrigere Position versetzten Beamten deutlich, dass die Regierung sich im Sinne einer stabilen Ordnung willkürlicher Eingriffe enthalten solle (vgl. ebd., S. 1282).

501 Ebd.

502 Vgl. Best/ Weege 1996, S. 396.

sollte. Das großherzogliche Bezirksamt bezichtigte beide der Teilnahme an der letzten und der vorherigen Erhebung, wofür man grundsätzlich beide für den vollen materiellen Schaden verantwortlich machte.⁵⁰³ Im Falle des Nichterscheinens, Fickler war in Württemberg inhaftiert, Peter flüchtig, anerkannten die Angeklagten nach badischem Recht unter Verzicht auf Verteidigung die Beschuldigungen in vollem Umfang.⁵⁰⁴ Peter wurde demnach auf Zahlung von 3.300.000 Gulden verurteilt, die binnen vierzehn Tagen an die Staatskasse zu zahlen waren. Diese Summe entsprach dem geschätzten Schaden des Heckerzuges, bei dem Peter indirekt durch die Annahme der Statthalterschaft für den Seekreis beteiligt gewesen sein sollte (300.000 Gulden) und dem Maiaufstand, für dessen Schaden eine Summe von drei Millionen Gulden veranschlagt wurde.⁵⁰⁵ Da Fickler jedoch nur eine „Raritäten-Sammlung“ besaß und Peter über ein Vermögen von geschätzten 30.000 Gulden verfügte, sollte der gesamte Besitz beider Angeklagten beschlagnahmt werden.⁵⁰⁶

Neben solchen bereits im Anklagetext alles andere als gerechten und ausgeglichenen Verfahren informierte Albert Rolle die Konstanzer über die Verleihung von Studienpreisen an der Heidelberger Universität anlässlich des Geburtstages des (Wieder-)Begründers der Hochschule.⁵⁰⁷ In der Festansprache wurde weiterhin die feste Bindung der Professorenschaft an die großherzogliche Regierung betont.⁵⁰⁸

Diese letzten Artikel des Jahres 1849 zeugen in der Rückschau vom Eifer der Regierungsvertreter, die Vorkämpfer der Revolution zu bestrafen, die sich zum Teil zu grotesk wirkenden Anklagen verstiegen, und dem Anbietern der Professorenschaft an das restaurierte System.

Am 4. Januar 1850 druckte die *Konstanzer Zeitung* die Bemerkungen der *Neuen Freiburger Zeitung* zur zurückliegenden ersten Hälfte des Jahrhunderts ab. Einen

503 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 08.12.1849, S. 1457f.

504 Vgl. ebd.

505 Vgl. ebd., S. 1458.

506 Vgl. ebd., zur Üblichkeit des Verfahrens, einzelne Revolutionsteilnehmer für den Gesamtschaden der Erhebungen verantwortlich zu machen vgl. Weech 1896, S. 577. Die Schadenshöhe der revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/ 49 wurde in einer späteren Aufstellung mit 7,5 Millionen Gulden taxiert. Der preußische Militäreinsatz musste mit 1,5 Millionen Gulden ebenfalls aus dem badischen Haushalt finanziert werden (vgl. Hug 2006, S. 128). Bei den 3,3 Millionen Gulden handelte es sich daher um eine vorläufige Schätzung.

507 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 08.12.1849, S. 1458. Es hatten sich zwei (!) Bewerber um die ausgelobten Preise bemüht, von denen einer ausgezeichnet wurde.

508 Vgl. ebd., S. 1453.

Schwerpunkt der Betrachtung bildete dabei das Jahr 1849, in dem sich der „Dämon der Revolution“ in ganz Europa der „Macht der Bajonette“ habe beugen müssen. An den Protagonisten des Landesausschusses ließ das Blatt dabei kein gutes Wort. Sie seien im Verbund mit den politisch instabilen Nachbarländern für die Erhebung und die folgende Not Badens verantwortlich gewesen:

[D]ie Lage Badens an der Gränze Deutschlands, die Nähe zweier in unaufhörlicher Gährung begriffener Republiken, die politische Verbindung eines großen Theils des Volkes, eingeleitet durch den mißverstandenen Widerspruch, welcher in Kammer und Presse gegen die verknöcherten Bundesverhältnisse und das von ihnen abhängige Regierungssystem geschürt worden ist, [...] waren Schuld, daß das Geschwür [...] gerade hier zu wiederholten Malen aufbrach [...].⁵⁰⁹

Die *Neue Freiburger* sah die seit den Jahren nach 1832 steigende Unzufriedenheit am badischen System als fehlgeleitete Kritik am Deutschen Bund an, dessen Verhältnisse der eigentliche Auslöser für ein Auseinanderdriften von Regierung und Volk gewesen sei.⁵¹⁰ Nun gelte es, die Grenzen der Parteiungen zu überwinden, um in neuer Einheit gemeinsam mit dem Fürsten für ein wirtschaftlich und sozial gesundetes Baden in einem deutschen Nationalstaat einzutreten. Der Fürst habe seit jeher nur das Gute für den Staat gewollt und sei Opfer des Frevels der Radikalen geworden.⁵¹¹

Aus Württemberg brachte die *Allgemeine Zeitung* einen kommentierenden Artikel über den Vorschlag der *Württembergischen Zeitung*, die Republikaner nach ihrem erneuten Wahlsieg im Königreich in die Regierungsverantwortung zu nehmen. Dann sollten diese binnen dreier Monate beweisen, dass die Linke nicht im Stande sei, die Probleme im Land zu lösen und insbesondere ihre Versprechungen einzuhalten. Die *Allgemeine* verwarf diese Möglichkeit einer „Entzauberung der Opposition“ als unverhältnismäßig gefährlich in Bezug auf die Finanzen und das Ansehen des Königreichs im Ausland.⁵¹² Wie bereits im Januar die *Neue Freiburger Zeitung* appellierte nun auch die *Allgemeine Zeitung* an die Parteien, sie mögen zusammenstehen und sich den großen Zielen der Zeit unterordnen. Ferner sollten sie ihre Verheißungen als „Welterretter und Weltbeglucker“ zurücknehmen, um der Krone die Möglichkeit einer stabilen Regierungsbildung zu eröffnen.⁵¹³

Im Anschluss an diese den politischen Ausgleich der Bürger untereinander und

509 Ebd., 04.01.1850, S. 13, vgl. dort auch Vorstehendes.

510 Vgl. ebd.

511 Vgl. ebd., S. 13f., wörtlich: „Wir müssen uns aneinanderschließen (mögen auch die Meinungen etwas mehr nach rechts oder nach links neigen) zum Wiederaufbau des Staates, alle Parteien, die in Wahrheit und Aufrichtigkeit der Revolution und der Reaktion abhold sind, müssen sich [...] zur Versöhnung die Hand reichen [...]“ (ebd., S. 14).

512 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259, wörtlich: „Denn welchen Verlust an Ehre, Zeit und Entwerthung des Nationalvermögens hätte man zu befürchten, bis dieses Ministerium den erwarteten Beweis geliefert haben würde!“ (ebd.).

513 Vgl. ebd.

deren vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Fürsten und seiner Regierung appellierenden Artikel befasste sich die *Konstanzer Zeitung* im Sinne der Festigung des nachrevolutionären Systems weiter mit der bevorstehenden Einberufung der beiden Kammern des sogenannten „Unionsparlaments“ zu Erfurt: Eine Delegation der Stadt habe dem preußischen Monarchen für die Erwählung ihrer Stadt als Sitz des Unionsparlamentes gedankt.⁵¹⁴

Zwei inhaftierte Revolutionäre waren auf ihr Immediatgesuch hin vom preußischen König dahingehend begnadigt worden, dass sie statt der Todesstrafe nun in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe verfällt wurden.⁵¹⁵ Diese positive Berichterstattung über die Tätigkeiten der Herrschenden setzte sich im Februar 1850 fort. Das Blatt beschrieb hierzu einen Besuch des Prinzen von Preußen in Freiburg, wo er im Theater mit einem einstimmigen „Hoch“ der Anwesenden begrüßt worden sei.⁵¹⁶

Auf die Neubildung des (konservativen) Ministeriums Hassenpflug in Hessen bin ich im Abschnitt „Kirchliches“ näher eingegangen. Die *Zeitung* hatte diesbezüglich kritisch angemerkt, dass das Vorgängerministerium das Vertrauen einer Mehrheit des Volkes hinter sich vereint hatte.⁵¹⁷ Ebenfalls der *Neuen Freiburger Zeitung* hatte Rolle einen Artikel entnommen, der aus dem Hessischen berichtete, dass das örtliche Geschworenengericht den wegen eines Mordanschlages gegen Prinz Wilhelm von Preußen angeklagten Schreiner A. Schneider freigesprochen habe. Zwar hätten lediglich Indizien für das Vergehen des Angeklagten vorgelegen, dennoch habe sich das Gericht erstmals für einen militärischen Schutz seiner Sitzungen entschieden, um Tumulten vorzubeugen.⁵¹⁸ An das hier schon vorgefügte kritische Bild der politisch unabhängigen Rechtsfindung von Geschworenengerichten schloss sich ein weiterer Artikel, der anhand des Freispruchs des abgesetzten Sigmaringer Bürgermeisters Karl Graf zeigen sollte, dass die Geschworenen politisch urteilten und eben nicht die Würde und den „sittlichen Ernst“ besäßen, den eine solche Einrichtung benötige.⁵¹⁹

Trotz einer tendenziell konservativ werdenden Berichterstattung unterließ es die

514 Vgl. ebd., 04.01.1850, S. 15.

515 Ebd.

516 Vgl. ebd., 08.02.1850, S. 161.

517 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259f.

518 Vgl. ebd., S. 260.

519 Vgl. ebd., wörtlich: „Wird sich, sagt der 'Schwäbische Merkur', das Volk nicht selbst die Schuld zuschreiben müssen, wenn diese nach ihrem Zwecke so schöne Errungenschaft der Schwurgerichte, wegen des damit getriebenen Mißbrauchs und der schändlichen Herabwürdigung des feierlichen Akts zu einem Possenspiel bei uns nicht Wurzeln schlagen sollte?“ (ebd.).

Konstanzer Zeitung auch im I. Quartal 1850 nicht, die vormärzlich propagierten Errungenschaften einer gemäßigt liberalen Staatsordnung zu verteidigen. Brachten der Mai 1849, die III. Badische Erhebung, wie zuvor auch Heckerzug und Struveputsch, keine wesentlichen Änderungen der Zeitungsinhalte, so erzeugte ihn der militärische Sieg vom Juli 1849. Man wandte sich wieder Mitteilungen über das höfische Leben zu, berichtete über Ehrenbezeugungen gegenüber den fürstlichen Gewalten.

Um die „Schuldfrage“, die sich nach dem Sieg des preußischen Linienmilitärs bei Rastatt stellte, für die Mehrheit der Leser erträglich und gleichzeitig in einer obrigkeitlich sanktionierten Art und Weise zu klären, verwies man diese auf einige wenige revolutionäre Führer, vor allem aber an den „verschlagenen Ehrgeizling“ Clemens Brentano, den das Blatt noch Wochen vorher gelobt hatte. Das Volk sei von dieser Clique und ihren willfährigen Helfern, den „Wühlern“, verführt worden, wollte die *Zeitung* Lesern und Obrigkeit Glauben machen.

A.4.3.11 Zusammenfassende Rückschau

Im IV. Quartal 1847 war der Vormärz in der Kategorie „Liberalität“ noch deutlich spürbar. Dennoch gab es Anzeichen eines politischen Aufbruchs, mindestens aber bevorstehende Reformen waren bereits spürbar. 1847 lasse sich mit „vorwärts“ charakterisieren, schrieb man im Jahresrückblick.

Die *Konstanzer Zeitung* bemühte sich auch in den Märztagen darum, den Weg gesetzlicher Reformen zu betonen. Spannungen innerhalb der liberalen „Partei“ verbarg man soweit wie möglich. Dieses konstitutionelle Credo des Blattes hielt man auch in den kommenden Monaten aufrecht, die Übernahme eines Artikels der revolutionären *Neuen Deutschen Zeitung* Anfang Juli 1848 blieb eine Episode.

Im September 1848 diskutierte auch Konstanz über die Möglichkeit der Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele. Man zitierte dazu aus dem *Frankfurter Journal*, das die Reichsgewalt nicht wie im Mittelalter auf eine Hausmacht, sondern auf das Recht gestützt sah. Der progressive Geist dieser Tage spiegelte sich bereits in der quantitativen Auswertung als Übergewicht der tendenziell linksorientierten Blätter.

Das Gewicht der Nationalversammlung, das zu stärken sich die Zeitung von Beginn an verschrieben hatte, betonte das Blatt auch im IV. Quartal 1848, indem es behauptete, nur diese sei in der Lage, die Konflikte innerhalb der k.u.k-Monarchie zu lösen. Eine gewagte These angesichts des realpolitischen Einflusses Frankfurts auf Wien, wie die etwa

zeitgleiche Ermordung Blums zeigte. Als konkreten Fahrplan zur Einigung empfahl das Blatt, zunächst die wirtschaftliche Integration der deutschen Länder zu fördern, um dann das politische Einigungswerk zu vollenden.

Die Hochschätzung der Konstituante riss auch zu Beginn des Jahres 1849 nicht ab. Im Februar betonte die *Zeitung* den Primat der Reichs- vor der Landesgesetzgebung, wohl nicht zuletzt, da Gerüchte über ein Bündnis der konservativen Mächte in der Karlsruher Kammer umgingen. Dem Konstitutionalismus zugewandt, hieß man die Linken „Krawallbrüder“.

Nach einer kurzen Kurskorrektur infolge der III. Badischen Erhebung, die in den Artikeln dieser Kategorie nur randständigen Einfluss übte, wandte sich Konstanz nach dem Sieg der alten Gewalten wieder einer Berichterstattung zu, die dem Vormärz ähnlich war. Als Schuldige für den Aufstand machte man im IV. Quartal 1849 rasch die „Wühler“ aus, als deren einziges Streben das Verführen unschuldiger Bürger zu gelten habe. Dessen ungeachtet blieb der Volksheld Hecker „Ehrenmann“, der selbst um ein Haar dem Verrat Brentanos anheimgefallen wäre.

Im I. Quartal 1850 kamen die im Vormärz hochgelobten Geschworenengerichte in den Ruf, politisch zu urteilen und damit den „sittlichen Ernst“ der Aufgabe zu verkennen.

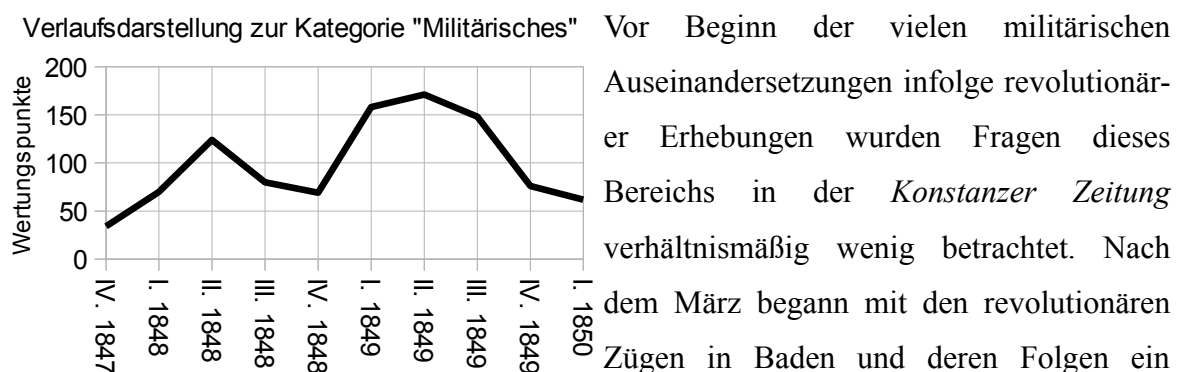
Zusammenfassend lässt sich eine spürbare Entwicklung des Blattes feststellen, dessen Basis allerdings die gesetzliche Reform war und über weite Zeitabschnitte blieb. Die Episode der Herrschaft des Landesausschusses vermochte dies nicht zu ändern. Innerhalb des gesetzlichen Reformweges differenzierten sich die hauptsächlich vertretenen Meinungen allerdings weiter aus: War man im letzten Vormärzquartal noch den progressiven Ideen „der“ Liberalen zugetan, mühte man sich im März um die Integration der auseinanderstrebenden Kräfte. Im Sommer 1848 noch mit deutlicher Präferenz für weitgehende Reformen, wandte sich Konstanz zwölf Monate später nicht zuletzt auf Druck äußerer Umstände einer kritischen Betrachtung der ehemals eigenen Reformwünsche zu. Die Zäsur der Brentano-Herrschaft zeigte sich weniger während ihrer Existenz als in ihren Wirkungen - dann allerdings unter restaurativen Vorzeichen.

A.4.4 „Militärisches“ in der *Konstanzer Zeitung*

A.4.4.1 Vorbemerkungen

Die Kategorie „Militärisches“ vereint alle Artikel, die sich mit Militärfragen im weitesten Sinne befassten. Hierzu zählen neben Militäroperationen und -aufständen auch Fragen der Heeresstruktur, Versammlungen von Militärangehörigen usw.

Mit knapp tausend Wertungspunkten bestimmten Inhalte dieses Bereichs die *Konstanzer Zeitung* maßgeblich. Beinahe 30% der Gesamtberichterstattung prägten Nachrichten dieses Schwerpunktes.



Bedeutungsgewinn, der sich nach einer Unterbrechung im III. und IV. Quartal 1848 bis zum Beginn des III. Badischen Aufstandes mit der Meuterei Rastatter Soldaten steigerte. Nach dem militärischen Sieg der Preußen ließ die Erscheinungshäufigkeit von Artikeln dieser Kategorie ab, bis sie im I. Quartal 1850 erneut das Niveau des Vormärz' erreichte.

A.4.4.2 Der Schweizer Sonderbundkrieg

Im Oktober 1847 erschienen abgesehen von regelmäßig erscheinenden Bekanntmachungen keine relevanten Meldungen zu diesem Thema.⁵²⁰

Zwei Tage nach Beginn des Sonderbundkrieges in der benachbarten Schweiz informierte die *Konstanzer Zeitung* Anfang November ihre Leser, dass ein Krieg zwischen Tagsatzung und den abtrünnigen Sonderbündlern unabwendbar erscheine. Diese Information entnahm Rolle einer Einschätzung des durchreisenden österreichischen Gesandten, der in der Stadt Aufenthalt genommen hatte. Die *Zeitung* betonte, dass man in Konstanz die unabsehbaren Folgen des Konflikts fürchte, an den Ereignissen selbst jedoch rege teilhabe.⁵²¹

Wiederum auf den Schweizer Sonderbundkrieg bezog sich am 3. Dezember 1847

⁵²⁰ Vgl. ebd., 08.10.1847, S. 813.

⁵²¹ Vgl. ebd., 05.11.1847, S. 883.

ein übernommener Artikel der *Oberrheinischen Zeitung*, in welchem die Schweizerische Wehrverfassung als vorbildlich dargestellt wurde. Die *Oberrheinische* wollte die Schweizer Wehrverfassung auch in Baden eingeführt wissen: „[D]ieser traurige Krieg [hat] wenigstens das Gute für das Ausland, manchen Gegner einer allgemeinen Wehrverfassung eines Besseren belehrt zu haben.“⁵²²

Die liberalen Kantone der Eidgenossenschaft galten dem Blatt als Beispiel für die Sinnhaftigkeit des liberalen Strebens nach einer allgemeinen Volksbewaffnung, welche als Alternative für die stehenden Heere gehandelt wurde. Die *Konstanzer Zeitung* übernahm durch die halbseitige Aufnahme des Artikels auf ihrer Titelseite die dort kundgetanen (liberalen) Einstellungen.

A.4.4.3 Vom Vormärz in die Revolution: „Militärisches“ im I. Quartal 1848

Im Januar 1848 befasste sich die II. Kammer mit Reformvorschlägen zur badischen Militärverfassung. Verhandelt wurde über die mögliche Einführung einer Landwehr für das Großherzogtum und eine Verringerung der Wehrpflicht auf zwei Jahre, der sich dann allerdings eine dreijährige Landwehrzeit anschließen sollte. Anhand eines Vergleichs der badischen Wehrausgaben mit denen anderer deutscher Länder versuchte die *Oberrheinische Zeitung* zu begründen, dass diese zugunsten der Wirtschaft und der Kultur des Landes zurückgeführt werden müsse. Das Blatt warf zudem den Gedanken auf, dass bewaffnete Auseinandersetzungen durch Rechtsprechung eines Tribunals ersetzt werden könnten.⁵²³

Über die Thronbesteigung Friedrichs VII. als Nachfolger seines Vaters König Christian VIII. von Dänemark und der Herzogtümer Schleswig und Holstein brachte die *Konstanzer Zeitung* am 4. Februar 1848 zwei Artikel: Zunächst wurde der neue Herrscher als sprunghafter Charakter beschrieben, dessen nächste Schritte niemand vorhersehen könne. Der Verfasser ging aber davon aus, dass Friedrich VII. nicht unmittelbar nach Regierungsantritt weitergehende Veränderungen einführen werde. Bis dahin würde das Volk der Herzogtümer Zeit haben, sich in seinen Angelegenheiten zu positionieren.⁵²⁴ Auch

522 Ebd., 03.12.1847, S. 967, vgl. dort auch Vorstehendes. Durch die Zeitverzögerung zwischen Übernahme der Nachrichten aus der Schweiz in die jeweilige Zeitung und der Aufnahme in ein weiteres Blatt, war zum Zeitpunkt der Erstellung des zitierten Artikels die Kapitulation des Kantons Wallis als letzten „Sonderbündler“ am 01.12.1847 nicht bekannt.

523 Vgl. ebd., 07.01.1848, S. 13f., wörtlich: „[S]olange es verschiedene Nationen, verschiedene Interessen gibt, und ein Tribunal nicht einmal gedacht werden kann, welches über die Streitigkeiten der Völker und Staaten in erster und letzter Instanz entscheidet [...]“ wird es keinen dauerhaften Frieden geben (ebd.).

524 Vgl. ebd., 04.02.1848, S. 92.

der zweite Artikel, der auf den 24. Januar 1848 datierte, schrieb dem neuen „König-Herzog“ mangelnde Erfahrung in Regierungsgeschäften zu, die man aufseiten der Schleswig-Holsteiner nutzen müsse. Diese sollten dem neuen Regenten durch Petitionen auch die eigenen Forderungen vertraut machen. Zu diesem Zweck wurde eine allgemeine Bürgerversammlung der Herzogtümer auf den 26. Januar einberufen.⁵²⁵

Beide Artikel ließen keinen Zweifel an ihrer pro-deutschen Einstellung. Sie sprachen von „unseren Forderungen“ und verhielten sich gegenüber dem neuen Herrscher kritisch, da dieser an der Gesamtstaatsidee Christians VIII. festhalten wolle, welche die Unabhängigkeit der Herzogtümer beschneiden würde.⁵²⁶ Dennoch schien die Entwicklung noch nicht zwangsläufig auf einen Aufstand bzw. einen bewaffneten Konflikt zwischen Deutschen und Dänen hinauszulaufen.

Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* schrieb am 21. Februar 1848, preußische Truppen hätten Marschorder bekommen. Auch sei geprüft worden, ob zur Ausrüstung der Reserve genügend Material vorhanden sei. Diese Nachricht wurde in Preußens Öffentlichkeit als Indiz dafür verstanden, dass sich die Regierungen der drei Mächte zu Schutz- und Trutzbündnissen zusammenschließen wollten.⁵²⁷ Solche Gerüchte waren es, die selbst zur Eskalation der Lage erheblich beitrugen. Die *Konstanzer Zeitung* druckte sie kommentarlos, nahm zwar den Hinweis auf, es handle sich um „Gerüchte“, unterließ aber jeden Versuch einer inhaltlichen Verifizierung.

In der Stadt löste diese Nachricht große Erregung aus. Bürgermeister Huetlin trat vermittelnd auf, um einen Aufstand der städtischen Unterschichten zu verhindern. Als Folge wurde die Volksbewaffnung in Konstanz forciert, bevor sie landesweit zum Gesetz erhoben wurde.⁵²⁸

Auch in Konstanz wurde Ende Februar Ausrüstung für das Militär beschafft: ein sicherer Vorbote für mögliche militärische Konflikte. Das großherzogliche Bezirksamt für den Seekreis ließ im Anzeigenteil der *Zeitung* vom 3. März bekanntmachen, dass alle kriegsdiensttauglichen Pferde ohne Heranziehung eines Veterinärs zu erfassen seien.⁵²⁹

525 Vgl. ebd.

526 Vgl. ebd., 04.02.1848, S. 92.

527 Vgl. ebd., 03.03.1848, S. 180.

528 Vgl. Hermann 1998, S. 27. Tauschwitz beschrieb die Aktualitätsforderung als „[...] das publizistische Gebot der Jahre 1848/49“ und weiter „Je aktueller, desto besser, desto schwieriger oft aber auch für den Leser, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Die Artikel hinterließen oft nur einen flüchtigen Eindruck bei ihm; andererseits hatte ihre Wirkung bis zu einem etwaigen Dementi der Gegenseite bereits eingesetzt, was am Beispiel der zum Teil objektiv falschen Regierungspropaganda in Bezug auf die April- und Septemberrevolte deutlich wurde.“ (Tauschwitz 1981, S. 324).

529 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.03.1848, S. 183.

Neben der Märzforderung nach einer allgemeinen Volksbewaffnung hatte sich in Baden die Entwicklung im Laufe des Monats weiter verschärft: In Offenburg forderte das versammelte Volk am 19. März die sofortige Verschmelzung des stehenden Heeres mit den Bürgerwehren.⁵³⁰

Auf örtlicher Ebene sollten „Vaterländische Vereine“ gegründet werden, die, wie die Volksvereine des Jahres 1849, für die Bewaffnung des Volkes, aber auch für dessen politische und soziale Bildung verantwortlich zeichnen sollten.⁵³¹ Wie im Jahr 1849 bildeten sich bereits im ersten Jahr der Revolution überregionale Vereinsstrukturen analog zu den Ebenen der Staatsverwaltung aus. Aufbauend auf den Ortsvereinen wurden Bezirksverbände geschaffen, die wiederum einen Kreisverband bildeten. Aus dem Kollektiv dieser Verbände bildete sich der Landesverein. Inhaltlich orientierten sich die „Vaterländischen Vereine“ im Jahr 1848 an den radikaldemokratischen Forderungen der Offenburger Versammlung von 1847.⁵³²

Der Bewaffnungsausschuss der Stadt Konstanz, eine Untergliederung des revolutionären „Ausschusses der Bürgerversammlung“, vermochte es bis zur letzten Märzwoche nicht, die Bürger für die Teilnahme an Wehrübungen zu begeistern. Das mangelnde Interesse wich erst anlässlich des „Franzosenlärms“ in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1848 einem regeren Interesse. Der Erbprinz von Fürstenberg hatte als Kurier die (Falsch-)Meldung übermittelt,⁵³³ 30.000- 40.000 Arbeiter aus Frankreich seien in Baden eingefallen und zögen nun plündernd und sengend aus Richtung Offenburg ins Kinzigtal.⁵³⁴ Die Grundlage dieser Falschmeldungen bildeten Nachrichten aus Paris, wo deutsche politische Emigranten und Arbeiter die Aufstellung einer Legion (Legion Herwegh) planten, um in Deutschland für die Republik zu streiten.⁵³⁵ In diesen Tagen übernahm der erst 23jährige Offizier Franz Sigel die Organisation der Konstanzer Wehr, die nach nur

530 Vgl. Kern 1974, S. 36. Bereits zwischen dem 13. und 15. März 1848 wurden die Konstanzer Würth und Dr. Vanotti bei den Ministern Bekk und v. Dusch vorstellig. Sie erreichten, dass die Regierung ihnen dreihundert Gewehre nebst Munition für die Volksbewaffnung in Konstanz zur Verfügung stellte (vgl. Kern 1974, S. 39). Konstanz hatte auf einer Volksversammlung am 13. März nur entschiedene Republikaner für die Teilnahme an der Offenburger Volksversammlung gewählt. Von den etwa 6- 700 anwesenden Männern wurden Fickler, Kaiser, Stephani, der Arzt Vanotti und Würth als Delegierte bestimmt, denen auf Drängen Hütelins und Kuenzers ein freies Mandat zugesprochen wurde (vgl. Zang 1994, S. 160f.).

531 Vgl. Kern 1974, S. 37.

532 Vgl. Hermann 1998, S. 34.

533 Vgl. Kern 1974, S. 40. Hermann betont, dass die Verbreitung des Gerüchts von offizieller Seite erfolgte. Sie schießt sich damit der Berichterstattung der *Seeblätter* an, die empört auf die amtliche Verbreitung dieser gegen ein „edele großes Nachbarvolk“ gerichteten Falschmeldung reagierte (vgl. Hermann 1998, S. 29f., bzw. *Seeblätter*, 26.03.1848, S. 316f.).

534 Vgl. Kern 1974, S. 40.

535 Vgl. Hermann 1998, S. 30.

einer Woche einexerziert und vollständig militärisch ausgerüstet war.⁵³⁶

A.4.4.4 Die Auswirkungen der Revolution auf den Bereich „Militärisches“

Am 7. April 1848 verkündete die *Konstanzer Zeitung*, wie die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* zuvor in inhaltlich ähnlicher Weise, dass die nun ausgedienten Wehrpflichtigen in der Armee bleiben müssten. Die Jahrgänge 1818 bis 1820 sollten sich bei ihren letzten Dienststellen melden, sofern sie noch unverheiratet waren.⁵³⁷ Wohl nicht zuletzt auch infolge der Petition der Soldaten vom März konnte die *Oberrheinische Zeitung* verkünden: „Gestern wurde die höchste Ordre verlesen, wodurch den Offizieren aufgetragen wird, künftighin Soldaten und Rekruten mit 'Sie' anzureden, überhaupt sie freundlich zu behandeln und so den Bürger im Soldaten zu ehren.“⁵³⁸

Inhaltlich verschob sich die Berichterstattung in der Folge von Artikeln zur Lage in der Schweiz und zu den eingeforderten Heeresreformen hin zum beginnenden Konflikt mit Dänemark: Über Schleswig-Holstein schrieb die *Konstanzer Zeitung* an diesem Tag, dass das erste Gefecht der Schleswig-Holsteiner mit den Dänen auf der Insel Alsen erwartet werde. Eine zweite Meldung vom 30. März, welche die Nachricht des Vortrags dementierte, gab bekannt, dass sich die Insel Dänemark aus Besorgnis andernfalls von Kopenhagener Militär überfallen zu werden, angeschlossen habe.⁵³⁹

Bei dieser Meldung handelte es sich um eine propagandistische Verzerrung, denn auf Alsen war es am 29. März zu einer Volksbewaffnung dänisch-patriotisch gesinnter Bauern gekommen. Nach Ausgabe von Gewehren aus der Waffenkammer des Schlosses Augustenburg standen bald 3.500 bewaffnete Bauern aufseiten der Dänen.⁵⁴⁰

Mit einer Glückwunschadresse an die „Stürmer der Schanze Dannevirke bei Schleswig“ dankte der 50er-Ausschuss, für den v. Soiron und Jacob Venedey zeichneten, in der *Konstanzer Zeitung* vom 8. Mai 1848 den siegreichen Schleswig-Holsteinern. Der Nachfolgeausschuss des Frankfurter Vorparlaments betonte weiter, dass der Krieg mit Dänemark unmittelbar mit dem verfassungsgebenden Prozess in Frankfurt zusammenhinge. Beide Seiten wollten gleichermaßen ein selbständiges und mächtiges

536 Vgl. ebd., S. 41.

537 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 07.04.1848, S. 301. Die Dauer dieser Verordnung war zunächst auf sechs Wochen beschränkt. Die hier zitierte Verordnung datierte auf den 01.04.1848 (vgl. ebd.).

538 Ebd. Bereits hier zeigt sich die Vorstellung eines Soldaten als „Bürger in Uniform“, wie er in der Wiederbewaffnungsdebatte in der Bundesrepublik eine zentrale Rolle spielen sollte.

539 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 07.04.1848, S. 302.

540 Vgl. Hansen 1998, S. 32.

Deutschland errichten: „[D]ie Feinde Deutschlands an seinen Grenzen [...] werden durch diesen ersten Schlag hinlänglich belehrt sein, daß die Zeit vorüber ist, wo man ungestraft sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischen durfte.“⁵⁴¹ Mit dem Abdruck dieser Adresse wurde zum ersten Mal in der *Konstanzer Zeitung* eine Verbindung zwischen den Anliegen der Schleswig-Holsteiner und dem Ziel der deutschen Einheit gezogen.

In zwei weiteren Meldungen aus Rendsburg vom 26. April wurden die Konstanzer über den Rückzug der Dänen bis nördlich Flensburgs informiert. Nach deren Abgang sei auch hier die Sympathie der Schleswiger für die „deutsche Sache“ offen bekundet worden.⁵⁴² Weniger euphorisch als die Mitteilungen aus Rendsburg waren Nachrichten aus Stettin, die ebenfalls auf den 26. datieren und von zahlreichen durch dänische Kriegsschiffe gekaperten Handelsschiffen berichteten.⁵⁴³

Über die pro-deutsche Haltung aller vier Mitteilungen ließ die *Konstanzer Zeitung* keine Zweifel. Insbesondere in der Dankesadresse des 50er-Ausschusses wurde deutlich, dass Dänemark als Gefahr für die Selbstbestimmung der Deutschen gesehen wurde, die es beispielhaft auch für alle angrenzenden Staaten mit Waffengewalt durchzusetzen gelte.

Im Juni 1848 wusste die *Konstanzer Zeitung* über den Stand der Friedensverhandlungen mit Dänemark zu berichten, die ermöglicht hätten, eingesetzte Bundestruppen bis an die Eider zurückzuziehen. Dänemark würde Holstein an Deutschland abgeben, während man Schleswig an der Scheidelinie der Nationalitäten zu teilen beabsichtige. Je nach Mehrheitsbevölkerung sollte das Gebiet zum dänischen Staat bzw. an Holstein fallen.⁵⁴⁴

A.4.4.5 Fortsetzung der Berichterstattung über den Konflikt mit Dänemark

Die erste Meldung des III. Quartals 1848 zum Krieg gegen Dänemark im Juli klang weit weniger verheißungsvoll als die letzten Nachrichten des II. Quartals 1848: Mit Friedensverhandlungen werde nicht mehr gerechnet, hieß es in der Nachricht aus Flensburg, da immer noch ein Teil des Herzogtums Schleswig dänisch besetzt sei. Außerdem ließen die nach wie vor einrückenden Verstärkungen des Bundesheeres kein baldiges Ende des Konflikts vermuten. Das *Frankfurter Journal*, dem die *Zeitung* diese Meldung vom 26. Juni entnommen hatte, bemühte sich trotz deutscher Verluste die

⁵⁴¹ *Konstanzer Zeitung*, 05.05.1848, S. 410, vgl. dort auch Vorstehendes. Die Adresse war auf den 29.04.1848 datiert (vgl. ebd.).

⁵⁴² Vgl. ebd.

⁵⁴³ Vgl. ebd., S. 410f.

⁵⁴⁴ Vgl. ebd., 02.06.1848, S. 518.

Kriegslage positiv zu zeichnen.⁵⁴⁵

Ab August 1848 leisteten die badischen Truppen und Bürgerwehren auch dem Reichsverweser das Versprechen der Heeresfolge. Zudem meldete die *Konstanzer Zeitung* vom 11. August, dass sich das gesamte II. Regiment in Freiburg für den Einsatz in Schleswig-Holstein gemeldet habe. Zudem habe sich eine Anzahl Hochschüler freiwillig gemeldet.⁵⁴⁶ Ob man in Freiburg tatsächlich kriegsbegeistert war, lässt sich kaum mehr überprüfen. Der Prinz von Baden hatte sich nach einer Reise zum Reichskriegsministerium in Frankfurt dazu bereiterklärt, auch selbst gegen Dänemark zu ziehen, wenn die Friedensverhandlungen zwischen Nationalversammlung und dänischen Vertretern unter englischer Vermittlung scheitern sollten.⁵⁴⁷ Anlass für die Zusicherung des Prinzen waren Truppenverstärkungen der süddeutschen Länder und Österreichs.⁵⁴⁸

Die in Süddeutschland scheinbar vorherrschende Kriegsbegeisterung wurde von den Flensburgern offenbar nicht geteilt, denn ein aus der *Allgemeinen Zeitung* entnommener Artikel informierte die Konstanzer darüber, dass sich zahlreiche wehrpflichtige Flensburger über die Halbinsel Holnis nach Dänemark abgesetzt hätten. Die dänischen Truppen sammelten sich unterdessen bei Alsen, um General Wrangel, der die preußischen Truppen bis nach Jütland geführt hatte, bei einem weiteren Vormarsch in einen Kessel einzuschließen.⁵⁴⁹

Datiert auf den 23. August 1848 hieß es in der *Zeitung* vom 1. September, dass Gerüchte über den Kriegseintritt Großbritanniens und Frankreichs aufseiten Dänemarks im Falle, dass Deutschland die Kämpfe wieder aufnähme, nicht zuträfen. Dieser Artikel betonte ein weiteres Mal die nach den Märzereignissen erlangte Stärke Deutschlands, in der Verteidigung seines „guten Rechts“ nicht mehr von der Einwilligung fremder Mächte abhängig sei.⁵⁵⁰

545 Vgl. ebd., 07.07.1848, S. 639, wörtlich: „Die Dänen sind in der letzten Zeit durchaus nicht näher gerückt, scheinen mit dem linken Flügel kaum südlicher als die Breite von Hadersleben zu stehen und mit dem rechten nicht einmal das Lügum-Kloster besetzt zu haben.“ (ebd.) Die sprachliche Gestaltung der Mitteilung zeugt von der Unsicherheit, die gegenüber den überraschend starken dänischen Divisionen herrschte.

546 Vgl. ebd., 11.08.1847, S. 795, wörtlich: „Der Eifer ist groß, [...] Ehrgeiz und Lust werden wachsen mit dem Nahen der Gefahr.“ (ebd.) Die *Zeitung* hatte diesen Artikel der *Allgemeinen Zeitung*, datiert auf den 04.08.1848, entnommen.

547 Vgl. ebd.

548 Vgl. ebd.

549 Vgl. ebd., S. 796.

550 Vgl. ebd., 01.09.1848, S. 886, wörtlich: „[U]nd wenn die von Hrn. Max v. Gagern eingeleiteten Unterhandlungen zu keinem Ziele führen, so wird eine kräftige Erneuerung des Krieges beweisen, daß Deutschland die Verfolgung seines guten Rechts nicht von der Einwilligung anderer Mächte abhängig macht.“ (ebd.)

Die *Konstanzer Zeitung* meldete zu Beginn des IV. Quartal 1848 die Einquartierung preußischer Soldaten im badischen Weinheim.⁵⁵¹ Die stationierten Bundestruppen, zu denen auch die Preußen in Weinheim gehörten, dienten der Sicherung des weiteren Umlandes von Frankfurt vor möglichen neuen Erhebungen nach Muster der republikanischen Septemberrevolten. Gleich im Anschluss informierte die *Zeitung*, dass einquartierte Bundestruppen nach Maßgabe der Ortsüblichkeit zu verpflegen seien. Gemeinden, in denen Teilnehmer der vorangegangenen Aufstände beheimatet seien, hätten diese Kosten selbst zu tragen.⁵⁵²

Das Asylrecht, welches die Schweiz den aus Baden flüchtenden Revolutionären seit dem Scheitern des Heckerschen Zuges im Frühling 1848 fortwährend geboten hatte, blieb Anlass zum Streit zwischen den nordschweizerischen Kantonen und der Bundesversammlung bzw. dem Reichsverweser. Die *Konstanzer Zeitung* übernahm am 6. Oktober eine Korrespondenz aus Frankfurt, die sich mit einer Note Erzherzog Johanns an die Schweizer befasste. Vor dem Eindruck des Struve-Putsches der letzten Septemberwoche fiel das Urteil des Blattes über die Verwicklung der Schweizer Behörden eindeutig aus. Der Reichsverweser und mit ihm die *Zeitung* verurteilten die Schweizer, die durch Unterlassen einer strengen Kontrolle deutscher Flüchtlinge und der Erlaubnis, sich grenznah aufzuhalten, eine Mitschuld an den Geschehnissen zu tragen hätten. Die Unternehmung Struves hielt die *Zeitung* nicht für überstürzt und unorganisiert, im Gegenteil, sie sei eine „völlig organisierte“ Aktion gewesen.⁵⁵³ In der Tat konnte die Asylpolitik der Schweiz der Tagsatzung 1848 kaum mehr als mit der Selbstverpflichtung zu ewiger Neutralität vereinbar angesehen werden, welche die Kantone 1815 im Gegenzug zu einer Bestandsgarantieerklärung der fünf Großmächte abgelegt hatten.⁵⁵⁴

Im zweiten Teil dieses etwa halbseitigen Artikels wurde ausführlich aus der Note des Reichsverwesers an die Schweiz zitiert. Hierin drohte dieser den Schweizern, falls sie sich weiterhin weigern sollten, die Flüchtlinge zu entwaffnen und fern der Grenze anzusiedeln

551 Vgl. ebd., 06.10.1848, S. 1033.

552 Vgl. ebd. Beide Artikel beschränkten sich auf Faktenwiedergabe.

553 Vgl. ebd., S. 1033f. Die *Konstanzer Zeitung* folgte in dieser Einschätzung der *Neuen Freiburger Zeitung*, die im Gegensatz zu den meisten staatsnahen Pressestimmen die Unternehmung des Mannheimer Advokaten und Redakteurs nicht isoliert, sondern in einem größeren Zusammenhang stehend begriff (vgl. Tauschwitz 1981, S. 99).

554 Vgl. Gall 2003, S. 123f. Bereits in den 1830er Jahren hatten Österreich und Preußen den Schweizer Kantonen, die freizügig Flüchtlingen Asyl gewährten, damit gedroht, äußersten Falls ein förmliches Protektorat über der Eidgenossenschaft zu errichten (vgl. ebd., S. 125).

sowie die am Einfall schuldigen Beamten einer Bestrafung zuzuführen, kaum verholen mit Krieg: „Sollte diesem Ansinnen', fuhr die Note fort, 'nicht in kürzester Zeit entsprochen sein, so wird die Regierung des Reichsverwesers, [...] alle jenen eigenen Hilfsmittel erschöpfen, deren Anwendung [...] von der Ehre Deutschlands gefordert werden.“⁵⁵⁵

Die Übereinstimmung der Zeitungsberichterstattung mit der Tendenz der Zeitung ist hier auffällig. Die deutsch-nationale Haltung des Blattes, die Fokussierung auf die Gegnerschaft zu den demokratischen Ideen Struves und seiner Anhänger wurde in den Artikeln ebenso deutlich wie der Versuch des Blattes, die Rolle der südbadischen Gemeinden zugunsten einer persönlichen Schuld Struves und die mögliche Mitverantwortung der Schweizer Behörden herunterzuspielen.

Am 30. Oktober beschäftigte sich die II. Kammer mit der von der Nationalversammlung verordneten zweiprozentigen Militärstellung. Konkret ging es um die Frage, ob sich bei dieser Erhöhung der Truppenstärke der Stellvertreterdienst noch halten lasse.⁵⁵⁶ Die *Zeitung* enthielt sich hierzu einer Einschätzung.

Wenig Verständnis für die Vorstellung Coburgs gegen die Einquartierung von Bundestruppen zeigte der *Schwäbische Merkur*. In einem Artikel hieß es, die Regierung des Herzogtums solle sich besser mit der Nachsicht seitens Reichsgewalt in Bezug auf das noch nicht gestellte Bundeskorps begnügen, anstatt neue Eingaben zu senden. Den Hintergrund für die Truppeneinquartierungen in den kleinen Herzogtümern bildeten Gerüchte über ein republikanisches Komplott.⁵⁵⁷

Nach Ende der Feindseligkeiten zwischen den Bundestruppen und Dänemark im III. Quartal 1848 nahm die zunehmende Einquartierung von Bundestruppen, die meist von Preußen gestellt wurden, den größten Raum ein. Vor dem Hintergrund der Reaktion war die Truppenentsendung eine Maßnahme zur Machtsicherung, auch wenn in der *Zeitung* stets von Maßnahmen der Zentralgewalt die Rede war. Unstrittig blieb bei allen Artikeln des Bereichs „Krieg/ Militärisches“ dieses Quartals die antirepublikanische Grundhaltung.

⁵⁵⁵ *Konstanzer Zeitung*, 06.10.1848, S. 1034, vgl. dort auch Vorstehendes. Als auch im Jahr 1849 die fortwährende Asylgewährung für deutsche Revolutionäre durch die Schweizer Kantone erneut für Unruhe sorgte, wurde die Grenzaufsicht auf badischer Seite verschärft. Nur ausnahmsweise durften die Nachbarn aus Anlass des Konradi-Marktes im Dezember 1849 nach Konstanz reisen (vgl. Zang 1994, S. 194). Trotz des schlechten Verhältnisses zwischen den Eidgenossen und den deutschen Regierungen kam es zu keinem militärischen Konflikt.

⁵⁵⁶ Vgl. ebd. 03.11.1848, S. 1144.

⁵⁵⁷ Vgl. ebd., 08.12.1848, S. 1284.

A.4.4.7 In Erwartung einer militärischen Fortsetzung des Konfliktes mit Dänemark

Im Schleswig-Holstein-Konflikt sollte es am 5. April 1849 nach Aufkündigung des Waffenstillstandes von Malmö durch Dänemark wieder zu militärischen Auseinandersetzungen kommen. Das Gefecht von Malmö als Auslöser der zweiten Phase dieses Konflikts stand in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich-Wilhelm IV. und bestätigte damit Vermutungen der Zeitgenossen, Dänemark wolle die politisch gespannte Lage in Deutschland nutzen. Im I. Quartal bahnten sich neue Auseinandersetzungen an:

Zunächst schrieb die *Allgemeine Zeitung* aus Kiel, dass die Schleswig-Holsteinische Landesversammlung am 27. Dezember 1848 wider Erwarten auch eröffnet worden sei. Die Abgeordneten wurden über die Antwort der deutschen Zentralgewalt auf eine Proklamation des dänischen Herrschers informiert, in der das Blatt die „Gemeinsame Regierung“ als einzig legitime Macht in den Herzogtümern bezeichnete. Man rechnete mit einem möglichen militärischen Einfall der Dänen in Schleswig zum Jahreswechsel.⁵⁵⁸

Die *Frankfurter Oberpostamtszeitung* schrieb Anfang Februar 1849 über bewaffnete Einfälle fanatisierter Dänen auf deutsches Gebiet: „[D]er Fanatismus ist bei den rohen Jüten so eingefleischt, daß selbst Frauen sich nicht erblöden sollen, an den Insulten thätigen Antheil zu nehmen“.⁵⁵⁹ Solche Schreckensberichte legen nahe, dass man seitens der *Oberpostamtszeitung* eine erneute Aufnahme der Kampfhandlungen als bessere Alternative zu Friedensverhandlungen auf Grundlage des als drückend empfundenen Vertrages von Malmö empfand.

Ohne Nachweis der Quelle schrieb die *Konstanzer* vier Wochen darauf in ähnlichem Gestus über die zwangsläufig erscheinende Wiederaufnahme der Kämpfe. Ende Februar waren der *Zeitung* zufolge dreißig dänische Soldaten in deutsches Gebiet eingefallen, hätten sich dann aber sogleich wieder zurückgezogen. Datiert auf den 21. Februar schrieb das Blatt weiter, dass sich die deutsche Flotte in raschem Aufbau befände und im Falle neuer Auseinandersetzungen den Dänen eine Landstreitmacht von 16.000 Soldaten entgegengesetzt werden könne. Als Fazit hieß es: „Wir sehen mit

558 Vgl. ebd., 05.01.1849, S. 19. Die „Gemeinsame Regierung“ folgte der revolutionären „Provisorischen Regierung“ nach den Bestimmungen des Malmöer Waffenstillstandsabkommens am 22.10.1848 nach. Sie war mehrheitlich durch konservative, aber schleswig-holsteinisch denkende Adelige gebildet worden. Am 24.10.1848 hatte die provisorische Regierung alle Gesetze der „Provisorischen Regierung“ wieder in Kraft gesetzt (vgl. Vosgerau 1998, S. 98).

559 *Konstanzer Zeitung*, 02.02.1849, S. 133, vgl. dort auch Vorstehendes.

Spannung, aber ohne Besorgnis der Zukunft entgegen.“⁵⁶⁰

A.4.4.8 Der erneute Beginn des Krieges gegen Dänemark und die III. Badische Erhebung im Spiegel der *Konstanzer Zeitung*

Bis Anfang April 1848 blieben die seit Monaten erwarteten und zum Teil auch erhofften erneuten militärischen Auseinandersetzungen aus. Die zitierten Blätter drängten unisono auf Krieg, um auf diesem Wege das diplomatisch unerreichbar Scheinende doch noch erlangen zu können.

Fortgesetzt erwartete das Blatt auch im Frühling den Beginn eines erneuten militärischen Konfliktes: So sollten zum einen die Verlegung weiterer sächsischer Soldaten nach Schleswig, zum anderen die für Dänemark bisher nicht annehmbar erscheinenden Friedensbedingungen der Nationalversammlung Vorboten des sicher geglaubten Krieges sein.⁵⁶¹ Die Friedensvorschläge der Paulskirche sahen eine genaue Interessenabwägung zwischen Dänen und Deutschen jeweils für die Herzogtümer getrennt vor. Der *National Zeitung* vom 28. März hatte Albert Rolle die Inhalte der Friedensbedingungen entnommen.⁵⁶² Zu einem Zeitpunkt also, bevor der preußische Monarch die Krone der Nationalversammlung zurückgewiesen hatte.

Anfang Mai fand neben Truppenverlegungen infolge der gespannten politischen Lage der Konflikt mit Dänemark erneut Beachtung.⁵⁶³ Zunächst teilte die *Karlsruher Zeitung* mit, dass der Eiderdänenführer Orla Lehmann⁵⁶⁴ nun als Gefangener der in Schleswig kämpfenden Soldaten sei. Die Zeitung beeilte sich, die Inhaftierung Lehmanns in einer Folge mit der Versenkung des Schiffs *Christian VIII.* im Frühling 1848 zu sehen, um so Siegeszuversicht zu verbreiten.⁵⁶⁵ In eine ähnliche Richtung gingen auch Nachrichten der *Frankfurter Oberpostamtszeitung*. Dieses Blatt wiederholte, dass es sich bei den Bewohnern Jütlands um „sehr rohe“ Menschen handle: „So sollen sie die Koldinger Verwundeten auf eine entsetzenserregende Weise verstümmelt haben; von 70 [...] Unglücklichen sind kaum vier von ihren nächsten Freunden und Bekannten wiedererkannt worden.“⁵⁶⁶ Auch in diesen Monaten wusste die *Konstanzer Zeitung* nur von

560 Vgl. ebd., 02.03.1849, S. 248.

561 Vgl. ebd., 06.04.1849, S. 401.

562 Vgl. ebd.

563 Vgl. zu den Truppenverlegungen ebd., 04.05.1849, S. 526.

564 Orla Lehmann gilt als eigentlich treibende Kraft in Bezug auf eine mögliche Einverleibung Holsteins in Dänemark. Lehmann war Führer der dänischen Nationalliberalen (vgl. Hansen 1998, S. 24).

565 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 04.05.1849, S. 526.

566 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

Erfolgen der „Reichstruppen“ zu berichten.⁵⁶⁷

Nach Beginn der III. Badischen Erhebung Mitte Mai 1849 infolge der Kampagne zur Umsetzung der Reichsverfassung überwogen die Meldungen über die Wehrbarmachung Badens die Mitteilungen zum Dänemarkkonflikt deutlich. Von insgesamt neun zu untersuchenden Meldungen des Bereichs „Militärisches“ bezogen sich im II. Quartal 1849 daher sieben auf die Erhebung in Baden und der Pfalz und zwei auf die Ereignisse in den norddeutschen Herzogtümern: Neben Siegesmeldungen aus Schleswig-Holstein wies das *Frankfurter Journal* darauf hin, dass viele eingesetzte Soldaten nach Gerüchten über mögliche Friedensverhandlungen Preußens mit Dänemark gedrückter Stimmung sind. Sie befürchteten, Preußen könne für den Friedensabschluss den Dänen die Abtretung Nordschleswigs zusagen.⁵⁶⁸ Das *Journal* schrieb noch über zwei weitere „Heldenthaten“, die im Zusammenhang mit der Belagerung der Festung Fredericia standen.⁵⁶⁹

Mit Bezug zum Badischen Aufstand fanden sich weitere sieben Artikel: Die Militär- und Zivilbehörden Rastatts forderten nach Auskunft des *Frankfurter Journals* eine bessere Befestigung durch Bundessoldaten. „Man sieht übrigens aus diesen Schritten, wie sowohl Bürger als auch Militär hiesiger Stadt und Festung sich auf den einzig richtigen Boden gestellt haben – auf den der Reichsverfassung [...]“⁵⁷⁰ Das *Journal* betonte die Rechtmäßigkeit der Erhebungen zur Durchsetzung der Reichsverfassung, die gegen „Russen“ und „russische Preußen“ verteidigt werden müsse. „Russen“ wurden hierbei als Synonym für reaktionäre Kräfte verwendet. So erklärt sich auch die zunächst unverständliche Verbindung „russische Preußen“ als Bezeichnung für das der Reaktion dienende preußische Militär.

Aus Mannheim und Freiburg schrieben die *Oberrheinische Zeitung* und der *Schwäbische Merkur* über die Fortschritte bei der Organisation der Bürgerwehr, der sich jetzt vermehrt junge Männer anschlossen. In Mannheim wurde am 28. Mai der ehemalige Organisator und Oberbefehlshaber der Konstanzer Bürgerwehr, Franz Sigel, vom Führer der Revolutionsregierung, Clemens Brentano, zum Oberbefehlshaber der Neckararmee

567 Vgl. ebd. Die „Reichstruppen“ würden fortwährend verstärkt, während sich die Dänen bis nach Fredericia zurückgezogen hätten (vgl. ebd.).

568 Vgl. ebd., 01.06.1849, S. 649. Hierbei sparte das *Journal* nicht an Heftigkeit der Formulierung: „Die Stellung Preußens zu den vielbesprochenen Friedensunterhandlungen mit Dänemark drückt die hiesige Stimmung sehr herab, indem man fürchtet, Preußen werde um den Preis Nordschleswigs sich den Frieden von Dänemark erbetteln. Der Himmel sei dann dem armen Nordschleswig gnädig!“ (ebd.)

569 Vgl. ebd.

570 Ebd., S. 647, vgl. dort auch Vorstehendes.

ernannt.⁵⁷¹ Bereits zwei Tage zuvor hatte der Landesausschuss bzw. das ihm nachgefolgte fünfköpfige Direktorium unter Führung Brentanos,⁵⁷² die Mobilmachung des ersten Aufgebotes angeordnet, woraufhin in Konstanz Bürgermeister Hüetlin am 6. Juni 1849 die Aufstellung des zweiten Aufgebots der städtischen Bürgerwehr anordnete.⁵⁷³

Dies belegt einmal mehr die Tendenz der Konstanzer Behörden, in Zeiten revolutionären Handelns mit den jeweils als parallele Autoritäten auftretenden Gremien zusammenzuarbeiten.⁵⁷⁴ Ähnliches galt offenbar auch für die *Konstanzer Zeitung*, die, wie Bürgermeister Hüetlin, grundsätzlich dem konstitutionellen Liberalismus zugewandt war.

Über die Verhältnisse außerhalb Badens konnte die *Konstanzer Zeitung* nur über solche Ereignisse schreiben, die aus Sicht der Revolutionäre weniger günstig waren. Nach Mitteilung der *Allgemeinen Zeitung* befanden sich bereits 60.000 Mann preußischen Militärs auf dem Weg in die Rheinpfalz, um dort die Festung Landau zu halten, bzw. nach Rastatt, das man entsetzen wollte.⁵⁷⁵

Neben Sachsen, wo nach dem Aufstand preußische Soldaten stationiert wurden, war auch die Region um Mainz von den Auseinandersetzungen zwischen revolutionärem und regulärem Militär betroffen. Das *Journal* wusste zu berichten, das offizielle französische Stellen sich über die rigiden Untersuchungen der Rheinschiffe durch Preußen beklagt hätten.⁵⁷⁶

Spätestens mit der Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni 1849 war die militärische Niederlage der Revolution in Baden besiegelt.⁵⁷⁷ Dennoch wurde auch nach der Niederlage seitens der politisch Verantwortlichen am eingeschlagenen Weg festgehalten, weshalb Ende Juni auch das zweite Aufgebot der Stadt Konstanz zum Einrücken in das Heer angewiesen wurde.⁵⁷⁸

Neben dem schwelenden Konflikt mit Dänemark beschäftigte sich die *Zeitung* am 6. Juli 1849 noch wenige Tage vor Ende der Revolution in Konstanz am 11. Juli, mit der militärischen Lage um die Bundesfestung Rastatt. Hier konnte sich die „provisorische

571 Vgl. ebd.

572 Zur Entwicklung der Regierung des Landesausschusses der badischen Volksvereine vgl. bspw. Röckel 1949, S. 42f.

573 Vgl. Hermann 1998, S. 64.

574 Vgl. ebd., S. 62. Im Mai 1849 erinnerte Bürgermeister Hüetlin an die Spendenaufforderung des Landesausschusses und rief zu Geld- und Sachleistungen für die Sache der (revolutionären) Regierung auf (vgl. ebd., S. 69).

575 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.06.1849, S. 648.

576 Vgl. ebd., S. 649.

577 Vgl. Hermann 1998, S. 70. Fenneberg schrieb zu Waghäusel euphemistisch: „Am 21. [Juni; M. P.] bekommen die Preußen bei Waghäusel tüchtige Schläge.“ (Fenneberg 1849, S. 130).

578 Vgl. Hermann 1998, S. 70.

Regierung mit diktatorischer Gewalt“ bis zur Kapitulation vor den Preußen am 23. Juli halten. Mit zwei Aufrufen, beide datiert auf den 1. Juli, wandte sich die Revolutionsregierung an das Volk: Im ersten Teil gingen Werner und Amad Goegg⁵⁷⁹ auf die militärische Lage ein: Nach der Einnahme von Gernsbach seien Teile der revolutionären Truppen in Unordnung geraten, weshalb der bisher kommandierende Obergeneral Ludwig Mieroslawsky um seine Entlassung gebeten habe. Als neuer Oberkommandierender wurde Oberst Sigel vorgestellt, der im Frühling 1848 nach Konstanz gekommen war, um die Bürgerwehr zu organisieren.⁵⁸⁰ Der zweite Aufruf glich einer „Durchhalteparole“: „Die durch zufällige Umstände herbeigeführten Umstände dürfen uns in der Überzeugung nicht wankend machen, daß wir den Sieg, den die Gerechtigkeit unserer Sache verlangt, sicher erringen werden.“⁵⁸¹ Militärisch sei die Festung Rastatt nach wie vor unter Kontrolle der revolutionären Regierung, Gleiches gelte für den Schwarzwald, den Kriegsminister Werner und Finanzminister Goegg als „natürliche Festung“ beschrieben.⁵⁸²

Jenseits solcher Propaganda konnte von einer Verteidigungslinie im Raum Stockach- Überlingen- Meßkirch zu keinem Zeitpunkt die Rede sein: „Die Schwarzwaldfestung war ein reines Hirngespinnst.“⁵⁸³ Während diese Aufrufe bemüht waren, trotz der offensichtlicher werdenden Niederlage der Revolution das Vertrauen des Volkes und des eigenen Militärs in den erhofften Sieg zu stärken, meldete die *Konstanzer Zeitung* weiter, dass neue bayerische Regimenter nicht an die badische Grenze ausrückten, da man zwei Komplotte unter den Soldaten entdeckt habe.⁵⁸⁴ Zwar bedeutete die Verzögerung der Militärbewegung eine Entlastung, dennoch bestand nach dieser Meldung kein Zweifel, dass Bayern ebenso wie Preußen bereit war, gegen Aufständische militärisch vorzugehen.

579 Röckel 1949 charakterisierte Goegg als besonnenen Kopf, der als Jurist entschiedener Republikaner geworden war. Goegg stand in Opposition zur Nationalversammlung (vgl. ebd., S. 74f.).

580 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 06.07.1849, S. 789.

581 Ebd.

582 Vgl. ebd. Fenneberg schrieb, dass die Bevölkerung für einen Gebirgskrieg weder genügend Begeisterung für die revolutionäre Sache aufbrachte, noch genügend geübt bzw. ausreichend mit geeigneten Waffen ausgerüstet war (vgl. Fenneberg 1849, S. 127).

583 Zang 1994, S. 189. Nach der militärischen Niederlage begründeten die Verantwortlichen das Misslingen der Schwarzwaldfestung: „Doch sei dieser Plan nach Meinung der provisorischen Regierung durch die Berichte flüchtender Soldaten und die daraus resultierende Mutlosigkeit vereitelt worden. Trotzdem hätten sie mit den in Donaueschingen stehenden Truppen den Preußen noch einmal Widerstand entgegensetzen können, wenn nicht das Oberkommando des Seekreises in Stockach, 'ohne Verabredung mit der provisorischen Regierung' und durch Lügenberichte fahnenflüchtiger Deserteure getäuscht, 'in Gemeinschaft mit dem Zivilkommissär des Seekreises die Auflösung der Volkswehr und die Heimsetzung des ganzen ersten Aufgebots' beschlossen und auch gleich in Vollzug gesetzt hätte.“ (ebd., S. 190).

584 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 06.07.1849, S. 789.

Ab Mitte Juni waren immer wieder Gerüchte laut geworden, nach denen die Österreicher planten, auf dem Seeweg Konstanz zu erobern. Derlei Meldungen verunsicherten die Konstanzer, welche wegen der schlechten Nachrichtenverhältnisse ohnehin nur unzureichend über die nach und nach bedrückendere militärische Lage informiert waren.⁵⁸⁵

A.4.4.9 Die Kategorie „Militärisches“ im Zeichen der Restauration

Nachdem am 7. März 1849 der österreichische Kaiser Franz Joseph der Monarchie die sogenannte „Gesamtstaatsverfassung“ oktroyiert hatte, wurde im Sommer auch das in Deutschland stationierte k.u.k.-Militär ab Ende Juni auf diese Verfassung vereidigt.⁵⁸⁶

Das *Frankfurter Journal* ging im Juli 1849 erneut auf die Verhältnisse im Krieg gegen Dänemark ein. Preußen solle mittlerweile bis Randers vorgerückt sein und die Truppen beständig verstärkt werden. Momentan, so das Blatt, sehe es nicht nach einem baldigen Friedensschluss aus, da Dänemark auf der Schlei als Südgrenze bestehe und Preußen gegen den Willen der Schleswig-Holsteiner, die keine Teilung wünschten, nur zu einem Teilungskompromiss bereit sei.⁵⁸⁷ In Alsen übe das Militär das Kriegsrecht gegen alle Einwohner aus, die militärische Maßnahmen auch nur mündlich kritisierten. Die *Konstanzer Zeitung* schloss daraus, dass es um die dänische Gesinnung der Inselbewohner nicht gut stünde.⁵⁸⁸ Insgesamt befasste sich die *Zeitung* mit dem Kriegsverlauf weiterhin aus deutsch-nationaler Sicht und übernahm Kritik an Preußen, das sich mit Kompromissangeboten an Kopenhagen gegen die Bevölkerung stelle.

Ende Juli 1849 hatte sich das Blatt abermals gewendet. Ein Waffenstillstandsabkommen verlangte den Rückzug der Reichstruppen bis zu einer Linie südlich Tonderns. Das zitierte *Frankfurter Journal* beschrieb die Stimmung bei einigen nach Braunschweig einrückenden Altenburger Soldaten als niedergeschlagen. Der *Schwäbische Merkur* schrieb über den preußischen Rückzug, ging aber nicht weiter auf die herrschende Stimmung der Soldaten oder der Schleswiger ein.⁵⁸⁹ Die *Konstanzer* übernahm diese Artikel ohne eigenen Kommentar zu den Vorkommnissen.

585 Vgl. Zang 1994, S. 188f.

586 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 06.07.1849, S. 789.

587 Vgl. ebd., S. 790.

588 Vgl. ebd.

589 Vgl. ebd., 03.08.1849, S. 896. Nach den Bedingungen des Berliner Waffenstillstandsabkommens vom 10.07.1849 war Schleswig militärisch zu räumen. Es wurde politisch der Verantwortung einer dänisch dominierten Verwaltungskommission untergestellt (vgl. Vosgerau 1998, S. 100f.).

Im Anschluss an ein Gratulationsschreiben des Prinzen Wilhelm an Generalleutnant v. Peucker brachte die *Konstanzer Zeitung* einen Artikel des *Merkur*, der die Zustände in der Festung Rastatt nach Angabe der Zeitung aus Sicht eines Augenzeugen schilderte: Die Revolutionäre seien sittenlos und häufig stark alkoholisiert gewesen und kämpften auf dem Rücken der Bevölkerung, um den „letzten Akt ihrer Lebenstragödie“ herauszuzögern. Aber auch über die preußische Besatzung nach dem 23. Juli schrieb der Augenzeuge: „Die Preußen zogen ein, die Besatzung wird entwaффnet, in die Kasematten gesteckt, wo sie wie die Sklaven auf einem Guineafahrer eingepöckelt, [...] den preußischen Kriegsgerichten entgegensehen.“⁵⁹⁰

Erst Ende September wusste die *Konstanzer Zeitung* wieder über „Militärisches“ zu berichten: Der *Schwäbische Merkur* hatte aus Frankfurt mitgeteilt, dass dort ein neues Bataillon Preußens einrücke. Dabei handle es sich um eben jene Einheiten, welche die Nationalversammlung und die Stadt im September 1848 vor „großen Gefahren“ geschützt hätten.⁵⁹¹

Nachrichtlich übernahm die *Konstanzer Zeitung* wiederum dem *Merkur* die Mitteilung, dass Prinz Wilhelm von Preußen nunmehr auch zum Oberbefehlshaber in den westlichen Provinzen des Königreichs ernannt worden sei.⁵⁹² Im Anschluss an zwei Artikel, die sich mit den menschlichen Verlusten und dem wirtschaftlichen Schaden des zurückliegenden Aufstandes befassten und bemüht waren, diesen zu beziffern,⁵⁹³ folgte eine Meldung über ein „schändliches Attentat“ an einem preußischen Soldaten in Iffigheim: „Ein Mädchen [...] lockte diesen unglücklichen jungen Mann an einen einsamen Ort, wo sie [mehrere Elende; M. P.] ihn meuchlings überfielen, ihm den Arm zweimal brachen, und ihm 9 Kopfwunden versetzten.“⁵⁹⁴

Sowohl die nach Möglichkeit objektiv erscheinenden Meldungen über die Gefallenen und die finanziellen Schäden, welche aus der gescheiterten Reichsverfassungskampagne in der Pfalz und in Baden resultierten, als auch die folgende Geschichte über den Mord an einem preußischen Soldaten sollten die Revolutionäre als Feinde des Volkes darstellen. Ihnen wurde die Schuld an den Verlusten zugeschrieben. Mit der Tat in Iffigheim sollte zudem gezeigt werden, wie hinterhältig und niederträchtig diese Partei vorgehe. Wiederum

590 *Konstanzer Zeitung*, 03.08.1849, S. 896, vgl. dort auch Vorstehendes.

591 Vgl. ebd., 21.09.1849, S. 1097, wörtlich: „Für morgen [18.09.1849; M. P.] ist der Einmarsch desjenigen Bataillons [...] angesagt, dessen Tapferkeit wir vornämlich den Ausgang des Barrikadenkampfes verdanken, der unsere Stadt mit so großen Gefahren vor gerade einem Jahr bedrohte.“ (ebd.).

592 Vgl. ebd., S. 1098.

593 Vgl. ebd., S. 1099f. Allein die finanziellen Verluste, die Privatleute in Ludwigshafen erlitten hätten, bezifferte das Blatt auf knapp 300.000 Gulden (vgl. ebd., S. 1100).

594 Ebd., S. 1100.

bezeichneten vor allem der *Merkur* und mit ihm die *Konstanzer Zeitung* die Republikaner der Schuld für die finanziellen und politischen Folgen des Aufstandes, während sich die Zeitungen selbst und die Mehrheit des Volkes als nichtschuldig darstellten.

A.4.4.10 Die Auswirkung der Besetzung Badens und der Fortgang des Dänemarkkrieges Ende 1849

Anfang Oktober 1849 kündigte eine Nachricht in der *Konstanzer Zeitung* an, dass neben der Staatssteuer zur Deckung der Einquartierungskosten des preußischen Militärs in Baden eine „Revolutionskosten-Umlage“ erhoben werden solle. Während sich Baden zur Deckung der Kosten verpflichtete, sah die „Verständigung“ beider Staaten vor, dass Preußen die Verpflegung und Unterbringung seiner Soldaten sicher stellen würde.⁵⁹⁵ Neben dieser eher organisatorischen Frage, die gleichwohl für das wirtschaftlich infolge der drei Erhebungen gebeutelte Baden relevant war, brachte das letzte Quartal 1849 zwei Meldungen über die Verhältnisse in Schleswig-Holstein nach Abschluss des Waffenstillstandes zwischen Kopenhagen und Berlin: Nach wie vor sei die Vorlage eines Friedensvertrages nicht zu erwarten, schrieb das *Frankfurter Journal*. Berlin hatte seinen Unterhändler gewechselt, nachdem ein Vertragsabschluss infolge neuerlicher Bedenken Kopenhagens gescheitert war.

Währenddessen verhalte sich die Landesverwaltung Flensburg immer noch zu nachgiebig gegen dänischgesinnte Geistliche und Beamte. Das *Journal* forderte einen „kühnen Schlag“ der Schleswig-Holsteinischen Landesverwaltung gegen beide Gruppen, um die Verhältnisse in Schleswig erträglicher werden zu lassen.⁵⁹⁶ Noch Mitte Dezember war die Situation nicht geklärt und, wie die *Konstanzer Zeitung* bemerkte, immer noch keine Friedensverhandlungen eingeleitet. Während aufseiten Preußens die Forderungen recht klar im Raume stünden, habe sich Kopenhagen noch gar nicht dazu verhalten. Berlin wolle Schleswig ein gesondertes Legislativrecht und eine separierte Finanz- und Schulverwaltung von Kopenhagen zugestanden sehen.⁵⁹⁷

Abgesehen von der deutschfreundlichen Position des Blattes in der Auseinandersetzung mit Dänemark, die immer wieder deutlich wird, enthielten sich die drei untersuchten Artikel weitgehend politischer Wertungen. Insbesondere anhand der Frage der

595 Vgl. ebd., 05.10.1849, S. 1159. Die Preußen sollten ihrerseits die Ernährung der Soldaten nicht mehr durch Verteilung von Lebensmitteln, sondern durch finanzielle Entschädigungen sicherstellen (vgl. ebd., S. 1161).

596 Vgl. ebd., 09.11.1849, S. 1308.

597 Vgl. ebd., 14.12.1849, S. 1485.

„Revolutions-Umlage“, die unter anderen politischen Rahmenbedingungen sicher breiter diskutiert worden wäre, zeigt sich, dass man sich in Konstanz weitgehend auf die Wiedergabe von Fakten beschränkte.

A.4.4.11 Das I. Quartal 1850: Die Revisionspolitik im Bereich „Militärisches“

Die politischen Spannungen zwischen den beiden Großmächten in Deutschland drückten sich in der Kategorie „Militärisches“ im I. Quartal 1850 auf verschiedene Weise aus. Zunächst kritisierte die *Konstanzer Zeitung*, dass im Bayerischen infolge grenznaher österreichischer Truppenstationierungen die Preise für Grundnahrungsmittel und Viehfutter stark stiegen.⁵⁹⁸

Die *Frankfurter Oberpostamtszeitung* sah anhand der Demobilmachung einiger Einheiten des 6. preußischen Armeekorps Gerüchte der Presse widerlegt, denen zufolge Berlin demnächst eine Generalmobilmachung anordnen würde. Ebenfalls in dieses Bild passend berichtete die *Oberpostamtszeitung*, dass Preußen eine Anzahl Pferde veräußert habe, die zum Teil nach Österreich gegangen seien. Das Blatt ließ weitere Bemerkungen zur Umbildung des Berliner Kabinetts folgen: General von Werder trat als Nachfolger Strothas als Kriegsminister in die Regierung ein. Werder sei vielmehr ein reformorientierter und ebenso unparteiischer wie vorurteilsfreier General, weshalb Befürchtungen hinsichtlich einer weiteren Verschiebung des Kabinetts nach rechts nicht zuträfen.⁵⁹⁹

Aber auch zwischen den Soldaten der deutschen Klein- und Mittelstaaten bzw. der freien (Hanse-)Städte kam es am Jahresbeginn zu bewaffneten Scharmützeln, über die etwa die *Allgemeine Zeitung* für die Tage um Neujahr 1850 in Hamburg berichtete. Das Blatt erwartete unter Bezug auf ungenannte weitere Zeitungen politische Konsequenzen der mehrtägigen Auseinandersetzungen.⁶⁰⁰

Im Februar 1850 griff die *Konstanzer Zeitung* die noch immer im Schweben befindliche Lage Schleswig-Holsteins auf: Hier zeichnete sich, folgt man der Berichterstattung der *Oberpostamtszeitung*, weiterhin kein Friedensvertrag ab. Die Schleswig-Holsteiner verwiesen weiterhin auf die Unteilbarkeit beider Herzogtümer und die Selbständigkeit Schleswigs in inneren Angelegenheiten. Kopenhagen hingegen würde sich erst nach Zusammentritt des neuen Parlamentes Ende Januar zur Problematik verhalten. Bis dahin

598 Vgl. ebd., 11.01.1850, S. 42.

599 Vgl. ebd., S. 43.

600 Vgl. ebd., S. 42.

war die Stimmung der Zeitung zufolge kriegslustig, da man sich keine Lösung mehr vonseiten der Landesverwaltung, die ohnehin die Dänen bevorzuge, oder dritter Mächte erhoffen könne. Das Frankfurter Blatt stellte die Forderungen der Deutschen im Herzogtum als unabweisbar dar und reihte sich damit in die parteilich-deutschfreundlichen Artikel der vergangenen Quartale ein.⁶⁰¹

In Baden begann 1850 mit der Dislokation des Landesmilitärs dessen Reorganisation unter preußischer Ägide. Dieser Thematik widmete die *Konstanzer Zeitung* zwei Artikel. In den Übernahmen aus der *Neuen Freiburger Zeitung* und dem *Schwäbischen Merkur* wurde den Offizieren und Militärbeamten, unter Einschluss auch derjenigen, die zeitweilig in den Ruhestand versetzt waren, vorgeschrieben, ihre Mietverträge möglichst zum 23. April (Ostern) zu kündigen und dann nur noch monatlich zu mieten, da ihre Verlegung nach diesem Zeitpunkt vorgenommen werde. Im zweiten Artikel ging der *Merkur* auf die Reformen in der Bürgerwehr Karlsruhes ein, die sich für den Fortbestand der bestehenden badischen Exerzierordnung entschieden hatte. Den Schwerpunkt bildete aber die Besprechung eines Artikels der *Karlsruher Zeitung*, der die getroffenen Entscheidungen gegen den Verbleib übergelaufener Offiziere im Dienste des badischen Heeres verteidigte, aber auch auf die Schwierigkeiten der Entlassenen und deren Unkenntnis bzw. falsche Einschätzung des Vorgehenden entschuldigend anführte.⁶⁰² Der *Merkur* wandte sich mit der Bitte an die Öffentlichkeit, den Entlassenen wenigstens die Gründe für ihr Ausscheiden aus dem Militärdienst mitzuteilen.⁶⁰³

In einer kurzen Mitteilung ging die *Konstanzer Zeitung* Anfang März 1850 auf die Übernahme der Befehlsgewalt über die Bundesfestung Rastatt durch Generalleutnant von Gailing ein:

Nach sicheren Nachrichten [...] hat Preußen bezüglich auf den Kommandanten der Bundesfestung Rastatt nachgegeben, und der bekannte Generalleutnant von Gailing ist vom Großherzog von Baden zu diesem Posten ernannt worden.⁶⁰⁴

Dies zeigte den Lesern neben der Verlegung des eigenen Militärs ins Ausland, dass Baden nach dem Ende der Erhebung des Vorjahres de facto unter preußischer Herrschaft stand, auch wenn formal die großherzoglich-badische Regierung restauriert worden war.

601 Vgl. ebd., 01.02.1850, S. 132.

602 Vgl. ebd., S. 131, wörtlich: „Der Artikel hebt unter Anderm hervor, daß allerdings mancher Offizier im Anfang der Revolution nicht fortgekommen, und später aber den richtigen Moment nicht erkannt oder versäumt habe, sich noch in rechter Zeit vom Aufruhr loszumachen. Auch sei mancher Jüngere durch Beispiel und Aufmunterung älterer Offiziere zum längeren Aufenthalt verleitet und durch die Macht der Umstände mit in die Revolution gezogen worden.“ (ebd.).

603 Vgl. ebd.

604 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259.

Neben der fortgesetzt anti-dänischen Berichterstattung folgte im I. Quartal 1850 eine inhaltliche Verschiebung hin zur Frage der Souveränität Badens unter preußischer Besetzung. Abgesehen von den Versorgungsaufträgen des preußischen Heeres für die Bewohner einer Garnisonsstadt, brachte die Besetzung erhebliche Belastungen für den Staatshaushalt im Ganzen bzw. dem Einzelnen die Last, Soldaten im eigenen Wohnraum einquartieren zu müssen.

Die restaurierten großherzoglichen Behörden schenken der Legitimationsstrategie des *Merkur* und anderer Blätter keinen Glauben, denen zufolge die Mehrheit der Teilnehmer des Maiaufstandes in die Ereignisse „hineingezogen“ worden seien. Dennoch setzte die *Konstanzer Zeitung* ihre Übernahmen fort und unterstrich diese Auffassung durch weitere Artikel, die sich für die „Mitläufer“ einsetzten. So forderte Albert Rolle unter Hinweis auf die gravierenden Folgen für das Schicksal entlassener Soldaten die Behörden öffentlich auf, als Geste der Humanität den Betroffenen wenigstens die Gründe für ihr Ausscheiden mitzuteilen.

A.4.4.12 Zusammenfassende Rückschau

Die Kategorie „Militärisches“ setzte sich wie kaum eine andere Rubrik mit den wesentlichen Geschehnissen der Zeit auseinander. Dies lag sicher an der engen Verknüpfung von Aufstand und militärisch gesuchter und herbeigeführter Befriedung. Ihrer Tendenz nach blieb sich das Blatt hier allerdings im Großen und Ganzen stets treu: Die Ablehnung der dänischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein zog sich wie ein roter Faden durch alle zehn Untersuchungsquartale.

Nur eine kurze Zeitspanne um das IV. Quartal 1848 schien es, als könnte die Reichsgewalt auch faktisch ein militärisches Gewicht bekommen. Der Reichsverweser wandte sich mit Kriegsdrohungen gegen die Eidgenossenschaft. Das *Konstanzer Blatt* positionierte sich zwar grundsätzlich positiv gegenüber der Frankfurter Politik, ergriff aber wegen der Verzahnung des Wirtschaftsraums um den Bodensee nicht wie sooft für die Paulskirche Partei. Die bereits im Vorfeld des III. Badischen Aufstandes angelegte und durch einige Bekanntmachungen der Regierung des Landesausschusses nur kurz unterbrochene antirepublikanische Haltung der *Zeitung* verschärfte sich nach der Niederlage der Revolution noch einmal deutlich. Hierzu sei noch einmal an die einseitige Vertretung der These erinnert, nur wenige revolutionäre Führer und einige „Wühler“ hätten Volk und badisches Linienmilitär wider Willen in den Aufstand getrieben.

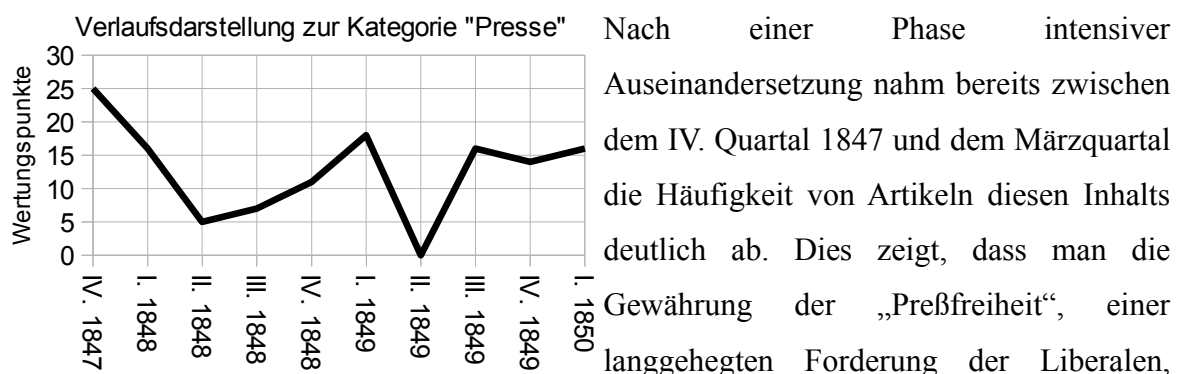
Trotz ihrer Bedeutung für die Berichterstattung, wie sie die hohe Wertungspunktesumme des Bereichs „Militärisches“ belegt, entzogen sich die allermeisten Artikel einer politischen Wertung, indem sie nur Lageberichte enthielten, die teils den Aufständischen entnommen, teils als Mitteilung von Augenzeugen oder als Einschätzungen der Regierung nachgewiesen wurden. Daher ist vieles nur in genauer Kenntnis der rekonstruierten militärischen Lage als in dieser oder jener Weise propagandistisch aufgearbeitet zu klassifizieren.

A.4.5 Die Thematik „Presse“ und Preßfreiheit“ im Spiegel der *Konstanzer Zeitung*

A.4.5.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Presse“ und „Preßfreiheit“ zählen alle Artikel, die sich mit dem Pressewesen selbst und seiner Regulierung befassten. Hinzu kamen solche mit Inhalten über die beteiligten Personen, über Preßprozesse und Ähnlichem.

Artikel dieses inhaltlichen Schwerpunkts erreichten in den zehn Untersuchungsquartalen mit insgesamt 128 Wertungspunkten nur eine unterdurchschnittliche Intensität der Betrachtung, was mit Blick auf den recht engen Zuschnitt dieser Kategorie aber nur begrenzt vergleichbar ist. Dessen ungeachtet bietet die Retrospektive Interessantes:



hinnahm und als nachhaltige Verbesserung erachtete. Zumindest quantitativ lassen sich mögliche Diskussionen um die Folgen der neuen Freiheit oder der Form ihrer konkreten Ausgestaltung bis zum Jahreswechsel 1848/ 49 kaum vermuten. Nach einer Anzahl Beiträge, die wahrscheinlich im Zusammenhang mit den „Grundrechten der Deutschen“ standen, fand sich in den untersuchten Ausgaben des II. Quartals 1849 kein Artikel zur Thematik. Ab dem III. Quartal 1849, vor dem Hintergrund der Restauration in Baden und der revisionistischen Politik der Fürsten, gewann die Berichterstattung erneut an Intensität.

A.4.5.2 Die Diskussion vor dem Erlass der „Preßfreiheit“

Am Rande eines Artikels zu den Verhandlungen der II. Kammer Bayerns war Ende Oktober 1847 auch die Aufhebung der Zensur für innenpolitische Themen Gegenstand der Verhandlungen. Die Nachzensur sollte abgeschafft und der Entzug des Postdebits als staatliche Sanktionsmaßnahme untersagt werden. Die zitierte *Karlsruher Zeitung* positionierte sich zu diesen Themen nicht, sondern erwartete zur Frage der Maßnahmen gegen die Spekulation eine „lebhaft und interessante Erörterung“.⁶⁰⁵

Am 19. November brachte die *Konstanzer Zeitung* erneut eine Mitteilung aus Bayern, die sich mit dem Besuch des österreichischen Bundespräsidialgesandten Graf v. Münch-Bellinghausen an den süddeutschen Höfen beschäftigte. Thema der Beratungen war neben Maßnahmen, die der schweizerische Sonderbundskrieg erfordern würde, auch die Preßfreiheit. Über diese seien sich die österreichischen, süddeutschen und norddeutschen Höfe fortgesetzt uneins. Dessen ungeachtet solle die Preßfreiheit auf dem kommenden Bundestag in Frankfurt thematisiert werden, so das Blatt.⁶⁰⁶

Auch der badische Landtag befasste sich zum Jahresende erneut mit der Preßpolitik: In der Antwortadresse der neugewählten II. Kammer behandelten die Abgeordneten unter anderem auch die Forderung nach Preßfreiheit. Sie forderten vom Großherzog, er möge sich in der kommenden Bundesversammlung für den Erlass der Preßfreiheit starkmachen. Weiterhin drückten die Delegierten die Besorgnis aus, der Deutsche Bund könne sich bezüglich der Preßgesetzgebung erneut nicht einigen.⁶⁰⁷ In der Erwiderung betonte der Regent noch einmal: „Ich [werde] ihren Wünschen gern entgegen kommen, soweit es mit Meinen Bundespflichten vereinbarlich ist, an denen Ich unerschütterlich festhalte.“⁶⁰⁸

Da die Kammer mit dieser wenig verbindlichen Antwort nicht zufrieden war, bat man den Großherzog schließlich in einer Motion, wenigstens einen Gesetzentwurf über den Erlass der Preßfreiheit erarbeiten zu lassen.⁶⁰⁹

Die *Konstanzer Zeitung* enthielt sich zwar wiederum des Kommentars, dennoch legen die

605 Vgl. ebd., 22.10.1847, S. 845.

606 Vgl. ebd., 19.11.1847, S. 921. Die *Konstanzer Zeitung* enthielt sich eines wertenden Kommentars.

607 Vgl. ebd., 24.12.1847, S. 1027f., wörtlich: „Wir können die Besorgniß nicht unterdrücken, daß nach den bestehenden Verhältnissen eine Vereinbarung aller Bundesstaaten zu einem gleichförmigen Preßgesetze nicht so schnell gelingen möchte, und daß auf diese Art die Wohlthaten der Preßfreiheit noch lange dem Vaterlande vorenthalten werden könnten.“ (ebd., S. 1028)

608 Ebd.

609 Vgl. ebd. Diese Motion hatte der Abgeordnete Christ eingebracht. Sie lautete: „Seine königliche Hoheit den Großherzog um eine Gesetzvorlage über die Einführung der Preßfreiheit, vorerst mindestens für innere Angelegenheiten, zu bitten.“ (ebd.). Baden wäre damit Bayern nachgefolgt.

einseitigen Nachrichten in der Rückschau in dieser Zeit eine zustimmende Haltung zur Frage der Liberalisierung der Preßgesetzgebung nahe.

In seiner Thronrede anlässlich der Eröffnung der württembergischen Ständeversammlung ging der König Anfang 1848 auf aktuelle Problemstellungen ein, darunter unter anderem auch auf den Wunsch der Liberalen, die Preßfreiheit einzuführen. Der gegenwärtige Zustand der Zeitungen und Zeitschriften entspreche aber nicht den Erwartungen der Regierung. Man sei aber dennoch gewillt, sich in der Bundesversammlung für eine einheitlich geregelte Preßgesetzgebung einzusetzen. Neben der grundsätzlich zu beschließenden Preßfreiheit müsse parallel ein Strafgesetz für die Übertretung der neuen Regelungen verabschiedet werden, betonte der Monarch.⁶¹⁰

Im Unterschied zu diesem neutral gehaltenen Bericht übernahm die *Konstanzer Zeitung* am 4. Februar 1848 einen Artikel der *Weserzeitung*, der sich mit Ermittlungen gegen Professor Wurm befasste. Dieser hatte in Hamburg einen Vortrag „Über die Ungesetzlichkeit der Censur in inneren Angelegenheiten“ gehalten, der nach Angaben der *Weserzeitung* ausgezeichnet sei und nur die Wahrheit enthalte. Dennoch sei nun „leider“ ein Verfahren gegen den Juristenverein in Hamburg eingeleitet worden, beklagte das Blatt.⁶¹¹

A.4.5.3 Vom Erlass der Preßfreiheit bis zum III. Quartal 1848: Eine Zeit des Aufbruchs?

Am 3. März wurde den Konstanzer Bürgern bekanntgegeben, dass als erste Frucht der Bewegung, die infolge der Februarrevolution in Baden aufgekommen war, die Presse nun befreit werde, wie die Regierung Bakk den Ständen gegenüber erklärt habe.⁶¹² Der Bundesbeschluss, nachdem die Einzelstaaten über die Preßgesetzgebung souverän entscheiden durften, kam in Kenntnis der vorangegangenen Berichterstattung

610 Vgl. ebd., 28.01.1848, S. 74, wörtlich: „Meine Überzeugung, daß der gegenwärtige Zustand der Presse für Zeitschriften und Blätter in Deutschland den gerechten Erwartungen der Regierungen, sowie den Bedürfnissen der Nation nicht mehr entspreche, hat Mich veranlasst, dem Bundestag Meine entschiedenen Anträge mitzutheilen und darauf anzutragen, daß ein für alle Bundesstaaten giltiges Preßgesetz die Freiheit der Presse ausspreche unter der Bedingung eines Strafgesetzes gegen den Mißbrauch und gegen die Übertreter dieses Gesetzes.“ (ebd.) Weiterhin befasste sich der Monarch mit dem Ende der Teuerung infolge einer guten Ernte in 1847, dem Eisenbahnbau und dem Vorschlag der Einrichtung einer allgemeinen deutsche Wechselordnung, die er beide warm begleitete. Unterdessen wandte er sich ausdrücklich gegen Bestrebungen von Schweizer Exilanten, revolutionäre Vereine zu gründen, um so die Revolution nach Deutschland zu tragen (vgl. ebd.).

611 Vgl. ebd., 04.02.1848, S. 91.

612 Vgl. ebd., 03.03.1848, S. 179, daneben kamen den Konstanzern in diesem nur sieben Zeilen zählenden Artikel auch die Einführung von Schwurgerichten, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren und die Ankündigung, die eine allgemeine Volksbewaffnung beginnen zu wollen, zur Kenntnis (vgl. ebd.).

überraschend, konnte allerdings auch nur bedeuten, dass die Zensur nun aufgehoben werden würde. Eine ausführliche Darstellung der Beweggründe, die zu dieser Wendung geführt hatten, ließ die *Konstanzer Zeitung* vermissen.

Nachrichtlich informierte das Blatt am 5. Mai 1848 über den Entwurf eines neuen Preßgesetzes in Bayern, das die I. Kammer am 28. April angenommen hatte.⁶¹³ Inhaltliches zum Gesetzentwurf wurde den Lesern nicht mitgeteilt.

Das „Preßfreiheitsgesetz“ der badischen Regierung Bekk genügte seinem deklaratorischen Anspruch später nicht: Die Bürstenabzüge der Zeitungsausgaben wurden zwar nun nicht mehr vorgeprüft, die gedruckten Ausgaben konnten allerdings weiterhin mit Beschlag belegt werden.⁶¹⁴ Durch die Erklärung des Kriegszustandes in Mannheim am 1. Mai 1848 infolge des Betreiben Mathys wurde es den Behörden erneut möglich, die radikale *Mannheimer Abendzeitung* einen Monat lang zu unterdrücken. Redakteure der radikalen Presse wurden verhaftet und ins Gefängnis nach Bruchsal gebracht.⁶¹⁵ In den untersuchten Ausgaben der *Konstanzer Zeitung* fand sich diesbezüglich keine Notiz.

Ein erster Artikel, welcher sich der Auffächerung der zeitgenössischen Presse annahm, fand am 30. Juni 1848 in die *Zeitung*. Maueranschläge in Stuttgart hätten gefordert, die demokratische Partei und ihre Presseorgane zu verbieten. Die Meldung betonte die Verwerflichkeit solcher Bestrebungen: „Begreifen die Philister doch nicht, daß bei Preßfreiheit Jeder seine Meinung muß sagen können, ohne daß Irgendwer gezwungen ist, sie anzunehmen!“⁶¹⁶ Wie dies Zitat bereits anlegte, kritisierte die *Zeitung* die Bestrebungen der Stuttgarter weniger theoretisch als praktisch, denn sie störten die Ruhe in der Stadt.⁶¹⁷

A.4.5.4 Die zweite Jahreshälfte 1848: Neue Preßprozesse als Folgen der „Preßfreiheit“? Die *Konstanzer Zeitung* und die fortgesetzte Verfolgung kritischer Redakteure

In einer kurzen Mitteilung aus der *Oberrheinischen* wurden den Lesern der *Konstanzer Zeitung* bekanntgemacht, dass der Verfassungsentwurf für Anhalt-Dessau für die

613 Vgl. ebd., 05.05.1848, S. 410.

614 Vgl. Diesbach 1970, S. 453. Diesbach verweist auf einen Zusammenhang zwischen dem mangelhaften Preßgesetz, der schlechten Behandlung politischer Häftlinge und „manch anderer Maßnahmen“ mit der II. Badischen Volkserhebung vom September 1848 (vgl. ebd., S. 453).

615 Vgl. Deuchert 1982, S. 270.

616 *Konstanzer Zeitung*, 30.06.1848, S. 629, vgl. dort auch Vorstehendes.

617 Vgl. ebd., dazu hieß es: „Schon bilden sich Gruppen auf den Straßen und Niemand kann jetzt für die Ruhe eintreten.“ (ebd.).

Behandlung von Preßvergehen vorsah, Schwurgerichte einzuführen.⁶¹⁸ Diese kurze Mitteilung nahm sich nach einer Unterbrechung von drei Monaten erstmals wieder der Thematik „Preßfreiheit“ und „Preßgesetz“ an.

Die Redaktion der *Konstanzer Zeitung* machte im Anzeigenteil der Ausgabe vom 25. August 1848 bekannt, dass sie von nun an keine anonym eingesandten Artikel mehr drucken werde. Allerdings werde man auch in Zukunft eingesandte Artikel auf Wunsch des Verfassers ohne Namensnennung veröffentlichen. Anlass dieser Anzeige war ein anonym verfasster Artikel über die Verkehrsverhältnisse in Konstanz.⁶¹⁹

Ein zweiter Artikel dieses Quartals zur Presse erschien am 15. September 1848. Er war wiederum der *Oberrheinischen Zeitung* entnommen: Das Bruchsaler Hofgericht hatte den aus Lahr stammenden Anwalt Hofer wegen Hochverrats begangen durch einen Artikel im *Schusterboten* zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. Der Mannheimer Anwalt Clemens Brentano, der spätere Führer der Revolutionsregierung, legte gegen die Entscheidung Berufung ein und lud zu einer Volksversammlung nach Achern.⁶²⁰

Die *Oberrheinische* enthielt sich einer deutlich regierungskritischen Wertung nicht und ging dabei auch auf die Berichterstattung der *Karlsruher Zeitung* ein:

Wann werden wir endlich einmal über diese Zeit der Hochverrathsprozesse hinauskommen? Es gibt bald keinen Redakteur mehr, der nicht, weil er nicht loben kann, was einmal schlecht ist, einen Hochverrathsprozess am Halse hat. [...] Diese Versammlungen [Volksversammlungen; M. P.] haben doch das Gute, daß sie [...] der Karlsruherin Stoff geben 'witzig' zu sein.⁶²¹

Schenkt man den Mitteilungen über die 77. Sitzung der II. Kammer Badens Glauben, sah Staatsrat Bekk nach der Erfahrung des Septemberaufstandes in Frankfurt und dem Struve-Putsch im gleichen Monat die „Preßfreiheit“ zunehmend kritisch:

In der Presse und in Versammlungen werden verbrecherische Grundsätze verbreitet, es werden die Bande der Sitte und der Ordnung gelockert, und die Demoralisation soll als Mittel zu verbrecherischen Zwecken dienen.⁶²²

Trotz der direkten Verbindung, welche die Karlsruher Regierung zwischen den Aufständen und der (linken) Presse zu finden glaubte, hob sie die „Früchte des geistigen Aufschwungs“ hervor, die man nach dem März habe wachsen sehen. Auch legte Bekk kein neues

618 Vgl. ebd., 25.08.1848, S. 853.

619 Vgl. ebd., S. 856. Diese redaktionelle Bekanntmachung erschien zwar im Anzeigenteil, war aber durch größere Typen besonders hervorgehoben (vgl. ebd.). Rolle wollte offenbar vermeiden, dass Einheimische durch namentliche Nennungen von Einsendungen abgehalten werden.

620 Vgl. ebd., 15.09.1848, S. 944.

621 Ebd.

622 Ebd., 13.10.1848, S. 1059, zu den Folgen dieser Ausschweifungen der Presse hieß es weiter: „Wirkungen hiervon zeigten sich unter Anderm in dem grausenerregenden Attentate gegen die deutsche Nationalversammlung, und in einem Theile unseres Landes durch eingedrungene Flüchtlinge von Neuem erregten Aufruhr.“ (ebd.)

Preßgesetz vor, er verwies im Zusammenhang mit den Aufständen lediglich darauf, dass man infolge des schnellen militärischen Sieges im Breisgau nicht wie angedacht auf das Standrecht habe zurückgreifen müssen, sondern die Täter Schwurgerichten vorführen könne.⁶²³

In der Beilage dieser Ausgabe der *Konstanzer* erschien der Abdruck einer Einsendung eines Herren „R.“, der gegen Texte der *Seeblätter* polemisierte, die einen aus Schaffhausen Ausgewiesenen als Freund des Volkes feiere. Die Kritik an der Berichterstattung ging über den Einzelfall hinaus: „O welch schreiende Ungerechtigkeit! So was geht nur in einem konstitutionellen Staate!!!“⁶²⁴ Eine so offene Kritik am badischen Staatswesen aus Sicht der Konservativen ließ sich in dieser Ausgabe der *Konstanzer Zeitung* zum ersten Mal finden. Rolle druckte die Einsendung unter „Überlingen“ zwar im Anhang des Blattes, jedoch ohne weitere Hinweise ab, beispielsweise einer Distanzierung der Redaktion.

Aus der *Deutschen Zeitung* entnommen hatte das Blatt die Nachricht, dass das bisherige *Mannheimer Morgenblatt*, welches als konservativ galt, nun als *Badische Zeitung* neu gegründet worden sein solle und von der Tendenz her nun der äußersten Linken angehöre.⁶²⁵

Die „Preßfreiheit“ erlaubte es auch in Baden nicht, beleidigend gegen die Staatsregierung zu schreiben. Einem solchen Vorwurf ausgesetzt wurde der Nachfolger Josef Ficklers als Redakteur der *Seeblätter*, Josef Au, der sich in den *Seeblätter* vom 27. Juni dieses Verbrechens schuldig gemacht haben sollte, wie eine Vorladung im Anzeigenteil der *Zeitung* bekanntmachte.⁶²⁶

Ab November 1848 wurde seitens nicht nur des preußischen Königs die Gegenrevolution forciert: Am 22. Dezember 1848 schrieb die *Oberrheinische Zeitung* aus Düsseldorf, dass beide dort erscheinenden Zeitungen vor dem Druck wieder einem Zensor vorgelegt werden müssten. Dieser habe sogleich Streichungen vorgenommen.⁶²⁷ Die

623 Vgl. ebd. Weitere Themen des Vortrages Bekks betrafen Gesetzentwürfe über die Zulässigkeit von Klagen gegen öffentliche Diener, die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände und die Frage der Ministerverantwortlichkeit. Letztere werde geregelt, sobald die Reichsverfassung erlassen sei, um reichsweiten Regelungen nicht vorzugreifen (vgl. ebd.). Häusser bezeichnete den September 1848 als eigentlichen Beginn der revolutionären Presse, die sich fortan der Lokalzeitungen bemächtigt habe und mit deren Hilfe den „demagogischen Unsinn insicirte“ (vgl. Häusser 1851, S. 131).

624 Ebd., S. 1063, vgl. dort auch Vorstehendes.

625 Vgl. ebd., 10.11.1848, S. 1172.

626 Vgl. ebd., S. 1174. Josef Au hatte im November 1847 die erwähnte Adresse Konstanzer Bürger an die Schweizer Tagsatzung verfasst, er war Mitglied des Vorparlaments, zu dem er auf der Engener Volksversammlung vom 29.03.1848 gewählt worden war. Au wurde als demokratischer Agitator fortwährend verfolgt, 1849 nahm er als Zivilkommissär für die Amtsbezirke Donaueschingen und Villingen an der Revolution an der letzten Badischen Erhebung teil (vgl. Diesbach 1983, S. 139). Zur Engener Volksversammlung, auf der die Republik ausgerufen wurde, vgl. Diesbach 1978b.

627 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 22.12.1848, S. 1341, wörtlich: Der Zensor „[...] hat der Zeitung [dem

Oberrheinische beschrieb die in Preußen wiedereingeführte Vorzensur mit starken Worten, sie begriff die Artikel als „verstümmelt und entstellt“.⁶²⁸

Mit dieser Meldung über die Verschärfung des Presserechts in Preußen endete die Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* zu dieser Themenstellung im Jahr 1848.

A.4.5.5 Die Preßfreiheit nach Verabschiedung der Grundrechte des Deutschen Volkes

In Bezug auf die Preßfreiheit übernahm die *Konstanzer Zeitung* am 5. Januar 1849 einen Artikel aus der *Allgemeinen Zeitung* zu einer Volksversammlung in München, welche der *Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit* organisiert hatte. Die Organisatoren forderten, dass das Assoziationsrecht und die Preßfreiheit alsbald wieder beschränkt werden sollten. Die *Zeitung* kommentierte dies kritisch.⁶²⁹

Nachdem die *Konstanzer Zeitung* im Februar 1849 keine weiteren Artikel zum Preßgesetz/Presselandschaft gebracht hatte, schloss ein Bericht über die 152. Sitzung der II. Kammer erneut an die Problematik an. Hierin hieß es, dass der Abgeordnete Ludwig Häusser einen Gesetzentwurf eingebracht habe, in dem Änderungsvorschläge zu §7 des Preßgesetzes unterbreitet würden.⁶³⁰ In welche Richtung diese zielten, erfuhr der Leser dieser Ausgabe der *Konstanzer Zeitung* nicht.

A.4.5.6 Die Auswirkungen der III. Badischen Erhebung auf Fragen der Preßfreiheit

Im zweiten Quartal 1849 erschienen trotz der vielfältigen politischen Ereignisse, die mit dem III. Badischen Volksaufstand zusammenhingen, keine Artikel, die sich mit dem Preßgesetz und der Preßfreiheit beschäftigten. Der in den Monaten Mai bis Juli regierende Landesausschuss änderte wenig an der de facto bestehenden Nachzensur. Auch er setzte die Methoden der großherzoglichen Vorgängerregierung fort. Durch Verhaftungen von

Düsseldorfer Kreisblatt; M. P.] einen ganzen Artikel verstümmelt und entstellt, und dem Journal [dem *Düsseldorfer Journal*; M. P.] einen Abdruck des Leitartikels aus der 'Nationalversammlung' total gestrichen“ (ebd.).

⁶²⁸ Vgl. ebd.

⁶²⁹ Vgl. ebd., 05.01.1849, S. 19, wörtlich: „Wie gute Zuversicht muß diese Partei auf die baldige Ankunft 'ihrer Zeit' haben, da sie es wagt, jetzt schon so offen mit ihren Planen [sic!] ans Tageslicht zu treten.“ (ebd.) Den Hintergrund für die Versammlung bildete die Münchener Ministerkrise, die sich unter anderem in einer verspäteten Einberufung des Landtages gezeigt hatte (vgl. ebd.).

⁶³⁰ Vgl. ebd., 02.03.1849, S. 247, Häusser schrieb später zu den Preßverhältnissen um die Jahreswende 1848/ 49: „Die liberale Presse, die sich dem revolutionären Treiben widersetzte, fand keine Unterstützung; das Associationsrecht war von den Demagogen rüstig ausgebeutet worden, nur von den Constitutionellen nicht.“ (Häusser 1851, S. 135).

Reakteuren und Beschlagnahme von Zeitungen sanktioniert wurden nun allerdings jene Blätter, die sich kritisch mit der Politik des revolutionären Landesausschusses auseinandersetzten oder ihre Artikel nicht einer gesondert privilegierten *Landeszeitung* entnommen hatten. Im Amtsbezirk Heiligenberg (Seekreis) konfiszierte der zuständige Zivilkommissär der Revolutionsregierung den *Schwäbischen Merkur* und das *Deutsche Volksblatt* mit der Begründung, es handle sich bei diesen Zeitungen um „Lügenblätter“. ⁶³¹ Trotz der Konfiszierungen in der Umgebung druckte Rolle weiterhin unter Nennung des Nachweises im II. und III. Quartal 1849 mit 14 bzw. 28 Übernahmen mehr Artikel ab als in den vorangegangenen Quartalen. ⁶³²

A.4.5.7 Berichterstattung in der Restaurationszeit nach Niederlage der Revolution

Die *Konstanzer Zeitung* begann im Juli 1849 nach einer Unterbrechung von einem Quartal die Berichterstattung zur Kategorie „Presse“ mit dem besprochenen Verbot aller Zeitungen, aller (politischer) Vereine und Versammlungen, das nach Angaben des Blattes am 27. Juni 1849 nun wieder seitens der „rechtlichen Gewalten“ verhängt worden sei. ⁶³³ Das Verbot betreffe sämtliche Parteizeitungen der Radikalen, darunter die *Oberrheinische Zeitung*, die *Karlsruher Zeitung* und die *Seeblätter*. ⁶³⁴ Die Redakteure, Herausgeber und Verleger dieser Zeitungen wurden mit Zuchthausstrafen bis zu zwanzig Jahren Dauer bestraft. In Konstanz betraf dies den Druckereibesitzer Stader, der zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt wurde, sich aber durch Flucht in die Schweiz dem Haftantritt entzog. Auf diesem Wege entging auch der Druckereibesitzer Schmidt aus Konstanz sowie der Redakteur der *Oberrheinische Zeitung*, Stehle, den behördlichen Nachstellungen. ⁶³⁵ Rolle und Wagner werden daher in diesen Wochen mit besonderer Umsicht bei der Auswahl der Artikel für die *Konstanzer Zeitung* vorgegangen sein.

Anfang August übernahm das Blatt eine Mitteilung des *Merkur*, derzufolge der während der Belagerung der Bundesfestung Rastatt durch die Preußen erschienene (revolutionäre)

⁶³¹ Vgl. Tauschwitz 1981, S. 187.

⁶³² Vgl. Übersicht zu den zitierten Zeitungen in der *Konstanzer Zeitung* in der Anlage. Selbst die republikanische *Oberrheinische Zeitung* klagte später über die repressive Preßpolitik der Brentano-Administration (vgl. ebd., S. 188).

⁶³³ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 06.07.1849, S. 789.

⁶³⁴ Vgl. Tauschwitz 1981, S. 191. Folgend die Verbotsliste mit Nennung des Tages der letzten Ausgabe nach Tauschwitz (Hervorhebungen hinzugefügt): „*Allgemeine Badzeitung* (bis 12.7.), *Oberrheinische Zeitung* (bis 12.7.), *Demokratische Republik* (bis 10.6.), *Republik* (bis 21.6.), *Volksführer* (bis 22.6.), *Karlsruher Zeitung* (bis 24.6.), *Stadt- und Landbote* (bis Juni), *Verkünder für Karlsruhe und Umgebung* (bis Juli), *Seeblätter* (bis 9.7.), *Volksfreund Lörrach* (bis Juli), *Badische Zeitung* (bis 30.6.), *MAZ* [*Mannheimer Abendzeitung*; M. P.] (bis 30.6.), *Festungsbote* (bis 22.7.), *Schwarzwälder* (bis 14.7.) [...]“ (ebd.).

⁶³⁵ Ebd.

Festungsbote nun nachgedruckt werden sollte. Da hierfür die Genehmigung der preußischen Festungskommandantur vorliege,⁶³⁶ wird es sich um eine Maßnahme zur Beweissicherung im Verfahren gegen die Verantwortlichen gehandelt haben.

Ende September war die Entlassung des Reakteurs des *Badischen Merkurs*, A. Schnetzler, nach nur 48 Stunden Haft Thema eines Artikels des *Schwäbischen Merkurs*. Die preußische Stadtkommandantur hatte Schnetzler zuvor zu einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe verurteilt.⁶³⁷ Gründe für die so rasch erfolgte Entlassung des Redakteurs führte der *Merkur* nicht an. Man wollte der Bevölkerung vermutlich ein Entgegenkommen signalisieren.

Die Übernahme einiger Artikel aus den Konstanzer *Seeblätter* gaben den Anlass für zwei Prozesse gegen den Buchdrucker Schabet aus Friedrichshafen und dessen Gehilfen Steinmann. Nachdem beide zu Haftstrafen verurteilt worden waren, entschied das Gericht in einem Berufungsverfahren, dass Schabet zwar die Hälfte der Prozesskosten zu tragen habe, in den Anklagepunkten „Vorbereitung zum Hochverrath“, „wiederholte Aufforderung zum Aufruhr“ und „Beleidigung der Ehre der Staatsregierung“ aber freigesprochen würde. Grund dafür war die glaubhafte Schilderung, dass Buchdruckergehilfe Steinmann ohne Wissen und Zustimmung Schabets Artikel der *Seeblätter* in die von ihm verantworteten *Württembergischen Seeblätter* übernommen habe.⁶³⁸

Dieser Artikel zeigt anhand dieses Beispiels, dass die Mitte Juli eingestellten *Seeblätter* für derart gefährlich gehalten wurden, dass bereits wenige Übernahmen Grund genug für über einjährige Haftstrafen boten. Neben der Informationsebene stützte der *Merkur* bzw. die *Konstanzer Zeitung* allerdings auch das Vertrauen der Bürger in die Justiz, die in diesem Prozess ihre Fähigkeit zu einer differenzierten Betrachtung belegt habe.⁶³⁹

Der quantitativ nachweisbare erhebliche Aufschwung dieser Kategorie korrelierte wie

636 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.09.1849, S. 895, wörtlich zum Festungsboten: „Mit Interesse werden nun die (10 bis 12) Nummern des während der Belagerung in Rastatt erschienenen 'Festungsbote', redigirt von Elsenhans, gesucht, und da die erste Auflage vergriffen ist, so soll (mit Genehmigung des Festungskommando's) eine zweite Auflage veranstaltet werden.“ (ebd.). Ernst Elsenhans war vor seinem Engagement für den *Festungsboten* Mitarbeiter der Konstanzer *Seeblätter* (vgl. Deuchert 1982, S. 140). Für seine Tätigkeit als Redakteur des *Festungsboten* und der *Republik* wurde Elsenhans nach eintägigem Verfahren durch ein preußisches Standgericht zum Tode verurteilt und umgehend hingerichtet. Die Regierungsverantwortlichen in Baden missbilligten dies Vorgehen nicht (vgl. Tauschwitz 1981, S. 170f.). Inhaltlich hatte der *Festungsbote* sich von Beginn bis zum Ende seiner Existenz am 22. Juli 1849 in 14 erschienenen Nummern tagtäglich bemüht, die Eingeschlossenen von der Sinnhaftigkeit des Kampfes zu überzeugen (vgl. *Festungsbote*, 07.07.1849- 22.07.1849, z. B. „Die nächste Aufgabe der Garnison und Bürgerschaft von Rastatt“, 07.07.1849, S. 1f. oder „Noch einmal die Redaktion“ vom 23.07.1849, S. 2).

637 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 21.09.1849, S. 1131.

638 Vgl. ebd., S. 1132.

639 Folgende Passage unterstrich diesen Gedanken: „Gegen 12½ Uhr zog sich der Gerichtshof zuer Berathung zurück, und um 2 Uhr (nicht etwa nach einer halben Stunde, wie erwartet wurde) ward das Urtheil gefällt [...]“ (ebd.).

eingangs angenommen eng mit der politischen Entwicklung der Zeit.

Zunächst rückte im Herbst 1849 das *Frankfurter Journal* in den Blickpunkt der *Konstanzer Zeitung*. Albert Rolle hatte nach dem Beginn der Revolution mehrfach Artikel aus diesem linksgerichteten Blatt übernommen. Im I. Quartal 1849, vor dem Hintergrund der Verabschiedung der Reichsverfassung, erreichte die Anzahl der Übernahmen ihren Höhepunkt. Bis zum IV. Quartal 1849 fiel die Anzahl der Zitationen deutlich ab. Im I. Quartal 1850 wies die *Konstanzer Zeitung* schließlich gar keine Artikel dieses Blattes mehr nach.

In einer Übernahme aus der *Karlsruher Zeitung* hieß es am 8. Oktober, dass das Verbot des *Frankfurter Journals*, das für ganz Baden gegolten hatte, zum 7. Oktober wieder aufgehoben worden sei.⁶⁴⁰ Offenbar war die politische Färbung dieser Zeitung den fürstlichen Gewalten nicht recht gewesen. Die *Konstanzer* verzichtete auf Kommentare zum Verbot bzw. dessen Aufhebung. Diese Entscheidung im Sinne einer gemäßigt liberalen Preßpolitik wurde Mitte November 1849 bereits wieder aufgehoben, das *Journal* erneut verboten.⁶⁴¹

Den Schwerpunkt der Berichterstattung bildeten im IV. Quartal 1849 aber Meldungen, die sich mit Preßprozessen gegen Redakteure linksgerichteter Blätter befassten: Wegen Beleidigung hatte der Bürgermeister von Felligshausen mehrere Einwohner und den Redakteur Becker des *Jüngsten Tags*, der im Herbst 1849 als *Wehr Dich* firmierte angezeigt. Die Beschuldigten hatten es im Vorfeld der Verhandlungen vorgezogen, sich beim Bürgermeister zu entschuldigen und die Kosten des angestregten Verfahrens zu tragen. Die *Konstanzer Zeitung* gab sich mit diesem Ergebnis sehr zufrieden und schrieb, dass Becker weiterhin in Haft sei, „[...] da er nächstens wieder, des Hochverraths angeklagt, auf der bereits klassisch [!] gewordenen Gartenbank im Assisenlokal erscheinen muß“. ⁶⁴² Durch die ironische Brechung der Anklagebank drückte das Blatt seine ablehnende Haltung zu den fortgesetzten Hochverratsprozessen aus, die es eher im Wege außergerichtlicher Einigungen gelöst sehen wollte.

Der *Schwäbische Merkur* schrieb Mitte Dezember, dass der Dichter Schnauser, der durch Dichtungen in der *Mannheimer Abendzeitung* und der *Oberrheinischen Zeitung*

640 Vgl. ebd., 12.10.1849, S. 1189.

641 Vgl. ebd., 16.11.1849, S. 1339. Das Verbot der Seekreisregierung wurde in der *Konstanzer Zeitung* am 16.11.1849 bekanntgemacht und galt auch für die zwischen dem ersten und dem neuerlichen Verbot erschienenen Ausgaben des *Journals* (vgl. ebd.).

642 Ebd., 02.11.1849, S. 1282, vgl. dort auch Vorstehendes.

bekannt sei, verhaftet worden sei. Schnauser war nach Angaben des Blattes aus der Schweiz nach Baden zurückgekehrt, um hier seine Dichtungen unter den Landwirten der Region zu verteilen. Der *Merkur* vertrat die Ansicht, dass von diesem Dichter auch sonst nicht viel zu halten sei.⁶⁴³

Im Anzeigenteil der *Konstanzer Zeitung* fand sich weiterhin eine Werbeanzeige des neu erscheinenden *Breisgauer Boten* aus Freiburg und zugleich das großherzogliche Amtsblatt Freiburgs und der umliegenden Kreise enthalten würde. Programmatisch kündigte der *Bote* an, er werde sich der Besprechung vaterländischer Angelegenheiten, der Erörterung allgemeiner Zeitfragen annehmen, aber auch eine politische Rundschau enthalten.⁶⁴⁴

A.4.5.8 Die Berichterstattung zur Preßfreiheit zu Beginn des Jahres 1850

Bezugnehmend auf den verfassungspolitisch relevanten Streit um die Vorschläge des preußischen Politikers und Märzministers Camphausens über ein Steuerverweigerungsrecht ging die *Neue Freiburger Zeitung* auf die sehr unterschiedliche Berichterstattung preußischer Blätter zu dieser Frage ein: Während die demokratischen Blätter behaupteten, die jetzige Entwicklung schon seit jeher vorausgesehen zu haben, reagiere die *Konstitutionelle Zeitung* in einem polemischen Artikel auf den Affront der Linken, den sich die *Neue Freiburger* zu eigen machte:

Nur schade, sagt die 'konstitutionelle Zeitung' mit Recht, daß die demokratischen Propheten nicht im Sommer 1848 das schmachliche Ende ihrer Politik der Pöbelexcesse und Straßentumulte voraussahen, sondern, wenn sie einige hundert Bummler um sich erblickten, die 'ungeheure Mehrheit des Volkes' hinter sich zu haben glaubten.⁶⁴⁵

Während die Blätter der Rechten, die *Freiburger* nannte die *Neue Preußische Kreuzzeitung* und die *Rheinisch-Westphälische Zeitung*, die Abgeordneten zur unbedingten Annahme der königlichen Forderungen zu bewegen suchten, habe die konstitutionelle Presse insgesamt eingesehen, dass noch mancher Kompromiss mit der Regierung zu schließen sein würde.

643 Vgl. ebd., 21.12.1849, S. 1516.

644 Vgl. ebd., S. 1522. In den untersuchten Ausgaben der *Konstanzer Zeitung* wurde der *Bote* während des ersten Quartals 1850 nicht zitiert (vgl. Übersicht der in der *Konstanzer Zeitung* zitierten Blätter im Anhang). Der *Bote* präsentierte sich bereits in seiner ersten Ausgabe als tendenziell konservatives Blatt. So sprach es die wesentlichen Gruppen der badischen Gesellschaft, Landwirte, Gewerbsleute, Händler, Gelehrte, Künstler und Arbeiter, direkt an, um aus ihrer Sichtweise zu zeigen, dass die Versprechen der Republikaner und ihrer Presseorgane nur zu wirtschaftlicher Not geführt hätten. Als diese an die Macht gekommen waren, seien die Versprechungen einer umfassenden Meinungs- und Preßfreiheit nicht eingelöst worden: „Die demokratische Freiheit für Alle warf die Andersdenkenden in das Gefängniß, damit sie recht zur Überzeugung kämen, wie wohlthätig die allgemeine Freiheit auf sie einwirkt.“ (*Breisgauer Bote, Verkündigungs-Blatt*, 01.11.1849, S. 1- 3, Zitat: S. 2).

645 *Konstanzer Zeitung*, 25.01.1850, S. 101, vgl. dort auch Vorstehendes.

Die ministerielle *Deutsche Reform* gab an, dass der Kompromissvorschlag Camphausens, über ein teilweises Steuerverweigerungsrecht zur Annahme führen könne.⁶⁴⁶

Im Anschluss an diese Parteinahme für die konstitutionelle Presse in Preußen fand sich die Nachricht, dass der bisherige Redakteur und Leiter der regierungsnahen *Karlsruher Zeitung* sein Amt niedergelegt habe. Einen Nachfolger nannte die *Konstanzer Zeitung* nicht.⁶⁴⁷

In einem zur Kategorie „wirtschaftliche und politische Liberalität“ gezählten Artikel über den Freispruch des ehemaligen Sigmaringer Bürgermeisters ging die *Konstanzer Zeitung* letztmalig auf die Thematik der Preßfreiheit ein: Dieser war von einem Geschworenengericht von der Anklage der „Aufreizung gegen die Landesregierung, der Ehrenkränkung beziehungsweise Preßvergehens“ freigesprochen worden, was der *Merkur* zum Anlass nahm, um über die mögliche Abschaffung der Geschworenengerichte zu spekulieren.⁶⁴⁸

A.4.5.9 Zusammenfassende Rückschau

Albert Rolle brachte im Nachgang zum Beschluss des Bundestages über die Preßfreiheit bzw. der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz an die Länder nachrichtlich einen knapp gefassten Artikel, in dem er die Gewährung einiger Märzforderungen bekanntgab. Eine besondere Würdigung erfuhr die Preßfreiheit in den untersuchten Ausgaben des Blattes während der Märzwochen nicht.

Die *Zeitung* setzte sich in ihrer Berichterstattung allerdings fortgesetzt für die Preßfreiheit ein, auch wenn insbesondere nach dem Ende der III. Badischen Erhebung aus reformkonservativen bzw. konstitutionellen Blättern zitiert wurde, nachdem bis in den Sommer 1849 hinein die eher linken Zeitungen *Oberrheinische Zeitung* und *Frankfurter Journal* einen hohen Stellenwert besessen hatten. Die *Konstanzer* übernahm recht zahlreiche Artikel, die sich kritisch mit Preßprozessen gegen Herausgeber und Redakteure auseinandersetzen. Trotz Schmähungen der radikalen Presse sollten sich deren verantwortliche Redakteure besser persönlich bei den Betroffenen für ihr Fehlverhalten entschuldigen und nicht der gerichtlichen Verurteilung zugeführt werden.

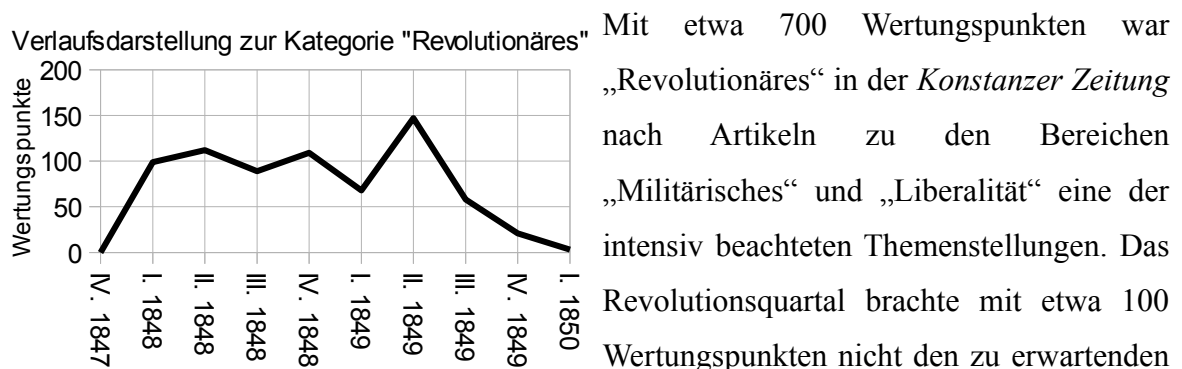
646 Vgl. ebd.

647 Vgl. ebd.

648 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 260.

A.4.6 Berichterstattung in der Kategorie „Revolutionäres“
A.4.6.1 Vorbemerkungen

Im Bereich „Revolutionäres“ sind alle Artikel zusammengefasst, die sich mit den Geschehnissen der Revolution befassten. Sie ist damit das Gegenstück zur eher theoretisch-diskutierenden Kategorie „Liberalität“. Artikel des Bereichs „Revolutionäres“ befassten sich mit Aufständen, Petitionen und den wesentlichen Beschlüssen der Nationalversammlung, ohne allerdings den Diskussionsprozess hierzu abbilden zu wollen. Neben „Liberalität“ und „Verfassung“ war „Revolutionäres“ einer der wichtigsten Punkte der Zeitungsuntersuchung, da die praktischen Geschehnisse gleichsam zu Stellung- bzw. Parteinahmen der Presse zwingen.



Höhepunkt in der Berichterstattung. Stattdessen setzte ab dem II. Quartal 1848 eine recht deutliche Kontinuität der Berichterstattung ein, die erst im Quartal der III. Badischen Erhebung ihren Höhepunkt fand. Nach deren Niederschlagung war „die Revolution“ militärisch beendet und die deutschen Länder „befriedet“. Rasch sank die Betrachtung bis zum I. Quartal 1850 auf Null. Einzelne Ereignisse im Badischen, der I. und II. Badische Aufstand, haben offensichtlich nicht zu einer deutlichen Intensivierung führen können. Auch hier scheint die vordergründig bruchlose Berichterstattung des Konstanzer Blattes bestätigt zu werden, die erst durch die Zäsur des Juli 1849 beendet wurde.

A.4.6.2 Die „Märzereignisse“ im Spiegel der *Konstanzer Zeitung*

Am 3. März 1848 war der Umsturz in Frankreich bereits vollzogen, der „Bürgerkönig“ Louise Philippes zurückgetreten. Die *Konstanzer Zeitung* vermeldete die Auswirkungen der Pariser Ereignisse auf die badische Politik:

Als erste Frucht der tiefen Bewegung, welche durch die Pariser Ereignisse hervorgerufen wurde, hat heute die Regierung [des Großherzogtums Baden; M. P.] den Ständen erklärt, unverzüglich eine Volksbewaffnung einführen zu wollen, die Presse gänzlich zu befreien und

Schwurgerichte mit Oeffentlichkeit [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] und Mündlichkeit in nächster Zeit anordnen zu wollen.⁶⁴⁹

In direkter Folge zu dieser Meldung brachte die *Konstanzer Zeitung* einen Bericht der *Mannheimer Abendzeitung*, einem erklärten linken Blatt,⁶⁵⁰ über die recht prominente „Mannheimer Volksversammlung“ vom 27. Februar 1848. Hierin hieß es: „Die großartige Revolution, welche Frankreich plötzlich von einer [...] absoluten Monarchie in einen Freistaat umgestaltete, veranlaßte die Einwohnerschaft unserer Stadt, am heutigen Tage die Fragen des Tages in Erwägung zu ziehen.“⁶⁵¹ Unter Leitung Adam v. Itzsteins, einem der prominentesten Liberalen Badens, wohnten der „zahlreich wie nie zuvor“ besuchten Volksversammlung auch die Abgeordneten Bassermann, Sachs, Mathy und Soiron bei. Friedrich Hecker sei wegen Krankheit nicht anwesend, aber Struve nahm teil, so das Blatt. Gleich nachdem die Verhandlung eröffnet worden war, ergriff Struve das Wort, um eine vorbereitete (!) Petition verabschieden zu lassen. Struve schlug nach einem positiven Votum der Versammlung sogleich vor,

[Die Petition] durch eine zahlreiche Begleitung persönlich nach Karlsruhe zu bringen. Die Abgeordneten Bassermann, v. Soiron und Mathy erklärten, daß sie mit der Petition und die beiden Letzteren, daß sie auch damit einverstanden seien, derselben auf gesetzliche Weise den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.⁶⁵²

Der Artikel der *Mannheimer Abendzeitung* illustrierte hier und in der folgenden Passage, dass sich Bassermann sogleich um eine Beruhigung der aufbrausenden Stimmung mühte; Mathy habe darauf hingewiesen, dass „man weiter gehen müsse“.⁶⁵³ Dr. Hammer und Struve seien jedoch noch weitergegangen, indem sie betonten, dass der Mangel an Entschlossenheit und die ständige Bedenkenträgerei eben die Übelstände gewesen seien, an denen es Deutschland gebrach.⁶⁵⁴ Dennoch beschloss die Versammlung, erst am Mittwoch, den 1. März 1848, die Petition mit den „klassischen“ Märzforderungen, Volksbewaffnung bei freier Wahl der Offiziere, unbedingter Preßfreiheit, Schwurgerichten

649 Ebd., 03.03.1848, S. 179.

650 Vgl. Deuchert 1982, S. 260. Die *Abendzeitung* versuchte im März 1848 mit möglichst kämpferischen Beiträgen zu den Märzereignissen, die Revolution im Sinne der Radikalen weiterzutreiben (vgl. ebd.).

651 *Konstanzer Zeitung*, 03.03.1848, S. 179.

652 Ebd.

653 Vgl. ebd.

654 Vgl. ebd. Der bekennend-konstitutionelle Historiker Ludwig Häusser schrieb 1851 über die Ursachen der Revolution: „Daß die Nation sich in praktischen Dingen üben und schulen könne, hat man [die Vormärzregierungen; M. P.] gehindert; daß sie aber in ihrer Unermüdlichkeit und Unersättlichkeit Alles einsog, was sich vom Abhub literarischer Ausschweifungen in der ganzen Welt auftreiben ließ, das hat man nicht hindern können.“ (Häusser 1851, S. 91). Weiter hieß es: „Den idealen Trieb der gebildeten Classen nach freieren Staatsformen und einem kräftigen Nationalleben hatte man unbefriedigt gelassen, und dadurch dem politischen und nationalen Nihilismus den Weg geebnet. Die materielle Erhebung der Massen war ebenso versäumt worden wie ihre sittliche Erziehung [...]“ (ebd., S. 92).

nach englischem Vorbild und Herstellung eines deutschen Parlaments, nach Karlsruhe bringen zu lassen.⁶⁵⁵ Der zeitliche Abstand zwischen Volksversammlung am 27. Februar, einem Sonntag, und dem 1. März 1848, einem Mittwoch, sollte die erhitzten Gemüter beruhigen. Struves Absicht, in einem gleichsam revolutionären Zug in die Hauptstadt zu ziehen, wurde im Bericht der *Abendzeitung* recht deutlich. Der Bruch der liberalen Bewegung, die im März selbst nach den Versammlungen von Offenburg und Heppenheim noch einmal einheitliche Opposition auftrat,⁶⁵⁶ lässt sich im referierenden Teil des Artikels gut aufzeigen. Die Linken erzielten zwar Erfolge, so gelang es Struve, den vorbereiteten Petitionstext abstimmen zu lassen; dennoch vermochten es die gemäßigten Liberalen offenbar, die Masse zu beruhigen, und den gemeinsamen Zug nach Karlsruhe wenn nicht zu verhindern, so doch um einige Tage zu verschieben. Besonders Mathys unklares Verhalten wirft in der Rückschau Fragen auf, deutete die *Mannheimer Abendzeitung* seine Äußerungen zum weiteren Vorgehen nicht als Konzeptlosigkeit eines mit der revolutionären Lage überforderten Politikers. Seine Äußerung, „daß man weitergehen müsse“ trennte die Zeitung durch einen Gedankenstrich klar von den Aufrufen zur Mäßigung, die Bassermann tätigte, und rückte Mathy damit zur Linken um die Abgeordnetenkollegen Hammer und Struve. Mathy hatte zwar nicht *expressis verbis* zu einem revolutionären Zug aufgerufen, gab mit diesen Worten aber vor, zumindest mit einem solchen Ansinnen einverstanden zu sein.⁶⁵⁷

Abgesehen von der Ausführlichkeit des Berichts, der eine halbe Seite einnahm, wurde dessen Tendenz nicht nur in Kenntnis der Ausrichtung der *Mannheimer Abendzeitung* deutlich. Textimmanent ließen Formulierungen wie „großartige Revolution in Frankreich“ und „eine Versammlung, zahlreich wie nie zuvor“ kaum eine andere die Vorgänge klar bejahende Tendenz zu. Vom „Beginn der badischen Revolution“, den die Literatur gern auf den Tag ebendieser Mannheimer Volksversammlung legt, war im Zeitungstext selbst wenig zu erkennen. Revolutionäres im Sinne irgendeiner gewaltsamen Handlung, fand auf Anraten des etablierten Liberalen, allen voran Bassermanns, nicht statt. Auch wenn die

655 Vgl. ebd.

656 Vgl. Deuchert 1982, S. 260, weiter: „Die Liberalen präferierten [...] die nationale Einheit *vor* der demokratischen Freiheit. Die badischen Radikalen wollten jedoch [...] die demokratische Freiheit *vor* [beide Hervorhebungen im Original; M. P.] der nationalen Einheit.“ (ebd.).

657 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.03.1848, S. 179. Dass hier eine Fehleinschätzung des konservativ-liberalen Mathy vorliegen sollte, wird dem Letzten anlässlich der Verhaftung Ficklers durch Mathy im April deutlich geworden sein. Die Liberalen standen in der Mannheimer Volksversammlung, schenkt man den Ausführungen der *Abendzeitung* Glauben, nach wie vor hinter von allen zu getragenen Positionen, welche die Petition aus der Feder Struves in wenigen Sätzen zusammenfasst („Die Petition wurde einstimmig [...] gutgeheißen [...]“ [ebd.]).

Stimmung als erregt beschrieben wurde, votierte die Mehrheit für einen zeitlich verzögerten Zug in die Hauptstadt, bekannte sich damit nicht zu einer Bewegung ausdrücklich „revolutionären Rechts“.

Mit den Petitionen, die Konstanz nach Karlsruhe schicken wollte, beschäftigte sich der eben neugewählte große Bürgerausschuss,⁶⁵⁸ zu dessen Versammlung am 4. März Bürgermeister Hüetlin einlud. Näheres zu den Inhalten der besprochenen Petitionen gab die *Zeitung* nicht bekannt.⁶⁵⁹ Tatsächlich gingen die Konstanzer Forderungen über das hinaus, was im Allgemeinen während des März 1848 verlangt wurde. Die soziale Absicherung der Arbeiter, die man am Bodensee als nötig erachtete, verwies deutlich auf das Offenburger Programm der „Ganzen“.⁶⁶⁰ Mit dieser Petition begannen die Konstanzer erstmals die Initiative zu ergreifen, nachdem man wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse zunächst lange Zeit im Unklaren geblieben war, was es mit Gerüchten über die Revolution(en) tatsächlich auf sich hatte. In diesem Zusammenhang lassen sich die weitergehenden Inhalte der Konstanzer damit erklären, dass man zuvor keinerlei Einfluss auf die revolutionären Sturmpetitionen hatte nehmen können.⁶⁶¹ Aber auch diese verspätete Initiative verlief wegen der Abgeschiedenheit von den politischen Zentren Badens im Sande: Die Kammer hatte sich in Karlsruhe bereits 40 Stunden vor Verabschiedung der Konstanzer Petition für ein Zwölf-Punkte-Programm ausgesprochen, das abgesehen von der Arbeiterfrage alle Forderungen (über)erfüllte.⁶⁶²

Die Rolle des etablierten Konstanzer Bürgertums zu Beginn der Revolution war nicht nur mit Blick auf die Petition des elitär zusammengesetzten Bürgerausschusses bemerkenswert: Am 5. März, dem Fastnachtssonntag 1848, fand um 11 Uhr im „Badischen Hof“ eine allgemeine Bürgerversammlung statt, auf der man sich auf die Einrichtung eines „Ausschusses der Bürgerversammlung“ verständigte, dem namhafte Republikaner der Stadt angehören sollten. Bürgermeister Hüetlin und die weiteren Gremien der Stadt nahmen die Gründung dieses Ausschusses widerspruchslos hin, der sich anschickte, neben „vaterländischen Angelegenheiten“ auch praktisch als Ordnungsgewalt anzutreten.

658 Die Wahlen zum großen Bürgerausschuss fanden nach einem sechsstufigen Zensuswahlrecht statt. Insgesamt war nur etwa jeder vierte männliche Konstanzer überhaupt in einer Klasse passiv und aktiv wahlberechtigt (vgl. Kern 1974, S. 19f., vgl. dort auch die Aufgaben dieses Ausschusses im Einzelnen).

659 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.03.1848, S. 182. Die Petition enthielt folgende Forderungen: „Vollständige Preßfreiheit, vollständige Freiheit des Glaubens und seiner Kulte [Annahme der Zittel-Petition; M. P.] Trennung von Schule und Kirche, Schwurgerichte und öffentliche Rechtspflege überhaupt, durchgreifende Unterhaltungsfürsorge für die Klasse der Arbeiter, vollständige Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere (...), deutsches Parlament“ (vgl. *Seebblätter*, 05.03.1848, S. 240, zit. in: Hermann 1998, S. 16f.).

660 Vgl. Hermann 1998, S. 17.

661 Vgl. Kern 1974, S. 16.

662 Vgl. ebd., S. 21.

Offenbar erhofften die gesetzmäßigen Gewalten, die Sicherheit und Ordnung im Seekreis mithilfe des Ausschusses eher bewahren zu können.⁶⁶³

Wie in Eutin⁶⁶⁴ flüchteten auch in Konstanz einige ungelittene Regierungsbeamte vor möglichen Übergriffen ins Ausland. Dies betraf vor allem den Regierungsdirektor v. Vogel,⁶⁶⁵ dessen Ablösung durch den Abgeordneten der Linken, Peter, am 17. März 1848 in der *Konstanzer Zeitung* bekanntgegeben wurde.⁶⁶⁶ Um die Ruhe in der Stadt zu sichern, die man vor allem durch Arbeitslose in den unteren Klassen der Bevölkerung bedroht sah, initiierte die Stadtbehörde zudem die „freiwillige Bürgerwache“.⁶⁶⁷

Die deutsche Einheit, die parallel zu einer allgemeinen europäischen Vereinigung erfolgen sollte, war Thema einer satirischen Anzeige in der *Konstanzer Zeitung*. Darin annoncierte ein „Robinson“, Anno 1680: „Glückliche Umstände ließen mich hier ankommen, wo ich nicht nur **ein** Deutschland, ja **ein** [fett gedruckt im Original; M. P] Europa versammelt zu finden hoffte. Täuschung über Täuschung. - Lauter Narretei.“⁶⁶⁸ Die Schuldigen für diese Illusion glaubte „Robinson“ in den „maskierten Zweckessern“ zu finden.⁶⁶⁹ Ironisierend wurde hier die Kleinstaaterei in Deutschland kritisiert, die bisher die Einigung aus Eigennutz der Wohlhabenden nicht befördert habe. Der Einsender wandte sich damit kritisch gegen die Regierenden und die traditionellen Eliten, welche vom bisherigen Zustand profitierten.⁶⁷⁰

Der Großherzog und die Regierung Bekk waren in den Märztagen bemüht, durch Zugeständnisse die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Bauernunruhen im Odenwald und

663 Vgl. ebd. Über Verlauf und Ergebnisse der zeitnahen Stockacher Volksversammlung vom 09.03.1848 unterrichtete die *Konstanzer Zeitung* ihre Leser bereits am Folgetag. Eine detailliertere Analyse dieses Artikels muss aufgrund der Auswahlkriterien für Untersuchungsartikel unterbleiben. Inhaltlich hatten sich die anwesenden 200 Konstanzer unter Führung von Würth, Kuenzer, Zogelmann, Katzenmayer und Schmidt mit politischen Forderungen hervorgetan, während Soziales im Unterschied zu den zeitnahen Volksversammlungen im Main-Taubergebiet randständig blieb (vgl. Kern 1974, S. 25f., vgl. auch Hermann 1998, S. 25). Dem Konstanzer Komitee der Bürgerversammlung wurde durch Nachwahlen zum Beispiel am 15.03.1848 auf Initiative Ficklers mehrere (republikanische) Arbeiter beigegeben (vgl. ebd., S. 32f.), was dessen Charakter als revolutionärer Institution einmal mehr unterstrich.

664 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 15.04.1848, S. 68, vgl. zur Lage in Eutin im März 1848 auch die *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 98.

665 Vgl. Kern 1974, S. 18.

666 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 17.03.1848, S. 219.

667 Vgl. Kern 1974, S. 19.

668 *Konstanzer Zeitung*, 03.03.1848, S. 182, vgl. dort auch Vorstehendes.

669 Vgl. ebd.

670 Vgl. ebd., wörtlich dazu: „Nun steh ich wieder verlassen, und fordere hiermit die maskierten Zweckesser auf, mich dabei einzuführen, damit ich wenigstens mit der Erinnerung, hier gut und viel gegessen und getrunken zu haben, scheiden kann.“ (ebd.). Die politische Stimmungslage in und um Konstanz war seit der Rückkehr Ficklers aus Westdeutschland republikanisch gesinnt. Fickler hatte bereits auf der Volksversammlung in Stockach am 09.03.1848 die Republik gefordert (vgl. Kern 1974, S. 26). In der Volksversammlung in Hegne, wo vor dem „Hirschen“ 2.000 Konstanzer Bürger ihr Interesse am Geschehen bekundeten, begeisterte Fickler vor allem die Landbewohner von der Idee einer Republik, während die Städter tendenziell eher der konstitutionellen Monarchie zugeneigt blieben (vgl. ebd., S. 27f.).

Ausschreitungen gegen Juden boten die Veranlassung, die Reste der Feudallasten mittels Gesetz am 10. April 1848 für aufgehoben zu erklären. Am 8. März fanden sich gemäßigte und radikale Demokraten in einem gemeinsamen Aufruf zusammen, indem sie jeden Exzess gegen Juden verurteilten.⁶⁷¹ In Konstanz selbst blieb die Lage zunächst ruhig.⁶⁷²

Die Ausgabe vom 7. April 1848 machte bekannt, dass sich im Vorparlament nun der Bruch zwischen Konstitutionellen und Demokraten vollzogen habe. An der Frage der Stellung des zu wählenden Ausschusses (der späteren Nationalversammlung) gegenüber der Bundesversammlung als einem bisherigen Hort restaurativer Politik entzündete sich ein Streit zwischen der republikanischen Minderheit und der konstitutionellen Mehrheit im Vorparlament. Die Petition des Dr. Zitz, die eine Aufhebung der „verfassungsmäßigen Ausnahmebeschlüsse“ verlangte, gemeint waren wohl die Karlsbader Beschlüsse, und eine Beseitigung restaurativer Kräfte aus der Bundesversammlung vorsahen, scheiterte. Der Mehrheitsantrag von Friedrich Daniel Bassermann enthielt zwar ebenfalls eine Misstrauenserklärung, unterließ es aber, konkrete personelle Konsequenzen zu fordern.⁶⁷³

Die *Deutsche Volkszeitung* brachte in Bezug auf das Auseinanderbrechen der liberalen Bewegung des Vormärz', die sich nicht mehr leugnen ließ, Worte des Bedauerns: „Wie sich voraussehen ließ, ist in den Geschäften des vorberathenden Parlaments eine Katastrophe eingetreten.“⁶⁷⁴ Nach einem thematischen Einstieg, der als wichtigstes Ergebnis des Verhandlungsprozesses nicht dessen Resultat, sondern die offenbar gewordene Spaltung vorwegnahm, gab die Zeitung den Verlauf des Diskussionsprozesses kurz wieder. Denjenigen, welche der Bundesversammlung in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands eine wichtige Rolle zusprachen, warf Gustav Struve vor, sie wollten nur einer Leiche durch das frische Blut der Abgeordneten zu neuem Leben verhelfen, während der Leichengeruch ganz Deutschland verpeste. Es ginge hier um die Frage, ob man der Volkssouveränität als Legitimation künftiger Herrschaft den Vorzug geben wolle.⁶⁷⁵

Dem Sitzungsleiter warf die *Deutsche Volkszeitung* Parteilichkeit vor, denn dieser hatte zunächst den gemäßigten Bassermann-Antrag abstimmen lassen. Wegen der großen Mehrheit, die gegen Zitz, Hecker, Struve, Blum und andere prominente „Linke“ der Zeit votierten, hätte ein „korrektes“ Verhalten des Vorsitzenden wohl auch kein anderes Ergebnis gebracht. Der letzte Absatz betonte die ablehnende Position des Journalisten der

671 Vgl. Hermann 1998, S. 23.

672 Vgl. ebd., S. 24.

673 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 07.04.1848, S. 302.

674 Ebd. Der Artikel wird von der *Konstanzer Zeitung* als der *Deutschen Volkszeitung* entnommen gekennzeichnet.

675 Vgl. ebd.

Mehrheit im Vorparlament gegenüber, die zuvor bereits in Worten der Verachtung gegenüber der Bundesversammlung ihren Ausdruck gefunden hatte.⁶⁷⁶

Nach ihrem Austritt [der Demokraten; M. P.] [...] hat sich die zurückbleibende große Mehrheit als permanent erklärt, wogegen sie gestern auf Leib und Leben gekämpft hatte. Doch soll der Keim der Auflösung in ihr zurückgelassen worden sein.⁶⁷⁷

Zurücksetzend und mit einer negativen Prophezeiung schloss der Artikel, ohne im Anhang die „Protestation der ausgeschiedenen Minderheit“ in der Folge abgedruckt zu haben, die den Lesern ein differenziertes Bild an die Hand gegeben hätte.

Die politische Ausrichtung dieser Meldung lässt sich aus den genannten Gründen als politisch linksstehend beschreiben. Zunächst gab der Verfasser den linken Abgeordneten recht, die vor der Wahl die Stellung der gewählten Versammlung im Verhältnis zu den bisherigen Organen des Bundes klären wollen. In der sich hieran entzündenden Diskussion ergriff die Zeitung wiederum für die Vertreter der Zitz-Antrags Partei, indem sie nur einen Redebeitrag der Gemäßigten zitierten, während Hecker, Struve und weitere Linke im Anschluss viermal zitiert wurden. Zudem wurde den Konstitutionellen um Heinrich von Gagern inkonsequentes Verhalten vorgeworfen, Gagern habe beispielsweise bereits am Vortag eingeräumt, der Deutsche Bund und seine Organe seien nun nur noch Leichen,⁶⁷⁸ wolle diese aber nun wiederbeleben, um Volkssouveränität und die Legitimität „revolutionären Rechts“ infrage zu stellen, hieß es.⁶⁷⁹

Zusammenfassend positionierte sich die *Konstanzer Zeitung* in Gefolge der *Deutsche Volkszeitung* hier nahe an den Heckerschen Vorschlägen einer Neubegründung der Herrschaftslegitimation auf dem Vertrauen der Mehrheit des Volkes, der Idee der Volkssouveränität.

Als einen Aprilscherz bezeichnete die *Oberrheinische Zeitung* einen Artikel des *Mannheimer Journals* vom 1. April 1848, demzufolge der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. entthront worden sei. Die ausführliche Begründung der *Zeitung*, warum dies nicht zutreffen könne, unterstrich die angespannte politische Lage, die derlei Gerüchte zumindest als überprüfenswert erscheinen ließ.⁶⁸⁰

Über die rechtswidrige Verhaftung des *Seeblätter*-Herausgebers und revolutionären

676 „Der Kampf [...] war äußerst heftig, und es ist wohl kaum jemals über eine Behörde, welche an der Spitze des Volkes gestanden, ein gräßlicherer Sturm der Verachtung, des gerechten Hasses, des Fluchs und der Verwünschung losgebrochen, wie hier über die bisherige deutsche Bundesversammlung.“ (ebd.)

677 Ebd.

678 Vgl. ebd.

679 „Ich gebe nach', hatte er gesagt, 'die bisherige Bundesversammlung ist eine Leiche.' Er behauptete nur, man müsse die Leiche wieder beleben.“ (ebd.).

680 Ebd., S. 301.

Republikaners Josef Fickler durch seinen ehemaligen politischen Weggefährten Karl Mathy am 7. April im Eisenbahnzug nach Offenburg berichtete die *Konstanzer Zeitung* am Samstag, den 12.,⁶⁸¹ ausführlicher und aus Sicht Ficklers dann am 15. April.⁶⁸² Die Festsetzung des Republikaners wurde zum Sinnbild der endgültigen Spaltung zwischen Konstitutionellen und Republikanern/ Demokraten. Nach dem Scheitern der Strategie Heckers, in einer Union mit den Konstitutionellen die eigenen Ziele im (teil-)institutionalisierten Vorparlament durchzusetzen, blieb ab dem 3. April nur der bewaffnete Aufstand, für den Fickler als Schlüsselfigur galt.⁶⁸³

Schon zwei Tage nach der Festsetzung waren die Ereignisse durch Dekan Kuenzer in Konstanz bekanntgeworden. Die Empörung über Mathys Vorgehen wurde zum Auslöser eines Zuges zum Marktplatz: Einige hatten sich mit Sensen bewaffnet und verbrannten in der Bodenseestadt das Bild des Landtagsabgeordneten.⁶⁸⁴ Auf Landesebene wurde der 7. April zum Auslöser des sogenannten „Heckerzuges“: Noch am Tag der Verhaftung reisten die Revolutionäre Gustav Struve, August von Willich und Karl Balduin Bruhn aus Mannheim bzw. Offenburg nach Konstanz ab, wohin sich auch Hecker begeben hatte, wenngleich unter Inkaufnahme des Umwegs über Frankreich und die Eidgenossenschaft, um einer möglichen Verhaftung zuvorzukommen.⁶⁸⁵ Hecker hatte sich gerade wegen der stark erscheinenden Stellung der *Seeblätter* und ihrer vorgeblich festen Verankerung im Volk für Konstanz als Ausgangspunkt seines revolutionären Zuges gen Karlsruhe entschieden. In seinen Erinnerungen schrieb Hecker später, dass er die Stimmung in der Bodenseestadt nach Maßgabe ihrer Zeitungen begeisterter erwartet habe.⁶⁸⁶ Nach einem

681 Hermann beschreibt den ersten Bericht der *Konstanzer Zeitung* als sachlich schildernd, sich aber empört über die Verhaftung gebend (vgl. Hermann 1998, S. 43).

682 Vgl. Kern 1974, S. 46ff. Kern zitiert den Artikel der *Zeitung* vom 15.04.1848 die Verhaftung Ficklers betreffend in Gänze (vgl. ebd., S. 47).

683 Vgl. Deuchert 1982, S. 266f.

684 Vgl. Kern 1974, S. 50.

685 Vgl. ebd., S. 51. Das plötzliche Erscheinen August von Willichs und Bruhns in Offenburg hat Alfred Diesbach 1978a zum Thema eines Aufsatzes gemacht. Darin heißt es: „Hecker, Struve, Sigel und Mögling haben [...] z. T. umfassende Erinnerungs- und Rechtfertigungsschriften geschrieben. Aber nicht einer schrieb auch nur ein einziges Wort darüber, woher Willich, Bruhn und Doll gekommen waren und vor allem wann, wo und durch wen sie, der Preuße Willich, der Holsteiner Bruhn und der Rheinländer Doll, für die badische Revolution gewonnen worden waren.“ (Diesbach 1978a, S. 481f.). Diesbach kommt zu dem Schluss, dass Fickler Willich bei seinem Aufenthalt im Rheinland, wo er möglicherweise seine Auswanderung in die Vereinigten Staaten vorbereitet hat, kennenlernte (vgl. ebd., S. 485f.).

686 Vgl. Hermann 1998, S. 42, auch Häusser schätze die Stimmung der Bevölkerung im Frühling 1848 noch nicht als revolutionär ein. Zwar seien die „unteren Volksklassen“ „mißvergnügt“, aber noch nicht systematisch auf die Teilnahme in einem Revolutionsheer vorbereitet gewesen (vgl. Häusser 1851, S. 129). Insofern teilten Hecker und Häusser die Einschätzung, dass die Presse, insbesondere in Gestalt der *Seeblätter*, weit revolutionärer schrieb, als die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich dachte (vgl. ebd., S. 90). Wie Bürgermeister Huetlin werden auch andere Konstanzer auf die Verhandlungen der Nationalversammlung gehofft haben, die sie einem bewaffneten Aufstand vorzogen (vgl. Deuchert 1982, S. 268).

enttäuschenden Aufbruch mit nur gut 50 Mann wuchs der Heckerzug auf dem Weg vom Bodensee bis zur Schlacht bei Kandern am 20. April 1848 auf nahezu 800 Mann Stärke an, wurde dort aber von hessischen und bayerischen Verbänden im Kugelhagel auseinandergetrieben.⁶⁸⁷

Nach den Niederlagen der beiden revolutionären Züge Heckers und Herweghs bei Kandern und Dossenbach (27. April 1848) wurden die Gefangenen über die Bahn nach Mannheim und weiter in die Bundesfestung nach Bruchsal gebracht, wie die *Konstanzer Zeitung* am 5. Mai schrieb. Infolge der jüngsten Ereignisse wurde in Mannheim der Kriegszustand erklärt. Bürger und Bürgerwehr wurden entwaffnet.⁶⁸⁸

Ausführlich ging das Blatt am selben Tag auf die Folgen der Ereignisse für die Bewohner des Seekreisgebietes ein: Es zeichnete eine düstere Zukunft besonders auch mit Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse.⁶⁸⁹ Zudem beklagte die Zeitung die vielen Seekreisbürger, die infolge der Ereignisse ins Exil flüchten mussten oder verhaftet wurden. Rolle appellierte an die Behörden, Milde gegen die Gefangenen zu üben, denn diese sei wirksamer als harte Strafen und gleichzeitig Voraussetzung, den Seekreis wieder „lebensfähig“ zu machen, die Lage zu beruhigen.⁶⁹⁰

[W]ir beklagen in der tieffsten Seele ihr Unglück; dieses gebietet und die Menschenpflicht; wir wünschen aus dem innersten Herzen, daß sie als gesetzestreue Bürger bald, recht bald in den Kreis ihrer weinenden Familien, in die Mitte ihrer trauernden Mitbürger zurückkehren dürfen!⁶⁹¹

Ebenfalls als Folge der revolutionären Umtriebe im Seekreis rückte am 24. April 1848

687 Vgl. Hermann 1998, S. 449. „Insgesamt wurden in Konstanz nachträglich 120 Teilnehmer am Heckerzug namhaft gemacht. Eine Minderheit der Konstanzer Teilnehmer kam aus gutbürgerlichen, eher vermögenden Kreisen, wie die Mitglieder des Komitees [der Bürgerversammlung; M. P.]: Arzt Eduard Vanotti, die Advokaten Ignatz Vanotti und Stephani, Literat Kaiser, die Kaufmänner Katzenmayer und Zogelmann. Bei diesen Beteiligten aus dem 'bürgerlichen Lager' handelte es sich um politisch aktive Bürger, die zum Teil im 'Bürgermuseum' und auch in Gemeindegremien, wie etwa dem Revolutionären Bürgerausschuß, vertreten waren.“ (ebd., S. 50). Häusser verstand den Heckerzug als „Bubenstück“: „Die deutsche Abentheurerlust und Raufsucht wirkte wesentlich mit und gab dem Ganzen einen gewissen romantischen Reiz.“ (Häusser 1851, S. 129). Mehr Zuspruch als in der Stadt fand Hecker bei den Bauern im Bodanrück, die am 17.04.1848 gegen Konstanz rückten, um die Durchführung aller Beschlüsse Heckers in der Stadt zu erzwingen (vgl. Diesbach 1973, S. 106). Ausführlich zum Heckerzug in Bezug auf die Bodenseestadt vgl. Zang 1994, S. 169- 174.

688 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 05.05.1848, S. 409. Für den Oberrheinkreis und den Seekreis erfolgte die Erklärung des Kriegszustands am 24.04.1848 (vgl. Hermann 1998, S. 51).

689 „[D]ennoch bangt den Bürgern vor der längern Andauer der Besatzung im Hinblick auf die in jedem Jahr eintretende harte Zeit der Sommermonate, in welchem [...] die Lebensmittel theurer werden [...]. Aber nochmehr drückt zunächst den Gewerbestand die seit vielen Wochen andauernde Stockung in allen Geschäften.“ (*Konstanzer Zeitung*, 05.05.1848, S. 409).

690 Vgl. ebd., wörtlich: „Unter den Mitteln zur Erreichung dieses Zweckes [politische Ruhe und wirtschaftliches Wiedererstarken des Seekreises; M. P.] steht in der vordersten Reihe der edelmüthige Akt der V e r z e i h u n g [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] für so Viele im Strom der weltbewegten Zeit dahin Gerissene, an deren Schicksal die sämmtlichen Bewohner unseres Kreises den innigsten Antheil nehmen, in der Überzeugung, daß Mäßigung und gerechte Milde besser zum Ziele führt, als die Große Strenge des unerbittlichen Strafgesetzes.“ (ebd.).

691 Ebd.

1.100 Mann bayerisches Militär ein. Damit begann die Besatzungszeit der Stadt, die sich bis etwa zehn Wochen vor dem III. Badischen Aufstand fortsetzte.⁶⁹²

Die gescheiterten revolutionären Züge unter Führung Friedrich Heckers, Gustav v. Struves bzw. Franz Sigels⁶⁹³ und Georg Herweghs enttäuschten die ländliche Bevölkerung Badens nachhaltig. Das Vertrauen in die großherzogliche Gewalt war mit deren militärischem Sieg endgültig dahin, der Bruch zwischen Konstanz und Karlsruhe war vollzogen. Das erste Mal zeigte sich diese Haltung anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen die als radikal geltenden Abgeordneten im ländlichen Baden hauptsächlich auch von Landbewohnern gewählt wurden. Die Konstitutionellen verloren die Abstimmungen jenseits der urbanen Zentren deutlich.⁶⁹⁴

Die *Konstanzer Zeitung* positionierte sich in den ersten Wochen während des März 1848 als gemäßigte Befürworterin der Revolution, auch wenn sie nicht wie die *Seeblätter* radikale Forderungen erhob oder den Kurs Heckers guthieß. Der Revolutionäre Zug des Mannheimer Advokaten fand wenig Widerhall in der *Zeitung*, das Blatt beschränkte sich in den untersuchten Ausgaben auf knappe Schilderungen der Ereignisse. Die in der Folge dieser I. Badischen Erhebung zahlreich vorgenommenen Inhaftierungen, denen die Delinquenten sich nicht selten durch Flucht in die Schweiz entzogen, bedauerte die *Konstanzer Zeitung* und warb um Milde.

A.4.6.3 Vom Beginn der Beratungen der Nationalversammlung bis zum Vorabend der II. Badischen Erhebung, dem „Struvezug“

Albert Rolle bedauerte in einem separierten Vorwort zu einem aus der *Oberrheinischen Zeitung* übernommenen Korrespondenzartikel am 2. Juni 1848 die Behäbigkeit der inzwischen gewählten und eingesetzten Nationalversammlung zu Frankfurt. Wenn man das Vertrauen des Volkes zu den gewählten Vertretern fördern wolle, müsse man bedauern, dass deren Debatten stürmisch und langwierig zugleich seien: „Eine Menge Redner sind versammelt und Alle wollen sprechen; darunter die größte Zahl Juristen, die Alle Recht

692 Vgl. Hermann 1998, S. 51.

693 „**Sigel, Franz** [Hervorhebung im Original; M. P.] (1824- 1902), Kadettenschule, militärische Ausbildung, 1847 Abschied vom badischen Militär, Studium in Heidelberg, Volksbewaffnungsplan, der militärische Kopf des Hecker-Aufstandes, 15. April 1848 Aufbruch des Sigel-Zuges in Konstanz, 24. April 1848 Niederlage in Günterstal bei Freiburg, Flucht nach Frankreich, Mai 1849 vom Landesausschuß in Konstanz mit der Reorganisation der Armee betraut, kämpft gegen die Truppen des Deutschen Bundes, 21. Juni 1849 Niederlage bei Waghäusel, führte Reste der badischen Revolutionsarmee in die Schweiz, Emigration über Frankreich, England nach USA, 1861 kämpft auf Seiten der Nordstaaten, steigt zum General auf und wird von den deutschstämmigen Amerikanern verehrt.“ (Berger 1998, S. 35).

694 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 92.

haben wollen.“⁶⁹⁵ Diese Klage war zu einem solch frühen Zeitpunkt der Frankfurter Verhandlungen recht weitsichtig, zumal was die bereits jetzt im Abnehmen begriffene Autorität der Versammlung im Volk betraf. Eine solche kritische Auseinandersetzung lässt sich politisch nicht eindeutig werten, denn sowohl Konstitutionelle, die auf eine Geschäftsordnung drängten, als auch Linke nahmen die Form der Verhandlungen zum Anlass ihrer Kritik.

Mit dem Gesetz über die Einrichtung einer Zentralgewalt setzte sich ein Artikel der *Oberrheinischen Zeitung* auseinander. Kern der kritischen Betrachtung war hierbei weniger die neugeschaffene Position eines „Reichsverwesers“, den die *Zeitung* als Synonym zu „Kaiser“ oder „Präsident“ verstand. Vielmehr ging es um den neunten Paragraphen des verabschiedeten Gesetzes, dass den Reichsverweser als nicht gegenüber der Nationalversammlung verantwortlich beschrieb. Hier dränge sich ein Vergleich mit der französischen Nationalversammlung von 1790 auf, die nach der Reinhronisierung des Regenten zu einer „Gesellschaft von langweiligen Schwätzern“ geworden sei. Die *Oberrheinische Zeitung* ging in ihren Befürchtungen, was diese Regelung für die Zukunft der Nationalversammlung und den Märzerrungenschaften bedeutet, soweit, eine neue Revolution herannahen zu sehen: „[E]s wird eine Revolution von Oben, eine Revolution um Ideen und Prinzipien geben, und bis dahin kann sich auch die Revolution der Ideen von unten dazugesellen.“⁶⁹⁶

Dieser Artikel sah mit der Übertragung der Zentralgewalt an eine Person, die nicht vom Vertauen eines Parlamentes abhängen sollte, das Ende der „Revolution der Ideen von unten“ gekommen. Insbesondere sah das Blatt die Volkssouveränität durch das Reichsoberhaupt aufgehoben, da dieser die unbedingte Gewalt in seinen Händen sammle.⁶⁹⁷ Die *Konstanzer Zeitung* machte sich mit der Übernahme dieses Artikels ebenfalls zur Verfechterin der demokratischen Idee der Volkssouveränität und verließ damit die konstitutionelle Position eines Interessenausgleichs zwischen Volk und Fürsten zugunsten einer linksorientierten Kritik an der Entscheidung der Nationalversammlung.

Ebenfalls der *Oberrheinischen* entnommen hatte Rolle die Zusammenfassung der Verhandlungen in Frankfurt vom 1. Juli 1848. Das Plenum der Paulskirche beschäftigte sich mit der Frage, ob der im Badischen gewählte ehemalige Abgeordnete der II. Kammer

695 *Konstanzer Zeitung*, 02.06.1848, S. 518, vgl. dort auch Vorstehendes.

696 Ebd., 07.07.1848, S. 638

697 Vgl. ebd., wörtlich: „Durch diese Bestimmung [der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers; M. P.] ist die Volkssouveränität wesentlich verletzt, denn sie gibt dem Reichsverweser eine unbedingte Gewalt im Lande, ohne ihm eine Beschränkung oder Pflicht aufzuerlegen; vielmehr steht es in seinem Belieben, ob die Nationalversammlung eine Bedeutung, einen Schimmer von Giltigkeit haben kann.“ (ebd.)

und Anführer des nach ihm benannten revolutionären Zuges Friedrich Hecker, sein Mandat als Abgeordneter der Nationalversammlung wahrnehmen dürfe. Über das Verfahren der Beurteilung dieser Frage, für die sich die Karlsruher Regierung ebenso wie der Prioritäts-Ausschuss des Parlaments in Frankfurt als unzuständig erklärt hatte, gab es eine Diskussion einer Anzahl Abgeordneter der verschiedenen Fraktionen.⁶⁹⁸ Die zitierte *Oberrheinische Zeitung* positionierte sich wie auch in den vorhergehenden Artikeln wiederum im Sinne der Linken, indem sie gegen das Begleitschreiben der badischen Regierung an die Nationalversammlung polemisierte.⁶⁹⁹

Am 3. Juli wurde in einer Volksversammlung im mittelbadischen Achern eine Petition beschlossen, welche eine Amnestie für politisch Verurteilte forderte. Weiterhin entzog die Versammlung der II. Kammer Badens in ihrer jetzigen Zusammensetzung das Vertrauen und forderte Neuwahlen, schrieb die *Zeitung*.⁷⁰⁰ Die Beschlüsse dieser Acherner Versammlung, über deren Teilnehmerzahl die *Oberrheinische Zeitung* in ihrer Mitteilung schwieg, fügten sich inhaltlich und der Tendenz nach in die Berichterstattung des Blattes ein. Auch sie hatte bereits Anfang Juni eine Neuwahl der Kammer gefordert.⁷⁰¹

Mit Bezug auf die am 6. August 1848 deutschlandweit stattfindenden Vereidigungen des Militärs auf die Person des Reichsverwesers wurde aus Braunschweig berichtet, dass sich Herzog Wilhelm entschlossen habe, sein Militär in gleicher Weise der Zentralgewalt zu unterstellen wie zuvor dem Deutschen Bund.⁷⁰²

Im preußischen Schweidnitz hatte es Ende Juli einen Tumult gegen die Person des Militärkommandanten gegeben, der vierzehn Bürger das Leben kostete: Am 31. Juli 1848 habe sich die Rivalität zwischen Bürgerwehr und Linienmilitär bei einer Protestdemonstration zahlreicher Bürger vor dem Haus des Festungskommandanten zugespitzt. Das Linienmilitär soll daraufhin eingegriffen und in die Menge geschossen haben.⁷⁰³ Die *Oberrheinische Zeitung* kritisierte das unverhältnismäßige Vorgehen des

698 Vgl. ebd.

699 Wörtlich: „Der Präsident ließ zuerst ein Schreiben des badischen Ministeriums vorlesen, welches die Entscheidung dieser Sache der Nationalversammlung anheim gab. Dasselbe sprach natürlich von nichts Anderem, als Hochverräthern, ja sogar von Ermittlung derer, welche dem Hochverräter Hecker ihre Stimmen (im Ganzen 77) gegeben hätten.“ (ebd.) Die *Oberrheinische Zeitung* gab nach diesem wertenden Vorwort die Verhandlungen auf den ersten Blick sachlich wider. Ein weiterer Gegenstand der Diskussion nach der Entscheidung, eigens für die Überprüfung der Wahl Heckers einen Ausschuss einzusetzen, bildete ein mögliches Bündnis der Deutschen mit den Ungarn gegen die Slawen (vgl. ebd.). Eine dritte Nachricht dieser Kategorie machte bekannt, dass die aus Frankfurt im Preußischen zurück erwarteten Deputierten des Demokratenkongresses nach Aussage aus Regierungskreisen nicht verhaftet werden würden. Ein Kommentar zu dieser Meldung fehlte (vgl. ebd. S. 639).

700 Vgl. ebd., S. 638.

701 Vgl. ebd., 02.06.1848, S. 517.

702 Vgl. ebd., 11.08.1848, S. 796.

703 Vgl. Mommsen 1998, S. 206f. Der Vorfall ist beispielhaft für den Konflikt zwischen Bürgerwehren und

Militärs, indem sie aus einem Plakat, das in Breslau kursierte, zitierte: „Das Militär hat – aus Veranlassung eines unbedeutenden Tumults [...] auf die Bürger gefeuert, die sich, treu ihrer Pflicht, versammelten, um die Ordnung wieder herzustellen.“⁷⁰⁴

Im Unterschied zum nahen Braunschweig hatte sich Hannover im Herbst 1848 nicht sogleich der neuen Reichsgewalt unterworfen. Gegen diese Entscheidung der Regierung wandte sich eine Anzahl Adressen, die eine Unterordnung Hannovers forderten. Aus der *Allgemeinen Zeitung* zitierte die regierungsnahe *Hannoversche Zeitung*, um sich von deren Aussagen im Anschluss zu distanzieren:

Ein 'Lärmen gegen diesen zum großen Theil aus Übelwollen und Unklarheit selbstgeschaffenen Popatz, mit dem man die von einem ziemlich unbewohnbaren Luftschlosse deutscher Einheit träumenden Deutschthümer in Harnisch zu bringen pflegte', nennt sie die Bestrebungen gegen die hannoversche Sonderbündlerei.⁷⁰⁵

Die *Konstanzer Zeitung* machte sich die geäußerte Kritik der *Allgemeinen* an den Bestrebungen dieser norddeutschen Regierung zu eigen und hieß damit die Märzrevolution und deren Errungenschaften gut.⁷⁰⁶

Die politische Lage in Berlin gegen Ende August 1848 beschrieb die *Oberrheinische Zeitung* in einer auf den 24. August datierten Nachricht als explosiv. Wenn sich die Regierung nicht umgehend entschlossen gegen die abzusehenden Tumulte richte, müsste mit einem blutigen Konflikt zwischen Bürgerwehr und Aufständischen gerechnet werden. Die Situation verschärfe sich zudem durch in die Stadt strömende Erdarbeiter, die bisher beim Bau der Ostbahn beschäftigt gewesen waren und sich nun arbeitslos in der Stadt aufhielten.⁷⁰⁷ Dass sich gerade die Bürgerwehr gegen die Aufständischen stellen sollte, belegt, dass diese als Ordnungsmacht gegen rebellierende Unterschichten angelegt war. Das Bürgertum nutzte gezielt die eigene Wehr, um bei Unruhen nicht sogleich auf das staatlich-fürstliche Militär zurückgreifen zu müssen.⁷⁰⁸

Die *Oberrheinische* machte sich für die Interessen der Berliner Arbeiter stark, gab außer der Arbeitslosigkeit Vieler und dem immer noch unzureichend entwickelten öffentlichen

regulären Einheiten (vgl. ebd.).

704 *Konstanzer Zeitung*, 11.08.1848, S. 796, vgl. dort auch Vorstehendes.

705 Ebd., 01.09.1848, S. 886, vgl. dort auch Vorstehendes.

706 Vgl. ebd., 11.09.1848, S. 886, weiterhin wurde der *Hannoverschen Zeitung* vorgeworfen, bewusst unvollständig zu berichten: „Charakteristisch bleibt es aber [...], daß, wie die *Hannover Morgenzeitung* bemerkt, die *Hannoversche Zeitung* [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.] die Mitteilung Schmerlings über Hannovers Unterwerfung unter die Zentralgewalt, sowie die am 22. erfolgte Anlegung der schwarz-roth-goldenen Bänder an die Fahnen des hannoverschen Militärs bis jetzt nicht mitzutheilen für gut befunden hat.“ (ebd.)

707 Vgl. ebd., 01.09.1848, S. 886, wörtlich: „Berlin befindet sich wie über einem Vulkan, der jeden Augenblick sein verheerendes Feuer auszuspeien droht.“ (ebd.)

708 Vgl. Mommsen 1998, S. 205f.

Beschäftigungssektor keine weiteren Gründe, etwa politischen Ursachen, für die Spannung in der Stadt an. Bis auf den Appell an die Regierenden, entschlossen Maßnahmen zu ergreifen, die nicht genauer bezeichnet wurden, verzichtete die *Zeitung* auf Wertendes.⁷⁰⁹ In einem Gesetzentwurf der Berliner Regierung wurden Volksversammlungen in Preußen Ende August vor dem Eindruck des Erdarbeiteraufstandes vom 21. August 1848 unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Die Teilnahme an nicht genehmigten Versammlungen wurde unter Strafe gestellt und die Behörden legitimiert, im Falle fortgesetzter Zuwiderhandlung auch Schusswaffen gegen die Versammelten einsetzen zu lassen.⁷¹⁰ Die *Zeitung* leitete den Abdruck des Gesetzentwurfs mit der rhetorischen Frage ein, wie die Berliner Bevölkerung vor Monaten auf eine solche Initiative reagiert hätte, und drückte ihre Opposition zur Verschärfung des Versammlungsrechts aus.⁷¹¹

Dem *Schwäbischen Merkur* hatte die *Konstanzer* in Bezug auf die Berliner Unruhen vom 21. August 1848 entnommen, dass es zu gut 100 Verhaftungen in Zusammenhang mit den Ereignissen gekommen war, bei denen 17 Polizisten verletzt wurden. Die Demonstranten waren hauptsächlich Arbeiter und Handwerker, schrieb der *Merkur* weiter. Für den Regierungsentwurf über die Volksversammlungen zeichne sich in der preußischen Nationalversammlung bei einigen Änderungen eine Mehrheit ab.⁷¹²

A.4.6.4 Der „Struvezug“ aus Sicht der *Konstanzer Zeitung*

Am 21. September 1848 überschritt der Mannheimer Advokat Gustav von Struve aus der Schweiz kommend die badische Grenze bei Lörrach und verkündete dort die Republik. Erste Maßnahmen der „Regierung“ betrafen vor allem soziale Ziele: Struve wies die Beseitigung aller Zehnten, Gülten und Frondienste an, verkündete eine Steuerfreiheit für geringe Einkommen, die allgemeine Volksbewaffnung und den Übergang kirchlichen und staatlichen Eigentums in gemeindlichen Besitz.⁷¹³

Konstanz selbst wurde von den Septemberereignissen im Oberrheingraben kaum berührt.⁷¹⁴

709 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.09.1848, S. 886.

710 Vgl. ebd.

711 Vgl. ebd., wörtlich: „Was würde Berlin vor einigen Monaten dazu gesagt haben, wenn es folgenden, in diesen Tagen erschienenen Gesetzentwurf seines Königs [...] damals gelesen hätte?!“ (ebd.) Vermutlich entstammt dieser Artikel wiederum einer anderen Zeitung. Es wurde in der *Konstanzer* allerdings keine Quelle angegeben.

712 Vgl. ebd., S. 886f.

713 Vgl. Diesbach 1970, S. 453.

714 Vgl. ebd. Diesbach unterstreicht die Bedeutung der *Seeblätter* und der *Konstanzer Zeitung* für die historische Wissenschaft, denn ohne die Berichterstattung beider Blätter wäre über die Auswirkungen der Struveschen Unternehmung in der Bodenseestadt wohl kaum noch etwas bekannt (vgl. ebd., S. 454).

In der Nacht zum 26. September 1848 befürchtete man in Konstanz den Einfall von Flüchtlingen aus der Schweiz. Um 23 Uhr wurde von einem Stadtturm Alarm geschlagen, jedoch nicht durch die Bürgerwehr, wie man annahm, sondern durch einen unbefugten Schustersohn. Dieser hatte mit einigen Helfern das Tor besetzt, dessen Schlüssel zuvor entwendet. Erst nach einiger Gewaltanwendung gelangte die Bürgerwehr wieder in den Besitz des Gebäudes.⁷¹⁵ Der befürchtete Grenzübertritt einer größeren Anzahl Flüchtlinge unterblieb auch später, da die Schweizer Behörden deren Waffen beschlagnahmt hatten.⁷¹⁶ Die *Zeitung* berichtete nach Diesbachs Untersuchung nur sehr verkürzt über das Vorgefallene, indem sie von einer scheinbar harmlosen Aktion berichtete, welche deutsche Flüchtlinge in den anliegenden Schweizer Gemeinden geplant hätten.⁷¹⁷

Die betroffenen Emigranten selbst äußerten sich abweisend gegenüber der Berichterstattung der *Karlsruher* und der *Konstanzer Zeitung* über die Geschehnisse in dieser Nacht. Sie selbst hätten bereits vor den Geschehnissen davon Abstand genommen, Struve zu unterstützen, hieß es in einer Erklärung der Kreuzlinger Flüchtlingsgruppe.⁷¹⁸ Die *Konstanzer Zeitung* sah sich daraufhin am 5. Oktober veranlasst, ihre Berichterstattung formal zu berichtigen. Die inhaltlich wenig kompromissbereite Klarstellung leitete keine Beruhigung ein. Stattdessen intensivierte „die Korrektur“ den Streit um einen potenziellen Einfall der Flüchtlinge.⁷¹⁹

Die *Zeitung* befasste sich am 6. Oktober mit dem Rückzug einer Gruppe nunmehr geschlagener Revolutionäre, die im September nach Baden eingerückt war. Diese hätten sich um ihren Anführer Gottlieb Rau geschart, um es von Rottweil aus Struves Zug gleich zu tun, hieß es. Als Ziel ihres Marsches vermutete die *Zeitung* das französische Straßburg.⁷²⁰ Über die Revolutionäre urteilte das Blatt nicht eben freundlich:

Über die Rottweiler berittene Bürgerwehr, welche bewaffnete Sendlinge auf das Land schickte, herrscht nicht minderer Unwille als über deren keckes Auftreten [...] so wie über die aufgestreuten lügenhaften Berichte.⁷²¹

Mit den gescheiterten Revolutionszügen der Septemberwochen beschäftigten sich noch zwei Briefe, welche die *Allgemeine Zeitung* „ohne ein Wort auszulassen oder beizufügen“ abgedruckt hatte, aus der die *Konstanzer* zitierte. Im ersten Schreiben gab der Verfasser dem Leiter des revolutionären Zuges, Gustav Struve, die Schuld am Misslingen

715 Vgl. ebd.

716 Vgl. ebd., S. 454f.

717 Vgl. ebd., S. 455.

718 Vgl. ebd., S. 456f.

719 Vgl. ebd., S. 457.

720 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 06.10.1848, S. 1033.

721 Ebd.

des Zuges. Dieser habe viel zu früh durch sein Lörracher Manifest vom 22. September Tatsachen geschaffen, denen sich „Auslandsdeutsche“ dann unvorbereitet angeschlossen hätten. Zudem hätten Siegesmeldungen aus Frankreich, die allesamt falsch waren, Struve ebenso getäuscht wie Mitteilungen aus Baden, nach denen das Volk republikanisch und revolutionär gesonnen sei.⁷²²

Das zweite Schreiben ging mit der Person Struves ungleich härter ins Gericht und wies ihm die Alleinverantwortung für das Scheitern zu, da er nur „lächerliche Proklamationen“ schreiben könne, nicht aber in der Lage sei, seinen Ehrgeiz zu bändigen oder ein Volksheer in die Schlacht zu führen. Stattdessen habe dieser durch den Putsch den Konservativen in die Hände gearbeitet.⁷²³

A.4.6.5 Weitere Unruhen und Erhebungen sowie die Politik der Nationalversammlung bis zur Jahreswende 1848/ 49 im Spiegel der *Konstanzer Zeitung*

Am Beispiel der Unruhen im kleinen Fürstentum Waldeck, das zwischen Kassel und Marburg lag, verdeutlichte die *Zeitung* die negativen Wirkungen einer mangelhaften Verwaltung und einer desolaten Haushaltslage.⁷²⁴ Hier hatten die Bürger ihre Fürstin und deren minderjährigen Sohn, dessen Regentschaft sie vertrat, vertrieben.⁷²⁵

Die Übernahme bürgerlicher Forderungen bzw. die Bestätigung ausgehandelter Verfassungen erwies sich im Herbst 1848 als zunehmend schwieriger. Zunächst waren es die Kleinstaaten wie das Fürstentum Waldeck, in denen das Volk begann, sich gegen Verzögerungen im Reformprozess zur Wehr zu setzen.

Anfang November 1848 folgte das Herzogtum Bernburg, dessen Fürst sich mit dem Ziel, die Bestätigung der verabschiedeten Verfassung hinauszuzögern, nach Quedlinburg begeben hatte.⁷²⁶ Viele Fürsten verfügten im Vormärz noch über kein vom Staatshaushalt gesondertes Privatvermögen. Beim Erlass der Verfassungen stellte sich zwangsläufig die

722 Vgl. ebd., S. 1035f. Der Verfasser dieses Briefes sah vor allem diesen Täuschungen, die eine mangelnde Vorbereitung nach sich zogen, und dem fehlenden revolutionären Geist vieler Badener die Schule für das Misslingen des Vorhabens (vgl. ebd.), wörtlich: „Im Herzen mag der badische Bürger ein guter Republikaner sein; allein ein wirklicher Revolutionär ist er nicht.“ (ebd.)

723 Vgl. ebd., S. 1036. Durch das gescheiterte Unternehmen sei zudem ein umfassender Plan der Republikaner vereitelt worden, der einen koordinierten Aufstand in allen wesentlichen deutschen Städten vorgesehen habe (vgl. ebd.).

724 Vgl. ebd., S. 1034, wörtlich dazu: „Ein trostloser Rechtszustand, eine schlechte Verwaltung, Armuth unter den Bauern und ein fauler Finanzzustand haben das Land entnervt und die meist freisinnige protestantische Bevölkerung niedergedrückt.“ (ebd.)

725 Vgl. ebd. Die Zeitung bemerkte weiter, dass ein Land von nicht einmal zwanzig Quadratmeilen Größe 500 Soldaten nähren müsse (vgl. ebd.).

726 Vgl. ebd., 10.11.1848, S. 1173.

Frage nach der Besoldung des Fürsten, welche die betroffenen Regenten häufig als unzulässigen Eingriff betrachteten. Dies war auch in Bernburg der Fall, wie die *Oberrheinische Zeitung* schrieb.⁷²⁷

Weiterhin bescheinigte dieses Blatt der Nationalversammlung nach dem Septemberaufstand einen katastrophalen Zustand. Nicht nur Rechte und Linke seien zerstritten, auch herrsche in den Parteien selbst Uneinigkeit über den zu vertretenden Kurs. Der seit September andauernde Belagerungszustand rufe nun auch unter den Rechten zunehmend Missmut hervor.⁷²⁸ Im Fazit hieß es: „Die Nationalversammlung [...] fängt an ein Kinderspott zu werden. Wenn sie nicht aufgelöst und durch neue Wahlen ganz erneuert wird, ist von ihr für Deutschland kein Heil zu erwarten.“⁷²⁹ Dieser Fundamentalkritik an der Paulskirchenversammlung schloss die *Zeitung* die Verordnung des Reichsverwesers über die nunmehrige Herausgabe eines Reichsgesetzblattes an, das den praktischen Machtanspruch des Parlaments auch nach den Septemberereignissen unterstrich..⁷³⁰

Aus Preußen berichtete das *Frankfurter Journal* mit Datum vom 3. November, dass König Friedrich Wilhelm IV. den inhaltlich nicht näher beschriebenen Vorschlag des Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung, Jacobi, verworfen hatte. Weiterhin ging das *Journal* auf die Reaktion des Berliner „Demokratischen Klubs“ ein, enthielt sich jedoch eines darüber hinausgehenden Kommentars.⁷³¹

Die wenig verborgene Reaktion des preußischen Monarchen fand sich in der *Konstanzer Zeitung* zumeist in Form kurzer Nachrichten, wie der eben besprochenen. Auch zur Entlassung des reformfreundlichen preußischen Ministerpräsidenten Brandenburg brachte die *Konstanzer* nur eine kurze Mitteilung, die kaum Rückschlüsse über die eigenen politischen Ziele erlaubte.⁷³²

Aus Bayern schrieb die *Zeitung*, dass man dort annehme, der König schliesse sich der in Wien und Berlin vorgezeichneten Entwicklung an. Allerdings wurde weniger die Person des Regenten kritisiert als jene „nicht freisinnige intrigante Kamarilla“, die den König häufiger umgebe als seine Minister. Am Beispiel der noch immer zurückgehaltenen

727 Vgl. ebd. Das Großherzogtum Oldenburg kannte ebenfalls keine Trennung von Privateigentum des Fürsten und Staatsgut (s.u.).

728 Vgl. ebd., 06.10.1848, S. 1033.

729 Ebd.

730 Vgl. ebd.

731 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 10.11.1848, S. 1173.

732 Vgl. ebd. Die *Oberrheinische Zeitung*, die sich auf eine Nachricht aus Köln vom 04.11. bezog, gab an, dass eine Anzahl Mitglieder der preußischen Nationalversammlung mit der Ernennung des Abgeordneten Grabow zum neuen Ministerpräsidenten rechnete (vgl. ebd.).

Neuwahlen des Landtages, der Aufstockung des Militärs und der ebenfalls ausstehenden Justizreform veranschaulichte die *Zeitung* die im Gange befindliche Reaktion.⁷³³ Das Blatt gab sich in Bezug auf diese Entwicklung progressiv, wenn es anhand der zwangsläufig kommenden Einsparungen verlautbarte, dass sich dieser Entwicklung auch „Liberalen von veraltetem Zuschnitt“ nicht entziehen könnten.⁷³⁴

Im Unterschied zu diesem eher links ausgerichteten Artikel nahm die *Zeitung* in derselben Ausgabe einen Bericht aus Bonn auf, wo es zu einer Verweigerung der Schlacht- und Mahlsteuer durch die bäuerliche Bevölkerung der Umgebung gekommen war. Die zitierte *Allgemeine Zeitung* lehnte nicht nur die Steuerverweigerung an sich als anarchistische Züge tragend ab. Sie wies überdies auf die rege Tätigkeit des örtlichen konstitutionellen Vereins und der Bürgerschaft zur Linderung der Not hin.⁷³⁵ Hier wurde der Konflikt zwischen städtischen Liberalen und der Landbevölkerung deutlich, die sich für die Märzforderungen im Allgemeinen kaum interessierte: Man wollte auf dem Land konkrete (soziale) Fortschritte, welche die eigene materielle Stellung verbessern würden. Deshalb waren es gerade die verhassten Schlacht- und Mahlsteuern, die zum Anlass für Tumulte wurden und eben nicht die Preßfreiheit,⁷³⁶ für welche die Liberalen auf die konstitutionellen „Barrikaden“ zogen.

Ohne Wertung blieb der letzte Artikel dieser Kategorie im Jahr 1848, den Rolle dem *Journal* entnommen hatte. Hierin hieß es, dass es infolge der zwangsweisen Einrichtung einer Landwehr in Erfurt zu einer Straßenschlacht gekommen sei, die viele Opfer auf Seiten des Militärs und der Bevölkerung gekostet habe.⁷³⁷

In Hessen kam es zu einem Aufstand hessischer Soldaten. Nach Katzenmusiken gegen wenig gelittene und Serenaden für beliebte Offiziere stellten sich die Bewaffneten gegen ihre Vorgesetzten. Im Rahmen dieser Ereignisse wurde am 23. November ein in Darmstadt inhaftierter Soldat befreit.⁷³⁸ Wahrscheinlich um diese Rebellion nicht als Resultat demokratischer „Wühlerei“ zu kennzeichnen, wies die *Zeitung* darauf hin, dass nach Aussage des *Frankfurter Journals* kein Zivilist an den Geschehnissen beteiligt war.⁷³⁹

733 Vgl. ebd., 01.12.1848, S. 1256.

734 Vgl. ebd., wörtlich: „Der nächste Landtag, wenn er auch viele Liberalen von veraltetem Zuschnitt, und noch mehr Geistliche und weltliche Ultramontane vereinen wird, muß doch an Ersparungen denken. An der Zivilliste und der Armee wird dieß am zweckmäßigsten, aber zu nicht geringem Leidwesen der Krone geschehen.“ (ebd.).

735 Vgl. ebd., wörtlich: „Möchte namentlich das Benehmen der hiesigen Bürgerschaft [...] von den untern Klassen der Bevölkerung anerkannt werden!“ (ebd.).

736 Vgl. Krus 1998, S. 103.

737 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.12.1848, S. 1256f.

738 Vgl. ebd., S. 1256.

739 Vgl. ebd.

Insgesamt blieb die Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* über die im Gange befindliche Revision der Märzerrungenschaften und die ihr nachfolgenden Aufstände ihrer Tendenz nach uneinheitlich. Die Mehrheit der Meldungen blieb kurz und ohne weitere Kommentare oder explizite Wertungen. Sie beschränkten sich vielmehr auf eine knappe Wiedergabe der Fakten. Hinzu kamen einige, die je nach zitierter Zeitung eher progressiv-demokratisch oder verhaltener gegenüber den Ereignissen eingefärbt waren.

A.4.6.6 Die Übertragung der Kaiserwürde an den preußischen Monarchen

Bezüglich der Diskussionen über die Erbkaiserwürde in der Paulskirchenversammlung teilte die *Konstanzer Zeitung* bereits am 5. Januar 1849 mit, dass sich neben Württemberg nun auch Hessen-Nassau für eine Übertragung an Preußen ausgesprochen habe.⁷⁴⁰ Anfang Februar folgte in der *Zeitung* eine Einschätzung zur Lage der Nationalversammlung und ihres Verfassungsentwurfs, die das Blatt der *Karlsruher Zeitung* entnommen hatte. In Frankfurt müsse man sich in diesen Tagen entscheiden, ob man mit Österreich brechen oder ob man den Grundgesetzentwurf durch ein Abwarten bis zur Klärung der politischen Verhältnisse in Österreich gefährden wolle. Auch Preußen habe sich noch nicht über seine Stellung zum Entwurf geäußert. Von Berlin befürchtete Karlsruhe bereits Anfang Februar ein ablehnendes Votum zur Konstitution: „Die ganze Haltung der preußischen Regierung ist seit Monaten so, als ob sie durch die entschiedenste Abneigung gegen den Beruf, der ihr durch einen großen Theil Deutschlands zugewiesen ist, bestimmt würde [...]“.⁷⁴¹

Die gespannte politische Lage spitzte sich in Wien und Berlin aber auch an der Nordgrenze des Deutschen Bundes bis in den März 1849 weiter zu. Am 9. März, fünf Tage nach dem Oktroi der Wiener „Gesamtstaatsverfassung“ durch den österreichischen Kaiser, sollte Dänemark nach einem Artikel der *Oberrheinischen Zeitung* den Waffenstillstand gekündigt haben. Das Land wolle die Uneinigkeit Deutschlands zu seinem militärischen Vorteil nutzen.⁷⁴² Die *Oberrheinische* sah die Geduld der Deutschen als erschöpft an und rief dazu auf, klar Position zu bekennen: „Was wir aber schon früher gesagt, rückt nun näher und näher: der europäische Krieg oder vielmehr eine große Revolution politischer und sozialer Art [...], Jetzt müssen sich die Partheien entscheiden – keine Halben mehr!“⁷⁴³

740 Vgl. ebd., 05.01.1849, S. 19.

741 Ebd., 09.02.1849, S. 157, vgl. dort auch Vorstehendes.

742 Vgl. ebd., 09.03.1849, S. 277.

743 Ebd.

Dieser Aufruf zur Aktion stand im Zusammenhang mit einer allgemeinen politischen Unruhe im Badischen. Aus Offenburg schrieb das *Frankfurter Journal*, dass Gerüchte über einen Putsch angesichts der Stationierung von 800 württembergischen Soldaten wohl nicht aus der Luft gegriffen seien.⁷⁴⁴ Ähnliches schrieb die *Karlsruher Zeitung* über die Verhältnisse im bayerischen Aschaffenburg, das ebenfalls militärisch verstärkt wurde. Zuvor waren Bauern gegen die Kaserne gezogen, von der aus auf die Aufständischen geschossen worden sei.⁷⁴⁵

Die Berichterstattung der *Zeitung* befasste sich in den ersten Monaten des zweiten Revolutionsjahres weiterhin mit den aktuellen politischen Geschehnissen. Hierbei nahm das Blatt in Bezug auf die Frage der Kaiserwürde eine preußenkritische Haltung ein, indem es Befürchtungen über das mögliche Misslingen einer solchen Übertragung Raum gab. Die offen agierende Revision der Fürsten wollte die vielzitierte *Oberrheinische Zeitung* in jenen Tagen durch einen Krieg oder eine neuerliche soziale Revolution beendet wissen.

A.4.6.7 Die Reichsverfassungskampagne und der III. Badische Aufstand: Das II. Quartal 1849

Es sind wesentlich zwei Themen, mit denen sich die *Konstanzer Zeitung* im April 1849 beschäftigte. Zum einen ist es die Kaiserwahl und die sich daran anschließenden Ereignisse, zum anderen befasste sich das Blatt in der Rückschau weiterhin mit den Folgen des Struvezuges, der sich angesichts der erneut steigenden Unruhe besonderen Interesses erfreute. Struve und Blind trafen am 2. April 1849 in Rastatt ein, wo sie in Untersuchungshaft einsaßen. Allerdings sollte ihr Aufenthalt dort nur bis zur Entscheidung des Obergerichts über die von Struves Anwalt Clemens Brentano angebotene „Kassation“ fort dauern.⁷⁴⁶

Dieser Nachricht vorangestellt war ein Protokoll der Verhandlungen gegen die Anführer des Struve-Zuges: Martin Müller aus Staufen schilderte den Ablauf des Struve-Zuges seit dem Eintreffen der Revolutionäre in Konstanz. Diesem folgten Schilderungen Anton Böschs, Gemeinderat Staufens und anderer Zeugen, welche das Konstanzer Blatt zum Teil wörtlich wiedergab.⁷⁴⁷

744 Vgl. ebd.

745 Vgl. ebd.

746 Vgl. ebd., 06.04.1849, S. 400.

747 Vgl. ebd., S. 399f.

Am 6. April, zu einem Zeitpunkt, da der preußische Monarch die Kaiserkrone bereits seit drei Tagen abgelehnt hatte, druckte die *Konstanzer Zeitung* in Folge drei Artikel ab, die sich zunächst mit den Verhandlungen der Nationalversammlung über ein Gesetz zur Gewähr der Verfassung befassten, über erste Reaktionen aus der preußischen Hauptstadt auf die Kaiserwahl am 29. März 1849 berichteten und schließlich auf den Zug der Kaiser-Deputation nach Berlin eingingen: Einen Tag vor der Verabschiedung der Reichsverfassung am 27. März 1848 beschäftigte sich die Nationalversammlung in zweiter Lesung mit dem „Gesetz zur Gewähr der Reichsverfassung“. Die *Konstanzer Zeitung* druckte den Gesetzentwurf in Teilen wörtlich ab, kommentierte das Gesetz jedoch nicht weiter.⁷⁴⁸

Nach Verabschiedung der Verfassung war es am preußischen König, die Kaiserwürde aus den Händen der Volksvertreter anzunehmen. Der Berliner Magistrat einigte sich nach Mitteilung der *Konstanzer Zeitung* darauf, den Monarchen zu bitten, die Krone anzunehmen. Allerdings nannte die Adresse auch mögliche Schwierigkeiten, die mit der Annahme der Erbkaiserwürde verbunden sein könnten. In den Vorverhandlungen war strittig, inwieweit dem König bereits in dieser Adresse Wege gezeigt werden sollten, durch die eine bedingte Annahme ermöglicht werden könnte.⁷⁴⁹

Die *Zeitung* spekulierte, dass die Annahme der Kaiserwahl wohl nur unter Bedingung der Zustimmung aller deutschen Fürsten erfolgen werde. Auch gebe es Gerüchte, nach denen Friedrich Wilhelm IV. den Titel eines Schirmherrn annehmen wolle, nicht aber den eines deutschen Kaisers.⁷⁵⁰

Am 31. März empfing man die Kaiser-Deputation unter Vorsitz des Präsidenten der Nationalversammlung, Eduard Simson, in Düsseldorf mit Musik und einer Ansprache des Oberbürgermeister-Verwalters. Die Bevölkerung jubelte der Deputation nach Information des *Frankfurter Journals* zu.⁷⁵¹ Albert Rolle verfasste zur Wahl Friedrich Wilhelms IV. keine eigene Einschätzung, sondern beschränkte sich in gewohnter Weise auf die Übernahme von Artikeln aus anderen Zeitungen, die sich ihrerseits ebenfalls einer eindeutigen Wertung enthielten.

Nachdem auch in Konstanz die Ablehnung der Krone und die Wiederaufnahme des Konflikts mit Dänemark bekannt waren, behandelte die *Konstanzer Zeitung* die möglichen

748 Vgl. ebd., 06.04.1849, S. 400.

749 Vgl. ebd.

750 Vgl. ebd., wörtlich zu möglichen Bedingungen Friedrich Wilhelms IV.: „Die Wahl selbst hat [...] sichtliche Befriedigung erregt, die Annahme derselben dürfe aber wohl von der Zustimmung der Fürsten abhängig gemacht werden, wenigstens ist eine einflußreiche Parthei in diesem Sinne sehr thätig.“ (ebd.).

751 Vgl. ebd.

bzw. bereits im Vollzug befindlichen Konsequenzen: Aus regierungsnaher Sicht befasste sich ein Artikel der *Karlsruher Zeitung* mit den Folgen der Ablehnung im Bodenseegebiet. Während Wohlmeinende die Verabschiedung der Verfassung als Ende des revolutionären Prozesses begrüßt hatten, seien nun die Revolutionäre im Vorteil. Sie wähten sich im Besitz einer Mehrheit in der Nationalversammlung, die nach der Ablehnung durch Preußen und Österreich und dem Hinhalten in Bayern nunmehr nur die Wahl habe, sich in Schande aufzulösen oder sich den Revolutionären anzudienen. Der Verfasser spekulierte weiter, dass sich jetzt in Frankfurt eine neue Nationalversammlung aus Vertretern linksgerichteter Volks- und Märzvereinen zusammenfinden werde.⁷⁵² Die *Karlsruher Zeitung* erwartete eine neue Erhebung in Deutschland, die mit einer weiteren Revolution in Frankreich in Verbindung stehen würde: „Von Halbheit, von Versöhnung, von nicht 'prinzipiellem' Widerspruch ec. wird keine Rede sein, sondern von Rache, Gerechtigkeit, und wie die Titel alle heißen, welche der Terrorismus aushecken wird.“⁷⁵³ Das Blatt zeichnete ein neues 1793, eine neue revolutionäre Terrorherrschaft als Schreckgespenst an die Wand. Sie bemühte sich, die Bürger damit in Opposition zu den Volksvereinen zu drängen.

Auch über Reaktionen auf die Nachricht der ablehnenden Entscheidung des Preußenkönigs aus München berichtete das Blatt. Hier war es laut Auskunft der *Zeitung* zu großer Unruhe und zu Bürgerversammlungen gekommen, die eine sofortige Einberufung des Landtages forderten. Unterdessen wurden die beurlaubten Soldaten in die Kaserne zurückbefohlen.⁷⁵⁴

Wiederum der *Karlsruher Zeitung* hatte Rolle eine Nachricht aus Frankfurt a. M. entnommen, wo es im Zusammenhang mit einer Verhaftung zu einem Massenauflauf vor der Konstablerwache gekommen war. Das Blatt bemühte sich zu versichern: „Das Ganze ist keineswegs unbedeutend; es steht aber zu erwarten, daß das Gerücht den Vorfall noch bedeutend vergrößern wird.“⁷⁵⁵

Der *Schwäbische Merkur* ging auf eine Krise der immer noch im Amt befindlichen Reichsregierung unter Heinrich von Gagern ein, die sich ergeben hatte, da Reichsverweser Erzherzog Johann sich geweigert hatte, die Vollziehungsakte der letzten Beschlüsse der Nationalversammlung zu unterzeichnen. Hierauf sei die Regierung zurückgetreten. Da der Reichsverweser schließlich doch zeichnete, bliebe die Regierung weiterhin im Amt. Die Nationalversammlung, die als 30er-Ausschuss tagte, bereitete unterdessen Maßnahmen zur

752 Vgl. ebd., 04.05.1849, S. 525.

753 Ebd.

754 Vgl. ebd.

755 Ebd.

Sicherung der Existenz der Versammlung vor. Man wolle zuverlässige Truppen aus denjenigen deutschen Ländern zum Schutz einsetzen, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten, hieß es.⁷⁵⁶

In Berlin kam es am 27. April zu Tumulten, in deren Verlauf vom herangeeilten Militär scharf geschossen wurde. Am 28. April sei daraufhin der österreichische Feldherr v. Radowitz, der maßgeblich am Konflikt mit den Aufständischen in Österreich beteiligt war, sowie der preußische General v. Wrangel zu einer Unterredung mit dem König in der Stadt gewesen.⁷⁵⁷ Die sehr angespannte Lage in Berlin und das nicht durchzusetzende Versammlungsverbot Wrangels legten die Befürchtung nahe, dass es zu einem erneuten Volksaufstand gleich dem des 18. März 1848 kommen könnte, schrieb die *Frankfurter Oberpostamtszeitung* weiter.⁷⁵⁸

In Konstanz rief in dieser hoch angespannten Lage Bürgermeister Huetlin zu einer Versammlung des großen Bürgerausschusses auf, die am 5. Mai stattfinden sollte. Dieser Sitzung kam besonderes Gewicht zu, was bereits die Androhung von Ordnungsgeldern im Falle des Nichterscheinens kundtat.⁷⁵⁹ Die Tagesordnung sah Adressen an die Nationalversammlung und die großherzogliche Regierung vor, die sicherstellen sollten, dass die Reichsverfassung auch vollzogen würde.⁷⁶⁰

Am Tag des Erscheinens der *Zeitung* fand in der Stadt eine Volksversammlung statt, die auf Einladung des Konstanzer Volksvereins zusammenkam. In den Beschlüssen der Versammlung wurde zunächst die Annahme der Reichsverfassung gefordert. Darüber hinaus sollte über all diejenigen Staaten, welche die Konstitution nicht anerkennen würden, die Acht erklärt und deren Volk zu den Waffen gerufen werden. In diesen Dienst wollte die Volksversammlung auch das gesamte badische Heer gestellt wissen. Der

756 Vgl. ebd., S. 526. Weiterhin sprach sich der 30er-Ausschuss für die Senkung der Beschlussfähigkeitsgrenze auf nunmehr noch 100 Abgeordnete aus. Nach Auskunft des *Merkur* befanden sich zu dieser Zeit ausschließlich bayerische, preußische und österreichische Reichstruppen in der Stadt. Berlin verstärkte unterdessen die Mainzer Festung mit weiteren 8.000 preußischen Soldaten (vgl. ebd.).

757 Vgl. ebd.

758 Vgl. ebd., S. 526f.

759 Vgl. ebd., S. 528. Für eine viertelstündliche Verspätung waren 30 Kreuzer, für das Versäumen der Sitzung ein Gulden Bußgeld zu entrichten, das der Bürgermeister eintreiben sollte (vgl. ebd.).

760 Vgl. ebd. Wegen ihrer Wichtigkeit für die Positionierung der Stadt kurz vor Beginn des III. Badischen Aufstandes durch die Meuterei der badischen Soldaten in Rastatt am 11. Mai zitiere ich die Tagesordnung vollständig: „1) Der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt in einer Adresse auszusprechen: a) daß man die Reichsverfassung als Gesetz anerkenne, an dem kein Fürst auch nur eine Silbe verkrümmen dürfe, b) daß die Reichsversammlung jeden gegen das Reichsgesetz handelnden Fürsten in die Acht erkläre, auch gegen jede gegen die Reichsverfassung sich erhebende Gewalt das Volk zu den Waffen rufe, und c) daß man unter diesen Voraussetzungen mit der Nationalversammlung stehen oder fallen wolle. 2) Die großherzoglich badische Regierung in einer Adresse aufzufordern: a) daß sie zu dem bezeichneten Zwecke der Nationalversammlung in Frankfurt die ganze Militärmacht zur augenblicklichen Verfügung stelle, und b) Waffen für die Bürgerwehr ungesäumt beschaffe. 3) Einteilung der Bürgerwehr in Altersklassen.“ (ebd.).

verfassungsmäßige große Bürgerausschuss der Stadt machte sich sämtliche Forderungen des Volkes in einem einstimmigen Beschluss zu eigen.⁷⁶¹

Am 15. Mai wurden die Konstanzer Bürger auf einer Volksversammlung über die Beschlüsse der revolutionären Offenburger Versammlung informiert. Der aus den Vormärztagen und im Zusammenhang mit dem Heckerzug bereits bekannte Präsident des örtlichen Volksvereins Vanotti mahnte die revolutionär gesonnenen Teilnehmer der Versammlung zur Ruhe. In der Folge dieser Versammlung, die gleichermaßen „die Revolution“ an den Bodensee getragen hatte, wurde zunächst die Bürgerwehr auf die Reichsverfassung vereidigt. In einem weiteren Schritt erhielt Konstanz eine revolutionäre Verwaltung unter Leitung des ebenfalls bereits vom Heckerzug bekannten Kaufmannes Nepomuk Katzenmayer in der Funktion des Zivilkommissars.⁷⁶² Vier Tage nach der Ernennung Katzenmeyers übernahm ein Landeskommissär für den Seekreis die Regierungsgeschäfte der zurückgetretenen Seekreisregierung. Damit war am 20. Mai 1849 die Übernahme der Gewalt in Konstanz auf allen Ebenen vollzogen.⁷⁶³ Einzig Bürgermeister Huetlin befand sich als im Vormärz legitimates Staatsorgan immer noch im Amt, weshalb am 24. Mai für den 18. Juni Bürgermeisterwahlen angesetzt wurden. Huetlin, der sich auch unter der Revolutionsregierung imstande sah, sein Amt fortzusetzen, gewann die Abstimmung am 18. Juni deutlich und konnte das seit 1832 innegehabte Amt auch weiterhin ausfüllen.⁷⁶⁴ Ein entschieden republikanischer Gegenkandidat war wahrscheinlich gar nicht erst angetreten.⁷⁶⁵

Zwei Wochen nachdem der Großherzog und seine Regierung geflohen und die provisorische Regierung des Landesausschusses der Volksvereine die Macht in Karlsruhe übernommen hatte,⁷⁶⁶ befasste sich die *Konstanzer Zeitung* am 1. Juni 1849 mit der Unruhe im benachbarten Königreich Württemberg. Aus Stuttgart berichtete die zitierte *Neue*

761 Vgl. Hermann 1998, S. 62.

762 Vgl. ebd., S. 66f.

763 Vgl. ebd.

764 Vgl. ebd., S. 68. Die Wahl des als konstitutionell geltenden Vormärz-Bürgermeisters zeigt ebenso wie die Neuwahl des Gemeinderates am 28. Juni, bei der namhafte Vertreter des ebenfalls konstitutionellen „Vaterländischen Vereins“ ein Mandat erringen konnten (vgl. ebd.) dass trotz „revolutionärer Stimmung“ an bekannten Personen festgehalten wurde.

765 Vgl. Zang 1994, S. 187.

766 Der Flucht des Großherzogs und seiner Regierung Mitte Mai 1849 führte zur Machtübernahme durch den republikanischen Landesausschuss unter Lorenz Brentano. Die Offenburger Landesversammlung der Volksvereine vom 12. und 13. Mai hatte zuvor folgende Forderungen verabschiedet: „Die oberste Forderung war die Anerkennung und Verteidigung der Reichsverfassung durch die Regierung. Daneben verlangte die Landesversammlung unter anderem die Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums, die Auflösung der Ständekammern und Berufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung, Volksbewaffnung, Amnestie der politischen Flüchtlinge, Abschaffung der alten 'Verwaltungs-Bürokratie' usw.“ (Hermann 1998, S. 65, vgl. dort auch Vorstehendes).

Freiburger Zeitung vom 27. Mai, dass das Ministerium in Permanenz tage und ein gemeinsames Flugblatt mit der Bürgerwehr erstellt habe, in dem die Regierung versicherte, allen Versuchen einer Gefährdung der in der Reichsverfassung gewährten Rechte oder Angriffen auf sich selbst als Regierung entgegentreten zu wollen.⁷⁶⁷

Der *Schwäbische Merkur* trat datiert auf den 30. Mai Gerüchten entgegen, die von einer bevorstehenden Flucht des Königs berichteten. Dieser wolle vielmehr „[...] bis zum letzten Athemzuge zum Wohl seines Volkes thätig [...] sein“, ⁷⁶⁸ tat das Blatt kund.

Zu den bedeutsamen Ereignissen um die III. Badische Erhebung ist ohne Frage auch die Reutlinger Volksversammlung vom 28. Mai 1849 zu zählen, auf der Josef Fickler, eben vom Geschworenengericht Freiburg freigesprochen, als Mitglied der „provisorischen Regierung Badens“ sprach. Die Volksversammlung wurde hauptsächlich von Linken besucht. Die *Zeitung* betonte das friedliche Zusammentreffen von 15.000 Unbewaffneten, die sich politisch zwar nicht republikanisch, aber doch „in entschieden radikalem Sinne“ aussprachen. So wurden verschiedene Beschlussvorlagen der provisorischen Regierung, aus deren Reihen neben Fickler auch Hoff das Wort ergriff, einstimmig angenommen. Die Reutlinger Versammlung bestimmte weiterhin Vertrauensmänner, die nach Stuttgart reisen sollten, und beschloss, die Bürgerwehren einheitlich zu organisieren.⁷⁶⁹ Man gab seine Befürchtung kund, dass „[...] wenn erst einmal die Rheinpfalz und Baden durch preußische Bajonette unterdrückt seien, daß dann weder von Einheit, noch von Freiheit Deutschlands mehr die Rede sein könne.“⁷⁷⁰

In einem zweiten Teil dieses Artikels zur Reutlinger Volksversammlung ging die *Konstanzer Zeitung* näher auf deren Beschlüsse ein: Die Versammlung erwartete keine Lösung der sozialen Probleme durch die verfassungsmäßige II. Kammer, welche faktisch täglich die Not des Volkes nur weiter verschlimmere. Um die sozialen Probleme zu lösen, solle nun eine verfassungsgebende Landesversammlung zusammentreten, weiterhin müsse man die Feudallasten ablösefrei aufheben, den Staatshaushalt vereinfachen, Pensionen und Apanagen aufheben, hieß es. Weitere Anträge betrafen die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen.⁷⁷¹

Zusammenfassend fanden die Leser der *Konstanzer Zeitung* hier das Programm eines

⁷⁶⁷ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.06.1849, S. 647.

⁷⁶⁸ Vgl. ebd.

⁷⁶⁹ Vgl. ebd., S. 647f. Unter anderem sprachen sich die Versammelten für die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit aus. Anstelle des bisherigen stehenden Heeres sollte die Volksbewaffnung bei freier Wahl der Offiziere treten (vgl. ebd.).

⁷⁷⁰ Ebd., S. 647.

⁷⁷¹ Vgl. ebd., S. 648.

„sozial-demokratischen“ Wandels der Verhältnisse und Forderungen, die weit über die vormärzlichen Postulate nationaler Einheit individueller Freiheitsrechte hinausgingen. Insbesondere die Arbeit in verfassungsmäßigen Gremien als Weg der Reform, den die Konstitutionellen vertraten, wurde in Bausch und Bogen verworfen.

Aus der bayerischen Rheinpfalz schrieb die *Konstanzer Zeitung* datiert auf den 25. Mai, dass der Auszug des Ministerpräsidenten der letzten Reichsregierung Heinrich von Gagern an der Spitze einer großen Zahl Abgeordneter aus der Paulskirche in Frankfurt als Verrat an der „deutschen Sache“ verstanden werde

Wir aber, die wir das deutsche Banner zur Durchführung der Reichsverfassung ergriffen, wir werden es nicht feig und zitternd fallen lassen! Und sollten wir auch nicht stark genug sein, um zu siegen, so werden wir doch stark genug sein, um mit Ehren zu fallen.⁷⁷²

Die *Konstanzer Zeitung* passte sich nach Beginn der Erhebung im Rahmen der Reichsverfassungskampagne rasch an die Positionen der revolutionären Regierung an. Sie schrieb positiv über die Volksversammlung in Reutlingen, betonte deren Friedlichkeit und die Eintracht der dort versammelten Bürger. Als wirklich radikal wurden nunmehr die Schwarzwälder beschrieben, die auf der Reutlinger Volksversammlung keine Mehrheit gefunden hätten.⁷⁷³ Auch die Berichte über die Aufständischen in der Rheinpfalz, die erhobenen Hauptes für die Durchsetzung des Rechts gegen die Willkür der Fürsten kämpften, bestätigt im Rückblick das Bild einer Zeitung, die der provisorischen Regierung folgte und damit ihre bisherige zumeist gemäßigte Haltung zugunsten einer entschiedeneren Einstellung verließ.

Nach der verlorenen Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni waren die badischen Revolutionäre militärisch besiegt.⁷⁷⁴ Am 6. Juli rückten die Konstanzer Wehrmänner unter Literat und Kreiskommandant Kaiser wieder in die Heimatstadt ein. Ihnen folgte der Finanzminister der Revolution, Amand Goegg, der an das Durchhaltevermögen der Konstanzer appellierte.⁷⁷⁵

772 Ebd., S. 648, vgl. dort auch Vorstehendes.

773 Vgl. ebd., S. 647f.

774 Vgl. Hermann 1998, S. 69, vgl. auch Kategorie „Militärisches“.

775 Vgl. ebd., S. 71.

A.4.6.8 Von Rastatt nach Berlin: Sicherung der Märzerrungenschaften im Bündnis mit den alten Mächten? Zur Berichterstattung bis zum Ende des Untersuchungszeitraums

In der zweiten Jahreshälfte 1849 waren die Konstitutionellen mit ihrem Projekt der nationalen Einigung auf Grundlage einer Verfassungsvereinbarung zwischen der gewählten Nationalversammlung als rechtmäßig vom Bundestag dazu eingesetzten Gremiums und den deutschen Fürsten gescheitert. Die Delegation der Konstituante war bei Friedrich Wilhelm IV. mit ihrem Wunsch auf Ablehnung gestoßen, diesen als verfassungsmäßig gebundenen „Deutschen Kaiser“ einzusetzen. Ende Mai gab Preußen mit einem Verfassungsentwurf für eine Union den Anstoß zu neuen Diskussionen in der politischen Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund fanden sich in Gotha diejenigen Abgeordneten zusammen, die sich als Anhänger des Erbkaisertums für die preußische Krone verstanden.⁷⁷⁶ Als weiteres Ziel der 150 im Thüringischen versammelten Konstitutionellen war die Gründung einer Partei, da der Kontakt zwischen den liberalen Vordenkern und der Basis inzwischen fast völlig abgerissen war. Statt sich offiziell zu organisieren, entschied man sich für die Wahl eines Zentralkomitees und der Einrichtung der *Deutschen Zeitung* als offizielles Zentralorgan für eine Lösung,⁷⁷⁷ welche dem vormärzlichen Konzept der stellvertretenden Medienöffentlichkeit entsprach, nicht aber den Forderungen der Zeit angemessen war.

Der *Frankfurter Oberpostamtszeitung* hatte Albert Rolle für Konstanz am 6. Juli 1849 einen Artikel übernommen, der sich mit dem Gothaer Treffen dieser Gruppe gemäßigter Liberaler, der sogenannten „Centralpartei“, befasste. Von den etwa 150 Anwesenden hatten 115 für das vorgelegte „Programm“ votiert, in welches das Blatt große Hoffnungen für die Zukunft Deutschlands setzte. Nach Aufnahme einiger Änderungswünsche wurde der Verfassungsentwurf Preußens zur Schaffung einer „deutschen Union“ aus Gotha nach Berlin zurückgesandt.⁷⁷⁸ Ebenso ausführlich wie wertend folgten weitere Ausführungen der *Oberpostamtszeitung*, denen zufolge die „Opfer“, welche die „Centralpartei“ gebracht habe, gewürdigt werden müssten.⁷⁷⁹ Gegen

⁷⁷⁶ Vgl. Mai 2000, S. 11ff.

⁷⁷⁷ Vgl. Botzenhart 1977, S. 407f.

⁷⁷⁸ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 06.07.1849, S. 789f.

⁷⁷⁹ Wörtlich: „So hat denn also die Frankfurter Centralpartei das große Opfer gebracht, sich für Annahme und Durchführung derselben Verfassung zu erklären, welche die von ihr beschlossene und verkündete Verfassung verdrängt hat. Sie hat denselben Regierungen die Hand geboten und die Unterstützung ihres moralischen Einflusses gewährt, welche früher sie schnöde zurückgestoßen, welche ihre patriotischen Bestrebungen und Anstrengungen für Zustandebringung einer dem Vaterland heilsamen Verfassung mit rauher Hand vernichtet hat.“ (ebd.).

Ende der Erklärungen, warum man dem Ansinnen Preußens nachgeben müsse, appellierte die *Oberpostamtszeitung*: „Möge denn die Nation diese Gründe der Centralpartei erkennen und das Opfer, das sie gebracht, würdigen!“⁷⁸⁰

Im Anschluss an diese Mitteilungen geriet das Unionsprojekt, das der preußische Ministerpräsident v. Radowitz vorantrieb, vor den Geschehnissen in Baden und Schleswig-Holstein erst einmal in den Hintergrund. Über die aktuellen Geschehnisse in der Stadt stand in den untersuchten Ausgaben der *Zeitung* nichts geschrieben.

Zwischen dem 8. und 10. Juli 1849 wurde Konstanz Sitz der revolutionären Regierung Badens, bevor die „provisorische Regierung mit diktatorischer Gewalt“ vor den anrückenden konterrevolutionären Soldaten wenig später in die angrenzende Schweiz flüchtete. Mit dem Übergang auch der Reste der Revolutionsarmee und dem Einrücken der Reichstruppen in die Stadt endete am 11. Juli für Konstanz die Republik. Tags darauf wurde Bürgermeister Hüetlin suspendiert.⁷⁸¹ Alle Kandidaten für dessen Amtsnachfolge waren Mitglieder des „Vaterländischen Vereins“. Nachdem die Konstanzer Konservativen Volderauer und Steiner das ihnen angetragene Amt abgelehnt hatten, vermutlich wegen der hohen Anerkennung, die Hüetlin erst vor einer Frist von vier Wochen durch die Wähler entgegengebracht worden war, nahm schließlich Xaver von Hofer für kurze Zeit die Verwaltung des Bürgermeisteramtes an. Nach Ablösung aller republikanischen Gemeinderäte durch Konservative war bereits am 19. Juli die Einrichtung einer konservativen Ortsregierung abgeschlossen.⁷⁸²

Anfang August schrieb die *Konstanzer Zeitung*, dass den etwa 5.700 in Rastatt Inhaftierten nun standrechtlich der Prozess gemacht werde. Während die weniger Belasteten dem Vernehmen nach bald entlassen würden, hätten die schwerer belasteten Gefangenen mit Ausweisung bis hin zur Todesstrafe zu rechnen.⁷⁸³ Das Vermögen des Konstanzer Advokaten Ignaz Vanotti wurde unterdessen wegen dessen Tätigkeit als Amtsvorsteher in Überlingen unter der revolutionären Regierung beschlagnahmt.⁷⁸⁴

780 Ebd.

781 Vgl. Hermann 1998, S. 71. Hüetlin wurde 1861 noch einmal zum Bürgermeister gewählt, starb aber vor Antritt seiner Stellung im Januar 1861 (vgl. Martens 1911, S. 308).

782 Vgl. Hermann 1998, S. 71. Auf Kreisebene wurde die Restauration am 14. Juli vollzogen (vgl. ebd.). Vgl. zur Restauration in Konstanz auch Zang 1994, S. 191.

783 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.08.1849, S. 895. Im September erschien in der *Konstanzer Zeitung* vom 07.09.1849 eine großherzogliche Verordnung, derzufolge Standrecht und Kriegszustand in Baden um weitere vier Wochen verlängert werde (vgl. ebd., S. 1039). Oster spricht von insgesamt 5.500 gefangenen republikanischen Soldaten, von denen 30 durch standgerichtliche Urteile zum Tode verurteilt wurden (vgl. Oster 2007, S. 149).

784 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 03.08.1849, S. 899. Dieses Verfahren war in den Prozessen gegen Revolutionsteilnehmer üblich. Friedrich v. Weech schrieb dazu: „Da man alle Teilnehmer [an den Erhebungen; M. P.] für den Schaden, den der Staat erlitten hatte, samtverbindlich haftbar erklärte, verloren

Etwas abseits dieser Mitteilungen zur Aburteilung aller an der III. Badischen Erhebung Beteiligten befasste sich die *Konstanzer Zeitung* im September 1849 auch mit den weiteren Ereignissen im Konflikt um Schleswig-Holstein. Ende August war es in Flensburg zu einem Tumult gegen deutsch-gesinnte Bürger gekommen, den der als Agent beschuldigte Jensen angestiftet und durch Alkoholausschank befördert haben soll.⁷⁸⁵

In Kempten kam es Ende September 1849 zu Krawallen einquartierter Passauer Soldaten. Sie sollten am Ort stationiert bleiben und nicht wie die anderen bayerischen Kompanien wieder an den Heimatstandort verlegt werden, schrieb die *Konstanzer*. Da das Militär in den Bürgern die Ursache der fortgesetzten Einquartierung zu erkennen glaubte, kam es zu wiederholten Zusammenstößen.⁷⁸⁶

Offenbar kam es zwischen Einwohnern und einquartierten Soldaten immer wieder zu Schwierigkeiten. So kam es zu einem Konflikt zwischen preußischen und bayerischen Einheiten, die sich in Frankfurt feindlich gegenüberstanden. Es bedurfte der Vermittlung des Reichskriegsministeriums und der jeweiligen Vorgesetzten, um die Lage zu entspannen. Man einigte sich darauf, die Stadtteile des jeweils anderen von den eigenen Soldaten nicht betreten zu lassen, um Ausschreitungen zu verhindern.⁷⁸⁷ Von brüderlicher Verbundenheit aller Deutschen konnte angesichts solcher Vorfälle nicht die Rede sein.

Mit der deutschen Frage befassten sich zwei weitere Artikel: Zunächst hatte Ende September die von Albert Rolle zitierte *Neue Freiburger Zeitung* der *Frankfurter Oberpostamtszeitung* eine Mitteilung entnommen, derzufolge Friedrich Wilhelm IV. versichert habe, dass er auch bei einem Ausscheiden Hannovers und Sachsens aus dem Dreikönigsbündnis, der Grundlage der preußischen Pläne einer Deutschen Union, an diesen festhalten werde. Die *Neue Freiburger* gab in einem nachgestellten Artikel bekannt, dass Hannover am 27. September 1849 aus dem Dreikönigsbündnis, das Grundlage einer späteren Union sein sollte, ausgeschieden sei und man den gleichen Schritt auch von Sachsen erwarte.⁷⁸⁸ Eine Erörterung dieser Entwicklung in der *Konstanzer Zeitung* unterblieb.

Aus einer amtlichen Bekanntmachung erfuhren die *Konstanzer* im November 1849, dass das Vermögen des Konstanzer Kaufmanns und Revolutionärs Zogelmann nun zugunsten des Staatsschatzes angelegt worden sei.⁷⁸⁹

manche Personen ihr ganzes Vermögen.“ (Weech 1896, S. 577).

785 Vgl. ebd., 07.09.1849, S. 1039.

786 Vgl. ebd., 05.10.1849, S. 1158f.

787 Vgl. ebd., S. 1160.

788 Vgl. ebd.

789 Vgl. ebd., 16.11.1849, S. 1342.

Am 11. März 1850 wurde mitgeteilt, dass der 24. Februar, der zweite Jahrestag der Abdankung des Bürgerkönigs Louis Philippes ruhig verlaufen sei.⁷⁹⁰ Mit dieser wenig spektakulären Meldung schloss die *Konstanzer Zeitung* ihre Berichterstattung zur Kategorie „Revolutionäres“.

A.4.6.9 Zusammenfassende Rückschau

Von Beginn an zählte das Konstanzer Blatt zu den prinzipiellen Befürwortern der Ergebnisse der Märzrevolution. Früh kritisierte die *Konstanzer* die zäh verlaufende Arbeit der Nationalversammlung, früh wusste man in Konstanz von den Gefahren, welche den Märzerrungenschaften seitens der Fürsten drohten. Hauptsächlich bedingt durch Übernahmen aus linksgerichteten Zeitungen wandte sich auch die Untersuchungszeitung in der ersten Jahreshälfte 1849 den gemäßigten „Revolutionären“ um Clemens Brentano zu. Den „Umsturz“ vom Mai, die III. Badische Erhebung, begleitete die *Zeitung* zunächst wohlwollend, da sich innerhalb der Linken die gemäßigten Kräfte durchgesetzt hatten.

Gegen Ende der Erhebung richtete man sich in einem Artikel wiederum konstitutionell aus: Das preußisch dominierte Projekt einer Deutschen Union hieß die *Konstanzer Zeitung* gut, wie auch die gemäßigten Gothaer Liberalen um den Konstanzer Kammerabgeordneten Mathy. Allerdings blieb die Berichterstattung zum weiteren Fortgang des Projektes lückenhaft. Hier wird zu prüfen sein, inwieweit die Diskussion wegen ihres konkreten Zuschnitts auf die Verfassungsdiskussion in Erfurt und den Hauptstädten in der Kategorie „Verfassung“ stattfand.

Da die revolutionären Aufstände und die vielen Tumulte mit dem Sommer 1849 ihr Ende fanden, lässt sich bezüglich der Tendenz der Berichterstattung in den letzten beiden Untersuchungsquartalen auf Grundlage dieser Kategorie allein keine belastbare Aussage treffen.

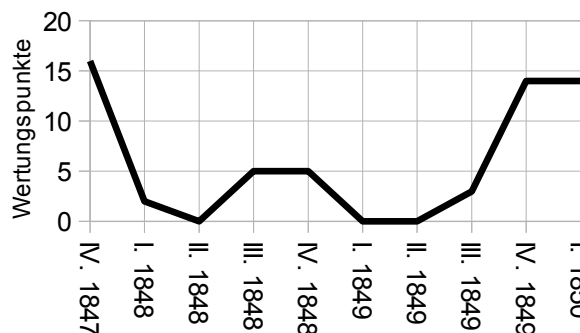
⁷⁹⁰ Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259.

A.4.7 Zur Kategorie Transportwesen
A.4.7.1 Vorbemerkungen

Inhaltlich umfasst die Kategorie „Transportwesen“ alle Artikel, die sich mit Erhalt und Ausbau der bestehenden öffentlichen Einrichtungen des Bereichs Infrastruktur auseinandersetzen. Die Form der Erörterung soll Aufschluss über die Einstellung der *Konstanzer Zeitung* zu den technischen Neuerungen der Zeit geben. Insofern handelt es sich vergleichbar mit der Kategorie „Preßfreiheit“ um eine Auslagerung des Bereichs „politische und wirtschaftliche Liberalität“, die ich aufgrund der Bedeutung des beschleunigten Waren-, Personen- und Datentransportwesens für die voranschreitende Industrialisierung separat betrachte.

Mit 68 Wertungspunkten wurden solche Thematiken allerdings recht wenig behandelt:

Verlaufsdarstellung zur Kategorie "Transportwesen" Nach einer breiteren Diskussion dieser



Themenstellungen im Vormärz brach die Berichterstattung infolge der revolutionären Ereignisse zunächst völlig ab. Nach sporadischen Mitteilungen im III. und IV. Quartal 1848 erneut auf Null gesunken fand das „Transportwesen“ nach

Niederschlagung des III. Badischen Aufstandes, vergleichbar mit der Kategorie „Kirchliches“, erst in den Quartalen der Revision wieder vermehrte Beachtung.

A.4.7.2 Die Berichterstattung gegen Ende des Vormärzzeitraums

Die *Konstanzer Zeitung* begann ihre Berichterstattung mit einem Artikel über die geplante Auflösung des Konstanzer Hofgerichts, die sie als weitere Benachteiligung der Stadt gegenüber den nördlichen Gebieten des Großherzogtums darstellte und verwarf. Dabei wies die Zeitung darauf hin, dass man in Konstanz nach wie vor nicht über den notwendigen Eisenbahnanschluss verfüge und daher keine weitere Schwächung des wirtschaftlichen Potenzials der Stadt dulden könne.⁷⁹¹

In diesem Artikel verbanden sich lokalpolitisch motivierte Einstellungen mit

⁷⁹¹ Vgl. ebd., 15.10.1847, S. 827. Weiterhin führte die *Zeitung* an, dass man das Hofgericht erst vor kurzem umgebaut habe, um eine öffentliche Verhandlung der Zivil- und Strafprozesse zu ermöglichen (vgl. ebd.). Der konstitutionelle „Vaterländische Verein“ in Konstanz hatte sich ebenfalls für den Erhalt des Hofgerichts ausgesprochen (vgl. Herrmann 1998, S. 59).

vormärzlich-liberalem Gedankengut. Die Eisenbahn sah man in Konstanz als Möglichkeit, die eigene Isolation an der Peripherie des jungen Großherzogtums zu durchbrechen und mit ihrer Hilfe wieder an wirtschaftlicher Kraft zurückzugewinnen, während man zugleich das Justizgebäude umgebaut hatte, um der politischen Forderung nach öffentlichen Prozessen auch technisch entsprechen zu können.

Der im Unterschied zu Norddeutschland im Süddeutschen als zurückgeblieben empfundene Eisenbahnbau war neben aktuellen politische Fragestellungen⁷⁹² Gegenstand auch der Beratung einer Bürgerversammlung in Mannheim vom 3. Dezember. Die Redner Gustav v. Struve, Friedrich Hecker und andere prominente Anhänger der „Ganzen“ bzw. der „Fortschrittspartei“ klagten die Verlagerung der Verkehrswege jenseits Badens an.⁷⁹³

In Bezug auf das Transportwesen ging die *Konstanzer Zeitung* im Januar 1848 auf die bereits an anderer Stelle näher betrachtete Thronrede des Württembergischen Monarchen zur Eröffnung der Ständeversammlung ein. Der König versprach, die Eisenbahnen seines Landes weiter ausbauen zu wollen.⁷⁹⁴

Wohl kaum in einem anderen Punkt überschritten sich die Einschätzungen eines Monarchen mit denen Heckers und Struves wie in Bezug auf den Eisenbahnbau. Sowohl der württembergische König als auch die späteren Revolutionäre schätzten die Eisenbahn als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

Zwischen Januar 1848 und Ende September des Jahres brachte die *Konstanzer Zeitung* keine Beiträge zu dieser Kategorie.

A.4.7.3 Die Berichterstattung zu Eisenbahnanschlägen infolge des „Struvezugs“

Im Rahmen des erneuten Versuchs Gustav Struves, die Karlsruher Regierung mit einem revolutionären Zug aus dem Amt zu drängen, der sogenannten II. Badischen Erhebung,

792 Themen der insgesamt zwölf Petitionen der Stadt, die in der II. Kammer eingebracht werden sollten, waren „[...] so ziemlich alle Ideen und Forderungen der Fortschrittspartei, aber auch die materiellen Fragen der Zeit, welche sowohl das größere Vaterland als auch das engere Baden und zuletzt Mannheim selbst berührten [...]“ (*Konstanzer Zeitung*, 10.12.1847, S. 987). Die Petitionen sollten von insgesamt dreißig Bürgern verfasst werden. Trotz der großen Summe verschriftlichter Positionen war die Versammlung offenbar nur schlecht besucht. Im letzten Satz wünschten die Initiatoren, unter ihnen Gustav von Struve und Friedrich Hecker, dass die Bürgerversammlungen in Zukunft stärker besucht werden. Albert Rolle hatte den Artikel dem *Schwäbischen Merkur* entnommen (vgl. ebd.).

793 Vgl. ebd., wörtlich: „Ebenso wurde erwähnt, wie Süddeutschland im Bau der Eisenbahnen zurückgeblieben, und wie es in dieser Beziehung ganz anders in Norddeutschland aussehe, so daß sich jetzt aller Transithandel und Verkehr, dessen natürliche Straße durch Süddeutschland führe, auf dem großen Umweg durch den Norden hinziehe.“ (ebd.)

794 Vgl. ebd., 28.01.1848, S. 74

verübten dessen Anhänger zwischen ihrem Einfall in Baden am 21. September 1848 und ihrer militärischen Niederlage in Staufen (Breisgau) wenige Tage später bei Weinheim an der Bergstraße auch ein Anschlag auf die Bahnstrecke Frankfurt- Karlsruhe- Basel. Dagegen richtete sich eine Verordnung der Karlsruher Regierung, welche die Beschädigungen der Eisenbahnanlagen zum Tatbestand des Hochverrats zählte. Grund für diese strengstmögliche Zuordnung war die Absicht der Aufständischen, Truppentransporte regulärer Verbände und eine rasche Übermittlung von Bekanntmachungen und Verordnungen der großherzoglichen Regierung unmöglich zu machen bzw. zeitlich zu verzögern.⁷⁹⁵ Hiermit sollten die Aktionsmöglichkeiten der Aufständischen vergrößert werden.

Die Auswirkungen der Anschläge auf Züge und ihr Personal waren nach einem Bericht des *Frankfurter Journals* gering. Es gab lediglich einige Ausfälle und Verspätungen. Ebenso deutlich wie in der Begründung der Karlsruher Regierung lehnte auch das *Journal* Anschläge auf die Eisenbahnen ab.⁷⁹⁶

Zunächst setzte Albert Rolle im Oktober 1848 die Berichterstattung über den Anschlag auf die Eisenbahn bei Weinheim fort, in dessen Zusammenhang es bereits zur Verhaftung von 27 Verdächtigen gekommen sei.⁷⁹⁷ Diese Aktion stand wie ähnliche in Ettlingen, Orschweier, Friesenheim und Heitersheim in einem direkten Zusammenhang zum Versuch Struves, von Baden aus die Deutsche Republik nach Norden zu tragen. Sie waren keine Einzelfälle, wie die Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* behauptete, sondern Teil einer Gesamtbewegung zur Erringung der Republik.⁷⁹⁸

Baden, das von Beginn an Staatsbahnen baute, litt in den Revolutionsjahren unter den finanziellen Lasten des immer noch defizitären Betriebs. Der Landtag beschloss Ende des Jahres, die Behörden für Eisenbahnbau und -betrieb zusammenzulegen, um die Effizienz der Verwaltung zu steigern. Trotz der finanziell schwierigen Lage rückte der Landtag allerdings nicht vom weiteren Ausbau der Eisenbahninfrastruktur ab.⁷⁹⁹

Nach diesen Meldungen, die sich einer Bewertung des Eisenbahnbaus weitgehend enthielten, unterbrach die Zeitung die Berichterstattung für zehn Monate. Im Vorfeld und

795 Vgl. ebd., 25.09.1848, S. 1008. Die Regierung lobte dabei ausdrücklich die Eisenbahn als „großartige Anstalt“ (vgl. ebd.).

796 Vgl. ebd., S. 1009, wörtlich: „Wiederum ein scheußliches, verbrecherisches Beginnen einiger Ruchlosen, durch welches viele Tausende von Menschen ihr Leben hätten einbüßen können!“ (ebd.)

797 Vgl. ebd., 20.10.1848, S. 1087. Die *Konstanzer Zeitung* hatte diese Nachricht der *Allgemeinen* entnommen (vgl. ebd.).

798 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 99f.

799 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 10.11.1848, S. 1172.

während der III. Badischen Erhebung von Mai bis Juli 1849 rückten infrastrukturelle Fragen offenbar in den Hintergrund des Interesses.

A.4.7.4 Zur Berichterstattung zwischen September 1849 und März 1850

Nach dem Ende der dänischen Blockade hatte sich in Hamburg ein Warenstau gebildet, der durch Einrichtung einer neuen Dampfschiffahrtsverbindung in die Niederlande und die neu zu bauende Lübeck-Büchener-Eisenbahn gelöst werden sollte. Man erwartete den Baubeginn der neuen Eisenbahntrasse für den Frühling 1850.⁸⁰⁰

Im IV. Quartal 1849 ging die *Konstanzer Zeitung* auf Themenstellungen der Kategorie „Transportwesen“ in einem Umfang ein, wie er zuletzt Ende des Jahres 1847 erreicht worden war. Zwischen Ehrbach und Biberach, schrieb die zitierte *Karlsruher Zeitung*, würden Probefahrten des Bahnverkehrs unter großem Jubel der Bevölkerung aufgenommen. Die Zeitung gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Bahnstrecke bald auf ihrer gesamten Länge dem Personen- und Güterverkehr übergeben werden könne.⁸⁰¹

Am 7. Dezember erfuhren die Leser die Urteile im Prozess zum Anschlag auf die Rhein-Neckar-Bahn während des Septemberaufstandes 1848. Die Verurteilten erhielten Strafen von zwei bis sechs Jahren Gefängnis bzw. Zuchthaus und wurden zum solidarischen Tragen des entstandenen Schadens in Höhe von gut 3.500 Gulden verpflichtet.⁸⁰² Die *Konstanzer Zeitung* ging nicht weiter auf die Urteile ein.

Über Nachrichten dieses Bereichs schrieb die *Konstanzer Zeitung* auch im I. Quartal 1850 mit einiger Intensität, auch wenn die Mitteilungen meist kurz und stets ohne Kommentar abgedruckt wurden. So berichtete das Blatt in einer Übernahme aus der *Karlsruher Zeitung*, dass am 1. Januar 1850 erstmals eine amtliche Depesche aus Wien via Telegraphie in München eingetroffen war. Die *Zeitung* unterließ es dabei nicht, auf die Geschwindigkeit der Nachrichtenübermittlung hinzuweisen, die nur vierzig Sekunden in Anspruch genommen habe.⁸⁰³ Ebenfalls eine kurze Mitteilung war dem Blatt die Übergabe der Telegraphenleitung von München nach Salzburg wert, die ab dem 15. Januar 1850 zur

800 Vgl. ebd., 21.09.1849, S. 1097.

801 Vgl. ebd., 23.11.1849, S. 1374.

802 Vgl. ebd., 07.12.1849, S. 1454.

803 Vgl. ebd., 11.01.1850, S. 42. Konstanz wurde bereits fünf Jahre später an das Telegraphennetz angeschlossen. Die Eisenbahn erreichte dagegen erst im Juni 1863 auf direktem Wege die Bodenseestadt (vgl. Martens 1911, S. 309).

Verfügung stand.⁸⁰⁴

Im März teilte die *Badische Landes-Zeitung*, die am 1. März 1850 erstmalig erschienen war, mit, dass der Landtag sich mit der Eisenbahnschuldentilgungskasse beschäftigt habe. Über weitere Inhalte oder Beschlüsse erfuhren die Leser nichts.⁸⁰⁵

A.4.7.5 Zusammenfassende Rückschau

Die *Konstanzer Zeitung* besprach Artikel, die sich mit den Eisenbahnen und später mit dem Telegrafienwesen befassten, stets in einer positiven Weise. Die abgesehen von dieser grundsätzlich durchgehend progressiven Einstellung politisch relevante Besprechung der Anschläge auf Bahnstrecken erfolgte aus Regierungssicht. Abgesehen von der Berichterstattung zu diesen Attentaten enthielt die *Zeitung* zum Thema „Transportwesen“ wenig Auffälliges, wie etwa einer sich möglicherweise verändernden Einstellung gegenüber den technischen Neuerungen.

Die Meldungen über Baumaßnahmen und Inbetriebnahmen der neuen Infrastruktur sind stattdessen beispielhaft für die parteiübergreifende Technikbegeisterung des 19. Jahrhunderts. Die Angaben zu den Terminen der Erprobungen und der erstmaligen Nutzung dieser Verbindungen mögen lokalhistorisch relevant sein, berühren die Themenstellung dieser Arbeit indes kaum.

A.4.8 Fragen der Verfassung (Staats- und Justizordnung) im Spiegel der *Konstanzer Zeitung*

A.4.8.1 Vorbemerkungen

Inhaltlich umfasst die Kategorie „Verfassung“ zwei grundsätzliche Themenbereiche: Zum einen werden hierin die wesentlichen Inhalte zur Diskussion um die staatliche Ordnung, die Staatsverfassung, zum anderen die Ordnung der Rechtsprechung, die Justizordnung zusammengefasst. „Verfassung“ sammelt alle Beiträge zu den Märzforderungen nach einer Verfassungsreform des Bundes, einzelner Länder usw. Weiterhin gehe ich in dieser Kategorie auf die Fragestellung der Justizreform ein, von der man sich im März 1848 eine rasche Einführung von Schwurgerichten erhoffte.

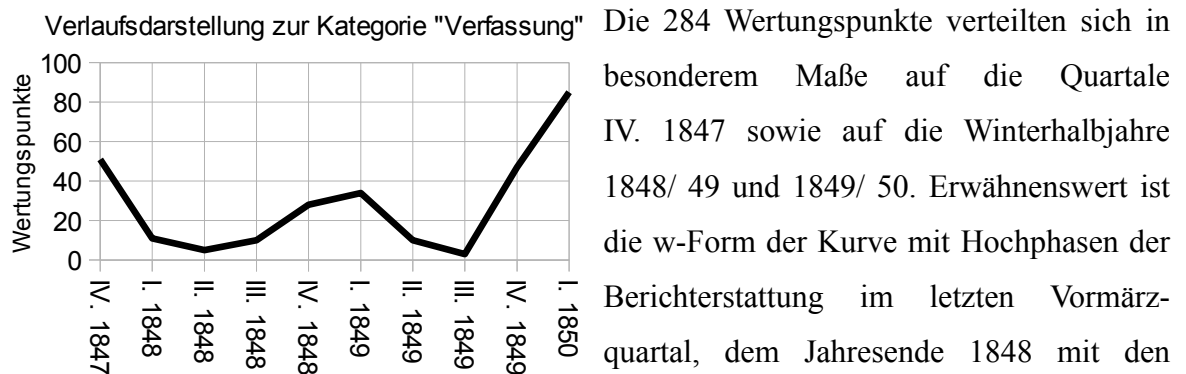
Beide Punkte ermöglichen und erfordern eindeutige Positionierungen, was die Kategorie „Verfassung“ neben den Kategorien „Liberalität“ und „Revolutionäres“ als eine der

⁸⁰⁴ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 11.01.1850, S. 42.

⁸⁰⁵ Vgl. ebd., 15.03.1850, S. 325.

wichtigeren in Bezug auf die politische Ausrichtung der *Zeitung* erscheinen lässt.

Die Kategorie „Verfassung“ (Staats- und Justizordnung) gehört mit insgesamt 284 Wertungspunkten zwar nicht zu den drei am intensivsten besprochenen Themenfeldern, sie führt dennoch eine Dreiergruppe an, welche die *Konstanzer* thematisch immer wieder aufgriff. Neben der hier besprochenen Kategorie zählen die Themen „Wahlen“ mit 186 und das Vereinswesen mit 176 Wertungspunkten zum „quantitativen Mittelfeld“.



„Grundrechten der Deutschen“ und dem Maximum im I. Quartal 1850. Die zum Ende des Untersuchungszeitraums intensive Berichterstattung, der starke Anstieg, gerade nachdem die Revolution in Baden endgültig niedergekämpft worden war, lässt sich aus einer breiten Besprechung des preußischen Unionsprojektes, der Aburteilung aller kriegsgefangenen Revolutionäre und der Restauration der konstitutionellen Ordnung im Großherzogtum ableiten.

A.4.8.2 Der Einsatz des Blattes für Schwurgerichte und konstitutionelle Ordnungen: Vom Herbst 1847 bis in den Frühling des Revolutionsjahres

Die *Konstanzer Zeitung* brachte am 1. Oktober 1847 auf der Titelseite einen Artikel zur Geschichte der Schwurgerichte. Durch dessen Lektüre sollten die Leser in die Lage versetzt werden, bei der Besprechung des Themas auf vorhandenes Wissen zurückgreifen zu können. Recht detaillierte Schilderungen über die Praxis von Gerichtsverfahren durch Schwurgerichte schlossen sich dem historischen Abriss an.⁸⁰⁶

Die Haltung des Artikels zur Frage, ob man Schwurgerichte einführen solle, wurde bereits im einleitenden Absatz expressis verbis bejaht und im Schlussabsatz noch einmal bestärkt, indem der Verfasser betonte, dass die Leser mithilfe ihrer nun erweiterten Kenntnisse in die

⁸⁰⁶ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.10.1847, S. 790f.

Lage versetzt seien, die Einrichtung der Schwurgerichte in einer Diskussion qualifiziert zu verteidigen.⁸⁰⁷

Am 12. November 1847 griff die *Konstanzer Zeitung* Gerüchte über einen Antrag zur Bundesreform auf: Ein nicht genannter süddeutscher Fürst habe einen Antrag auf Bundesreform unter Volksbeteiligung eingereicht, der zwischenzeitlich von der *Weserzeitung* publiziert wurde. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* habe die Mitteilung allerdings infolge innerer Widersprüchlichkeiten verworfen. Die *Oberrheinische Zeitung*, aus der die *Konstanzer Zeitung* die vorliegende Meldung entnommen hatte, teilte nun mit, dass man sich in Frankfurt auf ein vorhandenes Aktenstück berufen könne, welches der Mitteilung neue Glaubwürdigkeit verleihe.⁸⁰⁸

Die Irritationen, die über diesem angeblichen Antrag zur Bundesreform entstanden und die deutsche Presselandschaft insgesamt beschäftigt hatten, verdeutlichten neben der oft mangelnden Verlässlichkeit abgedruckter Mitteilungen den starken Wunsch vieler liberaler Blätter nach einer umfassenden Neugestaltung des Deutschen Bundes.

Einer Empfehlung des Wiener Kabinetts in dieser Sache folgend, fühle sich der Kurfürst von Hessen-Kassel nicht mehr an die Verfassung gebunden, gab das Blatt im Dezember 1847 bekannt. Er habe zwar zugesagt, die Regentschaft nach Maßgabe der Konstitutionsurkunde zu führen, nicht aber die Regierung.⁸⁰⁹ Da der preußische Monarch sich ebenfalls nicht auf die Unabänderlichkeit des von ihm selbst gegebenen Grundgesetzes festlegen wollte, war politischer Druck seitens des Bundes auf Hessen-Kassel nicht zu erwarten. Daher appellierte die *Oberrheinische Zeitung*, der das Konstanzer Blatt diese Meldung entnommen hatte, an das Volk: „[E]s gilt, dem Lande und namentlich seinen Ständen [...] klar zu machen, daß sie sich selbst helfen, und beweisen müssen, ob sie Männer und einer Verfassung werth sind.“⁸¹⁰

Mit Themen der Stadtpolitik in Konstanz beschäftigte sich ein Inserat Bürgermeister Hütelins zur Einberufung des großen Bürgerausschusses. Die Tagesordnungspunkte waren zumeist dem sozialen Bereich entnommen und geben einen

807 Zunächst hieß es im ersten Absatz: „Ein solches Bild des Schwurgerichts, dem wir mit Wohlgefallen unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden Ursache haben, zeigt sich uns in England“ (ebd., S. 789). Im Schlussteil folgte, dass die bürgerlichen Leser nun eine klare Vorstellung vom Instrument der Schwurgerichte gewonnen haben müssten und nun „[...] im Stande sein werden, um über die Zweckmäßigkeit der Einführung eines ähnlichen Strafgerichtes in unserm Lande eine selbstständige Ansicht gewinnen und solche bei etwaigen Besprechungen vertheidigen zu können“. (ebd., S. 792).

808 Vgl. ebd., 12.11.1847, S. 901.

809 Vgl. ebd., 10.12.1847, S. 988.

810 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

Eindruck über das soziale Engagement der Lokalpolitik.⁸¹¹ Dieses Inserat fand keine erläuternde Fortsetzung im berichtenden Teil der *Zeitung*.

Mit Übernahmen aus der *Oberrheinischen Zeitung* verfolgte das Konstanzer Blatt im IV. Quartal 1847 einen Kurs der politischen Reform. Revisionistischen Bestrebungen erteilte man an Ober- und Hochrhein eine Absage, rief das Volk zum Widerstand gegen die Politik auf, auch wenn man von Forderungen nach revolutionären Erhebungen absah.

Zu Beginn des Jahres 1848 bestimmte die Diskussion über die Einführung des mündlichen Gerichtsverfahrens und der Schwurgerichte die Berichterstattung. In der Ausgabe vom 7. Januar 1848 gab Albert Rolle einen Artikel in Druck, der sich mit dem Justizwesen Hannovers befasste. Hierin bedauerte der Verfasser die von der dortigen Regierung beschlossene Einführung einer neuen Prozessordnung, die am geheimen und schriftlichen Verfahren festhalten wolle: „Ein höchst unerfreuliches Weihnachtsgeschenk werden wir morgen von unserer Regierung erhalten, die neue Prozeßordnung, auch geheimes und schriftliches Verfahren basirt [...]“.⁸¹²

Ebenfalls mit dem Anliegen einer Modernisierung bzw. Liberalisierung des Rechtswesens stellte der Abgeordnete der II. Kammer Badens, Ignaz Peter, einen Antrag auf Übertragung der Polizeistrafgewalt an die Amtsgerichte. Die *Konstanzer Zeitung* druckte den Antragstext zwar in voller Länge ab, verzichtete jedoch auf eine weitergehende Kontextualisierung bzw. Wertung.⁸¹³

Nach Beginn der Revolution sollten als „erste Frucht der Pariser Ereignisse“ in Baden die lange geforderten Geschworenengerichte eingeführt werden.⁸¹⁴ Trotz vielfältiger Reformforderungen stand angesichts der fortgesetzt restaurativen Politik der deutschen Fürsten bis in den März 1848 kaum eine umfassende Reform liberalen Zuschnitts zu erwarten. Die *Zeitung* stellte sich hierbei anhand mehrerer Beispiele politisch auf die Seite der progressiveren Kräfte.

811 Vgl. ebd., S. 991. Tagesordnungspunkte betrafen die Kinderbewahranstalt, das einzurichtende Waisenhaus, die einzurichtende öffentliche Leihanstalt, aber auch die Wahlen des kleinen Bürgerausschusses (vgl. ebd.).

812 Ebd., 07.01.1848, S. 14, vgl. dort auch Vorstehendes.

813 Vgl. ebd., 11.02.1848, S. 117. Weiterhin billigte die Kammer die provisorischen Gesetze der Regierung gegen die Nahrungsmittelknappheit aus 1846/ 47, verlangte aber, die eingeführten Ausfuhrzölle auf Getreide wieder aufzuheben (vgl. ebd.).

814 Vgl. hierzu die Auswertung zur Berichterstattung in der Kategorie „Revolutionäres“.

A.4.8.3 Reformdiskussionen vor dem Hintergrund der „verrechtlichten Revolution“

Die anstehende Reform des Gerichtswesens förderte den Neu- bzw. Umbau von Justizgebäuden in Baden. Auf der 75. Sitzung der II. Kammer wurden Anträge mit einem Volumen von rd. 460.000 Gulden für die Umsetzung dieser baulichen Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Die Summe von 400.000 Gulden wollte eine Hälfte der beratenden Kommission des Landtages solange nicht zur Zahlung anweisen, bis die Einführung von Geschworenengerichten und Kollegialgerichten als erste Instanz in Zivilrechtsangelegenheiten beschlossen sein würde.⁸¹⁵

In Baden rechnete man demzufolge fest mit einer Trennung von Justiz und Verwaltung sowie der Einführung von Schwurgerichten. Nur so lässt sich erklären, warum Bauanträge erheblichen Umfangs bereits vor dem formalen Beschluss der angedachten Reformen gestellt wurden. Nur eine Minderheit meldete Bedenken gegen dieses schnelle Handeln an.

Über die Verhandlungen der Grundrechte in der Paulskirche fasste sich die *Konstanzer Zeitung* kurz: Es gab am 23. Juni zunächst nur die Mitteilung, dass ein Entwurf zur Verfügung stünde, der nun diskutiert werde.⁸¹⁶

In der freien Stadt Hamburg hatte sich bis in die zweite Hälfte des Jahres 1848 keine Verfassungsreform abgezeichnet. Ende August 1848 schrieb die *Allgemeine Zeitung*, dass nun eine Deputation aus sieben Vereinen beim Senat der Stadt habe vorsprechen dürfen. Der Senat habe daraufhin zugesagt, Urwahlen für eine konstituierende Versammlung durchführen zu lassen. Das Volk nahm diese Nachricht mit Jubel entgegen. Zwar hänge die Ausgestaltung der Verfassung vom Ergebnis der Wahlen ab, es wurde jedoch angenommen, dass die neue Konstitution die Gleichstellung der Juden bringen würde.⁸¹⁷ Die *Konstanzer Zeitung* enthielt sich einer Wertung dieses Artikels.⁸¹⁸

Die Verhandlungen der badischen Kammer, die ab Oktober 1848 nach dreimonatiger Unterbrechung wieder zusammentrat, griffen unter anderem auch Fragen der Rechtsordnung auf. Staatsrat Bekk brachte zwei seit März ausstehende Gesetzentwürfe

815 Vgl. ebd., 12.05.1848, S. 437, wörtlich: „Die andere Hälfte der Kommission trage jedoch auf Aussetzung dieser Position an, bis nach Vorlage der Gesetze über Geschworenengerichte, Kollegialgerichte erster Instanz in Civilsachen, und Organisation beider das Bedürfnis neuer Bauten besser als jetzt beurtheilt werden könne.“ (ebd.).

816 Vgl. ebd., 23.06.1848, S. 601.

817 Vgl. ebd., 25.08.1848, S. 854.

818 Eine Nachricht aus Anhalt-Dessau gab bekannt, dass dort ein Schwurgericht für Preßvergehen eingerichtet werden würde (vgl. Kategorie „Preßgesetz/ Presselandschaft“) und eine Mitteilung aus Bayern, in der es hieß, dass infolge der neuen Gesetzgebung auf königlichem Befehl zwei neue Gerichtshöfe in Oberbayern eingerichtet würden, müssen hier der Vollständigkeit halber noch genannt werden (vgl. *Konstanzer Zeitung*, 25.08.1848, S. 853 bzw. ebd., 01.09.1848, S. 885).

über die Zulässigkeit von Klagen gegen Beamte und zur Aufhebung der befreiten Gerichtsstände ein.⁸¹⁹ Weiter war die Frage der Ministerverantwortlichkeit Gegenstand der Diskussion: Die Minister waren nach der gültigen badischen Verfassung den Kammern gegenüber nicht verantwortlich, ein Zustand, den die Liberalen geändert sehen wollten. Bekk betonte in seiner Rede, dass man zunächst den Erlass der Reichsverfassung abwarten müsse, um nicht Regelungen zu schaffen, die binnen kurzem erneut der Reform bedürften.⁸²⁰

Die Abgeordneten Baum und Mez griffen die Notwendigkeit einer Reform der Badischen Verfassung erneut auf. Sie stellten in der II. Kammer einen Antrag, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, die in ihren Entscheidungen die politische Entwicklung des Jahres 1848 berücksichtigen sollte. Weiterhin waren die einzuführenden Verwaltungsbezirke, über deren Größe man stritt, erneut Gegenstand der Diskussion.⁸²¹

Die Regierung hatte binnen sieben Monaten durch Vorlage dieser beiden Gesetzentwürfe nun ihre Zusage aus den Revolutionstagen eingehalten, freilich unter zwischenzeitlich bereits mehrfach gewandelten Zeitumständen. Konkret sahen die Reformvorschläge der Regierung die Einführung eines Verwaltungsgerichtes vor, das die zugesagte Klagemöglichkeit gegen Beamte praktisch ermöglichen sollte.⁸²²

Da sich die *Konstanzer Zeitung* bei ihrer Berichterstattung über die Landtagsverhandlung bei Wertungen stets zurückhielt,⁸²³ vermögen die Ausführungen des Blattes nur die wesentlichen Diskussionen nachzuzeichnen. Sie illustrieren die sich im steten Wandel befindlichen Haltungen der Regierungsverantwortlichen und der Abgeordneten, die ihre Legitimation alle noch aus den Vormärztagen ableiteten.

819 Vgl. ebd., 13.10.1848, S. 1059.

820 Vgl. ebd., S. 1059f.

821 Vgl. ebd., 03.11.1848, S. 1144. Baum führte in der Begründung seines Antrags aus: „[...] daß die badische Verfassung einer Totalrevision unterworfen werden müsse, es [sic!] sich daher nur fragen könne, durch wen dieselbe bewirkt werden müsse“. (ebd.) Weiterhin war die Vorgabe der Nationalversammlung nach Stellung einer Militärquote von 2% der Bevölkerung Anlass einer Diskussion über den bisherigen Stellvertreterdienst (vgl. ebd.).

822 Die Gerichtsverfassung blieb Ende des Jahres 1848 umstritten. In der Kammer hatte der Abgeordnete Lamey neben Vorschlägen der eingesetzten Kommission zur Änderung der Regierungsvorlage zur Justizverfassung auch eigene eingebracht, wurde die Behandlung dieses Themas wieder an eine Kommission zurückverwiesen (vgl. ebd., 01.12.1848, S. 1255f.).

823 Dies steht unter dem Vorbehalt eines genauen Vergleichs der wiedergegebenen Teile der in Bezug auf die Rechtsproblematik mehrfach zitierten Berichte über die Landtagsverhandlungen und deren Protokolle. Durch gezielte Auslassungen könnte die *Zeitung* eine politische Richtung bevorzugt haben. Es ist allerdings auch nicht davon auszugehen, dass die *Konstanzer* selbst über die Landtagsverhandlungen geschrieben haben, auch wenn die diesbezüglichen Berichte sehr selten als einer anderen Zeitung entnommen nachgewiesen wurden. Eine Ausnahme bildete der Bericht über die 112. Sitzung der Kammer, den Rolle als dem *Schwäbischen Merkur* entnommen nachwies (vgl. ebd.).

A.4.8.4 Die erste Jahreshälfte 1849: Diskussion und Beschluss der badischen Justizreform

Die Justizverfassung allgemein sowie die Einführung von Schwurgerichten waren zu Beginn des Jahres 1849 wiederholt Gegenstand der Verhandlungen beider badischer Kammern. Sie brachten noch im ersten Quartal eine umfassende Reform zustande, die neben der Einführung von Geschworenengerichten als einer der zentralen Märzforderungen auch die Kompetenzen in der Rechtsprechung neu verteilte: In Bezug auf die Justizverfassung berichtete die *Zeitung* Anfang 1849, dass das Konstanzer Hofgericht sich einer Erklärung der anderen Gerichtshöfe angeschlossen habe, nach der eine Änderung der gegenwärtigen Einrichtung nur dann überlegt werden sollte, wenn Geschworenengerichte eingeführt würden.⁸²⁴

Vier Wochen später erfuhren die Konstanzer, dass die II. Kammer über die Änderungsanträge der I. Kammer zum Gesetzentwurf über die Schwurgerichte verhandelt habe. Mit breiter Mehrheit folgte die Kammer der Annahmeempfehlung der zur Beratung eingesetzten Kommission unter Vorsitz des Kammerpräsidenten Mittermaier. Inhaltlich beschrieb §35, den die I. Kammer geändert wissen wollte, nun genau den Ablauf der Verhandlungen zwischen dem Ende der Vernehmungen und der Entscheidungsfindung durch die Geschworenen.⁸²⁵

Zwar enthielt sich die *Zeitung* in Bezug auf die Landtagsverhandlungen einer eigenen Positionierung. Aus den detaillierten Beschreibungen des Verfahrens lässt sich allerdings entnehmen, dass die Mehrheit der beiden Kammern Vorbehalte gegen die Geschworenen hegte.⁸²⁶ Anders lassen sich die präzisen Verfahrensbeschreibungen kaum begründen.

Im März verabschiedete die II. Kammer als drittes Paket zur Reform der badischen Justizverfassung das Gesetz zur Einführung von Kollegialgerichten.⁸²⁷ Als Inhalt der Neuregelungen nannte die zitierte *Karlsruher Zeitung*, dass die Neuregelung „[...] einen Theil der Prozeßsachen [in; M. P.] erster Instanz den Amtsrichtern, den andern, wichtigern

⁸²⁴ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 05.01.1849, S. 19.

⁸²⁵ Vgl. ebd., 02.02.1849, S. 131.

⁸²⁶ §35 lautete in der geänderten und von der II. Kammer genehmigten Fassung: „Nach geschlossener Verhandlung faßt der Gerichtspräsident den Inhalt derselben in mündlichem Vortrage kurz zusammen, macht die Geschworenen auf die einzelnen Thatsachen und auf die Ergebnisse des Anschuldigungs- und Entschuldigungsbeweises aufmerksam, wobei er sich jeder Äußerung über seine Meinung für die Entscheidung im Einzelnen und im Allgemeinen zu enthalten hat. Sodann eröffnet der Gerichtspräsident nach vorheriger Berathung mit dem Gerichtshofe die an die Geschworenen zu stellenden Fragen, welche sich jedenfalls über die strafbare That mit ihren Erschwerungs- und Milderungsgründen [...] zu erstrecken haben, und erinnert sie an ihre übernommenen Pflichten.“ (ebd.).

⁸²⁷ Vgl. ebd., 02.03.1849, S. 247. Das zweite Gesetz hatte die Einzelrichter an den Amtsgerichten als erste Instanz für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten festgelegt (vgl. ebd.).

Teil aber dem Kreisgericht als Kollegialgericht zuschneidet [...]“.⁸²⁸

Wie bzw. in welchen Fällen nun das Amtsgericht und in welchen das Kreisgericht zuständig sein sollten, war der *Zeitung* nicht zu entnehmen. Es blieb bei vagen Zuschreibungen.

A.4.8.5 Die Diskussion am Vorabend der III. Badischen Erhebung

Der „Vaterländische Verein Konstanz“ hatte sich kurz nach seiner Gründung mit einer Petition zur Erhaltung des Hofgerichts in Konstanz an die Öffentlichkeit gewandt, der Anlass einer Gegendarstellung in der *Konstanzer Zeitung* wurde. Die Kritik des ungenannten Verfassers bezog sich auf die Behauptung des Zusammenschlusses, der Gemeinderat sei in dieser Sache noch nicht tätig geworden, sodass es der Initiative des „Vaterländischen Vereins“ bedurft habe, um sich an die Abgeordneten zu wenden.⁸²⁹

Konstanz bemühte sich, Gerichtsstandort zu bleiben, auch wenn die Stadt erst seit den 1830er Jahren Ort großherzoglicher Rechtsprechung war.⁸³⁰ Nach der Justizreform, die in den ersten Monaten des Jahres 1849 verabschiedet worden war, sollte nun wenigstens ein Bezirksgericht in der Stadt angesiedelt werden.⁸³¹ Abgesehen von diesen eher wirtschaftlichen Beweggründen fällt an der Einsendung ihre oppositionelle Haltung zum „Vaterländischen Verein“ auf, die daher eher als republikanisch denn als konstitutionell zu werten ist. Der Einsender forderte den konstitutionell geprägten Verein zu mehr Wahrheitsliebe auf. Der inhaltliche Teil mit seiner Betonung der Wirksamkeit des Gemeinderats legt nahe, ein Mitglied dieses Gremiums als Verfasser zu vermuten.⁸³²

Im Juni 1849 ging die *Zeitung* am Rande eines Berichts über der Volksversammlung in Reutlingen vom 28. Mai 1849 kurz auf die Militärgerichtsbarkeit ein.⁸³³

Abgesehen vom Bericht der *Oberpostamtszeitung* zur Versammlung der „Centralpartei“ in Gotha (s.o.)⁸³⁴ brachten die untersuchten Ausgaben während der Erhebung keine weiteren Artikel, die zur Kategorie „Verfassung“ zu zählen wären.

828 Ebd. Aus Karlsruhe schrieb die *Zeitung* weiter, dass die Fürsten von Fürstenberg und Leinigen auf die Gerichtsbarkeit und auf ihre Patronats- und Polizeirechte verzichtet hätten (vgl. ebd.). Dies stand im Zusammenhang mit der Aufgabe der Souveränität der Fürstentümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, die bis 1851 beide an Preußen fielen.

829 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 20.04.1849, S. 466.

830 Vgl. Kern 1974, S. 10.

831 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 20.04.1849, S. 466.

832 Vgl. ebd.

833 Vgl. ebd., S. 648.

834 Vgl. ebd., 06.07.1849, S. 789f.

A.4.8.6 Folgen des reaktionären Sieges: Zur neuerlichen Diskussion der Justizordnung im Herbst/ Winter 1849/ 50

Die Niederlage der Revolution bei Waghäusel, Rastatt und anderswo hatte tausende Kämpfer der preußischen Militärgerichtsbarkeit zugeführt. Über die Frage, ob vor der Abstimmung über die Schuld eines Angeklagten im Richterkollegium des Standgerichts von Rastatt noch eine Beratung stattzufinden habe, wie es das Kriegsministerium wünschte, waren sich die preußischen Militärrichter nicht einig geworden. Nach ihren Rücktritten erfolgte zum 5. Oktober eine personelle Neubesetzung des Standgerichts. Die *Zeitung* bemerkte als Einleitung dieses Artikels, dass das ausgeschiedene Standgericht noch am Vortag des Rücktritts ein Todesurteil ausgesprochen hatte.⁸³⁵

Hieraus lässt sich auf eine kritische Haltung des Blattes zu den Standgerichten schließen, denn es wird nahegelegt, dass auch Todesurteile ohne jede vorherige Diskussion des Richterkollegiums gefällt und vollstreckt wurden. Außerdem ließ der seitens der Preußen nicht beachtete Einspruch des badischen Kriegsministeriums die Hilflosigkeit der restaurierten großherzoglichen Behörden gegenüber dem Gebaren der Berliner Militärjustiz deutlich werden.⁸³⁶

Während sich die *Zeitung* weiterhin mit den Veränderungen der Regierungsstruktur des Großherzogtums befasste, beachtete es die Geschehnisse um den preußischen Unionsplan nur am Rande.⁸³⁷ Am 2. November gab die *Konstanzer Zeitung* bekannt, dass das Amt des Staatsrates, zu Beginn des Jahres 1845 geschaffen und mit dem gemäßigt-liberalen Kammerpräsidenten Bekk besetzt worden war, nunmehr zugunsten einer allgemeinen Entscheidungskompetenz des Kabinetts aufgelöst worden war.⁸³⁸ Auf diese Weise wurde es der Öffentlichkeit unmöglich gemacht, sich an einer Leitfigur jenseits des nun mächtiger werdenden Fürsten diskursiv abzuarbeiten. An die Stelle einer personifizierten Symbolfigur trat nun ein unpersönlicher Gremienbeschluss.

Mit dem verfassungsberatenden Landtag des benachbarten Königreichs Württemberg befasste sich das Blatt am 7. Dezember. In der Eröffnungsrede des Ministers von Schayer, auf die ich in der Kategorie „Kirchliches“ bereits eingegangen bin, hieß es in

835 Vgl. ebd., 16.11.1849, S. 1189, wörtlich: „Heute trat zur Fortsetzung der standrechtlichen Procedures kein einziger der Richter in den Saal, die gestern noch ein Todesurtheil über Soldat Bauer, der auch am selben Tag erschossen wurde, ausgesprochen hatten.“ (ebd).

836 Brisant war zudem, dass die Richter, alle Angehörige des preußischen Heeres, ihre Urteile im Namen des Großherzogs fällten und nicht etwa im Namen des preußischen Oberbefehlshabers (vgl. Schnabel 1948, S. 68f.).

837 Vgl. Übersicht zum Inhalt der *Konstanzer Zeitung* im Anhang. Besonders die Ausgaben vom 09.11. und 16.11.1849 nahm sich der Entwicklung des Unionsprojektes an.

838 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 02.11.1849, S. 1281.

Bezug auf die zu beratende Konstitution, dass der König zwar bereit sei, gemeinsam mit dem Landtag eine solche zu vereinbaren, allerdings hielt der Minister die Abgeordneten zur Mäßigung an.⁸³⁹

Die Klugheit macht es rathlich, sich [...] auf das Nothwendige, auf das klar erkannte Bedürfniß zu beschränken, wenn man nicht Gefahr laufen will, bei der Durchführung der einzelnen Abänderungen mit den Hilfsmitteln des Landes, mit den Sitten und Gewohnheiten, den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes in Zwiespalt zu gerathen.⁸⁴⁰

Die Regierung sehe ihrerseits die Vollziehung der Grundrechte des deutschen Volkes und eine Ländervertretung als wichtigste Punkte der neuen Konstitution an.⁸⁴¹

Die *Konstanzer Zeitung* wertete diesen gemäßigt-progressiven und an den realpolitischen Verhältnissen orientierten Kurs der württembergischen Regierung nicht.

A.4.8.7 Zur Berichterstattung über die Unionspläne Preußens

Auf die Fortentwicklung der „Deutschen Union“, die Preußen ab Ende Mai 1849 als konservativen Nachfolger der Paulskirchenverfassung zu etablieren versuchte, ging das Blatt im Januar 1850 ein: Die *Karlsruher Zeitung* schrieb, dass Preußen die Bundeszentalkommission, die als konservativ eingefärbte Nachfolgerin der Zentralgewalt der Nationalversammlung eingesetzt worden war, erneut verstärkt habe.⁸⁴² Dies unterstrich den Willen der Berliner Regierung, an ihrem Einigungsplan festzuhalten. Gleichzeitig wollte man so die Wichtigkeit der bevorstehenden Abstimmungen über die Abgeordneten des Volkshauses betonen. In derselben Ausgabe machte Albert Rolle den Konstanzern bekannt, dass Württemberg Preußen ersucht habe, von den Wahlen nach Erfurt abzusehen, während sich Hannover und Sachsen, die ehemaligen Partner Berlins im Dreikönigsbündnis, Beschlüsse der Versammlung nur in dem Falle anzuerkennen, wenn alle Bundesmitglieder diesen zustimmten.⁸⁴³ Eine solche Zustimmung galt bezüglich eines Einigungsplans, der über eine Restauration des Bundes von 1815/ 20 hinausgehen würde, als nahezu unmöglich.

Die ebenfalls zitierte *Allgemeine Zeitung* ging Anfang Februar erneut auf das Unionsprojekt ein und schrieb, dass sich zu diesem zahlreiche Erörterungen der Regierungen des Vierkönigsbündnisses und Österreichs im Gange befänden. Ein gemeinsamer (großdeutscher) Verfassungsentwurf stehe hingegen nicht unmittelbar bevor,

839 Vgl. ebd., 07.12.1849, S. 1453f.

840 Ebd., S. 1454.

841 Vgl. ebd.

842 Vgl. ebd., 11.01.1850, S. 42.

843 Vgl. ebd.

wie einige Blätter aus Stuttgart und München nach Einschätzung der Augsburger fälschlich meldeten. Die *Allgemeine Zeitung* betonte trotz inhaltlicher Differenzen das neu entdeckte Interesse Wiens an der deutschen Frage.⁸⁴⁴ Damit rückte das Blatt eine Einigung über einen großdeutschen Zusammenschluss in den Rahmen des Möglichen.

Mit einem Umfang von einer knappen Seite recht ausführlich wurden die beiden Sitzungen der preußischen Kammer zum Finanzgesetz, zum Etat und zur möglichen Einführung eines Staatsgerichtshofes bzw. eines Schwurgerichts zur Aburteilung von Staatsverbrechern besprochen. Am 27. Januar vertagte man die Entscheidung über das Finanzgesetz und den Etat der Regierung, nicht ohne sich darauf verständigt zu haben, beide Vorlagen nach Beschluss der I. Kammer nur noch im Ganzen annehmen oder verwerfen zu wollen. Die *Zeitung* sah in dieser Entscheidung bereits das Ende des Verfassungskonfliktes: „Damit wäre denn die Krisis, soweit sie prinzipiell war, zu Gunsten des Ministeriums entschieden.“⁸⁴⁵

Erneut Bezug auf die Unionspolitik Preußens und den daraus resultierenden Spannungen zwischen Berlin und Wien nahm die *Konstanzer Zeitung* mit zwei Artikeln aus dem *Schwäbischen Merkur* Anfang März 1850: Zunächst berichtete der *Merkur* aus München, dass dort Besprechungen des Königs mit dem Staatsrat stattgefunden hätten, zu denen auch zahlreiche Generäle zugegen gewesen seien.⁸⁴⁶ Zur Kontextualisierung der Krisengespräche hieß es lapidar: „Allerdings ist auch der Augenblick ernst genug.“⁸⁴⁷ Mit dem zweiten Artikel informierte Rolle über die Vorbereitungen des Reichstages in Erfurt sowie zur Übersiedlung des provisorischen Verwaltungsrates der Union. 30.000 Soldaten sollten die Verhandlungen vor möglichen demokratischen Aufständen schützen. Auf die politische Wirkung dieser Stationierung für die Willensbildung des Volks- bzw. Staatenhauses ging das Blatt nicht ein. Stattdessen erfuhren die Konstanzer von höheren Mieten in Erfurt und dem Fortzug einer Anzahl Händler von Berlin ins Thüringische.⁸⁴⁸

844 Vgl. ebd., 01.02.1850, S. 131.

845 Ebd., S. 133, vgl. dort auch das Vorangegangene (ebd., S. 132f.). Die *Zeitung* ging jeweils kurz auf die Reden einiger Abgeordneter ein und beschrieb vor allem die Reaktion des Publikums auf die Ausführungen. Dabei kritisierte das Blatt die Rede des (reaktionären) Grafen von Renard, der „selbst auf der äußersten Rechten ein verdrießliches Kopfschütteln erregte“ (ebd., S. 132). Eine eindeutige Tendenz lässt sich anhand der Betrachtungen zu den einzelnen Rednern nicht ablesen.

846 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259.

847 Ebd.

848 Vgl. ebd., S. 260. Zu den strittigen Entscheidungen eines preußischen Schwurgerichts über den ehemaligen Sigmaringer Bürgermeister und andere Angeklagte vgl. die Kategorien „Presse“ und „Liberalität“.

Insgesamt überwog die Berichterstattung zur Justizordnung Badens diejenige zur Verfassungsdiskussion der Nationalversammlung bis zum IV. Quartal 1849 deutlich. Die *Konstanzer Zeitung* ging zunächst auf das für sie Naheliegende ein, d.h. auf eine Reform der heimischen Justiz, von der man sich erhoffte, auch selbst als Ort der Rechtsprechung wieder an Bedeutung zu gewinnen.

Die *Zeitung* sprach sich bereits im ersten Untersuchungsquartal für die Einführung von Schwurgerichten aus. Sie gehörte damit gegen Ende des 'Vormärz' zu denjenigen Blättern, welche die fortschrittlichen Ideen der Liberalen propagierten. Sie bereitete ihre Leser argumentativ auf die entscheidenden Diskussionen zu einer liberalen Rechtsreform vor.

Im ersten Revolutionsjahr wurde angesichts der Aufstände und des Zusammentritts der Nationalversammlung politisch zunächst wenig Konkretes in Angriff genommen. Sei es, weil man reichsweite Regelungen erwartete, sei es, weil die unsteten Umstände wenig Raum ließen. Zunächst mussten die Kompetenzen von Reich, Ländern und Nationalversammlung abgegrenzt werden. In dieser Phase berührte die *Konstanzer Zeitung* kurz die Forderung nach einer neuen Verfassung für Baden, um die Konstitution von 1818 und die vormärzlich legitimierte Kammer aufzulösen. Das Blatt machte sich diese aber nicht zu eigen und ging in der Folge in den untersuchten Ausgaben nicht weiter auf dieses Thema ein.

Weniger kritisch verhielt sich das Blatt allerdings, als im I. Quartal 1849 die versprochene Reform der Judikative zum Beschluss der Kammern erhoben wurde. Die detaillierten Regelungen warfen den Geschworenenrichtern Wankelmütigkeit vor und sprachen ihnen die Entscheidungskompetenz zwar nicht vollends ab, wollten das Votum der Geschworenen von steten Mahnungen des vorsitzenden Richters abhängig gemacht wissen.

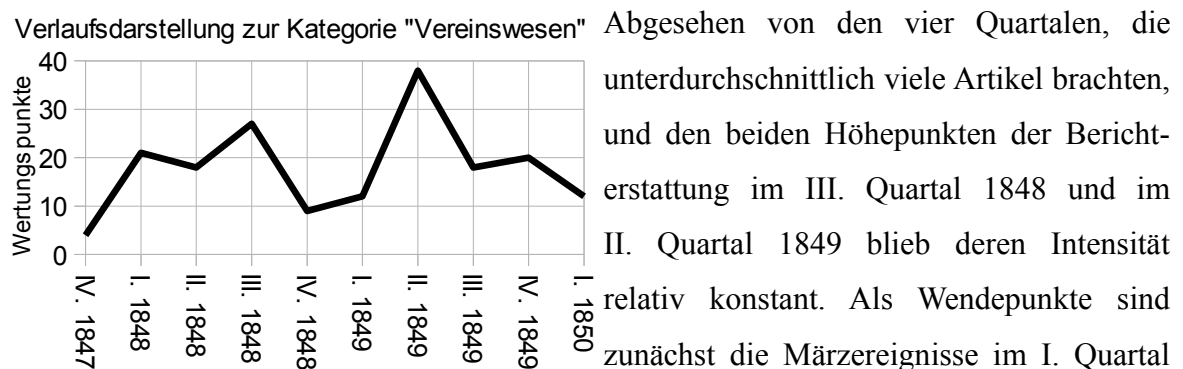
Nach einer erneuten beinahe vollständigen Unterbrechung der Berichterstattung wandte sich die *Konstanzer Zeitung* im III. und IV. Quartal 1849 der Revision wichtiger Märzerrungenschaften zu. Im Rahmen der nun bedrückenden politischen Lage versuchte man, seine Ablehnung gegenüber den rasch durchgeführten Standrechtsprozessen deutlich zu machen. Das Blatt hielt hierbei an den Vorstellungen der Vormärzliberalen fest.

Insbesondere im letzten Untersuchungsquartal stellte die *Zeitung* das Unionsprojekt Preußens als letzte Einigungsmöglichkeit nach dem Scheitern der weitgehenden Pläne aus den März-Monaten 1848 und 1849 dar. Die zitierten Blätter wiesen zwar auf Probleme hin, hielten aber eine Einigung auch mit Wien in dieser Frage nicht für aussichtslos.

A.4.9 Zur Berichterstattung in der Kategorie „Vereinswesen“
A.4.9.1 Vorbemerkungen

In der Kategorie „Vereinswesen“ sind alle Anzeigen von Vereinen und alle über diese selbst und ihre Aktivität Auskunft gebenden Artikel zusammengefasst. In Baden spielten die demokratischen Vereine sowohl in der ersten Phase der Revolution bis zum Ende des Heckerzuges in der zweiten Aprilhälfte 1848, aber auch in Bezug auf die Vorbereitung und Organisation der III. Badischen Erhebung, eine entscheidende Rolle. Deshalb und mit Blick auf die Entwicklung des Konstanzer Vereinswesens in den liberalen Phasen der Revolution ist ein separater Blick auf das Vereinswesen auch hinsichtlich der Berichterstattung in der *Zeitung* sinnvoll. Zu dieser Kategorie zählen ebenfalls Meldungen von und über Volksversammlungen.

Mit insgesamt 179 Wertungspunkten war diese Kategorie eine derjenigen, über die das Konstanzer Blatt mittelmäßig intensiv berichtete.



1848 anzunehmen, die einen Aufbruch brachten, der erst nach dem Heckerzug und einem erneuten Vereinsverbot im Juli 1848 eingedämmt werden konnte. Weiterhin ist die Verabschiedung der Grundrechte Ende Dezember dieses Jahres als ein solcher Wendepunkt zu sehen, denn ab diesem Zeitpunkt wurden Vereinsgründungen wieder allgemein zugelassen. Bis zur III. Badischen Erhebung gewann die Kategorie daraufhin deutlich an Beachtung, während sie nach dem Sieg der Reaktion rasch wieder zurückgeführt wurde. Im I. Quartal 1850 erreichte man beinahe wieder das niedrige Niveau des letzten Vormärzquartals.

A.4.9.2 Die Berichterstattung bis zum Ende des Vormärzzeitraums

Am 22. Oktober 1847 annoncierte der Vorsteher des „Rettungshauses für sittlich verwahrloste Kinder zu Mariahof in Neidingen“ anlässlich des ersten Jahrestages der Eröffnung der Einrichtung. Im Haus hätten 42 Knaben nun eine Unterkunft gefunden. Nun

müsse man auch ein solches Heim für Mädchen schaffen. Zur Unterstützung der Anliegen des Trägers, des „Konstanzer Hilfsvereins“, wurden die Seekreisbewohner zu Spenden aufgerufen.⁸⁴⁹

Auch die „Spargesellschaft in Konstanz“ setzte sich für die Armen ein, indem sie im Winter 1847/ 48 eine Arbeitsvermittlung betrieb. Hierzu wurden die Wohlhabenderen aufgefordert, Arbeitsmöglichkeiten auch für den Winter zu schaffen.⁸⁵⁰

Die bereits in „Verfassung“ besprochene Versammlung des großen Bürgerausschusses vom Dezember beschäftigte sich neben den Wahlen auch mit sozialen Einrichtungen.⁸⁵¹

Die in Bezug auf das Thema „Preßgesetz und Preßfreiheit“ an anderer Stelle besprochene Rede des Württemberger Königs zur Eröffnung der Ständeversammlung enthielt auch eine Passage, in welcher sich der Regent gegen die deutschen Exilanten in der Schweiz wandte. Diesen warf er vor, den Bürgerkrieg auch nach Deutschland tragen zu wollen. Der König unterstrich, auch nach 32jähriger Regentschaft dazu bereit zu sein, mit gleicher Härte gegen die Störer der inneren Ruhe vorzugehen, wie einst gegen die äußeren Feinde.⁸⁵² Von einem liberalen Aufbruch bereits vor dem März kann mit Blick auf die Thronrede nur sehr bedingt die Rede sein.

A.4.9.2.1 Die Konstanzer Revolutionsvereine und die *Zeitung*

Die Aufforderung Josef Ficklers an die Konstanzer Jugend, sich einem zu gründenden Turnverein anzuschließen, suchte man in der *Konstanzer Zeitung* vergebens. Ziel des Zusammenschlusses war es, die Jugend aller Stände unter dem Banner der gemeinsamen vaterländischen Idee zu sammeln und durch praktische Übungen die Bestrebungen zur Volksbewaffnung zu unterstützen.⁸⁵³ Dem Aufruf in den *Seebältern* vom 23. März waren dennoch 40 Interessierte gefolgt, die den Turnverein schließlich am 31. März 1848 im

849 Vgl. ebd., 22.10.1847, S. 849.

850 Vgl. ebd., 05.11.1847, S. 886, wörtlich: „Die Ausschußmitglieder nehmen von jetzt an alle Anmeldungen zur Arbeitsverschaffung sowohl von Denjenigen, welche Arbeit suchen, als von Jenen, welche solche zu geben haben, mit größter Bereitwilligkeit an.“ (ebd.) Unterzeichnet wurde dieses Inserat vom Vorsteher der Gesellschaft, dem Arzt J. Marmor und dessen Sekretär, J. Kees (vgl. ebd.).

851 Vgl. ebd., 10.12.1847, S. 991.

852 Vgl. ebd., 28.01.1848, S. 74, wörtlich: „Wenn die Einwirkungen von Außen stärker hervortreten sollten, so werden Sie Mich mit unerschütterlichem Muth, so wie einst gegen die Feinde unseres Vaterlandes, jetzt – nach beinahe 32jähriger Regierung – gegen Störer unserer inneren Ruhe mit eben der Festigkeit und Entschiedenheit in Grundsätzen auftreten sehen.“ (ebd.)

853 Vgl. Kern 1974, S. 43. Ob es tatsächlich zu einer Vereinsgründung kam, lässt sich nicht mehr nachweisen (vgl. ebd.). Hermann schreibt: „Hinter der Gründungsinitiative Ficklers verbarg sich unübersehbar die Absicht, nach dem Vorbild anderer Städte, [sic!] auch in Konstanz eine Kampftruppe zu bilden, die den Zwecken der Radikaldemokraten dienen sollte.“ (Hermann 1998, S. 36).

Gasthaus „Zur Krone“ konstituierten.⁸⁵⁴

Die zweite Vereinsgründungsinitiative, wiederum vorangetrieben durch die *Seeblätter*, betraf den „Konstanzer Arbeiterverein“. Die Organisation sollte ein bewaffnetes Korps außerhalb der Volksmiliz darstellen.⁸⁵⁵ Auch hierzu schwiegen die untersuchten Ausgaben der *Zeitung*. Die Volksausschüsse und -vereine, also auch der Konstanzer „Ausschuss der Bürgerversammlung“ wurden am 4. Mai 1848 erstmals und am 22. Juli des Jahres ein weiteres Mal verboten, da sich die Demokraten nach der Niederlage der revolutionären Züge bis Ende April 1848 im Frühsommer des Jahres erneut hatten organisieren können.⁸⁵⁶

A.4.9.3 Das Vereinswesen vom Zusammentritt der Nationalversammlung bis zum Jahresende 1848

In der Ausgabe vom 26. Mai 1848 druckte Albert Rolle auf der Titelseite der *Konstanzer Zeitung* eine Adresse des „Marburger Vaterlandsvereins“ an die Paulskirchenversammlung ab. Inhalt der Schrift war eine Ergebenheitsbekundung, die den Souveränitätsanspruch der Versammlung unterstrich.⁸⁵⁷ Das Schreiben datierte auf den 13. Mai, war also bereits fünf Tage vor dem erstmaligen Zusammentritt der Versammlung erstellt worden. In Konstanz unterstützte man durch den Abdruck dieser Adresse die Ansicht der Nationalversammlung, sie sei souverän und nicht aufgrund fürstlicher Gnade zusammengetreten.

In einem Aufruf der Hallenser Studentenschaft, die sich den Jenaer Burschen anschlossen, luden diese zum zweiten Wartburgfest ein. Der „burschenschaftliche Geist“ finde sich nun auch außerhalb der Verbindungen im Volk, weshalb die Hallenser alle Burschen unabhängig ihres Status' als Student bzw. Verbindungsmitglied aufriefen, an der Zusammenkunft teilzunehmen, um sich dort „brüderlich die Hände zu reichen“. Diesen Aufruf vom 24. Mai 1848 übernahm die *Konstanzer Zeitung* erneut unkommentiert, auch

854 Vgl. Zang 1994, S. 167.

855 Vgl. Kern 1974, S. 43. Die Aufforderung erfolgte, da als Hauptaufgabe der Bürgerwehr die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung sowie die Verhinderung einer Radikalisierung der Revolution definiert worden war. Unterbürgerliche Schichten galten als unzuverlässig und wurden daher aus den Wehren ausgeschlossen (vgl. Hermann 1998, S. 32 u. S. 36). Zang bemerkt, dass der Arbeiterverein am 02.04.1848 bereits seine zweite Sitzung abhielt (vgl. Zang 1994, S. 167). Es war also wiederum zu einer erfolgreichen Vereinsgründung gekommen.

856 vgl. Hermann 1998, S. 52. Als Begründung des Verbotes führte die Karlsruher Regierung den staatsfeindlichen Zweck dieser Zusammenschlüsse an (vgl. ebd.). Karl Mathy tat sich Anfang Mai in seiner neuen Position als Staatsrat hervor: „Am 1. Mai ließ Mathy Mannheim in den Kriegszustand versetzen, die Volksausschüsse und vaterländischen Vereine verbieten, er drängte auf Bestrafung von Beamten, die mit den Radikalen gemeinsame Sache gemacht hatten, und ging gegen die radikale Presse vor.“ (Deuchert 1982, S. 270).

857 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 26.05.1848, S. 491.

nannte die Proklamation keinen konkreten Termin des Festes.⁸⁵⁸ Als Resultat des zweiten Wartburgfestes vom 12. Juni 1848 standen weniger nationale Forderungen allgemein als solche über Neuregelungen zur Finanzierung und zum Status der Hochschulen.⁸⁵⁹

Dem Streben nach nationaler Einheit setzte ein Kongress der Buchdruckergesellen in Mainz konkrete Forderungen nach wirtschaftlichen Verbesserungen für ihre Kollegen in ganz Deutschland hinzu. In der weiteren Folge versammelten sich die Buchdruckereibesitzer, um über mögliche Konsequenzen aus den Forderungen der Gesellen zu debattieren. Um die wirtschaftlichen Verbesserungen für die Gesellen durchführen zu können, entschloss man sich in Leipzig, die Preise für Druckerzeugnisse für ganz Deutschland einheitlich festzulegen.⁸⁶⁰

Die überregionalen Zusammenschlüsse waren Folge des Einheitswillens, der sich nicht zuletzt in Form der Planung einer landesweiten Preishomogenisierung nachweisen lässt. Dass mit solchen Beschlüssen die Freiheit des Wettbewerbs zugunsten deutschlandweiter (zunftähnlicher) Vorschriften verworfen wurde, bemerkte man offenbar nicht bzw. kritisierte diese Entwicklung nicht weiter. Die Buchdrucker versuchten, das ihnen vertraute zünftige Element mit der erwarteten Ausgestaltung des Nationalstaates und dem neuen Kongressgedanken in Einklang zu bringen.

Ausdruck zunehmender Differenzierung des politischen Spektrums war die Gründung eines „Vaterländischen Vereins“ in Heidelberg, über dessen Zustandekommen Albert Rolle die Konstanzer Mitte August 1848 informierte. Die *Zeitung* zitierte dabei eine Meldung des *Schwäbischen Merkurs* und nannte als wesentliche Ziele des Zusammenschlusses, die Tagesfragen in geordneter Weise besprechen und das für richtig Erachtete in der Bevölkerung kommunizieren zu wollen.⁸⁶¹

Aus der preußischen Rheinprovinz schrieb die *Allgemeine Zeitung* ebenfalls im August 1848, dass Entwürfe der dortigen Bürgervereine zur Feier des Tages der Huldigung des Militärs auf den Reichsverweser unter großer Zustimmung der Bevölkerung Festprogramme zusammengestellt würden. Gegen die Feiern regte sich in den Reihen der Radikalen beider politischer Lager Widerstand.⁸⁶²

858 Vgl. ebd., 05.05.1848, S. 518.

859 Gailus schreibt zum Wartburgfest von 1848: „Höhepunkt studentischer Revolutionsaktivitäten war das über Pfingsten 1848 in Eisenach tagende nationale Studentenparlament, das sich als 'Wartburgfest der deutschen Studenten' bewußt auf die Tradition des nationalgeschichtlich bedeutenden Wartburgfestes von 1817 bezog.“ (Gailus 1990, S. 183).

860 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 13.07.1848, S. 682.

861 Vgl. ebd., 11.08.1848, S. 795. Mitteilungen über die Bildung demokratischer Vereine fanden sich in der *Konstanzer Zeitung* hingegen nicht.

862 Vgl. ebd., S. 795f.

Anhand beider Mitteilungen lässt sich die Verortung der *Konstanzer* in der politischen Mitte ausmachen, denn das Blatt übernahm aus *Merkur* und *Allgemeiner Zeitung* eine bürgerliche Sicht auf die Tagesereignisse. Die *Konstanzer Zeitung* empfand nur konstitutionell orientierte Vereinsgründungen als einer Nachricht wert.

Zum Sozialen ist eine Anzeige vom 1. September 1848 zu rechnen, in welcher der „Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder“ auf seine ökonomischen Probleme hinwies und zu Spenden für die Vereinsziele aufrief.⁸⁶³

Eine Anzeige des „Vaterländischen Vereins zum Schutze deutscher Arbeit“, der zur Generalversammlung zum 1. November 1848 nach Frankfurt einlud, steht beispielhaft für die konservative, die eigene Wirtschaft protegierende Zielsetzung vieler Vereine der Zeit.⁸⁶⁴

Über den Demokratenkongress, der um den Monatswechsel Oktober/ November 1848 tagte, berichtete die *Konstanzer Zeitung*, dass der Zentralausschuss dieser Partei neu bestimmt werden solle, da viele Delegierte mit der bisherigen Arbeit nicht zufrieden seien. Die revolutionäre Tendenz, welche die *Zeitung* in diesen Monaten der Linken immer wieder zuschrieb, bestätigte sich für den Leser, da das Blatt behauptete, die Demokraten würden die Einrichtung eines „neuen Vorparlaments“ planen.⁸⁶⁵

Die *Zeitung* unterließ es, die wichtigen Zusammenkünfte der Republikaner in den letzten Monaten des Jahres 1848 ausführlicher zu behandeln. Es blieb bei kurzen Korrespondenzen, die keine offensichtliche Wertung enthielten. Gerade durch eine verknappte Darstellung wurden die Kongresse dieser Parteiung allerdings auch abgewertet, sodass eine weitgehend unterbleibende Berichterstattung auf eine Gegnerschaft der *Zeitung* hinweist.

Nach der Verabschiedung der „Grundrechte der Deutschen“ durch die Nationalversammlung und dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen um die Jahreswende durften sich neue (Volks-)Vereine gründen. Im Badischen kam es in der Folgezeit zu einer Reihe neuer Zusammenschlüsse,⁸⁶⁶ die an die verbotenen Strukturen ihr Vorgängervereine anknüpfen konnten.

863 Vgl. ebd., 01.09.1848, S. 889.

864 Vgl. ebd., 27.10.1848, S. 1119. Der Verein setzte sich für einen neuen Zolltarif für Manufakturwaren ein, um so die heimische Produktion vor ausländischer Konkurrenz zu schützen (vgl. ebd.). Vgl. zum gegnerischen Zusammenschluss zur Förderung des Freihandels auch außerhalb der deutsch-österreichischen Grenze die Adaption dieses Themas in den *Neuen Lübeckischen Blättern* im entsprechenden Kapitel dieser Arbeit.

865 Vgl. ebd., 03.11.1848, S. 1144. Im Hessischen wurde im Dezember ein neues Wahlgesetz diskutiert (vgl. ebd., 15.12.1848, S. 1311f.).

866 Vgl. Hermann 1998, S. 53f..

A.4.9.4 Vom Wiedererstarken der demokratischen Volksvereine bis zum Sieg der Reaktion in der III. Badischen Erhebung: Die Berichterstattung zwischen Januar und August 1849

Über die kritische Aufnahme des Vorschlags zur Einschränkung der Preß- und Assoziationsfreiheit auf einer Münchener Volksversammlung des örtlichen „Vereins für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ habe ich bereits im Teil „Preßfreiheit“ geschrieben.⁸⁶⁷

Im Konstanzer Blatt schloss sich im März 1849 der Gründungsaufwurf des „Vaterländischen Vereins in Konstanz“ an. Unterschrieben wurde die Einladung zur Teilnahme von mehreren prominenten Konstanzern, darunter auch der Inhaber des zweiten Konstanzer Verlags, Jakob Stadler.⁸⁶⁸ Der Verein wolle ein einigendes Band der Bürger herstellen, um der weitverbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber den zahlreichen politischen Ereignissen der Zeit entgegenzuwirken. Konstanz sei durch seine Lage an der Grenze des Großherzogtums und seine Verhältnisse darauf angewiesen, zur Förderung des Ganzen und damit auch des Eigenen zu handeln, hieß es.⁸⁶⁹

Die Gründung dieses Vereins war ein Resultat der Bestrebungen Karlsruhes, neben den fundamentaloppositionellen Volksvereinen eine organisierte Stütze der eigenen Politik zu errichten.⁸⁷⁰ Der „Vaterländische Verein in Konstanz“ darf hierbei nicht mit dem bereits im Dezember 1848 als „Hülfsverein“ gegründeten und im Januar bzw. Februar zunächst in „Vaterländischer Verein“ und später in „Volksverein“ umbenannten republikanischen Zusammenschluss verwechselt werden.⁸⁷¹

Neben den konstitutionellen waren es mehrheitlich demokratische Zusammenschlüsse, welche die neue Liberalität der Grundrechte für sich nutzten. Zählten die demokratischen

867 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 05.01.1849, S. 19.

868 Vgl. ebd., 23.03.1849, S. 338. Im Einzelnen zeichneten C. Crämer, X. v. Hofer, J. N. Joos, Architekt Merk, Joh. Bapt. Osburg, C. Fr. Rieggerdt, Joh. Nep. Schroff, Karl Steiner, Josef Troll und August Volderauer den Aufruf (vgl. ebd.).

869 Vgl. ebd., Zang 1994 schreibt über die Ziele des Vereins: „Der Verein erstrebte 'die Einheit und Kraft des deutschen Volkes' und die allgemeine Unterordnung 'unter die Beschlüsse der Nationalversammlung'. Der springende Punkte war der dritte: die wahre Freiheit und die Wohlfahrt des Volkes sollten 'auf gesetzlichem, verfassungsmäßigem Wege' erreicht werden. Das war eine Distanzierung zu den Republikanern“ (Zang 1994, S. 182).

870 Vgl. Hermann 1998, S. 58. In diesem Sinne engagierte sich der „Vaterländische Verein“ in Konstanz durch Adressen an die Nationalversammlung für die Reichsverfassung. Er setzte aber auch lokale Akzente, indem er den Verbleib des Konstanzer Hofgerichts in der Stadt forderte. Personell rekrutierten sich die Mitglieder besonders aus Beamten und gut situierten Bürgern, während die Volksvereine Angehörige des Kleinbürgertums bzw. des mittleren Bürgertums der Stadt verbanden (vgl. ebd., S. 59).

871 Vgl. ebd., S. 56. Der spätere „Volksverein“ hatte im Januar 1849 ebenfalls eine Petition zur Auflösung der Kammer und zur Neuwahl einer Konstituante ausgelegt. Ein weiterer demokratischer Zusammenschluss, der „Volksverein Freiheit“ vereinigte sich im April 1849 mit dem nunmehrigen „Konstanzer Volksverein“, dessen Name für den Gesamtverein übernommen wurde (vgl. ebd., S. 57).

Volksvereine vor Beginn der III. Erhebung Mitte Mai 1849 bereits im Vormonat landesweit mindestens 23.000 Mitglieder, vermochten die konstitutionellen Zusammenschlüsse, die häufig ebenfalls den Begriff des „Vaterländischen Vereins“ aus dem März 1848 übernommen hatten, aber nicht in der republikanischen Tradition dieser Vereine standen, nur etwa 4.000 Mitglieder in ihren Reihen sammeln.⁸⁷²

Im Februar fand sich als unpolitischer Zusammenschluss der landwirtschaftliche Verein Konstanz' zu seiner ersten statutenmäßigen Generalversammlung zusammen.⁸⁷³

Noch Ende April 1849 übernahm die *Konstanzer Zeitung* einen Artikel der *Neuen Freiburger Zeitung*, der sich in deutlichen Worten gegen die Linke wandte: Inhaltlich verwarf die *Neue Freiburger* die Darstellung linksgerichteter Blätter zur Maulburger Volksversammlung vom 21. April. Zu dieser seien etwa 1.500 Menschen zusammengekommen, welche ihre Neugier und nicht ihr politischer Eifer getrieben habe. Auch die Redner stellte das Blatt als mäßig dar: „Die schwachen Rufe des Beifalls bewiesen mir hinlänglich, daß der geringste Theil die Absicht hatte, thätigen Antheil an dem zu nehmen, was ein ganz unbekannter Mensch ihnen vorsprach.“⁸⁷⁴ Schließlich habe sich das Befolgen der „bekannten Gedankengänge der Ultramänner“ aus der Neugier der Anwesenden ergeben, die sich persönlich durch ein ablehnendes Votum nicht hätten zu Zielscheiben der Kritik machen wollen. Auf die besprochenen bzw. zum Beschluss vorgelegten Inhalte kam dieser Artikel nicht zu sprechen.⁸⁷⁵

Ende April 1849 hatte auch in München eine Bürgerversammlung stattgefunden, auf welcher die Teilnehmer die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung gefordert hatten. Die Einladung zur Versammlung am 27. April war auf einem Plakat angekündigt worden, das 71 der angesehensten Bürger der Stadt mitunterzeichnet hatten.⁸⁷⁶

Wegen ihrer zentralen Bedeutung für den Verlauf der III. Badischen Erhebung ist der Bericht über die Reutlinger Volksversammlung vom 28. Mai bereits in der Kategorie „Revolutionäres“ vorgestellt worden.

Der *Mainzer Zeitung* hatte das von Albert Rolle zitierte *Frankfurter Journal* eine „Richtigstellung“ zu den Vorkommnissen um die Volksversammlung im hessischen Teil des Ortes Laudenbach entnommen. Wie gegen Ende April die Darstellung der *Neuen*

872 Vgl. ebd. Häusser nannte als Hinderungsgrund für die weitere Ausbreitung der konstitutionellen Vereine, dass vielerlei persönliche Rücksichten und Bedenken Vereinsgründungen verhindert hätten (vgl. Häusser 1851, S. 135).

873 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 16.02.1849, S. 192.

874 Ebd., 27.04.1849, S. 495.

875 Vgl. ebd.

876 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 04.05.1849, S. 525.

Freiburger Zeitung wollte auch das Mainzer Blatt seiner Gegendarstellung durch Zeugenschaft des Redakteurs glaubwürdig erscheinen, auch wenn das *Journal* ersichtlich linken Tendenzen folgte:

Inhaltlich schrieb die *Mainzer Zeitung*, es habe sich bei der Volksversammlung in Laudenbach nicht um eine Zusammenkunft von 8.000 Bewaffneten gehandelt, wie von der *Darmstädter Zeitung* behauptet, sondern um einige Tausend Teilnehmer, unter denen sich 70- 80 Bewaffnete befunden hätten.⁸⁷⁷ Im Anschluss einer Rede des Regierungskommissars Prinz war dieser erschossen worden, da er die Anwesenden im vormärzlichen „Kreisrathsstyle“ mit „ihr Bauern“ angesprochen hatte. Als im Anschluss ein hessischer Offizier zum Ort des Verbrechens reiten wollte, sei dieser vom Pferd gefallen, was die Soldaten, annehmend, ihr Vorgesetzten sei ebenfalls erschossen worden, zum bewaffneten Einschreiten gedrängt habe. Man dürfe, so die *Mainzer Zeitung*, diese Vorfälle nicht dazu nutzen, Militär und Volk zu entfremden, die das Blatt als vor den Ereignissen einträchtig beisammenstehend beschrieb.⁸⁷⁸

Aus Sicht der Linken, die um eine Verbrüderung von Bürgern und Militär bemüht waren, durfte ein solcher Zwischenfall nur als Unfall erscheinen, um nicht alle Bemühungen wieder zunichte zu machen.

Die Berichterstattung zur Kategorie „Vereine“ fiel im II. Quartal der Tendenz nach sehr unterschiedlich aus. Nach der konservativ wirkenden Darstellung der *Neuen Freiburger Zeitung* vom April 1849 folgten weitere Berichte über Volksversammlungen, von denen der letzte über die Laudenbacher Versammlung klarer noch als derjenige über die Volksversammlung in Reutlingen im Mai eine linke Darstellungsweise übernahm. Das Erschießen des Regierungskommissars stellte das Blatt als selbstverschuldet dar und betonte, ganz im Sinne der Revolutionäre, die Eintracht zwischen Bürgern und Militär. Man bemühte sich allgemein, die Bürger als einträchtig und friedvoll darzustellen, die nun ihr Recht auf Erlass der Reichsverfassung durch die Einzelstaaten verwirklicht sehen wollten.

877 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 01.06.1849, S. 648. Wörtlich weiter, dass nur diese kleine Gruppe „Gewehre, und zwar im allgemeinen nur zu Freudenschüssen geeignete“ getragen hätte (ebd.).

878 Vgl. ebd.

Während sich in Konstanz der „Landwirthschaftliche Verein“ angesichts der Zeitumstände außer Stande sah, eine Generalversammlung durchzuführen,⁸⁷⁹ konstituierten sich in Berlin die demokratischen Vereine neu.⁸⁸⁰ Ziel dieser untereinander vernetzten Zusammenschlüsse war die „Wiedererlangung des allgemeinen Wahlrechts durch gesetzliche Mittel. Geselliges Vergnügen und Erörterung politischer Fragen“.⁸⁸¹ Diese erneute Blüte politischen Vereinslebens fand in Baden auch im dritten Monat nach dem Sieg der Preußen keine Entsprechung: Nach dem allgemeinen Verbot der Volks-, Arbeiter- und Bürgervereine vermochte es der „Vaterländische Verein“ Mannheims aber, bei der großherzoglichen Regierung für den eigenen Verein eine Rücknahme des Verbotes zu erlangen. Der „Vaterländische Verein“ berief sich in der Begründung seines Antrages auf Verdienste in der Auseinandersetzung mit den Volksvereinen.⁸⁸²

Dass die Regierungen Ende 1849 sehr unterschiedlich liberal eingestellt waren, zeigte sich auch bei der Vorbereitung der hessischen Wahlen für die landständischen Kammern: Zwar hatte zunächst die dortige Regierung Volksversammlungen in den Provinzen Starkenburg und Rheinhessen unter Auflagen wieder erlaubt. Nachdem die Demokraten daraufhin allerdings geplant hatten, sechs taggleiche Versammlungen zum Abschluss ihrer Wahlvorbereitungen durchzuführen, wurde die erteilte Erlaubnis kurzfristig wieder entzogen.⁸⁸³

Die Kategorie „Vereine“ steht beispielhaft für die untereinander nicht abgestimmte Politik der fürstlichen Regierungen, die zwischen einem eingeschränkten Erhalt bürgerlicher Freiheits- und Mitbestimmungsrechte und einer offen repressiven Politik schwankten.

Die Jahresversammlung der Forst- und Landwirte in Mainz war 1849 schlecht besucht, was das Blatt mit der verbreiteten Cholera und den „traurigen politischen Verhältnissen“ in Deutschland entschuldigte. Im Unterschied zum Vorjahr ging man nun nicht mehr wie bei ähnlichen Zusammenkünften 1848 auf politische Forderungen ein, sondern beschränkte sich bei der Berichterstattung auf die Aufzählung der angereisten Prominenz.⁸⁸⁴

Für Konstanz schrieb das Blatt weiter, dass nun die alljährliche Sammlung für die

879 Vgl. ebd., 17.08.1849, S. 954.

880 Vgl. ebd., S. 951.

881 Ebd.

882 Vgl. ebd., 28.09.1849, S. 1131.

883 Vgl. ebd., S. 1132.

884 Vgl. ebd., 12.10.1849, S. 1190.

Anstalten „für sittlich verwahrloste Kinder“ erfolge. Auch der Konstanzer landwirtschaftliche Verein, dessen Jahresversammlung im Sommer vor dem Hintergrund der politischen Umstände ausgefallen war, versammelte sich.⁸⁸⁵

„Der Verein zum Schutz der vaterländischen Industrie“ war am 29. November 1849 erneut zu einer Versammlung in Frankfurt zusammengekommen. Hier sprach man sich euphorisch für die Annahme des Vorschlags aus Wien aus, der eine Zoll- und Handelsunion der deutschen Staaten und Österreich vorsah. Dem preußischen Unionsplan wollte man ebenfalls zustimmen, wenn sich hinter dem Vorwand einer festeren Einigung nicht partikularistische Tendenzen verbürgen.⁸⁸⁶ Der *Augsburger Zeitung* zufolge ging es den deutschen Industriellen weniger um eine politische Einigung Deutschlands, wie sie Preußens Unionsplan versprach, als um eine Vergrößerung des Wirtschaftsraumes auch ohne parallelen politischen Zusammenschluss.

Der ebenfalls angeführte *Merkur* betonte im Unterschied zur *Augsburger* den Wunsch der Versammlung nach nationaler Einheit. Die Union sei eine nationale Angelegenheit und müsse unter Schonung der gewerblichen Interessen und unter Leitung des versöhnlichen Gedankens verwirklicht werden, so habe der Verein beschlossen.⁸⁸⁷

Nach ihrem Verbot konstituierten sich die (demokratisch orientierten) „Vaterländischen Vereine“ in Sachsen Ende 1849 neu. Der Leipziger Verein beschäftigte sich nun schwerpunktmäßig mit Volksbildung und Volksaufklärung. Die *Konstanzer Zeitung* schrieb weiter, dass Bürgerliche den neuen Zusammenschlüssen fernblieben: „[A]us den Klagen, daß sich die Bürgerschaft auffallend davon zurückhalte, geht jedoch deutlich hervor, daß diese Bestrebungen zur Zeit keinen allgemeinen Anklang finden.“⁸⁸⁸

Das Blatt beschäftigte sich aus einer Position kritischer Distanz zu den neuen Zusammenschlüssen der Linken. Auch nahm man sich nur indirekt den preußischen Unionsplänen an und entzog solchen auf diese Weise einen Teil ihrer Bedeutung im politischen Diskurs der Zeit.⁸⁸⁹

Nach Bekanntmachung der Ergebnisse der Spendensammlung des „Vereins für

885 Vgl. ebd., 23.11.1849, S. 1374.

886 Vgl. ebd., 07.12.1849, S. 1454, wörtlich: „In dieser Versammlung sind Anhänger verschiedener politischer Partheien und Bewohner weit von einander entfernter deutscher Staaten, aber alle sind ein- und derselben unerschütterlichen Ansicht: daß die von Wien aus gemachten Vorschläge dem Vaterlande das höchste Maß der materiellen Wohlfahrt in Aussicht stellen, wenn sie zur Verwirklichung gelangen.“ (ebd.).

887 Vgl. ebd.

888 Ebd., S. 1455, vgl. dort auch Vorstehendes.

889 Ob sich die unterschiedliche Schwerpunktsetzung der *Allgemeinen Zeitung* und des *Schwäbischen Merkurs* auf unterschiedliche politische Zielvorgaben, d. h. einem Primat der wirtschaftlichen bzw. politischen Einheit, aus der Programmatik der Zeitungen ableiten lässt oder der Tatsache geschuldet war, dass beide Blätter über unterschiedliche Tage berichtet haben mögen, lässt sich nicht klären.

Erziehung sittlich-verwahrloster Kinder“ im Januar 1850⁸⁹⁰ nahm sich Rolle der Diskussion zur Gründung konservativer Vereine an, indem er einen entsprechenden Artikel der *Karlsruher Zeitung* übernahm. Darin wurde der Versuch zur Schaffung eines Netzes konservativer Vereine des Regierungsrates Steinbeis und des Professors Plinger, die beide als Personen von „anerkannter Tüchtigkeit des Charakters“ vorgestellt wurden, insgesamt gutgeheißen.⁸⁹¹ Das Blatt erhoffte sich größere Transparenz in Bezug auf die Ziele der Konservativen, nicht zuletzt wohl um sich mit deren Programm zielgerichteter auseinandersetzen zu können. Das Schicksal Württembergs, das sich in einer politisch sehr gespannten Lage befand,⁸⁹² sah man in Karlsruhe weniger an das Gelingen konservativer Vereinsgründungen gekoppelt als an die Lösung der deutschen Frage.⁸⁹³

Neben dieser in Bezug auf die neuartigen Parteiungen progressiven Positionierung der *Karlsruher Zeitung* erschienen in Konstanz neben einer Anzeige über bevorstehende Gesangsproben der örtlichen Sängerrunde keine weiteren Artikel, die sich mit dem politischen oder gesellschaftlichen Vereinswesen befasst hätten.⁸⁹⁴

A.4.9.6 Zusammenfassende Rückschau

Von einem Aufbruch in der Berichterstattung zum Vereinswesen kann mit Blick auf die Monate März und April 1848 keine Rede sein. Die Vereinsgründungen Josef Ficklers wurden zwar in dessen radikal-liberalen *Seebblättern* propagiert, fanden aber keinen Eingang in die *Zeitung*. Rolle hatte in den politisch unsicheren Zeiten bis Mai 1848, als die Verrechtlichung der Revolution noch gesicherte Tatsache war, kein Interesse daran, selbst für neue Zusammenschlüsse zu werben, die revolutionären Gedanken im eigenen Periodikum aufzugreifen bzw. deren Konkretisierung zu fördern, etwa im Rahmen von Wehrsportvereinen bei Volksbewaffnung.

Auch in der Folgezeit ging das Konstanzer Blatt in Bezug auf demokratisch orientierte Vereinsgründungen gar nicht oder im Falle der großen Konferenzen der politischen Linken nur kurz ein. Stattdessen bestimmten bis zur Jahreswende 1848/ 49 soziale Vereine oder landwirtschaftliche Zusammenschlüsse die Berichterstattung.

890 Vgl. ebd., 04.01.1850, S. 14.

891 Vgl. ebd., 15.02.1850, S. 193, wörtlich: „In so fern diese Vereine [...] eine erfreuliche größere Tätigkeit der in langem politischen Schläfe befangenen konservativen Partei bezeugen, in so fern sie eine Organisation in die konservativen Elemente des Landes bringen und diesen zu einem Organ für den Ausdruck ihrer Wünsche dienen würden, kann man diese Vereine herzlich willkommen heißen.“ (ebd.)

892 Vgl. Ereignisübersicht im Anhang.

893 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 262.

894 Zur Versammlung der Konstanzer Sängerrunde „Bodan“ vgl. ebd.

Nach dem erneuten Aufbruch des Vereinswesens durch die „Grundrechte der Deutschen“, insbesondere aber infolge der Ablehnung der Paulskirchenkrone durch den Preußenkönig, kam es zu einem erneuten Erstarken demokratischer und konstitutioneller Zusammenschlüsse, die mit verschiedenen Mitteln für die Ratifizierung des Grundgesetzes fochten. Die demokratischen Vereine bildeten im Mai 1849 schließlich die Machtbasis der revolutionären Regierung Brentano. In dieser Zeit mühte sich die *Konstanzer Zeitung* erstmals, die bisher verbräunte politische Linke positiv darzustellen. Gleichzeitig ging das Blatt auf wichtige Volksversammlungen ein: Bei ihrer Berichterstattung galten nun nicht mehr „gesetzlose Revolutionäre“ als Unruhestifter, sondern jene konservativen bzw. konstitutionellen Kräfte, die sich gegen den gemäßigt-demokratischen Kurs Brentanos stellten. Insofern blieb sich die *Zeitung* ihrer Funktion als kritisch-konstruktive Begleiterin der Herrschenden treu.

In der Restauration verstanden es Rolle und Wagner, rasch wieder auf die Seite der Konstitutionellen zurückzukehren. Das Konstanzer Blatt schloss an frühere Positionen an, kritisierte zwar den „traurigen Zustand“ der Politik in Deutschland, hütete sich aber, die Verantwortlichen hierfür beim Namen zu nennen. Im Unterschied zum Vormärz konnte man in der *Konstanzer* aber nun auch von den Versuchen der Demokraten lesen, ihre Vereinsstrukturen beispielsweise in Sachsen nach dem missglückten Aufstand neu zu organisieren und auszurichten. Überhaupt hatten sich politische Vereinsgründungen allgemein durchgesetzt, denn in der *Zeitung* fand sich kein ablehnendes Wort mehr. Stattdessen befürwortete man die Gründung eines konservativen Vereins mit dem Argument, auf diese Weise zu mehr Transparenz des politischen Diskurses gelangen zu können.

A.4.10 Zur Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* im Bereich „Wahlen und Abstimmungen“

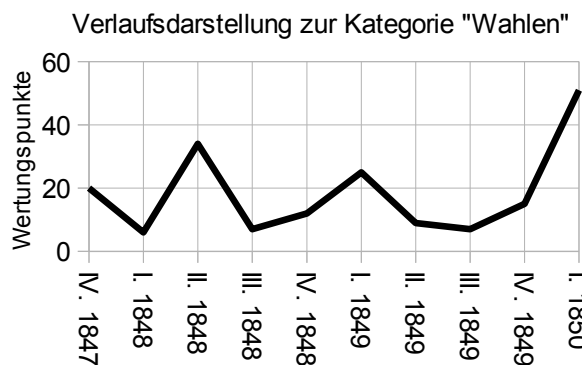
A.4.10.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Wahlen“ zählen alle Artikel, die sich thematisch Fragen des Wahlrechts oder der Durchführung von Abstimmungen annahmen. Hinzu kommen Bekanntmachungen und Einschätzungen zu Wahlergebnissen seitens der *Zeitung*.

Die Märzunruhen ließen rasch eine Reihe von Abstimmungen notwendig werden. Am prominentesten war zweifellos die Wahl zur Nationalversammlung zu Beginn des II. Quartals 1848. Hinzu kamen vielerorts Wahlen für konstituierende Versammlungen auf Landesebene, deren Aufgabe es war, die bestehenden Konstitutionen den „neuen

Verhältnissen“ anzupassen bzw., wie im Falle Oldenburgs, überhaupt erst eine Verfassung zu erarbeiten, um dem Fürstenabsolutismus ein verlässliches Regelwerk, ein Korsett, anzulegen.

Die Einschätzung der *Zeitung* über Wahlmodus und Wahlresultat der jeweiligen Abstimmung ermöglicht Rückschlüsse auf die Tendenz des Blattes im jeweiligen Zeitraum.



Bezüglich des quantitativen Anteils, welcher der Kategorie „Wahlen“ zugedacht wurde, zeigt sich mit insgesamt 186 Wertungspunkten ein mittleres Interesse.

Höhepunkte der Berichterstattung bildeten das II. Quartal 1848 mit den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung, das I. Quartal 1849 mit den Diskussionen zur ersten Wahl nach dem Verfassungsoktroi Preußens vom Dezember 1848 und das I. Quartal 1850 mit der Auseinandersetzung über die Wahlen zum Volkshaus der projektierten „Deutschen Union“. Dass das letzte Untersuchungsquartal den Höhepunkt bezüglich des quantitativen Anteils bildete, ergibt sich aus der zweifachen Streitfrage über die Abstimmungen. Zunächst wurde die Frage erörtert, ob angesichts des Wiener Widerstandes gegen die Union überhaupt gewählt werden würde. Erst dann wandte man sich der Wahl selbst zu.

A.4.10.2 Form und Inhalt der Darstellung bis zum Ende des Vormärzzeitraums

Zu den bevorstehenden Landtagswahlen brachte die *Konstanzer Zeitung* am 8. Oktober 1847 einen Artikel über eine Versammlung der (Vormärz-)Radikalen, auf der v. Itzstein und der Abgeordnete Karl Mathy sprachen. Mathy betonte in seiner Rede die Bedeutung der kommenden Abstimmung und empfahl, dem Abgeordneten Clemens Brentano erneut das Vertrauen zu schenken.⁸⁹⁵

Den 23. November 1847 als Termin der Abstimmung gab das Konstanzer Blatt mit einem zeitlichen Vorlauf von nur vier Tagen in der zweiten Monatshälfte bekannt.⁸⁹⁶ Die bereits im Oktober durchgeführten Wahlversammlungen mussten daher ohne genaue Kenntnis des tatsächlichen Abstimmungstermins stattgefunden haben.

In Bezug auf die kommunalen Wahlen zum großen Bürgerausschuss wurden die

⁸⁹⁵ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 08.10.1847, S. 809, wörtlich: „[D]ie Bürger sollten [...] wählen, wie es die Ehre und der Fortschritt verlange.“ (ebd.).

⁸⁹⁶ Vgl. ebd., 19.11.1847, S. 921.

Konstanzer am 7. Januar 1848 über die Ergebnisse der zurückliegenden Abstimmungen informiert. Diese Wahlen waren nach dem im Vormärz durchaus modernen Drei-Klassen-Wahlrecht durchgeführt worden.⁸⁹⁷

Der Artikel zur Wahlversammlung der „Radikalen“, zu denen im Oktober auch noch Karl Mathy zählte, enthielt eine Wahlempfehlung zugunsten des späteren Führers der Revolutionsregierung der III. Badischen Erhebung, Clemens Brentano. Allein aufgrund des Abdrucks der Wahlempfehlung des Konstanzer Landtagsabgeordneten Mathy lässt sich eine progressive Tendenz des Blattes annehmen. Auf kommunaler Ebene fand in den untersuchten Ausgaben der *Konstanzer Zeitung* kein Wahlkampf statt. Nicht zuletzt wohl auch deshalb, da der große Bürgerausschuss der kleinen Bodenseestadt mit 86 Abgeordneten zu beschicken war.

A.4.10.3 Berichterstattung zum Thema „Wahlen“ im Zeichen der Märzereignisse

Die ersten Artikel mit Nachrichten aus Württemberg, Bayern und den hessischen Ländern und Preußen unterstrichen die gemäßigte Tendenz der *Konstanzer Zeitung*.⁸⁹⁸ Diese übernahm Rolle der *Augsburger Abendzeitung* und dem *Schwäbischen Merkur*.⁸⁹⁹ Inhaltlich befassten sich die Artikel mit dem Verlauf von Volksversammlungen, die zum Teil revolutionäre Züge trugen und mit den beispielweise für Bayern erwarteten raschen Neuwahlen der vormärzlichen Ständeversammlungen. In Hessen habe das Volk für eine Delegation aus Hanau eine Audienz beim Herrscher erzwungen, indem die erfolglosen Deputierten zunächst an der Abreise gehindert worden waren. Gleichzeitig schlugen die Demonstranten Scheiben des Schlosses ein, um den Forderungen nach Gehör Nachdruck zu verliehen.⁹⁰⁰ Der *Schwäbische Merkur* unterließ es, den Zug der nach Zeitungsangaben

⁸⁹⁷ Vgl. ebd., 07.01.1848, S. 16.

⁸⁹⁸ Ganz allgemein betonte die *Konstanzer Zeitung* ihre Gegnerschaft in Bezug auf ein mögliches gewaltsames Vorgehen gegen die staatlichen Gewalten und appellierte stattdessen an die Einheit der Liberalen: Die „Abschiedsworte an die hiesigen Abgeordneten zur Offenburger Volksversammlung“ druckte die *Konstanzer Zeitung* am 17. März auf der Titelseite ab. Gerichtet an die Teilnehmer, Fickler, Kaiser, die beiden Vanottis, Anwalt Stephani und Anwalt Würth wurde insbesondere die Eintracht aller Parteiungen betont, denn nun gelte es, ein gemeinsames Vaterland zu schaffen: „D e u t s c h e [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] müssen wir sein! nicht feindlich trennen dürfen uns Parteisucht und Meinungsverschiedenheit, sie würden uns zerfleischen und unseren Feinden preis geben.“ (vgl. *Konstanzer Zeitung*, 17.03.1848, S. 219, Zitat: S. 220). Heinrich Laube schrieb 1849, dass die allgemein gehaltenen Lösungsworte der Märzbewegung die Lager der späteren Republikaner und Konstitutionellen zusammenhielten: „[D]ie Lösungsworte waren noch allgemein, also gemeinschaftlich, die Stich- und Scheideworte waren noch nicht entdeckt, wenigstens noch nicht ausgesprochen, des Vaterlandes große Zukunft umschlang noch alle.“ (Laube 1849, S. 18).

⁸⁹⁹ Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 17.03.1848, S. 220f.

⁹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 221. Wörtlich: „Etwa 15,000 Menschen sammelten sich vor dem Schlosse, demolirten den größten Theil der Fenster des Schlosses und andere Bestandteile desselben. Schnell wurde Generalmarsch

etwa fünfzehntausend Kassler zu bewerten, beschränkte sich vielmehr auf eine Schilderung der Geschehnisse.

A.4.10.4 Die Abstimmungen zur Nationalversammlung aus Sicht der *Konstanzer Zeitung*

Die Bekanntmachung der Wahlbedingungen, des Wahlzeitpunktes und -ortes der Wahlmännerwahl für die Abstimmungen zur Nationalversammlung veröffentlichte die *Konstanzer Zeitung* in Form eines beigelegten Flugblattes, das den Ausgaben vom 12., 13. und 14. April 1848 beilag.⁹⁰¹

In einer Übernahme aus der *Mannheimer Abendzeitung* sprach sich der Verfasser im Unterschied zu einem Bericht des *Schwäbischen Merkur* offen gegen ein allzu großes Vertrauen in die Gutwilligkeit und Redlichkeit der Regierungen aus.⁹⁰² Anhand von Passagen aus dem „Propositionsedikt“ Friedrich Wilhelms versuchte die *Abendzeitung* zu verdeutlichen, dass ein energisches Eingreifen der Bürger nach wie vor vonnöten sei. Festzumachen suchte sie ihre Aufforderung an preußischen Überlegungen, die Nationalversammlung nicht durch das Volk direkt, sondern durch seine (vormärzlichen) Vertretungsorgane wählen zu lassen.⁹⁰³ Das Blatt drückte seine Opposition in scharfen Worten aus: „Es müssen schleunige und energische Maßregeln getroffen werden, die volks- und freiheitsliebenden Bestrebungen [...] bei Zeiten zu vernichten.“⁹⁰⁴

Auf den 1. Mai 1848 datierte ein Artikel zu einer Freiburger Volksversammlung: Der Wirtschaftsadministrator der Universität Freiburg, A. Schinzinger, hatte die Zusammenkunft ohne Ankündigung des zu beratenden Inhalts einberufen. Den Zweck sah Schinzinger wie sich herausstellte darin, die vorausgegangene Abstimmung über die Wahlmänner zur Abgeordnetenwahl für die Nationalversammlung als ungültig verwerfen

geschlagen; die Sturmglocke wurde gezogen; das Militär versammelte sich vor dem Schlosse [...] verhielt sich aber ruhig und fest, ohne ein Einschreiten mit seinen militärischen Kräften zu unternehmen. Die Audienz wurde der Deputation zuletzt gewährt.“

901 Vgl. beispielsweise ebd., 14.04.1848, S. 335. Unterzeichnet wurde der Wahlauf Ruf im Namen der Wahlkommission von Bürgermeister Huetlin (vgl. ebd.).

902 Vgl. ebd., S. 332f. Der zitierte *Schwäbische Merkur* hatte aus Stuttgart über eine Volksversammlung berichtet, die mehrheitlich erklärt habe: „[...] daß die Freiheit und die Einheit der deutschen Nation, und insbesondere der Schutz der ärmeren und arbeitenden Klassen nicht durch gewaltsame Einführung der Republik, sondern nur im Wege der k o n s t i t u t i o n e l l e n m o n a r c h i s c h e n R e g i e r u n g s f o r m [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] möglich werden, [...] daß einseitige, unzeitgemäße republikanische oder kommunistische Bestrebungen, ebenso wie unbedachte Anpreisung oder Verkündigung der Republik zu noch größerer [...] Arbeitslosigkeit, [...] zur Anarchie, zum Bürgerkrieg und Unfreiheit führen [...]“ (ebd.).

903 Vgl. ebd., S. 332f. Weiterhin hatte man angedacht, neben eines auf diese Weise nur indirekt durch das Volk legitimierten Volkshauses auch ein Oberhaus zu schaffen (vgl. ebd.).

904 ebd., S. 333.

zu lassen. Die wenigen Teilnehmer der Versammlung verwarfen diesen Antrag nach Angaben der *Zeitung* mit dem Ruf: „Keine Aufhebung der Wahlakte!“⁹⁰⁵ Das Blatt wertete dies Ereignis im Sinne der reformorientierten Kräfte: „So hat denn auch hier ein Reaktionsversuch eine völlige Niederlage erlitten.“⁹⁰⁶

Aus Württemberg meldete eine Übernahme aus der *Augsburger Abendzeitung*, dass Prof. Bitschers Kandidatur für ein Mandat als Nationalversammlungsabgeordneter gescheitert war. Dieser hatte sich zuvor in Reutlingen und Udingen erfolglos um die Gunst möglicher Wähler bemüht. Die bäuerlichen Besucher der Wahlversammlungen hatten Bitscher als „Gottesleugner“ und „Zauberer“ titulierte und verjagt. Statt seiner wurde der als Volksredner bekannte Schlossermeister Nägele von Murrhardt begeistert empfangen.⁹⁰⁷

Auch über die in München stattgefundenen Abstimmungen wurden die Leser am 5. Mai 1848 informiert. Im Gegensatz zu den ländlichen Regionen wurden dort die Professoren Herrmann und Fallmerayer zu Vertretern bestimmt.⁹⁰⁸

Das beschriebene Auftreten einer aufgebrachten und mit bäuerlichen Gerätschaften bewaffneten Zuhörerschaft ließ die *Zeitung* ebenso wie das Ergebnis der Münchener Abstimmungen unkommentiert.

Die *Oberrheinische Zeitung*, welche die *Konstanzer* vom 2. Juni 1848 zitierte, griff einen Beschluss des badischen Ministeriums über den Zeitpunkt der Entsendung aller badischen Abgeordneten nach Frankfurt auf.⁹⁰⁹ Das Blatt nutzte diese Bestimmung als Aufhänger für eine weitgehende Regierungsschelte, die in der Forderung nach Neuwahl der II. Kammer gipfelte. Die als aufgezwungen verworfene bisherige Nichtvertretung der Badener in Frankfurt bewirke, dass diejenigen Staaten, die im März unbeteiligt geblieben waren, nun auch über Baden als Teil Deutschlands mitentscheiden könnten.⁹¹⁰ Folgende Passage illustriert die radikal-oppositionelle Haltung des zitierten Blattes gegenüber der Regierung Bekk beispielhaft:

Es ist dieß [die bisher unterbliebene Vertretung Badens in Frankfurt; M. P.] zwar ein Undank, der ebenso schmerzlich ist als der Abfall so mancher Führer von der Sense des Volkes, weil sie entweder

905 Vgl. ebd., 05.05.1848, S. 409.

906 Ebd.

907 Vgl. ebd., S. 409f. Justinus Kerner warb mit einem Gedicht für die Wahl Nägeles:

„Nicht Doktors, nicht gelehrte Geister,

Wir wählen diesen Schlossermeister!

Er schwing' die Hämmer klein und groß

Schlag Deutschland seine Ketten los!“ (ebd., S. 410).

908 Vgl. ebd., 02.06.1848, S. 517.

909 Vgl. ebd., 30.06.1848, S. 629.

910 Vgl. ebd., 02.06.1848, S. 517.

den Kampf verloren haben, was wir zu ihren Ehren glauben wollen, oder weil sie – doch wir wollen dieß nicht glauben.⁹¹¹

Der angesprochene Verrat des Volkes bezog auf den Konstanzer Abgeordneten Karl Mathy, der im Oktober 1847 noch als „Radikaler“ galt, am 8. April 1848 aber den bekannten „Volksmann“ Josef Fickler hatte verhaften lassen.

Fraglos war dies einer der radikalsten Artikel, den die *Konstanzer Zeitung* in Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen bis zu diesem Zeitpunkt gedruckt hatte. Die *Oberrheinische Zeitung* hatte sich im Laufe der ersten Monate des „Nachmärz“ offenbar radikalisiert und war nicht weiter gewillt, den Weg konstitutioneller Reform weiter mit zu tragen.⁹¹²

Hintergrund dieser Berichterstattung war eine Petitionskampagne der badischen Radikalen, die darauf abzielte, die Legitimation der noch im Vormärz gewählten Kammer in Zweifel zu ziehen. Mit einer neu gewählten Konstituante sollte Badens Verfassung von 1818 durch eine demokratisch ausgerichtete ersetzt werden. Die lokale Organisation der Petitionen ging von den örtlichen Volksvereinen aus,⁹¹³ denen mithilfe regierungskritischer Berichterstattung Zulauf verschafft werden sollte.⁹¹⁴

A.4.10.5 Im Zeichen scheinbarer Stabilität: Das zweite Halbjahr 1848

Im III. Quartal 1848 erreichte die Kategorie „Wahlen“ nur sieben Wertungspunkte. Die Berichterstattung war entsprechend dünn: Anfang August griff die *Konstanzer Zeitung* die Wahl des geheimen Referendärs von Stängel, der Mitglied des badischen Innenministeriums war, zum Abgeordneten der I. Kammer auf. Die Abstimmung war nötig geworden, nachdem Ministerialdirektor Pfarrer Brunner die zunächst auf ihn gefallene Wahl ausgeschlagen hatte.⁹¹⁵ Die *Zeitung* verzichtete auf eine mögliche Kritik am Handeln des Geistlichen und gab damit ihrer Reformfreundlichkeit auch in kirchlichen Belangen Ausdruck.

Nachrichtlich gab die *Konstanzer Zeitung* im IV. Quartal 1848 die Verabschiedung eines neuen hessischen Wahlgesetzes bekannt, ohne näher auf die getroffenen Bestimmungen

911 Ebd.

912 Weiterhin brachte die *Konstanzer Zeitung* vom 02.06.1848 einen Artikel, der die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung nach ihrer beruflichen Tätigkeit gliederte (vgl. ebd., S. 518).

913 Vgl. Hermann 1998, S. 54.

914 Vgl. Häusser 1851, S. 173. Demnach lagen im Dezember 1848 86 Petitionen für die Kammerauflösung und 92 dagegen vor. Dieses ausgeglichene Verhältnis änderte sich, als die Volksvereine auf Ortsebene begannen, die Petitionskampagne organisatorisch zu stützen (vgl. ebd.).

915 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 04.08.1848, S. 766.

einzuweisen oder diese zu kommentieren.⁹¹⁶

A.4.10.6 Vom preußischen Verfassungsoktroi bis zur III. Badischen Erhebung: Die Berichterstattung zur Kategorie „Wahlen“ zwischen Januar und Juli 1849

Nach Erlass des Verfassungsoktrois vom 5. Dezember 1848 standen in Preußen Wahlen für die beiden Kammern an.⁹¹⁷ Zu den Vorbereitungen dieser indirekten Abstimmungen übernahm die *Konstanzer Zeitung* im Januar 1849 zwei Berichte zur Politik Berlins: Im ersten Artikel des zitierten *Frankfurter Journal* hieß es, die Behörden seien angewiesen worden, einen korruptionsfreien Ablauf des Urnengangs und die freie Meinungsäußerung der Wähler und Wahlkandidaten nicht durch ungesetzliche Mittel zu behindern.⁹¹⁸ Bemerkenswert ist weniger die Tatsache, dass die Regierung die „freie Meinungsäußerung“ sicherstellen zu müssen glaubte. Allerdings sollten die Behörden den Wählern nahebringen, dass Verheißungen der Kandidaten nicht mehr einer „Gesinnungstüchtigkeit und patriotischen Hingebung an das Gemeinwohl des Vaterlandes“ vorzuziehen seien.⁹¹⁹ Von einer unbeeinflussten Abstimmung konnte daher wohl kaum die Rede sein.

Obgleich sich das *Journal* einer direkten Kritik enthielt, zeigte es durch die genaue Nennung der politischen Vorgaben des Ministeriums, dass dieses beabsichtigte, die Wählerschaft diesmal weniger offensichtlich zu beeinflussen als bisher. Ziel war vermutlich, auf diese Weise das Vertrauen der Bürger in die staatliche Ordnung zu stärken und nicht selbst zum Objekt begründeter Kritik der politischen Gegner zu werden.

Der zweite Artikel spekulierte über den Ausgang der bereits durchgeführten Abstimmungen. Nach einer Mitteilung der *Leipziger Zeitung* sollte außerhalb Sachsens die Tendenz bestehen, regierungsfreundliche Kandidaten zu wählen. Das Blatt drückte dabei sein Unverständnis für die als konservativ beschriebenen Wähler der Provinz Preußen aus: „Namentlich zeigt sich dort unter den Landleuten nach wie vor eine seltsame Sucht, die Prinzen zu wählen.“⁹²⁰

Auch im Württembergischen wurde im Frühjahr 1849 eine konstituierende

916 Vgl. ebd., 20.10.1848, S. 1087 bzw. ebd., 03.11.1848, S. 1144 und ebd., 15.12.1848, S. 1311f. Die Mitteilungen beschränkten sich zumeist auf wenige Zeilen, die ausschließlich Fakten referierten.

917 Vgl. zu Hintergründen der preußischen Verfassungsoktroyierung von 1848 Langewiesche 2007, S. 99f.

918 Vgl. *Konstanzer Zeitung*, 05.01.1849, S. 19f.

919 Vgl. ebd., S. 20.

920 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes. Diesen Artikel der *Leipziger Zeitung* hatte zunächst die *Allgemeine Zeitung* übernommen, aus der wiederum von der *Konstanzer Zeitung* kopierte (vgl. ebd.).

Versammlung gewählt. Zu den Wahlvorbereitungen übernahm Albert Rolle einen Artikel der *Karlsruher Zeitung*, der sich sehr kritisch mit dem in Stuttgart verabschiedeten Wahlgesetz auseinandersetzte. Dieses sehe nur einen geringen Wahlzensus vor, weshalb man nicht davon ausgehen könne, dass die gewünschten „fähigen Männer“ gewählt würden. Das Blatt forderte vielmehr eine Erhöhung des Wahlzensus, da „freiheitsschwindelnde, falsche 'Volksfreunde'“ von einem niedrigen Zensus profitieren würden.⁹²¹

Vor dem Hintergrund der sonst eher freisinnigen Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung* und ihren zu diesem Zeitpunkt häufigen Übernahmen aus dem linksgerichteten *Frankfurter Journal* fällt dieser tendenziöse Artikel auf. Albert Rolle hielt es auch nicht für nötig, zu dieser Thematik einen zweiten Artikel zu zitieren, vielmehr wählte er eine Mischung von fünf Artikelübernahmen aus der offiziellen *Karlsruher Zeitung* und zwei Texten des progressiven *Frankfurter Journals*. Dieses Verhältnis entsprach nicht den allgemein etwa gleich intensiven Übernahmen aus beiden Blättern.

Für Konstanz gab die *Zeitung* vom 2. März 1849 die Ergebnisse zu den Wahlen des großen Bürgerausschusses für die Klasse der Mittelbesteuerten bekannt. Von den 237 Wahlbeteiligten dieser Klasse hatten 122 ihre Stimme abgegeben und die Kandidaten Gottfried Hummel (120 Stimmen), Friedrich Braig (118 Stimmen) und Ignaz Vanotti (114 Stimmen) gewählt.⁹²²

Auch im Frühling 1849 stimmten die Konstanzer „Mittelbesteuerten“ noch in großer Eintracht ab, denn die drei gewählten Kandidaten wurden mit fast allen abgegebenen Stimmen bedacht. Ignaz Vanotti als Vormärzliberaler genoss offenbar auch im zweiten Revolutionsjahr das Vertrauen vieler Bürgerlicher.

Die Berichterstattung über Wahlen beschränkte sich im II. Quartal 1849 auf Abstimmungsergebnisse über die Offiziere der örtlichen Bürgerwehr, die Anfang April begann: Das Wahlergebnis des 1. Fähnleins veranschaulichte die Spaltung, die zwischen Offizieren und Bürgerwehrmännern herrschte. Enthielten Josef Waldruff und Xaver Müller bei der Wahl der „Rottmeister“ 71 bzw. 70 von 71 abgegebenen Stimmen, entfielen auf alle anderen Kandidaten bis hin zum Rang des Hauptmannes nur zwischen 35 und 38 Stimmen.⁹²³ Außer Waldruff und Müller schienen alle Kandidaten zu polarisieren, anders lässt sich die Zweiteilung der 71 Stimmen kaum erklären. Die Tendenz zu einstimmigen

921 Vgl. ebd., 09.02.1849, S. 157.

922 Vgl. ebd., 02.03.1849, S. 250.

923 Vgl. ebd., 06.04.1849, S. 402.

Abstimmungen wurde bei diesen Wahlen offensichtlich gebrochen.

In zwei amtlichen Anzeigen wurden die weiteren Ergebnisse der Bürgerwehrwahlen veröffentlicht, die wiederum eine Spaltung der Wählerschaft offenbar machten: Zwar wurde der Arzt Vanotti einstimmig von den 68 (von 85) zur Abstimmung erschienenen Bürgerwehrmännern gewählt. Die Abstimmung des zweiten Fähnleins brachte bei einer Beteiligung von nur etwa 50% zwar ein einstimmiges, wegen der Enthaltungen allerdings schwaches Ergebnis.⁹²⁴

Die ab Mitte Mai 1849 an der Macht befindliche revolutionäre Regierung des Landesausschusses der Volksvereine hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Konstitution von 1818 zu ersetzen. Dies hatten die Linken seit 1848 immer wieder gefordert. Für die Vertretung der Konstanzer wurden auf einer Volksversammlung am 30. Mai 1849 Josef Fickler, Hermann Würth, Herr Roder und J. B. Räsle als Kandidaten bestimmt. Den Termin der Stimmabgabe erfuhren die Konstanzer zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht.⁹²⁵

A.4.10.7 Die Berichterstattung zu Wahlen im Zeichen der Restauration: Das III. Quartal 1849

Die restaurierte großherzogliche Regierung ließ alle Wahlen, welche die revolutionäre Regierung angeordnet hatte, für ungültig erklären.⁹²⁶ Auf diese Weise wurde das politische System aus den Monaten vor der Erhebung mit Rückendeckung Berlins restauriert.

In der Ausgabe vom 13. Juli 1849 befasste sich das Konstanzer Blatt mit den bevorstehenden preußischen Abgeordnetenwahlen. Die *Oberrheinische Zeitung*, der Rolle diesen Artikel entnommen hatte, nannte sich bis zu ihrer Einstellung an eben diesem 13. Juli „offizielles Organ der provisorischen Regierung“. Es war wohl der Verwirrung dieser ersten Tage nach dem militärischen Sieg Berlins geschuldet, dass Rolle und Verleger Wagner es wagten, noch einen Artikel dieses Blattes in die *Konstanzer Zeitung* aufzunehmen. Inhaltlich bezog sich die *Oberrheinische* auf den *Preußischen Staatsanzeiger*,⁹²⁷ demzufolge die Regierungspräsidenten aufgerufen worden waren, „[...] die ungesetzliche Beeinflussung der Wahlen am Wahltage seitens der unzufriedenen (demokratischen) Partei mit allen Mitteln zu unterdrücken, namentlich Discussionen,

924 Vgl. ebd., 11.05.1849, S. 558.

925 Vgl. ebd., 01.06.1849, S. 650. Zwar fand sich das Wahlergebnis auf der letzten Seite der Ausgabe vom 1. Juni, doch war sie in einer größeren Type gesetzt und fiel daher sogleich ins Auge. Einen Inserenten bzw. einen für den Inhalt verantwortlich Zeichnenden wies die Anzeige nicht aus (vgl. ebd.).

926 Vgl. ebd., 13.07.1849, S. 815f.

927 Vgl. ebd., S. 817.

Proteste ec. am Wahltage nicht zu gestatten.“⁹²⁸

Aus Sicht der revolutionsfreundlichen *Oberrheinischen Zeitung* sollte diese Nachricht neben ihrer rein informativen Funktion auch den Widerstandswillen der Aufständischen verstärken, indem sie ausdrücklich als die „unzufriedene Partei“ eben die „demokratische“ nannte. Im bereits nachrevolutionären Konstanz war bereits die Ausschreibung von Wahlen ein Signal, das auch unter preußischer Regentschaft Kammerwahlen möglich sein würden.

Auf die Abstimmung zur Wahl des Gemeinderates in Stuttgart ging die *Konstanzer Zeitung* am 21. September 1849 ein:⁹²⁹ Erst an den letzten beiden Wahltagen hatten sich die Konservativen der Stadt dazu entschlossen, ebenfalls an der Abstimmung teilzunehmen. Dies wurde von der *Zeitung* gutgeheißen, da im Falle einer Wahlabstinenz vermutlich ein rein demokratischer Gemeinderat gewählt worden wäre. Gerüchten über einen bedeutenden Einfluss der Kamarilla um den württembergischen König erteilte das Blatt eine Absage, da der starke Wille des Herrschers sich nicht beeinflussen lasse: „Das Wort 'Kamarilla' gehört auch zu denjenigen Märzerrungenschaften, welche bald ihre Bedeutung werden verloren haben.“⁹³⁰

A.4.10.8 Von den Kammerwahlen in Baden und Sachsen bis zur Abstimmung über das Volkshaus der „Deutschen Union“: Von Oktober 1849 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums

Für die in Baden anstehenden Kammerwahlen vermutete die *Deutsche Zeitung*, dass die Karlsruher Regierung ein neues Wahlgesetz erlassen würde. Diesem Gerücht trat die *Karlsruher Zeitung* energisch entgegen und betonte, aus zuverlässiger Quelle zu wissen, dass die neue Ständeversammlung nach dem verfassungsmäßig garantierten Wahlrecht bestimmt werde.⁹³¹ Die badische Regierung versuchte mit diesem Bericht aus der regierungsnahen *Karlsruher Zeitung* offenbar, möglichem Unmut im Lande bereits präventiv zu begegnen, um keinen Anlass für neuerliche Unruhen zu geben.⁹³²

928 Ebd.

929 Vgl. ebd., 21.09.1849, S. 1097. Die *Konstanzer Zeitung* wird diesen Artikel übernommen haben. Es fehlt allerdings der Nachweis.

930 Vgl. ebd., zum möglichen Abstimmungsergebnis hieß es wörtlich: „[...] daß man jetzt einigermaßen die Hoffnung hat, einen nicht durchaus demokratischen Gemeinderath aus der Wahlurne hervorgehen zu sehen“ (ebd.).

931 Vgl. ebd., 26.10.1849, S. 1245.

932 Dabei musste man bewusst in Kauf genommen haben, dass bei Wahlen immer wieder auch demokratische Politiker den konservativen bzw. gemäßigt liberalen Kandidaten vorgezogen wurden: Die Wahlen zur I. Kammer im Großherzogtum Hessen entfielen auf den demokratischen Kandidaten Dr. Georg Strecker beinahe doppelt so viele Stimmen wie aus dessen konservativen Herausforderer, Generalstaatsprokurator Kilian (vgl. ebd., 14.12.1849, S. 1284).

Zu den Wahlen zur Ständekammer in Sachsen schrieb die *Zeitung*, dass das neue sächsische Wahlgesetz trotz seiner Einfachheit von den Wahlkommissionen unterschiedlich ausgelegt worden ist, was zu zahlreichen Beschwerden führe. Im Landtag zeichne sich unterdessen keine Spaltung der Abgeordneten ab, vielmehr gebe es nur zwei Klubs, einem konservativ-liberalen und einen der Volkspartei, die jeweils ein breites Spektrum an Abgeordneten besuchten. Auch erwarte man die intensivsten Beratungen in der Steuerfrage aufgrund der Einkartierungen und nicht bezüglich der Deutschen Union bzw. des Dreikönigsbündnisses.⁹³³

In einem für die *Konstanzer Zeitung* ungewöhnlich langen Artikel über die österreichische Note zur preußischen Unionspolitik von Anfang Dezember 1850, in der die k.u.k.-Monarchie mit einem „Einschreiten“ drohte, falls Preußen auf der Einberufung des Unionsparlamentes in Erfurt beharre, befasste sich das Blatt mit den vermutlich bevorstehenden Wahlen. Preußens Festhalten am Unionsprojekt erschien der *Zeitung* trotz der österreichischen Drohungen als sicher, dies garantiere bereits das Bestehenbleiben des in dieser Frage entschlossenen Kabinetts Brandenburg-Manteuffel. Die *Neue Freiburger Zeitung*, der Rolle diesen Artikel entnommen hatte, schrieb zum Verhalten der demokratischen Partei in Berlin, dass sich diese dem Vernehmen nach der Wahl enthalten werde. Den übrigen Parteiungen käme die Wahlenthaltung der Demokraten hingegen gut zupasse.⁹³⁴ Die *Neue Freiburger* hatte zuvor ihre Position zu den preußischen Demokraten mit klaren Worten umrissen: „Dieses falsche Kartenmischen zur Betörung des Volkes hat glücklicherweise seine Wirkung beim Kern des preußischen Volkes verloren.“⁹³⁵

Dieser Artikel zur Deutschen Union richtete sich ungewöhnlich deutlich gegen die preußischen Demokraten einerseits und die österreichische Regierung andererseits. Sie favorisierte eine Union unter preußischer Führung. Besonders Innenminister Manteuffel wurden in Bezug auf die (mögliche) Einigung unter den Vorzeichen der Union große Verdienste zugeschrieben.

In ungewöhnlich umfangreicher Weise nahm sich mit 51 Wertungspunkten die *Konstanzer Zeitung* im I. Quartal 1850 des Bereichs „Wahlen“ an. Den Hintergrund für dieses hohe Wertungsergebnis bildeten insbesondere die Wahlen zum Reichstag nach Erfurt. Dort sollte die sogenannte „Unionsverfassung“ diskutiert und verabschiedet werden. Hinzu traten

933 Vgl. ebd., 30.11.1849, S. 1408.

934 Vgl. ebd., 14.12.1849, S. 1484f.

935 Ebd., S. 1485.

Kammerwahlen in Baden und Württemberg, über welche die *Zeitung* im Januar und Februar berichtete. Zunächst befasste sich das Blatt mit den Wahlen zur II. Kammer:

Im Artikel „Von der badischen Bergstraße“ vom 30. Dezember 1849 hieß es, dass sich drei Parteien zur Wahl stellten. Neben den Altkonservativen und den Gothaern kandidierte auch die radikale Partei, zeige aber bei weitem nicht den aktionistischen Eifer vergangener Tage. Das Blatt spekulierte weiter, ob die Linken überhaupt an der Wahl teilnehmen wollten.⁹³⁶ Beliebte waren Kandidaten, die sich mit den örtlichen Verhältnissen vertraut gemacht hatten. Die *Konstanzer Zeitung* erwartete, dass die bisherigen Vertreter, meist Professoren oder Advokaten, keine Mehrheit finden würden, während lokal bekannten Kandidaten große Chancen zugeschrieben wurden, denn: „Die Erwartungen, welche sie [die Odenwälder] von ihren zur Opposition gehörenden Abgeordneten hatten, wurden nicht erfüllt. Man hat ihnen viel bei den Wahlen versprochen, aber wenig nur gehalten.“⁹³⁷

Für die Abstimmungen über den zweiten konstituierenden Landtag in Württemberg, der nach dem Scheitern des ersten Anlaufs erforderlich geworden war, erwartete man am Bodensee einen neuerlichen Wahlerfolg der Demokraten, da diese gut organisiert seien, während sich die Konservativen in Bezug auf ihr Verhältnis zu Preußen nicht einigen könnten. Die Zerstrittenheit der Parteien wurde sehr bedauert, denn vormals hätten alle Parteien, wenn es um die Erreichung eines großen Zieles ging, zusammengehalten.⁹³⁸

Unterdessen machte der *Schwäbische Merkur* gegen die Demokraten in Württemberg mobil: Diese hätten am 17. Februar den Kirchgang für eine Demonstration genutzt, indem sie bei Beginn des gemeinsamen Gebetes für die anstehende Abstimmung gemeinsam und unter großem Lärm die Kirche verließen. Der *Merkur* wandte sich abschließend an die Leser:

Vielleicht hat dieses Ereigniß das Gute, daß manchem unserer Mitbürger die Augen endlich aufgehen und sie einsehen, von welcher Art die Leute sind, die sie bis jetzt als ihre politischen Verbündeten zu hätscheln oder gar als ihre Führer zu ehren gewohnt waren.⁹³⁹

Die Ausgabe vom 22. Februar 1848 enthielt weiterhin eine Bekanntmachung Bürgermeister Steiners, der nach dem erzwungenen Abgang Huetlins im Juli 1849 dessen Amt übernommen hatte. Zum Volkshaus nach Erfurt sollten in drei Klassen insgesamt 14 Wahlmänner entsandt werden. Dabei stellte die erste Klasse fünf, die zweite vier und

936 Vgl. ebd., 04.01.1850, S. 14.

937 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

938 Vgl. ebd., 22.02.1850, S. 226. Das Volk erwarte sich nicht viel vom kommenden Landtag, sodass „[...] die Anschlagzettel an den Ecken der Straßen [...] mit größerer Gleichgültigkeit gelesen [werden], als die Anpreisung eines Wachsfigurenkabinetts“ (ebd.).

939 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

die dritte fünf Wahlmänner. Als wahlberechtigt galten alle selbständigen Bürger, die mindestens 26 Jahre alt waren. Die Abstimmung sollte am 26. Februar stattfinden.⁹⁴⁰

Ohne weitergehende Angaben zur Parteilung der Gewählten veröffentlichte die *Konstanzer Zeitung* am 1. März die Ergebnisse der Abstimmungen über die Wahlmänner.⁹⁴¹ In Bezug auf den Wahltermin zur Bestimmung der Abgeordneten wandte sich der Mannheimer Gemeinderat und der Gemeindeausschuss an das Ministerium in Karlsruhe, um dort zu erwirken, den Termin der Abstimmungen auf den 16. März vorzuverlegen. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass sich alle badischen Abgeordneten bereits zur konstituierenden Sitzung des Unionsparlamentes in Erfurt befinden könnten.⁹⁴² Eine nochmals verzögerte Vertretung des Großherzogtums wie im Mai 1848 wollte man vermeiden. Neben diesen technischen Fragen erschienen in den untersuchten Zeitungen keine weiteren kommentierenden Artikel zu den Abstimmungen über die Abgeordneten des Unionsparlamentes.

A.4.10.9 Zusammenfassende Rückschau

Nach einem verhaltenen Anfang in den ersten beiden Untersuchungsquartalen positionierte sich die *Konstanzer Zeitung* durch Artikelübernahmen der sich radikalisierenden *Oberrheinischen Zeitung* zunehmend als Verfechterin weitgehender Reformvorstellungen. Beließ es Albert Rolle im März noch bei einer scheinbar objektiven Faktenwiedergabe, so forderte er mit der *Oberrheinischen* bereits wenig später zur Wachsamkeit und Misstrauen gegenüber den „Märzversprechen“ der Regierungen auf.

Zu Beginn des Jahres 1849 zeigte die *Konstanzer* keine einheitliche Tendenz: In einer Übernahme der *Karlsruher Zeitung* befürwortete das Blatt einen höheren Wahlzensus und brach so mit der bisher geübten Progressivität. Noch im Januar hatte eine Übernahme preußische Wähler gescholten, konservative Kandidaten bei Wahlen zu bevorzugen. Die deutliche Differenz zwischen beiden Aussagen lässt den Schluss zu, dass Herausgeber und Redakteur sich des eigenen politischen Kurses in dieser Zeit nicht sicher waren. Die Berichterstattung zum Thema „Wahlen“ stellt hierbei eine Ausnahme dar, denn die meisten Übernahmen in dieser Zeit waren aus progressiven Blättern übernommen.

Nach der III. Badischen Erhebung übte man am Bodensee einen gemäßigt progressiven

940 Vgl. ebd., S. 228. Die Bekanntmachung enthielt genaue Bestimmungen zum Begriff des „selbständigen“ Bürgers (vgl. ebd.).

941 Vgl. ebd., 01.03.1850, S. 259.

942 Vgl. ebd.

Kurs. Zwar stellte man sich nun offen gegen die Republikaner und Demokraten, verfocht aber weiterhin das Erbe der Revolution, als dessen Hüterin nun Preußens Union erschien.

Gegen Ende „der Revolution“ schrieb man in Konstanz wieder mit einer ähnlich gemäßigt-progressiven Tendenz wie vor deren Beginn. Dennoch hatten die Jahre 1848/ 49 auf den zweiten Blick zu deutlichen Verschiebungen der politischen Ausrichtung der *Zeitung* geführt, die man nun vergessen machen wollte.

A.5 Fazit zur Berichterstattung der *Konstanzer Zeitung*

Der quantitative Auswertungsteil zeigt, dass die *Konstanzer Zeitung* im Laufe der zehn Untersuchungsquartale in tendenziell steigendem Umfang Themen der zehn hier näher betrachteten Kategorien aufgegriffen hat. Das II. Quartal 1848, in welches wegen der Verzögerung von etwa ein bis zwei Wochen auch noch Teile der Berichterstattung über die Märzereignisse selbst fielen, aber auch das I. Quartal 1849, in welches die Verabschiedung der Konstitution fiel, führten zu Maxima.

Schwerpunkte der Berichterstattung bildeten dabei die Kategorien „Militärisches“, „Liberalität“ und „Revolutionäres“, wobei sich die Intensität der Auseinandersetzungen in den letztgenannten Kategorien zunehmend antiproportional entwickelte. Das Quartal mit den größten Verwerfungen bildeten die Monate des III. Badischen Aufstandes, in deren Folge sich die *Zeitung* oft mit reflektierenden Artikeln des eben Vergangenen annahm.

Betrachtet man den Verlauf der Zeitungsquellen, so lässt sich belegen, dass zunächst nur zwei Blätter, die *Karlsruher Zeitung* und der *Schwäbische Merkur*, über alle Untersuchungsquartale hinweg zitiert wurden. Da die *Karlsruher* 1849 „Organ des Landesausschusses“, der Revolutionsregierung, wurde, ist nur der überwiegend konstitutionell ausgerichtete *Merkur* durchgehend als Quelle herangezogen worden. Bei einer zurückgehenden Vielfalt der zitierten Zeitungen insgesamt bewiesen Übernahmen aus der *Allgemeine Zeitung*, einem Blatt, das verschiedene Strömungen innerhalb der gemäßigten Liberalen bündelte, mit insgesamt 214 Nennungen ab dem III. Quartal 1848 eine erstaunliche Kontinuität.

Die demokratische *Oberrheinische Zeitung* und das linksliberale *Frankfurter Journal* waren in den Monaten der Paulskirchenverhandlungen bis zum Ende des III. Badischen Aufstandes oft zitierte Blätter, welche der eher beschaulichen *Konstanzer* ab Sommer 1848 ein zunehmend reformfreudigeres Antlitz verliehen. Die *Neue Freiburger Zeitung*, die

bereits ab Juli 1848 als konstitutionelles Blatt im Breisgau erschien, nutzte Albert Rolle erst ab dem II. Quartal und verstärkt nach Ende des letzten Aufstandes zur Informationsbeschaffung. Interessant in Bezug auf die politische Ausrichtung der Bodensee-Zeitung sind auch die Übernahmen aus der altehrwürdigen *Frankfurter Oberpostamtszeitung*. Das gemäßigt-liberal, dabei aber pro-österreichisch ausgerichtete Blatt wurde im Gesamtjahr 1848 nicht als Quelle angegeben. Mit der Krönung des Preußenkönigs im Frühling 1849 und verstärkt im I. Quartal 1850, zu einer Zeit, in der Deutschland über das Unionsprojekt Preußens stritt, sind Übernahmen nachzuweisen, welche die Tendenz der *Konstanzer* entsprechend verschoben.

Die inhaltliche Auswertung zeigt beispielsweise anhand der Berichterstattung zum Themenfeld „Jüdische Bürger“ den Wandel der *Zeitung* von einem vormärzlich-gemäßigten Blatt zu einer progressiveren Zeitung, den man in Konstanz zwischen den ersten Monaten und dem Sommer des Jahres 1848 vollzog. Als ähnlich „gemäßigt“ dürfen Artikel des Bereichs „Kirchliches“ gelten, die zunächst für ein friedvolles Fortbestehen der Konfessionen eintraten, sich nach dem Sieg der alten Gewalten aber wiederum eines konservativeren Kurses verschrieben.

Die gewichtige Kategorie „wirtschaftliche und politische Liberalität“ enthielt zur Jahreswende 1847/ 48 eine politische Selbstverortung der *Konstanzer Zeitung*, in welcher sich diese als fortschrittsfreundlich gab, die Reformen allerdings auf gesetzlichem Wege umgesetzt wissen wollte. Dieser konstitutionellen Position blieb man über die Revolutionswochen in betonter Weise treu. Nach Zusammentritt der Frankfurter Konstituante bemühte man sich am Bodensee, auf Fehler hinzuweisen und die Nationalversammlung durch die eigene Berichterstattung zu stärken. Eine Haltung, der man auch 1849 zunächst treu blieb, bevor weniger die Brentano-Regierung selbst als deren Ende Albert Rolle zu einer Kurskorrektur zwang:

In entlastender Absicht hieß man im Herbst 1849 „Wühler“ an der „Verführung“ des Volkes schuldig, das in Verblendung selbstherrlichen Politikern gefolgt sei. Auf diese Weise selbst jeder Schuld abhold, kritisierte die *Zeitung* im I. Quartal 1850 die Justizverfassung Badens und damit eben jenes System der Schwurgerichte, welches das Blatt 1847 lauthals gefordert hatte.

Die Berichterstattung im Bereich „Militärisches“ verlief recht konstant: Das Blatt blieb während des gesamten Untersuchungszeitraums einem proschleswig-holsteinischen Kurs treu. Dänemark galt im Konflikt als geschickt agierender Aggressor, der sich bemühte, jede

Schwäche Deutschlands auszunützen. Ebenfalls weitgehend gleich blieb die Ablehnung der Republikaner und ihrer Ziele, auch wenn das Blatt kurz vor Beginn und während der Herrschaft des revolutionären Landesausschusses im II. und III. Quartal 1849 kurzzeitig für die gemäßigteren Linken Partei ergriff. Ungleich stärker war die infolge der militärischen Niederlage der rheinpfälzischen und badischen Revolution zwangsläufige Revision dieses Kurses.

In der Frage der Preßfreiheit sprach sich die *Konstanzer Zeitung* für eine liberale Ordnung aus. Selbst nachdem die Reaktion gesiegt hatte, mahnte das Blatt an, die Streitigkeiten wegen möglicher Beleidigungen in Zeitungsartikeln durch Entschuldigung und nicht mittels Gerichtsbeschluss zu lösen.

Über „Revolutionäres“ schrieb das Blatt immer dann besonders wohlwollend, wenn es um die Ergebnisse der Märzrevolten, die sogenannten Märzerrungenschaften, ging. Diese zu sichern machte man sich in Konstanz früh zur Aufgabe, indem man auf Gefahren hinwies, welche der Gesetzgebung der Nationalversammlung hinderlich werden könnten. So warnte man bereits im Sommer 1848 vor einer möglichen Revision seitens der Fürsten.

Der Regierung des Landesausschusses jubelte man zwar nicht zu, hieß aber gut, dass sich mit Clemens Brentano nicht der sozialrevolutionäre Flügel der republikanischen Volksvereine durchgesetzt hatte. Wie auch in den anderen Kategorien schwenkte man im Herbst 1849 auch in der Berichterstattung dieses Bereichs auf einen konstitutionell bis reformkonservativen Kurs ein. Ähnlich wie die Gothaer Liberalen begriff die *Konstanzer Zeitung* die nationale Einigung nun als wichtigstes Ergebnis des März'.

Die Eisenbahn und das Telegrafwesen thematisierte das Blatt stets wohlwollend. Dass während des Struve-Putsches im Herbst 1848 auch die Eisenbahn in den Fokus revolutionärer Attentäter gelangte, verurteilte man hingegen. Insgesamt gibt die Betrachtung der Artikel dieser Kategorie nicht viel her, da es sich oft um Beiträge über Eröffnungsfeiern etc. neuer Strecken handelte.

Zur Kategorie „Staats- und Justizverfassung“ erschienen gegen Ende des Untersuchungszeitraums deutlich mehr Beiträge als zuvor. Zunächst sprach sich das Blatt für die als fortschrittlich geltenden Schwurgerichte aus. Im Revolutionsjahr erhöhte sich daraufhin die Frequenz der Beiträge trotz der Fülle möglicher Themen infolge der Paulskirchenverhandlungen nur wenig. Inhaltlich beschränkte man dabei einen gemäßigt-progressiven Kurs. Im zweiten Revolutionsjahr folgte die *Konstanzer* Kammervorlagen, welche den Geschworenengerichten Wankelmütigkeit unterstellten. Nach Ende der III. Badischen Erhebung lässt sich bei merklich gestiegenem Interesse an Nachrichten

dieser Kategorie erkennen, dass sich das Blatt für die „Mitläufer“ der Revolution einsetzen wollte, um diese ordentlichen Gerichtsverfahren zuzuführen. Die Deutsche Union erschien der *Zeitung* zur Jahreswende 1849/ 50 als zielführendes Einigungsprojekt.

In der Berichterstattung zum Vereinswesen hielt sich die *Konstanzer* in der ersten Phase der Revolution zurück: Die untersuchten Ausgaben erhielten keinerlei Notizen über Wehrsportvereine oder revolutionäre Verbindungen. In den Revolutionswochen berichtete man zwar von Volksversammlung und Petitionen, betonte dabei aber den gesetzlichen Weg als einzig akzeptablen. Erst im II. Quartal 1849 schenkte das Blatt auch demokratisch-republikanisch ausgerichteten Vereinen Aufmerksamkeit, indem sich der Redakteur bemühte, die politische Linke positiver darzustellen. Nach dem Juli 1849 kehrte die *Konstanzer Zeitung* wieder zu den Konstitutionellen zurück. Der gewichtigste Unterschied zwischen 1847 und 1850 lag in der Akzeptanz politischer Vereine, deren Existenzberechtigung nun nicht mehr angezweifelt wurde.

Zum Themengebiet „Wahlen“ übernahm die *Zeitung* im Jahr 1848 viele Artikel aus reformorientierten Zeitungen, was der Berichterstattung auch inhaltlich eine progressive Tendenz verlieh. Im Jahr 1849 kam es zu einem Kurswechsel: Hatte man noch im Januar das konservative Wahlverhalten der Preußen gescholten, befürwortete man noch im Frühjahr desselben Jahres einen hohen Wahlzensus zur Sicherung der bestehenden Ordnung. Im Herbst durften sich die Zeitungsmacher wieder sicher sein, welchen Kurs ihre Zeitung zu vertreten hatte. Entsprechend lobte man auch im Themenbereich „Wahlen“ die Entfaltung der Unionspolitik. Die politische Linke erschien erneut als Feindbild.

Albert Rolle passte den Kurs seines Blattes stets den politischen Zeitverhältnissen an. Er bevorzugte dabei immer diejenige Parteiung, welche jeweils die Macht innehatte bzw. die Mehrheit des Volkes hinter sich wissen durfte. Daher war die politische Tendenz der Berichterstattung einem steten Wandel unterworfen: Im Vormärz bemühte man sich um eine einheitliche liberale Parteiung, während der Aufstände schrieb man für den gesetzlichen Reformweg, im Sommer dann für die Nationalversammlung als Institution. Infolge der häufiger zitierten progressiven Zeitungen wandelte sich das Bild allerdings zugunsten einer innerhalb des konstitutionellen Lagers eher linksgerichteten Haltung. Getrieben von der politischen Entwicklung öffnete auch das Konstanzer Blatt seine Spalten im Frühling 1849 für die politische Linke, die wenig später als Revolutionsregierung im Krieg gegen Preußen unterlag. Daraufhin knüpfte man am Bodensee wieder an die konstitutionellen Vorstellungen der Vergangenheit an.

*Der Umstand, daß auch in dem verflossenen Jahre
diese Zeitschrift [die Neuen Lübeckischen Blätter; M. P.]
den sich widerstrebensten Ansichten als Organ gedient hat, wird dem
Publikum genügende Bürgschaft dafür bieten, daß sie auch in Zukunft
ihre freie Stellung über den Partheien sich zu wahren wissen wird,
daß die Einseitigkeit, wenn und wo sie hervortreten sollte,
keine beabsichtigte sein wird.⁹⁴³*

943 *Neue Lübeckische Blätter*, 07.01.1849, S. 1.

B	Berichterstattung der <i>Neuen Lübeckischen Blätter</i>
B.1	Erläuternde Vorbemerkungen zu regionalgeschichtlichen Spezifika in Bezug auf die politische Situation der freien Stadt Lübeck vor Beginn der Revolution
B.1.1	Allgemeines zu Lübeck

Lübeck zählte 1845 25.360 Einwohner im Stadtgebiet und 16.208 Landbewohner. Das Staatsgebiet bestand aus der Stadtinsel und einigem Umland sowie neun Exklaven, die in den drei Anrainerstaaten verteilt lagen: Utecht/ Schattin in Mecklenburg-Strelitz, Krumbek, Curau/ Dissau und Malkendorf im Fürstentum Eutin, das zum Großherzogtum Oldenburg gehörte, sowie Tramm, Schretstaken, Nusse/Ritzerau, Dühelsdorf/ Sierkrade und Behlendorf im dänischen Lauenburg.⁹⁴⁴ Lübecks Bevölkerungswachstum blieb zwischen 1815 und 1867 mit jährlich 0,67% weit unter dem Bundesdurchschnitt von 1,18%. Bis Ende der 1850er Jahre blieb die Bevölkerungsanzahl im Stadtstaat sogar annähernd konstant.⁹⁴⁵ Bei einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wird daher die städtische Unterschicht, zu der 1829 etwa 11% der Bevölkerung zählten,⁹⁴⁶ etwa gleich groß geblieben sein.

B.1.2 Zur Emanzipation der Juden Lübecks

Die Reform der „Judengesetzgebung“ nahm die Politik in Lübeck in den Jahren 1842/ 43 in Angriff, indem eine senatorisch-bürgerschaftliche Kommission unter Leitung des Lübecker Syndikus Dr. Buchholz mit der Erarbeitung von Vorschlägen betraut wurde. Das 1843 vorgelegte Gutachten enthielt die ausdrückliche Empfehlung, den Juden die gleichen Rechte wie den Christen zuzugestehen, einschließlich des Rechts auf freie Niederlassung in der Stadt, dem freien Erwerb und einer staatlich cofinanzierten religiösen und weltlichen Erziehung der Kinder.⁹⁴⁷ Statt die Vorschläge zu bearbeiten, kamen diese in das Senatsarchiv.⁹⁴⁸

Nach dreijähriger Pause erkundigte sich die Bürgerschaft im Mai 1846 nach dem Stand des Verfahrens, was den Senat dazu veranlasste, eine zweite Kommission einzuberufen, da man die Frage der Judenemanzipation „vergessen“ habe, wie es hieß. Neben der neuerlich eingesetzten, personell aber kaum veränderten Kommission, beauftragte der Senat noch ein

944 Vgl. Graßmann 1997, S. 556f.

945 Vgl. ebd., S. 599f.

946 Vgl. ebd., S. 598.

947 Vgl. Guttkuhn 2007, S. 203.

948 Vgl. ebd., S. 204.

Gutachten des Lübecker Landgerichts über die Lage der in Moislingen ghettoisierten Juden.⁹⁴⁹ Das Landgericht empfahl, den Moislinger Juden vorzuschreiben, ein Zivilstandsregister zu führen und unveränderliche Familiennamen anzunehmen. Im Unterschied zu diesen administrativen Maßnahmen schlug die Kommission auch im zweiten Bericht die vollständige Gleichstellung der 481 Betroffenen vor.⁹⁵⁰ Parallel zur Arbeit der Kommission betonten Artikel in den *Neuen Lübeckischen Blättern* ab Dezember 1847 die Wichtigkeit der Judenemanzipation.⁹⁵¹

Den Juden wurde auch mit den Neuregelungen der Aprilverfassung 1848 das Bürgerrecht zunächst noch nicht zugestanden, was angesichts der revolutionären Entwicklung in vielen anderen deutschen Staaten verwunderlich ist. Der Vorschlag des Senats, die eben verabschiedete Verfassung in Bezug auf die Juden dahingehend zu ändern, dass auch diese das Bürgerrecht erwerben könnten, lehnte die Bürgerschaft ab. Man müsse zunächst grundsätzlich über die Trennung von Staat und Kirche befinden, bevor man diese Frage entscheiden könne, begründete die Bürgerschaft ihr illiberales Votum.⁹⁵²

Die Gruppen der Einwohner und der Juden agitierten in den Wochen nach Beschluss der Verfassung gegen die diskriminierenden Regelungen, was gleich nach Inkrafttreten des neuen Grundgesetzes zu einer Diskussion über seine erneute Änderung führte, die bis zum Jahreswechsel 1848/ 49 andauerte.⁹⁵³ Die Juden hatten bereits im Mai 1848 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung, der ersten Abstimmung an der Nicht-Christen in Lübeck teilnehmen durften, mit demonstrativen 100% Wahlbeteiligung ihr Recht auf politische Mitbestimmung eingefordert.⁹⁵⁴

Auch in der Zeit der Revision nach 1849 nahm Lübeck seine Gleichstellungsbestimmungen nicht zurück, gehörte damit zu einer Gruppe von nur fünf Bundesstaaten, welche die Emanzipationsgesetzgebung nicht unterbrachen.⁹⁵⁵ 1852, mitten in der Revisionszeit, folgte der politischen Gleichstellung auch die gewerbliche Emanzipation der jüdischen Bürger Lübecks, möglicher Konkurrenten, gegen welche die bereits sesshaften christlichen Händler letztlich erfolglos gestritten hatten.⁹⁵⁶

949 Vgl. Guttkuhn 2007, S. 205.

950 Vgl. ebd., S. 206f.

951 Vgl. ebd., S. 208f.

952 Vgl. Graßmann 1997, S. 613.

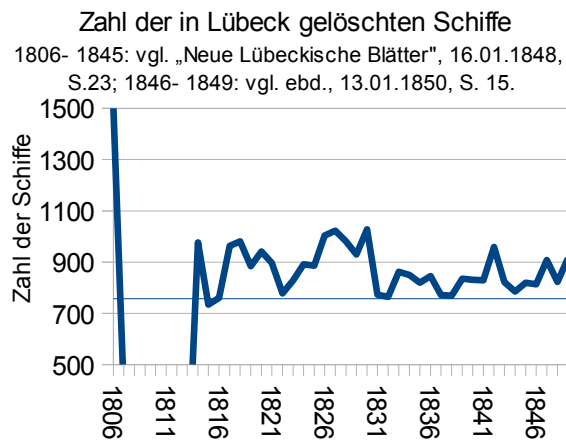
953 Vgl. Graßmann 1997, S. 613f.

954 Vgl. Guttkuhn 2007, S. 213.

955 Vgl. ebd., S. 221.

956 Vgl. ebd., S. 223.

Um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt im Vormärz beschreiben zu können, lohnt ein Blick auf die Zahl der im Hafen einlaufenden Schiffe:

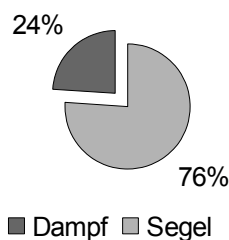


Nach dem Erlöschen des Seehandels in der Zeit der Napoleonischen Kriege⁹⁵⁷ legten 1814 wieder etwa tausend Schiffe im Jahr im Lübecker Hafen an. In den Folgejahren stagnierte die Entwicklung auf einem Stand zwischen 800 und 1.000 Schiffen im Jahr. Die Summe der Schiffe von 1806 wurde nicht mehr erreicht. Im Revolutionsjahr 1848 legten etwa 100 Schiffe weniger an als im

Vorjahr. 1849 wurde allerdings bereits wieder der Wert von 900 Schiffen erreicht. Eine signifikante Abnahme im Zuge der Revolution in Deutschland ist daher nicht festzustellen. Insgesamt zeigt sich, dass sich die wirtschaftliche Lage Lübecks in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum verbesserte. Über 35 Jahre entsprach die Zahl der gelöschten Schiffe dem Niveau der Jahre um 1750.⁹⁵⁸

Antriebsart nach Anzahl der registrierten Schiffe 1849

vgl. "Neue Lübeckische Blätter", 03.02.1850, S. 33.

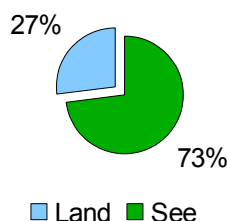


Um den Stand der Industrialisierung in der alten Hansestadt pars pro toto abbilden zu können, betrachte ich die quantitativen Anteile der Schiffe getrennt nach Antriebstechnik:

Im zweiten Revolutionsjahr verfügten etwa 25% der Schiffe über eine Dampfmaschine. Bei einer stagnierenden Gesamtzahl der verkehrenden Wasserfahrzeuge ist deren technische Ausstattung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbessert worden.

Verteilung der Einfuhren nach Lübeck im Jahr 1849

vgl. "Neue Lübeckische Blätter", 03.02.1850, S. 33f.



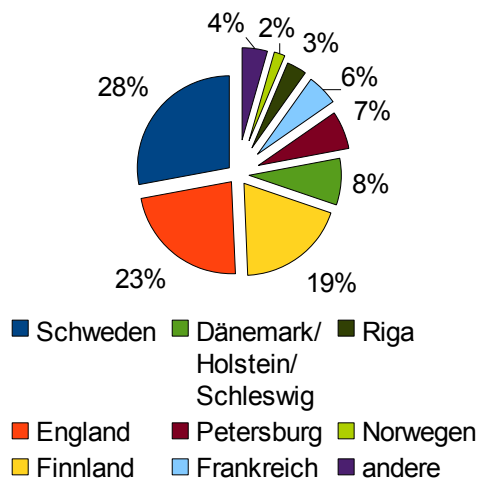
Neben den Handelsmöglichkeiten, die der Hafen traditionell bot, konnte auch der Landweg für den Warenaustausch mit dem dänischen Holstein, der Stadt Hamburg und anderen deutschen Städten und Regionen genutzt werden.

957 Vgl. ebd., S. 536ff.

958 Vgl. Vesely 1983, S. 4.

Im Jahr 1849 überwog der Seehandel den Warenaustausch auf dem Landwege deutlich. 27% des Warenimportes erreichte die Stadt über den Landweg, während 73% der

Handelsverkehr Lübecks im Jahr 1849
nach Herkunft der anlandenden Segelschiffe
vgl. „Neue Lübeckische Blätter“, 03.02.1850, S. 33f.



Einfuhren über den Wasserweg nach Lübeck gelangten. Der Seehandel überwog beim Import deutlich. Analog wird sich auch der Export verhalten haben.⁹⁵⁹ Inwieweit Lübeck als politische Insel mit dem umliegenden Holstein auch wirtschaftlich verbunden war, lässt sich anhand einer Aufstellung über die Herkunft der Importartikel anlandender Segelschiffe nachvollziehen. Die Segelschiffe, die im Jahr 1849 immer noch den überwiegenden Teil des Seewarenverkehrs auf

sich vereinten, kamen zumeist aus Schweden (28%), England (19%) oder Finnland (19%). Diese Orientierung auf den Handel mit weiter entfernten Gebieten zeigt sich insbesondere bei einem Blick auf den Wert der Einfuhren aus Dänemark vereint mit den Herzogtümern Schleswig und Holstein. Deren Wert war 1849 mit nur etwa 8% kaum bedeutender als die Einfuhren aus der russischen Hauptstadt oder aus Frankreich.

B.1.3.1 Zusammenfassung

Lübeck war während des Vormärz' und der beiden Revolutionsjahre von einer andauernden wirtschaftlichen Stagnation geprägt.⁹⁶⁰ Zwar entwickelte sich bis 1849 die technische Ausstattung der Wasserfahrzeuge weiter, dennoch überwogen zur Mitte des Jahrhunderts die Segelschiffe immer noch deutlich. Der Handel war dabei stark auf die Ostseeanrainer und England fokussiert. Die Wareneinfuhren aus deutschen Staaten wie Preußen waren ebenso unbedeutend wie die Importe aus dem nahegelegenen Hamburg. Auch die angrenzenden dänischen Herzogtümer blieben unbedeutend.

Die Entscheidung der Stadt für den Eisenbahnanschluss des Hafens (1847/ 48) war wegweisend für die Entwicklung eines integrierten Warenumschlagplatzes, der mit den

⁹⁵⁹ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich vor allem infolge des Eisenbahnanschlusses dieses Bild: 1900 wurden schließlich nur noch gut 10% der Ausfuhren über den Seehandel abgewickelt. Bei den Einfuhren lag dessen Anteil bei immerhin noch circa 72%. Die Werte für den Eisenbahnverkehr betrugen jeweils knapp 90% bzw. etwa 72% (vgl. Klinsmann 1984, S. 146).

⁹⁶⁰ Vgl. Graßmann 1997, S. 580.

Verkehrsmitteln Bahn und Schiff gleichermaßen gut erreichbar war.⁹⁶¹ Erst mit dieser Maßnahme konnte in den 1850er Jahren ein Jahrhundert der Stagnation überwunden werden.

B.1.3.2 Politische Maßnahmen zur Stärkung von Industrie und Handel im Vormärz

Bereits 1845 hatte sich die örtliche Kaufleutekompanie aufgrund dänischer Schikanen bei der Zollabfertigung Lübecker Produkte für die Schaffung einer Gesamtvertretung der Kaufmannschaft eingesetzt. Die an den Rat gerichtete Forderung wurde erst nach beiden Verfassungsrevisionen von 1848 behandelt. Umgesetzt wurde die Gründung einer Handelskammer ohne eine Unterscheidung der ehemaligen Kollegien erst mit der Regressverfassung von 1853.⁹⁶²

Spezifisch an der staatlichen Industriepolitik war der Wunsch, die industrielle Entwicklung steuern zu können. Diese Grundeinstellung bestimmte später vielerorts die Einstellung zur Revolution und wirkte sich zugunsten einer Befürwortung des gesetzlichen Fortschritts mittelbar politisch aus.⁹⁶³ Im Bereich der Wirtschaftsförderung konzentrierte sich die Lübecker Politik auf zwei parallele Maßnahmen: Neben einem infrastrukturellen Ausbau gab es Bemühungen, eine eigene Industrie zu etablieren und den Warenumsatz zu steigern.⁹⁶⁴ Seit Beginn der Industrialisierung wurde dabei die Infrastrukturförderung priorisiert,⁹⁶⁵ denn die Abgeschlossenheit der Stadt war eines der größten Hemmnisse nachhaltigen Wachstums.⁹⁶⁶

Die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ als wesentliche Trägerin der *Neuen Lübeckischen Blätter* unterstützte vor allem Bestrebungen, die auf eine Produktivitätssteigerung des einheimischen Handwerks zielten. Hierbei wandte sich die „Gesellschaft“ vor allem gegen das Zunftdenken der Handwerkerschaft.⁹⁶⁷

961 Klinsmann spricht für die Situation um 1900 von einem „ausgesprochenen Eisenbahnhof“ (vgl. Klinsmann 1984, S. 146).

962 Vgl. Graßmann 1997, S. 620.

963 Vgl. Langewiesche 2007, S. 36.

964 Vgl. Klinsmann 1984, S. 193.

965 Vgl. ebd.

966 Vgl. Vesely 1983, S. 5.

967 Vgl. Vesely 1988a, S. 39.

B.1.4 Lübecks Militär

Lübeck hatte mit Unterzeichnung der Bundesakte am 8. Juni 1815 einen Beitrag zur Bundesverteidigung zugesagt.⁹⁶⁸ Um das damit verbindliche Militärkontingent von 1,33% der Einwohnerzahl stellen zu können, galt für alle Männer zwischen 23 und 25 Jahren eine Wehrpflicht. Stellvertreterdienste waren zugelassen.⁹⁶⁹ Real stellte die Stadt allerdings zu keinem Zeitpunkt die zugesagten Kontingente: Nur 400 statt 600 Mann standen tatsächlich unter Waffen. Zudem habe das Lübecker Heer einer „Spitzwegschen Idylle“ geglichen.⁹⁷⁰

B.1.4.1 Der Krieg gegen Dänemark

Die Lübecker verfolgten ab Frühling 1848 die Schaffung einer Deutschen Flotte mit Interesse, da man sich im Krieg gegen Dänemark, dem verhassten Nachbarstaat im Norden,⁹⁷¹ einer gerüsteten Seemacht entgegengestellt sah. Ungewöhnlich erfolgreiche Spendenaufrufe für die projektierte Bundesmarine brachten deshalb in wenigen Wochen 10.000 Courantmark zusammen.⁹⁷² Die Regierung selbst sah einen Konflikt aus handelspolitischen Erwägungen als notwendig an. Dem deutsch-nationalen Pathos, das den Zug vieler freiwilliger Kämpfer nach Norden begleitete, vermochte die Regierung der Hansestadt ebenso wenig abzurufen wie das Berliner Kabinett, das bei erster Gelegenheit einen Waffenstillstand schloss.⁹⁷³

B.1.5 Zur Presselandschaft in Lübeck

Über die Presse in Lübeck zur Mitte des 19. Jahrhunderts gibt es bisher keine eingehendere Untersuchung. Auch zu den Rahmendaten der Zeitungen und Zeitschriften fehlt eine zusammenhängende Darstellung, weshalb folgend die noch erhalten bzw. nachweisbaren Zeitungen und Zeitschriften kurz aufgeführt werden. Neben den *Lübeckischen Anzeigen*

968 Vgl. Graßmann 1997, S. 554.

969 Vgl. ebd., S. 565.

970 Vgl. ebd., S. 566.

971 Vgl. ebd., S. 547. Die mit den Franzosen verbündeten Dänen hatten Lübeck nach einer ersten Entsetzung einen Tag vor Inkrafttreten des Waffenstillstandes von Pläswitz erneut besetzt. Dies wurde zum Fanal des ausgeprägten Dänenhasses der Lübecker Bevölkerung (vgl. ebd.).

972 Vgl. ebd., S. 610.

973 Vgl. Salewski 1998, S. 14, wörtlich: „Malmö war logisch, vernünftig, nach Lage der Dinge das einzig Angemessene – daß die Menschen vor Ort die Dinge anders sahen, war menschlich verständlich, aber die Raison des Bundes begriffen sie ebenso wenig wie die Herrn Abgeordneten in Frankfurt, die sich von ein paar schönen militärischen Erfolgen [...] blenden ließen und wenig später allen Ernstes glaubten, der Staatsraison des Bundes und Preußens Nachhilfe erteilen zu müssen.“ (ebd.).

erschienen nur die hier zu untersuchenden *Neuen Lübeckischen Blätter* ununterbrochen über den gesamten Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, d. h. zwischen dem 1. Oktober 1847 und dem 31. März 1850. Die folgenden Ausführungen sind als erste Orientierung hinsichtlich der Rahmendaten und der Tendenz angelegt:

B.1.5.1 Die *Lübeckischen Anzeigen*

Die *Anzeigen* erschienen ab 1826 als amtliches Intelligenzblatt. Sie hatten bis 1848 das alleinige Privileg zum Abdruck der Intelligenznachrichten. Nach der Märzrevolution behielt das Periodikum zwar das Erstveröffentlichungsrecht für Immobilienanzeigen, womit dessen wirtschaftliche Grundlage vorerst gesichert blieb, das Inserationsprivileg wurde ab März 1848 aber nun alle sechs Monate neu vergeben, was den Wettbewerb fördern sollte.⁹⁷⁴ Die *Lübeckischen Anzeigen* liegen nicht mehr vor.

B.1.5.2 Der *Lübecker Bürgerfreund*

Ebenso wie sein Nachfolgeblatt *Lübecker Korrespondent* erschien auch der *Lübecker Bürgerfreund* redigiert und in Verantwortlichkeit des Eigentümers B. J. A. Meyer. Gedruckt wurde die achtseitige Wochenschrift bei den Gebrüdern Borchert.⁹⁷⁵ Nach einem Inhaltsverzeichnis folgten zunächst Nachrichten aus dem Ausland, denen sich auf den letzten Seiten einheimische Neuigkeiten sowie die Preise für Getreide und Fleisch anschlossen.

Die erste Ausgabe des *Bürgerfreundes* für 1848 erschien noch am 31. Dezember 1847 und brachte auf viereinhalb Seiten Mitteilungen über den Schweizer Sonderbundskrieg, denen Korrespondenzen folgten, bevor sich die letzten zweieinhalb Seiten mit einheimischen Nachrichten befassten.⁹⁷⁶ Den Artikel „Aus den letzten Momenten des Sonderbunds“ hatte Meyer der in Augsburg erscheinenden *Allgemeinen Zeitung* entnommen.⁹⁷⁷ Wie auch die folgende mit „Kriegsszenen“ titelnde Reportage, in der ein Ich-Erzähler auch über die Gräueltaten der Berner Soldaten schrieb, die aufseiten der Tagsatzung ins Feld zogen, bot das Blatt seinen Lesern eine ausgewogene Berichterstattung.⁹⁷⁸ Auf den letzten Seiten kam noch eine Korrespondenz aus Eutin zum Abdruck: Das in der Stadt geplante Sängerfest

974 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 05.03.1848, S. 92f.

975 Vgl. *Lübecker Bürgerfreund*, 31.12.1847, S. 1 (Erscheinungsintervall) bzw. S. 8.

976 Vgl. ebd. 31.12.1847, S. 1- 8.

977 Vgl. ebd., S. 1.

978 Vgl. ebd., S. 1- 3.

war als Ersatz für die in Kiel verbotene Veranstaltung von der Eutiner Liedertafel geplant worden. Der Einsender kritisierte die Beschreibung des allgemeinen deutschen Sängerfestes in Lübeck (1847) als einseitig, da in Bezug auf die Eutiner Sänger nur Juristen als Teilnehmer genannt worden seien, nicht aber Handwerker, Landleute und Lehrer.⁹⁷⁹

Die zweite Ausgabe des *Bürgerfreundes* vom 7. Januar 1848 titelte mit „Der Prozess Mortier“. Es handelt sich um einen Klatschbericht über eine zerrüttete Ehe, „Mordgelüsten“ usw.⁹⁸⁰ Politisch relevante Nachrichten erschienen erneut erst im hinteren Teil des Blattes. Ein Artikel befasste sich dabei mit den verbotenen Gesellenverbindungen in Lübeck,⁹⁸¹ einem Thema, dessen sich auch die *Neuen Lübeckischen Blätter* wenig später intensiv annahmen.⁹⁸² Der *Bürgerfreund* warf den Behörden eine zu nachlässige Verfolgung jener Zusammenschlüsse vor, welche produktivere Gesellen gezielt abstrafen und somit gegen das Gemeinwohl arbeiteten.⁹⁸³

In den Nachrichten aus Lübeck der letzten erschienenen Ausgabe des Blattes vom 24. März 1848 befasste sich Meyer mit den Verfassungsberatungen.⁹⁸⁴ Der *Bürgerfreund* lobte dabei die Arbeit der Kommission und insbesondere deren erläuternde Bemerkungen zum Verfassungsentwurf, welche von der Freisinnigkeit und dem Patriotismus des Gremiums Zeugnis ablegten. Die Kommission selbst empfahl eine Revision der Verfassung nach Ablauf von fünf Jahren, da die Konstitution noch nicht allen Anforderungen entspreche. Meyer schloss den Artikel mit dem Aufruf: „Rasche entschlossene Reform ist die kräftigste Schutzwehr gegen die schweren Bedrohungen der Zeit!“⁹⁸⁵

Die untersuchten Ausgaben zeigen den *Bürgerfreund* als ein Blatt, das dem gemäßigten Liberalismus verschrieben war. Politisch relevante Nachrichten erschienen dabei oft erst nach unterhaltenden Artikeln oder Skandalberichten. Zwar enthielt der *Bürgerfreund* auch schon um den Jahreswechsel 1847/ 48 eine Nachrichtenbörse für die Geschehnisse in der Umgebung, doch leiteten stets informierend-unterhaltende Artikel aus dem Ausland das Blatt ein. Dieser vormärzliche Zuschnitt wird nicht zuletzt zur Einstellung bzw. Umbenennung der Zeitung nach März geführt haben, um glaubwürdig den Wandel hin zu einem aktuelleren politischen Informationsblatt zu vollziehen.

979 Vgl. ebd., S. 5f.

980 Vgl. ebd., 07.01.1848, S. 9f.

981 Vgl. ebd., 07.01.1848, S. 14f.

982 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 20.02.1848, S. 67f., ebd., 12.03.1848, S. 100- 102, ebd., 26.03.1848, S. 119- 122 und 02.04.1848, S. 132f.

983 Vgl. *Lübecker Bürgerfreund*, 07.01.1848, S. 15.

984 Vgl. ebd., 24.03.1848, S. 122.

985 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

B.1.5.3 *Der Lübecker Volksfreund*

Dieses Blatt ist vermutlich verloren gegangen. Nach Auskunft des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV) handelte es sich beim *Volksfreund* um ein Nachfolgeblatt des *Lübecker Bürgerfreundes*. Der *Bürgerfreund* vom 24. März 1848, mit dem das Erscheinen dieser Zeitung eingestellt wurde, hieß selbst aber den *Lübecker Korrespondenten* als Nachfolger, zu dessen Abonnement die eigenen Bezieher eingeladen wurden.⁹⁸⁶

Die erste Nummer der Zeitung *Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn* vom 4. Juli 1848 gab wiederum an, dass denjenigen Personen, die bisher den *Lübecker Volksfreund* bezogen hätten, für den Ausfall der Zeitung zwischen dem 19. November und dem Jahresende 1848 ersatzweise die ersten 13 Nummern des *Volksboten* kostenfrei zugesandt bekämen.⁹⁸⁷ Daher lassen sich durch eine genauere Betrachtung des *Korrespondenten* und des *Volksboten* einige Aussagen über die wahrscheinliche politische Ausrichtung des *Volksfreundes* treffen.

B.1.5.4 *Der Lübecker Korrespondent. Abendblatt und Anzeiger*

Der *Lübecker Korrespondent* erschien ab April 1848 täglich. An Sonntagen zwischen dem 16. April 1848 und dem 2. Juli des Jahres kam noch ein *Sonntagsblatt zum Lübecker Korrespondenten* hinzu. Der *Korrespondent* stellte sein Erscheinen allerdings bereits mit der Juliausgabe 1848 wieder ein. Für beide Zeitungen zeichnete als „Eigenthümer und verantwortlicher Redaktör B. J. A. Meyer“ auf der letzten Seite. Den Artikeln vorangestellt war ein Inhaltsverzeichnis, dem Nachrichten aus Lübeck, Deutschland und dem nichtdeutschen Ausland folgten.⁹⁸⁸ Damit veränderte sich im Gegensatz zum *Bürgerfreund* die Reihenfolge der Artikel in Richtung einer Höhergewichtung der einheimischen Nachrichten und der Mitteilungen auf nationaler Ebene. Die jeweils acht bzw. sonntäglich sechs Seiten zählenden Blätter wurden nun in der Druckerei H. G. Rathgens hergestellt,⁹⁸⁹ welche auch die *Neuen Lübeckischen Blätter* zu Papier brachte.⁹⁹⁰

Im Folgenden werden einige Artikel der vorliegenden Ausgaben des *Korrespondenten* vom 3.- 7. April 1848 kurz hinsichtlich ihrer Tendenz ausgewertet:

986 Vgl. *Lübecker Bürgerfreund*, 24.03.1848, S. 115.

987 Vgl. *Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn*, 04.07.1849, S. 1.

988 *Lübecker Korrespondent*, 03.04.1848, S. 13 bzw. für das *Sonntagsblatt* vgl. *Sonntagsblatt zum Lübecker Korrespondent*, 16.04.1848, S. 6.

989 Vgl. *Sonntagsblatt* vgl. *Sonntagsblatt zum Lübecker Korrespondent*, 16.04.1848, S. 6.

990 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 03.01.1847, S. 8.

Da der *Korrespondent* werktäglich erst um 19 Uhr erschien, war es Dr. v. Duhn beispielweise möglich, bereits am 3. April 1848 eine Gegendarstellung zu einem Bericht in der ersten Ausgabe des Blattes vom 2. April abdrucken zu lassen.⁹⁹¹ Duhn verwahrte sich gegen die Behauptung, nur er habe in der Bürgerversammlung vom 28. März, der „Schützenhofversammlung“, das ständische Prinzip gutgeheißen.⁹⁹²

Die oppositionelle Haltung des Blattes gegen die ständischen Vorstellungen Duhns wurde im Begleittext zur Richtigstellung deutlich hervorgehoben: „Daß wir den Brief des Herrn Dr. v. Duhn schon heute unsern Lesern übergeben, geschieht, [...] nicht w e i l, sondern o b w o h l [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] er diesen Zusatz gemacht hat.“⁹⁹³

In der dritten Ausgabe des *Korrespondenten* setzte Meyer die Berichterstattung zur Schützenhofversammlung vom 28. März fort, indem er Zusammenfassungen der Reden einzelner Teilnehmer brachte.⁹⁹⁴ Grundsätzlicher Gegenstand der Verhandlungen war ein Petitionsentwurf, den eine Gruppe um Dr. Crome eingebracht hatte. Hierin wurde unter Beibehaltung des ständischen Prinzips ein gleiches Wahlrecht gefordert.⁹⁹⁵ Mehrere Redner verwarfen die Petition als zur Unzeit kommend und nicht weit genug gehend bzw. als inkonsequent zurück, weil die bisher nicht vertretenen Einwohner auch bei gleichem, aber ständischen Wahlrecht keine Vertretung bekämen.⁹⁹⁶

In der dritten Fortsetzung vom 5. April dominierte ein Redebeitrag Dr. Rehders, der mit Blick auf die Signalwirkung der Petition für die Lübecker Politik vor deren Annahme warnte. Dr. Crome nahm als Vertreter der Antragsteller die Bittschrift infolge der Redebeiträge schließlich zurück.⁹⁹⁷

Eine eindeutige Tendenz lässt sich aus den Redeabrissen nicht ablesen. Dennoch zeugt die Ausführlichkeit der Besprechung dieser Versammlung in immerhin drei Teilen⁹⁹⁸ vom Interesse des neu gegründeten Blattes an der Wahlrechtsfrage, die eben auch eine Frage der Emanzipation der politisch rechtlosen Einwohner und der Juden Lübecks war.

In den folgenden Nummern 5 und 6 erschien ein Schreiben des Vorparlamentsabgeordneten Theodor Curtius sowie ein Artikel über die Wahlrechtsfrage:⁹⁹⁹ Heinrich von

991 Vgl. *Lübecker Korrespondent*, 03.04.1848, S. 9.

992 Vgl. ebd.

993 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

994 Vgl. ebd., 04.04.1848, S. 16.

995 Vgl. ebd.

996 Vgl. ebd.

997 Vgl. ebd., 05.04.1848, S. 19f.

998 Vgl. Ausgaben 1, 3 und 4 des *Korrespondenten* (02.04.1848, o.a. Seite, 04.04.1848, S. 16 und 05.04.1848, S. 19f.).

999 Vgl. *Lübecker Korrespondent*, 06.04.1848, S. 25 bzw. vgl. ebd., 07.04.1848, S. 29.

Gagern erschien dem *Korrespondenten* als Ordner im Chaos:

[D]er Präsident klingelt, die Vizepräsidenten winken mit den Händen, um zu beruhigen, und auf der Rednerbühne steht ein Herkules an Körper und Geist, ein H e i n r i c h v. G a g e r n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], welcher durch allen Lärm hindurch mit unendlicher Klarheit die Republikaner niederschmettert, während die Zuhörer letzteren zujauchzen.¹⁰⁰⁰

Der *Korrespondent* unterließ eine weitere Kontextualisierung, die er bei der Einsendung Duhns eingesetzt hatte, und machte sich damit die Position des konstitutionellen Abgeordneten zu eigen.

„Die Wahlfrage für Lübeck“ warf den Befürwortern des gleichen, aber ständischen Wahlrechts, für die Dr. Crome pars pro toto stand, Halbherzigkeit vor, denn sie kämpften nur für die privilegierten Bürger, nicht aber für das Volk:

Es ist eine traurige Halbheit, zu der man [Dr. Crome und andere Unterstützer der Petition; M. P.] sich bequem hat, kein s t a t s bürgerliches, sondern ein s p i e ß bürgerliches [Hervorhebungen im Original; M. P.] Wahlrecht, was man fordert.¹⁰⁰¹

Auf diesen mehrteiligen Aufsatz zur Wahlfrage folgte im ersten *Sonntagsblatt zum Lübecker Korrespondent* [sic!] eine Entgegnung.¹⁰⁰² Hierin bestritt ein nicht genannter Verfasser, dass der Wunsch nach Gleichstellung aller Bürger den Kompanien der Handwerker, Brauer und Schiffer fernliege. Das Wahlrecht, welches Lübeck sich mit der mittlerweile verabschiedeten Verfassung gegeben hatte, folge „mittelalterlichen Grundsätzen“ und müsse möglichst umgehend durch eines auf „breitester Grundlage“ ersetzt werden.¹⁰⁰³ In der Gegendarstellung wurden demokratische Gedanken weiter als im Initiativartikel ausgeführt, dessen vorsichtige Formulierung die Erwiderung provoziert hatte. Offenbar wollte Meyer nicht von Beginn an ein zu stark oppositionellen bzw. zu progressiv ausgerichteten Strömungen orientiertes Blatt herausgeben.

Die letzte erschienene Ausgabe des *Sonntagblattes* vom 2. Juli 1848 brachte auf der Titelseite den „Bericht“ eines aus dänischer Gefangenschaft entlassenen Arztes.¹⁰⁰⁴ Nach der Schlacht bei Bau, in deren Folge er festgenommen worden war, seien die Verwundeten Deutschen in Augustenburg und Flensburg schlecht behandelt worden. Es sei besser, wenn sie sterben würden, da man sie ohnehin erschießen würde, gab der Verfasser an, selbst aus dem Munde von dänischen Ärzten vernommen zu haben. Noch schlimmer erging es den Gefallenen, die ohne Ehrenbezeugungen durch die Dänen verscharrt worden seien.¹⁰⁰⁵

1000 Ebd., S. 25.

1001 Ebd., 07.04.1848, S. 29, vgl. dort auch Vorstehendes.

1002 Vgl. *Sonntagsblatt zum Lübecker Korrespondent*, 16.04.1848, S. 1-3.

1003 Vgl. ebd., S. 2f.

1004 Vgl. ebd., 02.07.1848, S. 65f.

1005 Ebd., S. 65.

Dieser Artikel ist ein Beispiel propagandistischer Berichterstattung. Anhand der schlechten Krankenversorgung der „deutschen Brüder“ sollte die Gegnerschaft zu Dänemark offensiv befördert werden, auch wenn sich die zitierten Äußerungen bzw. das Geschilderte insgesamt kaum mehr verifizieren lässt.

Alles in allem war der *Lübecker Korrespondent* nach einer ersten Einschätzung seiner politischen Ausrichtung ein Blatt des Fortschritts, das dennoch nicht gänzlich mit der bestehenden Ordnung brechen wollte. Zwar wurde nicht die Revolution propagiert, sehr wohl aber dem Fortschritt gehuldigt, denn man stellte sich mit aller Klarheit gegen ein ungleiches und ständisches Wahlrecht. Auch wenn das allgemeine und gleiche Wahlrecht nur in einer Gegendarstellung postuliert wurde, zeigt die unterbliebene Kommentierung der Einsendung, dass die Redaktion diesem Vorschlag prinzipiell zustimmte. Die deutsch-nationale Ausrichtung des Artikels über die Situation der deutschen Gefangenen unterstützt die These der aus zeitgenössischer Sicht progressiven Einstellung des Blattes.

Der *Korrespondent* brachte im Gegensatz zu den Bestimmungen in der Konzessionierungsurkunde¹⁰⁰⁶ nicht hauptsächlich Handelsnachrichten. Vielmehr bestimmten politische Beiträge den Charakter der Zeitung. Meyer bemühte sich, die ihm gegebenen Freiheiten der Konzession möglichst breit zu fassen und etablierte auf diese Weise im Stadtstaat eine politische Zeitung.

B.1.5.5 *Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn*

Der *Volksbote* erschien als Nachfolger des *Volksfreunds*, der ab 19. November 1848 aus unbekannten Gründen nicht mehr produziert wurde,¹⁰⁰⁷ ab dem 4. Juli 1849 als weitere Zeitungsunternehmung B. J. A. Meyers, der hierfür als verantwortlicher Redakteur zeichnete. Druck und Verlag des vierseitigen und im Vergleich zu den Vorgängern relativ großformatigen Periodikums übernahm Johannes Bock. Das Blatt erschien mittwochs und samstags.¹⁰⁰⁸

Die erste Ausgabe der neuen Zeitung befasste sich auf der Titelseite mit den politischen Verhältnissen in Frankreich. Diesem schloss sich ein Artikel zu „Rheumatismus-Ketten“ an, die nach Aussage der Werbung dem lästigen Leiden durch „Electro-Magnetismus“ ein Ende bereiten sollten. Meyer warnte vor dem Kauf der Ketten,

1006 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 05.03.1848, S. 93.

1007 Vgl. *Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn*, 04.07.1849, S. 1.

1008 Vgl. ebd., S. 4.

da man nichts auf Aussagen unbekannter Nutzer oder entfernt lebender Ärzte, so sie überhaupt existierten, geben könne.¹⁰⁰⁹

In der „Politischen Übersicht“ nahm sich das Blatt auf der dritten Seite der Gothaer Versammlung an. Auch der Lübecker Abgeordnete Dr. Deecke habe sich mit der übergroßen Mehrheit für die Aufnahmen von Beratungen über die Drei-Königs-Verfassung ausgesprochen.¹⁰¹⁰ Zur Legitimität dieses Vorgehens hieß es im Schlussabsatz: „Die provisorische Centralgewalt in Frankfurt mit ihrem tragikomischen Reichsministerium geht aus wie eine Lampe, deren Öl erschöpft ist.“¹⁰¹¹

Die vierte Seite füllten Nachrichten aus Lübeck, denen Meyer anlässlich der Erstausgabe einige Worte zur Ausrichtung des neuen Blattes in einer „Bevorwortung“ voranstellte: Wollte der *Volksfreund* 1848 die Grundsätze der Märzrevolution auch in Lübeck zur Geltung bringen, sei es nun Aufgabe des *Volksboten*, die durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht der Dezemberkonstitution geschaffene Grundlage weiter auszubauen.¹⁰¹²

Meyer sprach sich vor diesem Hintergrund für den gesetzlichen Fortschritt aus, denn nur wenn sich eine Seite der Gesetzlichkeit entziehe, sei die andere legitimiert, revolutionäre Gewalt anzuwenden. In Bezug auf die Stellung des *Volksboten* zur deutschen Frage gab Meyer einen deutlich kritischeren Kurs vor, als ihn seine Zeitung im Bericht über die Gothaer Versammlung eine Seite vorher besprochen hatte. Die Union Preußens bezeichnete Meyer abwertend und in Anspielung auf die konservativen Kantone der Eidgenossenschaft als „Sonderbund“ und stellte weiter fest: „Für j e t z t [Hervorhebung im Original; M. P.] aber giebt es nur einen von Pflicht und Ehre gebotenen Weg: die unverbrüchliche Festhaltung an der Reichsverfassung.“¹⁰¹³

Die im Vorwort skizzierte Tendenz seines Blattes führte Meyer in der zweiten Ausgabe des *Volksboten* auch praktisch fort: Am 7. Juli 1849 verglich er die Bestimmungen des Lübecker Preßgesetzes vom Dezember 1848 mit den in Preußen geltenden Regelungen.¹⁰¹⁴ Nach den Märzereignissen habe man im Stadtstaat eine

1009 Vgl. ebd., S. 2.

1010 Vgl. ebd., S. 2f.

1011 *Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn*, 04.07.1849, S. 3.

1012 Vgl. ebd., S. 4, wörtlich: „Damals [ab März 1848; M. P.] widmete er [Meyer, M. P.] ein Blatt dem Zwecke: die durch die Revolution in Deutschland zur Geltung gekommenen Grundsätze auch in Lübeck zur Anerkennung zu bringen; jetzt begründet er ein neues Blatt, das, anknüpfend an das frühere, die Aufgabe hat, auf der inzwischen auf dem allgemeinen Stimmrecht und in den Grundrechten gewonnenen verfassungsrechtlichen Grundlage den Ausbau unserer eigenen Verfassung durch die von dieser selbst dargebotenen Mittel fortzuführen.“ (ebd., S. 4.).

1013 Ebd., S. 4, vgl. dort auch Vorstehendes.

1014 Vgl. *Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn*, 07.07.1849, S. 8.

liberalere Gesetzgebung erwarten können, als sie mit dem Preßgesetz im Dezember wohl nicht zuletzt als Folge der Septemberunruhen verwirklicht wurde:

Nur zwei Organe sind für dasselbe in die Schranken getreten: der *Hamburger Unparteiische* [...] und die *N. Lüb. Blätter* [Hervorhebungen hinzugefügt; M. P.], die einen ihrer Redakteure unter den vier Mitgliedern der Kommission [...] gehabt haben.¹⁰¹⁵

Meyer deutete mit diesen Bemerkungen auf die vielfachen Verknüpfungen zwischen den *Blättern* und der politischen Führung der Stadt hin. Eingedenk der Berichterstattung dieser Zeitschrift, welche die Preßgesetzgebung Lübecks im Jahr 1849 immer wieder durch Vergleiche zu verteidigen suchte, waren die Äußerungen Meyers zum Preßgesetz eindeutig als oppositionell einzustufen. Am Ende seiner Betrachtungen kam dieser zum Schluss, dass selbst das preußische Preßgesetz im Vergleich zum Lübecker liberaler gefasst sei.¹⁰¹⁶

Die letzte stichprobenartige Untersuchung des *Volksboten* trifft dessen letzte Ausgabe im Jahr 1849. Nach einem Rückblick auf das Leben des Fürsten Michael der Walachei, dessen neunjährige Regentschaft 1601 geendet hatte, befasste sich Meyer auf der zweiten Seite des *Volksboten* mit den Schwurgerichten.¹⁰¹⁷ Deren Richter seien angesichts der revisionistischen Politik der deutschen Fürsten zunehmend Problemen bei der redlichen Beurteilung von Streitfällen ausgesetzt. Unter den derzeitigen politischen Umständen sei es den Geschworenen gar nicht möglich, unparteiisch zu urteilen, denn je nach Entscheidung des Gerichts käme diese entweder den Bestrebungen der Konservativen zugute oder sie stütze deren Gegner. Die Rechtsprechung werde damit zunehmend von der politischen Überzeugung der Mehrheit des jeweiligen Richterorgans abhängig. Der *Volksbote* mahnte zur Überparteilichkeit, denn „Siegte die Nationalversammlung im Kampfe für die Reichsverfassung, so stand mit demselben Recht das Ministerium Brandenburg vor den Schranken der Geschworenen, wie jetzt seine Gegner.“¹⁰¹⁸

Zusammenfassend lässt sich der *Volksbote* als progressive Zeitung charakterisieren, die aber nicht revolutionär den Umsturz propagierte, sondern sich für den gesetzlichen Fortschritt einsetzte. Diesen vertrat das Blatt dann allerdings mit aller Deutlichkeit, weshalb Meyers Zeitung im Vergleich zu den *Blättern* sicher das progressivere Periodikum war.

1015 Ebd.

1016 Vgl. ebd.

1017 Vgl. ebd., 29.12.1849, S. 2.

1018 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

B.1.5.6 Die *Lübecker Zeitung*

Auf die nicht mehr vorliegende *Lübecker Zeitung* gingen die *Neuen Lübeckischen Blätter* 1848 mehrfach ein. Um Wiederholungen zu vermeiden, sei auf die Auswertung der *Blätter*, Kategorie „Presse“, verwiesen.

B.1.6 Vorbemerkungen zu den Märztagen in Lübeck

Infolge des Bundesversammlungsbeschlusses vom 3. März 1848 wurde in Lübeck am 11. März die „Preßfreiheit“ eingeführt. Am 29. März gab der Senat auch den Beschluss der Bundesversammlung zur Übernahme der Farben schwarz-rot-gold bekannt.¹⁰¹⁹ Beides wurde in den *Neuen Lübeckischen Blättern* besprochen. Es ist kein Zufall, wenn sich Graßmanns *Lübeckische Geschichte* in Bezug auf die Märzereignisse hauptsächlich auf die *Blätter* stützt.¹⁰²⁰

Neben der Übernahme der Frankfurter Beschlüsse durch den Senat kam es im März auch in Lübeck zu Demonstrationen. Am Tag der Einführung der Preßfreiheit gab es Aufläufe, doch die Themen, an denen sich die Kritik der Demonstranten entzündete, waren keineswegs durch die Märzforderungen geprägt:

Diese Unruhen waren aber nicht politischer Natur, sondern sie richteten sich gegen den Präsenz der Finanzdepartements und einige Kaufleute, denen man mit Blick auf die Münzverhältnisse Wucher, ja sogar Bereicherung vorwarf. Denn in Lübeck lief immer mehr minderwertiges Silbergeld um, ohne daß die Stadt [...] etwas dagegen getan hatte.¹⁰²¹

Nicht „Volksbewaffnung“ war das Thema, sondern Währungsprobleme.¹⁰²² Auch Forderungen nach Einführung einer neuen Verfassung wurden nicht laut. Hintergrund war, dass die bereits seit Jahren andauernde Verfassungsdiskussion in absehbarer Zeit ohnehin ein neues Grundgesetz bringen würde.¹⁰²³ Bürgermeister Smidt hatte bereits 1847 anlässlich des Germanistentages in Lübeck die baldige Einführung einer neuen Verfassung angekündigt. Zwar blieben die Zusagen in diesem Jahr noch unerfüllt, dennoch konnte der erarbeitete Entwurf bereits am 22. März 1848 dem Senat vorgelegt werden. Am 8. April stimmte dem neuen Grundgesetz auch die Lübecker Bürgerschaft zu, sodass die

1019 Vgl. Graßmann 1997, S. 608.

1020 Graßmann verweist auf den entsprechenden Seiten 608- 617 viermal auf die *Neuen Lübeckischen Blätter*. Sie unterlässt es, andere Zeitungen bzw. Zeitschriften der Region anzuführen (vgl. ebd., S. 608- 617).

1021 Ebd., S. 612.

1022 Zur Krise des Geld- und Kreditsystems, die ihren Höhepunkt 1848 erreichte, vgl. Bergmann 1979, S. 39- 48. Erst im Sommer 1849 kam es zu einem dauerhaften Stimmungsumschwung im Finanzwesen (vgl. ebd., S. 48).

1023 Vgl. Graßmann 1997, S. 612.

überkommene Staatsregierung bzw. -verwaltung, die seit 1669 Bestand gehabt hatte,¹⁰²⁴ bereits Anfang April in Kraft abgelöst werden konnte.¹⁰²⁵

B.1.7 Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt)

Bereits seit den späten 1830er Jahren hatte Lübeck versucht, einen Eisenbahnanschluss an die großen Städte in Deutschland zu erhalten. Dänemark verweigerte den Streckenbau durch das Herzogtum Holstein, weshalb die geplanten Strecken nach Hamburg (1836)¹⁰²⁶ und schließlich auch nach Kiel (1844) nicht gebaut werden konnten. Lübeck legte gegen diese Entscheidung, die Dänemark infolge eigener wirtschaftlicher Überlegungen getroffen hatte, beim Deutschen Bund Beschwerde ein. Hier zogen sich die Verhandlungen derart in die Länge, dass sich Russland und Schweden, die wichtigsten Handelspartner Lübecks, schließlich direkt bei der dänischen Regierung für den Eisenbahnbau einsetzten. Im Mai 1847 wurde daraufhin der Bau der Büchener Bahn genehmigt.¹⁰²⁷ Von dort aus konnte man seit 1844 per Bahn Richtung Hamburg oder Berlin weiterreisen. Da aufgrund der Revolution und des folgenden militärischen Konflikts im Herzogtum Holstein kein ausreichendes Kapital für die Verwirklichung der geplanten Streckenführung zur Verfügung stand, konnte auch diese Bahn erst am 15. Oktober 1851 fertiggestellt werden.¹⁰²⁸

Eine direkte Dampfschiffverbindung besaß Lübeck seit 1824 mit Kopenhagen. Hinzu kam 1831 eine Linie nach St. Petersburg, die regelmäßig bedient wurde,¹⁰²⁹ sowie weitere nach Riga und Reval.¹⁰³⁰

1024 Zur Verfassungstheorie und den Mitbestimmungsrechten der Lübecker Einwohner und Bürger nach den Bestimmungen des Regresses von 1669 vgl. Brandt 1966, S. 18- 21.

1025 Vgl. Graßmann 1997, S. 612.

1026 Die Strecke nach Hamburg wurde erst am 1. August 1865 eröffnet (vgl. Lütgendorff 1926, S. 31).

1027 Vgl. Graßmann 1997, S. 621f.

1028 Vgl. ebd., S. 622f.

1029 Vgl. Hoffmann 1908, S. 47.

1030 Vgl. Lütgendorff 1926, S. 31.

- B.1.8 Vorbemerkung zur Verfassungsdiskussion in Lübeck
B.1.8.1 Die Aprilverfassung 1848: Eine Vormärzkonstitution wird im Zeichen der Revolution in Kraft gesetzt

Mit der Aprilverfassung 1848 wurden die Kräfteverhältnisse zwischen Senat und Bürgerschaft neu geregelt:

Die Staatsgewalt sollte zukünftig allein beim Senat liegen. Dies bedeutet jedoch keine Auflösung [...] der gemeinsamen Herrschaftsausübung durch Senat und Bürgerschaft. So war auch künftig die Zustimmung der Bürgerschaft bei der Verabschiedung von Gesetzen, [...] bei Verordnungen in Handelssachen, bei Änderungen im Steuerwesen, bei der Aufstellung des Budgets und bei der Verwaltung des Staatsvermögens zwingend vorgeschrieben.¹⁰³¹

Die 120 gewählten Mitglieder der Bürgerschaft standen einem zwanzigköpfigen Senat mit lebenslangen Senaturen entgegen, der sich prinzipiell immer noch selbst ergänzte. Mit der Aprilkonstitution hatte die Bürgerschaft aber das Recht erhalten, bei der Selbstergänzung mitwirken zu dürfen. Statt bisher vier Bürgermeistern sollte es nun nur noch zwei geben, von denen ersterer die Senatssitzungen leiten, der zweite dem Obergericht vorstehen sollte.¹⁰³²

B.1.8.2 Bis zur Trennung von Justiz und Administration

Die beiden Lübecker Verfassungen von April und Dezember 1848 brachten in Bezug auf die Forderung nach einer Trennung der Gewalten keine Änderung. In der Aprilverfassung war die Verknüpfung zwischen Exekutive und Judikative durch die Vorsteherschaft des zweiten Bürgermeisters erneut festgeschrieben worden. Diese Verbindung dauerte noch bis zur Verfassungsnovelle vom 29. Dezember 1851 fort. Erst 1864 wurde die Umstellung auf unabhängige und professionelle Richter vollzogen.¹⁰³³

Bis dahin war die gesamte Gerichtsbarkeit durch Ratsherrn ausgeübt worden, mit Ausnahme der durch das Oberappellationsgericht repräsentierten obersten Gerichtsinstanz: Jeweils zwei Ratsherrn [nach der Aprilverfassung Senatsmitglieder; M. P.] leiteten das Nieder- und Stadtgericht, das Landgericht und die Wette. Fünf Mitglieder des Senats und die Syndici bildeten das Obergericht.¹⁰³⁴

Schwurgerichte wurden in Lübeck nicht eingeführt.

1031 Graßmann 1997, S. 612.

1032 Vgl. ebd., S. 612.

1033 Vgl. ebd., S. 615.

1034 Ebd. Das Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands hatte seit 1820 seinen Sitz in Lübeck (vgl. Hoffmann 1908, S. 47).

B.1.9 Vorbemerkungen zum Vereinswesen

Neben dem Pressewesen spielten Versammlungen, Vereine und Feste eine wesentliche Rolle für die überregionale Kommunikation der Bürger.¹⁰³⁵ Zudem waren die Vereine vor Ort häufig auch mit der lokalen Presse personell oder finanziell verwoben. In Lübeck waren Mitglieder der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ Initiatoren und maßgebliche Financiers der *Neuen Lübeckischen Blätter*, in Konstanz war der Redakteur der *Zeitung* auch Mitglied des Bürgermuseums. Beide Vereine müssen aufgrund ihrer Verknüpfung mit den Untersuchungszeitungen eingehender betrachtet werden:

B.1.9.1 Zur „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ B.1.9.1.1 Grundlagen

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bildeten sich auch im norddeutschen Raum eine Reihe von Lesegesellschaften, die ihren Mitgliedern gegen Entgelt die Möglichkeit eröffneten, zum Teil in gesellschaftseigenen Räumlichkeiten verschiedene Zeitungen und Zeitschriften einzusehen. Die Mitglieder dieser Gesellschaften waren zumeist Verwaltungsbeamte, Theologen, Professoren, Lehrer oder Schriftsteller. Neben der Lektüre diskutierte man verschiedene Problemstellungen des gesellschaftlich-politischen Bereichs.

Ganz praktisch übten die Vereinsmitglieder demokratische Verhaltensregeln und Umgangsformen ein,¹⁰³⁶ für deren praktische Anwendung im realen Staatsleben allerdings meist wenig bis kein Raum blieb. Das Sozietätswesen und die entstehende Presselandschaft gelten heute als die 'modernen' Medien der Aufklärung.¹⁰³⁷

Lübeck zählte 1822 immerhin 13 Lesegesellschaften, die den Charakter von Lesezirkeln hatten und einen gegenseitigen Austausch über das Gelesene ermöglichten.¹⁰³⁸

B.1.9.1.2 Entwicklung der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ seit ihrer Gründung als Lesegesellschaft

Zu den Lesegesellschaften im norddeutschen Raum zählte bis zu ihrer Umbenennung und inhaltlichen Neuausrichtung im Jahr 1793 die gut vier Jahre zuvor in Lübeck als „Litterarische Gesellschaft“ gegründete „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger

1035 Vgl. Müller 1986, S. 33f.

1036 Vgl. ebd., S. 27.

1037 Vgl. Cöppicus-Wex 2001, S. 26.

1038 Vgl. Vesely 1983, S. 8f.

Thätigkeit“¹⁰³⁹. Man wollte zunächst „wissenschaftliche Unterhaltung“ und „gegenseitige Unterrichtung“ pflegen.¹⁰⁴⁰ Die zu Beginn wöchentlich stattfindenden Versammlungen gliederten sich im Allgemeinen in einen Vortrag, der ein Gebiet aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen zum Gegenstand hatte, und eine anschließende Diskussion.¹⁰⁴¹ Hierbei spielten Zeitgeschichte, Verwaltung und Justiz der Heimatstadt eine entscheidende Rolle.¹⁰⁴²

B.1.9.1.3 Die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“
(Gemeinnützige) im Vergleich zum Konstanzer Bürgermuseum

B.1.9.1.3.1 Zur Gemeinnützigen in Lübeck

Die Gemeinnützige fügte sich in die Entwicklung von Sozietäten gleichen oder ähnlichen Zuschnitts im nahen und weiteren Umland Lübecks ein. Auffallend ist, dass elf der fünfundzwanzig Gründungsmitglieder gleichzeitig Mitglieder in einer der beiden Freimaurerlogen Lübecks waren. Zwei weitere gehörten auswärtigen Logen an.¹⁰⁴³ Die Verbindung wurde daher als „dritter Tempel“ Lübecks, welcher sich der Praxis verschrieben habe, genant.¹⁰⁴⁴ Zweckfreiheit sollte den Vorlesungen, die aus dem Kreise der Mitglieder selbst gehalten wurden, nicht zum Vorwurf gemacht werden können. Indem Vorträge gehalten und rezipiert wurden, konnte auf bereits vorhandenes Wissen zurückgegriffen und durch die folgende Diskussion des Themas erweitert werden. Besonders naturwissenschaftliche Kenntnisse galten als unverzichtbare Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Arbeit.¹⁰⁴⁵

Allerdings befasste man sich in den politisch bewegteren Zeiten um 1848 auch durchaus mit politischen Fragestellungen. Anfang Januar 1847 diskutierte Dr. v. Duhn drei Fragestellungen zur Verfassungsrevision, die von einem recht maßvollen Reformwillen

1039 Vgl. Kopitzsch 1988, S. 8. Die Arbeit bedient sich durchgehend der zeitgenössischen Schreibung der Vereinigungen, Zeitungen usw. Ausnahmen bilden die Umlaute, welche in zeitgenössischen Drucken stets als „ae“, „ue“ usw. ausgeführt werden. Umlaute werden von den historischen Vorlagen abweichend als solche abgebildet.

1040 Vgl. Kopitzsch 2003, S. 442.

1041 Vgl. ebd., S. 442f. 20 der 25 Gründer waren Akademiker. Zu diesen traten 1789 vier Kaufleute (vgl. ebd., S. 442.)

1042 Vgl. ebd., S. 442f. Das Gründungsjahr der „Litterarischen Gesellschaft“ war auch das Jahr des Beginns der Französischen Revolution mit all ihren Auswirkungen auf die europäische Mächtekonstellation. Daher fanden sich Themen, die in Frankreich politisch brisant waren, auch auf der Tagesordnung der Lübecker Gesellschaft. Neben die genannten Probleme trat zu Beginn das Interesse, dem Gemeinnutz am Ort praktisch zu dienen (vgl. ebd.).

1043 Vgl. Weppelmann 1980, S. 149.

1044 Vgl. ebd., S. 150.

1045 Vgl. ebd., S. 152f.

zeugten.¹⁰⁴⁶ Die Revolution in den europäischen Hauptstädten schlug sich erst nach der Sommerpause der Vorträge im Herbst 1848 nieder, als Prof. Classen über die Aufgabe der Gemeinnützigen in der gegenwärtigen Zeit sprach.¹⁰⁴⁷ Am 16. Januar 1849 referierte der Jurist Dr. Wiederhold, Rat am Lübecker Oberappellationsgericht der Hansestädte, über die Unverletzlichkeit des Eigentums als Bestimmung in den Grundrechten der Paulskirchenverfassung.¹⁰⁴⁸ Nach dem militärischen Ende des III. Badischen Aufstandes wurde historischen Gegenständen und kirchlichen Fragen wieder vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt.¹⁰⁴⁹

Alle Aktivitäten sollten mit der Staatsverfassung vereinbar sein, was radikale Absichten von vornherein ausschloss.¹⁰⁵⁰ Die Gemeinnützige zielte auf eine Kooperation mit den etablierten staatlichen Gewalten ab, nicht auf eine Errichtung „paralleler Welten“ oder einer Gegenöffentlichkeit. Bereits 1795 gelang es daher, den staatlichen Schutz für die junge Gesellschaft zu gewinnen und festschreiben zu lassen.¹⁰⁵¹ Dass in Lübeck bereits im Gründungsjahr neben die zwanzig Akademiker auch einige Kaufleute traten, ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Struktur einer alten Hansestadt wohl kaum verwunderlich. Ebenfalls noch Ende des 18. Jahrhunderts wurde mit der Neufirmierung der „Litterarischen Gesellschaft“ in „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ die erweiterte inhaltliche Ausrichtung des Zusammenschlusses auch nach außen hin deutlich.¹⁰⁵²

1046 Vgl. Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit 1889, S. 58, wörtlich: „1) Es ist nicht wünschenswert, daß vor Einführung der in Aussicht stehenden Reform der Bürgerschaft irgend eine andere Reformfrage, z. B. Die Reform des Senats, zur verfassungsmäßigen Beratung und Beschlußnahme gestellt werde. 2) Es würde für unsere Verhältnisse nicht angenehm sein, den Mitgliedern des Senats die Leitung der Justiz in den unteren Instanzen zu nehmen. 3) Für eine gedeihliche Reform unsers Gerichtswesens bedarf es keiner neuen Einrichtungen, weil durch eine Herstellung der in Verfassung unseres Niedergerichts liegenden Grundgedanken die Entfernung der gegenwärtigen Übelstände zu erreichen ist“ (ebd.). Im März ließ Dr. v. Duhn einen weiteren Vortrag folgen, welcher sich der Germanistenversammlung in Frankfurt annahm (vgl. ebd., S. 59).

1047 Vgl. ebd., S. 60.

1048 Vgl. ebd., S. 61. Wiederhold hatte Lübeck vom 18. Mai bis zum 1. Juli 1848 als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung vertreten.

1049 Vgl. ebd. Hierzu lassen sich die Vorträge Dr. Laspeyres zur Umgestaltung der protestantischen Kirchenverfassung am 08.01.1850 und Dr. Paulis Darstellung „Über einzelne Erscheinungen des deutschen Mittelalters“ rechnen (vgl. ebd., S. 61).

1050 Vgl. Weppelmann 1980, S. 152.

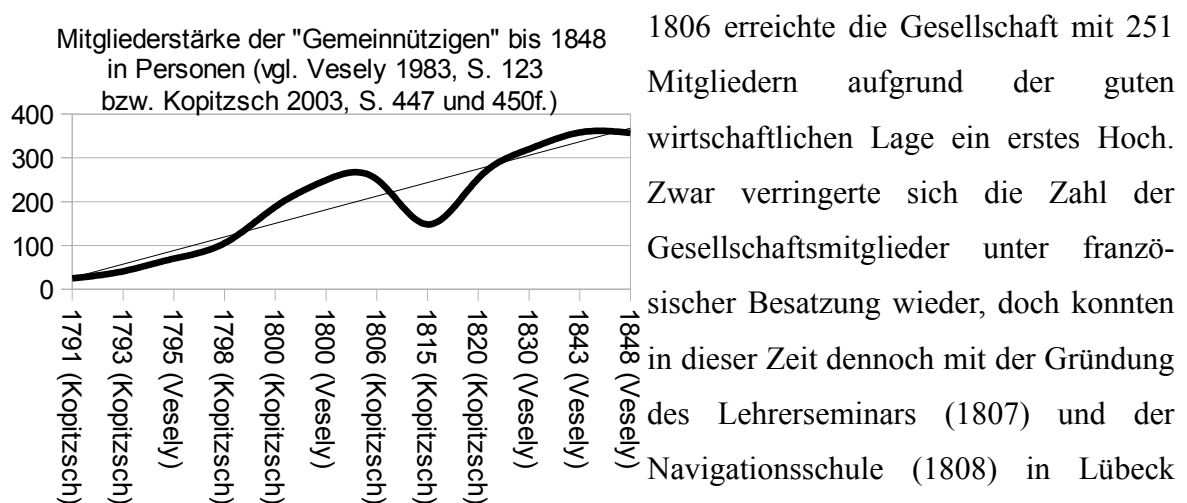
1051 Vgl. ebd., „So hatte das Leben jedes Menschen einen unschätzbaren Wert für das 'gemeine Wesen', es galt demnach als patriotisch, die menschliche Existenz zu sichern (vgl. 2a) [der Satzung von 1795; M. P.]. Punkt 2b der Verfassung der Gesellschaft [...] beinhaltet den allgemein pädagogischen Charakter der Sozietätenbewegung, die stets bemüht war, den Bildungsstand in 'allen Volksklassen' im Hinblick auf eine rationale Lebenseinstellung zu ändern. Gerade in der Übergangszeit von der vorindustriellen zur industriellen Produktion hatten die gemeinnützigen Gesellschaften ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der 'mechanischen Fertigkeiten' gerichtet. So auch in Lübeck unter Punkt 2c der Satzung.“ (ebd.).

1052 Vgl. Kopitzsch 2003, S. 446. Aufgrund der gebotenen Knappheit der Beschreibungen sei hier neben der Rede Gütschows (1793), die weiter unten in Inhalt und Wirkung beschrieben wird, in aller Kürze darauf hingewiesen, dass Matthias Eberhard Kroeger bereits in einem Vortrag im April 1791 die Frage behandelt

Von einer „Litterarischen Gesellschaft“ im engeren Sinne, also von einer Plattform für theoretische Diskussionen und Lektüre, konnte bereits ab 1791 nicht mehr (ausschließlich) die Rede sein. Nach Vorbild der „Hamburger Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe“ sollte auch in Lübeck durch die Tätigkeit der Gesellschaft die staatliche Verfassung ausgehend von den tätigen Bürgern mit dem Ziel reformiert werden, der „Bürgertugend“ mehr Freiräume für ein praktisches Engagement einzuräumen.¹⁰⁵³ Konkretes Wirken für die Gemeinschaft erhöhte die Popularität der Gemeinnützigen auch außerhalb akademischer Kreise.¹⁰⁵⁴

Bis zur Jahrhundertwende vervierfachte sich die Mitgliederzahl des Vereins, vermehrt traten Kaufleute bei, sodass um 1800 bereits über die Hälfte aus dem kaufmännischen Bereich kam. Aber auch Handwerker und Gewerbetreibende fanden ab der Jahrhundertwende in den Verein. Erstmals konnte die Gemeinnützigkeit zu diesem Zeitpunkt das (aufklärerische) Ziel ihrer Gründer, eine Gesellschaft ohne Standesschranken zu sein, annähernd gerecht werden.¹⁰⁵⁵

B.1.9.1.3.2 Mitgliederstärke der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“



hatte, ob es gut sei, die 'Litterarische Gesellschaft' in eine patriotische umzuwandeln. Ebendiese Diskussion war Grundlage bei der Gründung der „Rettungsanstalt für im Wasser Verunglückte“, die noch im selben Jahr entstand, und Ausgangspunkt für die späteren Überlegungen Gütschows (vgl. Weppelmann 1980, S. 150f.). Zunächst hatte die erweiterte inhaltliche Gestaltung der „Gesellschaft“ ihren Ausdruck in der Gründung der „Rettungsanstalt für im Wasser Verunglückte“ (ab 1791) gefunden, der in 1795/97 die Industrieschulen für angehende Handwerker bzw. für Mädchen, 1798 eine Schwimmschule und im Jahr 1800 schließlich eine Kreditkasse für Professoristen sowie in einer Speiseanstalt (gleiches Jahr) folgen sollten (vgl. Kopitzsch 2003, S. 448).

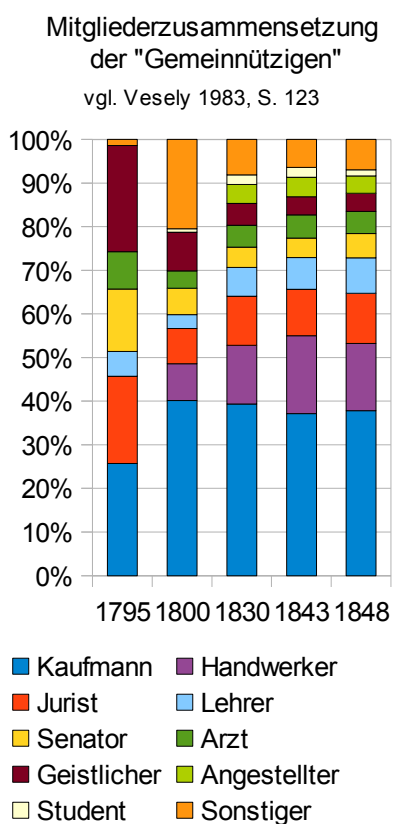
1053 Vgl. Kopitzsch 2003, S. 446f.

1054 Vgl. Pitschnass 1981, S. 90.

1055 Vgl. Vesely 1988, S. 90.

weitere Einrichtungen etabliert werden.¹⁰⁵⁶ Nach der Neuordnung Europas erreichte man 1820 wieder den Stand von 1806. 1817, während der Restauration, gelang der Gesellschaft nach Jahren der Diskussion die Gründung einer Sparkasse in Lübeck. 1821 wurde mit dem Ausschuss „für das Sammeln der Quellen und Denkmäler der Geschichte Lübecks“ wieder eine neue Einrichtung der Gesellschaft gegründet, der spätere „Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde“.¹⁰⁵⁷ Die Erweiterung war Ausdruck einer erneuten Belebung der Lübecker Gesellschaft.

B.1.9.1.3.3 Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Gemeinnützigen zwischen 1795 und 1848



Vesely kategorisiert die Mitglieder nach zehn Berufsgruppen: Es zeigt sich, dass die zunächst prozentual stark vertretenen Geistlichen und Juristen bis 1848 gemeinsam nur noch um 15% der Mitglieder stellten. In den 1830er Jahren trat mit den ersten Angestellten eine neue Gruppe hinzu, die ihren Anteil wie die Handwerker sukzessive steigerte.¹⁰⁵⁸ Um 1848 waren etwa 40% der Mitglieder Kaufleute, gut 30% Akademiker und 15% Handwerker.¹⁰⁵⁹ Dieses Verhältnis war nicht zuletzt eine Folge des mit 12 Mark lübisch hohen Jahresbeitrags, auch wenn es zu einigen Fällen von Beitragsbefreiung kam,¹⁰⁶⁰ um dem Ziel einer Gesellschaft ohne Standesschränken mehr Glaubhaftigkeit zu verleihen.

Im Vorstand wiederum spiegelte sich die Mitgliederstruktur des Vereins nicht wider: Bis 1848

1056 Vgl. Kopitzsch 2003, S. 450. Das persönliche Engagement einzelner Mitglieder war oft bemerkenswert. Allen voran sei Christian Adolph Overbeck angeführt: 1789 Mitbegründer der Gesellschaft, später deren Vorsitzender (1794- 1797), ab 1800 Ratsmitglied, 1802 Syndikus des Domkapitels und 1814 schließlich Bürgermeister. Vergleichbar liest sich der Lebenslauf Anton Diedrich Gütschows: 1789 wie Overbeck einer der Gründer der „Litterarischen Gesellschaft“, 1802 ebenfalls Syndikus, zeitgleich Vorsitzender der Gemeinnützigen und unter der französischen Besatzung schließlich Bürgermeister. Nicht zuletzt war es die personelle Zusammensetzung der Gesellschaft, die ihre Entwicklung förderte (vgl. ebd., S. 450).

1057 Vgl. ebd., S. 451.

1058 Vgl. Vesely 1988b, S. 90f.

1059 Vgl. ebd., S. 90.

1060 Vgl. Vesely 1983, S. 21f.

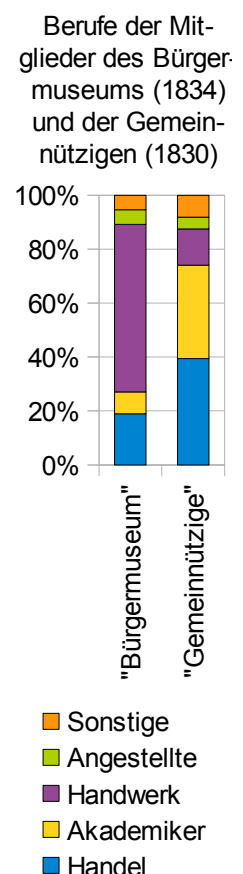
Konditormeister Niederegger als erster Handwerker in den Vorstand gewählt wurde, bestand dieser mehrheitlich aus Juristen, die im Verein aber nur etwa 10% der Mitglieder stellten. In den 1840ern wurde die Zusammensetzung noch einmal elitärer: Nun bestimmten drei Senatoren neben vier Kaufleuten und zwei Juristen die Geschicke des Vereins.¹⁰⁶¹

Auch an diesem Beispiel lässt sich veranschaulichen, dass die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ außerhalb des engen Kreises der Mitglieder in ihrer Außenwirkung wenig Gleichheit mit anderen, niedrigeren Gesellschaftsklassen suchte. Ein fürsorglicher, aber patriarchaler Anspruch bestimmte das Verhältnis zwischen den Initiatoren der vielen sozialen Einrichtungen und deren Nutznießern.¹⁰⁶²

B.1.9.1.3.4 Vergleich der Mitgliederzusammensetzung der Gemeinnützigen und des Bürgermuseums

Ein Vergleich zwischen der Lübecker Gemeinnützigen und dem Bürgermuseum in Konstanz zeigt noch einmal deutlich die Unterschiede in der Zusammensetzung beider Vereine: Die Handwerkerschaft hatte in Konstanz bereits bei der Gründung des Museums ein deutliches Übergewicht zu Akademikern und Kaufleuten. Vergleichbar war hingegen der Anteil der Angestellten. Während die Gemeinnützige eine elitäre Gruppe repräsentierte und bereits im Vormärzzeitraum einflussreiche Mitglieder in der Staatsführung besaß,¹⁰⁶³ war das Bürgermuseum in Konstanz eher „bodenständig“, aus Angehörigen der Mittelschicht bzw. dem Handwerk zusammengesetzt.

Diskussionen, wie sie ab 1834 die *Blätter* abdruckten, waren daher von einiger Wichtigkeit, auch in Hinblick auf die Fortentwicklung der offiziellen Politik des Staates. Das Bürgermuseum besaß zwar in der Person des Redakteurs Rolle und seiner *Konstanzer Zeitung* eine Verbindung, der Einfluss des Vereins wird aber gering geblieben sein.



¹⁰⁶¹ Vgl. ebd.

¹⁰⁶² Vgl. Weppelmann 1980, S. 159.

¹⁰⁶³ „Da [...] ein Großteil der Kaufleute zur Gemeinnützigen zählte, waren hier alle maßgebenden Kräfte vereinigt [...]. Eine große Zahl politischer Funktionsträger ist aus der Gemeinnützigen hervorgegangen bzw. war Gesellschaftsmitglied. So waren zeitweise alle Senatoren und Bürgermeister Vereinsmitglieder [...]. Auch der Lübecker Abgeordnete im Paulskirchenparlament, Ernst Deecke, war Gesellschaftsmitglied.“ (Vesely 1988b, S. 90).

B.1.9.2 Sängervereine und das Lübecker Sängerfest 1847

Seit 1818 gründeten sich beginnend mit dem „Musikverein“ in Lübeck eine Reihe ähnlicher Zusammenschlüsse. Der „Musikverein“ benannte sich 1827 in „Gesangverein“ um und zählte 1838 bereits 71 Mitglieder, die an mehreren norddeutschen Musikfesten der Zeit teilnahmen. Hinzu traten ab den 1830er Jahren einige Volksgesangvereine.¹⁰⁶⁴ Einer der bedeutendsten Musikvereine war die „Lübecker Liedertafel“ von 1842, die neben aktiven Sängern auch passive Mitglieder aufnahm und sich von den Gesangvereinen der 1830er Jahre unterschied.¹⁰⁶⁵ Vorbereitet wurde auch diese Gründung in den Reihen der Gemeinnützigen, zu der auch später eine enge personelle Verknüpfung erhalten blieb.¹⁰⁶⁶ Der Verein führte regelmäßig sogenannte „sociale Abende“ durch. Das Revolutionsjahr 1848 beeinträchtigte seine Tätigkeit kaum: Zwar fanden von Juli bis Oktober 1848 keine Gesangsproben statt, die geselligen Abende wurden aber dennoch in der gewohnten Weise fortgesetzt.¹⁰⁶⁷

Das Lübecker Sängerfest von 1847 war eine national bedeutsame Veranstaltung, die auch von Sangesbrüdern aus Süd- und Westdeutschland besucht wurde. Die über 1.000 Festteilnehmer waren Kaufleute, Lehrer und Musiker oder staatliche Bedienstete.¹⁰⁶⁸ Die hohe Teilnehmerzahl zwang die Verantwortlichen, diese bei Herbergsvätern aus allen Schichten der Bevölkerung unterzubringen.¹⁰⁶⁹ Das Fest war volkstümlich gehalten, hatte Volksfestcharakter.¹⁰⁷⁰

Die Veranstalter, die aus den Reihen der Lübecker Vereine, allen voran aus der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ und der „Lübecker Liedertafel“ kamen, wollten das Bewusstsein der Einheit des Vaterlandes fördern und ihre Ideen verbreiten.¹⁰⁷¹ Zwar herrschte Einigkeit darüber, dass eine deutsche Einheit herbeigeführt werden müsse, wie dies aber praktisch durchgeführt werden sollte, darüber herrschten unterschiedliche Auffassungen.¹⁰⁷²

1064 Vgl. Vesely 1983, S. 8.

1065 Vgl. ebd., S. 11.

1066 Vgl. ebd., S. 67.

1067 Vgl. ebd., S. 13.

1068 Vgl. ebd., S. 56f.

1069 Vgl. ebd., S. 57. Allein für das Festessen wurden 1.736 Karten verkauft, wobei es eine Anzahl Fremder und Einheimischer gab, die keine Karten mehr erhalten konnten (vgl. ebd., S. 58).

1070 Vgl. ebd., S. 58.

1071 Vgl. ebd., S. 60.

1072 Vgl. ebd., S. 62, wörtlich: „Wenn auch über die Form des angestrebten einigen Deutschlands recht unterschiedliche Meinungen vorherrschten, so bildete das Streben nach Einheit doch das gemeinsame Ziel. Aber auch Forderungen nach einer Verfassung, nach gleichem Recht und nach einer Volksvertretung wurden recht häufig erhoben.“ (ebd.).

B.1.9.3 Die Germanistenversammlung in Lübeck

Im Unterschied zum Sängertag bestimmte ein mehr akademisch-intellektueller Charakter die Germanistenversammlung desselben Jahres. Beide Veranstaltungen verband die Absicht, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen zu fördern.¹⁰⁷³ Die gemeinsame Sprache und die Literatur waren bereits seit dem 18. Jahrhundert zu tragenden Säulen der nationalen Einheitsbestrebungen der Deutschen geworden und bildeten die Grundlage des wachsenden Selbstvertrauens.¹⁰⁷⁴ Die Aktualität der deutschen Frage lässt sich anhand der Zahl angemeldeter Teilnehmer belegen, die im Falle der Germanistenversammlung bei rund 170 lag. Über hundert Besucher davon kamen aus den übrigen Ländern des Bundes. Unter ihnen befanden sich fünf Professoren der „Göttinger Sieben“.¹⁰⁷⁵

Neben der aktiven Teilnahme, die Wissenschaftlern und Intellektuellen vorbehalten war, hatten alle Bürger nach Maßgabe der vorhandenen räumlichen Kapazitäten die Möglichkeit, den Diskussionen beizuwohnen. Inhaltlich beschäftigte sich die Versammlung mit dem Auslandsdeutschtum, aber auch mit Fragen der Justizreform.¹⁰⁷⁶ In Lübeck versuchte man, die Kompetenz seiner Gäste für eine möglichst zeitgemäße Gestaltung der in Bearbeitung befindlichen Verfassungsnovelle gezielt zu nutzen.¹⁰⁷⁷

B.1.9.4 Religiös geprägte Vereine in Lübeck

Der älteste religiös motivierte Zusammenschluss in Lübeck war die 1814 gegründete Bibelgesellschaft, die sich wie ihr Eutiner Schwesterverein um die Verteilung der Heiligen Schrift unter der ärmeren Bevölkerung bemühte. 1821 wurde das religiöse Vereinswesen der Stadt durch einen Missionsverein erweitert, der die evangelische Missionsarbeit finanziell unterstützen sollte. Hinzu trat 1843 ein Zweigverein des „Gustav-Adolf-Vereins“. Dieser überregionale Zusammenschluss hatte zum Ziel, evangelische Christen in der Diaspora zu unterstützen.¹⁰⁷⁸

1073 Vgl. ebd.

1074 Vgl. Gall 1972, S. 14.

1075 Vgl. Vesely 1983, S. 63.

1076 Vgl. ebd. Hierbei bildeten Auseinandersetzungen um das zeitgemäßere Recht (deutsches oder römisches Recht) und die mögliche Einführung von Geschworenengerichten Schwerpunkte (vgl. ebd.).

1077 Vgl. ebd., S. 64

1078 Vgl. ebd., S. 7.

B.1.9.5 Gesellige Vereine

Den 1809 gegründeten geselligen Verein „Vereinigung“ setzte 1834 die „Harmonie“ fort. Diese Vereinigung bot Spielgelegenheiten, Lesezimmer und eine Schenke. Aufgrund des recht hohen Vereinsbeitrags von 24 Mark lübisch im Jahr konnten allerdings nur wohlhabende Bürger Mitglied werden.¹⁰⁷⁹ Der Zusammenschluss war doppelt so teuer wie die elitär zusammengesetzte Gemeinnützige.¹⁰⁸⁰

Weniger exklusiv ausgerichtet war der mit 4 Mark lübisch deutlich günstigere „Bürgerverein von 1837“, welcher ähnliche Ziele verfolgte wie die „Harmonie“. Der von Handwerkern besuchte Zusammenschluss zählte 1840 bereits 205 Mitglieder. Den Höhepunkt des Vereinslebens bildete ein Vogelschießen.¹⁰⁸¹

Lübeck zählte noch sechs weitere Geselligkeitsvereine, über die aber nichts weiter bekannt ist.¹⁰⁸²

B.1.9.6 Die „Jung-Lübeck-Bewegung“

In einer engen personellen Beziehung zur Gemeinnützigen und der Lübecker Liedertafel stand die „Jung-Lübeck-Bewegung“:

So zählte u.a. der Präses des Sängerkomitees von 1847, der spätere Bürgermeister Th. Behn und der spätere Lübecker Nationalparlamentsabgeordnete Ernst Deecke zu dieser Bewegung. Auch der 'Hauptwortführer' des 'Jungen Lübeck', Gustav Evers, war Mitglied beider Vereine.¹⁰⁸³

Sprachrohr der Bewegung waren die *Neuen Lübeckischen Blätter*, in denen der Kreis für seine Ideen einer politischen Modernisierung warb.¹⁰⁸⁴

1079 Vgl. ebd., S. 9.

1080 Vgl. ebd., S. 21f.

1081 Vgl. ebd.

1082 Vgl. ebd., S. 9. Mitte des 19. Jahrhunderts kamen noch zwei Frauenvereine hinzu, die sich ab den 1820er Jahren der Armenunterstützung zuwandten. Der „Frauenverein von 1813“ unterhielt eine „Näh- und Strickanstalt“ sowie ein Industriemagazin, um bedürftigen Frauen ein Einkommen zu ermöglichen. Ebenfalls sozial tätig war der 1842 gegründete „Weibliche Armenverein“, der sein Betätigungsfeld auf die Armenanstalt konzentrierte (vgl. ebd., S. 7f.). Ein „Mäßigkeitsverein wider dem Mißbrauch des Branntweintrinkens“ nahm sich seit 1837 der Alkoholkranken der Stadt an. Recht bedeutsam war auch der 1838 initiierte „Kunstverein“, der 1840 bereits mehr als 300 Mitglieder zählte und dessen Ziel es war, Kunstausstellungen in der Stadt zu organisieren. Mit dem „St. Katharinen-Fechtklub“ gab es in Lübeck seit 1836 eine burschenschaftsähnliche Vereinigung (vgl. ebd., S. 8f.).

1083 ebd., S. 68.

1084 Vgl. Kopitzsch 1988, S. 4.

B.2 Vorbemerkungen zu den *Neuen Lübeckischen Blättern*
B.2.1 Die Anfänge der *Neuen Lübeckischen Blätter*

Die einheimische Zeitungs- und Zeitschriftenpresse beschränkte sich in Lübeck bis Ende der 1820er Jahre auf die *Lübeckischen Anzeigen*, die seit 1751 regelmäßig erschienen.¹⁰⁸⁵ Es kam, wie in Eutin und andernorts, nur das örtliche Anzeigenblatt heraus. Mangels Alternativen nutzten auch die aufklärerischen Gesellschaften, allen voran die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, anfangs die *Anzeigen*, um ihr Tun einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.¹⁰⁸⁶

Am 7. Januar 1827 erschien die erste Ausgabe der *Lübeckischen Blätter*. Die Zeitschrift war zwar personell mit der gemeinnützigen Gesellschaft verbunden, erschien aber unabhängig von ihr.¹⁰⁸⁷ In der Erstausgabe hieß es zum Programm des neuen Blattes, die Vergangenheit solle Folie sein, die im Vergleich mit der Gegenwart die Grundlage für die Gestaltung der Zukunft bilden müsse. Als Besonderheit fügte der Herausgeber der *Blätter*, Johann Friedrich Petersen, an, dass die neue Zeitschrift keine bezahlten Redakteure unterhalte:

Aus ganz verschiedener Feder werden die Gaben fließen, welche diese Blätter dir bieten, aber aus keiner, welche um irdischen Lohn schreibt, oder durch den Schein von Gelehrsamkeit dich blenden will; was die *Lübeckischen Blätter* [Hervorhebung hinzugefügt; M.P.], das ward geschrieben aus Ehrfurcht vor dem einstigen, aus Liebe zu dem jetzigen Lübeck.¹⁰⁸⁸

Konkret wurde Petersen, indem er als Inhalt der vergleichenden Beschreibung von Vergangenem und Gegenwärtigem die Landwirtschaft anführte, zu der unterschiedliche Methoden der Bodenbearbeitung vorgestellt werden sollten.¹⁰⁸⁹ Nicht nur in diesem Punkt bestätigte der Eröffnungsartikel der neuen Zeitschrift die Merkmale von Zeitschriften der Aufklärung. Auch der progressive Gedanke, Fortschritt durch Wissen und Bildung erreichen zu können, wurde explizit deutlich: „Zu dem Landmanne, zu dem Bürger der Landstädte, in die niedrigsten Hütten sind Wohlleben und Luxus, diese unzertrennlichen Gefährten der Bildung gekommen.“¹⁰⁹⁰

Ergänzt werden sollten solche Ausführungen durch Dichtung. In der Sammlung aller

1085 Vgl. Behrens 1964, S. 27.

1086 Vgl. Kopitzsch 1988, S. 9.

1087 Vgl. Behrens 1964, S. 27. „Ohne Zusammenhang mit der Gesellschaft erschienen dann bei C. D. Schmidt vom Januar 1827 bis zum 22. Juni 1828 als Wochenschrift die 'Lübeckischen Blätter'. Den einleitenden Artikel schrieb der damalige Kandidat und spätere Pastor J. F. Petersen, ein sehr tätiges Mitglied der Gesellschaft. Vielleicht darf man daraus schließen, daß die Gesellschaft an dieser neuen Zeitschrift interessiert war.“ (ebd.).

1088 *Lübeckische Blätter*, 07.01.1827, S. 1.

1089 Vgl. ebd., S. 3.

1090 Ebd., S. 4.

Ausgaben von 1827/ 28 wurden, in einem später den *Lübeckischen Blättern* vorangestelltem Verzeichnis, die erschienenen Artikel in insgesamt fünf Kategorien gegliedert: „Historische Aufsätze“, „Erzählungen“, „vermischte Aufsätze“, „Poesien“ und „Aufsätze über das Lübecker Theater“. Schon dies macht deutlich, dass der Inhalt der *Lübeckischen Blätter* zeittypisch auf eine Sammlung poetischer Werke und historischer Erörterungen hinauslief. Sieht man von den Wirkungsmöglichkeiten der Poesie ab und beschränkt man sich auf prosaische Aufsätze, bot nur die Kategorie „vermischte Aufsätze“ Raum für die Erörterung politisch relevanter Themen.

Beispielsweise findet sich in Nr. 13 des Jahres 1828 ein Aufsatz zur „Preßfreiheit“, dessen Titel scheinbar kaum Interpretationsspielräume in Bezug auf dessen politische Ausrichtung bot: „Von den Vorzügen des Presszwangs vor der Preßfreiheit“. Ein Blick in den Text zeigt, dass es sich hierbei um einen satirischen Aufsatz der Zeitschrift *Die Wage* handelte, die von Ludwig Börne herausgegeben wurde.¹⁰⁹¹ Zwar wurde der Text in den *Lübeckischen Blättern* deutlich gekürzt wiedergegeben,¹⁰⁹² doch umfasste er die zitierten Passagen ohne weitere Auslassungen.¹⁰⁹³ Hierin hieß es:

Unsere Vorfahren, die sich nicht wie wir auf die Kunst verstanden, sich ihrer Sorgen durch Schreiben zu entlasten, riefen den Wein zu Hülfe (er war damals noch nicht so theuer, wie heutzutage), wenn sie etwas drückte, und blieben dabei stark und gesund. [...] [A]uch das ehemalige häusliche Glück, das unsere weniger schreib- und redseligen Vorfahren kannten, hat sich unter uns verloren, seitdem die Gedanken zollfrei geworden.¹⁰⁹⁴

Im Anschluss wurde gefordert, man sollte auf die Schriftstellerei Steuern erheben, denn diese wäre wie der Wein ein Weg, der zur Begeisterung führe.¹⁰⁹⁵ Ihre maximale Steigerung erreichte die ironisierende bis sarkastische Darstellung jedoch in zwei biblischen Anschlüssen: „Deshalb [...] komm' und erlöse uns von dem Übel unseliger Voreiligkeit; lehre uns a b w a r t e n und h a r r e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], aber auch hoffen.“¹⁰⁹⁶

1091 Vgl. *Die Wage* 1819, S. 291- 301. Ludwig Börnes *Wage* wurde als kritische Zeitschrift bereits 1821 verboten. Als weitere verbotene Zeitschriften sind Karl Gutzkows *Forum der Journal-Literatur* (Verbot 1831) und die *Deutsche Tribune* August Wirths (Verbot 1832) beispielhaft zu nennen (vgl. Schwitalla 1999, S. 87).

1092 *Die Wage* druckte die Satire auf etwa zehn Seiten ab, während die Fassung der *Lübeckischen Blättern* nur zwei Seiten in Anspruch nahm.

1093 Die Kennzeichnung der Auslassungen nahmen die *Blätter* durch zwei oder drei lange Striche vor, die sich jedoch auch im Originaltext als Gedankenstriche finden. Hier müsste genauer verglichen werden, ob es sich um Gedanken- oder Zensurstriche handelt, die schon in der Ausgabe von 1819 vorhanden waren.

1094 Willemer 1819, in: *Lübeckische Blätter*, 30.03.1828, S. 50.

1095 Vgl. ebd., S. 51.

1096 Ebd., S. 51. Die Anlehnung an biblische Texte ist vor dem Hintergrund, dass es sich um einen Vortrag „vor Frauen“, wie es die *Lübeckischen Blätter* schreiben, handelte, nicht verwunderlich. Die weibliche Erziehung, die Bildung der Mädchen, beschäftigte sich im beginnenden 19. Jahrhundert wesentlich mit Inhalten der christlichen Religionslehre, aus der hier bekannte Passagen gewählt und dem Thema „Preßzwang“ angepasst wurden.

Sowohl textimmanente Belege als auch Erscheinungsort und -zeit belegen die ironische Ausrichtung des scheinbar so obrigkeitshörigen Textes.¹⁰⁹⁷ Es ist erstaunlich, dass die *Lübeckischen Blätter* bereits 1828 einen Artikel einer verbotenen Zeitschrift abdruckten. Der Text fiel inhaltlich aus der ansonst bestimmenden „biedermeierlichen Gemütlichkeit“ heraus, indem in ihm selbst eben dies Typische kritisiert wurde. Mit dem Abdruck ironisierten sich die *Lübeckischen Blätter* in gewissem Umfange auch selbst.

Eher dem Bild eines biedermeierlichen Blattes entsprachen hingegen die Artikel „Einige Bemerkungen über russische Dampfbäder“, „Die löbliche Sitte des Thee- und Kaffetrinkens“ oder Ähnliches. Im heutigen Sinne von „politisch“ dürften neben dem Artikel zur Pressefreiheit bzw. zum „Preßzwang“ noch „Über Spielplätze der Jugend“ oder „Wozu haben wir Gefängnisse?“ zu zählen sein.¹⁰⁹⁸

Veranschaulicht werden sollte der Inhalt der neuen Zeitschrift auch durch eine Vignette, die ab der zweiten Ausgabe über dem Titel abgedruckt wurde und dem Leser die Ausrichtung des Blattes veranschaulichen sollte:



(*Lübeckische Blätter*, 14. Januar 1827, S. 1)

Die janusköpfige Darstellung, Kunst (links) und Wissenschaft (rechts), zu denen Jugend und Alter geordnet wurden, versinnbildlichte die zweifache Ausrichtung des Blattes, dessen Zielsetzung sich wie folgt ausdrücken lässt: Auf Grundlage der Vergangenheit als Maßstab der Bewertung des Bestehenden sollte die Gegenwart mithilfe eines breit angelegten öffentlichen Diskurses verbessert werden. Hinzu treten sollten Elemente des Künstlerischen.

1097 Als weiterer Beleg ließe sich anführen, dass sich der genannte Artikel in eine Folge ausnahmslos kritischer Texte über die mangelnde Pressefreiheit eingebettet fand. Unmittelbar an den Schluss fügte sich die Fortsetzung der „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur“ an.

1098 Unter „Poesie“ waren zum Beispiel „Klage einer eingefangenen Nachtigall an eine freie Schwester bei Dresden“ (1827, Nr. 19), ganz dem Geschmack der Zeit entsprechend, oder „Die Nympe der Wakenitz“ (1827, Nr. 20) zu finden. Beide Gedichte enthielten keinerlei politische Forderungen und sind daher Ausdruck einer noch wenig politisierten Zeitschrift.

Mit dem Ende der *Lübeckischen Blätter* 1828 riss die Diskussion über eine mögliche publizistische Tätigkeit der Gesellschaft nicht ab. Bereits im Januar 1830 gab es Überlegungen des Direktors der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ zur Herausgabe einer Zeitschrift, die sich mit der Stadtgeschichte Lübecks befassen sollte, ähnlich wie es die *Lübeckischen Blätter* zuvor versucht hatten.¹⁰⁹⁹ Ganz dem aufklärerischen Sinn folgend, die eigenen Gedanken einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und somit auf diese einzuwirken, war Ludwig Hellers Vorschlag zur Gründung einer neuen Zeitschrift aus dem Dezember 1830 verpflichtet.¹¹⁰⁰

B.2.2 Allgemeines zu den *Neuen Lübeckischen Blättern*

Nach weiteren Versuchen, eine Zeitschrift zu gründen, zuletzt 1831 von Dr. Overbeck initiiert, brachte die Rohden'sche Buchhandlung in eigener Redaktion ab 1835 die *Neuen Lübeckischen Blätter* heraus.¹¹⁰¹ Bereits die Namensgebung unterstrich die Tradition der vormaligen *Lübeckischen Blätter*. Diese waren zwar bei C. D. Schmidt erschienen, zeigten aber dennoch bemerkenswerte Parallelen auf:

Sie [die *Neuen Lübeckischen Blätter*] waren zwar keine Zeitschrift der Gesellschaft, standen ihr aber von Anfang an sehr nah. Die Buchhandlung erklärte sich gegen einen Druckkostenzuschuss von 30 Mark lübeckisch bereit, der Gemeinnützigen Gesellschaft einen Teil des Blattes unter eigener Redaktion zur Verfügung zu stellen. Diese Redaktion übernahm Dr. Ludwig Heller.¹¹⁰²

Von einer Vereinszeitschrift im heutigen Sinne kann in Bezug auf die *Neuen Lübeckischen Blätter* keine Rede sein: Vereinsnachrichten der „Gemeinnützigen“ wurden zwar in beinahe jeder Ausgabe veröffentlicht,¹¹⁰³ doch nahmen diese keine prominente Stellung innerhalb der Zeitschrift ein.

Wie sich die *Blätter* angesichts der Ereignisse der Jahre 1848/ 49 entwickelten, dessen nahm sich die Forschung bisher nicht an. Die Zahl der Abonnenten der *Blätter* lag in den 1840er Jahren bei rund 300. Während der Revolutionsjahre änderte sich die Auflagenhöhe nicht. Erst mit der Revisionszeit zu Beginn der 1850er Jahre ging die Zahl der regelmäßigen Bezieher auf 180 zurück.¹¹⁰⁴ Bis zu ihrem Verbot 1859 kämpften die *Neuen Lübeckischen Blätter* weiter für eine politische Öffentlichkeit.¹¹⁰⁵

1099 Vgl. ebd.

1100 Vgl. Behrens 1964, S. 27.

1101 Vgl. ebd., S. 28.

1102 Ebd.

1103 Lediglich in der Sonderausgabe vom 31.01.1848 werden keine Nachrichten des Vereins veröffentlicht.

1104 Vgl. Graßmann 1997, S. 616.

1105 Vgl. Behrens 1964, S. 28.

B.3 Quantitative Vorbemerkungen zu den *Neuen Lübeckischen Blättern*
 B.3.1 Allgemeines

Grunddaten der *Neuen Lübeckischen Blätter*

Umfang des Jahrgangs			
1847	424 Seiten	52 Ausgaben	
1848	472 Seiten	56 Ausgaben	
1849	426 Seiten	52 Ausgaben	
1850	428 Seiten	52 Ausgaben	
durchschnittliche Länge einer Ausgabe			
1847	8,2 Seiten		
1848	8,4 Seiten		
1849	8,2 Seiten		
1850	8,2 Seiten		
Auflage	300 Stück	(1840er Jahre, vgl. Graßmann 1997, S. 616)	

Analog zu den allgemeinen Vorbemerkungen zur quantitativen Gestaltung der *Konstanzer Zeitung* im Vorgang der inhaltlichen Analyse folgen hier Ausführungen zu den *Neuen Lübeckischen Blättern*. Im Einzelnen ergibt sich allerdings oftmals keine direkte Vergleichbarkeit, da eine Aufstellung der zitierten Zeitungen in den *Blättern* infolge der niedrigen Zahl nachgewiesener Übernahmen kaum Gewicht hat. Im Anhang findet sich eine Tabelle mit einer genauen Aufschlüsselung jeder Übernahme sowie der Anzahl der erfassten Artikel je Einsender.

B.3.2 Zum Umfang der *Neuen Lübeckischen Blätter*

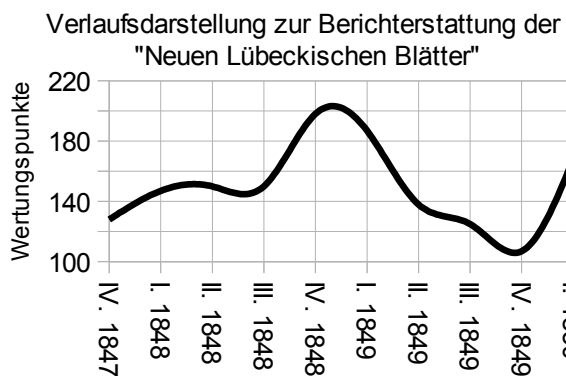
Es zeigt sich, dass sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg der Gesamtumfang der *Neuen Lübeckischen Blätter* nicht änderte. Das Zwei-Bogen-Format im siebentägigen Intervall wurde nur zweimal, am 31. Januar 1848 und am 28. März 1848, durch je eine Sonderausgabe unterbrochen. Schaut man hier in den Inhalt, stellt man fest, dass sich die Sondernummer vom 31. Januar mit Währungsproblemen beschäftigte. Die zweite Sonderausgabe vom 28. März 1848 ging auf die Frage des Wahlrechts ein, welche in den *Neuen Lübeckischen Blättern* zumeist auf die Wahlmöglichkeit zwischen ständischem und staatsbürgerlichem Wahlrecht verengt wurde. Eine Ausweitung der Nachrichtenspalte „Kleine Chronik“ ist nicht nachzuweisen.¹¹⁰⁶

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* wurden für den Zeitraum von III. Quartal 1847 bis zum I. Quartal 1850 in ihrem gesamten Umfang durchgesehen. Da die Zeitschrift nur freitags

¹¹⁰⁶ Vgl. Übersicht in der Anlage. Es ging dabei um die Versammlung im Bürgerschützenhof, die ebenfalls am 28.03.1848 stattfand. Gegenstand der Verhandlungen war eine Petition, die ein gleiches, aber ständisches Wahlrecht forderte (vgl. *Lübecker Korrespondent*, 04.04.1848, S. 16).

erschien, konnten sämtliche Ausgaben der zehn Quartale erfasst werden.

B.3.3 Allgemeiner Verlauf der Berichterstattung der erfassten Kategorien

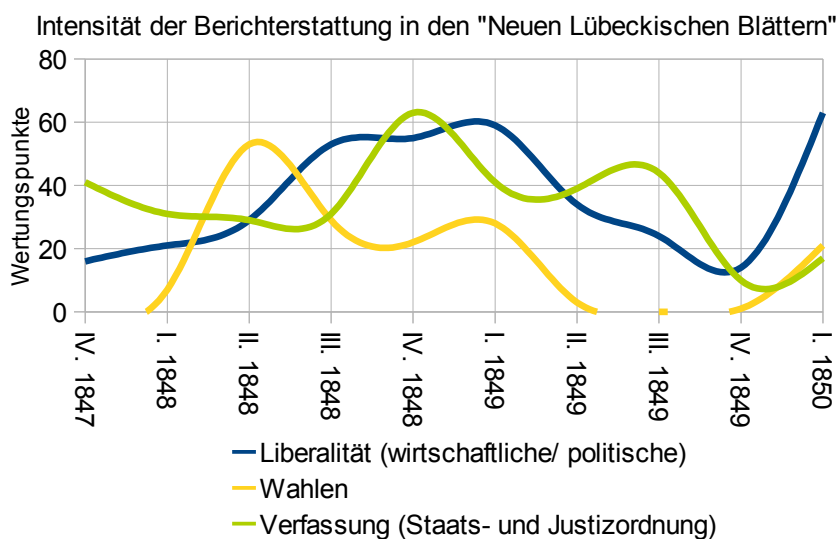


Grundsätzlich lässt sich zeigen, dass die *Blätter* im II. und IV. Quartal 1848 breiter über die hier relevanten Themen berichteten. Das letzte Quartal 1848 brachte mit 120 Wertungspunkten den Höhepunkt der Berichterstattung hervor; bis zum IV. Quartal 1849 sank dieser Wert auf etwas über ein Drittel ab. Es waren die

Frühlingsmonate und die Herbstmonate, die die Spitzen hervorbrachten.

Die Zeit, in der die Nationalversammlung gewählt wurde, brachte deutlich weniger Artikel hervor als das IV. Quartal 1848, in dem die Reaktion bereits deutlich an Boden gewonnen hatte. Es ist erstaunlich, dass der März als eigentlicher „Revolutionsmonat“ es nicht vermochte, thematisch mehr zu berichten, als es bereits das III. Quartal 1847 vollbracht hatte. Dies stützt zunächst die Annahme, die *Blätter* hätten zunächst abwartend auf die Ereignisse reagiert, um nicht Gefahr zu laufen, den gewählten Kurs korrigieren zu müssen. Dennoch gewann die Diskussion zu den Untersuchungskategorien seit dem I. Quartal 1848 deutlich an Intensität.

B.3.4 Übersicht zur Berichterstattung in den drei am höchsten gewichteten Kategorien



Artikel der Kategorie Liberalität gewannen zwischen dem Vormärz und den Monaten April 1848 bis März 1849 deutlich an Gewicht. Die Hochzeit der Nationalversammlung zu Frankfurt war auch die Zeit intensiver

Auseinandersetzungen mit Themen des Bereichs wirtschaftliche bzw. politische Liberalität. Mit dem Scheitern der Kaiserdeputation im April 1849 gingen die Debatten deutlich zurück und erfuhren erst in den ersten Monaten des Jahres 1850, also in der Phase der Vorbereitungen zum Erfurter Unionsparlament, erneut eine verstärkte Beachtung.

Mit den revolutionären Ereignissen in anderen deutschen Staaten wurde die Diskussion über die eigene Verfassung zunächst nicht intensiviert. Erst ab dem IV. Quartal 1848 berichteten die *Blätter* ausführlicher, um zum Jahreswechsel 1848/ 49 die höchste Intensität zu erreichen. Eben zu dieser Zeit verabschiedete die Paulskirche die „Grundrechte der Deutschen“, während Bürgerschaft und Senat das gleiche Wahlrecht festschrieben und die ständisch gegliederte Bürgerschaft zu Grabe trugen. Eine weitere Phase ausführlicher Auseinandersetzungen zur Verfassungs- und Justizordnung schloss sich im Sommer 1849 vor dem Hintergrund des Scheiterns der Nationalversammlung an.

Die Berichterstattung zum Thema „Wahlen“ ist von einer hohen zeitlichen Übereinstimmung zwischen den Abstimmungen zur Nationalversammlung im II. Quartal 1848, den Verfassungsdiskussionen in Lübeck im Herbst 1848 und der Wahl zum Unionsparlament in Erfurt bestimmt. Um die Wahltermine, bzw. im Vorfeld der erneuten Verfassungsdiskussion in Lübeck in der zweiten Jahreshälfte 1848, lassen sich Phasen häufigerer Publikationen erkennen.

B.3.5 In den *Blättern* zitierte Zeitungen

B.3.5.1 Die *Börsen-Halle*. *Hamburgische Abend-Zeitung für Handel, Schiffahrt und Politik*

Die *Börsen-Halle* war die im Untersuchungszeitraum am häufigsten in den *Neuen Lübeckischen Blättern* zitierte Zeitung. Sie erschien großformatig (etwa DIN A3), war vierseitig und von täglich montags bis samstags erhältlich. Das spezifisch merkantile Interesse ihrer Leserschaft bediente das Blatt dabei auf den ersten zwei Seiten, die in lateinischen Lettern ausgeführte Handelsnachrichten enthielten. Diesen folgten auf den letzten beiden Seiten Nachrichten aus deutschen und anderen Ländern; auf der vierten enthielt die *Börsen-Halle* ein Inhaltsverzeichnis.¹¹⁰⁷ Hervorzuheben ist, dass das Hamburger Blatt in seinen Korrespondenzen zum Teil auch auf Artikel der *Neuen Lübeckischen Blätter* Bezug nahm.¹¹⁰⁸ Der Austausch beider Periodika war also ein gegenseitiger.

¹¹⁰⁷ Vgl. *Hamburgische Börsen-Halle*, 13.03.1848 u. 09.11.1848.

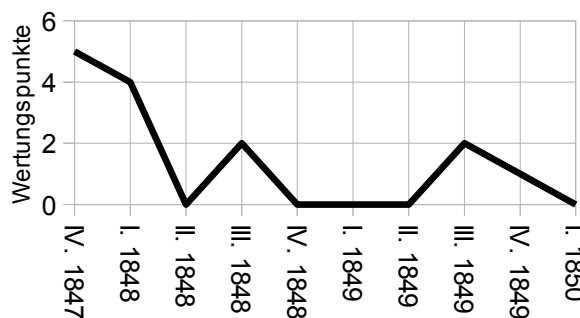
¹¹⁰⁸ Vgl. ebd., 13.03.1848, S. 4.

Die politische Tendenz der Zeitung war bisher noch nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Die handelszentrierte Ausrichtung des Blattes und dessen sprachliche Gestaltung lassen auf eine konstitutionelle Tendenz schließen. Weitere Zeitungen wurden nur sporadisch aufgenommen, weshalb eine genauere Betrachtung hierzu unterbleibt.¹¹⁰⁹

- B.4 Zur inhaltlichen Auswertung der *Blätter*
- B.4.1 Auswertung der Kategorie „Jüdische Bürger“
- B.4.1.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Jüdische Bürger“ zählen alle Artikel, die sich in den *Neuen Lübeckischen Blättern* mit den Problemen „Judenemanzipation“, „Judenexzessen“ oder jüdischem Leben allgemein befassten. Mit einer Summe von 14 Wertungspunkten über alle zehn Untersuchungsquartale hinweg ist diese Kategorie diejenige, welche die Zeitschrift am wenigsten beachtete.

Verlaufsdarstellung zur Kategorie "Jüdische Bürger" Während die Berichterstattung im letzten



Vormärzquartal mit fünf Wertungspunkten nicht gerade intensiv gewesen war, fielen die acht Quartale zwischen dem II. Quartal 1848 und dem letzten Untersuchungsquartal zu Jahresbeginn 1850 auf nahezu Null. Die Problematik der rechtlichen Gleichstellung

von Juden wurde offenbar nur am Rande diskutiert, obwohl deren Emanzipation im Lübeck des Vormärz‘ oftmals Gegenstand der Diskussion gewesen war.¹¹¹⁰

Eine erste zeitliche Betrachtung des Diskussionsverlaufs legt nahe, dass sich die *Blätter* spätestens nach Verabschiedung der Lübecker Aprilkonstitution anderen Themen widmeten.

B.4.1.2 Die Kategorie „Jüdische Bürger“ gegen Ende des Vormärz'

Am 4. Dezember 1847 wies die Redaktion der *Blätter* ihre Leser in der „Kleinen Chronik“ auf einen Artikel des *Hamburgischen Correspondenten* hin, in dem auf die Geschichte der

¹¹⁰⁹ Vgl. dazu die Übersicht zu den zitierten Zeitungen in den *Neuen Lübeckischen Blättern* in der Anlage dieser Arbeit.

¹¹¹⁰ Vgl. dazu die Vorbemerkungen zur Kategorie „Jüdische Bürger“ im einleitenden Teil der Arbeit.

Juden in Lübeck und auf die Bemühungen zu deren Gleichstellung eingegangen wurde. Seit Kurzem verfolge man in der eigenen Stadt die Emanzipationsbestrebungen mit neuem Eifer, hieß es weiter.¹¹¹¹ Abschließend wies die Redaktion darauf hin, dass sie in den nächsten Wochen eine bereits seit einiger Zeit vorliegende Einsendung zu diesem Thema drucken werde.¹¹¹²

Gleich in der ersten Ausgabe der *Blätter* im Revolutionsjahr 1848 fand sich eine Fortschreibung der in einer der letzten Nummern 1847 erschienenen Übersicht zu der rechtlichen Stellung der Juden in einzelnen deutschen Staaten. „87“ strich in der „Kleinen Chronik“ zunächst die enge Verbindung der *Neuen Lübeckischen Blätter* mit dem Geist des Fortschritts heraus.¹¹¹³ Seit Jahren arbeite in Lübeck eine Kommission zur Verbesserung der Lage der örtlichen Juden, die nun bald ans Ende ihrer Beratungen gelangt sei. Der Verfasser appellierte an die Leser, das Verbindende zwischen Juden und Christen zu sehen und „[...] ein altes Unrecht durch freisinnige Gewährung der bürgerlichen und politischen Rechte an die mit uns durch den Glauben an E i n e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Gott verbundenen Israeliten wieder gut zu machen [...]“.¹¹¹⁴ Mit dem Ziel, öffentlichen Druck auf die Kommission und die Entscheidungsträger in Senat und Bürgerschaft auszuüben, ließ „87“ einige neue Entwicklungen in der Gleichstellungsfrage folgen, die unter anderem aus Baden berichteten, dass dort die vollständige Gleichstellung in einem Gesetzentwurf der Regierung Bekk-Trefurt in Vorbereitung sei.¹¹¹⁵

Anfang Februar 1848 griff „12“ diese Problematik erneut auf. Er forderte zunächst die vollständige Gleichstellung von Juden und Christen, da sich nur so der gefährliche Notstand der in Moislingen ghettoisierten Juden beseitigen lasse. Man müsse das „System der Halbheit“ verlassen und endlich zu durchgreifenden Reformen kommen.

Zwei Bekanntmachungen vom 28. Januar 1848 waren nach Überzeugung des Verfassers dazu geeignet, die Emanzipation vorzubereiten. Sie betrafen die Pflicht zur Führung eines Familienstandregisters und zur Annahme eindeutiger und erblicher Familiennamen, die eine Identifikation des Einzelnen ermöglichen sollten.¹¹¹⁶

1111 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 08.12.1847, S. 400. Die entsprechende Ausgabe des *Hamburgischen Correspondenten* liegt nicht mehr vor.

1112 Vgl. ebd. Zur Begründung für den bisher unterbliebenen Abdruck führte die Redaktion mangelnden Platz an (vgl. ebd.).

1113 Vgl. ebd., 02.01.1848, S. 7.

1114 Ebd.

1115 Vgl. ebd., S. 8.

1116 Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 49f. In seinem Fazit forderte „12“ ausdrücklich Reformen: „Mögen diesen Verordnungen [über die Führung eines Familienstandsregisters und eines Nachnamens; M. P.] [...] durchgreifende und den gerechten Anforderungen der Gegenwart entsprechende Reformen des kläglichen Zustandes unserer Israeliten, der schon zu lange **ein Schandfleck unserer Geschichte** [Hervorhebung

B.4.1.3 Das Thema „Judenemanzipation“ bis zum Jahresende 1848

Nach einer Pause in der Berichterstattung während des II. Quartals 1848 nahmen sich die *Blätter* im III. Quartal erneut der Problematik an: In Frankfurt sollte Ende August von den Urwählern eine Verfassungsrevisionskommission gebildet werden, schrieben die *Blätter*. Urwähler mit aktivem und passivem Stimmrecht müssten allerdings christlicher Konfession sein, weshalb die jüdische Gemeinde der Stadt eine Eingabe an den Frankfurter Senat gesandt habe. In der Antwort betonte dieser daraufhin, dass man die neue Verfassung nach Maßgabe der Regelungen der bisher gültigen Konstitution einführen wolle, was jüdische Bürger von einer Teilnahme an Wahlen bzw. Beratungen der Revisionskommission fernhalte. Die *Blätter*, welche diese Meldung einer Nachricht im *Volksfreund* entnommen hatten, begrüßten das Beharren des Frankfurter Senats auf dem „verfassungsmäßigen Wege“ und nahmen dabei die fortgesetzte Diskriminierung von Menschen jüdischen Glaubens und christlichen Einwohnern ohne Bürgerrecht bewusst in Kauf.¹¹¹⁷

Mitte September 1848 zogen die *Blätter* eine Parallele von Finanzspekulation und Judentum: „Seit den vergangenen 5 bis 6 Wochen haben namentlich unsere betriebsamen jüdischen Einwohner sich ein Geschäft daraus gemacht, die Neuzweidrittel [eine Kurantmünze; M. P.] aufzukaufen [...].“¹¹¹⁸ Der Verfasser dieses Eintrags der „Kleinen Chronik“ betonte weiterhin den Geschäftssinn der Moislinger Juden, der diese vor den christlichen Kaufleuten auszeichne. Statt gegen die Aufkäufer der neuen Münze zu polemisieren, hieß es weiter: „Wir sehen gern den Zeitpunkt herannahen, wo endlich eine alte Ungerechtigkeit [...] gut gemacht werden soll, und werden die jüdischen Kaufleute bei uns w i l l k o m m e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] heißen.“¹¹¹⁹

Nach diesem Artikel, der noch einmal die Emanzipation der jüdischen Einwohner forderte, fanden sich in den *Blättern* bis ins III. Quartal 1849 keine weiteren Artikel zu dieser Kategorie.

Im Dezember 1848 schlug die Verfassungsrevisionskommission schließlich vor, dass sich ggf. in die Bürgerschaft gewählte jüdische Abgeordnete bis zu einer klar geregelten Trennung von Staat und Kirche bei Angelegenheiten der christlichen Kirche weder zu äußern noch über diese abzustimmen das Recht hätten.¹¹²⁰

hinzugefügt; M. P.], bald nachfolgen!“ (ebd., S. 50).

1117 Vgl. ebd., 27.08.1848, S. 312.

1118 Ebd., 17.09.1848, S. 344.

1119 Ebd.

1120 Vgl. ebd., 03.12.1848, S. 432 u. 435.

Es ist auffällig, dass seitens der *Neuen Lübeckischen Blätter* zwar Finanzspekulation und jüdisches Bekenntnis in Verbindung gebracht wurden, aber dennoch die Gleichstellung eben dieser Einwohner gefordert wurde. Offenbar handelte der Verfasser selbstbewusst bzw. er anerkannte die unterstellte Geschäftstüchtigkeit als positives Wesensmerkmal, vor dem ihm selbst offenbar nicht bange war. Dass jüdische Bürger nach Ansicht der Verfassungsrevisionskommission nicht über Angelegenheiten der christlichen Kirche abzustimmen das Recht haben sollten, ist folgerichtig und kann kaum als vorurteilsbesetzte Aussage gewertet werden.

B.4.1.4 Die Diskussion zu den Folgen der absehbaren vollständigen Emanzipation der Juden: Zur Frage der Sonntagsruhe

Erst in „Die Sonntagsfeier“ befassten sich die Lübecker im Sommer 1849 erneut mit den Konsequenzen der Emanzipation jüdischer Bürger, welche das Blatt vor dem Hintergrund allgemeiner politischer Revisionsbestrebungen als eine der „völlig gesicherten Errungenschaften des deutschen Volkes“ bezeichnete.¹¹²¹ Der Verfasser beschrieb zunächst die parallele religiöse Bestimmung von Bürgern christlicher Konfession und der Juden, dass beide gleichermaßen angehalten seien, einen Tag in der Woche die Arbeit ruhen zu lassen und sich stattdessen der religiösen Pflichten anzunehmen. Im Rahmen der Gleichstellung hatten sich jüdische Kaufleute in Lübeck niedergelassen, die auch sonntäglich ihr Geschäft öffneten. Hierfür verlangte der Einsender eine Regelung, die es den Christen ermöglichen würde, die Sonntagsruhe auch weiterhin einhalten zu können.¹¹²²

Im III. Quartal 1849 endete mit diesem Artikel zu Problemen des künftig gleichberechtigten Zusammenlebens von Christen und Juden die Betrachtung seitens der *Blätter*. Zwar positionierte sich der Verfasser kritisch zu jüdischen Händlern, die an Sonntagen öffneten, forderte aber nicht die Unterdrückung des jüdischen Gebots, sondern die Einhaltung des Ruhebedürfnisses der christlichen Mehrheit, die man durch weltliche Gesetzgebung sicherstellen wollte.

Im IV. Quartal 1849 schlossen die *Blätter* ihre Berichterstattung mit einem Beitrag aus der

¹¹²¹ Vgl. ebd., 22.07.1849, S. 237.

¹¹²² Vgl. ebd., rhetorisch fragte der Verfasser: „Soll der christliche Deutsche, Herr wie Diener, fortan gesetzlich k e i n e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] gemeinsamen Feier- und Ruhetag mehr haben und ihn heiligen können und dürfen? Zu unserer Zeit, wo es doch Vereine gegen Thierquälerei giebt!“ (ebd.).

Allgemeinen Kirchenzeitung, der in der „Kleinen Chronik“ vom 2. Dezember 1849 erschien.¹¹²³ Darin hieß es, die Genossenschaft zur Reform des Judentums in Berlin habe bereits Ende März 1849 beschlossen, den Sabbat künftig in ihrer Gemeinde an Sonntagen zu feiern. Die Verlegung sei aufgrund der erfolgten Emanzipation erforderlich geworden.¹¹²⁴

In diesem Eintrag der „Kleinen Chronik“ wurde den Lübeckern eine Lösungsmöglichkeit für das seit der bürgerlichen Gleichstellung der Lübecker jüdischen Glaubens schwelende Problem zweier differierender kirchlicher Vorschriften zum Ruhetag unterbreitet. Der Vorschlag des Berliner Reformvereins verhiess, die Problematik geöffneter (jüdischer) Geschäfte verhindern zu können und gleichzeitig die zu Integrierenden möglichst nicht als „auffällige“ Gruppe erscheinen zu lassen.

B.4.1.5 Zusammenfassende Rückschau

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* blieben bei einer insgesamt wenig intensiv geführten Debatte ihren progressiven Positionen seit dem Vormärz treu. Sie hielten konsequent an der Forderung nach Gleichstellung von Juden und Christen fest. Die Zeitschrift griff dabei im Jahr 1849 auch das Problem der Sonntagsruhe auf. Hierzu propagierte man praktikabel erscheinende Lösungsansätze und verzichtete diesbezüglich auf die Wiederholung der seinerzeit üblichen Vorurteile, die es ermöglicht hätten, sich dieser Problematik gar nicht erst stellen zu müssen.

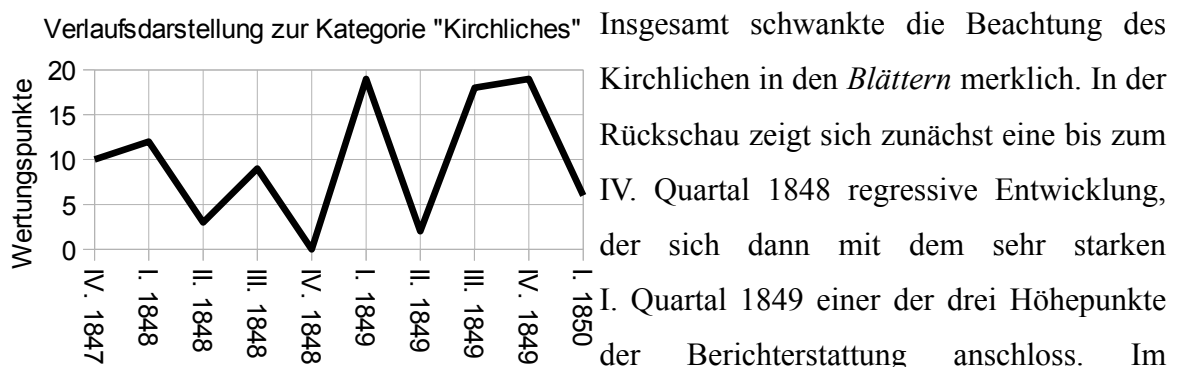
B.4.2 Auswertung der Kategorie „Kirchliches“

B.4.2.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Kirchliches“ zählen Artikel, die sich mit der Kirchenverfassung, dem Verhältnis von Kirche und Staat, kirchlichen Würdenträgern oder dem kirchlichen Gemeindeleben beschäftigten. Mit 98 Wertungspunkten in 10 Quartalen gestaltete sich die Berichterstattung im Bereich „Kirchliches“ mittelmäßig ausführlich. Sie überstieg die Beachtung der Kategorie „Jüdische Bürger“ zwar merklich, blieb aber ebenso deutlich hinter den Ausführungen zu Themenstellungen des Bereichs „Liberalität“ und „Verfassung“, die rund 350 Wertungspunkt erreichten, zurück.

¹¹²³ Vgl. ebd., 02.12.1849, S. 394.

¹¹²⁴ Vgl. ebd., wörtlich: „Der wöchentliche Gottesdienst dieser Gesellschaft wird am Sonntage abgehalten werden. Die bürgerliche Gleichberechtigung macht die Verlegung des Sabbaths auf den Sonntag nöthig.“ (ebd.).



II. Quartal 1849 eingebrochen, rückten Fragestellungen dieser Kategorie in den beiden letzten Quartalen des Jahres erneut in den Fokus der Betrachtung.

Offensichtliche Parallelen des Diskussionsverlaufs und der revolutionären Ereignisse der Zeit lassen sich zunächst nur für die rückläufige Beachtung im Jahr 1848 vermuten, während die Intensität der Schwankungen 1849 und das zurückgehende Interesse an den zunächst weniger politisch relevanten kirchlichen Themen kaum unter Hinweis auf die politischen Zeitströme erklärlich zu sein scheint. Ein Blick auf die inhaltliche Ebene mag darüber genaueren Aufschluss geben:

B.4.2.2 Die Kategorie „Kirchliches“ im Winterhalbjahr 1847/ 48

Im Bereich „Kirchliches“ befasste sich die Lübecker Zeitschrift im letzten Vormärzquartal ausschließlich mit der Orgel der St. Marienkirche. „49“ kritisierte Ende Oktober, dass nach Feststellung der Reparaturennotwendigkeit des Instrumentes bereits vier Monate ohne weitere Handlungen vergangen seien. Obwohl die Kirche oft nur wenig besucht sei, müsse die Orgel wiederhergestellt werden.¹¹²⁵

Am 14. November 1847 griff man das Thema erneut auf, verwies wiederum auf die lange Untätigkeit in dieser Frage und auf die Initiative einiger prominenter Bürger und des Geistlichen, Spenden für die Orgelsanierung sammeln zu wollen.¹¹²⁶

Beide Aufrufe verhallten offenbar nicht ungehört, denn Ende Dezember wandte sich „49“ auf der Titelseite der *Blätter* erneut an die Lübecker, um seinen Dank für die Einsetzung einer „Commission zur Herbeischaffung von Geldmitteln zum Bau der Orgel“ auszusprechen. Gleichzeitig warnte der Verfasser vor übereilten Schritten und legte ein planvolles Vorgehen unter Nutzung der Konkurrenz mehrerer deutscher

¹¹²⁵ Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 31.10.1847, S. 354.

¹¹²⁶ Vgl. ebd., 14.11.1847, S. 376, namentlich genannt wurden folgende Lübecker, die zum Teil auch selbst Mitglied der „Gesellschaft“ waren: Prediger Becker, J. J. Evers, Pastor Dr. Funk, L. Harms, Mann, J. H. Meyer, H. Münzenberger, J. G. Nöltingk, A. P. Rehder und J. N. Stollersoth (vgl. ebd.).

Orgelbauunternehmer nahe.¹¹²⁷

Im I. Quartal 1848 rückte das Interesse der Verfasser von der Orgelsanierung in der Marienkirche ab und wandte sich dem Gustav-Adolf-Verein zu. Dr. Thomas Behn war gleichermaßen Mitglied der „Gesellschaft zur Beförderung Gemeinnütziger Thätigkeit“, der „Lübecker Liedertafel“¹¹²⁸ und des Gustav-Adolf-Vereins, für welchen er Spendengelder entgegennahm. Der Vorstand des Lübecker Hauptvereins warb um Zuwendungen für den Bau einer Kirche in Rheine. Weiterhin sollten neue Mitglieder für den Verein angeworben werden, der nun nach einigen „Feuerproben“ auf weitere Unterstützer angewiesen sei.¹¹²⁹

Anfang Februar 1848 setzten die *Blätter* ihre wohlwollend-werbenden Berichterstattung über die Tätigkeit des Gustav-Adolf-Vereins fort. In der „Kleinen Chronik“ wurde ein Artikel des *Evangelischen Boten* zitiert,¹¹³⁰ der die neu gewonnene Eintracht der Lokalvereine pries: „Hier sah Niemand den Anderen als Sieger oder besiegt an, sondern Alle waren sich bewußt, daß die gute Sache der evangelischen Kirche und christlicher Einheit den Sieg davongetragen hatte.“¹¹³¹

Die Chronik Nr. 81, welche Ende März in den *Blättern* erschien, beinhaltete die Rechnungsablegung des Leipziger Hauptvereins und gab bekannt, dass die Spendensammlung für Perlach bei München es nun gestatte, dort eine evangelische Kirche zu errichten.¹¹³²

Die Berichterstattung im kirchlichen Bereich blieb bis zum Ende des I. Quartals 1848 politisch wenig bedeutend. Bis auf die stets wohlwollende Bezugnahme auf die Tätigkeit des Gustav-Adolf-Vereins lässt sich im Rückblick nichts im engeren Sinne Politisches entnehmen, auch blieben die revolutionären Umbrüche seit Februar 1848 zunächst folgenlos.

1127 Vgl. ebd., 26.12.1847, S. 417f. „49“ empfahl, zunächst in Zusammenarbeit mit einem Architekten Pläne zu entwickeln, woraufhin Kostenvoranschläge eingeholt werden sollten, um nach deren Prüfung den Auftrag schließlich zu den günstigsten Konditionen zu vergeben (vgl. ebd.).

1128 Vgl. Vesely 1983, S. 29.

1129 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 16.01.1848, S. 21f.

1130 Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 52.

1131 Ebd.

1132 Vgl. ebd., 28.03.1848, S. 130.

B.4.2.3 „Kirchliches“ bis Ende des Jahres 1848: Die Auswirkungen der revolutionären Erhebungen

Am 14. Mai 1848 konnten die Lübecker den *Blättern* entnehmen, dass die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins aufgrund der „Weltereignisse“ vertagt worden war. Da eine Generalversammlung die Vertagung hätte beschließen müssen, handelte der Lübecker Vorstand ordnungswidrig, indem er das Einverständnis der Mitglieder für den Vertagungsbeschluss voraussetzte.¹¹³³

Zwar nicht die Verlegung der Hauptversammlung selbst, wohl aber die Untätigkeit der Gustav-Adolf-Vereine wurde im Juni 1848 in den *Blättern* kritisiert. In der Einleitung eines der *Deutschen Zeitung* entnommenen Artikels wurde angemahnt, auch unter den momentanen politischen Bedingungen die Arbeit für den Protestantismus fortzusetzen, denn: „[D]er Protestantismus hat alle Ursache, sich zu wappnen und zu rüsten, um nicht von einem Gegner überrollt zu werden, dem man weder Energie noch eine geschickte Benutzung der Zeitverhältnisse absprechen kann.“¹¹³⁴ Entgegen der Darstellung in den *Wöchentlichen Anzeigen* verstand man in Lübeck den Gustav-Adolf-Verein als Waffe im Konflikt mit dem (katholischen) „Gegner“.¹¹³⁵

Die *Deutsche Zeitung* ging auf die Urwahlen der Rheinprovinz für die Nationalversammlung ein, welche für die katholischen Kandidaten einen deutlichen Sieg ergeben hatten. Das Blatt warf der Geistlichkeit vor, während der revolutionären Phase im Frühjahr 1848 die Gläubigen nicht zu Gebeten für den König aufgerufen zu haben. Die Kirche habe sich stattdessen erst nach Beruhigung der Lage programmatisch auf eine konstitutionelle Staatsordnung festgelegt.¹¹³⁶ Wenn man im Frühling von der Kanzel ebenso nachdrücklich wie nun für die eigenen Kandidaten geworben hätte, wären die „zahlreichen Unordnungen und Excesse“ des Frühlings wohl zu vermeiden gewesen, schloss die *Deutsche Zeitung*.¹¹³⁷

Die Berichterstattung über den Gustav-Adolf-Verein betonte insbesondere in der Juniausgabe der *Blätter* dessen antikatholische Ausrichtung. Dieser wurde nun vor dem Hintergrund des zunehmenden politischen Engagements der Katholischen Kirche ein

1133 Vgl. ebd., 14.05.1848, S. 181f., dazu: „Er [der Lübecker Vereinsvorstand; M. P.] bringt dieß [die Vertagung; M. P.] hiermit in der sichern Voraussetzung zur öffentlichen Kunde, daß die verehrlichen Mitglieder des Vereins sein Verfahren nur billigen werden.“ (ebd.).

1134 Ebd., 04.06.1848, S. 205, vgl. dort auch Vorstehendes.

1135 Vgl. ebd.

1136 Vgl. ebd.

1137 Vgl. ebd.

stärkeres Gewicht zugesprochen. Nach Auffassung der Zeitgenossen bedurfte es einer eigenen Organisation, um dem straff organisierten politischen Katholizismus angemessen begegnen zu können.

B.4.2.4 Probleme der musischen Gestaltung der Gottesdienste statt Verfassungsdiskussionen: Zur Berichterstattung im II. Halbjahr 1848

In der Kategorie „Kirchliches“ befasste man sich in Lübeck während des III. Quartals 1848 in den untersuchten Artikeln wiederum mit Fragen der musischen Gestaltung der Gottesdienste. „4“ stellte dem Choralgesang in Lübeck ein sehr schlechtes Zeugnis aus: „Die so oft gerühmte Herrlichkeit des evangelischen Choralgesangs ist untergegangen.“¹¹³⁸ Diesem Zustand müsse eine Initiative zur Hebung des Gesangs entgegengesetzt werden.¹¹³⁹

Nach diesem eine knappe Spalte umfassenden Artikel erschien im September eine umfangreichere Erörterung Pfarrer K. Mosches in den *Blättern*.¹¹⁴⁰ Mosche ging zunächst auf den Initiativartikel von „4“ ein, um im Anschluss einige Verbesserungsvorschläge zum Gesang vorzustellen. Neben den musikimmanenten Problemen wie der Beilegung eines Tones für jede Silbe des Liedtextes verwies der Verfasser auf Parallelen zwischen dem erschlaffenden Choralgesang in der Kirche und dem Gemeindeleben allgemein. Nach dem Niedergang im 18. Jahrhundert erwache das Gemeindeleben dieser Tage neu und so sei auch ein lebendigerer Gesang Forderung der Zeit.¹¹⁴¹ Für die Anpassung der Choräle an eine Anzahl verschiedener Takte innerhalb desselben Liedes müsse man zunächst eine Gruppe Musikfreunde finden, schloss Mosche.¹¹⁴²

In den letzten Monaten erschienen keine weiteren Mitteilungen zum Bereich „Kirchliches“. Im Zusammenhang mit den bereits unter „Jüdische Bürger“ besprochenen Vorschlägen der Verfassungsrevisionskommission war in den *Blättern* allerdings kurz von der bislang noch nicht vollzogenen Trennung von Staat und Kirche die Rede (s. o.).¹¹⁴³

1138 Ebd., 09.07.1848, S. 254, vgl. dort auch Vorstehendes.

1139 Vgl. ebd.

1140 Vgl. ebd., 10.09.1848, S. 323- 325.

1141 Vgl. ebd., S. 323.

1142 Vgl. ebd., S. 324f.

1143 Vgl. ebd., 03.12.1848, S. 432 u. 435.

B.4.2.5 Die Monate Januar bis August 1849 im Spiegel der Kategorie „Kirchliches“:
Zur Trennung von Kirche und Staat

Nach vierteljährlicher Unterbrechung erschien in der „Kleinen Chronik“ am 28. Januar 1849 erneut ein Artikel über Bibeln der englischen Bibelgesellschaft, für welche zahlreiche deutsche Gesellschaften spendeten. Der Verfasser kritisierte, dass die dort gedruckten Bibeln den einheimischen Druckern Aufträge entzögen. Durch die Zollfreiheit von Bibeln würden englische Druckereien gefördert, hieß es weiter. In Bezug auf den (deutschen) Drucktext merkte der Verfasser an, dass die Apokryphen in englischen Bibeln fehlten und betonte deren Wichtigkeit.¹¹⁴⁴

Am 11. Februar brachten die *Blätter* zwei Beiträge zum Kirchengesang in Lübeck. Während „39“ in „Der Kirchen- und Choralgesang“ auf anderthalb Seiten auszuführen versuchte, warum der Kirchengesang auch ohne Restauration der ursprünglichen Sangesweise der Choräle reformiert werden könne,¹¹⁴⁵ vertrat „3“ noch in derselben Ausgabe eine gegenteilige Ansicht.¹¹⁴⁶ Statt nur das Orgelspiel und den Vortrag der Choräle nach Maßgabe der Liedtexte und der Notenlänge anzupassen,¹¹⁴⁷ müsse man die Melodien wieder in ihrer ursprünglichen Form intonisieren,¹¹⁴⁸ was eine Veränderung des Liedtaktes in jeder Strophe bedeute, forderte „3“.¹¹⁴⁹

In einem unmittelbaren Zusammenhang mit den zeitgeschichtlichen Ereignissen des Frühjahrs 1849 stand der zweiteilige Aufsatz „Die deutschen Grundrechte in ihrer Beziehung auf die Neugestaltung unsrer einheimischen kirchlichen Verhältnisse“, den „37“ um den Monatswechsel Februar/ März veröffentlichen ließ.¹¹⁵⁰ Der inhaltlich zu untersuchende zweite Teil stellte einen möglichen Weg zur Trennung von Staat und (evangelisch-lutherischer) Kirche vor.¹¹⁵¹ Diese Konfession stehe in engerer Verbindung mit dem Staat als alle anderen religiösen Bekenntnisse, weshalb sich eine Trennung besonders schwierig gestalte. Die Vermögensverhältnisse der Kirche und des Staates waren

1144 Vgl. ebd., 28.01.1849, S. 32.

1145 Vgl. ebd., S. 46- 48.

1146 Vgl. ebd., S. 48.

1147 Vgl. ebd., S. 47, wörtlich: „[W]ir meinen, das [Ermüdende am bisherigen Choralgesang; M. P.] liegt mehr am Spiel und am Vortrag als an der gegenwärtigen Form des Chorals selbst.“ (ebd., S. 47).

1148 Vgl. ebd., S. 48. Erst durch Verfälschungen in den vergangenen Jahrhunderten sei der Gesang auf das gegenwärtige Niveau gesunken. „3“ beschloss sein Plädoyer für eine Restauration der alten Choralformen mit der (rhetorischen) Frage: „Wer würde wohl in anderen Dingen [als den Choralgesängen; M. P.] eine mangelhafte entstellte Copie dem Original vorziehen?“ (ebd., S. 48, vgl. dort auch Vorhergehendes).

1149 Vgl. ebd., 10.09.1848, S. 324.

1150 Vgl. ebd., 25.02.1849, S. 59- 63, vgl. ebd., 04.03.1849, S. 67- 69.

1151 Vgl. ebd.

miteinander verflochten.¹¹⁵²

Nichtsdestoweniger müssen doch irgendwie die ersten Schritte geschehen, um den in Folge der Form ihrer Verbindung mit dem Staate mannigfach beengten evangelisch-lutherischen Gemeinden zu größerer Freiheit und Selbstständigkeit zu verhelfen.¹¹⁵³

Als ersten Schritt brachte „37“ die Installation von Gemeindevorständen in die Diskussion ein, welche die momentan im Amt befindliche „gesetzliche Gewalt“ vornehmen sollte. Um dieses neue Gemeindegremium personell zu besetzen, sollten die bürgerlichen Vorsteher der Hauptkirchen im Verbund mit der Geistlichkeit geeignete Bürger benennen.¹¹⁵⁴ Im Gremium selbst müsste der Geistlichkeit eine geeignete Position eingeräumt werden, damit die Gemeinde nicht der Ansicht anheimfalle, die Seelsorge einem geeignet erscheinenden Pfarrer eigenmächtig übertragen zu können.¹¹⁵⁵

Anhand einer Anzahl Vorschläge zur Loslösung der Kirche vom Staat wollte der Verfasser die den Gemeinderäten zustehenden Rechte und Pflichten skizzieren: Die Kirche müsse unabhängig vom Staat sein, eine eigene kirchliche Oberbehörde besitzen, die unter anderem aus den Hauptpastoren und einer Abteilung des Lübecker Senats bestehen sollte. Die Verfassung wollte „37“ synodal mit Gemeindevorständen auf der unteren Ebene und der Landessynode an der Spitze ordnen.¹¹⁵⁶ Nach einer ersten Neuordnung auf Initiative der im Amt befindlichen (Kirchen)Leitung sollten die weiteren Grundsätze in der „freien Presse“ diskutiert werden, um in praktisch ausgerichteten Diskussionen die beste Kirchenordnung zu finden.¹¹⁵⁷

Es zeigte sich hier einmal mehr der Weg eines obrigkeitlichen Reformansatzes, der auf einem Vereinbarungsprinzip basierte, aber ausdrücklich die Möglichkeit der Mitgestaltung einer kritischen Öffentlichkeit vorsah.

Für die Verhältnisse ungewohnt kritisch nahm „Eine Lübeckische Synode“ Bezug auf die Umsetzung der Grundrechte auch im kirchlichen Bereich und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Stellung der Kirche im Staat.¹¹⁵⁸ Im Zuge der Durchführung von Grundrechten und Reichsverfassung, der sich Lübeck unterworfen

1152 Vgl. ebd., S. 67.

1153 Ebd.

1154 Vgl. ebd., S. 67f.

1155 Vgl. ebd., S. 68, wörtlich: „In den Gemeindevorständen müßte aber zugleich das geistliche Amt seine eigenthümliche Vertretung finden und eine besondere Stellung einnehmen, indem das geistliche Amt ein wesentlicher Bestandtheil der Gemeinde selbst ist, indem es keineswegs einseitig darf angesehen werden als ein von der Gesamtgemeinde dem Geistlichen übertragenes, sondern ebenso gut andererseits als ein von dem Herrn und Haupt der Gemeinde für die Erhaltung und Förderung derselben eingesetztes.“ (ebd.).

1156 Vgl. ebd.

1157 Vgl. ebd., S. 39.

1158 Vgl. ebd., 27.05.1849, S. 170- 172.

hatte, wollte der Senat eine Synode zur Revision der Kirchenverfassung einberufen. Dieser vorausgegangen war eine seit 1828 andauernde Diskussion über eine mögliche Neuordnung der Kirchenordnung und der Einführung einer Gemeindeordnung.¹¹⁵⁹

Der Verfasser dieser Einsendung sprach sich vehement gegen die Durchführung der Grundrechte im kirchlichen Bereich aus, wenn er den Gehorsam des Staates Lübeck gegenüber der Reichsverfassung lobend erwähnte. Er führte zwei Gründe an, die gegen eine Synode bzw. die Umsetzung der Grundrechte sprachen: Zunächst bestand die Befürchtung, dass vom eingeräumten Recht auf Konfessionslosigkeit bzw. Austritt aus der (protestantischen) Kirche häufig Gebrauch gemacht werden könnte.¹¹⁶⁰ Konfessionslosigkeit wurde gleichgesetzt mit sittlicher Verwahrlosung und Staatsgefährdung:

[D]ie Durchführung desselben [die betreffenden Paragraphen der Grundrechte; M. P.] würde das Wohl der Staaten **gefährlicher untergraben**, als die noch so sehr Überhand nehmende **Verbreitung socialistischer und communistischer Grundsätze** [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.].¹¹⁶¹

In einer Revision der Grundrechte müsse sichergestellt werden, dass jeder Bürger zumindest einer kirchlichen Gemeinschaft angehöre, deshalb und vor der allgemeinen politischen Lage Ende Mai 1849, die der Verfasser ausdrücklich ansprach, plädierte er für eine Aussetzung der Grundrechtsbestimmung in Bezug auf die Freiheit des Bekenntnisses als Ausdruck wahrer Vaterlandsliebe. Als zweiten Grund, der gegen eine Lübecker Synode spreche, bezeichnete der Verfasser die Gefahr, dass aus dieser Versammlung eine „Lübecker protestantische Kirche“ hervorgehen könne und verwies weiterhin auf die Gefahren mangelnden staatlichen Schutzes.¹¹⁶²

Eine dezidiert kritische Aufnahme der Grundrechte fand sich in den *Blättern* kaum. Sie bekräftigten meist den praktischen Weg der Nationalversammlung, ihrer Grundrechte und der Verfassung im Sinne der konstitutionellen Liberalen, während sich hier ein konservativer Geist ausdrückte. Zwar griff dieser den nationalen Gedanken auf, indem er

1159 Vgl. ebd., S. 170f.

1160 Vgl. ebd., S. 171, wörtlich: „Eine Menge von Menschen wird [...] aus dem kirchlichen Verband heraustreten, zum Theil blos, um von ihrer Freiheit einen Gebrauch zu machen, zum Theil aus den geringfügigsten persönlichen Gründen, zum Theil in völliger Unkenntniß dessen, was sie an der kirchlichen Gemeinschaft eigentlich haben, zum Theil schon deshalb, weil mit der Angehörigkeit zu einer Kirche künftig mehr als bis jetzt Ausgaben verbunden sein werden.“ (ebd.).

1161 Ebd. Zur Entstehung der betreffenden Bestimmungen in den Grundrechten hieß es: „Ein solches Gesetz konnte nur in einer Versammlung gegeben werden, in welcher bei Beurtheilung kirchlicher Verhältnisse Indifferentismus, Leidenschaftlichkeit und Ultramontismus verbündet die Majorität gewinnen konnten, es ist das verderblichste, welches überhaupt in den Grundrechten enthalten ist [...]“ (ebd.).

1162 Vgl. ebd., S. 171f. Als „Reform“ erachtete der Verfasser als ausreichend, Wahlen für die Gemeindevorsteher auf Basis des gleichen und allgemeinen Wahlrechts durchführen zu lassen. Die legitimierten Gemeindevorsteher könnten dann eine Synode ins Leben rufen (vgl. ebd.).

vor Separation im Kirchlichen warnte, gleichzeitig betonte er die Vorteile einer staatlichen Gebundenheit der Kirche mit ihrer sowohl innerkirchlich als auch gegenüber dem Staat stabilisierenden Funktion. In den *Blättern* wurde über den praktischen Umgang mit dieser Problematik ab Ende Februar 1849 diskutiert.¹¹⁶³

Am 8. Juli 1849 ging Pastor Plitt aus Genin auf die Geschehnisse der letzten Monate ein.¹¹⁶⁴ Die *Lübeckischen Anzeigen* hatten am 30. Juni ein Sitzungsprotokoll des Bürgerausschusses gebracht, in welchem die Lübecker zu lebhafter Anteilnahme am Kirchenreformprozess eingeladen wurden. Plitt nahm dies zum Anlass, sich gegen die Vorlage des Senats zu positionieren, indem er dem Rat allein das Recht zusprach, über die Kirchenverhältnisse zu entscheiden. Dieser hatte sich allerdings, gemäß den neuen Bestimmungen der Dezemberverfassung, an die Bürgerschaft gewandt, um gemeinsam mit ihr die Reform zu beraten.¹¹⁶⁵

Neben der Rechtmäßigkeit bürgerschaftlicher Mitbestimmung verwarf Plitt mit deutlich konservativem Ansatz das Prinzip der mittelbaren und gleichen Wahl aller männlichen Gemeindeangehörigen über die Zusammensetzung der Reformsynode:

Und doch sollte die bisherige Erfahrung im politischem Gebiete jeden Einsichtigen [...] gelehrt haben, daß dieses Princip eben so unvernünftig wie unpractisch ist, und daß mit Anwendung desselben jedesmal die größten Gefahren für den Bestand alles Rechts und aller Ordnung verbunden ist.¹¹⁶⁶

Nach Vorschlag des Bürgerausschusses sollten neben den bürgerlich gewählten Wahlmännern auch von den Geistlichen bestimmte Vertreter in einen „Berathungs-Ausschuß“ entsandt werden. In diesem Verfahren erblickte Pastor Plitt die „Demokratie allerschlimmster Art“.¹¹⁶⁷ Statt den Kirchenmitgliedern ein Selbstbestimmungsrecht in Bezug auf die eigene Kirchenverfassung einzuräumen, schlug der Verfasser vor, eine Ordnung seitens des Rates zu oktroyieren, nach deren Maßgaben dann eine Wahl stattfinden könne.¹¹⁶⁸

1163 Vgl. ebd., 25.02.1849, S. 59- 63, ebd., 04.03.1848, S. 57f. Der Titel des zweiteiligen Initiativaufsatzes lautete: „Die deutschen Grundrechte in ihrer Beziehung auf die Neugestaltung unserer einheimischen kirchlichen Verhältnisse“. Hiervon wurde der zweite Teil bereits für das II. Quartal 1849 näher betrachtet.

1164 Vgl. ebd., 08.07.1849, S. 215f.

1165 Vgl. ebd., wörtlich: „Daher [weil der Rat bisher im Einvernehmen mit dem Ministerium allein die Kirchenverhältnisse bestimmt hatte; M. P.] kann und darf derselbe diese seine Gewalt ohne Zustimmung der Kirche gar nicht mit einem andern Staatskörper theilen, am wenigsten mit einem solchen, welcher ausdrücklich gegen jede Kirche, ja gegen alle Religion sich indifferent verhält.“ (ebd.).

1166 Ebd., S. 215.

1167 Vgl. ebd., S. 216.

1168 Vgl. ebd. Als Kompromissvorschlag bot Plitt an: „Oder der Rath bestellt selbst [...] einen Berathungsausschuß aus rechtskundigen Mitgliedern der Obrigkeit, Geistlichen und Gemeindemitgliedern, deren Arbeit dann einestheils der freien Zustimmung der Gemeinden, anderntheils der obrigkeitlichen Bestätigung bedarf.“ (ebd.).

Nach einem Eintrag in der „Kleinen Chronik“ und Diskussionen über den Choralgesang in Lübeck sowie zur Sonntagsruhe (s.o.)¹¹⁶⁹ nahm sich „75“ Ende August in „Das allgemeine Wahlrecht in Bezug auf kirchliche Wahlen“ erneut dieses Themas an.¹¹⁷⁰ Der Verfasser leitete seine Einsendung mit der Bemerkung ein, dass Einschränkungen, wie sie durch Wahlrechtsnovellen der jüngsten Zeit vielerorts, zum Beispiel in Preußen, vollzogen würden, „nicht befremden“. Denn „[...] eine Beschränkung der Gleichheit des Wahlrechts [ist] gewiß eben so sehr durch Zweckmäßigkeit als durch Gerechtigkeit geboten“.¹¹⁷¹ Der von ihm selbst für die Entsendung von Abgeordneten verworfene Grundsatz des gleichen Wahlrechts müsse bei kirchlichen Abstimmungen dennoch gelten, da dies ebenso gerecht wie zweckmäßig sei.¹¹⁷² Die Wahl der eigenen Geistlichen würden die Gläubigen zwar auch in Zukunft nicht selbst wahrnehmen, dennoch sollte eine Beteiligung der Gemeinde grundsätzlich sichergestellt werden.¹¹⁷³ Dieses konstitutionelle Statement liest sich vor dem Hintergrund des konservativen Plitts beinahe „demokratisch“. Es stellte in den *Blättern* dieser Tage bereits die „linke“ Position dar, welche selbst vor dem Hintergrund der Reaktion auf dem Rückzug begriffen war.

B.4.2.6 „Kirchliches“ in der Restauration: Vom September 1849 bis Ende März 1850

Anfang September 1849 erschien in den *Blättern* eine Rezension des *Evangelischen Kirchenmeldodienbuchs* von Hermann Jimmerthal, seinerzeit Organist an der St. Marienkirche. Die Rezension verfasst hatte K. Mosche.¹¹⁷⁴ Mosche, der vor zwölf Monaten die Diskussion über den kirchlichen Gesang angestrengt hatte,¹¹⁷⁵ betonte erneut die Wichtigkeit des gemeinsamen Gesangs für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kirchengemeinde. Das *Kirchenmelodienbuch* stelle eine brauchbare Sammlung der Gesänge dar. Nun fehle es nur noch an einer Melodiensammlung mit „harmonischer

1169 Vgl. Übersicht zur Kategorie „Kirchliches“ im Anhang dieser Arbeit, vgl. auch die inhaltliche Auswertung zum Themenbereich „Jüdische Bürger“ weiter oben.

1170 Vgl. ebd., 26.08.1849, S. 274- 276.

1171 Ebd., S. 274, vgl. dort auch Vorstehendes.

1172 Vgl. ebd., S. 274f. Während sich die Gerechtigkeit aus der theologischen Betrachtung ableite, nach der alle Menschen vor Gott bzw. in seiner Kirche gleich seien, führte „75“ in Bezug auf die Zweckmäßigkeit ins Feld, dass bei einer freiwilligen Mitgliedschaft nur dann der Verbleib möglichst aller Gemeindeglieder in ihrer Kirchengemeinde sichergestellt werden könne, wenn sich diese auch aktiv einbringen könnten (vgl. ebd., S. 275).

1173 Vgl. ebd., S. 276. Der Verfasser riss das Thema „Wahl der Geistlichen“ mit dieser Aussage nur kurz an.

1174 Vgl. ebd., 09.09.1849, S. 294.

1175 Vgl. Ausführungen zur Kategorie „Kirchliches“ im III. Quartal 1848 weiter oben bzw. vgl. ebd., 10.09.1848, S. 323- 325.

Begleitung“, denn es sei dem Gesang zuträglich, wenn er durch Instrumentenspiel begleitet werde.¹¹⁷⁶

Eine politische Positionierung lässt sich den Wünschen nach einem restaurierten Choralgesang nur allgemein ableiten, indem seitens der Wortführer eine Reform im Sinne einer Rückbesinnung auf alte (reformatorische) Zustände gewünscht wurde.

Die Kategorie „Kirchliches“ füllte ab September 1849 zunehmend der sechsteilige historische Aufsatz des Pastors R. Klug „Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand“.¹¹⁷⁷ Da alle Teile auf der Titelseite begannen und meist um die vier Seiten lang waren, bestimmte dieser „Streit“ den Charakter der *Blätter* der letzten Monate des Jahres wesentlich. Der dritte und sechste Teil des Aufsatzes werden im Folgenden näher betrachtet:

Wenige Jahre vor Beginn des 30jährigen Krieges hatte Lübeck einen Handelsvertrag mit den Niederlanden abgeschlossen. Infolge der darin enthaltenen Bestimmung sollte es niederländischen Kaufleuten calvinistischen Bekenntnisses fortan gestattet sein, in Lübeck zu leben. Daraufhin entbrannte ein Streit zwischen dem Rat als Vertragspartei, der um das wirtschaftliche Gedeihen der Stadt besorgt war, und der örtlichen Geistlichkeit, die eine Unterwanderung Lübecks durch calvinistische Kaufleute fürchtete.¹¹⁷⁸ Klug setzte sich ausführlich mit den am Konflikt beteiligten Personen und ihren Positionen auseinander. Eine nähere Betrachtung hierzu würde zu weit führen.¹¹⁷⁹

Im letzten Teil der Serie, der am 4. November 1849 erschien,¹¹⁸⁰ ging Klug auf die Lösung des Konflikts ein, der darin bestanden hatte, dass der Rat in seiner Funktion als oberste kirchliche Gewalt den Pastor zu St. Marien absetzte und aus Lübeck auswies.¹¹⁸¹ Zur Bedeutung des politischen Bündnisses hieß es: „Im Übrigen ist das Bündniß mit den Niederländern, welches gar bald seine Bedeutung verlor, wenigstens in der nächsten Zeit keine Veranlassung gewesen, daß sich Calvinisten in Lübeck niederließen.“¹¹⁸²

Warum sich die *Blätter* überhaupt so ausführlich mit einem „Konflikt“ befassten, der

1176 Vgl. ebd., 09.09.1849, S. 294.

1177 Vgl. ebd., 23.09.1849, S. 303- 306, ebd., 30.09.1849, S. 311- 315, ebd., 07.10.1849, S. 319- 323, ebd., 14.10.1849, S. 327- 330, ebd., 21.10.1849, S. 335- 338, ebd., 28.10.1849, S. 343- 346, ebd., 04.11.1849, S. 351- 354.

1178 Vgl. ebd., 07.10.1849, S. 319f.

1179 Hierbei ging Klug Anfang Oktober auf die einschlägigen Dokumente der Zeit ein. So zum Beispiel auf eine Abhandlung des Lübecker Geistlichen Stampelius, der sich 1613 ausführlich mit den theologischen Bestimmungen in Bibel und Tradition der Kirche befasst hatte. Stampelius hielt es abschließend nicht für verwerflich, ein Handelsabkommen mit den Niederlanden abzuschließen (vgl. ebd., S. 320- 323).

1180 Vgl. ebd., S. 351- 354.

1181 Vgl. ebd., S. 351f.

1182 Ebd., S. 353f.

folgenlos blieb, lässt sich nur unter Hinweis auf die beginnende Zeit der politischen Revision begreifen, die dazu geführt haben wird, dass die *Blätter* im Herbst 1849 nicht mehr die nach wie vor bedeutenden Konflikte um die Trennung von Staat und Kirche in der Stadt oder die nationale Einigung usw. besprachen.¹¹⁸³

Die letzte Notiz dieser Kategorie nahm sich am 9. Dezember der Verwendung der Diakonatsgelder an, die bisher oft als Entgelt für Kirchenbeamte zweckentfremdet worden seien. Der Senat habe diesem Übelstand durch eine Verordnung nun ein Ende bereitet, das bemerkte der Einsender dieses Eintrags in der „Kleinen Chronik“ zustimmend.¹¹⁸⁴

Anfang 1850 fragte ein Einsender in der „Kleinen Chronik“ Nr. 5, warum die Travemünder Wochengottesdienste nicht mehr stattfänden und ob dies aufgrund einer obrigkeitlichen Verfügung geschehe.¹¹⁸⁵ Ähnlich kritisch mit der immer noch bestehenden kirchlichen Ordnung, bei welcher der Senat die oberste Kirchengewalt innehatte, ging der Einsender der Chronik Nr. 25 ins Gericht.¹¹⁸⁶ In „Zur Würdigung unserer kirchlichen Zustände“ zeigte der Verfasser, dass die Macht des Senats über die Kirche zum Teil bemerkenswerte Blüten trug. So sei einem Geistlichen untersagt worden, in der Passionszeit abends zu predigen, während wenig später ein Konzert in der Kirche erlaubt wurde. Der Einsender kommentierte dies mit „Summum jus summa injuria“¹¹⁸⁷ und drückte damit seine Opposition zu den bestehenden kirchlichen Verhältnissen aus.

Bereits im Februar hatten sich die *Blätter* anlässlich der Generalversammlung des Kirchengesangsvereins mit dessen Wirkung befasst.¹¹⁸⁸ Grundsätzlich habe sich der Verein neben der allgemeinen Verbesserung des Gesangs mit den bereits mehrfach besprochenen Vorschlägen zur Restauration des Choralgesangs befasst, welcher der Sangart des 16. Jahrhunderts angepasst werden sollte. Letzteres sei in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich erprobt worden, sodass mithilfe der Choralmelodiensammlung von Jimmerthal¹¹⁸⁹ eine Restauration des Gesangs erfolgreich vollzogen werden könne.¹¹⁹⁰ Im Fazit wurde eine Neuordnung des Gottesdienstes in ungewöhnlich scharfem Ton eingefordert: „An eine wirkliche Einführung neuer lithurgischer Elemente in unsern Gottesdienst ist jedoch nicht eher zu denken, als die ganze, theils veraltete, theils

1183 Auch die Judenemanzipation, die Lübeck Ende 1848 vollzogen hatte, konnte nicht Anlass des Aufsatzes gewesen sein, da die jüdischen Lübecker bald darauf von Moisling nach Lübeck-Stadt zogen.

1184 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 09.12.1849, S. 402.

1185 Vgl. ebd., 13.01.1850, S. 16.

1186 Vgl. ebd., 10.03.1850, S. 80.

1187 Vgl. ebd.

1188 Vgl. ebd., 10.02.1850, S. 47f.

1189 Diese wurde bereits besprochen (s.o.).

1190 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 10.02.1850, S. 47f.

verstümmelte gottesdienstliche Einrichtung einer Revision unterworfen wird.“¹¹⁹¹

Die Berichterstattung zu Themen dieses Bereichs war auch im I. Quartal 1850 von einer kritischen Haltung der Gemeindemitglieder gegenüber ihrer Kirche geprägt. Durch die Diskussionen über eine neue Kirchenordnung des Jahres 1849 wird das Selbstbewusstsein einiger Gemeindemitglieder gewachsen sein, die nun öffentlich Erklärung zum Aussetzen von Gottesdiensten oder zur Verwendung ihrer Diakonatsgelder forderten. Selbst der Rückblick auf das zweijährige Bestehen des Kirchengesangsvereins blieb nicht ohne kritische Anmerkungen in Bezug auf die gottesdienstliche Ordnung und legte damit Zeugnis ab für die Emanzipation einiger Bürger in den vergangenen „Revolutionsjahren“.

B.4.2.7 Zusammenfassende Rückschau

Neben dem Gustav-Adolf-Verein war die Kirchenmusik eines der zentralen Themen der Berichterstattung in dieser zunächst wenig „revolutionären“ Kategorie. Im IV. Quartal 1847 sorgte sich „49“ um den Zustand der Orgel in St. Marien, im I. Quartal 1848 wandten sich Einsender des evangelischen Vereins zu, über den man stets wohlwollend schrieb.

Im Sommer 1848 sah man im Gustav-Adolf-Verein ein Mittel, um gegen den „Gegner“, in diesem Fall die Katholiken und ihre Vereine, zu kämpfen. Bereits in einer rückschauenden Perspektive auf die Märzereignisse, auf welche die Kategorie keinen direkten Bezug nahm, warfen die *Blätter* dem Katholizismus Wankelmuth und eine Mitverantwortung für Ausschreitungen während der Märztage vor.

In der zweiten Jahreshälfte befasste man sich mit dem Choralgesang und dem Druck von Bibeln in England, den man als schädlich für die eigene Wirtschaft begriff. „Politisch“ im engeren Sinne war die Frage der Umsetzung der Grundrechte im lübeckischen Kirchenwesen: Schien im Februar/ März 1849 die Trennung von Kirche und Staat nur noch eine Frage der Zeit und der Mittel zu sein, überwogen ab Ende Mai 1849 Stimmen, die auf eine Umsetzung der neuen Rechte zumindest im Kirchlichen verzichten zu können glaubten. Im Sommer 1849 ging man schließlich soweit, einen Kirchenverfassungsoktroi zu fordern, der einer anschließenden Revision unterzogen werden könne. Man schloss sich mit diesem Vorschlag den Vorstellungen zum Erlass der Reichsverfassung auf politischer Ebene an.

Abgesehen von einer Einsendung im I. Quartal 1850, welche den Senat kritisierte, der nach

¹¹⁹¹ Ebd., S. 48.

wie vor die Kirchengeschichte leitete, überwog insbesondere im IV. Quartal 1849 eine historische Erörterung zum Streit über das Niederlassungsrecht reformierter Christen in Lübeck im Jahr 1613, die aktueller Bezüge entbehrte.

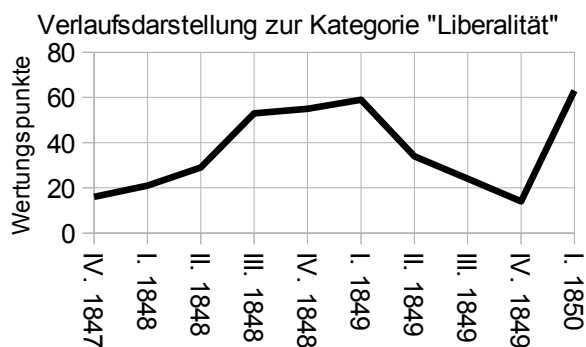
Alles in allem blieb die Berichterstattung zu „Kirchlichem“ wenig politisch. Auffallend ist retrospektiv der recht rasche Übergang von der Treue zur Nationalversammlung zur pragmatischen Reform, die sich den realpolitischen Verhältnissen unterwarf.

B.4.3 Wirtschaftliche und politische Liberalität in den *Neuen Lübeckischen Blättern*

B.4.3.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Liberalität“ zählen Artikel, die sich mit Problemen des wirtschaftlichen Lebens befassten, aber auch solche, die sich politischer Fragestellungen in Form eher theoretischer Diskussionen annahmen. Neben Berichten über Wirtschaftskongresse und ähnliche Veranstaltungen sind daher Jahresrückblicke ebenso wie die Besprechung aktuell relevant erscheinender Probleme Teil des Bereichs „Liberalität“. Durch die zusammenfassende Betrachtung der wirtschaftlichen wie politischen Berichterstattung soll ein möglichst umfassendes Bild zur Tendenz der *Blätter* gezeichnet werden.

Mit 368 Wertungspunkten ist dieser Bereich derjenige, dem die Zeitschrift noch vor Fragen der Justiz- und Verfassungsordnung den meisten Raum zugestand.



Bis zum I. Quartal 1849 stieg die Beachtung dieses Bereichs von etwas unter 20 Wertungspunkten im IV. Quartal 1847 auf 60 an. Über neun Monate, der Blüte der Frankfurter Verhandlungen, hinweg betrachtete man dabei Fragen der Liberalität mit annähernd

gleicher Intensität, bevor mit dem schrittweisen Ende der Revolution ab dem II. Quartal 1849 ein deutlicher Rückgang bis auf das Vormärzniveau zu erkennen ist. Vermutlich mit Diskussionen über die wirtschaftliche und politische Einigung Deutschlands mithilfe des preußischen Unionsprojektes befasste man sich im I. Quartal 1850.

B.4.3.2 Inhaltliche Auswertung: Fragen der wirtschaftlichen und politischen Liberalität zum Ende des Vormärz⁶

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* griffen mit einer Buchbesprechung am 7. Oktober 1847 die Krise des Handwerks auf. Ausführlich ging „36“ auf wesentliche Vorschläge zur Reform der Zünfte ein, welche neun Hamburger Handwerksmeister in *Die Zünfte in Hamburg und ihre Nothwendige Umgestaltung* (1847) zur Diskussion gestellt hatten.¹¹⁹² Unter anderem betonten sowohl die Hamburger Autoren als auch der Lübecker Rezensent die Notwendigkeit einer Reform des Zunftwesens infolge der wachsenden Konkurrenz aus England und Frankreich. Die Handwerker täten gut daran, Einkaufsverbünde zu gründen und sich bei der Anschaffung teurer Arbeitsgeräte zusammenzuschließen. Dies ermögliche eine konkurrenzfähige Produktion vor Ort und sichere den Handwerkern ein ausreichendes Einkommen.¹¹⁹³

Dieser Vorschlag, der auf Einrichtung von Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften englischen und französischen Vorbilds zielte, verband die in Entfaltung begriffene soziale Frage mit der Produktionsweise. Letztere vermochten es in Hamburg und Lübeck nicht, der ausländischen Konkurrenz wettbewerbsfähige Preise und Güterqualitäten entgegenstellen. „36“ appellierte abschließend an die Lübecker Handwerker:

Möchte doch diese Mittheilung dahin führen, um auch unsern Handwerksstand [...] zu veranlassen, daß er den auch hier [...] immer dringender werdenden Reformen durch Selbstthätigkeit den Weg bahne!¹¹⁹⁴

Ende des Jahres 1847 zog „123“ einen Vergleich zwischen sozial, politisch und wirtschaftlich relevanten Einrichtungen der Stadt Frankfurt mit den Verhältnissen in Lübeck. Die Punkte „Aufhebung d. lästigen Thorsperren“ und „Neue verbesserte Stadtverfassung mit gesetzgebendem Körper, aber noch ohne Öffentlichkeit“ sowie „Öffentlichkeit derselben eingeführt“, für die in Frankfurt die Jahre 1835 (Torsperren), 1817 und 1847 in einer vergleichenden Tabelle angeführt wurden, schienen dem Verfasser besonders wichtig zu sein. Hervorgehoben wurden diese für Lübeck nicht mit einem Strich, sondern mit Fragezeichen. Deutlicher wertete der Verfasser im Schlussteil: „Ein wie reiches Feld materiellen Fortschritts eröffnet sich dem practischen Gemeingeist hieselbst, wenn man nur das erstrebt, was andrer Orten schon erreicht ist!“¹¹⁹⁵

Beide Artikel aus 1847 waren betont fortschrittsfreundlich gehalten. Nicht eine

1192 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 07.10.1847, S. 318- 320.

1193 Vgl. ebd., S. 319.

1194 Ebd., S. 320.

1195 Ebd., 14.11.1847, S. 373f., vgl. dort auch Vorstehendes.

überregionale (Re-)aktivierung der alten Zünfte würde die Lösung für die in Entfaltung begriffenen sozialen Probleme sein. Die *Blätter* bemühten sich vielmehr, Antworten auf die neuen Fragen zu geben. In Bezug auf den politischen Fortschritt forderte die Zeitschrift im November insbesondere den raschen Erlass einer neuen Verfassung und die Aufhebung des nächtlichen Absperrens der Stadt, um den Anschluss an die Politik anderer Länder nicht gänzlich einzubüßen.

B.4.3.3 Zwischen Vormärz und Revolution: „Liberalität“ im I. Quartal 1848

Im „Vorwort“ blickte man in Lübeck auf das Jahr 1847 zurück, das als sehr bedeutsames in der Geschichte der Stadt gelten dürfe. Neben den infrastrukturellen Verbesserungen wie der Genehmigung der Bahnstrecke nach Büchen und dem Chausseebau betonte der Verfasser die Neugründung von Dampfschiffahrtsgesellschaften, die den Verkehr auch zur See erleichtern und beschleunigen helfen sollten.¹¹⁹⁶

Nach diesem Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt, der von den insgesamt gut zwei Seiten des Jahresrückblicks etwa ein Drittel einnahm, folgte eine Rückschau auf Sängerfest und Germanistenversammlung. Beide Veranstaltungen hatten nach Einschätzung des Verfassers das einigende Band zwischen den deutschen Einzelstaaten gefestigt und Lübeck aus seiner außenpolitischen Abgeschlossenheit geführt.¹¹⁹⁷ Nun fühlten sich auch die Regierungen, deren Aufgabe es sei, das Bestehende zu bewahren, getrieben, Schritte in Richtung einer stärkeren Einheit in Angriff zu nehmen. Auch wenn im Augenblick noch viele Schritte erst für die Zukunft anstünden, sei es bereits ein Erfolg, die dem Ziel entgegenstrebenden Kräfte in einer Versammlung vereinigt zu sehen.¹¹⁹⁸

In Bezug auf die Innenpolitik Lübecks betonte der Verfasser, dass nach mehrjährigen Beratungen die neue Konstitution der Stadt noch im Jahr 1848 in Kraft treten könne. Im Anschluss werde man sich den zahlreichen Gesetzesvorhaben annehmen, welche die Zeitverhältnisse erforderten.¹¹⁹⁹ Die Nahrungsmittelkrise des Jahres 1847 erwähnte der Verfasser nur am Rande, da die Teuerung in der Stadt nicht das Ausmaß des Umlandes

¹¹⁹⁶ Vgl. ebd., 02.01.1848, S. 1- 4, vgl. hier: S. 1.

¹¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 2, wörtlich: „Trotz der verhältnismäßigen Schwierigkeit, welche es gerade für kleine Staaten hat, die für das innere Bedürfnis kaum ausreichenden Kräfte auch solchen allgemeinen Bestrebungen zuzuwenden, hat doch auch unser Lübeck dem an Alle ergangenen Rufe zu folgen gewußt, und damit gezeigt, wie man auch hier immer klarer zum Bewußsein kommt, daß das Wohl des Theiles nur bei möglichst innigem Zusammenhange mit dem Ganzen denkbar ist.“ (ebd.).

¹¹⁹⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁹⁹ Vgl. ebd.

erreicht hatte.¹²⁰⁰ Dennoch hatten die Preissteigerungen die Stadt getroffen, in der bereits 1829 jeder neunte Einwohner Leistungen der staatlichen Wohlfahrt in Anspruch nahm.¹²⁰¹ Der Artikel schloss mit dem Appell, 1848 zu zeigen, „[...] wie ein Gemeinwesen sich durch die Macht der Wahrheit auf dem Wege friedlicher Verständigung und mit Verläugnung aller Sonderinteressen aus sich selbst heraus zeitgemäß und neu gestaltet.“¹²⁰²

Die *Blätter* hatten es sich zur Aufgabe gemacht, eine Plattform zur Besprechung vaterstädtischer Angelegenheiten zu sein. Hierbei sollten verschiedene Ansichten vorgestellt und keine redaktionelle Auswahl vorgenommen werden. Jede Meinung verdiene Gehör, solange sie dem Ziel der allgemeinen Wohlfahrt verbunden sei, hieß es.¹²⁰³

Die wirtschaftliche Liberalität bzw. die sich vollziehende Anpassung des überkommenen Privilegiensystems in der Handelsordnung ließ sich in Lübeck nach 1815 zunächst kaum beobachten. In der „Kleinen Chronik“ führte „188“ zwar an, dass bereits 1834 die Tarife der Kornträger, die hinzugezogen werden mussten, sollte Getreide transportiert werden, gesenkt worden seien. Die zuständige Wette veröffentlichte den Beschluss allerdings erst zum Jahresende 1847, also mit einer Verzögerung von 13 Jahren. Weiterhin wurde die Tragegebühr, die sich de facto seit Erlass der Gebührenordnung 1719 erhöht hatte, erneut auf den seinerzeit festgelegten Betrag herabgesetzt.¹²⁰⁴ Mit der Ratifizierung des Ratsbeschlusses fiel auch der Zwang zum Wiegen des Korns bei dessen Handel fort.¹²⁰⁵

Diese Änderungen, die zunächst auf eine Schlechterstellung der Träger und Wäger im Getreidehandel hinauslief, war Ausdruck einer allmählichen Anpassung korporativer Wirtschaftsverhältnisse an die kapitalistische Ordnung. Die starken Verbände in der Stadt hatten die politisch beschlossene Reform zwar über ein Jahrzehnt nicht zu vollziehen vermocht, mussten aber gegen Ende der vierziger Jahre dem Änderungsdruck nachgeben. Die *Neuen Lübeckischen Blätter* begrüßten diese Modernisierung und mahnten noch weitergehende Reformen an.¹²⁰⁶

1200 Vgl. ebd.

1201 Vgl. Graßmann 1997, S. 598.

1202 *Neue Lübeckische Blätter*, 02.01.1848, S. 3.

1203 Vgl. ebd., S. 2, wörtlich: „Nicht einen ausschließlichen, einseitigen Standpunkt wollen diese Blätter vertreten, sondern jeder Ansicht sich öffnen, die als letztes Ziel die Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt unsers kleinen Staates anerkennt [...]“ (ebd). Tauschwitz stellt für Baden fest, dass die dortige republikanische Presse einen Neutralitätsanspruch bzgl. der Inhalte der eigenen Blätter erst gar nicht stellte (vgl. Tauschwitz 1981, S. 224).

1204 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 02.01.1848, S. 7.

1205 Vgl. ebd.

1206 Vgl. ebd. Ein weiterer Wunsch betraf die Verwendung einheitlicher Gewichte, die durch den Lübecker Staat verbindlich vorgeschrieben werden sollten (vgl. ebd.).

Ein weiteres Beispiel sich vollziehender wirtschaftlicher Reformen bot der Butterhandel in Lübeck: Kleinhändler bedurften ab 1815 einer Konzession, die pro Stadtteil nur sechs Händler zuließ. Diese Beschränkung wurde zum 15. Januar 1848 aufgehoben, nachdem zuvor bereits die Regelung über Ankaufszeitpunkt und -menge der Butter gefallen war. Freilich vergab Lübeck auch weiterhin Konzessionen, die neben einer Eintrittsgebühr jährlich weitere Abgaben nach sich zogen.¹²⁰⁷

Wiederum ohne Wertung als nachrichtliche Mitteilung gehalten war ein Artikel zur Reglementierung der Herstellung von Metallgefäßen. Der Rat hatte Ende Januar als Recht gesetzt, dass die Metallverarbeitung zu Gefäßen auch mittels neuer Techniken je nach verwendetem Material unterschiedlich zu reglementieren sei. Metalle, für deren Bearbeitung es Zünfte gab, mussten über einen zünftig organisierten Handwerker veräußert werden, während nicht zunftsgebundene Sorten auch vom Produzenten selbst veräußert werden durften.¹²⁰⁸

Dies zeigt in der Rückschau einmal mehr das diffuse Nebeneinander bereits überholter Strukturen und moderner Regelungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Offenbar war der Einfluss des zünftigen Handwerks bzw. der Korporativen gegen Ende des Vormärz zwar im Rückgang begriffen, aber immer noch stark genug, um auch neue Rechtssetzungen in seinem Sinne beeinflussen zu können. Dass zu diesem Thema wenige eindeutige Positionierungen bzw. Kommentare über die zum Teil neu erlassenen Gesetze abgedruckt wurden, war kein Zufall. Die gemeinnützige Gesellschaft diskutierte selbst über „das Handwerkerleben“, hatte also noch zu keinem eindeutigen Beschluss in dieser Sache gefunden, auch wenn man seit Jahren die „Industrieschule“ unterhielt, um Gewerbetreibende zu bilden.¹²⁰⁹

Aus dem *Ergänzungsblatt zu allen Conversationslexiken* hatten die *Blätter* am 9. April 1848 einen Artikel, der die Einrichtung von Sparkassen feierte. Während die Sozialisten alles versprächen, geriete die praktische Hilfseinrichtung der Sparkassen ins Hintertreffen, die es dem Volk erlaube, selbst Besitz aufzubauen. Diese binde es an den Staat und könne so Revolutionen verhindern helfen.¹²¹⁰

Die „Kleinen Chronik“ zog damit ein weiteres Mal die im Vormärz bereits hinlänglich bekannte Parallele zwischen Besitzlosigkeit und revolutionärem Potenzial und lobte die

1207 Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 51.

1208 Vgl. ebd., S. 52.

1209 Vgl. ebd., 12.03.1848, S. 102.

1210 Vgl. ebd., 09.04.1848, S. 142.

Sparkassen als soziale Einrichtung, die durch Üben des sinnlichen Verzichts auch eine moralische Verbesserung mit sich bringe.¹²¹¹ Der Beitrag war durch seine Betonung der „kleinen Schritte“ zur Verbesserung der sozialen Lage als vormärzlich geprägt bzw. konservativ einzuschätzen, lobte er doch die (unzureichenden) sozialen Errungenschaften der ersten Jahrhunderthälfte als praktische Wohltätigkeit.¹²¹²

Auf die revolutionären Ereignisse gingen die *Blätter* in einer Buchbesprechung ein: Gustav Evers hatte die Schrift *Die Gefahr des Vaterlandes und der Weg seiner Rettung* herausgebracht,¹²¹³ welche eine strikt konservative Auffassung vertrat.¹²¹⁴ Der Verfasser der Rezension lobte zunächst ausdrücklich den moralischen Mut, die Schärfe und Gründlichkeit der Auseinandersetzung Evers mit den Ereignissen der Zeit. Diese finde man sonst nur in der in Heidelberg erscheinenden *Deutschen Zeitung*.¹²¹⁵ Kurz vor Zusammentritt der Nationalversammlung in Frankfurt beschrieb Evers, wie Revolution und Radikalismus das Vaterland unweigerlich ins Verderben stürzen würden. Auch hierbei stützte der Rezensent die Auffassung Evers. Letzterer führt weiter an, dass die Bürger zur Gewalt zu greifen gezwungen waren, da die Regierung selbst den Pfad des Rechts verlassen und sich auf Gewalt gestützt habe.¹²¹⁶

Wenn sich in Momenten größter Erregung Männer fänden, die zusammentreten, um das Gemeinwohl zu retten, verdiene das allerdings eine positivere Bewertung als die Evers

1211 Vgl. ebd.

1212 Vgl. ebd., wörtlich: „Man beschäftigt sich mit allgemeinen Theorien, deren Verwirklichung gleich morgen das tausendjährige Reich des Glücks folgen wird, mit Organisation der Arbeit, mit Vernichtung der Tyrannei des Geldes, und solchen großartigen Bestrebungen müssen denn freilich die kleinlichen praktischen Versuche, die Sonntags-, Abend- und Armenschulen, die Kleinkinderbewahranstalten, die milden Vereine mannigfaltigen Zwecks und Namens, die Unterstützungskassen der Arbeiter, die Sparkassen u. s. w. nachstehen.“ (ebd.).

1213 Vgl. ebd., 07.05.1848, S. 172f.

1214 Von der konservativen Überzeugung Evers zeugte auch seine 1849 erschienene Schrift *Die deutsche Nationalversammlung und die deutschen Regierungen*. Hieraus seien einige Positionen vorgestellt: Nach Evers schürte die Tagespresse bewusst die Leidenschaften der Masse, um bessere Absatzzahlen zu erreichen. Daher könne man die politischen Ereignisse auch nur aus einer „möglichst klaren Auffassung“ heraus bewerten (vgl. Evers 1849, S. 1). Freiheit des Individuums gebe es nur in einem geordneten Staat (vgl. ebd., S. 2). Vorparlament und Paulskirche hätten anmaßend gehandelt, indem das Vorparlament Wahlen angeordnet und die Nationalversammlung später eigenmächtig eine Verfassung verabschiedet habe, ohne diese im Meinungs Austausch mit den Fürsten zu vereinbaren (vgl. ebd., S. 4f.). Die Nationalversammlung sei von Radikalen unterwandert worden, die nach Anarchie strebten (vgl. ebd., S. 13f.) und schließlich an der eigenen Gewissenlosigkeit zugrunde gingen (vgl. ebd., S. 22). Wenn die vormärzliche politische Ordnung auch in Teilen mangelhaft gewesen sei, möge man nicht vergessen, in welchem Maße geistige Größe Deutschlands heranwachsen konnte (vgl. ebd., S. 8). Im Fazit schrieb Evers: „E s l e b e d i e d e u t s c h e M o n a r c h i e [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]!“ (ebd., S. 30).

1215 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 07.05.1848, S. 172.

1216 Vgl. ebd., wörtlich: „Nicht bloß jener äußerste und traurigste Fall war zu erwägen, wo die Regierungen das Gesetz verletzend zur Gewalt greifen, und wo für den Bürger die furchtbare Nothwendigkeit entsteht, Widerstand entgegenzusetzen, und nöthigenfalls Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.“ (ebd.).

über das Vorparlament.¹²¹⁷ Heinrich von Gagern, später Casino-Fraktion, sei ein solcher Mann, auf ihn solle die Hoffnung Deutschlands sich richten, schrieb der Rezensent weiter. Gagerns Vorstoß zur Einberufung des Vorparlaments in Frankfurt sei auch nicht als revolutionär-anmaßend zu werten: „Ein solches Handeln, nicht gegen das Gesetz, aber wohl in anderen Bahnen, als welche das Gesetz vorhergesehen und vorgeschrieben hat, thut in gefährvollen Zeiten mehr als alles Andere Noth.“¹²¹⁸

Evers hatte sich weiterhin gegen das allgemeine und gleiche (Männer-)Wahlrecht ausgesprochen, das er als „Ausfluß des Radikalismus“ verwarf. In der Besprechung wurde dieses allerdings ausdrücklich gelobt, denn nur mithilfe eines solchen Wahlrechts lasse sich das aus der Ungleichheit resultierende Konfliktpotenzial entschärfen.¹²¹⁹

Der Tendenz nach folgte der Rezensent den Auffassungen der gemäßigten Rechten, wie sie nicht nur Heinrich von Gagern als prominenter Vertreter der Casino-Fraktion vertrat. Die Besprechung bemühte sich um eine möglichst umfassende Analyse der Revolutionsbedingungen, um von diesen ausgehend das Handeln eines gemäßigten Liberalen wie Gagern nicht als revolutionär, sondern als den Umständen entsprechend und „mutig“ wirken zu lassen. Während Evers jede Neuerung ablehnte, die über die Restauration einer erdachten Ordnung der Vergangenheit hinausging, schloss sich der Rezensent den Gemäßigten an, indem er zwar Radikalität und Revolution als zwangsläufig zum Unglück führend verwarf, gleichzeitig aber die Entstehung der Nationalversammlung als rechtens zu begründen suchte.

In eine politisch ähnliche Richtung tendierte die „Kleine Chronik“ 113, die mit „Volkssouveränität, ursprüngliche Gleichheit, unveräußerliche Menschenrechte“ überschrieben war, freilich ohne diese dann auch tatsächlich zu fordern.¹²²⁰ Vielmehr versuchte der Verfasser demokratischen Bestrebungen in Lübeck entgegenzuwirken, welche sich gegen die erst im April 1848 verabschiedete Verfassung wandten und weitere Reformen einforderten.¹²²¹

Um seine Ablehnung gegenüber solchen Forderungen zu unterstreichen, zitierte der

1217 Vgl. ebd., S. 173. Heinrich Laube betonte bereits 1849 den mäßigenden Einfluss, den gerade die norddeutschen Abgeordneten im Vorparlament geleistet hätten: „Falls hundert brave Deutsche aus dem Norden zu träge gewesen wären für die weite Reise bis Frankfurt [...], so wäre die allgemeine Revolution in Deutschland entzündet worden durch das Vorparlament.“ (Laube 1849, S. 8).

1218 *Neue Lübeckische Blätter*, 07.05.1848, S. 173, vgl. dort auch Vorstehendes.

1219 Vgl. ebd.

1220 Vgl. ebd., 04.06.1848, S. 204f.

1221 Vgl. ebd., wörtlich: „Auch bei uns sind einzelne Jünger dieser alleinseligmachenden Lehre [der Volkssouveränität usw.; M. P.] eifrigst bemüht, ihr Eingang zu verschaffen, mit Hülfe derselben die kaum gewonnene neue Staatsverfassung wieder zu stürzen und die wahre allgemeine Freiheit durch unbedingte Anerkennung des individuellen Willens zu begründen.“ (ebd.)

Verfasser über etwa eine Seite aus Friedrich Christoph Dahlmanns *Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt*.¹²²²

[A]llein dem Volk im Gegensatze gegen seine Regierung, dem von Regierung verlassenen, an seiner Einheit verstümmelten Volk die Souveränität beizulegen [...] ist ein verderblicher Irrthum, der die Krankheit zur Gesundung und jede Rote verfassungsmäßig zum Herren der Regierung macht [gesperrt gedruckt im Original; M. P.].¹²²³

Anhand der Argumentation Dahlmanns, die sich ihrerseits auf die *Geschichte der Französischen Revolution* (1845) bezog, versuchte der Verfasser zu zeigen, dass Volkssouveränität zum Chaos führe, da sich jede Gruppe gleichermaßen berufen fühlen könnte, das Gemeinwesen zu bestimmen.¹²²⁴ Statt revolutionären Veränderungen redete der Verfasser unter weiterer Bezugnahme auf Dahlmann der Reform das Wort, welche allein in der Lage sei, die unbefriedigenden Zustände neu zu ordnen, ohne Chaos und Rechtlosigkeit zu evozieren. Man müsse eben dann solche Reformen vorantreiben, wenn die Bedrohung am größten ist.¹²²⁵

Zwar zog der Verfasser keinen direkten Vergleich zwischen den theoretischen bzw. auf andere historische Beispiele bezogenen Ausführungen Dahlmanns, dennoch wollte dieser fraglos den konstitutionellen Fortschritt auf Grundlage des Vereinbarungsprinzips mit den Fürsten bzw. den gesetzlichen Regenten unterstützen.

In der Rückschau äußerten sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* im II. Quartal 1848 durchgehend negativ zu den Bestrebungen links gerichteter Kräfte. Die Revolution selbst verstanden die *Blätter* eher als Unfall, der sich aus mangelndem Reformeifer der Regierenden oder aus deren Unredlichkeit ergeben hatte, nicht aber als legitimen Aufstand des Volkes gegen die Herrschaft der „gesetzlichen Gewalten“ an sich. Wie für die Konstitutionellen später üblich, bediente man sich einiger Hilfskonstruktionen, um Vorparlament und Paulskirche vom Makel ihrer offensichtlich revolutionären Herkunft zu befreien.¹²²⁶ Es fällt darüber hinaus auf, dass man in dieser Kategorie im Unterschied zum Vormärz nun auch primär Fragen der politischen Liberalität besprach.

1222 Vgl. ebd., S. 204. Der Verfasser bezog sich auf die Seiten 228ff. der zweiten Auflage des Werkes.

1223 Dahlmann 1847, S. 229f. zit. in: *Neue Lübeckische Blätter*, 04.06.1848, S. 205.

1224 Vgl. ebd.

1225 Vgl. ebd.

1226 Die Tendenz der Liberalen, die Paulskirchenversammlung außerhalb revolutionären Rechts zu legitimieren, findet sich auch bei Laube 1849, S. 19f.

Ein theoretischer Streit entbrannte in den Monaten Juni und Juli 1848 zwischen den Doktoren Carl Alexander von Duhn und Friedrich Crome über die politische Einordnung des Rechtsgelehrten und bis 1848 preußischen Justizministers Friedrich Carl von Savigny und des Althistorikers Barthold Georg Niebuhr.¹²²⁷ In der Ausgabe vom 2. Juli fanden sich zwei Einsendungen Duhns, die Teil des Disputes waren: In „Vorläufige Antwort“ ging Duhn auf den Vorwurf eines anonymen Einsenders, vermutlich Crome, in „Die historische Schule“¹²²⁸ ein, dass deren Anhänger es waren, die im Vormärz großen Einfluss auf das Staatswesen geübt hätten, man sie also politisch zu Anhängern der Reaktion rechnen müsse.¹²²⁹ Diesen Vorhaltungen hielt Duhn die Verdienste dieser „historischen Juristen“ um die Entwicklung des deutschen Volkes entgegen. Weiterhin kündigte Duhn für den Winter 1848/ 49 einen Vortrag zur „Bedeutung der gegenwärtigen Bewegung“ an.¹²³⁰

Auf die in Bezug auf Savignys und Niebuhrs politisches Wirken ebenfalls kritischen Äußerungen Crome ging Duhn in „Letztes Wort an Herrn Dr. Crome“ im direkten Anschluss ein. Er versuchte dessen Vorwurf, die historische Schule habe den Absolutismus gestützt, durch einen Verweis auf die seiner Meinung nach unwissenschaftlichen Methoden Crome zu verwerfen, der einzelne Worte aus dem Werk Savignys entnommen habe, um diese sinnverfälschend als Belege für seine Thesen heranzuziehen. Die Werke Niebuhrs kenne Duhn nicht einmal durch eigene Lektüre, hieß es weiter.¹²³¹

Den Hintergrund dieser artifizell wirkenden Debatte bildete ein Streit um die Reformbedürftigkeit der (neuen) Lübeckischen Verfassung, welche Crome annahm. Um diese zu entkräften, versuchte Duhn die Unredlichkeit seines politischen Kontrahenten anhand der Auseinandersetzung über die Juristen bzw. Historiker Savigny und Niebuhr zu belegen.¹²³²

In der Ausgabe vom 6. August 1848 befassten sich die *Blätter* erneut mit den

1227 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 18.06.1848, S. 223- 225, 27.06.1848, S. 235f. und S. 235- 238, 02.07.1848, S. 240- 242, 09.07.1848, S. 252f.

1228 Vgl. ebd., 18.06.1848, S. 223.

1229 Vgl. ebd., 02.07.1848, S. 240f.

1230 Vgl. ebd.

1231 Vgl. ebd., S. 241. Statt den Absolutismus gefördert zu haben, wie Crome Niebuhr vorwarf, sei es ein Leichtes, „[...] allen unbefangenen Lesern aus Niebuhr's Schriften seine Liebe für wahre Freiheit und wahren Fortschritt zu beweisen“. (ebd.).

1232 Vgl. ebd., S. 242. Diese Absicht gestand Duhn in den *Blättern* auch ausdrücklich ein: „Der Übermuth aber, womit Sie [Crome; M. P.] seit einigen Monaten unserer Verfassung und der Wahrheit zu nahe getreten sind, machte es nothwendig, dem Publikum einmal zu zeigen, welch' unbegründete Äußerungen Ihre Aufsätze enthalten.“ (ebd.).

Auswirkungen der Verfassungsnovelle. „Die Kaufmannschaft als Stand im Staate“, eine anonyme Einsendung eines „Kaufmanns“, forderte einen Zusammenschluss aller Kaufleute bzw. aller „commercirenden Collegien“ der Stadt in einem Verein, der die Interessenvertretung des gemeinsamen Standes wahrnehmen sollte. Als Aufgabe dieses Zusammenschlusses, zu dem gleichberechtigt auch Krämer zählen sollten, definierte der Verfasser die Sammlung von Wünschen des Kaufmannsstandes und die Schaffung einer größeren Öffentlichkeit bzw. verbesserten Kommunikation zur Interessenvertretung.¹²³³

„Eine Stimme aus Nordamerika“ fokussierte sowohl die makropolitische Entwicklung in Europa als auch die Verfassungsrevisionsdiskussion in Lübeck. Der wiederum anonyme Einsender stellte bereits in der Einleitung seines gut eine Seite umfassenden Artikels klar, dass mit der Verfassungsnovelle des Frühjahrs ein System eingerichtet sei, welches vernünftigen politischen Wünschen die Möglichkeit rascher Umsetzung eröffne:¹²³⁴ „Es ist – darf das gefürchtete Wort schon jetzt ohne Verketzerung ausgesprochen werden? - es ist wirklich in ganz Deutschland eine Reaction eingetreten; nicht durch die Künste schlauer Regierungen, sondern durch die bloße Macht der gesunden Vernunft [...]“,¹²³⁵ schrieb der Verfasser weiter. Eben diese „Reaction“ auf die Leidenschaften der vergangenen Monate eröffne die Möglichkeit einer Reform in Ruhe und Mäßigung, die sich dann allerdings durch ihre Dauerhaftigkeit auszeichne.¹²³⁶

In der weiteren Folge wurden die Forderungen der nun unterlegenen englischen Chartisten mit den politischen Verhältnissen in den USA verglichen, dem „Lande ihrer Träume und Ideale“ und für unzureichend befunden.¹²³⁷ Die Ursache dieser Umstände sei in den USA im Volk selbst zu finden und nur mithilfe von Reformen ließen sich diese verbessern, während nur Tyrannen und Verbrecher einen Nutzen aus Unruhe zögen.¹²³⁸

Da die Anregung des Kaufmanns zur Gründung einer Handelskammer (s. o.) noch ohne Früchte geblieben war, erschien Mitte September 1848 noch einmal ein Aufsatz, der zur Vereinigung des ganzen Kaufmannsstandes aufrief.¹²³⁹ Die Gründe für das Scheitern einer freiwilligen Assoziation sah der Einsender im Konflikt zwischen Großhändlern, den

1233 Vgl. ebd., 06.08.1848, S. 282- 284. Den Vorstand dieses Vereins sollten die in ihm zusammengeschlossenen Ältesten bzw. Vorsitzenden der Kollegien bilden (vgl. ebd.).

1234 Vgl. ebd., S. 285, wörtlich: „Wir können nicht bezweifeln, daß wir eine Vertretung unseres Gemeinwesens gewonnen haben, in welcher jedes wahrhafte Bedürfniß bereitwilliges Gehör und beschleunigte Abhülfe, jede vernünftige Fortentwicklung unserer inneren Zustände eifrige und umsichtige Unterstützung finden wird.“ (ebd.).

1235 Ebd.

1236 Vgl. ebd.

1237 Vgl. ebd., S. 285f.

1238 Ebd., S. 286.

1239 Vgl. ebd., 17.09.1848, S. 342f., hier: S. 342.

Kaufleuten im engeren Sinne und den Krämern. Auch staatliche Versuche zur Initiation einer Handelskammer liefen zunächst schleppend an, sodass die dafür eingesetzte Kommission über acht Wochen nicht einmal ihre Beratungen aufgenommen habe.¹²⁴⁰ Nun sei es möglich, dass die (neue) Verfassung durch die Einführung der allgemeinen Wahlfreiheit die bisherige Vertretung nach Ständen oder Klassen in der Bürgerschaft hinfällig werden lasse. Gerade um diese Herausforderungen bewältigen zu können, appellierte der Verfasser an die Leser der *Blätter*, müsse nun eine Vereinigung des Kaufmannsstandes zur Wahrnehmung seiner Interessen erfolgen.¹²⁴¹

Wiederum merkantile Interessen bediente die „Kleine Chronik“ zur Frage des Fortbestehens der Freihäfen angesichts der in Aussicht stehenden gemeinsamen deutschen Zollverfassung. Hierzu zitierte der Verfasser aus der Broschüre *Die deutsche Handels- und Zollverfassung und das Freihafen-System, mit besonderer Rücksicht auf Hamburg* (1848): Die Freihäfen hätten sich sehr gut bewährt und sollten auch bei einer Reform des Zollwesens bestehen bleiben, da sie dem Allgemeinwohl dienten und den Absatz deutscher Fertigerzeugnisse im Ausland steigerten.¹²⁴²

Während sich die *Blätter* im Sommer 1848 deutlich für den Weg der gesetzlichen Reform im Sinne der Vorstellungen der gemäßigten Rechten in der Frankfurter Nationalversammlung starkmachten, blieb der Anlauf zur Neuorganisation einer Interessenvertretung der Händler zunächst erfolglos. Grund dafür war das mangelnde Bewusstsein insbesondere der Kaufleute, die sich nicht gemeinsam mit den „Krämern“ vertreten sehen wollten, aber durch die Aprilverfassung ihrer ehemals festgeschriebenen Vorrechte bereits zu einem großen Teil beraubt waren. Zu diesem Punkt fanden sich nur progressive Beiträge in den *Blättern*, welche das Verhalten der Großhändler scholten und auf die unabsehbaren Folgen einer unterbleibenden Lobbyarbeit mahnend hinwiesen.

B.4.3.5 Zur Berichterstattung im Winterhalbjahr 1848/ 49

Am 1. Oktober 1848 betonte „D.“, dass ein jeder Bürger zunächst einmal Staatsbürger sei, was mit Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen einhergehe. Dies betreffe insbesondere die Amtsübernahmepflicht und die Wahrnehmung der Amtsgeschäfte.¹²⁴³

1240 Vgl. ebd., S. 342.

1241 Vgl. ebd., S. 343.

1242 Vgl. ebd., S. 344.

1243 Vgl. ebd., 01.10.1848, S. 355, wörtlich: „Denn es ist nicht allein ein Recht, das der Einzelne übt, indem er in den Staatskörper eintritt, [...] sondern es ist vielmehr eine P f l i c h t, eine Pflicht gegen den

Nach einigen Bemerkungen zur verfassungsrechtlich festgeschriebenen Verpflichtung der Bürger zur Übernahme und Ausübung öffentlicher Ämter schloss „D.“ keine weiteren theoretischen Bemerkungen an, sondern forderte, was vor dem Hintergrund des pathetischen Titels seines Aufsatzes „Das Gesamtinteresse dem besonderen gegenüber“ recht profan klingen musste, dass Versammlungen der Bürgerschaft künftig nachmittags stattfinden sollten.¹²⁴⁴

Die Frage eines einheitlichen Zollgebietes in Deutschland hatte in Lübeck seit dem Sommer 1848 zu lebhaften Diskussionen geführt. In „Die Zollfrage“ appellierte man an die Kaufmannschaft, sich weiteren Geredes in dieser Sache zu enthalten¹²⁴⁵ und sich über den Stand der Verhandlungen zu informieren, um eine einheitliche Position nach Frankfurt vermitteln zu können.¹²⁴⁶ Dort hatte sich zwei Wochen zuvor ein „Verein für Handelsfreiheit“ gegründet, der für ein Zollsystem eintrat, das den Warenfluss mit dem Ausland nur mit „gerechten Finanzzöllen“ belasten sollte. Darunter verstand man einen Tarif, der den Lebensbedarf der Armen erschwinglich halten und zugleich der „Volksindustrie“ günstige Rohstoffe garantieren würde.¹²⁴⁷

In „Chronik des Jahres 1847“ fassten die *Blätter* alle relevant erscheinenden Ereignisse des Vorjahres mit genauem Fundstellennachweis zusammen. Teil dieser Sammlung waren auch alle Verordnungen und Gesetze, die 1847 in Kraft getreten waren.¹²⁴⁸

In „Die Kündbarkeit der Beamten“ sprach sich „31“ für eine Abschaffung der bisher halbjährigen Kündigungsfristen der Staatsbediensteten zugunsten unkündbarer Anstellungsverhältnisse aus.¹²⁴⁹ Man habe seitens der Behörde ausreichend Möglichkeiten, sich über die Tüchtigkeit eines Bewerbers zu informieren und diese zunächst in einer Probe zu prüfen.¹²⁵⁰ Zunächst könne die Kündigungsmöglichkeit potenzielle Bewerber um eine

Staat, deren Erfüllung der Einzelne, den das Vertrauen seiner Wähler beruft, nicht von sich weisen darf.“ (ebd.).

1244 Vgl. ebd., S. 355f. Bürgerschaftssitzungen fanden vormittags statt (vgl. ebd., S. 355).

1245 Vgl. ebd., 05.11.1848, S. 396, wörtlich: „Seit diesem Sommer ist hier viel von Freihandel, Handelsfreiheit und Schutzzoll hin und her geredet worden.“ (ebd.).

1246 Vgl. ebd.

1247 Vgl. ebd., S. 400. Der „Deutsche Verein für Handelsfreiheit“ war ein von Hamburger Kaufleuten und norddeutschen Großagrariern bestimmter Zusammenschluss, der sich gegen die Schutzzollpolitik des „Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit“ richtete. Beide Zusammenschlüsse sprachen sich aber einhellig dafür aus, eine deutsche Wirtschaftseinheit zu schaffen (vgl. Hahn 2010, S. 585).

1248 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 05.11.1848, S. 396–400. Mitteilungen betrafen zum Beispiel die Zollverhältnisse Lübecks mit Dänemark und dem Großherzogtum Oldenburg (vgl. ebd., S. 397), die Aufhebung der bisherigen Verordnung gegen den Auf- bzw. Vorkauf von Nahrungsmitteln (vgl. ebd.), Soziales (vgl. ebd., S. 398) und den Bau der Eisenbahn nach Büchen (vgl. ebd., S. 399).

1249 Vgl. ebd., 10.12.1848, S. 443f.

1250 Vgl. ebd., S. 444. Probleme, die sich durch Dienstvergehen in Bezug auf die Unkündbarkeit ergeben könnten, wies „31“ als Argument gegen die Unkündbarkeit zurück, da sich Überführte vorzugsweise „still“

Anstellung abschrecken. Der Verfasser argumentierte weiter, indem er auf die Interessenkollisionen von Staatsbeamten verwies, die zugleich ein Mandat für die Bürgerschaft besäßen. Die dort zu treffenden Entscheidungen wirkten sich oft auf die arbeitgebende Behörde aus, sodass das vorgesehene freie Mandat eingeschränkt werde.¹²⁵¹

Die Kündbarkeit bewirke eine mangelnde Unabhängigkeit der Staatsdiener:

[S]o kann sie nur dazu dienen, die freudige Berufstreue des Beamten zu lähmen, und ihn zu verführen, auch durch Anwendung niedrigerer Mittel oder durch ungehörige Deferenz gegen seinen Oberen sich in seinem Amte zu halten.¹²⁵²

Außerdem sollten altersbedingt ausscheidende Staatsdiener ein Ruhegehalt zugesprochen bekommen.¹²⁵³

In „Mahnung und Warnung“ forderte ein erneut ungenannter Verfasser, dass die Kaufmannschaft Lübecks endlich ihre Eintracht finden solle, um deren Wünsche bezüglich des anstehenden einheitlichen deutschen Zollsystems zu artikulieren. Bisher agierten in dieser Sache nur der Staat und seine Gesandten, nicht allerdings die Kaufleute selbst.¹²⁵⁴ Mit Blick auf die in Umsetzung befindliche zweite Verfassungsnovelle für Lübeck klagte der Verfasser:

Jetzt [...] schweben wir in augenscheinlicher Gefahr, allen Einfluß auf die Staats-Angelegenheiten [...] zu verlieren, und zwar d u r c h e i g e n e S c h u l d [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] zu verlieren, denn zu läugnen ist es nicht länger, daß die meisten Mitglieder unseres Standes in einem nicht abzuschüttelnden Indifferentismus befangen sind [...].¹²⁵⁵

Wie schon bereits zweimal in den vergangenen Ausgaben der *Blätter* appellierte der Verfasser, die Handeltreibenden sollten sich endlich zusammenschließen, um ihre Interessen wirkungsvoll wahren zu können.¹²⁵⁶

Die gewünschte Vereinigung der handeltreibenden Kollegien betraf am 10. Dezember auch einen Artikel zur Reform des Verlehntenwesens: „12“ forderte, dass der Staat die weitere Vergabe von Lizenzen an Lastenträgerkorporationen untersage, damit dem Zusammenschluss der Trägerkorporationen im Anschluss an eine Vereinigung der Kaufmannschaft keine Schadenersatzansprüche erwüchsen.¹²⁵⁷

aus dem Amt verabschiedeten. Daher könne man auch in diesem Fall durch ein Entlassungsgesuch die Kündigung herbeiführen (vgl. ebd., S. 443f.).

1251 Vgl. ebd., S. 443.

1252 Ebd.

1253 Vgl. ebd., S. 444. Zum Ende des Artikels betonte „31“ noch einmal die Notwendigkeit einer Trennung von Administration und Rechtsprechung, da nur so unabhängig geführte Verfahren wegen Dienstvergehen gegen Beamte geführt werden könnten (vgl. ebd.).

1254 Vgl. ebd.

1255 Ebd.

1256 Vgl. ebd., S. 445.

1257 Vgl. ebd., S. 445.

Neben zwei Einträgen in der „Kleinen Chronik“, welche die Abschaffung der lübeckischen Gesandtschaft in Mecklenburg forderten und den *Lübeckischen Staatskalender* den veränderten politischen Realitäten angepasst sehen wollten,¹²⁵⁸ kam die Chronik Nr. 195 erneut auf die ungelöste Zollfrage zu sprechen: Der Nationalversammlung war demnach eine Eingabe von 25 deutschen Handelsstädten zur Gestaltung des Zolltarifs zugegangen. Darunter werde auch Lübeck als Unterzeichnerin genannt. Die Änderungsvorschläge sahen eine Zollfreiheit für Nahrungsmittel, niedrige Tarife für Rohstoffe der Heimindustrie und hohe Belastungen (> 10% Abgaben) für Fertigartikel vor.¹²⁵⁹ Gegenstand der Kritik des Einsenders waren weniger die konkreten Vorschläge als die Frage, wer für Lübeck die Eingabe unterzeichnet hatte und warum die Kaufmannschaft von dieser nichts wisse.¹²⁶⁰

An diesem Beispiel wird deutlich, wie schlecht es um die Organisation der Kaufmannschaft stand, die scheinbar nicht in der Lage war, sich den geänderten Verhältnissen gemäß zu reformieren. Man stützte sich nach wie vor auf eine im Fortfallen begriffene ständische Ordnung, die den Kaufleuten über Jahrhunderte eine privilegierte Stellung eingeräumt hatte, und unterließ es fahrlässig, seine Interessen im Sinne einer erfolgreichen Lobbyarbeit in Frankfurt zu vertreten. Die *Blätter* sprachen sich diesbezüglich ausschließlich im Sinne einer Vereinigung der Händler und einer Aufhebung der Unterscheidung zwischen Klein- und Großhändlern aus, bildeten also das Sprachrohr der Modernisierer, die das gesamte Handelswesen in ihrer Zweckmäßigkeit überprüft und den Zeitverhältnissen angepasst wissen wollten.

B.4.3.6 Reformdiskussionen in der ersten Jahreshälfte 1849: Fortsetzen des Angeschobenen oder Restauration?

Im „Vorwort“ 1849 schauten die *Blätter*, vermutlich aus den Augen des verantwortlichen Redakteurs Dr. C. Dettmer, auf die Veränderungen des Vorjahres zurück.¹²⁶¹ Während in den Vorjahren der 1. Januar immer den Anlass geboten hatte, die politische Ausrichtung der Zeitschrift zu besprechen und auf deren überparteiliche Haltung als Diskussionsplattform

1258 Vgl. ebd., S. 448, „Kleine Chronik“ 193 und 194.

1259 Vgl. ebd., S. 448.

1260 Vgl. ebd., wörtlich: „Wer hat nun, fragen wir, für Lübeck die Stimme abgegeben? - und wer in Lübeck kennt die obige Eingabe und den fraglichen Tarif-Entwurf? - Der hiesigen Kaufmannschaft im Allgemeinen ist Beides gänzlich fremd.“ (ebd.). Die „Kleine Chronik“ Nr. 196 mahnte im Zusammenhang mit dem angestrebten einheitlichen Zolltarif in ganz Deutschland eine Reform der Zettelbanken an, die nach Einführung der Reichsverfassung zwangsläufig anstehe (vgl. ebd.).

1261 Vgl. ebd., 07.01.1849, S. 1f.

für Vorschläge zur Gestaltung des Gemeinwesens hinzuweisen, sei dies nun überflüssig:

Der Umstand, daß auch in dem verflossenen Jahre diese Zeitschrift den sich widerstrebensten Ansichten als Organ gedient hat, wird dem Publikum genügende Bürgschaft dafür bieten, daß sie auch in Zukunft ihre freie Stellung über den Partheien sich zu wahren wissen wird, daß die Einseitigkeit, wenn und wo sie hervortreten sollte, keine beabsichtigte sein wird.¹²⁶²

Die Ereignisse des Revolutionsjahres bewertete die Zeitschrift aus Lübecker Sicht, indem sie auf deren Auswirkungen auf die Stadt einging. Zunächst habe die erneute Revolution in Frankreich zu einer raschen Reformtätigkeit geführt, in deren Rahmen u.a. die Preßfreiheit gewährt worden sei. Der Verfasser nannte noch die Judenemanzipation, die Gleichstellung von Bürgern und Einwohnern, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit von politischen und presserechtlichen Verfahren als fassbare Resultate der Märzbewegung.¹²⁶³ Durch die Aprilverfassung und deren Revision im Dezember 1848 habe sich der Lübecker Staat nun ein Grundgesetz gegeben, das als frei und zeitgemäß gelten dürfe. Betont wurde dabei der gesetzliche Weg, den man bei allen Reformen eingehalten habe.¹²⁶⁴ Nun gelte es, die herkömmlichen Auffassungen, insbesondere den „Kastengeist“, „auch aus dem Herzen zu verbannen“. Politisch müsse sich eine Reform des Senats bei Trennung der Justiz von der Administration, freie Gemeindeordnungen, die Trennung von Kirche und Staat sowie eine Reform des Schulwesens anschließen.¹²⁶⁵

Dr. Dettmer lobte zwar die gesetzliche Reform des vergangenen Jahres, tadelte jedoch den Oktoberaufstand in der Stadt gegen die Einführung von freien und gleichen Wahlen als eine „aus conservativem Eifer entsprungenen Verwirrung“.¹²⁶⁶ Außerhalb Lübecks sei nach dem März nicht der Weg der Vereinbarung, sondern die Revolution getreten, die unbestreitbar, wie der Verfasser betonte, die Grundlage aller Reform in Deutschland sei. Deren Erschütterungen seien aber auch die Gewähr dafür, dass die vormärzlichen Verhältnisse nicht mehr restauriert werden könnten.¹²⁶⁷ Die (revolutionäre) Nationalversammlung als Ausgangspunkt für eine umfassende Neuordnung Deutschlands sah Dettmer als Vorbereitung für einen Nationalstaat unter preußischer Führung. Er hieß damit den Weg einer kleindeutsch-preußischen Lösung der deutschen Frage gut.¹²⁶⁸

1262 Ebd., S. 1.

1263 Vgl. ebd.

1264 Vgl. ebd., wörtlich: „Alles das [die Reformen des Jahres 1848; M. P.] haben wir - Dank den bereits seit Jahren bethätigten Reformbestrebungen – erreicht und gewonnen auf dem rein gesetzlichen Wege, durch ein verständiges Eingehen der gesetzgebenden Körper auf die Forderungen der Zeit.“ (ebd.).

1265 Vgl. ebd.

1266 Ebd., S. 2.

1267 Vgl. ebd., S. 2, wörtlich: „Wir stehen mit unsrer deutschen Entwicklung auf dem Boden der Revolution, und keine Macht der Erde wird es je gelingen, das Alles ungeschehen zu machen, was sie uns gebracht.“ (ebd.).

1268 Vgl. ebd.

Der folgende Artikel „Das Vaterland und die Vaterstadt“ aus der Feder von „25“ ging auf erneut zwei Seiten Länge auf die deutsche Frage ein.¹²⁶⁹ Angesichts der Zeitumstände müssten nun alle Bürger auch Patrioten sein, denn die Zukunft Deutschlands entscheide sich im Jahr 1849.¹²⁷⁰ Im Frühjahr 1848 sei der Wunsch nach Einheit im deutschen Volk nicht allgemein vorhanden gewesen, weshalb es sich durch „eitle Rathgeber“ verführen ließ, zunächst eine Verbesserung ihrer persönlichen Verhältnisse zu fordern. „25“ sah das fehlende „Volksgefühl“ durch den deutschen Partikularismus geformt, der sich in den letzten Monaten wieder offensiver zeige.¹²⁷¹ Wenn nun 1849 die Einheit wieder nicht erreicht werde, müsse mit einer erneuten Revolution gerechnet werden, die dann intensiver und umfassender sein würde.¹²⁷²

Bezogen auf die Verhältnisse in Lübeck hielt es der Verfasser für alternativlos, sich an einen größeren Staat zu binden. Dieses Opfer sei erforderlich, um die Handelsverhältnisse zu verbessern. Weiter wirke sich ein Zusammengehen mit einem größeren Gesamtstaat positiv auf die staatliche Stellung und die Innenpolitik der Stadt aus.¹²⁷³

Auch zwei Einträge in der „Kleinen Chronik“ befassten sich mit Fragen der politischen und wirtschaftlichen Liberalität: Zunächst ging ein Einsender auf Planungen ein, ähnliche Verwaltungsbehörden zu fusionieren, um Kosten zu senken. Dieser Auffassung widersprach der Verfasser, indem er auf mögliche Interessenskonflikte bei einzelnen Beteiligten hinwies.¹²⁷⁴

Die ihrem Selbstverständnis nach unparteiischen *Blätter* präsentierten sich in der ersten Ausgabe des Jahres 1849 ein weiteres Mal als Verfechterin einer konstitutionell-nationalen Politik: Neben dem „Vorwort“ belegt dies v. a. „Das Vaterland und die Vaterstadt“.

Anfang Februar erschienen drei kurze Nachrichten, die den Handel betrafen. In der „Kleinen Chronik“ Nr. 24 druckte das Blatt ausschnittsweise die Antwort des Reichshandelsministers Arnold Duckwitz auf eine Lübecker Adresse ab.¹²⁷⁵ Der Minister

1269 Vgl. ebd., S. 2- 4.

1270 Vgl. ebd., S. 2f.

1271 Vgl. ebd., S. 3.

1272 Vgl. ebd., S. 3, wörtlich: „Bald werden uns dann noch größere und gewaltigere Umwälzungen bevorstehen, als wir kaum erst erlebten.“ (ebd.).

1273 Vgl. ebd., S. 4, wörtlich: „[A]ber das dürfen wir mit Sicherheit erwarten, daß der Augenblick, von dem die Geschichte Lübecks ein Theil der Geschichte Deutschlands bildet, der Anfang einer glücklichern Zeit für uns sein wird, nicht einer unglücklicheren.“ (ebd.).

1274 Vgl. ebd., S. 8, wörtlich: „Der Verfasser [...] hat für jetzt nur den vorliegenden Fall der Wiederbesetzung einer Geschäftsführerstelle für das Catharineum und die Chatarienkirche im Auge gehabt, welche in der letzten Zeit zufällig [!; M. P.] demselben Manne übertragen war, dem die Rechnungsführung für die Kirchen- und Begräbniß-Commission anvertraut worden.“ (ebd.).

1275 Vgl. ebd., 04.02.1849, S. 40. Die Adresse hatten die *Blätter* am 14.01.1849 abgedruckt (vgl. ebd., S. 14f.).

sagte darin zu, dass er sich für einen Zolltarif einsetze, der gleichzeitig die Interessen der zolleinnehmenden Behörde und des Handelsstandes berücksichtige. Als konkrete Maßnahme stellte er zollfreie Umschlagplätze in Aussicht.¹²⁷⁶

Ebenfalls die Zolldiskussion betraf die Chronik Nr. 26, die aus Wismar schrieb, dass sich die dortigen Tuchhändler für den Entwurf eines Zolleinheitstarifs für Deutschland und die Abschaffung von Schutzzöllen ausgesprochen hatten. Das Blatt schloss an diese Nachricht den Wunsch an, dass der „Lübecker Verein für Handelsfreiheit“ den Wismarern bald nachfolgen möge.¹²⁷⁷

Eine letzte Nachricht betraf die Reform der Lübecker Hypothekenwechsel, die als Folge des Erlasses einer allgemeinen deutschen Wechselordnung durch die Nationalversammlung notwendig geworden war. Die *Blätter* brachten dazu den Text eines Bremer Wechsels, der den neuen Vorgaben entsprach, und schlug eine textliche Übernahme vor.¹²⁷⁸

Der Disput über „Berufspflicht und Amtspflicht“¹²⁷⁹ zwischen „12“, der einen Initiativartikel verfasst hatte, und „D.“ erschien über fünf Wochen in sechs Teilen.¹²⁸⁰ Den ersten inhaltlich näher zu betrachtenden Artikel hatte „D.“ verfasst. Er erschien als vierter Teil bzw. als Entgegnung der ersten Erwiderung von „12“ am 4. März 1849.¹²⁸¹ „D.“ stellte nach einer einleitenden Feststellung über das mangelhafte Betragen des Gegners kurz den Grundkonflikt dar. Dieser bestehe im Gegensatz zwischen privatem Interesse und Staatsinteresse, entfalte sich also anhand der Frage, ob der Einzelne dem Ganzen seine Eigeninteressen, Familie, öffentliche Ämter usw. unterzuordnen habe oder ob sich Staatsdiener als Träger öffentlicher Aufgaben durch ihren Beruf der Forderung des Staatsganzen fügen müssten. Daraus leitete sich die Diskussion ab, ob Beamten ein passives Wahlrecht zustehen sollte.¹²⁸²

„D.“ stellte heraus, dass sich „12“ in seiner Argumentation widerspreche, da er einerseits dem Besonderen den Vorrang einräume und gleichzeitig das passive Wahlrecht auch für

1276 Vgl. ebd., 04.02.1849, S. 40.

1277 Vgl. ebd.

1278 Vgl. ebd.

1279 Wahlweise auch „Bürgerpflicht und Amtspflicht“.

1280 Vgl. ebd., 11.02.1849, S. 43, vgl. ebd., 18.02.1849, S. 49f., vgl. ebd., 25.02.1849, S. 63f., vgl. ebd., 04.03.1849, S. 70- 72, vgl. ebd., 11.03.1849, S. 82f., vgl. ebd., 18.03.1849, S. 85f.

1281 Vgl. ebd., 04.03.1849, S. 70- 72.

1282 Vgl. ebd., S. 70f., wörtlich: „Die eine Ansicht ist: jeder Staatsbürger gehört zunächst und vor allen Dingen dem Ganzen an, er muß sein Besonderes (Familie, Broderwerb, Amt) hintenansetzen, wenn das Ganze ihn ruft. Ihr entgegen steht die andere: der Beamte, Staatsdiener, hat vor allen Dingen seinen Beruf wahrzunehmen: durch Übernahme eines Amtes, welches ebenfalls für den Staat Unentbehrliches leistet, hat er sich unmöglich gemacht für jede allgemein staatliche Thätigkeit, die nicht ganz ohne Collisionen mit seinem Berufe stattfinden kann.“ (ebd., S. 70).

Beamte fordere.¹²⁸³ Statt eine allgemeine Erörterung dieser Grundfrage liberalen Denkens anzuschließen, griff „D.“ auf die Gesetzeslage zurück und betonte, dass deren Interpretation stets von der Absicht ihrer Geber aus geschehen müsse und eine freie Interpretation nach Maßgabe des isolierten Textes daher nicht statthaft sei.¹²⁸⁴ Obgleich er sich in der weiteren Folge nach einer Erörterung der Genese der maßgeblichen Gesetze gegen die Wählbarkeit von Beamten aussprach, betonte „D.“ abschließend, dass das Vorgebrachte Resultat einer objektiven Erörterung sei, nicht aber die persönliche Überzeugung: „Von unsrer s u b j e c t i v e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Stellung zu dieser Frage haben wir überall nicht geredet, da das nicht zur Sache gehört.“¹²⁸⁵

Die nationale Einigung, die Handelsfreiheit, welche die *Blätter* fortwährend forderten, aber auch theoretische Fragen wie die nach dem Verhältnis von Individuum und Staat bestimmten die Kategorie „Liberalität“ in dieser Zeit thematisch. Die *Blätter* betonten im Vorwort zunächst ihre unabhängige Stellung, deren Tendenz sich „unbeabsichtigt“ aus den Einzelbeiträgen ergebe. Im wirtschaftlichen Teil wurde die Zeitschrift mit ihrer Forderung nach einer freiheitlichen Zollgesetzgebung konkret. Die Diskussion über das passive Wahlrecht der Beamten zeigte den Bruch zwischen Staatsliberalen und „Bürgerrechtlern“ am Ende der 1840er Jahre, dessen grundsätzliche Bedeutung sich nicht zuletzt in der Anzahl der Beiträge der zwei Kontrahenten und der Intensität bzw. Heftigkeit ihrer ins Persönliche gehenden Argumentationen veranschaulichte.

Mit der Frage, ob man die Staatsausgaben künftig über direkte Abgaben oder indirekte Steuern decken sollte, befasste sich „40“ in den *Blättern* vom 1. April 1849.¹²⁸⁶ Etwa zweieinhalb der insgesamt vier Seiten beinhalteten eine Rede eines Abgeordneten der äußersten Linken in der Nationalversammlung, Moritz Mohl. Zunächst leitete „40“ dessen Ausführungen mit einigen Erläuterung zum Zusammenhang von Steuersystem und Revolution in der Februarrevolution ein. In Frankreich habe sich nach Abdankung Louis Philippes die Ansicht durchgesetzt, den Staat nur noch mittels direkter Abgaben zu finanzieren. Eine Forderung, der man sich auch in Lübeck seit 1848 praktisch angeschlossen habe.¹²⁸⁷

1283 Vgl. ebd., S. 70f.

1284 Vgl. ebd., S. 71.

1285 Ebd., S. 72, vgl. dort auch das Vorangehende.

1286 Vgl. ebd., 01.04.1849, S. 104- 107.

1287 Vgl. ebd., S. 104, wörtlich: „[D]ie Geschichte des letzten Jahres beweist, daß auch die gesetzgebenden Gewalten in unserm Freistaate [...] zur Aufbringung neuer Mittel sich stets für Einkommenssteuern, und

Der Verfasser protestierte „auf das Entschiedenste“, da die neu eingeführten direkten Steuern zusätzliche Abgaben seien und damit nicht dem Ideal der Einkommenssteuer gleichzusetzen seien.¹²⁸⁸ Weiterhin könne die Steuerbelastung infolge der Steuerprogression ein unerträgliches Maß erreichen: „Es könnte dann dahin kommen, daß die Höchstbesteuerten, welche jetzt schon 6 2/3% vom Einkommen zahlen, die Hälfte ihres gesamten Einkommens, ja noch mehr zahlen müßten.“¹²⁸⁹

Um nun zu zeigen, dass auch in der Linken, der „40“ eine Präferenz für die direkte Besteuerung nachsagte, einige Abgeordnete für den Fortbestand der bisher gültigen indirekten Abgaben plädierten, zitierte er den Abgeordneten Mohl. Dieser sprach sich gegen eine Vermögenssteuer für Reiche nach Maßgabe ihres Geldbesitzes aus. Auch der Einführung einer Einkommenssteuer als einziger Abgabe erteilte der Abgeordnete eine Absage, indem er auf das geringe Gesamtaufkommen der Steuer verwies.¹²⁹⁰

Vehement stritt er auch gegen die Idee, eine progressive Einkommensteuer einzuführen, denn damit strafe man alle Bürger, die durch ihren Fleiß und ihr Können ein hohes Einkommen erlangt haben: „[D]enn das hieße Diejenigen, welche nützlich für die menschliche Gesellschaft wirkten, entmuthigen, und der mühevoll und redlich erworbenen Mittel zu berauben.“¹²⁹¹ Artikel und Redezitat endeten mit dem Appell Mohls, die Besteuerung in die Kompetenz der Einzelstaaten zu überantworten, also das föderale Prinzip zu stärken.¹²⁹²

Im Anschluss ging es um die Frage, ob man den Zugang zum Lehramt an Volksschulen beschränken sollte.¹²⁹³ Nach Ausführungen zum Werdegang der Volksschullehrer ließ der Verfasser eine Problemanalyse folgen, in welcher er vor allem auf die übermäßige Zahl der in Ausbildung befindlichen Lehrer hinwies. Die Überbesetzung ergebe sich aus finanziellen Gründen, denn Lehrer in Ausbildung erhielten deutlich weniger Gehalt als Absolventen.¹²⁹⁴ Viele Maßnahmen, die den Zugang zum Lehramt etwa durch strenge Eignungsprüfung erschwerten, seien bereits ergriffen worden.¹²⁹⁵ Der Verfasser plädierte daher dafür, sich auf die regulative Funktion des Marktes zu verlassen,

zwar nach Maßgabe unserer directen Steuer entscheiden haben.“ (ebd.).

1288 Vgl. ebd.

1289 Ebd.

1290 Vgl. ebd., S. 104f.

1291 Ebd., S. 106, vgl. dort auch Vorstehendes.

1292 Vgl. ebd., S. 107.

1293 Vgl. ebd., S. 107f.

1294 Vgl. ebd., S. 107.

1295 Vgl. ebd.

also keine Regulierung notwendig sei.¹²⁹⁶

Die Wirtschaftsordnung war Thema des Beitrages „Zünftiges“ aus der Feder von „105“, der sich auf der letzten Seite dieser Ausgabe der *Blätter* fand. Der Verfasser bedauerte die Kurzsichtigkeit eines Artikels in den *Lübeckischen Anzeigen*, in welchem die Gleichstellung der Klosterträger mit der Gruppe der Gemeinträger postuliert worden war. Diese Forderung, ausgerechnet aus den Reihen der bisher bevorrechtigten Gemeinträger, nahm „105“ zum Anlass, auf die Folgen einer Gleichberechtigung hinzuweisen. Diese werde den 120 Gemeinträgern eine Konkurrenz von 1.200 Arbeitsleuten einbringen.¹²⁹⁷

„105“ sprach sich für ein umsichtiges Verfahren mit gewerblichen Vorrechten aus, deren Abschaffung nun unter Verweis auf die moralische (!) Pflicht des Staates eben von der bevorrechtigten Gruppe selbst auf die Agenda politischen Handelns erhoben worden war.¹²⁹⁸ Der Artikel zeigte vor allem die Zweiseitigkeit der Reformforderungen, derer man sich kurzfristiger Vorteile wegen gern zu bedienen schien. Die langfristige Liberalisierung des Marktzugangs sah man nicht. Die Begründung der Forderungen bezog sich zwar auch auf die Freiheit, betonte aber gleichzeitig überkommene Vorstellungen. Nach diesen hatte der Staat die Aufgabe, die Wirtschaft nach moralischen Grundsätzen zu regulieren, was die Betroffenen zur Not unter Anwendung von Gewalt auch erzwingen durften.¹²⁹⁹

Ein Eintrag in der „Kleinen Chronik“ befasste sich mit Neuregelungen zum Schuldarrest. Dieser durfte fortan nur noch ausnahmsweise und nur für „Handelssachen“ verhängt werden. Der Verfasser gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die persönliche Haft bei Nichtzahlung als Privileg des Handels erhalten werde und sich auch im Entwurf eines Handelsgesetzbuches für Deutschland finde.¹³⁰⁰

Ebenfalls den Handel betraf auch der in den *Blättern* im Anschluss gedruckte

1296 Vgl. ebd., S. 108, wörtlich: „Tritt wirklich einmal Überfüllung ein, die noch keineswegs da ist, so wird schon von selbst sich der Andrang von unten mindern, und die vorgebildeten Lehrer werden im Auslande Anstellungen suchen oder sich andern naheliegenden Beschäftigungen zuwenden; sie werden als Buchhalter, Rechnungsführer, Schreiber u. dgl. für sich ihren Erwerb zu schaffen suchen.“ (ebd.). Dem Senat der Stadt liege weiterhin schon seit zwei Jahren eine Eingabe zur künftigen Stellung der Lehrlinge (für das Lehramt) vor, die eine finanzielle Besserstellung vorsehe, auf welche aber bisher noch keine Antwort erfolgt sei (vgl. ebd.).

1297 „[W]ir warnen namentlich diejenigen, welche selbst gewerbliche Vorrechte haben, wir warnen davor, um eines augenblicklichen Vortheils willen das Fundament des ganzen Gebäudes zu untergraben. Seid doch nicht Eure eigenen Feinde!“ (Ebd., vgl. dort auch das Vorstehende).

1298 Vgl. ebd.

1299 „Denn wenn man das Verlangen der Gemeinträger [...] ausführbar und billig nennt, wenn man diese Ansicht dadurch begründet, 'daß die Klosterträger Rechtsansprüche gegen den Staat nicht geltend machen können,' daß 'dieser moralisch sich genughue (?) wenn er sie (die Klosterträger) unter die Gemeinträger einreicht, [...] was heißt das anderes, als den Rechtboden verlassen und Gewalt an die Stelle des Rechts setzen [...]'“ (ebd.).

1300 Vgl. ebd., 06.05.1849, S. 150.

Artikel, dessen Thema die Diskussion über „Handelsfreiheit für Travemünde“ war. Ein nicht genannter Verfasser zitierte dazu aus einem Antrag des Senats an die Bürgerschaft aus dem Jahr 1843, durch den einigen Waren eine Einlagerungs- und Umschlagserlaubnis für Travemünde erteilt werden sollte. Während die Wahl der Arbeitsleute den Händlern freigestellt würde, diese also nicht mehr zwangsläufig speziellen Corporationen bzw. deren Mitgliedern anheimfiele, sollte die Verzollung den doppelten Satz bzw. ein Prozent des Warenwertes betragen.¹³⁰¹

Die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung wurde im Juni 1849 anhand des Verhältnisses von Maurermeistern und -gesellen sowie der Frage nach der Zweckmäßigkeit von Schutzzöllen weiter besprochen: In einem dreiseitigen Artikel befasste sich „18“ mit den Arbeitsbefugnissen der Gesellen im Bauhandwerk.¹³⁰² Zunächst besprach der Verfasser die Frage nach der Regulierungskompetenz im Bauhandwerk, welche Bürgerschaft, Senat und betroffene Meister jeweils für sich selbst beanspruchten. „18“ folgte argumentativ den Meistern, indem er die Regulierung der Frage, welcher Handwerker einen Bau ausführen dürfe, als nicht durch obrigkeitliche Verordnung reguliert wissen wollte. In die Bauordnung gehörten lediglich die Beschreibung der Art und Weise des Baus.¹³⁰³

Abgesehen von dieser Kompetenzfrage beschrieb „18“ die im Baugewerbe geübte Aufgabenverteilung zwischen Meistern und Gesellen. Während die Meister hier nur für die Materialbeschaffung, Kontrolle etc. zuständig seien,¹³⁰⁴ falle die praktische Arbeit den Gesellen zu, die auch ohne Meister einfache Bautätigkeiten durchführen dürften.¹³⁰⁵ Statt sich für einen der drei vorliegenden Regelungsentwürfe aus den Reihen des Senats, der zwischen dem stärker regulierenden Entwurf der Bürgerschaft und einem dritten Vorschlag eine Mittelposition einnahm, zu entscheiden, plädierte „18“ für eine Regelung durch den Markt:¹³⁰⁶

In der Praxis wird die Sache sich leicht ordnen. In allen gewöhnlichen Arbeiten wird man lieber sich unmittelbar an einen Gesellen wenden [...]; bei allen Arbeiten aber, die über das Gewöhnliche hinausgehen, [...] wird man im eigenen Interesse nicht verfehlen, einen Meister herbeizuziehen.¹³⁰⁷

1301 Vgl. ebd., S. 150.

1302 Vgl. ebd., 03.06.1849, S. 175- 178.

1303 Vgl. ebd., S. 175.

1304 Vgl. ebd., wörtlich: „Dagegen bedarf der Meister noch einer Menge von Kenntnissen [...]; er muß [...] eine weit höhere wissenschaftliche Bildung besitzen, und muß [...] viel mehr theoretische Kenntnisse durch besonders darauf gerichtetes Studium sich erworben haben, als bei irgend einem andern Gewerbe der Fall ist.“ (ebd.).

1305 Vgl. ebd.

1306 Vgl. ebd., S. 176f., wörtlich: „In der Wirklichkeit, glauben wir, würden neue Befugnisse der Meister und Gesellen nichts Wesentliches ändern, und deshalb sind wir der Meinung, daß man die alten sollte bestehen lassen.“ (ebd., S. 177).

1307 Ebd., S. 177.

„Der Fabrikant und der Landwirth“ zeigte als letzter Untersuchungsartikel dieser Kategorie für das II. Quartal 1849, dass von Schutzzöllen kein positiver Effekt für Arbeiter und Landwirte zu erwarten sei. Diese flössen vielmehr zu einem Großteil dem auf diese Weise vor Konkurrenz bewahrten Fabrikanten zu, der praktisch nur einen Bruchteil seines entstandenen Gewinns an Arbeiter und Bauern der Umgebung ausschütete. Diese müssten allerdings höhere Preise zahlen, wären also schlechtergestellt als unter den Bedingungen einer weitgehend freien Marktordnung.¹³⁰⁸

Die Artikel machen deutlich, dass die *Blätter* alle Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet aufmerksam verfolgten. Warnungen vor zu rascher Reform bzw. wenig umsichtiger Forderungen fanden sich dabei ebenso wie Anträge, die vor Jahren unter der vormärzlichen Verfassungsordnung gescheitert waren. Die Zeitschrift stellte dabei keine einheitliche Auffassung in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung, sondern spiegelte recht unterschiedliche Positionen wider, die zum Teil für eine möglichst weitgehende marktwirtschaftliche Regelung (z. B. Zulassung zum Lehrerberuf), zum Teil für den Erhalt der hergebrachten korporativen Gliederung (z. B. zur Trägerfrage) plädierten. In der überblickenden Rückschau überwogen allerdings die Artikel, welche sich für eine freie marktwirtschaftliche Ordnung aussprachen.

B.4.3.7 Zwischen Frankfurt und Gotha: Loyalität versus pragmatische Politik: Vom Ende der Reichsverfassungskampagne bis zum Zusammentritt des Unionsparlaments

Der Bruch innerhalb der Liberalen hatte sich bereits gegen Ende des Jahres 1847 abgezeichnet. Nach den Märzereignissen beschleunigte sich die Ausdifferenzierung des ehemals geschlossenen liberalen Lagers zusehends. „Parteien“ im modernen Sinne waren die Zusammenschlüsse der Jahre 1848/ 49 zwar noch nicht, dennoch grenzten sich die geschiedenen Gruppen unter Nutzung des Parteienbegriffs bewusst voneinander ab.

Die *Blätter* befassten sich mit der Fraktionsbildung in der Paulskirche bereits ab dem 21. Mai 1848.¹³⁰⁹ Nach dem Scheitern der Bemühungen, Friedrich Wilhelm IV. als Verteidiger der Reichsverfassung zu gewinnen, griff „101“ das Thema „Fraktionsbildung“ am 8. Juli 1849 erneut auf.¹³¹⁰ Seit der Aprilverfassung 1848 und mehr noch ab Dezember 1848, als das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht in Lübeck eingeführt worden war,

1308 Vgl. ebd., S. 182, wörtlich: „Es gewinnt also keiner der Landwirthe durch das Schutzsystem, wohl aber verliert jeder, besonders aber der entfernteste [lebende Landwirt; M. P.] dabei.“ (ebd.).

1309 Vgl. den Aufsatz „Über politische Parteien“ von „99“ (vgl. ebd., 21.05.1848, S. 188).

1310 Vgl. ebd., 08.07.1849, S. 218f.

sei die Bildung politischer Parteien ein unbedingtes Erfordernis. In der Stadt sei allerdings bisher wenig für die Gründung von Parteien getan, die wegen der anhaltend mäßigen Beteiligung und dem Desinteresse vieler Lübecker an politischen Themen wichtig seien. Auch der „politische Verein“ habe es nicht vermocht, mehr als einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bürger für seine Zielsetzungen zu begeistern, konstatierte „101“.¹³¹¹ Der Verfasser rief die Konservativen dazu auf, sich aus ihrer Vereinzelung zu lösen und sich zu einer Parteiung zu sammeln, die Lösungen für anstehende Probleme aufzuzeigen in der Lage sein würde.¹³¹²

Mögen daher auch unsre Konservativen nicht länger zögern, den Weg zu betreten, der von der radikalen Partei und von der Partei des Centrums, wenn man anders zwischen beiden noch diese dritte satuiert will, bereits eingeschlagen ist.¹³¹³

Dann könne im offenen und ehrlich zu führenden Parteienkampf die beste Lösung für die anstehenden Probleme gefunden werden.¹³¹⁴

„101“ hing zwar weiterhin der Vorstellung an, in einem fairen Ringen zwischen zwei oder drei differierenden Ansichten ließe sich die beste Lösung ableiten. Die Möglichkeit der diskursiven Einigung in einer Zeitschrift, eben jene Ansicht, die zur Gründung der *Blätter* geführt hatte (s.o.), verwarf der Verfasser, indem er auf die Fülle der zu entscheidenden Problematiken und die geänderte Verfassung Lübecks verwies. Es wurde nicht abschließend deutlich, ob „101“ aus reformkonservativer Überzeugung, aus demokratietheoretischen Gründen, nach aufklärerischen Idealen oder aus der Motivation heraus, den „Konservativen“, sind sie erst einmal organisiert, programmatisch begegnen zu können, handelte. Da sich aber selbst die Gothaer (Konstitutionellen) schwer taten, eine „Partei“ zu gründen, liegt es nahe anzunehmen, dass der Artikel konservative Gesinnungsfreunde aus der politischen Defensive führen wollte. Der Verfasser hatte sich in den *Blättern* bisher nur in Bezug auf die Lage des Bahnhofs in Lübeck (14. November 1847)¹³¹⁵ geäußert, woraus sich keine Hinweise auf dessen eigene politische

1311 Vgl. ebd., S. 218. „101“ lobte die *Blätter* als progressives Organ in der Zeit der politischen Erstarrung vor 1848. Es sei zwar verhältnismäßig (!) viel erreicht worden, die bevorstehenden Aufgaben seien aber gewichtiger und ließen sich nur mithilfe von organisierten Zusammenschlüssen lösen (vgl. ebd.).

1312 Vgl. ebd., S. 218f. Der Verfasser zitierte im weiteren Verlauf seines Artikels aus dem Programm des norddeutschen Konservativen Franz von Florencourt, der schrieb: „Das Volk hat sich mehr und mehr deshalb von ihr [der konservativen Parteiung; M. P.] abgewandt, weil sie bis dahin ihre Schuldigkeit nicht gethan, weil unter ihrer Herrschaft eben der Zustand immer schlimmer und schlimmer geworden ist.“ (ebd., S. 219). Das politische Engagement der Konservativen entsprang nach Florencourt auch aus der Furcht vor einer neuen revolutionären Erhebung: „Mag man noch so viel von der revolutionären Irrlehre sprechen: man wird ihrer nie mächtig werden, wenn man die *Z u s t ä n d e* [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] nicht verbessert, aus denen sie entspringt.“ (ebd., S. 219).

1313 Vgl. ebd.

1314 Vgl. ebd. Zu konservativen Parteiungen nach 1848 in Preußen vgl. Hahn 2010, S. 581f.

1315 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 14.11.1847, S. 272f.

Überzeugungen ergaben.

Die weiteren zu untersuchenden Artikel dieser Kategorie erschienen alle in der „Kleinen Chronik“. Nr. 99 listete Anfang August 1849 Regelungen zur Entschädigung von Abgeordneten auf, wie sie in der Schweiz und im deutschen Ausland gültig waren. Die Unterschiedlichkeit der vorgestellten Praxis lässt retrospektiv keinen Rückschluss auf die Tendenz des Artikels zu, zeigt aber sehr wohl, dass die Abgeordnetenentschädigung in Lübeck Gegenstand der öffentlichen Diskussion war.¹³¹⁶

Anfang September brachte die „Kleine Chronik“ dann einen Artikel „Zur Geschäftsordnung“, in welchem es hieß, dass es sich in jedem Parlament als günstig herausstelle, wenn zu einem Thema Abgeordnete jeweils nur einmal sprechen dürften.¹³¹⁷ Es ist anzunehmen, dass der Artikel im Zusammenhang mit den Verhandlungen der neuen Bürgerschaft stand.

Die folgenden zwei Artikel der „Kleinen Chronik“ waren Zitate aus Heinrich Laubes *Das erste deutsche Parlament* (1849). In „Der Absolutismus der Demokratie“ hieß es, dass eine geschichtlich gewachsene Gesellschaft noch nie ein „absolut durchgeführtes System“ gewesen sei. Vielmehr gebe es nur herrschende Systeme. Im Deutschland des Jahres 1848 habe die Demokratie geherrscht, die ihrerseits die Gliederung der Staatsgesellschaft verhöhnt habe, worin Laube einen „Absolutismus der Demokratie“ erkannte:

Will man den Staat [...] aus der Kopfbild bilden [das entspräche dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nach dem Prinzip der Volkssouveränität; M. P.], so wird er ein unwahrer Staat, der sich der inneren Unwahrheit halber selbst beschädigt und zerschlägt.¹³¹⁸

Nach dieser theoretischen Begründung des ungleichen Wahlrechts, die nach Laube auf der Unterschiedlichkeit der Staatsbürger fuße,¹³¹⁹ folgte als Nr. 111 der Chronik eine weitere „Lese Frucht“ aus der Feder Laubes. Das Prinzip der evolutionären Entwicklung wurde als einzig fester Boden einer gedeihlichen Entwicklung gepriesen.¹³²⁰ Laube selbst favorisierte in *Das erste deutsche Parlament* (1849) eben diese organische Modernisierung.¹³²¹

1316 Vgl. ebd., 05.08.1849, S. 254.

1317 Vgl. ebd., 02.09.1849, S. 286, wörtlich: „Eine bestimmte Vorschrift wird sich freilich darüber [über die Regelung, dass ein Abgeordneter zum selben Thema nur einmal sprechen soll; M. P.] nicht machen lassen: nur von der durch Übung und Erfahrung gebildeten und geläuterten Sitte [evtl. lag hier eine Anspielung auf die neue Bürgerschaft vor; M. P.] lässt sich eine Ausgleicheung der [...] hervortretenden Übelstände erwarten.“ (ebd.).

1318 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

1319 Vgl. ebd., wörtlich: „Der Handwerksgeßel bedeutet etwas Anderes als der Kaufmann, und der Gutsbesitzer etwas anderes [sic!] als der Fabrikant. Das Volk besteht aus Individuen, der Staat aus Individuen und Interessen.“ (ebd.).

1320 Vgl. ebd.

1321 Vgl. Laube 1849, S. 10f.

[I]m Gegenteil [statt einer Erörterung der deutschen Geschichte; M. P.] sollte ausdrücklich mit der Vergangenheit ganz und gar gebrochen werden. Das ist so völlig undeutsch, daß ich ihm keine besondere Einwirkung auf die deutsche Politik zutrauen mochte.¹³²²

Wie im Vorjahr erschien auch im IV. Quartal 1849 eine „Chronik“ des Vorjahres, in der personelle Veränderungen in Staatsführung und -verwaltung, Wahlergebnisse, Verordnungen und Gesetze sowie allgemeine politische bzw. gesellschaftliche relevante Themen zusammengefasst wurden. Die Chronik für das Jahr 1848, von welcher der erste Teil näher untersucht wird, bemühte sich, die Entwicklung in Lübeck als Kontinuum zu beschreiben. Dies baue auf älteren Vorgaben auf und sei in ihrer Ausgestaltung auch nicht wesentlich durch die revolutionären Ereignisse des März‘ beeinflusst worden.¹³²³

Die am 3. Nov. 1844 gebildete gemeinsame [d. h. von Mitgliedern aus Senat und Bürgerschaft bzw. den Kollegien gleichermaßen beschickte; M. P.] Verfassungs-Revisions-Commission erstattete unter dem 17. März 1848 ihren [...] Bericht. Am 8. April erfolgte nach einmüthiger Zustimmung [...] das Schlußdecret des Senates, welcher jenen Entwurf mit geringen Änderungen zum Staatsgrundgesetz erhebt.¹³²⁴

Während in der weiteren Folge über den Gottesdienst zur Einführung der neuen Verfassung die Rede war, fand der Oktoberaufstand mit keinem Wort Erwähnung.¹³²⁵

Unmittelbar an diesen ersten Teil der Chronik schloss sich der Artikel „Die Zunahme der Dauer des menschlichen Lebens seit dem vorigen Jahrhundert“ an.¹³²⁶ Verfasser „782“ äußerte sich mit Blick auf die längere Lebenserwartung, die für Frankreich zwischen 1776 und 1843 um elf Jahre gestiegen sei, positiv über den Vormärzzeitraum:

Man hat in der jüngsten Zeit, durch trügerische Phantasien angeregt, fortwährend über das große Unglück, an dem Europa seit 1815 bis zum Februar 1848 gelitten haben soll, geredet und geschrieben, während die ganze Weltgeschichte keine glücklichere Periode aufzuweisen hat, in welcher [...] Wohlhabenheit und Familienglück so allgemein verbreitet gewesen sind.¹³²⁷

Ein derart positives Bild der Vormärzzeit in den *Blättern* war neu. Bisher hatte es mehrfach geheißen, dass die Revolution in Paris, Wien und Berlin die politische Bewegungslosigkeit in Lübeck gelöst habe und erst daraufhin die stets als gesetzlich und evolutionär

1322 Ebd., S. 11.

1323 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 21.10.1849, S. 339- 341. Zu den Bestrebungen der Nationalversammlung, ihre revolutionären Wurzeln zu verbergen, schreibt Salewski: „Dieses Meisterstück der Scheinheiligkeit hat der Nationalversammlung gleich in ihrer ersten Sitzung eine Geschäftsordnungsdebatte eingebracht, die unbefangene Beobachter schon an der Tatkraft des Paulskirchenparlaments zweifeln ließ – aber immerhin: das Harmoniebedürfnis war ungeheuer; was sich im März in Berlin und Wien zugetragen, war den meisten eher peinlich.“ (Salewski 1998, S. 10).

1324 *Neue Lübeckische Blätter*, 21.10.1849, S. 341.

1325 Vgl. ebd., zur erneuten Verfassungsreform im Dezember 1848: „Am 30 Dec. wurde, unter Aufhebung des Unterschiedes zwischen Bürgern und Einwohnern und Ausdehnung des Bürgerrechts auch auf Nichtchristen, an Stelle der ständischen Vertretung das allgemeine gleiche Wahlrecht aller Bürger für die Wahl der Mitglieder der Bürgerschaft eingeführt.“ (ebd.).

1326 Vgl. ebd., S. 341f.

1327 Ebd.

beschriebenen Veränderungen in einem solch raschen Tempo möglich geworden seien.

Neben dieser grundsätzlichen Kritik an den Veränderungen las sich im November 1849 „Die städtische Gemeinde und der Staat“ beinahe reformfreudig.¹³²⁸ Anlässlich des Berichts der „Central-Armen-Deputation“ empfahle sich, bei der Trennung von staatlichen und städtischen Einrichtungen im Bereich des Armenwesens zu beginnen. Der Verfasser, „62“, schlug dazu vor, eine Trennung anhand der Zielgruppe bestehender Einrichtungen vorzunehmen. Neben dem neu zu errichtenden Krankenhaus und dem „Irrenhaus“ sollte nur das St. Annenkloster, das als Zuchthaus und Gefängnis genutzt wurde, als staatliche „soziale“ Einrichtung gelten. Alle weiteren sollten städtisch bleiben, da sie auch bisher wesentlich von den Lübecker Stadtbewohnern genutzt worden seien.¹³²⁹ Der Verfassungsreform müsse eine Verwaltungsreform nachgegliedert werden, auch wenn sich die Trennung beider Sphären für Stadt- wie Landbürger negativ auswirken würde, wie der Verfasser ausdrücklich betonte. Gleichzeitig mit der Aufgabenverteilung in zwei Bereiche müssten auch die Einnahmen des Staates getrennt werden, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.¹³³⁰

Der grundsätzlich progressive Charakter dieses Artikels lässt sich am abschließend unterbreiteten Vorschlag erkennen, die städtischen Wahlbezirke in der Weise von den ländlichen bzw. gesamtstaatlichen zu trennen, dass die Bürgerschaftsabgeordneten städtischer Wahlbezirke in Gemeinschaft mit dem Senat allein über die Verhältnisse in Lübeck entscheiden dürften, während die Gemeindeverwaltung der Landbezirke selbstständig agierenden Landgemeinden überwiesen werden sollte.¹³³¹

Der Verfasser plädierte wiederum für eine evolutionäre Veränderung, indem man Stadt und Land eben nicht mit einer (!) umfassenden Reform zu trennen gedachte, sondern in kleinschrittigen Prozessen der Ablösung bei genauer Kalkulation der Folgen jeder Einzelmaßnahme.

Mit „Reformen“ titelte im Dezember die „Kleine Chronik“ Nr. 137 und befasste sich anschließend mit Senatsanträgen für die Bürgerschaftsversammlung.¹³³² Gegenstand war eine Reform der Hafenaufsicht durch städtische Beamte, die bislang in ihrer Funktion „Ehrengeschenke“ entgegen nehmen durften. Dies sollte nun unterbleiben. Ähnlich in

1328 Vgl. ebd., S. 344f.

1329 Vgl. ebd., S. 354. Als weitere soziale Einrichtungen, die städtisch bleiben sollten, nannte „62“ die „allgemeine Armenanstalt“, zu der das Siechenhaus, das freiwillige Arbeitshaus, das Männer-Armenhaus und die Speiseanstalt gezählt wurden. Hinzu kam die St. Clemenscalandstiftung, die Kinderpflegianstalt, das St.-Johannis-Jungfrauenkloster, das heilige Geist-Hospital sowie das Burgkloster (vgl. ebd.).

1330 Vgl. ebd.

1331 Vgl. ebd., S. 355.

1332 Vgl. ebd., 16.12.1849, S. 410.

Richtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung stieß eine weitere Senatsvorlage, welche die Steuern und Abgaben in den Händen nur noch einer Behörde zusammenfassen wollte. Neben einer Revision der Konsumabgaben wurde auch eine umfassende Neuordnung des Postwesens gefordert.¹³³³

B.4.3.8 Zur Berichterstattung im I. Quartal 1850

Wie bereits in den Vorjahren erschien auch in der ersten Ausgabe des Jahres 1850 ein „Vorwort“, in dem die *Blätter* auf das vergangene Jahr zurückblickten und ihre politische Haltung definierten.¹³³⁴ 1849 hatte es geheißen, dass die Zeitschrift immer nur der Tendenz ihrer Einsendungen entspreche, aber keine eigene Position vertrete (s.o.). Nun hieß es:

Die Aufgabe [...] ein allgemeines Organ zu sein für die Besprechung vaterstädtischer Angelegenheiten, zwar nicht ohne Vorliebe für die bisher vornehmlich in ihnen vertretene Richtung des besonnenen Fortschritts, aber ohne Vorurtheil gegen abweichende Parteibestrebungen, so lange dieselben nur das Wohl des Ganzen im Auge behalten, dieser Aufgabe werden sie auch im bevorstehenden [...] Jahre [...] getreu zu bleiben sich bemühen.¹³³⁵

Dies war weniger eine Änderung des angekündigten Inhaltes als eine Verschiebung des Selbstverständnisses fort vom Ideal eines unparteiischen Blattes. Zwar las sich die einschränkende Passage zur Zielrichtung der vorgestellten Meinungen wenig dramatisch, doch auch die Kontinuität als Plattform des Meinungsaustausches wurde betont. Dennoch: Bisher galt es als unbestrittener Konsens, dass jede politische Meinung dem Wohle aller diene. Eben davon verabschiedete man sich.

Neben „vaterstädtischen“ Interessen sollten im kommenden Jahr auch in Deutschland als Ganzes betreffende Fragen erörtert werden. Hierbei wollten die *Blätter* auch künftig „dem jugendlichen Preußen“ vertrauen, das Lübeck als deutsche Hegemonialmacht 1849 anerkannt hatte. Ziel der Bestrebungen blieb das „Glück“ des eigenen Volkes, das sich durch den Dreischritt „Einheit, Macht und Freiheit“ Deutschlands erreichen ließe.¹³³⁶ Die Reihenfolge der Begriffe verriet dabei, dass die *Blätter* nun nicht mehr zunächst die Freiheit und dann die Einheit wollten, sondern eben einen starken Nationalstaat als Garanten einer „Freiheit“.

Der folgende Rückblick auf 1849 zeichnete ein positives Bild der politischen Entwicklung Lübecks. Die Dezembervfassung und das Wahlgesetz hätten gezeigt, welch hoher Wert

¹³³³ Vgl. ebd.

¹³³⁴ Vgl. ebd., 06.01.1850, S. 1f.

¹³³⁵ Ebd., S. 1. Damit hielten die *Blätter* zumindest dem Anspruch nach weiter am Ideal der Aufklärung fest, durch öffentliche Kritik Missstände aufzudecken (vgl. Schömig 1988, S. 14).

¹³³⁶ Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 06.01.1850, S. 1.

geordneten Zuständen zukomme. Das Gemeinwesen habe „[...] die immerhin gewagte Radicalcur des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ohne gefährliche Krisen zu unserem Heile glücklich überstanden“. ¹³³⁷ Auch diese kritische Bemerkung, die andeutete, dass unter den geänderten politischen Rahmenbedingungen zur Jahreswende 1849/ 50 das allgemeine und gleiche (Männer-)Wahlrecht wohl kaum noch im Wahlgesetz verankert worden wäre, unterstrich die konstitutionelle Ausrichtung des *Blattes*, das nicht nur deutschlandpolitisch seit Mitte 1849 stets die Interessen der Gothaer abgedruckt und propagiert hatte.

In der „Kleinen Chronik“ dieser Ausgabe erschienen als Nr. 1 und 2 noch weitere Beiträge des Themenbereichs dieser Kategorie. ¹³³⁸ Die erste Eintragung befasste sich mit einer Statistik aller in Lübeck anlegenden Schiffe des Jahres 1849, ¹³³⁹ während die zweite eine Anfrage zur Privilegierung der Privat-Disconto-Cassa stellte, ¹³⁴⁰ die als einzige das Recht zur Zettel-Emeritierung hatte. ¹³⁴¹ Die Chronik Nr. 2 leitete eine sich über Monate erstreckende Diskussion zum Bankwesen im Allgemein und zu den Lübecker Verhältnissen im Besonderen ein, ¹³⁴² aus der einige Artikel näher vorgestellt werden:

Die Konzessionierung der „Discont-Cassa“ wurde am 3. Februar 1850 aufgegriffen, indem die *Blätter* den Text des Privilegs dieser Bank von 1791 in Auszügen abdruckten. Die Regelungen betrafen den Umgang eines Leihhauses mit gestohlenen Pfändern und führten die Gebühren aus, die bei Nutzung der Einrichtung zu erheben waren. Eine Kontextualisierung im Sinne einer thematischen Hinwendung zur Gegenwart leistete das Zitat nicht. ¹³⁴³ Dieser Artikel sollte die Leser zunächst über die Grundlagen der zu diskutierenden Neuvergabe eines Monopolprivilegs an die Lübecker Diskont-Kasse informieren, von der ausgehend man weitere Erörterungen anschließen können sollte.

Als Maßnahme der wirtschaftlichen Modernisierung lässt sich auch die neue „Kaufmannsordnung“ verstehen, welche als Resultat der Diskussionen vorangegangener Quartale zur Konstituierung der Lübecker Kaufmannschaft anzusehen ist. ¹³⁴⁴ Die Ordnung sollte eine Handelskammer als Nachfolgerin des aufzulösenden „Commerz-Collegiums“

1337 Ebd., S. 2, vgl. dort auch Vorstehendes.

1338 Vgl. ebd., S. 8.

1339 Vgl. ebd., die Kontextualisierung der Wirtschaftsdaten findet sich im Einleitungsteil zu Lübeck.

1340 Vgl. ebd.

1341 Vgl. ebd., 03.02.1850, S. 39f.

1342 Vgl. die inhaltliche Übersicht zu den *Neuen Lübeckischen Blättern* in der Anlage.

1343 Vgl. ebd., S. 39f. Eine Ausnahme bildete die einleitende Bemerkung, dass die Regelungen von 1789 abgedruckt würden, da sie kaum ausreichend bekannt bzw. verbreitet seien (vgl. ebd., S. 39).

1344 Vgl. ebd., S. 36- 39. Der erste Teil des Ordnungsentwurfs erschien in den *Blättern* vom 27.01.1850, S. 28- 31.

installieren.¹³⁴⁵ Begründendes oder Hintergründiges fand sich in der Ordnung selbst nicht, ein Vorwort für den hier zu betrachtenden zweiten Teil gab es ebenfalls nicht.¹³⁴⁶

Es erschien ein knapp einseitiger Aufsatz zur „Travemünder Angelegenheit“¹³⁴⁷, der auf die parlamentarische Beratung der Frage einging, ob Travemünde die Handelsfreiheit zugesprochen werden sollte. Wie bereits anhand einer Erörterung zur Revision der Verfassung im IV. Quartal 1849 besprochen, hatte die zu dieser Problematik eingesetzte Kommission die Fertigstellung des Gutachtens verzögert, was auch der Verfasser dieses Berichtes kritisierte. Weiterhin stellte er die drei Positionen innerhalb der Kommission vor: Während beide Minoritätsgutachten deutliche Positionen vertraten und die Handelsfreiheit entweder ganz oder gar nicht gewährt wissen wollten, plädierte das Mehrheitsgutachten, das Dr. Duhn als Antrag in die Beratungen eingebracht hatte, für eine Gewährung der Handelsfreiheit in beschränkter Form. Die Bürgerschaft solle den Senat um Beachtung einer „möglichst freien Bewegung des Handels in Travemünde“ ersuchen, hieß es dort.¹³⁴⁸ Während die *Blätter* eine Wertung der Gutachten unterließen, kritisierten sie die Abwesenheit gerade der betroffenen Travemünder Abgeordneten öffentlich und machten so vom Kontrollrecht der „freien“ Presse Gebrauch.¹³⁴⁹

Im März 1850 bestimmten erneut die Diskussionen über das Bankwesen den Inhalt der *Blätter*. Zunächst befasste sich „101“ mit der geplanten Fortführung der Lübecker „Privat-Disconto-Casse“,¹³⁵⁰ deren Geschäftsgrundlage das vorgestellte Privileg von 1789 bildete. Die Aktionäre des Geldinstituts wollten den Betrieb fortsetzen, allerdings sah eine Mehrheit Änderungen in der geschäftlichen Grundlage als unverzichtbar an. Mit der 1848er-Verfassung stand der Bürgerschaft das Recht zu, gemeinsam mit dem bisher allein entscheidenden Senat über die Verlängerung des Privilegs abzustimmen.¹³⁵¹ „101“ hieß dies Verfahren gut, indem er auf die Öffentlichkeit des nunmehrigen Verlängerungsverfahrens verwies. Öffentlichkeit war bisher nicht einmal für das Ergebnis der Senatsentscheidung vorgeschrieben.¹³⁵²

1345 Vgl. ebd., 03.02.1850, S. 39.

1346 Der Inhalt der Ordnung selbst drückte die Entwicklung weniger deutlich aus als der Umstand, dass es überhaupt zu diesem Entwurf gekommen war.

1347 Vgl. ebd., S. 34f.

1348 Vgl. ebd.

1349 Vgl. ebd., S. 35, wörtlich: „Auffällig war es, daß zwei Travemünder Mitglieder der Bürgerschaft in der Sitzung fehlten, in welcher die Travemünder Angelegenheit auf der Tagesordnung stand.“ (ebd.).

1350 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 68- 70.

1351 Vgl. ebd., S. 68, wörtlich: „Früher war das Verfahren nach Ablauf der zehn Jahre [die Privilegien hatten stets eine Befristung von einer Dekade; M. P.] ein sehr einfaches. [...] Der Senat bestätigte [...] auf weitere zehn Jahre die Statuten und Gerechtsame der Casse und die Sache war in Ordnung.“ (ebd.).

1352 Vgl. ebd.

Die sich der gewandelten Umstände bewussten Aktionäre der Kasse hatten eine Kommission zur Reform der Unternehmung eingesetzt, die auch eine hinreichende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Erfordernisse sicherstellen sollte. Der Verfasser nannte als wesentliches Erfordernis an ein Geldhaus einen angemessenen Eigenkapitalstock, eine effektive staatliche Aufsicht und eine möglichst weitgehende Öffentlichkeit des Geschäftsgebarens. Weiterhin sollten nur noch doppelt statt viermal so viele Wechsel wie eingelagerte Kurantmünzen ausgegeben werden, um das Vertrauen in die Zahlungsanweisungen zu erhöhen.¹³⁵³

Der Verfasser bemerkte abschließend, dass viele Lübecker die Errichtung eines Geldhauses wünschten, ggf. auch ohne eigene Gewinnabsicht.¹³⁵⁴

Mit dem Bankwesen in den USA befasste sich ein zweiteiliger Artikel, dessen erster Teil ebenfalls am 3. März 1850 erschien.¹³⁵⁵ Inhaltlich wurde nach einem kurzen Vorwort, in welchem der ungenannte Einsender dem US-Bankensystem erhebliche Defizite bescheinigte, aus *M. Leggets Sammlung von politischen Schriften* (1840) zitiert:¹³⁵⁶

Zunächst verstießen die Privilegien, die Bankgesellschaften seitens des Staates gewährt würden, gegen den republikanischen Grundsatz der (rechtlichen) Gleichheit aller Marktteilnehmer, das nur bei begründeter Erforderlichkeit gebeugt werden dürfe.¹³⁵⁷ Um gewinnorientiert zu handeln, würden Banken sich beeilen, möglichst rasch Kredite zu vergeben, die ein Mehrfaches des eigenen Münzschatzes betragen könnten. Daher ließen Zahlungsverzögerungen der Gläubiger die Kredithäuser selbst rasch insolvent werden, was für die Inhaber der durch die Bank ausgegebenen Noten einem Totalausfall gleichkomme.¹³⁵⁸ Die wesentlichen Kritikpunkte berührten dabei die Verhältnisse in Lübeck, auf welche die Äußerungen zu den US-Verhältnissen übertragen werden sollten.

Die „Kleine Chronik“ Nr. 23, „Über Banknoten“,¹³⁵⁹ war den *Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre* entnommen und befasste sich mit der grundsätzlichen Problemstellung, dass eine Bank in der Summe stets höher lautende Zahlungsanweisungen

1353 Vgl. ebd., S. 69. Diese Anforderungen bemerkenswerten Weitblicks kam insbesondere in der Forderung nach weitgehender Transparenz zum Ausdruck und kulminierte im Schlussappell zu folgender Aussage: „Eine Bank muß [...] der Öffentlichkeit möglichst entgegenkommen, sie muß ein Haus von Glas sein, wo Jeder hinein sehen kann, um selbst die Überzeugung ihrer soliden Führung zu gewinnen.“ (ebd.).

1354 Vgl. ebd., S. 70.

1355 Vgl. ebd., S. 71f. bzw. für den zweiten Teil vgl. ebd., 10.03.1850, S. 78- 80.

1356 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 71, wörtlich: „Das nachstehende Urtheil eines berühmten Publicisten aus einem Land, wo das Banksystem am weitesten verbreitet ist und den nachtheiligsten Einfluß gehabt hat, dürfte in jetziger Zeit von großem Interesse sein [...]“ (ebd.).

1357 Vgl. ebd., S. 71.

1358 Vgl. ebd., S. 72.

1359 Vgl. ebd.

ausgebe, als sie an sicheren Gegenwerten besitze. Daher plädierte das Lehrbuch für eine konservative Notenemissionierung, deren Gegenfinanzierungen möglichst kurze Laufzeiten haben sollten. Durch Kredite an Gewerbetreibende für den Ankauf von Maschinen, Bodenverbesserungen etc. würde sich die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit eines Geldhauses erhöhen, weshalb solche Kreditierungen abzulehnen seien.¹³⁶⁰

Dieses mahnende Votum, das die Wertstabilität des Zettelgeldes über Kredite im Investitionsgütersektor stellte, fanden die Leser gefolgt vom Hinweis, möglichst nur ein Geldhaus zu akkreditieren, um Konkurrenz zu vermeiden:

Das Mitbewerben mehrerer Banken in einem Lande verleitet leicht zu solchen Mißgriffen, wie sie bei englischen und nordamerikanischen Banken öfters vorgekommen sind [gesperrt gedruckt im Original; M.P.].¹³⁶¹

Somit stand die „Kleine Chronik“ im Widerspruch zu der im Hauptteil des Blattes geäußerten Auffassung, möglichst keine Privilegierungen vorzunehmen.

Zum thematischen Grenzbereich zur Kategorie „Kirchliches“ zu zählen ist J. C. Lindbergs „Erklärung“.¹³⁶² Sie bezog sich auf eine vorhergehende Ausgabe der *Blätter*, in welcher sich „13“ erkundigt hatte, warum der Pastor Avé-Lallemant nach seiner Rückkehr aus Rio de Janeiro das Recht auf Bewerbung für vakante Stellen nicht eingebüßt hatte.¹³⁶³ Grundlage sei hierbei nicht eine (mutmaßlich unterstellte) Begünstigung, sondern die Tatsache, dass Avé-Lallemant während seiner Zeit in Brasilien keinen Anspruch auf eine Stelle bekundet hatte, erklärte „13“.¹³⁶⁴

Die *Blätter* stellten bei dieser Auseinandersetzung ein weiteres Mal eben jene Plattform des Meinungsaustausches bzw. für Fragen dar, als die sie angelegt worden waren.

Das I. Quartal 1850 vollzog weniger qualitativ denn quantitativ den im IV. Quartal des Vorjahres bereits angelegten Weg hin zu einer stärkeren Fokussierung wirtschaftlicher Themenstellungen, die sich als Ersatz für die mit Ausnahme der „Deutschen Frage“ spürbar nachlassende politische Berichterstattung anbot.

1360 Vgl. ebd.

1361 Vgl. ebd.

1362 Vgl. ebd., S. 72f.

1363 Vgl. ebd. Der zweiteilige Aufsatz „Der Lübeckische Staatskalender für 1850“ fand sich in den *Blättern* vom 17.02.1850, S. 55f. und vom 24.02.1850, S. 63f.

1364 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 71, wörtlich: „Denn dieser [Avé-Lallemant; M. P.] hat nicht eher wieder Rechte in Anspruch genommen, bis er im Stande war, auch die ihnen entsprechenden Pflichten wahrzunehmen.“ (ebd.).

Die *Blätter* begannen ihre Berichterstattung in der Kategorie „Liberalität“ im IV. Quartal 1847 mit Forderungen nach einer Reform der Zünfte, die man als Hindernis für den Fortschritt begriff. Die lübeckischen Verhältnisse wurden auch im Vergleich zu denen anderer deutscher Stadtstaaten als rückständig begriffen, weshalb man Reformen anmahnte.

Man fühlte sich nur schlecht in die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland integriert, sah sich aber durch die Germanistenversammlung und das Sängersfest (beide in 1847) erneut als Teilnehmer der Zeitdiskurse. Der März, der in Lübeck weitgehend ruhig verlief, beschleunigte die oft schon seit langem geplanten Reformen. Beispielsweise befand sich die Aprilverfassung 1848 seit Jahren in Arbeit, konnte aber nach den revolutionären Ereignissen andernorts binnen Wochen verabschiedet und in Kraft gesetzt werden.

Neben dieser positiv aufgenommenen Beschleunigung beeilten sich die *Blätter* allerdings bereits im April 1848, den auch bisher stets favorisierten Weg der gesetzlichen Reform fortzusetzen. In diesem Sinne lässt sich auch ein Artikel zur Gründung von Sparkassen verstehen, der den Gedanken propagierte, durch Besitz ließen sich die Armen an den Staat binden. Auch reformkonservative Äußerungen fanden schon früh in die *Blätter*: Gustav Evers' Schrift zur Revolution verwarf im Mai 1848 die Entscheidungen des Vorparlaments in Bausch und Bogen. Der Rezensent beschränkt dagegen den konstitutionellen Weg zur Integration der eigentlich revolutionären Versammlung in das bestehende Rechtssystem, indem er das Handeln Frankfurts als nicht ungesetzlich, wohl aber in anderen Bahnen verlaufend, beschrieb.

Nachdem bereits im August 1848 eine Diskussion über die Gründung einer Handelskammer zur innen- wie außenpolitischen Interessenvertretung der lübeckischen Kaufmannschaft entflammt war, wurde diese immer wieder Thema. Die *Blätter* sprachen sich dabei für eine Gleichstellung von Klein- und Großhändlern aus. Erst im I. Quartal 1850 vermochte die Zeitschrift, mit der Verabschiedung einer Kaufmannsordnung einen ersten Erfolg zu vermelden.

Das Vorwort für 1849 betonte die eigene Unparteilichkeit, favorisierte aber gleichzeitig den gesetzlichen Weg der Reform. Der Oktoberaufstand in Lübeck, welcher nur randständig in dieser Kategorie besprochen wurde, galt als „Verwirrung“ konservativ gestimmter Kleinbürger. Makropolitisch betonte das Blatt, dass einzig mittels einer Vereinbarung zwischen Fürsten und Frankfurter Konstituante ein Nationalstaat geschaffen werden könne.

Ebenfalls zu Beginn des Jahres wiesen die *Blätter* auf die Bedeutung von 1849 für den Erfolg der Märzereignisse hin: Nur wenn es gelinge, den Nationalstaat als wichtigste Errungenschaft zu gewinnen, könne eine weitere Revolution verhindert werden, hieß es.

Die innenpolitischen Reformen bestimmten die meisten Erörterungen im II. Quartal 1849: Man plädierte für die Abschaffung von Schutzzöllen zur wirtschaftlichen Belebung und wollte auch den Zugang zu Berufen durch den Markt regeln lassen.

Nach der Zurückweisung der Kaiserwürde durch Berlin forderte eine Einsendung, die Konservativen mögen sich auch zu einer Parteiung zusammenschließen, denn nur so ließe sich im Streit der Meinungen die geeignete Lösung finden. Ebenso an den geänderten politischen Rahmenbedingungen orientiert war eine Rezension von Laubes *Das erste deutsche Parlament*. Darin wurde die Ansicht vertreten, dass es nur Mischformen zwischen den bekannten Systemen geben könne. Daraus leitete man in einem der folgenden Beiträge ab, dass das Prinzip einer organischen Entwicklung des Bestehenden das angemessene und richtige sei.

In einer Rückschau auf die Ereignisse des Vorjahres mühten sich die *Blätter*, die politische Entwicklung des Stadtstaates als Kontinuum zu beschreiben. Der Oktoberaufstand, ein deutlicher Misston für das konstitutionelle Kontinuitätscredo, wurde in der „Chronik“ 1848 ausgelassen. Ebenfalls im IV. Quartal 1849 konnten die Lübecker erstmals eine positive Bewertung des Vormärzzeitraums lesen- ein Novum in der bisher progressiven Zeitschrift.

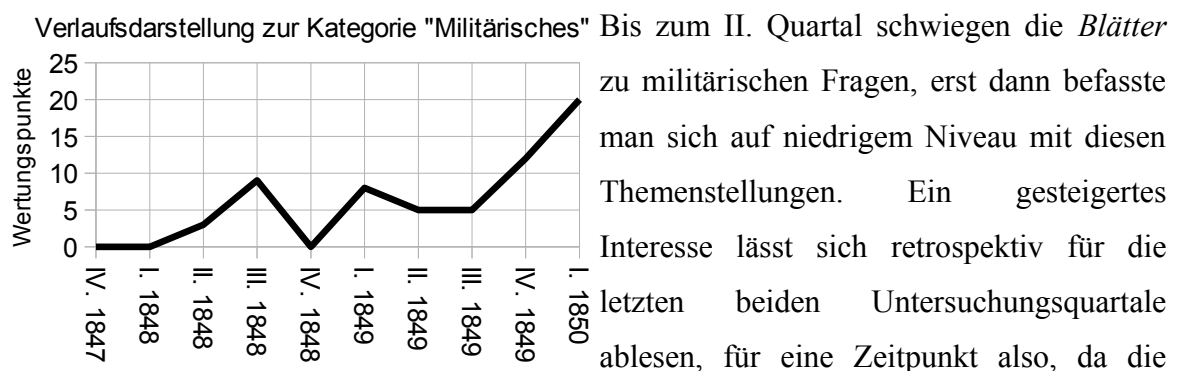
Das I. Quartal 1850 verdeutlichte schon im Vorwort, dass sich die Auffassungen in Richtung der Konservativen verschoben hatten. Sah man sich noch im Vorjahr über den Parteiungen, sprach man sich nun dafür aus, nur noch solche Meinungen zu publizieren, welche dem Wohle aller dienten. Zudem hielt man den kleindeutsch-preußischen Nationalstaat für die einzig realistische Option einer engeren Bindung der deutschen Staaten. Diesen zu gründen sei zunächst wichtiger, als die Freiheit des Einzelnen zu sichern, welche sich eben nur durch einen solchen Nationalstaat überhaupt garantieren lasse, argumentierte man.

Alles in allem zeigt sich eine stete Betonung der gesetzlichen Reform, welche eine Modernisierung bewirken sollte. Die *Blätter* hielten damit an einer grundsätzlich progressiven Haltung fest, die vor dem Hintergrund der politischen Revision in den deutschen Ländern allerdings zunehmend von konservativen Positionen begleitet wurde und sich schließlich wesentlich im Wirtschaftlichen behaupten konnte.

B.4.4 Zur Berichterstattung zu Themenstellungen der Kategorie „Militärisches“
B.4.4.1 Vorbemerkungen

Die Kategorie „Militärisches“ vereint alle Artikel, die sich mit Militärfragen im weitesten Sinne befassten. Hierzu zählen neben Militäroperationen und -aufständen auch Fragen der Heeresstruktur, Versammlungen von Militärangehörigen usw.

Mit 62 Wertungspunkten waren Inhalte dieses Bereichs nur durchschnittlich oft in den *Blättern* zu finden. „Militärisches“ stand den drei prominentesten Kategorien „Liberalität“, „Verfassung“ und „Wahlen“ deutlich nach. Von vergleichbarer Intensität waren die Artikel zur Kategorie „Transportwesen“ der Lübecker Zeitschrift. „Militärisches“ ist derjenige Bereich, welcher in der *Konstanzer Zeitung* und den *Neuen Lübeckischen Blättern* die größten Abweichungen in der Berichterstattung nach Kategorien hervorbrachte.



Nationalversammlung bereits aufgelöst, der letzte Badische Aufstand geschlagen war. Die inhaltliche Betrachtung wird zeigen, welcher Problemstellung die *Blätter* diese ungewöhnliche Aufmerksamkeit schenkten:

B.4.4.2 „Militärisches“: Diskussionen auf Grundlage der veränderten außenpolitischen Lage: Zur Berichterstattung vom Mai 1848 bis zur Jahreswende

Mit einer Beschwerde des Mediziners Dr. Erasmi nahmen die *Blätter* Ende Mai 1848 die Diskussion erstmals auch das Militär betreffende Problemstellungen auf. Inhalt der Eingabe Ersamis war die Berufung des Kontingentarztes für die ins Herzogtum Schleswig ausgerückten Lübecker Soldaten, die ohne eine öffentliche Ausschreibung vorgenommen worden sei.¹³⁶⁵

Eine nähere Besprechung des militärischen Einsatzes Lübecker Soldaten in den

¹³⁶⁵ Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 28.05.1848, S. 198.

benachbarten Herzogtümern fand sich erst in den *Blättern* vom 11. Juni 1848: Beschwerden des *Kieler Correspondenten* bezüglich der Haltung Lübecks im Krieg gegen Dänemark boten den Anlass zu einer eigenen Stellungnahme Lübecks. In der Einleitung verwiesen die *Blätter* auf einen Artikel der *Schleswig-Holsteinischen Zeitung*, da dieser eine unparteiische Darstellung des Vorgefallenen enthalte.¹³⁶⁶

Gegenstand der Auseinandersetzung war die verspätete Abfahrt des Kohlentransportschiffes „Christian VIII.“, das Brennstoff von Lübeck nach Schleswig-Holstein bringen sollte. Der *Correspondent* warf dem Rat vor, er habe die Verzögerungen verschuldet. Weiterhin verhalte sich der Staat im Krieg gegen Dänemark neutral und eben nicht wie ein deutscher Verbündeter. Der Rat habe die Abfertigung des Kohlenschiffes verschleppt, diesen Vorwurf hatte die Kieler Zeitung fallen lassen müssen. Dies griff die *Schleswig-Holsteinische Zeitung* auf und warf dem Blatt achtungswerten, aber blinden Patriotismus vor.¹³⁶⁷

Die *Zeitung* selbst bemerkte allerdings, dass aufseiten Lübecks ein innigerer Anschluss an die Sache Schleswig-Holsteins wünschenswert erscheine.¹³⁶⁸ Gegen Ende der Ausführungen verwies das Blatt auf die Konflikte, die in der Vergangenheit zwischen Lübeck und Schleswig-Holstein entbrannt waren.¹³⁶⁹

Nach diesem Artikel der *Schleswig-Holsteinischen Zeitung* vom 31. Mai schloss sich ein weiterer desselben Blattes vom 9. Juni an. Auch dieser widersprach den Ausführungen des *Kieler Correspondenten*. Statt diesem zu folgen, stellte die *Zeitung* eine Anzahl Belege zusammen, die beispielhaft zeigen sollten, dass sich Lübeck pflichtgemäß für die Sache Schleswig-Holsteins eingesetzt habe und sich nicht wie ein neutraler Staat verhalte.¹³⁷⁰

Beide sich als „neutral“ verstehende Artikel, die in diesem Fall nach Einschätzung der *Blätter* den Fakten nahe kamen, gaben unumwunden zu, dass Lübecks Interesse an

1366 Vgl. ebd., 11.06.1848, S. 215f., hier: S. 215.

1367 Vgl. ebd., S. 215.

1368 Vgl. ebd., S. 216, wörtlich: „Übrigens sollten wir einmal zu einer 'gründlichen Berührung' dieser Verhältnisse [des Verhältnisses Lübecks und Schleswig-Holsteins; M. P.] kommen, so werden die leitenden Gedanken sein, daß wir auf Lübecks Seite allerdings ein inniges Anschließen an Schleswig-Holstein vermissen; daß wir uns aber auch sagen müssen, man könne da nicht Liebe ernten, wo man Haß gesät hat.“ (ebd.).

1369 Vgl. ebd.

1370 Vgl. ebd., S. 216. Im Einzelnen führte die *Schleswig-Holsteinische Zeitung* als Belege an, dass Lübeck Spenden gesendet, den Hafen für die Schleswig-Holsteinischen Schiffe befestigt, die dänischen Schiffe im Hafen in Beschlag genommen und den Schiffsverkehr mit Kopenhagen abgebrochen habe. Aus der erfolgten Unterbrechung des Handels sowie der Beschlagnahme Lübecker Schiffe durch Dänemark erwachse der Stadt ein finanzieller Schaden, der ebenso wie die Bereitstellung des eigenen Militärkontingentes hinreichend die Verbundenheit Lübecks mit Schleswig-Holstein belege (vgl. ebd.).

Schleswig-Holstein nicht groß war.¹³⁷¹ Zwar befolge die Stadt ihre Bundesverpflichtungen, doch schienen die Vermutungen des *Correspondenten* zumindest die Mentalität der Lübecker richtig zu beschreiben. Die „Neutralität“, die man der Stadt vorwarf, konnte ohnehin auf eine bis in die napoleonische Zeit zurückreichende Geschichte blicken, die den *Correspondenten* retrospektiv glaubwürdiger erscheinen lässt, als es die Zeitgenossen wahrhaben wollten.

Auch weiterhin kamen militärische Fragen kaum in den *Blättern* vor, die ihre Interessen in anderen Gebieten fand: Nur am Rande Militärisches berührte der Artikel „Über den dänischen Transitzoll auf der Lübeck-Hamburger Landstraße“ vom 23. Juli 1848. Hierin forderte „91“, dass man den seit 1838 rechtwidrig erhobenen Transitzoll in Zukunft aufheben sollte.¹³⁷² Man erhoffte von dieser (einseitigen) Maßnahme eine erneute Belebung des Handels, der durch den Zoll gestört worden sei.¹³⁷³ Dänemark versuchte gezielt, Lübecks Wirtschaftskraft durch die neuen Abgaben zu behindern.¹³⁷⁴

Erstmals Aspekte militärischer Reformbestrebungen brachte „88“ am 6. August in die Diskussion ein.¹³⁷⁵ Zwar lohne sich die Abschaffung des stehenden Heeres finanziell nicht, da eine umfassende Volksbewaffnung teuer würde. Die Einführung bzw. Reform der Bürgerwehr als zweite bewaffnete Kraft im Staat sei dennoch erforderlich. Während die Bürgerwehr die innere Sicherheit gewährleisten sollte, würde dem regulären Militär die Landesverteidigung zugeordnet werden. „88“ bezog sich auf den Aufsatz „Über deutsche Volksbewaffnung und Heeresverfassung, mit besonderer Rücksicht auf die statistischen Verhältnisse“ und rief zu einer breit angelegten Erörterung der anstehenden Heeresreform auf.¹³⁷⁶

Der letzte Untersuchungsartikel befasste sich am 10. September 1848 mit dem Beschluss der Nationalversammlung über eine zweiprozentige Militärstellung der

1371 Vgl. ebd.

1372 Vgl. ebd., 23.07.1848, S. 271. „91“ beschrieb zunächst das unrechtmäßige Zustandekommen der Zollerhebung durch Dänemark im Jahr 1838 trotz der althergebrachten Zollfreiheit der alten Reichsstraße zwischen Hamburg und Lübeck. Der Deutsche Bund hatte als Beschluss nur ein Vermittlungsverfahren angestrengt, das nach zwei Jahren immer noch ergebnislos verlaufen war, sodass beide Stadtstaaten 1840 einen Vertrag abschlossen, indem sie gegen die Zusicherung der Freiheit von jeder weiteren „willkürlichen Bedrückung“ das Zollerhebungsrecht Dänemarks anerkannten. Nun sollte angesichts der Aussetzung des Zolls durch den Krieg und der Nichteinhaltung des Vertrages durch Dänemark der Zoll auch offiziell für aufgehoben erklärt werden: „Die hiesigen Kaufleute, Fuhrleute und Wagenbedinger können zu jeder Zeit Zeugniß ablegen, daß mit dem Zahlen des Zolles der Plackereien nicht weniger geworden sind, daß also die Grundlage des Vertrages [...] von dänischer Seite nicht gehalten ist.“ (ebd.).

1373 Vgl. ebd.

1374 Vgl. Graßmann 1997, S. 587, eine genauere Besprechung findet sich in der Kategorie „Liberalität“.

1375 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 06.08.1848, S. 286- 288, wörtlich: „Zu den Wünschen, welche in Folge der politischen Regeneration unsers deutschen Vaterlandes auf die Tagesordnung gebracht sind, gehören auch die nach Abschaffung der kostspieligen stehenden Heere [...]“ (ebd., S. 286).

1376 Vgl. ebd., S. 286- 288.

Bundesstaaten. Für Lübeck bedeutete dies die Stellung von 900 Bewaffneten, und damit eine deutliche Aufstockung der Kontingente. Um zu sparen, brachten die *Blätter* den Vorschlag, dass sich die Hansestädte dem Aufbau der Flotte annehmen könnten. Die Kriegsschiffe könne man in Friedenszeiten auch im Handel einsetzen,¹³⁷⁷ argumentierte man eher kaufmännisch.

Mit diesem Artikel schloss die Berichterstattung für das Jahr 1848.

B.4.4.3 „Militärisches“ im I. Halbjahr 1849: Zwischen Loyalitätskonflikten und Dänemarkkrieg

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Inkrafttreten der Grundrechte kritisierte die Lübecker Kaufmannschaft am 1. Februar 1849 in einer Eingabe an die Nationalversammlung. Sie sprach sich für einen Ersatzdienst der Seeleute in der Kriegsflotte aus, denn den Seefahrern (und der Kaufmannschaft) drohten durch den Landkriegsdienst Nachteile zu erwachsen. Eine prinzipielle Verpflichtung zum Wehrdienst anerkannte die Eingabe allerdings ausdrücklich.¹³⁷⁸

Schiffbaumeister „M.“ ging in der „Kleinen Chronik“ Nr. 42 auf eine Erklärung der Stettiner Schiffbaumeister in der *Ostsee-Zeitung* ein, die seinen Brief bezüglich des Baus von Kanonenbooten falsch verstanden hätten. So sei seitens der Lübecker Behördenvertreter niemals versucht worden, ihn „zu beschwatzen“. Ebenfalls unzutreffend sei die Behauptung, die Lübecker hätten die Unwahrheit gesagt.¹³⁷⁹

Beide Artikel zeigten ein weiteres Mal, dass sich die *Blätter* weniger mit den militärischen Konflikten der Zeit als mit deren wirtschaftlichen Folgen für die Stadt selbst befassten.

Am 8. April gingen die *Blätter* in Nr. 55 der „Kleinen Chronik“ auf die Pläne der Stadt zur Kasernierung ihrer Soldaten ein. Das „Bürgerblatt“, vermutlich war der *Bürgerfreund* gemeint, hatte behauptet, diese sei deutlich teurer als die bisherige Einquartierung bei Privatpersonen. Dieser Auffassung widersprach der Verfasser, indem er angab, dass Sachverständige sogar geringere Kosten für kasernierte Soldaten festgestellt hätten. Weiterhin könne der Kasernenbau die Wehrpflichtigen aus den zurzeit herrschenden unwürdigen Zuständen befreien und sich sogar positiv auf deren weitere Entwicklung auswirken.¹³⁸⁰

1377 Vgl. ebd., 10.09.1848, S. 328.

1378 Vgl. ebd., 04.02.1849, S. 33.

1379 Vgl. ebd., 04.03.1849, S. 76.

1380 Vgl. ebd., 08.04.1849, S. 118, wörtlich: „Bei dem gegenwärtigen Zustande aber, wie der Aufsatz im Bürgerblatt verlangt, kann es nicht bleiben. Dies hieße eben die größte Inhumanität üben; das würde mit

Er [der kasernierte Wehrpflichtige; M. P.] wird dort allerdings an strenge Ordnung und Zucht gewöhnt, was ihm für sein ganzes Leben nur heilsam sein kann, nichts desto weniger aber dort ebenso gut Ruhe finden können nach anstrengender Arbeit, als anderswo.¹³⁸¹

Die positive Berichterstattung über das Militär setzte sich auch in den kommenden Monaten fort: Wie Werbung für den Dienst in der Marine las sich die „Kleine Chronik“ Nr. 78, die aus einem Brief eines Lübecker Matrosen auf der „Bremen“ entnommen sein sollte.¹³⁸² Nach einer recht anschaulichen Schilderung des täglichen Dienstes an Bord des Schiffes und nicht ohne auf die gute Lebensmittelversorgung hingewiesen zu haben, hieß es: „Es geht durchaus alles sehr regelmäßig und höchst ordentlich zu.“¹³⁸³ Nicht so aber bei Strafen für Übertretungen, denn hier werde „viele übersehen“. Ähnlich werbend betonte der Artikel, dass für den Marinedienst noch Plätze frei seien, für die alles Erforderliche gestellt werde.¹³⁸⁴

Zwar lässt sich die Behauptung der *Blätter*, bei dieser Schilderung handle es sich um einen Brief eines Lübecker Matrosen, nicht verifizieren, aber ungeachtet seiner Urheberschaft warb er für die Reichsmarine und unterstrich damit die zunehmend freundliche Haltung der Zeitschrift gegenüber dem Militär bzw. Militärischem.

B.4.4.4 Vom 2. Halbjahr 1849 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums: Fragen der Militärstellung und des Dänemarkkonfliktes als Ausfluss des deutschlandpolitischen Diskurses

Mitte Juli 1849 wurde in der „Kleinen Chronik“ erneut der Konflikt mit Dänemark aufgegriffen,¹³⁸⁵ der nach 1848 in wechselnden Phasen an Schärfe zunahm bzw. einbüßte. Die Chronik Nr. 91 nahm Bezug auf das Waffenstillstandsabkommen zwischen Berlin und Kopenhagen vom 15. Juli 1849 und kommentierte dies wie folgt: „Unter den vielen betrübenden Verhältnissen ist kaum Etwas betrübender als die Lage der Dinge in Schleswig-Holstein.“¹³⁸⁶ Als Hauptgrund für seine pessimistische Einschätzung führte der Verfasser an, dass Deutschland infolge des von Preußen in eigener Machtvollkommenheit geschlossenen Waffenstillstandsabkommens dem Ausland einen neuen Beweis seiner Uneinigkeit liefere. Auf Lübeck gerichtet appellierte „d.“, nun die „Eifersüchteleien zu

Grund allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen.“ (ebd.).

1381 Ebd.

1382 Vgl. ebd., 10.06.1849, S. 190.

1383 Ebd.

1384 Vgl. ebd.

1385 Vgl. ebd., 15.07.1849, S. 230.

1386 Ebd.

vergessen“ und den eigenen „deutschen Sinn“ durch praktische Hilfe zu beweisen.¹³⁸⁷

Auch der „Politische Verein“ nahm sich am 2. August 1849 der Verhältnisse in den benachbarten Herzogtümern an.¹³⁸⁸ Die Vereinsmitglieder sprachen dabei Preußen einstimmig das Recht ab, in deutschem Namen den bewaffneten Konflikt zu beenden. Weiterhin seien die ausgehandelten Bedingungen in Bezug auf das Staatsrecht der Herzogtümer unannehmbar und daher ebenfalls abzulehnen. Der Verein appellierte an die Lübecker, selbst oder durch Geldspenden die nun ohne Hilfe des preußischen Militärs weiter kämpfenden Schleswig-Holsteiner zu unterstützen.¹³⁸⁹

Beide Artikel der Chronik belegen in der Rückschau die im Jahr 1849 bereits deutlich gewachsene proschleswig-holsteinische Stimmungslage in der politischen Öffentlichkeit der Stadt. Bestimmten 1848 noch Fragen der Bündnistreue Lübecks die Diskussion in den *Blättern*, wurden diese, wenn auch nur randständig in der „Kleinen Chronik“, zum Forum für Unterstützungsappelle der als „alleingelassen“ dargestellten Schleswig-Holsteiner. Ab dem 28. Oktober 1849 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums beschäftigten sich insgesamt 14 der 15 Artikel dieser Kategorie mit der Frage, ob man die Bestimmung des Reichskriegsministeriums vom Sommer 1848 auch unter den geänderten makropolitischen Verhältnissen aufrechterhalten müsse. Die verhältnismäßig starke Intensität der Berichterstattung im IV. Quartal 1849 bzw. im I. Quartal 1850 mit zwölf bzw. zwanzig Wertungspunkten überbot dabei das vorherige Niveau des „Militärischen“ deutlich.

Der Initiativartikel von „11“ skizzierte zunächst die grundlegenden Positionen,¹³⁹⁰ die sich im Konkreten an der Frage festmachten, ob Lübeck künftig zwei oder vier Kompanien Infanterie bereithalten sollte. Einigkeit zwischen den Vertretern beider Auffassungen bestehe allerdings darin, dass im Militärhaushalt größte Sparsamkeit geboten sei. Im Politischen standen sich Senat und Bürgerschaft gegenüber: Während der Senat an der zweiprozentigen Stellung festhalten wollte, drängte die Bürgerschaft auf eine Reduzierung des Kontingentes.¹³⁹¹

Der Verfasser wies zunächst auf die Entstehung des Streits hin, der darin gründete, dass der Senat im Sommer 1848 einseitig beschlossen habe, der Weisung des Reichskriegsministeriums nachzukommen und das Kontingent entsprechend auszubauen. „11“ stimmte der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens ausdrücklich zu.¹³⁹² Seinem

1387 Vgl. ebd.

1388 Vgl. ebd., 05.08.1849, S. 254.

1389 Vgl. ebd.

1390 Vgl. ebd., 28.10.1849, S. 346- 348.

1391 Vgl. ebd., S. 346.

1392 Vgl. ebd., S. 346f., wörtlich: „[S]o scheint [sich] dagegen andererseits die allgemeine Meinung eben

Selbstverständnis nach Vertreter der öffentlichen Meinung, forderte der Verfasser eine Verkleinerung des Lübecker Kontingentes,¹³⁹³ da kein Grund mehr für eine höhere Stellung vorliege. Um nachhaltige Einsparungen im Etat zu erreichen, schlug „11“ eine militärische Orientierung an Preußen vor, welche den bestehenden, aber ungeliebten Militärverbund mit dem Großherzogtum Oldenburg, Hamburg und Bremen beerben könnte.¹³⁹⁴

Dieser Vorschlag wurde in den folgenden Untersuchungsartikeln nicht erneut aufgegriffen. Vor dem Hintergrund des weiteren Ausbaus der preußischen Macht in Deutschland bis zum Olmützer Vertrag fürchteten die Lübecker, die eigene Souveränität zu verlieren bzw. diese zum Teil einzubüßen.¹³⁹⁵

In einem dreiteiligen Aufsatz „Unser Militairwesen“ beschäftigte sich im November „64“ mit dem Konflikt zwischen Senat und Bürgerschaft, der auf die Frage hinauslief, ob man den realpolitischen Verhältnissen folgen sollte oder an Verfassung und Grundrechten der Paulskirche und ihrer Autoritäten festhalten müsse.¹³⁹⁶

Zunächst dankte „64“ dem Verfasser des Initiativartikels, betonte die Wichtigkeit des öffentlichen Austausches zur politischen Urteilsfindung und unterstrich die Ansicht von „11“, dass der Senat im Jahr 1848 befugt gewesen war, die angeordnete Ausweitung selbsttätig auszuführen. Allerdings sei die zweiprozentige Stellung von Beginn an als vorübergehende Maßnahme angelegt gewesen. Auch stelle die Erhöhung keine Verdoppelung dar. Vielmehr führte der Verfasser aus, dass sich Lübeck schon vor 1848 verpflichtet habe, neben zwei einsatzfähigen auch eine Reservekompanie vorzuhalten. Dies sei allerdings nie umgesetzt worden. Erst daraus ergebe sich dann die verhältnismäßig starke Belastung der Stadt durch die Ordre des Reichskriegsministeriums. Wolle man nun die alten Zustände vor 1848 wieder restaurieren, müsse man drei und nicht zwei Kompanien unterhalten.¹³⁹⁷

[S]o sind wir der Meinung, daß es sich aus mehrfachen Gründen empfiehlt, jetzt überhaupt keine Veränderungen in der Formation der Infanterie vorzunehmen. Die Sache ist, was die Kosten betrifft,

so entscheiden gegen das noch fernere Fortbestehn der bisherigen Formation in vier Compagnieen auszusprechen“ (ebd., S. 347).

1393 Vgl. ebd.

1394 Vgl. ebd., S. 347f. Der Militärvertrag mit Oldenburg bestand seit 1834 (vgl. Lütgendorff 1926, S. 31).

1395 Die wörtliche Formulierung dieser „Orientierung“ war recht offen gehalten, sodass sowohl ein organisatorischer Anschluss an Preußen als auch eine Orientierung an der Militärorganisation Berlins gemeint sein könnte: „Ein enger Anschluß an die preußische Militairorganisation, durch welchen es dann vielleicht möglich werden wird, uns aus dem drückenden Verbande mit Oldenburg zu befreien, scheint unserer Ansicht nach das einzige und beste Mittel, um unserem Staate die unvermeidliche Last seines Militairwesens für die Zukunft einigermaßen erträglich zu machen.“ (*Neue Lübeckische Blätter*, 28.10.1849, S. 348).

1396 Vgl. ebd., 11.11.1849, S. 368- 370.

1397 Vgl. ebd., S. 368f.

keineswegs so erheblich, als sie vielleicht scheint.¹³⁹⁸

Im Gegensatz zu „11“ lehnte „64“ daher die Reduzierung des Militärs zum Jahreswechsel 1849/ 50 ab.

In der Kategorie „Militärisches“ setzte sich die Diskussion über eine Reduzierung der Einheiten auch im I. Quartal 1850 fort. Zunächst fragte in der ersten Ausgabe des neuen Jahres ein ungenannter Verfasser: „Darf Lübeck einseitig die zweiprocentige Militäirstellung wieder aufheben?“¹³⁹⁹ Einleitend griff er den Stand der politischen Auseinandersetzung auf: Die Bürgerschaft habe dem Senat nun lediglich ein beschränktes Budget für das Militär bewilligt und die Einberufung des Jahrgangs 1828 in die Kasernen untersagt.¹⁴⁰⁰

Neu war vor allem, dass der Verfasser explizit auf die politische Tragweite des Konfliktes in Bezug auf die Anerkennung der Autorität der Paulskirche hinwies.¹⁴⁰¹ Die Frage der Reduktion wollte der Einsender nach Maßgabe des bestehenden Rechts gelöst sehen, weshalb er in der Folge ausführlich auf die Entstehung des Befehls einging, den er als Fehl- bzw. als zu weit gehende Interpretation des Nationalversammlungsbeschlusses durch das Reichskriegsministerium ansah, da im Grunde nur eine kurzfristige Aufrüstung bei paralleler Einrichtung einer Bürgerwehr beabsichtigt gewesen sei, um der Kriegsgefahr zu begegnen.¹⁴⁰² Wenn das Ministerium in der damaligen Form weiter bestanden hätte, könnte man nun (1850) mit Sicherheit davon ausgehen, dass die zweiprozentige Stellung seitens der Zentralgewalt bereits zurückgenommen sein würde.¹⁴⁰³

Nach der Zerschlagung der Paulskirchenversammlung und Ablösung der provisorischen Zentralgewalt durch das Interim seit 30. September 1849 sei dies nun prinzipiell für die Rücknahme des Julibeschlusses aus 1848 zuständig. Das Interim könne wegen fehlender Kompetenzen jedoch nur in Abstimmung mit allen Mitgliedern des Drei-Königs-Vertrages handeln, was eine Verortung zu dieser Frage praktisch unmöglich mache. Aus diesen

1398 Ebd., S. 370.

1399 Vgl. ebd., 06.01.1850, S. 2- 6.

1400 Vgl. ebd., S. 2.

1401 Vgl. ebd., wörtlich: „Bei der hohen Bedeutung dieser Differenz [der unterschiedlichen Auffassung des Senats und der Bürgerschaft in der Frage der weiteren Anerkennung des Befehls der provisorischen Zentralgewalt; M. P.] nicht nur auf unsere inneren Zustände, sondern namentlich auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse unsers Staats zu Deutschen Bunde innewohnt, bei der offenbaren Schwierigkeit der hiebei namentlich in Betracht kommenden staatsrechtlichen Fragen scheint uns eine Besprechung des Gegenstandes [...] wünschenswerth“ (ebd.).

1402 Vgl. ebd., S. 2- 4. Lübeck sei deshalb auch nie verpflichtet gewesen, dem Befehl nachzukommen (vgl. ebd., S. 4).

1403 Vgl. ebd., S. 5.

Gründen und da Lübeck selbst einer der wenigen Staaten sei, der die zweiprozentige Stellung tatsächlich eingerichtet habe, könne die Stadt nun selbst über eine Reduktion entscheiden, für die sich der Verfasser nachdrücklich aussprach.¹⁴⁰⁴

Die Militärfrage, bezogen auf die Grundrechte und deren Ausführung, thematisierte „21“ in den *Blättern* vom 3. Februar 1850 erneut.¹⁴⁰⁵ Da Artikel II, §7 der Grundrechte besage, die Wehrpflicht sei für alle gleich, lasse sich daraus ableiten, dass der Staat dafür Sorge tragen müsse, alle Bürger im Umgang mit Waffen vertraut zu machen. Daher kam der Einsender zum Schluss, dass die Reduktion der Einheiten nicht entscheidend sei und man vielmehr nur darauf zu achten habe, dass alle wehrfähigen Bürger hinreichend militärisch ausgebildet würden.¹⁴⁰⁶

Der letzte Untersuchungsartikel aus der Feder von „40“ erschien am 3. März 1850 wiederum auf der Titelseite.¹⁴⁰⁷ Der Verfasser betonte die Unfähigkeit von Bürgerschaft und Senat hinsichtlich einer Vermittlung der Positionen zur Frage der Militärstellung. Stattdessen bestehe seit der letzten Bürgerschaftssitzung von 1849 „Waffenstillstand“, wie es wörtlich hieß.¹⁴⁰⁸ Der Senat habe es bisher versäumt, die Bürgerschaft von seinen Absichten bzgl. der Militärfrage zu informieren, weshalb diese auf ihrer nächsten Sitzung wieder keinen Beschluss zu fassen in der Lage sein würde. Im Nachtrag zum Artikel hieß es, dass zwischen Bürgerschaft und Senat nun das verfassungsmäßige Schlichtungsverfahren bei einem dauernden Konflikt zwischen beiden Organen durchgeführt werden solle.¹⁴⁰⁹ Die Unfähigkeit von Senat und Bürgerschaft, selbstständig einen Konsens zu finden, deutete „40“ im Schlusssatz als ungünstiges Vorzeichen hinsichtlich einer befriedigenden Lösung der Sachfragen.¹⁴¹⁰

Bezüglich der Positionen zur Frage, inwieweit man sich noch der „Reichsgewalt“, so sie denn real bestand, noch gebunden fühlen müsste, beantworteten die *Blätter* uneinheitlich. Wie gezeigt, gab es sowohl Stimmen, die eine loyale Haltung zur Nationalversammlung und ihren Beschlüssen pflegten. Die Position, dieser auch weiterhin folgeverpflichtet zu

1404 Vgl. ebd., S. 5f., wörtlich: „[W]as verlangt das Interesse unsers Staats? und welche Befugnisse giebt uns die gegenwärtige politische Lage Deutschlands? Auf beide Fragen antworten wir getrost: M a n h e b e u n v e r z ü g l i c h d i e z w e i p r o c e n t i g e M i l i t ä i r s t e l l u n g w i e d e r a u f [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]!“ (ebd., S. 6).

1405 Vgl. ebd., 03.02.1850, S. 35.

1406 Vgl. ebd., daher: „Ob nun diese Einübung eine Aufstellung in 2 oder 4 Compagnien erfordert, ist eine rein technische Frage, welche nur von Militairs vom Fach beantwortet werden kann.“ (ebd.).

1407 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 65f. Insgesamt erschienen vier Artikel auf der Titelseite (vgl. IV. Quartal 1849 und I. Quartal 1850 der inhaltlichen Übersicht).

1408 Vgl. ebd., S. 65.

1409 Vgl. ebd., vgl. auch die entsprechende Diskussion über das Schlichtungsverfahren im Teil „Staats- und Justizordnung“ dieser Arbeit.

1410 Ebd., S. 66, vgl. dort auch Vorstehendes.

sein, vertrat die Lübecker Regierung, der Senat. Neben einer eher den Zeitverhältnissen angepassten Position beschritt vor allem „21“ einen Mittelweg, der streng an den Grundrechten festhalten wollte und daraus ableitete, dass das Volk wehrhaft zu halten sei, sich aber keine genauen Ansprüche in Bezug auf organisatorische Fragen ableiten ließen.

Um den Jahreswechsel 1849/ 50 betonten zwei Verfasser die Wichtigkeit einer öffentlichen Diskussion dieses Themas. Dies zeigt, dass die *Blätter* die Zeit äußerer Restauration als solche wahrnahmen, auch wenn sich einige Aufsätze durchaus als mit revisionistischen Bestrebungen einverstanden zeigten. Dessen ungeachtet sollte die Diskussion in Bezug auf Entscheidungen der eigenen Staatlichkeit und ihres Verhältnisses zur Umwelt öffentlich diskutiert und nicht mehr wie im Vormärz durch Rat und Kollegien fern der Bürger beschlossen werden. Gleichwohl wurde die Idee einer Volksbewaffnung nie zu einer Option, die in den *Blättern* gutgeheißen und/ oder als Lösung für die Militärfrage favorisiert worden wäre. Auch der vermittelnde Ansatz von „21“ sah zwar eine grundsätzliche Befähigung zur Führung von Waffen, nicht aber deren private Führung vor.

B.4.4.5 Zusammenfassende Rückschau

Themenstellungen dieses Bereichs fehlten lange in den *Blättern*; erst im Mai 1848 befasste sich ein erster Artikel mit Auswirkungen des Konfliktes um Schleswig-Holstein. Die gegenüber den Ereignissen in der Nachbarschaft beinahe ignorant zu nennende Haltung der Lübecker scheint im Rückblick nicht nur für die Zeitschrift, sondern für die gesamte Politik des Stadtstaates symptomatisch gewesen zu sein: Im Juni 1848 verwahrten sich die *Blätter* gegen Vorwürfe des *Kieler Correspondenten*, die Regierung der alten Hansestadt verhalte sich im Konflikt neutral und eben nicht proschleswig-holsteinisch. Hierzu stellte man Belege zusammen, welche die Bündnistreue Lübecks beweisen sollten. Eher von Interesse schienen den Lübeckern die Zollbestimmungen gewesen zu sein, auf deren Änderung sie im Sommer 1848 drängten: Der von Dänemark rechtswidrig eingeführte Zoll bei Nutzung der Landstraße nach Hamburg solle fallen, forderte man. Wenige Wochen darauf begann in Lübeck auch eine Diskussion zur Reform der Bürgerwehr.

Neben dieser Frage drängte Frankfurt mit dem Beschluss, die deutschen Staaten zu einer zweiprozentigen Militärstellung zu verpflichten, die Hansestädter zu Überlegungen über eine Heeresreform. Auch die allgemeine Wehrpflicht, die im Februar 1849 in den *Blättern* aufgegriffen wurde, sah man nur beschränkt positiv, da man wirtschaftliche Schäden für

die Kaufmannschaft befürchtete. Die *Blätter* bemühten sich allerdings spürbar, die Entscheidungen der Nationalversammlung positiv zu sehen. Dennoch blieben auch im April 1849, als ein Einsender die Kasernierung des eigenen Heers vorschlug, Kosteneinsparungen Leitmotiv der Reform.

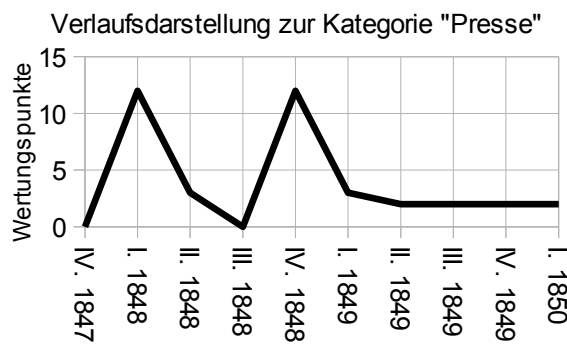
Im Sommer 1849 bedauerte man erstmals die politischen Verhältnisse in den Herzogtümern und hieß die Vereinbarungen zwischen Kopenhagen und Berlin unbefriedigend. Aber bereits im Herbst standen erneut Einsparungen im Wehretat im Fokus der *Blätter*. Verschiedene Einsender stritten bis zum Ende des Untersuchungszeitraums über die Frage, ob man angesichts der veränderten makropolitischen Lage die seitens der Nationalversammlung beschlossene zweiprozentige Militärstellung aufrechterhalten müsse, oder ob dies als „vorübergehende Maßnahme“ im Geiste der nicht mehr bestehenden Konstituante nun als aufgehoben ansehen dürfe.

Insgesamt gesehen befassten sich die *Blätter* nur sehr zurückhaltend mit militärischen Themen. Erst die zweiprozentige Militärstellung entfachte eine intensivere Auseinandersetzung, an der sich das langsame Übergehen der Hansestadt von der (zumindest formal) unbedingten Unterordnung zu den Beschlüssen der Paulskirchenversammlung hin zu einem Anschluss an die Militärmacht Preußen und der von ihr betriebenen restaurativen Politik nachvollziehen lässt.

B.4.5 Zur Berichterstattung zu Themenstellungen der Kategorie „Presse“
B.4.5.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Presse“ und „Preßfreiheit“ zählen alle Artikel, die sich mit dem Pressewesen selbst und/ oder seiner Regulierung durch die jeweilige Landes- oder Bundesgesetzgebung befassten. Hinzu treffen solche mit Inhalten über die beteiligten Personen, über Preßprozesse und Ähnlichem.

Beiträge dieses inhaltlichen Schwerpunkts erreichten in den zehn Untersuchungsquartalen mit 38 Wertungspunkten nur eine unterdurchschnittliche Beachtung. Mit jeweils 12 Wertungspunkten waren es zudem nur zwei Quartale, in denen die wesentliche Berichterstattung zu diesem Themenbereich erschien.



Das Märzquartal sticht in der Rückschau deutlich hervor, die Monate Januar bis März 1848 mit dem Beschluss des Bundestages, die preßrechtlichen Regelungen den Einzelstaaten zu überlassen, scheint ein vergleichsweise intensives Echo der *Blättern* erfahren zu haben. Während sich

der Sommer 1848 beinahe ohne neue Artikel anschloss, erfuhr die Kategorie zum Jahresende erneut ein gesteigertes Interesse. Mit diesem zweiten Höhepunkte endete die Berichterstattung fast völlig, nur einzelne Mitteilungen fanden in den folgenden 15 Monaten noch in die Zeitschrift. Inhaltlich ließe sich für das IV. Quartal 1848 ein Zusammenhang mit den Grundrechten der Nationalversammlung oder dem Erlass der Lübecker Dezemberversfassung bzw. des preußischen Konstitutionsoktrois annehmen.

B.4.5.2 Das Intelligenzprivileg und die Preßfreiheit als Gegenstände der Diskussion: Zur Berichterstattung im 1. Halbjahr 1848

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* begannen ihre Berichterstattung zur Kategorie „Presse“ erst mit dem I. Quartal 1848. Am 2. Januar 1848 erschien eine Übernahme der *Stettiner Börsen Nachrichten* vom 20. Dezember des Vorjahres, die sich mit den Zeitungsprivilegien Hamburgs beschäftigte. Die Stadt hatte bisher stets drei Zeitungen zugelassen, die auch alle wichtigen Anzeigen enthalten mussten. Nun hatte ein Rechtsstreit zwischen Hamburger Blättern und dem *Deutschen Freihafen* einen Sieg des Letzteren herbeigeführt, was die Neuvergabe der zu Ostern 1848 ablaufenden Zeitungsprivilegien fraglich erscheinen ließ.¹⁴¹¹ Die *Stettiner* sah in der Entscheidung des Senats als letzter Instanz dieses Rechtsstreits eine Prinzipienfrage und rechnete vor, dass eine Stempelabgabe bei Wegfall des Intelligenzzwangs und der Monopolstellung dreier Blätter der Stadtkasse zumindest die doppelte Summe an Gebühren einbringen könnte als die bisherige Konzessionierung.¹⁴¹²

Die wirtschaftliche Argumentation unterstützte die Forderung nach einem Ende weniger Monopolisten auf dem Zeitungsmarkt durch einen nicht ungeschickten Verweis auf die höheren Staatseinnahmen infolge eines Systems des Wettbewerbs.

In „Unsere Localpresse“ besprach am 5. März 1848 ein nicht genannter Einsender

¹⁴¹¹ Vgl. ebd., 02.01.1848, S. 8.

¹⁴¹² Vgl. ebd.

die Konsequenzen der nunmehr beschränkten sowie für jeweils sechs Monate befristeten Zeitungsprivilegien in Lübeck.¹⁴¹³ Zunächst gab er zu bedenken, dass eine Vergabe eines Privilegs dazu führe, dass die Preisfindung eines Erzeugnisses nicht mehr durch den Markt erfolge. Damit falle der Anreiz für die Herausgeber eines privilegierten Blattes fort, ihr Produkt an den Wünschen der Konsumenten zu orientieren. Nach einem Plädoyer für die Vorteile einer marktwirtschaftlichen Ordnung ließ der Verfasser eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen für die *Lübeckischen Anzeigen*, welche bisher das Privileg für Intelligenznachrichten hatten, und den *Lübecker Bürgerfreund* folgen.¹⁴¹⁴

Die *Lübeckischen Anzeigen* sollten in verbesserter Aufmachung erscheinen und die bisher verstreut enthaltenen Bekanntmachungen zusammenfassend drucken, während dem *Bürgerfreund* auferlegt wurde, von den bisherigen „Schauergeschichten“ Abstand zu nehmen und stattdessen mit eigenen Redakteuren oder unter Nachweis der Quelle vermehrt Artikel politischen Inhalts zu bringen. Aus dem Nachweis der Zeitungsquelle könnten sich die Leser dann ein eigenes Bild von der Glaubwürdigkeit einer Nachricht machen.¹⁴¹⁵

In der „Kleinen Chronik“ Nr. 59, die ebenfalls in der Ausgabe vom 5. März erschien, druckten die *Blätter* den in der Einsendung angesprochenen Beschluss des Rats über die Intelligenzblätter ab: Zunächst wurden die Privilegien nur noch für die Dauer von sechs Monaten vergeben und sahen ein beiderseitiges Kündigungsrecht vor. Die *Lübeckischen Anzeigen* behielten das Erstveröffentlichungsrecht auf Bekanntmachungen einheimischer Behörden und öffentlicher Immobilienverkäufe. Der ebenfalls zugelassene *Bürgerfreund* und ein neu konzessioniertes Blatt des Buchdruckers Heinrich Gottfried Rathgens, der *Lübecker Korrespondent*, durften alle bereits für die *Anzeigen* privilegierten Bekanntmachungen nachdrucken. Der *Bürgerfreund* konnte darüber hinaus Intelligenznachrichten auswärtiger Behörden und Anzeigen aus privater Hand aufnehmen. Der *Korrespondent* sollte den inhaltlichen Schwerpunkt auf Handelsnachrichten legen, unterlag aber sonst denselben Bestimmungen wie der *Bürgerfreund*.¹⁴¹⁶

Neben der Zulassung einer weiteren Zeitung zeugen diese Bestimmungen wiederum von einer Mittlerlage der Lübecker Regierung, die zwar das Intelligenzprivileg aufrecht erhalten wollte, es aber dennoch entschärfte, indem sie nur das Erstveröffentlichungsrecht

1413 Vgl. ebd., 05.03.1848, S. 92f.

1414 Vgl. ebd., S. 92.

1415 Vgl. ebd., S. 92f., zur weiteren Umgestaltung des *Bürgerfreunds*: „Unsere Ansicht ist, daß der *Bürgerfreund* durch eine allmälige Umgestaltung in eine Zeitung sich in der Umgebung und selbst im sogenannten (Deutschen) Auslande mehr Terrain zu verschaffen, auch zugleich sich neben den *Anzeigen* [Hervorhebungen hinzugefügt; M. P.] eine ergiebige Inseratquelle zu eröffnen und damit die Existenz des Blattes zu sichern vermöge.“ (ebd., S. 93).

1416 Vgl. ebd.

privilegierte. Die Verordnung selbst wie auch der ihre Auswirkungen besprechende Artikel lagen zeitlich zwischen den Unruhen in Paris und dem Eintreffen der Nachrichten hierüber, war also noch dem Vormärz zuzurechnen. Entsprechend verhielt sich der Senat gegenüber dem neuen *Korrespondenten* Rathgens aufgeschlossen und damit anders als viele zu dieser Zeit noch repressiv agierenden Regierungen in Deutschland.¹⁴¹⁷

Am 9. April 1848 wurde die Preßfreiheit erneut Gegenstand der Diskussion in den *Neuen Lübeckischen Blättern*. Ein mit „Preßgesetz“ überschriebener Artikel von „87“ beschäftigte sich mit dem Stand der Ausarbeitung eines Lübecker Gesetzes und wollte insbesondere darauf hinwirken, das ebenfalls in Erarbeitung befindliche Reichsgesetz mit dem lübeckischen zu verzahnen.¹⁴¹⁸

Begründet durch die Annahme, das neue Preßgesetz für Lübeck, das sich seit Anfang März in Erarbeitung befunden hatte, würde demnächst Senat und Bürgerschaft zum Beschluss vorliegen, begann „87“ seine Ausführungen: Der Deutsche Bund hatte bereits im zweiten Satz seines Beschlusses vom 3. März 1848 festgestellt, die Preßfreiheit dürfe nur „unter Garantien“ gewährt werden, die allerdings ihrerseits je nach Auslegung in der Lage seien, die Freiheit wieder zu beschneiden. Dies sah „87“ zudem auch als die ursprüngliche Intention der Bundesstaaten an. Jedoch hatten sich die Märzereignisse, welche dem Beschluss zur Preßfreiheit zeitlich oft erst nachfolgten, als Hinderungsgrund einer solchen „konservativen Reform“ des Preßgesetzes entgegengestellt. Die als Resultat des Beschlusses in rascher Folge im Bundesgebiet verabschiedeten Verordnungen seien nun dem Zeitgeist folgend auf die nötigsten Einschränkungen heruntergebrochen.¹⁴¹⁹

„87“ setzte seine Ausführungen fort, indem er auf die zwei Möglichkeiten der Zensur einging, welche sich nach dem Märzbeschluss der Bundesversammlung in vielen Ländern durchgesetzt hatten. Zunächst bedurften Redakteure in Lübeck einer Konzession des Staates, um zu publizieren. Diese „Censur en gros“, wie sie in Anlehnung an eine populäre Beschreibung dieser Zensurform auch „87“ zitierend nutzte, ändere die bisherige Praxis nur insofern ab, als dass nun nicht der einzelne Redakteur statt des Blattes insgesamt haftbar gemacht werde. In Anlehnung an den oben behandelten Artikel „Die Preßfreiheit und die Neuen Lübeckischen Blätter“ verwarf „87“ das Konzessionswesen unter Hinweis auf die in diesem Fall zu übende Selbstzensur: „Übt er [der Redakteur; M. P.] die

1417 Vgl. hierzu die Ausführungen zur Geschichte verschiedener Intelligenzblätter vor und während der Revolution in den Vorbemerkungen zum Teil „Eutin“ dieser Arbeit.

1418 Vgl. ebd., 19.04.1848, S. 138f.

1419 Vgl. ebd.

Selbstzensur nicht **gehörig** [Hervorhebung im Original; M. P.], so erfolgt die Entziehung der Concession – eine Zensur der besten Form!“¹⁴²⁰

Eine zweite Spielart der Zensur sei der Kautionszwang als Voraussetzung der Zeitungsherausgabe. Die Kaution solle sicherstellen, „[...] daß nur solche Männer zur Redaction kommen, die entweder selbst vermögend, mithin nach der Theorie der Furchtsamen weniger staatsgefährlich sind, oder doch Credit bei ihren Mitbürgern genießen [...]“.¹⁴²¹ Gleichwohl sei diese Zensurform verwerflich. Die Aburteilung möglicher Pressevergehen sollte nach Vorstellung des Verfassers Geschworenengerichten übertragen werden.¹⁴²²

„87“ schloss mit dem Appell, man möge im Rahmen einer weitergehenden Reform, ausgehend vom neuen Preßgesetz, eine weitergehende Justizreform anstreben. Diese sollte unter Verwirklichung des Prinzips der Gewaltenteilung und mit dem Instrument von Schwurgerichten der Rechtsprechung eine neue Grundlage im liberalen Sinne geben.¹⁴²³

Das Konzessionswesen, das Preußen bereits am 17. März 1848 außer Kraft gesetzt hatte, blieb in Lübeck auch nach der neuen Verordnung über die Presse zunächst als einziges direktes Kontrollmittel gültig.¹⁴²⁴ Der Lübecker Staat sollte den Beispielen progressiverer deutscher Länder folgen und den Konzessionszwang ebenfalls aufheben, denn „Vertrauen zu dem gesunden Sinne der Bürger ist unter allen Verhältnissen die sicherste Schutzwehr des Staates, die sicherste Bürgschaft für den Bürger.“¹⁴²⁵ Was nun als zu sanktionierender Verstoß zu gelten habe, ließ der Verfasser offen, nur müssten diese eben durch unabhängige Geschworene, wenn auch unter Ausübung „aller Strenge“¹⁴²⁶, geahndet werden.

In der „Kleinen Chronik“ erschien ein weiterer Artikel, der sich mit der Lübecker Presselandschaft und den Auswirkungen der jüngsten Entwicklung auf diese beschäftigte: Dem Wunsch, die *Lübeckischen Anzeigen* nunmehr täglich erscheinen zu lassen, sei nun nachgekommen worden, hieß es. Weiterhin werde nun auch der aus dem *Lübecker Bürgerfreund* hervorgegangene *Lübecker Korrespondent* täglich herausgebracht, obgleich ein Erscheinen mittwochs und samstags durch eine beschränkende Bestimmung untersagt

1420 Vgl. ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

1421 Ebd.

1422 Vgl. ebd., S. 139, wörtlich zur Begründung: „[d]enn vor unseren jetzigen Gerichten können diese nicht verhandelt werden; von Mitgliedern der Regierung besetzt, an das Untersuchungsverfahren gebunden, ermangeln sie aller der Garantien, die für eine Aburtheilung von Preßverbrechen unerlässlich sind.“ (ebd.)

1423 Vgl. ebd.

1424 Nicht diskutiert wurde die Möglichkeit, Werkzeuge und Grundstoffe der Druckereien zu besteuern, also die indirekten Einflussmöglichkeiten der Regierung auf die Presse.

1425 Ebd., S. 139.

1426 Ebd.

sei. Man erwarte die rechtsverbindliche Aufhebung aber in Kürze. Abschließend wünschte der ungenannt bleibende Verfasser dem Unternehmen Erfolg und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, nun den öffentlichen Gedankenaustausch forciert betreiben zu können.¹⁴²⁷ Der im Ganzen informierende Artikel griff die Erweiterung der Presse in Lübeck positiv auf und unterstrich das liberale Anliegen, öffentliche Angelegenheiten mit einer möglichst breiten Bürgerbeteiligung zu diskutieren. Dass hierzu noch Verordnungen geändert werden mussten, schien nur noch Formsache.

Nach einer Pause in der Berichterstattung befassten sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* erst im IV. Quartal 1848 erneut mit der Preßfreiheit bzw. dem Preßgesetz: Am 26. November 1848 erschienen auf der letzten Seite zwei Artikel zum Thema, die sich beide auf eine Versammlung der Bürgerschaft zum „Preßgesetz“ bezogen und unterschiedliche Perspektiven zum Sitzungsverlauf und zum Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter aufzeigten:

In seiner „Erklärung“ kritisierte Dr. J. H. Behns, dass das Lübecker Preßgesetz in der zur Abstimmung vorgelegten Fassung eine besondere Härte für die Herausgeber der periodischen Presse bilde. War im Allgemeinen nach §7 nur eine Person für eine Druckschrift verantwortlich, so könne bei der periodischen Presse neben dem Verfasser auch der Redakteur bzw. Herausgeber haftbar gemacht werden.¹⁴²⁸ „Ich erkannte hierin eine nicht genügend gerechtfertigte Bedrückung der periodischen Presse“, schrieb Behn und folgerte, dass er daher das Gesetz insgesamt verwerfen musste.¹⁴²⁹ Der Abgeordnete betonte in der weiteren Folge, dass der Entwurf außerhalb dieser kritischen Stelle seine volle Zustimmung finde. Auch sei nicht er es gewesen, der den Antrag auf Ablehnung gestellt habe: Er selbst wollte diesem allerdings lebhaft zugestimmt haben.¹⁴³⁰

Ursprünglich hätte eine Entwurfsfassung für ein neues Preßgesetz schon vier Wochen nach Aufhebung der Zensur in Lübeck, also nach dem 11. März, vorliegen sollen,¹⁴³¹ was wahrscheinlich infolge polittaktischer Überlegungen unterblieb.

Behns Einsendung zeigt die Unsicherheit der Eliten darüber, wie man die Preßfreiheit im eigenen Sinne ausgestalten sollte. Eine generelle Möglichkeit der Bestrafung infolge von Preßvergehen lehnte Behn in Analogie zu den Forderungen vom 19. März 1848, die in

1427 Vgl. ebd., 09.04.1848, S. 142.

1428 Vgl. ebd., 26.11.1848, S. 428.

1429 Vgl. ebd., vgl. dort auch das Zitat

1430 Vgl. ebd.

1431 Vgl. *Börsen-Halle*, 13.03.1848, S. 4.

„Die Neuen Lübeckischen Blätter und die Preßfreiheit“ aufgestellt worden waren, nicht grundsätzlich ab. Dennoch sah er es als unverzichtbar an, seiner Kritik mit dem scharfen Mittel einer Ablehnung Ausdruck zu verleihen.

B.4.5.3 Zur neuerlichen Diskussion über die Preßgesetzgebung im Winterhalbjahr 1848/ 49

Am 6. Dezember 1848 trat das „Gesetz gegen den Mißbrauch der Presse“ schließlich in Kraft.¹⁴³²

In der Ausgabe Nr. 53 vom 10. Dezember 1848 berichteten die *Neuen Lübeckischen Blätter* wiederum im Kleingedruckten, dass der Verfassungsoktroi Preußens im Unterschied zum Preßgesetz in Lübeck die Bestimmung kenne, dass bei Bekanntsein des Verfassers eines Artikels immer nur dieser selbst, nicht aber auch Verleger, Drucker und Verteiler eines Presseerzeugnisses, für dessen Inhalte haftbar gemacht werden konnte.¹⁴³³ Preußen hatte die preßrechtlichen Bestimmungen des Oktrois im Sinne des Grundrechtekatalogs der Paulskirche abgefasst. Auch die Stempelsteuer für Zeitungen war abgeschafft worden. Nach einschränkenden Regierungsverordnungen ab Ende Juni 1849 wurde die relative Liberalität des preußischen Preßrechts stückweise beschnitten. Eine gesetzliche Regelung im Sinne der Restauration wurde am 12. Mai 1851 verabschiedet.¹⁴³⁴ Der recht knappe Artikel der „Kleinen Chronik“ wies darauf hin, dass selbst ein Verfassungsoktroi, dessen Entstehung wenig mit liberalen Wünschen gemein hatte, in seinem Inhalt weniger streng gefasst war. Dies wurde beispielsweise durch den gesperrten Druck des „oktroyierte“ gestützt. Aber auch die Hervorhebung des „neben“ bei „neben dem Verfasser“, das die Bestimmung einleitete, in Lübeck könnten auch Herausgeber oder Redakteur für eine von ihnen nicht selbst verfasste Schrift zur Rechenschaft gezogen werden, unterstrich diese Tendenz.

1432 Vgl. Gesetz gegen den Mißbrauch der Presse.

1433 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 10.12.1848, „Kleine Chronik 192 (Preßgesetz)“, S. 448. Nach den Bestimmungen des badischen Preßgesetzes konnte ähnlich den in Lübeck geltenden Vorschriften bei Abwesenheit eines verantwortlichen Redakteurs auch der Drucker und/ oder Verleger der konfiszierten Presseschrift zur Verantwortung gezogen werden. Selbst der Verteiler war als letztes Glied einer möglichen Verfolgung betroffen (vgl. Tauschwitz 1981, S. 451). In Lübeck war nach § 7 des Preßgesetzes vom 06.12.1848 zunächst der Herausgeber, dann Verleger und Drucker sowie schließlich auch der Kolporteur verantwortlich (vgl. Gesetz gegen den Mißbrauch der Presse, § 7, S. 128f.).

1434 Vgl. Koszyk 1966, S. 121, Lückemeier schreibt zu den Bestimmungen des Preßgesetzes von 1851: „Das preußische Preßgesetz, daß [sic!] am 12.05.1851 erlassen wurde, nahm die 1848 angekündigten Freiheiten nahezu vollständig wieder zurück. Waren schon in diesem Presserecht der Konzessionierungszwang und die Kautionspflicht verankert worden, legte die preußische Regierung 1852 zudem noch den Entwurf eines neuen Zeitungssteuergesetzes vor, dessen Bemessungsgrundlage die Fläche des bedruckten Papiers sein sollte.“ (Lückemeier 2001, S. 203).

B.4.5.4 Die Position der *Neuen Lübeckischen Blätter* zur Gründung der *Lübecker Zeitung*

In „Lübecker Zeitung“ bewarb „31“ das gleichnamige Blatt, welches als Neugründung des Redakteurs Dr. Biskamp in der Druckerei Heinrich Gottfried Rathgens, der auch die *Blätter* druckte, erscheinen sollte. „31“ begrüßte ausdrücklich die Initiative und sparte nicht an Lob für Herausgeber Biskamp und sein Projekt. Die *Lübecker Zeitung* würde den Stadtstaat wirtschaftlich stärken, indem sie den Ostseehandel beflügeln und die journalistische Unabhängigkeit Lübecks greifbar machen werde. „31“ sah in der *Zeitung* ein wünschenswertes Projekt zur Darstellung der Lübecker Interessen gegenüber dem Ausland, zu dessen Gelingen die Bürger verpflichtet seien.¹⁴³⁵

Wenn somit die Beteiligung unsers Publikums an der angekündigten *Lübecker Zeitung* [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.] zugleich ein Probirstein für unsere politische Bildung, für unsere Liebe zur Vaterstadt und zu Allem, was ihr Wohl und Wehe betrifft, abgeben wird, so zweifeln wir auch nicht, daß man von allen Seiten bemüht sein werde, die Erreichung des Zweckes [...] zu erleichtern.¹⁴³⁶

Dr. Biskamp hatte in seinem Gründungsaufwurf vor allem die politisch Führenden der Stadt zur Mitarbeit eingeladen.¹⁴³⁷ Dies legt eine offiziöse Darstellungsform der *Zeitung* nahe.

Bereits 1843 hatte sich ein Kreis junger Lübecker, darunter die führenden gesellschaftlichen und politischen Köpfe um Heinrich Theodor Behn, Theodor Curtius, Ernst Deecke und der Dichter Emanuel Geibel zusammengefunden, um mit einem „Korrespondenzverein“ das Bild Lübecks in der deutschen Öffentlichkeit zu verbessern. Hierzu wollte man vor allem die Individualität der alten Hansestadt herausstreichen.¹⁴³⁸ An eben diese Bestrebungen sollte nun die *Lübecker Zeitung* anschließen, ihre Leistung daran gemessen werden.

Im Jahr 1848 war, wie „31“ bemerkte, wegen der schlechten Zeitverhältnisse die Gründung eines solchen Periodikums gescheitert. Nun „unter unläugbar günstigeren Verhältnissen“ würde voraussichtlich der letzte Versuch einer Neugründung initiiert, der zum Erfolg werden müsse.¹⁴³⁹

In einem bemerkenswerten Eintrag der „Kleinen Chronik“, der ebenfalls am 11. Februar 1849 erschien, wies „116“ darauf hin, dass dem örtlichen Intelligenzblatt wie ehemals wieder eine gemeinnützige Beilage beiliegen sollte, mit deren Hilfe die Zeitfragen

1435 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 11.02.1849, S. 46.

1436 Ebd.

1437 Vgl. ebd.

1438 Vgl. Graßmann 1997, S. 602.

1439 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 11.02.1849, S. 46.

auf einer sehr breiten Plattform diskutiert werden könnten. Die *Lübeckischen Anzeigen* sollten nach Meinung des Verfassers, der die Herausgeber des Intelligenzblattes an ihr Versprechen erinnerte, die Zeitung um Gemeinnütziges zu ergänzen und den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, wie die *Blätter* die Mündigkeit der Bürger erhöhen.¹⁴⁴⁰

B.4.5.5 Zur neuerlichen Diskussion über die *Lübecker Zeitung* im Sommer 1849

Vier Monate nach der Erstausgabe der *Lübecker Zeitung* sprach „x.“ am 17. Juni 1849 die Entwicklung des Blattes vor dem Hintergrund der am 11. Februar formulierten Erwartungen.¹⁴⁴¹ Nachdem der Verfasser die Existenz der *Zeitung* allgemein gelobt hatte, nannte er zwei Aufgaben, von deren Erfüllung man die Güte der Neugründung abhängig machen könne. Zunächst solle eine Zeitung möglichst objektiv referieren, was geschehe. Als zweites Erfordernis bezeichnete „x.“ die Einnahme eines „würdigen“ politischen Standpunktes.¹⁴⁴²

Zwar entnehme die *Lübecker Zeitung* die Mehrheit ihrer Nachrichten aus anderen Blättern, wegen des raschen Informationsflusses aus Hamburg seien diese allerdings noch recht aktuell und stünden in einem nachvollziehbaren Zusammenhang, wenn auch die Quellen zu einseitig gewählt würden.¹⁴⁴³ Ihrer Aufgabe, die Interessen der Stadt bzw. des Staates Lübeck nach außen zu vertreten, komme das Blatt indes noch nicht in dem Umfange nach, wie es wünschenswert wäre. Die wenigen Leitartikel, welche die *Zeitung* bisher gedruckt habe, entsprächen zwar der Meinung seiner eigenen Meinung, schrieb „x.“, nicht aber den Anforderungen an die Form. In Bezug auf die Lübecker Verhältnisse sollte der dafür verwendete Raum besser für eine umfangreiche Berichterstattung genutzt werden:¹⁴⁴⁴

Aus einer Lübecker Zeitung will man vor allen Dingen erfahren, was geschehen ist und will es so umständlich und vielseitig als möglich wissen, das Urtheil bildet jeder Leser sich dann selbst, und das Ziel [...] besteht unserer Meinung nach darin, die politischen Ereignisse so vollständig

1440 Vgl. ebd., wörtlich: „Wenn diese Einrichtung [eine gemeinnützige Beilage zu den *Lübeckischen Anzeigen*; M. P.] noch jetzt bestünde, oder wieder ins Leben gerufen werden könnte, und das Blatt eine dem entsprechende zeitgemäße Umgestaltung erführe, so würde, b e i d e r g r o ß e n V e r b r e i t u n g d e s s e l b e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], eine Möglichkeit gegeben sein, die Interessen des Tages und der Zeit vor der G e s a m t h e i t [Hervorhebung im Original; M. P.] unsers Publikums allseitig zu besprechen.“ (ebd.). Hier wurde zudem aus zeitgenössischer Sicht auf die herausragende Bedeutung der Intelligenzblätter für die politische Emanzipation der breiten Bevölkerung hingewiesen.

1441 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 17.06.1849, S. 194f. Für die Anforderungen an das neue Blatt vgl. die Betrachtungen zur Kategorie „Presse“ des I. Quartals 1849 bzw. ebd., 11.02.1849, S. 46.

1442 Vgl. ebd., S. 194.

1443 Vgl. ebd., S. 195, wörtlich: „Dagegen erscheint es als ein Mangel, daß die Quellen einigermaßen einseitig benutzt werden und wir wollen beständige Rücksicht auf das immer beachtenswerthe auditur et altera pars [„Beachte auch die andere Seite“; M. P.] hiermit empfehlen.“ (ebd.).

1444 Vgl. ebd., 17.06.1849, S. 195.

mitzutheilen, daß sie für Alle [...] in dieser Hinsicht eine ausreichende Lectüre bildet.¹⁴⁴⁵

Die *Blätter* zeichneten insgesamt ein positives Bild der neuen Zeitung, auch wenn einige Wünsche, insbesondere in Bezug auf deren Funktion als Instrument staatlicher Außendarstellung, noch nicht im gewünschten Umfang genutzt würden. Das Selbstverständnis, eine überparteiliche Diskussionsplattform zu sein, setzte die Zeitschrift an die *Zeitung* an, indem sie von mündigen Lesern ausging, die eine umfassende Sachkenntnis als Grundlage eigener Urteilsbildung schätzten.

B.4.5.6 Vom Juli 1849 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums: Das Lübecker Preßgesetz im Zeichen bundesweiter Revision

Die „Kleine Chronik“ Nr. 86 ging auf die Regelungen des am 30. Juni 1849 verabschiedeten preußischen Preßgesetzes im Vergleich zur Lübecker Gesetzgebung ein. Das preußische Gesetz sah vor, dass neben dem Verfasser auch Herausgeber, Verleger oder Kommissionär, Drucker und Verbreiter für den Inhalt des Presseerzeugnisses verantwortlich waren. Jedoch mussten nicht alle Personen dieser Kette verfolgt werden, wenn eine vorstehende namentlich genannt werden konnte. Interessant war, dass in diesem Fall dennoch alle Personen zur Verantwortung gezogen werden konnten, wenn „[...] eine wissentliche Theilnahme an der durch die Druckschrift begangenen strafbaren Handlungen [...]“¹⁴⁴⁶ nach Maßgabe der strafrechtlichen Regelungen nachweisbar war. Im Vergleich zur in Lübeck gültigen Gesetzgebung liest sich diese Regelung schärfer, besonders die Möglichkeit der Ausdeutung war weitreichend, denn es oblag dem Gericht festzulegen, wie weitgehend die Kette der potentiell Verantwortlichen verfolgt wurde.¹⁴⁴⁷

Am 30. September wurde mit Bezug auf den *Norddeutschen Correspondenten* eine „Anfrage“ in der „Kleinen Chronik“ Nr. 120 gestellt, warum die Zeitung im Mecklenburgischen Postamt in der Stadt Lübeck mehr koste als im Mecklenburgischen selbst.¹⁴⁴⁸

Die kleine Chronik Nr. 127 vom 21. Oktober 1849 ging auf das Hamburger Preßgesetz ein, welches am 5. Oktober 1849 veröffentlicht wurde.¹⁴⁴⁹ Der namentlich nicht genannte Verfasser verglich die umstrittene Lübecker Regelung, die neben dem Verfasser

1445 Ebd., schon vorher hieß es zur Umfang und Qualität der Berichterstattung: „Das ist namentlich für die große Zahl derer, welche die Zeitungen nur lesen, nicht studiren, viel werth.“ (ebd.).

1446 Ebd., 08.07.1849, S. 222.

1447 Vgl. ebd.

1448 Vgl. ebd., 30.09.1849, S. 318.

1449 Ebd., 21.10.1849, S. 342.

auch den Redakteur bzw. Herausgeber verantwortlich machte, mit derjenigen der Elbestadt. Wie Preußen übertrug auch Hamburg den Gerichten einen großen Ermessensspielraum bei der Sanktionierung von Preßvergehen. Nach dem Verfasser konnte auch gegen Herausgeber und Verleger, gegen den Redakteur, den Drucker und Verbreiter ermittelt werden. Zentral war hierbei folgende Regelung: „Der Umstand, daß der Verfasser die Verantwortlichkeit auf sich genommen habe, hebt die Strafbarkeit der übrigen Mitbetheiligten nicht auf.“¹⁴⁵⁰ Der Vergleich zum Lübecker Gesetz war rasch hergestellt: Während in Preußen und Hamburg in der zweiten Hälfte 1849 die Deutungsmöglichkeiten der Gerichte wesentlich erweitert wurden, erschienen die beschränkenden Regelungen Lübecks nun in freiheitlicherem Licht.

Der letzte Artikel der kurzen Serie wurde am 18. November 1849 publiziert. Zwar bezog sich dieser wie bereits ein anderer weiter oben auf den preußischen Verfassungsoktroi vom 5. Dezember 1848, dennoch war auch er Ausdruck der Reaktion. Mit Blick auf Artikel 26 der Verfassung ging der Einsender im November 1849 abermals auf die Verantwortlichkeitsfrage bei Preßvergehen ein. Die bereits zitierte Bestimmung, nach der bei einem bekannten Verfasser die nachrangigen Glieder der Verantwortlichkeitskette nicht verfolgt werden durften, sollte nun im Rahmen der „obschwebenden Revision“ in Richtung einer gleichrangigen Verantwortlichkeit von Verfasser, Herausgeber und Commissionär abgeändert werden.¹⁴⁵¹ Auch Preußen, 1848 noch liberaler in seiner Preßgesetzgebung, erschien nun als weniger liberal als Lübeck, das sich nun in seiner Gesetzgebung bestätigt fühlen durfte.

B.4.5.7 Zur Berichterstattung im I. Quartal 1850: Fortsetzung der Erörterung zur *Lübecker Zeitung*

Ende März 1850 befasste sich „22“ wie zuvor „31“ sowie ein anonym er Einsender¹⁴⁵² mit der neuen *Lübeckischen Zeitung*.¹⁴⁵³ Ähnlich wie die vorangegangenen Artikel wurde in „Die Lübeckische Zeitung“ die Erfüllung zweier Aufgaben vom Blatt gefordert: 1. Eine politische Berichterstattung zu bieten und 2. die Interessen Lübecks gegenüber den anderen deutschen Staaten zu vertreten.¹⁴⁵⁴ Neben politischen Nachrichten, welche die *Zeitung*

1450 Ebd.

1451 Vgl. ebd., 18.11.1849, S. 378. Die „obschwebende Revision“ deutete auf die Änderung der preußischen Verfassung zum 31.01.1850 hin.

1452 Vgl. ebd., 11.02.1849, S. 46 bzw. ebd., 17.06.1849, S. 194f.

1453 Vgl. ebd., 24.03.1850, S. 93f.

1454 Vgl. ebd., S. 93.

bereits in genügendem Umfang liefere, müssten auch wirtschaftlich relevante Mitteilungen wie die genauen Ankunftszeiten der Dampfschiffe u.a. gebracht werden. Weiterhin forderte „22“ die *Zeitung* auf, künftig vermehrt Nachrichten aus dem Norden zu drucken, und zwar bevor diese durch Hamburger Blätter bekannt würden.¹⁴⁵⁵

Allgemein fände das Blatt noch kein genügendes Interesse, dies sei auch zu erwarten gewesen, da kaum eine Neugründung im ersten Jahr des Bestehens einen finanziellen Gewinn abwerfe. Um die Attraktivität zu steigern, müsse die *Zeitung* eine bestimmte Idee vertreten, also einen politischen Standpunkt in der Diskussion einnehmen und gleichzeitig als Medium der Vertretung Lübecker Interessen dem Ausland gegenüber dienen. Beides erfülle das Blatt bisher nicht in einem ausreichenden Maße, konstatierte „22“.¹⁴⁵⁶

Die hier vorgetragenen Kritikpunkte glichen zuweilen genau denen des Vorjahres: Insbesondere die Außenvertretung und das hinter dem mangelnden politischen Standpunkt der Neugründung stehende Bemühen der Redaktion um Neutralität waren fortwährend Gegenstand der Kritik. Gleiches galt für die Handelsnachrichten, die wie die propagandistische Funktion des Blattes in politischer Hinsicht für die Leserschaft der *Blätter*, also der Mitgliederschaft der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, von Interesse waren.

B.4.5.8 Zusammenfassende Rückschau

In der Rückschau zeigt sich, dass die Berichterstattung der *Neuen Lübeckischen Blätter* zum Themenfeld „Preßfreiheit“ und „Preßgesetz“ nicht ausführlich war. Selbst in Zeiten intensiverer Beschäftigung nahm dieses Themengebiet keine dominierende Stellung ein, einmal abgesehen von zwei Titelberichten.

Inhaltlich nannten die *Blätter* wichtige Pro- und Contra-Argumente, zeigten bekannte Argumentationslinien auf: Dem vorsichtigen Beginn der Berichte, den ein Artikel in der „Kleinen Chronik“ Mitte März 1848 einleitete, folgten immer noch maßvolle Ausführungen zur Zensur und ihrem Verhältnis zu den *Blättern*. Erst am 9. April wagte es „87“ als erster Einsender eines gedruckten Beitrags, weitergehende und eben auch konkretere Forderungen zu formulieren.

Bis zum Winter 1848/ 49 hatte die Reaktion in Deutschland und Österreich wieder deutlich

¹⁴⁵⁵ Vgl. ebd., S. 94, wörtlich: „Lübecks Lage und der Verkehr [...] machen es einem hier erscheinenden Blatte möglich [...], Nachrichten aus dem Norden häufig und rasch mitzuthellen, und zwar nicht nur politische, sondern [...] auch merkantilistische.“ (ebd.).

¹⁴⁵⁶ Vgl. ebd., S. 93.

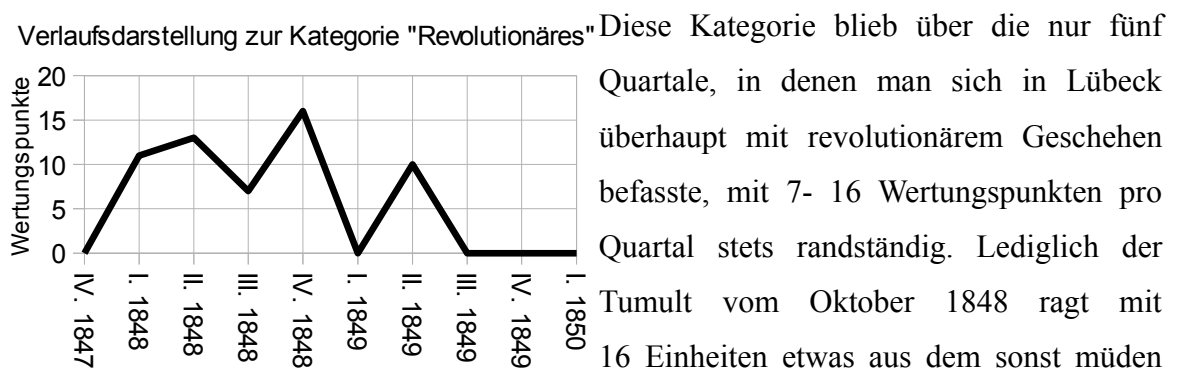
an Boden gewonnen. Die angekündigte Frist von vier Wochen, binnen derer man das neue Preßgesetz für Lübeck hatte vorstellen wollen, ließ man vermutlich in der Annahme verstreichen, die Zeit spiele in Richtung einer „gemäßigteren“ Gesetzgebung. Im Dezember 1848 wurde schließlich ein zunächst wenig liberales Gesetz verabschiedet. Der Vormärz wurde nun allgemein positiver bewertet, denn hier seien die Zensoren klar auszumachen gewesen, während nun gleichsam alle und niemand zensierten, argumentierte man.

1849 publizierten die *Blätter* nur noch im Kleingedruckten zur Preßgesetzgebung, die ihrem Inhalt nach allesamt Vergleiche enthielten, die das Lübeckische Preßgesetz als liberal darstellen sollten, also tendenziell eher dem konstitutionellen bis reformkonservativen Spektrum zuzurechnen waren.

Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf die Berichterstattung der *Neuen Lübeckischen Blätter* zur Preßfreiheit feststellen, dass man nach einer Zeit des verhaltenen Aufbruchs rasch zu vormärzlichen Regelungen zurückgekehrte. Die *Blätter* unterließen es beispielsweise konsequent, auf den Missstand der monatelangen Verzögerungen bei der Erarbeitung des im Frühling angekündigten neuen Preßgesetzes hinzuweisen. Dies war sowohl einer konservativen Grundhaltung als auch der Erwartung geschuldet, demnächst beerbe ein „Reichspreßgesetz“ einzelstaatliche Regelungen. Dennoch: Von der liberalen Einstellung des Vormärz' waren die Artikel zum Themengebiet „Preßgesetz“ ab der Jahreswende 1848/ 49 bereits spürbar abgerückt.

B.4.6 Zur Berichterstattung zu Themenstellungen der Kategorie „Revolutionäres“
B.4.6.1 Vorbemerkungen

Der Bereich „Revolutionäres“ umfasst alle Artikel, welche sich mit revolutionär wirkenden Ereignissen befassten. Die Kategorie steht dabei in Opposition zum eher theoretisch ausgerichteten Bereich „Liberalität“. „Revolutionäres“ befasst sich mit Aufständen, Petitionen und den wesentlichen Beschlüssen der Nationalversammlung, ohne allerdings begleitende Debatten zu berücksichtigen, die sich stattdessen in „Liberalität“ finden. Neben „Verfassung“ und „Liberalität“ ist „Revolutionäres“ ein wichtiges Moment der Zeitungsuntersuchung, da die praktischen Geschehnisse zu Stellungnahmen zwingen.



Verlauf der Fieberkurve der Berichterstattung bzw. Diskussion dieses Themas heraus. Dennoch sind auch 16 Punkte im Vergleich zur Verfassungsdiskussion, die zum gleichen Zeitpunkt auf 63 Wertungspunkte kam, lediglich ein Beleg für ein rasch wieder verstummendes Echo der *Neuen Lübeckischen Blätter*. Der theoretische Zugriff der Zeitschrift auf die Ereignisse allgemein, wie auch ihr Fokus auf die Stadt Lübeck als politisch „unabhängiger“ Einheit im Deutschen Bund mögen diese geringe Beachtung der „politischen Aktion“ erklären. Hinzu kam die breite und in allen Kategorien gleichermaßen deutlich werdende Ablehnung jeder revolutionären Aktion, jedes Aufstandes und jeder Gewaltanwendung als Mittel der Interessendurchsetzung.

B.4.6.2 Die Märzereignisse und ihr Widerhall in den *Neuen Lübeckischen Blättern*: Vom Beginn der Revolution bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung

Am 27. Februar 1848 meldeten die *Blätter* aus dem kleinen Herzogtum Sachsen-Meiningen im Thüringischen, dass sich dort eine rasche Reform des Rechtswesens in Gange befinde: Die *Weserzeitung* schrieb, dass der Herzog angewiesen habe, einen Entwurf zur Einführung eines auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit basierenden Strafprozesses zu erstellen. Ebenfalls bereits in Bearbeitung sollte sich ein Gesetzentwurf zum Zivilrecht sowie zur Einführung eines öffentlichen Polizeistrafverfahrens befinden.¹⁴⁵⁷ Den Vorgang, den die *Blätter* offenbar als „unerhört“ empfanden, druckte man in der Kategorie „Kleine Chronik“ als Nachricht ab und nutzte bei der sprachlichen Gestaltung den Konjunktiv,¹⁴⁵⁸ um sich ggf. keine „Zeitungssente“ zu eigen gemacht zu haben.

Am 12. März schrieben die *Blätter* erstmals über die revolutionären Ereignisse der

¹⁴⁵⁷ Vgl. ebd., 27.02.1848, S. 84.

¹⁴⁵⁸ Vgl. ebd. Andere Artikel übernahmen den Text der Quellenzeitung wörtlich und waren daher indikativisch gefasst (vgl. ebd.). Die konjunktivische Gestaltung der Chronik Nr. 54 zu den Reformbestrebungen in Meiningen muss daher als bewusst vorgenommene, kritische Distanzierung zum Gedruckten verstanden werden.

jüngsten Vergangenheit, dem plötzlichen Erlass der Preßfreiheit durch Übergabe des Rechts zur Preßgesetzgebung an die Länder und weiterer oft vorgetragener Forderungen der Liberalen. Die *Blätter* nahmen in einer Anzahl Artikel zu den Geschehnissen mit Blick auf deren Konsequenzen für Lübeck Stellung: Offensichtlich versuchte der Verfasser des Leitartikels „Die Stellung unseres Gemeinwesens zu den Bewegungen der Gegenwart“ ein Eskalieren der wohl auch in Lübeck gärenden Unzufriedenheit zu verhindern, indem er auf die Leistungen der Regierung verwies. Diese stehe in Eintracht mit den Bürgern an der Spitze der progressiven Bewegung. In diesem Artikel wurden einige der Märzforderungen laut, die auch in den anderen deutschen Staaten schon lange gefordert, nun in Aussicht gestellt bzw. realisiert wurden.

Zu Beginn des nach Regeln der klassischen Rhetorik aufgebauten Artikels¹⁴⁵⁹ hieß es:

[D]ie vaterstädtische Presse, wie sehr sie auch sonst ihre eigentliche Aufgabe darin erkennt, abgesehen von größeren und weiteren Fragen, die inneren Zustände unseres eigenen kleinen Staates fortbilden, [würde] doch eine dringende Pflicht versäumen, und den Zusammenhang, in welchen auch der kleinste Theil mit dem Ganzen steht, verkennen [...], wenn sie nicht auch von ihrem Standpunkte aus jene Ereignisse in's Auge zu fassen, und ein klares Bewußtsein über die Stellung unseres Gemeinwesens zu den mächtigen Bewegungen der Zeit, und über den Einfluß, den diese auch auf uns ausüben werden, zu gewinnen.¹⁴⁶⁰

Der Artikel begründete eine nun erforderlich erscheinende Neuausrichtung der Presse hin zu einer breiter angelegten Berichterstattung mit der Eingliederung Lübecks in der allgemeinen Entwicklung in Deutschland und Europa. Dass hier ein ruhiger Fortgang der Reformen herrsche, sich eben kein „gewaltiger Sturm“, wie es pathetisch hieß, entfalte, versuchte er in der Folge zu untermauern. Gleichzeitig stellte er die Regierungspolitik beinahe ausnahmslos positiv dar,¹⁴⁶¹ um mögliche revolutionäre Bewegungen zu schwächen. Darüber hinaus mahnte der Verfasser zur Eile bei der Umsetzung notwendiger Reformen: „[S]o dürfen wir auch der Zukunft mit festem Vertrauen entgegensehen, indem nicht einmal Elemente der Unordnung vorhanden sind, die irgend Besorgniß einflößen könnten.“¹⁴⁶²

Eine Reihe rhetorischer Fragen leitete den Argumentationsteil des Artikels ein, in welchem man versuchte, die als sehr ruhig beschriebene Atmosphäre aus den politischen Bedingungen Lübecks herzuleiten. Das revolutionäre Potential, die Unruhe in anderen Staaten Deutschlands, entstehe durch einen Zwiespalt von Regierungen und Bürgern¹⁴⁶³,

1459 Vgl. Püschel 1994, S. 165ff. Püschel geht anhand eines Beispiels genau auf alle einzelnen Teile einer solchen Argumentation ein, die er nacheinander in ihrer Funktionsweise erläutert.

1460 *Neue Lübeckische Blätter*, 12.03.1848, S. 97, vgl. dort auch Vorstehendes.

1461 Vgl. ebd.

1462 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

1463 Dazu heißt es: „Ein solches Verfahren [ein auf revolutionäre Unruhe gründendes; M. P.] setzt einen

besonders dann, wenn eine Regierung auf konservativen Standpunkten verharre und den Reformwünschen der Zeit nicht nachgebe. In Bezug auf die Verfassungsreform, die in Lübeck kein Kind der Revolution war, äußerte sich der Einsender positiv: Dem schwerfälligen „Staatsorganismus“ sei die bisherige Langsamkeit der Reformen anzulasten.¹⁴⁶⁴

Um nun eine Verbesserung eintreten zu lassen, müsse die Lübecker Regierung die versprochene Verfassung umgehend verabschieden und daraufhin wirken, dass ein gemeinsamer Bundesstaat aller deutschen Städte und Länder geschaffen werde.¹⁴⁶⁵ In Bezug auf eine mögliche Volksvertretung in diesem neuen Staat nahm man die Ideen Friedrich Daniel Bassermanns positiv auf.¹⁴⁶⁶ Der Vorschlag des süddeutschen Liberalen treffe auch in Lübeck auf allgemeine Zustimmung, hieß es.¹⁴⁶⁷

Lübecks Insellage wurde als unbefriedigend wahrgenommen, denn die Isolation schade der wirtschaftlichen Entwicklung. Darum müsse man die Souveränität des Stadtstaates dem Anschluss an einen unbedingt zu schaffenden Bundesstaat nachordnen.¹⁴⁶⁸ Diese Einstellung war unter Kaufleuten dieser Zeit allgemein üblich. Sie stellten seit dem Vormärz diejenige Gruppe, die versuchte, das einfache Volk für den Nationalgedanken zu begeistern, um dann von einem einheitlichen Zoll- und Steuerraum zu profitieren.¹⁴⁶⁹

Die Pressefreiheit wurde im Artikel freudig begrüßt: Eine freie Presse stütze die öffentliche Meinung, die ihrerseits maßgeblich das Miteinander mit den Regierenden befördere und auf diese Weise im Sinne einer produktiven Zusammenarbeit den allgemeinen Fortschritt zuarbeite.¹⁴⁷⁰ Wie in dieser Ausgabe so fanden auch in der Folgeausgabe der *Blätter* vom 19. März 1848 die am 11. März 1848 auch in Lübeck stattfindenden Krawalle keine Berücksichtigung.

Dieser Leitartikel ist in vielfacher Hinsicht zeittypisch, so gestaltete Artikel waren in der Zeit nach der Lockerung der Zensur häufig zu finden. Die Verfasser gingen dabei mit der

Zwiespalt zwischen Regierenden und Regierten voraus, der da, wo die höchste Staatsgewalt in allen wesentlichen Punkten auf die öffentliche Intelligenz sich stützt, von vorn herein unmöglich ist.“ (ebd., S. 96). In Lübeck hingegen handle die Regierung selbstständig und durch keine Demonstrationen gedrängt in Eintracht mit der Bürgerschaft an der „Spitze der Entwicklung“ (vgl. ebd.).

1464 Vgl. ebd., S. 95.

1465 Vgl. ebd., S. 96f.

1466 Nach der Märzreformwelle focht Bassermann nachdrücklich für die nationale Einigung der deutschen Länder (vgl. Tauschwitz 1981, S. 80f.).

1467 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 12.03.1848, S. 97, wörtlich: „Wir glauben, daß die Zustimmung, die der Antrag Bassermann's in der badischen Kammer weit und breit im Vaterlande gefunden hat, auch in unserer Stadt ganz allgemein ist.“ (ebd.).

1468 Ebd., S. 97.

1469 Vgl. Schnabel 1948, S. 58.

1470 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 12.03.1848, S. 95ff.

Obrigkeit im Allgemeinen eher belehrend um, indem man die eigene argumentative Überlegenheit zur Schau stellte. Falls sich ein Artikel mit nicht-obrigkeitlichen Gegnern befasste, nutze man auch Mitteln der Polemik und griff diese emotional berührend an.¹⁴⁷¹ Durchaus üblich war auch, dass die Verfasser auf eine ausführliche Narratio verzichteten und die Kenntnis aller angesprochenen Ereignisse bei den Lesern voraussetzten.¹⁴⁷²

Somit verlief der März, der andernorts mit bedrohlicher Macht die Obrigkeiten zum Einlenken in wichtigen politischen Fragen drängte, in Lübeck insgesamt ruhig ab. Vom „Volkszorn“ waren nicht die seit Jahrhunderten überkommenen Gremien betroffen, sondern nur einzelne Personen, denen man in Bezug auf ein konkretes Problem ein persönliches Versagen vorwarf. Ein Artikel in den *Blättern*, der zu einem revolutionären Aufstand in Lübeck aufrief, wurde offenbar nicht gehört:

Schlägt denn in Lübeck keine politische Pulsader? Sind wir hier verdorrt und versteinert, daß keine Stimme sich erhebt für die allgemeinen Forderungen des Vaterlandes? Kann nicht wenigstens Lübeck eine Adresse an die 51 Männer in Heidelberg richten? Es fehlt nur an einem Mann, an einer Feder zum Impulse, und alles belebt sich hier. Soll die Redaction der N. Lüb. Blätter es hier nicht wieder sein?¹⁴⁷³

Hierin sprach der Verfasser die Heidelberger Versammlung führender Liberaler vom 5. März 1848 an, die in einem Aufruf zur Bildung eines Vorparlamentes nach Frankfurt lud. Der Redaktion der Zeitung wurde unterstellt, schon in der Vergangenheit im Sinne revolutionärer Veränderungen engagiert gewesen zu sein. Die Angesprochenen regierten abweisend auf die Offerte des Ungenannten und stellten fest:

Die Redaction muß die auch früher schon abgegebene Erklärung wiederholen, daß sie nicht die Absicht hat, als solche *s e l b s t t h ä t i g* für die Verwirklichung heilsamer, unsere öffentlichen Zustände betreffender Vorschläge aufzutreten, sondern sich darauf beschränkt, als *V e r m i t t l e r i n* [beide gesperrt gedruckt im Original; M. P.] dazu benutzt zu werden. Den Antrag daher, in dieser Angelegenheit die Lösung zum Handeln zu geben, glaubt sie ablehnen zu müssen, weil das Eingehn auf denselben den Standpunkt verrücken würde, auf welchem sie auch fernerhin zu stehen wünschen muß.¹⁴⁷⁴

Sich selbst charakterisierte die Redaktion also als ebenso überparteilich wie unabhängig, auch wenn sie sich dabei gleich widerspricht, indem die Richtung der Veränderungen, wie sie im Teil des Leserbriefs angemahnt werden, als „heilsam“ wertete.

Man kann heute nicht mehr überprüfen, ob es sich beim ersten Text um einen Leserbrief handelte oder um einen selbst initiierten Versuch des Blattes, sich im Spannungsfeld dieser Wochen als besonnene, überparteiliche Kraft zu positionieren. Man stehe zwar aufseiten der nach schnellen Fortschritten drängenden Revolutionäre, doch wolle man selbst nicht

1471 Vgl. Püschel 1994, S. 173.

1472 Vgl. ebd., S. 169.

1473 *Neue Lübeckische Blätter*, 12.03.1848, S. 103.

1474 Ebd.

direkt, erst recht nicht initiiierend, in diesen Prozess involviert sein.

Der Artikel „Unsere Localpresse“ aus den Blättern vom 5. März, der in der Kategorie „Presse“ bereits eingehender besprochen wurde, war Anlass eines kritischen Berichts des *Bürgerfreunds*.¹⁴⁷⁵ Diesem Blatt hatte der Verfasser des unter „Eingesandt“ abgedruckten Artikels nahe gelegt, in Zukunft auf „Schauergeschichten“ zu verzichten und stattdessen vermehrt politische Nachrichten zu bringen.¹⁴⁷⁶ Die Redaktion der *Blätter* ging inhaltlich nicht weiter auf die Kritik des *Bürgerfreundes* ein. Sie bemerkte in der „Kleinen Chronik“ lediglich, dass man den Artikel als „eingesandt“ gekennzeichnet habe und deshalb „die im reichlichen Maße gespendeten Vorwürfe“ ins Leere liefen. Vielmehr verstehe man sich als Forum, das alle Bürger nutzen könnten, um ihre Meinung auszudrücken.¹⁴⁷⁷

Das Verhältnis des Deutschen Bundes zu Österreich griff die „Kleine Chronik“ Nr. 68 auf. Aus Anlass der Unruhen in den ungarischen und italienischen Teilen der k.u.k.-Monarchie stellten die *Blätter* fest, dass der Bund keinen militärischen Beistand zu leisten habe. Grundlage war eine Erklärung Österreichs vor der Bundesversammlung vom 6. April 1848, welche sich auf die Bundesakte (1815) und die Wiener Schlussakte (1820) bezog und vorsah, dass bei Konflikten in Gebieten Österreichs, die nicht Teile des Deutschen Bundes waren, letzterer nicht aufgerufen sei einzugreifen.¹⁴⁷⁸

Offenbar befürchtete man in Lübeck, in die Auseinandersetzungen in Ungarn und Italien durch Bundesverpflichtung militärisch involviert zu werden. Mit dieser Mitteilung machten die *Blätter* deutlich, dass die stürmische Entwicklung neben den nun rasch zugesagten Reformen auch militärische Konflikte bringe.

Eines der gewichtigen Zeichen des Sieges der Revolution war die Übernahme der zuvor verbotenen „deutschen Farben“ als Farben des Deutschen Bundes am 9. März 1848. Am 2. April druckten die *Blätter* einen Aufsatz des mecklenburgischen Pastors Masch, der sich mit der heraldisch korrekten Anordnung der Farben auseinandersetzte. Nach dessen Untersuchung müsste die Fahne nach seinen Schlussfolgerungen aus den *Wechselschriften vom Reichbanner* (1694) quer laufend aus Sicht des Mastes zunächst die Farbe Schwarz,

1475 Vgl. ebd., 12.03.1848, S. 104.

1476 Vgl. ebd., 05.03.1848, S. 92f.

1477 Vgl. ebd., 12.03.1848, S. 104, wörtlich zum Selbstverständnis der *Blätter* und ihren Verhältnis zum *Bürgerfreund*: „Den Wunsch können wir jedoch nicht unterdrücken, es möge der *Bürgerfreund* in Zukunft bei ähnlichen Conflicten, welche bei der den *N. Lüb. Bl.* [Hervorhebungen hinzugefügt; M. P.] gestellten Aufgabe, dem Publikum Gelegenheit zur Darlegung seiner Ansichten über öffentliche Angelegenheiten zu geben, voraussichtlich von Zeit zu Zeit eintreten werden, die durch die gute Sitte festgestellten Grenzen innezuhalten wissen.“ (ebd.).

1478 Vgl. ebd., S. 103.

dann Gold und schließlich Rot zeigen.¹⁴⁷⁹

Nachrichtliches über die Märzereignisse oder eine Besprechung einzelner Vorkommnisse in Staaten des Deutschen Bundes suchte man in den *Blättern* vergeblich. Diese blieben ihrem theoretischen Grundsatz auch Anfang April treu und befassten sich, statt der Tagespolitik Vorrang einzuräumen, mit der historisch korrekten Anordnung der neuen Bundesfarben.

B.4.6.3 Zur Berichterstattung im Sommer 1848: Zum Minderheitenproblem bei der Nationalstaatsgründung und zur Einsetzung des Reichsverwesers

In einem Aufruf des „Unterstützungs-Ausschuß des deutschen Central-Comité's“ wurden die Lübecker Anfang Juni 1848 zu Spenden für die deutsche Bevölkerung in Polen aufgerufen. Die dortigen Deutschen litten unter der Erhebung der Polen und hätten oftmals den Ernährer sowie ihren gesamten Besitz verloren.¹⁴⁸⁰

Auf die Hintergründe bzw. die Problematik Posens als mehrheitlich polnisch bewohnter Teil des deutschen Preußen gingen die *Blätter* nicht ein. Die Nationalitätenproblematik in Posen wurde in den folgenden Ausgaben auch nur in Form von zwei weiteren Spendenaufrufen vom 18. und 27. Juni 1848 verfolgt, nicht aber grundsätzlich erörtert. Man kann daher in Bezug auf die Ausrichtung der *Blätter* schließen, dass diese schwerpunktmäßig auch nach dem März auf die eigene Stadt blickten und nur ausnahmsweise Ereignisse andernorts thematisierten.

Zur Amtseinführung des Reichsverwesers Erzherzog Johann beging Lübeck am 23. Juli 1848 ein Fest. Die *Blätter* betonten die ungeteilte Freude über die Entscheidung der Nationalversammlung, die Kompetenzen des Bundestages auf die Person des Reichsverwesers zu übertragen, der auch die Anerkennung aller Regierungen erlangt habe.¹⁴⁸¹ Das Blatt sah in der Schaffung einer Zentralgewalt einen Ausdruck der Besonnenheit der Nationalversammlung und der „hingebungsvollen Unterordnung aller einzelnen Theile an das Ganze“.¹⁴⁸²

In einer Adresse der Bürgerschaft verwies Lübeck auf die Zeit des Alten Reiches, in der Lübeck viele glückliche Jahre gesehen habe. Als Hauptaufgabe des Reichsverwesers

1479 Vgl. ebd., 02.04.1848, S. 132.

1480 Vgl. ebd., 04.06.1848, S. 206.

1481 Vgl. ebd., 23.07.1848, S. 265.

1482 Vgl. ebd. Die *Blätter* beschrieben die vergangene Entwicklung knapp als Voraussetzung der nunmehr eingesetzten Zentralgewalt: „Die alten Ordnungen sind gewichen vor dem mächtigen Drange der Gegenwart, und es gilt jetzt, in einer wild erregten Zeit einen neuen sichern Bau zu gründen, der uns besser und kräftiger schirme, als es der alte je vermochte.“ (ebd.)

bezeichnete die Stadt die „Einigung und Kräftigung des deutschen Vaterlandes“, an der mitzuarbeiten sich der Erzherzog mit der Übernahme seines Amtes entschlossen habe.¹⁴⁸³

In der „Kleinen Chronik“ folgte ein Schreiben des Kaufmanns Berger, der für die bedrängten Deutschen Posens gesammelt hatte. Zwar seien nur 50 preußische Taler zusammengekommen, dennoch würde auch diese geringe Summe helfen.¹⁴⁸⁴

B.4.6.4 Reform oder Restauration: Lübeck am Scheideweg: Zur Berichterstattung zwischen September 1848 und dem Jahresende

In Lübeck spitzte sich die Debatte zur Reform der eben erst eingeführten Verfassung bis zum Herbst 1848 weiter zu. Am 10. September mahnte „7“, „Eintracht über Alles“ zu stellen.¹⁴⁸⁵ Der auf der Titelseite erschienene Beitrag verwies darauf, dass sich in Lübeck seit einiger Zeit eine revolutionäre Stimmung entwickle.¹⁴⁸⁶ In Lübeck hatten sich die Einwohner, welche bisher als Gruppe am politischen Geschehen gar nicht teilnehmen durften, zusammengeschlossen. Sie forderten die Reform der ständischen Ordnung der Bürgerschaft, ein allgemeines Wahlrecht sowie die Gleichheit aller Lübecker. Um einer möglichen Erhebung, die wie in allen anderen Staaten den Wohlstand vernichten würde, zu verhindern, plädierte „7“ für eine weitgehende Erfüllung der Postulate auf gesetzlichem Wege, d. h. über die politischen Gremien der Stadt und nicht etwa qua revolutionären Rechts.¹⁴⁸⁷

Die Bürgerschaft hatte für die Pläne einer neuerlichen Grundgesetznovelle eine Kommission gewählt, die Vorschläge unterbreiten sollte. Mit diesen erklärten sich nun die bisher nicht wahlberechtigten Bürger in einer Eingabe an den Senat als nicht einverstanden. Die „bittere und gereizte Haltung“ missbilligte „7“. ¹⁴⁸⁸ Als Beteiligungsmöglichkeit ein Zensuswahlrecht einzuführen, verwarf der Verfasser ebenso wie den Vorschlag der Protestierenden selbst, eine eigene Wählerklasse der Einwohner mit 40 Stimmen Gewicht in einer weiterhin ständisch gegliederten Bürgerschaft zu stellen.¹⁴⁸⁹ Statt dieser halbherzigen Reform der im Herbst 1848 bereits überholten ständischen Vertretung beizupflichten, stellte „7“ weitgehende Forderungen:

1483 Vgl. ebd., S. 266.

1484 Vgl. ebd., S. 272.

1485 Vgl. ebd., 10.09.1848, S. 321.

1486 Vgl. ebd., wörtlich: „Die politische Aufregung, welche sich im Frühjahr in ganz Deutschland eingetreten ist, fängt an, auch bei uns sich einzustellen.“ (ebd.).

1487 Vgl. ebd.

1488 Vgl. ebd. Der *Volksfreund* hatte die Eingabe veröffentlicht (vgl. ebd.).

1489 Vgl. ebd.

Der Bürger muß mit dem Bürger wählen und berathen; jener an sich unhaltbare Unterschied zwischen Bürgern und Einwohnern muß aufhören. [...] Die bisherige Vertretung nach Ständen muß einer natürlicheren Platz machen.¹⁴⁹⁰

Dazu gehöre auch ein gleiches Wahlrecht, denn der Bürgersinn lasse sich nicht an der Steuerleistung des Einzelnen messen.¹⁴⁹¹

B.4.6.5 Zum Oktoberaufstand in Lübeck

B.4.6.5.1 Vorbemerkungen

Im Herbst 1848 stellte der Senat den Antrag, ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für die Abstimmungen zur Bürgerschaft einzuführen. Nachdem die vergangene Senatsinitiative, auch den Juden den Erwerb des Lübecker Bürgerrechts zu gestatten, am Widerstand der Bürgerschaft gescheitert war, sollte mit der Ausweitung des Wahlrechts der Weg der Reform weiter beschritten werden. Am 9. Oktober 1848 stimmte die Bürgerschaft dem Senatsantrag schließlich mit Zweidrittelmehrheit zu.¹⁴⁹²

Daraufhin versammelte sich eine Gruppe aufgesetzter Einwohner und politisch rechtloser Einwohner vor dem Sitzungsraum der Bürgerschaft, um die Rücknahme des Beschlusses über das allgemeine gleiche Wahlrecht zugunsten der bestehenden ständischen Ordnung zu erreichen. Diese sollte in Form der Aprilverfassung erhalten bleiben, aber um die Gruppe der Einwohner (bisher ohne Bürgerrecht) ergänzt werden. Vom freien und gleichen Wahlrecht befürchtete man, dass dann auch bald die Gewerbefreiheit eingeführt werden könnte.¹⁴⁹³

Wie andernorts bereits zu Beginn der Revolution im Frühjahr 1848 sahen sich die Lübecker Handwerker offenbar nur noch mithilfe eines Aufstandes in der Lage, den scheinbar existenzbedrohenden Fortschritt doch noch aufhalten zu können.¹⁴⁹⁴ Die althergebrachte ständische Ordnung erschien den Protestierenden unter diesen Umständen als Garant der eigenen wirtschaftlichen Existenz. Da ein beherztes Eingreifen des Militärs zugunsten der gesetzlichen Ordnung unterblieb, wurde die „Belagerung“ der Bürgerschaft nicht aufgelöst, sodass die Abgeordneten nächtens über Hausdächer flüchten mussten.¹⁴⁹⁵

1490 Ebd.

1491 Vgl. ebd.

1492 Vgl. Graßmann 1997, S. 613.

1493 Vgl. ebd., S. 613f.

1494 Vgl. Reith 1982, S. 10, wörtlich: „Für den Handwerker [...] sei der Ausbruch der Revolution in erster Linie eine Möglichkeit gewesen, den 'Fortschritt' der Mechanisierung aufzuhalten. Da er sich von der Gewerbefreiheit bedroht sah und seine Lage schon unter normalen konjunkturellen Umständen als prekär zu begreifen sei, so waren die handwerklichen Proteste [...] Ausdruck der 'fear of proletarianization'“. (ebd.).

1495 Vgl. Graßmann 1997, S. 614.

Dennoch setzten sich Bürgerschaft und Senat durch, sodass das ständische durch ein gleiches Wahlrecht der Besitzbürger ersetzt wurde. Erstmals war es nun auch Juden möglich, das Bürgerrecht zu erwerben.¹⁴⁹⁶ Zudem sollte die Bürgerschaft künftig öffentlich tagen, auch sollte es Zeitungen erlaubt sein, Protokolle der Versammlungen abzudrucken. Die neue Verfassung wurde am 30. Dezember 1848 verkündet.¹⁴⁹⁷

Dass sich ein kleiner Staat wie Lübeck im Revolutionsjahr mit zwei Verfassungen eine neue, wesentlich demokratischere Ordnung gab, war im bundesweiten Vergleich ungewöhnlich. In vielen Kleinstaaten kamen Verfassungsreformen 1848 entweder überhaupt nicht in Gang oder zogen sich bis in den Sommer 1849.¹⁴⁹⁸ Lübecks selbstständig eingeleitete und vollzogene Reform darf daher als Beispiel einer gelingenden Fortentwicklung der politischen Verhältnisse gelten, die in Umfang und Schnelligkeit durch die revolutionären Bewegungen erweitert und beschleunigt wurde. 1849 wurden wahrscheinlich aufgrund der erneut angespannten Lage nach der abweisenden Reaktion Berlins auf die Krönungsofferte der Nationalversammlung anhängige Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den Tumulten niedergeschlagen und eine Generalamnestie erlassen.¹⁴⁹⁹

B.4.6.5.2 Zur Berichterstattung der *Neuen Lübeckischen Blätter* zum Oktoberaufstand

In der Ausgabe vom 15. Oktober gingen die *Blätter* mit ungewohnter Ausführlichkeit auf die Geschehnisse in der Stadt ein: Zunächst mahnte „105“ in „Die Vorgänge am letzten Montag“ die städtische Justiz, die Unruhestifter „mit der vollsten Strenge“ und möglichst rasch abzuurteilen, um das verlorene Vertrauen in die staatliche Gewalt zurückzuerlangen.¹⁵⁰⁰

Fast sechs Stunden war der Versammlungssaal der Bürgerschaft, war die Versammlung selbst in der Gewalt der Aufrührer, ohne daß eine Hülfe von Außen kam. Die Versammelten mußten am Ende theils durch Flucht, theils mit Gewalt sich aus den Händen der Belagerer retten.¹⁵⁰¹

„105“ setzte hierbei als bekannt voraus, dass die Bürgergarde, die für den Schutz nicht nur der Bürgerschaft zuständig war, zu einem großen Teil nicht aufseiten der Versammlung

1496 Vgl. Vosgerau 2002, S. 292.

1497 Vgl. Graßmann 1997, S. 614f.

1498 Vgl. Mommsen 1998, S. 210f. Eines äußeren Drucks etwa durch Vereinsbewegungen zur Erweiterung des Wahlrechts (vgl. ebd., S. 211) brauchte es in Lübeck ebenfalls nur eingeschränkt, denn hier entschied die Regierung gegen den Druck einiger Handwerksgesellen, eine progressive Verfassungsreform nach Vorbild der Nationalversammlung durchzuführen.

1499 Vgl. Graßmann 1997, S. 614.

1500 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 15.10.1848, S. 369.

1501 Ebd.

einschritt, sondern die Aufständischen gewähren ließ.¹⁵⁰²

Genauer beschrieb „31“ das Geschehene in „Die Haltung der Bürgerschaft am 9. October“, die gleich im Anschluss an den besprochenen Aufsatz ebenfalls noch auf der Titelseite der *Blätter* zu finden war.¹⁵⁰³ Bei allen „wohlgesinnten Bürgern“ rege sich Entrüstung über die „frevelhaften Vorgänge“, die „31“ im Ablauf wie folgt beschrieb: Nach Abschluss der Diskussion über die Verfassungsänderungsvorschläge bat eine Deputation der Einwohner um Gehör zu dieser Frage. Die Versammlung lehnte ihr Ersuchen mit Rücksicht auf den raschen Fortgang der Abstimmungen zu den Anträgen ab, was zu einer Demonstration des Unwillens der vor dem Ratsgebäude versammelten Menge geführt habe. Die Einwohner forderten darauf in erregter Stimmung, bei der Reform der Bürgerschaft das ständische Prinzip beizubehalten, die Teilung der Versammlung in unterschiedliche Kollegien zu bewahren.¹⁵⁰⁴

Dr. Behn habe dieses Anliegen der Versammelten der Bürgerschaftsversammlung vorgetragen, woraufhin sich letztere mit einigen Abänderungen mit einer Zweidrittelmehrheit für den Antrag des Senats zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zur Bürgerschaft entschied. Im Anschluss sei die Entscheidung der Bürgerschaft für das freie und gleiche Wahlrecht den Demonstranten wiederum von Dr. Behn mitgeteilt worden.¹⁵⁰⁵ „31“ beschrieb die darauf folgenden Ereignisse wie zuvor „105“ nur sehr knapp und ging nicht auf Einzelheiten hierzu ein: „Die Abstimmungen über alle einzelnen Punkte und Zusätze [zum Senatsantrag; M. P.] war noch nicht erledigt, als eine wilde Schar in den Versammlungssaal drang.“¹⁵⁰⁶

Auch im Angesicht der Gewalt sei die Bürgerschaft nicht zurückgewichen. Statt den Forderungen der Aufständischen nachzugeben und den eben gefällten Beschluss geschäftsordnungswidrig doch noch zu Fall zu bringen, habe die Versammlung standhaft auf dem Beschlossenen beharrt. Dieses Verhalten lobte „31“ ausdrücklich und wünschte sich von jedem gesetzgebenden Körper entsprechend zurückweisende Reaktionen auch unter so kritischen Umständen.¹⁵⁰⁷

Ein dritter Artikel, der sich mit den Vorfällen befasste, fokussierte das Verhalten der Bürgergarde, die nicht mit der erforderlichen Entschlusskraft und Stärke aufseiten der

1502 Vgl. ebd.

1503 Vgl. ebd., S. 369f.

1504 Vgl. ebd., S. 369.

1505 Vgl. ebd., S. 370. Es votierten 50 der Anwesenden für die Annahme, während sich nur 26 Abgeordnete gegen diesen aussprachen (vgl. ebd.).

1506 Ebd., S. 370.

1507 Vgl. ebd.

Bürgerschaft in die Auseinandersetzung mit den Aufständischen eingegriffen habe:¹⁵⁰⁸ „81“ wies zunächst darauf hin, dass die Bürgergarde bereits am Sonntag vor den Ereignissen nur noch in etwa halber Stärke zur „Inspectionssparade“ angetreten sei. Grund für die Verweigerung vieler Gardisten sei eine Versammlung der politisch bisher nicht beteiligten Einwohner gewesen, welche erstere angewiesen habe, den Dienst zu verweigern. Deshalb hätten sich zum Zeitpunkt des Aufruhrs nur wenige Bewaffnete zum Dienst eingefunden.¹⁵⁰⁹

„81“ verurteilte das Verhalten der Nichterschienenen als verantwortungslos und gegenüber den treu dienenden Gardisten als ehrverletzend. „Nur bei strengster und unverzüglicher Ahndung solcher Dienstvergehn kann überall noch die Disciplin in der Bürgergarde erhalten werden [...]“.¹⁵¹⁰ Deshalb ließ der Verfasser seinen Bemerkungen die Bestimmungen der Verordnung über die Garde von 1829 folgen, die bei Nichterscheinen im Augenblick der Gefahr die Entwaffnung verhängte und dem Betroffenen die Fähigkeit zur Übernahme eines jeden besoldeten Amtes oder Ehrenamtes absprach. Weiterhin sollte ein Verurteilter nach Maßgabe dieser Ordnung mindestens den dreifachen Satz der Beiträge für die „Bewaffnungskasse“, also für das städtische Polizeiwesen, über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren leisten. Eine zeitliche Befristung war hierbei optional.¹⁵¹¹

Insgesamt forderte „81“ wie zuvor bereits „105“ eine unnachgiebige, rasche und strenge Verfolgung der Aufständischen.

Über die Ereignisse berichtete der *Altonaer Merkur* vom 13. Oktober ausführlich und ohne Parteinahme, schrieben die *Blätter* in der „Kleinen Chronik“ Nr. 168. Andere Zeitungen enthielten nur sehr kurze, parteiliche oder ungenaue Beschreibungen, weshalb sich die Lektüre des *Merkur* lohne.¹⁵¹²

In „Zur Anwendung“ zitierten die *Blätter* in der „Kleinen Chronik“ die Beschlüsse der Nationalversammlung, die diese nach dem Septemberaufstand gefasst hatte. Darin wurde ein Angriff auf die Konstituante zum Zweck der Unterlassung eines Beschlusses als Hochverrat definiert. Die Erstürmung der Versammlungsräumlichkeiten, Beleidigung der Abgeordneten usw. sollte mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden.¹⁵¹³ Die Zitate wurden in den *Blättern* etwa zur Hälfte mit gesperrten Druck hervorgehoben, was deren

1508 Vgl. ebd., S. 370f.

1509 Vgl. ebd., S. 370.

1510 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

1511 Vgl. ebd., S. 371.

1512 Vgl. ebd., S. 376. Die entsprechende Ausgabe konnte nicht eingesehen werden.

1513 Vgl. ebd., S. 376.

Übertragbarkeit auf die Ereignisse in Lübeck nahe legen sollte.¹⁵¹⁴

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* wandten sich wiederholt gegen Gewaltanwendung zur Beeinflussung des politischen Prozesses, auch wenn die eigenen Reformvorhaben gerade durch diese erst in Gang gekommen waren. Sie vertraten damit konstitutionelle Positionen. Dass die Demonstranten im Oktober 1848 statt Forderungen nach einem entschiedeneren Fortschritt laut werden zu lassen, Konservatives postulierten, griffen die *Blätter* nicht als Besonderheit auf. Man schaute ausschließlich auf die möglichen und angemessen erscheinenden Strafen.

B.4.6.6 Das Scheitern der Kaiserkrönung: Zur Berichterstattung vom Januar 1849 bis zum Ende des III. Badischen Aufstandes

Nach einer Pause im I. Quartal 1849 ging „2“ in „Die Lage des Vaterlandes“ am 13. Mai 1849 auf die politische Situation in Deutschland ein.¹⁵¹⁵ Nachdem sich am 14. April Lübeck und 27 weitere, kleinere deutsche Staaten für die Annahme der Reichsverfassung ausgesprochen hatten, war Preußen in die politische Defensive geraten. Berlin sandte, statt die Reichsverfassung anzuerkennen, am 28. April Einladungen zur Beratung einer deutschen Verfassung an die Regierungen.

Vor diesem Hintergrund, den „2“ ebenfalls kurz beschrieb, wurde in den *Blättern* über die Lage diskutiert. Der Verfasser tadelte dieses Verhalten, denn Berlin gehe davon aus, dass die Staaten, welche sich eben noch für die Annahme des Reichsverfassungsentwurfs der Paulskirche ausgesprochen hatten, dies nur aus Furcht vor einer neuen Revolution getan hätten und dass die gegebenen Versprechen von ihnen ohne Vorbehalte auch wieder zurückgenommen werden könnten. „2“ betonte, er habe eine bessere Meinung von den Motiven und der Standhaftigkeit der Regierungen, sodass zu hoffen sei, dass keine der Einladung Preußens folgen möge.¹⁵¹⁶

Ebenfalls folgte der Verfasser den Regierungen in ihrer Begründung für die Annahme der Reichsverfassung, die zwar sicher nicht in allen Punkten ihren Wünschen entspreche, deren Nichtannahme aber weit größere Gefahren für das Vaterland bringe. Das Vereinbarungsprinzip Preußens sei dort schon mehrfach gebrochen worden, weshalb „2“

1514 Vgl. ebd., wörtlich zum Eindringen nicht berechtigter Personen in eine Sitzung hieß es: „Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslocal der Nationalversammlung [...] endlich einem Sitzungslocale von Nichtmitgliedern der Versammlung ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung, eines ihrer Mitglieder, Beamten oder Diener, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.“ [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]“ (ebd.).

1515 Vgl. ebd., 13.05.1849, S. 151- 153.

1516 Vgl. ebd., S. 151.

einer weiteren Versammlung zur „Vereinbarung“ einer Reichsverfassung kaum Chancen ausrechnete.¹⁵¹⁷

Im Gegensatz zu den im Falle ihrer Teilnahme an der Berliner Konferenz wortbrüchig gewordenen Regierungen habe die Paulskirche eine „innere Berechtigung“ besessen, die Verfassung festzustellen. Zudem seien die Regierungen der größeren deutschen Länder gar nicht kompromissfähig bzw. wollten keine Beschränkung ihrer vor seit gut dreißig Jahren erlangten Souveränitätsrechte, weshalb eine Verfassungsverhandlung auf dem Wege einer Regierungsvereinbarung aller 39 deutschen Fürsten nicht zustande kommen könne, so der Verfasser.¹⁵¹⁸

Als Königsweg empfahl er weiterhin, die Konstitution der Nationalversammlung zunächst von allen Staaten annehmen zu lassen. Anschließend sollte die Konstitution dann einer erneuten Revision nach Maßgabe der ihr innewohnenden Bestimmungen unterzogen werden. Preußens Behauptung, dieses Vorgehen führe zur Republik, wurde als unbegründet verworfen, denn nicht die besitzlose Masse spreche sich für die Reichsverfassung aus:

Laut ertönt aus allen Gauen unsers Vaterlandes die Stimme, nicht der ungebildeten, besitzlosen Masse, sondern die Stimme des Bürgers, des besitzenden, gebildeten Mittelstandes, des eigentlichen Kern des Volkes, welche das Verfahren der Regierungen verurtheilt und sich mit bis jetzt leider erfolglosen Bitten an die Fürsten wendet, den Widerstand aufzugeben.¹⁵¹⁹

Wenn nun die linken Parteiungen an Kraft gewinnen, gründe dies im Verhalten der Regierungen, denn Freiheit sei das geeignete Mittel, um kommunistische Ideen zu bekämpfen.¹⁵²⁰

Ebenfalls mit der im Scheitern begriffenen Reichsverfassung befasste sich eine Rede des Regensburger Abgeordneten Adolf von Zerzog, aus der die *Blätter* in der „Kleinen Chronik“ Nr. 67 zitierten: Die vorliegende Verfassung entspreche mit Sicherheit nicht den Wünschen aller, dies sei aber verzeihlich, wenn mit ihrer Hilfe die Vereinigung aller Deutschen zu einem Volk gelingen könnte. Nun liege es nicht mehr an der Nationalversammlung, so Zerzog, sondern am Volk, für die Einheit und die Verfassung einzutreten. Man solle sich ein Beispiel an den in Dänemark kämpfenden Bundestruppen

1517 Vgl. ebd., wörtlich: „Ein Reichstag ist versammelt gewesen, der mit der Regierung eine Verfassung vereinbaren sollte, die Regierung konnte zu keiner Verständigung mit ihm kommen und schickte ihn nach Hause. Sie octroyirte eine Verfassung und berief einen Reichstag, der sie revidiren sollte, aber sie konnte zu keiner Verständigung mit ihm kommen und schickte ihn nach Hause. Das läßt sich noch oft wiederholen.“ (ebd.).

1518 Vgl. ebd., S. 152. Auch eine Vereinbarung zwischen Nationalversammlung und Regierungen bezeichnete „2“ als chancenlos (vgl. ebd.).

1519 Ebd., S. 153, vgl. dort auch Vorstehendes.

1520 Vgl. ebd.

nehmen, die für das Vaterland jenseits des Partikularismus stritten.¹⁵²¹ Ob der Abgeordnete damit zum militärischen Widerstand wie in der Pfalz und in Baden aufrufen wollte, lässt sich durch isolierte Betrachtung des Redetextes nicht ausmachen.

Der letzte Untersuchungsartikel der Kategorie „Revolutionäres“ titelte in der „Kleinen Chronik“ am 3. Juni 1849 und aus heutiger Sicht zweideutig mit „Die letzten Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung“.¹⁵²² Die *Blätter* hatten hierzu einen Artikel aus der *Berliner Zeitungs-Korrespondenz*, deren Tendenz die Lübecker als linksstehend charakterisierten, zitiert. Inhaltlich ging es um den Beschluss des Uhlandschen Manifestes, das die Bevölkerung zur bewaffneten Verteidigung der Reichsverfassung, der „Reichsverfassungskampagne“, aufrief. Die *Zeitungs-Korrespondenz* kritisierte den Beschluss der Nationalversammlung, die Ergänzung Carl-Theodor Welckers nicht aufzunehmen, denn dieser enthalte den wichtigen Grundsatz der Nichteinmischung. Zwar habe Welcker diesen auf die Situation in der Pfalz und Baden bezogen, doch ließe diese sich auch auf andere Konflikte übertragen. So blieb der *Korrespondenz* nur, auf einen „Schrei der Entrüstung in ganz Deutschland“ zu hoffen, der fernere Interventionen doch noch verhindern könnte.¹⁵²³

B.4.6.7 Zusammenfassende Rückschau

In der Kategorie „Revolutionäres“ begannen die *Blätter* ihre Berichterstattung Ende Februar 1848 mit der Nachricht, dass für Sachsen-Meiningen ein Gesetzentwurf zur Einführung des mündlich-öffentlichen Verfahrens vorliege. Die rasche Beschleunigung nun vorgenommener Reformen ließ die Zeitschrift am 12. März freudig über die erlassene Preßfreiheit und weiterer Forderungen der Liberalen schreiben. Den Schwerpunkt legte man allerdings auf die eigenen Verhältnisse: Man reflektierte über die „Stellung unseres Gemeinwesens zu den Bewegungen der Gegenwart“, wie ein Artikel überschrieben war. Inhaltlich gut ablesen lässt sich das Bemühen, die eigene Regierung als reformfreundlich darzustellen, um möglichen Unruhen in der Stadt die argumentative Basis zu rauben. Ebenfalls Mitte März wurde die Einstellung vertreten, Lübecks politische Insellage je eher

1521 Vgl. ebd., S. 158, wörtlich: „[W]ir vertrauen unserem Volk, daß es auch noch was Anderes für die Einheit des Vaterlandes thun will, als singen und trinken!“ (ebd.).

1522 Vgl. ebd., 03.06.1849, S. 182.

1523 Vgl. ebd., wörtlich: „Denn wenn jener Zusatz, in seiner Tendenz einer energischen Zurückweisung jeder fremden Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, ohne Zweifel badische und rheinpfälzische Eventualitäten vor Augen hatte, so mußte man ihn schon als Demonstration gegen drohende Gefahren e i n s t i m m i g [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] annehmen.“ (ebd.).

je lieber einem Nationalstaat zu opfern. Die Unruhen vom 11. März ließen die *Blätter* unerwähnt. Stattdessen antwortete die Redaktion auf eine Aufforderung zur Erhebung auch in Lübeck, die am 12. März in der „Kleinen Chronik“ erschienen war, ablehnend: Man wolle der eigenen Überparteilichkeit nicht verlustig gehen, hieß es. Nachrichtliche Mitteilungen blieben in der Zeitschrift die Ausnahme, sie blieb dem Format einer Diskussionsplattform treu.

Erst im Sommer 1848 fanden sich erneut Mitteilungen des Bereichs: Die *Blätter* feierten wie die Stadt die Amtseinführung des Reichsverwesers. Die konstitutionelle Ausrichtung der Zeitschrift wurde anhand des Lobes der Mäßigung und Besonnenheit der Nationalversammlung deutlich.

Als sich die Handwerkerschaft im Oktober mit der Abschaffung ihrer ständischen Vertretung konfrontiert sah, erblickten viele in der politischen Reform das Ende ihrer wirtschaftlichen Existenz, weshalb es zur (konservativ motivierten) „Oktoberrevolution“ kam. Die *Blätter* antworteten erzürnt auf diese Provokation und forderten hohe Strafen für das Nichteinschreiten der Bürgerwehr wie für die Delinquenten selbst.

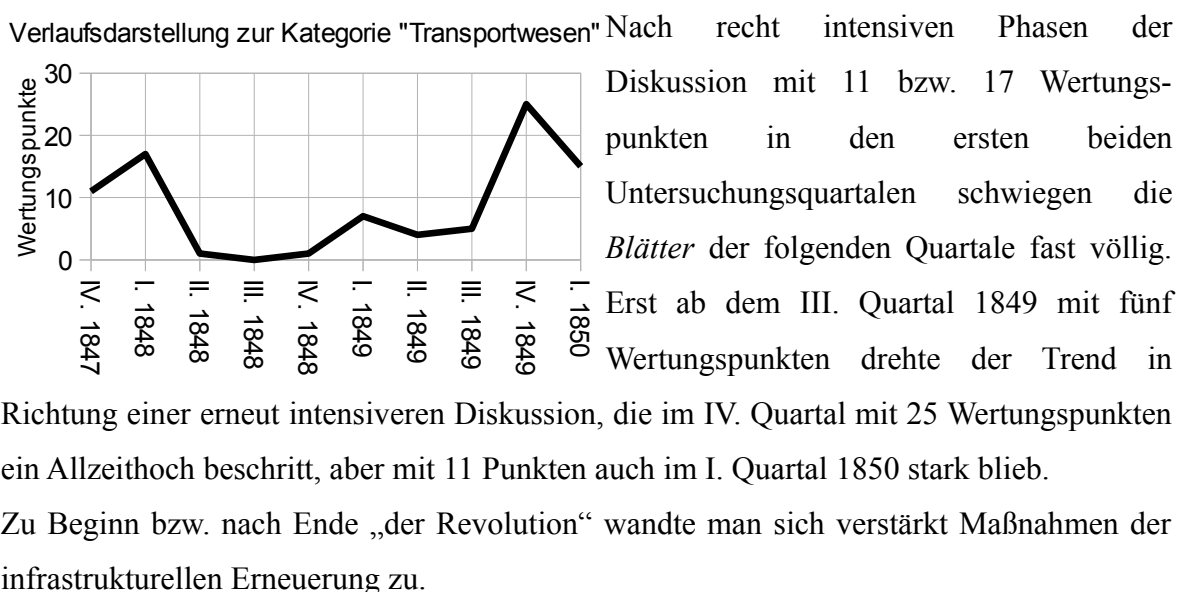
Ebenso wie die Wahl des Reichsverwesers im Sommer 1848 feierte man im Frühling 1849 die Verabschiedung der Reichsverfassung. Nach der Bemerkung Berlins, die Krone nur tragen zu wollen, wenn sie von den deutschen Fürsten angeboten würde, sahen sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* der Herausforderung gegenüber, dem politischen Pragmatismus zu folgen oder treu zur Reichsverfassung zu stehen. Die zwei Wochen nach dem Anschluss Lübecks an die Konstitution der Nationalversammlung ausgesprochene Einladung Berlins, an einer Verfassungsberatung der Fürsten teilzunehmen, erfuhr am 28. April 1849 eine brüske Ablehnung. „2“ mühte sich nicht zu verbergen, dass in Preußen, welches nun verhandeln wolle, bisher alle Unterhandlungen zwischen den preußischen Nationalversammlungen und königlichen Regierungen gescheitert waren, weshalb auch der neuen Initiative Berlins kaum reale Chancen zugestanden wurden. Bis Anfang Juni noch publizierten die *Blätter* die Beschlüsse der bereits aufgelösten Paulskirchenversammlung.

Mit einer Übernahme aus der *Berliner Zeitungs-Korrespondenz* kam die Reichsverfassungskampagne in die Hansestadt. Allerdings weniger in Form eines konkreten Aufrufs zu einer Erhebung als vielmehr anhand eines Berichtes aus Frankfurt, der tendenziös den Grundsatz der Nichteinmischung jedes Landes in die Verhältnisse eines anderen hochhielt, was einer Verurteilung der badischen Intervention in der bayerischen Pfalz gleichkam.

Die *Blätter* gingen wie bereits in der Kategorie „Militärisches“ kaum auf die großen Konflikte der Zeit ein. Dennoch fanden sich einige Passagen zu den Geschehnissen in den anderen deutschen Ländern, wobei die k.u.k.-Monarchie nicht beachtet wurde, in denen das Blatt seine konstitutionelle Ausrichtung jenseits der propagierten Überparteilichkeit bewahrte. Die Reichsverfassungskampagne lässt sich beispielhaft für den Geist der Zeitschrift anführen, Reformen zu wollen, aber keine Revolution.

B.4.7 Zur Berichterstattung in der Kategorie „Transportwesen“ B.4.7.1 Vorbemerkungen

Inhaltlich umfasst die Kategorie „Transportwesen“ die Themenstellungen Erhalt und Ausbau der bestehenden öffentlichen Infrastruktur. Die Auseinandersetzungen sollen über das Verhältnis der *Neuen Lübeckischen Blätter* zu den neuen Techniken Aufschluss geben, d.h. zum Eisenbahnbau, zur Dampfschiffahrt und zum Telegrafwesen. Ebenso wie die Kategorie „Preßfreiheit“ ist „Transportwesen“ eine thematische Auslagerung des Bereichs „politische und wirtschaftliche Liberalität“, welche mir hinsichtlich der beginnenden Industrialisierung als wichtig genug erscheint, separat betrachtet zu werden.



B.4.7.2 Oktober 1847 bis April 1848: Die „Eisenbahnangelegenheit“ im Spiegel der *Neuen Lübeckischen Blätter*

In den Artikeln der Kategorie „Transportwesen“ bildete der bevorstehende Eisenbahnanschluss Lübecks sehr deutlich den Schwerpunkt der Berichterstattung. In der

„Kleinen Chronik“ begann man am 10. Oktober 1847 mit einer Besprechung eines Artikels des *Hamburgischen Correspondenten*, demzufolge die Planung einer (Anschluss)Eisenbahn von Lauenburg ins hannoversche Lüneburg über das Stadium einer vorläufigen Untersuchung noch nicht hinaus sei und es sowohl in Lübecks als auch im Interesse Hannovers liege, die Bahn von Lübeck aus nicht über Büchen und Lauenburg, sondern über Altona und Harburg nach Lüneburg zu leiten. Der Verfasser der Chronik widersprach dieser Darstellung nachdrücklich, betonte die Vorzüge einer gradlinigeren Verbindung und warf dem Verfasser des *Correspondenten* vor, er vertrete die Partikularinteressen Harburgs und halte sich nicht an objektive Fakten.¹⁵²⁴

Mit der Anlage des Bahnhofs der Lübeck-Büchener Bahn beschäftigte sich „101“ in „Bahnhof am Mühlenthor oder bei der Dankwartsbrücke?“. Er sprach sich für eine Bahnanlage im Süden der Stadt aus, da dort das Verkehrsaufkommen am höchsten und auch die Anbindung an die Schifffahrt leichter gewährleistet sei als am Mühlentor.¹⁵²⁵

In Kiel stießen die Bestrebungen der Lübecker, nach der erfolgten Genehmigung der Strecke nach Büchen (mit dortigem Anschluss an die Strecke Berlin- Hamburg) nun auch eine Bahn von Lübeck nach Altona zu projektieren, auf Ablehnung. Die „Kleine Chronik“ ging auf zwei Artikel des *Kieler Correspondenten* und der *Hamburgischen Börsen-Halle* ein. Während das Kieler Blatt die Bevölkerung in mehreren Artikeln zum Widerstand gegen die Baupläne aufrief, von denen man eine ruinöse Konkurrenz zur Altona- Kieler Bahn befürchtete, wies die *Börsen-Halle* die Befürchtungen als unbegründet zurück. In einem halbseitigen Zitat, das für die „Kleine Chronik“ ungewöhnlich lang war, legte die Zeitung dar, dass sich die Bahn nach Meinung Kopenhagens ohnehin nicht verhindern lasse. Das Blatt polemisierte gegen den „Pfahlbürger-Patriotismus“ der Kieler, die zu glauben schienen, „[...] daß die eigene Commüne der Mittelpunkt der Welt sei“.¹⁵²⁶

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* positionierten sich in Bezug auf das Transportwesen in Richtung eines raschen Anschlusses des Stadtstaates an das Schienennetz. Dabei spielten rational- wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle, während Pathetisches konsequent ausgeklammert wurde. Nicht da, wo er am Repräsentativsten wäre, solle der Bahnhof errichtet werden, sondern dort, wo es wirtschaftlich durch Kreuzung vieler Verkehrswege sinnvoll liege.

1524 Vgl. ebd., 10.10.1847, S. 330, wörtlich lautete die Kritik am Redakteur des *Correspondenten*: „[S]o erregt er den Verdacht, als habe ein Particularinteresse für Harburg seine Feder geleitet und ihm den Blick zu einer unbefangenen Auffassung der zur Beurtheilung stehenden Verhältnisse getrübt“ (ebd.).

1525 Vgl. ebd., 14.11.1847, S. 372f., wörtlich: „Nicht da liegt der Bahnhof am besten, wo er am südlichsten unsre Stadt trifft, sondern eben da, wo er den Mittelpunkt des Verkehrs erreicht.“ (ebd., S. 372).

1526 Ebd., 12.12.1847, S. 408, vgl. dort auch Vorstehendes.

„123“ sprach sich in „Bahnhofs-Angelegenheit“ Anfang Januar 1848 gegen Planungen aus, die den Bahnhof am Mühltor angelegt wissen wollten. Solche Planungen entsprächen zwar den Anforderungen der Hilfsarbeiter, nicht aber denen des Kaufmannes, hieß es.¹⁵²⁷

Dieser Artikel verdeutlicht in der Rückschau erneut von dem bereits in der Kategorie „Liberalität“ angesprochenen Spannungsfeld zwischen den vielfachen Elementen traditionell-korporativer Wirtschaftsweise und den Erfordernissen der kapitalistischen Ordnung.

Über anderthalb Seiten befasste sich im Februar „34“ erneut mit der Lage des Bahnhofs: Nach dem Bericht des als Sachverständigen befragten Baumeisters Scheffers vor dem Generalkomitee zum Bau der Eisenbahn sollte der Bahnhof nördlich des Holstentores errichtet werden, um einen unmittelbaren Anschluss an den Hafen sicherstellen zu können. „34“ führte neben der von ihm unbestrittenen Priorisierung ökonomischer Gesichtspunkte die kulturellen Aspekte des Bahnhofsbaus an. Die Anlage nördlich des mittleren Holstentores zu errichten, zöge zwangsläufig die Abtragung des äußeren Walls und des inneren Tores¹⁵²⁸ nach sich. „34“ betonte das identitätsstiftende Gewicht der historischen Bauwerke und ihre Attraktivität für Besucher. Daher sollten diese nicht leichtfertig und in Unkenntnis der Entscheidungsgründe der Scheffer-Kommission dem Abriss preisgegeben werden. Es sei eine gerechte Forderung der Bürger, wenigstens über den Zweck des Rückbaus von Teilen der historischen Bausubstanz unterrichtet zu werden.¹⁵²⁹

Über fünfeinhalb Seiten befasste sich „87“ am 5. März 1848 ein letztes Mal mit der Anlage des Bahnhofs. In diesem Artikel, der fast die gesamten *Blätter* füllte und dem die Einsendung „Unsere Localpresse“ nachgeordnet war, lässt die große Bedeutung des Bahnanschlusses spürbar werden: „87“ nannte und beschrieb ausführlich alle erforderlichen Baumaßnahmen für die Anlage des Bahnhofs nördlich der Holstenbrücke. Ergänzend brachte er Einschätzungen zum Vergleich der projektierten Bahnhofsanlage mit den in der Diskussion befindlichen Alternativen.¹⁵³⁰ Zunächst würde zeitgleich mit dem Bahnhofbau auch der Hafen ausgebaut werden,¹⁵³¹ welcher künftig in unmittelbarer Nähe

1527 Vgl. ebd., 02.01.1848, S. 6f.

1528 Der Verfasser bezog sich auf das „äußere Tor“. Er nahm eine entgegengesetzte Sichtweise zur heutigen Bezeichnung der verschiedenen Holstentore zur Grundlage.

1529 Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 50f.

1530 Vgl. ebd., S. 87- 92.

1531 Vgl. ebd., S. 88f.

den Bahnhof nach zwei Seiten hin umfassen könne.¹⁵³² Auch die Verbindungen mit den anderen Stadtteilen würden durch die Bahnanlage nur unwesentlich gestört, da wichtige Verbindungsstraßen ohnehin erweitert werden müssten.¹⁵³³

Auf Grundlage dieser Betrachtungen kam „87“ zu dem Schluss, dass sich der Standort nördlich der Holstenbrücke (in der Nähe des Holstentores) sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht sowie in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse als günstig erwiesen habe.¹⁵³⁴

In der „Kleinen Chronik“ beschäftigten sich die Lübecker weiterhin mit der geplanten Aufnahme einer Dampfschiffverbindung nach Norwegen, die der Verfasser dieses Artikels nachdrücklich verfolgte und versicherte, dass das einberufene Komitee der Aktionäre für den Bau eines solchen Schiffes alles in seiner Macht stehende unternehmen werde, um die Dampfschiffverbindung baldmöglichst aufnehmen zu können.¹⁵³⁵

B.4.7.3 Auswirkungen des Dänemarkkonfliktes auf die Berichterstattung zum Transportwesen: Vom Mai 1848 bis zum Jahresende

Der Krieg gegen Dänemark schlug sich auch in der Berichterstattung zum Transportwesen nieder. In der „Kleinen Chronik“ wurde Mitte Mai 1848 vorgeschlagen, das in Bau befindliche Dampfschiff Lübecks für den Kriegseinsatz gegen Dänemark umzurüsten, damit der Stadt die Ehre zuteil würde, das erste deutsche Kriegsdampfschiff gestellt zu haben.¹⁵³⁶ Zu diesem Zweck sollte eine Generalversammlung der Aktionäre des Dampfschiffes einberufen werden. Gleichzeitig wurde angeregt, Spenden für die Umrüstung zu sammeln, da nicht alle Aktionäre die entstehenden Mehrkosten zu tragen im Stande seien.¹⁵³⁷

Von Bedenken hinsichtlich des Konfliktes oder einem Streben nach Neutralität, Kritikpunkte, denen Lübeck begegnen musste,¹⁵³⁸ war in diesem Artikel nichts nachzuweisen, vielmehr wollte der Verfasser der Einsendung „Das neue Dampfschiff“ keine Zweifel darüber laut werden lassen, dass sämtliche Bürger den Vorschlag zur

1532 Vgl. ebd., S. 91.

1533 Vgl. ebd., S. 90.

1534 Vgl. ebd., S. 92, wörtlich: „Da aber außer dem Empfangshause der Eisenbahn kein Punkt in Lübeck sein wird, bei dessen Erreichung ein Versäumniß von 4 Minuten von Wichtigkeit ist, [...] so wird ein wirklicher Nachtheil für die Passanten aus diesem Aufenthalt nicht nachzuweisen sein.“ (ebd., S. 89).

1535 Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 93.

1536 Vgl. ebd., 14.05.1848, S. 182, wörtlich: „Jeder Bürger Lübecks würde stolz darauf sein, aus s e i n e r Stadt, aus s e i n e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Werften das erste deutsche Kriegsdampfschiff hervorgehen zu sehen.“ (ebd.).

1537 Vgl. ebd.

1538 Vgl. die inhaltliche Auswertung zur Kategorie „Militärisches“ in dieser Arbeit.

Umrüstung des Schiffes für gut befänden.¹⁵³⁹

Zum Transportwesen erschienen im III. Quartal 1848 keine Beiträge, erst im Dezember 1848 fand sich in der „Kleinen Chronik“ eine Meldung zur Indienststellung des ersten Lübecker Seedampfschiffes. Dies sei am 3. Dezember, von der schwedischen Werft kommend, in der Stadt eingetroffen. Nun wünschte man die baldige Ausrüstung des Schiffes, damit der Liniendienst nach Kopenhagen im Frühjahr aufgenommen werden könne.¹⁵⁴⁰

Anstatt in den Kriegseinsatz schickte man das neue Schiff nun, nach dem Waffenstillstand von Malmö, als Transportmittel für den Handel in den Liniendienst zwischen Lübeck und der dänischen Hauptstadt.

B.4.7.4 Zu Travevertiefung und Eisenbahnbau: Das „Transportwesen“ zwischen Januar 1849 und dem Ende des Badischen Aufstandes

Neben einer Mitteilung über die erfolgte Einrichtung eines Zentralbüros zur Expedition der Schiffe der „Lübecker Dampfschiffahrtsgesellschaft“ vom 14. Januar 1849¹⁵⁴¹ besprachen die *Blätter* im I. Quartal Planungen zur Regulierung bzw. Vertiefung der Trave zwischen Travemünde und Lübeck.¹⁵⁴² „7“ bezog sich in seiner Einsendung auf einen Artikel der in Stettin erschienenen *Ostsee- Zeitung* vom 16. Januar, in dem der Traveausbau als „Lieblingsprojekt der Lübecker“ unter Verweis auf dessen geringen Nutzen und die viel zu niedrig kalkulierten Kosten als wirtschaftlich verfehlte Maßnahme verworfen wurde. „7“ griff die Thesen der *Zeitung* und solche weiterer Gegner auf, um sie als oberflächlich und/oder nicht sachbezogen zu widerlegen.¹⁵⁴³

Der Verfasser erhoffte sich für die Stadt eine wirtschaftliche Belebung, denn erst mit einem Ausbau auch der Schifffahrtswege könne die Eisenbahn nach Büchen ihrer vollen Geltung zugeführt werden. Besorgnisse, die den Fortschritt hemmten, wollte „7“ zwar berücksichtigt wissen, sie aber nicht ungeprüft als Hinderungsgründe anerkennen.¹⁵⁴⁴

Auf zwei Seiten Länge setzte sich „63“ erneut mit den Plänen zur Regulierung der Trave auseinander.¹⁵⁴⁵ Sein am 8. April 1849 erschienener Artikel lobte zunächst die

1539 Vgl. ebd.

1540 Vgl. ebd., 10.12.1848, S. 448.

1541 Vgl. ebd., 14.01.1849, S. 16.

1542 Vgl. ebd., 04.02.1849, S. 35f.

1543 Vgl. ebd., wörtlich: „Die schließlich geäußerte Besorgniß vor Überschwemmungen der Stadt in Folge der Stromregulirung ist [...] kindisch [...]“ (ebd., S. 36).

1544 Vgl. ebd.

1545 Vgl. ebd., 08.05.1849, S. 113- 115.

allseitige Erörterung des Problems vor der Entscheidung politischer Gremien. Der Verfasser sprach sich im weiteren Verlauf gegen eine Stromregulierung aus, da diese nicht im erforderlichen Umfang zu bewerkstelligen sei, denn wenn es überhaupt eine wirtschaftliche Verbesserung geben würde, die „63“ infolge der politischen Ereignisse jüngerem Datum erwartete, müsse es eine deutliche Vertiefung und Begradigung der Trave geben, um schweren Seglern und Dampfschiffen die Einfahrt nach Lübeck zu ermöglichen. Da dies aber technisch nicht vollumfänglich umsetzbar sei und die Kosten wegen zahlreicher Unsicherheiten sich nicht seriös beziffern ließen, sollte man keine Vertiefung beginnen.¹⁵⁴⁶

Dieser Artikel reihte sich in die meist kritischen und wenig emotional vorgetragenen Betrachtungen der *Blätter* in Bezug auf die Möglichkeiten neuer Techniken ein.

Inhaltlich befasste man sich am 12. August 1849 erneut mit dem Eisenbahnbau nach Büchen, der trotz positiver Signale aus den beiden verfassungsmäßigen Gremien des Stadtstaates immer noch nicht in Ausführung begriffen war.¹⁵⁴⁷ Der „überaus nothwendigen Eisenbahn“ müssten Hemmnisse entgegenstehen, welche den Baubeginn seit dem abschließenden Votum der Bürgerschaft von Mitte April 1849 hinauszögerten. Der Verfasser vermutete entweder neuerliche Bedenken Lauenburgs gegenüber der Streckenführung oder fehlende finanzielle Mittel zur Umsetzung. Hauptkritikpunkt war, dass die Öffentlichkeit nicht ausreichend bzw. gar nicht über die Probleme informiert werde.¹⁵⁴⁸

Zwar erschien der Artikel als anonyme Veröffentlichung, dennoch veranschaulichte die vorgebrachte Kritik den Wunsch nach einer umfassenden öffentlichen Information über relevante Bauprojekte unter genauer Nennung der Ursachen für die entstandenen Verzögerungen. Der Verfasser wollte sich insbesondere der Stimme des Volkes bedienen, um möglichen Einsprüchen Lauenburgs zu begegnen: „Es giebt leider keine Reichsgewalt in Deutschland, [...] aber es giebt doch noch ein Gerechtigkeitsgefühl und eine Gewalt der öffentlichen Meinung im deutschen Volke.“¹⁵⁴⁹

1546 Vgl. ebd., S. 114f., wörtlich: „Auf die Tiefe des Fahrwassers in der Trave haben ohne Zweifel Versandungen und Vernachlässigungen der Ufer bedeutenden Einfluß, aber sie wird doch auch ganz wesentlich von der Richtung der Winde bedingt, und wir halten es für eine absolute Unmöglichkeit, daß menschliche Kräfte oder Veranstaltungen in der Lage sein sollten, bei Westwinden das Wasser in der Trave zu halten.“ (ebd., S. 114).

1547 Vgl. ebd., 12.08.1849, S. 259f.

1548 Vgl. ebd., S. 260, wörtlich: „Jedenfalls ist es sehr wünschenswerth, daß das hiesige Publikum endlich einmal erfahre, aus welchen Gründen die Eisenbahnangelegenheit nicht rascher gefördert ist.“ (ebd.).

1549 Ebd. War besonders 1847 stets von den eigenen Verhältnissen die Rede, wurde nach der Erfahrung mit der „deutschen“ Revolution nun allgemein vom „deutschen Volke“ gesprochen und nicht mehr von Lübecker und Lauenburger Bürgern.

B.4.7.5 Zur Berichterstattung nach „Schließung“ der Revolution: Vom Herbst 1849 bis in den Frühling 1850

Die „Kleine Chronik“ Nr. 118 griff im September 1849 erneut das Transportwesen als Thema auf: Der Verfasser wies auf die unzulänglich bekleideten und allgemein wenig vertrauenswürdig erscheinenden Kofferträger am Travemünder (Dampfschiff-)Hafen hin, die gegenüber den in Kiel, Stettin und andernorts besseren Dienstleistungsangeboten zurückblieben.¹⁵⁵⁰ Es liege an der Stadt, die Verhältnisse im Hafen neu zu ordnen, damit die Dampfschifflinien nicht verlegt würden und Lübeck daraus Nachteile entstünden.¹⁵⁵¹

An diesem Artikel zeigte sich einmal mehr die überwiegend „moderne“ Einstellung des Einsenders bzw. der Leser in wirtschaftlichen Fragen. Nicht nur die Dampfschiffahrt selbst wurde als wichtig erkannt. Darüber hinaus sollte der Lübecker Hafen in Travemünde auch wettbewerbsfähig sein, wie sowohl dieser Artikel am Beispiel der Kofferträger im Hafen als auch der vorangegangene zum Ausbau der Trave betonte.¹⁵⁵²

Die Eisenbahnverbindung Lübecks mit Büchen bzw. den dortigen Anschluss an die Bahnstrecke Hamburg- Berlin thematisierten die *Blätter* vom 21. Oktober 1849 in der „Kleinen Chronik“ Nr. 123.¹⁵⁵³ Über den Fortgang des Baus informierte die Zeitschrift ihre Leser dahingehend, dass der Bauplan der Bahn nun von den beteiligten Regierungen genehmigt sei und nun bald die Aktienzeichnung zu ihrer Finanzierung beginnen werde. Zufrieden äußerte sich das Blatt weiterhin darüber, dass die Bürgerschaft sich in einer geheimen Sitzung für eine Staatsbeteiligung am Bahnprojekt ausgesprochen hatte.¹⁵⁵⁴

„7“ zitierte im November 1849 ausführlich die Eisenbahnstreckenbeschreibungen bzw. die projektierten Strecken aus der *Europa*.¹⁵⁵⁵ Neben den Visionen, die Nordsee bald mit der Adria verbunden zu sehen und der einer gewissen Komik nicht entsagenden Bemerkung zur Rückständigkeit Bayerns, „König Ludwig hatte andere Dinge zu bauen“,¹⁵⁵⁶ war vor allem die Einleitung von Interesse, welche der Einsender bereits der

1550 Vgl. ebd., 23.09.1849, S. 310.

1551 Vgl. ebd., wörtlich: „Die verschiedenen Eigenthümer der Dampfschiffe, die jetzt ihren Lauf nach Travemünde nehmen, werden sich schwerlich darum [um die Verbesserung des Dienstleistungsangebotes am Hafen durch organisierte Träger; M. P.] kümmern; denn wenn es ihnen vortheilhafter oder bequemer ist, so schicken sie ihre Schiffe nach Kiel, nach Wismar, [...] welche Städte sich sämmtlich beeifern werden, den Reisenden jede mögliche Bequemlichkeit zu gewähren.“ (ebd.).

1552 Vgl. ebd., 08.04.1849, S. 113f., ebd., 15.04.1849, S. 124f.

1553 Vgl. ebd. 21.10.1849, S. 342.

1554 Vgl. ebd., wörtlich: „Da [...] sich die Bürgerschaft in ihrer letzten geheimen Sitzung ebenfalls mit der Eisenbahnangelegenheit und namentlich mit einer Bethheiligung des Staats bei derselben beschäftigt hat, dürfte jetzt alle Aussicht dafür vorhanden sein, daß die Ausführung des Unternehmens bald gesichert sein wird.“ (ebd.).

1555 Vgl. ebd., 04.11.1849, S. 357f.

1556 Ebd., S. 358.

Europa entnommen hatte:

Während man sich in den politischen Blättern über soviel zweifelhafte politische Errungenschaften täglich streitet, sei hier ein Überblick auf sichere Errungenschaft gestattet. Die Eisenbahnen, diese Ergebnisse des bürgerlichen Fleißes, sind Gewinne, sind Fortschritt.¹⁵⁵⁷

Das Zitat veranschaulichte bereits den Zeitgenossen die Abwendung eines zunehmend enttäuschten Bürgertums von der Politik. Statt sich auf scheinbare Errungenschaften im Politischen zu konzentrieren, sollte man sich eher dem materiell Fassbaren zuwenden, das die massiven Eisenbahnen wohl mehr als jede andere technische Entwicklung versinnbildlichten. Hier lag zum ersten Mal in den *Blättern* expressis verbis eine Höhergewichtung des Wirtschaftlichen vor, wenn auch zunächst nur in Form eines Zitats.

„214“ befasste sich Anfang Dezember 1849 mit der Frage des Bahnhofs, der nach übereinstimmendem Beschluss von Senat und Bürgerschaft unmittelbar am Hafen liegen sollte.¹⁵⁵⁸ Geleitet hatten beide Gremien vor allem wirtschaftliche Erwägungen, die, wie „214“ erwähnte, nicht die einzigen bleiben sollten. Diesen setzte er offenbar in der Romantik begründete Überlegungen des Landschaftsschutzes entgegen.¹⁵⁵⁹ „In der That, wenige Lübecker erkennen recht, welches Kleinod wir an unserm Walle besitzen; wenn [...] die gegenwärtige Generation auch vielleicht nicht viel Sinn dafür hat [...]“.¹⁵⁶⁰

Wenn nun aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung, die auch der Verfasser höher gewichtete als den Landschaftsschutz, der Wall zugunsten der Bahnanlagen weichen müsse, sollten die Behörden zumindest ihre Entscheidungsgrundsätze öffentlich nachweisen und das Verfahren damit transparent gestalten, forderte der Einsender.¹⁵⁶¹

Eine letzte Nachricht zu dieser Kategorie im IV. Quartal 1849 erschien in der „Kleinen Chronik“ derselben Ausgabe, in welcher der Einsender auf einen Artikel des *Norddeutschen Correspondenten* Bezug nahm.¹⁵⁶² Die Zeitung hatte behauptet, dass Lübeck sich über die Dampfschiffverbindungen der mecklenburgischen Städte ärgere.¹⁵⁶³ Dieser Auffassung widersprachen die *Blätter* heftig und behaupteten, sich über

¹⁵⁵⁷ Ebd., S. 357.

¹⁵⁵⁸ Vgl. ebd., 02.12.1849, S. 393f.

¹⁵⁵⁹ „Hier der Blick über die lieblichen Wasserbassins der Wakenitz, dort auf den weichen Wiesenteppich, der sich, von der Trave in weitem Bogen durchschlängelt, nach Moisling zieht, dann auf freundliche von Bäumen beschattete und aus ihnen hervorblickende Gartenhäuser, hier auf den Zug der Landstraße, weiterhin auf fruchtbare, wohlangebaute Felder, endlich auf den von Schiffen belebten Fluß. Dazu noch die Fülle von Stadt- und Hafenansichten, die auch jetzt mitten im Winter ihren ganzen Reiz haben.“ (ebd., S. 393), vgl. dort auch Vorstehendes.

¹⁵⁶⁰ Ebd.

¹⁵⁶¹ Vgl. ebd., S. 394.

¹⁵⁶² Vgl. ebd.

¹⁵⁶³ Vgl. ebd., wörtlich zitierten die *Blätter* folgende Passage des *Norddeutschen Correspondenten*: „Ergötzlich ist der Ärger, welchen die Lübecker wegen der Dampfschiffahrt-Concurrenz über die Wismaraner an den Tag legen, indem sie die letzteren in ihrem Zorn die 'Krabben-Kaufleute' nennen.“

„jede ehrliche Concurrrenz“ zu freuen. Weiterhin seien die Mecklenburger nicht in der Position, Lübeck zu kritisieren, da sie selbst versucht hätten, den Bahnanschluss der Stadt zu verhindern.¹⁵⁶⁴

Das „Transportwesen“ las sich im IV. Quartal 1849 ungleich „politischer“ als in den Vorquartalen. Anhand weniger Artikel veranschaulichten die Blätter die (Neu-)Ausrichtung des Bürgertums auf den wirtschaftlichen Fortschritt, der Sichtbares und Handfestes produziere. Konkurrenz sollte nicht mehr als störend angesehen werden, auch wenn die diesbezügliche Eintragung in der „Kleinen Chronik“ kaum glaubwürdig erscheinen mochte. Andererseits sprach sich mit „214“ erstmals ein Kritiker des Fortschritts aus, der das gewachsene Landschaftsbild zerstören würde. Aber auch diese Stimme erkannte den Primat des „Fortschritts“ an und beließ es bei (vormärzlichen) Forderungen wie der Offenlegung und umfassenden Diskussion der Baupläne.

In den ersten Monaten des Jahres 1850 erwartete man ungeduldig den Baubeginn der Lübecker Anbindung an das wachsende Eisenbahnnetz in Deutschland.¹⁵⁶⁵ In „Die Eisenbahn und die Bahnhofsanlage“ forderte ein nicht genannter Verfasser, die wintertäglich realisierbaren Arbeiten rasch auszuführen, damit der Bau der Strecke beginnen könne. Dabei ging er auf die Ende 1849 vorgetragenen Bedenken hinsichtlich des Landschaftsschutzes kurz ein: So sehr auch er den Schmerz um den Wall verspüre, der Bau von Bahn und Bahnhof sei nun einmal beschlossene Sache und sollte nicht erneut diskutiert werden.¹⁵⁶⁶

Der Artikel zeigte zweierlei: Zunächst wurde der Primat der wirtschaftlichen Interessen vor denen des Landschaftsschutzes deutlich. Andererseits – nimmt man das bekundete Mitgefühl ernst – hatten zumindest Teile der Leser Bedenken bzgl. der Auswirkungen des Bahnbaus auf das idyllische Stadtbild.¹⁵⁶⁷

Der letzte Untersuchungsartikel, der sich mit dem Eisenbahnbau auseinandersetzte, fand sich in den *Blättern* vom 3. Februar 1850.¹⁵⁶⁸ Wegen einer fehlenden Elbbrücke

(*Norddeutscher Correspondent*, Nr. 113, o.a. Datum, o.a. Seite, zit. in: *Neue Lübeckische Blätter*, 02.12.1849, S. 394).

1564 Vgl. ebd.

1565 Vgl. ebd., 13.01.1850, S. 11f.

1566 Vgl. ebd., S. 12.

1567 Die Ausgabe vom 13. Januar enthielt eine Statistik der Schiffsbewegungen im Lübecker Hafen (vgl. ebd., S. 13- 15), die im Teil zur wirtschaftlichen Entwicklung Lübecks bereits näher besprochen wurde.

1568 Vgl. ebd., 03.02.1850, S. 40. Am 31.03.1850 erschienen noch zwei weitere Artikel, die sich mit der Frage, ob man die Schwellen mit Arsen (!) konservieren sollte, bzw. mit der projektierten Lübeck-Altonaer-Bahn befassten (vgl. ebd., 31.03.1850, S. 104).

zwischen Hamburg und Harburg könne nach Einschätzung der *Börsen-Halle* damit gerechnet werden, dass Hannover bald eine Verbindung zwischen Lüneburg und Büchen schaffen würde, um auf diese Weise einen indirekten Anschluss an Hamburg zu gewährleisten.¹⁵⁶⁹ Diese Strecke verbinde Lübeck gleichzeitig auf direktem Wege mit Hannover, was die Hansestadt aus merkantilen Interessen nur wünschen könne.

Am 3. März fragte ein Einsender in der „Kleinen Chronik“ Nr. 22: „Wann geht der Lübeck?“. ¹⁵⁷⁰ Die Abfahrtszeiten des Dampfschiffes seien für Auswärtige wie für die Lübecker Börse gleichermaßen von Interesse, so der Einsender. Er appellierte, im Sinne der Wirtschaft möglichst bald verlässliche Termine zu nennen.¹⁵⁷¹

Die Artikel des I. Quartals 1850 bestätigten die gleichermaßen wirtschaftsfreundliche wie -lastige Ausrichtung der *Blätter*, die sich, wie bereits in der Kategorie „wirtschaftliche und politische Liberalität“ deutlich gemacht, nun (wieder) vermehrt merkantilen Fragestellungen zuwandten. Dass es dennoch Stimmen gab, die auch den Wert des Landschaftsschutzes als Bewahrung des heimischen „Idylls“ propagierten, unterstrich die relative Interessenvielfalt des Lübecker Bürgertums zwischen den Anforderungen des Kapitalismus und den überkommenen Idealen der Romantik.

B.4.7.6 Zusammenfassende Rückschau

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg präsentierten sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* in den Fragen des Eisenbahnbaus als fortschrittsfreundlich, auch wenn sich gelegentlich kritische Stimmen zur Veränderung des Landschaftsbildes vernehmen ließen. Der Eisenbahnanschluss der Stadt hatte höchste Priorität, immer wieder erkundigten sich Einsender nach den Gründen für die ständigen Verzögerungen, die offenzulegen man im Sommer 1849 forderte. Vieldiskutiert war bereits 1848 der Standort des Bahnhofs, den man an der verkehrsgünstigsten Stelle errichtet sehen wollte. Ebenfalls unter Effizienzgesichtspunkten verhandelten die *Blätter* im Folgejahr eine mögliche Vertiefung der Trave für schwere Dampfschiffe.

Während man im November 1849 mit einer Artikelübernahme erstmals expressis verbis auf die politischen Zeitereignisse Bezug nahm und die Eisenbahnen als fassbaren Fortschritt propagierte, nahmen sich die Lübecker 1850 neuerlich des Bahnhofsbaus an.

1569 Vgl. ebd., 03.02.1850, S. 40.

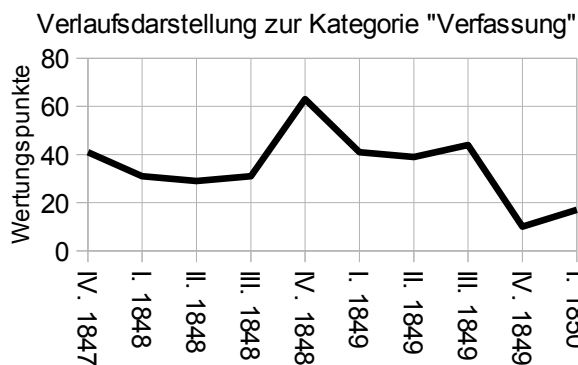
1570 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 72.

1571 Vgl. ebd.

B.4.8 Zur Berichterstattung in der Kategorie „Verfassung“ (Staats- und Justizordnung)
B.4.8.1 Vorbemerkungen

Die Kategorie „Verfassung“ verbindet zwei Themenbereiche: Zum einen werden hierin die wesentlichen Inhalte zur Diskussion über die Staatsverfassung, zum anderen zur Justizordnung zusammengefasst. „Verfassung“ sammelt alle Beiträge zu den Märzforderungen nach Verfassungsnovellen des Bundes, Lübecks und anderer deutscher Länder. Auch zu dieser Kategorie gehört die in einem weiteren Sinne mit der Staatsverfassung verwandten Justizverfassung als Subsystem. In der Rechtsprechung verlangten die Märzforderungen nach Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen und Einrichtung von Schwurgerichten. Themen dieser Kategorie erlauben und erfordern in gleicher Weise eindeutige Positionierungen, was die Kategorie „Verfassung“ neben „Liberalität“ und „Revolutionäres“ zu einem der wichtigeren Bereiche in Bezug auf die politische Ausrichtung der *Neuen Lübeckischen Blätter* macht.

Die Kategorie „Verfassung“ (Staats- und Justizordnung) ist mit insgesamt 346 Wertungspunkten nur knapp hinter der weitgefassten Kategorie „Liberalität“ die meistbesprochene. Erst mit einem Abstand von 180 Wertungspunkten folgen Beiträge zum Themenfeld „Wahlen“, das die Trias der am intensivsten besprochenen Problemfelder schließt.



Die Verlaufsdarstellung zeigt, dass man Themen die Themen Staats- und/ oder Justizverfassung über die ersten acht Untersuchungsquartale hinweg mit Ausnahme einer intensiveren Besprechung im IV. Quartal 1848 durchgängig eine ähnliche Bedeutung zumaß. Ende des

Jahres verabschiedete die Paulskirche die Grundrechte der Deutschen, Lübeck erhielt im Dezember die zweite neue Verfassung im Jahr 1848. Der Erlass der Reichsverfassung im I. Quartal 1848 hielt die Berichterstattung intensiv, welche nach dem Ende des III. Badischen Aufstandes allerdings deutlich unter das Vormärzniveau sank. Der leichte Anstieg 1850 ergab sich wahrscheinlich aus der Verfassungsdiskussion in Erfurt.

Nach der Zusage vieler Regierungen, den Wünschen zur Justizverfassung nachkommen zu wollen, sollten diese Artikel ab dem II. Quartal 1848 eher seltener geworden sein, bevor in

restaurativer Absicht das Justizwesen ab Mitte 1849 vielerorts erneut reformiert wurde. Beides lässt sich für den Diskussionsverlauf im Verbund mit dem Themengebiet „Staatsverfassung“ für die *Blätter* in quantitativer Hinsicht zunächst nicht belegen. Eine inhaltliche Betrachtung wird über die Diskussionsthemen und die politische Tendenz der Berichterstattung Aufschluss geben:

B.4.8.2 Die Diskussion zur Staats- und Justizordnung zwischen Oktober 1847 und März 1848

Zunächst befasste sich „31“ auf drei Seiten Länge mit dem Stand der Beratungen für die neue Verfassung der Stadt, welche die Rezessordnung von 1669 ablösen sollte. Der Artikel „Rückblick auf die Hauptmomente in dem bisherigen inneren Gange unserer Verfassungsreform“ vom 3. Oktober bildete den Schlussteil einer längeren Erörterung. Hierbei hatte sich der Verfasser bemüht, die Positionen zum Stand der Beratungen der zur Verfassungsreform eingesetzten Kommissionen von 1816 und 1844 sowie die Wünsche der beteiligten Gremien möglichst umfassend abzubilden. Inhaltlich betraf der Artikel Regelungsvorschläge zu Wahl und Organisation des Senats.¹⁵⁷²

Im Schlussteil kritisierte der Verfasser, die Reform des Senats griffe zu kurz, man wolle sich auf geringe Änderungen beschränken. Ganz im Gegensatz dazu standen die Vorschläge zur Reform der Bürgerschaft, die durchgreifend seien.¹⁵⁷³ Offenbar war der Verfasser nicht mit der Tragweite der Veränderungen einverstanden, die er als wesentlich zu zaghaft ansah:

[D]as Bekenntniß aber sei [...] gestattet, daß wir wesentlich durchgreifendere Reformen, als der Sectionsbericht enthält, für unumgänglich nothwendig erachten. Die Wünsche, welche sich für eine wahrhafte Betheiligung der Bürgerschaft bei den Rathswahlen, für Trennung der Justiz von der Administration, für Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahrens auch bei uns haben vernehmen lassen [...].¹⁵⁷⁴

Dies seien keine Einzelmeinungen, vielmehr verträten auch Mitgliedern der Bürgerschaft die vorgestellte Position.¹⁵⁷⁵

In derselben Ausgabe gingen die *Blätter* in der „Kleinen Chronik“ erneut auf die Verfassungsdiskussion ein, indem sie einen Artikel der *Weserzeitung* vom

1572 Vgl. ebd., 03.10.1847, S. 316- 318. „36“ wies im Rahmen der Erörterung auf die zentrale Stellung der *Blätter* im Diskussionsprozess hin, denn nur diese Zeitschrift habe im Oktober 1846 den Stand der Beratungen der 1844 eingesetzten Beratungssektion veröffentlicht (vgl. ebd., S. 316).

1573 Vgl. ebd., S. 318, wörtlich: „Der einzige w e s e n t l i c h e Fortschritt ist von der bürgerschaftlichen Commission beantragt, nämlich die Bildung vom Senat unabhängiger Untergerichte [...]“ (ebd.).

1574 Ebd., 03.10.1847, S. 318.

1575 Vgl. ebd.

30. September 1847 teilweise zitierten. Darin kritisierte das Blatt die Regelungen des Rezesses von 1669 als schon zur Zeit ihres Inkrafttretens als überholt. Selbst wenn im 17. Jahrhundert einzelne Vorgaben sinnvoll gewesen waren, seien diese nun „schreiender U n s i n n [in Original gesperrt gedruckt; M. P.]“¹⁵⁷⁶ Man müsse weit vor die damaligen Regelungen greifen, also eine umfassende Reform durchführen, um die Stadt in ihrer industriellen Entwicklung nicht durch Hemmnisse wie eine nach Kollegien geordnete Bürgerschaft behindern.¹⁵⁷⁷

Beide Artikel sprachen sich im Stil mehr oder weniger deutlich für eine umfassende Verfassungsreform aus, die über die bisher veröffentlichten Vorschläge der Kommissionen zum Ersatz des Regresses von 1669 hinausgreifen sollte.

Mit der Verfassungsreform setzte sich im November 1847 ein ebenfalls mehrteiliger Artikel aus der Feder von „88“ auseinander, dessen letzten Teil „Die Verfassungsreform und die Reform unsers Gerichtswesen“ Gegenstand der Auswertung ist: Gleich im Einleitungssatz gab der Verfasser die Wertung vor, derzufolge die Fragen nach Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren „in unserem Sinne“ entschieden werden müssten.¹⁵⁷⁸ Weiterhin sollten die Gerichte kollegial arbeiten, also mit mehreren urteilsfähigen Richtern besetzt werden, die dann als Fortführung einer gemeinsamen Abwägung des Vorgebrachten das Urteil erarbeiten sollten. Um dies auch personell sicherstellen zu können, sollten alle Untergerichte zu einem verschmolzen werden.¹⁵⁷⁹

Die Mündlichkeit der Verhandlungen beschleunige das Verfahren und wirke sich „belebend“ auf die Richter aus, die zudem die Möglichkeit einer direkten Befragung der Zeugen zugestanden bekommen würden. Die Öffentlichkeit aller Verhandlungen stärke das öffentliche Leben allgemein und verbreite „den Sinn für Recht und Gerechtigkeit“.¹⁵⁸⁰ Im Unterschied zu Verhandlungen im Bereich des Zivilrechts plädierte „88“ dafür, künftig keine Revisionsverhandlungen mehr zuzulassen, da bei mündlich-öffentlichen Verfahren

1576 Vgl. ebd., S. 322, wörtlich: „Wenn ferner die Brauer durch unsere Verfassung mit einer selbstständigen Collegiatstimme begabt sind, weil sie f r ü h e r [in Original gesperrt gedruckt; M. P.], als ihr treffliches Bier einen weitverführten gewinnbringenden Handelsartikel ausmachte, einen einflußreichen bürgerlichen Stand bildeten, so war dies schon damals (1669) nicht mehr zu rechtfertigen; wenn sie aber j e t z t [in Original gesperrt gedruckt; M. P.], wo ihr Fabrikat selbst von Lübecks Bewohnern nur zwangsweise getrunken wird, vor allen andern Gewerben das Vorrecht einer eigenen Collegiatstimme genießen, so ist dies ein unverantwortlicher Unsinn.“ (ebd.).

1577 Vgl. ebd.

1578 Vgl. ebd., 07.11.1847, S. 366- 368, wörtlich: „[W]ir behaupten, es sei eine Revision des Gerichtswesens ohne Annahme des öffentlich-mündlichen Verfahrens in jetziger Zeit eine Unmöglichkeit geworden.“ (ebd.).

1579 Vgl. ebd., S. 366.

1580 Vgl. ebd., S. 367.

der Angeklagte genügend Möglichkeiten zu seiner Verteidigung nutzen könne.¹⁵⁸¹ Schwurgerichten stand der Verfasser ebenfalls ablehnend gegenüber: „Einer näheren Begründung dieser Ansicht dürften wir hier jedoch um so mehr überhoben sein, als die gegentheilige Ansicht [...] sich bei uns kaum finden möchte [...]“.¹⁵⁸²

Im Schlussteil rief „88“ dazu auf, seinen Positionen öffentlich Widerspruch entgegenzusetzen, denn nur in der Auseinandersetzung divergierender Meinungen lasse sich die Wahrheit finden.¹⁵⁸³

Die Justizverfassung war in den *Blättern* vom 5. Dezember erneut Thema. In der „Kleinen Chronik“ fand sich ein Artikel des *Hamburgischen Correspondenten*, der aus Berlin schrieb, dass dort eine „Cabinetsordre“ des Königs vorsehe, die Rechte der zweiten Instanz bei Strafrechtsverfahren zu beschränken. Der *Correspondent* betonte, dass eine zweitinstanzliche Entscheidung ohnehin nur bis zur Einführung von Geschworenengerichten sinnvoll und angemessen sei. In Preußen sollte den zweitinstanzlichen Richtern nur das Recht zukommen, die Grundlagen der erstinstanzlichen Entscheidung zu prüfen, nicht aber das Urteil an sich revidieren zu dürfen.¹⁵⁸⁴

In einem auch für die Verhältnisse der *Neuen Lübeckischen Blätter* mit knapp sechs Seiten füllenden Aufsatz zur möglichen Einführung einer Schlichtungsinstanz bei dauerhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Gremien des Lübecker Staates, der Bürgerschaft und des Senats, führte „34“ in gewandter Argumentation die Vor- und Nachteile einer solchen Instanz auf.¹⁵⁸⁵ Nach einer kurzen Einleitung, in welcher der bisherige Diskussionsstand zur Problematik beschrieben und die Rolle der *Blätter* im öffentlichen Diskurs einmal mehr betont wurde, folgte die Argumentation. Die Schlichtungsinstanz, „Entscheidungs-Deputation“ genannt, sollte gesetzgeberischen Stillstand verhindern.¹⁵⁸⁶

„34“ führte eine Reihe von Thesen über den Charakter eines solchen Gremiums an, um schließlich zu behaupten, dass eine derartige Einrichtung nicht notwendig sei. Wenn sich ein Konflikt zwischen den beiden Staatsorganen entfalte, der sich nicht lösen lasse, sei dieser immer ein vordergründiger.¹⁵⁸⁷ Denn im Gegensatz zu konstitutionellen Staaten sei

1581 Vgl. ebd., S. 368.

1582 Ebd.

1583 Vgl. ebd.

1584 Vgl. ebd., 05.12.1847, S. 400.

1585 Vgl. ebd., S. 393-398.

1586 Vgl. ebd., S. 393f.

1587 Vgl. ebd. Neben der „diktatorischen Gewalt“ der „Entscheidungs-Deputation“ war insbesondere deren Zusammensetzung Gegenstand weiterer kritischer Auseinandersetzungen, die den Schluss zogen, dass eine

die Lübecker Republik von den Bürgern selbst beherrscht, die ein hohes Interesse daran haben müssten, das Gemeinwesen möglichst gut zu verwalten.¹⁵⁸⁸ Eine Schlichtungskommission könne daher den Einigungsprozess zwischen beiden Instanzen nur stören und gliche einem „plumpen Dazwischenfahren einer dictatorischen Gewalt“.¹⁵⁸⁹

Dass nun in der Regress-Verfassung von 1669 ein Konfliktpotenzial schwebte, räumte „34“ freimütig ein. Daher handelte es sich bei diesem Artikel keineswegs um einen Aufsatz im konservativen Sinne einer Beibehaltung vorhandener Zustände. Die Forderungen betrafen die Selbstergänzung des Senates, welche der Verfasser als Quell neuer Differenzen zwischen Senat und Bürgerschaft auffasste. Neben der Aufhebung dieses althergebrachten Rechtes wollte „34“ ein Wahlrecht aller Bürger einführen und die Kollegienverfassung der Bürgerschaft beseitigt wissen, die auf der überholten Zunftverfassung beruhe.¹⁵⁹⁰ Nach Durchführung solcher Reformen sei ein ernstlicher Konflikt nahezu ausgeschlossen. Für den Fall, dass es dennoch zu einem Zerwürfnis kommen sollte, regte „34“ nach einer jeweils zweifachen Vorlage des Gesetzes eine gemeinsame Sitzung beider Organe an, auf der über den Streitgegenstand entschieden werden sollte.¹⁵⁹¹

Nach einem scheinbar konservativen Beharren auf der Einigungsfähigkeit von Senat und Bürgerschaft ließ „34“ weitreichende politische Forderungen folgen, welche so erneut begründet in die Verfassungsberatung einfließen sollten.

Anfang Januar 1848 besprach „36“ über gut zwei Seiten die zweite Auflage des *Staatslexikons* von Rotteck und Welcker, indem er auf die Lübeck betreffenden Passagen einging.¹⁵⁹² Dem seit 1834 in fünfzehn Bänden herausgegebenen Nachschlagewerk wurde von der zumeist konstitutionellen Leserschaft eine hohe Bedeutung zugesprochen. Man zog das *Staatslexikon* zu allen Fragen der Politik zurate.¹⁵⁹³ Zunächst lobte der Rezensent

angemessene Zusammensetzung gar nicht erreicht werden könne (vgl. ebd., S. 395f.).

1588 Vgl. ebd., S. 396, wörtlich: „[B]ei uns ist jede Collision zwischen den Interessen des Raths und der Bürgerschaft nur scheinbar, indem es hier wirklich immer ein höheres gemeinsames giebt, das des Ganzen, des Gemeinwesens, in dem die Interessen beider Staatskörper jedesmal unbedingt und völlig zusammentreffen.“ (ebd.).

1589 Vgl. ebd., S. 397.

1590 Vgl. ebd., wörtlich: „Wie sehr einerseits durch das persönliche Stimmrecht aller Bürger, andererseits noch insbesondere durch unsere auf veralteten Zunftunterschieden beruhende Collegialverfassung eine gründlichere Verständigung zwischen beiden Staatskörpern, wie sehr dadurch überhaupt der Sieg einer klaren Einsicht und begründeten durchgebildeten Überzeugung über ein blindes und eigensinniges Meinen und Wähnen in der Bürgerschaft selbst erschwert wird, das liegt so auf der Hand [...], daß wir uns hier jede weitere Ausführung ersparen dürfen.“ (ebd.).

1591 Vgl. ebd., S. 398. „[D]ie hohe Feierlichkeit, welche eine gemeinsame Sitzung der beiden ganzen Staatskörper bekommen müßte, [hat] einen nicht geringen Werth, indem der Eindruck derselben gewiß schon mächtig dazu mitwirken würde, etwaige selbstische oder corporative Interessen zurückzudrängen und jedem Theilnehmenden die Berücksichtigung lediglich des Gemeinwohls an's Herz zu legen.“ (ebd.).

1592 Vgl. ebd., 02.01.1848, S. 4- 6.

1593 Vgl. Schnabel 1948, S. 64.

das Staatslexikon, das 1841 der Anstoß zur Einrichtung der Verfassungsrevisionskommission gewesen war.¹⁵⁹⁴ Dr. Friedrich Krüger aus Lübeck hatte den seinerzeit von Prof. Wurm verfassten Artikel zur Lübeckischen Verfassung über das Jahr 1817 hinaus bis zur Mitte der 1840er Jahre fortgeschrieben.¹⁵⁹⁵

Zunächst lobte Krüger die Zweckmäßigkeit des repräsentativen Prinzips auf Grundlage gewerblicher Stände, für die sich die Bürgerschaft am 26. September 1846 im Zuge der Verhandlungen über eine Verfassungsrevision ausgesprochen hatte. Weiterhin sprach sich Krüger für ein freies Mandat aus, das dem Gewählten erlauben sollte, als Staatsbürger und eben nicht als gewählter Vertreter einer Gruppe zu entscheiden. Er kam zum Schluss, dass die ständische Vertretung für die Verhältnisse in Lübeck die geeignetste Form einer Verfassung sei, denn sie habe den Vorzug, so Krüger,

[...] daß sie jede Beschränkung des Wahlrechts, des activen wie des passiven, überflüssig machte, mithin das größte Maß politischer Berechtigung gewährte, welches in einem Repräsentativstaate nur irgend gedacht werden kann.¹⁵⁹⁶

Während sich „36“ bis hierhin hinsichtlich der Vorstellungen Krügers zustimmend geäußert hatte, lehnte er dessen Vorschlag in Bezug auf die Zahl der Kaufleute im Rat ab. Diese sollte reduziert werden, damit die Kaufleute weniger den Divergenzen zwischen gewerblichen Interessen und amtlichen Verpflichtungen ausgesetzt seien. Dies berge die Gefahr, dass sich die besten Kandidaten nicht mehr für ein städtisches Amt interessieren würden.¹⁵⁹⁷ Seine Zustimmung gab „36“ wiederum dem Fazit Krügers, der die Konstitution als ersten Schritt einer Reihe weiterer Reformen verstand. So sollte die Verwaltung umfassend reformiert und eine Zentralbehörde für Handel und Schifffahrt eingeführt werden.¹⁵⁹⁸

Unter der bezeichnenden Überschrift „Gutta cavat lapidem“ fasste „88“ Anfang Januar 1848 die Bestrebungen Mecklenburgs, Badens, Württembergs und Bremens in Richtung einer Justizreform unter Trennung von Administration und Rechtsprechung zusammen. Die Einführung des öffentlich-mündlichen Verfahrens vor einem Richterkollegium sei ebenfalls vorgesehen. Während man in Lübeck immer noch auf einen

1594 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 02.01.1848, S. 4. Vesely schreibt zur Einsetzung der Verfassungsrevisionskommission: „Seit 1814 sind vom Rat ausgehende Verfassungsreformbestrebungen zu beobachten, die jedoch wegen des Widerstandes der Kollegien nur langsam voran kamen. Zunehmender öffentlicher Druck, artikuliert in der Presse und in privaten Zirkeln [...] führten 1844 zur Einsetzung einer Verfassungsrevisionskommission aus Rats- und Bürgerschaftsvertretern, deren Beratungen schließlich am 8. April 1848 zur Verkündung der neuen Verfassung führten.“ (Vesely 1983, S. 6).

1595 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 02.01.1848, S. 5

1596 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

1597 ebd., S. 5f.

1598 Vgl. ebd., S. 6.

Widerspruch der Ausführungen in den *Blättern* des Jahres 1846 warte, hätten die genannten Staaten bereits Schritte in Richtung einer liberalen Justizreform in Angriff genommen, mahnte „88“. ¹⁵⁹⁹

Verfassung und Justizordnung waren auch in den kommenden beiden Monaten die bestimmenden Themen dieser Kategorie. Im Februar nahm sich „99“ des Problems des senatorischen Selbstergänzungsrechtes an: ¹⁶⁰⁰ Auf einen Initiativartikel des Verfassers vom 16. Januar hatte in der Folgewoche „31“ geantwortet. Letzterer forderte die Ablösung des Selbstergänzungsrechtes. In einer Erwiderung bezog sich „99“ Anfang Februar auf die Argumente seines Widersachers und führte diese wohlgeordnet noch einmal auf, um sie im Anschluss zu widerlegen. ¹⁶⁰¹

Die Selbstergänzung sei sinnvoll und daher beizubehalten, so der Tenor des Initiativartikels, der dadurch den Ausgleich zwischen liberalen und konservativen Kräften im Senat als legislativem Gremium in ausreichendem Maße gegen den „übermächtigen Einfluss des Liberalismus“ bewahrt sah. Außerdem könne die Bürgerschaft, sollte ihr die Wahl neuer Senatsmitglieder zugestanden werden, als ein dem Senat übergeordnetes Gremium verstanden werden. ¹⁶⁰²

Aus diesen Zeilen ließe sich nur zu leicht ein Streit zwischen einem entschiedenen Bewahrer der alten Ordnung und einem liberal Denkenden herauslesen. Folgende Passage mag indes belegen, dass es sich bei „99“ und „31“ zwar in Bezug auf allgemeinpolitische Einschätzungen, nicht aber um exemplarische Vertreter der genannten beiden Richtungen handelte.

„99“ verwarf in der weiteren Besprechung die Ansicht seines Gegners, die Diskussion im Staat sei nur ein „Wetteifer der zur Förderung des Staatswohls Verpflichteter“. Vielmehr handle es sich um einen „Kampf der Partheien“, da sich in jedem Gemeinwesen unter den Entscheidungsträgern mehr oder minder feste Parteiungen bildeten. Daher könne auch im Falle Lübecks von einer konservativen und einer liberalen Partei gesprochen werden, die durch den „Meinungskampf“ eine Annäherung an die ideale Entscheidung erreichen könnten. ¹⁶⁰³ Es ist im Rückblick offensichtlich, dass „31“ sich weiterhin der Aufklärung verpflichtet fühlte und die in Entwicklung begriffene Organisation politisch relativ homogener Gruppen noch nicht anerkannte, während eben diese Struktur von „99“ als

¹⁵⁹⁹ ebd., S. 8,

¹⁶⁰⁰ Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 47- 49.

¹⁶⁰¹ Vgl. ebd., S. 47

¹⁶⁰² Vgl. ebd.

¹⁶⁰³ Vgl. ebd.

natürlich bezeichnet wurde.

Das konservative Prinzip, welches durch ein Wahlrecht der Bürgerschaft bei Berufung von Senatsmitgliedern gefährdet werden könne, lasse sich nicht durch die Langsamkeit der Entscheidungen im Stadtstaat aufrecht erhalten. Diese leite sich aus den Mängeln der Staatsverwaltung ab.¹⁶⁰⁴ Mehr als „31“ sah „99“ die Reformbedürftigkeit des gesamten Gemeinwesens. Den Schluss, das System durch eine mutige Reform des Erwerbs der Senatsmitgliedschaft zu größerer Beweglichkeit zu veranlassen, zog er dagegen nicht.

Dieser Artikel veranschaulicht zunächst die reale Nutzung der *Blätter* als Diskussionsforum. Kritischen Anmerkungen wurde dabei schulrhetorisch begegnet, auch wenn sich nicht verbergen ließ, dass eine klare Scheidelinie zwischen „Konservativen“ und „Liberalen“ zumindest in der Zeit des Vormärz' in Lübeck noch nicht gezogen war. Beide Kräfte integrierten Anfang 1848 noch Elemente der jeweils anderen Position in ihre Argumentationen.¹⁶⁰⁵

In der „Kleinen Chronik“ der Ausgabe vom 6. Februar 1848 mahnte ein Geschäftsmann an, die versprochene Sammlung Lübeckischer Verordnungen möge recht bald erscheinen. Die Ratsdrucker hätten wenig Mühe mit der Zusammenstellung der bereits gedruckten Regelungen, während die Kaufleute diese mühevoll zusammensuchen müssten.¹⁶⁰⁶

Dieser Appell zeugte vom Bemühen der Bürger um mehr Rechtssicherheit und war Ausdruck der allgemeinen Verrechtlichung im 19. Jahrhundert.

Erneut in „Gutta cavat lapidem“ nahmen die *Blätter* ihre Berichterstattung über die Fortschritte im deutschen Ausland auf: Im Königreich Württemberg liege seit Anfang 1848 ein Gesetzentwurf vor, der die Einführung einer auf Öffentlichkeit und Mündlichkeit basierenden Justizordnung vorsehe. Diese sei im benachbarten Baden seit Jahren in Anwendung. Auch in Bremen habe sich die von den *Blättern* als sehr gewünscht bezeichnete Reform der Rechtsprechung in Handelsangelegenheiten schon bewährt.¹⁶⁰⁷

Bereits ganz im Zeichen der Bewegungen in Europa standen die Mittelungen zur Reform des Gerichtswesens vom 12. März 1848. Der Verfasser teilte eine Meldung der *Weserzeitung* mit, derzufolge sich die süddeutschen Staaten auf die Abfassung einer

1604 Vgl. ebd.

1605 Zudem gaben „99“ und „31“ in den *Blättern* vom 20.02.1848 bekannt, dass ihr Streit nun beigelegt sei. Weiter: „[...] Glauben sie [,99“ und „31“; M. P.] sich dagegen einander die öffentliche Erklärung schuldig zu sein, daß keiner von beiden darauf Anspruch hat, den Gegner besiegt zu haben, daß sie gegenseitig die Reinheit der Motive des Gegners anerkennen und um so zuversichtlicher einer privaten Verständigung entgegensehen [...]“ (ebd., S. 69).

1606 Vgl. ebd., 06.02.1848, S. 52.

1607 Vgl. ebd.

einheitlichen Strafprozessordnung auf Basis des öffentlichen und mündlichen Verfahrens geeinigt hätten.¹⁶⁰⁸

In der jetzigen bewegten Zeit, [...] darf es nicht Wunder nehmen, daß ein Anliegen insbesondere sich aller Orten mit gleicher Entschiedenheit geltend macht: die Reform des Gerichtswesens, die Einführung einer volksthümlichen, auf Öffentlichkeit und Mündlichkeit basierenden Rechtspflege [gesperrt gedruckt im Original; M. P.].¹⁶⁰⁹

Auch in Baden und Württemberg seien öffentlich-mündliche Verfahren und Einführung von Schwurgerichten bereits zugesagt, Reformen stünden auch in den anderen deutschen Staaten an, weshalb der Verfasser abschließend in gesperrtem Druck fragte, ob die Stadt Lübeck angesichts der Veränderungen noch zögern dürfe.¹⁶¹⁰

Im März erschien eine neuerliche Einsendung zur gesammelten Ausgabe der Lübecker Verordnungen in den *Blättern*: Der Verfasser forderte nun, das Privileg zur Herausgabe der Verordnungen an einen Anbieter zu vergeben, der den Wünschen des Publikums eher nachkomme als der bisherige, stets säumig handelnde.¹⁶¹¹

Ähnlich mahnend bis anklagend war ein weiterer Eintrag der „Kleinen Chronik“ gehalten, der durchgehend gesperrt gedruckt die umgehende Einführung der neuen Verfassung anmahnte. Die Regierung solle im Falle Lübecks den Petitionen der Bürger zuvorkommen und die Öffentlichkeit zunächst der Verhandlungen von Bürgerschaft und Gerichten der Stadt garantieren. Weiterhin forderte der Verfasser eine umgehende Trennung von Administration und Justiz in der Stadt. Vorangestellt war dieser Mahnung ein Zitat aus den *Hamburger Nachrichten* vom 9. März, in dem der Lübecker Verfassungsrevisionskommission Untätigkeit vorgeworfen und vor der Einsetzung einer solchen Kommission für Hamburg gewarnt wurde.¹⁶¹²

Die Verfassungsrevisionskommission arbeitete 1848 schon seit Jahren an einem in Rat und Bürgerschaft mehrheitsfähigen Konstitutionsentwurf. Der langsame Gang der Geschehnisse im Stadtstaat, von den *Blättern* mehrfach kritisiert, wurde ab Anfang März von den sich überschlagenden Ereignissen beschleunigt: Wenn noch Ende 1847 die Durchführung der Verfassungsreform für den Zeitraum bis Ende 1848 prognostiziert

1608 Vgl. ebd., 12.03.1848, S. 103.

1609 Ebd., S. 103f.

1610 Vgl. ebd., S. 104.

1611 Vgl. ebd., S. 103, wörtlich: „Allein es scheint hier eine Unverbesserlichkeit vorzuliegen, und deshalb ist der Wunsch gewiß gerechtfertigt, daß das Privilegium auf die Herausgabe der Gesetzsammlung nach dessen bald zu erwartendem Ablaufe nicht wieder ertheilt, sondern die Herausgabe der Concurrenz überlassen werden möge.“ (ebd.).

1612 Vgl. ebd., S. 104.

worden war, schienen solch lange Fristen nun mehr und mehr utopisch.

„31“ ging am 2. April in „Fortgang der Verfassungsreform“ auf der Titelseite der *Blätter* auf dieses Problem ein.¹⁶¹³ Mit einer Volksversammlung in der letzten Märzwoche wollte eine Gruppe durch Petition an Rat und Bürgerschaft ein allgemeines und gleiches (Männer-)Wahlrecht sowohl hinsichtlich der Wahlentscheidung wie der Wählbarkeit für selbständige Bürger verabschieden lassen.¹⁶¹⁴ Dies Vorhaben scheiterte allerdings in der trotz fehlender Erlaubnis zusammengetretenen Versammlung an der Argumentation der Gegner einer Wahlrechtsöffnung. Die *Blätter* rühmten deren friedlichen und besonnenen Ablauf ausdrücklich. Nachdem abzusehen gewesen sei, dass die Befürworter einer weitgehenden Öffnung nicht die Mehrheit der Versammelten hinter sich sammeln würden, hätten diese die Petition fallen lassen.¹⁶¹⁵ Offenbar befürwortete das Volk einen so weitgehenden Reformschritt auf dieser qua revolutionären Rechts zusammengetretenen Versammlung nicht.

Als Begründung für die wenig revolutionäre Stimmung führte „31“ an, dass die Anwesenden zunächst einmal überhaupt eine Reform der Rezessordnung von 1669 wünschten.¹⁶¹⁶ Währenddessen schritten die Abstimmungen in den Kollegien und dem Senat weiter voran, sodass der Verfassungsentwurf der Revisionskommission trotz der zugestandenen Mangelhaftigkeit demnächst verabschiedet werden könne,¹⁶¹⁷ schloss der Artikel.

B.4.8.3 Von der Verabschiedung der Aprilverfassung bis in den Sommer 1848: Schließung der Revolution noch vor ihrem Beginn?

In den *Neuen Lübeckischen Blättern* entbrannte infolge eines Artikels zur „Niedergerichts-Procuratur“ ein Streit, der sich nach einem ersten Artikel in der „Kleinen

1613 Vgl. ebd., 02.04.1848, S. 131f.

1614 Vgl. ebd., S. 131. Der Verfasser ging nicht weiter auf den Verlauf und Ausgang der Volksversammlung ein, da er beides ausdrücklich als bekannt voraussetzte (vgl. ebd.).

1615 Vgl. ebd., wörtlich: „[M]it ächt republikanischer Selbstverläugnung haben diejenigen, welche anfangs ihre von den Reformvorschlägen [der Verfassungsrevisionskommission; M. P.] abweichenden Ansichten ungesäumt geltend zu machen beabsichtigten, sofort ihr Vorhaben aufgegeben, nachdem sie sich überzeugt, daß sie bei ihren Mitbürgern nicht den gewünschten Anklang fänden.“ (ebd.). In einer Fußnote ließ „31“ auch die Befürworter der Petition zu Wort kommen, indem er aus einer Anzeige dieser Gruppe in den *Lübeckischen Anzeigen* (31.03.1848) zitierte: „Die [...] Petition an Rath und Bürgerschaft um sofortige Einführung gleicher Wahlberechtigung und Wählbarkeit aller selbstständigen Bürger wird [...] einstweilen zurückgehalten, da die öffentliche Meinung sich dort n o c h n i c h t [im Original gesperrt gedruckt; M. P.] mit der gewünschten Entschiedenheit für diese Petition aussprach.“ (vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 02.04.1848, S. 131).

1616 Vgl. ebd., 02.04.1848, S. 132.

1617 Vgl. ebd.

Chronik“ über mehrere Ausgaben erstreckte. Die allgemeinen „Märzforderungen“ betrafen das Rechtswesen, indem man allerorten Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren sowie die Einführung von Schwurgerichten forderte.

Anlass des Initiativartikels war die geplante Wiederbesetzung der Niedergerichtsprokurator, der dritten Neubesetzung in zwei Jahren, wie der Verfasser beklagte.¹⁶¹⁸ Er schlug nun vor, diese Wiederbesetzung auszusetzen, bis der Senat und die Mehrheit der bürgerlichen Kollegien sich für die Trennung der Regierung von der Justiz sowie das öffentliche und mündliche Verfahren ausgesprochen hätten.¹⁶¹⁹ Das Prokuratorenwesen, das nach Einschätzung des Verfassers nach Meinung aller Bürger abgeschafft werden müsste, sei „der eigentliche faule Fleck“ des Justizsystems der Stadt.¹⁶²⁰

Der ungewöhnlich deutliche Ton des Artikels, speziell die Formulierung „fauler Fleck“, fiel aus dem sonst üblichen Rahmen der sprachlichen Gestaltung der *Blätter*. Inhaltlich wurde der grundsätzlichen Position eines mündlich-öffentlichen Verfahrens die Forderung beigegeben, Prozesse künftig durch eine von der Verwaltung gelöste, unabhängige Justiz durchführen zu lassen.¹⁶²¹

Nachdem auch der Senat am 9. April 1848 für die Annahme des Staatsverfassungsentwurfs votiert hatte, konnte dieser in Kraft treten.¹⁶²² In der „Kleinen Chronik“ vom 14. Mai besprachen die *Blätter* wieder konkrete Fragen, die mit der Umsetzung der Wahlen im Zusammenhang standen. Das Wählerverzeichnis war fehlerhaft:

[S]o sind den Kaufleuten manche Wähler zugezählt, welche früher Kaufleute w a r e n, in den Stand der Gelehrten hingegen manche Wähler hineingerathen, welche bisher wenigstens nicht Gelehrte waren, sondern höchstens die allgemein menschliche Fähigkeit besitzen, vielleicht noch in diesem oder in einem andern Leben Gelehrte zu w e r d e n [beide Hervorhebungen im Original gesperrt gedruckt; M. P.].¹⁶²³

Mit Blick auf die bereits in Erarbeitung befindliche Novelle der Aprilverfassung 1848 hatten die *Blätter* der in Bremen erscheinenden *Weserzeitung* vom 9. Mai einen Artikel entnommen, der sich mit der Diskussion über das gleiche aktive Wahlrecht in Hannover befasste.¹⁶²⁴ Die Leser sollten aus der Argumentation des Bremer Blattes Analogien zu den lübeckischen Verhältnissen ziehen:

Die *Weserzeitung* verwarf die Idee eines gleichen aktiven Wahlrechts als für das Gemeinwesen schädlich. Es sei der größte Feind „freisinniger Institutionen“, denn es liege

1618 Vgl. ebd., S. 134.

1619 Vgl. ebd.

1620 Ebd.

1621 Vgl. ebd.

1622 Vgl. ebd., S. 135.

1623 Ebd., 14.05.1848, S. 182.

1624 Vgl. ebd.

auf der Hand, dass die Masse des Volkes stets von einem politischen Extrem zum nächsten schwanke. Ebenso wie eine völlige Gleichheit der Menschen sich wegen der unterschiedlichen Begabungen etc. immer wieder zugunsten einer auf Verschiedenartigkeit beruhenden Ordnung auflösen würde, sei auch ein gleiches Wahlrecht unnatürlich.¹⁶²⁵

Der Artikel schloss mit einem Bekenntnis zur konstitutionellen Reform, die infolge der Intrigen und des Machtmissbrauchs der Vormärzregierungen sowie der Unterdrückung der Armen durch die Reichen notwendig geworden sei:¹⁶²⁶

Wollen wir den Polizei-Staat, die früheren Anmaßungen der Bureaucratie des Adels und der Geldaristokratie grundlich und für die Dauer beseitigen, so laßt uns auf dem gemäßigten aber sicheren und festen Grundlagen das neue Verfassungsgebäude erreichen.¹⁶²⁷

Die *Blätter* feierten Anfang Juni die erste Sitzung der gemeinsam tagenden Bürgerschaft, die am 2. Juni 1848 zu ihrer konstituierenden Versammlung zusammengetreten war.¹⁶²⁸ Ein mit „Zur Begrüßung der neuen Verfassung“ überschriebener Artikel stellte die wesentlichen Neuerungen vor, zu denen der Einsender die neue Regelung der Senatsergänzung durch gleichberechtigte Abstimmung in Senat und Bürgerschaft, das gemeinsame Zusammentreten aller Kollegien in einer Bürgerschaftsversammlung und den mündlichen Verkehr zwischen beiden Gremien zählte. Hinzu kam die Einführung einer Schlichtungsinstanz bei andauernden Streitigkeiten zwischen Bürgerschaft und Senat,¹⁶²⁹ die im Vormärz als unnötig bzw. für das Gedeihen des Staatswesens kontraproduktiv angesehen worden war.

Im Anschluss gingen die *Blätter* kurz auf die Entstehung der neuen Konstitution ein und lobten den gesetzmäßigen Weg der Reform: „[D]ie gewaltige Bewegung der letzten drei Monate hat auf die einstimmige Annahme und ruhige Einführung des bereits schon vorher vollendeten Verfassungsentwurfs nur beschleunigend eingewirkt.“¹⁶³⁰ Zwar stelle das Grundgesetz noch nicht die höchste Stufe der möglichen freiheitlichen Entwicklung dar, dennoch seien wesentliche Reformen, wie die Trennung von Justiz und Administration, Öffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege und die Judenemanzipation, auf Grundlage der neuen Regelungen möglich geworden, eine wesentliche Verbesserung.¹⁶³¹

Gleich diesen noch aus dem Vormärz stammenden Reformwünschen der (Alt-)Liberalen

1625 Vgl. ebd., wörtlich: „Solche utopische Theorien, nach denen Einige jetzt die Völker und Staaten in politischer wie in socialer Hinsicht gänzlich umgestalten und neue Verfassungen aufbauen wollen, können nur zum Verderben ausschlagen, und es ist Pflicht, sie in ihrer ganzen Blöße darzustellen.“ (ebd.).

1626 Vgl. ebd.

1627 Ebd.

1628 Vgl. ebd., 04.06.1848, S. 199f.

1629 Vgl. ebd., S. 199.

1630 Ebd.

1631 Vgl. ebd., S. 200.

wurde auch der Weg beschrieben, auf dem man die Neuregelungen erstreiten wollte: Durch das nunmehr gewährte Recht auf Assoziation und die eingeführte Preßfreiheit sei es nun möglich, im freien Streit der Meinungen die Wahrheit zu finden.¹⁶³²

Bezogen auf die Verfassungsreform für Lübeck begrüßten die *Blätter* einhellig den beschrittenen gesetzlichen Weg, von dem man sich dauerhafte und politisch ausgeglichene Regelungen versprach. Unterstützt wurde diese Auffassung in Lübeck durch die Tatsache, dass schon zu Jahresbeginn 1848 ein Verfassungsentwurf vorlag, der die überalterte Konstitution – wenn auch nicht umfassend – reformieren könnte. Die Volksversammlung zeigte, dass die Bürger mehrheitlich das bisher Erreichte sichern wollten, um dann mittels der mit neuen Befugnissen ausgestatteten Gremien eine weitere Reform anzuschließen, um den „Zeiterfordernissen“ vollumfänglich gerecht zu werden.

Am 17. und 18. Juli 1848 war die erste nach der neuen Verfassung gewählte Bürgerschaft zusammengekommen. Verhandlungsgegenstände betrafen neben der Anordnung einer Feier anlässlich der Schaffung einer Zentralgewalt durch die Nationalversammlung auch spezifisch lübeckische Probleme. Die steuerpflichtigen und bisher unvertretenen Einwohner des Stadt- und Landgebietes baten um politische Teilhabe. Gleiches galt für die Brettträger, die allerdings ein spezifischeres Gesuch auf Vertretung als Korporation in der Bürgerschaft gestellt hatten. Dr. v. Duhn und Dr. Dettmer, beide hinlänglich von ihrer Mitarbeit in der „Gesellschaft“ und den *Blättern* bekannt, hatten einen Antrag auf Öffentlichkeit der Bürgerschaftssitzungen und Bekanntmachung der Verhandlung gestellt. Während die ersten Anträge nur diskutiert wurden, votierte die Bürgerschaft in der Frage der Öffentlichkeit ihrer Sitzungen ablehnend, gestand aber das Recht auf eine Publikation der Versammlungsprotokolle zu.¹⁶³³

Indem die *Blätter* Ende Juli 1848 von diesem neuen Recht Gebrauch machten, zeigten sie ihre progressive Haltung gegenüber den Forderungen Duhns und Dettmers.

„125“ erörtere Anfang August infolge der fortgesetzten Verfassungsreformdiskussionen auf den ersten zwei Seiten der *Blätter* die Frage „Ist es rathsam, schon jetzt wesentliche Veränderungen mit unserer neuen Verfassung vorzunehmen?“¹⁶³⁴ Nach einem Verweis auf die bereits während der ersten Sitzungen der Bürgerschaft diskutierten Anträge auf Verfassungsrevision in Bezug auf das Wahlrecht bislang nicht vertretener Einwohner, verwies der Verfasser auf die Beratung der Reichsverfassung. Erst wenn die

1632 Vgl. ebd., wörtlich: „In dem unbeschränkten Kampf der Meinungen wird sich das Wahre vom Falschen, wie der Weizen von der Spreu sondern [...]“ (ebd.).

1633 Vgl. ebd., 23.07.1848, S. 266f.

1634 Vgl. ebd., 06.08.1848, S. 281f.

Verhandlungen in Frankfurt zum Abschluss gekommen seien, könne es nützlich sein, über die Konstitution Lübecks erneut zu verhandeln. Die Verfassung zeitnah zu ändern hieße, sich der Neuerungslust der Zeit hinzugeben, die ebenso schädlich sei wie die Erstarrung der Vorjahre. „125“ sprach sich dafür aus, mit dem neuen Regelwerk zunächst praktische Erfahrungen zu machen, bevor man eine Revision nur auf Grundlage politischer Theorien anstrenge.¹⁶³⁵

Das Gemeinwesen müsse sich gemächlichen Änderungen unterziehen, damit nicht durch „starkes Schwanken“ der Politik die bestehenden Verhältnisse zerrüttet, der Wohlstand gefährdet werde. Der Verfasser sah die unteren Schichten, die sich leicht politischen Abenteuern hingäben, gleichzeitig als erste Opfer unsicherer Verhältnisse.¹⁶³⁶ Man müsse nun abwarten, da die politische Theorie zunächst mit praktischen Erfahrungen verbunden werden müsse, um eine dauernde und positive Veränderung des Grundgesetzes zu erreichen:

Wenige Jahre werden ausreichen, um eine [...] erfahrungsmäßige Einsicht in den Werth oder die Mängel unserer neuen Verfassung zu gewinnen, wie sie die Rücksicht auf das Gemeinwohl vor einer neuen Änderung durchaus fordert.¹⁶³⁷

Anfang September wurde erneut auf die anstehenden Reformen im Gerichtswesen Bezug genommen. Im zweiten Teil eines vierteiligen Aufsatzes ging der nicht genannte Verfasser auf die Frage der Trennung von Justiz und Administration ein.¹⁶³⁸ Es genüge nicht, die Rechtsprechung aus der Verantwortlichkeit des Senats zu entfernen. Um eine unabhängige Justiz zu garantieren, müssten notarielle Tätigkeiten ausgegliedert, eine Staatsanwaltschaft und eine unabhängige Instanz zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Urteilen geschaffen werden.¹⁶³⁹ Neben eine personelle Trennung der richterlichen und der exekutiven Gewalt müsse eine weitere unabhängige Gewalt eingeführt werden, um die Aufgabenbereiche beider Teile voneinander zu scheiden.¹⁶⁴⁰

Auf die Frage der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen und Verhandlungen der Bürgerschaft ging die „Kleine Chronik“ 147 ein, in der gewünscht wurde, die Protokolle

1635 Vgl. ebd., S. 281., wörtlich: „Bekanntlich giebt es gar verschiedene politische Ansichten, und es ist noch keineswegs ausgemacht, welche die richtigen sind; der geistige Kampf zwischen denselben wogt in diesem Augenblick mächtig hin und her.“ (ebd.).

1636 Vgl. ebd., S. 282.

1637 Ebd. Bereits in der folgenden Nummer der *Blätter* sprach sich „31“ für eine „sofortige Verbesserung unserer Verfassung“ aus - ebenfalls auf der Titelseite und textlich ebenfalls im Umfang von etwa zwei Seiten.

1638 Vgl. ebd., 03.09.1848, S. 318- 320.

1639 Vgl. ebd., S. 318f. Weiterhin forderte der Verfasser, eine vom Richteramt getrennte „vollziehende Gewalt“ zu schaffen. Eine genauere Definition der Tätigkeit solcher „Vollziehungsbeamten“, einer Art Polizei, kündigte der Verfasser für die kommenden Ausgaben der *Blätter* an (vgl. ebd., S. 319).

1640 Vgl. ebd., S. 319f. Der Verfasser machte die Notwendigkeit der unabhängigen Gewalten am Beispiel der Justizverfassungen Hannovers und Sachsens fest (vgl. ebd., S. 319f.).

beider Gremien, die weiterhin ohne öffentliche Hörerschaft tagten (s.o.), in Zukunft als Separatdrucke günstig zu vertreiben.¹⁶⁴¹ Offenbar wollte man mit Unterstützung der *Blätter* erreichen, dass die Öffentlichkeit wenigstens im Nachhinein die Möglichkeit hat, sich umfassend über die Arbeit der politischen Gremien der Stadt zu informieren.

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* verhielten sich im Sommer 1848 politisch uneinheitlich. Neben einigen konservativ wirkenden Beiträgen, die beispielsweise erst Erfahrungen mit der neuen Konstitution sammeln wollten, um diese dann nach Ablauf einiger Jahre zu reformieren, lassen sich auch progressive Artikel nachweisen, die auf eine genaue Scheidung von Administration und Rechtsprechung drangen und letztere einer umfassenden Reform unterzogen wissen wollten.

Der Weg gesetzlicher Reform wurde allerdings als Maß aller Dinge erneut bekräftigt, weshalb die konstitutionelle Grundposition des Blattes fortgeführt wurde.

B.4.8.4 Von der „Lübecker Oktoberrevolution“ bis zum Beschluss der neuen Verfassung Lübecks

In den Wochen des Oktobers spitzte sich die Frage der Verfassungsreform im Sinne progressiver Neuerungen zu. Nach einem konservativ geleiteten Aufstand Lübecker Klein Händler entschieden sich Senat und Bürgerschaft dennoch, das gleiche (Männer-)Wahlrecht wie geplant einzuführen und damit die vormals ständische Gliederung aufzulösen.¹⁶⁴²

Am 1. Oktober, also eine gute Woche vor den Unruhen in Lübeck, erschien in den *Blättern* der Artikel „Zur Verfassungsfrage. Zwei Vorschläge“, indem die Reformen der Verfassungsrevisionskommission in Bezug auf die Umgestaltung der Bürgerschaft zusammengefasst wurden.¹⁶⁴³ Der erste Vorschlag sah eine 120köpfige und ständisch gegliederte Bürgerschaft vor, welche die bisher gültige Unterteilung des Gremiums beibehalten und um die Gruppe der Einwohner ergänzen wollte. Jede der dann sechs Wählerklassen¹⁶⁴⁴ sollte sich bei der Abstimmung nicht auf den eigenen Vertreterkreis beschränken. Krämer sollten auch Gelehrte wählen können, diese wiederum

1641 Vgl. ebd., S. 320.

1642 Vgl. zur Verfassungsreform bis hin zur Dezembervfassung 1848 Graßmann 1997, S. 612- 614.

1643 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 01.10.1848, S. 354f.

1644 Die sechs Klassen sollten aus folgenden Gruppen gebildet werden: Gelehrte (12 Sitze), Kaufleute (28 Sitze), Krämer (12 Sitze), Gewerbetreibende (28 Sitze), Einwohner (zusammen 28 Sitze) und bisher wahlberechtigte Landleute (12 Sitze) (vgl. ebd., 01.10.1848, S. 354).

Gewerbetreibende usw.¹⁶⁴⁵

Ein zweiter Reformvorschlag favorisierte einen sehr komplizierten Wahlmodus, der einen Kompromiss zwischen allgemeiner und gleicher Wahl sowie aus einigen ständischen Elementen bestehen sollte: „Nach diesem [Vorschlag; M. P.] hätten bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht die Stadt 96, das Land 24 Vertreter zu ernennen, jedoch so, daß zwei Drittel aus Berufsklassen und ein Drittel ohne Beschränkung gewählt werden würde.“¹⁶⁴⁶

Im Anschluss an die Bekanntmachung der ersten Abstimmungsrunde sollten die Bürger nach Wahlbezirken geordnet die Möglichkeit haben, das verbleibende Drittel der Mandate in freier und gleicher Wahl zu bestimmen.¹⁶⁴⁷

Die *Blätter* kommentierten diese Vorschläge zwar nicht, dennoch wirken die Bestimmungen, insbesondere des zweiten Vorschlags, praxisfern und vor dem Hintergrund der seit Monaten andauernden Diskussionen um das Stimmrecht auch als überholt.

„Ist der neueste Beschluß der Bürgerschaft in der Verfassungsfrage ein ungerechter?“, fragte „40“ auf der Titelseite der *Blätter* vom 5. November 1848.¹⁶⁴⁸ Den Hintergrund für diese Frage bildete eine Anpassung des Senatsvorschlags, das freie und gleiche Wahlrecht nach Maßgabe der Einwohnerzahl zu bestimmen. Dadurch hätte sich ein Verhältnis von 72 Abgeordneten für das Lübecker Stadt- und 48 Vertretern für das Landgebiet ergeben. Die Bürgerschaft reduzierte die Anzahl der Vertreter aus dem Landgebiet auf 30, während der Stadt mit 90 Abgeordneten nun eine weit deutlichere Mehrheit zufallen sollte.¹⁶⁴⁹ Der Verfasser sah diese Verschiebungen aufgrund der in Lübeck bestehenden Gemeinschaft von Kommunal- und Staatsbehörden als gerechtfertigt an. Erst nach einer (langwierigen) Trennung der Verwaltungen könne man daran denken, das Kopfprinzip bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht zur Anwendung zu bringen. Ohne diese ergäben sich Probleme bei der Zuweisungshöhe der Staatsmittel, weil nicht sicher festgelegt werden könne, welche Einnahmen der kommunalen und welche der gesamtstaatlichen Kasse zufließen sollten.¹⁶⁵⁰

In der gleichen Ausgabe ging „31“ auf die Forderung nach Öffentlichkeit der Bürgerschaftsversammlungen ein.¹⁶⁵¹ Die Verfassungsnovelle vom April 1848 hatte die Öffentlichkeit der Verhandlungen noch nicht garantiert, allerdings entsprach die

1645 Vgl. ebd., S. 354.

1646 Vgl. ebd., S. 355, vgl. dort auch Vorstehendes.

1647 Vgl. ebd.

1648 Vgl. ebd., 05.11.1848, S. 393.

1649 Vgl. ebd.

1650 Vgl. ebd.

1651 Vgl. ebd., S. 394.

Versammlung selbst diesem viel geäußerten Wunsch dadurch, dass sie in der konstituierenden Sitzung die Zulassung der Öffentlichkeit beschloss. In der dritten Sitzung wurde darüber hinaus auch die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle erlaubt.¹⁶⁵²

Die verfassungsmäßige Festschreibung dieser geschäftsordnungsmäßigen Bestimmung hatte der *Volksfreund* (Nr. 25) gefordert. Die Öffentlichkeit sollte „unbeschränkt“ zugelassen werden, stand in der Zeitung weiterhin zu lesen. Eine so weitgehende Forderung wies „31“ zurück, indem er auf die Unmöglichkeit einer unbeschränkten Teilnahme schon infolge des beschränkten Sitzungsraumes hinwies: „Oder sollte sich die Bürgerschaft etwa auf offenem Felde versammeln?“¹⁶⁵³ „31“ hielt es für unabdingbar, vor einer verfassungsmäßigen Festschreibung der Öffentlichkeit bürgerschaftlicher Sitzungen zunächst über geeignete Räumlichkeiten zu verfügen.¹⁶⁵⁴

Im vierten Abschnitt der sechsteiligen Serie „Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens“ befasste sich der Einsender mit der möglichen Einführung von Schwurgerichten in Lübeck.¹⁶⁵⁵ Nachdem er anhand der Bestimmungen Belgiens, Kölns und Sachsen-Weimars einige Beispiele zur Lösung der Frage nach der Berufungsmethode für die bürgerlichen Richter aufgezeigt hatte,¹⁶⁵⁶ folgten Vorschläge für Lübeck: Da der Staat nur etwa 42.000 Einwohner zähle, müsse man das Recht zum Laienrichtertum möglichst offen gestalten.¹⁶⁵⁷

Der Verfasser präferierte die Vorschläge der Kommission zur Erarbeitung eines Lübecker Preßgesetzes, welche eine zweijährig zu wiederholende Wahl der Bürgerschaft von 90 Laienrichtern aus einer Liste mit 120 Personen vorsah, die der Bürgerausschuss erstellen sollte. Von den Gewählten sollten im Anschluss 30 Bürger ausgelost werden. Beide Streitparteien würden aus dieser Gruppe gleichberechtigt zwölf Richter wählen, die sich dann des Verfahrens annähmen.¹⁶⁵⁸ Der Verfasser kam zum Schluss, dass sich auf diesem Wege eine unparteiische Rechtsprechung bei einer geeigneten Kandidatenauswahl praktisch garantieren lasse.¹⁶⁵⁹

Am 3. Dezember 1848 druckten die *Blätter* den Abschlussbericht der

1652 Vgl. ebd.

1653 Ebd., vgl. dort auch Vorhergehendes.

1654 Vgl. ebd.

1655 Vgl. ebd., S. 394- 396.

1656 Vgl. ebd., S. 394f.

1657 Vgl. ebd., S. 395, wörtlich: „Wir möchten daher, indem wir die Fähigkeit zum Geschworenenamte möglichst weit, auf a l l e [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Staatsbürger, ausdehnen, die Garantie für die Bildung einer tüchtigen Geschworenenliste lediglich in die Wahl durch einen möglichst volksthümlichen Körper gesetzt sehen.“ (ebd.).

1658 Vgl. ebd., S. 395.

1659 Vgl. ebd., S. 396.

Verfassungsrevisionskommission. Mit sieben Seiten Länge machte er eine Sonderausgabe notwendig.¹⁶⁶⁰ Inhaltlich legte die Kommission dar, welche Paragraphen der Verfassungsurkunde in welcher Weise als Folge des grundsätzlichen Beschlusses der „allgemeinen Wahlfreiheit“ zu ändern sein würden.¹⁶⁶¹

Konkret sah der Vorschlag eine sechsjährige Wahlperiode vor. Alle zwei Jahre sollte ein Drittel der bürgerchaftlichen Abgeordneten von den elf Wahlbezirken des Staates nach Maßgabe der Einwohnerzahlen durch allgemeine und gleiche Wahlen bestimmt werden.¹⁶⁶²

Auch das passive Wahlrecht sollte jedem Bürger des Lübecker Staates gleichermaßen zustehen und nicht von einem Zensus etc. abhängen.¹⁶⁶³ Aus der Mitte der Bürgerschaft würde dieses Gremium daraufhin dreißig Vertreter für den Bürgerausschuss wählen.¹⁶⁶⁴

Den Änderungsbestimmungen für die Verfassung folgte der Vorschlag einer neuen Wahlordnung,¹⁶⁶⁵ der bis hin zur Idee unterschiedlich gefärbter Wahlscheine Organisation und Ablauf der Urnengänge regelte.¹⁶⁶⁶ Als ungeklärte Frage verschob die Kommission eine Klärung des Verhältnisses von Kirche und Staat.¹⁶⁶⁷ Daher sollte eventuell in die Bürgerschaft gewählten jüdischen Bürgern das Recht abgesprochen werden, sich zu Angelegenheiten der christlichen Kirche zu äußern oder gar über diese betreffende Regelungen abzustimmen.¹⁶⁶⁸

Die Mitteilung dieser Vorschläge unterstrich einmal mehr die halboffizielle Stellung der *Blätter* in der Lübecker Presselandschaft. Auf Grundlage des Mitgeteilten hatten die Leser nun die Möglichkeit, sich zu den Vorschlägen der Kommission zu positionieren.

Ein Kommentar zum erreichten Kompromiss fand sich gleich im Anschluss ebenfalls noch in den *Blättern* vom 3. Dezember.¹⁶⁶⁹ Nach zweimonatiger Beratung liege nun ein hervorragender Kompromiss vor, der einerseits dem Grundsatz allgemeiner und gleicher Wahlen entspreche und gleichzeitig, durch die Zuordnung von Teilen der vormals

1660 Vgl. ebd., 03.12.1848, S. 429- 435.

1661 Vgl. ebd.

1662 Vgl. ebd., S. 429.

1663 Vgl. ebd.

1664 Vgl. ebd., S. 430.

1665 Vgl. ebd., S. 432- 435.

1666 Vgl. ebd., S. 434, wörtlich: „Es würde sehr angemessen sein, wenn die Wahlzettel für alle Bezirks-Wahlcommissionen dieselbe Form erhielten, (obgleich sie etwa durch die Farbe ihres Papiers zu unterscheiden sein werden) wenn man die Wählerlisten gleichmäßig errichte und wenn auch sonst das Verfahren in den verschiedenen Bezirken möglichst übereinstimmend durchgeführt werden würde.“ (ebd.).

1667 Vgl. ebd., S. 432, wörtlich: „Bis jetzt ist nur die Selbstständigkeit der hier bestehenden Religionsgesellschaften in Beziehung auf die Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten als Grundsatz anerkannt, die Vorlegung eines das Verhältniß derselben zum Staate regelnden Gesetzesvorschlages aber noch vorbehalten [...]“ (ebd.).

1668 Vgl. ebd., S. 435.

1669 Vgl. ebd., S. 436f.

zum Landgebiet gezählten Torgebiete zur Stadt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stadt und Land sichere. Damit könne die Reform der bürgerchaftlichen Vertretung als abgeschlossen betrachtet werden, schrieb der ungenannt bleibende Verfasser weiter.¹⁶⁷⁰

Es folgte ein Plädoyer für eine rasche Reform des Senats, die als Voraussetzung für eine unabhängige Rechtsprechung und die Einführung mündlicher und öffentlicher Verfahren dargestellt wurde. Grundsätzlich seien sich Senat und Bürgerschaft darüber einig, dass dahingehende Reformen durchgeführt werden müssten. Da die zu diesem Zweck einberufende Kommission sich seit fünf Monaten vorrangig mit Problemen der eigenen Organisation beschäftige, mahnte der Verfasser zur Eile. Trotz zögerlicher Verhandlungen wurde die allseitige Verständigung auch im Falle der Senatsreform favorisiert,¹⁶⁷¹ wodurch man den Weg gesetzlicher Reform und eben nicht der revolutionären Tat, gleich ob von rechts, wie in Lübeck, oder von links, auch in Bezug auf recht weitgehende Reformerfordernisse für geeignet befand.

Uneinig waren sich die Einsender auch im II. Halbjahr 1848 nur in der Frage, wie rasch man Neuerungen durchsetzen solle und wie weit diese inhaltlich reichen müssten. Ihren Zweck, eine Plattform der Diskussion sein, erfüllten die *Blätter* innerhalb des konstitutionellen Spektrums allerdings.

B.4.8.5 Das I. Halbjahr 1849: Zum Fortgang der Reformdiskussionen über das Selbstergänzungsrecht des Senats und der Gewaltenteilung

Die ausstehende Senatsreform und die Neuordnung der Justiz in Lübeck bestimmten im I. Quartal 1849 den Schwerpunkt der Untersuchungsartikel. In der ersten Ausgabe des Jahres fanden sich drei Meldungen in der „Kleinen Chronik“, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der Staats- und Justizordnung befassten:

Zunächst beklagte ein Bürger die langsame Arbeitsweise des Lübecker Obergerichts, dessen Sprüche nicht selten sechs Monate auf sich warten ließen. Er gab an, in Zukunft bei Verschleppungen das Obergericht in den *Blättern* öffentlich zu einem raschen Verfahren drängen zu wollen.¹⁶⁷²

Eine ähnliche Funktion der Zeitschrift, wie sie hier angedacht wurde, nutzte bereits

¹⁶⁷⁰ Vgl. ebd., S. 436.

¹⁶⁷¹ Vgl. ebd., S. 436f. Zum Verständigungsprinzip: „[S]o steht [...] zu hoffen, daß auch die Reform der andern Seite unserer Verfassung das Ergebnis unbefangener Erwägung und freier Verständigung sein werde.“ (ebd., S. 437).

¹⁶⁷² Vgl. ebd., 07.01.1849, S. 7.

ein zweiter Verfasser, der in der „Kleinen Chronik“ Nr. 3 fragte, bei wem die an den Senat weiterzuleitenden Eingaben abzugeben seien.¹⁶⁷³ Die *Blätter* wurden durch beide Einsendungen als Kommunikationsplattform sowohl der Bürger untereinander als auch der Bürger gegenüber den Behörden genutzt: Eine halboffizielle Stellung, welche die *Blätter* nicht zuletzt ihrem zu einem nennenswerten Teil aus Mitgliedern der örtlichen Elite bestehenden Leserkreis verdankten¹⁶⁷⁴ und der über ihre ursprüngliche Funktion einer Plattform zur Diskussion vorwiegend lokaler Fragestellungen hinauswies.

Eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen war auch die Motivation einer Einsendung, in der ein günstiger Abdruck der neuen Lübecker Verfassung gefordert wurde: „Was aber kann [...] wünschenswerther sein, als daß das Grundgesetz des Staates sich auch in den Händen aller Staatsbürger befinde?“¹⁶⁷⁵

In einer der vorhergehenden Ausgaben wurden Ruhegehälter für Beamte gefordert (s. o.). Die „Kleine Chronik“ Nr. 6 machte nun einen Beschluss der „Hamburger Erbgessenen Bürgerschaft“ bekannt, demzufolge die Stadt einem Ruhegehalt für Mitglieder des Oberappellationsgerichts der Hansestädte die Zustimmung versagt hatte.¹⁶⁷⁶

Über gut drei Seiten Länge wurde am 4. Februar die in Lübeck anstehende Senatsreform erneut aufgegriffen. Anhand des Votums der Bremer Bürgerschaft für eine lebenslange Senatur wollte ein nicht genannter Verfasser zeigen, warum auch Lübeck sich gegen eine beschränkte Amtszeit für Senatsmitglieder aussprechen sollte. Dazu zitierte der Verfasser die Rede des Bürgerschaftsabgeordneten Bremens, Dr. Donandt, vom 24. Januar 1849:¹⁶⁷⁷ Während sich die Bürgerschaft auf die öffentliche Meinung stützen könne, müsse sich der Senat nach der Verfassungsnovelle und der Abgabe der richterlichen Gewalt, die in Lübeck immer noch beim Senat liege, auf sein Ansehen stützen.¹⁶⁷⁸

Um dies zu fördern und um stets die Tüchtigsten und nicht nur die Mitglieder bessergestellter Familien als Senatoren gewinnen zu können, dürfe die Senatur nicht

1673 Vgl. ebd., S. 7.

1674 Zur Mitgliederzusammensetzung des Vereins zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, welcher die *Blätter* finanziell trug, vgl. die Vorbemerkungen zum Vereinswesen Lübecks in dieser Arbeit.

1675 *Neue Lübeckische Blätter*, 07.01.1849, S. 8, vgl. dort auch Vorstehendes.

1676 Vgl. ebd.

1677 Vgl. ebd., 04.02.1849, S. 36- 40, für die Rede vgl. ebd., S. 37- 40. Bremen war Vorbild für die Lübecker, denn die Weserstadt war der Ort, an dem die Transformation der Verfassungsordnung hin zu einer demokratisch-republikanischen Konstitution reibungslos verlief: „Die auf Verträgen zwischen Rat und Bürgerschaft aus den Jahren 1433 und 1534 beruhende patrizische Staatsverfassung und das Gemeinschaftsbewußtsein der Stadtgesellschaft erwiesen sich als flexibel genug, um die im wesentlichen [sic!; M. P.] von zwei Vereinen getragenen Opposition sofort mit Ausbruch der Unruhen so weit zu integrieren, daß eine auf egalitärem Wahlrecht, aber lebenslanger Amtszeit der Senatoren beruhende Verfassung ausgearbeitet werden konnte, die von der Mehrheit der Bremer Einwohner bejaht wurde.“ (Hardtwig 1994, S. 153f.).

1678 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 04.02.1849, S. 37.

zeitlich beschränkt werden. Nur so lasse sich sicherstellen, dass der Senat seine Aufgabe erfüllen könne: „Er soll dem Fortschritt das Maß geben, er soll darauf achten, daß nicht Überstürzung die Freiheit gefährde.“¹⁶⁷⁹ Donandt beendete seine Rede mit dem emphatischen Ausruf: „Meine Herren, wer Vertrauen säet, wird Treue ärndten!“¹⁶⁸⁰, der das mangelhafte, weil zeitlich befristet übertragene Mandat einer nichtlebenslänglichen Senatur abschließend verwarf.¹⁶⁸¹

Diese Argumentation baute explizit auf überkommene Tugenden wie Treue und Vertrauen, nicht aber auf Grundsätzen moderner Legitimation. Sie war daher zunächst ein konservatives Votum.

Anfang März erschien der achte der zehnteiligen Serie „Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens“,¹⁶⁸² die ein ungenannt bleibender Verfasser zwischen dem 20. August 1848 und dem 6. Mai 1849 in den *Blättern* veröffentlichte. Die Teile zwei und vier der Reihe sind bereits weiter oben besprochen worden.¹⁶⁸³ Die gerichtliche Vertretung solle nach Ansicht des Einsenders dahingehend reformiert werden, dass die bisher getrennten Funktionen der Advokatur und der Prokuratur vereinigt würden.¹⁶⁸⁴ Weiterhin sprach er sich dafür aus, die Advokatur freizugeben, d. h. keine staatliche Konzessionierung vorzunehmen, die nur einer bestimmten Zahl von Rechtsgelehrten eine anwaltliche Praxis erlaubt hätte. Falls zu viele in der Stadt praktizieren oder zu viele Prozesse angestrengt würden, um sich ein Auskommen zu sichern, würden Leistungsprinzip und Öffentlichkeit diese Missstände beseitigen, hieß es.¹⁶⁸⁵ Anstatt den Staat anzurufen, empfahl der Verfasser den Rechtsgelehrten, eine Berufsgenossenschaft zu gründen, die „unwürdige Kollegen“ durch Suspension oder Ermahnung abstrafen könnte.¹⁶⁸⁶

Diesen auf den Prinzipien individueller Freiheit und Konkurrenz basierenden Überzeugungen folgte der Aufruf, es den Parteien vor Gericht freizustellen, ob sie anwaltlichen Beistand wünschten oder sich selbst vertreten wollten.¹⁶⁸⁷

1679 Ebd., S. 38, vgl. für Vorstehendes ebd., S. 38f.

1680 Ebd., S. 40.

1681 Vgl. ebd.

1682 Vgl. ebd., 04.03.1849, S. 69f.

1683 Vgl. Ausführungen dazu im Abschnitt zur Berichterstattung im III. bzw. IV. Quartal 1848. Ein genauer Nachweis aller zehn Teile findet sich in der Anlage zur Berichterstattung der *Lübeckischen Blätter* in der Anlage dieser Arbeit.

1684 Vgl. ebd., S. 69. Das Prokuratorenwesen sah der Verfasser mit Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens in seiner Bedeutung als ohnehin stark gemindert an (vgl. ebd.).

1685 Vgl. ebd., S. 69f.

1686 Vgl. ebd., S. 70.

1687 Vgl. ebd., S. 70, wörtlich: „Was nun ferner noch die Beziehung der Advokaten zu den Parteien vor Gericht betrifft, so wird auch hierin den Letzteren möglichste Freiheit zu lassen sein.“ (ebd.).

In „Unsre Departementalverwaltung“ setzte sich im April 1849 ein nicht genannter Verfasser mit Reformvorschlägen für die Staatsverwaltung Lübecks auseinander.¹⁶⁸⁸ Hierzu griff er zunächst auf Vorschläge zurück, welche die bürgerchaftliche Verfassungsrevisionskommission bereits zu Beginn der 1840er Jahre erdacht hatte. Der Kern der Novelle sah eine Zentralisierung der Befugnisse, vor allem im Finanzbereich, vor, die durch Schaffung einer Finanzverwaltung für alle Aufgabenbereiche des Staates und die Gewährung von mehr Freiheit bei gleichzeitig weitgehender Öffentlichkeit der administrativen Tätigkeit umgesetzt werden sollte.¹⁶⁸⁹

Der Verfasser legte weiterhin nahe, verantwortliche und sachkundige Beamte einzustellen, die, in etwa vergleichbar mit heutigen Staatssekretären, Funktionen in der Regierung wahrnehmen sollten. Auf die Expertise der höheren Beamten wurde hierbei betont Wert gelegt, denn nur mit ihrer Hilfe könnte dem „Dilettantismus und Weisheitsdünkel“ Abhilfe verschafft werden.¹⁶⁹⁰ Die Staatsverwaltung sollte nach Vorschlag der Kommission von 1842, aus deren Bericht der Verfasser fortwährend zitierte, aus fünf Abteilungen bestehen.¹⁶⁹¹ An deren Haupt würde eine Zentralverwaltung unter Vorsitz je eines Bürgermeisters stehen, der Koordinierungsaufgaben wahrnehmen sollte.¹⁶⁹²

Im zehnten Beitrag „Zur Reform unsers Gerichtswesens“, der am 6. Mai nach fast einem Jahr die Serie von Veröffentlichungen zu diesem Thema beendete, wurde das Beweisverfahren im Zivilprozess besprochen.¹⁶⁹³ Den Schwerpunkt seiner Forderungen bezog der Verfasser erneut auf die Beschleunigung des Gerichtsverfahrens, die mithilfe der Stellung aller Urkundenbeweise bereits vor Eintritt in die mündliche Verhandlung erreichen könne.¹⁶⁹⁴ Gerade aus dieser Sicht erscheine auch das öffentlich-mündliche Verfahren wünschenswert, eben weil die Öffentlichkeit sich als Kontrollinstanz der Rechtsfindung und Rechtsprechung eigne.¹⁶⁹⁵

1688 Vgl. ebd., 15.04.1849, S. 119- 122.

1689 Vgl. ebd., S. 119, wörtlich: „Nur durch Vertauen auf der einen, und das Bewußtsein einer größeren Selbständigkeit übernommenen größeren Verantwortlichkeit auf der andern Seite kann das moralische Selbstgefühl gehoben und ein neues belebendes Princip in die durch Hemmnisse aller Art gelähmte Thätigkeit [diese Aussage bezog sich auf die Staatsverwaltung aufgrund des 1669er-Rezesses; M. P.] gebracht werden.“ (ebd.).

1690 Vgl. ebd., S. 120, zu den unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten der Beamten vgl. auch ebd., S. 122.

1691 Dies beträfe: Finanzabteilung, Bauabteilung, Militärabteilung, Handelsabteilung und Cental-Armen-Abteilung (vgl. ebd., S. 120).

1692 Vgl. ebd., S. 121f.

1693 Vgl. ebd., 06.05.1849, S. 143- 145.

1694 Vgl. ebd., S. 143.

1695 Vgl. ebd., S. 144f., wörtlich: „[B]ei durchgängiger Einführung des öffentlichen mündlichen Verfahrens [...] [kann] auf eine raschere Erledigung des Instanzenzugs mit Sicherheit gerechnet werden [...]“ (ebd., S. 144) und weiter: Der Zeugenbeweis wird sich in Zukunft deutlich unterscheiden, „[...] indem auch in diesen heimlichsten Act des bisherigen Civilprocesses das volle Licht der Öffentlichkeit dringen muß“ (ebd.).

Der Verfasser schloss seine Ausführungen mit einem Appell für eine Justizordnung, die auf einem mündlich-öffentlichen Verfahren fußen sollte, mit einer Zusammenfassung der Vorteile:

Je mehr man aber auch in dieser Beziehung beengende Formen aufgibt, je mehr man die ganze Gerichtsverhandlung der Öffentlichkeit zurückgibt und den Parteien Einsicht gewährt in die Administration der Justiz, um so mehr wird man das Vertrauen zu den Gerichten heben und den Rechtlichkeitssinn im Volke beleben.¹⁶⁹⁶

„31“ befasste sich Anfang Juni 1849 mit der Ordnung der bremischen Deputationen.¹⁶⁹⁷ Dabei ging er auf deren Zusammensetzung und Legitimation ein. Die Deputationen seien mit Ausschüssen der städtischen Verwaltung vergleichbar: Senat und Bürgerschaft vereinbarten sich über die Einrichtung einer Deputation und wählten deren gleichberechtigte Mitglieder.¹⁶⁹⁸ Am Beispiel der Schul-Deputation zeigte „31“ den Primat der Politik in diesen Gremien auf, denn hier waren neben fünf Senatoren auch zehn Abgeordnete der Bürgerschaft Mitglied, von denen höchstens zwei Lehrer sein durften.¹⁶⁹⁹ Dass dennoch, ähnlich wie im Aufsatz zur Departmentalverwaltung (s.o.), Wert auf Expertise gelegt wurde, verdeutlicht, dass der Deputation eigens drei Lehrer mit beratender Stimme beigeordnet werden sollten.¹⁷⁰⁰ Aufgabe der Schuldeputation Bremens war die Schulaufsicht im weitesten Sinne.¹⁷⁰¹

Vom bremischen Deputationswesen sollten Erfahrungen für die notwendige Verwaltungsreform Lübecks gewonnen werden. „31“ wies in diesem Zusammenhang auf frühere Aufsätze in den *Blättern* hin, insbesondere aus den Jahren 1843 und 1849.¹⁷⁰²

Wie typisch für die *Blätter*, diskutierte die Lübecker Intelligenz auch im II. Halbjahr 1849, als die Verfassungsentwicklung in vielen deutschen Staaten ihren Höhepunkt längst überschritten hatte, mögliche weitere Reformen. Das Lübecker Spezifikum, durch die zahlreichen Kommissionen der 1840er Jahre Vorlagen erarbeitet zu haben, die vor der „Revolution“ nicht bzw. kaum umzusetzen gewesen waren, kam auch hierbei zum Tragen. Man hatte bereits Antworten auf die Zeitfragen formuliert und konnte darauf aufbauend

1696 Ebd., S. 145.

1697 Vgl. ebd., 03.06.1849, S. 178- 180.

1698 Vgl. ebd., S. 178.

1699 Vgl. ebd., S. 179.

1700 Vgl. ebd., S. 179f.

1701 Vgl. ebd., S. 180, wörtlich: „Der Wirkungskreis der Schuldeputation erstreckt sich auf sämtliche Schulen im bremischen Staate [...]. Sie hat insbesondere für die Ausführung aller das Schulwesen betreffenden Gesetze zu sorgen, die Schulanstalten zu beaufsichtigen, die Lehrerprüfungen zu veranstalten, Schulpläne, Schulbücher, Unterrichtszeit zu genehmigen und Verbesserungen im Schulsystem zu berathen.“ (ebd.).

1702 Vgl. ebd., S. 180.

nun deren Umsetzung nach Maßgabe der veränderten politischen Lage in Angriff nehmen. Insofern kam die Revolution, die Lübeck nur mittelbar traf, für die liberale Elite der Stadt gelegen, um den vormärzlichen Reformstau rasch zu lösen. Dies mag Grund für die fortgesetzten Reformbestrebungen des Stadtstaates, auch noch deutlich nach Beginn der Revisionspolitik der deutschen Großmächte, gewesen sein.

B.4.8.6 Von der Reform zur Revision? Lübeck am Scheideweg: Zur Berichterstattung vom III. Quartal 1849 bis in den März 1850

In „Die Stadtgemeinde und der Staat“ ging „121“ auf die seit Sommer 1848 diskutierte Trennung von Stadt und Staat Lübeck ein.¹⁷⁰³ Er schlug zu deren Umsetzung ein Stufenmodell nach Vorbild Bremens und Hamburgs vor, das wegen beider Überlastung der gesetzgebenden Organe Lübecks als einzige realistische Möglichkeit für eine Absonderung der städtischen aus den staatlichen Behörden betrachtet wurde.¹⁷⁰⁴ Neben den nur die Stadt Lübeck selbst betreffenden Aufgaben wie der Straßenpflasterung, der Feuerwehr etc., die bereits als getrennte Verwaltungsaufgaben bestanden, sollte die Gesetzgebung und Verwaltung der Stadt vorerst denjenigen Abgeordneten in der Bürgerschaft übertragen werden, welche durch städtische Bezirke entsandt wurden.¹⁷⁰⁵

Auch hier sprach sich der Verfasser für ein Fortschreiben des Bestehenden aus, weshalb die Trennung der städtischen von der staatlichen Verwaltung nicht sofort vollzogen werden sollte. Stattdessen riet der Artikel, unabhängige Administrationen schrittweise aus den bestehenden Strukturen zu lösen.

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* brachten nach einer Ankündigung vom 15. Juli¹⁷⁰⁶ zwischen 22. Juli und 19. August 1849 Ausführungen Ernst Deeckes zur Kompetenz und Aufgabe der Nationalversammlung. Deecke hatte Lübeck vertreten und wollte nun über die Schwierigkeiten der Arbeit in Frankfurt berichten.¹⁷⁰⁷

Die Bedeutung der Reihe für die *Blätter* unterstrich, dass alle Teile auf der Titelseite der jeweiligen Ausgabe begannen. Die dritte Folge des inhaltsreichen Aufsatzes, der sich zum

1703 Vgl. ebd., 01.07.1849, S. 207f.

1704 Vgl. ebd., S. 207f., wörtlich: „Eine Sonderung [der staatlichen und der städtischen Verwaltung; M. P.] wird auch hier [in Lübeck; M. P.] unerlässlich sein: die Unmöglichkeit jedoch, eine vollständige Auseinandersetzung nach Recht und Gerechtigkeit zu beschaffen, so wie die Überhäufung unserer gesetzgeberischen Kräfte mit zahlreichen hochwichtigen Arbeiten neben den laufenden Geschäften wird es rechtfertigen, wenn man hier einen allmählichen Übergang zu gewinnen sucht.“ (ebd., S. 207).

1705 Vgl. ebd.

1706 Vgl. ebd., 15.07.1849, S. 230.

1707 Vgl. ebd., 22.07.1849, S. 231- 235, ebd., 29.07.1849, S. 239- 244, ebd., 05.08.1849, S. 247- 251, ebd., 12.08.1849, S. 255- 259 und ebd., 19.08.1849, S. 263- 266.

Teil in der Rückschau wie eine geschichtliche Darstellung liest, soll im Folgenden näher betrachtet werden: Beginnend mit der Ablehnung des Welckerschen Antrages zur En-bloc-Abstimmung des Verfassungsentwurfes durch die Nationalversammlung führte Ernst Deecke den Leser in dieser Ausgabe bis zum Beginn der Reichsverfassungskampagne.¹⁷⁰⁸ Carl Theodor Welcker wollte mit seinem Antrag Deutschland möglichst rasch „eine feste Form geben“, um einen umgehenden Abschluss der Verhandlungen herbeizuführen. Erst im Anschluss sollte der einberufene erste Reichstag über eine Revision der bereits in Kraft getretenen Verfassung entscheiden.¹⁷⁰⁹ Deecke präsentierte sich als Verfechter dieser Idee Welckers, indem er beklagte, dass sich eine Koalition aus Österreichern und Linken gebildet habe, die den Antrag in der Abstimmung zum Scheitern getrieben hätte. Hierbei sei keine gemeinsame Überzeugung, sondern nur die Ablehnung das einigende Band gewesen.¹⁷¹⁰ Gleichzeitig sprach Deecke beiden Parteien grundsätzlich die politische Handlungsfähigkeit ab:

Aber auch hier [nach Ablehnung des Antrags hatte die provisorische Reichsregierung den Rücktritt angeboten; M. P.] geschah, was sich mehrmals ereignete, daß sich unsre Gegner [...] die Lage der Dinge und die Gunst der Umstände sich nicht so anzueignen und für sich zu benutzen vermochten, wie es ihr Charakter erfordert hätte.¹⁷¹¹

Die Konstitutionellen seien nun gezwungen gewesen, das „höchst radical ausgefallene Wahlgesetz“ der Linken und das lediglich suspensive Veto des Reichsoberhauptes zu akzeptieren. Friedrich Wilhelm IV., so hofften die Vertreter der Casino-Fraktion fortan, würde gemeinsam mit dem ersten Reichstag eine Revision dieser strittigen Bestimmungen nach Inkrafttreten der Verfassung durchführen. Erst am 28. März 1849 konnte der Preußenkönig infolge dieses doppelten Kompromisses zum Reichsoberhaupt gewählt werden.¹⁷¹²

Um das eigene Handeln zu rechtfertigen, ging Deecke auf zwei Vorhaltungen gegen die Entscheidungen der Nationalversammlung ein: Zunächst sei die Hoffnung auf die Person Friedrich Wilhelms IV. übertrieben gewesen. Als zweiten Kritikpunkt nannte er die Publikation der Reichsverfassung im Reichsgesetzblatt, die als Kompetenzüberschreitung der Versammlung gesehen werde.¹⁷¹³ Deecke wies beide Vorwürfe als unbegründet zurück: Zunächst hatte Berlin vor der Entscheidung der Nationalversammlung noch Ende März 1848 positive Signale in Hinblick auf eine Annahme der Würde des Reichsoberhauptes

1708 Vgl. ebd., 05.08.1849, S. 247- 251.

1709 Vgl. ebd., S. 247f.

1710 Vgl. ebd., S. 248.

1711 Ebd.

1712 Vgl. ebd., S. 248.

1713 Vgl. ebd.

gesandt. Erst Anfang April habe sich die Stimmung infolge persönlicher Beeinflussung des Monarchen gewandelt.¹⁷¹⁴

Weiterhin habe es keine realistische Alternative zum Inkrafttreten der Verfassung als deren amtliche Publikation gegeben, denn sowohl der aus den Reihen der Konservativen entsprungene Vorschlag, die Verfassung als Verhandlungsentwurf den Fürsten zu übersenden als auch jener der Linken, welche die Verfassung dem Volke übergeben wollten, hätten sicher nicht zum Erfolg geführt, so Deecke.¹⁷¹⁵

Mit der Entscheidung Berlins, Abgeordnete zur Beratung einer Verfassung nach Berlin zu laden,¹⁷¹⁶ brüskierte die preußische Regierung die Versammlung, die nun in eine ausweglose Position der Verteidigung zurückweichen und auf der unbedingten Annahme von Verfassung und Wahlgesetz bestehen musste.¹⁷¹⁷ Neben der Zurückweisung der preußischen Forderungen bezüglich einer Vereinbarung der Verfassung mit Revision der Bestimmungen zum Veto und des Wahlgesetzes sowie von Teilen der Grundrechte verharnte die Nationalversammlung auf ihrem Standpunkt, selbst als Souverän zur Verabschiedung einer Konstitution berufen zu sein:

[D]aß man in Volksversammlungen aufforderte, sich zu bewaffnen und einzustehen für das Reich und die Reichsverfassung, daß man [...] sich bewaffnete und an eine Schilderhebung dachte, war natürlich. Dennoch lehnte die Nationalversammlung beharrlich und fest jede Mitwirkung zu solchen Thaten ab; sogar der Antrag auf sofortige Ausschreibung der Wahlen zum nächsten Reichstage, auf Bildung eines Parlamentsheeres, Beedigung auf die Verfassung, und gar ein Aufruf an das Volk zur Vertheidigung der Verfassung erlangten die Majorität nicht.¹⁷¹⁸

Deecke hielt die Bewertung dieser Fragen zurück. Es folgte kein eindeutig gefärbter Kommentar zu den Geschehnissen wie zuvor bei der Ablehnung des Antrags Welckers. Ob er selbst für die in den Raum gestellten Vorschläge votiert hatte, mag dahingestellt bleiben.

Der folgende Teil befasste sich mit der Reichsverfassungskampagne bis zur Verlegung der Nationalversammlung nach Gotha, der letzte vom 19. August 1849 zeichnete den Weg vom Ausscheiden der Konstitutionellen unter Gagern bis hin zur Gothaer Versammlung nach.¹⁷¹⁹

1714 Vgl. ebd., S. 249, wörtlich: „Und in der That soll, wie glaubhaft versichert ist, die projectirte Antwort des Königs der Art gewesen sein, daß sie alle Parteien befriedigt haben würde; die wirkliche aber, welche die von uns entsandte Deputation am 3. April erhielt, war eine davon abweichende und dergestalt bedingte, daß die Abgeordneten sofort Verwahrung gegen sie einlegen mußten [...]“ (ebd.).

1715 Vgl. ebd., S. 248f.

1716 Gemeint war die preußische Zirkularnote vom 28.04.1849.

1717 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 05.08.1849, S. 249f., Deecke stellte die Situation anhand rhetorischer Fragen vor, von denen die zentrale zitiert sei: „Worauf hätte sie [die Nationalversammlung; M. P.] anders zum Beitritt einladen und auffordern können, als die von ihr als bestehend erklärte Reichsverfassung?“ (ebd.).

1718 Ebd., S. 251.

1719 Da beide Teile nicht Gegenstand einer näheren Untersuchung sein können, muss hier eine kurze zeitliche Einordnung des weiteren Berichts genügen.

Anfang September 1849 griff „22“ die Frage des Anschlusses Lübecks an das Unionsprojekt Preußens auf.¹⁷²⁰ Vorangegangen war eine Sitzung der Bürgerschaft, die, wie zuvor bereits zweimal der Bürgerausschuss, die Entscheidung über einen Beitritt der Stadt verschoben hatte. Dieses Verhalten ließ nach Meinung des Verfassers deutlich werden, dass die Bürgerschaft die Mitgliedschaft im Bündnis am liebsten ganz abgesagt hätte. Man befürchtete, dass die Souveränität Lübecks in der Staatsverwaltung und im Steuerrecht eingeschränkt werden könnte und dass die Union die Gewerbefreiheit mit sich bringen würde.¹⁷²¹ Der Verfasser machte deutlich, dass er eine Zustimmung zum Bündnis mit Ziel einer nationalen Einigung Deutschlands erwartet hätte, wenn nötig auch mit der Bestimmung, sich einen Austritt frei zu halten, falls sich etwas am Bündnisvertrag ändern sollte. Dies stelle nun den letzten Versuch einer Einigung dar, denn die Nationalversammlung sei gescheitert, weshalb nun die Regierungen am Zuge seien, die Einheit doch noch zu erlangen.¹⁷²²

Auch wenn das politische Gewicht der Stadt nicht groß sei, lasse ihr die wirtschaftliche Kraft im Zusammenschluss mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen ein nennenswertes Gewicht zuwachsen, dass eingesetzt werden könne, um ein liberales Handelssystem in Deutschland zu etablieren. Überhaupt seien die Interessen Lübecks eng mit denen Deutschlands allgemein verbunden.¹⁷²³ Aus der Motivation heraus, durch das Bündnis doch noch eine Einigung in der deutschen Frage erreichen und gleichzeitig eine neue Revolution verhindern zu können, sprach sich der national-liberale Verfasser dafür aus, dass die Bürgerschaft wenigstens den Senat dazu ermächtigen solle, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.¹⁷²⁴ Von der unbedingten Ablehnung aller Vorschläge zur Änderung der Reichsverfassung, wie sie im Mai 1849 von „2“ gefordert wurde,¹⁷²⁵ war nun keine Rede mehr.

Diskussionen über die Verfassungsordnung im Bund oder in der Stadt Lübeck selbst

1720 Vgl. ebd., 02.09.1849, S. 283f.

1721 Vgl. ebd., S. 283, wörtlich: „Verbreitet waren all diese Besorgnisse, und wenn sie auch widerlegt sind, so muß doch noch eine unbestimmte Furcht übrig geblieben sein, daß durch den Anschluß eine starke Störung aller unserer gewohnten heimischen Verhältnisse eintreten würde, und man hat zu solcher Störung seine Einwilligung nicht eher geben wollen, als bis eine unabweisliche Nothwendigkeit vorläge.“ (ebd.).

1722 Vgl. ebd. Gleichzeitig betonte „22“, dass sich durch einen Erfolg des Bündnisses eine immer noch mögliche neue Revolution verhindern lasse (vgl. ebd.).

1723 Vgl. ebd., S. 283f., wörtlich: „Eine Trennung der Interessen Lübecks von denen Deutschlands ist unmöglich. Niemand kann ernsthaft der Meinung sein, daß hier Handel und Wandel ungestörten Fortgang haben werden, wenn im übrigen Deutschland die Verhältnisse zerrüttet sind.“ (ebd., S. 284).

1724 Vgl. ebd., S. 284.

1725 Vgl. ebd., 13.05.1849, S. 151- 153 bzw. die Ausführungen hierzu in der Kategorie „Revolutionäres“, II. Quartal 1849 weiter oben.

wurden in den letzten Monaten des Jahres 1849 nur randständig geführt. Die drei Untersuchungsartikel dieses Quartals befassten sich weiterhin mit der Trennung von Stadt und Staat Lübeck, mit der Ordnung der Bürgerschaft nach der Dezemberverfassung 1848 und deren möglicher Revision sowie mit einer aktuellen Verlautbarung der Gothaer.

In „Eine Gemeindeordnung für das Landgebiet“ plädierte „15“ Anfang Oktober 1849 nach ausführlicher Darstellung der Insellage der Stadt und des Landgebietes zwischen den beiden Mecklenburg, Oldenburg, Lauenburg und Holstein gegen den Erlass einer Gemeindeordnung.¹⁷²⁶

Die Lage als Insel bedinge eine enge Anlehnung an die Gesetzgebung der benachbarten Staaten. Wenn nun die Gemeindeordnung eine Lübecker Staatsbürgerschaft als Ersatz für die immer noch ausstehende allgemein-deutsche Staatsbürgerschaft installieren wollte, was der Verfasser ausdrücklich bedauerte, beraube man die Lübecker der Möglichkeit, ihren Wohnort zu wechseln. Weiterhin orientierten sich Kirchenverbände des Landgebietes häufig an gewachsenen Strukturen, die nicht mehr mit den gültigen politischen Grenzen korrelierten.¹⁷²⁷ Als letztes Argument gegen die rasche Einführung einer Gemeindeverfassung führte „15“ die ungeklärte Frage an, wie es nun um die Gültigkeit der Grundrechte bestellt sei.¹⁷²⁸

Falls nun die Grundrechte nicht mehr als gültig angesehen werden müssten, „[...] so wird man gewiß nicht die ungeheuren Weitläufigkeiten machen wollen, welche die Trennung aller Strafgerichtsbarkeit von der Polizei nothwendig in ihrem Gefolge hat“.¹⁷²⁹ Hiermit wandte sich der Verfasser prinzipiell gegen die vollständige Durchführung der Gewaltenteilung in Lübeck, weil diese eben nicht dem Charakter der Stadt gerecht werde. Stattdessen präferierte er eine Reform, welche die Juranten der Kirchenspiele als Gemeindevorstände einsetzen würde. Diesen sollte das Recht zukommen, bei kleineren Unstimmigkeiten die richterliche Gewalt auszuüben und auch selbst Recht geringer Tragweite zu setzen. Damit sie das Vertrauen der Bevölkerung genössen, sollten die

1726 Vgl. ebd., 07.10.1849, S. 323- 325.

1727 Vgl. ebd., S. 323, wörtlich: „Zerfällt wieder alle nationale Verbindung unter den einzelnen Staaten, wie es jetzt leider den Anschein hat, so tritt für den einzelnen Staat wieder die Nothwendigkeit ein, die Aufnahme seiner Bürger sich selbst vorzubehalten, und da ist denn Einer, der einem so kleinen Staate wie Lübeck, durch Geburt angehört, in vielen Fällen allerdings gewissermaßen an die Scholle gebunden [...]“ (ebd.). Weiter unten hieß es zur Einheit Deutschlands: „Es ist aber unsere feste Überzeugung, daß nur in einem möglichst innigen Anschluß aller Staaten an einander das Heil für Alle liegt.“ (ebd., S. 324).

1728 Vgl. ebd. „15“ beeilte sich in der Folge festzustellen, dass er die Grundrechte nicht mehr als rechtsverbindlich ansehe, denn diese seien nur als Teil der nicht in Kraft getretenen Reichsverfassung gültig und damit trotz ihrer Publikation als Gesetz ungültig (vgl. ebd.).

1729 Ebd.

Juranten gewählt werden. Auf diese Weise könne man dann „so weit es möglich ist“ „freisinnige Einrichtungen“ schaffen.¹⁷³⁰

Bedenkt man den Abstand von nur zehn Monaten zwischen diesem Artikel gemäßigt-konservativer Ausrichtung und der Revision der lübeckischen Verfassung vom Dezember 1848, so wird der Niederschlag eben jener politischen Revision anschaulich, die in Preußen bereits im April 1849 zur Ablehnung der Kaiserkrone führte. Die Gewaltenteilung war eine allseits akzeptierte Grundlage der Reformforderungen der *Blätter* gewesen. Nun „freisinnige“ Einrichtungen aufgrund einer dörflichen Gewalt einzusetzen, die auch noch im direkten Zusammenhang mit der Kirche stehen sollte, war Ausdruck einer politischen Kehrtwende, die nur in wenigen Monaten vollzogen wurde.

„Zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft“ unterbreitete „31“ in den *Blättern* vom 18. November 1849 einige Vorschläge:¹⁷³¹ Zunächst stellte der Verfasser heraus, dass die bisherige Arbeit der Bürgerschaft den Beweis erbracht habe, dass die seit Dezember 1848 gültige Geschäftsordnung einer Revision unterzogen werden müsse. Dies zeige sich anhand eines Konfliktes zwischen Senat und Bürgerschaft: Nachdem der Senat eine Beschlussvorlage eingereicht hatte, vertagte die Bürgerschaft die Verhandlungen hierüber, da noch ein Gutachten abgewartet werden sollte. Weil die Verfassung eine Vertagung aber nicht vorsehe, sondern der Bürgerschaft entweder einen Beschluss zu fassen oder eine Kommission einzurichten aufgab, verhalte sich diese rechtswidrig, konstatierte „31“.¹⁷³² Er führte weiter an, dass die Bürgerschaft zwar auch im Falle der Bestätigung des Lübecker Beitritts zum Dreikönigsbündnis im Sommer 1849 einen Beschluss vertagt habe, es aber in diesem Fall nicht zur Feststellung der Unrechtmäßigkeit des Verfahrens gekommen sei. Um diesen Missstand zu heilen, bedürfe es einer Formulierung in der Geschäftsordnung, welche es der Bürgerschaft erlaube, den Beschluss auszusetzen. Die bestehende Preßfreiheit und die Öffentlichkeit der bürgerschaftlichen Verhandlungen garantierten hinreichend, dass auch in diesem Fall keine Verschleppungen vorkommen könnten.¹⁷³³

Abschließend hieß der Verfasser die Bestimmungen über bürgerschaftliche Kommissionen unzureichend: Die Kommission zur Handelsberechtigung Travemündes tage nun bereits

1730 Vgl. ebd., S. 324f.

1731 Vgl. ebd., 18.11.1849, S. 374- 376.

1732 Vgl. ebd., S. 374f.

1733 Vgl. ebd., S. 375. Weiterhin kritisierte der Verfasser fehlenden Bestimmungen zum Umgang mit Interpellationen. Hier lägen keine Fristen zu deren Beantwortung durch die Bürgerschaft vor (vgl. ebd., S. 376). Die Grundlage dieser Argumentation war dem *Staatslexikon* entnommen, in dem als wirksamstes Mittel gegen Beamtenwillkür und Amtsmissbrauch die Preßfreiheit genannt wurde (vgl. Tauschwitz 1981, S. 163).

seit acht Monaten ergebnislos. Dies Verhalten ziehe aber wegen der nicht festgeschriebenen Sanktionen bei Überschreitung der eigentlich für Kommissionen festgelegten 4-Wochen-Grenze bis zur Abgabe des Berichts keine Konsequenzen nach sich.¹⁷³⁴

Hatte „31“ in der Argumentation die direkte und indirekte Öffentlichkeit der bürgerschaftlichen Verhandlungen als Garant eines zügigen Verfahrens angeführt, zeigte sich bei näherer Betrachtung ein Widerspruch in Hinblick auf die langen Verhandlungszeiten der Kommission. Diese wurde eben unter den Bedingungen der Preßfreiheit eingesetzt und verschleppte dennoch den Abschlussbericht.

Zum Ende des Artikels plädierte der Verfasser für eine umfassende Revision der Konstitution, die im gleichen Zuge mit der Einführung einer neuen Gerichtsverfassung vorzunehmen sei, auf deren Ausgestaltung derselbe Verfasser bereits mehrfach in den *Blättern* eingegangen war.¹⁷³⁵

Bei den vorgeschlagenen Anpassungen handelte es sich nicht um eine Rücknahme von Rechten, sondern auf den ersten Blick um eine Reform der Geschäftsordnung, die im Falle Lübecks Formulierungen häufig wörtlich der Verfassung entnahm.¹⁷³⁶ Daher kann zunächst keine restaurative bzw. revisionistische Tendenz nachgewiesen werden, auch, da „31“ sich in Bezug auf die Justizreform stets für Neuerungen ausgesprochen hatte und hierzu auf die bisher unterbreiteten Anregungen verwies.

Am 9. Dezember wurde den Lübeckern in den *Blättern* „Die neueste Ansprache des Gothaer Ausschusses“ bekanntgegeben. C. Dettmer druckte auf gut zwei Seiten mit den verkleinerten Typen der „Kleinen Chronik“ eine Verlautbarung der Konstitutionellen unter Führung Heinrich von Gagerns und Mitzeichnung Karl Mathys ab.¹⁷³⁷ Inhaltlich ging es um die Leitlinien zur Fortentwicklung der gemäßigten Liberalen: Wichtigstes Ziel blieb die Herstellung einer nationalen Einheit. Dafür sollten alle Beteiligten ihr Möglichstes tun, um Einrichtung und Erfolg eines verfassungsberatenden Reichstages zu sichern.¹⁷³⁸ Grundlage für die Einigung sollte nicht mehr das Werk der Nationalversammlung sein, sondern die Drei-Königs-Verfassung vom Sommer 1849. Hannover und Sachsen, die sich bereits gegen die zu gründende Union ausgesprochen hatten, wurden zum Gegenstand der Kritik. Die

1734 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 18.11.1849, S. 376.

1735 Vgl. ebd., S. 376.

1736 „Die gedruckte Geschäftsordnung enthält so wenig etwas darüber [über die Bearbeitung von Interpellationen; M. P.], als die Verf.-Urk.“ (ebd.).

1737 Vgl. ebd., 09.12.1849, S. 399-402.

1738 Vgl. ebd., S. 399f., wörtlich: „Das hohe Ziel steht unverrückbar fest: alle Kräfte müssen aufgeboten werden, um die Hindernisse, welche im Wege liegen, zu beseitigen; dieser Satz bleibt wohl für alle Gleichgesinnten außer Frage.“ (ebd., S. 400).

Gothaer warfen den Staatsführungen vor, sich nur von der Tagespolitik leiten zu lassen und so das Rechtsgefühl des Volkes zu kränken.¹⁷³⁹

Einen neuen Bundesstaat hielten die Unterzeichner dennoch für möglich, da beim Vorgehen einiger Staaten auch die anderen ihrem Beispiel folgen würden.¹⁷⁴⁰ Zu Österreich hieß es: „Das Warten auf Österreich ist wirklich nur noch ein Vorwand zum Gebrauche Derjenigen, welche die Einigung Deutschlands nicht wollen.“¹⁷⁴¹ Wie die kleindeutsch-preußische Lösung, welche die Mehrheit der Gothaer in der Nationalversammlung vertreten hatte, sei auch der Vorschlag, die Union mit einem engen Bündnis mit Österreich zu verbinden, ohne eine politische Einheit herzustellen, nur eine Wiederaufnahme der Pläne Gagerns aus den Revolutionsjahren. Trotz des Rückschlags vom April 1849 vertrauten die Gothaer weiter auf Preußen, das mit der Unionspolitik seinen Einigungswillen bewiesen habe.¹⁷⁴²

Der Abdruck dieser Erklärung verstärkte die auch im IV. Quartal 1849 offenbare Tendenz der *Blätter* in Richtung der kleindeutsch-preußischen Konstitutionellen, zu denen die Gothaer Liberalen ebenfalls zählten. Die nationale Einigung war konsensual Ziel aller hier vorgestellten Beiträge, an welchem im Unterschied zur Frage der Gewaltenteilung in Lübeck auch nicht von einzelnen Einsendern Kritik geübt wurde.

Neben einer redaktionellen Ankündigung zum Stand der Ausführung der Grundrechte des deutschen Volkes in Lübeck¹⁷⁴³ fand sich in der „Kleinen Chronik“ Nr. 4 ein in Teilen zitierter Artikel der *Weserzeitung* vom 2. Januar 1850, welcher sich mit den Verhandlungen der bremischen Bürgerschaft zum Oberappellationsgericht der Hansestädte befasste.¹⁷⁴⁴ Demnach sollte als Revisionsinstanz für das Bremer Geschworenengericht das Oberappellationsgericht in Lübeck gewonnen werden. Die Frage, ob Lübeck der neuen Aufgabe zustimmen würde, sollte aber nicht eine weitere Verzögerung der Einführung von Geschworenengerichten in der Stadt an der Weser bedingen.¹⁷⁴⁵

Dieses Themas nahmen sich die *Blätter* ebenfalls in der „Kleinen Chronik“ Anfang des folgenden Monats erneut an.¹⁷⁴⁶ Der Lübecker Senat hatte sich am 9. Januar 1850 dafür ausgesprochen, das Oberappellationsgericht auch als Revisionsinstanz für Urteile des

1739 Vgl. ebd.

1740 Vgl. ebd., S. 400f.

1741 Ebd., S. 401.

1742 Vgl. ebd., S. 402.

1743 Vgl. ebd., 13.01.1850, S. 16.

1744 Vgl. ebd.

1745 Vgl. ebd.

1746 Vgl. ebd., 03.02.1850, S. 40.

Bremer Geschworenengerichts zuzulassen. Allerdings müsse zunächst noch mit den anderen beteiligten Städten, Frankfurt a. M. und Hamburg, in der Sache verhandelt werden, schrieben die *Blätter*. Weiterhin sollten bis zur Einführung des mündlichen Verfahrens am Oberappellationsgericht die vollständigen Aktensätze zur Entscheidung an die Lübecker Richter gesandt werden. Die Bürgerschaft stimmte dieser Senatsvorlage zu.¹⁷⁴⁷

Beide Artikel verdeutlichten zum einen die Verbundenheit Bremens und Lübecks. Zum anderen zeigten die gesetzgebenden Organe Bremens und Lübecks, dass auch im I. Quartal 1850 die „Märzerrungenschaften“ des Jahres 1848 noch nicht ins Leben getreten waren, da man vielerorts noch über deren Umsetzung diskutierte.

Dass die revisionistische Politik der deutschen Groß- und Mittelmächte dennoch ihren Einfluss geltend machte, lässt sich anhand der in den *Blättern* besprochenen Verfassungskonflikte erkennen: In „Die Zuziehung von Verwaltungsbeamten als Sachverständige zu den Sitzungen des Bürgerausschusses und der von ihm niedergesetzten Commissionen“ ging „88“ Mitte März 1850 näher auf die Überzeugung des Lübecker Senats ein, derzufolge die Bürgerschaft nur nach einer ausdrücklichen Bestätigung der Regierung befugt sein würde, Beamte als Experten zu hören.¹⁷⁴⁸ Die Bedeutung dieses grundsätzlichen Konflikts beider verfassungsmäßigen Gremien war groß, denn der Aufsatz fand sich auf dem Titel der *Blätter* und war mit knapp vier Seiten Länge zudem recht umfangreich.

Jeder Lübecker müsse daran interessiert sein, dass die konstitutionellen Rechte nicht durch gedehnte Auslegung reduziert werden, hieß es gleich zu Beginn des Aufsatzes.¹⁷⁴⁹ Die dem Streit zugrunde liegende Initiative des Bürgerausschusses betraf die Befragung von Sachverständigen zum Eisenbahnbau. Über deren Anhörung sei der Senat zuvor weder informiert noch um Erlaubnis gefragt worden, tadelte dieser.¹⁷⁵⁰ Der Verfasser kritisierte, dass der Senat sich nicht auf eine konkrete Bestimmung berufe, die es im Übrigen auch nicht gebe, sondern sich im Allgemeinen verliere. Weiterhin widerspreche die Auffassung des Senats, über die zu Vernehmenden abstimmungsbefugt zu sein, dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Senat und Bürgerschaft bzw. deren Ausschusses.¹⁷⁵¹ Seiner juristischen Besprechung setzte er folgendes Vorwort voran: „In der That, nichts, glauben

1747 Vgl. ebd.

1748 Vgl. ebd., 17.03.1850, S. 81- 84.

1749 Vgl. ebd., S. 81, wörtlich: „[D]ie Bürgerschaft, wie jeder Bürger unseres Freistaates [ist] aufs Höchste dabei interessirt [...], daß verfassungsmäßige, zum Wohle des Gemeinwesens bestimmte Rechte nicht durch irrige Auslegung gekürzt werden.“ (ebd.).

1750 Vgl. ebd.

1751 Vgl. ebd., S. 82.

wir, könnte mehr dem Geiste unserer Verfassung, nichts mehr der bestehenden 'gesetzlichen Ordnung' widerstreiten, als ein solches Recht des Senats.“¹⁷⁵²

Der Verfasser rückte die restaurativen Bestrebungen des Senats in den Blickpunkt, der sich offenbar bemühte, zunächst anhand weniger wichtig erscheinender Formfragen an Einfluss zurückzugewinnen. Auch wenn man sich scheuen sollte, Verfassungskonflikte hervorzurufen, sei dennoch die Wichtigkeit dieser Auseinandersetzung schlagend.¹⁷⁵³

Nur umso entschiedener aber glauben wir uns denselben [Bestrebungen des Senats; M. P.] widersetzen zu müssen, da sie uns offenbar einen Schritt weiter zurück bringen, in eine längst und schon v o r [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] den Märztagen des Jahres 1848 überwundene Zeit zurückversetzen würden [!; M. P.].¹⁷⁵⁴

Mit diesem deutlichen Votum gegen eine Revision des Erreichten endet die Untersuchung der Berichterstattung dieser Kategorie.

Während in Baden die *Konstanzer Zeitung* über die Revisionspolitik schwieg bzw. diese ohne Kommentar hinnahm bzw. hinnehmen musste, übten die *Blätter* auch 1850 noch deutliche Kritik am politischen Zustand Lübecks, auch wenn sich seit 1849 einige Befürworter eines Reformstopps bzw. einer Rücknahme einiger Rechte starkmachten. Gerade in dieser Zeit der Regression blieb man in Lübeck bei der Verteidigung erworbener Rechte wachsam und forderte nach wie vor die Einführung von Geschworenengerichten, welche der Senat allerdings von Bedingungen abhängig machte und so die Umsetzung der Reform verzögerte. War es im Jahr 1848 mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht noch der Senat gewesen, der die treibende Kraft zur Reform darstellte, wurde diese Rolle nun immer mehr der Bürgerschaft übertragen, die sich der Probleme in bewährt bewahrender (!) Weise annahm.

B.4.8.7 Zusammenfassende Rückschau

Schon im Oktober 1847 befassten sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* mit Verfassungsreformplänen. Ursächlich hierfür war ein bereits seit 1844 andauernder Prozess zur Reform des Rezesses von 1669. Konsensual war bereits im IV. Quartal 1847 die Reformbedürftigkeit der alten Ordnung und die Forderung nach Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Bereich der Justizverfassung. Schwurgerichte lehnte man hingegen ab.

1752 Ebd., S. 83.

1753 Vgl. ebd., S. 84, wörtlich: „Allein so sehr wir solche Conflictte [...] scheuen, [...] so müssen wir doch mit Rücksicht auf das Gemeinwohl und unsere Verfassung dafür halten, daß [...] die Friedfertigkeit nimmer dahin führen darf, ein wichtiges Recht der Bürgerschaft, wie des Bürgerausschusses zu opfern.“ (ebd.).

1754 Ebd., S. 84.

Grundsätzlich wurde bereits zum Ende des Vormärz' die Stellung des Blattes in den folgenden Monaten bestimmt, denn man sprach sich zwar für Reformen aus, wollte diese aber im Einzelnen durchdenken und stets auf gesetzlichem Wege voranschreiten. So sollten das ständische Prinzip und das Recht des Senats, sich selbst zu ergänzen, nach Meinung einiger Einsender aus den ersten Monaten des Jahres 1848 erhalten bleiben.

Nach den im Ganzen ruhig verlaufenden Märzwochen gingen die *Blätter* zu Beginn des II. Quartals 1848 lobend auf eine Volksversammlung in Lübeck ein, auf der sich eine Mehrheit für den vorläufigen Erhalt einer ständischen Bürgerschaft ausgesprochen hatte. Nachdem das neue Grundgesetz wenig später in Kraft war, verwarf die Zeitschrift in einem Artikel das gleiche Wahlrecht, welches das Volk nur zwischen Extremen schwanken lasse, und gab ebenfalls im Mai 1848 ein ausdrückliches Bekenntnis zum Konstitutionalismus ab. Im Sommer diskutierten die *Blätter*, ob man die Aprilverfassung bereits einer Revision unterziehen sollte. Man kam zum Schluss, dass es erst Erfahrungen zu machen gelte und die Frankfurter Konstitution abgewartet werden sollte. Reformfreudiger zeigte man sich bezüglich der Lübecker Justizverfassung: Die Trennung der Rechtsprechung von der Verwaltung postulierten die *Blätter* während des ersten Revolutionsjahres durchgängig.

Als sich im Herbst 1848 die Frage der Verfassungsrevision unter den Protesten der bisher nicht vertretenen Einwohner ohne Bürgerrecht neu stellte, bemühte man sich zunächst, eine Kombinationslösung aus einem gleichen und einem ständischen Wahlrecht zu bewerben. Noch im November - nach der sogenannten „Oktoberrevolution“ in Lübeck - plädierte „40“ für ein Abwarten in der Konstitutionsreformfrage. Nur Wochen später sprachen die *Blätter* daraufhin für eine zügige Senatsreform aus, freilich unter Beachtung des gesetzlichen Weges. Auf die real umgesetzte Verfassungsreform mit gleichem Wahlrecht ging die Zeitschrift nur am Rande ein, nachdem sie bereits vor dem Votum der Bürgerschaft und des Senats einen Grundgesetzentwurf publiziert hatte.

Das Jahr 1849 zeugte von einem gewachsenen Selbstbewusstsein der Lübecker, welche die *Blätter* nun nicht mehr nur als Kommunikationsplattform untereinander, sondern auch für Fragen gegenüber den Behörden nutzten. Dies unterstreicht einmal mehr den halboffiziellen Charakter der Intellektuellenzeitschrift.

Statt Forderungen beizupflichten, die Anzahl der Anwälte in der Stadt obrigkeitlich zu konzessionieren, wollten die *Blätter* dies dem Markt überlassen, der nach Maßgabe der Leistung des Einzelnen entscheide. Solchen wirtschaftlichen Überlegungen geschuldet war sicher auch ein Plädoyer, das Gerichtswesen hinsichtlich seiner Effizienz zu optimieren.

Auf die makropolitische Entwicklung ging die Lübecker Zeitschrift in Artikeln dieser

Kategorie erst im August 1849 wieder näher ein, indem der Abgeordnete Ernst Deecke sein ganz im Geiste des Konstitutionalismus verfassten Rechenschaftsbericht veröffentlichte. In der Folge forderten die *Blätter* laut den Beitritt zur Deutschen Union, die man als einzige Chance zur nationalen Einigung begriff.

Die verbreitete politische Revision fand ab Oktober 1849 auch nach Lübeck: Zunächst sprach man sich gegen den Erlass einer Gemeindeordnung für das Landgebiet aus, dann zweifelte man die Grundrechte der Deutschen als unwirksam an. Auch die Gewaltenteilung, ein frühes Kind der Lübecker Zeitschrift, sollte nun nicht mehr dem Charakter der Stadt gerecht werden können.

Im I. Quartal 1850 zeigte sich erneut das gestiegene Selbstbewusstsein der Lübecker Liberalen, die Versuche des Senats, sich über die formal gleichgestellte Bürgerschaft zu stellen, öffentlich anprangerten und vor restaurativen Tendenzen warnten. Die Bürgerschaft, ebendas Gremium, das sich in Bezug auf das gleiche Wahlrecht im Herbst 1848 so kritisch ausgesprochen hatte, wurde nun zur progressiven Kraft, beerbte diesbezüglich den Senat.

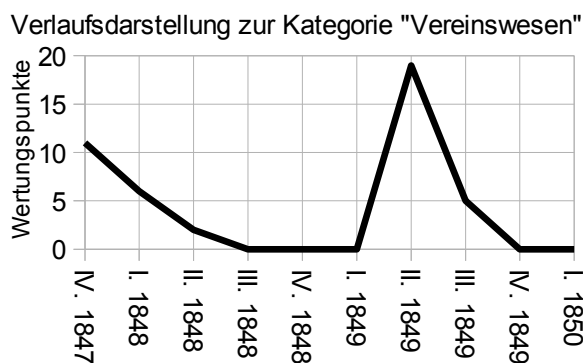
Alles in allem blieben die *Blätter* der Idee eines gemäßigt-gesetzlichen Fortschritts über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg treu. Es ist auffällig, dass Lübeck auch noch deutlich nach Beginn der politischen Revision in den Ländern des Deutschen Bundes Reformen fortschrieb. Als im Herbst 1849 konservative Töne laut wurden, blieb die Antwort der progressiveren Lübecker nicht aus. Die politische Öffentlichkeit und mit ihr auch die *Blätter* traten selbstbewusst in die 1850er Jahre.

B.4.9 Zur Berichterstattung über und von Vereinen B.4.9.1 Vorbemerkungen

Die Kategorie „Vereinswesen“ umfasst Anzeigen von und über Vereinen, gleich, ob diese in Lübeck oder andernorts tätig waren und Mitteilungen von/ über Volksversammlungen. Nicht zu dieser Kategorie zählen Inserate der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“. Diese wurden infolge der engen Verknüpfung von Zeitschrift und Verein herausgenommen, um das Bild der Berichterstattung nicht zu verzerren.

Die Bedeutung von Vereinen, oft Vorläufer späterer „Partheien“, für den Revolutionsverlauf ist unbestritten. Hier sei noch einmal auf die revolutionäre Regierung während des III. Badischen Aufstandes verwiesen, die als das begann, was sie war, nämlich

als „Landesausschuss der badischen Volksvereine“. Welche Bedeutung Vereine in Lübeck hatte bzw. ob und wie sie sich in den *Neuen Lübeckischen Blättern* präsentieren bzw. dort präsentiert wurden, soll die Untersuchung dieser Kategorie zeigen.



Mit insgesamt 43 Wertungspunkten blieb die Kategorie „Vereinswesen“ ohne die Hinzunahme der regelmäßig erscheinenden Vereinsmitteilungen der Gemeinnützigen (215 Wertungspunkte) randständig. In den zehn Untersuchungsquartalen zeigt sich zunächst zwischen dem IV. Quartal 1847

und dem II. bzw. III. Quartal 1848 ein kontinuierlicher Rückgang des Interesses. Das II. Quartal 1849, das Quartal der Herrschaft des Landesausschusses in Baden, brachte in Lübeck den Höhepunkt der Berichterstattung, die ab Juli zunächst erneut zurückhaltend fortgesetzt wurde, bevor sie im Herbst für den Untersuchungszeitraum endete.

Eine inhaltliche Betrachtung wird zeigen, ob/ inwieweit die *Blätter* auf die Entwicklung in Süddeutschland eingingen bzw. ob sich ähnliche Vereine auch im Lübeckischen bildeten und wie ggf. über diese geschrieben wurde:

B.4.9.2 Zur Berichterstattung der *Blätter* zwischen Oktober 1847 und März 1848: Zur Germanistenversammlung in Lübeck und zum Streit über eine Gesellenvereinigung

Ende 1847 befassten sich die *Blätter* mit der Germanistenversammlung in Lübeck, die vom 27.- 30. September in Lübeck stattgefunden hatte. Hierbei ging „Die Germanistenversammlung. Bürgermeister Smidt's Trinkspruch“ auf dessen politische Forderungen ein:

Der Verfasser betonte, dass die Wissenschaft keineswegs „tot“ sei. Vielmehr entfalteten die Erkenntnisse der Wissenschaft ihre Kraft in der praktischen Anwendung an die Zeitverhältnisse: „Es ist der Einklang der Wissenschaft mit dem Leben; der Einklang deutscher Wissenschaft mit deutschem Leben, welcher hier aufs herrlichste sich bewährt hat.“¹⁷⁵⁵ In der hier betrachteten Folge wurde über eine halbe Seite die Rede Bürgermeister Smidts zitiert, in der er Deutschlands Sehnsucht nach politischer Einheit herausstrich.

¹⁷⁵⁵ Ebd., 03.10.1847, S. 315, vgl. dort auch Vorstehendes.

Diese vollziehe sich im Wirtschaftlichen durch die Modernisierung der Infrastruktur und der Produktionsmittel, im Geistigen durch Zusammenschlüsse von Bürgern und Versammlungen gesamtdeutschen Charakters. Smidt betonte weiter, dass sich die Einheit auf diesem Wege zwar nicht in nächster Zeit erreichen lasse, sich aber in der Zukunft mit einiger Wahrscheinlichkeit vollziehe.¹⁷⁵⁶

In den Monaten Februar/ März 1848 bestimmte die Berichterstattung ein Streit zwischen Maurermeister Rosenberg und seinen Kollegen Warncke, Grube, Rottner und Käselaus. Gegenstand der sich über vier Ausgaben erstreckenden Auseinandersetzungen waren Gerüchte über eine illegal operierende Maurergesellenvereinigung in der Stadt.¹⁷⁵⁷ Schließlich sah sich die Redaktion der Blätter Anfang April genötigt, den Streit zu beenden, indem sie den weiteren Abdruck von Darstellungen in dieser Sache ablehnte,¹⁷⁵⁸ eine ungewohnte Sanktionsmaßnahme der Diskussionsplattform.

Die „Erklärung hiesiger Maurermeister“ aus der Feder Warnckes und Kollegen stritt die Existenz einer Maurergesellenvereinigung in Lübeck ab. Es gebe eine solche nicht, wie sich anhand der Polizeiakten hierzu auch belegen lasse.¹⁷⁵⁹ Dem Unterzeichner sei nichts von der Existenz eines Zusammenschlusses der Gesellen in der Stadt bekannt.¹⁷⁶⁰

Rosenberg beschuldigte in einer Antwort hierauf die Inserenten, wider besseren Wissens Erklärungen zu veröffentlichen, die nicht zuträfen. Sie täuschten vielmehr die Öffentlichkeit über die in Wahrheit starken Verbünde der Gesellen, die der Verfasser anhand einiger Indizien als existent nachzuweisen versuchte.¹⁷⁶¹ Schließlich warf Rosenberg den Maurermeistern vor, sich der Vereinigungen zu bedienen, um ihn selbst als unliebsamen Konkurrenten auszuschalten.¹⁷⁶²

Dieser Streit zeigt zum einen eine vormärzliche Sichtweise auf Gesellenvereinigungen, deren Anliegen wie eine sichere Stellung, Lohnersatzleistungen bei längerer Erkrankung u.a.¹⁷⁶³ einer Vorform gewerkschaftlicher Organisationen entsprachen. Da Warncke und

1756 Vgl. ebd. „[E]s wird sich mit jedem Jahr dringender geltend machen, und seine Befriedigung, wenn auch nur Wenigen unter uns, doch unseren Kindern und Enkeln, in gemeinsamen und bleibenden deutschen Staatsinstitutionen zur Anschauung kommen.“ (vgl. ebd.).

1757 Vgl. ebd., 20.02.1848, S. 67f., 12.03.1848, S. 100- 102, 26.03.1848, S. 119- 122 und 02.04.1848, S. 132f.

1758 Vgl. ebd., 02.04.1848, S. 132.

1759 Vgl. ebd., 20.02.1848, S. 67.

1760 Vgl. ebd., S. 68.

1761 Vgl. ebd., 12.03.1848, S. 100- 102.

1762 Vgl. ebd., S. 102. Im II. Quartal 1848 erschien eine letzte Erwiderung der vier Maurermeister gegen die Vorwürfe ihres Kollegen Rosenberg, die inhaltlich nichts Neues brachte (vgl. ebd., 02.04.1848, S. 132f.).

1763 Vgl. ebd., S. 100- 102, nur Rosenberg ging auf die Motive für die Vereinigung ein.

Kollegen die Existenz einer solchen Vereinigung grundsätzlich bestritten, lässt sich in Bezug auf die Tendenz der Artikel lediglich feststellen, dass diese Gesellenvereinigungen gemäß der in Lübeck geltenden Gesetzeslage offiziell einhellig ablehnten.

B.4.9.3 Zu den Auswirkungen der Revolution und ihrer Früchte auf das Vereinswesen: Das II. und III. Quartal 1849

Nach einjähriger Berichterstattungspause erreichte die Kategorie „Vereinswesen“ mit 19 Wertungspunkten im II. Quartal 1849 den Höhepunkt der Berichterstattung. Ursächlich hierfür war die Aufnahme von Mitteilungen des „Lübecker politischen Vereins“, der sich trotz seiner im Frühling 1849 bereits einjährigen Existenz bisher nicht in den *Blättern* präsentiert hatte.

In einer Anmerkung der Reaktion zum „Bericht über die bisherige Wirksamkeit des hiesigen politischen Vereins“¹⁷⁶⁴ hieß es, dass der politische Verein selbsttätig auf die *Blätter* zugekommen sei, um seine Zielsetzungen und Statuten zu allgemeiner Kenntnis zu geben und später fortlaufend Bericht über die Vereinstätigkeit zu erstatten.¹⁷⁶⁵ Inhaltlich skizzierte der „Bericht“ die Entstehung des Zusammenschlusses im Mai 1848. Seinerzeit habe man sich darauf geeinigt, sich über tagespolitische Ereignisse austauschen zu wollen, um die eigene politische Sprechfähigkeit zu verbessern. Eine parteiliche Zugehörigkeit habe der Verein zu seiner Gründung abgelehnt, der seine Mitglieder allerdings im „Sinne des Fortschritts“ bilden wollte.¹⁷⁶⁶ Deshalb sei die politische Vielfalt innerhalb des Zusammenschlusses groß gewesen, hieß es.¹⁷⁶⁷

Bis zur Jahreswende 1848/ 49 hätten bereits 120 Mitglieder über Diskussionen zu den wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik (Sommer 1848) sowie der zweiten Lübecker Verfassungsreform (Herbst 1848) zum Verein gefunden. Sie sprächen sich in der Wahlrechtsdiskussion entschieden für das gleiche und allgemeine (Männer-)Wahlrecht aus.¹⁷⁶⁸

Im Zusammenhang mit der Diskussion dieses Themas stand eine Revision der

1764 Vgl. ebd., 29.04.1849, S. 135- 138.

1765 Vgl. ebd., S. 135.

1766 Vgl. ebd., wörtlich: „Aus denselben Gründen [gemeint ist der Primat einer theoretischen politischen Ausbildung als Ziel des Vereins; M. P.] vermied man von Anfang an die Annahme einer bestimmten Parteifarbe, die Aufstellung eines enger begränzten politischen Glaubensbekenntnisses; nur daß die gegenseitige Ausbildung 'im Sinne des Fortschritts' geschehen sollte, ward in dem ersten Paragraphen der Statuten als Grundsatz ausgesprochen.“ (ebd.).

1767 Vgl. ebd., zum Vorwurf der „Wühlerei“: „[D]er Vorwurf wühlerischer Tendenzen, mit welchem man ihn [den Verein; M. P.] anfangs von gewisser Seite her zu verdächtigen suchte, war von jeher ebenso unbegründet als abgeschmackt.“ (ebd.).

1768 Vgl. ebd.

Satzung, die ab Dezember 1848 dem „Politischen Verein“ zwar nach wie vor Überparteilichkeit gebot, aber die praktische Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge einer theoretischen Erörterung vorzog. In jüngerer Zeit befassten sich die nunmehr 150 Mitglieder mit Möglichkeiten, die Reichsverfassung der Nationalversammlung durchzusetzen, hieß es. Die zu diesem Zweck aufgesetzte Adresse, welche die *Blätter* ebenfalls druckten, forderte die unbedingte Anerkennung aller Beschlüsse der Frankfurter Konstituante, für deren Legitimität man das Prinzip der Volkssouveränität anerkannte.¹⁷⁶⁹

Prof. Dr. Deecke, der Lübeck in der Paulskirche vertrat, antwortete am 22. April 1849 auf die Adresse, indem er das redliche Bemühen der Nationalversammlung in der Verfassungsfrage gleichsam als Rechtfertigung seines eigenen Tuns herausstrich.¹⁷⁷⁰ Auch rief er das Volk zur Hilfe, die Verfassung trotz der entstandenen Probleme durchzusetzen, wenngleich Ernst Deecke die Mittel hierzu nicht bezeichnete, sondern stattdessen weiterhin vor der „roten Republik“ warnte:

[A]ber am deutschen Volke wird es aller Orten sein, sich mit ganzer Kraft um uns und unser Werk zu schaaren, und um mit Umgehung aller Wege, welche die rothe Republik wandeln möchte, durch kräftigste Kundgebung seines Gesamtwillens das Vaterland zu retten.¹⁷⁷¹

Indem der Verein seine Adresse sowie die Antwort des Abgeordneten zitierte, beendete er den Initiativartikel zu seiner Entstehung und seinem bisherigen Handeln im Sinne des „gesetzlichen Fortschritts“.

In der Folgeweche konnte man in den *Blättern* die Vereinsstatuten einsehen.¹⁷⁷² Der Verein wollte wöchentlich tagen und politisch Relevantes in freier Rede besprechen, um das Vereinsziel der gegenseitigen politischen Bildung und der Wirksamkeit im Sinne des praktischen Fortschritts zu erreichen.¹⁷⁷³

Direkt vor der „Kleinen Chronik“ schloss sich ein Bericht über die Vereinsversammlung vom 3. Mai 1849 an. Nach Diskussion der endgültigen Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen Monarchen und dessen Zirkularnote vom 28. April, in der die deutschen Staaten zu einem Kongress zur Vereinbarung einer Reichsverfassung geladen wurden, folgten die Vereinsbeschlüsse: Der „Politische Verein“ sah eine Verfassungsvereinbarung zwischen Nationalversammlung und Regierungen mittlerweile

1769 Vgl. ebd., S. 136.

1770 Vgl. ebd., S. 137, wörtlich: „Und wenn wir [die Abgeordneten der Nationalversammlung; M. P.] dabei, wie es in menschlichen Dingen nicht anders sein kann, im Einzelnen geirrt und verfehlt haben: so sind wir redlich bemüht gewesen, die Formen zu finden, unter denen künftighin jede Besserung und Berichtigung am zweckmäßigsten thunlich bleibt: ja wir haben dabei alle Theile gehört und nach möglichster Ausgleichung der Ansichten uns mit Mehrheit entschieden.“ (ebd.).

1771 Ebd., S. 138.

1772 Vgl. ebd., 06.05.1849, S. 145f.

1773 Vgl. ebd., §§ 3, 4 und 1.

als undurchführbar an. Er mahnte die 29 Regierungen, welche die Reichsverfassung bereits angenommen hatten, den Berliner Kongress nicht zu beschicken und stattdessen mobil zu machen. Weiterhin wurde die Nationalversammlung aufgefordert, die Reichsverfassung tatkräftig zu unterstützen.¹⁷⁷⁴

Sowohl diese sehr weitgehenden Forderungen in Bezug auf die Umsetzung der Reichsverfassung, auch durch militärische Mittel als auch die Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität und der freien Wahlen, kennzeichneten den Lübecker „Politischen Verein“ als progressiven. Die Veröffentlichung seiner Tätigkeitsberichte und die offene Werbung für den Beitritt, wie sie sich anhand des Initiativartikels und der Satzung manifestierten, waren Ausdruck des vorübergehenden Zusammengehens der Linken und der Konstitutionellen in den Wochen nach Ablehnung der Krone.

Während letztere sich nicht für den gewaltsamen Kampf entscheiden konnten und nur die praktisch folgenlose Forderung nach einer „kräftigsten Kundgebung“ des Volkswillens als angemessen ansahen, ging der Verein weiter und forderte die Generalmobilmachung aller die Verfassung annehmenden Staaten zu deren allgemeiner Durchsetzung. Auch die Anerkennung der Volkssouveränität wurde in den Monaten April/ Mai 1849 erstmals in den *Blättern* propagiert, die sich bisher nur auf die Anerkennung der Nationalversammlung als „Kind der Revolution“ beschränkt hatte.

Anfang Juni 1849 nahmen die *Neuen Lübeckischen Blätter* wiederum einen Artikel über den „Politischen Verein“ auf.¹⁷⁷⁵ Thema der Diskussion war die anstehende Lübecker Synode, die als Folge der Ratifizierung der Grundrechte zur Loslösung der Kirche vom Staat erforderlich geworden sei. Der Verein empfahl der Bürgerschaft, die vom Senat übersandte Wahlordnung für eine Synode zu verwerfen, da diese weder angemessen noch zeitgemäß sei. Stattdessen wurden drei Möglichkeiten diskutiert, um die allgemein als notwendig anerkannte Synode zu beschicken. Der weitgehendste Vorschlag wollte nach Maßgabe des allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts 150 Abgeordnete wählen lassen.¹⁷⁷⁶

Die linke Haltung des Vereins wurde auch hier wieder deutlich, auch wenn seine Mitgliederschaft wohl kaum radikal zu nennen war.

¹⁷⁷⁴ Vgl. ebd., 06.05.1849, S. 150.

¹⁷⁷⁵ Vgl. ebd., 29.04.1849, S. 135- 138.

¹⁷⁷⁶ Vgl. ebd., 03.06.1849, S. 180f. Die Alternativvorschläge sahen eine beratende Synode mit dreißig Mitgliedern vor, die man präferierte, da die neueste Geschichte die Erfolglosigkeit konstituierender Versammlungen beweise (!), oder eine allgemeine und gleiche Wahl der Gemeindevorstände, denen dann die Berufung einer Synode überlassen werden sollte (vgl. ebd., S. 181).

B.4.9.4 Zum Ende der Berichterstattung zum Vereinswesen

Mit dem Ende der Berichterstattung über den „Politischen Verein“ schloss nach dem III. Quartal 1849 die Berichterstattung der *Blätter* zum Vereinswesen. Zunächst fanden sich noch fünf Einträge in der „Kleinen Chronik“, die sich alle mit den Aktivitäten dieses einen Zusammenschlusses befassten.¹⁷⁷⁷

Die Chronik Nr. 82 berichtete über die Vereinsversammlung vom 29. Juni, in der das bisher verfolgte Programm des Zusammenschlusses in Gänze verworfen worden war. Anlass der Zurückweisung war ein Rundschreiben des Zentralvereins aus Kassel, dem sich die Lübecker angeschlossen hatten.¹⁷⁷⁸ Sie forderten stattdessen, die Reichsverfassung bis zum Zusammentreten des ersten gewählten Reichstags als gültig anzuerkennen, jedoch gleichzeitig auf eine Verständigung mit den Regierungen hinzuarbeiten. Die 29 Staaten, welche die Reichsverfassung bereits anerkannt hatten, sollten durch den Reichsverein dazu aufgefordert werden, das vorgeschlagene Unionswahlgesetz zu verwerfen und stattdessen eine Richtergewalt zu etablieren, die zwischen den Regierungen und dem Volk vermitteln sollte.¹⁷⁷⁹

Die „Kleine Chronik“ Nr. 98, in der sich der „Politische Verein“ gegen den von Preußen separat mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand wandte,¹⁷⁸⁰ wurde bereits in der Kategorie „Militärisches“ besprochen.

Besonders der erste Artikel veranschaulichte die realpolitische Ausrichtung des konstitutionellen Lübecker Vereins. Statt sich im Juli 1849 angesichts des absehbaren Falls der letzten Bastion der badischen Revolutionäre immer noch der Illusion hinzugeben, die Reichsverfassung werde doch noch eines Tages in der von der Nationalversammlung beschlossenen Form in Kraft treten, wollte man sich an die progressiveren Regierungen wenden, um das moderne und zweckmäßige Gremium eines (Verfassungs-)Gerichts als Vermittlungsinstanz zwischen Parlament und Regierung einzuführen.

1777 Vgl. Übersicht zum Inhalt der *Neuen Lübeckischen Blätter* in der Anlage.

1778 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 01.07.1849, S. 214. Es handelte sich bei dem „Zentralverein“ nicht etwa um den „Centralmörzverein“, sondern um einen konstitutionellen Zusammenschluss, den „Nationalen Verein“. Dieser band mehrere Vereine vor allem aus Sachsen und Hessen sowie Norddeutschland locker zusammen (vgl. Fehrenbach 1992, S. 48).

1779 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 01.07.1849, S. 214.

1780 Vgl. ebd., 05.08.1849, S. 254.

Die *Blätter* begannen ihre Berichterstattung zum Vereinswesen mit einer Rückschau auf die Großereignisse des Jahres 1847, der Germanistenversammlung in Lübeck und dem Sängerfest. Der Tendenz nach betonte die Zeitschrift die Hoffnung der Hansestädter, mit beiden Versammlungen den Anschluss an den Diskurs der Zeit geschafft zu haben. Die zitierte Rede des Bürgermeisters skizzierte das Ziel der nationalen Einheit und der wirtschaftlichen Erneuerung.

Das Jahr 1848 brachte keine relevanten Artikel dieser Kategorie. Erst 1849 befasste man sich mit politischen Vereinen: Ab Ende April erschien in den *Blättern* eine Artikelserie über und vom „Politischen Verein“ Lübecks, der sich im Sinne des Fortschritts, aber unter Anerkennung der Meinungsvielfalt zusammengefunden haben sollte. Die Progressivität des Vereins überwog 1848 die der Zeitschrift, indem sich der Verein beispielsweise im Herbst 1848 nachdrücklich für das gleiche und allgemeine Wahlrecht aussprach, während die *Blätter* fortgesetzt Kompromisse suchten.

Dass der „Politische Verein“ im Frühling 1849 in die *Blätter* fand, hing zweifellos mit der makropolitischen Lage zusammen, da Zeitschrift wie Zusammenschluss um die Reichsverfassung fürchteten. Anfang Mai forderte letzterer die Mobilmachung derjenigen 29 Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten. Ein solches Postulat zu Papier zu bringen, war ein Privileg der Kategorie „Vereinswesen“: Nirgendwo sonst fanden sich Forderungen, die denen der Reichverfassungskampagne in Süddeutschland glichen. Die dennoch vergleichsweise gemäßigte Haltung des „Politischen Vereins“ zeigte sich in Form eines Zurückweichens vor Volksbewaffnungs- bzw. -erhebungsforderungen, sodass der Juli 1849 Vorschläge des Vereins hinsichtlich der Einführung eines Gerichts als Vermittlerin in der Verfassungsfrage brachte.

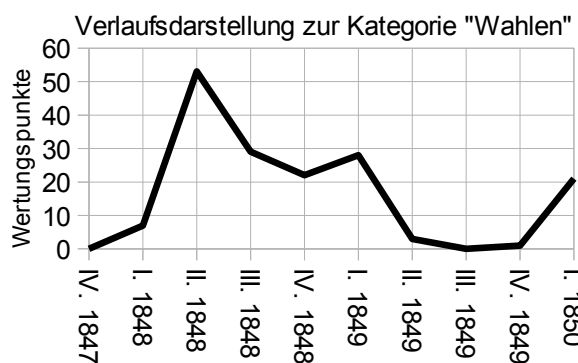
Die insgesamt schwache Berichterstattung bei einer Pause im ersten Revolutionsjahr brachte 1849 vor dem Hintergrund des Scheiterns der Nationalversammlung kurzzeitig Beiträge eines politisierten Zusammenschlusses. Diese interessantere und überraschend progressive Phase brach allerdings bereits mit dem Juli 1849, dem Ende der III. Badischen Erhebung, ab. Danach folgten keine weiteren Artikel dieser Kategorie.

B.4.10 Zur Berichterstattung über Artikel der Kategorie „Wahlen“
B.4.10.1 Vorbemerkungen

Zur Kategorie „Wahlen“ zählen alle Artikel zur Durchführung und zum Modus von Abstimmungen. Ebenfalls als „Wahlen“ kategorisiert werden solche Mitteilungen, die Wahlrechtsfragen oder Abstimmungsergebnisse betreffen und/ oder diese besprechen. Wahlaufrufe bzw. Wahlwerbung sind ebenfalls Teil der Betrachtung.

Lübeck bekam im Jahr 1848 zwei Verfassungen: Die Aprilverfassung war noch vormärzlich geprägt, während die Dezemberkonstitution das gleiche Wahlrecht festschrieb und die ständische Ordnung der Bürgerschaft aufhob. Jedes neue Grundgesetz erforderte neue Abstimmungen, die neben den Wahlen zur Nationalversammlung das Jahr 1848 zu einem „Superwahljahr“ werden ließ, so man diese Wortschöpfung für das 19. Jahrhundert anwenden möchte. 1849 trat die Wahlordnung der Paulskirchenverfassung hinzu, zum Jahreswechsel 1849/ 50 folgten die Abstimmungen über die Abgeordneten zum Unionsparlament.

Das Thema Wahlen war mit insgesamt 164 Wertungspunkten nach „Liberalität“ und „Verfassung“ prominent betrachtet. Allerdings blieb „Wahlen“ deutlich hinter den beiden erstplatzierten Kategorien zurück.



Die *Blätter* nahmen sich dieses Themas insbesondere im II. Quartal 1848 an, das mit etwa 50 Wertungspunkten den Höhepunkt der Berichterstattung bildete. Zwischen dem III. Quartal 1848 und dem II. Quartal 1849 blieb die Intensität der Berichterstattung auf einem Niveau von

etwa 25 Wertungspunkten konstant. Die darauffolgenden drei Quartale verzichteten später allerdings weitgehend auf Artikel dieser Kategorie, bevor man sich im I. Quartal 1850, vermutlich infolge der Erfurter Wahlen, erneut mit diesem Themenfeld befasste.

Es wird inhaltlich zu prüfen sein, inwieweit die angestellten Thesen zu den Gründen des hier abgebildeten Diskussionsverlauf zutreffen und welcher politischen Tendenz die einzelnen Artikel folgten:

B.4.10.2 „Wahlen“ im Zeichen der Märzrevolution: Zur Berichterstattung im I. Halbjahr 1848

Am 19. März bekannte sich der Lübecker Dr. Crome im ersten Artikel dieser Kategorie im Untersuchungszeitraum für die umgehende Gewährung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts aller selbstständigen Männer. Vorangegangen war eine anonyme Veröffentlichung Cromes in der *Hamburgischen Börsen-Halle* vom 13. März 1848, die zum Gegenstand vielfältiger öffentlicher Kritik geworden war.¹⁷⁸¹ Er stellte fest, dass angesichts der Zeitumstände und der Notwendigkeit, mit der eine republikanische Verfassung auf ein solches Wahlrecht hinlaufe, dieses zur Prävention von Unzufriedenheit eingeführt werden sollte.¹⁷⁸² Das Argument, unter den obwaltenden Zeitumständen sei eine solche Forderung nicht zeitgemäß, verwarf Crome mit dem Hinweis, dass ein allgemeines und gleiches Wahlrecht zu keiner Zeit auf die Zustimmung aller treffe.¹⁷⁸³ Der Verfasser bekannte sich offen zu seiner Forderung:

[E]in solches Princip in angemessener Weise öffentlich zu bekennen, dazu darf heutzutage ein guter Bürger dieser censurfreien Republik sich nicht nur für b e r e c h t i g t, er kann sich sogar dazu in seinem politischen Gewissen für v e r p f l i c h t e t [Hervorhebungen im Original M. P.] erachten.¹⁷⁸⁴

Die Stellungnahme Cromes atmete einen bisher in den *Blättern* ungekannten Geist der Freiheit, der sich in den Ausgaben ab dem 12. März 1848 zeigte. Er äußerte sich als Demokrat. Auch wenn es ihm nicht um die soziale Revolution ging, wie sie Struve in Baden zur gleichen Zeit forderte,¹⁷⁸⁵ war die politische Gleichheit für ihn Voraussetzung für eine positive Fortentwicklung des Gemeinwesens:

Eine solche Republik [mit allgemeinem und gleichem Männerwahlrecht; M. P.] hielten die

1781 Die *Börsen-Halle*. *Hamburgische Abend-Zeitung für Handel, Schiffahrt und Politik*, ein großformatiges Handelsblatt in lateinischen Lettern, brachte ab Seite 3 oder 4 auch politische Nachrichten. Der strittige Artikel Dr. Cromes fand sich auf Seite 4 der Zeitung. Inhaltlich gab Crome an, dass es am 13.03.1848 zu Tumulten gekommen sei, die sich gegen unbeliebte Ratsmitglieder und einzelne Kaufleute gerichtet hätten. Gegenstand der Kritik, für die Crome den jetzigen Zeitpunkt als ungeeignet für derlei zweitrangige Forderungen ansah, seien materielle Verbesserungen der städtischen Unterschicht gewesen: „Leider haben auch bei uns am gestrigen Abend Ruhestörungen und Straßentumulte stattgefunden, deren Grund indeß in keinerlei politischer Unzufriedenheit zu suchen ist, sondern lediglich dem Übermuthe des Pöbels, welcher auch seine kleine Revolution haben wollte, und hierzu in gewissen Beschwerden materieller Art [...] hinreichenden Grund zu haben glaubte.“ (*Börsen-Halle*, 13.03.1848, S. 4, vgl. dort auch Vorstehendes). Diesen Protestformen des Typs 1, subsistenzorientierter Unruhen, und Typ 2, kommunalpolitische Tumulte, nach Gailus 1990, S. 184ff., eher vorpolitische Formen öffentlichen Widerstands, wollte Crome durch Schaffung einer möglichst breiten Klasse von Staatsbürgern begegnen, denn bisher hatten die unteren Volksschichten zwar keine politischen Rechte, waren aber dennoch nicht von den Abgaben befreit (vgl. ebd.). Aus Sicht der heutigen Forschung schlug Crome Maßnahmen vor, welche für die vorliegenden zum großen Teil traditionellen und vorpolitischen Proteste nicht passten.

1782 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 19.03.1848, S. 111.

1783 Vgl. ebd.

1784 Ebd.

1785 Vgl. zu Gustav Struves Forderungen Hug 2006, S. 120.

Demokraten für den besten Weg, durch sozialpolitische Reformen sowie kostenlose Bildung die soziale Ungleichheit und die daraus erwachsenen gesellschaftlichen Konflikte auf evolutionärem Weg zu mindern.¹⁷⁸⁶

Die Liberalen strebten hingegen zunächst die Verbesserung der Bildung und Beschäftigung der Unterschichten an. Erst nachdem diese später in die Gesellschaft hineingewachsen seien, sollten ihnen volle politische Rechte zugestanden werden.¹⁷⁸⁷

In den Chroniken Nr. 84 und 85 setzten sich die *Blätter* mit den Abstimmungen über die Bürgerschaft nach Maßgabe der neuen Verfassung auseinander. Die Wahlvorbereitungen seien bereits voll im Gange, sodass die Abstimmung parallel zur förmlichen Annahme des Verfassungsentwurfes stattfinden könne. Das Wählerverzeichnis sei fertiggestellt und nach dem Propositionsedikt vom 22. März 1848 werde es möglich, die Auslagefristen zu verkürzen, um eine beschleunigte Abstimmung vornehmen zu können.¹⁷⁸⁸

Die Chronik Nr. 85 richtete den Blick auf das Verhältnis von Kaufleuten und Gewerbetreibenden in der neuen Bürgerschaft. Die Gewerbetreibenden seien ihrer Zahl nach auch nach der neuen Verfassung gegenüber den Kaufleuten schlechtergestellt, denn diesen stünden 48, den Gewerbetreibenden hingegen nur 32 Sitze zu. Der Verfasser wies darauf hin, dass mehrere Kollegien einer Ausweitung der Mandate der Gewerbetreibenden zustimmen würden. Gleichzeitig strich man heraus, dass unter den Bedingungen der neuen Konstitution der Einfluss der Gewerbetreibenden ohnehin bereits vergrößert sei und diese Gruppe somit zufrieden sein könne. Unter den Bedingungen eines gleichen Wahlrechts würde ihre Gruppe kaum 32 Vertreter stellen dürfen.¹⁷⁸⁹

B.4.10.2.1 Vorbemerkung: Die Wahlen zur Nationalversammlung

Infolge des Beschlusses des Frankfurter Vorparlaments vom 30. März 1848, eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen, wurden in Lübeck nach Maßgabe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle selbstständigen Männer über 25 Jahren Wahlmänner bestimmt. Diese sollten dann über die zwei Abgeordneten befinden, die Lübeck in die Nationalversammlung entsenden durfte. Die Beteiligung an den Urwahlen blieb mit nur etwa 20% wie andernorts hinter den Erwartungen zurück.¹⁷⁹⁰ Ein Grund

1786 Hahn 2010, S. 578.

1787 Vgl. ebd., S. 579.

1788 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 02.04.1848, S. 134.

1789 Vgl. ebd., wörtlich: „Kommt es ihnen also darauf an, ihr besonderes Standesinteresse gewahrt zu sehen, so können sie sich mit dem Wahlverfahren des gegenwärtigen Verfassungsentwurfes nur einverstanden erklären.“ (ebd.).

1790 Vgl. Graßmann 1997, S. 608.

hierfür war die mangelnde Erfahrung vieler Lübecker mit dem recht frei gehaltenen Wahlrecht.¹⁷⁹¹

Die Abstimmung der Wahlmänner am 5. Mai 1848 ergab Sitze für Ludwig Heinrich Wiederhold und Ernst Deecke. Während Wiederhold sich rasch der äußersten Rechten in der Nationalversammlung anschloss, fand Deecke als dessen Vertreter den Weg zur gemäßigten Rechten, der „Casino-Fraktion“. Wiederhold legte sein Mandat bereits im Juni 1848 nieder, da er sein hellenistisches Ideal allgemeiner Mäßigung in der Nationalversammlung nicht verwirklicht sah. Hinzu kam seine körperliche Schwäche, die als Rücktrittsgrund galt. Zurück in Lübeck verstarb Wiederhold 1850.¹⁷⁹²

Ernst Deecke beteiligte sich vorwiegend an Debatten zu Fragen der Wirtschaftspolitik. An Grundsatzdiskussionen zeigte er hingegen nur wenig Interesse. Bald nach Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm IV. kehrte Deecke nach Lübeck zurück.¹⁷⁹³ Im selben Jahr trat er aus der Gemeinnützigen Gesellschaft aus. Deecke nahm an der Gothaer Versammlung der kleindeutsch orientierten Konstitutionellen teil.¹⁷⁹⁴

Am 7. Mai 1848 informierten die *Neuen Lübeckischen Blätter* kurz über den Ausgang der Wahlmännerabstimmung. Als Abgeordneter für Lübeck wurde Oberappellationsrat Dr. Ludwig Wiederhold gewählt, sein Vertreter wurde Prof. Dr. Deecke. Die Wahlmänner hätten ihre Pflicht erfüllt, hieß es weiter, und einen Kandidaten gewählt, der einen freien Standpunkt vertrete.¹⁷⁹⁵ Die Wahl Wiederholds ist insofern bemerkenswert, als dass dieser erst Anfang 1847 nach Lübeck gezogen war. Daher berief man sich auf dessen politische Tätigkeit in seiner hessischen Heimat. Dort habe er sich als „ein Mann der Freiheit und Vaterlandsliebe“ bewährt. Der Artikel äußerte sich ausschließlich lobend über beide Gewählten,¹⁷⁹⁶ was den *Blättern* im Sommer 1848 ein konstitutionelles Profil gab.

B.4.10.2.2 Fortsetzung der Diskussion zum Wahlrecht für die Lübecker Bürgerschaft

Weiterhin befasste sich „d.“ mit der Frage, ob sich das allgemeine und gleiche Wahlrecht günstig für das Staatsleben auswirken würde. Bereits die Überschrift des hier näher betrachteten zweiteiligen Aufsatzes „Gegen die allgemeine Wahlfreiheit. II.“ machte die

1791 Vgl. ebd., S. 608f.

1792 Vgl. ebd., S. 609f.

1793 Vgl. ebd., S. 610f.

1794 Vgl. Best u.a. 1996, S. 121.

1795 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 07.05.1848, S. 167.

1796 Vgl. ebd.

Position des Verfassers hinreichend deutlich.¹⁷⁹⁷ Dem Argument der Befürworter eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts, dieses zöge eine höhere Achtung vor dem Gesetz nach sich, entgegnete „d.“, dass sich in dessen Folge zwangsläufig eng gegeneinander abgegrenzte Parteien bildeten. Dass zudem politisch beteiligte Bürger bei fehlender Überstimmung ihrer Ansicht mit dem neuen Gesetz diesem eben nicht freundlich gegenüberstünden, verstehe sich von selbst. Daher sei eine allgemeine Zufriedenheit bzw. größere Loyalität zur Rechtssetzung auch bei einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nicht zu erwarten.¹⁷⁹⁸

Stattdessen verschärften sich die Gegensätze unter den Bürgern. Die Wähler seien ständig berufen, die Handlungen des Gewählten zu kontrollieren, woraus eine ständige Aufregung resultiere, welche „d.“ einen „krankhaften Zustand“ scholt.¹⁷⁹⁹ Die Zwietracht könne jene bei einer Abstimmung unterlegene Partei dazu verleiten, ihre Ziele mit (revolutionärer) Gewalt dennoch durchsetzen zu wollen. Auch bringe die politische Unruhe der Bürgerschaft immer wieder neue Gesetze hervor, die das Staatswesen allgemein nicht zur Ruhe kommen lasse: „Wir werden es also erleben, daß Principien, die heute noch unumstößlich erscheinen, morgen schon nicht mehr gelten [...]“. ¹⁸⁰⁰ Man werde schließlich gezwungen, die Staatsverhältnisse einer bewussten Steuerung zu unterziehen. Raum für eigene Gestaltung bliebe dann kaum noch, sodass die Unruhe über die Gestaltung des Gemeinwesens erneut stiegen.¹⁸⁰¹

Mit der in Lübeck intensiv geführten Debatte um die mögliche Gewährung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts befasste sich im Artikel „Zur Verständigung“ auch „31“. ¹⁸⁰² Der Streit um die Wahlrechtsfrage werde mittlerweile hitzig und erbittert geführt, weshalb der Verfasser zunächst auf den Beginn des Konfliktes einging. Bereits im Abstimmungsprozess über die neue Verfassung Lübecks sei in zwei Volksversammlungen, in den *Blättern* stets „Bürgerversammlungen“ genannt, der Vorschlag eingebracht worden, in den Entwurf der Verfassungsrevisionskommission ein erweitertes Wahlrecht eingliedern zu wollen. Nach einigem Widerspruch hatten die Befürworter derlei Petitionen ihre Forderungen allerdings zurückgenommen.¹⁸⁰³

1797 Vgl. ebd., S. 169- 172.

1798 Vgl. ebd., S. 169f.

1799 Vgl. ebd., S. 170f.

1800 Ebd., S. 171, vgl. dort auch Vorstehendes.

1801 Vgl. ebd. Im Schlussteil warnte der Verfasser vor einer übereilten Einführung des allgemeinen Wahlrechts, da sich dieses ohne größere Unruhen nach den mit Sicherheit eintretenden negativen Erfahrungen nicht wieder zurücknehmen lasse (vgl. ebd., S. 172).

1802 Vgl. ebd., S. 168f.

1803 Vgl. ebd., S. 168.

„31“ appellierte nach erfolgtem Zusammentritt der (neuen) Bürgerschaft, diese möge die konstatierte Reformbedürftigkeit der neuen Verfassung anerkennen und die Konstitution zu möglicher „Vervollkommenheit“ führen. Alle Diskutanten sollten besonnen auch die Argumente der Gegner eigener Ansichten hören und bedenken.¹⁸⁰⁴

Die „Kleine Chronik“ der Ausgabe vom 7. Mai befasste sich ebenfalls, diesmal aus konservativer Sicht, mit der Wahlrechtsfrage. Verschiedene Stände Schwedens, dessen Verfassungsreform mit der Lübecker vergleichbar sei, hätten in einer Petition erklärt, dass eine Wahl nach Klassen und Gewerben dem Bestand der königlichen Macht und der Ruhe im Staat am zuträglichsten sei.¹⁸⁰⁵

Auf die Wahlen sowie der unter „Liberalität“ gefassten Besprechung seiner Veröffentlichung *Die Gefahr des Vaterlandes und der Weg seiner Rettung*¹⁸⁰⁶ vom 7. Mai ging Evers¹⁸⁰⁷ in einem zweiteiligen Aufsatz ein.¹⁸⁰⁸ *Revolution und Radicalismus. Ein Wort zur Verständigung* thematisierte im zweiten Teil vom 4. Juni 1848 die Geschichte der Revolution seit dem März.¹⁸⁰⁹ Den Bestrebungen der Revolution könne der „wahre Patriot“ zwar nur zustimmen, darunter fielen nach Evers aber nicht die Mittel zu ihrer Durchsetzung. Er betonte die unterschiedliche Größe der regional zu differenzierenden Bewegungen, welche sich hauptsächlich aus Angehörigen der unteren Schichten und ihren Führern zusammengesetzt hätten.¹⁸¹⁰

Das Vorparlament, das ohne Mandat und ohne korrekte Wahlen zusammengetreten sei, habe sich schon bald auf den Boden revolutionären Rechts gestellt, anstatt sich als Vermittlungsinstanz zwischen den ungestürzten Regierungen und dem revolutionären Volk zu verstehen und entsprechend zu agieren. Durch die nachdrücklichen Forderungen an die Bundesversammlung und die Regierungen habe es die Revolution nach Ansicht Evers sogar noch weiter getragen, als es die bisherigen revolutionären Volksmassen vermocht hätten.¹⁸¹¹ Es stehe daher zu erwarten, dass die Verständigungsbereitschaft der auf diese Weise brüskierten Regierungen im Sinken begriffen sei: „[U]nd wenn dem Vaterlande

1804 Vgl. ebd., S. 169.

1805 Vgl. ebd., S. 174.

1806 Vgl. ebd., S. 172f.

1807 Evers unterzeichnete den hier zu besprechenden Aufsatz zwar teilweise anonymisiert, indem er nur „E...s“ zeichnete (ebd., 04.06.1848, S. 203), aus der Bezugnahme auf die Besprechung seiner Veröffentlichung in den *Blättern* Nr. 21 (vgl. ebd., S. 202) geht seine Verfasserschaft allerdings eindeutig hervor.

1808 Vgl. ebd., 21.05.1848, S. 183- 185 und ebd., 04.06.1848, S. 200- 203.

1809 Vgl. ebd., 04.06.1848, S. 200- 203.

1810 Vgl. ebd., S. 200f.

1811 Vgl. ebd., dazu wörtlich: „Indem sich das Vorparlament ganz zu dem Volk auf die revolutionäre Basis stellte, trieb es die Revolution sogar noch weiter, als das Volk sie bereits getrieben hatte.“ (ebd., S. 200).

dennoch aus der Verwirrung dieser Zeit eine schönere Zukunft erblühen sollte, so wird es nicht durch das Vorparlament, sondern trotz desselben geschehen sein.“¹⁸¹²

Evers appellierte nun an die eben zusammengetretene Nationalversammlung, sich möglichst rasch wieder auf den Boden des Rechts zu begeben und nicht der Anmaßung zu erliegen, ihre Machtfülle selbst bestimmen zu können.¹⁸¹³ Der Verfasser favorisierte das allgemeine, nicht aber das gleiche Wahlrecht. Die unteren Volksschichten könnten auf diese Weise mittelfristig zunächst eingeschränkt beteiligt werden, bis sie nach Maßgabe ihrer Bildung soweit gehoben wären, als dass man ihnen das volle Stimmrecht zusprechen könnte.

Evers äußerte sich mit diesem Aufsatz auch selbst direkt über die politischen Zeitströmungen und vertrat dabei einen dezidiert konservativen, nicht allerdings reaktionären Ansatz. Dies wurde anhand seiner Einschätzung zum fehlenden Mandat des Vorparlaments und dem revolutionären Recht deutlich, auf dem letztlich auch die Nationalversammlung beruhte. Weiterhin sprach er sich für das Klassenwahlrecht aus, das erst mit der preußischen Verfassungsnovelle im Dezember 1848 verwirklicht werden sollte.

B.4.10.3 Zur Wahlrechtsdebatte zwischen September und Dezember 1848 aus Sicht der *Neuen Lübeckischen Blätter*

In engem Zusammenhang mit den zunehmend fordernden Stimmen nach einer Verfassungsreform stand die Wahlrechtsfrage, die insbesondere alle bisher nicht wahlberechtigten „Einwohner“ betraf und mit 22 der 29 Wertungspunkte im III. Quartal 1848 wesentlich im September diskutiert wurde,¹⁸¹⁴ dem Vormonat der „Oktoberrevolution“.¹⁸¹⁵

Zunächst feierten die *Blätter* vom 23. Juli die Wahl des Kaufmanns Heinrich Wilhelm Haltermann zum Senator. Die Abstimmungen fanden erstmals unter den Bedingungen der neuen Verfassung statt, die eine gleichberechtigte Teilnahme der Bürgerschaft vorsah. Haltermann war Kandidat des Konsenses, denn Senat und Bürgerschaft hatten sich auf

1812 Ebd., S. 202, vgl. dort auch Vorstehendes. Deutlich positiver bewertete der Konstitutionelle Heinrich Laube die Arbeit des Siebener-Ausschusses, der dem Zusammentritt und den Themenstellungen des Vorparlaments den Weg bereitete: „Wie viel haben wir diesen Männern zu danken, welche in Heidelberg zusammentraten und von da aus Station für Station den schwerfälligen Karren unseres verrotteten Reiches in Gang brachten [...]! Es war eine brave Gesellschaft meist kreuzbraver deutscher Patrioten.“ (Laube 1849, S. 20).

1813 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 04.06.1848, S. 202.

1814 Vgl. inhaltliche Übersicht der *Neuen Lübeckischen Blätter* im Anhang.

1815 Zu den Ereignissen im Oktober 1848 vgl. die entsprechenden Bemerkungen in der Auswertung der Kategorien „Staats- und Justizordnung“ und „Revolutionäres“.

dessen Nominierung verständigt, wie die *Blätter* lobten.¹⁸¹⁶

Im August ging die „Kleine Chronik“ mit einem Zitat aus den *Leipziger deutschen Blättern* auf die Debatte zum Wahlrecht in England ein. Dort sehe man, gaben die *Blätter* in gesperrtem Druck wieder, das Wahlrecht nicht als natürliches Recht an:

[S]ondern als ein Vertrauensamt, das nur denen zu übertragen sei, die durch ihre unabhängige Lebensstellung dem Staat Bürgerschaft geben, es gehörig auszuüben [gesperrt gedruckt im Original; M. P.].¹⁸¹⁷

Dieser Artikel enthielt damit ein Plädoyer für das Zensuswahlrecht.

Mit sechs Seiten Länge erstreckte sich am 3. September 1848 der Abschlussbericht der zur Beratung möglicher Wahlrechtsreformen eingesetzten Kommission vom 29. August 1848 beinahe über die gesamte Länge der *Blätter*.¹⁸¹⁸ Gleich zu Beginn stellte die Kommission fest, dass kein Zweifel darüber bestanden habe, allen selbständigen Einwohnern Lübecks das aktive und passive Wahlrecht nach Ableistung eines Bürgereides zuzugestehen. Indessen lehnte das Gremium die Begründung ab, die nicht wahlberechtigten Einwohner seien bisher nicht vertreten worden. Ihre Stimme hätten die anderen Stände mit in die Versammlung getragen, argumentierte die Kommission.¹⁸¹⁹ Konkret unterbreitete sie folgende Vorschläge für eine Wahlrechtsreform:

Für die Einwohner werde nach Abschaffung des Unterschiedes von Bürgern und Einwohnern eine eigene Wählerklasse in der nach Kollegien zu wählenden Bürgerschaft zu schaffen sein. Gleiches gelte für die vergrößerte Klasse der Landleute, d.h. der Bewohner des Lübecker Landgebietes.¹⁸²⁰ „Es soll nicht versucht werden, die Unterschiede zu beseitigen, welche auf Bildung, Vermögen und Beruf sich gründen.“¹⁸²¹

Da man keine soziale Reform bzw. gleiche Partizipationsmöglichkeiten für die unteren Schichten anstrebte, wurde eine Zensuswahl zur Bestimmung der Vertreter in der nach Kollegien geordneten Bürgerschaft präferiert.¹⁸²² In den Wahlkollegien solle dann ein gleiches Wahlrecht gelten, auch die Vergabe der Mandate würde nach einem gleichen

1816 Vgl. *Neuen Lübeckische Blätter*, 23.07.1848, S. 265.

1817 Ebd., 13.08.1848, S. 296, vgl. dort auch Vorstehendes.

1818 Vgl. ebd., 03.09.1848, S. 313–318.

1819 Vgl. ebd., S. 313. In Bezug auf den Streit über die Reformbedürftigkeit der Verfassung kam die Kommission zum Ergebnis, dass man zwar nicht sogleich nach Einführung einer Konstitution Veränderungen vornehmen solle. Im Falle Lübecks verhalte es sich aber anders, da hier Senat und Bürgerschaft nach dem 1669er Rezess den Grundgesetzentwurf nur deshalb ohne Verhandlung angenommen hätten, da die vormalige Staatsordnung keine weitergehenden Reformen zuließ. Nun gelte es, die unter diesen Umständen in Kraft getretene neue Verfassung den Anforderungen der Zeit anzugleichen (vgl. ebd., S. 313). Auch müsse man nicht davon ausgehen, dass die erwartete Reichsverfassung die Grundlagen der lübeckischen Konstitution außer Kraft setze (vgl. ebd., S. 314).

1820 Vgl. ebd.

1821 Ebd.

1822 Vgl. ebd., S. 314f.

Verhältnis von Einwohnern und Vertretern geregelt. Die Gewählten hätten sich dann weder als Vertreter eines Standes oder einer Wählerklasse¹⁸²³ zu verstehen, sondern als Delegierte der Bevölkerung insgesamt.¹⁸²⁴ Richtern am Oberappellationsgericht der Hansestädte wurde im Artikel ebenso wie den jüdischen Bürgern das Wahlrecht zugesprochen.¹⁸²⁵ Die Kommission ließ diesen Bemerkungen konkrete Formulierungsvorschläge für die zu ändernden Paragraphen der Konstitution folgen.¹⁸²⁶

Man bekannte sich in allen zum Wahlrecht vorgestellten Artikeln der *Blätter* dieses Quartals nur halbherzig zu weiteren Reformen. Konsens war offenbar, den politisch nicht mitspracheberechtigten Einwohnern das Bürger- und damit auch das Wahlrecht zuzugestehen. Davon sollten auch die jüdischen Bürger profitieren. Von einem gleichen Wahlrecht konnte unter Verweis auf den Vorschlag der Kommission, der sechs unterschiedliche Wählerklassen vorsah, davon allein fünf für die Stadtbewohner, keine Rede sein.¹⁸²⁷ In den Blättern überwogen Auffassungen, die eine maßvolle Reform guthießen, deutlich jene von Verfechtern eines gleichen und allgemeinen Wahlrechts, die allerdings auch zu Wort kamen.¹⁸²⁸

Unmittelbar verknüpft mit den Diskussionen über die Neugestaltung der Konstitution war die Frage nach dem Wahlmodus. Gleiche oder Zensuswahl, allgemeine oder Wahl nach Korporationen, dies waren die Fragen der Zeit. Von Mitte November bis Ende Dezember 1848 erschien in fünf Teilen der Aufsatz „Über die bevorstehenden Wahlen“,¹⁸²⁹ dessen erster Abschnitt Gegenstand einer eingehenderen Betrachtung ist.

In „Ständische Gliederung und allgemeine Wahlfreiheit“ befasste sich zunächst ein anonym bleibender Verfasser, „x.“, am 1. Oktober mit dem Stand der Beratungen zur Wahlrechtsfrage.¹⁸³⁰ Nach einem Lob der seit dem 18. September 1848 aufgehobenen Differenzierung von „Bürgern“ und „Einwohnern“ als Gruppe ohne politische Rechte, ließ der Verfasser die Diskussion der Wahlrechtsfrage bis zum 1. Oktober Revue passieren. An den Vorschlägen der Verfassungsrevisionskommission zur Wahlrechtsfrage wurde insbesondere die Schaffung einer sechsten Wahlklasse als unsinnig verworfen, denn diese

1823 Der Begriff der „Wählerclasse“ wurde von der Kommission zur Substitution des Begriffs der „Stände“ vorgeschlagen, da der Ständebegriff zu Mißdeutungen führe (vgl. ebd., S. 315).

1824 Vgl. ebd.

1825 Vgl. ebd., S. 315f.

1826 Vgl. ebd., S. 316-318.

1827 Vgl. ebd., S. 316f.

1828 Vgl. zum Beispiel den nicht besprochenen Artikel zur sofortigen Revision der Verfassung in den *Neuen Lübeckischen Blättern* vom 13.08.1848, S. 289f.

1829 Vgl. ebd., 12.11.1848, S. 410f., ebd., 19.11.1848, S. 415f., ebd., 17.12.1848, S. 451f., ebd., 24. 12.1848, S. 457f. und ebd., 31.12.1848, S. 469.

1830 Vgl. ebd., 01.10.1848, S. 353.

enthalte alle ehemals politisch nicht beteiligten Bürger- unabhängig ihrer beruflichen Stellung.¹⁸³¹

Die ständische Wahl im Allgemeinen lehnte der Einsender mit Verweis auf den „Corporationsgeist“ ab, der sich anstelle des Gemeingeistes in jeder ständisch gegliederten Bürgerschaft finde. Bei allgemeinen, gleichen und geheimen Abstimmungen könne sich der Wähler unbefangen für den besten Kandidaten entscheiden. Auch Wahlumtriebe, welche Gegner dieses Wahlmodus' befürchten, kämen in einem kleinen Gemeinwesen wie Lübeck nicht zum Tragen.¹⁸³²

Anfang November erschien wiederum anonym die Einsendung „Der Stand der Verfassungsfrage“, in dem gleich zu Beginn konstatiert wurde, dass die „allgemeine Zufriedenheit“ sich mit der Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts bisher noch nicht eingestellt habe, dass sich vielmehr ein neuer Zwiespalt zwischen Stadt und Land eröffne.¹⁸³³ Bevor der Senat reformiert und die Reichsverfassung verabschiedet sei, könne an eine definitive Festschreibung der Lübeckischen Staatsordnung nicht gedacht werden. Eine sehr rasch verabschiedete Novelle könne zu Unruhe führen:

Das Princip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts war kaum von der Bürgerschaft angenommen worden, als schon mit Gewalt die Zurücknahme jenes Beschlusses verlangt wurde. Früher warnte man vor der Gefahr, [...] die Einwohner [...] in einen besonderen Stand zu zwingen, und jetzt, nachdem dieselben den bisherigen Bürgern vollständig gleichgestellt sind, verbinden sie sich freiwillig zu einem besonderen Vereine.¹⁸³⁴

Nach den durchgeführten Reformen müsse erst einmal eine allgemeine Klärung stattfinden, schloss der Verfasser die Ausführungen.

„31“ sprach sich im anschließend ersten Teil seines Aufsatzes über die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen für eine Diskussion möglicher Hinderungsgründe für die Wahl der am besten geeigneten Kandidaten aus.¹⁸³⁵

Während die Revisionskommission tagte, geriet die Ausführung der im Frühling beschlossenen Verfassung zunächst in den Hintergrund. Erst am 10. Dezember 1848 schrieben die *Blätter* anlässlich der Wahl beider Bürgermeister am 6. Dezember durch den Senat erneut über dieses Thema: Senator Dr. Brehmer wurde zum Bürgermeister und

1831 Vgl. ebd., S. 353.

1832 Vgl. ebd., S. 354.

1833 Vgl. ebd., 12.11.1848, S. 410.

1834 Ebd.

1835 Vgl. ebd., S. 410f. Die Abgeordneten sollten sich durch Bildung, Verstand, praktische Vernunft, Tüchtigkeit und ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Sittlichkeit ihrer Aufgabe auszeichnen (vgl. ebd.). Auf die Frage, wie man solche Kandidaten finden könne, antwortete „31“: „Das wird nur gelingen, wenn man sich die Schwierigkeiten, welche gerade bei uns der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen, deutlich vergegenwärtigt, und sich einmüthig und kräftig zur Bekämpfung derselben verbindet.“ (ebd., S. 411).

Vorsitzenden des Senats gewählt, den Bürgermeister Dr. Frister bestimmte das Gremium zum künftigen Vorsitzenden des Obergerichts, welches nach wie vor im Senat verankert war. Die Wahlen erfolgten auf je zwei Jahre.¹⁸³⁶

B.4.10.4 Zur Berichterstattung der *Neuen Lübeckischen Blätter* zur Wahl der Bürgerschaft sowie zur Verabschiedung des Reichswahlgesetzes:
Das I. Quartal 1849

Eine Eintragung in der „Kleinen Chronik“ wies die Leser der *Blätter* am 7. Januar 1849 darauf hin, dass die Wahlscheine für die Bürgerschaftswahl, die nach Maßgabe der neuen Verfassung in allgemeiner und gleicher (Männer-)Wahl bestimmt werden sollte, am 15. Januar abgeholt werden müssten.¹⁸³⁷

„An die bayerischen Wähler“ in Nr. 7 der Chronik zitierte im Anschluss an diese Nachricht aus der Rede des Landtagsabgeordneten Zerzog an die Wählerschaft: Seiner Einschätzung nach würden die „Pfaffen“ und die „Demokraten“ im Vorfeld der Wahlen die höchste Aktivität zeigen. Beide hielten gegen Dritte zusammen, auch wenn sie untereinander höchst uneins seien. Während Erstere die Kirche über das Gemeinwesen stellten, versprächen Letztere, meist arme Akademiker oder Literaten, alles Gewünschte: „Die wählt ihr dann und habt Lügner und Narren!“¹⁸³⁸ Der Abgeordnete appellierte abschließend an die Wähler, verständige und bewährte Kandidaten zu wählen,¹⁸³⁹ was einem Wahlaufuf für konstitutionelle Kandidaten gleichkam.

Wie bereits im Januar konnten die Leser den *Blättern* auch im Februar 1849 praktische Tipps für die Wahlen entnehmen: In der Chronik Nr. 25, „Zur Beherzigung für die Wahlen“, wurde geraten, stets den kompletten Namen des gewünschten Kandidaten und dessen Standesbezeichnung zu notieren, um die Gültigkeit der Wahl zu sichern. Weiterhin empfahl man, die Wahlzettel erst zum letztmöglichen Zeitpunkt auszufüllen, damit man alle während des zeitlich gestaffelten Abstimmungsprozesses bekanntwerdenden Ergebnisse anderer Wahlbezirke bei Abgabe des eigenen Votums taktisch berücksichtigen könne.¹⁸⁴⁰

Sowohl die Erinnerung zur Abholung der Wahlscheine als auch die dezidierten Hinweise zur Wahl selbst betrafen zwar nicht einen bestimmten Kandidaten, waren aber geeignet, die

1836 Vgl. ebd., 10.12.1848, S. 441.

1837 Vgl. ebd., 07.01.1849, S. 7.

1838 Ebd., S. 8, vgl. dort auch Vorstehendes.

1839 Vgl. ebd.

1840 Vgl. ebd., 04.02.1849, S. 40.

in den *Blättern* unverändert vorherrschende konstitutionelle Gesinnung durch eine möglichst geschlossene und strategische Wahl zu beeinflussen, nicht zuletzt deshalb, weil man befürchtete, dass sich unter den Bedingungen der allgemeinen und gleichen Wahl radikale Kräfte durchsetzen würden.

Im I. Quartal 1849 gingen die *Blätter* in vier Teilen der „Kleinen Chronik“ ungewöhnlich ausführlich auf das Reichswahlgesetz ein.¹⁸⁴¹ In der zweiten Eintragung hierzu zitierte die Lübecker Zeitschrift über eine Spalte Länge einen Artikel der konstitutionellen *Deutschen Zeitung*.¹⁸⁴² Aus Lübeck schrieb diese vom 14. Februar, dass man die Zusammenlegung Lübecks mit Mecklenburg-Schwerin zu einem Wahlkreis für die Abgeordneten des Volkshauses infolge der Unterschiedlichkeit beider Staaten nicht gutheißen könne. Nur durch getrennte Wahlbezirke lasse sich sicherstellen, dass der Abgeordnete mit den speziellen Verhältnissen in Lübeck, die sich in Jahrhunderten der Isolation entwickelt hätten, vertraut sei. Nur auf diese Weise könnten die Entscheidungen des Zentrums segensreich auf die Verhältnisse in der Peripherie rückwirken, argumentierte das Blatt.¹⁸⁴³

Die folgende Nachricht, Chronik Nr. 40, gab bekannt, dass sich die Nationalversammlung dazu entschieden habe, jenem im Artikel der *Deutschen Zeitung* favorisierten Minderheitenantrag der Kommission zur Erarbeitung des Reichswahlrechts zu folgen. Lübeck war damit die einzige Stadt mit weniger als 50.000 Einwohnern, der ein eigener Abgeordneter für das Volkshaus der Paulskirchenverfassung zugesprochen wurde.¹⁸⁴⁴

B.4.10.5 Zur Berichterstattung über die Kaiserwahl und die Zurückweisung der Krone durch den Preußenkönig: Das II. Quartal 1849

Über die Kaiserwahl der Paulskirchenversammlung erfuhren die Leser aus den *Lübeckischen Blättern* vom 1. April 1849.¹⁸⁴⁵

Nach der gewaltigen Aufregung, in welcher uns seit fast drei Wochen alle Nachrichten aus Frankfurt erhalten hatten, [...] wagten wir es kaum der großen Kunde vollen Glauben zu schenken, die nun durch alle deutsche Lande erschallt: Friedrich Wilhelm der Vierte ist von der Nationalversammlung zum erblichen Kaiser von Deutschland erwählt!¹⁸⁴⁶

1841 Vgl. ebd., 18.02.1849, S. 58, vgl. ebd., 04.03.1849, S. 75f., vgl. ebd., 11.03.1849, S. 86.

1842 Vgl. ebd., 04.03.1849, S. 75f.

1843 Vgl. ebd.

1844 Vgl. ebd., S. 76.

1845 Vgl. ebd., 01.04.1849, S. 103.

1846 Ebd.

Sehr wohl, hieß es weiter, wisse man um die Umstände, den erstarkenden Partikularismus, der eine Einigung auch jetzt noch verhindern könne. Dennoch lobte der ungenannte Verfasser, vermutlich hatte Dr. C. Dettmer diesen Artikel als verantwortlicher Redakteur der *Blätter* selbst verfasst, die konstitutionellen Politiker als diejenigen, welche einzig in der Lage gewesen seien, das Verfassungswerk zu gestalten. Die österreichische, die republikanische, die katholische oder die Partei der Sonderstaaten hätten dagegen keine eigenen Vorschläge eingebracht, sondern sich nur in ihrer Ablehnung des Vereinbarten zusammengefunden. Weiterhin betonte der Verfasser den Willen Lübecks, das Seine zur Einheit beizutragen, indem sich der Stadtstaat beispielsweise im Krieg gegen Dänemark stärker beteilige.¹⁸⁴⁷

„Die deutsche Kaiserwahl“ endete mit dem emphatischen Ausruf: „Gott schütze das wiedergeborene Reich und seinen Kaiser!“¹⁸⁴⁸, womit die *Blätter* ihre vormaligen Bedenken bezüglich des Gelingens des Einigungswerkes fortwischten.

Die ungewohnte Emphase dieses Artikels wie auch das explizite Lob der Konstitutionellen ließ keine Deutungen bezüglich der Haltung der *Blätter* in der Verfassungsfrage zu. Die Betonung der Kampfbereitschaft bei erneuten Feindseligkeiten gegen Dänemark belegte einmal mehr das mangelnde Engagement der Stadt in der ersten Phase des Konflikts im Jahr 1848 und damit eben den Vorwurf, den zu entkräften man sich seinerzeit mehrfach beeilt hatte.¹⁸⁴⁹

B.4.10.6 Zur Berichterstattung über die Deutsche Union - die *Neuen Lübeckischen Blätter* zwischen Loyalität zur Nationalversammlung und Pragmatismus

Nach einer Unterbrechung der Berichterstattung im III. Quartal 1849 befassten sich die *Neuen Lübeckischen Blätter* Anfang Oktober in der „Kleinen Chronik“ Nr. 121 mit dem Wahlgesetz der Drei-Königs-Verfassung. Dabei zitierte man die Zeitschrift *Europa*, in welcher das für die Wahlen zum Volkshaus vorgesehene Klassenwahlrecht gelobt wurde.¹⁸⁵⁰ Zum Grundsatz der neuen Wahlordnung, insbesondere aber zum Ausschluss aller Nichtbesteuerten von der politischen Mitbestimmung hieß es:

Die Herrschaft der N i c h t b e s t e u e r t e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] mußte aufhören; die Tyrannei der Nihilisten (derer die nichts haben, nichts wissen und nichts wollen) war nicht länger zu dulden.¹⁸⁵¹

1847 Vgl. ebd.

1848 Ebd.

1849 Vgl. entsprechende Ausführungen im Teil „Militärisches“.

1850 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 07.10.1849, S. 326.

1851 Ebd.

Wenn auch der Weg Preußens, eine Verfassung zu oktroyieren, nicht bevorzugt wurde, sei dieser dennoch notwendig gewesen.¹⁸⁵²

Die bisher ausgeglichen bis abwartend argumentierenden Artikel der *Blätter* zur Frage des Wahlrechts kippten hier erstmals in Richtung einer unbedingten Ablehnung des relativ freien Wahlprinzips gleicher Wahlen. Unbedingt daher, da man nun auch bereit zu sein schien, so zumindest die Quellenzeitung, den rechtswidrigen Oktroi Berlins anzunehmen, nur um eine Gruppe von der Wahl ausschließen zu können, deren Partizipationsrecht nun negiert wurde.

Angesichts der mehrfach deutlich gewordenen Präferenz der *Blätter* für die Gothaer Konstitutionellen ist es in der Rückschau nicht weiter verwunderlich, dass die Zeitschrift im Frühjahr 1850 recht ausführlich auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Unionsparlament einging. Mit 21 Wertungspunkten erreichte die Kategorie im I. Quartal 1850 nach einer fast vollständigen Pause in der Berichterstattung erneut das Niveau des Zeitraums von Juli 1848 bis März 1849.¹⁸⁵³

In „Die Wahl zum deutschen Volkshause“ befasste sich „27“ Mitte Januar 1850 mit der deutschen Frage.¹⁸⁵⁴ Die Nationalversammlung habe nur wenig Konkretes erreicht. Statt ihrer hätten die Regierungen ihre Gewalt wieder zurückgewonnen,¹⁸⁵⁵ weshalb die Lübecker unabhängig der Wertung dieser Ereignisse im Einzelnen an der Wahl des Unionsparlaments teilnehmen sollten:

Es ist um der Regierungen willen Pflicht, sich dem Rufe nicht zu entziehen, der von ihnen ergeht, es ist um des Vaterlandes Pflicht, seine Mitwirkung nicht zu versagen, [...] es ist um des Volkes willen Pflicht, einer Steigerung der Erbitterung vorzubeugen, die nur zum Unheil führen kann.¹⁸⁵⁶

Die Widrigkeiten, die dem Werk dieses Parlamentes entgegenstanden, beeilte sich „27“ zu entkräften: Wenn auch das Volkshaus nicht von allen Staaten beschickt würde, kämen die Segnungen der Einheit auch denjenigen zugute, die sich zunächst noch verschlössen, sich aber später noch dem Bunde anschließen könnten. Auch die unklare Stellung dieses Parlaments nach dem Verfassungsentwurf vom 26. Mai 1849 lasse sich durch „wackere, patriotische und einsichtsvolle Männer“ und deren rhetorische Kraft kompensieren.¹⁸⁵⁷

Ein kräftiges Votum der Wähler, deren Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber der

1852 Vgl. ebd.

1853 Vgl. dazu die Übersicht zum Inhalt der *Blätter* in der Anlage dieser Arbeit.

1854 Vgl. ebd., 13.01.1850, S. 9f.

1855 Vgl. ebd., S. 9, wörtlich: „Die Regierungen haben die ihnen eine Zeitlang entrissene Gewalt wiedererlangt, und was auch zu Stande kommen möge, es kann nicht gegen ihren guten Willen zu Stande kommen.“ (ebd.).

1856 Ebd., S. 9.

1857 Vgl. ebd.

Abstimmung „27“ als maßgeblichen Hinderungsgrund für ein Gelingen der Einigung verstand, werde auch durch die kurzen Abstimmungszeiten und die Umstände der Wahl nicht befördert. Der Artikel wünschte, die Lübecker Behörden mögen sich bemühen, den Bürgern die Wahl zu erleichtern, damit so viele wie möglich auch an der Abstimmung teilnehmen.¹⁸⁵⁸

Angeichts der Entwicklung seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung im Mai 1848 begriff der Einsender das Unionsparlament und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Volksvertretern als einzigen noch verbliebenen Weg zur deutschen Einheit, die ihrerseits zur Prävention einer weiteren Verbitterung des Volkes mit der möglichen Folge einer (sozialen) Revolution unbedingt notwendig sei.

In der „Kleinen Chronik“ Nr. 16 wurde am 11. Februar 1850 bekannt gegeben, dass der im ersten Wahlgang gewählte Abgeordnete, dessen Namen die *Blätter* verschwiegen, die Wahl ausgeschlagen habe. Eine Neuwahl sollte am 18. Februar stattfinden.¹⁸⁵⁹

Auch diese Wahl scheiterte, da Heinrich von Gagern das Mandat Lübecks nicht annahm. Daher musste eine dritte Abstimmung stattfinden, mit der sich die *Blätter* vom 3. März 1850 befassten:¹⁸⁶⁰ Ein anonymen Verfasser forderte in „Die Wahl zum Volkshause“, dass nun ein „Mann aus unserer Mitte“ gewählt werden müsse. Dieser könne die gewonnenen Erfahrungen nach Ende des Parlaments auch für Lübeck fruchtbar machen. Weiterhin wies er darauf hin, dass Lübeck als einziger Staat mit weniger als 50.000 Einwohnern einen eigenen Abgeordneten entsenden dürfe. Infolge dieser Ausnahmebestimmung stehe man in der Pflicht, einen solchen auch zu stellen.¹⁸⁶¹

„Wen sollen wir nach Erfurt wählen?“ fragte im direkten Anschluss an diesen Artikel „12“ und bedauerte den bisher mangelnden Wahlerfolg.¹⁸⁶² Nach zwei erfolglosen Abstimmungen waren die Wahlmänner nun ein drittes Mal aufgefordert, einen Kandidaten zu wählen. Auch die Erfolgsaussichten der Union hätten sich seit Januar 1850 merklich eingetrübt:

Wohl mancher guter Wahlmann, der schon von Anfang an kein richtiges Vertrauen zum Erfurter Reichstage hatte (versteckter Demokrat, Großdeutscher oder Treubündler), ist [...] ganz und gar kopfscheu geworden und wir selber, die wir uns schmeicheln, keiner jener Kategorien anzugehören,

1858 Vgl. ebd., S. 10.

1859 Vgl. ebd., 11.02.1850, S. 48.

1860 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 66-68. Zur Aufstellung Gagerns vgl. ebd., 17.02.1849, S. 49.

1861 Vgl. ebd., 03.03.1850, S. 66f. Der Verfasser ging davon aus, dass die Union zum Erfolg führen werde, denn er bezeichnete diese Wahl als erste in einer Reihe von Wahlen: „[U]nd wir würden offenbar gegen die Ansicht, welche dabei vorwaltete [Lübeck einen eigenen Abgeordneten zuzugestehen; M. P.], handeln, wollten wir gleich das erste Mal [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.] ohne die triftigsten Gründe [...] Verzicht leisten.“ (ebd., S. 66).

1862 Vgl. ebd., S. 67f.

vermögen uns einer trüben Ahnung nicht zu erwehren.¹⁸⁶³

Trotz der Probleme könne sich Lübeck nicht seiner Verantwortung entziehen, solange noch Hoffnung auf eine deutsche Einigung bestehe. Die Kandidatensuche, die viele Lübecker jetzt in den eigenen Reihen vornehmen wollten, gestaltete sich allerdings schwierig, da geeignete Männer zumeist entweder bereits Mitglied des Senats, Richter des Oberappellationsgerichts, der Kaufmannschaft oder sonstiger wichtiger Institutionen seien. Daher müsse man, falls sich kein geeigneter Vertreter innerhalb der Stadtmauern finde, wiederum einen auswärtigen Kandidaten wählen. Frankfurt habe gezeigt, dass zur spezifischen Interessenvertretung Lübecks im politischen Tagesgeschäft kaum Raum bleibe, weshalb es wesentlich darauf ankomme, „[...] die Sache Deutschlands und der kleineren deutschen Staaten gegen das drohende Übergewicht des spezifischen Preußenthums kräftig zu vertreten“.¹⁸⁶⁴

Als geeignete Kandidaten schlug „12“ die gemäßigten Liberalen Dr. Gabriel Riesser¹⁸⁶⁵, Prof. Christian Friedrich Wurm¹⁸⁶⁶ und Georg Gottfried Gervinus¹⁸⁶⁷ vor, die prominente Abgeordnete der Nationalversammlung gewesen waren.¹⁸⁶⁸

Beide Artikel veranschaulichten den Willen ihrer Verfasser, die deutsche Frage möglichst bald einer Lösung zuzuführen. Dass Lübeck Probleme bei der Kandidatennominierung hatte, mag bereits auf den ersten Blick kaum verwundern, denn man entschied sich stets für die prominentesten Vertreter des (konstitutionellen) Liberalismus'.

1863 Ebd., S. 67.

1864 Ebd., S. 68, vgl. Vorhergehendes ebd., S. 67f.

1865 Gabriel Riesser war als Sohn eines Richters beim jüdischen Gericht seit den 1830er Jahren für die Gleichstellung der Juden eingetreten. Nach Inkrafttreten der Grundrechte des deutschen Volkes in Hamburg im Februar 1849 wurde Riesser Hamburger Bürger. Er war Mitglied des Vorparlaments und der Nationalversammlung und nahm an der Kaiserdeputation teil (vgl. Best u.a. 1996, S. 280f.).

1866 Christian Friedrich Wurm hatte seit den 1830er Jahren zahlreiche Vorträge über historische und politische Themen gehalten. Er war Mitherausgeber des *Staatslexikons* von Rotteck und Welcker, an der *Allgemeinen Zeitung* beteiligt und gab 1839 das Werk *Die Handelspolitik der Hansestädte und das Interesse des Vaterlandes* heraus. Als weitere Lübeck betreffende Schrift ist *Die Aufgabe der Hansestädte gegenüber dem Zollverein* (1847) anzuführen. Als Vertreter Lauenburgs war er zunächst Mitglied des Vorparlaments, dann Abgeordneter der Nationalversammlung, in der sich Wurm schließlich dem Nürnberger Hof, einer Abspaltung des Württemberger bzw. Augsburger Hofes, angeschlossen hatte. Später nahm er an der Gothaer Versammlung der konstitutionellen Liberalen teil. Wurm setzte sich programmatisch auch für die Gleichstellung der Juden ein (vgl. ebd.).

1867 Gervinus war im Vormärz als einer der Göttinger Sieben bekannt geworden, hatte sich publizistisch für den Deutschkatholizismus stark gemacht und 1847 die *Deutsche Zeitung* mitgegründet (vgl. Gall 1972, S. 17). Politisch plädierte er in einer Minderheitenposition für den Weg der Verständigung als Grundlage der Erarbeitung einer Reichsverfassung, für die er eine kleindeutsche Ausformung präferierte. Im Juli 1848 schied er resigniert als Abgeordneter der Nationalversammlung aus (vgl. ebd., S. 18). Zu Gervinus vgl. auch Best u.a. 1996, S. 153.

1868 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 03.03.1850, S. 68.

Die nationale Einheit wurde seit dem vorläufigen Scheitern Frankfurts immer mehr zu einem zentralen Thema der *Blätter*, in denen viele Einsender versuchten, die Märzerrungenschaften zu sichern und den deutschen Nationalstaat doch noch zu erreichen. Die Lübecker Zeitschrift verfolgte dabei einen dezidiert konstitutionellen Kurs.

B.4.10.7 Zusammenfassende Rückschau

Die Kategorie „Wahlen“ begann die Berichterstattung erst im Zeichen der Märzereignisse: Dr. Crome forderte die umgehende Gewährung des allgemeinen und gleichen, aber ständischen Wahlrechts, das er zur Prävention möglicher Unruhen anpries. Zunächst war dieser Forderung sowohl innerhalb der *Blätter* als auch auf der Volksversammlung Lübecks kein Erfolg beschieden. Mit Verabschiedung der Aprilverfassung brachten die *Blätter* einen kommentierenden Artikel zur Wahlrechtsfrage, in dem sie sich für die Gruppe der Kaufleute starkmachten. Die Berichterstattung setzte sich ab Mai mit Artikeln gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht und einer Buchbesprechung fort: Noch im August 1848 erschien ein Plädoyer für das Zensuswahlrecht, das als „natürlich“ zu gelten habe.

Nachdem sich Senat und die zögerlichere Bürgerschaft im Herbst des Jahres für das allgemeine und gleiche Wahlrecht ausgesprochen hatten, schrieben die *Blätter* polemisch, dass sich nun trotz der Freisinnigkeit noch keine allgemeine Zufriedenheit eingestellt habe. Obwohl sich immer wieder progressive Stimmen fanden, überwogen 1848 die Skeptiker eines als zu rasch empfundenen Fortschritts in der Wahlrechtsfrage. Das Jahr 1849 begann darauf mit einem Wahlauf Ruf zugunsten der Konstitutionellen, den die „Kleine Chronik“ aus Bayern übernommen hatte. Um die gewünschten Mehrheiten zu erringen, brachten die *Blätter* im Februar 1849 Tipps für die Wahlen. Man riet beispielsweise, immer erst zum Ende einer Abstimmungsperiode zu votieren, um einen Informationsvorsprung nutzen zu können.

Die Konstitutionellen in der Nationalversammlung pries die Zeitschrift anlässlich der Kaiserwahl Anfang April 1849 als die einzige Kraft, die fähig gewesen sei, eine Konstitution zu erarbeiten. Vor dem Hintergrund des Zeitgeschehens nutzten die *Blätter* im Herbst 1849 umgehend die Chance, das ungeliebt liberale Wahlrecht erneut der Kritik zu unterziehen. Preußens Verfassungsoktroi sei zwar nicht vorzuziehen, aber dennoch notwendig gewesen, um die „Tyrannei“ der Nichtbesteuerten und „Nihilisten“ zu beenden. In der letzten Phase der Berichterstattung überwogen Artikel, die zur Teilnahme an den Abstimmungen zur Erfurter Versammlung aufriefen. Dabei argumentierte man einerseits

damit, das eben abgerungene Recht auf Stellung eines eigenen Vertreters zu nutzen, andererseits sah man in der Deutschen Union den einzig verbliebenen Weg zur Einheit. Man verstand sich selbst dabei als Stimme der Kleinstaaten gegen das „Übergewicht des spezifischen Preußenthums“.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die *Neuen Lübeckischen Blätter* in der Kategorie „Wahlen“ deutlicher als in anderen Themenbereichen einen dezidiert konstitutionell-konservativen Kurs verfolgten, auch wenn insbesondere im ersten Revolutionsjahr Befürworter weitgehenderer Reformen nicht ungehört blieben.

B.5 Fazit zur Berichterstattung der *Neuen Lübeckischen Blätter*

Die Berichterstattung der *Neuen Lübeckischen Blätter* änderte sich in ihrer Intensität in der Rückschau auf die Summe aller zehn Quartale nur wenig. Richtet man aber den Blick auf die einzelnen Quartale, lassen sich deutliche Unterschiede erkennen: Die Jahreswende 1848/ 49 war das Halbjahr mit den intensivsten Auseinandersetzungen, nicht das Märzquartal. Im Herbst 1849 noch unter Vormärzniveau gesunken, brachte das Frühjahr 1850 infolge der preußischen Unionspläne einen neuerlichen Aufbruch.

Die drei ausführlich besprochenen Kategorien, „Liberalität“, „Wahlen“ und „Verfassung“ zeigen, dass sich die *Blätter* mit durchaus verschiedener Intensität einzelner Themenbereiche annahmen: Bestimmten die Wahlen zu Bürgerschaft und Paulskirche das II. Quartal 1848, bildeten Themen der Staats- und Justizordnung sowie des Bereichs „Liberalität“ einen Großteil der Berichterstattung im III. Quartal 1848 und I. Quartal 1849. Daraus lässt sich ableiten, dass man in der Lübecker Zeitschrift den makropolitischen Zeitströmungen durchaus zu folgen bereit war, auch wenn der Bereich „Revolutionäres“ es nicht zu einem der drei prominentesten Themengebiete gebracht hatte.

Die Diskussion in den *Blättern* blieb dem vormärzlichen Ideal der bürgerlichen Diskussionsplattform treu, weshalb nachrichtliche Mitteilungen selten blieben, obgleich mit der „Kleinen Chronik“ eine Artikelkategorie bestand, die man nach dem März hätte ausbauen können. Auch Erscheinungsbild und -intervall blieben gleich. Da Nachrichtliches selten blieb, ist eine Analyse nach Quellenzeitungen kaum aussagekräftig. Eine entsprechende Aufstellung hierzu findet sich dennoch im Anhang der Arbeit.

Zum Bereich „Jüdische Bürger“ lässt sich feststellen, dass sich die Zeitschrift gegenüber Emanzipationsbestrebungen offen verhielt. Von einer praktischen Gleichstellung versprach man sich nicht zuletzt eine wirtschaftliche Besserstellung der Betroffenen.

Etwas ausführlicher gingen die *Blätter* auf kirchlich relevante Aufgaben ein: Abgesehen von primär unpolitischen Themen wie der Kirchenmusik, dem Orgelbau usw. sowie einigen Artikeln, die sich gegen den politischen Katholizismus richteten, fand im Jahr 1848 keine kirchenpolitische Diskussion statt. Erst 1849 wurde anlässlich der Ratifizierung der Grundrechte Kirchliches erörtert. Bis zur Kaiserdeputation schien es, als würde sich der Stadtstaat binnen kurzer Zeit von der Kirchenorganisation trennen. Später überwogen Stimmen, die eine solche Separation später und/ oder nur schrittweise umsetzen wollten, bevor ab Ende Mai Meinungen laut wurden, die einen Kirchenverfassungsoktroi seitens des Senats wünschten und vorerst auf die Trennung von Kirche und Staat verzichten zu können glaubten.

Die *Blätter* folgten in ihrer Tendenz dabei den politischen Stimmungslagen, d.h. man folgte zunächst bis zu ihrem Ende der Nationalversammlung, schloss sich dann aber im Sommer 1849 schrittweise der Revisionspolitik an. Ausdruck dieses Übergangs war eine Serie historischer Erörterungen aus der Frühen Neuzeit, die der tagespolitischen Aktualität gänzlich entbehrten.

Die in den *Lübeckischen Blättern* hoch gewertete Kategorie „Liberalität“ zeigte sich im Vormärz reformfreudig. Den März begriff man in diesem Sinne als Beschleuniger einer schon länger angelegten Reformbewegung, die gesetzlich stattfinden sollte. Bezeichnend für die eher hintergründigen Beiträge dieses Themenbereichs waren die seit Zusammentritt der Nationalversammlung immer wieder vernehmbaren reformkonservativen Äußerungen, die das Tun von Vorparlament und Paulskirche als illegitim verwarfen. Die Zeitschrift nutzte diese nicht zuletzt als Möglichkeit, das eigene konstitutionelle Credo argumentativ zu untermauern.

In wirtschaftlichen Fragen blieb man seit dem Vormärz bruchlos Forderungen nach einer Erneuerung der ökonomischen Verfassung treu. Wie auch in der Kategorie „Transportwesen“ begrüßten die *Blätter* die wirtschaftlichen Neuerungen der Zeit und forderten immer wieder eine möglichst rationelle Herangehensweise an Probleme. Im Bereich „Liberalität“ verlangte man beispielsweise seit August 1848 eine Handelskammer zur Interessenvertretung der Lübecker Kaufmannschaft einzurichten, die Regelung der Ausbildungsplatzwahl durch den Markt usw.

Beispielhaft für das Eintreten zugunsten gesetzlicher Reformen war die Abwehrhaltung der

Zeitschrift gegenüber dem Oktoberaufstand 1848 in Lübeck: Gegen die konservativ ausgerichteten „Revolutionäre“ und die nicht eingeschrittene Bürgerwehr seien harte Strafen zu verhängen.

Nachdem Berlin die Krone vorerst abgelehnt hatte, setzten sich die *Blätter* für einen organisierten Konservatismus ein, mit dem man gemeinsam über den besten Lösungsweg für die anstehenden Aufgaben streiten könne. Der idealistischen Vorstellung, im Widerstreit zu konsensualen Lösungen finden zu können, um so Wirtschaft und Staat in positiver Weise fortzuentwickeln, blieb man zunächst treu. Erst zur Jahreswende 1849/ 50 lehnten die *Neuen Lübeckischen Blätter* demokratisch- republikanische Vorstellungen auch offiziell ab. Zuvor hatte man 1847/ 48 und 1848/ 49 behauptet, allen Parteiungen gegenüber offen zu sein, auch wenn konstitutionelle Vorstellungen die Berichterstattung durchgehend dominierten. Um „das Gute“ an der Revolution zu retten, setzte man sich zu Beginn der 1850er Jahre stark für die preußische Unionspolitik ein, der man die Souveränität Lübecks zu opfern bereit war.

Bis weit in das Jahr 1848 spielte der militärisch geführte Konflikt gegen Dänemark kaum eine Rolle in den *Blättern*. Die Zeitschrift verwahrte sich gegen Behauptungen, Lübeck verhalte sich weitgehend neutral, zeigte sich selbst aber eher als Organ des Handels, der wirtschaftliche Verluste scheinbar eher fürchtete als das Schreckgespenst einer Übernahme der Herzogtümer durch die dänische Regierung.

Im zweiten Jahr der Revolution wandte man sich anhand der Frage, ob die zweiprozentige Militärstellungsverpflichtung auch nach Ende der Nationalversammlung aufrecht erhalten werden müsse, militärischen Fragestellungen intensiver zu. In der Debatte begegneten sich Stimmen, die im Abrücken von der Verpflichtung ein Hinwegschreiten der Hansestadt über die Paulskirche und damit das Ende der Verfassung bzw. der Grundrechte heraufziehen sahen, mit realpolitisch bzw. wirtschaftlich agierenden, die ein rasches Aussetzen der höheren Militärquote als Möglichkeit der Kosteneinsparung begriffen. Vor dem makropolitischen Hintergrund der Revision setzte sich der wirtschaftlich argumentierende Flügel schließlich durch.

Zum Themenbereich „Preßgesetzgebung“ schrieben die *Blätter* wenig: Nur kurz nach Erlass der neuen Freiheit, die in Lübeck nicht viel mehr war als ein über Monate währendes Zwischenspiel bis zum neuen Preßgesetz gegen Ende des Jahres, erschienen Beiträge, welche die neue Freiheit lobten, aber auch auf die schon bisher mäßig agierende Zensur verwiesen. Die gesetzliche Regelung der Presse, verabschiedet im Dezember 1848, war vergleichsweise wenig liberal. Um das eigene Gesetz als fortschrittlich darzustellen,

griffen die staatstreuen *Blätter* im Jahr 1849 immer wieder zu Vergleichen mit den sich im Rahmen der allgemeinen Revision andernorts verschärfenden Preßgesetzen.

Die revolutionären Ereignisse in den deutschen Ländern und dem europäischen Ausland fanden in den *Neuen Lübeckischen Blättern* nur wenig Niederschlag. Man befasste sich eher mit deren Folgen, die man zu einem guten Teil begrüßte. Die Idee einer Nationalstaatsbildung verfocht die Zeitschrift bereits Mitte März 1848, um Lübeck aus seiner „Insellage“ zu führen. Der Tendenz nach folgten die Lübecker auch in Nachrichten dieser Kategorie weitgehend den Vorstellungen der Konstitutionellen. So feierte man beispielsweise die Amtseinführung des Reichsverwesers Erzherzog Johann von Österreich. Wie bereits in Bezug auf die „Liberalität“ erwähnt, reagierten die *Blätter* erzürnt über die konservativ motivierte Oktoberrevolte in der Hansestadt. Das IV. Quartal 1848 brachte daher auch den Höhepunkt der Berichterstattung in diesem Bereich.

1849 schrieben die *Blätter* den politischen Kurs des Vorjahres fort, indem sie die Reichsverfassung bejubelten. Unschlüssig war man allerdings, als Wochen später die Krone abgelehnt war. In Artikeln der Kategorie „Vereinswesen“ war im ansonsten stets staatstreuen Organ der gemeinnützigen Gesellschaft nun von der Option einer bewaffneten Verteidigung der Verfassung die Rede. Gleichzeitig äußerten sich weitere Einsender in den *Blättern* ablehnend gegenüber dem noch im April liegenden Vorstoß Berlins zu einer Konferenz der Fürsten zur Erarbeitung einer Verfassung. In derselben Zeit erschien aber auch ein Artikel, der sich für das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer (deutscher) Staaten starkmachte.

Ausführlich nahmen sich die Lübecker im Untersuchungszeitraum des Themengebietes „Staats- und Justizverfassung“ an. Von Beginn an verfolgte man einen grundsätzlich progressiven Kurs, der gut durchdachte Reformen auf gesetzlichem Wege verabschiedet sehen wollte. Weder Sturmpetitionen noch Aufstände änderten etwas an dieser Haltung, die sich nach dem März allerdings vornahm, das „Durchdenken“ der Novellen zeitlich kürzer zu fassen. Im Mai folgte auch *expressis verbis* eine Zuwendung zu den Konstitutionellen. Im Unterschied zu anderen Bereichen sprachen sich viele Artikel in dieser Kategorie für ein ungleiches Wahlrecht oder für Kompromissvorschläge in der Wahlrechtsfrage aus und verhielten sich damit eher konservativ. Die tatsächlich umgesetzte Regelung über das Wahlrecht wurde kaum besprochen, was die kritische Haltung der *Blätter* nochmals betont.

Nach der III. Badischen Erhebung zweifelten die *Blätter* im Oktober 1849 an der Fortwirkung der Paulskirchengesetze: In konservativem Sinne sollte nun die Gewaltenteilung, ehemals Konsens in der Zeitschrift, dem Charakter des Stadtstaates nicht

mehr gerecht werden können. Dennoch blieben auch mahnende Beiträge Teil der Zeitschrift, indem beispielsweise vor einer Machtverschiebung zwischen Bürgerschaft und Senat gewarnt wurde.

Über Vereine und Volksversammlungen schwiegen die *Blätter*, abgesehen von Artikeln des „Vereins zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, dem Financier der Zeitschrift, nach rückschauenden Beiträgen auf die Versammlungen während des Jahres 1847 im ersten Revolutionsjahr vollkommen. Erst ab Ende April 1849 erschien eine Serie von Artikeln über den „Politischen Verein“. Da der Zusammenschluss zu diesem Zeitpunkt bereits seit einiger Zeit existierte, zeigten die *Blätter* damit nach dem Scheitern der Nationalversammlung ihre eigene Orientierungslosigkeit. In jenen Wochen verhielt sich die Zeitschrift gegenüber den demokratisch-republikanischen Vorstellungen weniger ablehnend als in den Vormonaten, in denen es keinen Zweifel über die eigene konstitutionelle Stellung gegeben hatte. Diese Phase, wie auch die Berichterstattung zum Vereinswesen und Volksversammlungen insgesamt, brach im Juli 1849 abrupt ab.

Mit dem März nahmen die *Blätter* Bezug auf die Inhalte des Bereichs „Wahlen“: Mit Überschneidungen zur Kategorie „Verfassung“ sprach man sich im Frühling 1848 gegen das allgemeine Wahlrecht aus, auch wenn dessen Verfechter durchaus in der Zeitschrift publizierten. Selbst nachdem sich Lübeck im Dezember die zweite neue Verfassung binnen eines Jahres gegeben hatte, änderte sich die Mehrheitsmeinung kaum.

Das Lob der Konstitutionellen in der Nationalversammlung als einzig fähiger Kraft unterstrich die Ausrichtung der *Blätter* im Sommer 1849 ein weiteres Mal, bevor man im Herbst vor dem „Nihilismus“ warnte, den das allgemeine Wahlrecht zwingend bringe. Ihre mittlerweile deutlich gewordene rechtskonstitutionelle Ausrichtung bekräftigte die Zeitschrift in den letzten Monaten des Untersuchungszeitraums auch in Bezug auf die Stellung Lübecks zu Preußen.

Insgesamt lässt sich auf Grundlage der Berichterstattung in allen zehn Kategorien belegen, dass die *Neuen Lübeckischen Blätter* während beider Revolutionsjahre zwar grundsätzlich am konstitutionellen Kurs festhielten, aber in den Jahren 1848/ 49 ihrem Selbstverständnis als unparteiischer Kraft zumindest in Ansätzen durch einige Einsendungen, die zu mehr Reformeifer aufriefen, gerecht wurden. Die kurzen Perioden eigener Unsicherheit im März 1848 und im II. Quartal 1849 blieben Ausnahmen. An ihnen zeigt sich dennoch die Möglichkeit alternativer Entwicklungen.

*Hat ein Intelligenz-Blatt bloß einen vorübergehenden Werth?
So scheint es, da es gewöhnlich nur solche Notizen enthält,
an denen diesen oder jenen Personen nur für eine gewisse Zeit etwas liegt.
Allein dergleichen Notizen können in der Folge dem Historiker,
dem Statistiker u.s.f., ja selbst dem Philosophen wichtig werden.
Wie oft gewähren [...] Umstände, die irgend eine Chronik, irgend ein
aufgefundenes Testament, u. d. gl. enthält, einen Blick in die
Cultur, Denkungsart, Sitten, Gebräuche einer Zeit und einer Gegend?*¹⁸⁶⁹

1869 *Fürstlich Ratzeburgisches Intelligenz-Blatt*, 16.01.1808, o.a. Seite, zit. in: Jürs 2004, S. 76. Auf die wichtige Funktion von Intelligenzblättern nimmt knapp 180 Jahre später Holger Böning Bezug: „Als letzter der traditionellen Intelligenzblattbestandteile wird schließlich die regelmäßige Verzeichnung der Preise [...] angekündigt, mit der dem Wirtschaftshistoriker eine erstklassige Quelle zur Verfügung steht.“ (Böning 1987, S. 120f.).

- C Zur Berichterstattung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*
- C.1 Vorbemerkungen zum Fürstentum Lübeck

Das Fürstentum Lübeck, zu dem ab 1842 die Stadt Eutin sowie die Ämter Eutin und Schwartau als zwei getrennte Gebiete zu zählen waren, umfasste etwa 370 qkm. Es hatte 1855 etwa 21.700 Einwohner, die sich auf die Stadt Eutin mit 3.100 Einwohnern,¹⁸⁷⁰ das Amt mit etwa 9.000 und das Amt sowie den Flecken Schwartau mit 9.600 Einwohnern verteilten.¹⁸⁷¹ 1843 hatte die Stadt Eutin 2.903 Einwohner in 291 Wohnhäusern gezählt.¹⁸⁷²

Neben Oldenburg und dem Fürstentum Lübeck gehörte ab 1815/ 17 auch das Fürstentum Birkenfeld im Hunsrück, westlich des Nahetals, zum Großherzogtum Oldenburg. Das Gebiet war rund 500 qkm groß und beheimatete etwa zwanzigtausend Einwohner.¹⁸⁷³ Die kleinen Fürstentümer lagen in entgegengesetzter Richtung jeweils einige hundert Kilometer vom Herzogtum Oldenburg entfernt.¹⁸⁷⁴

- C.1.1 Zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Eutinischen (1803- 1847)

Durch den Reichsdeputationshauptschluss nach jahrhundertelanger bischöflicher Herrschaft 1803 säkularisiert, erlebte die Stadt Eutin im beginnenden 19. Jahrhundert eine Zeit des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Abschwungs. Das „Weimar des Nordens“, in dem Carl Maria von Weber geboren wurde, Johann Heinrich Voß gelebt und gearbeitet hatte, war im Niedergang begriffen.¹⁸⁷⁵ Politisch litt Eutin an den Folgen des Neuordnungsprozesses, der für die Stadt um die Jahrhundertwende seinen Ausgang nahm. Ab 1803 nur noch „Zweitresidenz“ der oldenburgischen Herzöge, rückte die kleine Stadt an die Peripherie.¹⁸⁷⁶ An den Herrschaftsverhältnissen änderte sich nichts, denn der vormalige Bischof von Lübeck führte sein Regiment als weltlicher Fürst bruchlos fort.¹⁸⁷⁷

Nach den Napoleonischen Kriegen wurden zunehmend für das Herzogtum Oldenburg

1870 Die Wahlbekanntmachung für die Abstimmung über die Abgeordneten Oldenburgs im Erfurter Unionsparlament nannte eine Einwohnerzahl von 2.865 für Eutin (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 05.01.1850, S. 1).

1871 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, S. 82.

1872 Vgl. Kirchmann 1843, S. 45.

1873 Vgl. *Blätter für Heimatkunde*, 1958, S. 81.

1874 Vgl. ebd.

1875 Vgl. Peters 1971, S. 164.

1876 Vgl. Prühs 1994, S. 184ff. Der Großherzog bevorzugte auch als Residenz die Stadt Oldenburg (vgl. Eckhardt 1987, S. 316), sodass der Bedeutungsrückgang Eutins für die Zeitgenossen sich in Form der Abwesenheit des Fürsten versinnbildlichte.

1877 Vgl. Prühs 2004, S. 21.

verabschiedete Verordnungen ohne eine Anpassung an die örtlichen Verhältnisse auf das Fürstentum Eutin übertragen.¹⁸⁷⁸ Hinzu traten die wirtschaftlichen Folgen der Kriege, die drückend waren. Nach 1815 hinderten Einfuhren aus dem bereits in der Industrialisierung befindlichen England die Entwicklung des heimischen Handwerks. Hinzu kam, dass infolge der Bevölkerungsprogression die Löhne der besitzlosen (Land-)Arbeiter, der Insten, sanken.¹⁸⁷⁹ Diese übten meist Gelegenheitsarbeiten als Tagelöhner, Handwerker oder Fischer aus.¹⁸⁸⁰ Als sich der Personen- und Güterverkehr in Deutschland beschleunigte, war es der enge politische Raum des Fürstentums, welcher die wirtschaftliche Erholung bremste.¹⁸⁸¹ Eutin litt an seiner Insellage.

Industrie gab es im Fürstentum Lübeck 1843 selbst nach zeitgenössischem Verständnis von „Fabrik“ nicht.¹⁸⁸² Die Hauptprodukte des fruchtbaren Landes waren landwirtschaftliche Erzeugnisse: Man verkaufte Weizen, andere Getreidesorten, Butter, Speck und Schweinefleisch sowie junge Pferde und Rinder.¹⁸⁸³ Neben der Landwirtschaft boten in Eutin und in der Ortschaft Schwartau bei Lübeck auch bürgerliche Berufe Verdienstmöglichkeiten.¹⁸⁸⁴

Eutin war der zentrale Verwaltungssitz. Der Regierung, die ohne verfassungsrechtliche Beschränkung nach Maßgabe fürstlichen Willens handeln durfte, stand die Oberaufsicht über das Polizei-, Medizin- und Armenwesen zu. Weiterhin koordinierte die Regierung Verwaltungsaufgaben verschiedener Art. Über das „Consitorium“ war sie neben der Kirche an der Verwaltung der Kirchen- und Schulangelegenheiten beteiligt und verwaltete den großherzoglichen Besitz. Die Justizkanzlei fungierte als erste Revisionsinstanz bei Rechtsstreitigkeiten.¹⁸⁸⁵

Angesichts dieser Angaben darf man von einem „recht überschaubaren“ Ort bzw. Landesteil sprechen, bei dem die politischen Verhältnisse sich naheliegenderweise an konkreten Personen festmachen ließen.

1878 Vgl. *Blätter für Heimatkunde*, 1958, S. 81.

1879 Vgl. ebd., 1954, S. 1.

1880 Vgl. Kirchmann 1843, S. 37.

1881 Vgl. Peters 1971, S. 165.

1882 Vgl. Kirchmann 1843, S. 36.

1883 Vgl. ebd.

1884 vgl. ebd. Man zählte 1843 elf zünftige Handwerke, 252 Gewerbetreibende, davon ein Buchdrucker, einen Buchhändler, vier Ärzte, drei Advokaten und insgesamt 72 Beamte (vgl. ebd., S. 45f.).

1885 Vgl. ebd., S. 41.

C.1.2 Rahmendaten zur Konfessionalität im Eutinischen

Jüdischen Bekenntnisses war nur eine sehr kleine Minderheit im Eutinischen. Im Jahr 1843 zählte man unter den 2.903 Einwohnern der Stadt Eutin 22 Katholiken, 9 Juden, 3 Reformierte und ebenso viele Mennoniten.¹⁸⁸⁶ Das Großherzogtum insgesamt gab für 0,5% seiner insgesamt 274.921 Bürger (1850) an, dass diese dem jüdischen Glauben angehörten. Allerdings lebte die Hälfte der insgesamt etwa 13.750 Juden im Fürstentum Birkenfeld.¹⁸⁸⁷ Mit 25,8% bildeten die Katholiken im Großherzogtum dagegen eine nennenswert große Minderheit.¹⁸⁸⁸ Im Vergleich mit den Verhältnissen in den anderen beiden Landesteilen stellte sich die Konfessionalität in der Stadt Eutin homogen dar.¹⁸⁸⁹

Während die vormärzliche Auseinandersetzung über die Gründung eines Gustav-Adolf-Vereins im Fürstentum zu einer Diskussion über das Verhältnis zu den örtlichen Katholiken anregte, spielten die nichtkatholischen Minderheiten in der öffentlichen Diskussion der Stadt keine Rolle.

Die Verfassung von 1849 garantierte in Abschnitt V, Artikel 76, die Gleichstellung aller „Religionsgesellschaften“ und schrieb weiter fest, dass es keine oldenburgische Staatskirche gebe. Diese Bestimmung hob das großherzogliche Regiment über die evangelische Kirche auf.¹⁸⁹⁰ Damit waren Katholiken und Juden de jure auch im Eutinischen der protestantischen Mehrheit gleichgestellt.

1852 gehörten diese Bestimmungen zu den am stärksten im revisionistischen Sinne veränderten Teilen des revidierten Staatsgrundgesetzes.¹⁸⁹¹

C.1.3 Vorbemerkungen zur wirtschaftlichen und politischen Lage des Fürstentums Lübeck: „Plöner Vertrag“ (1842), Postallianz (1839) und Zollunion: Eutin zwischen Deutschland und Dänemark

1842/ 43 erfolgte eine territoriale Neuordnung des Fürstentums Lübeck. Im „Plöner Vertrag“ wurde unter preußischer Vermittlung mit dem dänischen Holstein eine neue Gebietsaufteilung erzielt,¹⁸⁹² welche die vormals zehn Gebietsteile des Fürstentums Lübeck, die sich wie ein Atoll im Holsteinischen verteilten, auf zwei „Inseln“

1886 Vgl. ebd., S. 45.

1887 Vgl. Eckhardt 1987, S. 334.

1888 Vgl. ebd.

1889 Zahlen für den Landesteil Lübeck insgesamt ließen sich nicht recherchieren.

1890 Vgl. Eckhardt 1987, S. 342.

1891 Vgl. ebd.

1892 Vgl. ebd., S. 315.

zusammenfasste: die Ämter Eutin und Schwartau. Dadurch konnten notwendige Straßenbauarbeiten begonnen werden, die eine verbesserte Anbindung Eutins ermöglichen sollten. Insbesondere die Stadt profitierte davon, dass die Handelsstraße von Kiel nach Lübeck nun nicht mehr an Eutin vorbei, sondern ab 1849 direkt durch die Stadt verlief.¹⁸⁹³

Der Eisenbahnbau erhielt seit Fertigstellung der Strecke Altona-Kiel 1844 auch in Eutin Priorität. Hierzu wurden die Streckenmöglichkeiten Eutin-Plön-Kiel und Kiel-Plön-Eutin-Lübeck erwogen. Der Großherzog befürwortete den Anschluss Eutins an Lübeck, ebenso wie das sich wirtschaftlich betätigende Bürgertum der Stadt.¹⁸⁹⁴ Wegen der Bedenken Dänemarks, die eigene Handelsmacht könne durch einen Anschluss Lübecks an das Eisenbahnnetz leiden, wurde der Bau beider Strecken jedoch abgelehnt. Eutin wurde erst 1866 mit der Strecke Neumünster-Plön-Neustadt angeschlossen. Der Bau der Verbindung nach Lübeck verzögerte sich bis 1873.¹⁸⁹⁵

Auf das Jahr 1846 datiert eine weitere Vereinbarung mit Dänemark, der zufolge ab April 1846 neben dem Zollwesen, das bereits 1839 mit Dänemark verbunden worden war, auch die Post des Fürstentums in das holsteinische System eingegliedert wurde.¹⁸⁹⁶ Ähnlich wie bereits 1842 war es gelungen, auf dem Wege der Vereinbarung Verbesserungen für das Fürstentum zu erreichen. Die Isolation als Exklave des Großherzogtums Oldenburg konnte damit wenigstens teilweise gelöst werden.

C.1.4 Militärisches im Fürstentum Lübeck

Für die Eutiner war die Einführung der Wehrpflicht 1831 mit als drückend empfundenen zusätzlichen Abgaben verbunden, denn bisher hatte man im Fürstentum keine Wehrpflicht gekannt.¹⁸⁹⁷ Der Eutiner Advokat Philipp Lindemann organisierte den Widerstand der Eutiner Bürger und initiierte eine Bitte an den Großherzog, die auf eine gemächlichere Einführung der Wehrverpflichtung mit sechsjähriger Dienstzeit zielte.¹⁸⁹⁸ Um den

1893 Vgl. Prühs 1994, S. 214f.

1894 Vgl. ebd., S. 215. Im Einzelnen waren dies: Wegebauinspektor Bruhns, Kaufmann C. F. Janus, A. Völckers, Oberlehrer Kirchmann (Prühs 1994, S. 214f.).

1895 Vgl. ebd.

1896 Vgl. ebd., S. 217, vgl. zum Zollwesen ebd., S. 221, vgl. auch *Blätter für Heimatkunde*, 1958, Nr. 21, S. 82. Die Anbindung der Post im Fürstentum war vertraglich an das Angebot einer regelmäßigen Verbindung Eutins mit den benachbarten Städten durch die holsteinisch-dänische Post gebunden (vgl. ebd.). Die Zollunion mit dem dänischen Holstein bedurfte einer turnusmäßigen Verlängerung, die jeweils in den *Wöchentlichen Anzeigen* in Form eines Beiblattes publiziert wurde (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstentum Lübek*, 10.11.1849, S. 183). Bereits 1836 hatte Oldenburg sich dem aus Hannover und Braunschweig gebildeten Steuerverein angeschlossen (vgl. Lübbing 1953, S. 160).

1897 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 83.

1898 Vgl. Prühs 1994, S. 208.

Bedenken der Bürger wie der Bauernvögte, die ihrerseits eine Bittschrift an Großherzog Paul Friedrich August gerichtet hatten, dennoch Rechnung zu tragen, wurde die Dienstpflicht aufgeteilt. Das Gesetz von 1832

[...] wurde [...] insofern abgeschwächt, als man im Fürstentum bei einer Gesamtdienstverpflichtung von sechs Jahren hier nur einen siebenmonatigen Dienst bei der aktiven Truppe verlangte. Jährlich wurde der sechste Teil der Kompanie entlassen und beurlaubt und dafür neue Rekruten eingestellt. So erreichte man in sechs Jahren die zu stellende Quote von 336 Mann.¹⁸⁹⁹

Erst im Zuge der Revolution wurde 1848 die Dienstzeit auf 15 Monate gestreckt.¹⁹⁰⁰

C.1.5 Zur Zensur sowie zur Presselandschaft

Im Oldenburgischen war die Preßzensur infolge der Karlsbader Beschlüsse eine Neuerung. Trotz der nunmehrigen Vorzensur aller Schriften von weniger als zwanzig Bögen Länge gab es im Großherzogtum kein eigenes Preßgesetz. Die Regierung delegierte die Zensur an örtliche Behörden, welche die ungeliebte Aufgabe häufig den Herausgebern der örtlichen Zeitungen selbst übertrugen. Hintergrund für einen solch maßvollen Umgang mit der restriktiven Bundesgesetzgebung war der unterentwickelte Pressemarkt im Großherzogtum: Bis zum erstmaligen Erscheinen der *Oldenburgischen Zeitung* im Dezember 1834, einem konservativen Blatt, hatte es kein politisches Periodikum gegeben.¹⁹⁰¹

Weiter gelockert wurde die Preßzensur dem Zeittrend gemäß in den 1840er Jahren, sodass sich in der Hauptstadt des Großherzogtums auch eine politische Presse zu entwickeln begann. Ungeachtet der nun fast ungehinderten Entfaltungsmöglichkeiten der Zeitungen begannen die Nachrichtenblätter des Großherzogtums erst um die Jahreswende 1847/ 48, politische Tagesfragen zu diskutieren.¹⁹⁰² Neben der *Oldenburgischen Zeitung* erschienen im Vormärz die liberalen *Neuen Blätter für Stadt und Land* (ab 1843) und *Der Beobachter. Ein Volksblatt* (ab 1844), das als radikalstes Blatt galt.¹⁹⁰³ Im Verbund mit auswärtigen Blättern bereiteten beide Zeitungen den Boden für die kommende Staatsverfassung und die Volksvertretung, indem sie diese Ideen dem Volk bekanntmachten.¹⁹⁰⁴

Die *Oldenburger Zeitung* verkündete im März schließlich die baldige Aufhebung der

1899 Ebd.

1900 Vgl. ebd., S. 209. Peters spricht von einer achtzehnmonatigen Wehrpflicht als Folge der Erklärung der Nationalversammlung zur Unzulänglichkeit des siebenmonatigen Wehrdienstes (vgl. Peters 1971, S. 166).

1901 Vgl. Eckhardt 1987, S. 325.

1902 Vgl. ebd., S. 333.

1903 Vgl. ebd., S. 324f. In Jever kam noch die *Jeverländischen Nachrichten* als oppositionsfreundliche Beilage des *Jeverschen Wochenblattes* (ab 1844) hinzu (vgl. ebd.).

1904 Vgl. Lübbling 1953, S. 162.

Zensur in Oldenburg. Dies sei erforderlich, um mit der politischen Entwicklung in den anderen deutschen Staaten schritthalten zu können, schrieb das Blatt begründend.¹⁹⁰⁵

C.1.5.1 *Die Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek*

Die Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls Eutin und Schwartau gaben gemeinsam eine eigene Zeitschrift heraus. Die *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek*, eine Schwesterzeitung der *Neuen Lübeckischen Blätter*, ist heute nur noch für die Jahre 1851/ 52 überliefert, sodass eine Untersuchung stichprobenartig bleiben muss.¹⁹⁰⁶

Die *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek* erschienen seit ihrer Gründung im Juni 1846 als gemeinsame Zeitschrift des Schwartauer und des Eutiner Vereins zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.¹⁹⁰⁷ Die Gesellschaften in Eutin und Schwartau griffen hier einen Plan Rüders und Struves aus dem Jahr 1834 auf, der die Gründung einer Zeitung beschrieben hatte, die lokalpolitisch interessante Themenfelder besprechen sollte.¹⁹⁰⁸ Die Redaktion der neuen Zeitschrift übernahm eine sechsköpfige Kommission, die aus jeweils einem der beiden Vereine für je sechs Monate gewählt wurde. Bereits die erste Besetzung der Eutiner Redaktionskommission zeigt in der Rückschau, dass wiederum die städtische Führungsschicht aktiv die Pressearbeit beeinflusste.¹⁹⁰⁹ Ähnlich wie in Lübeck sollten die Vereinsblätter eine Plattform zur Besprechung zumeist lokal relevanter Fragestellungen sein.

Ausdrücklich waren auch Handwerker und Hufner, die der Schriftlichkeit oft eher entfernt gegenüberstanden, mit einbezogen worden. Man wollte diesen aus den Reihen des Vereins Hilfe bei der Formulierung ihrer Anliegen zur Verfügung stellen. Wenn man die Wahrheit sagen wolle, so komme es nicht auf „Prunk und Glanz“ an, hieß es. Dann überzeuge auch die einfache Rede.¹⁹¹⁰

Inhaltlich gliederte sich die Zeitschrift in Aufsätze, Berichte, Mitteilungen und

1905 Vgl. Eichhorn 1999, S. 10.

1906 In der Landesbibliothek Oldenburg sind die Jahrgänge 1851 (komplett) und 1852 (bis zum 14.04.) nachgewiesen. Da die Zeitschrift nicht im gesamten Untersuchungszeitraum erschien, wurde nur die Ausgabe vom 8. Januar 1851 (Nr. 1, 1851) als Stichprobe untersucht. Dies ist gleichzeitig die erste noch erhaltene Ausgabe der *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek*.

1907 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 22, S. 87.

1908 Zur Planung der Zeitung *Landbote* vgl. Peters 1966, S. 68.

1909 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 23, S. 89. Mitglieder waren Wegeinspektor Bruhns, Konrektor Dr. Pansch, Regierungssekretär Reineke, Advokat Dr. Frankenfeld, Dr. Hellwag und Amtsakzessist Schmidt (vgl. ebd.).

1910 Vgl. ebd.

Benachrichtigungen (Intelligenzanzeigen) der beiden Vereine sowie den „Lesefrüchten“.¹⁹¹¹ Hofbuchdrucker Struve übernahm neben dem fortlaufenden Druck seiner *Anzeigen* auch die *Blätter der Vereine*. Diese erschienen wöchentlich mittwochs im Quartformat. Der Umfang betrug vier Seiten, der Bezugspreis war mit zwei Mark im Jahr relativ gering. Ebenso wie die *Anzeigen* durften die *Blätter* vom Wohlwollen der Regierung profitieren, indem die Post sie an Auswärtige frei versendete.¹⁹¹²

Wiederum dem Lübecker Vorbild gleich kannten die Eutiner *Blätter* kaum namentliche Nachweise zu den eingesandten Artikeln:

Um 'Eitelkeit und Prahlerei' entgegen zu wirken hielt sie [die Redaktion] es für richtig, nicht den Namen des Verfassers, sondern eine Redaktionsnummer unter den Aufsatz zu setzen. Nur auf ausdrücklichen Wunsch des Schriftstellers veröffentlichte sie auch seinen Namen oder aber ließ die Arbeit anonym erscheinen.¹⁹¹³

Die Zahl der Bezieher der *Blätter* blieb Zeit ihres Bestehens gering.¹⁹¹⁴ Mit einer Auflage von 185 Stück im Jahr 1848, von denen 78 Bezieher in der Stadt und neun im Ausland lebten,¹⁹¹⁵ erreichte die Zeitschrift zwar annähernd die Auflage der *Anzeigen*, dies reichte aber vor allem in den folgenden Jahren nicht mehr aus, sodass diese Unternehmung der gemeinnützigen Vereine des Fürstentums 1852 eingestellt wurde.¹⁹¹⁶

Mitte des Monats Januar 1848 beschäftigte sich der Eutiner Verein mit der Frage, wie die Vereinsblätter dem Gemeinwohl am besten dienen könnten.¹⁹¹⁷ Auch in den Folgemonaten, bereits unter dem Zeichen der revolutionären Aufstände in vielen Städten Europas, blieben die *Blätter* in Eutin der Regierung gegenüber loyal. Zwar gab man Anregungen für Verbesserungen im gemeindlichen Leben und kritisierte unpassend oder gefährlich erscheinende Verwaltungsmaßnahmen, dennoch blieb es bei dieser vergleichsweise milden Form der Kritik.¹⁹¹⁸

Zum Ende des Jahres 1848 schaute ein Redaktionsmitglied kritisch auf die Berichterstattung des vergangenen Jahres zurück: Gegenstand der Kritik war zum Beispiel

1911 Vgl. ebd., wörtlich: „Die Lesefrüchte, die wegen des beschränkten Umfangs nur kurz sein durften, waren stets sehr sorgfältig ausgewählt. Sie dienten nicht lediglich der Unterhaltung, sondern beleuchteten eine drängende Zeitfrage aus dem Munde einer Autorität oder brachten auch wohl Berichte über vorbildliche Lösungen von Aufgaben, um deren Gestaltung man sich gerade im Lande bemühte. Gelegentlich gestattete man sich auch, etwa in einer Anekdote, am politischen System zwischen den Zeilen scharfe Kritik zu üben und so die Zensur zu übergehen.“ (ebd.)

1912 Vgl. ebd., S. 88.

1913 Ebd.

1914 Vgl. ebd., Nr. 23, S. 91.

1915 Vgl. Peters 1971, S. 175.

1916 Vgl. ebd.

1917 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.01.1848, S. 15. Die Vereinsblätter betraf am 8. Februar 1848 wiederum ein Antrag (vgl. ebd., 05.02.1848, S. 27).

1918 Vgl. Peters 1971, S. 175.

die mangelnde Besprechung der politischen Fragen der Zeit. Insbesondere aus den Reihen des Schwartauer Vereins kamen Wünsche nach einer breiteren Diskussion politischer Fragen, wie etwa der Verfassungsfrage in Oldenburg oder über die Nationalversammlung. Die stärkere Ausrichtung auf auswärtige Nachrichten machte die Übernahme von Artikeln aus anderen Zeitungen notwendig, weshalb die Berichte der Vereinsmitglieder an Raum einbüßen mussten.¹⁹¹⁹ Zu Zeiten der Reaktion Anfang der 1850er Jahre führte dieser Kurswechsel in Bezug auf die inhaltlichen Schwerpunkte zu Schwierigkeiten; zudem erlahmte das politische Interesse der Bevölkerung, sodass die *Blätter der Vereine zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit* 1852 eingestellt wurden.¹⁹²⁰ Die Mitteilungen des Vereins erschienen fortan wieder in den *Wöchentlichen Anzeigen*.¹⁹²¹

Beispielhaft sei der Neujahrsartikel der ersten erhaltenen Ausgabe der *Blätter* vom 8. Januar 1851 auf seine politische Ausrichtung hin untersucht: Im ersten Absatz des Artikels „Zum neuen Jahre!“ hieß es:

Wie jeder sieht, fehlt in der Überschrift das erste Wort 'G r a t u l a t i o n' [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], aber wie könnten wir nur zu einem Jahre gratulieren, welches so über alle Maßen traurig beginnt, indem der Politik Gewalt für Recht gilt, Verfassungsbruch und Meineid sich die Krone aufsetzt, oder wenn man will, sich auf die Kronen setzt?¹⁹²²

Nach dieser betont und für die „Hofbuchdruckerei“ außergewöhnlich kritischen Hinwendung zur aktuellen politischen Lage in Deutschland wandte sich die Zeitschrift mit der Bitte an die Leser, reger Artikel einzusenden, um die *Blätter* zu füllen und die Zeitschrift nicht gleich abzubestellen, wenn sie wegen der in ihr vertretenen Meinungsvielfalt der eigenen Überzeugung einmal nicht entspreche.¹⁹²³ Struves Engagement für die *Blätter* lobte die Reaktion hingegen mit warmen Worten.¹⁹²⁴

Im zweiten Artikel dieser Ausgabe ging die Zeitschrift auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein ein und mahnte eine weitere Unterstützung der Herzogtümer an, denen Österreich und Preußen nun androhten, den Konflikt militärisch zu befrieden.¹⁹²⁵

Rückblickend fällt die Progressivität der *Blätter* in dieser Zeit deshalb auf, weil sie von Hofbuchdrucker Struve verlegt wurden, der zuließ, in deutlichen Worten nicht nur die Krone Oldenburgs einer scharfen Kritik zu unterziehen. Weiterhin veranschaulicht die Entwicklung dieser Zeitschrift einmal mehr die auch noch im Jahr 1851 fehlende

1919 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 23, S. 90.

1920 Vgl. ebd.

1921 Vgl. Zander 1982, S. 30. Nach Zander betrug die Auflage im Jahr 1848 nur 185 Stück, von denen wiederum nur etwa 40% (78 Stück) an Eutiner Abnehmer verkauft werden konnten (vgl. ebd., S. 30).

1922 *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek*, 08.01.1851, S. 1.

1923 Vgl. ebd., S. 1f.

1924 Vgl. ebd., S. 2.

1925 Vgl. ebd.

Politisierung im Eutinischen als Grundlage eines kontroversen Austausches.

C.1.5.2 Die 1848er Revolution aus den Augen eines Intelligenz- bzw. Amtsblattes: Betrachtung einiger Vergleichszeitungen

Amts- und Kreisblätter wurden bisher nur randständig wissenschaftlich betrachtet.¹⁹²⁶ Die wenigen einschlägigen Studien beschäftigen sich meist mit lokalhistorisch relevanten Inhalten der Blätter und weniger mit dem Zeitungstyp selbst. Für Baden bescheinigt Tauschwitz den Amts- und Verkündigungsblättern eine vorwiegend republikanische Tendenz. Im ländlichen Raum Badens entfalteten die Lokalzeitungen eine rege politische Aufklärungs- und Propagandatätigkeit. Ihnen kam also in Bezug auf die Entwicklung der Revolution eine große Bedeutung zu.¹⁹²⁷

Eingehendere Untersuchungen lokaler Zeitungen liegen zum Beispiel für Dieburg, das Fürstentum Minden, das benachbarte Ravensberg und Nordhausen vor. Für Norddeutschland ist einzig der *Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg*, der im Mecklenburgischen Schönberg erschien, Thema eines Aufsatzes. Um das Typische der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* herauszuarbeiten und die Entwicklungsmöglichkeiten eines solchen Blattes aufzuzeigen, lohnt der Blick in diese Aufsätze:

C.1.5.2.1 Das Nordhäuser Intelligenz-Blatt, eine Neugründung im April 1848

In Nordhausen bestand spätestens ab 1833 mit dem Ende der *Teutonia* der lokale Zeitungsmarkt nur aus einem Monopolisten, dem zunächst apolitischen *Wöchentlichen Nordhäusischen Nachrichtenblatt*, das sich aus Anzeigen, Marktpreisen und sporadisch erscheinenden erbaulichen Artikeln zusammensetzte.¹⁹²⁸ Um sich dennoch über die politischen Ereignisse zu informieren, fanden sich die Bürger in einem Lesezirkel zusammen, der eine Sammlung aus regionalen und überregionalen Presseschriften hielt. Privat lasen die bessergestellten Nordhausener neben ihrem Intelligenzblatt die *Magdeburger Zeitung* oder den *Teutschen*, der in Sondershausen erschien.

Mit dem Fall der Preßzensur wurde auch der Konzessionszwang bei Herausgabe von Anzeigen aufgehoben.¹⁹²⁹ Wenig später zeigte Buchdrucker Gottfried Müller am 26. März

1926 Vgl. Schulz 2005, S. 183.

1927 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 196.

1928 Vgl. Müller 2001, S. 71.

1929 Vgl. ebd., S. 79f.

1848 die Gründung des *Nordhäuser Intelligenz-Blattes* an, das als erste neue Zeitung seit Jahrzehnten zum 1. April 1848 zugelassen wurde.¹⁹³⁰ Hierbei handelte es sich um eine dreimal wöchentlich erscheinende Anzeigenzeitung bei der Müller, wie Struve in Eutin, die Aufgaben des Redakteurs, Herausgebers und Druckers in einer Person übernahm.¹⁹³¹

Neben den Anzeigen sollten auch politische Nachrichten aus dem Umfeld der Stadt erscheinen, weshalb bereits die erste Ausgabe der Zeitung ihr politisches Programm, „Freiheit und Ordnung“, zur Kenntnis brachte. Die aufgeklärten Bürger des Südharzes nahmen die Zeitungsgründung positiv auf, da sie nun Artikel für die Zeitung einsenden konnten, die kostenlos publiziert wurden. Daher kam der Zeitung 1849 mit 1.100 Abonnenten eine gewisse Bedeutung als Diskussionsforum der Zeitfragen zu.¹⁹³²

Neben drei Konkurrenzblättern, die nach 1848 gegründet wurden, jedoch kein volles Jahr lang erschienen,¹⁹³³ blieb das *Wöchentliche Nordhäusische Nachrichtenblatt* Rudolph Kosacks einzige Konkurrenz zu der Neugründung Müllers. Das *Nachrichtenblatt*, das ab 1847 noch als Monopolist zweimal in der Woche erschien, hielt auch nach dem März das Privileg, amtliche Nachrichten zu drucken. Mit der Märzrevolution begann sich auch das *Nachrichtenblatt* gemächlich zu politisieren, indem politische Reden und Aufsätze aus anderen Zeitungen übernommen wurden.¹⁹³⁴

Im April 1848 gab das Blatt bekannt, auch künftig keine Zuschriften politischen Inhalts drucken zu wollen, was es vom *Nordhäuser Intelligenz-Blatt* unterschied. Dennoch wurde die Zeitung nun dreimal wöchentlich gedruckt, öffnete später seine Zeilen sogar für den Abdruck des Programms des „Demokratischen Clubs“.¹⁹³⁵ Damit brachte sich Kosack eine Rüge der Regierung ein, die mit dem Verlust des Anzeigenprivilegs drohte. Den Forderungen von Leserschaft und Behörde gleichermaßen gerecht zu werden, vermochte das Blatt nicht, weshalb es 1851 an Müller fiel. Dessen Zeitung hatte damit das Monopol in Nordhausen,¹⁹³⁶ was in gewisser Weise den vormärzlichen Zustand restaurierte.

1930 Vgl. ebd.

1931 Vgl. ebd., S. 72. Müller konnte sich der Unterstützung des Predigers der lokalen Freien Gemeinde, Eduard Baltzer, sicher sein, der ein liberales Programm vertrat (vgl. ebd.).

1932 Vgl. ebd., S. 74.

1933 Neben Müller versuchten sich in den Jahren 1848 bis 1850 noch drei weitere Bürger mit der Herausgabe eigener Zeitungen. Die *Nordhäuser politischen Zeitung* (ebenfalls ab dem 01.04.1848), der demokratische *Nordhäuser Neuigkeitsbote* (ab 07.10.1848, insgesamt sechs Ausgaben) und der *Anzeiger für Nordhausen und Umgebung* (ab 1850) waren kurzlebig und gingen spätestens nach einem knappen Jahr ein. Für eine wissenschaftliche Erschließung stehen alle drei Zeitungen mangels Überlieferung nicht zur Verfügung (vgl. ebd., S. 74f.).

1934 Vgl. ebd., S. 75.

1935 Vgl. ebd., S. 76.

1936 Vgl. ebd. 1855 wurde auch Müller Opfer des Spagats zwischen politischer Berichterstattung und den Forderungen der Obrigkeit nach „Neutralität“ (vgl. ebd., S. 78).

C.1.5.2.2 Das *Ravensberger Volksblatt*, eine Beilage des *Öffentlichen Anzeigers für die Grafschaft Ravensberg* und andere Lokalblätter

In der Grafschaft Ravensberg, welche die Städte Herford und Bielefeld sowie deren näheres Umfeld umfasste, erschienen in den Revolutionsjahren verschiedene Zeitungen.¹⁹³⁷ Das *Westphälische Dampfboot*, wohl eine der bekanntesten frühsozialistischen Periodika, erschien unter Leitung von Dr. Otto Lünig seit 1844 in Bielefeld. Das *Dampfboot* erschien monatlich und beschäftigte sich mit der sozialen Frage und der wirtschaftlichen Zukunft. Seit Beginn der Revolution rückte zunehmend auch die politische Situation Deutschlands in den Mittelpunkt. Wegen ständiger Querelen mit den Behörden wich die Zeitung nach Paderborn aus, wo sie nach wenigen Monaten im Mai 1848 aus Lesermangel ihr Erscheinen einstellen musste.¹⁹³⁸

Nachfolger im Geiste des *Dampfbootes* wurde der seit Juni 1848 in Bielefeld verlegte *Volksfreund* den Rudolf Rempel, einer der wichtigsten Demokraten in Westfalen, herausgab.¹⁹³⁹ Das Blatt beschäftigte sich bis zu seinem Eingehen infolge der politischen Restauration im Jahr 1850 mit politischen Tagesfragen.¹⁹⁴⁰

Seit April 1848 erschien das *Ravensberger Volksblatt*, welches den seit 1811 bestehenden *Öffentlichen Anzeigen* beigelegt wurde. Die *Anzeigen* waren ein amtliches Bekanntmachungs- und Anzeigenblatt, das sich nicht in die Tagespolitik einmischte.¹⁹⁴¹ Das *Volksblatt* hingegen wurde als Organ der Liberalen bzw. der Konstitutionellen bewusst in Abgrenzung zum *Volksfreund* Rempels ins Leben gerufen. Gymnasiallehrer Ludwig Vollrath gab das Blatt heraus und bestimmte dessen politische Richtung.¹⁹⁴²

Der ebenfalls neu gegründete „Konstitutionelle Verein“ und die Zeitung waren direkt voneinander abhängig: Das *Volksblatt* nahm eine Sammlungsfunktion wahr, indem es die Kernpunkte konstitutioneller Politik wie „volkstümliche Monarchie“, „Ruhe und Ordnung“ oder die soziale Frage offen propagierte.¹⁹⁴³ Während sich *Dampfboot* und *Volksfreund* nach der Revolution inhaltlich auf die politische Entwicklung fokussierten, behielt das *Volksblatt* auch in dieser Zeit die soziale Frage im Auge,¹⁹⁴⁴ für welche es konservative Antworten formulierte.¹⁹⁴⁵

1937 Vgl. Schlicht 1999, S. 53.

1938 Vgl. ebd. Zum *Dampfboot* vergleiche weiterhin ausführlicher: Ebd., S. 58ff.

1939 Vgl. ebd.

1940 Vgl. ebd., S. 54.

1941 Vgl. ebd., S. 52f.

1942 Vgl. ebd., S. 54f.

1943 Vgl. ebd., S. 54.

1944 Vgl. ebd., S. 62.

1945 Vgl. ebd., S. 56f. Dass sich das *Ravensberger Volksblatt* mit der sozialen Frage beschäftigte, ist wegen

Wie in Nordhausen „überstand“ nur das *Volksblatt* als Beilage des *Anzeigers* die Reaktion der beginnenden 1850er Jahre, während demokratisch ausgerichtete Zeitungen aus politischen (*Volksfreund*) oder wirtschaftlichen Gründen (*Dampfboot*, bereits im Mai 1848) ihr Erscheinen einstellen mussten.

In Minden erschien als einzige Zeitung das wöchentliche *Mindener Sonntagsblatt*.¹⁹⁴⁶ Inhaltlich war die Zeitung während des Vormärz' kulturell-literarisch ausgerichtet. Nach dem März begann sich die Zeitung zu politisieren. Das *Sonntagsblatt* übernahm eine wichtige Kommunikations- und Steuerfunktion auch für das Umland.¹⁹⁴⁷ Wie in provinziell geprägten Regionen um Mitte des 19. Jahrhunderts typisch, wurde auch in Minden neben dem *Sonntagsblatt* das lokale Intelligenzblatt gelesen. Ergänzung fand die Lektüre durch auswärtige politische Blätter.¹⁹⁴⁸

Zur Politisierung des *Sonntagsblattes* kam es jedoch im Frühling 1848 noch nicht. Erst Ende November gab ihr Redakteur, Nicolaus Mayer, bekannt, das *Sonntagsblatt* werde sich zukünftig der Tendenz nach den Konstitutionellen anschließen. Vorangegangen war eine Drohung des „Constitutionellen Clubs“, man werde bei fortgesetzter „Farblosigkeit“ des *Sonntagsblatts* eine eigene Zeitung initiieren.¹⁹⁴⁹ Mayer drückten spätestens seit Mitte der 1840er Jahre Geldsorgen, zu deren Linderung die Stadt Minden und die preußische Distriktsregierung immer wieder Geldspenden an die Zeitung überwiesen.¹⁹⁵⁰ Angesichts dessen enthielt sich Mayer nach Ausbruch der Unruhen zunächst der politischen Berichterstattung.

Der Revolution in Frankreich widmete die Zeitung am 12. März 1848 eine Korrespondenznachricht, die am 3. März in Berlin verfasst worden sein sollte. Sowohl der Ort als auch die Kategorisierung als „Korrespondenzartikel“ sind zweifelhaft, denn es war im Vormärz durchaus üblich, dass eigene oder politisch als brisant empfundene Artikel als Korrespondenznachrichten bezeichnet wurden, um sich so vor der Zensur zu schützen. Inhaltlich wurden die Geschehnisse in der französischen Hauptstadt nicht näher beschrieben. Es wurde vorausgesetzt, dass der Leser bereits mit den Ereignissen der

der wirtschaftlichen Struktur der Region mit ihrer bedeutenden Textilarbeiterschaft kaum auffällig (vgl. ebd., S. 45- 52). Der fortbestehende wirtschaftliche Druck auf diesen Personenkreis und die mangelnde Adaption des Themas in den demokratischen Presseschriften steigerte die Attraktivität der Konstitutionellen und ihrer Presseschriften. Die Konservativen unterhielten während der Revolutionszeit keine eigene Lokalzeitung (vgl. ebd., S. 64).

1946 Vgl. Plöger 1999, S. 67.

1947 Vgl. ebd.

1948 Vgl. ebd., S. 68.

1949 Vgl. ebd., S. 69.

1950 Vgl. ebd., S. 71.

Vorwochen vertraut war.¹⁹⁵¹

Auch nach dem März 1848 blieben die politischen Richtungen zunächst unklar und in ihren Übergängen fließend.¹⁹⁵² Dennoch sprach sich das *Sonntagsblatt* am 26. März 1848 gegen Ausschreitungen und Aufruhr aus. Damit erteilte es einer länger anhaltenden und gewaltsamen Revolution eine Absage.¹⁹⁵³ Mit dem scheinbaren militärischen Sieg der Aufständischen auf den Berliner Barrikaden und dem Tragen der „deutschen Farben“ durch den preußischen König schien die Bahn geordneter Reform bestritten. Erstmals wurde das *Sonntagsblatt* in diesen Tagen eine Plattform der Diskussion, da sich Mayer jetzt in der Lage sah, politischen Nachrichten prinzipiell auch Raum in der Zeitung zuzuteilen.¹⁹⁵⁴ Als im Sommer 1848 die Rezeption der Zeitung durch die Konstitutionellen nachließ, gewannen in ähnlichem Maße Artikel an Raum, die aus den Reihen des Volksvereins an die Zeitung gesendet wurden.¹⁹⁵⁵

Nach zurückhaltendem Beginn politisierte sich das Unterhaltungsblatt, in dem es zunächst den Anforderungen der Leserschaft folgte, die spätestens ab dem Frühsommer 1848 eine politische Berichterstattung forderte. Als Resultat des Prozesses der zunehmenden Differenzierung innerhalb der politischen Öffentlichkeit wurde die zunächst überparteilich angelegte Unterhaltungszeitung zunächst zögerlich konstitutionell. Die Phase des Aufbruchs ab dem Frühsommer 1848 erforderte eine eher links-demokratische Ausrichtung, bevor im November des Jahres Mayer ein Bekenntnis zum Konstitutionalismus ablegte. Dies erfolgte wieder auf Drängen der Leserschaft, indem die Konstitutionellen gedroht hatten, nötigenfalls eine konkurrierende Zeitung zu gründen.¹⁹⁵⁶

Typisch für die Entwicklung im deutschen Raum war das Fortfallen einer klaren Unterscheidung von politischen Zeitungen und Intelligenzblättern infolge der von der Leserschaft gewünschten Aufnahme politischer Nachrichten. Da sich das „Parteienwesen“

1951 Vgl. ebd., S. 75, wörtlich: „Der Schreiber ging durch die fehlende Beschreibung dessen, was überhaupt passiert war, [...] davon aus, daß durch Mundpropaganda, Flugschriften und anderen überregionalen Blättern, die durch die Eisenbahnlinie Köln-Minden eintrafen, die Nachricht von einer Revolution schon allgemein bekannt sei.“ (ebd., S. 75).

1952 Vgl. ebd., S. 77.

1953 Vgl. ebd., S. 78. Am 2. April 1848 schrieb das *Sonntagsblatt* erstmals über gewaltsame Aktionen in Westfalen. Die Proteste in den Städten lastete man dem Alkoholkonsum an, während die Aktionen der Landbevölkerung als gegen die Obrigkeit gerichtet verstanden wurden. In ihrem Politisierungsgrad unterschieden sich die Aufstände in Westfalen und andernorts durchaus: Während auf dem Land die Not die Menschen zum Protest drängte, wurden die städtischen Aufständischen von politischen Zielen geleitet, die durchzusetzen sie für geboten hielten (vgl. ebd., S. 80f.).

1954 Vgl. ebd.

1955 Vgl. ebd., S. 91. Die konservativ-nationalen Bürger ließen sich zunehmend vom „Constitutionellen Klub“ vertreten oder schrieben anonym (vgl. ebd.).

1956 Vgl. ebd.

spätestens nach der Paulskirchenwahl Anfang Mai zusehends stärker ausdifferenzierte, waren die Zeitungen neben der allgemeinen politischen Berichterstattung schon bald auch dazu gezwungen, sich im Spektrum der politischen Gruppierungen zu verorten.¹⁹⁵⁷

C.1.5.2.3 *Der Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg*: die Ereignisse des Jahres 1848 aus Sicht eines Anzeigenblattes im Herzogtum Mecklenburg-Strelitz

Der Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg hatte eine Anzahl von Gemeinsamkeiten mit den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstentum Lübek*. Mit dem *Anzeiger* gab Alleinunternehmer Ludwig Bicker wie Struve in Eutin das einzige regelmäßige Blatt der Region heraus.¹⁹⁵⁸ Auch die örtliche Nähe zu Lübeck verband beide Intelligenzblätter.

Heidemarie Frimodig hat den *Anzeiger* in Hinblick auf mögliche Veränderungen infolge der Ereignisse des Jahres 1848 untersucht. Ihren Erkenntnissen kommt durch die ähnliche Fragestellung im Verbund mit der bereits skizzierten Entwicklung der westfälischen Intelligenzblätter ein besonders Gewicht in Bezug auf die Auswertung der *Wöchentlichen Anzeigen* zu:

Im Februar/ März 1848 fanden sich im *Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg* keinerlei Berichte zu den Geschehnissen. Erst am 31. März erschien die Zusage des Großherzogs, dem Verfassungsversprechen von 1813 auch Taten folgen zu lassen. Warum bzw. unter welchen Umständen es zu dieser Zusage gekommen war, erwähnte der *Anzeiger* nicht.¹⁹⁵⁹ Wie das *Mindener Sonntagsblatt*¹⁹⁶⁰ ging wohl auch Bicker davon aus, dass die Leser seines *Anzeigers* von den Geschehnissen bereits anderweitig Kenntnis erlangt hatten bzw. erlangen würden.

Den ersten Niederschlag der Auseinandersetzungen zwischen aufständischen Bürgern und der Obrigkeit im *Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg* bildete ein Aufsatz des Pastors von Demern, Gottlieb Matthias Carl Masch, welcher unter dem Titel „Die deutschen Farben“ am 7. April 1848 erschien.¹⁹⁶¹ Die gleiche Untersuchung war bereits am 2. April in den *Neuen Lübeckischen Blättern* veröffentlicht worden.¹⁹⁶² Dies belegt die enge kulturelle

1957 Vgl. ebd., S. 91f.

1958 Für den *Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg* vgl. Frimodig 2003, S. 29.

1959 Vgl. ebd.

1960 Vgl. Plöger 1999, S. 75.

1961 Vgl. Frimodig 2003, S. 30. G. M. C. Masch (1794- 1878) war nach seiner Schulzeit in Lübeck und einem Studium der Theologie in Göttingen und Kiel zunächst Hauslehrer, dann ab 1830 Rektor der Schönberger Bürgerschule. Von 1838 bis zu seinem Lebensende Pastor in Demern, machte er sich als Historiker auf den Gebieten der Heraldik und Numismatik einen Namen. Er war Ehrenmitglied vieler gelehrter Gesellschaften (vgl. Grewolls 1995, S. 279f.).

1962 Vgl. *Neue Lübeckische Blätter*, 02.04.1848, S. 132.

Verknüpfung des politisch heterogenen Gebietes um die Lübecker Bucht.

Die Märzforderungen wurden auch in Mecklenburg-Strelitz gestellt. Über deren Inhalteklärte der *Anzeiger* seine Leserschaft zwar am 5. April 1848 auf, verzichtete aber auf einen Kommentar. Abgesehen von einigen Aktionen, die sich gegen die lokalen Missstände richteten und sich in Form eingeworfener Fensterscheiben zeigten, blieben die Bürger ihrem Fürsten treu. Der *Anzeiger* schrieb über zwei Arbeiterversammlungen in Schwerin, in denen dem Fürsten die Treue versprochen worden war. Ende des Monats wurde in zwei Teilen erstmals näher auf die Ereignisse in Wien eingegangen. Herausgehobenes Gewicht kam dabei den Errungenschaften der Preßfreiheit und der Verfassung zu. Zu dieser Zeit ergänzte der *Anzeiger* die Rubrik „Tagesgeschichte“, die ihre Spalten für die Errichtung und den Fortgang der Ständeversammlung, also für explizit politische Themen, öffnete. Bis Ende Mai druckte Bicker Nachrichten aus dem März.¹⁹⁶³

Nach einem Initiativartikel im *Anzeiger*, der im August 1848 vor einer schleichenden Reaktion warnte, gründete sich in Schönberg ein Reformverein. Dies zeigt die Sammlungsfunktion auch des *Sonntagsblattes* für die politische Bewegung in einer Region. Im September erschienen Artikel, die sich mit den Unruhen in Frankfurt beschäftigten. Sie waren der Tendenz nach aus Sicht eines getreuen und daher natürlich empörten Untertanen, damit aus Sicht der Herrschenden, geschildert.¹⁹⁶⁴

Im Herbst folgten weitere Nachrichten über die Einberufung des Mecklenburgischen Landtags, die indirekte Wahl der Abgeordneten, aber auch Meldungen aus den Hauptstädten, etwa über die Belagerung Wiens, fanden ihren Weg in die Spalten des *Anzeigers*. Anfang Dezember publizierte der *Anzeiger* ein Dankesgedicht an den Großherzog, der kurze Zeit später auf die Märzforderungen der Bürger aus Stadt und Land abschließend antwortete. Das *Sonntagsblatt* sprach Ende 1848 die Hoffnung aus, mit dem Ende der Verfassungsberatungen der Nationalversammlung werde auch die Revolution ihren Abschluss finden.¹⁹⁶⁵

Die Märzereignisse vermochten zwar den *Schönberger Anzeiger* nicht grundlegend zu einem fortschrittlich-demokratischen Organ zu wandeln, doch machte die Zeitung Bickers eine erkennbare Entwicklung durch: Von der Abstinenz auch gegenüber bedeutenden Ereignissen konnte im Sommer kaum mehr die Rede sein. Das Blatt nahm nun auch

1963 Vgl. Frimodig 2003, S. 30f.

1964 Vgl. ebd., S. 33, wörtlich: „Die Schilderung der Ereignisse im 'Anzeiger' sind aus Sicht der Herrschenden verfasst, hatte das Bürgertum doch seine hauptsächlichen Ziele durch die Berufung liberaler Ministerien größtenteils erreicht, die dann ja auch einige wichtige bürgerlich-demokratische Forderungen durchsetzten. Das eigentliche 'Volk' blieb außen vor.“ (ebd.).

1965 Vgl. ebd., S. 34.

politische Nachrichten auf, schuf ihnen sogar eine eigene Kategorie. Freilich zeigt auch das Beispiel Schönberg, dass bei einem konservativ-ländlich-kleinbürgerlichen Milieu kaum von einer „revolutionären“ Veränderung des örtlichen Blattes ausgegangen werden kann.

C.1.5.2.4 Zusammenfassung

Nordhäuser Intelligenz-Blatt, *Ravensberger Volksblatt*, das *Mindener Sonntagsblatt* und der *Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg* sind Beispiele für die Reaktion der Lokalpresse auf die überregionalen wie lokalen Märzereignisse. Die hier vorgestellten Entwicklungslinien zeigen, dass Zeitungsherausgeber dabei weniger auf die eigene politische Überzeugung als auf deren konkrete wirtschaftliche Folgen achteten. Das Beispiel des *Dampfbootes* zeigt, dass demokratisches Gedankengut Mühe hatte, sich im kleinstädtischen Milieu zu behaupten. In den Zentren mochte der Aufbruch vom März 1848 eine differenzierte Presse ermöglicht haben, in der Peripherie mit dem relativ begrenzten und sich kaum wandelnden Leserkreis war zunächst Rücksichtnahme gefordert. Zum einen gegen die lokale Obrigkeit, von deren gutem Willen die Zeitungen abhängig waren und auch nach dem März blieben, zum anderen gegenüber der Leserschaft, die sich in diesen Räumen erst zögerlich politisierte.

Schon allein die Anzahl der Intelligenzblätter des 'Vormärz', die sich teilweise zu politisierten Lokalzeitungen entwickelten, zeugen rückblickend von ihrer Repräsentativität gegenüber den wenigen überregionalen Blättern, die ihre Leserschaft in ganz Deutschland suchten:

Das *Sonntagsblatt* [Hervorhebung im Original; M. P.] bildete durch seinen provinziellen Charakter [...] einen besseren allgemeinen Zugang zur zeitgenössischen Presse, weil die vielen kleinen Lokalblätter in ihrer Masse wirksamer waren als die der Hauptstadt [Berlin; M. P.].¹⁹⁶⁶

Die Zeitung der Provinz musste eben jenen Strömungen die Spalten öffnen, denen die Mehrheit der Leserschaft angehörte, gleichzeitig aber den Spagat üben, auch den Anforderungen der Obrigkeit gerecht zu werden, um etwa das Anzeigenmonopol zu behalten. Die Lokalblätter erscheinen im Rückblick als Getriebene ihrer Käufer, nicht als richtungsweisende Medien. Mochten die großen Blätter der Zeit die Öffentlichkeit mit ihrer Tendenz beeinflusst haben, so war im Lokalen der Prozess gegenseitigen Einflussnehmens ein zweiseitiger. Die Zeitung musste zwar der Forderung politischer Berichterstattung entsprechen, der Herausgeber musste „ahnen“, welcher Gesinnung die

1966 Plöger 1999, S. 92.

Mehrheit der angesprochenen Leserschaft anhing. Indem sie aber tendenziös berichtete, bestätigte sie das Weltbild ihrer Leser. In gleicher Weise war sie aber zumindest in der ersten Jahreshälfte 1848 angehalten, die noch wenig politisierten Bürger im Sinne der Mehrheit ihrer Stammlerschaft zu beeinflussen. Denn die Herausgeber der Zeitungen, die sich auf den begrenzten Markt der Kleinstädte konzentrierten, sahen sich gezwungen, aus dem Reservoir der politisch weniger Festgelegten zu schöpfen, wollten sie einen Leserzuwachs erzielen.

Ausgehend von den vorgestellten Untersuchungsergebnissen für die Anzeigenblätter im Westfälischen, in Dieburg¹⁹⁶⁷ und im Mecklenburgischen lässt sich für die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* eine verzögerte Politisierung ab der zweiten Jahreshälfte 1848 vermuten.

C.1.6 Vorbemerkungen zum revolutionären Potential in der Kleinstadt

Die Ämter Eutin und Schwartau waren ländlich geprägt. Der Betrieb der vielen Höfe des Gebietes lag in den Händen der Hufner, die ihrerseits besitzlose Landarbeiter, die sogenannten Insten, beschäftigten. Diese waren zumeist gleichzeitig Arbeitnehmer und Mieter.¹⁹⁶⁸ 1845 wurden im Amt Schwartau 4%, im Amt Eutin sogar 9% der Bevölkerung zu den Beziehern staatlicher Armenunterstützung gezählt. Nur in der Stadt selbst waren mit etwa 2,5% verhältnismäßig wenige Menschen von Unterstützung abhängig.¹⁹⁶⁹ Aber auch die Arbeitenden hatten oftmals Schwierigkeiten, mit ihren niedrigen Bezügen auszukommen. So war die Not vieler Landarbeiter neben primär politischen Forderungen, wie die Einführung der Wehrpflicht im Fürstentum, Gegenstand von Petitionen.¹⁹⁷⁰

Grund für die steigende Zahl Armer war die Struktur beider Ämter: Der Agrarsektor bot bei einer seit den Napoleonischen Kriegen im Wachstum befindlichen Bevölkerung keine weiteren Arbeitsstellen. Da immer mehr Arbeiter zur Verfügung standen, wurden diese zunehmend schlechter entlohnt.¹⁹⁷¹ Die soziale Situation der im Ostholsteinischen besonders zahlreichen Insten war mehrfach Gegenstand der öffentlichen Diskussion, da man bei einer Erhebung dieses Prekariats mit tätlichen Auseinandersetzungen rechnete. Der Unmut dieser Gruppe entzündete sich insbesondere am wachsenden Wohlstand der sie

1967 Hier sei auf Heinel 1998 verwiesen, der ähnliche Untersuchungsergebnisse erzielt hat.

1968 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 83.

1969 Vgl. ebd.

1970 Vgl. Prühs 1994, S. 210.

1971 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 83, vgl. auch *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 24, S. 95, dort mit direktem Bezug zur Teuerungsproblematik des Jahres 1847.

beschäftigenden Hufner. Diese profitierten nach 1815 von einem stetigen Aufschwung, der ihnen einigen Wohlstand brachte. Zudem reduzierten die sinkenden Löhne ihrer Arbeiter die Produktionskosten landwirtschaftlicher Güter, die die Hufner infolge des Bevölkerungswachstums bei tendenziell steigenden Preisen veräußern konnten.¹⁹⁷²

Ab 1831 beschäftigte sich der Eutiner Advokat Johann Philipp Quintius Lindemann¹⁹⁷³ mit der Not der etwa 600 Insten des Amtes Eutins und wandte sich in einer Petition an den Großherzog.¹⁹⁷⁴

Als keine Abhilfe [...] erfolgte, wurde Lindemanns Ton dringender und schärfer und scheute nach schonungslosen Angriffen auf die Beamten auch vor einer verhaltenen Kritik des Fürsten nicht mehr zurück. Nach einem leidenschaftlichen gesteigerten Anruf [...] erfolgte endlich eine sorgfältig ausgearbeitete Resolution der Regierung, die für die Zukunft Abhilfe in Aussicht stellte [...].¹⁹⁷⁵

Am 5. Dezember 1832 kam es zu einem „Instenaufstand“. Entzündet hatte sich der Protest an Plänen der großherzoglichen Regierung, eine Schulabgabe zu erheben, die alle Einwohner, ungeachtet ihrer finanziellen Möglichkeiten, zahlen sollten. In Bujendorf leisteten die Insten daraufhin Widerstand und drohten den behördlichen Eintreibern mit Gewalt. Nachdem die Rädelsführer festgenommen worden waren, kam es in Eutin zu einer Solidaritätsbekundung. Den Forderungen nach Freilassung der Inhaftierten wurde seitens der Insten mit Steinwürfen Nachdruck verliehen. Erst nachdem herbeigeeilte Soldaten zu schießen begannen, zogen sich die Insten zurück.¹⁹⁷⁶

Die folgenden Zwangsmaßnahmen der großherzoglichen Regierung fügten sich in die „Demagogenverfolgung“ nach dem Hambacher Fest ein. Lindemann wurde die Erlaubnis

1972 Vgl. ebd., Nr. 21, S. 83, wörtlich „Gegen 1850 galten die Hufner als so wohlhabend, daß sie vielfach beneidet und wegen nicht bäuerlichen Aufwands in der Lebensführung angegriffen wurden. Vielen erschienen sie als Ausbeuter der Tagelöhner und als mitverantwortlich für die Vermehrung des ländlichen Proletariats.“ (ebd.)

1973 Lindemann war im Jahr 1806 nach Eutin gezogen, um sich hier um eine öffentliche Anstellung zu bemühen. Noch im gleichen Jahr wurde Lindemann zum Stadtsyndicus ernannt, fiel aber bei seinem Vorgesetzten, dem zweiten Regierungssekretär Dr. Plate, noch im gleichen Jahr negativ auf, sodass sich dieser noch 1806 in der Justizkanzlei über Lindemann beschwerte. Während der Kriegsjahre und der ersten anderthalb Jahrzehnte des Deutschen Bundes ist über Lindemanns Tätigkeit nichts nachzuweisen. Erst ab 1829 begann er, sich mit Petitionen für soziale Verbesserungen der verarmten Insten einzusetzen (vgl. Schütt 1980, S. 93).

1974 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 84.

1975 Ebd.

1976 Vgl. Prühs 1994, S. 210f., in P. F. Kirchmanns *Geschichte und Beschreibung des Fürstenthum Lübeck* (1843) wörtlich: „Die zweite französische Revolution erstreckte auch ihre revolutionären Folgen auf Deutschland [...] zu Ende des Jahres 1832 [erschien] eine Anzahl Insten aus den Dörfern um Eutin und wollten Freilassung einiger wegen Eigenmacht Verhafteter von der Regierung mit Gewalt erzwingen; mit Hülfe des großherzoglichen Militärs wurde dieser Aufruhr bald erstickt, wobei ein Mann aus der Zahl der Aufrührer sein Leben verlor.“ (ebd., S. 33). In einer unbeantwortet gebliebenen Petition vom 09.04.1832, die sich gegen die Absicht der Regierung gewandt hatte, die ausstehenden Abgaben der Insten ggf. durch Haftbarmachung ihrer Vermieter einzutreiben, hatte Lindemann ein letztes Mal auf die Not der Besitzlosen aufmerksam gemacht (vgl. Petition vom 09.04.1832, zit. in: Lindemann 1832, o.a. Seite). Es ist davon auszugehen, dass es nicht zuletzt diese enttäuschten Erwartungen waren, welche den Instenprotest Ende 1832 hervorriefen (vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1954, Nr. 2, S. 6).

entzogen, Petitionen einzureichen.¹⁹⁷⁷ Das Gleiche galt für die Bauernvögte, welche nur noch mit „Dorfangelegenheiten“ im engen Sinne betraut wurden.¹⁹⁷⁸ Weiterhin legte die Regierung das vormals weniger streng gehandhabte Versammlungsrecht nun nach dem Wortlaut der Verordnung aus, was einer praktischen Verschärfung gleichkam.¹⁹⁷⁹ Dennoch nahm sie ihre zuvor erteilte Resolution in Bezug auf die Lage der Insten nicht zurück.¹⁹⁸⁰

Dass es in bestimmten Regionen 1848/ 49 ruhig blieb, war einem Bündel von Einflussfaktoren geschuldet, die sich heute nur noch in wenigen Fällen im nötigen Umfang ermitteln lassen:

Da sind Zeitfaktoren, regionale Faktoren, lokale Traditionen und überlokale politische Einflüsse, strukturell-ökonomische und konjunkturell-ökonomische Bedingungen, soziale Basisprozesse wie Aufstiegs- und Abstiegsmobilität, kulturelle Prägungen und mentale Dispositionen [...].¹⁹⁸¹

Es lässt sich nur beispielhaft aufzeigen, welche Rahmenbedingungen revolutionären Aktionen eher hinderlich gegenüberstanden: Trotz Tumulten wählte die Landbevölkerung etwa in der Region um Bielefeld sowohl 1848 als auch im Folgejahr konservativ. Dies begründet sich zum einen durch die religiös-pietistische Prägung, die eine unbedingte Loyalität des Volks zur Obrigkeit forderte. Zum anderen wurde die Höhe einzelner Abgaben und Wucher einzelner Händler häufig als Ursache der bedrängten wirtschaftlichen Lage gesehen. Der Zorn der Landbevölkerung richtete sich daher gegen konkrete Personen ihres Umfeldes wie Grundherren oder örtliche Juden.¹⁹⁸²

Diese Proteste waren vorpolitisch, waren eben keine regionale Aufstände gegen das gesamte politische und wirtschaftliche System der Zeit, wie die Demokraten angenommen hatten. Die häufig abstrakten Debatten der liberalen Vordenker überforderten die Landbevölkerung, welche rasch das Interesse an deren Verfolgung verlor. Auch dies mochte zu den Wahlsiegen der Konservativen geführt haben.¹⁹⁸³

Das Beispiel des ländlichen Preußens zeigt, dass auch die lokale Obrigkeit auf das Wahlverhalten ihrer Untertanen einwirken konnte.¹⁹⁸⁴ Inwiefern dies für Eutin zutrifft, lässt

1977 Aus der Feder Lindemanns stammten weitere Bittschriften, die sich für die Einführung der Preß- und Versammlungsfreiheit, für eine landständische Verfassung und Geschworenengerichte aussprachen (vgl. Prühs 1994, S. 210). Peters schreibt: „Lindemann als der geistige Urheber der Bewegung wurde scharf beobachtet und wegen nicht geduldeter Kritik wiederholt gemäßregelt. [Der; M. P.] Ausschluß von der Anwaltstätigkeit bei Gericht schadete ihm sehr.“ (*Blättern für Heimatkunde*, Nr. 21, 1958, S. 84).

1978 Vgl. Prühs 1994, S. 211.

1979 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 84.

1980 Vgl. ebd.

1981 Gailus 1990, S. 198.

1982 Vgl. Schlicht 1999, S. 65.

1983 Vgl. ebd.

1984 Vgl. Valentin 1930, S. 8.

sich allerdings nicht feststellen. Dennoch ist davon auszugehen, dass zumindest die moralische Kraft der lokalen Eliten die Abstimmungen lenkte.

C.1.6.1 Politische Situation Oldenburgs im Vormärz

Im Oldenburgischen steckte die Industrialisierung 1848 noch in den Anfängen.¹⁹⁸⁵ Die sich hieraus ergebenden sozialen Verwerfungen, aber auch das neue Arbeitsplatzangebot und die höhere Mobilität berührte die Oldenburger bzw. Eutiner noch nicht. Dies mag den Hang zum Vertrauen in obrigkeitliche Lösungen ebenso gestärkt haben wie das „zurückhaltende Temperament“ der meisten Bürger.¹⁹⁸⁶ Bereits im Vormärz stand man am Rande der großen Ereignisse. Das Hambacher Fest, der Frankfurter Wachensturm und revolutionäre Schriften wie Büchners *Landbote* erreichten die Oldenburger nicht bzw. fanden hier keinen Widerhall. Wohl nicht zuletzt als Folge der politisch ruhigen Lage gingen die Behörden des Großherzogtums nur verhalten gegen liberale oder weitergehende progressive Bestrebungen vor.¹⁹⁸⁷ Politisches Interesse war im Oldenburgischen ohnehin auf den kleinen Teil der bessergestellten Bürgerschaft beschränkt und noch kaum bis in die unteren Schichten vorgedrungen.¹⁹⁸⁸

Ein sich gegenseitig beschleunigender Politisierungs- und Radikalisierungsprozess wie er in anderen Staaten des Bundes, die sich durch ein besonders scharfes Vorgehen gegen progressive Politiker und ihre Periodika hervor getan hatten, fand in Oldenburg nicht statt, das auf diese Weise zu einem Hort des Konservatismus wurde. Eine Ausnahme bildete dabei das weit im Süden gelegene Fürstentum Birkenfeld, wie Eutin Exklave Oldenburgs, wo sich die Zeitereignisse zumindest in Form potenzieller Aufstände auswirkten.¹⁹⁸⁹ Trotz der Ruhe trug das Großherzogtum als Bundesmitglied die restriktiven Bestimmungen der Frankfurter Gesetzgebung mit und wandte sie an.¹⁹⁹⁰

Analog zu den beschriebenen Phänomenen von Tumulten der Landarbeiterschaft in Bielefeld waren es 1846 im Oldenburgischen die Deicharbeiter des Amtes Varel, welche ihre Arbeit niederlegten, um den Forderungen nach einer Lohnerhöhung infolge der steigenden Nahrungsmittelpreise Rechnung zu tragen. Mit ihnen solidarisierten sich die örtlichen Fabrikarbeiter, was die Regierung dazu veranlasste, die Streikenden mit Soldaten

1985 Vgl. Eckhardt 1987, S. 343.

1986 Vgl. ebd.

1987 Vgl. ebd., S. 323.

1988 Vgl. ebd., S. 324.

1989 Zu den Auswirkungen des Hambacher Festes auf Birkenfeld vgl. ebd., S. 323.

1990 Vgl. ebd., S. 323f.

zu befrieden. In einem Vergleich musste das Amt später eingestehen, dass die Löhne angesichts der Preissteigerungen tatsächlich zu niedrig angesetzt waren.¹⁹⁹¹

C.1.6.2 Situation im Fürstentum Eutin

Zur Zeit der Lindemann-Petitionen bestand eine Anzahl von sich gegenseitig bedingenden bzw. verschärfenden Einzelaspekten, die zu einem Anwachsen des Armenproblems führten: Die Bevölkerung nahm zu Beginn der 1830er Jahre im Eutinischen stark zu: In einem Zeitraum, in welchem als Folge des Wohnungsbaustopps nur zwanzig Wohnungen entstanden, wurden 250 neue Familien begründet.¹⁹⁹² Der Geburtenüberschuss lag bei einer Gesamtbevölkerung im Fürstentum von etwa 18.000 Personen bei 167 (1830), 206 (1831) und 85 (1832),¹⁹⁹³ also bei einem halben bis einem Prozent pro Jahr.

Der vorhandene Wohnraum wurde daher deutlich teurer, sodass ein Viertel des Jahreseinkommens eines Tagelöhners auf die Miete entfiel. Da Gartenland nicht vorhanden war, musste alles Lebensnotwendige am Markt eingekauft werden, was zu einer finanziellen Überbeanspruchung der Armen führte.¹⁹⁹⁴ Immer wieder Grund zum Ärger boten die im Jahresrhythmus zu verschiedenen Terminen eingezogenen Steuern und Abgaben, welche in der Summe etwa 10% der Einnahmen absorbierten.¹⁹⁹⁵ Lindemann hatte in seinen Petitionen auf diese Notlage hingewiesen.¹⁹⁹⁶ Obgleich Großherzog bzw. Regierung nicht auf die letzten als Forderungen formulierten Bitten eingegangen waren, setzte sie einige um:

Die Regierung legte die Instenkoppeln [Land zur freien Bestellung durch die Besitzlosen; M. P.] aus. Schon die nächsten Jahre brachten die geforderte Vereinfachung der Besteuerung der Insten und dazu auch eine bescheidene Steuersenkung. Die Bautätigkeit wurde nicht mehr so sehr beschränkt.¹⁹⁹⁷

In den 1840er Jahren wurden dann verstärkt Maßnahmen ergriffen, um die Erwerbslosenquote niedrig zu halten. Infolge des Plöner Vertrags (1842), eines

1991 Vgl. ebd., S. 324f.

1992 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1954, Nr. 2, S. 5.

1993 Vgl. Peters 1971, S. 164.

1994 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1954, Nr. 2, S. 5. Den Wohnungsbaustopp hatte die Regierung verhängt, um den Zuzug aus dem Holsteinischen zu begrenzen. Zwischen Oldenburg und Holstein war Freizügigkeit vereinbart worden (vgl. ebd., S. 6f.).

1995 Vgl. ebd., S. 6.

1996 Vgl. Lindemann 1832. Dieses Büchlein enthält eine Zusammenstellung aller Petitionen des Advokaten, welche dieser ab 1831 gestellt hatte.

1997 *Blätter für Heimatkunde* 1954, Nr. 2, S. 8. Ebensolche Koppeln wurden auch von den Demokraten sowie einigen Konstitutionellen der Herzogtümer gutgeheißen. Die Initiativen hierzu kamen im Holsteinischen über ein Anfangsstadium aber nicht hinaus (vgl. Klußmann 1998, S. 153).

Gebietsaustausches mit Holstein, begann der Ausbau der Straßen im Fürstentum.¹⁹⁹⁸ Dafür wurden gezielt besitzlose Arbeitssuchende eingesetzt, die infolge der Missernten zu Beginn der 1840er Jahre besonders von lebensbedrohender Armut betroffen waren.¹⁹⁹⁹

In einem Schreiben vom Januar 1847 an den Großherzog wies die Regierung des Fürstentums auf die Notlage arbeitsloser Tagelöhner (Insten) [...] hin und schlug vor, diese bei Straßenbauarbeiten als Steinschläger einzusetzen. [...] Nach anfänglichen Bedenken gab die Oldenburger Regierung ihre Zustimmung, und so konnten besonders in den Wintermonaten 1847 und 1848 dreißig bis fünfzig Tagelöhner durch staatliche Hilfsmaßnahmen in Neudorf Arbeit erhalten.²⁰⁰⁰

In der zweiten Jahreshälfte 1847, als die Getreidepreise ihr Maximum erreicht hatten, bemühte sich die Eutiner Regierung Handlungsfähigkeit zu beweisen und die gewünschte staatliche Fürsorgepflicht zu zeigen. Zählt man zu den 30 bis 50 Arbeitern die Familienangehörigen hinzu, kommt eine Zahl von etwa 100 Personen zustande, die zumindest mittelbar durch diese Arbeitsmöglichkeiten versorgt wurden.²⁰⁰¹ Kurzfristig konnten im Krisenjahr für den Bau der Pohnsdorfer Chaussee bis zu 100 Arbeiter beschäftigt werden.²⁰⁰²

Zu diesen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung traten Aktionen einiger Regierungsvertreter, allen voran des Eutiner Hofrats Schmedes, des Schwartauers Wibel und der Gemeinnützigen Gesellschaft. Hofrat Schmedes hatte bereits zu Beginn des Jahres 1847, als sich die Preise in einer Phase ungezügelter Progression befanden, zur Hilfeleistung für die Besitzlosen aufgerufen. Schmedes nahm die Funktion des obersten Richters im Fürstentum wahr, was seinem Engagement einiges Gewicht verlieh. Er rief die Hufner dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Angestellten ausreichend Nahrung bekommen, die in Form von Milch ausgegeben werden könne. Zudem sollten sich die Hufner zu einem Hilfsverein zusammenschließen, um so den Hungernden effektiv helfen zu können.²⁰⁰³

Stadtsyndikus Johann Georg Specht²⁰⁰⁴ machte sich vielfach für die Schaffung mildtätiger Einrichtungen stark.²⁰⁰⁵ 1831 gründete er die „Speise-Anstalt für Dürftige und Arme“, ²⁰⁰⁶

1998 Zu den Inhalten des Vertrages schreibt Peters: „[D]er Plöner Vertrag von 1842, in dem die großherzogliche Regierung erreichte, daß die zehn Gebietsteile des Fürstentums Lübeck zu zwei zusammenhängenden Flächen um Eutin und um Schwartau zusammengelegt und ausgetauscht wurden, enthielt auch eine Abmachung über den Chausseebau zwischen Eutin und Lübeck.“ (Peters 1971, S. 167).

1999 Vgl. ebd., S. 165.

2000 Prühs 1994, S. 214.

2001 Dazu trat in den 1840er Jahren der Schlossausbau, der Eutiner Handwerker beschäftigte (vgl. Prühs 1994, S. 215).

2002 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 24, S. 96. Im Holsteinischen versuchten die Verantwortlichen ebenfalls durch den Eisenbahnbau und die Anlage neuer Chausseen, die Not zu lindern. Dies gelang aber nur eingeschränkt (vgl. Klußmann 1998, S. 150f.).

2003 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, S. 23, S. 91f.

2004 Johann Georg Specht stand seit 1831 in städtischen Diensten, ab 1841 wurde er Stadtsyndikus, ein Amt, das er bis 1851 ausfüllte (vgl. Prühs 1994, S. 69).

2005 Vgl. Rönnpag 1998, S. 28.

2006 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 22, S. 85, weiter: „Ein Jahr darauf rief er [Georg Specht] die

die von einem Verein getragen wurde, zu dessen Mitgliedern etablierte Eutiner wie Pastor Encke und Ratsherr Ranninger zählten.²⁰⁰⁷ Die Großherzogin beteiligte sich an der Finanzierung des Projekts, sodass bald bis zu zehntausend Mahlzeiten im Jahr ausgegeben werden konnten. Je nach Grad der Bedürftigkeit wurden die Speisen vergünstigt oder kostenfrei angeboten.²⁰⁰⁸ Auch die kirchliche Armenfürsorge wurde neu geordnet, sodass ab 1847 eine wirkungsvolle Fürsorge betrieben werden konnte.²⁰⁰⁹ Wie das Eutiner Vorbild sollte auch die vom Verein für gemeinnützige Tätigkeit initiierte Speiseanstalt in Schwartau den Armen günstige bis kostenlose Mahlzeiten anbieten. Die Bau- und Betriebskosten dieser Einrichtung trug die Regierung.²⁰¹⁰

Auf dem Lande wurde die Initiative Schmedes' zur Linderung des Hungers zum Beispiel in Rensefeld/ Klein-Mühlen aufgegriffen. Hier kamen die angesprochenen Hufner zusammen, um durch einen Zuschuss das Brot für die Armen zu verbilligen. Diese Initiative vermochte es, 24 Familien mit 42 verbilligten Broten pro Woche zu unterstützen.²⁰¹¹ Die Regierung reagierte ebenfalls mit einer solchen Maßnahme. Sie stellte ab Juli 1847 etwa 4.000 Mark zur Verfügung, um Brote verbilligt an Arme abgegeben zu können. Allerdings lief diese Maßnahme zu einem Zeitpunkt an, als sich die Preise bereits im Fall befanden.²⁰¹²

Zur Zeit einer akuten Aufstandsgefahr der Hungernden klärte Advokat Wibel diese über die Ursache des raschen Preisanstiegs auf: Nicht unverantwortliche Handlungen Einzelner hätten zu der Teuerung geführt, sondern eine Verkettung ungünstiger Umstände, das

Spar- und Leihkasse für das Fürstentum Lübeck ins Leben, die in ihrer im Namen angedeuteten doppelten Funktion der Wirtschaft diene und als gemeinnütziges Institut ihre Gewinne ganz zur Förderung sozialer Einrichtungen zur Verfügung stellte.“ (ebd.).

2007 Vgl. ebd. Pfarrer Encke gründete 1846 gemeinsam mit seinem Amtskollegen Müller die Diakonie der Eutiner Kirchengemeinde. Diese verfolgte mildtätige Ziele und wollte das sittlich-religiöse Leben der Armen fördern (vgl. Zander 1982, S. 32).

2008 Vgl. Prühs 1994, S. 218. In den Folgejahren gründeten verschiedene Träger eine Sparkasse, welche die ärmere Bevölkerung zu mehr Sparsamkeit anhalten sollte, sowie die „Eutiner Gewerbsniederlage“, die eine Stützung des lokalen Handwerks zum Ziel hatte (vgl. ebd.). Die Gewerbsniederlage annoncierte im Juni und November 1847 in den *Anzeigen*, dass sie einen guten Umsatz gemacht habe (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 26.06.1847, S. 136 bzw. ebd., 02.11.1847, S. 211). Am 13.11.1847 beschäftigte sich der gemeinnützige Verein mit der Gewerbsniederlage, deren Direktorenzahl von sieben auf drei herabgesetzt werden sollte (vgl. ebd., 13.11.1847, S. 216). Ein Enthaltensamkeitsverein sollte ab 1834 die Verbreitung der Alkoholabhängigkeit mindern und damit die Not lindern. 1840 folgte eine „Kinderbewahranstalt“, die als eine Art Kindergarten arbeitete und notleidenden Kindern eine Unterkunft und warme Mahlzeiten anbot. Weiterhin wurde 1840 eine Schwimm- und Badeanstalt am Eutiner See errichtet (vgl. Prühs 1994, S. 218). In Bezug auf die Schulpflicht hatte die Regierung das Schulgeld nach Vermögen der Eltern gestaffelt; die Vorschule wurde für die Kinder mittelloser Eltern als kostenfreies Angebot zur Verfügung gestellt (vgl. ebd., S. 222). Um die Ausgaben der Anstalt zu begrenzen, produzierte die Kinderbewahranstalt Netze, die in den *Anzeigen* zum Kauf angeboten wurden (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 31.03.1849, S. 66).

2009 Vgl. Prühs 1994, S. 220.

2010 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 23, S. 91.

2011 Vgl. ebd.

2012 Vgl. ebd., S. 96.

Zusammentreffen von Kartoffelfäule und einer Missernte auch beim Getreide.²⁰¹³ Auch dies mag Aufstände oder Ausschreitungen verhindert haben.

Längerfristige Maßnahmen

Um den Armen auch finanzielle Entlastungen bringen zu können und gleichzeitig das Steueraufkommen insgesamt zu steigern, führte die großherzogliche Regierung 1834 eine Steuerreform durch. Die neu eingeführte Klassensteuer stellte Soldaten, alte Menschen und Arme von der Steuer frei.²⁰¹⁴ Die Zunftreform von 1837, die den neun Eutiner Zünften eine liberalere Ordnung gab, ermöglichte auch unehelichen Knaben, ein Handwerk zu erlernen. Dies bewirkte eine tendenziell steigende Qualifikation der Arbeitssuchenden, da die Zahl unehelicher Kinder hoch war.²⁰¹⁵

In Eutin gab es auch eine Arbeitsanstalt nach französischem Vorbild, die im St.-Georgs-Hospital untergekommen war und Beschäftigungslosen eine bezahlte Tätigkeit anbot. Trotz Verbesserungen der Aufsicht, der Arbeitsabläufe und eines gesteigerten Absatzes vermochte die Einrichtung nicht kostendeckend zu arbeiten, was sie zum Gegenstand obrigkeitlicher Kritik machte.²⁰¹⁶

Eine Bodenreform, die den Insten bescheidene Weide- und Ackerflächen zuteilen sollte, wurde durch die beiden Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls angeschoben. Auf diesen Flächen sollten die Besitzlosen eigene Tiere halten bzw. Feldfrüchte anbauen, um so ihre Versorgungslage zu bessern.²⁰¹⁷ Vorgesehen war dafür eine Fläche von 1,5 Hektar Land. Man erhoffte sich durch eine verbesserte Selbstversorgung der Insten auch eine Senkung der Armenabgaben. So ließe sich dann indirekt durch Bildung sogenannter „Kätnerstellen“ eine gewisse Rendite erzielen.²⁰¹⁸

2013 Vgl. ebd., S. 91.

2014 Vgl. Prühs 1994, S. 221. Ein Grund für die hohe Zahl unehelicher Entbindungen war das Heiratsverbot für Gesellen (vgl. ebd.), das die Bevölkerungsprogression hatte beschränken sollen.

2015 Vgl. ebd. sowie Zander 1982, S. 30, der eine Beanstandung der Regierung im Jahr 1840 auswies. Die Arbeitszeiten hatte der Eutiner Stadtsyndikus Specht festgelegt: Jeweils zwischen 08:00 Uhr und 20:00 Uhr sollte gearbeitet werden, mittags bekam jeder Arbeitende ein vergünstigtes Essen der Speiseanstalt. An Samstagen wurden die Produkte durch die Anstaltsleitung, welche die Vermarktung übernahm, aufgekauft (vgl. Zander 1982, S. 29).

2016 Vgl. Prühs 1994, S. 219.

2017 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 24, S. 94.

2018 Vgl. ebd. Neben diesen Initiativen gab es noch die Idee einer zusätzlichen Prämienzahlung für Knechte und Mägde, die Geld in eine Aussteuerversicherung einzahlten. Dies sollte den wirtschaftlich gefährdeten Partner vor dem Abgleiten in Armut schützen helfen (vgl. ebd.).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Eutin infolge der Reformen seit den 1830er Jahren ein recht breites Angebot für Mittellose und wenig Bemittelte zur Verfügung stand, das teils von staatlichen Stellen, teils aus privater Initiative oder in gemischter Trägerschaft errichtet wurde. Auch wenn die Aktivitäten die Not nicht beenden konnten, signalisierten sie den Besitzlosen, dass die überkommenen Gewalten willens waren, ihre Notlage zu lindern.

C.1.7 Die Verfassungsfrage im Großherzogtum Oldenburg

Auf dem Wiener Kongress hatte sich auch Oldenburg verpflichtet, nach Artikel 13 der Bundesakte eine landständische Verfassung einzuführen. Allerdings blieb es bei einigen Versuchen zur Erarbeitung der Verfassung, sodass bis 1830, dem Jahr nach dem Amtsantritt des neuen Großherzogs Paul Friedrich August (bis 1853), nichts Konkretes geschah. Nach der Julirevolution in Frankreich 1830, die keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Großherzogtum hatte,²⁰¹⁹ ließ der Regent dennoch eine Verfassung ausarbeiten, die den Ansprüchen der 1815 eingegangenen Verpflichtung entsprechen würde.²⁰²⁰ Die Erarbeitung übernahm Freiherr von Berg, der in Eutin als Beamter tätig war.²⁰²¹

Lindemann hatte es sich zu Beginn der 1830er Jahre zur Aufgabe gemacht, die unpolitischen Eutiner Stadt- und Landbewohner an die „Fragen der Zeit“ heranzuführen. Anhand der Verfassungsdiskussion 1831 wollte er die allgemeine Unzufriedenheit mit den staatlichen Einrichtungen im Speziellen und den Verhältnissen des öffentlichen Lebens im Allgemeinen nutzen, um die Bürger an die Politik heranzuführen.²⁰²² Als einer der Gründe für die verbreitete politische Abstinenz lässt sich die Struktur der Landbevölkerung anführen, welche im 18. Jahrhundert als Hofdienstpflichtige oder Leibeigene ohnehin nicht hatte an der Gestaltung des öffentlichen Lebens teilhaben dürfen.²⁰²³

Trotz der Bemühungen Lindemanns war die Verfassungsfrage auch in der einzigen Stadt des Fürstentums Lübeck nicht als Frage herausgehobener Wichtigkeit betrachtet worden, was auch dazu beitrug, dass die politischen Mitbestimmungsrechte der Eutiner vor 1848 hinter denen des Herzogtums Oldenburg zurückblieben. War den Oldenburgern bereits 1830 die teilweise Selbstverwaltung der Gemeinden zugestanden worden, blieben im

2019 Vgl. Eckhardt 1987, S. 317.

2020 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 83.

2021 Vgl. ebd.

2022 Vgl. ebd., 1954, Nr. 1, S. 1.

2023 Vgl. ebd., 1958, Nr. 4, S. 13.

Eutinischen entsprechende Regelungen aus.²⁰²⁴ Diese Entwicklung dämpfte das politische Interesse der Eutiner, sodass die Phase der Politisierung ausblieb, die sich andernorts infolge der Julirevolution vollzog.

Da sowohl der dänische König als auch der russische Zar Anfang der 1830er Jahre gegen den Erlass einer Verfassung intervenierten, stoppte Herzog Paul Friedrich die Konstitution.²⁰²⁵

Für die Ablehnung dieses Entwurfes durch den dänischen König waren [...] die kleinstaatlichen Gegebenheiten entscheidend. König Christian VIII. betrachtete es als gefährlich für sein Land, wenn das in Holstein [in zehn Teilgebieten; M. P.] eingesprengte Fürstentum Lübeck eine Verfassung bekäme, die den Abgeordneten das Recht zu beschließen zubilligte, während die Landstände in Holstein nur beratend tätig sein durften.²⁰²⁶

Die Interventionen Kopenhagens und Petersburgs boten Oldenburg einen willkommenen Anlass, um die seitens der Beamten ungeliebten Verfassungspläne zurückzustellen.²⁰²⁷

Das Fürstentum behielt auf Gemeindeebenen bis 1848/ 49 zunächst die überkommenen, sich untereinander zum Teil stark unterscheidenden Ordnungen.²⁰²⁸ Kleinste politische Verwaltungseinheit waren die Dorfschaften des Fürstentums, denen jeweils ein Bauernvogt vorstand. Den Dorfschaften übergeordnet waren die vier fürstbischöflichen Ämter.²⁰²⁹ An dieser Verwaltungsordnung änderte sich bis 1830 nichts. Erst als Herzog Friedrich August seinem verstorbenen Vater als Großherzog gefolgt war, sollte die Beteiligung der Ortsbürger an der Regelung gemeindlicher Angelegenheiten verbessert werden. In allen gemeindlichen Angelegenheiten, über die ein Beratungsbedarf empfunden wurde, hatte der Bauernvogt oder die Amtsverwaltung eine Dorfschaftsversammlung einzuberufen, in der unter Vorsitz des Amtsverwalters über den Beratungsgegenstand verhandelt wurde. Nach ausreichender Verhandlung stellte dieser den Anwesenden einfache Fragen, die mit „Ja“

2024 Vgl. ebd., Nr. 21, S. 83. Das Herzogtum Oldenburg erhielt am 07.01.1832 eine Landgemeindeordnung, den Städten Oldenburg und Jever wurden Stadtordnungen allerdings erst verzögert (1833 bzw. 1844) zugestanden (vgl. Eckhardt 1987, S. 319).

2025 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 21, S. 83.

2026 Ebd., S. 84. Im Holsteinischen war seit den 1830er Jahren in Kreisen des etablierten Bürgertums (Diplomaten, Beamte, Juristen etc.) Forderungen nach einer Verfassung laut geworden. Auch verlangte man leidenschaftlich die Schaffung einer dritten Rechtsinstanz und eine Trennung der Justiz von der Administration (vgl. Richter 1986, S. 167f.).

2027 Vgl. Eckhardt 1987, S. 322. Die Einwände Dänemarks bestanden wesentlich aus dem Wunsch, die Verkündung der Oldenburger Verfassung nicht vor Erlass der provinzialständischen Verfassung für die Elbherzogtümer vorzunehmen (vgl. ebd.).

2028 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 4, S. 13, wörtlich: „Die buntscheckigen Verhältnisse Holsteins wiederholten sich im Verfassungsrecht der Dorfgenossenschaften innerhalb des kleinen Fürstentums [...]. In den Gebietsteilen, die 1804 zum Fürstentum vereinigt wurden, hatten sich die Rechtsverhältnisse verschieden entwickelt, waren anders in den Dörfern des fürstbischöflichen Anteils als denen des Domkapitels [...].“ (ebd.)

2029 Vgl. ebd., S. 14.

oder „Nein“ zu beantworten waren.²⁰³⁰

Ausdrücklich von dieser Regelung ausgenommen war allerdings die Stadt Eutin.²⁰³¹ Aber auch hier bestimmt die Struktur der Dorfschaftsversammlung im Revolutionsjahr entscheidend die Ordnung der Volksversammlung.²⁰³²

C.1.8 Vorbemerkungen zum Eutiner Vereinswesen

C.1.8.1 Lesevereine im Eutinischen

Auch in Eutin gab es um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zumindest zwei Lesegesellschaften, die ganz ähnliche Ziele verfolgten wie das „Bürgermuseum“ in Konstanz, die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ in Lübeck oder die Lübecker Lesegesellschaften der Zeit. Von beiden Gesellschaften muss sich eine bereits vor 1800 gegründet haben. Diese gründete Buchbinder Barez 1794.²⁰³³

Die im November 1804 aus den Reihen des gehobenen Eutiner Bürgertums gegründete „Literarische Gesellschaft“ wollte wöchentlich wechselnde Vorträge der Mitglieder in deren privaten Räumlichkeiten hören und im Anschluss diskutieren,²⁰³⁴ Standesschranken sollten dabei überwunden werden.²⁰³⁵ Den größten Teil der Mitgliederschaft bildeten Hofbeamte und Mitglieder des gehobenen Bürgertums und der Geistlichkeit.²⁰³⁶

Während der Jahre 1819 bis 1837 wurde es stetig ruhiger um die Lesevereine, sodass ab 1837 erneut das Bedürfnis entstanden war, dem alten Zusammenschluss neues Leben einzuhauchen.²⁰³⁷ Regierungsrat Ernst Ludwig Hellwag, Stadtsyndikus Specht und Rektor Meyer, allesamt Angehörige der bürgerlichen Führungsschicht der Stadt, initiierten die Neugründung der „Gesellschaft ohne Namen“, wie der „Litterär Verein“ genannt wurde. Wenig später schlossen sich Pastor Encke, Regierungsrat Martens und Lehrer Hausdörffer an.²⁰³⁸ Auch nach den Jahren 1848/ 49 blieb die personelle Zusammensetzung dieser „Gesellschaft“ konstant, weiterhin bildete das aufgeklärte Bürgertum den Kern der

2030 Vgl. ebd. Die Einladung zu den Versammlungen hatte dabei sowohl schriftlich als auch mündlich zu erfolgen (vgl. ebd.).

2031 Vgl. ebd.

2032 Vgl. ebd. Die Beschlüsse der Volksversammlungen in den Revolutionsjahren unterschieden sich von den Dorfschaftsversammlungen vor allem dadurch, dass sie keiner obrigkeitlichen Zustimmung bedurften.

2033 Vgl. Prühs 1994, S. 182.

2034 Vgl. Peters 1971, S. 152f.

2035 Vgl. Prühs 2004, S. 26.

2036 Vgl. Prühs 1994, S. 182. Eutin stand ungeachtet seiner Insellage der Entwicklung des zeitgenössischen typischen Vereinswesens zumindest quantitativ nicht nach. Gründungsmitglieder waren: Kanzleiassessor Eccard, der Geheime Rat Jacobi, Hofrat Hellwag, Apotheker Kindt, Rektor König, Pastor Pfeiffer und Kammersekretär Nicolovius (vgl. Peters 1971, S. 152).

2037 Vgl. Prühs 2004, S. 31f.

2038 Vgl. ebd., S. 31.

Gemeinschaft, der sich Vertreter der örtlichen Geistlichkeit angeschlossen hatten, während Hofbeamte und Adelige dem Vereinsleben fernblieben. Die Jahre 1850/ 51 bestimmten Diskussionen über die Auswirkungen des Endes der Schleswig-Holsteinischen Bewegung, die sich in Form von Danisierungsversuchen der Kopenhagener Administration zeigten. Neben Themen des geistig-religiösen Bereichs bildeten zu Beginn der 1850er Jahre politische Fragestellungen Schwerpunkte der Diskussion.²⁰³⁹

Bereits 1816 hatte Herzog Peter Friedrich Ludwig für die Einrichtung einer Bibliothek in Eutin 8.000 Bände erworben. Untergebracht im neuen Schulgebäude in der Plöner Straße, umfasste diese ab 1839 öffentlich nutzbare Bibliothek in den 1840er Jahren bereits 40.000 Werke.²⁰⁴⁰

C.1.8.2 Die Eutiner Bibelgesellschaft

Eine Frucht von Aufklärung und Protestantismus waren die neuen Anforderungen, denen sich die religiöse Erziehung zu Beginn des 19. Jahrhunderts unterworfen hatte. Der als mündig definierte Mensch sollte sich nun den Weg zum Glauben selbst bahnen, wozu jedes Gemeindemitglied eine Bibel benötigte. Um dieses erkannte Bedürfnis zu stillen, gründete sich im Fürstentum Lübeck unter (formalem) Vorsitz des Oldenburger Herzogs 1816 eine Bibelgesellschaft. Die Mitgliederschaft bestand zunächst ausschließlich aus Geistlichen und Regierungsbeamten, erst später stießen Bürger hinzu.²⁰⁴¹

Ziel des Zusammenschlusses war zunächst die materielle Verbreitung der Heiligen Schrift. Später wollte man auch zum nützlichen und erbaulichen Gebrauch der Bibel Anleitung geben.²⁰⁴²

C.1.8.3 Der Eutiner „Verein zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“

Die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ hatte auch in Schwartau und Eutin Töchter. Den Boden für ihre Gründung bereitete das Engagement Einzelner, in Eutin insbesondere das des Stadtsyndikus Specht und des Advokaten Lindemann. Im Herbst 1839 traten 19 Bürger zusammen, um nach Lübecker Vorbild das gemeinnützige

2039 Vgl. ebd., S. 32.

2040 Vgl. Peters 1971, S. 178.

2041 Vgl. Peters 1971, S. 153: „Die Begründer waren Eutiner, außer den drei Geistlichen Olshausen, Pfeiffer und Encke der Stadtsyndikus Dr. Plate und Beamte der Regierung, unter ihnen Maltzahn, von Halem, Hellwag und Thiele als Männer mit bekannten Namen.“ (ebd.)

2042 Vgl. ebd.

Engagement Einzelner zu bündeln und gemeinsam die neuen Einrichtungen auch finanziell bewältigen zu können.²⁰⁴³ Nach Genehmigung der Satzung durch die Eutiner Regierung, die sogleich erteilt worden war, da man angesichts der Vereinsziele und personellen Zusammensetzung der Gründungsmitglieder nicht von umstürzlerischen Zielen ausging, konnte am 27. Februar 1840 in den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* zur Generalversammlung am 31. März 1840 eingeladen werden.²⁰⁴⁴

Die Gründungsmitglieder des Eutiner Vereins entstammten der Stadtverwaltung oder waren Anhänger der Bestrebungen Lindemanns zur Linderung der Not der Armen in Stadt und Amt.²⁰⁴⁵ Die Mitglieder der Verwaltung sahen im Verein die Möglichkeit, ihre Arbeit auf privatem Wege zu ergänzen und unvollkommen Bleibendes durch gemeinsame Initiative sinnvoll zu ergänzen.²⁰⁴⁶

Trotz der personell starken Präsenz von Beamten waren der demokratische Gedanke und die Unabhängigkeit des Zusammenschlusses von den Behörden gewichtige Bestandteile der Vereinsverfassung. Zur Vereinsführung, die ein fünfköpfiger Ausschuss bildete, mussten drei nicht verbeamtete Bürger oder Hufner zählen.²⁰⁴⁷

Finanziert wurde der Zusammenschluss durch Spenden, die vierteljährlich eingesammelt wurden.²⁰⁴⁸ Dies Verfahren war seinerzeit ortsüblich, es wurde auch beim evangelischen Gustav-Adolf-Verein angewendet.²⁰⁴⁹ Bis 1845 traten 115 Mitglieder bei, die zumeist aus der Stadt Eutin stammten, während das Umland, vor allem aber die abseits des Zentrums beheimateten Bürger dem Verein fern blieben. In Schwartau folgte man Eutin am 5. Juli 1845 nach.²⁰⁵⁰

Während der Schwartauer Verein unter Leitung des Advokaten E. Wibel eine demokratischere Prägung erhielt, zeichnete sich der Eutiner Verein durch einen konservativen Charakter aus. Zu seiner Gründung hatte der Schwartauer Verein 55 Mitglieder; die Mitarbeit der Landbevölkerung suchte der Advokat Wibel mithilfe einer Quote für Landbewohner im Vorstand des Schwartauer Vereins sicherzustellen: Sechs der

2043 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 22, S. 85.

2044 Vgl. ebd., S. 86.

2045 Vgl. ebd., S. 85. Im Einzelnen waren Goldschmied und Ratsverwalter Becker, Kirchenprovisor Breier, Pastor Encke, Stadtkassierer Faßhäber, Advokat Hopp, Hofapothecker Kindt, Stadtmusikus Langenbuch, Assessor Martens, Kaufmann und Ratsverwalter Meltz, Ofenfabrikant und Ratsverwalter Niemann, Seiler Olderog, Färber Packendorff, Gastwirt und Bürgermeister Ranninger, Kaufmann Siebert, Schlosser Sommer, Stadtsekretär Specht, Bauschreiber Zietz, Klemptner Klüver und Schröder (ohne Bezeichnung des Berufs) Gründungsmitglieder (vgl. ebd.).

2046 Vgl. ebd., S. 85.

2047 Vgl. ebd., S. 86.

2048 Vgl. ebd.

2049 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 26.06.1847, S. 135.

2050 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 22, S. 86.

neun Vorstandsmitglieder sollten Landbewohner sein, bis zu drei aus Schwartau selbst kommen.²⁰⁵¹

Beide Vereine hielten wie ihr Lübecker Vorbild im Winterhalbjahr wöchentlich Versammlungen ab, in denen Vorträge verfolgt und/ oder aktuelle Themen diskutiert wurden. Zwischen Oktober 1847 und Juni 1849 trafen sich die Mitglieder in Schwartau bzw. Eutin insgesamt 39mal.²⁰⁵² Man traf sich zumeist in „Cohrs Hôtel“.²⁰⁵³

Die Eutiner Gesellschaft hielt Ende der 1840er Jahre eine „Bewahranstalt“ und unterhielt die Badeanstalt.²⁰⁵⁴ Dazu trat die „Aussteuer-Versicherungs-Anstalt“²⁰⁵⁵ und eine Kinderbewahranstalt.²⁰⁵⁶ Wiederum vergleichbar mit der Lübecker Schwester waren auch die beiden Gesellschaften im Fürstentum an der Breitenbildung interessiert. Zu diesem Zweck gründeten sie die separat besprochenen *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthum Lübek* im Jahr 1846.²⁰⁵⁷ Die *Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit* blieb Zeit des Bestehens der Vereine im Fürstentum unerreichtes Vorbild.²⁰⁵⁸

C.1.8.4 Der „Eutiner Bürgerverein“: Entstehung und Entwicklung

Neben den *Gemeinnützigen Verein* trat ab Herbst 1847 ein weiterer progressiver Zusammenschluss, der sich sowohl vom Konservatismus als auch von den gemäßigt liberalen „Gemeinnützigen“ abgrenzte:²⁰⁵⁹ Am 24. September 1847 wurde in einer Versammlung von 34 Bürgern der Eutiner „Leseverein“ gegründet. Der Satzung zufolge wollte man sich nicht nur mit politischen Fragen beschäftigen, sondern auch Entwicklungen in Technik und Industrie, aber auch religiöse Fragen diskutieren.²⁰⁶⁰

2051 Vgl. ebd., S. 87.

2052 Vgl. ebd.

2053 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 22.01.1848, S. 19. Im Februar wurde ein Antrag zum „Local für die geselligen Zusammenkünfte des Vereins“ gestellt (vgl. ebd., 05.02.1848, S. 27). Als Tagungsort der Zusammenkünfte war zwar bisher neben dem „Gasthof Schichtung“ (vgl. ebd., 25.12.1847, S. 244) „Cohrs Hôtel“ gewählt worden, diese Entscheidung schien jedoch nicht unumstritten gewesen zu sein (vgl. ebd., 05.02.1848, S. 27).

2054 Vgl. ebd.

2055 Vgl. ebd., S. 27.

2056 Vgl. Peters 1971, S. 174.

2057 Vgl. ebd., S. 175. Die für einen Vergleich mit den *Lübeckischen Blättern* interessante Zeitschrift liegt heute erst ab 1851 vor und entzieht sich daher der näheren Betrachtung.

2058 Vgl. ebd., S. 175f.

2059 Vgl. Peters 1971, S. 186, weiter zum Programm des Vereins: „Im Leseverein sah man im Partikularismus und starr gewordenen Absolutismus die Quelle allen Übels. Hier forderte man Einheit und Freiheit in Wirtschaft und Politik. Die wirtschaftliche und politische Betrachtungsweise standen vor der sozialen, die parlamentarische Tätigkeit vor der gemeinnützigen Tat.“ (ebd.).

2060 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 97.

Um die Behörden im Vormärz über die Absichten des oppositionellen Zusammenschlusses zu täuschen, hatten sich die Gründungsmitglieder bewusst nicht für die Bezeichnung „Politischer Verein“ entschieden. Bereits kurz nach der vollzogenen Gründung firmierte man aus gleichem Grund als „geselliger Verein“.²⁰⁶¹ Die Leitung des Zusammenschlusses bildete ein Vorstand, der auf den vierteljährlich stattfindenden Generalversammlungen jeweils neu berufen werden sollte.²⁰⁶²

Der gesellige Verein hielt drei Zeitungen, die von den Mitgliedern gelesen werden konnten. Die *Deutsche Zeitung*, die *Hamburger Börsen-Halle* und die *Bremer Weser-Zeitung* bildeten gleichzeitig die Grundlage für die Behauptung des Zusammenschlusses gegenüber den Behörden, man bilde einen Leseverein.²⁰⁶³

In den *Anzeigen* selbst erschien am Neujahrstag 1848 eine auf den Dezember 1847 datierte Einladung, in dem der Vorstand bekanntgab, dass nun ein Vereinslokal zur Verfügung stehe.²⁰⁶⁴ Interessierte sollten sich zum Beitritt melden, gelesen würde nun die *Deutsche Zeitung*, die *Weser-Zeitung* und das *polytechnische Journal*. Neben der Lektüre sollte der Verein die Bürger einen: „Bisher hat es unserem Eutin an einem Einigungsbande seiner Bürger gefehlt; möge dieser Verein nun dazu ein Mittel sein.“²⁰⁶⁵ Somit war neben dem Ziel, den Mitgliedern eine günstige Möglichkeit der Lektüre überregionaler Zeitungen zu ermöglichen, auch eine politische Wirkung des Vereins vorgesehen.

Schüler und Lehrlinge waren vom Verein ausgeschlossen,²⁰⁶⁶ wahrscheinlich weil man davon ausging, dass diese nicht in der Lage wären, sich politisch qualifiziert zu äußern.

Bis zum Januar 1848 erreichte der Zusammenschluss mit sechzig Mitgliedern²⁰⁶⁷ etwa die Hälfte der Größe des Eutiner „Gemeinnützigen Vereins“. Am 17. März 1848 rief der nunmehrige „gesellige Verein“ zur ersten Volksversammlung nach der Februarrevolution in Paris auf.²⁰⁶⁸ Diese Versammlung war schlecht besucht, weil die örtliche Prominenz nicht erschienen war.²⁰⁶⁹ Im ersten Jahresabschluss hieß es 1849, der Verein habe zwar vermocht, manchen Bürger für politische Belange zu interessieren und seinen Mitgliedern interessante Lektüren zu bieten, aber die Bürger unter seinem organisatorischen Dach zu

2061 Vgl. Prühs 1994, S. 223.

2062 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 97.

2063 Vgl. ebd.

2064 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 01.01.1848, S. 4, ein weiteres Mal erschienen am 08.01.1848, S. 9. Erstmals abgedruckt war das Inserat am 25.12.1847 (vgl. ebd., S. 244).

2065 Ebd., dort auch Vorstehendes.

2066 Vgl. ebd.

2067 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 97.

2068 Vgl. Prühs 1994, S. 223.

2069 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 98.

sammeln, sei nicht gelungen.²⁰⁷⁰ Als Ursache seines Unvermögens galt die überregionale Themenstellung vieler Diskussionen.²⁰⁷¹

Ab September 1848 nannte sich der Zusammenschluss „Eutiner Bürgerverein“. Von der Namensänderung versprach man sich unter den nun freieren Betätigungsmöglichkeiten einen Werbeeffect, der ausgeblieben zu sein scheint, denn der Verein trat in der weiteren Folge inhaltlich in den *Anzeigen* nicht mehr in Erscheinung. Ein Jahresbericht über das zweite Vereinsjahr erschien nicht mehr.²⁰⁷²

C.1.8.5 Der Eutiner Enthaltensamkeitsverein

Der „Eutiner Enthaltensamkeitsverein“, gegründet am 18. November 1838,²⁰⁷³ zeigte im November 1847 an, dass am 21. d. M. eine Generalversammlung stattfindet.²⁰⁷⁴ Über die angekündigten Wahlen von Ausschuss und Vorstand des Vereins gaben die *Anzeigen* vom 18. Dezember Auskunft.²⁰⁷⁵ Struve engagierte sich gegen den Alkoholismus, indem er kostenfreie Aufsätze druckte. Der „Enthaltensamkeits-Verein“ betonte dies bereits in seiner ersten Generalversammlung:

Während aber nur wenige Personen [...] [1838; M. P.] mit der Sache genauer vertraut wurden, erhielt auch das größere Publicum bald von dem Vorhaben mehr und mehr Kunde, und zwar hauptsächlich durch den D r u c k, wozu Herr Hofbuchdrucker S t r u v e [beides im Original gesperrt gedruckt; M. P.] in der zuvorkommendsten und uneigennützigsten Weise die Hand bot.²⁰⁷⁶

C.1.8.6 Die Eutiner Liedertafel

Ähnlich der Entwicklung in anderen deutschen Staaten gründete sich 1843 die „Eutiner Liedertafel“ als Kind der Männergesangsvereinsbewegung dieses Jahrzehnts. Der Liedertafel vorangegangen war ein kurzlebiger Kirchengesangsverein, der 1834 gegründet worden war. Nach den Revolutionsjahren spaltete sich die Liedertafel auf.²⁰⁷⁷

2070 Vgl. ebd., S. 97. Der Rückgang der Mitgliederzahl ist auf die gegen Dänemark ziehenden Eutiner Freiwilligen oder die als Reservisten der Bundestruppen Oldenburgs in den Krieg ziehenden Eutiner zurückzuführen (vgl. ebd.).

2071 Vgl. ebd.

2072 Vgl. ebd. Im Gegensatz zum benachbarten Holstein, wo sich in der zweiten Hälfte der Revolution insgesamt dreißig Arbeitervereine mit circa 5.000 Mitgliedern gebildet hatten (vgl. Hansen 1998, S. 30), kam es 1848/49 im Eutinischen zu keinen Vereinsneugründungen.

2073 Vgl. „Erster Bericht über den am 18. November 1838 in Eutin gestifteten Enthaltensamkeits-Verein. Für die Generalversammlung vom 17. Dec. 1839 bestimmt vom derzeitigen Vorstände“. Eutin, S. 1.

2074 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 06.11.1847, S. 216, wortgleiche Wiederholung am 20.11.1847, S. 220.

2075 Vgl. ebd., 18.12.1847, S. 240. Den Vorstand bildeten Kanzleisekretär Wieting, der auch das Inserat zeichnete, Oberlehrer Schmidt und Kirchenprovisor Breier (vgl. ebd.).

2076 Ebd., S. 2, vgl. dort auch Vorstehendes.

2077 Vgl. Peters 1971, S. 179.

C.1.8.6.1 Das Schwartauer Volksfest von 1846

Einen wichtigen Beitrag zur Politisierung eines größeren Bevölkerungsanteils lieferten die Volksfeste des Vormärzzeitraums. Der „Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ versuchte im Sommer 1846, ein solches Fest im Eutinischen zu organisieren. Innerhalb der beiden Vereine war zunächst umstritten, ob ein Volksfest mehr Nutzen oder mehr Schaden brächte. Während die Befürworter, allen voran der Schwartauer Advokat Wibel, sich durch ein Fest erhofften, den Gemeinsinn fördern zu können und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen den Ständen zu schaffen, sahen Gegner die Gefahr weiterer Verarmung angesichts der Preissteigerungen bei Getreide und Kartoffeln und der noch ausstehenden Ernte 1846.²⁰⁷⁸ Als Ort für die Festlichkeit wählte man den Flecken Schwartau, da man sich durch die Nähe zu Lübeck und Holstein mehr Gäste versprach. Dennoch blieb die Beteiligung deutlich hinter den Erwartungen zurück.²⁰⁷⁹

C.1.8.7 Zusammenfassung

Es lässt sich zeigen, dass Eutin in den Jahren der Revolution ein reges Vereinsleben kannte. Die Differenzierung des örtlichen Vereinswesens, die seit den 1830er Jahren neugegründeten Zusammenschlüsse, entsprachen dem Zeitgeist. Mit der „Eutinischen Liedertafel“ von 1843, dem Leseverein von 1847 und den beiden Vereinen zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit verfügte die Kleinstadt über die wesentlichen Zusammenschlüsse der Zeit und bot Interessierten vielfältige Möglichkeiten der Partizipation. Die Entwicklung des Lesevereins zeigt jene Chancen auf, die sich für eine Fortentwicklung in den Revolutionsjahren boten.

C.2 Zur Untersuchungszeitung: Die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* von ihrer Gründung bis 1848

Als die Eutiner Geistlichkeit sich 1802 zum Fürsprecher einer Zeitungsgründung des Eutiner Verlagsinhabers und Druckers Benedikt Christian Struves machte, kam es nach einem ersten gescheiterten Anlauf um 1798 vier Jahre später zur obrigkeitlichen Konzessionierung der projektierten Zeitung. Wesentlicher Grund der Fürsprache war, dass die Geistlichkeit das bisher geübte Verfahren, Bekanntmachungen im Nachgang der

²⁰⁷⁸ Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 23, S. 90.

²⁰⁷⁹ Vgl. ebd., S. 90f.

Sonntagspredigt von der Kanzel zu verlesen, zunehmend als unwürdig empfand.²⁰⁸⁰ Zunächst erhielt Struve die Erlaubnis, Abonnenten für seine wöchentlich samstags erscheinende Zeitung zu werben.²⁰⁸¹ Die Neugründung firmierte bis 1815 als *Eutinische wöchentliche Anzeigen*.²⁰⁸² Das Blatt Struves war die erste Zeitung in Eutin und der näheren Umgebung.²⁰⁸³

Die wesentlichen Inhalte der *Anzeigen* wurden bereits im Gründungsjahr festgeschrieben: Neben der Publikation einheimischer oder auswärtiger Behördennachrichten sollten private Anzeigen das Blatt füllen.²⁰⁸⁴ Mit der Erhebung zum Amtsblatt 1837 traf die eutinische Regierung genaue Bestimmungen zum Inhalt der Zeitung, die bis über die Revolutionsjahre hinweg ihre Gültigkeit behielten:

Außer den [...] Verfügungen können auch alle sonstige obrigkeitliche und Privatbekanntmachungen durch die wöchentlichen Anzeigen zur öffentlichen Kunde gebracht werden. Aufsätze oder Ankündigungen von anstößigem oder leidenschaftlichem Inhalte sollen überall nicht in die wöchentlichen Anzeigen aufgenommen werden.²⁰⁸⁵

Als weitere Auflage hatte Struve einen Redakteur zu beschäftigen, der sicherstellen sollte, dass die Zeitung die öffentlichen Bekanntmachungen angemessen publizieren würde. Weiterhin sollte es seine Aufgabe sein, darauf zu achten, dass die Zeitung der Regierung allzeit genehm sein würde.²⁰⁸⁶ Erster Redakteur der Anzeigen war der Nachfolger des Homer-Übersetzers Johann Heinrich Voß im Amt des Rektors der örtlichen Gelehrtenschule, Gabriel Gottfried Bredow.²⁰⁸⁷ Ebenfalls bereits zur Gründung 1802 wurde seitens der Behörde der Preis für Inserate in den Anzeigen auf einen Schilling Holsteinisches Kurant pro Zeile in Oktav, die etwa sieben Zentimeter einnahm, festgesetzt. Der Bezugspreis betrug jährlich einen Taler für die Ausgabe auf einfachem Druckpapier, einen Taler vierundzwanzig Schillinge bei der Postausgabe auf besserem Papier.²⁰⁸⁸ Die Gebühr von einem Schilling pro Zeile mit vierzig Buchstaben bestätigte die eutinische

2080 Vgl. Peters 1966, S. 43. Kirchmann 1843 führte als Gründungsjahr der *Anzeigen* fälschlich das Jahr 1801 an (vgl. Kirchmann 1843, S. 42).

2081 Vgl. ebd., S. 43.

2082 Vgl. Prühs 1994, S. 186.

2083 Vgl. Peters 1971, S. 151.

2084 Vgl. Peters 1966, S. 43.

2085 Bekanntmachung 1837, S. 1, Art. 1.

2086 Vgl. Peters 1966, S. 46.

2087 Vgl. ebd., S. 46f. Gabriel Gottfried Bredow (1773- 1814) entstammte einem einfachen Elternhaus. Er besuchte das Pädagogische Seminar in Halle und wurde 1796 unter Johann Heinrich Voß Konrektor der Eutiner Schule. Im September 1802 beerbte Bredow dann Voß, der Eutin verließ. Nach nur zwei Jahren folgte er einem Ruf, um eine Professur für Geschichte in Helmstedt anzunehmen. Bis zu seinem Tode lehre Bredow noch in Frankfurt/Oder (1809) und Breslau (1814) (vgl. Peters 1971, S. 150f.). Zu Bredows Tätigkeit in Eutin vgl. auch Pansch 1848, S. 32.

2088 Vgl. Peters 1966, S. 46.

Regierung 1837 und for damit den Anzeigenpreis weiterhin ein,²⁰⁸⁹ ebenso verhielt es sich mit dem Bezugspreis.²⁰⁹⁰

Nicht zuletzt aufgrund der Belastungen, die Struve aus dem kostenfreien Abdruck aller Anzeigen der einheimischen Behörden sowie der wöchentlichen Brotpreisfestsetzung zu tragen hatte,²⁰⁹¹ bestellte die Eutiner Regierung für den eigenen Gebrauch 30 Exemplare der *Anzeigen*.²⁰⁹² Die Neugründung zählte 1802 bereits 110 Bestellungen aus privater Hand, was zunächst ausreichend war. Die Zahl der Bezieher stieg in der Folge weiter an und blieb dann konstant: 1825 wurden etwa 200 Exemplare gedruckt, zehn Jahre später kam Struve auf 167 Bestellungen, davon 100 in Eutin und 67 aus den Dörfern des Umlandes.²⁰⁹³ Die *Anzeigen* erschienen zunächst im Oktavformat und umfassten acht Seiten, die auf einem halben Bogen Platz fanden.²⁰⁹⁴

Die neue Zeitung verfolgte neben Bekanntmachungen und Unterhaltung, die sich in Form kleinerer Erzählungen zeigte, auch volkserzieherische Ziele.²⁰⁹⁵ Sie stellte das Familienglück schon ganz biedermeierlich als erstrebenswertes Ideal dar, beschäftigte sich mit Fragen aus dem Bereich Gesundheit und stellte nicht zuletzt Fortschritte in Gewerbe und Technik vor. Somit waren die *Anzeigen* um die Zeit ihrer Gründung eine Sammlung interessanter und für die Volksbildung relevanter Nachrichten. Insbesondere das Volkserzieherische war hierbei der Initiative des Redakteurs Bredow geschuldet.²⁰⁹⁶

Als Beispiel für den aufklärerischen Geist, dem die *Anzeigen* in den ersten beiden Jahren verpflichtet waren, lässt sich der Artikel „Über die Bildung des weiblichen Geschlechts“ anführen, der in der sechsten Ausgabe erschien.²⁰⁹⁷ Die geistig-musische Bildung der heranwachsenden Bürgertöchter im Sinne der Zeit wurde favorisiert, auf moderne Breitenbildung auch für die Mädchen legte Bredow in diesem Artikel hingegen keinen Wert. Bald nach dessen Fortgang 1804 bemühte sich Struve um Befreiung vom lästigen und zudem mit zunächst zwanzig Talern Jahresgehalt teuren Redakteur. Sein Ansinnen, das Amt selbst zu übernehmen, scheiterte, sodass binnen eines Jahres Kammerregistrator

2089 Vgl. Bekanntmachung 1837, S. 2, Art. 3.

2090 Vgl. ebd., S. 3, Art. 5.

2091 Vgl. ebd., S. 1, Art. 3. Diese Auflage war ständiger Streitpunkt zwischen Struve und der Eutiner Regierung, zumal das Aufkommen behördlicher Inserate ständig stieg (vgl. Peters 1966, S. 49).

2092 Vgl. Peters 1966, S. 50.

2093 Vgl. ebd., S. 50.

2094 Vgl. ebd., S. 48.

2095 Vgl. ebd., S. 151.

2096 Vgl. Prühs 1994, S. 186. Wegen der zunächst ausbleibenden behördlichen Publikationen blieben Bredow im ersten Jahr der Zeitung etwa drei Seiten für Aufsätze (vgl. Peters 1966, S. 48). Somit waren die *Anzeigen* „[...] zunächst viel mehr ein volkserzieherisches Wochenblatt in der Art der verbreiteten moralischen Wochenschriften als ein Intelligenzblatt“ (vgl. ebd.).

2097 Vgl. *Eutinische Wöchentliche Anzeigen*, 06.11.1802, o.a. Seite.

Mayer für einen verminderten Lohn eingestellt werden musste. Mayer tat seine Arbeit gewissenhaft im Sinne der Regierung.²⁰⁹⁸

Inhaltlich verloren die *Anzeigen*, die sich ab 1815 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* nannten, insbesondere nach dem Ende der Napoléonischen Kriege an literarischem Wert. 1831 füllten private Anzeigen bereits ein Viertel bis die Hälfte einer Ausgabe,²⁰⁹⁹ „[s]tatt der gemeinnützigen Aufsätze erschienen als Lückenbüßer [...] Mitteilungen für Haus- und Landwirtschaft, nur hausbackenes Zeug“.²¹⁰⁰ Ab 1832, als die *Anzeigen* ihr Format in Quart mit zweispaltigem Druck änderten, gewannen auch die gelegentlichen Aufsätze wieder an Qualität.²¹⁰¹ Wirtschaftlich trug sich die Zeitung bereits einige Jahre nach ihrer Gründung.²¹⁰² Im weiteren Fortgang wurde sie immer mehr zu einer verlässlichen Stütze der Eutiner Druckerei, besonders nachdem bereits 1811 alle Verpflichtungen des Hofdruckers erloschen waren, denn die vertraglich geregelten 70 Taler Jahresgage blieben Struve nun auch ohne konkrete Gegenleistung erhalten.²¹⁰³

Ab 1835 verfolgte die Regierung den Plan, aus dem Intelligenzblatt ein Amtsblatt werden zu lassen. Struve wäre in diesem Fall nur die vereinbarte Drucktaxe geblieben. Den Einfluss auf die Gestaltung der Zeitung hätte er verloren.²¹⁰⁴ Nach dem Ableben von Benedikt Christian Struve im selben Jahr sollte sein Sohn Georg Hinrich das Unternehmen weiterführen. Der Streit um das Format der Zeitung, ob diese weiter als privat herausgebrachtes Intelligenzblatt oder als Amtsblatt erscheinen sollte, zog sich bis 1838 hin:

Nach der Neuregelung vom 1. Januar 1838 wurden die 'Wöchentlichen Anzeigen' zum Amtsblatt erhoben, aber von ebenso eigenartiger Prägung, wie sie 1802 als Intelligenzblatt für Eutiner Verhältnisse konzessioniert worden waren. **Verlag** und **Druck** [Hervorhebung im Original; M. P.] wurden dem bisherigen Herausgeber übertragen [...].²¹⁰⁵

Georg Hinrich Struve schien der Behörde geeignet zu sein, das Blatt in ihrem Sinne fortzuführen. Er konnte die *Anzeigen* nun in Eigenregie redaktionell betreuen, drucken, verlegen und vertreiben. Diese finanzielle Erleichterung ließ die seit ihrer Gründung unverändert gebliebenen Inseratspreise und die nach wie vor kostenfrei zu druckenden

2098 Vgl. Peters 1966, S. 51, vgl. dort auch Vorangehendes. Infolge der Karlsbader Beschlüsse von 1819 gelang es Struve auch in den Folgejahren nicht, die Aufgaben des Redakteurs selbst einnehmen zu dürfen (vgl. ebd.).

2099 Vgl. Peters 1966, S. 51.

2100 Ebd., S. 51f.

2101 Vgl. ebd., S. 52.

2102 Vgl. ebd., S. 50, Vgl. auch S. 57.

2103 Die Verpflichtungen hatten sich aus der Verleihung des Druckprivilegs für den Vater Benedikt Christian Struves, Peter Hinrich Struve, im Jahr 1741 ergeben (vgl. ebd., S. 54).

2104 Vgl. ebd., S. 56f.

2105 Ebd., S. 63.

Inserate der einheimischen Behörden annehmbarer erscheinen.²¹⁰⁶ Bauernvögte und Kirchengemeinden des Fürstentums wurden behördlich verpflichtet, das nunmehrige Amtsblatt zu halten. Zudem kam erleichternd hinzu, dass die großherzogliche Post die *Anzeigen* weiterhin portofrei versandte.²¹⁰⁷

Mit der Erhebung zum Amtsblatt wurde die schon vorher bestehende Reihenfolge der Zeitungsinhalte auch behördlich festgelegt. Die amtlichen Bekanntmachungen einheimischer Behörden leiteten die Zeitung ein. Gefolgt wurden sie von Bekanntmachungen auswärtiger Behörden und privaten Anzeigen, bevor der verbleibende Raum für „Gemeinnütziges“ genutzt wurde.²¹⁰⁸ Für Verordnungen von bleibender Relevanz wurde zudem ein Beiblatt eingeführt, das im Quartformat gedruckt beigelegt wurde.²¹⁰⁹ Sowohl die Aufteilung und Anordnung der Zeitung als auch die separierten Verordnungen blieben bis in die Revolutionsjahre unverändert erhalten.²¹¹⁰ Im nichtamtlichen Teil, der Struve für die Selbstgestaltung zur Verfügung stand, begrenzte die im Eutinischen bis in die 1840er Jahre zum Teil strenge Zensur zudem die inhaltliche Auswahl.²¹¹¹

Die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* waren im Vormärz ein Beispiel für typisches Intelligenz- und Amtsblatt im ländlichen Raum. Es soll in der weiteren Untersuchung geprüft werden, ob die Anzeigen als Folge der Revolution die Entwicklung hin zu einer politischen Lokalzeitung vollzogen. Viele lokale Intelligenzblätter, vor allem in Baden, wurden nach dem Ende der Präventivzensur 1848/ 49 zu Plattformen republikanischer Agitation, welche die ländliche Leserschaft für die eigenen politischen Überzeugungen zu gewinnen versuchte.²¹¹²

C.2.1 Zur politischen Ausrichtung des Herausgebers der *Wöchentlichen Anzeigen*

Bereits bei Übernahme von Druckerei und Verlag durch Georg Hinrich Struve hatten sich Schwierigkeiten im Verhältnis mit der örtlichen Obrigkeit ergeben. Um die Werkstatt seines Vaters weiterführen zu können, stellte Struve 1835 ein Gesuch an die Regierung. Diese entsprach seinem Wunsch, die Privilegien des Vaters auch auf sich zu übertragen,

2106 Vgl. ebd. Struve hatte mehrfach vergeblich versucht, die Behörden von einer Anpassung der Inseratsgebühren nach der allgemeinen Teuerung zu bewegen (vgl. ebd.).

2107 Vgl. Bekanntmachung 1837, S. 3, Art. 6.

2108 Vgl. Peters 1966, S. 63.

2109 Vgl. ebd., S. 64.

2110 Vgl. ebd., S. 65.

2111 Vgl. *Blätter für Heimatkunde*, 1954, Nr. 1, S. 4.

2112 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 452f.

zunächst nicht.²¹¹³ Die Auseinandersetzung erhielt durch den Wunsch der Regierung, statt der *Anzeigen* ein Amtsblatt in Eutin einzuführen, neue Nahrung.²¹¹⁴

In diesen Jahren stellte Struve in Zusammenarbeit mit Maximilian Heinrich Rüder eine zeitlich geordnete Sammlung gültiger Gesetze zusammen. Rüder, der wegen Teilnahme an der Burschenschaftsbewegung Ende 1834 verhaftet und in Eutin interniert worden war, hatte Jura studiert und war für die sachkundige Bearbeitung zuständig, während Struve das unternehmerische Risiko, Druck und Verlag übernahm.²¹¹⁵ Ziel der Zusammenstellung war eine erhöhte Rechtssicherheit der Bürger infolge genauerer Kenntnis der Gesetze, also ein liberales Anliegen der Zeit.²¹¹⁶ Rüder litt während der Sammlung selbst unter dem vormärzlich-illiberalen „System Metternich“, dürfte daher wahrscheinlich darauf bedacht gewesen sein, den Status quo erträglicher zu gestalten. Die Regierung erwies sich nicht nur als dankbarer Abnehmer des Werkes, das zweibändig erschien und gut 550 Seiten umfasste. Der inhaftierte Rüder, der die Herausgabe der Sammlung vorbereitet hatte, erhielt sogar durch den großherzoglich-oldenburgischen Regierungsrat Erdmann und Kammerassessor Kindt tatkräftige Unterstützung bei seiner Arbeit.²¹¹⁷

Trotz Struves Eintreten für Ideen und Anliegen der Zeit war es ihm gelungen, die Obrigkeit für seine Projekte zu gewinnen, indem er sie in die aktive Arbeit einbezog. In der Tradition seines Vaters, der in den *Eutinischen wöchentlichen Anzeigen* der ersten Jahre wichtige Verordnungen nachgedruckt hatte, mühte sich auch Georg Hinrich Struve um eine verbesserte Bildung als Grundlage eines politisch-gesellschaftlich engagierten Bürgers. Insbesondere die Erhebung der *Anzeigen* zum Amtsblatt am 4. Oktober 1837 und ihres

2113 Vgl. Peters 1966, S. 59: „Sie [die Regierung des Fürstentums Lübeck; M. P.] stellte sachlich fest, für die Zeitung sei wohl 1802 ein Privileg in Aussicht gestellt, danach aber nie begehrt und darum auch nicht verliehen worden, und das Hofbuchdrucker-Privileg von 1741 sei seit dem Vertrag von 1811 inhaltslos [...]“ (ebd.).

2114 Vgl. ebd.

2115 Vgl. ebd., S. 59f. Zu Rüder schreibt Prühs: „1834 wurde der Eutiner Advokat Maximilian Heinrich Rüder [...] wegen angeblicher Teilnahme an 'hochverräterischen Verbindungen' – er war Burschenschaftler – inhaftiert. In dieser Haftzeit hat er die wertvolle zweibändige Verordnungssammlung der 'Particular-Gesetzgebung' zusammengestellt. [...] Er nahm 1848 als Abgeordneter an der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche teil, war sieben Jahre (bis 1858) Mitglied des oldenburgischen Landtags und bekleidete zuletzt das Amt eines Obergerichtsanwalts in Oldenburg.“ (Prühs 1994, S. 211). Zu Rüders Zeit in der Jenaer Burschenschaft schreibt Rönnpag: „Seit Herbst 1828 war er ununterbrochen im Vorstand oder Ehrengericht [der Burschenschaft; M. P.]. Er schloß sich der Burschenschaft 'Germania' an, die sich insbesondere die politische Ausbildung zur Erringung eines einigen Deutschland [sic!] zum Ziele gesetzt hatte. Von einem Zeitgenossen wird Rüder als das bekannteste und tüchtigste Mitglied der Burschenschaft, ja der ganzen Universität geschildert [...]“ (Rönnpag 1970, S. 48).

2116 Vgl. ebd., S. 59.

2117 Vgl. ebd., S. 60. Wahrscheinlich hoffte die Eutiner Regierung einen ähnlichen Effekt erzielen zu können wie die Preußische, die ab Mitte des 18. Jahrhunderts ebenfalls Sammlungen der Gesetze und Verordnungen herausgab, um die Information der Bürger zu vereinheitlichen und die öffentliche Meinung im Sinne der Regierung zu beeinflussen (vgl. Schömig 1988, S. 368).

Herausgebers zum Hofbuchdrucker am 2. November zeigten,²¹¹⁸ dass Struve durch seine Bemühungen um die Gesetzessammlung bei wichtigen Regierungsbeamten in der Gunst gestiegen war.²¹¹⁹

Maximilian Heinrich Rüder, der sich später als Advokat in Eutin niederließ, verfolgte gemeinsam mit Struve den Plan, neben den *Wöchentlichen Anzeigen* ein neues Wochenblatt, den *Landboten*, zu etablieren. Inhaltlich sollte sich die neue Zeitung an die Bürger und an aufgeklärte bzw. bildungsorientierte Landbewohner wenden, die dort kurz und „frei von Parteierfindungen“ über die politischen Geschehnisse informiert werden sollten. Zudem war geplant, geschichtliche Aufsätze und gemeinnützige Nachrichten in das Blatt aufzunehmen,²¹²⁰ das inhaltlich durch einen „Sprechsaal“, in dem lokale Angelegenheiten erörtert werden sollten, konzeptionell den *Lübeckischen Blättern* nahegekommen wäre. Der nur zwei Jahre zurückliegende Instenaufstand, welcher der wirtschaftlich bedrückenden Lage der besitzlosen Landarbeiterschaft geschuldet war, verhinderte 1834 aber die Konzessionierung.²¹²¹

Stattdessen setzte sich Rüder als Redakteur der neugegründeten *Neuen Blätter für Stadt und Land* in Oldenburg für eine stetige Fortentwicklung ständischen Lebens ein.²¹²² Dieses Blatt erschien ab 1843 unter Verantwortung der Verlagshandlung Gerhard Stalling in Oldenburg²¹²³ und ist zu unterscheiden von der später im Eutinisches gegründeten Zeitung gleichen Namens, welcher zur Unterscheidung der Zusatz „im Fürstenthume Eutin“ angefügt wurde: Im Jahr 1848 kam nun unter politisch veränderten Bedingungen die geplante Zeitung als gemeinsames Kind des Eutiner und des Schwartauer „Vereins zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ heraus. Rüder war am eutinischen Unternehmen zwar nicht mehr beteiligt, Struve nahm jedoch die *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek* in Verlag.

Sie [die neue Zeitung; M. P.] beschränkte sich fast ganz auf Probleme des Fürstentums, versimpelte nicht, verlor aber schnell Mitarbeiter, als die politische Bewegung verebbte, und teilte nach einigen

2118 Vgl. o.a. Autor, 1837, S. 1- 4.

2119 Vgl. ebd., S. 65.

2120 Vgl. Peters 1966, S. 68.

2121 Vgl. ebd., S. 67f.

2122 Vgl. Rönnpag 1970, S. 49. Die oldenburgischen *Neuen Blätter* setzten sich für den gemäßigten Fortschritt ein. Am Beispiel der Situation in der Schweiz nach dem Sonderbundskrieg von 1847 hieß es: „Möge die Mäßigung [...] ihn [den Sieg der Eidgenossen; M. P.] zu einem raschen Ziele geleiten, damit der brutale Radikalismus niedergehalten werde [...]“ (*Neue Blätter für Stadt und Land*, 01.01.1848, S. 4). Zwei Jahre später beschrieb das Vorwort der Redaktion, die nun Heinrich Rüder leitetet, deutlicher: „Sie [die *Neuen Blätter*, M. P.] wünschen auch ferner, unter Zulassung **nicht allzuweit abweichende Meinungen** [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.], ein Organ der deutschen und constitutionellen Partei in unserm Lande zu sein.“ (Ebd., 02.01.1850, S. 1).

2123 Vgl. Ebd., 01.01.1848, S. 4.

Für Struve selbst und die Druckerei in Eutin blieb die Revisionszeit nach 1850 ohne Bruch. Die Regierung setzte sich nach der Einführung der oldenburgischen Verfassungen von 1849 bzw. 1852 für den Erhalt des Verordnungsdrucks bei Struve ein.²¹²⁵ Dieser profitierte schließlich von den erlassenen Verfassungen, indem der Druckerei neben dem fortgesetzten Druck der Verordnungen nun auch der Abdruck aller Protokolle des parlamentarischen Provinzialrates in Eutin zugesprochen wurde.²¹²⁶ Eine direkte politische Betätigung, etwa in Form von Kandidaturen oder Reden auf Volksversammlungen lässt sich für Georg Hinrich Struve bis 1858 nicht nachweisen.²¹²⁷

C.2.2 Zusammenfassung

Die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* hatten einen klaren inhaltlichen Bezug auf die Exklave des Großherzogtums Oldenburg rund um die ehemalige Bischofsstadt Eutin. Der Titel informierte bereits über das Selbstverständnis der Zeitung als Wochenschrift mit Anzeigenpublikation. Das Attribut „Amts-“ oder „Kreisblatt“ suchte der Leser indes vergeblich. Die *Wöchentlichen Anzeigen* setzten sich zu einem großen Teil aus amtlichen und privaten Anzeigen zusammen. Sie stellten somit eine typische Mischform aus Kreis- und Intelligenzblatt dar. Die Zensur übte nach Ende der schärferen Phase in den 1830er Jahren in der Folgezeit kaum einen nennenswerten Einfluss auf die Zeitung aus.²¹²⁸ Dies resultierte aus dem Charakter der Zeitung als Intelligenz- und Amtsblatt sowie aus der Stellung ihres Herausgebers und Redakteurs als „Hofbuchdrucker“.

Der knappe Umfang der Jahrgänge 1847 bis 1850 erlaubt es, jede einzelne Zeitung im Untersuchungszeitraum in ihrer quantitativen wie inhaltlichen Tendenz zu beschreiben.

2124 Peters 1966, S. 68. Auf welche Grundlage sich Peters mit seiner Behauptung bezieht, das Fürstentum Eutin sei zu klein für eine solche Zeitung gewesen, bleibt unklar. Angesichts der Aktivität des „Eutiner Vereins zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, wie sie sich anhand der *Anzeigen* nachweisen lässt (vgl. die inhaltliche Übersicht zu den *Anzeigen*), darf durchaus ein interessierter Personenkreis unterstellt werden. Dieser war nicht kleiner als der Abonnementkreis der *Eutinischen wöchentlichen Anzeigen* 1802.

2125 Vgl. ebd., S. 67.

2126 Vgl. ebd., S. 68.

2127 In diesem Jahr kandidierte er für den Gemeinderat, verpasste aber mit nur 17 Stimmen deutlich den Einzug, für den 169 Stimmen erforderlich gewesen wären. Bei der anschließenden Wahl der Ratsherren wurde Struve vom neu gewählten Gemeinderat allerdings mit elf von fünfzehn Stimmen gewählt (vgl. ebd., S. 68f.). Auch dies legt nahe, dass Struve eher bei wenigen einflussreichen Eutinern Rückhalt besaß.

2128 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 23, S. 90.

Die geringe Textmenge und die feste Struktur von Intelligenz- bzw. Amtsblättern lässt eine Einteilung in die zehn Untersuchungskategorien der *Neuen Lübeckischen Blätter* und der *Konstanzer Zeitung* nicht sinnvoll erscheinen. Daher orientiere ich mich bei der Erfassung des Inhalts der *Wöchentlichen Anzeigen* im Untersuchungszeitraum IV. Quartal 1847 bis I. Quartal 1850 an den für Intelligenzblätter typischen Rubriken:²¹²⁹ „Amtliches“ mit „Mitteilungen einheimischer Behörden“, „Mitteilungen auswärtiger Behörden“ bzw. „Kirchliches“ mit „Kirchen-Anzeige“ sowie den Familienstandsanzeigen, „Vereine“ in „Privat-Bekanntmachungen“, „Kommerzielles/ Sonstiges“ ebenfalls mit „Privat-Bekanntmachungen“ sowie der „Bäcker-Taxe“ und „Gemeinnütziges“ in Form der „Gemeinnützigen Nachrichten“ und Protokollen von Volksversammlungen u.ä.

Die Kategorie „Gemeinnützige Nachrichten“ ist jener Teil der Zeitung, welcher ursprünglich ihr Wesen als Organ der Volksbildung hätte ausmachen sollen.²¹³⁰ In den Jahren 1847 bis 1850 wurden hier ganz unterschiedliche Themen behandelt. Im Juli 1847 erschien beispielsweise ein dreiteiliger Aufsatz zu „§25 der Gesetze für den 'Neuen Feuerversicherungsverein der Lübecker Landbewohner vom Jahre 1847'“, 1848 wurden neben der „rothblau marmorirten Kartoffel“ am 11. März in zwei Teilen zwischen dem 25. März und 1. April auch Zeitereignisse besprochen.²¹³¹ Ludwig Völkers, der spätere Präsident des oldenburgischen Landtags,²¹³² veröffentlichte beispielsweise im Frühling 1848 den Aufsatz „Ein Wort über unsere Verfassung“.²¹³³

Falls sich die *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* 1848/ 49 politisiert haben, müsste der Bereich „Gemeinnütziges“ an Textmenge hinzugewinnen. Weiterhin wäre in diesem Falle von einer verdichteten Erscheinungsweise der *Anzeigen* auszugehen.²¹³⁴

2129 Vgl. Schulz 2005, S. 180.

2130 Vgl. zum Inhalt der ersten Ausgaben des Gründungsjahres Prühs 1994, S. 186.

2131 Vgl. Übersicht zum Inhalt sowie zur quantitativen Zusammensetzung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*. Tauschwitz betont, dass nach Ende des III. Badischen Aufstandes die Zeitungen seitens der Regierung dazu angehalten wurden, unpolitische Erzählungen, Gedichte und Rätsel zu liefern. Dadurch sank das Niveau der Presse auf einen sehr niedrigen Stand ab (vgl. Tauschwitz 1981, S. 126).

2132 Vgl. Prühs 1994, S. 227.

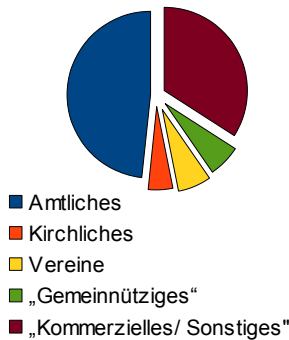
2133 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 01.04.1848, S. 59.

2134 Vgl. die Entwicklung der vorgestellten Intelligenzblätter aus Westfalen und Mecklenburg, dazu: Frimodig 2003, Heinel 1998, Müller 2001, Plöger 1999 und Schlicht 1999.

C.3.1

Ausgangslage: Die *Anzeigen* in letzten Vormärzquartal

Durchschnittl. Zusammensetzung der "Anzeigen" im IV. Quartal 1847

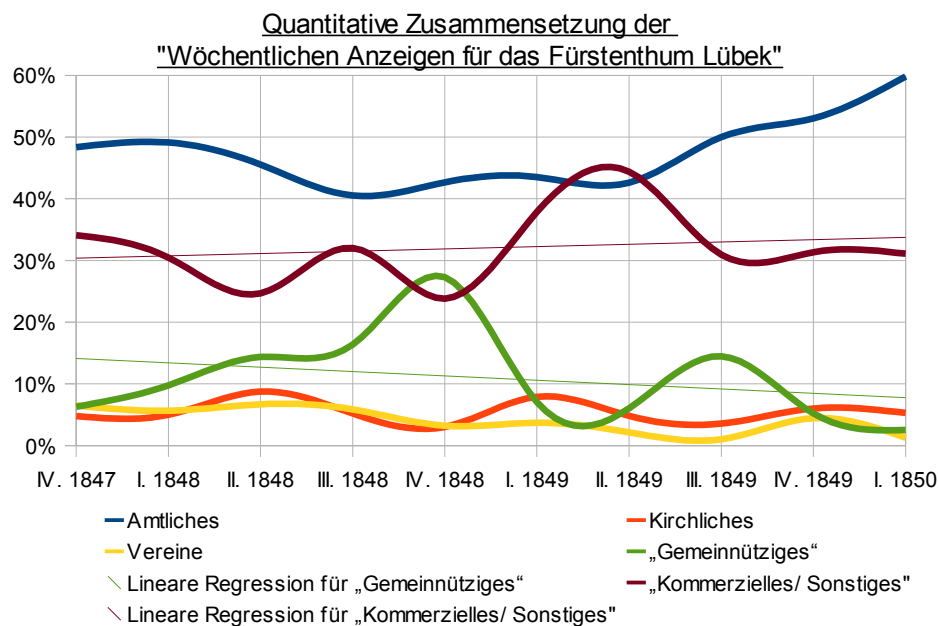


Die quantitative Zusammensetzung der *Anzeigen* wurde im IV. Quartal 1847 von den behördlichen Bekanntmachungen bestimmt, die knapp die Hälfte der vier Seiten einer Zeitungsausgabe einnahmen. Hinzu kamen die „Privat-Bekanntmachungen“, die sich über rund ein Drittel des Zeitungstextes erstreckten. Kirchliche Nachrichten, Inserate von Vereinen und Gemeinnütziges brachten es zusammen auf etwa 15% des gesamten Textumfangs.

Es ist zu erwarten, dass die Berichterstattung über die aktuellen Probleme aus Sicht der Regierenden im Teil „Bekanntmachungen einheimischer Behörden“ aufgegriffen wurde. Interessanter für die Auswertung der grundsätzlichen Tendenz der Zeitung ist der redaktionell relativ frei zu gestaltende Teil, die „Gemeinnützigen Nachrichten“.

C.3.2

Übersicht zum Verlauf der Berichterstattung nach Kategorien



Bereits eine erste Sichtung des Umfangs einer Ausgabe zeigt, dass dieser mit etwa vier Seiten je Ausgabe etwa gleich groß blieb. Daher lassen sich Veränderungen nur anhand von geänderten inhaltlichen Schwerpunkten nachweisen:

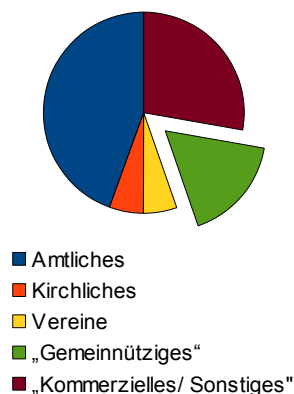
Die vormärzlichen *Wöchentlichen Anzeigen* des IV. Quartals 1847 kennzeichneten die für ein Intelligenzblatt/ Amtsblatt typischen Kategorien „Amtliches“ und „Kommerzielles“. Zusammen füllten die Anzeigen einen Anteil von rund 80% des Zeitungstextes, die übrigen

20% verteilten sich in etwa gleichen Anteilen auf „Vereinsanzeigen“, „Kirchliches“ und „Gemeinnütziges“. Nach dem Jahreswechsel blieb die Zusammensetzung zunächst konstant. Erst im II. Quartal 1848 sank der Anteil kommerzieller und amtlicher Anzeigen zugunsten des Gemeinnützigen. Dieser Trend setzte sich bis zum IV. Quartal des Jahres fort, in dem die Gemeinnützigen Nachrichten das erste Mal im Untersuchungszeitraum mehr Raum als die kommerziellen Anzeigen zugestanden bekamen. Nach dem Höhepunkt gegen Ende 1848 sank der Anteil der Kategorie „Gemeinnütziges“ bis zum II. Quartal 1849 unter das Niveau des Vormärz' ab. Eine gegenläufige Entwicklung beschritten die kommerziellen Anzeigen. Das III. Quartal 1849 brachte mit etwa 15% noch einmal einen vergleichsweise hohen Anteil gemeinnütziger Nachrichten, bevor im IV. Quartal 1849 und schließlich im I. Quartal 1850 diese Kategorie nahezu bedeutungslos wurde.

In Bezug auf „Kirchliches“ und den Themenbereich „Vereine“ zeigen sich in der überblicksartigen Rückschau saisonale Verläufe ohne Auffälligkeiten, die aus den politischen Geschehnissen der Zeit resultieren könnten. Zu Beginn des neuen Jahrzehnts wurde im Großen und Ganzen die Zusammensetzung des letzten Vormärzquartals wieder erreicht.

C.3.3 Zu den Auswirkungen der Märzereignisse auf die Zeitungszusammensetzung im Jahr 1848

Durchschnittl. Zusammensetzung der „Wöchentlichen Anzeigen“ im Jahr 1848



Die *Anzeigen* des Jahres 1848 wurden überwiegend durch die amtlichen und kommerziellen Anzeigen bestimmt. Kirchliches und Vereinsnachrichten kamen auf zusammen rund 10% des gesamten Zeitungstextes. Die gemeinnützigen Nachrichten waren mit einem Anteil von etwa 17% am Gesamttext des Jahrgangs im Durchschnitt relativ stark vertreten. Im Untersuchungszeitraum brachten die *Wöchentlichen Anzeigen* insgesamt 63 Nachrichten der Kategorie Gemeinnütziges.

Davon waren 36 inhaltlich politischen, die übrigen 27 landwirtschaftlichen Themen zuzuordnen.²¹³⁵

Die *Anzeigen* waren damit für ein Intelligenz-/ Amtsblatt um die Mitte des 19. Jahrhunderts

²¹³⁵ Eine Auflistung aller Nachrichten, die zu „Gemeinnütziges“ zählen, findet sich im Anhang.

typisch zusammengesetzt. In Eutin, wo die Teuerung der Jahre 1845 bis 1847 besonders heftig ausgefallen war, wurde recht breit über Landwirtschaftliches geschrieben, um der Bevölkerung neues Vertrauen in die eigene Versorgungssicherheit und damit indirekt auch in die bestehende politische Ordnung zu geben²¹³⁶ und um die Leser an das Blatt zu binden.²¹³⁷ Gleichzeitig erhöhte Struve mit ihnen die Attraktivität seiner Zeitung für Landwirte.

Inhaltlich beschäftigten sich die politischen Artikel durchaus mit den Fragen der Zeit. Immer wieder kamen Artikel in Druck, die sich auf lokale Geschehnisse bezogen. 1849 erschienen in den *Anzeigen* Einladungen und Protokolle von den örtlichen Volksversammlungen, die meist im Neudorfer Hof bei Eutin stattfanden.²¹³⁸

C.3.4 Erste Zusammenfassung

Die quantitative Untersuchung der *Wöchentlichen Anzeigen* verdeutlicht, dass das Revolutionsjahr durchaus Veränderungen brachte. Die zunehmende Zahl der politischen Nachrichten gegen Ende des Jahres ist Ausdruck dieses Wandels. Erstmals erschien mehr „Gemeinnütziges“ als „Kommerzielles“. Angesichts der wesentlichen Beschlüsse der Paulskirche und der Tagung des oldenburgischen Landtags gegen Ende des Jahres mag dies ebenso wenig überraschen wie die im I. und II. Quartal 1848 geringe Zahl politischer Nachrichten. Die *Anzeigen* fügten sich quantitativ in die für Intelligenzblätter dieser Jahre typische Entwicklung ein. Auch in Eutin begannen die politischen Nachrichten, zumindest bis zum Jahreswechsel 1848/ 49, zuzunehmen. Eine eigene Kategorie öffnete Gustav Struve diesen Nachrichten in seiner Zeitung jedoch nicht.

Die zunächst zögerliche Steigerung der politischen Nachrichten resultierte im Fall der *Anzeigen* aus ihrer direkten Abhängigkeit vom Wohlwollen der örtlichen Verwaltung, die im IV. Quartal 1847 knapp 50% des Zeitungstextes mit ihren Anzeigen ausfüllte. Private Inserate mit einem Anteil von gut 30% waren dagegen nur wenige vorhanden. Da die Anzeigen einheimischer Behörden auch im Untersuchungszeitraum kostenfrei gedruckt werden mussten, blieben Struve als Einnahmequelle nur die Bekanntmachungen

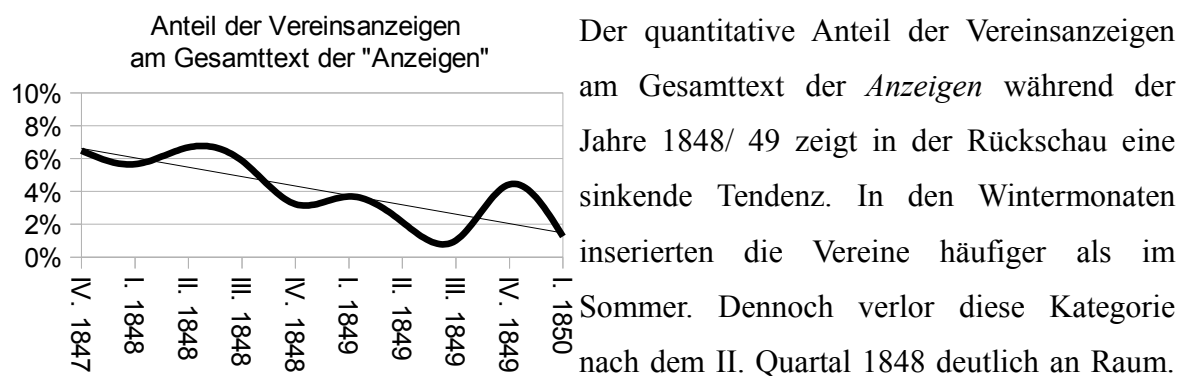
2136 Vgl. Schulz 2005, S. 181.

2137 Vgl. Tauschwitz 1981, S. 274, wörtlich: „Kaum ein Journal versäumte es, täglich oder wöchentlich Preistabellen für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Brot zu veröffentlichen oder über aktuelle landwirtschaftliche Probleme (Kartoffelkrankheit) und technische Neuerungen [...] zu informieren. [...] Gerade die kleineren Wochenblätter auf dem Lande [...] buhlten in Thematik und Stil um die potentiell zahlreiche Leserschaft.“ (ebd.).

2138 Ein genauer Nachweis zu den Zeitungsartikeln findet sich in der inhaltlichen Übersicht zur Berichterstattung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* im Anhang.

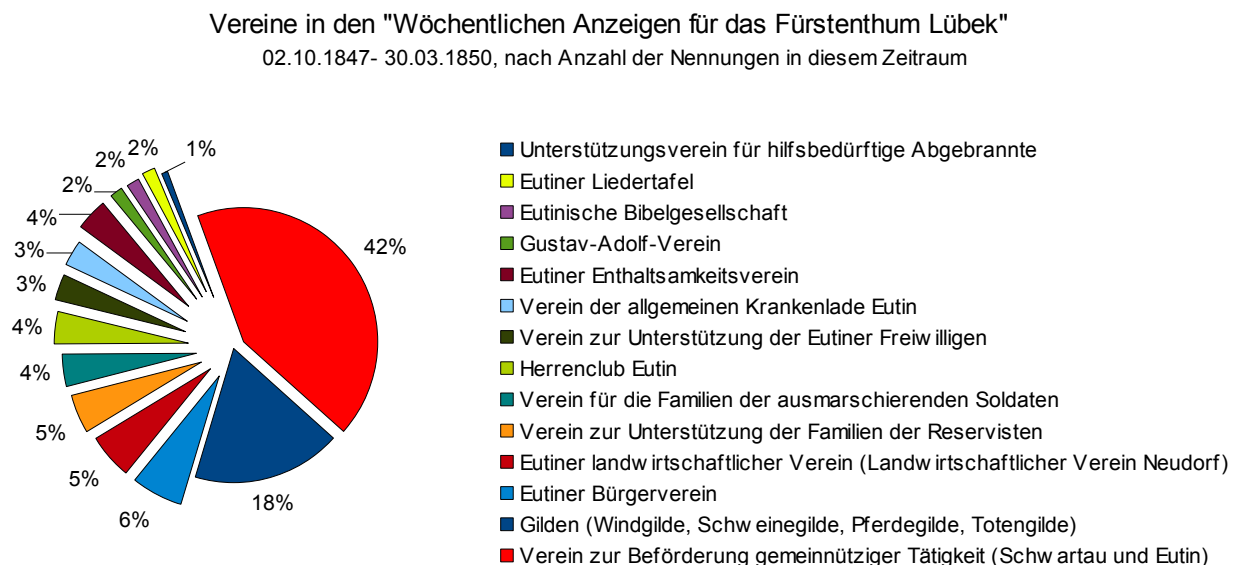
auswärtiger Behörden und private Anzeigen. Dieser Tatsache wird geschuldet sein, dass keine neue Nachrichtenategorie eingeführt wurde und die Veränderungen in der Eutiner Zeitung nur temporär blieben. Bis zum ersten Quartal 1850 gelang die Restauration auch der *Anzeigen*. Mit etwa 60% amtlichen Nachrichten wurde das Blatt wieder zu jenem unpolitischen Verkündigungsorgan, welches es vor den beiden Wellen politischer Berichterstattung 1848 gewesen war.

C.3.5 Quantitativer Anteil der Vereinsinserate am Gesamttext der *Anzeigen*



Im III. Quartal 1849 lassen sich nur noch vereinzelte Inserate nachweisen.

C.3.5.1 Übersicht zu sämtlichen in den *Wöchentlichen Anzeigen* inserierenden Vereinen



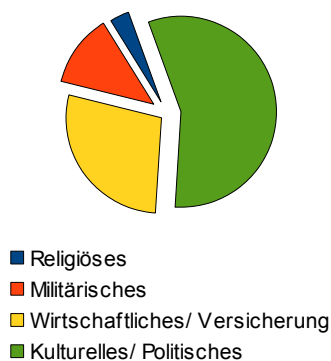
Das Schaubild zeigt die quantitativen Anteile der einzelnen Vereine am Gesamttext der Vereinsanzeigen. Die Prozentwerte ergeben sich jeweils aus der Anzahl der Anzeigen eines

einzelnen Vereins im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Inserate.²¹³⁹

Zwölf der insgesamt 14 Zusammenschlüsse kamen auf acht oder weniger Nennungen in den zehn Untersuchungsquartalen, was bei einer Gesamtzahl von 127 Anzeigen einem Anteil von jeweils unter 6% entspricht. Die Vereine mit mindestens sechs Nennungen bilden im Kreisdiagramm den Verbundteil. Religiös motivierte Vereine wie die „Eutinische Bibelgesellschaft“ und der „Gustav-Adolf-Verein“ zeigten mit je zwei Inseraten kaum Präsenz. Der „Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit Eutin“ war es, der mit 54 Anzeigen häufig Meldungen zur Anzeige brachte. In Verbindung mit den Inseraten der Gilden kamen beide Zusammenschlüsse auf einen Anteil von etwa 60% aller Vereinsnachrichten.²¹⁴⁰ Weniger oft erschienen Inserate des „Eutiner Bürgervereins“, der sich im Vormärz „Leseverein“ genannt hatte und im September 1848 zum „Bürgerverein“ wurde.²¹⁴¹ Weiterhin inserierten der „Eutiner landwirtschaftliche Verein“²¹⁴² und der „Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten“ regelmäßig.

C.3.5.2 Zusammenfassung der Anzeigenanteile nach Maßgabe des Betätigungsschwerpunktes

Vereine in den
"Wöchentlichen Anzeigen für
das Fürstenthum Lübek"
02.10.1847- 30.03.1850
nach Anzahl der Nennungen in diesem Zeitraum



Um die Ausrichtung der Vereine zeigen und diese mit den gewählten Kategorien zur Analyse der Untersuchungszeitungen vergleichen zu können, habe ich die Vereine ihrer Ausrichtung nach sortiert und ähnliche Zusammenschlüsse gemeinsam abgebildet: Die recht häufig inserierenden Vereine lassen sich zum kulturell-politischen Bereich zählen. Dieser Kategorie wurde der „Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, aber auch der Eutiner „Bürgerverein“, der „Herrenklubb“ und die „Eutiner Liedertafel“ zugeordnet. Die zweithäufigste Kategorie, „Wirtschaftliches/ Versicherung“, umfasste neben den vielen

2139 Die Grundlage der Grafik, eine Aufstellung aller Inserate mit Zuordnung zu den entsprechenden Vereinen und Nachweisen der Fundstellen, findet sich in der Anlage.

2140 Die aufkommenden Feuer- und Viehseuchenversicherungen waren Ausdruck eines Mentalitätswandels der Bauern in Richtung einer Modernisierung der ländlichen Wirtschaft (vgl. Langewiesche 2007, S. 27).

2141 Vgl. den Jahresbericht des ehemaligen „Lesevereins“ in den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 04.11.1848. Die Umbenennung in „Bürgerverein“ fand Ende September 1848 statt (vgl. ebd., 30.09.1848, vgl. auch: Prühs 1994, S. 223).

2142 Der „Eutiner landwirtschaftliche Verein“ und der „Landwirtschaftliche Verein Neudorf“ werden in der Grafik analog zum Eutiner und Schwartauer gemeinnützigen Verein als ein Zusammenschluss angenommen.

Versicherungsvereinen auch die Gilden, den „Verein der allgemeinen Krankenlade“ Eutin²¹⁴³ und den landwirtschaftlichen Verein. Nach dem Beginn des Krieges gegen Dänemark entstanden Zusammenschlüsse unterschiedlicher Bezeichnung, welche die Soldaten oder ihre Angehörigen unterstützen wollten. Die Zusammenschlüsse stellten mit 12% regelmäßig Inserate in die *Anzeigen* ein. Vereine mit religiösem Schwerpunkt spielten im Untersuchungszeitraum kaum eine Rolle.

C.4 Inhaltliche Auswertung der Berichterstattung

Die inhaltliche Auswertung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* kann nicht wie bei der *Konstanzer Zeitung* oder den *Lübeckischen Blättern* streng nach Kategorien geordnet vorgenommen werden, da der Textumfang dies nicht als sinnvoll erscheinen lässt. Sich an den Kategorien der quantitativen Auswertung zu orientieren, ist ebenfalls nur eingeschränkt sinnvoll, da sich in den „Gemeinnützigen Nachrichten“ Beiträge aus ganz unterschiedlichen Bereichen nachweisen lassen (s.o.).

Daher scheidet sich die folgende inhaltliche Auswertung grob in einen Bereich, der sich schwerpunktmäßig mit politischen Fragen auseinandersetzt und einen, der sich mit militärischen Fragen befasst. Ergänzt werden beide um sporadisch vorkommende Beiträge zum Pressewesen usw.

C.4.1 Die Berichterstattung zu kirchlichen Fragestellungen in den *Anzeigen*

Die Berichterstattung im Bereich „Kirchliches“ ging in den *Anzeigen* zwischen 1847 und 1850 selten über Familienstandsanzeigen und Bekanntmachungen von Gottesdiensten hinaus. Daher wird im Folgenden kurz chronologisch auf alle Artikel dieses Bereichs bezuggenommen, ohne diese gesondert nach Zeitabschnitten zu untergliedern.

Der Gustav-Adolf-Verein des Fürstentums meldete sich im Jahr 1848 mit zwei Artikeln

2143 Der Verein trat in den *Anzeigen* kaum in Erscheinung. Es gab im Untersuchungszeitraum nur vier Nennungen, die zwischen dem 22.12.1849 und dem 09.02.1850 lagen (vgl. Übersicht der Vereinsnachrichten in den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* in der Anlage). Am 09.02.1850 lud der Verein seine Mitglieder zu einer Versammlung in Cohrs Hotel ein, die am 02.03.1850 stattfinden sollte (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 26.01.1850, S. 29). Die Krankenlade stellte den ersten Versuch einer Krankenversicherung dar. Wegen geringer Beteiligung soll der Verein bereits am 26.10.1847 seine Auflösung beschlossen haben (vgl. Zander 1982, S. 31). Wenn dies zutrifft, wird es sich bei der Einladung zur Versammlung am 02.03.1850 um ein Treffen zur Liquidation des Zusammenschlusses gehandelt haben.

zurück, die zusammen etwa anderthalb Seiten einnahmen. Der erste stammte aus der Feder des Zweigvereins für das Fürstentum Lübeck, der zweite gab eine Mitteilung des Leipziger Zentralvereins wieder. Wie im Sommer 1847 infolge der starken Progression der Grundnahrungsmittelpreise verzichtete der Vorstand des Eutiner Zweigvereins auch 1848 auf das Einsammeln der jährlichen Mitgliedsbeiträge für den Gustav-Adolf-Verein. Ebenso sollte die Hauptversammlung entfallen, auf welcher über die Verwendung der dem Zweigverein zustehenden Mitgliedsbeiträge und Spenden abgestimmt würde.²¹⁴⁴ Man rief stattdessen zu freiwilligen Gaben auf, die an den Zentralverein bzw. zum Bau ihrer Kirche an die Gemeinde in Goldenstedt überwiesen werden sollten.²¹⁴⁵

Da die Spendenbereitschaft 1847 gering geblieben und nur wenige Mark zusammengekommen waren, riefen die unterzeichnenden K. Müller, E. L. Hellwag und F. Encke für den Eutiner Verein dazu auf, in den kommenden zwei Wochen die Spendenbüchsen zu füllen, die bei allen Geistlichen des Fürstentums zu finden seien.²¹⁴⁶

Eindringlich rief auch das Schreiben des Leipziger Zentralvereins vom 17. Mai 1848 dazu auf, die Zwecke des Vereins auch fernerhin zu unterstützen, da gerade in der politisch bewegten Zeit die Aufgaben des Vereins wüchsen: „Die politische Umgestaltung muß unausbleiblich den Erfolg haben, daß unserer Kirche in den kathol. Ländern, namentlich in Östreich, eine freiere Stellung gesichert wird.“²¹⁴⁷ Auch aus Frankreich dränge infolge des politischen Umbruchs vom Februar der Ruf nach Unterstützung. Dennoch verzichtete der Zentralverein auf eine Generalversammlung und verschob diese auf das Folgejahr.²¹⁴⁸

Nicht nur die abnehmende Zahl von Inseraten, auch der Inhalt dieser beiden Anzeigen aus dem Sommer 1848 lässt deutlich werden, dass der Gustav-Adolf-Verein angesichts der beschleunigten politischen Entwicklung nicht zu folgen in der Lage war. Zwar bezeichnete der Brief aus Leipzig, der den Eutinern erst mit sieben Wochen Verzögerung zur Kenntnis gebracht wurde, die neuen Aufgaben. Statt nun seinerseits zu versuchen, die Dynamik für die eigenen Interessen zu nutzen, verharrte der Zentralverein untätig.

2144 Vgl. ebd., 15.07.1848, S. 126, wörtlich: „Jetzt ist abermals die Zeit gekommen, wo statutenmäßig eine Sammlung vorzunehmen und dann eine Generalversammlung der Mitglieder zur Berichterstattung und Berathung über die Verwendung der disponibeln Geldmittel zu berufen gewesen wäre. Allein auch in diesem Jahr lassen die Zeitereignisse sowohl die Haussammlung, als auch die Ansetzung einer Generalversammlung als unräthlich erscheinen, in welcher Ansicht der Ausschuß durch das nachfolgende Schreiben des Leipziger Centralvorstandes [...] nur bestärkt werden konnte.“ (ebd.).

2145 Vgl. ebd.

2146 Vgl. ebd.

2147 Ebd., S. 127.

2148 Vgl. ebd., wörtlich: „Für den Augenblick glauben wir, den großen Ereignissen gegenüber, uns vorzugsweise abwartend verhalten zu müssen.“ (ebd.).

Erstmals im Untersuchungszeitraum annoncierte am 14. Juli 1849 die Eutiner Bibelgesellschaft, zu deren Hauptversammlung in einer von Pastor Encke geschalteten Anzeige eingeladen wurde. Weiteres über die Tagesordnung oder einzelne Verhandlungsgegenstände fand sich in den Anzeigen nicht.²¹⁴⁹ Wie das Mitgliederverzeichnis 1849 für das Rechnungsjahr Juni 1848 bis Mai 1849 auswies, waren fast ausschließlich Geistliche und Lehrer Mitglied der Gesellschaft. Außerhalb dieser Gruppen führte der Jahresbericht nur noch Regierungsrat Hellwag als Mitglied auf.²¹⁵⁰

C.4.1.1 Zusammenfassende Rückschau

Die Berichterstattung zum Bereich „Kirchliches“ blieb in den zehn Untersuchungsquartalen zu dünn, um belastbare Aussagen treffen zu können. Der Gustav-Adolf-Verein bestimmte zwar das Bild, kam aber ebenfalls nur randständig vor, sodass die katholikenkritische bis -feindliche Haltung des Zusammenschlusses kaum auffiel. Statt an der Entwicklung zu partizipieren, vertagte man sich. Im übertragenen Sinne gilt dies in der Rückschau auch für die *Anzeigen*.

C.4.2 Zur Berichterstattung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* im Bereich „Militärisches“

Zum Bereich „Militärisches“ zählen Artikel, die sich mit den bewaffneten Konflikten der Zeit befassten. Ebenfalls betrachtet werden die obrigkeitlichen Regelungen, die sich in den *Anzeigen* fanden, Volksversammlungen, Sammlungen für die Soldaten usw. Anhand der Frage, inwieweit sich die *Anzeigen* für die Schleswig-Holsteiner engagierten, lassen sich Rückschlüsse auf die Tendenz des Blattes, eingeschränkt aber auch auf die Position der Regierungen Oldenburgs und Eutins und nicht zuletzt auch auf das Engagement einzelner

2149 Vgl. ebd., 14.07.1849, S. 114. Die Bibelgesellschaft blieb in Eutin während der Revolutionsjahre aktiv: Für 1849 wies die gedruckt erschienene „Nachricht von der Generalversammlung der Eutinischen Bibelgesellschaft“, Bd. 39, für den Zeitraum 01.06.1848- 31.05.1849 insgesamt 234 Bibeln aus, die der Verein kostenlos bzw. verbilligt abgegeben hatte (vgl. Eutinische Bibelgesellschaft 1849, S. 28).

2150 Den Mitgliederbestand beschrieb diese Quelle als stabil (vgl. ebd., S. 26). Als Mitglieder des Vorstandes wurden Pastor Encke als Direktor, Oberlehrer Schmidt als Kassenwart, Hilfsprediger Drost und Herr Müller (ohne Bezeichnung der beruflichen Tätigkeit) genannt. Ohne Funktion gehörten der Gesellschaft weiterhin Pastor Sydikum aus Neukirchen, Pastor Schwarck aus Malente, Regierungsrat Hellwag aus Eutin sowie die Lehrer Matthiessen aus Fissau, Schröder und Latendorf aus Neudorf, Petersen aus Gothendorf, Andresen aus Fassensdorf, Kloth aus Meinsdorf, Tietgens aus Braak, Davids aus Klenzau, Lange aus Kiekbusch sowie Fürstenau und Kruse aus Eutin an (vgl. ebd., S. 2f.). Zwar bezog sich dieses Protokoll nur auf die am 18. Juli 1849 zur Generalversammlung der Gesellschaft erschienenen Mitglieder (vgl. ebd., S. 2), dennoch überwogen Kirchenvertreter deutlich. Als Zweck des Zusammenschlusses bezeichnete Direktor Encke die Verbreitung und die verstärkte Lektüre der Bibel. Besonders die regelmäßige Lektüre sei noch nicht ausreichend und bedürfe daher der Förderung (vgl. ebd., S. 5).

Bürger oder Gruppen ziehen.

C.4.2.1 Nationale Begeisterung oder unbeteiligtes Abwarten: Zur Berichterstattung zwischen März und Juni 1848

Das IV. Quartal 1847 enthielt zunächst keine relevanten Nachrichten bzw. Anzeigen, die sich militärischer Fragen angenommen hätten. Davon ausgenommen erschienen Bekanntmachungen über Dienstversäumnisse von Wehrpflichtigen und die folgenden Sanktionen sowie die alljährliche Ausschreibung der Brotlieferungen für die in Eutin stationierten Soldaten.²¹⁵¹

Erst am 11. März 1848 begannen die *Anzeigen*, sich näher mit militärischen Fragen zu befassen. An diesem Tag gab das „Großherzoglich oldenburgische Militair-Comando“ bekannt, dass die am 30. April ausdienenden Mannschaften vorerst im Militärdienst verblieben. Gleichzeitig wurde allen beurlaubten Soldaten untersagt, das Großherzogtum zu verlassen, auch wenn eine Erlaubnis dazu schon ausgesprochen sei.²¹⁵²

Da selbst die Reservisten von dem Befehl erfasst wurden, hielt die militärische Führung eine baldige Mobilmachung des oldenburgischen Heeres für möglich.

Am 1. April 1848 inseriert der Eutiner Roth unter „Privat-Bekanntmachungen“ einen Aufruf, der für die zu erwartenden Verwundeten im Kriege gegen Dänemark Leinen und Binden als Spenden einforderte, um die Verwundeten versorgen zu können.²¹⁵³ Roth nannte den Krieg einen Kampf für die „gute Sache“, zu deren Gelingen man zunächst nicht viel beitragen könne.²¹⁵⁴

Am Tag der Wahl des Abgeordneten der Nationalversammlung, am 22. April 1848, inserierte auch Hofapotheker Kindt eine Aufforderung an die Bewohner des Fürstentums, in welcher die Gründung eines Unterstützungsfonds für verheiratete Soldaten der Reservekompanie forderte, die sich nun im Einsatz gegen Dänemark befanden. Die Spenden sollten bei Anwalt Wibbel in Schwartau oder beim Inserenten selbst abgegeben werden. Kindt stellte eine öffentliche Rechnungsablegung in Aussicht.²¹⁵⁵

Das Inserat befand sich zwar auf der letzten Seite der Zeitung, dennoch wurde es durch

2151 Vgl. ebd., 06.11.1847, S. 209, für die Brotlieferungen vgl. ebd., 27.11.1847, S. 221.

2152 Vgl. ebd., 11.03.1848, S. 45. Erst am 08.04.1848 riefen auch die *Oldenburgischen Anzeigen* zur Gründung von Unterstützungsvereinen für die Familienangehörigen der ausgezogenen Soldaten auf (vgl. Eichhorn 1999, S. 23).

2153 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 01.04.1848, S. 58.

2154 Vgl. ebd., wörtlich: „Ein blutiges Zusammentreffen der Schleswig-Holsteiner und Dänen ist wohl nicht mehr zu bezweifeln! Können wir auch nicht beitragen zum Siege der guten Sache, so fordere ich auf [...] für die Verwundeten das herbeizuschaffen, was ihnen vor Allem Noth thut [...].“ (ebd.).

2155 Vgl. ebd., 22.04.1848, S. 72. Die Anzeige wurde am 29.04.1848 wiederholt (vgl. ebd., S. 76).

eine einspaltige Formatierung gegenüber den anderen Anzeigen hervorgehoben.²¹⁵⁶ Es versinnbildlichte das Engagement der etablierten Eutiner für den Kriegseinsatz in Dänemark.

Am 6. Mai inserierten Kindt, Finckh und Kuhlmann als „Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten“. Der Artikel nahm Bezug auf die beiden Anzeigen vom 22. und 29. April 1848 und kritisierte, dass bisher zu wenig Geld eingesammelt werden konnte. Als Grund für die mangelnde Spendenbereitschaft sahen die Inserenten nicht den mangelnden patriotischen Eifer der Eutiner, „[...] denn gewiß ist bei uns Allen der Wunsch lebhaft, daß die verheiratheten Reservisten bei den Mühen mit einiger Ruhe an die zurückgelassene Familie denken [...]“.²¹⁵⁷ Auch hätten die Bürger ihre Teilnahme bereits durch Ausrüstung der Eutiner Freischar in der Stadt und deren Versorgung mit Lebensmitteln auf dem Lande hinreichend bezeugt. Vielmehr sahen die Einsender den Grund der Zurückhaltung in der mangelnden Zeit der Landwirte nach Eutin zu kommen, um dort ihre Spende einzureichen. Fortan sollten die Bauernvögte auf den einzelnen Hofstellen wöchentlich um Spenden bitten. Die erwartete Höhe der wöchentlichen Zuwendung wurde auf vier Schillinge festgelegt.²¹⁵⁸

Am 17. Mai 1848 gaben die *Anzeigen* als „Bekanntmachung einheimischer Behörden“ bekannt, dass die Ausfuhr von Pferden in Staaten, die nicht dem Deutschen Bunde angehörten, verboten sei.²¹⁵⁹

Diese späte Reaktion der Oldenburger Regierung auf die kriegerischen Auseinandersetzungen wirkt nach Urlaubssperren und Einberufungen von Reservisten in die Kasernen überraschend. Wahrscheinlich wollte Oldenburg nicht zu rasch mit Kopenhagen brechen.

Unter „Privat-Bekanntmachungen“ zeigte der „Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten“ die Höhe der wöchentlich fälligen Mitgliedsbeiträge an. Im Ganzen seien die geleisteten Spenden ausreichend, um die Frauen der 19 verheirateten Reservisten des Fürstentums Lübeck, die sich nun im Krieg gegen Dänemark befanden, mit einer „mäßigen Unterstützung“ zu versorgen.²¹⁶⁰ Dennoch wünschte man eine

2156 Vgl. ebd.

2157 Ebd., 06.05.1848, S. 80.

2158 Vgl. ebd., wörtlich: „Bei voraussichtlich großer Theilnahme wird nun ein wöchentlicher Beitrag von 4 Schillingen genügen [...]“ (ebd.). Hierbei handelte es sich um eine zweckoptimistische Darstellung mit deutlich appellativem Charakter. Diese Einschätzung bestätigt eine weitere Anzeige des Vereins vom 13.05.1848, in der noch einmal betont wurde, dass immer noch nicht genug Geld eingenommen werde, um alle Familien ausreichend unterstützen zu können (vgl. ebd., 13.05.1848, S. 83).

2159 Vgl. ebd., 20.05.1848, S. 85.

2160 Vgl. ebd., S. 88.

Erhöhung der Spendensumme: „Einige Beiträge würden dem Vereine aber noch zur Aushülfe in Nothfällen, Krankheit u. s. w. s e h r w i l l k o m m e n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] sein.“²¹⁶¹ Die Einsendung der Beiträge des Landgebiets sollte an Herrn Hofrat von Finckh erfolgen.²¹⁶²

Offenbar war die anfängliche recht schwache Spendenbereitschaft nicht im gewünschten Umfange gestiegen, denn auch Ende Mai 1848 reichte die Unterstützung nur, um die nötigsten Zahlungen leisten zu können. Ein Aufbruch im Sinne eines verbreiteten nationalen Hochgefühls, das der Artikel des *Itzehoer Wochenblattes* zur Frage der Eingliederung des Fürstentums Eutin in die Herzogtümer nach Ende der Auseinandersetzungen mit Dänemark annahm,²¹⁶³ lässt sich auf Grundlage der Spendenbereitschaft nicht belegen.

C.4.2.2 „Beschluß und Bitte des Ausschusses für die Deutsche Flotte“ und Hilfsvereine für die Soldaten und deren Angehörige: Zum Engagement der Eutiner für die „deutsche Sache“

Wiederum bezogen auf die militärische Entwicklung, insbesondere auf die Ohnmacht der Bundestruppen gegenüber der Kriegsflotte Dänemarks, inserierte eine Reihe von Bürgern Eutins und Bewohner des Amtes im Juni 1848 einen etwa einseitigen Spendenaufruf:²¹⁶⁴

Schon seit Jahren ist es wiederholt ausgesprochen worden, daß Deutschland [...] auch nothwendig eine Kriegsflotte haben müsse [...]. [...] Die Stimme ist überhört. Ihre Wahrheit zeigt sich jetzt nur zu klar! [...] Das große, an Hülfsquellen reiche Deutschland steht gegenüber dem kleinen armen Dänemark, und muß es mit ansehen, daß in wenigen Tagen seine große Handelsflotte [...] von wenigen Dänischen Schiffen theils geraubt, theils unthätig in den Häfen gebannt ist.²¹⁶⁵

Die Einsender führten die Probleme an, die sich aus den fehlenden deutschen Kriegsschiffen im Konflikt mit Dänemark ergaben. Am 4. Juni, vier Tage vor der Datierung des Aufrufs, hatte sich auf einer Volksversammlung im Eutinischen eine Mehrheit dafür ausgesprochen, für eine zu errichtende deutsche Flotte zu sammeln.²¹⁶⁶ Dieser Beschluss griff der Entscheidung der Paulskirche zum Bau einer deutschen Flotte, der am 14. Juni 1848 getroffen wurde, um zehn Tage vor, wegen der verzögerten

2161 Ebd.

2162 Vgl. ebd.

2163 Vgl. Ausführungen zu politischen Fragestellungen in den *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*.

2164 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 10.06.1848, S. 103f. Zu den Unterzeichnern aus der Stadt Eutin zählten Olderog, Janus, v. Finckh, A. H. Schlichting, H. F. Albrecht, Kuhlmann und A. Völckers (vgl. ebd., S. 104).

2165 Ebd., 10.06.1848, S. 103.

2166 Vgl. ebd.

Nachrichtenübermittlung wahrscheinlich aber um gut zwei Wochen. Die Eutiner nahmen, so lässt sich annehmen, das „Komitee für den Bau einer deutschen Flotte“ zum Vorbild, welches am 24. Mai 1848 im oldenburgischen Elsfeld initiiert worden war.²¹⁶⁷

Angesichts der Spendenmüdigkeit vieler Eutiner für den Verein zur Unterstützung der Soldatenfamilien hatte dieser erneute Spendenaufruf zunächst kaum Erfolgsaussichten. Es ließ sich seitens der Initiatoren aber annehmen, dass, infolge eines im Vorfeld der Paulskirchenwahlen verbreiteten Gerüchtes über eine mögliche Landung dänischer Schiffe im Süden des Fürstentums, die Betroffenheit der Eutiner diesmal größer sein würde.²¹⁶⁸

Ein erneutes Inserat Roths folgte in den *Blättern* vom 10. Juni 1848. Der Inserent stellte zunächst fest, dass das Fürstentum selbst noch wenig von den Kriegsfolgen spüre. Trotzdem setze er sich kraft seiner Stellung für die Verwundeten des Konfliktes ein. „Andere mögen für die Gesunden und Hungrigen sorgen!“, schloss Roth und rief dazu auf, Leinen und Verbandszeug zu spenden.²¹⁶⁹

Die zwei Anzeigen, die sich mit dem Konflikt des Deutschen Bundes bzw. der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins und Dänemarks beschäftigten, verdeutlichen, dass sich die führenden Bürger aus Stadt und Amt Eutin aufgerufen fühlten, die deutsche Seite zu unterstützen. Nach den Aufrufen des Hilfsvereins inserierte nun eine Anzahl angesehener Eutiner, um rasch eine Flotte aufzubauen, die nicht zuletzt auch das eigene Fürstentum vor Dänemark schützen sollte. Die mit 23 Personen hohe Zahl offizieller Spendensammler²¹⁷⁰ unterstrich die verbreitete Furcht vor einer dänischen Landung.

Am 17. Juni 1848 inserierte der „Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten“ ein weiteres Mal. Erneut seien Verheiratete eingezogen worden, um gegen Dänemark zu kämpfen, hieß es. In der Folge ging der Verein auf das Argument der Spendenverweigerer ein, die Familien der Reservisten würden bei Bedürftigkeit in ausreichendem Maße von der Armenkasse unterstützt. Eben dieser Verarmung gelte es zuvorzukommen, argumentierte der Zusammenschluss, denn die Eingezogenen sollten „[...] bei den Mühen des Krieges nicht noch von quälenden Gedanken um die Sorge ihrer Familien gepeinigt werden nicht ein verödetes Haus finden“.²¹⁷¹ Der Aufruf zu Spenden gebühre den Landbewohnern weit mehr als den Städtern, die schon einiges geleistet

2167 Vgl. Eichhorn 1999, S. 19.

2168 Vgl. Prühs 1994, S. 226.

2169 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 10.06.1848, S. 104.

2170 Vgl. ebd.

2171 Ebd., 17.06.1848, S. 108.

hätten.²¹⁷²

Der Appell an die Landbevölkerung belegt, dass es offenbar doch nicht die fehlende Zeit war, die vom Spenden abhielt, wie einer der vorangegangenen Artikel hatte Glauben machen wollen. Das Land war nur wenig von den Anliegen der Zeit berührt und/ oder litt noch unter den wirtschaftlichen Folgen der Versorgungskrise der Jahre 1845/ 47.

Zunächst bestimmte eine „Edictalladung“ zweier der Desertion verdächtiger Personen die Titelseite der *Wöchentlichen Anzeigen* vom 15. Juli 1848. Unterzeichner war der aus dem politischen Leben des Fürstentums nicht wegzudenkende Ludwig Völckers.²¹⁷³

Eine weitere Anzeige im amtlichen Teil der *Anzeigen* betraf die Freilassung dreier Eutiner Soldaten, die als Angehörige der oldenburgischen Bundestruppen bei den Gefechten im Mai/ Juni 1848 in dänische Gefangenschaft geraten waren. Diese dürften nun wohlbehalten zu ihrer Kompanie zurückkehren, hieß es.²¹⁷⁴

In Neustadt/ Holstein hatte sich Anfang Juli ebenfalls ein Komitee zur Schaffung einer deutschen Flotte zusammengefunden. Dies trat nun mit der Forderung an die Öffentlichkeit, die bereits vorhandenen Zusammenschlüsse zu versammeln, um gemeinsam ein eigenes Schiff, die „Wagrien“, bauen lassen zu können.²¹⁷⁵

Die Sondernummer der *Anzeigen* vom 19. Juli 1848 brachte eine weitere Fortsetzung der Liste aller Spender für den Flottenbau, die zusammen etwa 345 Mark beigetragen hatten. Die Aufstellung wurde in der kommenden Ausgabe beendet. Die Eutiner sammelten insgesamt 1161 Mark für die Reichsmarine.²¹⁷⁶

Die Ausgabe vom 29. Juli 1848 enthielt erneut eine Spenderliste, „Freiwillige Beiträge aus dem Amte Eutin zur Herstellung einer deutschen Flotte“, die vier Seiten umfasste und eine separierte Seitenzählung erhalten hatte. Die Aufstellung nannte wiederum Namen und Wohnort des Spenders und die genaue Spendensumme. In der Summe kam das Amt Eutin auf 1363 Mark, was der Spendenhöhe der Stadt entsprach.²¹⁷⁷ Die Spendenhöhe pro Kopf war im Amt erneut deutlich geringer als in der Stadt. Dies bestätigt wiederum die Annahme einer wirtschaftlich bedrängten und/ oder politisch

2172 Vgl. ebd.

2173 Vgl. ebd., 15.07.1848, S. 121. In den *Anzeigen* vom 22.07.1848 gab Völckers bekannt, dass sich Struck aus Malente nach Veröffentlichung des Steckbriefes gestellt habe. Ein weiterer Soldat, der aus Eutin stammende Wilhelm Gottlieb Carstens, wurde in der Anzeige der Desertion verdächtigt (vgl. ebd., 22.07.1848, S. 133).

2174 Vgl. ebd., 15.07.1848, S. 124.

2175 Vgl. ebd., S. 127.

2176 Vgl. ebd., 22.07.1848, S. 136.

2177 Vgl. ebd., 29.07.1848, S. 1- 4.

weitgehend desinteressierten Landbevölkerung.²¹⁷⁸

Die letzten Inserate des „Ausschusses für die deutsche Flotte“ erschienen in den *Anzeigen* vom 12. und 19. August 1848. Völckers lud für den 20. August nach Neustadt, wo über die Verwendung der gesammelten Spendengelder entschieden werden sollte.

Dieser Einladung folgten zwei weitere Spendentabellen mit Zuwendungsgebern des Amtes Schwartau, die zusammen einen Betrag von etwa 760 Mark beisteuerten.²¹⁷⁹

Weiterhin legte der „Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen und der von denselben in Gefangenschaft gerathenen“ Rechenschaft über die Verwendung der Spendengelder ab. Seit Gründung am 29. März 1848 waren 180 Taler zusammengekommen, die für die Zwecke des Vereins eingesetzt werden konnten.²¹⁸⁰

Am 16. September 1848 dankten die ehemaligen Kriegsgefangenen den Eutinern für die Zuwendungen.²¹⁸¹ Die Auflösung des Zusammenschlusses infolge des Waffenstillstands von Malmö fand mit der zweiten Rechnungsablegung statt, welche die *Anzeigen* am 21. Oktober 1848 druckten. Ein Überschuss in Höhe von 22 Talern konnte an die Kinderbewahranstalt überwiesen werden.²¹⁸²

In den *Anzeigen* vom 30. September 1848 ließ der „Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten“ daraufhin den Rechnungsabschluss abdrucken. Verantwortlich zeichneten Kindt, v. Finckh und Kuhlmann, die diesen Verein im Frühling initiiert hatten.²¹⁸³ Nachdem der Waffenstillstand von Malmö vom 26. August 1848 am 16. September auch von der Nationalversammlung gebilligt worden war, könne nun ein Teil der oldenburgischen Truppen aus den Herzogtümern abgezogen werden. Am erneuten Aufflammen des Krieges 1849 nahmen die Oldenburger nicht mehr aktiv teil.²¹⁸⁴ Der Verein konnte etwa 920 Mark an die Familien der Reservisten auszahlen.²¹⁸⁵

2178 Aussagen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit pro Kopf, die zur weiteren Untermauerung dieser Annahme wichtig wären, liegen nicht vor.

2179 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 12.08.1848, S. 152 bzw. ebd., 19.08.1848, S. 156. In den Ausgaben vom 02. und 09.09.1848 wurden zwei Tabellen veröffentlicht, welche die Spender aus Gömnitz aufzählten. Die Spendensumme betrug insgesamt knapp 80 Mark (vgl. ebd., 02.09.1848, S. 163 bzw. 09.09.1848, S. 167).

2180 Vgl. ebd., 22.07.1848, S. 135f. Das Inserat hatte L. I. Zietz eingesetzt (vgl. ebd., S. 136).

2181 Vgl. ebd., 16.09.1848, S. 170.

2182 Vgl. ebd., 21.10.1848, S. 191.

2183 Vgl. ebd., 30.09.1848, S. 179f.

2184 Vgl. Prühs 1994, S. 229, weiter: „Die Oldenburger Soldaten haben an verschiedenen Kampfhandlungen teilgenommen, besonders am Sundewitt sowie bei Düppel-Nübel und Broaker. Nachdem am 26. August 1848 aufgrund der Intervention der Großmächte der Waffenstillstand von Malmö geschlossen worden war, wurde ein Teil von ihnen zurückgezogen – In die Feindseligkeiten des Jahres 1849 sind oldenburgische Truppen nicht mehr verwickelt worden. Nach dem zweiten Waffenstillstand traten sie den Heimmarsch an, wobei sie den Weg durch das Fürstenthum nahmen [...]“ (ebd.).

2185 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 30.09.1848, S. 180. Der Differenzbetrag setzte sich aus Porto und Auslagen zusammen (vgl. ebd.).

C.4.2.3 Vom Waffenstillstand von Malmö bis zur Wiederaufnahme der Auseinandersetzungen: „Militärisches“ zwischen Oktober 1848 und Mai 1849

Aus einer amtlichen Bekanntmachung erfuhren die Eutiner am 7. Oktober 1848, dass das in die Herzogtümer gesandte oldenburgische Truppenkontingent nach Inkrafttreten des Waffenstillstands „auf Friedensfuß gesetzt“ war.²¹⁸⁶ Die Heimkehrer hatten Anspruch auf ein dreitägiges (!) Übergangsgeld.²¹⁸⁷

Weiterhin gab die Eutiner Regierung am 27. Oktober bekannt, dass die aus Lübeck einrückenden, noch in Dienst befindlichen Militäreinheiten bei ihrer Einquartierung täglich auf zwei Mahlzeiten Anspruch hätten.²¹⁸⁸

Am 9. Dezember 1848 wurde von den zuständigen Stellen bekannt gegeben, dass die aus Oldenburg nach Eutin beordnete Einheit bei den Bürgern der Stadt einquartiert werden sollte. Als Entschädigung wurden 6 Schilling pro Mann und Tag bezahlt. In der gleichen Ausgabe wurden auch die Brotlieferungen an das Militär für das Jahr 1849 ausgeschrieben.²¹⁸⁹

In der Folgeweche verlängerten Oldenburg und Kopenhagen den Vertrag über die Zolleinheit des Fürstentums und Holsteins für die Dauer eines weiteren Jahres.²¹⁹⁰

Bezüglich des Dänemarkkonfliktes brachten die *Anzeigen* am 16. Dezember 1848 noch zwei weitere Bekanntmachungen: Zunächst wurden die Witwen und Weisen gefallener Soldaten sowie Kriegsinvalide aufgefordert, die ihnen zustehenden Pensions- oder Unterstützungsgesuche bis zum 18. Dezember in Oldenburg einzureichen.²¹⁹¹ Für die am Gefecht bei Düppel in Dänemark beteiligten Soldaten gab Feldwebel Harmjanz bekannt, dass die „Beutegelder“ nun zur Auszahlung bereitstünden.²¹⁹²

Mit der Rechenschaftsablegung für die Sammlungen zum Bau einer deutschen

2186 Vgl. ebd., 07.10.1848, S. 181. Die Mitteilung datierte auf den 29.09.1848 und wurde von Graf Ranzow, einem Generalmajor, gezeichnet (vgl. ebd.).

2187 Vgl. ebd., S. 183.

2188 Vgl. ebd., 28.10.1848, S. 194.

2189 Vgl. ebd., 09.12.1848, S. 217, vgl. wortgleich auch ebd., 16.12.1848, S. 217f. Die Bekanntmachung über die Unterstützungszahlungen wurde ein drittes Mal in den *Anzeigen* vom 23.12.1848, also bereits fünf Tage nach Ablauf der Anmeldefrist, wiederholt (vgl. ebd., S. 229). Für 1850 wurden die „Brodlieferungen“ am 24.11.1849 durch die Eutiner Regierung ausgeschrieben (vgl. ebd., 24.11.1849, S. 191, wortgleiche Wiederholung am 01.12.1849, S. 195).

2190 Vgl. ebd., 16.12.1848, S. 221.

2191 Vgl. ebd. Der Inhalt dieser Bekanntmachung muss den Soldaten vorher bekannt geworden sein, da aus Eutin wohl kaum binnen zweier Tage ein solches Gesuch, dem einige Nachweise beizulegen waren, gestellt werden konnte. Im Falle der Nichteinhaltung der gesetzten Frist verfiere der Anspruch auf Zahlung für das gesamte Jahr 1849 (vgl. ebd.).

2192 Vgl. ebd., 16.12.1848, S. 222.

Flotte endete am 23. Dezember 1848 die Spendeninitiative. An den Marineausschuss in Frankfurt a. M. seien aus Stadt und Amt Eutin 1045 Taler preußisch Kurant überwiesen worden. Für den Ausschuss unterzeichnete A. Völckers die Rechnungsablegung.²¹⁹³

Die „Eutiner Reserve Kompanie“ inserierte am 13. Januar 1849, dass eine Lagerstätte für Ausrüstungsgegenstände gesucht werde.²¹⁹⁴ Da dem Militär daraufhin offenbar kein passendes Angebot unterbreitet worden war, inserierte Sergeant Edler in der Folgeweche, dass für den Mietvertragsabschluss in dieser Sache sogleich 25 bis 50 Taler Gold gezahlt werden würden.²¹⁹⁵

In den *Anzeigen* der Folgeweche wandte sich Gastwirt Rave aus Eutin an gediente Soldaten oder Wehrpflichtige mit hoher Losnummer, die ihren Wehrdienst also nicht antreten mussten, um sie als Stellvertreter anzuwerben. Rave lobte für den sechsjährigen Dienst eine Summe von 1.000 bis 1.200 Mark aus.²¹⁹⁶

Der Waffenstillstand von Malmö hatte, so zeigen die genannten Meldungen sowohl ihres Inhalts als auch ihres quantitativen Vorkommens nach, eine Normalisierung herbeigeführt. Die letzte Meldung im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Dänemark war eine großherzogliche Bekanntmachung vom 12. Februar 1849, welche die Ausfuhr von Pferden auch in Staaten, die nicht dem Deutschen Bund angehörten, neuerlich erlaubte. Sie hob das entsprechende Verbot vom 15. Mai 1848 auf.²¹⁹⁷

Turnusmäßig wurden die Wehrpflichtigen, die in die oldenburgische Militärschule eintreten wollten, in den *Anzeigen* auf die geltenden Fristen hierfür hingewiesen.²¹⁹⁸

Am 17. März 1849 lagen der Zeitung eine Anzahl Verordnungen zur Finanzierung des Reichsheeres bei. Auch die Festungsbauten sollten zunächst durch Aufnahme einer Staatsanleihe finanziert werden.²¹⁹⁹ An der Anleihenausgabe sollte sich auch das Fürstentum beschäftigen, das dadurch weiter verschuldet wurde.

Beiblatt Nr. VII zu den *Anzeigen* vom 31. März 1849 gab den Eutinern die Durchführungsbestimmungen für die Anlehenaufnahme und die konkrete Belastung ihres Gebiets dafür bekannt.²²⁰⁰ Gegen diese Mehrbelastung, vor allem aber gegen die Ausweitung des Militärdienstes der Eutiner, der schon zu Beginn der 1830er Jahre Protest hervorgerufen hatte, richtete sich eine Volksversammlung zur Beratung und Beschluss

2193 Vgl. ebd., 23.12.1848, S. 232.

2194 Vgl. ebd., 13.01.1849, S. 6.

2195 Vgl. ebd., 20.01.1849, S. 11.

2196 Vgl. ebd., S. 10.

2197 Vgl. ebd., 17.02.1849, S. 25.

2198 Vgl. ebd., 03.03.1849, S. 32.

2199 Vgl. ebd., 17.03.1849, S. 41.

2200 Vgl. ebd., 31.03.1849, S. 49.

einer Petition an den Großherzog. Zu dieser riefen Lindemann, Völckers, Olderog, Dr. Nathan und andere für den 22. April 1849 auf.²²⁰¹

Die Einladung zur Volksversammlung steht beispielhaft für das gestiegene Selbstbewusstsein der Eutiner gegenüber den großherzoglichen Verordnungen. Man war offenbar nicht mehr bereit, auferlegte Belastungen widerspruchslos zu tragen.

Am 28. April 1849 druckten die *Anzeigen* das Protokoll dieser Volksversammlung, das etwa eine Seite umfasste. 350 Teilnehmer seien zusammengekommen, um über die Auswirkungen der Militärreformen und den daraus resultierenden Belastungen zu diskutieren. Zum Vorsitzenden wählte die Versammlung auf Vorschlag Lindemanns den Auditor Tappenbeck, zu Schriftführern wurden die Eutiner Kirchmann und Dr. Nathan bestimmt.²²⁰²

Bereits in seiner einleitenden Rede stellte Lindemann klar, dass die Dienstzeitverlängerung der Rekruten von bisher sieben auf nun achtzehn Monate eine Verdreifachung des Militäretats auf nun etwa $\frac{1}{4}$ des gesamten Haushalts erforderlich mache, zu dem auch das Fürstentum seinen Teil beisteuern müsse. Der Befehl zur Dienstzeitverlängerung sei eigentlich gar nicht gültig, da dieser zwar vom Großherzog erlassen, nicht aber, wie es die Verfassung verlange, auch vom Landtag bestätigt worden sei.²²⁰³

Aber dennoch fürchte und wünsche er keine thatsächliche Widersetzlichkeit, und so stehe denn bei der Kürze der Zeit der Marsch nach Oldenburg bevor. Der Marsch sei für die junge Mannschaft nicht mit großer Beschwerde verbunden, aber als Verfassungsverletzung habe die Sache ihre Bedeutung.²²⁰⁴

Die Petition enthielt zwei Forderungen: Zunächst sollte die bisherige Regelung Bestand haben, bis der Landtag eine Änderung beschließe. Zweitens sei Eutin durch die gleichzeitige Verlängerung des Wehrdienstes und seiner personellen Ausweitung hart getroffen, zumal Birkenfeld aufgrund besonderer Rücksichtnahme wegen der dortigen separatistischen Bestrebungen in Militärangelegenheiten weniger belastet werde.²²⁰⁵

Nach Lindemann sprach Advokat Völckers, der jüngere Bruder des Hofrates Völckers. Während letzterer Lindemann zustimmte, kritisierte v. Finckh im Anschluss dessen

2201 Vgl. ebd., 14.04.1849, S. 60, wörtlich zum Inhalt der „Landesbitte an den Großherzog“: „1) gegen die erdrückende Höhe des Militäraufwandes; 2) gegen die ohne Gesetz und ohne Zustimmung des Landtags befohlene Verlängerung und Erschwerung des für die Eutiner Mannschaft g e s e t z l i c h [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] bemessenen Militärdienstes; 3) um Formirung eines Eutinischen Bataillons und Garnisonierung desselben im Fürstenthum; 4) für Herstellung der hier erforderlichen Armatur- und Montirungsstücke [...], Lieferung und Anfertigung durch Kaufleute und Handwerker des Fürstenthums.“ (ebd.). Diese Anzeige wurde in den *Anzeigen* vom 21.04.1849 wiederholt (vgl. ebd., S. 64).

2202 Vgl. ebd., 28.04.1849, S. 68.

2203 Vgl. ebd.

2204 Ebd.

2205 Vgl. ebd.

Auffassung.²²⁰⁶ Dabei bediente sich der Regierungsbeamte der Reichsverfassung:

Er [v. Finckh] zweifle an der Null und Nichtigkeit des angezogenen Befehls, mit Hinweisung auf die Centralgewalt und die Grundrechte, wonach die Wehrpflicht für alle gleich sei, mitunter auch gleiche Dienstzeit für Alle, für Oldenburger, wie für Eutiner.²²⁰⁷

Dr. Nathan bezog sich in seiner grundsätzlich ablehnenden Position ebenfalls auf die Reichsverfassung, welche für kleinere Staaten die Verschmelzung ihres Militärs mit größeren Nachbarn fordere. Diesen Prozess würde ein bereits aufgestelltes Eutiner Heer vereinfachen. Nachdem Völckers die Petition noch einmal verlesen hatte, unterschrieben 274 der Anwesenden und folgten mit großer Mehrheit Lindemann und Völckers.²²⁰⁸

Der Hintergrund dieser Volksversammlung war eine Bekanntmachung des großherzoglich-oldenburgischen Militärkommandos vom 11. April 1849 über das mobile Truppenkorps des Fürstentums Lübeck, welche die erneute Mobilmachung beinhaltete.²²⁰⁹

Weitere Änderungen des Rekrutierungsgesetzes von 1832 brachten die *Anzeigen* vom 28. April zur allgemeinen Kenntnis.²²¹⁰

C.4.2.4 Zur Berichterstattung im Zeichen des erneut aufflammenden Dänemarkkonfliktes zwischen Mai 1849 und dem Ende des Untersuchungszeitraums

Am 12. Mai 1849 wurde als Reaktion auf die neuerlichen Auseinandersetzungen in Dänemark erneut die Ausfuhr von Pferden, Munitionsgütern und Holz verboten.²²¹¹ Der erneut weite zeitliche Abstand zwischen dem Wiederaufflammen der Feinseligkeiten mit dem Gefecht bei Eckernförde am 5. April und dem erst sechs Wochen darauf publizierten Ausfuhrverbot militärisch relevanter Güter fällt hierbei auf.

Weiterhin gab die Aushebungskommission bekannt, dass die Losung der Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1829 am 30. Mai stattfinde.²²¹² Diese waren von den Beschlüssen über die Ausweitung und Verlängerung des Wehrdienstes betroffen, mit denen sich die Volksversammlung vom 22. April 1849 beschäftigt hatte.

2206 Vgl. ebd.

2207 Ebd.

2208 Vgl. ebd.

2209 Vgl. ebd., 21.04.1849, S. 61.

2210 Vgl. ebd., 31.03.1849, S. 65.

2211 Vgl. ebd., 12.05.1849, S. 73.

2212 Vgl. ebd., S. 76. In der gleichen Ausgabe rief wiederum E. F. Januns zu Spenden von Verbandsmaterial auf, die an das „Kriegsmedicinalbureau“ weitergesandt werden sollten (vgl. ebd., S. 76). Auch ein Verein für die Familien der ausmarschierenden Soldaten wurde, wie bereits im Frühling des Vorjahres, initiiert. An dessen Sitzung am 23.05.1849 wurde in den *Anzeigen* vom 19.05.1849 erinnert (vgl. ebd., S. 84).

Die Beschlüsse der Nationalversammlung, die noch bis zum 31. Mai 1849 in Frankfurt tagte, wurden in Oldenburg auch weiterhin publiziert. So gaben die *Anzeigen* vom 19. Mai die Disziplinarstrafordnungen für Reichsheer und Reichsmarine in einem Beiblatt bekannt.²²¹³

Der Verein zur Unterstützung der ins Feld marschierenden Soldaten rief nach seiner (Neu-)Gründung am 19. Mai 1849 für den 21. Juli 1849 erneut zu einer Versammlung auf.²²¹⁴

Als Folge der Rückkehr der oldenburgischen Truppenverbände aus ihrem Einsatz im Krieg gegen Dänemark mussten die Eutiner ab August 1849 wiederum Einquartierungen hinnehmen. Über die dabei zu stellende Verpflegung klärte Regierungspräsident Hellwag auf, der es nicht unterließ, erneut eine Entschädigung in Aussicht zu stellen. Dem einrückenden Truppenkontingent stehe „volle Haus-Verpflegung“ zu, der Quartiergeber sei allerdings nicht verpflichtet, auch Bier oder Branntwein auszuschenken, hieß es.²²¹⁵

Über den erneuten Abschluss eines Waffenstillstandes mit Dänemark informierten die *Anzeigen* durch ein Inserat des Generalmajors Graf Ranzow, der anzeigte, dass der mobile Teil des Truppenkorps vom 1. September 1849 an wieder auf „Friedensfuß gesetzt“ war.²²¹⁶

Weiterhin gab es, wie in den Vorjahren, auch 1849 Meldungen über Desertionen in Form von Aufrufen zur Meldung der betreffenden Wehrpflichtigen bis hin zu deren Aburteilung.²²¹⁷ Die Strafen dabei waren hoch: Johann Hinrich Neumann aus Malkwitz wurde im Dezember 1849 zu einer Geldstrafe von 1200 Talern und Stellung eines Vertreters für den sechsjährigen Wehrdienst verurteilt.²²¹⁸

Der Entwurf eines neuen Rekrutierungsgesetzes wurde für 2 β von der Regierungsregistratur zum Kauf angeboten²²¹⁹

Zum „Militärischen“ gab es 1850 keine relevanten Meldungen in den *Anzeigen*, welche über die bereits bekannten Meldungen zu Ausschreibungen, Rechnungen, Wehrpflichtigenlosung sowie Sanktionsbeschlüsse gegen Wehrdienstverweigerer

2213 Vgl. ebd., 19.05.1849, S. 77.

2214 Vgl. ebd., 21.07.1849, S. 119.

2215 Vgl. ebd., 04.08.1849, S. 125.

2216 Vgl. ebd., 01.09.1849, S. 141.

2217 Vgl. ebd., 06.10.1849, S. 164, eine weitere Aufforderung zur Meldung erschien am 24.11.1849 für die Wehrpflichtigen Wilhelm Friedrich Kreutzfeld und Hans August Gehrke (vgl. ebd., S. 192).

2218 Vgl. ebd., 22.12.1849, S. 207. Für das Großherzoglich oldenburgische Garnisonsgericht unterzeichneten v. Finckh, Claussen und Eilers (vgl. ebd.).

2219 Ebd., 24.11.1849, S. 193.

hinausgingen.²²²⁰

Die Neuregelungen im Bereich der Wehrpflicht veranlassten Ende März 1850 das oldenburgische Staatsministerium festzustellen, dass ein Tausch der Wehrdienstnummern bis zum 15. Mai 1850 möglich sei.²²²¹ Diese Regelung erlaubte es Bürgern, die keinen Dienst leisten konnten oder wollten, durch Ankauf einer höheren Nummer eine Befreiung zu erlangen.

C.4.2.5 Zusammenfassende Rückschau

Die *Anzeigen* befassten sich ab dem März 1848 mit militärischen Themen, indem sie amtliche Bekanntmachungen druckten. Erst ab April 1848 erschienen auch Privatinserate zum Thema, die, wie auch in den Folgemonaten, meist Spendenaufrufe für verschiedene Unterstützungsvereine darstellten. Ablesen lässt sich allerdings, dass die Spendenbereitschaft für die Märzgefallenen oder die gegen Dänemark ziehenden Soldaten eher gering war. Von einem Aufbruch und nationaler Begeisterung kann hingegen kaum gesprochen werden.

Erfolgreicher waren Bemühungen um Spenden für die deutsche Flotte, wie umfangreiche Spenderlisten im Anhang der *Anzeigen* veranschaulichen. Aber auch hier blieb sich das Intelligenzblatt treu und verzichtete auf mögliche Erörterungen zur Notwendigkeit maritimer Aufrüstung oder zu deren politischer Kontextualisierung. Das Eutiner Landgebiet zeigte auch in Bezug auf den Flottenbau weniger Interesse als die Städter. Regelungen, die als Folgen des Waffenstillstandes von Malmö oder der Entscheidungen der Nationalversammlung notwendig wurden, enthielten die *Anzeigen* stets als unkommentierte Bekanntmachungen.

Erst ab April 1849 kam infolge des offenbar gewachsenen Selbstbewusstseins der Eutiner eine Volksversammlung zustande, die gegen die Ausweitung der Militärdienstverpflichtung protestierte. Die *Anzeigen* fungierten hier erstmals im Bereich „Militärisches“ als Kommunikationsorgan der Bürger, indem sie das Protokoll dieser Volksversammlung abdruckten.

Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums wurde daraufhin nur als obrigkeitliche Bekanntmachung informiert, so beispielsweise über den neuerlichen Beginn der

²²²⁰ Vgl. ebd., 12.01.1850, S. 15 über den Rechnungsschluss für das Jahr 1849 oder am 16.03.1850 eine Anzeige, in der sich ein ausgedienter Soldat für eine entschädigte Stellvertretung anbot (vgl. ebd., 16.03.1850, S. 56).

²²²¹ Vgl. ebd., 30.03.1850, S. 61.

Feindseligkeiten im Dänemarkkonflikt.

Alles in allem blieb die Berichterstattung zum Themenfeld „Militärisches“ im üblichen Format eines Anzeigenblattes verhaftet. Die Veröffentlichung des Protokolls der Volksversammlung zur Ausweitung des Heeresdienstes bestätigt hierbei die Regel, bedeutete keinen nachhaltigen Aufbruch in Richtung einer Politisierung.

C.4.3 Zur Berichterstattung im Bereich „Politisches“

Der Bereich „Politisches“ in den *Wöchentlichen Anzeigen* umfasst infolge der nur wenig ausführlichen Berichterstattung Artikel, die in den Teilen zu Konstanz und Lübeck den Kategorien „Liberalität“, „Presse“, „Revolutionäres“, „Verfassung“ sowie „Wahlen“ zugeordnet würden. Die integrierte Auswertung vermag Zusammenhänge zu beschreiben, die aufgrund der geringen Dichte der Berichterstattung bei einer differenzierteren Betrachtung nicht möglich wären.

C.4.3.1 Zu den Inhalten der *Anzeigen* gegen Ende des Jahres 1847

Die Eutiner Arbeitsanstalt, die in staatlicher Trägerschaft war,²²²² pries im November Lose für den Erwerb einiger Werksstücke in den *Anzeigen* an. Da Stadtsyndikus Specht und Bürgermeister Ranninger²²²³ die „Special-Armen-Direction“ leiteten, fand der Losverkauf im Rathaus statt.²²²⁴ Die Ziehung fand am 1. Dezember statt.²²²⁵

Die Schwartauer Armen-Direktion legte in den *Anzeigen* vom 4. Dezember ihren Haushaltsplan für das Jahr 1848 nieder, der bereits auf Grundlage der Neufestsetzung der Beiträge berechnet wurde.²²²⁶

Weiterhin erschien Anfang Dezember die Rechnungsablegung der Eutiner Speiseanstalt für das vergangene Jahr mit einem recht ausführlich gehaltenen Dankeschreiben der Verantwortlichen für die gewährte Unterstützung. Hierin wurde die Not, welche die Teuerung des Getreides über die Stadt gebracht hatte, thematisiert:

²²²² Vgl. ebd., 06.11.1847, S. 212.

²²²³ Friedrich Joachim Ranninger war zwischen 1832 und 1851 durchgehend Eutiner Bürgermeister (vgl. Prühs 1994, S. 68).

²²²⁴ Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 06.11.1847, S. 210, wortgleiche Wiederholung am 13.11.1847, S. 214.

²²²⁵ Vgl. ebd., 20.11.1847, S. 219, wortgleiche Wiederholung am 27.11.1847, S. 222. Die Losnummern, auf die Gewinne entfielen, wurden in den *Anzeigen* vom 04.12.1847 auf zwei Seiten abgedruckt (vgl. ebd., 04.12.1847, S. 227- 229).

²²²⁶ Vgl. ebd., 04.12.1847, S. 226f.

[D]enn die Noth, welche damals auch in unserer Stadt herrschte, würde ohne Zweifel um Vieles größer und drückender geworden seyn, wenn wir nicht an ihr eine kräftige Unterstützung erfahren hätten [...].²²²⁷

Am ersten Weihnachtsfeiertag 1847 fand in Eutin eine Ausstellung von Weihnachtsgeschenken statt. Der Erlös aus Eintrittsgeldern für die Schau sollte für mildtätige Zwecke gespendet werden. Organisator war Bürgermeister Ranninger.²²²⁸

Auch Nachweise öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen fanden sich in den *Anzeigen*. Am 20. November forderte ein Inserat dazu auf, der Stadt ein Angebot über die Reinigung des Stadtgrabens zu machen.²²²⁹ Mit Vergabe dieses Auftrags sollten Arbeitslose zu Erdarbeiten herangezogen und auf diese Weise auskömmlich beschäftigt werden.

Die „Gemeinnützigen Nachrichten“ brachten im November 1847 einen Artikel der *Bremer Zeitung*²²³⁰ aus dem Oktober 1847, der sich mit dem „Oldenburger Verein für Beförderung der Volksbildung“ allgemein und mit der Einführung des Sportunterrichts in der Schule, einer der Hauptforderungen des Zusammenschlusses, im Besonderen beschäftigte.²²³¹

Im Dezember 1847 waren landwirtschaftliche Verbesserungen Thema eines Aufsatzes. In „Neue Futterpflanzen“ wurde der Anbau des „Rauhen Schwarzwurzes“ als geeigneter Getreideersatz für die Viehfütterung vorgestellt.²²³²

Von einem politisierten Anzeigenblatt konnte hinsichtlich der quantitativ dürftigen und

2227 Ebd., S. 230, vgl. dort auch Vorstehendes.

2228 Vgl. ebd., 18.12.1847, S. 240, wörtlich: „Herr Bürgermeister R a n n i n g e r [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] hat die Güte, ein passendes Local zu diesem Zwecke einräumen zu wollen, wo die am zweiten Weihnachtstage in den Morgenstunden von 9 bis 11 Uhr hoffentlich recht zahlreich eingeliefert werdenden Sachen von 11 bis 3 Uhr desselben Tages gegen ein beliebiges Entrée in Augenschein genommen werden können.“ (ebd.). Die Anzeige wurde am Ausstellungstag wiederholt (vgl. ebd., 25.12.1847, S. 244).

2229 Vgl. ebd., 20.11.1847, S. 219.

2230 Vgl. ebd. Die *Bremer Zeitung* wurde 1848 zum Gegenstand eines Aufsatzes, den „ein langjähriger Leser“ anonym verfasst und in Oldenburg veröffentlicht hatte. Der Verfasser begann mit einem Rückblick auf die Geschichte des Blattes und seiner Entwicklung von einer aus anderen Blättern gesammelten Nachrichtenübersicht hin zu einer redaktionell betreuten Zeitung ab den 1840er Jahren (vgl. *Bremische Zeitung*. Ein Votum, 1848, S. 3- 5). Zur politischen Ausrichtung der Leitartikel des Blattes hieß es, dass sich an ihnen „[...] nicht nur eine gewandte Feder [offenbarte], sondern auch politischer Verstand und eine politische Gesinnung, welche mit Ausnahme der Radikalen und der Absoluten fast alle beipflichteten.“ (ebd., S. 4). Nach dem Rücktritt ihres verantwortlichen Redakteurs am 01.01.1848 verlor die Zeitung nach Meinung des Verfassers immer mehr an Wert. Besonders die Revolution habe gezeigt, dass man nun keinen festen Standpunkt mehr vertrete, sondern haltlose Leitartikel publiziere, die unfähig seien, ihre Aufgaben der Belehrung und Leitung wahrzunehmen (vgl. ebd., S. 5). Zuletzt würde die *Bremer Zeitung* immer mehr zu den Linken tendieren: „Wo der Correspondent die Worte der Linken wieder giebt, ist der Styl fließend und zusammenhängend, die Rechte dagegen muß sich von ihm gefallen lassen, daß ihre Reden in der größten Salopperie niedergeschrieben, ja, nur abgebrochen angedeutet werden.“ (ebd., S. 15).

2231 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 06.11.1847, S. 212.

2232 Vgl. ebd., 04.12.1847, S. 232. Der zweite Teil des Aufsatzes erschien in den *Anzeigen* vom 08.01.1848 (vgl. ebd., S. 11f.).

inhaltlich obrigkeitstreuen Berichterstattung kaum die Rede sein. Die Zeitung Struves war Ende 1847 nicht viel mehr als eine Sammlung öffentlicher Bekanntmachungen und privater Anzeigen, die um einige Aufsätze zu meist landwirtschaftlichen Themen ergänzt war. Zwar blieben auch Zeitströmungen wie der Beginn des Sports nicht ausgeklammert, waren aber randständig vertreten.

C.4.3.2 Volksbibliotheken: Ein Segen für die Gesellschaft? Die *Anzeigen* zwischen Vormärz und Revolutionsbeginn

Im Januar/ Februar 1848 erschien in den *Anzeigen* unter „Gemeinnützige Nachrichten“ der Aufsatz „Welchen Segen haben gute Volksbibliotheken und Lesevereine? Wie sind sie allgemein zu machen, und was ist bei ihrer Anlegung zu beachten?“, den Struve als dem „Deutschen Volkskalender“ entnommen nachwies: In der Ausgabe vom 22. Januar 1848 wurde zunächst die erste der beiden Fragen erörtert. Der Verfasser betonte, dass gemeinsames Bücherlesen in den Feierabendstunden und am Wochenende nicht nur vom Besuch der Branntweinschenken ablenke, sondern dem Volk Bildung ermögliche.²²³³

Wer sich dem Soff ergiebt, ist für Familie, Gemeinde und Vaterland verloren; und wer in tödtender Langeweile seine Zeit auf der Ofenbank im Nichtsthun verträumt, kann sich nicht zu einem würdigen Mitgliede der Menschheit erheben, kann nicht als solches zählen.²²³⁴

Die Volksbibliotheken entsprangen dem Geist des aufgeklärten Bürgertums, das sich bereits im 18. Jahrhundert zur Aufgabe gemacht hatte, die Armen zu bilden und damit zu mündigen Bürgern zu erheben.²²³⁵ Das gemeinsame Lesen sollte die in der Schule gewonnenen Erkenntnisse erhalten und erweitern. Gleichzeitig wollte man die Kinder in einer Art Vorlesewettbewerb untereinander für die Wichtigkeit des schulischen Lernens sensibilisieren. Wenn erst einmal mit dem (Vor-)Lesen begonnen sei, wecke dies ein fortwährendes Lesebedürfnis.²²³⁶ Der erste Teil endete mit einem Appell an die „Freunde des Volks“ sich zu vereinigen, um an jedem Ort eine Volksbibliothek zu gründen.²²³⁷

Im zweiten Teil, der am 5. Februar 1848 erschien, wurde auf die technischen Fragen einer

2233 Vgl. ebd., 22.01.1848, S. 20. Grundsätzlich handelte es sich bei derlei Kalendern um eine in den 1840er Jahren bereits überholte Form einfacher Gebrauchsliteratur, die eine konservative Haltung im Sinne biedermeierlicher Privat- und Einfachheit propagierte (vgl. Tauschwitz 1981, S. 137f.). Die neuartigen „Volkskalender“ wollten ausgleichend auf die Klassenunterschiede wirken und nahmen daher eine bewusst progressive Haltung ein (vgl. ebd., S. 140f.).

2234 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 22.01.1848, S. 20. Man sollte die „Bewohner der Hütte“ nicht nur als Arbeiter sehen, denn „[a]uch sie sind M e n s c h e n, denen an den Arbeitstagen eine E r h o l u n g s t u n d e, in der Woche ein Tag bleibt, sich m e n s c h l i c h zu erheben und als M e n s c h e n [im Original gesperrt gedruckt; M. P.] zu fühlen.“ (ebd.).

2235 Vgl. Weppelmann 1980, S. 152.

2236 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 22.01.1848, S. 20.

2237 Vgl. ebd.

Bibliotheksgründung eingegangen. Für diese benötigte man lediglich einen Mann mit festem Willen, der dann andere Bürger für die Unterstützung des Vorhabens gewinnen würde. Hinsichtlich der Auswahl der anzubietenden Lektüre sprach sich der Artikel dafür aus, diese bedächtig zu wählen. Insbesondere drohe Gefahr, wenn man „[...] den Leuten Schriften zu lesen gäbe, wodurch sie noch mehr verdummt und der Aufgabe der Gegenwart entrückt werden“.²²³⁸ Die Lektüre sollte gut verständlich und in erzählender Form gefasst sein. Inhaltlich empfahl der Verfasser Lektüre zu Fragen der Erziehung, der Landwirtschaft und des Staatslebens auszuwählen.²²³⁹

C.4.3.3 Die Märzereignisse und ihr Widerhall in den *Anzeigen*

Die gespannte soziale Lage, nicht zuletzt infolge der Preisprogression für Grundnahrungsmittel bis zum Sommer 1847, bereitete auch im Fürstenthum Lübeck den Nährboden für Unruhen. Nach den Pariser Ereignissen vom Februar 1848 wurde ein eruptiver Ausbruch der Spannungen erwartet. Dieser blieb jedoch aus.²²⁴⁰ Die verschiedenen kurzfristig, aber auch längerfristig angelegten Maßnahmen der Regierung, die dem Wunsch vieler Arbeiter auf ein aktives Einschreiten des Staates in die Wirtschaft entsprachen, traten dem ohnehin wenig entwickelten revolutionären Geist entgegen.

Über die Entscheidungen des Deutschen Bundes dieser Tage, wie die Übertragung der preßrechtlichen Regelungen in die Eigenverantwortung der Länder, informierten die *Anzeigen* nicht. Unter „Gemeinnützige Nachrichten“ erfuhren die Eutiner etwas über die rotblau-marmorierte Kartoffel und deren Anbaumöglichkeiten,²²⁴¹ nichts aber über den Sturz des Bürgerkönigs in Paris. Der dafür eigentlich vorhandene Raum wurde von Struve in gewohnter Weise mit landwirtschaftlichen Meldungen gefüllt.

Am 17. März 1848 versuchte der „gesellige Verein“ unter Führung Lindemanns, eine Volksversammlung einzuberufen. Die Teilnehmerzahl blieb aufgrund schlechter Vorbereitung gering, sodass es zu keiner Sturmpetition kam. Die wirtschaftlich bedrängten Insten hatten sich Protestkundgebungen erhofft. Es ging ihnen aber weniger um politische Anliegen, sie wollten konkrete Fortschritte hinsichtlich ihrer sozial bedrängten Stellung

2238 Ebd., 05.02.1848, S. 28, weiter: „In jeder Gemeinde werden sich hoffentlich wol ein paar Männer finden, welche Volksgesinnung und Aufklärung genug besitzen, um zu wissen, was dem Volke noth thue und wovor man es bewahren müsse.“ (ebd.).

2239 Vgl. ebd.

2240 Vgl. Prühs 1994, S. 223.

2241 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 11.03.1848, S. 48.

erreichen.²²⁴²

Am Folgetag wiederholten die *Anzeigen* in den „Bekanntmachungen einheimischer Behörden“ die Reise- und Entlassungssperre für Militärangehörige vom 3. des Monats. Weiterhin enthielt Beiblatt Nr. 45 der *Anzeigen* eine Verordnung zur Einführung einer landständischen Verfassung für das Großherzogtum, entsprechende Wahlbestimmungen, die Aufhebung der Zensur und Regelungen zum Armenwesen in Eutin.²²⁴³ Hintergründe, warum sich der Großherzog nun plötzlich in der Lage sah, eine landständische Verfassung einführen lassen zu können, fehlten ebenso wie Ausführungen zur Zensuraufhebung usw. Die nicht vorliegenden Beiblätter mögen hierzu aus Regierungssicht einige Sätze beigebracht haben.

Im Unklaren ließ Struve die Leser seines Blattes auch über die möglicherweise im Eutinischen stattgefundenen Demonstrationen etc. Selbst der „Verein zur Beförderung des Gemeinwohls“ lud zum 21. März 1848 zum Vortrage eines Kriminalfalls ein, über den die Bürger dann mit „schuldig“ oder „nicht schuldig“ abstimmen sollten.²²⁴⁴ Zwar mochten die Eutiner auf diese Weise für eine eventuelle Tätigkeit in einem Schwurgericht vorbereitet werden, den aktuellen Ereignissen blieb aber auch die „Gesellschaft“ zu diesem Zeitpunkt fern.

Die Neudorfer Volksversammlung vom 21. März wurde im Unterschied zu der des „Eutiner geselligen Vereins“ ein Erfolg. Sie wurde von einer Gruppe angesehener Eutiner Bürger organisiert.²²⁴⁵ Die etwa 400 Teilnehmer zählende Versammlung leitete aber der bisher hinsichtlich von Volksversammlungen glücklose Lindemann. Er schlug vor, ein von ihm selbst bestimmtes Komitee zu wählen, das eine Petition an den Großherzog ausarbeiten sollte. Die Volksversammlung folgte diesem Verfahren und forderte vom Landesherrn die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Aufhebung des bisherigen Strafrechts. Interessant ist, dass der für eutinische Verhältnisse „radikale“ Lindemann auf der Versammlung zur Mäßigung drängte. So wurde beispielsweise die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung, die man in Süddeutschland wie selbstverständlich aufgenommen hatte, in der Petition nicht gefordert. Man empfand sie als zu radikal.²²⁴⁶

2242 Vgl. Prühs 1994, S. 223.

2243 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 18.03.1848, S. 49.

2244 Vgl. ebd., S. 52.

2245 Vgl. ebd. Insbesondere waren dies Kaufmann Janus, Ofenfabrikant Niemann, Seiler Olderog, Maurermeister und Architekt Zietz, Färber Packendorf und Advokat Philipp Lindemann (vgl. ebd.).

2246 Vgl. ebd., S. 223f., sowie *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 98, vgl. dort auch die konkreten Inhalte der Petition: „1. Auflösung des Bundestages vor der Einberufung der Nationalversammlung; 2. Aufhebung des im Fürstenthum angewandten Strafrechts; 3. Verwendung der Zolleinnahmen zum Nutzen

Die Ereignisse in Berlin und Wien wurden den Eutinern in diesen Tagen bekannt. Ebenso bedeutsam für die Insel im dänischen Herzogtum Holstein waren die sich zuspitzenden Vorgänge im dänischen Gesamtstaat. Ein Krieg schien nach der Einsetzung der provisorischen Regierung,²²⁴⁷ einer Koalition zwischen eher national und eher demokratisch ausgerichteten Liberalen, unausweichlich.²²⁴⁸

Am Samstag, dem 25. März 1848, gelangte „die Revolution“ auch in die Zeilen der *Wöchentlichen Anzeigen*. Unter „Private Anzeigen“ veröffentlichte G. E. von Finckh,²²⁴⁹ datiert auf den 24. März, einen Spendenaufruf für die Angehörigen der Berliner Märzgefallenen.²²⁵⁰

Freie Verfassungen für die einzelnen deutschen Lande, Volksvertretungen beim deutschen Bunde sind allenthalben angebahnt, ja schon besiegelt durch das in den letzten Tagen zu B e r l i n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] geflossene Blut unserer Mitbrüder. Frei das Wort, frei die Schrift.²²⁵¹

Dabei war aus Sicht des Verfassers hervorzuheben, dass

[...] in unserm Lande, in unserer Stadt keine Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben. Und daß diese hier auch nicht mehr entstehen werden, dafür bürgt die gute und kräftige Gesinnung der Bürgerschaft und der Einwohner.²²⁵²

Für die Eutiner, so implizierte Finckh, sei stellvertretend das Blut der Berliner Barrikadenkämpfer geflossen. Jenes habe den Vertrag zwischen Volk und Fürsten aufgrund der jüngsten Fortschritte besiegelt. Mit einer Spende sollten nun auch die von persönlichen Opfern verschonten Eutiner ihr Mitgefühl mit den Opfern des Aufstands ausdrücken.²²⁵³

Indem Finckh seine Anzeige, für die vermutlich Gebühren zu entrichten waren,²²⁵⁴ inhaltlich als Hilfsaufruf für die Opfer des Barrikadenkampfs gestaltete und auf die begrüßenswerten Vorteile hinwies, versuchte er einer möglichen Erhebung in Eutin entgegenzuwirken. Er wandte sich ausdrücklich an Bürgerschaft und Einwohner gleichermaßen, also an die Einwohner mit Bürgerrechten und an jene ohne, deren „kräftige

und Frommen des Landes (an Stelle geliehener Gelder für den Chausseebau Eutin-Plön)“ (ebd.).

2247 Die „Provisorische Regierung“ legitimierte die Machtübernahme durch die These, der Monarch in Kopenhagen sei seiner freien Willensentscheidung beraubt worden. Den Hintergrund bildete die Ablösung der bisherigen absolutistischen Regierung in Kopenhagen durch ein konservativ-liberales Kabinett am 21. März. In diesem nahmen die einflussreichen Positionen Anhänger der national ausgerichteten „Eiderdänen“ ein (vgl. Vosgerau 1998, S. 10, vgl. auch Hansen 1998, S. 26). Nach Hansen war es vor allem die fehlerhafte bzw. unvollständige und zeitlich verzögerte Berichterstattung der Presse, die den Konflikt zwischen Kiel und Kopenhagen entscheidend schürte (vgl. Hansen 1998, S. 26).

2248 Vgl. Prühs 1994, S. 224.

2249 Herr v. Finckh war erst im Januar durch den Großherzog von Oldenburg vom Assessor zum Hofrat ernannt worden (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.01.1848, S. 13).

2250 Vgl. ebd., 25.03.1848, S. 55f.

2251 Ebd., S. 55.

2252 Ebd.

2253 Vgl. ebd., S. 55f.

2254 Die Anzeige wurde ohne Überschrift inmitten von kommerziellen Anzeigen abgedruckt (vgl. ebd.).

Gesinnung“ er beinahe beschwörend lobte.²²⁵⁵

Man kann daher aufgrund dieser Anzeige kaum von einem revolutionären Aufbruch im Sinne eines (schriftlichen) Aufstandes gegen die bisherige Obrigkeit sprechen.

C.4.3.4 Zur Diskussion um das Verhältnis des Fürstentums Lübeck zum oldenburgischen Staat

Seit der Zeit der Julirevolution in Frankreich wurde in Oldenburg wieder über den Erlass einer Verfassung nachgedacht. Jedoch trat der Verfassungsentwurf, den Freiherr von Berg 1832 vorgelegt hatte, nie in Kraft. Im Eutinischen regte sich gegen diese Entscheidung wenig Widerstand. Nur einzelne Petitionen, insbesondere aus der Feder Lindemanns, erinnerten Regierung und Monarch an das Verfassungsversprechen. Das Bürgertum aber, das andernorts in einer Verfassung das Mittel gegen Willkür in Gesetzgebung und Verwaltung gefunden zu haben glaubte, habe im Fürstentum Lübeck weniger zu klagen als andernorts.²²⁵⁶

Nachdem sich die Regierung in Oldenburg wieder mit der Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs beschäftigte, griffen die Bürger die Diskussion auf. Hierbei ging es um die Verwirklichung der „Idee der Verfassung“.²²⁵⁷ Der nun formulierte Verfassungsentwurf aus der Feder des Staatsrates Hannibal Fischer sah im Gegensatz zum Entwurf Bergs nur noch eine beratende Volksvertretung vor, einen der Hauptkritikpunkte des Auslands am Entwurf von 1832. Der 1847er-Entwurf hätte die Macht des Großherzogs kaum noch eingeschränkt, das Machwerk selbst sollte als Oktroi erlassen werden. Gegen diese Form der Inkraftsetzung protestierten Magistrat und Stadtrat von Jever, sodass sich die Oldenburger Regierung entschied, den Entwurf durch einen bürgerlichen Ausschuss begutachten zu lassen.²²⁵⁸ Daher trat die Verfassung auch nicht wie geplant zu Jahresbeginn 1848 in Kraft. Vor dem Hintergrund der Februarrevolution wurde am 7. März 1848, vier Tage nach der ersten Adresse aus Oldenburg, die bürgerliche Beratung der Konstitution zugesagt.

Am 10. März sammelte sich eine größere Volksmenge vor dem Schloss in Oldenburg, um

2255 Vgl. ebd. Dass Aufrufe zur Ruhe auch im Großherzogtum Oldenburg zu diesem Zeitpunkt nicht unbegründet waren, zeigt das Fürstentum Birkenfeld. Hier wurde der Regierungspräsident Hannibal Fischer, der sich 1847 mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs nach Willen und Zuschnitt des Großherzogs beschäftigt hatte, von den Bürgern vertrieben (vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 1, S. 1).

2256 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 98.

2257 Vgl. ebd., weiter: „Als Oldenburger Patrioten waren sie ungehalten darüber, daß ihr Land hinter den anderen zurückbleiben sollte, daß ihr Vaterland, wie es ein Eutiner Berichterstatter ausdrückte, wie eine Insel in einem Konstitutionsmeer liegen sollte.“ (vgl. ebd.).

2258 Vgl. ebd.

vom Großherzog eine Präzisierung der Entscheidung vom 7. März zu verlangen. Die Wahl der 34 Bürger, welche die Beratung der Verfassung vornehmen würden, sollte durch alle Oldenburger vorgenommen werden.²²⁵⁹ Die Verordnung, welche der Großherzog daraufhin erließ, berücksichtigte die Forderungen des Volkes und wurde am 18. März 1848 in den *Wöchentlichen Anzeigen* veröffentlicht.²²⁶⁰

Unter „Gemeinnützige Nachrichten“ der gleichen Ausgabe erschien der Aufsatz „Unsere Verfassung betreffend. I.“²²⁶¹ eines ungenannten Verfassers. In Eutin stellte sich aber schon bald nach dessen Erscheinen heraus, dass der Stadtsyndikus J. G. Specht, der sich in der Armenfürsorge einen Namen gemacht hatte, den fraglichen Artikel geschrieben und veröffentlicht hatte.²²⁶²

Specht bezog sich hierbei auf das großherzogliche Patent vom 10. März 1848, in dem eine landständische Verfassung für das gesamte Großherzogtum in Aussicht gestellt worden war. Dieses Versprechen hatte man auch im Fürstentum Eutin begrüßt. Der Verfasser fragte nun nach der konkreten Umsetzung einer solchen Verfassung. Da sich die neue Konstitution den Aussichten nach über das gesamte Großherzogtum erstrecken würde, müssten die eutinischen Verhältnisse nach ihrem Inkrafttreten durch Mehrheitsbeschluss der Abgeordneten bestimmt werden.²²⁶³ Diesem Prinzip setzte Specht entgegen, man solle

[...] durch freie Gemeindeverfassungen, durch möglichst weiten Wirkungskreis der Gemeinden, durch Öffentlichkeit der Staatsfinanzen, über die Ausschüssen aus den Gemeinden oder Gemeindeverbunden eine entscheidende Stimme einzuräumen wäre, durch freies Petitions- und Assoziationsrecht und durch möglichst enges Anschließen an die Gesetzgebung in unserem Nachbarlande [hervorgehobene Typengröße im Original; M. P.]²²⁶⁴

die Interessen Eutins wahren. Statt sich mit einer Verfassung also enger an Oldenburg zu binden, wollte Stadtsyndikus Specht eine größere Autonomie für das Fürstentum erreichen. Diese könne man erlangen, wenn man sich von der gemeinschaftlichen Verfassung fernhalte.²²⁶⁵

„Unsere Verfassung betreffend“ kritisierte die nach Verfassung und Nation drängenden liberalen Auffassungen in Bezug auf das Fürstentum Eutin als Boten der Fremdbestimmung. Specht ging davon aus, dass sich die Abgeordneten der

2259 Vgl. ebd.

2260 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 18.03.1848, S. 49.

2261 Vgl. ebd., 25.03.1848, S. 56.

2262 Vgl. Prühs 1994, S. 225.

2263 „Ich muß [...] sehr bezweifeln, daß diese aus so verschiedenartigen Theilen zusammengesetzten, aus Nord- und Süddeutschland zusammengewürfelten Landstände unserem Lande den erwünschten Nutzen schaffen werden.“ (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 25.03.1848, S. 56).

2264 Ebd.

2265 Vgl. ebd.

„zusammengewürfelten Landstände“ nur von Eigeninteressen leiten lassen würden.²²⁶⁶ Statt für mehr Einheit in Deutschland einzutreten, war dieser Artikel gegenüber einer gemeinsamen Verfassung, gegenüber den Abgeordneten der anderen beiden Oldenburger Landesteile, kritisch bis ablehnend eingestellt. Specht passte sich in die allgemeine Zeitströmung kaum ein. Zwar wollte auch er das Petitions- und Assoziationsrecht festgeschrieben wissen, von einer landständischen Verfassung, von einer (beschränkten) Kontrolle der Regierung erwartete er hingegen nur Nachteile.²²⁶⁷ Dieser Artikel sollte der Nummerierung im Titel „I“ zufolge den Auftakt einer Reihe darstellen. Dazu kam es jedoch nicht, denn er fand keine Fortsetzung.

Am 28. März verfasste Ludwig Völkers eine Antwort, die in den „Gemeinnützigen Nachrichten“ der *Anzeigen* vom 1. April 1848 erschien. In „Ein Wort über unsere Verfassung“ kritisierte er die „[...] Kurzsichtigkeit des Politikers, der uns die p a t r i a r c h a l i s c h e [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Regierung erhalten, ihr gegenüber aber freies Petitions- und Assoziationsrecht geben will“.²²⁶⁸ Wollte man der Regierung keine Zuarbeit durch die Landstände erlauben, so werde diese zwangsläufig unglaublich werden, wenn sie der einen oder anderen Petition Gehör schenken würde. Der Ansehensverlust, der daraus resultiere, könne in die Anarchie führen. Die Eutiner sollten nun vielmehr Staatsbürger werden, mit dem Großherzog „[...] durch unsere Vertreter über das, was uns frommen möge, berathen und beschließen“.²²⁶⁹ man wollte also aktiv am Gesetzgebungsprozess partizipieren. Eine freisinnige Verfassung und eine vertrauenswürdige Ständeversammlung seien Voraussetzung für die sinnvolle Nutzung des Petitionsrechts.

Das partikularistische Denken müsse aufgegeben werden.²²⁷⁰ Statt der oldenburgischen Konstituante fern zu bleiben, hieße es dafür zu streiten, dass

[...] in den Entwurf der Verfassungsurkunde die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß in unseren besonderen Angelegenheiten [...] nur die Abgeordneten des Fürstenthums b e s c h l i e ß e n d e s [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Stimmrecht haben.²²⁷¹

In Bezug auf die im Artikel vom 18. März genannten Forderungen nach Vereinheitlichung

2266 Vgl. ebd.

2267 Vgl. ebd., wörtlich: „Wir sollten daher unsern Großherzog schleunigst bitten, daß er uns nicht an der beabsichtigten gemeinschaftlichen Verfassung theilnehmen lasse, somit auch von der Wahl erfahrener Männer zur Berathung dieser Verfassung dispensire und uns zunächst so bald als möglich auf den freiesten Principien gebaute Gemeindeverfassungen gebe und die Veröffentlichung der Staatsfinanzen u. s. w. verfüge.“ (ebd.).

2268 Ebd., 01.04.1848, S. 59.

2269 Ebd., S. 60.

2270 Vgl. ebd.

2271 Ebd.

von Regelungen im Fürstentum mit denen im Holsteinischen plädierte Völkers dafür, auf die Vernunft der Abgeordneten Birkenfeldes und Oldenburgs zu vertrauen.²²⁷²

Die Märzforderungen nach Schwurgerichten im Rahmen einer Neuordnung der Justiz, öffentliches und mündliches Verfahren etc., fanden sich in den *Anzeigen* in diesem Artikel das erste Mal gestellt.

Die beiden Artikel „Unsere Verfassung betreffend“ und „Ein Wort für unsere Verfassung“ stellten ihrer Art nach ein Novum in den *Anzeigen* dar. Mit lokalen Bezügen beschäftigten sich beide Einsendungen mit den Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen auf das Fürstentum Eutin. Zudem widersprachen sich beide Artikel, was bereits am Titel des zweiten Aufsatzes deutlich wurde.²²⁷³ Während der erste Aufsatz von einem reformkonservativen Verfasser eingesandt wurde, bezog Hofrat Völkers Positionen der späteren Konstitutionellen. Während Specht Mitsprachemöglichkeiten der Bürger auf den engen Kreis der eigenen Gemeinde begrenzt wissen wollte,²²⁷⁴ vertrat Völckers im Vertrauen auf den Großherzog Reformvorschläge im Sinne eines Miteinanders von Ständeversammlung und großherzoglicher Regierung. Aber auch er hing Bedenken an, die Regelung eutinischer Angelegenheiten durch Abgeordnete aus anderen oldenburgischen Landesteilen könnte Nachteile mit sich bringen.²²⁷⁵

C.4.3.5 Zur Wahl des verfassungsberatenden 34er-Gremiums

Hofrat Völckers, der seit dem Herbst 1847 Vorstand der Eutiner Justizkanzlei und des örtlichen Garnisonsgerichts war,²²⁷⁶ hatte mit seinem Artikel offenbar der Ansicht vieler politisch interessierter Eutiner entsprochen, denn als die Wahl der 34 Vertreter zur Beratung der Verfassung zwischen dem 27. März und 12. April 1848 stattfand, erhielt er ein Mandat zur Vertretung Eutins.²²⁷⁷ Neben ihm als Abgeordneten für die Stadt Eutin

2272 Vgl. ebd. Damit sprach sich Hofrat Ludwig Völkers für Lindemann und gegen Stadtsyndikus Specht aus, der die Autonomierechte des Fürstentums höher schätze als die nationalen Interessen und Zielsetzungen (vgl. Prühs 1994, S. 225), wörtlich: „Sie [die Abgeordneten der Herzogtümer Birkenfelde und Oldenburg; M. P.] werden es billigen, wenn wir, sobald Schleswig-Holstein seine Justizverwaltung neu organisirt, öffentliches, mündliches Verfahren und Schwurgerichte eingeführt hat, uns dieser anschließen, mit den Holsteinern gemeinschaftliche Obergerichte, gemeinschaftliches Schwurgericht und gleiches (hoffentlich allgemein deutsches) Strafrecht haben wollen.“ (*Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 01.04.1848 S. 60).

2273 Vgl. dazu auch Prühs 1994, S. 225.

2274 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 25.03.1848, S. 56.

2275 Vgl. ebd.

2276 Vgl. ebd., 25.09.1847, S. 185.

2277 Vgl. Prühs 1994, S. 225f. Die Wahl Völckers als Repräsentanten der vormärzlichen Ordnung belegt die Anwendbarkeit der Einschätzung Salewskis, die Mehrheit der Bevölkerung sei auch nach dem März konservativ gesinnt und autoritätsgläubig gewesen (vgl. Salewski 1998, S. 17).

fuhren auch Advokat Lindemann für das Amt Eutin und Amtsassessor Amann für das Amt Schwartau zu den Beratungen nach Oldenburg.²²⁷⁸ Völckers wurde nach Zusammentritt dieses verfassungsberatenden Gremiums zu dessen Vorsitzenden gewählt.²²⁷⁹

Am 4. April kam es unter Bezugnahme auf die Positionierung Spechts als Gegner einer weitergehenden Zentralisierung im Anschluss an eine Volksversammlung im Rathaussaal zu einem Aufruhr. Lindemann, der die Versammlung geleitet hatte, musste dem Stadtsyndikus argumentativ zur Seite springen, um Forderungen nach dessen Rücktritt zu begegnen. Lindemann verwies in seiner Begründung vor allem auf Spechts vormärzliche soziale Aktivität, auch wenn er selbst inhaltlich zu den Positionen Völckers neigte.²²⁸⁰

Über die Versammlungen der Insten am 9. April in Rohlsdorf und am 14. Mai in Eutin schwiegen die *Wöchentlichen Anzeigen*. Auf diesen wurden Forderungen materieller Art gestellt, wie eine amtliche Festsetzung von Arbeitslöhnen, Regelungen zur Arbeitszeit, Brennmittelversorgung und zur Verbesserung der Wohnsituation.²²⁸¹ Obgleich viele Insten im Ostholsteinischen gegen ihre schlechten Lebensbedingungen protestierten, kam es bei diesen Auseinandersetzungen nur gelegentlich zu geringfügiger Anwendung von Gewalt.²²⁸² Mit den „Märzforderungen“, die primär politisch waren, hatten diese sozialen Proteste wenig gemein. Es ging um die Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage, die sie vom Landesherrn und der Eutiner Regierung erwarteten, aber sie planten keinen Umsturz der bestehenden Verhältnisse.²²⁸³ Die Bestrebungen des liberalen Bürgertums der

2278 Vgl. Prühs 1994, S. 225f., vgl. auch *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 1, S. 2. In Eutin wurde nach dem Zensuswahlrecht abgestimmt. Voraussetzung für die Wahlteilnahme in der Stadt Eutin war Wohneigentum oder eine jährliche Mietbelastung von mindestens 40 Reichstalern. In Eutin waren nach dieser Regelung von den 2.940 Einwohnern (vgl. ebd., Nr. 4, S. 16) 275 Männer stimmberechtigt (vgl. Prühs 1994, S. 225).

2279 Vgl. ebd., S. 226. Völckers wurde am 07.08.1848 mit 127 Stimmen zunächst als einer von elf Wahlmännern gewählt. Neben ihm wurden auch Hofrat von Finckh (132 Stimmen), Seiler Olderog (123 Stimmen), Färber Kraft (117 Stimmen) und Advokat Lindemann (115 Stimmen) von den Urwählern zu Wahlmännern bestimmt (vgl. Prühs 1994, S. 227). Am Folgetag wurden Ludwig Völckers und Philipp Lindemann zu Abgeordneten des Landtags gewählt.

2280 Vgl. ebd.

2281 Vgl. ebd. Wegen fehlenden Besitzes hatten die Insten bei der Wahl des verfassungsvorbereitenden 34er-Gremiums kein Stimmrecht (vgl. ebd.). Zu den Forderungen der Insten in den Herzogtümern schreibt Klußmann: „Die Wünsche der Insten beinhalteten ein Konglomerat von Forderungen, die ihrerseits bereits typische Anliegen der späteren Arbeiterbewegung wie die Lohnfrage, Arbeitsbedingungen und Mietverhältnisse aufnahmen, andererseits in ihrem Verlangen nach Subsistenzsicherung durch Landzuweisung noch stark der dörflichen Lebenswelt verhaftet waren.“ (Klußmann 1998, S. 164).

2282 Vgl. ebd., S. 154. Klußmann unterscheidet für die Herzogtümer vier Phasen des Landarbeiterprotestes, die mit den ersten Unruhen Ende März 1848 ihren Anfang nahmen: Zunächst wurden direkte Forderungen an den Grundbesitzer oder den lokalen Beamten herangetragen, daraufhin sandte man Gesuche an höhere Instanzen, worauf die Arbeit niedergelegt wurde. Als letzten Schritt des Protests stellten die Insten im Holsteinischen die Zahlungen der Abgaben ein (vgl. ebd., S. 153). Während im Vorfeld des Instenaufstandes zu Beginn der 1830er Jahre alle Phasen durchlaufen worden waren, blieb es im Eutinischen im Revolutionsjahr bei Gesuchen an höhere Instanzen (vgl. ebd.).

2283 Gailus unterscheidet fünf Typen revolutionärer Aktion: 1. Subsistenzorientierte Aktionen, die der Sicherung von Arbeit und Brot dienten und sich zumeist gegen Einzelne, besonders Juden, richteten,

Städte nach Presse- und Versammlungsfreiheit usw., interessierten auf dem Lande kaum jemanden.²²⁸⁴

Am 15. April 1848 wurde die Berichterstattung über die aktuellen politischen Ereignisse in den *Anzeigen* fortgesetzt.²²⁸⁵ „Was wird das Fürstenthum Eutin thun?“ trug die redaktionelle Ergänzung „verspätet“ im Untertitel. Zwei Bürger, „N.“ und „Sch.“, gingen inhaltlich auf einen Artikel des *Itzehoer Wochenblattes* ein.²²⁸⁶ Zunächst stimmten die Verfasser der Aussage zu, auch Eutin werde sich am Krieg gegen Dänemark beteiligen.²²⁸⁷

Der Annahme des Blattes, das Fürstenthum werde sich infolge des gemeinsamen Sieges gegen Dänemark den Herzogtümern anschließen, erteilten die beiden Bürger dagegen eine entschiedene Absage:²²⁸⁸ „Es ist ein Merkmal deutscher Gesinnung, Niemandes Knecht sein zu wollen; aber ist deßwegen d e u t s c h e T r e u e [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] minder berühmt?“²²⁸⁹ Ebenso „deutsch“ wie der Wunsch nach einem vereinheitlichten Vaterland sei es, sich treu gegenüber dem Fürsten zu verhalten.

2. kommunalpolitische Tumulte, bei denen sich eine Gruppe die Straße als öffentlichen Raum aneignete, 3. antifeudale Bauernunruhen, welche sich gegen „Agenten der Modernisierung“ wie jüdische Händler, Kaufleute etc. wandten und ein selbstbewusstes und unabhängiges Bauerntum bezweckten, 4. Aktionen der großen Politik, die organisatorisch bei den Volksvereinen angesiedelt waren und in ihren Aktionen stets zwischen „bloßem Herumreden“ und Massentumulten schwankten und 5. Aktivitäten der Gegenrevolution zur Wiederaneignung des öffentlichen Raums (vgl. Gailus 1990, S. 189- 194). Die Instenunruhen von 1832 wie auch die Instenversammlungen von 1848 waren zunächst dem Typ 1 zuzuordnen, wobei diese, wie auch Gailus schreibt (vgl. ebd., S. 190), infolge der auf Versammlungen gestellten politischen Forderungen oft sekundär auch dem zweiten Protesttyp entsprachen.

2284 Vgl. Krus 1998, S. 103.

2285 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.04.1848, S. 68.

2286 Dieser Artikel aus Nr. 13 des *Gemeinnützigen unterhaltenden Itzehoer Wochenblattes* lautete: „W a s w i r d d a s F ü r s t e n t h u m E u t i n t h u n ? [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Wir hoffen, es wird die unnatürliche Stellung aufgeben, worin es bisher war, und sich verschmelzen mit dem stammverwandten Schleswig-Holstein. Längst haben seine Bewohner Freude und Leid mit uns getragen, wir standen uns näher, wie irgend welche Angehörigen benachbarter Territorien. Auch jetzt werden die Einwohner des Fürstenthums, davon sind wir überzeugt, mit uns rüsten zum heiligen Kampfe, und mit uns kämpfen, wenn es zur Entscheidung kommt durch das Schwert. Und wenn der Sieg erkämpft ist durch die überzeugende Kraft des Rechts oder durch das gerechte Urtheil des Schlachtengottes – dann sollte wieder die Scheidung eintreten, dann sollten die Einwohner des Fürstenthums, die Schleswig-Holsteins Freiheit erstreiten halfen, nicht selber Schleswig-Holsteiner sein wollen?“ (ebd.).

2287 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.04.1848, S. 68. Preußen wurde am 12.04.1848 vom Deutschen Bund mit militärischer Hilfeleistung für die Schleswig-Holsteiner betraut. Daraufhin schlossen sich Freiwillige aus ganz Deutschland den Schleswig-Holsteinern an, deren erste Niederlage bei Bau (nördlich Flensburg) bereits drei Tage zurücklag (vgl. Vosgerau 1998, S. 11).

2288 Vgl. ebd., wörtlich: „Wenn derselbe aber ferner die Absicht hegt, daß die Einwohner des Fürstenthums – sei es aus überspannter Begeisterung, oder aus einer geographischen Grille – ihre bisherige Stellung unnatürlich finden, und dieselbe aufgeben werden, um sich mit Schleswig-Holstein zu verschmelzen, so müssen wir dieß mit gelindestem Ausdruck eine s e h r s t a r k e Z u m u t h u n g [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] nennen.“ (ebd.) In Holstein war es gleich nach Bekanntwerden der Revolution zum Schulterschluss zwischen national und demokratisch orientierten Liberalen gekommen, um die eigene Unabhängigkeit in der Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaats zu verwirklichen (vgl. Vosgerau 1998, S. 9). In diesem Zusammenhang ist die Einigungsinitiative Holsteins mit dem oldenburgischen Landesteil als Bestandteil einer national-deutschen Bestrebung zu verstehen.

2289 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.04.1848, S. 68.

Diese zeigten die Schleswig-Holsteiner und die Preußen, welche weiterhin zu ihren Herrschern stünden. So sollten auch die Eutiner gegenüber dem Großherzog die Treue halten.²²⁹⁰

Im dritten Teil strichen sie jene Errungenschaften heraus, die der Großherzog bereits bewilligt hatte. Die verwandte Zitattechnik diente der argumentativen Stützung und sollte die Leser so bildlich an den Treueschwur in der Neudorfer Volksversammlung erinnern.²²⁹¹ Auf einer Volksversammlung in Neudorf bei Eutin war erst vor wenigen Tagen der Herzog einstimmig mit „Er soll leben!“-Rufen gefeiert worden, nachdem er die „freisinnigsten und erwünschtesten Verheißungen“ gewährt hatte.²²⁹²

Den zweiten Artikel, „Ansprache an sämtliche Einwohner des Fürstenthums Lübek“, gezeichnet am 10. April 1848, gab von Berg zur Veröffentlichung. Berg war als Repräsentant des Vormärz-Regimes in Eutin während des März' geflüchtet, um möglichen Nachstellungen zu entgehen.²²⁹³ Vorausgegangen war ein Zwischenfall von Ende März, als ein Eutiner v. Berg öffentlich bedrohte. Zwar wurde der Mann daraufhin sofort festgenommen, doch zeigt dies Ereignis das vorhandene Gewaltpotential,²²⁹⁴ welches sich zumeist gegen nicht aus der Stadt stammende oldenburgische Beamte richtete.²²⁹⁵

Die als offener Brief gestaltete Einsendung hatte der Vormärzrepräsentant nach Muster der antiken Rhetorik untergliedert: Die einleitende Erzählung und die Beweisführung fielen zusammen und umfassten zwar zunächst nur einen Satz. Dieser war allerdings länger als alle übrigen drei Teile zusammen. Hierin versuchte Berg das Vertrauen der Eutiner (wieder) zu gewinnen,²²⁹⁶ indem er darum bat,

[...] sein dienstliches Verhalten nicht nach den besonders früher und in jugendlichen Alter ihm zur Last fallenden öfters zu scharfen und nicht gehörig überlegten Äußerungen, deren trübe Einwirkung auf seine Stellung ihm jetzt genügend klar geworden [...]²²⁹⁷

zu bewerten. Wenn man ihm das Vertrauen schenke, das für eine erfolgreiche Amtsführung unbedingt nötig sei, wolle er den Beweis einer guten Amtsführung erbringen und das

2290 Vgl. ebd.

2291 „Sollten wir uns lossagen von unserm gnädigsten Landesvater, der seinen Unterthanen mit wahrer Vaterliebe zuruft: 'Vertrauet Mir, wie Ich Euch vertraue! haltet fest an Mir, wie Ich an Euch!' 'Unser Großherzog ist uns mit den freisinnigsten und erwünschtesten Verheißungen entgegen gekommen,' und der Ruf 'Er soll leben!' der vor wenigen Tagen einstimmig aus dem Munde der Neudorfer Versammlung ertönte, wird – so hoffen wir zuversichtlich – nicht zur Lüge werden.“ (ebd.).

2292 Vgl. ebd.

2293 Vgl. ebd.

2294 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 25, S. 98.

2295 Vgl. Eckhardt 1987, S. 336.

2296 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.04.1848, S. 68.

2297 Ebd.

Allgemeinwohl fördern.²²⁹⁸

Schließlich räumte v. Berg selbstkritisch ein „I n d e r S a c h e g l a u b t d e r s e l b e s t e t s d a s R e c h t e g e w o l l t z u h a b e n , w e n n e r a u c h i n d e r F o r m w o h l f e h l t e. [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]“²²⁹⁹, betonte zudem noch im vierten Teil, dass ein Fortschreiten notwendig sei und er auch der Not der Armen Abhilfe verschaffen wolle.²³⁰⁰

Der offene Brief v. Bergs stellte eine Ausnahme in der Berichterstattung der *Anzeigen* dar. Neben dem Eingeständnis eigener Fehlleistungen versuchte sich v. Berg durch ein Bekenntnis zum politischen Fortschritt und zu sozialer Verantwortungsübernahme, sowohl bei den politisch Interessierten als auch bei den Armen, beliebt zu machen.²³⁰¹ Damit stellte Berg als Repräsentant der Regierungsgewalt auf unterer Ebene das nach, was die Fürsten im Großen taten: durch Selbstkritik und in Aussicht gestellte Verbesserungen die Initiative zurückzugewinnen und das Volk hinter sich zu scharen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, die am 22. April 1848 in Eutin stattfanden, wurden wieder mittels eines indirekten Wahlverfahrens durchgeführt. Kandidat in der Stadt war der liberale Advokat Maximilian Rüder, auf dessen Geschichte und Verbindungen mit der Druckerei Gustav Struve ich bereits an anderer Stelle eingegangen bin. Rüder erhielt als einer der Vertreter des Großherzogtums Oldenburg das Vertrauen der Eutiner.²³⁰² Wie auch andernorts wählte man im Ostholsteinischen eben die Persönlichkeiten, die aus der Vormärzzeit bekannt waren. Um politische Richtungsentscheidungen ging es hierbei nicht.²³⁰³ Zuvor war Rüder bereits als oldenburgisches Mitglied des Vorparlaments gewählt und von der Regierung bestätigt worden. Er galt als „Gemäßigter“.²³⁰⁴

An der Abstimmung zum Vorparlament wurden im Oldenburgischen nur die Mitglieder der

2298 Vgl. ebd.

2299 Ebd.

2300 Vgl. ebd., wörtlich: „Die Nothwendigkeit des Fortschreitens und der kräftigen Abhülfe der weniger bemittelten Mitbürger wird gewiß von ihm im vollsten Maaße anerkannt.“ (ebd.)

2301 Vgl. ebd.

2302 Vgl. Rönnpag 1970, S. 48. Eckhardt betont die Absprachen im Vorfeld des Urnengangs, die den Wert der Wahl als freie Willensäußerung des Volkes in kritischem Licht erscheinen lässt: „Im April 1848 hatten [...] Wahlen zum Frankfurter Paulskirchen-Parlament stattgefunden. Gemäß vorheriger Absprachen setzten sich die Liberalen Rüder und v. Buttell aus Oldenburg, der Demokrat Mölling aus Jever und der großdeutsch-liberale Katholik Advokat Tappehorn aus Vechta durch. Die Herrschaft Kniphausen mit ihren nur 3.000 Bewohnern brachte es fertig, einen eigenen Abgeordneten, den Demokraten Cropp [Rüders Stellvertreter im Vorparlament; M. P.], zu entsenden.“ (Eckhardt 1987, S. 336). Als Mitglied von Vorparlament, 50er-Ausschuss und Nationalversammlung war Rüder zuletzt Mitglied der Fraktion Landsberg und nahm an der Kaiserdeputation teil. 1850 wurde er zum Abgeordneten des Unionsparlaments gewählt (vgl. Best u.a. 1996, S. 287). Zu Rüders politischen Aktivität im Unionsparlaments vgl. auch Lengemann 2000, S. 266- 268.

2303 Vgl. Valentin 1930, S. 7.

2304 Vgl. Rönnpag 1970, S. 50f.

Stadträte und Amtsausschüsse beteiligt. Gleichwohl war diese Wahl die erste im Großherzogtum überhaupt.²³⁰⁵ Im Fünzigerausschuss, dem er ebenfalls angehörte, wurde Rüder dem Vorwurf ausgesetzt, er sei eigentlich ein Reaktionär. In der Nationalversammlung schloss sich Rüders der Casinofraktion, dem rechten Zentrum, an, in deren Vorstand er bald gewählt wurde.²³⁰⁶

Die *Wöchentlichen Anzeigen* beachteten das Geschehen in Frankfurt kaum. Rüders Aktivität dort setzte sich mit seinem Engagement für die kleindeutsche Lösung mit der erblichen Kaiserwürde Preußens fort, für die er am 21. und 22. März 1849 votierte. Neben dem Präsidenten der Nationalversammlung war der oldenburgische Abgeordnete Mitglied der Kaiserdeputation.²³⁰⁷ In der Schlussphase der Nationalversammlung sprach sich Rüders mit einer Minderheit für ein Weiterarbeiten der Versammlung auch nach der endgültigen Ablehnung der Kaiserkrone aus. Zu seinen politischen Gegnern gehörte vor allem Hofrat Wibel, der in der Landespolitik vielfach aktiv war. Wibel beschimpfte Rüders wegen dessen raschem Abrücken von der Reichsverfassung als „Ausreißer“.²³⁰⁸ Auch am letzten Versuch einer nationalen Einigung, dem preußischen Unionsplan, war Rüders aktiv beteiligt. Er wurde von den Wahlmännern einstimmig ins Volkshaus gewählt, dessen stellvertretende Leitung er neben Eduard Simson übernahm.²³⁰⁹

Da sich in den Tagen um die Wahl Mitte April 1848 Gerüchte über eine mögliche Landung der Dänen bei Haffkrug verbreitet hatten, befand sich die Bevölkerung im Fürstentum eher wegen dieser militärischen Bedrohung und weniger aufgrund der Wahl in Aufregung. Dadurch litt der öffentliche Stellenwert des Urnengangs merklich.²³¹⁰

In der Folgewoche beschäftigten sich die *Wöchentlichen Anzeigen* mit dem ersten Teil der „Mittheilung meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelplanzung wie auch Wurzelcultur.“²³¹¹ Über die politischen Geschehnisse erfuhren die Leser in dieser Ausgabe nichts, was die konservative Ausrichtung des Blattes unterstreicht.

Allerdings teilte ein Beiblatt der *Anzeigen* den Eutinern mit, dass die Behörden nun

2305 Vgl. Eckhardt 1987, S. 336. Maximilian Rüders Vertreter im Vorparlament wurde der radikalere Anwalt Cropp (vgl. ebd.).

2306 Vgl. Rönnpag 1970, S. 50f.

2307 Vgl. ebd., S. 53.

2308 Vgl. ebd., S. 54. Wibel hatte seinerzeit die Hochverratsuntersuchung gegen Rüders geleitet (vgl. ebd.), was die nunmehrigen Rollen der beiden Politiker als vertauscht erscheinen lässt.

2309 Vgl. ebd., S. 55f.

2310 Vgl. Prühs 1994, S. 226.

2311 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 29.04.1848, S. 75f. Die Hinweise zum Kartoffelanbau konnte man zudem kostenlos bei der Zeitungsexpedition erhalten (vgl. ebd., S. 75). Der hier besprochene Aufsatz wurde am 6. Mai 1848 fortgesetzt (vgl. ebd., 06.05.1848, S. 80).

abschlägige Entscheidungen von Gesuchen und Anträgen nun auch begründen müssten.²³¹² Dies war Inhalt einer entsprechenden Ministerialbekanntmachung und bedeutete einen Zuwachs an Rechtssicherheit der Bürger im Umgang mit den örtlichen Behörden.

Am 13. Mai wurden die Eutiner darauf hingewiesen, dass nun die Protokolle der „Versammlung der Abgeordneten zur Berathung über den Entwurf eines Grundgesetzes für eine landständische Verfassung des Großherzogthums Oldenburg“ regelmäßig erschienen und gegen Entgelt als Drucke erhältlich sein würden.²³¹³ Neben diesem Angebot, sich über den Verlauf der Verhandlungen zu informieren, kam eine Anzeige G. E. v. Finckhs in Druck, die sich auf die vorangegangenen Annoncen vom 24. März und 8. April (Märzsammlungen) bezog. Hierin teile Finckh mit, dass das gesammelte Geld nach Berlin weitergeleitet worden sei.

Der 13. Mai 1848 brachte den Insten die ersehnte wirtschaftliche Erleichterung. Die *Anzeigen* gaben in Beiblatt 51 bekannt, dass die Kopfsteuer aufgehoben würde und die Abgaben der Insten, die in die herrschaftliche Kasse flössen, in Zukunft auch nicht mehr zu zahlen seien.²³¹⁴ Ab Mitte Mai profitierten die armen Landarbeiter damit auch von den Ereignissen der Vormonate, ohne selbst gewalttätige Proteste begonnen zu haben.

Zur Entwicklung in der Verfassungsfrage meldeten die *Anzeigen* am 27. Mai 1848, dass nun eine Kommission von zunächst sechs Personen berufen sei, die „von Instructionen unabhängig“ einen neuen Grundgesetzentwurf für das Großherzogtum erarbeiten solle.²³¹⁵ Hierin wurde vom Staats- und Cabinets-Ministerium ausdrücklich betont, dass es Wunsch des Fürsten sei, die Vorschläge des verfassungsberatenden 34er-Gremiums in den neuen Entwurf einzuarbeiten. Wenn die Neufassung schließlich vorliege, würde diese veröffentlicht und einem demnächst zu wählenden Landtag zur Abstimmung gegeben werden.²³¹⁶ Auffällig war bei den neuen Beratungen, dem scheinbar liberaleren Kurs der Regierung, die hohe personelle Kontinuität:

Die wichtigste Arbeit an diesem Grundgesetz [der Landesverfassung von 1849; M. P.] leisteten die Oberbeamten der bisherigen Regierung, nunmehr als die Abgeordneten des Volkes, unter ihnen auch die Eutiner.²³¹⁷

In der gleichen Ausgabe ließ das Ministerium das Ergebnis der Wahlen für die

2312 Ebd., 29.04.1848, S. 73.

2313 Vgl. ebd., 13.05.1848, S. 82.

2314 Ebd., S. 81.

2315 Vgl. ebd., 27.05.1848, S. 89.

2316 Vgl. ebd., wörtlich: „[I]nsbesondere [sind] dabei [bei der Erarbeitung des neuen Verfassungsentwurfes; M. P.] auch die von den zur Berathung des Grundgesetzes über eine landständische Verfassung berufenen Abgeordneten in die deßfälligen Protocolle niedergelegten Wünsche und Anträge, um gleich die darin abgegebenen landesherrlichen Erklärungen zu berücksichtigen.“ (ebd.)

2317 *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 4, S. 15.

Nationalversammlung bekanntmachen.²³¹⁸ Die Anzeige beschränkte sich auf die Namensnennung der Gewählten, enthielt weder ein Vor- noch ein Nachwort mit Erklärungen.²³¹⁹ Durch die bloße Wiedergabe der Fakten stärkte die Regierung das moralische Gewicht der Paulskirchenversammlung sicher nicht. Statt die Bevölkerung über die Versammlung zu Frankfurt aufzuklären, wurde der letzte Teil der „Mittheilungen meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelpflanzung“ abgedruckt, dem „Lehren für Landleute“ folgte.²³²⁰

Nach diesen insgesamt zwei Seiten umfassenden landwirtschaftlichen Erfahrungsberichten schloss sich ein halbseitiges Inserat führender Mitglieder der Paulskirche an, in dem angekündigt wurde, dass die Versammlungsprotokolle als günstige Drucke zur Verfügung gestellt würden. Struve hatte den Inseratstext aus der *Bremer Zeitung* vom 24. Mai übernommen, wie die Leser im einleitenden Teil der Anzeige erfuhren.²³²¹

Über die Wahlen zur Paulskirche fanden sich in den *Anzeigen* lediglich die amtlichen Bekanntmachungen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zeitfragen, die den (Ur-)Wählern die Wahl erleichtern bzw. die Tragweite ihrer Entscheidung hätte deutlich machen können, unterblieb. Problemstellungen, die das Großherzogtum selbst betrafen, wurden nur im Falle der Verfassung, und hier auch nur in Form einer grundsätzlichen Gegenüberstellung zweier Meinungen über das Verhältnis des Fürstentums zu Schleswig-Holstein bzw. zu den anderen beiden Teilstaaten des Großherzogtums, erörtert. Alles in allem blieben die Monate Januar bis Mai 1848 in den *Anzeigen*, abgesehen von einigen ungewöhnlichen Abweichungen, wenig spektakulär. Struve verzichtete auf die Aufnahme neuer Nachrichtenkategorien, brachte keine Sondernummern heraus und gestaltete die „Gemeinnützigen Nachrichten“ in vielen Fällen nach altbewährtem Muster. Lokalhistorisch beachtenswert ist die Berichterstattung der *Anzeigen* über das nur durchschnittlich entwickelte Nationalbewusstsein der Eutiner. Die Spendenbereitschaft für die Hinterbliebenen der Märzgefallenen und für die Soldaten im Krieg gegen Dänemark blieb gering.²³²² Der im März ins Leben gerufene Verein zur Unterstützung der Familien

2318 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 27.05.1848, S. 89.

2319 „[...] gewählt sind: der Obergerichtsanwald R ü d e r, der Hofrath von B u t t e l, der Hofrath M ö l l i n g, der Obergerichtsanwald T a p p e h o r n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]“ (ebd., 27.05.1848, S. 89).

2320 Vgl. ebd.

2321 Vgl. ebd., S. 96.

2322 Vgl. den Teil „Militärisches“ in den *Anzeigen*.

der Eutiner Reservisten vermochte in mehreren Anläufen nur soviel in Aussicht gestelltes Geld einzuwerben, dass dies eben für eine kleine Unterstützung genügte.

In Bezug auf die soziale Frage im Fürstentum war die Mitteilung der Regierung vom Mai entscheidend, welche die Insten von Abgaben für die großherzogliche Kasse freisprach und die Kopfsteuer abschaffte. Damit war ein Schritt in Richtung einer leistungsgerechteren Besteuerung getan und einer möglichen Aufstandsbewegung der ländlichen Unterschichten im Eutinischen die Sprengkraft genommen.

C.4.3.6 Juni bis September 1848: Die Blütezeit der Paulskirchenversammlung und der Widerhall der Ereignisse in den *Anzeigen*

Nachdem die ersten Juniausgaben ohne Mitteilungen zu den politischen und militärischen Ereignissen geblieben waren, verkündete am 10. Juni 1848 ein Beiblatt der *Anzeigen* Neuregelungen der Postzustellung, welche die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins erlassen hatte.²³²³

In den Privatbekanntmachungen erschien ein Angebot Struves, das Interessierte dazu aufrief, sich bei der Redaktion der *Anzeigen* zu melden, falls Interesse am Mitlesen der *Bremer Zeitung* bestehe.²³²⁴ Struve richtete damit die Möglichkeit ein, auch außerhalb des „geselligen Vereins“ Zeitungen zu lesen, die sich mit den aktuellen Problemen ausführlicher auseinandersetzen, während er selbst seine *Blätter* bisher von politischen Nachrichten weitgehend frei gehalten hatte.

Das Eutiner Mitglied des verfassungsberatenden 34er-Gremiums, Philipp Lindemann, inserierte eine Einladung zur Volksversammlung im Neudorfer Saal. Auf der am 20. Juni 1848 stattfindenden Versammlung wollte er über seine Tätigkeit im Gremium Rechenschaft ablegen und die Ereignisse aus seiner Sicht kommentieren. Offenbar war Lindemann sehr an einer regen Teilnahme an der Versammlung gelegen, denn er betonte deren Wichtigkeit mehrfach:

[D]er bevorstehende Landtag läßt Raum für Hoffnung aber auch für ernste Besorgniß. Ich werde daher [...] in gewohnter Weise das Geschehene ohne Rückhalt mitteilen [...] und die Versammlung zu ungeschwächter, zugleich muthiger und vertrauender Theilnahme am werdenden Bau unserer Zukunft auffordern.²³²⁵

Lindemann lud hiermit nach Ende der Beratungen mit einem Vorlauf von nur drei Tagen zur Rechenschaftsablegung.²³²⁶ Grund dafür war seine Reise nach Frankfurt, wo er an der

2323 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 10.06.1848, S. 101.

2324 Vgl. ebd., S. 102.

2325 Ebd., 17.06.1848, S. 108.

2326 Datiert war die Anzeige auf den 15.06.1848, jedoch kamen die *Anzeigen* erst am Samstag, den

Eröffnung der Paulskirchenversammlung teilgenommen hatte.²³²⁷

Trotz ausdrücklichen Aufrufs war die Versammlung nur mäßig besucht. Inhaltlich sagte Lindemann als Hauptredner nicht viel Neues. Erst Völckers, der von sich aus zu keiner Volksversammlung geladen hatte und auch im Aufruf in den *Anzeigen* nicht genannt worden war, bezeichnete die aus seiner Sicht wesentlichen Forderungen für den nun bald zusammentretenden konstituierenden Landtag Oldenburgs.²³²⁸

Kernpunkte seiner Forderungen betrafen die Schaffung einer demokratischen Gemeindeverfassung, die Neuordnung des Gerichtswesens, insbesondere die Einrichtung von Schwurgerichten und des öffentlich-mündlichen Verfahrens. Weiterhin sollte eine Kommission geschaffen werden, die oldenburgische Verordnungen an die Verhältnisse im Eutinischen anpassen würde. In Bezug auf die Wirtschaftsförderung forderte Völckers gesetzliche Maßnahmen, welche insbesondere das Handwerk vor Ort stützen helfen sollten. Völckers setzte vor allem auf die gemeinnützige Tradition der Stadt, die sich im „Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ zeigte, der in Eutin konservativ geprägt war. Der Hofrat versuchte, die Märzforderungen zur Justizreform und zum demokratischen Gemeinwesen auf die Stadt Eutin und die dortigen Verhältnisse zu übertragen.²³²⁹ Für Lindemann hatte die Forderung nach einer Justizreform nur eine untergeordnete Bedeutung.²³³⁰

Die Reformvorschläge Völckers' wurden nicht weiter erörtert; stattdessen verabschiedete die Versammlung widerspruchsfrei die von Lindemann eingebrachte „Geschäftsordnung für Volksversammlungen“.²³³¹ Ziel der Regulierung, welche die Volksversammlung nach einer Aussprache genehmigte, war es, „[...] die erwartete oder erhoffte Volksbewegung gegen alle umstürzlerischen Bestrebungen zu sichern und ihr den Charakter fördernder Mitarbeit beim Übergang zur konstitutionellen Monarchie zu geben“,²³³² wie es ausdrücklich hieß. In dieser konstitutionellen Grundrichtung waren sich alle politisch aktiven Bürger im Fürstentum einig. Sie lenkten das Volk bewusst auf den Weg institutioneller Reform und versuchten auf diese Weise erfolgreich, revolutionäre Aktionen im Fürstentum zu

17.06.1848 heraus, nur drei Tage vor der anberaumten Volksversammlung (vgl. ebd.).

2327 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 2, S. 11.

2328 Vgl. ebd., Nr. 3, S. 12.

2329 Vgl. ebd.

2330 Vgl. ebd., Nr. 1, S. 8.

2331 Vgl. ebd. Nach der Geschäftsordnung sollten Volksversammlungen von mindestens neun Personen anberaumt werden. In der Einladung, die diese neun verantwortlich zu zeichnen hatten, sollte eine verbindliche Tagesordnung angeführt werden. Die Versammlungen sollten immer zu einem greifbaren Ergebnis führen und von einem Präsidium, das neben einem Präsidenten einen Vizepräsidenten sowie zwei Schriftführer enthalten sollte, geleitet werden (vgl. ebd.).

2332 Ebd., Nr. 3, S. 12, vgl. dort auch Vorstehendes.

verhindern.²³³³

Im Amt Schwartau, für dessen Vertretung im 34er-Gremium Amtsassessor Amann nach Oldenburg gereist war, fand keine Volksversammlung zur Rechenschaftsablegung statt. Sie schien unnötig gewesen zu sein, denn die *Blätter der Vereine zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit* hatten wesentlich ausführlicher als im Eutinischen über Ablauf und Inhalte der Oldenburger Beratungen berichtet. Grund dafür war, dass die Redaktion der Zeitschrift in dieser Zeit bereits in den Händen des politisch progressiveren Schwartauer Vereins lag.²³³⁴ Amann hatte sich in Oldenburg für die in seinem Wahlbezirk relevanten Probleme eingesetzt, sich an der Erörterung der allgemeinen Verfassungsfragen aber nicht prominent beteiligt: „Im ganzen zählte er [Amann] zu den Abgeordneten, die sich nur gelegentlich an der Debatte beteiligten. Neben Ludwig Völckers und Philipp Lindemann trat er ganz zurück.“²³³⁵

Am 8. Juli 1848 enthielten die *Wöchentlichen Anzeigen* in den Beiblättern 53 und 54 ein Gesetz zur Berufung eines Landtags „zur Vereinbarung des Grundgesetzes“ und eine Bekanntmachung zur Festlegung der Wahlbezirke im Fürstentum Lübeck. Diesen folgte eine Durchführungsbestimmung für Wahlmännerwahl.²³³⁶

Die „Verordnung von Rastede“ legte Ende Juni die Regelungen für die oldenburgischen Landtagswahlen auf Geheiß des Großherzogs fest. Sie wurde bereits Anfang der Woche auch im Eutinischen bekannt gegeben. Die getroffenen Bestimmungen lehnten sich an das Wahlgesetz für die Abstimmung über die Nationalversammlungsabgeordneten an, waren also freier gehalten als vorherige Wahlregelungen im Oldenburgischen. Persönlich wahlberechtigt für die Landtagswahlen waren demnach alle mündigen Männer, die einen selbständigen Haushalt führten. Bei den getroffenen Regelungen orientierte sich der Großherzog an den Vorschlägen des 34er-Gremiums.²³³⁷ Künftig sollte ein Wahlmann von je 250 Urwählern bestimmt werden, was die Größe des Wahlmännergremiums im Vergleich zu den bisher 400 Urwählern pro Wahlmann deutlich steigerte. Wiederum gemäß der Vorschläge der 34 durfte auf je 8.000 Einwohner ein Abgeordneter in den 35köpfigen Landtag nach Oldenburg entsandt werden.²³³⁸

Widerspruch erfuhren die Regelungen für die Abstimmung bezüglich einer Bestimmung,

2333 Vgl. ebd.

2334 Vgl. ebd.

2335 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

2336 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 17.06.1848, S. 108.

2337 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 13.

2338 Vgl. ebd.

die von Wahlmännern verlangte, über ein Einkommen von mindestens 150 Reichtaler zu verfügen. Anstoß erregten vielmehr Bestimmungen, welche die Einsetzung des Landtagspräsidenten von der Mitwirkung des Großherzogs abhängig machen wollte. Zudem sollte einer Regierungskommission im Landtag weitgehende Rechte zukommen: „Diese Bestimmungen verstand man im Volk als Versuch der Krone, ihre hergebrachten Vorrechte zu wahren und sich damit in der Staatsregierung doch wieder in jedem Falle die letzte Entscheidung zu sichern.“²³³⁹ Ohne die Märzereignisse wäre eine solche Konstellation anstelle eines nur beratenden Landtags sicher als Fortschritt begrüßt worden.

Die *Anzeigen* gaben am 8. Juli bekannt, dass die Listen der zu Wahlmännern wählbaren Bürger nun zur Einsichtnahme offen lägen.²³⁴⁰

Während sich die Behörden beeilten, den Anforderungen des Wahlgesetzes zu genügen und die Abstimmung vorzubereiten, luden 15 Eutiner aus Stadt und Amt zu einer Volksversammlung für den Folgetag in den Neudorfer Saal ein. Die Einladung folgte den Vorgaben der Ordnung Lindemanns für Volksversammlungen, denn sie gab neben den Namen der Aufrufenden, unter ihnen Lindemann selbst, der Eutiner Advokat Hopp und einige Hufner und Bauernvögte, auch die Tagesordnungspunkte bekannt: Vor allem ging es um die Frage, ob das Wahlgesetz den Erfordernissen der Zeit entspräche und was „ehrenwerth“ und „gesetzlich“ geschehen könne, um die Urwahlen zum Guten zu wenden.²³⁴¹

C.4.3.6.1 Zum Protokoll der Neudorfer Volksversammlung vom 9. Juli 1848 und der weiteren Entwicklung im Eutinischen

Trotz kurzer Ladungsfrist war die Volksversammlung gut besucht.²³⁴² Lindemann kritisierte drei Punkte, welche die Wahl des Landtags sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen seines Handelns betrafen. Der Eid, den die Abgeordneten leisten sollten, erfuhr in der Versammlung eine unterschiedliche Deutung. Einig war man sich dagegen, dass der

2339 *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 13, vgl. dort auch Vorstehendes.

2340 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 08.07.1848, S. 118.

2341 Vgl. ebd., S. 120, wörtlich: „Zur freimüthigen Besprechung und Beschlußnahme durch die Versammlung werden wir dort die Fragen stellen: entspricht das Wahlgesetz den Forderungen der Zeit und unsern Verhältnissen? ist gegen hervortretende und erkannte Mängel des Gesetzes durch eine abermalige Landespetition Vorstellung zu machen? was kann gesetzlich und ehrenwerth geschehen, um die nahen Urwahlen zweckmäßig zum Guten zu richten? soll die bisher von der Regierung unbeantwortet gebliebene erste Landespetition weiter begründet und um Antwort auf dieselbe ehrerbietig aber ernst gebeten werden?“ (ebd.).

2342 Vgl. ebd., 15.07.1848, S. 127f. Das Protokoll umfasste etwa eine Textseite und war in die Punkte römisch ein bis römisch drei untergliedert. Als verantwortliche Protokollanten zeichneten H. Olandt und Dr. Nathan (vgl. ebd.).

Vorschlag von sechs Kandidaten für die Position eines Landtagspräsidenten in einem 35köpfigen Gremium kaum zu bewerkstelligen und zudem nicht gerechtfertigt sei.²³⁴³

In Bezug auf den Zensus von 150 Talern Einkommen sprach sich die Volksversammlung nicht eindeutig aus, es hieß lediglich: „Auch der census für die Wahlmänner, gegen die die 34 gestimmt, kam zur Verhandlung.“²³⁴⁴ Als dritten Punkt kritisierten die Bürger die §§ 66 und 67 des Wahlgesetzes, nach denen Abgeordnete wegen ihrer Meinungsäußerung oder infolge ihres Abstimmungsverhaltens den Strafgesetzen unterliegen sollten. Darüber hinaus erlaubten die Regelungen eine Verhaftung einzelner Abgeordneter auch ohne Zustimmung des Landtags:

[Die §§ 66 und 67; M. P.] veranlaßten die Bemerkung, es gewinne das Ansehen, als ob unter polizeilicher Aufsicht pactirt werden sollte. Es wurde dann beschlossen: daß von den 15 Convocanten [den Einladenden der Versammlung; M. P.] gegen das fragliche Gesetz eine entschiedene Petition verfaßt und an den Großherzog abgesandt werde.²³⁴⁵

Eine so entschieden oppositionelle Haltung gegen die großherzogliche Gesetzgebung hatte man bisher in den *Anzeigen*, dem Amtsblatt des Fürstentums Lübeck, vergeblich gesucht. Zwar handelte es sich beim Protokoll der Volksversammlung nicht um einen Artikel aus der Feder eines Redakteurs, fand sich das Protokoll unter „Privat-Bekanntmachungen“, dennoch war der Inhalt verglichen mit der Tradition der *Anzeigen* „revolutionär“, eben weil hier erstmals offene Kritik gewagt wurde.²³⁴⁶

Der Abschnitt ging auf die Schwierigkeiten bei der Suche geeigneter Wahlmänner im Fürstentum ein. Im bisher politisch totgeglaubten Eutin sei es schwierig, geeignete Personen für dieses Amt zu finden. Neben den 15 Einladenden der Volksversammlung wollte ein Antrag zehn weitere Personen, unter ihnen fünf Arbeiter, zu Mitgliedern eines Gremiums zur Findung geeigneter Wahlmänner berufen. Die Versammelten entsprachen dieser Regelung.²³⁴⁷

Auch hier fällt auf, wie offen in den *Anzeigen* die mangelhafte Politisierung im Fürstentum kritisiert wurde. Lindemann versuchte mit seinem Antrag, eine „Wahlmännerfindungskommission“ einzurichten, ein weiteres Mal erfolgreich, die Wahlen

2343 Vgl. ebd., S. 127, wörtlich: „Der Vorschlag von 6 Candidaten zur Präsidentenstelle, in einer kleinen Versammlung nicht einmal möglich, erschien für eine Abschließung des Vertrags mit dem Großherzoge bestimmten Versammlung durchaus nicht gerechtfertigt.“ (ebd.).

2344 Vgl. ebd., S. 127f.

2345 Ebd., S. 128.

2346 Nicht zuletzt werden die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung in den benachbarten Herzogtümern die Einstellung vieler Eutiner beeinflusst haben, denn die dortigen Abstimmungen sollten nach Maßgabe eines allgemeinen, gleichen, direkten und öffentlichen (Männer-)Wahlrechts (Wahlgesetz vom 14. Juli 1848) Anfang August 1848 stattfinden (vgl. Vosgerau 1998, S. 12).

2347 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.07.1848, S. 128, vgl. dort auch Vorstehendes.

in seinem gesetzlich-reformerischen Sinne zu beeinflussen. Um das ländliche Proletariat von vornherein ruhig zu stellen, forderte Lindemann die Mitarbeit von mindestens fünf Arbeitern. Ein geschickter Schachzug gegen mögliche Unruhen. Zwar gab es unter den Versammelten auch einige, die diesen Vorschlag als Bevormundung der Wähler ablehnten, doch setzte sich Lindemann kraft seiner erworbenen Autorität durch.²³⁴⁸ Dass es gegen den Weg gesetzlicher Reform zumindest Bedenkenträger gab, zeigt Folgendes: „Arbeiter P l a m b e k aus N e u d o r f [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] sprach es aus, daß man von all dem Petitioniren noch kein Resultat hätte.“²³⁴⁹

Um dieser für Lindemann gefährlich erscheinenden Enttäuschung über die gesetzlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu begegnen, regte er im dritten Teil der Versammlung an, dass in Betreff auf die Petition „Zeitbitte“ aus dem Frühling 1848 nun noch einmal um eine Antwort gebeten werden solle. Nachdem die Versammlung diesem Wunsch entsprochen hatte, thematisierte Advokat Völckers die Wahl Erzherzog Johanns von Österreich zum Reichsverweser am 28. Juni 1848 und brachte dem Reichsverweser ein Hoch entgegen, das die Versammelten lebhaft erwiderten.²³⁵⁰

Im Anschluss an das Protokoll der Volksversammlung in Neudorf folgte eine Einladung zu einer weiteren Volksversammlung in Schwartau, die am folgenden Tag stattfinden sollte. Die zehn Einladenden, unter ihnen auch Advokat Wibel aus Schwartau, hielten sich bei der Gestaltung der Einladung an die in Eutin verabschiedete Richtlinie für Volksversammlungen, indem sie auch die Tagesordnungspunkte bekanntgaben. Wie in Eutin sollte in Schwartau über die strittigen Bestimmungen des Wahlgesetzes debattiert werden. Weiterhin ging es auch dort um die immer noch ausstehende Antwort des Großherzogs auf die „Zeitbitte“.²³⁵¹

Diese zweite Volksversammlung hatte sich nach Wortlaut ihrer Einladung zunächst an die Einwohner von Fleck und Amt Schwartau gewandt. Dennoch zog auch der Eutiner Lindemann mit zahlreicher Gefolgschaft nach Schwartau, um die dort Versammelten politisch nach seinen Vorstellungen lenken zu können. Insgesamt zählte die Volksversammlung drei- bis vierhundert Teilnehmer, von denen etwa zweihundert mit

2348 Vgl. *Blätter für Heimatkunde*, 1959, Nr. 4, S. 14.

2349 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.07.1848, S. 128. Plambeks Äußerung zeugt vom gewachsenen Selbstbewusstsein der Landarbeiterschaft. Klußmann nennt als Resultat der Instenbewegung von 1848/ 50 in den Herzogtümern: „Die eigentliche Neuerung [...] war der beginnende Wandel des sozialen Selbstverständnisses [...]. Neben den Bezeichnungen wie Inste, Heuerling und ähnlichen, die die rechtliche Stellung in der Gemeinde kennzeichneten, kam neben dem älteren Begriff 'kleine Leute' zunehmend die Selbstbenennung als 'Arbeiter' in Gebrauch.“ (Klußmann 1998, S. 173).

2350 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 15.07.1848, S. 128, vgl. dort auch Vorstehendes.

2351 Vgl. ebd.

Lindemann gezogen waren.²³⁵² Auf diese Weise hatte der Eutiner die Mehrheit bei Abstimmungen sicher.

Die Schwartauer, die von der großen Zahl anwesender Eutiner irritiert waren, mussten zunächst von Advokat Wibel, dem prominenten Vertreter des örtlichen *Vereins zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit*, beruhigt werden, bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde. Lindemann, der daraufhin auch zur Petition sprechen durfte, gab an, diese nach der Veröffentlichung der Antwort des Großherzogs auf die ähnlich lautende Petition der Oldenburger in der vorliegenden Form nicht mehr stellen zu können. Stattdessen sollte ein nach Eutiner Vorbild zusammengesetztes 15köpfiges Gremium den Text des Sendschreibens anpassen. Diesem Vorschlag wurde auf der Volksversammlung entsprochen.²³⁵³

Die Zeit bis zur Urwahl war zum Zeitpunkt der Volksversammlung bereits knapp. Die Behörden hatten für Stadt und Amt Eutin in den *Anzeigen* vom 15. Juli 1848 die Wahltermine für die Urwahlen festgelegt. Im Amt Eutin sollte vom 24. bis zum 27., in der Stadt am 26. Juli 1848 gewählt werden. Für die Versammlungen wurde amtlich nur jeweils der Beginn, nicht aber deren Ende festgelegt,²³⁵⁴ was in der Stadt Eutin erneute Auseinandersetzungen um den Stadtsyndikus Specht evozierte.²³⁵⁵

Am 19. Juli 1848 gab eine Sondernummer der *Wöchentlichen Anzeigen* den Eutinern die Antwort des Großherzogs auf die Forderungen der Volksversammlung in Oldenburg vom 26. Juni bekannt, in der ähnliche Forderungen bezüglich der Regelungen für den kommenden Landtag gestellt worden waren wie im Fürstentum Lübeck.

In sechs Ordnungspunkten wies Großherzog August jedes Entgegenkommen auf die Forderungen der Oldenburger zurück. Die verlangte Aufhebung des Wahlzensus sei verwaltungstechnisch nicht mehr durchführbar, die Urlaubsverweigerung für Beamte, die zu Mitgliedern des Landtages gewählt worden waren, beziehe sich auf Einzelfälle und der

2352 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 15.

2353 Vgl. ebd., S. 16, weiter: „Der Vorsitzende legte der Menge formulierte Fragen vor, die mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten waren, und erreichte auf diese Weise, daß die Absendung der noch zu bearbeitenden Petition in der Frage des Wahlgesetzes allgemein gutgeheißen und eine Entscheidung des Großherzogs in der Angelegenheit der 'Zeitbitte' verlangt wurde.“ (ebd.). Anders als in Eutin waren die fünf zusätzlich gewählten Arbeiter in Schwartau auch mit der Aufgabe betraut, den Text der „Zeitbitte“ anzupassen (vgl. ebd.).

2354 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstentum Lübek*, 15.07.1848, S. 123f.

2355 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 5, S. 17. Specht ließ die Wahlen bereits eine halbe Stunde nach Beginn schließen. Zu diesem Zeitpunkt hatten alle Urwähler, die sich pünktlich um 9 Uhr morgens im Rathaussaal eingefunden hatten, ihre Stimme abgegeben. Da die vorherigen Wahlen in Verbindung mit der Bestimmung des Abgeordneten Rüders für die Nationalversammlung zwei Stunden gedauert hatten, war es verständlich, dass Lindemann und einige Urwähler in seinem Gefolge die erneute Öffnung der Wahl forderten, was der Bürgermeister daraufhin veranlasste (vgl. ebd.). Die Wahlbeteiligung bei dieser Landtagswahl war im gesamten Großherzogtum sehr gering (vgl. Eckhardt 1987, S. 340).

geforderte Eid der Abgeordneten stehe sehr wohl mit ihrer Aufgabe in Einklang, hieß es.²³⁵⁶ In Bezug auf die Regelung zur strafrechtlichen Verfolgung von Abgeordneten gab der Großherzog an, diese könnten sich auf keine besonderen Rechte berufen, da die „gleich berechnete Staatsgewalt“ sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf eine Verfassung, die dies garantiert, beziehen könne. Auf dem konstituierenden Landtag müsste mit dem Verfassungsentwurf erst die Grundlage für eine Abgeordnetenimmunität geschaffen werden.²³⁵⁷

Die Eutiner Regierung hatte das auf den 10. Juli 1848 datierte Antwortschreiben des Großherzogs mit Blick auf die noch immer in Bearbeitung befindlichen Petitionen der Neudorfer und der Schwartauer Volksversammlung vom 9. bzw. 16. Juli in einer Sondernummer der *Anzeigen* drucken lassen, um die Einsendung der Forderungen obsolet erscheinen zu lassen und damit nach Möglichkeit ganz zu verhindern. Abweichend entschied Lindemann, der die Petition aus dem Fürstentum zwar aktualisierend anpassen, aber in inhaltlich gleicher Form senden wollte und auch so verfuhr.²³⁵⁸ Die Forderungen aus dem Fürstentum erfuhren daraufhin eine zeitnahe, aber inhaltlich in allen Punkten ablehnende Antwort des Großherzogs. Dies führte dazu, dass bei der Neudorfer Wahlmännerversammlung vom 6. August 1848 alle Anwesenden den zu wählenden Abgeordneten einen bindenden Auftrag zu erteilen, nicht eher die Eröffnung des Landtags zu bewilligen, bevor die Oldenburger Regierung Zugeständnisse in Bezug auf die Forderungen der eingereichten Petition gemacht haben würde.²³⁵⁹

Am 22. Juli 1848 erfuhren die Eutiner aus den *Anzeigen*, dass der Entwurf der Verfassung für das Großherzogtum Oldenburg von der eingesetzten Kommission nun fertiggestellt sei.²³⁶⁰ Damit war neben den noch anstehenden Wahlen eine weitere wichtige Voraussetzung für die Einberufung des Landtags gegeben.

Datiert auf den 28. Juli 1848, erschien in den *Anzeigen* vom 29. Juli eine Bekanntmachung des Eutiner Regierungspräsidenten Baron v. Grote. Darin hieß es, dass während seiner urlaubsbedingten Abwesenheit alle Ämter durch Hofrat Hellweg ausgefüllt würden.²³⁶¹ Hintergrund für diesen zunächst als temporär angekündigten Rücktritt Grotes war der verbreitete Unmut über dessen konservative Haltung. Der Regierungspräsident,

2356 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 19.07.1848, S. 129f.

2357 Vgl. ebd., S. 130f.

2358 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 16.

2359 Vgl. ebd.

2360 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 22.07.1848, S. 133.

2361 Vgl. ebd., 29.07.1848, S. 137. Bereits im Juli 1847 hatte sich Regierungspräsident Grote durch Hellweg vertreten lassen (vgl. ebd., 24.07.1847, S. 149).

dessen Rücktritt auf jeder Volksversammlung seit dem März 1848 gefordert worden war, erschien vielen Eutinern als Verhinderer nötiger Reformen. Er sei derjenige, der sich zwischen das zunehmend mündig werdende Volk und den verständigungsbereiten Fürsten in Oldenburg stelle, nahmen viele Eutiner an. Der weniger politische Hellwag, der beim Volk einiges Vertrauen besaß, wurde nach zweimonatiger Vertretung und Grotes endgültigem Abschied im Oktober²³⁶² dessen Nachfolger.²³⁶³

Als Grund für die Zurückhaltung der Presse kann angeführt werden, dass diese in der Umgebung Eutins bis hin zum *Lübecker Bürgerfreund* immer noch an die Regierungen gebunden war. Nur in Oldenburg war Grote öffentlich kritisiert worden, während man im Eutinischen stets nur von „missliebigen Beamten“ gesprochen hatte.²³⁶⁴ Grotes Rückzug hing mit der Veränderung des Oldenburger Kabinetts zusammen und wurde als Ausdruck einer veränderten Haltung des Großherzogs gegenüber der politischen Bewegung seit Anfang des Jahres verstanden.²³⁶⁵ Das im August abgelöste konservative Ministerium v. Beaulieu hatte die Märzereignisse überstanden und konnte zum Zeitpunkt des Abtritts auf eine fünfjährige Amtszeit zurückblicken. Nun wurde der bisherige Vorsitzende der Verfassungskommission, Staatsrat Heinrich Schloifer, der als gemäßigter Liberaler galt, Chef dieses sommerlichen März-Kabinetts.²³⁶⁶

In derselben Ausgabe der *Anzeigen* luden v. Finckh, Ludwig Völckers, Philipp Lindemann und andere Eutiner die Kandidaten, Wahlmänner und Urwähler zu einer Versammlung am Samstag, dem 6. August 1848, zur Vorbesprechung der auf den kommenden Tag anberaumten Wahl der Landtagsabgeordneten ein.²³⁶⁷ Auf dieser Versammlung sollte den Kandidaten die Möglichkeit eröffnet werden,

[...] freie und öffentliche Erklärung [...] über ihre Auffassung der Zeit und deren Bedeutsamkeit für Recht und Stellung unseres Landes zu Oldenburg und dem neu entworfenen Staatsgrundgesetz [abzugeben; M. P.]²³⁶⁸.

Auf Grundlage dieser Positionierungen sollten sich die Wahlmänner für die geeigneten Bewerber entscheiden. Den Urwählern war die Rolle zugedacht, sich von der „Unparteilichkeit“ und vom „Ernst“ der Versammlung zu überzeugen.²³⁶⁹

Die Einladung wurde in der Rubrik „Privat-Bekanntmachungen“ eingeordnet, zwischen

2362 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 21.10.1848, S. 189.

2363 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 5, S. 18.

2364 Vgl. ebd.

2365 Vgl. ebd., veröffentlicht wurde die Umbildung des Oldenburger Kabinetts durch amtliche Bekanntmachung in den *Anzeigen* vom 12.08.1848 (vgl. ebd., S. 149).

2366 Vgl. Eckhardt 1987, S. 340f.

2367 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 29.07.1848, S. 138.

2368 Ebd.

2369 Vgl. ebd.

einer Annonce zur Gründung einer „Kuhgilde“ und einer Geburtsanzeige.²³⁷⁰

Die „Gemeinnützigen Nachrichten“ beschäftigten sich weniger mit den Wahlen als mit dem Kartoffelanbau, zu dem ein Aufsatz von „Schullehrer Hans Peter Petersen“ abgedruckt war.²³⁷¹ Auch diese Mitteilungen waren zeittypisch. Man versuchte, sich das Auftreten der pilzbedingten Krautfäule durch Anbaufehler zu erklären, um ihr so den Schrecken zu nehmen.²³⁷²

Eine Sondernummer der *Anzeigen* gab am 1. August 1848 das Ergebnis der Abstimmungen über die Wahlmänner bekannt. Bestimmt wurden zumeist Bauernvögte und Hufner, in der Stadt aber auch einige Handwerker, unter ihnen Seiler Olderog und Färber Krafft, die aus dem Eutiner Vereinsleben und der neu entstandenen Bewegung nicht wegzudenken waren.²³⁷³ Neben der Aufzählung aller Wahlmänner entsprechend ihrer Wahlbezirke in Stadt und Amt Eutin bzw. dem Amt Schwartau wurde als Wahltermin der 7. August 1848 festgelegt.²³⁷⁴

Am 5. August 1848 brachten die *Anzeigen* daraufhin erstmalig einen halbseitigen Artikel zur bevorstehenden Abstimmung der Wahlmänner am darauffolgenden Montag. Der Verfasser zog es vor, seine Ausführungen anonym zu veröffentlichen. Grund dafür war die enthaltene Wahlempfehlung zugunsten des umstrittenen Stadtsyndikus Specht. Jenen, der im März in den *Anzeigen* gegen die Verfassung geschrieben hatte, darauf Angriffe auf seine Person erleiden musste und die Wahlmännerabstimmung in der Stadt Eutin bereits eine halbe Stunde nach ihrem Beginn die Wahl hatte schließen lassen, empfahl der Einsender als geeigneten Landtagsabgeordneten: Spechts Gemeinsinn, der sich in Form der Speiseanstalt für Bedürftige und anderen Einrichtungen gezeigt habe, lege eine Wahl nahe.²³⁷⁵

Diese „Wahlwerbung“ für Specht war als gemeinnützig kategorisiert und erschien kostenlos. Struve musste den Abdruck gutgeheißen haben, denn über solche Veröffentlichungen konnte er im Gegensatz zu den amtlichen Anzeigen und den privaten

2370 Vgl. ebd.

2371 Vgl. ebd., S. 139f.

2372 Im Westfälischen schrieben die dortigen Zeitungen, die Fäule entstehe durch den Rauch der Lokomotiven, die durch die Felder stüben. Das Warburger Kreisblatt vermutete die Ursache der Missernte bei im Laub lebendem Ungeziefer gefunden zu haben. Auch die Temperaturschwankungen im Frühling und bei Gewittern, auf die wieder die Sonne folgte, seien Auslöser der Krankheit (vgl. Krus 1998, S. 104f.).

2373 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 01.08.1848, S. 141- 143. „Unter den 87 Wahlmännern waren 2 Beamte (Hofräte), 2 Advokaten, 1 Arzt, 1 Eigentümer, 9 Handwerksmeister und ein Geselle aus Eutin und Schwartau, 1 Pastor, 3 Lehrer, 52 Hufner (darunter 20 Bauernvögte), 1 Altenteiler, 4 Müller, 6 Gastwirte, 3 Kätner und ein Schuster aus den ländlichen Bezirken (vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 16).

2374 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 01.08.1848, S. 143.

2375 Vgl. ebd., 05.08.1848, S. 147.

Anzeigen, welche die Zeitung wirtschaftlich trugen, frei verfügen. Offenkundig gab es im Fürstentum eine Anzahl politischer Freunde Spechts, die sich mit ihm gegen einen stärkeren Einfluss Oldenburgs stellen wollten. Specht war zuvor als Kandidat für das Amt eines Wahlmannes gescheitert. Zwar war die Wahlbeteiligung im Fürstentum im Durchschnitt gering, doch entfielen von den in Eutin abgegebenen 166 Stimmen auf Hofrat v. Finckh 132, auf Völckers 127 und auf Lindemann 112 Stimmen. Um Wahlmann werden zu können, hätte Specht mindestens 61 Stimmen erreichen müssen, tatsächlich vereinigte er aber nur zwölf Stimmen auf sich.²³⁷⁶

Aus welchem Grund die Einsendung erfolgte, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.²³⁷⁷ Dennoch zeigt die Einsendung, dass sich die *Anzeigen* trotz des Abdrucks der Volksversammlungsprotokolle nicht in Richtung einer progressiveren Berichterstattung drängen ließen. Sie verharrten auf einem reformkonservativen Standpunkt.

Den Abschluss der „Gemeinnützigen Nachrichten“ dieser Ausgabe bildete ein anderthalbseitiger (Werbe-)text über die Möglichkeiten des „Patentsteingusses“.²³⁷⁸

Offenbar war auch die Steuerentlastung der Insten vom 12. Mai 1848 Gegenstand der öffentlichen Diskussion, denn die Eutiner Regierung sah sich drei Monate später dazu veranlasst, festzustellen, dass auch kleine Eigenkätner und Anbauer zum Geltungsbereich der Verordnung zu zählen seien.²³⁷⁹ Wahrscheinlich wollte die Regierung mit dieser Feststellung den Unmut der Kleinbauern über die Besserstellung der Besitzlosen gering halten.

Wirtschaftlich brachte der Aufbruch im Frühling 1848 auch Advokat Lindemann Vorteile: In den *Anzeigen* vom 19. August 1848 erlaubte das Oberappellationsgericht in Oldenburg Lindemann, eine Anwaltskanzlei zu führen.²³⁸⁰ Nach dem Aufstand der Insten 1832 und infolge seiner Petitionen, welche die Lebensumstände der Armen im Fürstentum Lübeck

2376 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 16. Auch die Abstimmungen über die konstituierende Landesversammlung im angrenzenden Herzogtum Holstein war trotz des sehr liberal gestalteten Wahlrechts gering. Die Wahlbeteiligung betrug dort im Landesdurchschnitt 10- 15% (vgl. Vosgerau 1998, S. 93). Die Anteilnahme der Urwähler an den Abstimmungen war im Fürstentum durchaus unterschiedlich ausgeprägt. Wählten in Eutin 166 Bürger, erschienen im gleich großen Rensefeld nur etwa 40 zur Abstimmung (vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 16). Es ist anzunehmen, dass die Erntezeit einen ausreichenden Grund für viele landwirtschaftlich Beschäftigte bot, der Wahl fern zu bleiben (vgl. Vosgerau 1998, S. 13).

2377 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 4, S. 16.

2378 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 05.08.1848, S. 148.

2379 Vgl. ebd., 12.08.1848, S. 149.

2380 Vgl. ebd., 19.08.1848, S. 153, vgl. auch den Beschluss der Eutiner Regierung vom 26.08.1848: „Der Obergerichtsanwald P h i l i p p L i n d e m a n n [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], hieselbst, ist zur Anwaltspraxis bei der Justiz-Canzlei und den Untergerichten des Fürstenthums Lübek wiederum zugelassen.“ (vgl. ebd., 02.09.1848, S. 162).

anklagend beschrieben hatten, war Lindemann im selben Jahr das Petitionsrecht und das Recht, eine Anwaltskanzlei zu führen, abgesprochen worden.²³⁸¹

In Bezug auf die Verfassungsproblematik setzten die *Anzeigen* ihre Informationen mit einem Beiblatt fort, welches die Abgeordneten zum Landtag einberief.²³⁸² Neben dem Leiter der Justizkanzlei, Ludwig Völckers, waren die Advokaten Lindemann und Wibel als Abgeordnete für das Fürstentum Lübeck gewählt worden. Beide hatten sich seit dem Vormärz und besonders infolge der Märzereignisse als Vertreter des gesetzlichen Fortschritts präsentiert.²³⁸³ Im Gegensatz zu den beiden Eutinern hatten es viele der ehemaligen Mitglieder des 34er-Gremiums nicht geschafft, erneut das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Birkenfeld schickte nur neue Abgeordnete und auch im Herzogtum Oldenburg waren viele der ehemaligen Gesandten nun nicht wieder vertreten.²³⁸⁴ Dies war nicht zuletzt auch Ausdruck eines gewachsenen politischen Bewusstseins in den beiden südlicheren Teilstaaten. Während man im Fürstentum Lübeck, wie Lindemann auf einer Volksversammlung selbst sagte, erst am Anfang einer breiteren Politisierung stand, war diese im Kernland des Großherzogtums offenkundig schon weiter fortgeschritten.²³⁸⁵

C.4.3.7 Die Eröffnung des oldenburgischen Landtags aus Sicht der *Anzeigen*

Der oldenburgische Landtag verhandelte ab dem 1. September 1848 bis zum 14. Februar 1849 recht intensiv an 106 Tagen.²³⁸⁶ Begleitet wurden die Debatten im Allgemeinen von einer lebhaft teilnehmenden Presse.²³⁸⁷ Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände betrafen hierbei die Stellung der Exklaven Birkenfeld und Lübeck zum Herzogtum Oldenburg, die Frage des Wahlmodus' und die Stellung des Fürsten in der angestrebten konstitutionellen Monarchie. Hier musste entschieden werden, wie die Besoldung des Großherzogs ausgestattet werden sollte, denn in Oldenburg war der Privatbesitz des Fürsten immer noch mit dem Staatsschatz verbunden. Weiterhin ging es um die Frage, ob dem Fürsten ein suspensives oder ein absolutes Veto zustehen solle.²³⁸⁸

Die *Wöchentlichen Anzeigen* informierten bereits am 9. September 1848 über die Eröffnung des Landtags in Oldenburg, indem sie nach einigen einleitenden Sätzen die

2381 Vgl. *Blätter für Heimatkunde*, Nr. 21, 1958, S. 84.

2382 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 26.08.1848, S. 157.

2383 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 5, S. 18.

2384 Vgl. ebd.

2385 Vgl. ebd.

2386 Vgl. ebd., Nr. 6, S. 21ff.

2387 Vgl. Eckhardt 1987, S. 341.

2388 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 6, S. 21ff.

Eröffnungsrede des provisorischen Ministers Johann Heinrich Jakob Schloifer und die Erwiderung Lindemanns als Alterspräsidenten abdruckten. Die Rede Schloifers ging kurz auf den Prozess der Verfassungsgebung der Paulskirchenversammlung als Rahmen für die oldenburgische ein. Er betonte die Rechtmäßigkeit des Frankfurter Parlaments. Das Grundgesetz für das Großherzogtum Oldenburg, wie es als Entwurf nach den Vorschlägen der Kommission zur Erarbeitung der Verfassung vorliege, finde die Zustimmung des Großherzogs, der eine zeitgemäße konstitutionell-monarchische Verfassung wünsche.²³⁸⁹

Als Kernpunkte führte Schloifer Folgendes an:

Die neue Verfassung soll dem Volke seine Freiheiten, seine gleichberechtigte Theilnahme an der Gesetzgebung und an der Einrichtung des Staatshaushaltes, die Mittel zur Überwachung der Gesetzlichkeit in der Verwaltung verbürgen, aber auch der Staatsregierung in ihrer Vollziehungs- und oberaufsehenden Gewalt die ungeschwächte Kraft enthalten, Recht und Ordnung zu handhaben, das Gute zu fördern und das Böse zu hindern, eine Kraft, ohne die kein Staat Bestand finden kann, seine Form sei, wie sie wolle.²³⁹⁰

Als weitere Aufgaben für den Landtag nannte der Minister die Sicherstellung ausreichender Mittel für den Ausbau des Militärs.²³⁹¹

Lindemann betonte in seiner Antwort, dass man früher zu wenig Freiheit zugestanden habe, nun aber zu viel fordere. Das Ergebnis des Konfliktes um das rechte Maß sah Lindemann als offen an. Er positionierte sich damit noch einmal als Vertreter der konstitutionell-reformerischen Richtung, wie sie für die Mehrzahl der Vormärzliberalen typisch war. Weiter wurde Wibels Forderung abgedruckt, man müsse stets die Einheit Deutschlands als höheres Ziel im Auge behalten.²³⁹²

Struve informierte in den *Anzeigen* durch diesen knapp anderthalb Seiten umfassenden Bericht aus Oldenburg über die hauptsächlichen Aufgaben des Landtags aus Sicht der Regierung.

Die Abgeordneten waren in der Mehrheit bereits zwei Tage vor der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages in Oldenburg zusammengekommen. Lindemann und Völckers hatten sich bei ihrer Wahl verpflichtet, auf die Abänderung des Wahlgesetzes zu dringen. In zwei vorläufigen Sitzungen standen Ende August die Landtagsabgeordneten der Anfang August 1848 umgebildeten Regierung gegenüber. Staatsrat Schloifer war zuvor Mitglied der Verfassungskommission gewesen, die eben den Verfassungsentwurf

2389 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 09.09.1848, S. 167f., vgl. dort auch das Vorangegangene.

2390 Ebd., S. 168. Nach Eichhorn war es Ziel der progressiven politischen Kräfte in Oldenburg, die „Errungenschaften der freien Völker“ für das eigene Land zu sichern. Einen Schwerpunkt bildete dabei die deutsche Einigung (vgl. Eichhorn 1999, S. 39f.).

2391 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 09.09.1848, S. 168.

2392 Vgl. ebd.

ausgearbeitet hatte, den der Landtag nun beschließen sollte. Nach Begrüßung der Abgeordneten gab Minister Zedelius für die oldenburgische Regierung eine versöhnliche Erklärung bezüglich der kritisierten Wahlordnung ab. Daraufhin ergriff Lindemann in seiner Funktion als Alterspräsident des Landtages das Wort und mahnte die Änderung der als unzureichend empfundenen Paragraphen der Wahlordnung an. Diesen Vorschlägen folgte die neue Regierung in Gänze.²³⁹³

Im Gegensatz zur Zurückweisung des Großherzogs, welche die *Anzeigen* erst vor einigen Wochen in einer Extraausgabe bekannt gegeben hatten, sollten nun die Änderungswünsche der Neudorfer und Schwartauer Volksversammlungen berücksichtigt werden.

Über die in Oldenburg verhandelten Inhalte konnten sich die Eutiner durch Kauf der Landtagsprotokolle informieren. Sie wurden am 16. September 1848 in den *Anzeigen* beworben.²³⁹⁴ Die *Anzeigen* selbst verzichteten darauf, aus Oldenburg weitergehende Berichte zu liefern. In den „Gemeinnützigen Nachrichten“ erschien stattdessen ein landwirtschaftlicher Aufsatz über die Rinderpest.²³⁹⁵

C.4.3.8 Soziale Fragestellungen in den *Anzeigen*: Die Arbeitslosenproblematik

Die *Wöchentlichen Anzeigen* druckten am 2. und 9. September 1848 zwei Aufsätze ab, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit befassten und Lösungsmöglichkeiten für deren Beseitigung vorschlagen wollten. Beide titelten mit „Über Arbeitsmangel“ und hatten einem Umfang von etwa einer halben Seite. Sie erschienen in der Kategorie „Gemeinnützige Nachrichten“.

Im Aufsatz vom 2. September 1848 kritisierte ein anonymen Verfasser vor allem den aufkommenden öffentlichen Beschäftigungssektor, der beispielsweise im Chausseebau zur Krisenbewältigung seit Mitte der 1840er Jahre eine Anzahl Arbeiter einband. Er forderte weiter, dass sich die Wohlhabenden vor Ort zusammenfänden, um sich über den Lohn abzusprechen, der sich an der landesüblichen Höhe orientieren solle. Sie seien gefordert, mehr Arbeit zu geben, damit die Arbeiter vor Ort bleiben könnten. Öffentliche Arbeiten hingegen erforderten, dass sich die Arbeiter von ihrem Heimatort entfernten, was sich nicht auszahle, denn die Kost sei in der Fremde viel teurer. Zudem leide die Sittlichkeit und die Erziehung der Kinder, wenn der Vater nicht mehr vor Ort wohne

2393 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 5, S. 19f.

2394 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 16.09.1848, S. 170.

2395 Vgl. ebd., S. 175f.

könne.²³⁹⁶ Nur für einen klar abgegrenzten Zeitraum sollte, so der Verfasser, auch der Staat Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, ansonsten müssten sich die Kommunen oder die Wohlhabenden vor Ort um die Versorgung der Arbeiter bemühen, wollten sie den finanziellen Aufwand für die Beschäftigungsverhältnisse nicht in Form steigender Beiträge für die Armenkasse auf unproduktivere Art leisten.²³⁹⁷

In der Folgewoche nahmen die Einsender „N.“ und „I.“ mit einem gleichlautenden Artikel Bezug auf den Aufsatz „Über Arbeitsmangel“. Beide behaupteten, dass der Winter die Situation der Arbeiter weiter verschlechtern werde, wenn man nicht rechtzeitig eingreife.²³⁹⁸ Die Getreidepreise stiegen bereits wieder an und die Zahl der Arbeiter habe sich auch im Allgemeinen vermehrt. Sie betrachteten es als eine allgemeingesellschaftliche Aufgabe, allen Arbeitern ein erträgliches Auskommen zu sichern. In der weiteren Folge gingen „N.“ und „I.“ direkt auf die Vorschläge in den *Anzeigen* der Vorwoche ein. Nicht die relativ unbestimmten „Einzelnen“ oder „Commünen“ sollten für ausreichende Beschäftigung sorgen. Dies müsse man vielmehr von den Grundbesitzern verlangen. In diesem Punkt wurde dem Verfasser des Initiativartikels vorgeworfen, den öffentlichen Beschäftigungssektor nur deshalb zurückfahren zu wollen, um die Staatskasse zu entlasten und um sich so bei der Regierung beliebt zu machen.²³⁹⁹

Statt nur zu negieren, solle man besser fragen, was die Administration für die Beseitigung des Arbeitsplätzemangels tun könne. Die Einsender forderten vom Staat, dass dieser nur dort den Bau neuer Wohnungen erlauben solle, wo sich hinreichende Beschäftigungsmöglichkeiten fänden.²⁴⁰⁰ Hierin widersprachen beide der im Initiativartikel geäußerten Ansicht, die Arbeiter sollten nur direkt vor Ort Arbeit suchen und dafür ggf. auch einen geringeren Lohn in Kauf nehmen.²⁴⁰¹ Vielmehr unterscheide sich die Zahl der vor Ort befindlichen Arbeiter zum Teil erheblich, sodass ein Ausgleich durch Migration angeraten sei. Hierbei stelle die Landwirtschaft im Allgemeinen noch immer die meisten

2396 Vgl. ebd., 02.09.1848, S. 164.

2397 Vgl. ebd.

2398 Vgl. ebd., 09.09.1848, S. 167.

2399 Vgl. ebd. Zwar setzten die Getreidepreise allgemein ihre seit den Sommermonaten 1847 fallenden Tendenz fort, doch brachte das III. Quartal im Vergleich zum Vorgängerquartal keine weiteren Preissenkungen. Die Verfasser können daher angenommen haben, dass die Preise die Talsohle bereits durchschritten hätten und nun wieder im Begriff seien zu steigen. Im IV. Quartal kam es stattdessen zu neuerlichen Preisabschlägen (vgl. Getreidepreisübersicht im einführenden Teil der Arbeit sowie in der Anlage).

2400 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 09.09.1848, S. 167.

2401 Vgl. ebd., 02.09.1848, S. 163. Die geringe Entlohnung amortisiere sich ohnehin durch die günstige Verköstigung am Wohnort gegenüber dem Mehraufwand, der bei einer größeren Entfernung entstehe (vgl. ebd.).

Arbeitsmöglichkeiten.²⁴⁰²

Beide Aufsätze beschäftigten sich mit dem Problem des Arbeitskräfteüberschusses, der auch im Fürstentum Lübeck infolge des Bevölkerungswachstums seit der Jahrhundertwende offenbar zum Problem geworden war. Die Grundtendenz des ersten Artikels ist eine konservative, aus der christlichen Tradition entstammende Ansicht, jeder möge an seinem Platze sein Auskommen finden. Dafür machte der Verfasser zunächst einmal die Wohlhabenden, dann aber auch die Kommune als Kollektiv dafür verantwortlich, genügend Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Einwohner zur Verfügung zu stellen. Die Tendenz der zweiten Einsendung forderte hingegen moderat eine höhere Mobilität der Arbeiter.

Hierin unterschieden sich beide Ansätze grundlegend. Dem zweiten Artikel aber eine „linke“ Ausrichtung zuzuschreiben, griffe fehl. Denn auch hier wurde nicht ein allgemeiner Ausgleich, schon gar keine Umverteilung des Landes allgemein gefordert. Beide Einsendungen blieben im vorindustriellen Denken verhaftet, was nicht zuletzt der im Norden kaum vorzufindenden industriellen Entwicklung geschuldet sein wird. Eine umfassende Antwort auf die Frage des Arbeitskräfteüberschusses vermochten beide nicht zu geben, erst recht keine Perspektive für neue Beschäftigungsmöglichkeiten jenseits des landwirtschaftlichen Sektors.

Am 21. Oktober 1848 zeugte eine Anzeige der „Arbeitsanstalt“ davon, dass es in Eutin sehr wohl einen öffentlichen Beschäftigungssektor gab. Die Anstalt produzierte Röcke, die gefärbt oder ungefärbt zum Verkauf angeboten wurden.²⁴⁰³ Im Inserat gab der Werkmeister H. Werhahn an, eine größere Menge Flachs und Heede anzukaufen,²⁴⁰⁴ um aus diesen von den Armen neue Waren herstellen zu lassen.

Die ungewöhnlich umfangreiche Dokumentation der Landtagseröffnung war ohne Zweifel dem inzwischen erreichten höheren politischen Interesse in Eutin und Umgebung geschuldet. Der Redakteur der *Anzeigen* sah sich Anfang September dazu veranlasst, sowohl soziale Probleme wie den Arbeitskräftemangel als auch Politisches, wie die Eröffnung des Landtages, in seiner Zeitung zu thematisieren. Dies erhöhte den Politisierungsgrad der *Anzeigen*, welcher sich im Wesentlichen auf Einladungen und Protokolle von Volksversammlungen sowie auf Verordnungen der Regierung stützte.

2402 Vgl. ebd., 09.09.1848, S. 167.

2403 Vgl. ebd., 21.10.1848, S. 190.

2404 Vgl. ebd.

Langfristig fortgeschrieben könnte die Eutiner Zeitung auf diesem Wege in ein politisches Lokalblatt gewandelt werden.

C.4.3.9 Zum Septemberaufstand 1848 in den *Anzeigen*

Am 30. September 1848 nahmen die *Anzeigen* auf den republikanischen Aufstand gegen die Nationalversammlung in Frankfurt Bezug. Minister Schloifer ließ hierzu einen Aufruf des Reichsverwesers Erzherzog Johann abdrucken, in dem dieser den Septemberaufstand als verbrecherisches Werk einer Partei kennzeichnete, die Deutschland in die Anarchie eines Bürgerkriegs stürzen wolle.²⁴⁰⁵ Der Reichsverweser betonte weiter, dass die Gesetzlosigkeit des Aufstandes die Freiheit gefährde. Diese Freiheit wolle die Nationalversammlung bei der Erarbeitung des Verfassungswerks gerade sichern. Er selbst sehe sich durch sein Amt verpflichtet, das Land gegen solche unrechtmäßigen und unberechtigten Angriffe zu schützen.²⁴⁰⁶

Hintergrundinformationen, wie und warum es zum Aufstand kam, fehlten sowohl in den *Anzeigen* selbst als auch im abgedruckten Aufruf des Reichsverwesers.

Auf knapp zwei Seiten wurden am 7. Oktober 1848 insgesamt zwölf Steckbriefe aus Bockenheim bzw. Frankfurt gedruckt, die in Verbindung mit dem Septemberaufstand der Linken standen.²⁴⁰⁷ Eine nähere Beschreibung der Schuld der Angeklagten nannten die Steckbriefe nicht. Diese Ausgabe enthielt ebenso wie die folgende, die wiederum auf zwei Seiten Länge Steckbriefe bekanntmachte, keine „Gemeinnützigen Nachrichten“. ²⁴⁰⁸ Die Eutiner erfuhren aus ihrem *Anzeiger* über den Septemberaufstand wenig mehr als die Proklamation des Reichsverwesers im amtlichen Teil und die folgenden Steckbriefe zur Haftbarmachung der Beschuldigten.

2405 Vgl. ebd., 30.09.1848, S. 177, wörtlich: „Deutsche! Die verbrecherischen Vorfälle in F r a n k f u r t [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], der beabsichtigte Angriff auf die Nationalversammlung, Aufruhr in den Straßen, der durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, empörender Meuchelmord und lebensgefährliche Bedrohung und Mißhandlung an einzelnen Abgeordneten verübt, sie haben die Pläne und Mittel einer Parthei deutlich gezeigt, die unserm Vaterlande die Schrecknisse der Anarchie und eines Bürgerkriegs bringen will.“ (ebd.).

2406 Vgl. ebd.

2407 Vgl. ebd., 07.10.1848, S. 181f.

2408 Vgl. ebd. bzw. ebd., 14.10.1848, S. 185f., wörtlich: „S t e c k b r i e f. Alle Gerichts- und Polizeibehörden werden ersucht, auf die hierunter signalisirten Individuen, welche der Theilnahme an der Ermordung des Fürsten L i c h n o w s k i und des Grafen A u e r s w a l d, bezüglich an dem 18. Septbr. d. J. in F r a n k f u r t stattgehabten Aufruhr verdächtig sind, fahnden, solche betretenen Falls arrestiren zu lassen und uns davon zu benachrichtigen. B o c k e n h e i m, am 27. Septbr. 1848. Kurfürstl. Hessisches Justizamt. [...] No. 2. C o n r a d H o f m a n n, Schneidergeselle aus G i n n h e i m [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]. Alter: 26-29 Jahre. Größe: 5 Schuh 7 Zoll ohngefähr. Haare: blond. Nase: gewöhnlich. Mund: ebenso. Stirn: frei. Bart: schwach, blond. Kinn: gewöhnlich. Gesicht: länglich. Farbe: blaß. Statur: schlank.“ (ebd., 14.10.1848, S. 185).

Grundsätzlich legt die quantitative Analyse der Zeitungsinhalte die Annahme nahe, dass die deutliche Aufwertung des Textteils der „Gemeinnützigen Nachrichten“ durch eine Politisierung auch der *Anzeigen* notwendig geworden war. Ein Blick in den Inhalt soll zeigen, ob diese Annahme zutreffend ist:

Die „Gemeinnützigen Nachrichten“ der Ausgabe vom 21. Oktober enthielten „Aphorismen über die Cholera“. Einsender war, wie schon am 23. September 1848, für „Über die Rinderpesth“ der Eutiner Roth, der im Frühling zu Spenden von Verbandsmaterial für die Soldaten im Krieg gegen Dänemark aufgerufen hatte.²⁴⁰⁹

Die erste Ausgabe der *Anzeigen*, die sich wieder ausführlicher mit den politischen Ereignissen der Zeit beschäftigte, erschien am 28. Oktober 1848. Zunächst enthielt das Beiblatt 59 einige Gesetze der Nationalversammlung.²⁴¹⁰ Diese Bestimmungen waren zum Teil schon Monate alt, wie etwa das „Gesetz zur Einführung einer provisorischen Zentralgewalt“, das die Grundlage für die Wahl Johann von Österreichs zum Reichsverweser am 28. Juni 1848 gebildet hatte.

Unter „Bekanntmachung einheimischer Behörden“ inserierte der Eutiner Regierungspräsident Hellwag eine Antwort auf eine Petition der Insten, welche die Einrichtung eigener Parzellen zum Nahrungsmittelanbau gefordert hatten.²⁴¹¹ Die Regierung bezog sich hierbei auf den Großherzog, der seinerseits in Aussicht gestellt hatte, Parzellenland, das er gegen eine jährliche Entschädigung aufzugeben bereit war, an arme Eigenkätner oder Insten zu verteilen.²⁴¹² Hierbei handelte es sich um die Fortsetzung der bereits zu Beginn der 1830er Jahre teilweise durchgeführten Maßnahmen.

Den Hintergrund für diesen Vorschlag bildeten die Verhandlungen des Landtags über die Zivilliste des Großherzogs, mit deren Hilfe der Privatbesitz des Großherzogs vom Staatsgut getrennt werden sollte. Der Landtag hatte am 7. Oktober 1848 dahingehende Forderungen des 34er-Ausschusses aufgegriffen. Lindemann als Vorsitzender des Finanzausschusses des Landtags hatte vorgeschlagen, alle Domänen zu Staatseigentum zu erklären. Diesen Antrag nahm der Landtag einstimmig an und stellte sich so gegen den

2409 Vgl. ebd., 21.10.1848, S. 192, bzw. vgl. ebd., 23.09.1848, S. 175f. („Über die Rinderpesth“), für den Spendenaufruf vgl. ebd., 01.04.1848, S. 58.

2410 Vgl. ebd., 28.10.1848, S. 193, im Einzelnen waren dies das Gesetz zur Verkündung der Reichsgesetze und Verfügungen der Zentralgewalt, die Verordnung über die Herausgabe eines Reichsgesetzblattes, das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt und ein weiteres Gesetz zur Regelung der Immunität der Abgeordneten (vgl. ebd.).

2411 Vgl. ebd., S. 193f.

2412 Vgl. ebd.

Großherzog, der auf Wunsch des Volkes einige Domänen freiwillig zu Staatseigentum erklären wollte, ansonsten aber der Auffassung war, dass die oldenburgischen Domänen als Privateigentum zu betrachten seien. Der Konflikt eskalierte noch weiter, als der Landtag dem Hause Oldenburg statt der geforderten 223.000 Talern Bezüge im Jahr angesichts der hohen Verschuldung des Landes nur die Hälfte bewilligen wollte.²⁴¹³

Es spricht für das Selbstbewusstsein des Landtags, wenn Lindemann in einer Rede betonte, dass sich die Abgeordneten durch die Ereignisse in Wien und Berlin (6. Oktober bis 10. November Volksaufstand Wiens und folgende Belagerung, bevorstehende Schließung des Preußischen Landtags) nicht würden in ihren Forderungen einschränken lassen.²⁴¹⁴

Nach diesem Affront vertagte der Großherzog die Versammlung bis in den Januar 1849.

Lindemann, Völckers, Dr. Nathan, v. Finckh und elf weitere Eutiner luden am 28. Oktober 1848 zu einer Volksversammlung am 5. November ein. Gegenstand der Besprechung sollte eine Adresse an den Landtag sein:

1) Anerkennung der im Ganzen demokratischen Gesinnung des constituierenden Landtages und der in diesem Sinne gefaßten Beschlüsse; 2) Erklärung über die Beschlüsse: *i n d i r e c t e W a h l u n d a b s o l u t e s V e t o* [gesperrt gedruckt im Original; M. P.]; 3) Wünsche in Beziehung auf die Civilliste und Provinziallandtag.²⁴¹⁵

Am 11. November erschien das mit zwei Seiten Umfang recht ausführliche Protokoll dieser Volksversammlung. Die Protokollanten, F. Tappenbeck und N. Lindemann, nahmen einige Wortbeiträge in indirekter Rede auf, was es ermöglicht, wesentliche Argumente nachzuvollziehen. Die Tagesordnung richtete sich nach Vorgabe der Einladung. Advokat Völckers beantragte, dem Landtag in Oldenburg das Vertrauen auszusprechen, auch wenn dessen Beschlüsse für ein absolutes Veto des Großherzogs und ein indirektes Wahlverfahren nicht der Meinung des Volkes entsprächen. Bei der Frage nach der zu bewilligenden Höhe der Zivilliste solle der Landtag dafür Sorge tragen, dass das Volk nicht zu sehr belastet werde, forderte Völckers weiter. Zur Vertretung des Fürstentums Lübeck in Oldenburg sollte ein Provinziallandtag eingerichtet werden. Der Eutiner nutzte bezüglich der Vetofrage erstmals argumentativ das Prinzip der Volkssouveränität, das dem Geist der aus Frankfurt zu erwartenden Reichsverfassung, nicht aber einem absoluten Fürstenveto entspreche.²⁴¹⁶

Dr. Nathan, der sich nach Völckers äußerte, versuchte nachzuweisen, dass die Beschlüsse

2413 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1959, Nr. 8, S. 31f.

2414 Vgl. ebd., S. 32.

2415 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 28.10.1848, S. 196. Die Einladung wurde am 04.11. in den *Anzeigen* wiederholt (vgl. ebd., S. 198).

2416 Vgl. ebd. 11.11.1848, S. 203f., wörtlich: „Das absolute Veto aber sei unverträglich mit der anerkannten und bereits in Frankfurt ausgesprochenen Volkssouveränität.“ (ebd., S. 203).

des Landtags über die fraglichen Regelungen „durch ein Terrorisieren der Versammlung“ zu Stande gekommen seien. Darüber hinaus stellte Nathan soziale Forderungen, die umfassende Abgabensenkungen für Arbeiter vorsahen. Auch allgemein sollte sich der Landtag mit sozialen Themenstellungen befassen.²⁴¹⁷

Im Wortbeitrag des Sitzungspräsidenten, Hofrat Finckh, stellte dieser einen Zusammenhang zwischen der Staatsform und der Vetofrage her. Wenn der Krone kein absolutes Veto zukomme, befinde man sich bereits in einer Republik, denn eine konstitutionelle Ordnung erfordere zwingend ein absolutes Fürstenveto.²⁴¹⁸ Die Versammlung sprach sich schließlich dafür aus, dem Landtag das Vertrauen auszusprechen, hielt aber an der Forderung nach einem suspensiven Veto und einer direkten Abgeordnetenwahl fest. Weiter sollte die Zivilliste in angemessener Höhe bewilligt und ein eigener Provinziallandtag für das Fürstentum eingerichtet werden. Der Landtag sollte aufgefordert werden, auf die Situation der Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen.²⁴¹⁹

Mit der Wiedergabe des Protokolls nahmen die *Wöchentlichen Anzeigen* die „großen Diskussionen“ der Zeit auf. Es ging um die Frage, wieweit man sich durch des Fürsten Wort in Zukunft lenken lassen wollte, aber auch um die Art und Weise der Volksvertretung in einem Abgeordnetenhaus. Hinter der Vertrauensbekundung, die Völckers mit Ausnahme der beiden fraglichen Beschlüsse erreichen konnte, steht die Frage nach der Freiheit des Mandats. Die direkten Wahlen sollten zum Ausdruck der Mündigkeit der Bürger werden. Während der Beamte Finckh vor einer zu großen Beteiligung des Volkes zurückschreckte, indem er direkte Wahlen als einen erst in der Zukunft angemessen erscheinenden Wahlmodus bezeichnete und für ein absolutes Veto eintrat, rief Völckers in dieser Frage dazu auf, die kürzlich vollzogene eigenmächtige Schließung der preußischen Nationalversammlung durch den König zu berücksichtigen und mahnte das suspensive Veto als angemessen an.²⁴²⁰ Eine derart grundsätzliche und durch die Form als teilweises Verlaufsprotokoll auch ausführliche Darstellung wichtiger Diskussionen in den *Anzeigen* war neu.

Am 11. November 1848 machte ein Beiblatt zu den *Anzeigen* bekannt, dass die Nationalversammlung in Frankfurt eine neue Umlage zur Deckung ihrer Unkosten verordnet hatte. Weiterhin wurde das „Gesetz zu Schutze der verfassungsgebenden

2417 Vgl. ebd., S. 204. Auf die Entgegnung Völckers, die Arbeiterfrage gehöre nicht auf einem konstituierenden Landtag verhandelt, gab Nathan an, er wolle die Arbeiterfrage in der Verfassung berücksichtigt sehen (ebd.).

2418 Vgl. ebd.

2419 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

2420 Vgl. ebd.

Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Zentralgewalt“ ebenfalls ohne weitere Kommentare zur Kenntnis gebracht.²⁴²¹

C.4.3.10.1 Die Diskussion um das Fürstenveto und die Provinziallandtage

Am 18. November 1848 erschien eine dreiseitige Einsendung F. Tappenbecks in den „Gemeinnützigen Nachrichten“ der *Anzeigen*. Tappenbeck, der in der Volksversammlung zur Petition an den Landtag vom 5. November Protokoll geführt hatte, erörterte in „Über die Zweckmäßigkeit eines Provinziallandtages für das Fürstenthum Lübek“ ausführlich das Für und Wider einer solchen Einrichtung.²⁴²²

Gleich zu Beginn stellte er seine Position klar: „Meiner Überzeugung nach ist ein Provinziallandtag für das Fürstenthum Lübek zweckmäßig und nützlich, ja! [...]“.²⁴²³ Tappenbeck sah im „Reformstau“ der Vormärzjahre, im Unwillen der Regierenden, die Staats- und Gesellschaftsformen den Zeiterfordernissen anzupassen, die Ursache für die revolutionären Entladungen des Jahres 1848. Er positioniert sich als Anhänger einer gesetzlichen Reformbewegung. Gegenstand offener Kritik wurde der Zusammenschluss des ehemals unabhängigen Bistums mit dem Hause Oldenburg.²⁴²⁴ Die Fremdheit, die viele Eutiner dem Herzogtum Oldenburg gegenüber empfanden, lasse den Landtag im Zusammenspiel mit einer dauernden Minderheitsposition der eigenen Abgeordneten wie eine „fremde Obrigkeit“ wirken.²⁴²⁵ Ein eigener Provinziallandtag könne helfen, die örtlichen Probleme auch auf dieser Ebene zu lösen.²⁴²⁶ Tappenbeck schloss mit dem Appell, sich die Bedeutung eines Provinziallandtages bewusst zu machen, um dann energisch für diesen einzutreten.²⁴²⁷

In der Folgewoche erschienen wiederum in den „Gemeinnützigen Nachrichten“ zwei Einsendungen zu diesem Thema von Wibel und A. Völckers, dem jüngeren Bruder des Landtagspräsidenten, Ludwig Völckers.²⁴²⁸ Beide hatten im zuständigen Ausschuss des Landtages, dem neben allen drei Abgeordneten aus dem Eutinischen neun weitere angehörten, einen Antrag auf Genehmigung eines Provinziallandtages für das Fürstentum Lübeck gestellt. Hierbei waren sich die Eutiner Vertreter nicht einig, denn Lindemann

2421 Vgl. ebd., S. 201, zeitnah informierten die *Anzeigen* über die Einführung der schwarz-rot-goldenen Kriegs- und Handelsflagge (vgl. ebd., 09.12.1848, S. 217).

2422 Ebd., 18.11.1848, S. 206- 208.

2423 Ebd., S. 206.

2424 Vgl. ebd.

2425 Vgl. ebd.

2426 Vgl. ebd., S. 208.

2427 Vgl. ebd.

2428 Vgl. ebd., 25.11.1848, S. 211f.

stimmte gegen eine solche Vertretung. Dies hatte dazu geführt, dass die oldenburgischen Abgeordneten es nicht nur verweigerten, einen solchen Landtag einzurichten, „[...] sondern sogar v ö l l i g e V e r e i n i g u n g d e r b i s h e r g e t r e n n t e n 3 L a n d e s k a s s e n, sowie des gesamten Staatsvermögens und der Schulden [...]“²⁴²⁹ verlangten.

Hiergegen hatten sich zwar alle drei Abgeordneten einträchtig verwahrt, dennoch blieb der Vorschlag im Raum, die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck in das Herzogtum einzugliedern. Wibbel beschrieb diese Eingliederung in dunkelsten Farben: „Das Fürstenthum zu einen oldenburgischenn Kreis machen, heiße es vernichten, und man solle es dann lieber gleich von sich stoßen.“²⁴³⁰ Um nun die in ihrem Abstimmungsverhalten noch nicht festgelegten Deputierten von der Richtigkeit einer weiteren unabhängigen Stellung des Fürstentums zu Oldenburg zu überzeugen, bedürfe es nun einer klaren Positionierung der Eutiner, die Wibbel in Übereinstimmung mit Völckers forderte.²⁴³¹

Im Anschluss an diesen Artikel rief A. Völckers zur Unterzeichnung einer Petition auf, die am 26. November 1848 besprochen werden sollte. Hierfür setzte Völckers zwei Termine an: Vormittags lud er in den Rathaussaal, nachmittags nach Neudorf ein.²⁴³²

Am 2. Dezember 1848 druckte Struve einen Artikel aus der *Bremer Zeitung* vom 29. November 1848, der sich erneut mit der Einrichtung von Provinziallandtagen beschäftigte. In „Oldenburger Landtag“ wurden die Ergebnisse der zweiten Beratung der oldenburgischen Konstituante journalistisch aufgearbeitet.²⁴³³ Der Artikel wurde in den *Anzeigen* untergliedert, indem Struve unterschiedliche Schriftgrößen und Zeilenabstände wählte. Für aus den Beschlüssen zitierten Passagen wählte man die übliche Typengröße gedruckt, während Kommentierendes in kleineren Lettern ausgeführt wurde.²⁴³⁴

Der Modus der Wahl und die Frage nach der Art des fürstlichen Vetos bildeten Kernpunkte der Auseinandersetzung.²⁴³⁵ Die *Zeitung* betonte, dass nur in der Vetofrage und in Bezug auf die Provinziallandtage Uneinigkeit im Landtag herrsche. Zur Entscheidung der Versammlung für indirekte Wahlen hieß es, dass der Wahlmodus von zukünftigen Landtagen mit einfacher Mehrheit geändert werden dürfe.²⁴³⁶ In der Vetofrage hatte sich der Landtag auf einen Kompromiss festgelegt, nachdem zwar ein suspensives Veto gelten

2429 Ebd., S. 212, vgl. dort auch Vorstehendes.

2430 Ebd.

2431 Vgl. ebd.

2432 Vgl. ebd.

2433 Vgl. *Bremer Zeitung: für Politik, Handel und Literatur*, 29.11.1848, S. 3f.

2434 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 02.12.1848, S. 215.

2435 Vgl. ebd., S. 215.

2436 Vgl. ebd.

sollte, dies aber von deutlichen Einschränkungen begleitet sein würde:

Ein Gesetzentwurf [...] wird auch ohne landesherrliche Zustimmung Gesetz und ist als solches zu publiciren, wenn er auf drei auf einander folgenden Landtagen [gesperrt gedruckt im Original; M. P.], zwischen denen jedes Mal eine Wahl liegt, gleichlautend beschlossen worden.²⁴³⁷

Neben dieser „Domestizierung“ des Vetos galt zudem eine Dreiviertelmehrheit als erforderlich, sollte das fürstliche Nein überstimmt werden.²⁴³⁸ Im Anschluss an diese Schilderungen publizierte die *Bremer Zeitung* die Positionierung des Schwartauer Abgeordneten Wibel, der die Regelung guthieß. Wibel hatte bei einer ersten Abstimmung im Unterschied zu Lindemann und Völckers für das absolute Veto gestimmt.²⁴³⁹

Die *Bremer Zeitung* sprach sich für ein suspensives Veto und direkte Wahlen aus: „Die directen [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] Wahlen konnten zwar auch bei der zweiten Abstimmung **heute noch nicht** [Hervorhebung hinzugefügt; M. P.] die Mehrheit der Stimmen erhalten [...]“.²⁴⁴⁰ Für die Vetofrage wünschte der Verfasser expressis verbis ein Nachgeben der Regierung zugunsten der seitens des Landtags favorisierten Regelung.²⁴⁴¹

Mit der Vetofrage befassten sich die *Wöchentlichen Anzeigen* in der Folge nicht mehr. In Oldenburg einigte sich der Landtag am 6. Februar 1849 darauf, dem Fürsten ein absolutes Veto zuzugestehen. Dieser hatte zuvor seine Zustimmung zum Verfassungswerk von der Landtagsentscheidung zur Vetofrage abhängig gemacht. Während Advokat Völckers, der für seinen verstorbenen Bruder im Januar 1849 nachgerückt war, weiter an der Verteidigung eines nur suspensiven Vetorechts stritt und Lindemann sich dessen Votum anschloss, enthielt sich Wibel schließlich der Stimme.²⁴⁴²

Am 16. Dezember 1848 erschienen zwei Ausgaben der *Anzeigen*. Anlass der Herausgabe einer zweiten Ausgabe war die Entscheidung des Oldenburger Landtags über die Einführung der Provinziallandtage für die beiden oldenburgischen Fürstentümer. Struve leitete, ungewöhnlich für das Eutiner Blatt, die zwei folgenden Artikel ein:

Der Red. d. Bl. geht so eben das nachstehende Schreiben unseres Abgeordneten Wibel II. [Da es zwei Abgeordnete gleichen Nachnamens gab, wurde der Schwartauer Abgeordnete stets mit römisch

2437 Ebd.

2438 Vgl. ebd.

2439 Vgl. ebd., 02.12.1848, S. 215, wörtlich: „Jetzt sehe er [Wibel] dagegen auch in dem absoluten Veto eine Klippe, welche, wenn sie plötzlich in den Strom gestellt würde, am leichtesten sein Austreten bewirken könnte. Er forderte die Versammlung auf, mit ihm die Mittelbahn zu betreten, damit Einstimmigkeit ihm seine beste Weihe gäbe.“ (ebd.). Hintergrund für den Sinneswandel Wibels und anderer Abgeordneter war die sich seit dem Herbst in bedrohlichem Maße beschleunigte Reaktion der Fürsten.

2440 Ebd.

2441 Vgl. ebd.

2442 Vgl. *Blätter für Heimatkunde*, 1959, Nr. 7, S. 27.

zwo nachgewiesen; M. P.] und ein von Demselben am 11. d. M. gehaltener Vortrag zu, und beeilt sie sich, beide hierdurch zur Kunde des Landes zu bringen.²⁴⁴³

In einem offenen Brief, der auf den 12. Dezember 1848 datiert war und mit einer Verzögerung von nur vier Tagen die Eutiner Leser erreichte, drückte der Abgeordnete zunächst seinen Dank für die eingereichten 2.037 Unterschriften aus, welche A. Völckers am 26. November 1848 gesammelt hatte.²⁴⁴⁴

In den Sitzungen vom 11. und 12. Dezember 1848 hatte der Landtag über die Einrichtung eigener Kassen für die drei Landesteile, über die Schaffung einer zentralen Kasse für Ausgaben, die das Großherzogtum insgesamt betreffen, und über die Provinziallandtagsfrage abgestimmt. In Wibels Sendschreiben gab dieser bekannt, dass sich Lindemann erneut gegen die Einrichtung des Provinziallandtages ausgesprochen hatte, während Völckers und Wibel sich für eigene Kassen, die Gemeinschaftskasse und eigene Provinziallandtage ausgesprochen hatten. Wibel ließ das Abstimmungsverhalten Lindemanns unkommentiert.²⁴⁴⁵ Im Zusammenhang mit den eingesandten Unterschriften konnte das abweichende Votum allerdings als Illoyalität Lindemanns gegenüber seinen Wählern gedeutet werden.²⁴⁴⁶ Im Ergebnis sprach sich eine Mehrheit für das von Völckers und Wibel favorisierte Modell einer weitgehenden Autonomie der drei Landesteile aus. Die Verbindung sollten der gemeinsame Großherzog, der Landtag und das gemeinsame Budget bilden.²⁴⁴⁷

Im Anschluss an den Brief druckte Struve die Rede Wibels zu den drei Abstimmungspunkten: Dieser betonte die Wichtigkeit der anstehenden Entscheidungen und wies darauf hin, dass ein Provinziallandtag für das Fürstentum Eutin wegen dessen peripherer Lage notwendig sei. Man könne nicht erwarten, mittels einer eher zentralistischen Verfassung alle drei Landesteile zu einem Ganzen verbinden zu können:

[Z]wei kleine Oldenburgische Läppchen, welche mitten in Holstein schwimmen, und ein Läppchen, welches am linken Rheinufer mitten in Preußen schwimmt, zu einer [...] S t a a t s e i n h e i t [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] zusammenknebeln zu wollen, [...] das ist eine Idee, deren Nichtverwirklichung [...] man vernünftiger Weise beklagen mag, die aber [...] aller Möglichkeit

2443 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 16.12.1848, zweite Ausgabe, S. 225.

2444 Vgl. ebd., 25.11.1848, S. 212 bzw. vgl. ebd., 16.12.1848, zweite Ausgabe, S. 225.

2445 Vgl. ebd., 16.12.1848, zweite Ausgabe, S. 225.

2446 Vgl. ebd. Wibel betonte diese Einstellung noch einmal, wiederum implizit, indem er alle Abgeordneten namentlich aufzählte, die gegen die Provinziallandtage votiert hatten. Scheinbar objektiv alphabetisch geordnet und in gesperrter Drucklegung ausgeführt, wurde der Namen Lindemanns plakativ genannt (vgl. ebd.).

2447 Bis zur Verfassung von 1849 waren die drei Landesteile Oldenburgs nur durch die Person des Großherzogs miteinander verbunden (vgl. Eckhardt 1987, S. 312), weiter: „Wenn es auch eine engere Verbindung zwischen Oldenburg und Eutin als Stammsitz des Fürstenhauses gab als zwischen Oldenburg und Birkenfeld, so war dieser mehr atmosphärische Unterschied staatsrechtlich wohl kaum relevant.“ (ebd.).

und Vernunft entbehrt.²⁴⁴⁸

Die Insellage und das geringe Gewicht der Abgeordneten im gemeinsamen Landtag galten Wibel als Hauptargumente für eine möglichst föderale Gesamtstaatsordnung. Der Abgeordnete erkannte die Lage des Eutinischen allgemein als „unnatürlich“ und betonte im Schusssatz seiner Rede die Möglichkeit einer „allgemeinen Verbrüderung“, welche die „kleinen Bande“ zu Oldenburg lösen könnten.²⁴⁴⁹

Presse und Soziales im Dezember 1848

Am 2. Dezember 1848 erschien ein Artikel aus der Feder Fr. Dunckers aus Pansdorf, der sich mit den *Blättern der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek* beschäftigte. Offenbar hatten die *Blätter* nach dem März an Attraktivität und an Beteiligung ihrer Leser als Verfasser von Einsendungen verloren.²⁴⁵⁰ Die *Blätter*, die als Plattform der Diskussion gegründet worden waren, bedürften der Zuarbeit durch deutlich mehr Bürger als bisher. Der „Wochenmarkt für Intelligenz und Volksbewußtsein“²⁴⁵¹ leide an einer oft nicht sehr freisinnigen Redaktion und einem allgemeinen „Indifferentismus“, also an einer (konservativen bis konstitutionellen) Einseitigkeit der Darstellung.²⁴⁵² Duncker begrüßte die „Märzerrungenschaften“ ausdrücklich, besonders die Meinungs- und Preßfreiheit, die er „Jagdregal auf literarischem Gebiet“ nannte.²⁴⁵³ Diese gelte es zu nutzen:

Allein, von Seiten des Publicums ist dieß Unternehmen vom Anfang an nicht gewürdigt, nicht unterstützt, und dieß ist, schonend ausgedrückt, unverantwortlich, zeugt von wenig politischem Sinn und einem noch größeren Mangel an Patriotismus.²⁴⁵⁴

In einer solchen Deutlichkeit war das noch immer verbreitete Desinteresse auch an lokalpolitischen Themen bisher noch nicht in den *Anzeigen* kritisiert worden. Dunckers lobte die gewonnenen Freiheiten, betonte, „[...] daß der Riegel weggezogen ist, der unserem Herzen vorgeschoben war“.²⁴⁵⁵ Die damit einhergehende Kritik am vormärzlichen System, dessen Verkündungsorgan das Amtsblatt *Wöchentliche Anzeigen* bisher gewesen

2448 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 16.12.1848, zweite Ausgabe, S. 227.

2449 Vgl. ebd., S. 228.

2450 Vgl. ebd., 02.12.1848, S. 215f.

2451 Die *Blätter* „[...] erzählen Nichts von Revolutionen, Königsfluchten und Thronsturz, Nichts von Barrikadenbau und Ministerkrisen, sondern sollen, als Localblatt, eben nur die Interessen unseres Ländchens besprechen [...]“ (ebd., S. 216).

2452 Vgl. ebd., S. 215f.

2453 Vgl. ebd., S. 216.

2454 Ebd., S. 215f.

2455 Ebd., S. 216.

war, nahm Struve offenbar an, denn er druckte diese Einsendung im frei zu gestaltenden Teil der *Anzeigen* kostenfrei ab. Der Eutiner Drucker und Verleger hatte selbst vor Jahren versucht, eine ähnliche Zeitschrift zu gründen. Nun erschienen die *Blätter* in seinem Verlag, ohne dass Struve selbst davon wirtschaftlich nennenswert profitierte.²⁴⁵⁶

Die soziale Frage im Fürstentum wurde Ende Dezember anhand der Brennmaterialversorgung der Insten wiederum Thema in den *Anzeigen*. Eine amtliche Bekanntmachung regelte, dass Holz und Torf aus dem Domänenland erneut verbilligt abgegeben würden, appellierte aber auch an die Grundbesitzer, sich ihrerseits um die Verbesserung der Situation der Insten zu bemühen.²⁴⁵⁷ Regierungspräsident Hellwag betonte, dass die Brennmittelversorgung aus den großherzoglichen Domänen nicht ausreiche, jährlich allen Familien ausreichend Holz zur Verfügung zu stellen.²⁴⁵⁸

Bezogen auf die wirtschaftliche Ordnung enthielt Beilage Nr. 64 der *Anzeigen* das „Gesetz zur Einführung einer allgemeinen Wechselordnung“ für Deutschland sowie eine „Verordnung für die Verpflegung der Reichstruppen“.²⁴⁵⁹ Damit veröffentlichten die *Anzeigen* auch weiterhin die in Frankfurt verabschiedeten Reichsgesetze und Verordnungen.

Am 2. Dezember 1848 legte die Eutiner Speiseanstalt turnusmäßig ihre Ausgaben und Einnahmen offen und bedankte sich für das freiwillige Engagement vieler Eutiner in dieser Sache. Der Umsatz im Rechnungsjahr 1847/ 48 betrug 550 Reichtaler.²⁴⁶⁰

Der Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit traf sich im Dezember zweimal: Während die zweite Sitzung am 19. Dezember der freien Diskussion diente, sollte auf der Zusammenkunft vom 5. Dezember 1848 über die „[...] Revision der Vereinsstatuten, event. die Befugniß des Vereins, den betr. Behörden Vorschläge zur Verbesserung der Gemeinzustände zu machen“²⁴⁶¹ abgestimmt werden. Ebenso wie der Bürgerverein wollte sich auch dieser Zusammenschluss an der Gestaltung des Gemeinwesens auf politischem Wege beteiligen. Damit verließ der Verein die Ebene der Wohltätigkeit und der bloßen Diskussion von Missständen und versuchte stattdessen, selbst

2456 Vgl. Peters 1966, S. 64f. Duncker hatte Struve als Verleger in seinem Schlusssatz, der noch einmal an das Publikum appellierte, reger an der Zeitschrift mitzuwirken, selbst mit angesprochen: „Das Publicum thue ein Mal das Seine und [...] Redaction und Verlage werden das Ihrige sicher thun!“ (vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 02.12.1848, S. 216).

2457 Vgl. ebd., 30.12.1848, S. 233f.

2458 Vgl. ebd., S. 233.

2459 Vgl. ebd.

2460 Vgl. ebd., 25.11.1848, S. 212.

2461 Ebd., 02.12.1848, S. 214, für die Versammlung am 19.12.1848 vgl. ebd., 16.12.1848, zweite Ausgabe, S. 228.

als politischer Akteur aufzutreten.²⁴⁶²

C.4.3.11 Zur Berichterstattung im ersten Halbjahr 1849: Die *Anzeigen* auf dem Scheideweg zwischen Konservatismus und Reform

Mit der Brennstoffversorgung der Heuerinsten im Eutinischen hatte sich bereits im Dezember 1848 eine Verordnung der Eutiner Regierung beschäftigt. In den *Anzeigen* vom 6. Januar 1849 wurde die darin getroffene Regelung weiter in Richtung einer positiven Veränderung für die Insten geändert. Wie jene vom Dezember 1848 nahm auch die Januarverordnung Bezug auf einige Bittschriften aus beiden Teilen des Fürstentums Lübeck.²⁴⁶³ Für die Brennmittelversorgung sollten nach fürstlichem Willen auch Gutsbesitzer und Hufner ihren Teil beitragen.²⁴⁶⁴ Der Großherzog versprach, „[...] v e r s u c h s w e i s e u n d b i s w e i t e r [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] so viel als möglich für die Erleichterung der Anschaffung ihres Feuerungsbedarfs [...]“²⁴⁶⁵ zu tun. Dies bedeutete eine reale Ausweitung der obrigkeitlichen Hilfe für die Armen, die im Konflikt zwischen Krone und Landtag die Seite des Fürsten gestärkt haben wird.

Im Unterschied zum Vorjahr brachten die *Anzeigen* zu Jahresbeginn 1849 ein 64versiges Gedicht mit acht Strophen. Diese ließen sich in je zwei vierzeilige Volksliedstrophen unterteilen, die aneinandergebunden wurden.²⁴⁶⁶ Das Gedicht war formal wie inhaltlich an Vorgaben romantischer Dichtung orientiert.

Inhaltlich beleuchtete „Am Anfange des Jahres“ die politische Entwicklung im Jahr 1848. Der „Sturm der Zeiten“ rausche am Betrachter vorüber und ende „im Meer der Ewigkeiten“. Dies führe zwangsläufig in die Katastrophe, die der nicht genannte Dichter in der Auflehnung gegen Gott und in den Opfern sah, welche dieser Strom koste:

Der Menschen stürzt, und ohne Widerstand
Zermalmt, zertrümmert, wie in blinder Hitze
Der Wuth, was er auf seinem Wege fand;
So scheint die Zeit sich jetzt zu überstürzen
Und selbst ihr Maß, das Gott gesetzt, zu kürzen.²⁴⁶⁷

Die Wucht der Revolution schlage alles, was die Vorwelt erschaffen hatte, sinnlos nieder, gleich, ob das Wissen der Vergangenheit auch heute noch von Nutzen sein könnte. Selbst der Glaube schien keine Kraft zu haben, der wilden Entwicklung der Zeit zu widerstehen:

2462 Ob dieser Antrag angenommen wurde, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.

2463 Vgl. ebd., 06.01.1849, S. 1.

2464 Vgl. ebd.

2465 Ebd.

2466 Vgl. ebd., S. 4.

2467 Ebd., Strophe 2, Vers 4- 8.

Soll sie verwegen Alles hier zertrümmern,
 Was Gottes Hand, die gütige, uns gab?
 Soll sie das Höchste, Heiligste verkümmern,
 Soll sie zerbrechen unsers Glaubens Stab?
 Nein, nein! noch sieht das Auge Ew'ges schimmern,
 Das bleiben wird auch in dem tieffsten Grab.
 O laßt im Wirrsal feindlicher Gewalten
 Uns Alle fest an diesem Ew'gen halten.²⁴⁶⁸

Statt sich nun dem „Strom der Zeit“ anzuschließen, der eben in die Vernichtung alles Alten münden und den apokalyptischen Unglauben hervorbringen würde, rief das Gedicht in konservativem Sinne dazu auf, am Glauben und an der überlieferten Ordnung festzuhalten:

Die T r e u e [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] ist's, die angestammte Treue,
 Für unsern Fürsten, unser Vaterland,
 Wie immer auch das Leben sich erneue,
 Fest halten wir an diesem heil'gen Band.²⁴⁶⁹

In der achten und letzten Strophe wiederholte der Verfasser noch einmal die Forderung, unverrückbar am Glauben festzuhalten, denn Gott werde in seiner Weisheit die treuen Menschen zum Frieden führen.²⁴⁷⁰ Diese konservative Dichtung mahnte den Leser, an den alten Gewalten festzuhalten, ganz gleich, wie sich die politische Entwicklung im Jahr 1849 gestalten würde.

Am 13. Januar 1849 erschien als Beiblatt Nr. I zu den *Anzeigen* ein Druck des „Gesetzes über die Grundrechte des deutschen Volkes“, welches am 27. Dezember 1848 von der Nationalversammlung verabschiedet worden war. Weiterhin fanden sich zwei Regelungen zur Finanzierung der Nationalversammlung sowie zum Umlageschlüssel.²⁴⁷¹ Zu beiden Gesetzen gab es in den *Anzeigen* keine Kontextualisierung bzw. einen Kommentar.

Ein Inserat in den „Bekanntmachungen einheimischer Behörden“ nahm sich im Januar 1849 der erfolgenden Revision der Armengeldbeiträge an.²⁴⁷² Ebenso nicht aus dem Rahmen eines Anzeigenblattes fiel ein Inserat der Kinderbewahranstalt. Diese dankte am 28. Januar ihren Unterstützern.²⁴⁷³

Da der erste oldenburgische Landtag noch nicht über einen Haushalt entschieden hatte, sah sich der Großherzog berechtigt, die vormärzlichen Steuern auch weiterhin zu erheben:

2468 Ebd., Strophe 4, Vers 1- 8.

2469 Ebd., Strophe 6, Vers 1- 8.

2470 Vgl. ebd., Strophe 8, Vers 4- 8.

2471 Vgl. ebd., 13.01.1849, S. 5.

2472 Vgl. ebd., S. 6.

2473 Vgl. ebd., 28.01.1849, S. 14, wörtlich: „Für diese bedeutenden Wohlthaten stattet die Direction ihren aufrichtigsten und innigsten Dank ab.“ (ebd.). In Schwartau fand die Revision im Mai 1849 statt (vgl. ebd., 26.05.1849, S. 87).

Durch höchste Resolution [...] haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog geruhet [...], [die; M. P.] Forterhebung bis zum Schlusse des nächsten Landtages, von welchem die Genehmigung des Staatsbudget's zu erwarten, gerechtfertigt ist, schon jetzt und sobald als thunlich zu beschaffen.²⁴⁷⁴

Ende Juli gab 1849 die „Special-Armen-Direction“, zu der neben Bürgermeister Ranninger auch Pastor Encke und Stadtsyndikus Specht gehörte, bekannt, dass „Am 30. d. M. Nachmittags 2 ½ Uhr [...] die gewöhnliche Quartal Armensession auf dem Rathhause gehalten“ wird.²⁴⁷⁵

Die im IV. Quartal 1848 ansatzweise Politisierung des Anzeigenblattes wurde bereits im Folgequartal deutlich zurückgefahren. Es fanden keinerlei Volksversammlungen statt, ebenso wenig wurden die Entwicklungen im eigenen Landtag oder in der Nationalversammlung (Grundrechte, Abschluss der Verfassungsdiskussion) in den *Anzeigen* besprochen.

In den „Gemeinnützigen Nachrichten“ vom 24. Februar 1849 erhielten die Leser hingegen eine Bierbrauanleitung und wurden vor den giftigen Keimen der Kartoffeln gewarnt,²⁴⁷⁶ die sehr an vormärzliche Nachrichten dieser Kategorie erinnern, nicht jedoch an die Aufsätze zur Frage der Provinziallandtage vom Herbst 1848.

Die *Anzeigen* setzten ihre Serie zum Kartoffelanbau am 7. April 1849, in der Zeit der Kaiserproklamation, fort. „Schullehrer Petersen“ bestätigte, dass sich seine Vermutung aus dem Juli 1848 bestätigt habe, nach der die Kartoffelkrankheit „nicht allgemein werden würde“. Dennoch empfahl er den Anbau der „weißen Wurzel“, die man gemahlen als Ersatz für Roggenmehl beim Brotbacken verwenden könne.²⁴⁷⁷

C.4.3.11.1 Der Abschluss der Verfassung für das Großherzogtum Oldenburg aus Sicht der *Anzeigen* im 1. Halbjahr 1849

Erst am 3. März 1849 wurde nach 1848 wieder zu einer Volksversammlung aufgerufen. Zu den Initiatoren gehörten neben Völckers, Lindemann, Wibel, Dr. Nathan und Seiler Olderog noch 14 weitere Eutiner. Die Versammlung werde sich mit der am 14. Februar 1849 verabschiedeten Konstitution Oldenburgs beschäftigen, die es nun

2474 Ebd., 07.07.1849, S. 109, die vierte und letzte Hebung 1849 wurde in den *Anzeigen* vom 29.09.1849 für Dienstag, den 01.10.1849 bekanntgemacht (vgl. ebd., S. 159).

2475 Ebd., 28.07.1849, S. 121.

2476 Vgl. ebd., 24.02.1849, S. 32.

2477 Vgl. ebd., 07.04.1849, S. 55f., wörtlich: „Wenn auch bei den jetzigen billigen Getraidepreisen ein derartiges Brodsurrogat nicht erforderlich ist, so schien mir doch die Ermittlung eines guten Ersatzmittels für das Roggenmehl im Brode, sowohl zur Zeit der Theuerung als des Getraideverderbens erwünscht, zumal da selbst die Gartenbesitzer sich dasselbe sicher bauen können.“ (ebd., S. 56).

„kräftig“ durchzuführen gelte:

Nach geschlossenem Landtage und vereinbarten Staatsgrundgesetze, besteht den mitunterzeichneten L i n d e m a n n und W i b e l [gesperrt gedruckt im Original; M. P.] die Verpflichtung: den Urwählern, den Wahlmännern, ja dem ganzen Lande Bericht und Rechenschaft zu geben über die fast sechsmonatige Landtagsverhandlung, über ihre Theilnahme an derselben und über den Inhalt, über Vorzüge und Mangel der späten Verfassung.²⁴⁷⁸

Bereits in der Einladung wurde auf eine Verpflichtung der Rechenschaftsablegung der Abgeordneten hingewiesen, die faktisch gar nicht bestand und im Sommer, als im Anschluss an die 34er-Beratungen Lindemann und Völckers Bericht erstatteten, auch noch nicht als Zwang gegolten hatte. Die Veranstalter riefen zu einem zahlreichen Besuch auf, um damit die Kraft des Volkes zu demonstrieren:

Athem und Geist zu kräftiger Durchführung [der in der Verfassung niedergelegten Regelungen; M. P.] sollen wir selbst erst mit schaffen durch starke Theilnahme und gehobenes öffentliches Leben.²⁴⁷⁹

Den Wortlaut der oldenburgischen Landesverfassung konnten die Eutiner den *Anzeigen* der folgenden Woche in Beilage Nr. IV entnehmen. Diese enthielt auch das neue Wahlgesetz für Oldenburg.²⁴⁸⁰ Das norddeutsche Großherzogtum war damit am 18. Februar 1849 das letzte Land des Deutschen Bundes, das erstmals eine Verfassung bekam.²⁴⁸¹

Ergänzend zur Volksversammlung lud ein siebenköpfiges Komitee am 10. März 1849 zu einer „Feier des eingeführten Staatsgrundgesetzes“ ein.²⁴⁸² Das Programm, das Kanonenschüsse einleiten und beenden sollten, umfasste neben einem feierlichen Gottesdienst allgemeine Stadtbeleuchtung und einen Fackelzug mit Musikbegleitung. Zudem sollte es eine Kundgebung auf dem Marktplatz geben.²⁴⁸³

Das Konstitutionsfest wurde offenbar gut angenommen: „Für die allgemeine und lebhafteste Theilnahme an dem Constitutionsfeste sagt das [...] Comité seinen Mitbürgern den aufrichtigsten Dank [...]“,²⁴⁸⁴ hieß es in einer Anzeige der Veranstalter. Da die

2478 Ebd., 03.03.1849, S. 36, vgl. dort auch Vorstehendes.

2479 Ebd. Um eine möglichst lebhafteste Teilnahme zu erreichen, hatten die Einberufer der Volksversammlung diese auf Sonntag, den 11.03.1849, 13:00 Uhr gelegt. Es gab also einen ungewöhnlich langen Vorlauf von acht Tagen (vgl. ebd.). In den *Anzeigen* der Folgewoche wurde die Einladung noch einmal wiederholt (vgl. ebd., 10.03.1849, S. 40).

2480 Vgl. ebd., S. 37.

2481 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 4, S. 14.

2482 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 10.02.1849, S. 40. Die Einladenden waren: „Lankenbeck. Nathan. Olandt. Olderog. Schlichting. Tappenbeck. Zietz“ (ebd.). Alle Genannten waren bereits seit einiger Zeit (lokal-)politisch tätig. Dies spricht dafür, dass Feier und Volksversammlung gemeinsam eine möglichst kräftige Demonstration der Zustimmung zur neuen Grundordnung gegenüber dem Fürsten und seiner Regierung sein sollten.

2483 Vgl. ebd. Zudem wurde noch einmal auf die Volksversammlung am Nachmittag hingewiesen (vgl. ebd.).

2484 Ebd., 17.03.1849, S. 43.

Einnahmen die Ausgaben für die Feier überstiegen, wurde der Überschuss in Höhe von gut sechs Talern in Eutiner Tradition der Kinderbewahranstalt gespendet.²⁴⁸⁵

Am 17. März 1849 bewarben zwei Anzeigen im kommerziellen Teil der Anzeigen gedruckte Versionen des Staatsgrundgesetzes für Oldenburg.²⁴⁸⁶

Dies zeigt, dass außerhalb des einfachen Abdrucks, der zuvor als Anlage den *Wöchentlichen Anzeigen* beigelegt hatte, auch „sauber geheftete“ Versionen Abnehmer im Eutinischen fanden.

Vier Wochen später enthielt die Zeitung erneut in einem Beiblatt Regelungen über den Erwerb der Gemeinde-Angehörigkeit.²⁴⁸⁷

In der Ausgabe vom 12. Mai wurden die Eutiner in Beiblatt Nr. XI der *Anzeigen* schließlich über die Ausschreibung der Wahlen zum allgemeinen Landtag nach der neu in Kraft getretenen Landesverfassung sowie über den Wahlablauf informiert.²⁴⁸⁸ Die Wahlen fanden wiederum zweischrittig statt: Die Urwähler sollten je nach Wahlbezirk zwischen 4. und 9. Juni 1849 die insgesamt 87 Wahlmänner bestimmen.²⁴⁸⁹

Zum Ablauf der Wahl gab J. G. Specht als Vertreter des Bürgermeisters bereits am 26. Mai genaue Auskunft:

Die Versammlung wird damit beginnen, daß die Anwesenden veranlaßt werden, aus ihrer Mitte zwei oder mehrere Personen zu bezeichnen, welche dem Vorsitzenden während der ganzen Wahlhandlung als Urkundspersonen und Beistände zur Seite stehen.²⁴⁹⁰

Specht wollte durch dieses transparentere Verfahren mögliche Anfechtungen des Wahlablaufs verhindern, zu denen es am Rande der Urwahl für den Eutiner Abgeordneten im verfassungsgebenden Landtag im Vorjahr gekommen war.²⁴⁹¹

2485 Vgl. ebd.

2486 Vgl. ebd., S. 42.

2487 Vgl. ebd., 28.04.1849, S. 65. Am 26. Januar 1850 erschien eine ergänzende Bekanntmachung „[...] betreffend die Erstreckung der im §. 10. der Verordnung vom 6. März v. J. wegen des Erwerbs der Gemeinde-Angehörigkeit durch Umzug gesetzten Frist für die Gültigkeit der Wiederaufnahmescheine“ (ebd., S. 19).

2488 Vgl. ebd., 12.05.1849, S. 73.

2489 Vgl. ebd., 19.05.1849, S. 79, Wiederholung dieser Anzeige am 26.05.1849 (vgl. ebd., S. 86). Weitere amtliche Mitteilungen zum Wahlablauf fanden sich am 16.06.1849 in den *Anzeigen* (vgl. ebd., 16.06.1849, S. 97).

2490 Ebd., S. 87, Wiederholung in den *Anzeigen* vom 02.05.1849.

2491 Vgl. ebd.

C.4.3.11.2 Die *Anzeigen* und das Scheitern der Nationalversammlung

Zunächst erhielten die Eutiner im April 1849 die Möglichkeit, überregionale Zeitungen per Postzustellung zu beziehen. Den *Anzeigen* lag dazu eine Liste von 57 Zeitungstiteln aus Deutschland, Frankreich und England bei. Die deutschen Blätter waren hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung kaum beschränkt: Neben dem *Demokratischen Wochenblatt*, das in Altona erschien, konnte auch die konstitutionelle *Deutsche Zeitung* oder das reformorientierte *Frankfurter Journal* bezogen werden. Die Liste wies das Erscheinungsintervall der Zeitungen, aber auch deren Bezugspreis und die Länge des abzuschließenden Abonnements aus und rief zu Bestellungen auf.²⁴⁹²

Zunächst fanden die Beschlüsse der Paulskirchenversammlung auch nach Ablehnung der Kaiserkrone durch den Preußenkönig im Oldenburgischen weiter ihre Umsetzung: So publizierten die *Anzeigen* am 12. Mai 1849, dass gemäß der Regelungen der Paulskirchenverfassung alle Titel, die nicht mit einem Amt verbunden waren, aufgehoben würden. Die großherzogliche Regierung hatte gemäß dieses Grundsatzes eine Verordnung erstellt, die in den „Bekanntmachungen einheimischer Behörden“ veröffentlicht wurde.²⁴⁹³ Weiterhin gab Struve die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung in den *Anzeigen* vom 14. April 1849 bekannt.²⁴⁹⁴

Nachdem Abdrucke der Reichsverfassung bereits mehrfach als kommerzielles Angebot beworben worden waren, erschien dieser noch am 2. Juni 1849 offiziell in Beiblatt Nr. XIII. Neben dem Grundgesetz enthielt dies auch das Wahlgesetz zum Volkshaus sowie Regelungen zur Abgeordnetenentschädigung.²⁴⁹⁵

Ebenfalls in der Werbung fand sich die Veröffentlichung *Politische Abende, ein Lesebuch für das Volk zum Verständniß und zur Würdigung der deutschen Volkserhebung des Jahres 1848*, die aus Sicht des Eutiner Lehrers P. F. Kirchmann die Geschehnisse des Vorjahres erklären wollte.²⁴⁹⁶

2492 Vgl. ebd., 21.04.1849, Anlage, S. 3f. Preisveränderungen der angebotenen Zeitungen wurden in den *Anzeigen* vom 23.06.1849 bekannt gegeben (ebd., 23.06.1849, S. 104). Die Presseerzeugnisse wurden über das Kieler Finanzdepartment, dem Karl Philipp Francke vorstand, bestellt (vgl. ebd., 15.12.1849, S. 204).

2493 Der Verfassungstext wurde mehrfach in den *Anzeigen* beworben (vgl. ebd., 05.05.1849, S. 71).

2494 Vgl. ebd., 14.04.1849, S. 57.

2495 Vgl. ebd., 02.06.1849, S. 89.

2496 Vgl. ebd., 25.08.1849, S. 139. Lehrer Kirchmann war auch Verfasser der *Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Lübeck nach der neuesten Gränzbestimmung: mit Anhang und Tabellen. Ein Buch für Schule und Haus* (1843), die zur grundlegenden Beschreibung des Fürstentums auch in dieser Arbeit herangezogen wird.

C.4.3.12 Die Berichterstattung zu politischen Fragen in den *Anzeigen* von Juli 1849 bis zum Jahresende

Nach vollzogener Wahl der Landtagsabgeordneten fand sich am 21. Juli als Beiblatt Nr. XVI eine großherzogliche Verordnung zur Einberufung des Landtags.²⁴⁹⁷

Ebenfalls mit wirtschaftlich-sozialen Fragestellungen beschäftigte sich ein Gesetzesentwurf der Oldenburger Regierung, der die Entschädigungsleistungen für die Befreiung von gutsherrlichen Lasten regeln sollte. Ein Druck dieses Entwurfs war in der Regierungsregistratur für sieben Schillinge erhältlich.²⁴⁹⁸ Offenbar wollte die Regierung mit Bekanntmachung des Gesetzes die Betroffenen beruhigen, indem sie zeigte, dass die noch immer ausstehenden Regelungen in absehbarer Zeit verabschiedet würden.²⁴⁹⁹

Statt sich der Aufstände in Baden oder der bayerischen Pfalz anzunehmen, befassten sich die „Gemeinnützigen Nachrichten“ Mitte Juli 1849 mit dem Nutzen der Futterrübe als Tiernahrung und weiteren landwirtschaftlichen Mitteilungen.²⁵⁰⁰

Die Kartoffelkrankheit war nach den Krisenjahren 1846/ 47 auch Ende der 1840er Jahre Thema. In den *Anzeigen* erschien am 11. August 1848 als „Gemeinnützige Nachricht“ ein Aufsatz der „Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg“, der mit „Mittel gegen die Kartoffelkrankheit“ titelte. Falls sich faule Stellen am oberirdischen Kraut der Kartoffeln zeigten, müsse man vom Befall der Kartoffeln ausgehen und die Stängel dann alsbald senkrecht herausziehen, um ein Übergreifen der Krankheit auf die Knollen zu verhindern.²⁵⁰¹

²⁴⁹⁷ Vgl. ebd., 21.07.1849, S. 117.

²⁴⁹⁸ Vgl. ebd., S. 118, der Gesetzesentwurf wurde am 10.11.1849 noch einmal für drei Schillinge angeboten: „Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ablösung der auf Grund und Boden haftenden Lasten, ist in der Regierungs-Administration und in S c h w a r t a u beim Herrn Advocaten H e r b a r t [beide Hervorhebungen im Original; M. P.] für 3 β das Exemplar zu erhalten.“ (ebd., S. 184).

²⁴⁹⁹ Am 1. Dezember erschien das Entschädigungsgesetz als Beiblatt Nr. XXII in den *Anzeigen* in Fassung seines Beschlusses (vgl. ebd., 01.12.1849, S. 195).

²⁵⁰⁰ Vgl. ebd., 14.07.1849, S. 115f., wörtlich: „In der vollen Überzeugung, daß der Rübenbau der sicherste Weg ist zur Vergrößerung und zugleich Verbesserung des Viehstandes, sprechen wir [gemeint ist die veröffentlichende „öconomische Section der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg“; M. P.] hiermit den Wunsch aus, daß derselbe von recht vielen Landleuten möge eingeführt werden.“ (ebd., S. 116). Im selben Monat wurden „die Fortschritte in den Ziegeleien“ gepriesen, die einen neuartigen porösen Backstein fertigen könnten (vgl. ebd., 21.07.1849, S.120). Diesem Artikel aus *Pohl's Archiv der deutschen Landwirthschaft* folgte ein kleiner Artikel, der eine Anleitung zur Herstellung künstlicher Hefe enthielt (vgl. ebd.). Nachgewiesen wurde dieser Text mit „E. H. K.“. Es lässt sich nicht feststellen, ob es sich um eine private Einsendung oder einen Kalenderartikel handelte. Am 26.07.1848 erfuhren die Leser der *Anzeigen* etwas über die Düngung mit Torfmüll, der die Stalldüngung ergänzen sollte (vgl. ebd., 28.07.1849, S. 124, keine Angabe der Quelle bzw. des Verfassers).

²⁵⁰¹ Vgl. ebd., 11.08.1849, S. 132. In den folgenden beiden Ausgaben fand sich ein Artikel zur Obstbaumzucht, der Tipps zum Anbau und zur Pflege der Bäume enthielt. Als Quelle bzw. Verfasser wurde „O. B.-B.“ angegeben (vgl. ebd., 18.08.1849, S. 135 bzw. ebd., 25.08.1849, S. 139f.). Es lässt sich nicht nachvollziehen, ob bzw. um welche Zeitung es sich dabei handelte. Am 01.09.1849 erschien eine Anleitung zur „Anfertigung sehr schöner Estriche“ in den *Anzeigen*, womit Struve die unpolitische Gestaltung der

Mit diesen Artikeln knüpften die *Anzeigen* an die Tradition der Aufklärung an, die lokale Intelligenzblätter als Transmissionsriemen zwischen gelehrten Gesellschaften und dem Bauernstand verstand.²⁵⁰²

Am 10. November 1849 beschäftigte sich ein Aufsatz aus *Der deutsche Pilger durch die Welt* mit möglichen Antworten auf die soziale Frage.²⁵⁰³ Alle bisherigen Bemühungen um die Beseitigung der Armut, sei es durch „[...] die Verbesserung der Landwirthschaft, die Unterstützungsfonds für unbemittelte Bürger, der erhöhte Lohn der Arbeiter [...], eine Abänderung in dem Steuersysteme, die Sparkassen und dergl. mehr [...]“²⁵⁰⁴ könnten die vorhandene Not nur lindern helfen. Um die Armut wirksam bekämpfen zu können, müsse sich zunächst die moralisch-ökonomische Einstellung der Minderbemittelten selbst wandeln. Die Armut lasse sich eindämmen, wenn man eine gute Wirtschaftsführung pflege und eigene Bedürfnisse bewusst zurückführe.²⁵⁰⁵

Anhand eines Beispiels erklärte der Verfasser, dass bei einem gleich hohen Einkommen eine Familie der Not erliege, während eine andere durch bewussten Verzicht mit dem Gweld auskommen könne. Wenn sich die einzelnen Menschen nicht dementsprechend verhielten, brächten politische Änderungen wenig.²⁵⁰⁶ Diese konservative Antwort auf die zunehmende Armut infolge des Bevölkerungswachstums und der noch nicht entfalteten Industrie versuchte, die Ursachen der Armut in christlich-protestantischer Prägung im persönlichen Versagen zu finden.

„Gemeinnützigen Nachrichten“ fortsetzte. Dieser Text war aus *Dingler's polytechnischem Journal* entnommen (vgl. ebd., 01.09.1849, S. 143).

2502 Vgl. Böning 1987, S. 126.

2503 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 10.11.1849, S. 186. Nachgewiesen wurde der Artikel mit „D. d. P.“. Der Titel dieses Kalenders lautete: *Der deutsche Pilger durch die Welt. Ein unterhaltender und lehrreicher Volkskalender für alle Länder deutscher Zunge für das Jahr 1847*. Bereits die Beschreibung des Titelbildes nahm eine patriotische Haltung ein und wandte sich gegen Auswanderungen. Er kam zum Schluss: „Geht's nicht mehr, so wird schon Gott sorgen, wär's auch bloß durch den Sensenmann.“ (*Der deutsche Pilger*, 1847, S. V- VII, Zitat: S. VII). Daneben fanden sich auf den insgesamt knapp 200 Seiten des Kalenders zahlreiche Märchen, Gedichte und Aufsätze zu (land-)wirtschaftlichen Themen (vgl. ebd.).

2504 *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 10.11.1849, S. 186.

2505 Vgl. ebd., wörtlich: „Wer sich selbst zu beherrschen weiß, vermag in jeder Hinsicht erstaunlich viel über seine Begierden und Leidenschaften, er wird auch viel über seine vermeintlichen leiblichen Bedürfnisse vermögen, und wer eine gute, knappe Wirthschaft im Hause führt, wird selten über drückenden Mangel zu klagen haben.“ (ebd.).

2506 Vgl. ebd.

C.4.3.12.1 Der Streit um den Beitritt zur Deutschen Union im Spiegel der *Anzeigen*

Oldenburg hatte zwar wie Baden und Lübeck mit den 28 Staaten am 14. April 1848 den Appell an Preußens König zur Annahme der Paulskirchenkrone unterzeichnet, dennoch schloss sich das Großherzogtum bereits am 21. Juni dem Dreikönigsbündnis an, ohne dazu beispielsweise durch einen demokratischen Aufstand gezwungen zu sein, und brach mit der Reichsverfassung. Mit den meisten der anderen Unterzeichner der Aprilbitte vollzog Oldenburg am 13. Juli den Beitritt.²⁵⁰⁷

Die *Anzeigen* schwiegen über die Deutschlandpolitik Oldenburgs, bis am 8. September 1849 in einem Beiblatt bekanntgegeben wurde, dass der kürzlich gewählte Landtag vom Großherzog aufgelöst und Wahlen ausgeschrieben worden seien.²⁵⁰⁸

Ohne weitere Erklärung zu den Ursachen erschienen in der Folgewoche die vorgesehenen Wahlbekanntmachungen für alle Abstimmungsbezirke des Fürstentums Lübeck.²⁵⁰⁹ In einer Extraausgabe der *Anzeigen* druckte Struve am 16. September 1849 einen offenen Brief des Großherzogs ab, der auf den 10. d. M. datierte.²⁵¹⁰ Großherzog August begründete in dem zwei Zeitungsseiten umfassenden Text den Beitritt Oldenburgs zur Union. Diese stelle den einzigen noch verbliebenen Weg zur Einheit dar.²⁵¹¹ Oldenburg selbst hätte sich einer gefährlichen Isolation preisgegeben, wenn es nicht beigetreten wäre, auch könne man mithilfe eines raschen Beitritts möglichen Nachteilen präventiv begegnen und zugleich die Vorteile der Union schon früh nutzen.²⁵¹² Der erste ordentliche Landtag nach Maßgabe der neuen Konstitution, gewählt nach dem allgemeinen gleichen und indirekten Männerwahlrecht,²⁵¹³ habe allerdings mit einer Mehrheit von nur einer Stimme, wie das Schreiben betonte, der Regierung die Bestätigung des Beitritts versagt. Nun müsse ein neuer Landtag gewählt werden, um die eingetretene Spaltung zwischen Landtag und Regierung zu überwinden, hieß es.²⁵¹⁴

In der Erwartung, dass das Volk bei dem neuen Urnengang nur für Bewerber stimmen werde, die den Unionsbeitritt befürworteten, schloss der Großherzog mit der Bemerkung, dass er „[...] keine Bedenken getragen [hat; M. P.], Unsere Ratifikation des in Berlin

2507 Vgl. Eckhardt 1987, S. 344f.

2508 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 08.09.1849, S. 145.

2509 Vgl. ebd., 15.09.1849, S. 149- 151. Diese Bekanntmachungen wurden am 23.09.1849 von den *Anzeigen* wiederholt (vgl. ebd., S. 155f.).

2510 Vgl. ebd., 08.09.1849, S. 153f.

2511 Vgl. ebd., S. 153.

2512 Vgl. ebd. Das durch den Großherzog eingeschlagene Verfahren wurde auch im Badischen praktiziert, nur dass dort der Landtag das Vorgehen der Exekutive nachträglich legitimierte (vgl. Weech 1896, S. 579).

2513 Vgl. Eckhardt 1987, S. 342.

2514 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 08.09.1849, S. 153f.

abgeschlossenen Vertrages nunmehr zu erklären und zu vollziehen [...]“²⁵¹⁵. Großherzog August informierte die Eutiner damit nicht nur über die Beweggründe, die ihn eigenmächtig und ohne Rückhalt des Landtags noch im Juli veranlasst hatten, dem „Berliner Bündnis“ beizutreten. Er gab freimütig eine Wahlempfehlung für Kandidaten, die den Beitritt befürworteten.²⁵¹⁶

Völckers, Tappenbeck und Lindemann luden die Urwähler und Wahlmänner des Fürstentums zum 30. September 1849 zu einer Volksversammlung nach Neudorf ein. Die Anzeige erschien nur einen Tag vor dem anberaumten Versammlungstermin.²⁵¹⁷ Das Inserat, unter „Privat-Bekanntmachungen“ sortiert und auf der letzten Seite der Zeitung abgedruckt, betonte die Brisanz der Beitrittsfrage. Großherzog wie Eutiner Regierung schätzten die Bedeutung des Landtagsvotums so hoch, dass ihnen eine Sondernummer der *Anzeigen* erforderlich schien.²⁵¹⁸

Lindemann und Völckers hatten sich bezüglich des Streits um die neue Wehrordnung mit zweiwöchigem Vorlauf an die Urwähler gewandt. Nun allerdings hatten sie sich offenbar zu einer „außerordentlichen“ Volksversammlung ohne die Ladungszeit veranlasst gesehen, was zumindest den Schwartauern die Anreise erschwert haben wird. Die Einladenden waren sich der Brisanz und Strittigkeit dieses Themas offenbar bewusst:

Zum kräftigen, fördernden Leben einer Volksversammlung gehören Rede und Gegenrede, und im Erwarten, daß alle Freunde des Landes und seiner neuen Gestaltung fortan zur Öffentlichkeit sich verstehen, hoffen wir auf eine zahlreiche, belebte Versammlung [...].²⁵¹⁹

Die Zeit bis zur Abstimmung der Urwähler zwischen dem 24. und 28. September²⁵²⁰ und der Wahl der Abgeordneten am 12. Oktober 1849²⁵²¹ war für eine umfassende Meinungsbildung der Abstimmenden allerdings ohnehin zu knapp bemessen.

Über Inhalte und Verlauf der Volksversammlung druckten die *Anzeigen* im Unterschied zu den vorangegangenen Zusammenkünften nichts. Erst mit Beiblatt Nr. XX, das den eben erst einberufenen Landtag wieder verabschiedete und einen weiteren Landtag einberief, gelangt der Streit um den Unionsbeitritt wieder in die Spalten der *Wöchentlichen Anzeigen*.²⁵²² Statt Erklärungen des Großherzogs und dessen Regierung bzw. einzelner Abgeordneter über die erneute Landtagsauflösung abzudrucken, erschien in den

2515 Ebd.

2516 Vgl. ebd.

2517 Vgl. ebd., 29.09.1849, S. 162.

2518 Vgl. ebd.

2519 Ebd.

2520 Vgl. ebd., S. 149ff.

2521 Vgl. ebd., 06.10.1849, S. 163.

2522 Vgl. ebd., 27.10.1849, S. 175.

„Gemeinnützigen Nachrichten“ ein Aufsatz über die Croup sowie ein landwirtschaftlich orientierter Artikel zur Obstessigherstellung.²⁵²³

Struve setzte damit seine seit Anfang 1849 konsequent verfolgte „unpolitische“ Haltung nun auch durch Nichtabdrucken von Kommentaren bzw. Protokollen der stattgefundenen Volksversammlung fort.

Erst in einer Sondernummer der *Anzeigen* vom 11. Dezember 1849 teilte die Zeitung in einem Beiblatt mit, dass der zweite allgemeine Landtag des Großherzogs vertagt wurde. Im Fließtext der Zeitung selbst fand sich hierzu keinerlei Kommentar oder sonstiges Hintergründiges, obwohl die Extraausgabe nur einseitig erschien und damit genug Raum für entsprechende Mitteilungen vorhanden gewesen wäre, hätte Struve sie nutzen wollen.²⁵²⁴

Nach dieser Maßnahme berief der Großherzog zunächst ein neues Ministerium ein, dem auch Regierungs-Assessor von Berg angehörte. Berg führte nun den Titel eines Ministerialrats.²⁵²⁵

Die Eutiner Landtagsabgeordneten Tappenbeck, Völckers und Lindemann luden in den *Anzeigen* vom 22. Dezember 1849 erneut zu einer Volksversammlung am Folgetag in den Neudorfer Saal ein. Thema der Zusammenkunft sollte die Berichterstattung über die Ergebnisse des letzten Landtages sein. Genannt wurden dazu das Ablösungsgesetz und der Ministerialwechsel infolge der wiederholten Weigerung des Landtags, sich den Beschluss des Großherzogs zum Beitritt in das „Berliner Bündnis“ zu eigen zu machen.²⁵²⁶

Die Einladung entsprach erneut nicht den Vorgaben Lindemanns für die Einberufung von Volksversammlungen aus dem Sommer 1848, denn sie nannte nur drei Aufrufende und nicht die geforderten zehn. Dies unterstrich noch einmal die Bedeutung der Landtagsvertagung aus Sicht der Abgeordneten, welche allerdings betonten, eine offene Diskussion führen zu wollen: „Neben unserm Berichte sind Rede und Gegenrede willkommen, bleiben offen von allen Seiten her.“²⁵²⁷

Beiblatt Nr. XXIV der letzten Ausgabe der *Anzeigen* in 1849 zeugte von der politischen Turbulenz der Zeit: In fünf Verordnungen bzw. Regierungsbekanntmachungen

2523 Vgl. ebd., S. 177f. Der Nachweis beider Texte fehlte.

2524 Vgl. ebd., 11.12.1849, S. 203. Private Anzeigen fehlten ebenfalls, während die „Obrigkeitlichen Bekanntmachungen“ sich mit einer Ausschreibung von Ausrüstungsgegenständen beschäftigte. Man sei durch das großherzliche Militär-Kollegium dazu veranlasst worden, „[...] bei Lieferungen für die oldenburgischen Truppen auch eine Concurrrenz auch in Eutin eintreten zu lassen“ (ebd., S. 203).

2525 Vgl. ebd., 22.12.1849, S. 207.

2526 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 22.12.1849, S. 210.

2527 Ebd.

wurde der zweite allgemeine Landtag aufgelöst,²⁵²⁸ der den Beitritt Oldenburgs zur Union mit den Stimmen der Katholiken und der Demokraten wiederum abgelehnt hatte,²⁵²⁹ das Wahlgesetz vom 18. Februar 1849 erneut geändert und neue Wahlen zum Landtag sowie zum Erfurter Unionsparlament ausgeschrieben.²⁵³⁰

In den Bekanntmachungen einheimischer Behörden erschien auch der zwei Seiten umfassende Antrag des Staatsministeriums an den Großherzog zum Abdruck,²⁵³¹ der die getroffenen Änderungen des oldenburgischen Wahlgesetzes begründete: Nach der unvermeidlich erscheinenden Auflösung des Landtages hatte sich das Ministerium veranlasst gefühlt, Änderungen des Wahlgesetzes vorzuschlagen. Die Wahlbezirke sollten verkleinert werden, um auf diesem Wege zu verhindern, dass eine zu große Zahl Wahlmänner den Parteienkampf entzünden würde. Zudem erschwere die Größe der Wahlkreise die organisatorische Abwicklung der Abstimmung und fördere Intrigen, welche die Beteiligung und das Ergebnis der Abstimmung verfälschten.²⁵³²

Neben kleineren Wahlkreisen für jeweils nach Möglichkeit nur noch einen Abgeordneten sollten die Abstimmungen an einem Tag stattfinden und sich nicht mehr über Wochen strecken.²⁵³³ Nach einer durchaus als Drohung zu verstehenden Bemerkung, es hätten noch eine Anzahl weiterer Änderungswünsche an der Wahlordnung vorgelegen, kam das Staatsministerium zum Schluss, dass die beantragten Änderungen der Wahlordnung nur den Wünschen des Landes entgegen kämen.²⁵³⁴

Mit der Androhung weitergehender Änderungen der Wahlordnung des Vorjahres versuchte das Staatsministerium, die Zustimmung der Bürger zu erlangen, die es ohnehin als gegeben voraussetzte. Auf die Hintergründe der wiederholten Ablehnung des Unionbeitritts ging das Ministerium nicht ein. Stattdessen beeilte man sich, den wiederum eigenmächtigen Eingriff des Großherzogs in das Wahlrecht als Schutz für die konstitutionelle Verfassung darzustellen, gegen deren Geist Ministerium und Fürst verstießen.²⁵³⁵

2528 Vgl. ebd., 28.12.1849, S. 211.

2529 Vgl. Eckhardt 1987, S. 345.

2530 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lüneburg*, 28.12.1849, S. 211.

2531 Vgl. ebd., S. 211-213.

2532 Vgl. ebd., S. 211f., wörtlich: „Die constitutionelle Verfassung, selbst die Stellung des Landtags muß im Urtheile des Volkes gefährdet erscheinen, die Betheiligung an den Wahlen wird gelähmt, da Manche sich gern halten, weil sie den Tummelplatz der Intriguen nicht betreten wollen und nicht erwarten können, daß ohne solche ihre Stimme irgend von Gewicht sein werde.“ (ebd., S. 212). Man habe 1848 größere Abstimmungsbezirke beschlossen, um sicherzustellen, dass „[...] der Blick der Wähler leicht allzu begrenzt werde“ (ebd.). Der Diskurs des vergangenen Jahres habe nun das Blickfeld der Abstimmenden in einem solchen Maße erweitert, dass dieses Argument nun nicht mehr zutreffe (vgl. ebd.).

2533 Vgl. ebd.

2534 Vgl. ebd., S. 212f.

2535 Erst 1852 trat in Oldenburg ein revidiertes Grundgesetz in Kraft, das konservative Elemente stärker betonte und den Primat der Regierung festschrieb. Unmittelbar notwendig geworden war die Novelle durch

- C.4.3.13 Zur Berichterstattung der *Anzeigen* im I. Quartal 1850
 C.4.3.13.1 Zum fortgesetzten Verfassungskonflikt über den Beitritt Oldenburgs zur Deutschen Union im Spiegel der *Anzeigen* von Januar bis März 1850

Das Jahr 1850 begann in den *Anzeigen* mit Wahlankündigungen für die Urwahlen zur Reichsversammlung in Erfurt. Detailreich wurde den Einwohnern des Fürstentums in einer achtseitigen Ausgabe vom 5. Januar erklärt, wie viele Wahlmänner aufgrund welches Wahlgesetzes wo gewählt werden sollten. Der Eutiner Stadtsyndikus Specht, dem Regierungspräsident Hellwag ein weiteres Mal die Leitung der Abstimmung in der Stadt Eutin antrug,²⁵³⁶ beeilte sich, präzise Festlegungen bezüglich der Rechtsgrundlagen und dem Verlauf der Abstimmung zu geben: „Die Versammlung beginnt um 9 Uhr Morgens. Die Stimmzettel, welche vom 14. d. M. auf dem Rathhause abgefordert werden können, werden nur bis 12 Uhr Mittags angenommen.“²⁵³⁷ Der Urnengang der Urwähler fand je nach Zuordnung zu den Gebieten des Fürstentums zwischen dem 14. und 18. Januar 1850 statt,²⁵³⁸ allerdings nicht mehr nach einem allgemeinen gleichen Männerwahlrecht, sondern nach Maßgabe eines Zwei-Klassen-Wahlrechts.²⁵³⁹

Statt Weiteres über die Bedeutung der Wahl oder des bevorstehenden Unionsparlaments zu bringen, entschied sich Struve, keine „Gemeinnützigen Nachrichten“ zu drucken, sondern eine werbende Buchbesprechung über Peter Friedrich Kirchmanns *Naturforderungen an die Erziehung und den Unterricht* aufzunehmen.²⁵⁴⁰

Am 12. Januar 1850 kündigten die *Anzeigen* an, in der kommenden Ausgabe die Änderungen der Wahlordnung des Großherzogtums vom 17. Dezember des Vorjahres als Beiblatt zu bringen. Neben einer Wiederholung der Wahlbekanntmachung aus der

den restaurierten Deutschen Bund, der von Oldenburg einen Umbau seiner Verfassung im restaurativen Sinne gefordert hatte. Zwar blieben wesentliche Zugeständnisse an den Oldenburger Landtag bestehen, die Provinziallandtage, über welche man im Eutinischen gestritten hatte, wurden hingegen abgeschafft. Statt ihrer richtete man nach der revidierten Konstitution 1852 Provinzialräte ein, die von elf einheimischen Abgeordneten gebildet wurden. Sie hatten zwar nur eine beratende Stimme, in der Praxis folgte die Regierung dem Provinzialrat zumeist, wenn dieser einen Vorschlag einstimmig beschlossen hatte (vgl. *Blätter für Heimatkunde*, 1958, Nr. 4, S. 16).

2536 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 05.01.1850, S. 2.

2537 Ebd., S. 6. Gemäß dieser Wahlankündigung sollten die Abstimmungen nach dem seit 28. Februar 1849 gültigen Wahlgesetz vorgenommen werden (vgl. ebd., S. 5).

2538 Vgl. ebd., S. 2- 6. Die Wahlbekanntmachungen wurden in der Ausgabe vom 12. Januar wortgleich wiederholt (vgl. ebd., 12.01.1850, S. 9ff.).

2539 Vgl. Eckhardt 1987, S. 346.

2540 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 05.01.1850, S. 7f. Buchbesprechungen waren seit dem 18. Jahrhundert eine für Intelligenzblätter typische Textsorte und für die lokalen Buchhändler von einiger wirtschaftlicher Bedeutung: „Für die Verlage und den Buchhandel muß der Rezensionsteil der Intelligenzblätter von großer Bedeutung gewesen sein, denn mit ihren [...] Buchbesprechungen sorgten sie dafür, daß Neuerscheinungen auch dem Gebildeten in der Provinz schnell bekannt wurden.“ (Böning 1987, S. 128).

Vorwoche wurde im amtlichen Teil kundgegeben, dass die Versammlung der Wahlmänner aller drei Wahlkreise am 26. Januar in Eutin bzw. Schwartau stattfinden werde. Analog zur Abstimmung der Urwähler sollten die Wahlmänner binnen zweier Stunden votieren.²⁵⁴¹

In einer Bekanntmachung, die als zweiseitige Ergänzung den *Anzeigen* beigegeben wurde, führte das Staatsministerium, datiert auf den 31. Dezember 1849, die Gründe für die Auflösung des Landtags an, womit Struve die Berichterstattung über den Konflikt zwischen Landtag und der großherzoglichen Administration fortsetzte.²⁵⁴² Die Regierung betonte, mit den folgenden Ausführungen das eigene Handeln erklären zu wollen. Auflösungsgrund des Landtages sei dessen Unwille gewesen, dem Berliner Bündnis beizutreten. Das seinerzeit im Amt befindliche Ministerium habe sich in der Pflicht gesehen, die Ratifikation des Beitrittsvertrags durch den Großherzog zu beantragen, da der Anschluss Oldenburgs keinen Aufschub dulde. Nachdem daraufhin der zweite Landtag der Staatsregierung das Vertrauen entzogen hatte, sei ein neues Ministerium gebildet worden, mit dem zwar ein Personenwechsel, nicht aber ein Systemwechsel eingetreten sei,²⁵⁴³ wie die Regierung betonte.

Das neugebildete Kabinett wies darauf hin, nicht selbst für das vergangene Vorgehen verantwortlich zu sein, auch wenn man die Beschlüsse ihrer Richtung nach trage, da es nicht im Sinne Oldenburgs sein könne, sich zu isolieren. Da „Preußens Interessen [...] jetzt und für die nächst zu überblickende Zukunft Hand in Hand mit den deutschen [gehen] [...]“,²⁵⁴⁴ müsse man sich Berlin anschließen. Als Folge der Einsetzung eines neuen Ministeriums habe man sich in der Pflicht gesehen, auch den Landtag neu wählen zu lassen. Die Minister appellierten an die Wähler, „[...] daß das Beste des Landes am sichersten gewahrt sei, wenn auf der einmal betretenen Bahn nach Außen und Innen fortgeschritten werde [...]“,²⁵⁴⁵ rief also zur Unterstützung derjenigen Kandidaten auf, die für den bereits ratifizierten Anschluss stimmen wollten.

Mit Blick auf die revisionistische Politik der anderen deutschen Staaten war die Behauptung wichtig, dass eine nach Außen treue Regierung dieselbe Haltung auch nach Innen wirken lassen werde. Dem Wähler drohte man damit aber auch an, dass ein möglicherweise noch einmal umgebildetes Ministerium die gewährten Freiheiten der Verfassung wieder einschränken könnte.

2541 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 12.01.1850, S. 8.

2542 Vgl. ebd., S. 13f.

2543 Vgl. ebd., S. 13.

2544 Ebd., S. 14.

2545 Ebd., vgl. dort auch Vorstehendes.

Der Prozess zur Schaffung eines einheitlicheren Raums in Deutschland setzte sich aus Sicht der Regierung im Rahmen der Union fort. Beispielsweise verschärfte Oldenburg die Kontrollen an seinen Außengrenzen, um die Ausfuhrverbote nach Dänemark auch faktisch zu stützen. Auch die Einführung des Bundesschiedsgerichts fand im Januar 1850 den Weg in die *Anzeigen*.²⁵⁴⁶ Mit dem Schritt zu verschärften Kontrollen gab der Großherzog die 1848 geübte Rücksicht gegenüber Kopenhagen zugunsten des erhofften preußisch dominierten Nationalstaates auf.

Um das Informationsbedürfnis der Bürger zu befriedigen, das die *Anzeigen* in Bezug auf den Unionsbeitrittskonflikt im Oldenburgischen sicher nicht deckten, erschien in den „Privat-Bekanntmachungen“ ein werbender Hinweis für den Aufsatz *Das Zerwürfnis zwischen dem allgemeinen Landtage und der Staatsregierung des Großherzogthums Oldenburg* aus der Feder des Schwartauer Landtagsabgeordneten Wibel. Die Schrift informierte über Entstehung und Verlauf des Konflikts. Wibels Argumentation stellte eine Gegenposition zur Ministerialbekanntmachung zu diesem Thema dar, welche am 12. Januar 1850 in den *Anzeigen* erschienen war:

Wibel betonte insbesondere die Gefährdung des Verfassungswerkes Oldenburgs durch den Konflikt zwischen Exekutive und Legislative.²⁵⁴⁷ Trotz der Mangelhaftigkeit des Berliner Bündnisses im Vergleich zur Verfassung der Nationalversammlung müsse nun alles getan werden, um die Früchte des Jahres 1848 wenigstens zum Teil zu bewahren.²⁵⁴⁸ Deshalb richtete sich der Schwartauer auch gegen die Gothaer, denen er vorwarf, Beschlüsse einer Volksvertretung nur dann anzuerkennen, wenn sie der eigenen Parteimeinung entsprechen. Zu den Republikanern hieß es: „Wer zur Umsturzpartei gehört wird sagen: je toller, je besser. Je mehr Überschreitungen der Verfassung und des Rechtsbewußtseins des Volkes, desto eher seine Erhebung.“²⁵⁴⁹ Nur in der Eintracht könne die liberale Verfassung Oldenburgs gesichert werden.²⁵⁵⁰ Abschließend warnte Wibel vor der Gefahr einer preußischen Exekution in den beiden Fürstentümern, die er als mögliche Folge einer versagten Bestätigung durch den dritten Landtag bezeichnete.²⁵⁵¹

Trotz der reaktionären Entwicklung in den deutschen Staaten verwarfen auch der dritte und vierte Landtag die Vorlagen der Regierung für eine Zustimmung der Legislative

2546 Vgl. ebd., 19.01.1850, S. 15.

2547 Vgl. Wibel 1850, S. 3.

2548 Vgl. ebd., S. 4f.

2549 Vgl. ebd., S. 8f., Zitat: S. 9.

2550 Vgl. ebd., S. 10.

2551 Vgl. ebd., S. 11f.

zum Unionsbeitritt. Beide Landtage wurden daraufhin 1850 bzw. 1851 vorzeitig aufgelöst.²⁵⁵² Der Streit um die Zustimmung des Landtages endete somit erst gleichzeitig mit dem Ende der Deutschen Union selbst.

Die oldenburgische Regierung stand, dies zeigte sich nicht nur in Form der vier (!) deshalb aufgelösten Landtage, bis Olmütz aufseiten Preußens. Erst danach gab man der Restauration des Deutschen Bundes die Zustimmung.²⁵⁵³

Advokat Phillip Lindemann nahm die auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten des neuen allgemeinen Landtags nicht an, so berichteten die *Anzeigen* in einer aus diesem Grund erschienenen einseitigen Sondernummer am 28. Januar 1850.²⁵⁵⁴ Eine Ersatzwahl sollte am 1. Februar stattfinden.²⁵⁵⁵

Weiter gab diese Sondernummer das Ergebnis der Urwahl bekannt. Insgesamt wurden nur noch acht Wahlmänner bestimmt, die sich nach Einladung Regierungsassessor Martens am 31. Januar um 11:00 Uhr zur Abstimmung im Rathaus einfinden sollten.²⁵⁵⁶

Am 9. Februar schrieben die *Anzeigen*, dass nun Amtsauditor Lentz als Mitglied der Kommission zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der Wahlen zum Volkshaus ernannt worden sei.²⁵⁵⁷ Auch die Tagegelder, welche die Abgeordneten erhalten sollten, wurden bereits Anfang Februar bekannt gemacht.²⁵⁵⁸

Auf Veranlassung des oldenburgischen Staatsministeriums brachten die *Wöchentlichen Anzeigen* vom 2. März 1850 das Protokoll der 79. Sitzung Verwaltungsrats-sitzung der Union 13. Februar 1850. Der Auszug umfasste zweieinhalb Textseiten und thematisierte die Aufgaben der Reichsversammlung in Erfurt. Auch die Grundlagen der Wahlen zum Volkshaus und das Wahlgesetz gelangten den Eutineren zur Kenntnis.²⁵⁵⁹ Die Regierungen verpflichteten sich in Art. IV des Vertrags vom 26. Mai 1849, den die *Anzeigen* ebenfalls in Ausschnitten druckten, eine Verfassung zu geben, die von einem Reichstag beraten werden sollte. Diese Tätigkeit sollte aber auch die einzige sein, derer sich die Erfurter Versammlung annehmen sollte.²⁵⁶⁰

2552 Vgl. Eckhardt 1987, S. 346.

2553 Vgl. ebd., S. 347.

2554 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 28.01.1850, S. 23. Gründe nannte der Wahlkommissar, Hofapotheker Kindt, für den ersten Wahlkreis nicht (vgl. ebd.).

2555 Vgl. ebd.

2556 Vgl. ebd.

2557 Vgl. ebd., 09.02.1850, S. 29.

2558 Vgl. ebd., 26.01.1850, S. 29, Beiblatt XXVIII.

2559 Vgl. ebd., 02.03.1850, S. 41-43.

2560 Vgl. ebd., S. 42, wörtlich: „Sie [die Regierungen] werden diesen Entwurf einer nach Maßgabe der in demselben enthaltenen Bestimmungen über den Reichstag, und des neben dem Entwurfe vereinbarten Wahlgesetzes lediglich zu diesem Zwecke zu berufenden Reichsversammlung vorlegen.“ (ebd.).

C.4.3.13.2 Berichterstattung zu Themen außerhalb des Verfassungskonflikts: Januar bis März 1850

In Bezug auf die Presselandschaft im Eutinischen erschien in den *Anzeigen* vom 26. Januar 1850 ein Inserat, welches die *Neuen Blätter für Stadt und Land* bewarb. Der Herausgeber der Zeitung, Rüders, stellte sein Blatt als Organ der gemeinsamen Interessenvertretung Oldenburgs vor. Neben der Person des Großherzogs wirke nun auch die gemeinsame Verfassung als integratives Moment aller drei Landesteile.²⁵⁶¹

Zur Umsetzung des „Gesetzes über die Ablösung der grundherrschaftlichen Rechte“ wurde im März 1850 eine Kommission eingesetzt. Dieser gehörten Obergerichtsrat Finckh als Vorsitzender, Amtmann Kuhlmann und Weginspektor Bruhns als Mitglieder an.²⁵⁶² Dies zeigt, dass ein gemäßigtes Engagement bzw. die grundsätzliche Teilnahme an den politischen Bestrebungen des Jahres 1848, wenn diese aufseiten der Konstitutionellen oder der Konservativen stattgefunden hatte, kein Hindernis für eine weiterhin erfolgreiche Laufbahn im Staatsdienst sein musste.

Weitere politisch relevante Meldungen oder Anzeigen in der Eutiner Zeitung fehlten, abgesehen von einigen Annoncen, die für Entwürfe von Gesetzestexten warben.²⁵⁶³ Struve unterließ es auch zu Beginn der 1850er Jahre, den im Januar des Vorjahres wieder aufgegriffenen Grundsatz zu verlassen, nur möglichst unpolitische Texte in den „Gemeinnützigen Nachrichten“ abzudrucken.

C.4.3.14 Zusammenfassende Rückschau

Die *Anzeigen* brachten seit dem Vormärz vereinzelt Beiträge von einer gewissen politisch-gesellschaftlichen Aktualität: Hervorzuheben ist diesbezüglich der Artikel „Welchen Segen haben gute Volksbibliotheken und Lesevereine?“, den das Blatt als „gemeinnützige Nachricht“ publizierte. Der Artikel rief zur Gründung von Bibliotheken auf, mit deren Hilfe den Arbeitern eine sinnvolle Beschäftigung für den Sonntagnachmittag

2561 Vgl. ebd., 26.01.1850, S. 23.

2562 Vgl. ebd., 23.03.1850, S. 57.

2563 Vgl. ebd., 22.02.1850, S. 39 zum Verkauf eines Gesetzentwurfs über den Austritt von Zivilbeamten aus dem Staatsdienst sowie der Versetzung richterlicher Beamter. Statt sich politischer Themen anzunehmen, beschrieben die „Gemeinnützigen Nachrichten“, welche sich nach längerer Unterbrechung am 9. März 1850 wieder in den *Anzeigen* fanden, aus Sicht des Eutiner Mediziners Dr. Roth Maßnahmen zur Bekämpfung der Pocken. Zum einen empfahl Roth, die Kranken zu isolieren, zum anderen sollten die bestehenden Schutzimpfungen mit Kuhpocken wiederholt werden (vgl. ebd., 03.03.1850, S. 52). Ein weiterer „gemeinnütziger“ Aufsatz, den Struve der *Weser Zeitung* entnommen hatte, erzählte von einem Fund römischer Münzen in der Region um Jever (vgl. ebd., 16.03.1850, S. 57).

verschafft werden sollte.

Die Märzereignisse blieben zunächst ohne Echo der *Anzeigen*. Mit einem Spendenaufruf zugunsten der Angehörigen der Berliner Märzgefallenen gelangte am 25. März die „Revolution“ in das Intelligenzblatt. Beachtenswerter ist allerdings der als gemeinnützige Nachricht kostenfrei publizierte Aufsatz „Unsere Verfassung betreffend. I.“, der sich mit den politischen Folgen der Märzwochen befasste und in konservativem Geiste verhaftet forderte, von Konstitutionswünschen für das noch immer absolutistische Großherzogtum Abstand zu nehmen. Dass wenige Tage später ein Aufsatz ein Grundgesetz, ein freies Petitions- und Assoziationsrecht forderte, war ein Novum. Die Eutiner sollten „Staatsbürger“ werden, stand nun zu lesen.

Im April 1848 erschien ein weiterer politischer Artikel, der den Anschluss des Fürstentums Eutin an Schleswig-Holstein verwarf. Den Höhepunkt dieser recht späten „Märzberichterstattung“ bildete allerdings eine Einsendung des leitenden Eutiner Beamten v. Berg, in welcher dieser sich für die bisherige Amtsführung entschuldigte und sich zum politischen Fortschritt bekannte.

Die ersten zwei Quartale des Jahres 1848 zeigten die Möglichkeit auf, das biedere Intelligenzblatt zu einer politischen Zeitung fortzuentwickeln. Struve hatte offensichtlich genügend Spielraum, um sein Blatt im Einvernehmen mit der sich nun progressiv gebenden Regierung fortzuentwickeln.

Die Wahlen zur Nationalversammlung hätten genügend Anlass für weitere Erörterungen geboten, Struve nutzte sie allerdings nicht, sondern beschränkte sich erneut auf die Publikation obrigkeitlicher Bekanntmachungen. Diese bezogen sich zwar auf die aktuellen Entwicklungen in Oldenburg, Frankfurt und anderswo, blieben aber ohne Kontextualisierung, sodass die politischen und sozialen Spannungen nur zu erraten, nicht aber zu begreifen waren. Statt in aufklärerischem Geiste die politische Mündigkeit der Eutiner zu erhöhen, brachten die *Anzeigen* Hinweise zum Kartoffelanbau. In der Folge erfuhr man in der Zeitung zwar Ort, Termin und Tagesordnung der im Eutinischen stattfindenden Volksversammlungen, eine begleitende Berichterstattung fehlte allerdings.

Nach den Anfängen setzte sich die Politisierung der Eutiner Bevölkerung und mit ihr auch diejenige der *Anzeigen* im 2. Halbjahr 1848 fort. Struve unterstützte nunmehr nicht nur die *Blätter der Vereine zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit* als Plattform der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten, er nahm auch verstärkt Artikel aus dem Zeitdiskurs auf. Nun wurden die Landtagsverhandlungen Thema, etwa in Form des Abdrucks einiger Protokolle von Volksversammlungen, nun wurde auch in Eutin über die

Preßfreiheit geschrieben. Die *Anzeigen* brachten, wahrscheinlich auf Veranlassung der Regierung, am 29. Juli 1848 sogar eine Sondernummer heraus, welche die Antwort des Großherzogs auf die Petitionen der Eutiner seit dem März enthielt.

Der Aufbruch dieser Tage war allerdings nicht mit einer durchgehend progressiven Haltung in den nun zumindest angeschnittenen politischen Fragen verbunden: In den *Anzeigen* vom 5. August 1848 fand sich eine Wahlwerbung zugunsten des (reform-)konservativen Stadtsyndicus' Specht, der sich im Frühling gegen die Erarbeitung einer Verfassung ausgesprochen hatte. Das Blatt entfernte sich mit dem Abdruck dieses Plädoyers weit von der politischen Realität, denn die Abstimmungen der Wahlmänner brachten Specht mit nur zwölf Stimmen nicht das Landtagsmandat für Oldenburg, wohl aber das schlechteste Abstimmungsergebnis aller Kandidaten ein.

Anlässlich der Landtagseröffnung nahm Struve die Eröffnungsrede des oldenburgischen Ministers Schloifer in die *Anzeigen* auf, der die Rechtmäßigkeit der Frankfurter Nationalversammlung betonte. An der regierungstreuen Ausrichtung des immer noch nicht politisierten Blattes änderte auch der darauffolgende Beitrag des Landtagsabgeordneten Wibel wenig, der das Ziel einer nationalen Einheit hochhielt. Eine Berichterstattung über den Verlauf der Verhandlungen in Oldenburg schloss sich zunächst nicht an, stattdessen erschienen erneut landwirtschaftliche Aufsätze. Erst im November griff man die Verhandlungen erneut auf, indem die *Anzeigen* eine Einladung und später das Protokoll einer Volksversammlung zur Frage des landesherrlichen Vetos druckten.

Zum Septemberaufstand in Frankfurt 1848 brachten die *Anzeigen* abgesehen von Steckbriefen der gesuchten republikanischen Parteigänger nur einen Aufruf des Reichsverwesers Erzherzog Johann.

Im überwiegend konservativen Geiste der Eutiner Zeitschrift blieben auch zwei Beiträge zur Arbeitslosigkeitsproblematik, die, vergleichbar mit vormärzlichen Artikeln der Kategorie „Gemeinnützige Nachrichten“, nur mittelbar aktuell waren. Neu im Revolutionsjahr war allerdings, dass auf den konservativ gehaltenen Initiativartikel ein weiterer folgte, der als Maßnahme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eine höhere räumliche Mobilität forderte und den Aussagen des ersten Artikels widersprach.

Die *Anzeigen* waren gegen Ende des Revolutionsjahres zwar noch entfernt von einer umfassenden Politisierung, dennoch wurden sie zunehmend zu einem „beschlagenen Spiegel“ der Diskussion: Für Eutin sollte mit dem Provinziallandtag wieder ein Gremium geschaffen werden, das an die Zeit als unabhängiges Bistum erinnerte. Um diesem Zweck öffentlich Nachdruck zu verleihen, förderten angesehene Eutiner, allen voran die

konstitutionellen Abgeordneten, eine nach ihrem Sinne ausgerichtete Politisierung. Der Aufbruch in den Verfassungsstaat schien für Eutin nicht mehr nur bedrohlich. Die Konstitution begriff man als Chance zu einer weitergehenden Unabhängigkeit von Oldenburg. Mittel hierzu sollte ein separates Parlament sein.

Das Jahr 1849 begann mit konservativer Gelegenheitsdichtung, welche zu unbedingter Treue zum Fürsten aufrief. Somit blieben die als Beiblatt der *Anzeigen* veröffentlichten Grundrechte des deutschen Volkes ohne Echo in der Kategorie „Gemeinnütziges“. Volksversammlungen fanden in den beiden ersten Monaten des Jahres nicht statt, auch auf die zum Abschluss kommende Verfassungsdiskussion in Frankfurt gingen die *Anzeigen* mit keinem Wort ein.

Die landespolitische Entwicklung fand allerdings einen verhaltenen Widerhall, indem im Eutiner Blatt für Anfang März zu einer Volksversammlung aufgerufen wurde, die eine „kräftige Durchführung“ der Landeskonstitution sichern sollte. Die Eutiner feierten ihren erstmaligen Übergang zum Verfassungsstaat zudem mit einem Stadtfest. Statt die politische Bildung der Eutiner durch gemeinnützige Aufsätze zu stärken, brachte Struve erneut nur landwirtschaftliche Mitteilungen.

Vom Scheitern der Nationalversammlung, vom Austritt der Konstitutionellen unter Gagern, erfuhren die Eutiner aus den *Anzeigen* nichts. Angebotene auswärtige Blätter mochten über dieses Informationsdefizit hinwegtrösten, das Struve mit der „Restauration“ seines Blattes zu verantworten hatte. Der kurze Aufbruch in Richtung einer Politisierung der Eutiner Zeitung wurde bereits im I. Quartal 1849 zurückgenommen und fand auch im II. Quartal keinen Anschluss, obgleich die Kaiserproklamation und die folgenden Ereignisse sich dazu in herausgehobener Weise angeboten hätten.

Stattdessen wurde erst die Deutsche Union, das Einigungsprojekt der Regierungen, in den *Wöchentlichen Anzeigen* beachtet: Nachdem am 8. September 1849 auf den ersten Blick überraschend der eben gewählte Landtag aufgelöst wurde, erschien in einer Extraausgabe eine Stellungnahme des Fürsten über die Weigerung des Landtages, dem Bündnis beizutreten. Die zum Monatsende einberufene Volksversammlung, auf der die Abgeordneten über ihre Position in der Unionsfrage informieren wollten, wurde in den *Anzeigen* zwar angekündigt, es fügte sich in der Folgewoche allerdings kein Versammlungsprotokoll mehr an: Struve brach mit dieser zwischenzeitlich geübten Praxis. Nachdem auch der zweite Landtag die Bestätigung des Unionsbeitritts Oldenburgs versagt hatte, blieb die folgende Volksversammlung wiederum ohne Protokollveröffentlichung. Stattdessen druckte Struve Ende Dezember 1849 einen Antrag des Staatsministeriums zur

Änderung des Wahlgesetzes ab, mit dessen Hilfe sich die Regierung die Zustimmung des dritten Landtags sichern wollte.

Trotzdem die Parlamentarier bis nach Ende des Untersuchungszeitraums auch in den folgenden Landtagen ihre Zustimmung zum Unionsbeitritt versagten, wählte man auch in Eutin Abgeordnete zum Landtag, freilich ohne weitergehende Informationen in den *Anzeigen*.

Es zeigt sich deutlich, dass Struve die *Anzeigen* im Jahr 1848 verhalten auch für politische Beiträge öffnete. Statt auf den Weg vom Intelligenzblatt zur politischen Zeitung voranzuschreiten, schlug das Blatt bereits in den ersten Monaten des Jahres 1849 einen restaurativen Kurs ein, indem es fast vollständig auf politische Beiträge verzichtete oder nur in vormärzlicher Manier Stellungnahmen von Fürst und Regierung druckte.

C.4.4 Die Berichterstattung der *Anzeigen* zum Vereinswesen
C.4.4.1 Das Eutiner Vereinswesen im IV. Quartal 1847

Der Verein zur Beförderung des Gemeinwohls tagte am 5. Oktober 1847, um die Diskussionen in den Vereinsversammlungen selbst, die Eutiner Krankenlade und das gemeinsam mit der Schwartauer Schwester herausgegebene *Vereinsblatt* zu erörtern.²⁵⁶⁴ Die Krankenlade wurde durch einen Beschluss des Vereins mit Bekanntmachung vom 29. Oktober aufgehoben.²⁵⁶⁵ Um die Schulden der Einrichtung zu begleichen, wurde zudem Anfang November eine Sammlung unter den Mitgliedern anberaumt.²⁵⁶⁶ Weiterhin beschäftigte sich der Verein im letzten Quartal des Jahres mit der Frage, wie man des Arbeitskräfteüberschusses im Fürstentum Herr werden könne und ob die Klage über eine „Verschlechterung der Dienstboten“ begründet sei.²⁵⁶⁷ Am 14. und 21. Dezember besprachen die Mitglieder den Inhalt ihrer gemeinsam mit dem Schwartauer Verein

2564 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 02.10.1847, S. 191. Die finanziell angeschlagene Eutiner Krankenlade war auch Ende des Monats noch einmal Thema der Diskussion (vgl. ebd., 23.10.1847, S. 203).

2565 Vgl. ebd., 30.10.1847, S. 207.

2566 Vgl. ebd., S. 208. Weitere Themen der Sitzung vom 02.11.1847 betrafen die „Eutiner Gewerbs-Niederlage“ und die Eutiner Speiseanstalt (vgl. ebd., beides war auch Gegenstand der Sitzung vom 16.11.1847 [vgl. ebd., 13.11.1847, S. 216]).

2567 Vgl. ebd., 06.11.1847, S. 211. Um Beschäftigung zu schaffen, wurde die Einrichtung eines Arbeitshauses diskutiert. Nach der erfolgten Auflösung der eng mit dem Verein verbundenen Eutiner Krankenlade besprach man im November 1847 auch die Einrichtung eines Krankenhauses in der Stadt (vgl. ebd., S. 212, Wiederholung der Diskussionspunkte „Arbeitshaus“ und „Krankenhaus“ in der Sitzung vom 30.11.1847, vgl. ebd., 23.11.1847, S. 224). Die Klagen über schlechte Dienstboten wurden offenbar ebenso kontrovers diskutiert, denn dieser Tagesordnungspunkt fand sich erneut in Bezug auf die Sitzungen am 07. und 14.12.1847 (vgl. ebd., 27.11.1847, S. 224, ebd., 04.12.1847, S. 231, ebd., 11.12.1847, S. 236).

herausgegebenen *Vereinsblätter* anhand der Frage, wie diese dem Gemeinwohl am besten dienen könnten.²⁵⁶⁸

C.4.4.2 Bemerkungen zur Berichterstattung über das Vereinswesen im Jahr 1848

Viele Vereinsmitteilungen im Jahr 1848 betrafen kurzlebige Vereine. Diese wurden ihren meist begrenzten und genau definierten Zielen gemäß den Bereichen „Politisches“ oder „Militärisches“ zugeordnet. Eine integrierte Besprechung ist in diesem Fall sinnvoller als separierte und infolge der geringen Textmenge auch weniger kontextualisierte Darstellung.

Die Mitglieder des Eutiner Gemeinnützigen Vereins erörterten nach Auskunft der *Wöchentlichen Anzeigen* Anfang Februar 1848 die Frage, inwieweit die Gesetze und Verordnungen tatsächlich allgemein bekannt gemacht würden.²⁵⁶⁹ „Und wenn Ersteres, wozu dienen denn die darin vorkommenden fremden Kunstaussprüche?“²⁵⁷⁰ Man zielte mit dieser Frage auf eine kommunikative Verbesserung zwischen Behörden und Volk, wollte die Verständlichkeit der Vorschriften erhöhen, um damit die Einwohner zu emanzipieren.²⁵⁷¹

Bereits im Januar hatte sich der Zusammenschluss mit der möglichen Einrichtung einer „Bewahranstalt für herangewachsene Kinder im Fürstenthume Lübek“ befasst. Hierzu gab es einen Kommissionsbericht, der auf einer Vereinsversammlung am 11. Januar 1848 vorgestellt wurde. Eine weitere Kommission sollte einen Vorschlag zur Durchführung eines Schützenfestes in Eutin erarbeiten.²⁵⁷²

Um die Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten zu befördern, zeigte der „gesellige Verein“ Anfang Oktober 1848 an, dass er sich in „Bürger-Verein“ umbenennen werde. Die Interessierten wurden eingeladen, in den nun herrschenden liberaleren Zeiten beizutreten.²⁵⁷³

Der örtliche „Verein zur Beförderung des Gemeinwohls“ versammelte sich nach der Sommerpause am 24. Oktober 1848, in der die Eutiner in einem bisher ungekannten Maße

2568 Vgl. ebd., 11.12.1847, S. 236, ebd., 18.12.1847, S. 240. Bei beiden Treffen wurde weiterhin die Einrichtung eines „Mühlenschreibers“ an der Neumühle kritisch hinterfragt (vgl. ebd.).

2569 Ebd., 29.01.1848, S. 24.

2570 Ebd.

2571 Weitere Themen der Sitzung vom 01.02.1848 betrafen die Diskussion, ob der Wochenmarkt den Bewohnern eher Vorteile oder Nachteile bringe und ob die Publikationen durch den öffentlichen Ausrufer nicht durch andersartige Bekanntmachungen ersetzt werden könnten (vgl. ebd.). Die Gesellschaft zielte hier auf die Schriftlichkeit aller Bekanntmachungen ab, damit diese zu gegebenem Zeitpunkt nachgelesen werden könnten. Dies wiederum würde die Rechtssicherheit erhöhen.

2572 Vgl. ebd., 08.01.1848, S. 10.

2573 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 30.09.1848, S. 178, dort auch das Zitierte. Die Anzeige wurde am 07.10.1848 wiederholt (vgl. ebd., 07.10.1848, S. 184).

politisch aktiv geworden waren, erstmals wieder. Tagesordnungspunkte betrafen die Wahlen der Ausschussmitglieder und des Kassenwarts sowie den turnusmäßigen Jahresbericht.²⁵⁷⁴ In der folgenden Woche lud der Verein zur Rechnungsablegung der Speiseanstalt ein, verhandelte aber auch über den Antrag eines Vorstandsmitgliedes zum Austritt aus dem Verein.²⁵⁷⁵ Welche Gründe zu diesem Antrag geführt hatten, blieb unerwähnt.

Anfang November 1848 hatte der Eutiner Bürgerverein seinen ersten Jahresbericht in den *Anzeigen* drucken lassen. Seit der Gründung bereits zweimal umbenannt, kritisierte der Vorstand als Einsender des zweiseitigen Textes, dass der Verein zwar zur Politisierung einiger Bürger habe einen Beitrag leisten können, das Ziel der Einigung aller Bürger unter einem Dach allerdings bisher verfehlt. Mithilfe eines Abonnements auf wechselnde Zeitungen und der Protokolle der Nationalversammlung habe der Verein erreicht, dass sich seine Mitglieder über die Geschehnisse informieren konnten. Der Bürgerverein werde nun die Versäumnisse gutmachen, indem er deutlicher als bisher „das demokratische Princip“ vertreten und sich zu einem Organ freier Meinungsäußerung machen werde, hieß es.²⁵⁷⁶

Der Jahresbericht ist als Ausdruck einer ungekannten Offenheit in Bezug auf die eigenen politischen Absichten zu sehen, wie sie in den *Anzeigen* erst mit dem Sommer 1848 üblich geworden war- insbesondere nach dem Rücktritt des Regierungspräsidenten Baron von Grote.

C.4.4.3 Das Vereinswesen im zweiten Revolutionsjahr

Die „Eutiner Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ befasste sich am 9. Januar 1849 erneut mit dem Vorschlag einer Satzungsänderung, die es dem Zusammenschluss erlauben würde, eigene politische Konzepte für die Gestaltung der Gemeindeordnung vorzustellen.²⁵⁷⁷ In der folgenden Woche wurde zu diesem Thema

2574 Vgl. ebd., 21.10.1848, S. 192.

2575 Vgl. ebd., 04.11.1848, S. 198. Wen der Austritt betraf und aus welchem Grund das Ausscheiden erfolgte, lässt sich nicht in Erfahrung bringen. Für 1848/ 49 erfolgte die Rechnungsablegung in den *Anzeigen* vom 1. Dezember 1849. Neben einer Danksagung an alle Beteiligten forderte der Verein dazu auf, die fünf Ausscheidenden zu ersetzen. Unterzeichner der Rechnungsablegung waren E. Breier, Encke, Fürstenau, Hase, Hopp, Klüver, Meltz, Meyer, Niemann, D. Niemann, Nissen, Olderog, Pansch, C. F. Schmidt, J. G. Specht und C. Weigel (vgl. ebd., 01.12.1849, S. 198). Diese Auflistung zeigt die vielfache Verschränkung der Beteiligten in gemeinnützigen Vereinen bzw. Einrichtungen und der lokalen Politik.

2576 Vgl. ebd., 04.11.1848, S. 200. Im Folgejahr erfuhr man bis auf eine Anzeige zur Rechnungsablegung des Bürgervereins vom 30. November 1849, in der auch die Rückgabe entliehener Bücher und Broschüren angemahnt wurde, nichts über das weitere Wirken des Vereins (vgl. ebd., 01.12.1849, S. 197).

2577 Vgl. ebd., 06.01.1849, S. 4.

wiederum eine Sitzung abgehalten.²⁵⁷⁸

Nach Inkrafttreten der Landesverfassung im Oldenburgischen Anfang 1849 war nun eine Gemeindeordnung zu erarbeiten. Bereits deutlich unter den Zeichen der Revision nahm man im Frühling d. J. entsprechende Vorarbeiten auf: Eine Volksversammlung im Neudorfer Saal forderte zunächst weitgehende Freiheiten, die zu gewähren die Regierung offenbar nicht (mehr) gewillt war. Deshalb setzte diese eine Kommission zur Erarbeitung einer solchen Ordnung ein, die Regierungsassessor Martens leitete.²⁵⁷⁹ Aus der Zeitungsanzeige der Eutiner Gesellschaft lässt sich daher entnehmen, dass man seitens der sozial und zunehmend auch politisch engagierten Bürgerschaft darüber nachdachte, aktiv an der Ausgestaltung der kommunalen Verfassung zu partizipieren. Dies wäre ein Novum in der Eutiner Sektion der Gesellschaft, die im Vergleich mit der Schwartauer stets die konservativere gewesen war.²⁵⁸⁰

Der Eutiner Verein legte auf seiner Sitzung vom 6. Februar 1849 turnusmäßig Bericht über die Vereinseinrichtungen der Eutiner Badeanstalt und der Kinderbewahranstalt ab und wählte ein neues Mitglied in die Direktion der Einrichtung.²⁵⁸¹ Ein Aufbruch in Richtung einer nachhaltigen Politisierung, wie sie der Satzungsänderungsantrag aus dem Dezember 1848 angedeutet hatte, unterblieb offenbar. Es finden sich keine Belege für eine vermehrte Aktivität in Themenbereichen, die nicht primär soziale Einrichtungen vor Ort betrafen. Was in der „freien Discussion“ etwa am 27. Februar 1849 besprochen wurde,²⁵⁸² lässt sich nicht mehr ermitteln.

Im Herbst 1849 lud der Zusammenschluss erneut regelmäßig zur Teilnahme an seinen Sitzungen ein. Thema der gemeinschaftlichen Erörterung war am 9. Oktober 1849 die Frage, ob man auch im kommenden Halbjahr die „freien Discussionen“ fortsetzen wolle. Weiterhin wurde über den Beitrag für die *Vereinsblätter* gesprochen, die schon im Winter des vergangenen Jahres aufgrund sinkender Abnehmerzahl Gegenstand der Diskussion in den *Anzeigen* gewesen waren.²⁵⁸³ Konträr war allerdings das

2578 Vgl. ebd., 13.01.1849, S. 8. Mit dieser Sitzung scheint die Diskussion zur Satzungsänderung beschlossen worden zu sein, denn am 20. und am 28.01.1849 lud der Verein zur „freien Discussion“ ein (vgl. ebd., 20.01.1849, S. 11 bzw. ebd., 27.01.1849, S. 14).

2579 Vgl. *Blätter für Heimatkunde* 1958, Nr. 4, S. 15.

2580 Vgl. ebd., Nr. 22, S. 87.

2581 Vgl. *Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*, 03.02.1849, S. 20. Für 1850 fand die Wahl der Direktion der Badeanstalt am 18.12.1849 statt (vgl. ebd., 15.12.1849, S. 206).

2582 Vgl. ebd., 24.02.1849, S. 32, ein weiterer Diskussionsabend fand am 20.03.1849 statt (vgl. ebd., 17.03.1849, S. 43). Turnusmäßig wurde am 27.03.1849 der Jahresbericht für den Verein erstattet und der Vorstand neu gewählt (vgl. ebd., 24.03.1849, S. 48).

2583 Vgl. ebd., 06.10.1849, S. 166. Dessen ungeachtet hatte man 1849 noch einen Überschuss in der Vereinskasse (ebd.).

Selbstverständnis des Vereins, der sich angesichts des politischen Aufbruchs, den die erstmalige Einführung einer Verfassung im Großherzogtum zweifellos bedeutete, als wichtiger denn je verstand.²⁵⁸⁴

Mit Blick auf die soziale Frage, die durch Arbeitslosigkeit infolge einer relativen Überbevölkerung entstand, diskutierte der Verein Ende November 1849, ob die Volksschule nicht auch Einfluss auf die Berufsfindung der Schüler nehmen sollte.²⁵⁸⁵ Daraus lässt sich auf eine tendenziell dirigistische Grundeinstellung der Vereinsmitglieder schließen, die sich vor Wochen auf dieses Diskussionsthema geeinigt hatten.²⁵⁸⁶ Die *Neuen Lübeckischen Blätter* verwarfen etwa zur selben Zeit solche Überlegungen (s.o.).

Die Eutiner Liedertafel trat nach einer Pause von über einem Jahr wieder in die Öffentlichkeit. In den *Anzeigen* vom 22. Dezember 1849 erklärte der Vorstand der Liedertafel den Mitgliedern, dass man nun wieder zusammenkommen wolle. Begründet wurde die Pause als durch die Zeitverhältnisse, die Revolution, veranlasst.²⁵⁸⁷

C.4.4.4 Die Eutiner Vereine zu Beginn der 1850er Jahre

Auch der Verein zur Beförderung des Gemeinwohls diskutierte zu Beginn der 1850er Jahre keine politisch bedeutenden Themen mehr, sondern konzentrierte sich auf die bestehenden Einrichtungen. So wurde im Januar 1850 zunächst die Diskussion *Chamlers kirchlicher Armenpflege* fortgesetzt.²⁵⁸⁸ Am 26. Februar 1850 war der Jahresbericht der Kinderbewahranstalt Thema der Verhandlungen,²⁵⁸⁹ während sich die Mitglieder am 12. März erneut mit der kirchlichen Armenpflege beschäftigten.²⁵⁹⁰

2584 Vgl. ebd., 10.11.1849, S. 185. Gegenstand der Diskussion am 13.11.1849 war die These: „Die neuen Einrichtungen, die in Folge unsers Staatsgrundgesetzes das Gemeindeleben treffen werden, machen unsern Verein vielleicht noch mehr nöthig, als zuvor.“ (ebd.).

2585 Vgl. ebd., 24.11.1849, S. 194.

2586 Vgl. ebd., 03.11.1849, S. 182.

2587 Vgl. ebd., 22.12.1849, S. 209. Die „Eutiner Liedertafel“ war Ende Juli 1843 als Reaktion auf ein Rundschreiben an alle Liedertafeln in Schleswig-Holstein auf Initiative des Eutiner Lehrers Bobertag gegründet worden (vgl. Hennsen 1893, S. 17).

2588 Vgl. ebd., 26.01.1850, S. 22.

2589 Vgl. ebd., 23.02.1850, S. 40. Ein weiterer Artikel zur Kinderbewahranstalt vom 02.03.1850 enthielt eine Auflistung wichtiger Spender des Vorjahres (vgl. ebd., S. 46).

2590 Vgl. ebd., 09.03.1850, S. 51. Turnusmäßig anstehende Berichte und Wahlen füllten die Sitzung vom 19.03.1850 aus (vgl. ebd., 16.03.1850, S. 56).

C.4.4.5 Zusammenfassende Rückschau zum Bereich „Vereine“

Die Berichterstattung zum Vereinswesen im Eutinischen blieb in den *Anzeigen* randständig: Häufig erschienen nur Einladungen zu Treffen, teilweise ohne Tagesordnung. Hinsichtlich der Tendenz des Publizierten sei noch einmal auf die *Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls* verwiesen, welche Struve ebenfalls verlegte und druckte. Da der eher konservative Eutiner Verein die *Blätter* gemeinsam mit dem progressiveren Schwartauer Zusammenschluss trug, kann von einer gemäßigten Haltung ausgegangen werden.

In einem engeren Sinne für die Berichterstattung der *Anzeigen* selbst relevant war im November 1848 der Jahresbericht des politisch orientierten Bürgervereins: Der Zusammenschluss gab an, einen Beitrag zu Politisierung der Eutiner geleistet zu haben. Für die Zukunft wolle man das „demokratische Prinzip“ weiter fördern und selbst zu einem Diskussionsforum in Eutin werden. Bemerkenswert war dieser Jahresbericht hinsichtlich seiner Offenheit in Bezug auf die politischen Ziele des Vereins.

Das Jahr 1849 brachte erneut nur für ein Anzeigenblatt typische Vereinsinserate, ohne deren Tun inhaltlich zu diskutieren. Der Bericht des Bürgervereins blieb daher die einzige auswertbare Mitteilung, bis zum Ende des Untersuchungszeitraums folgten keine weiteren Berichte.

In der Rückschau lässt sich auch anhand der Vereinsanzeigen bestätigen, dass die *Wöchentlichen Anzeigen* nach einer kurzen progressiven Phase in der zweiten Jahreshälfte 1848 bereits im Folgejahr wieder an die hergebrachte Form des Verkündigungsorgans anschlossen.

C.5 Fazit zur Berichterstattung der *Wöchentlichen Anzeigen*

Das Eutiner Intelligenzblatt war die einzige Zeitung, die im Eutinischen erschien. Hinzu kamen allerdings noch die *Blätter zur Beförderung des Gemeinwohls*, die der örtliche gemeinnützige Verein zusammen mit seiner Schwartauer Schwester herausgab. Beide Periodika stellte Hofbuchdrucker Struve als Redakteur, Drucker und Verleger her, beide waren von seiner Initiative abhängig. Daher war die Berichterstattung in den *Anzeigen*, die Struve im Bereich „Gemeinnütziges“ frei gestalten konnte, für die Eutiner und den Verlauf der Revolutionsjahre vor Ort bzw. für die Kenntnis der Geschehnisse andernorts wichtig.

Die Untersuchung konnte zeigen, dass die *Anzeigen* im IV. Quartal 1848 am häufigsten Beiträge des Bereichs „Gemeinnütziges“ enthielten. In diesen Monaten überstiegen diejenigen Artikel, die noch dem volksaufklärerischen Geist der Gründungsjahre folgen sollten, den Anteil kommerzieller Inserate das erste und einzige Mal. Während der ersten beiden Quartale 1848 und im III. Quartal 1849 nutzten die *Anzeigen* ebenfalls verhältnismäßig ausführlich die Kategorie „Gemeinnütziges“. Ihren amtlichen Charakter bewahrte sich das Blatt dennoch im gesamten Untersuchungszeitraum.

Die inhaltliche Betrachtung vermochte weiterhin zu belegen, dass Struves Zeitung bereits seit dem Vormärz sporadisch Beiträge gewisser Aktualität brachte. Im März kam es zu einem kurzen Aufbruch, als sich zwei Eutiner über die Frage des Erlasses einer Verfassung für das Großherzogtum und weiterer Märzforderungen stritten. Hier kam es erstmals im Untersuchungszeitraum zu zwei gegensätzlichen Meinungsäußerungen in der Zeitung. Der Aufbau einer Reichsflotte für den Konflikt gegen Dänemark wurde im Frühsommer 1848 deutlich energischer propagiert als etwa die ebenfalls stattfindenden Sammlungen für die Hinterbliebenen der Berliner Barrikadenkämpfer, die auch in das II. Quartal 1848 fielen.

Struve war offenbar verunsichert, ob sein Blatt den politischen Zeitströmungen folgen sollte. Anders lässt sich der Bruch zwischen dem IV. Quartal 1848 mit einer recht intensiven Auseinandersetzung über politische Zeitthemen, beispielsweise anhand des Jahresberichts des Eutiner Bürgervereins, und dem wiederum vollkommen vormärzlich wirkenden I. Quartal 1849 nicht erklären. Ausdruck einer raschen Entpolitisierung binnen der ersten Monate des Jahres 1849 war auch das Neujahrsgedicht, welches im Gegensatz zu den lyriklosen Erstausgaben der Jahre 1848 und 1850 im zweiten Jahr der Revolution erschien: Hierin hieß es, man solle dem Fürsten folgen, ganz gleich, welche politischen Ziele dieser habe, da andernfalls Religion und Sittlichkeit dem Vergehen anheimfielen. Auch der zwischenzeitlich etablierte Abdruck der Versammlungsprotokolle von Eutiner oder Neudorfer Volksversammlungen brach im Sommer 1849 ab. Das Blatt war damit in der zweiten Jahreshälfte 1849 wieder vollständig „restauriert“.

So bleibt der Eindruck einer Reform in Ansätzen, die Struve im Jahr 1848 vollzog. Die Ergebnisse der inhaltlichen wie der quantitativen Untersuchung sind hierbei beinahe deckungsgleich. Für die Tendenz des Blattes lässt sich für 1849 damit eine grundsätzlich konservative Haltung durch Unterlassen weitergehender Berichterstattung unterstellen, während 1848, soweit Artikel politischen Inhalts erschienen, konstitutionellen Ideen Raum

bot. Warum Struve dem eingeschlagenen Weg nicht weiter folgte, bleibt unklar.

D Gesamtfazit

Die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse am Ende meiner Arbeit stellt eine besondere Herausforderung dar, denn es gilt, die wichtigsten Entwicklungslinien zu verbinden, um die Spezifika der drei Regionen bzw. ihrer Periodika herauszustellen, ohne dabei die Einzelergebnisse ein weiteres Mal zu referieren. Diese finden sich in den Zusammenfassungen am Ende der Einzelbetrachtungen zu den Untersuchungszeitungen.

Konstanz, Lübeck und Eutin waren, wie bereits einleitend bemerkt, politische Inseln im Deutschen Bund. Im Falle Lübecks begriffen die Zeitgenossen ihre Insellage als negativ, da man aus ihr wirtschaftliche Nachteile erwachsen sah. Eutin war stolz auf seine Insellage, was nicht zuletzt in der „verkehrten“ Märzforderung gipfelte, man möge das Großherzogtum Oldenburg vor einer Verfassung verschonen. Konstanz benannte diese Problematik nicht, auch wenn man für offene Grenzen zum Schweizer Nachbarn eintrat.

Die drei untersuchten Periodika waren grundverschieden: Das Bodenseeblatt bediente sich großzügig aus anderen Zeitungen, wenn auch nach der jeweils vorherrschenden Mehrheitsmeinung, nicht zuletzt aber aus dem Sachzwang heraus, möglichst aktuell zu informieren. Dabei schwankten Herausgeber und Redakteur im Untersuchungszeitraum zwischen eher gemäßigten und entschiedeneren Phasen der Berichterstattung.

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* hingegen publizierten in erster Linie Beiträge der Mitglieder ihres Financiers, der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“. Vorgeblich überparteilich vertrat die Zeitschrift dabei von Beginn an einen konstitutionellen Kurs. Man bejahte Reformen, so sie denn durchdacht seien. Ausnahmen bildeten die Märztage und die Wochen nach Ablehnung der Kaiserkrone, in denen sich die *Blätter* erst politisch finden mussten. Ansonsten konstant in ihrer staatsreuen Haltung gibt diese Zeitschrift heutigen Lesern einen Eindruck vom schrittweisen Übergang zwischen Reformphase und Revision, der sich anhand der Diskussionsinhalte und des -verlaufs sehr gut nachvollziehen lässt.

Die beschaulichen *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* verpassten die Chance einer grundlegenden Modernisierung. Die eigene Position zu überdenken, nur „Intelligenznachrichten“ zu bringen, kam dem Eutiner Hofbuchdrucker nicht in den Sinn, obwohl 1848 der Anfang mit einigen tagesaktuellen Beiträgen im Bereich

„Gemeinnütziges“ gemacht war. Von den aufklärerischen Idealen des Zeitungsgründers von 1802 hatte sich das Blatt gegen Mitte des Jahrhunderts weit entfernt.

Wie schauten die Blätter auf die Ereignisse? Hierzu zeigt sich folgendes Bild: Obwohl Konstanz, abgesehen vom Revolutionsunternehmen Heckers im Frühling 1848, oft abseits der politischen Entwicklung stand, partizipierte die Stadt mit ihren zu Beginn der Revolution drei Zeitungen am Geschehen der Zeit. Durch die politischen Folgen der drei Erhebungen war die *Konstanzer Zeitung* dabei zum Jahresende 1849 das einzige noch bestehende Blatt. Intensiv nahm man sich der militärischen Auseinandersetzung im Einflussbereich der k.u.k.-Monarchie an, ausführlich berichtete man aber auch über den stets stockenden Schleswig-Holstein-Konflikt, bei dem man im Gegensatz zu den Konflikten im österreichischen Einflussbereich eindeutig Sympathien für die deutsche Seite hegte.

Lübeck hingegen befasste sich in erster Linie mit sich selbst. Dies war nicht zuletzt zwar der Eigenschaft der *Neuen Lübeckischen Blätter* als lokal ausgerichteter Zeitschrift geschuldet, lag aber auch in den Eigenheiten der Hansestadt. Außerhalb der *Blätter* erschien nur ein Intelligenzblatt über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg. Um sich über die Weltereignisse ins Bild zu setzen, zog man die öfters zitierte *Börsen-Halle* aus Hamburg heran, einer Zeitung für Politik und Wirtschaft.

Die *Blätter* fokussierten sich auf die Stadtpolitik, nahmen daher häufig nur indirekt Bezug auf die Ereignisse in den anderen deutschen Staaten. Das offensichtlich vorhandene Desinteresse an den Entwicklungen andernorts lässt sich am besten anhand der Artikel des Bereichs „Militärisches“ belegen: Obwohl die Hansestadt direkt an das dänische Holstein grenzte, nahm man in der bürgerlichen Diskussionsplattform kaum Notiz von den dortigen Ereignissen. Erörtert wurde erst, als es um finanzielle Vor- bzw. Nachteile des Konfliktes für die lübeckische Kaufmannschaft oder den Staat insgesamt ging.

Die *Wöchentlichen Anzeigen* folgten dem Beispiel der *Blätter* nur teilweise, denn in Eutin erschienen immerhin bereits kurz nach den Märztagen Spendenaufrufe für die ausziehenden Soldaten. Im Unterschied zu Lübeck stand im Fürstentum beheimatetes Militär in der ersten Phase des Konfliktes selbst im Feld. Allerdings erfuhren die Eutiner zum Kriegsverlauf wenig Konkretes in ihrem Lokalblatt. Auch Frankfurt blieb weit entfernt, Wahlen wurden zwar angekündigt und durchgeführt, bis 1849 aber kaum vorab durch eine aufklärerische Berichterstattung vorbereitet.

Dennoch kam „die“ Revolution im Eutiner Blatt an: Die Jahre 1848/ 49 brachten eine Anzahl Volksversammlungen, auf denen die etablierten Eutiner „Liberalen“ über ihr Tun

und die nächsten Aufgaben, insbesondere im Landtag zu Oldenburg, informierten und zur Diskussion stellten. Die Bevölkerung schien nicht viel Konkretes von den Verhandlungen zu erwarten, sodass ein Arbeiter im Sommer 1848 schließlich bemerkte, dass man von all dem Petitionieren noch kein Ergebnis habe.

Die Dimension der Zeitereignisse richtig erkannt und eingeschätzt oder dies wenigstens zu einem großen Teil vermocht zu haben, kann man auf Grundlage der Untersuchung weder den *Anzeigen* noch den *Blättern* bescheinigen. Wenn es schon grundsätzlich für Zeitgenossen schwierig war und ist, die aktuellen Ereignisse in ihren Auswirkungen richtig zu beurteilen, war es für die Eutiner und wohl auch für eine Mehrheit der Lübecker jenseits der gelehrten Kreise um die *Blätter* kaum möglich, das im Vollzug Befindliche einzuordnen und eine belastbare Position hierzu zu entwickeln.

In Konstanz hingegen informierte die *Zeitung* zuverlässig und in der Tendenz der Mehrheits- und/ oder Regierungsmeinung über das Geschehen. Die technisch bedingte Verzögerung zwischen Ereignis und Mitteilung am Bodensee betrug dabei allerdings öfter rund zwei Wochen, was in Konstanz dazu führte, dass man auf aktuelle Entwicklungen im März 1848 und im Sommer 1849 gar nicht oder zu spät reagierte.

Alle drei Periodika verband eine Strategie des Nicht-Berichtens des Nicht-Gewollten: In den untersuchten Ausgaben der *Konstanzer Zeitung* fand sich kein Wort über die Wehrsportvereine des süddeutschen Volksmanns Fickler, in den *Neuen Lübeckischen Blättern* nichts über die Unruhe, welche die Stadt um die Mitte des März 1848 ebenfalls heimsuchte; in der Rückschau auf 1849 folgte daraufhin ebenfalls kein Wort über den Oktoberaufstand in der Stadt. Die *Wöchentlichen Anzeigen* gingen ohnehin nur sporadisch auf das politische Zeitgeschehen ein, mehrheitlich auch erst in der zweiten Jahreshälfte 1848, als sicher schien, dass sich die gemäßigten Liberalen durchsetzen würden.

Wenn in Konstanz die Ereignisdichte in der *Zeitung* oftmals ein mosaikartiges Bild über die Geschehnisse zeichnete, bemühte sich die Lübecker Zeitschrift, die Veränderungen in der Stadt als ebenso geradlinig wie bruchlos darzustellen. Diese Haltung entsprach in weiten Teilen auch derjenigen der Regierung, welche der Revisionspolitik der Großmächte ab November 1848 zunächst nicht folgte, sondern mit der Dezembervfassung 1848 ein aus Sicht der *Blätter* zu liberales Wahlrecht, das gleiche Männerwahlrecht, einführte. Lübeck profitierte von der verhältnismäßig weitgehenden Souveränität als Stadtstaat.

Nicht zuletzt wird der Erfolg, einen eigenen Abgeordneten für die projektierte zweite Kammer der Paulskirchenkonstitution zugesprochen bekommen zu haben, das Selbstbewusstsein der Hanseaten gestärkt haben. Erst nach dem Ende des III. Badischen

Aufstandes versuchte der Lübecker Senat, misstrauisch beäugt von den *Blättern*, die formale Gleichberechtigung mit der Bürgerschaft zu seinen Gunsten faktisch zu verschieben. Die vielen Stimmen, die nun von der „Tyrannei der Nichtbesteuerten“ sprachen, die einen Verfassungsoktroi im Kirchenrecht synodalen Lösungsmöglichkeiten vorzogen, sahen sich bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf sich allein gestellt, da sich der Senat nicht offen gegen die Bürger und ihre *Blätter* zu stellen wagte.

Hatte Lübeck so gesehen den Vorteil, bereits allseitig anerkannte Republik zu sein, war ab Juli 1849 das großherzogliche Regime binnen Wochen auch am Bodensee restauriert. Die folgenden Zeitungsverbote überstand die *Konstanzer*, obwohl auch sie in den Wochen des Aufstandes nicht eben zu den Gegnern des Landesausschusses gezählt hatte. Offenbar nahm die Regierung die „Kursverschiebung“ des Bodenseeblasses als den Umständen geschuldet an, weshalb die Zeitung weiter erscheinen durfte. Dass sich die Tendenz der Artikel nun ganz und gar gegen die Linke wandte, ist kaum verwunderlich. Um sich selbst und die Mehrheit der Leser von der Schuld am Aufstand freizusprechen, suchte man nach Sündenböcken und fand sie in den „Wühlern“, den Republikanern, die das gutwillige Volk durch vorsätzliche Lüge für ihre niedrigen Absichten missbraucht hätten.

Das Eutiner Blatt war von Struve bereits mit dem I. Quartal 1849 weitgehend wieder zur apolitischen Anzeigenzeitung beschnitten worden. Der Hofbuchdrucker war damit mindestens auf der Höhe der Zeit, wenn er nicht eher sogar in vorseilendem Gehorsam handelte. Wohl und Wehe seiner und seines Blattes Zukunft hingen von der örtlichen Regierung ab, dessen war sich Struve bewusst. Dennoch zeigt die referierte Sekundärliteratur, dass auch für den Eutiner kein Zwang zu derart devotem Handeln bestand, denn viele (Eutiner) Konstitutionelle der Revolutionsjahre fanden bereits in den 1850ern in höhere Stellen, ohne einen Bruch in ihrer Biographie beklagen zu müssen.

Allgemein zeigt diese Untersuchung, dass einfache Zuschreibungen wie „konstitutionell“ oder „demokratisch“ bzw. „republikanisch“ zur Richtungsbestimmung verschiedener Zeitungen nicht hinreichen. Oftmals zitiert auch neuere Literatur mangels Forschung zum Thema immer noch aus Ludwig Häussers Artikel zur Tendenz der badischen Presse, welcher aus zeitgenössischer Sicht verfasst ist und nicht zuletzt nach Maßgabe des Politikers Häusser urteilt.

Auch nach gut 160 Jahren sind viele mittelgroße und kleine Blätter kaum erschlossen. Ganz gleich wie hoch man den geschichtlichen Wert der *Deutschen Zeitung* schätzt, die nur eine klägliche Auflagenhöhe besaß. Mindestens gleichwertig waren jene Blätter, die nur

einige Hundert Exemplare zählten, aber dennoch in der Summe die Auflage der „großen“ Zeitungen dieser Tage weit überwogen. Unbestritten übernahmen *Blätter* wie die *Konstanzer Zeitung* Artikel aus den Leitmedien der Zeit, die ohne die vielen kleinen Redakteure, welche die „Großen“ gleichsam als „Nachrichtenagentur“ nutzen, wohl kaum Breitenwirkung hätten entfachen können. Das Potpourri dieser Blätter entschied schließlich über die Tendenz eines großen Teils der Zeitungen der Zeit.

Eine differenziertere Sichtweise auf die politische Richtung eines Blattes in einer oder einer Anzahl von Nachrichtenkategorien zeigt ein farbenfroheres Bild als die bloße Zuordnung einer generellen Tendenz, welche sich nur mit sehr vergrößernden Richtungsbeschreibungen begnügen muss. Die *Konstanzer Zeitung* übernahm beispielsweise im Juli 1848 in zwei Teilen einen Artikel der *Neuen Deutschen Zeitung*, eines erklärten Revolutionsblattes, als Leitartikel auf und brach auf diese Weise mit dem biedereren Gesicht des konstitutionell gefärbten Sprachrohrs der Vormonate.

Die *Neuen Lübeckischen Blätter* enthielten im März einen Aufruf zur Erhebung. Ob bewusst platzierter Beitrag zur eigenen Profilbildung, ob „Ausrutscher“ oder tatsächlicher Meinungswandel, ob versuchte Anpassung an die Mehrheitsmeinung der Leser, all das muss offenbleiben. Diese Abweichungen zeigen aber dennoch beispielhaft, wie brüchig und oft unrichtig Ein-Wort-Verknappungen der Tendenz eines Blattes sein können und vielfach auch sind.

Auch diese Arbeit muss fragmentarisch bleiben. Ihre Methodik ist verhältnismäßig neu, orientiert an zwei neueren Arbeiten zur *Allgemeinen Zeitung*, sie ist bisher wenig erprobt. „Versuch“ über den Titel zu schreiben, würde diesem Werk aber sicher nicht gerecht. Dennoch ist es eher Anfang als Ende einer Auseinandersetzung mit einem weitgehend unbeachteten, vergessenen Kapitel der Pressegeschichte, demjenigen der kleinen Intelligenzblätter und der mittelgroßen Regionalzeitungen ohne weitgespannte politische oder finanzielle Verbindungen in die Länder des Deutschen Bundes oder darüber hinaus.

Ansätze sind geleistet worden, die Auswirkungen lokaler Presseberichterstattung auf den Revolutionsverlauf zu beschreiben. Die Aufgabe einer genaueren Analyse, die eben nicht davon ausgeht, dass die Mehrheit der Deutschen die Vorzeigebblätter der Zeit studierte, sondern, so sie lesen konnte, eher das örtliche Intelligenzblatt zur Hand nahm, muss noch erbracht werden.

Ahrens, Georg, 1997: Von der Franzosenzeit bis zum Ersten Weltkrieg 1806- 1914: Anpassung an Forderungen der neuen Zeit. In: Graßmann, Antjekathrin (Hg.): Lübeckische Geschichte. 3. Auflage, Lübeck, S. 529- 676

Alexandre, Philippe, 1993: Schwäbisch Hall im Vormärz (1830 - 1848). Gesehen durch seine Zeitungen. Studie über die soziologische Bedeutung der Lokalpresse vor der Märzrevolution 1848. Schwäbisch Hall

Arnold, Martin M., 2003: Pressefreiheit und Zensur im Baden des Vormärz. Im Spannungsfeld zwischen Bundestreue und Liberalismus. Berlin

Arns, Günter, 1986: Über die Anfänge der Industrie in Baden und Württemberg. Stuttgart, S. 67- 81

Aszakies, Christiane, 1999: „Wie hältst du's mit der Rebellion?": Frauen zwischen Aufbruch und Anpassung im Halle des 19. Jahrhunderts. Halle

Barclay, David E.: Preußen und die Unionspolitik. In: Mai, Gunther (Hg.): Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850. Köln u.a., S. 53- 80

Behrens, Georg, 1964: 175 Jahre gemeinnütziges Wirken. Lübeck

Berger, Christina, 1998: Politische Presse im Vormärz. In: dies. (Hg.): Seeblätter: Reprint einer revolutionären Zeitung. Unveränderter Nachdruck der Ausgaben vom 1. März bis 30. April 1848. Konstanz, S. 22- 36

Bergmann, Jürgen, 1979: Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848. Zur Krise von 1845 bis 1848 in Deutschland. In: ders. u.a. (Hg.): Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte. Stuttgart, S. 24- 54

Best, Heinrich u.a., 1996: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/ 49. Düsseldorf

Binder, Beate, 1998: „Dort sah ich, daß nicht Mehl verschenkt, sondern rebelliert wird“. Struktur und Ablauf des Ulmer Brotkrawalls 1847. In: Lipp, Carola: Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/ 49. Baden-Baden, S. 88- 110

Bloch, Erich, 1989: Der Kampf um den Zuzug der Juden in Konstanz. In: ders.: Geschichte der Juden von Konstanz im 19. und 20. Jahrhundert: eine Dokumentation. 2. Auflage, S. 17- 24.

Blumenauer, Elke, 2000: Journalismus zwischen Pressefreiheit und Zensur. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ im Karlsbader System (1818- 1848). Köln

Böhn, Andreas u.a., 2008: Mediengeschichte. Eine Einführung. Tübingen

- Bohrmann, Hans**, 1994: Zeitungswörterbuch. Sachwörterbuch für den bibliothekarischen Umgang mit Zeitungen. Berlin
- Boldt, Hans**, 1998: Die Reichsverfassung vom 28. März 1849. Zur Bestimmung ihres Standorts in der deutschen Verfassungsgeschichte. In: Bahners, Patrick (Hg.): 1848 – die Erfahrung der Freiheit. Heidelberg, S. 49- 63.
- Böning, Holger**, 1987: Das Intelligenzblatt als Medium praktischer Aufklärung. Ein Beitrag zur Geschichte der gemeinnützig-ökonomischen Presse in Deutschland von 1768 bis 1780. In: o.a. Herausgeber: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur: IASL. Band 12 (1987). Tübingen, S. 107- 133
- Borscheid, Peter**, 1976: Naturwissenschaft, Staat und Industrie in Baden (1848-1914). Stuttgart
- Ders.**, 1978: Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert). Stuttgart
- Borst, Otto** (Hg.), 1989: Wege in die Welt. Die Industrie im deutschen Südwesten seit Ausgang des 18. Jahrhunderts. Stuttgart
- Botzenhard, Manfred**, 1977: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848- 1850. Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Bd. 1. Düsseldorf
- Ders.**, 1973: Baden in der deutschen Revolution 1848/ 49. In: Schäfer, Alfons (Hg.): Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Karlsruhe, S. 61- 91
- Brandt, Ahasver**, 1966: Das Lübecker Bürgertum zur Zeit der Gründung der „Gemeinnützigen“ - Menschen, Ideen und soziale Verhältnisse. In: o.a. (Hg.): Der Wagen: Lübecker Beiträge zur Kultur und Gesellschaft. Lübeck, S. 18- 33
- Bräunig, Georg**, 1973: 300 Jahre Zeitung in Oberbaden. 3. Auflage. Konstanz
- Breil, Michaela**, 1996: Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ und die Pressepolitik Bayerns. Ein Verlagsunternehmen zwischen 1815 und 1848. Tübingen
- Brost, Erich**, 1980: 1848 kam Bewegung in den Blätterwald. Die Revolution brachte auch neue Zeitungen. In: Norddeutsche Zeitung, Nr. 81 (05.04.1980), S. 6
- Büsch, Otto**, u.a. (Hg.), 1976: Industrialisierung und „Europäische Wirtschaft im 19. Jahrhundert“. Ein Tagungsbericht. Berlin
- Bussiek, Dagmar**, 2002: „Mit Gott für König und Vaterland!“. Die Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung). Münster
- Campagner, Elisabeth**, 2004: Judentum, Nationalitätenprinzip und Identität. Die jüdische Revolutionspresse von 1848. Frankfurt a. M. u.a.

Canis, Konrad, 1987: Joseph Maria von Radowitz. Konterrevolution und preußische Unionspolitik. In: Bleiber, Helmut (Hg.): Männer der Revolution von 1848. Bd. 2. Berlin (Ost), S. 449- 486

Cöppicus-Wex, Bärbel, 2001: Die dänisch-deutsche Presse 1789 - 1848 : Presselandschaft zwischen Ancien Régime und Revolution. Bielefeld

Crivellari, Fabio, u.a. 2007: Vom Kaiser zum Großherzog. Der Übergang von Konstanz an Baden 1806- 1848. Konstanz, S. 97- 117

Dallmeier, Martin, 1994: Als die Post noch Zeitung machte. Eine Pressegeschichte. Gießen

Deuchert, Norbert, 1983: Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832- 1848/ 49. Diss. masch. Stuttgart

Diesbach, Alfred, 1965: Das Konstanzer Wochenblatt 1832- 1833. Das Portrait einer kämpferischen Zeitung. In: Hegau, H. 20 (1965), S. 243- 275

Ders., 1967: Immer langsam voran. 120 Jahre Eisenbahn am Bodensee. In: Bodensee Hefte, H. 12 (1967), S. 18- 19

Ders., 1968a: Das kulturelle Leben in Konstanz 1849. Theater und Musik im Schatten der politischen Ereignisse. In: Die Kulturgemeinde, Bd. 10 (1968), H. 6, S. 3- 8

Ders., 1968b: Konstanz und das Hambacher Fest. In: Hegau, H. 25 (1968), S. 253- 255

Ders., 1970: Konstanz während der zweiten badischen Volkserhebung im September 1848. In: Hegau, H. 28 (1970), S. 453- 458

Ders., 1971a: Der schweizerische Sonderbundskrieg von 1847, ein Vorspiel zu den deutschen Volkserhebungen von 1848 und 1849. In: Konstanzer Almanach, Bd. 17 (1971), S. 42- 49

Ders., 1971b: Die deutschkatholische Gemeinde Konstanz 1845- 1849. Mannheim.

Ders., 1972: Der 'Tagesherold' und seine Redakteure. Eine Konstanzer Tageszeitung des 19. Jahrhunderts. In: Konstanzer Almanach, Bd. 18 (1972), S. 59- 67

Ders., 1973, Konstanz im Revolutionsjahr. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 40 (1973), Konstanz, S. 93- 109

Ders., 1978a: August von Willich. Preußischer Offizier. Badischer Freischarenführer. Brigadegeneral in den USA. In: Badische Heimat, Bd. 58. Freiburg i. Br., S. 3- 11

Ders., 1978b: Die Engener Volksversammlung vom 29. März 1848 und ihre Folgen. In: Hegau, H. 38 (1978), S. 223- 225

Ders., 1980: Josef Ignaz Peter – eine Episode aus einem an Wechselfällen reichen Leben. In: Konstanzer Almanach, Bd. 26 (1980), S. 62- 70

- Ders.**, 1983: Redakteure, Mitarbeiter und Förderer der „Seebblätter“ um 1848. In: Hegau, H. 39 (1983), S. 139- 153
- Dreßen, Wolfgang**, 1981: 1848- 1849: Bürgerkrieg in Baden. Chronik einer verlorenen Revolution. Berlin
- Eckhardt, Albrecht von**; Schmidt, Heinrich, 1987: Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch. Oldenburg
- Eichhorn, Harro**, 1999: Freiheit und Einheit. Liberale Postulate in der Presse des Großherzogtums Oldenburg im 19. Jahrhundert. Magisterarbeit. Oldenburg
- Faulstich, Werner**, 2006: Mediengeschichte von 1700 bis ins 3. Jahrtausend. Göttingen
- Fehrenbach, Elisabeth**, 1992: Verfassungsstaat und Nationsbildung. 1815- 1871. München
- Fetscher, Elmar B.**, 1981: Die Konstanzer Seebblätter und die Pressezensur des Vormärz 1840/ 41. Sigmaringen
- Fiebing, Hermann**, 1974: Konstanzer Druck- und Verlagswesen früherer Jahrhunderte. Beiträge zu seiner Geschichte von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Konstanz
- Fischer, Wolfram**, 1962: Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden. Erster Band: Die staatliche Gewerbepolitik. Berlin
- Frimodig, Heidemarie**, 2003: Die Ereignisse des Jahres 1848 und ihr Spiegelbild im offiziellen „Anzeiger für das Fürstentum Ratzeburg“ in: dies. (Hg.): Schönberg im Ratzeburger Land. Ein Lesebuch, S. 29-35, Rehna
- Gall, Lothar**, 2003: Der Deutsche Bund und die Eidgenossen vor der Revolution von 1848. In: Sigg, Otto (Hg.): Mit der Geschichte leben. Festschrift für Peter Stadler. Zürich, S. 123- 134
- Ders.**, 1972: Georg Gottfried Gervinus. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Deutsche Historiker. Bd. 5. Göttingen, S. 7- 26
- Gailus, Manfred**, Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847- 1849. Göttingen
- Gentner, Carin**, 1965: Zur Geschichte des Leitartikels. In: Winfried B. u.a. (Hg.): Publizistik im Dialog. Festgabe für Henk Prakke zur Vollendung seines 65. Lebensjahres. Assen, S. 60- 68
- Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit** (Hg.), 1889: Verzeichnis der Vorträge und Vorlesungen, gehalten in den Versammlungen der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit vom Jahre 1789 bis Ostern 1889. Zur Säkularfeier der Gesellschaft. Lübeck.

- Dies.** (Hg.), 1988: 200 Jahre Beständigkeit und Wandel bürgerlichen Gemeinsinns. Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck. 1789- 1989. Lübeck
- Gesetz gegen den Mißbrauch der Presse.** In: Stadt Lübeck (Hg.), 1848: Sammlung der lübeckischen Verordnungen und Bekanntmachungen. Nr. 53. Lübeck, S. 127- 147
- Görtemaker, Manfred**, 1994: Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien. Bonn
- Grewolls, Grete**, 1995: Wer war war in Mecklenburg-Vorpommern? Ein Personenlexikon. Bremen, S. 279f.
- Guttkuhn, Peter**, 2007: Die Geschichte der Juden in Moisling und Lübeck. Von den Anfängen 1656 bis zur Emanzipation 1852. 2. Auflage. Lübeck
- Hachtmann, Rüdiger**, 2002: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution 1848/ 49. Tübingen
- Hafenbrack, Hans**, 2004: Geschichte des evangelischen Pressedienstes. Evangelische Pressearbeit von 1848 bis 1981. Bielefeld
- Hahn, Hans-Werner; Berding, Helmut**, 2010: Reformen, Restauration und Revolution 1806- 1848/ 49. In: Handbuch der deutschen Geschichte/ Gebhardt. 10. Auflage. Stuttgart
- Hank, Peter** (Hg.), 2003: Gustav und Amalie Struve. Freiheit und Menschlichkeit. Ausgewählte Programmschriften. Eggingen
- Hansen, Hans Schulz**, 1998: Dänemark und Nordschleswig im Revolutionsjahr 1848. In: Opitz, Eckhardt. (Hg.): Das Revolutionsjahr 1848 im Herzogtum Lauenburg und in den benachbarten Territorien. Mölln, S. 23- 34
- Hardtwig, Wolfgang**, 1994: Nationsbildung und Hauptstadtfrage. Berlin in der deutschen Revolution 1848/ 49. In: ders.: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500- 1914. Göttingen, S. 149- 164
- Heinel, Jürgen**, 1998: Andruck 1848: Geschichte der Dieburger Zeitung. Dieburg
- Hermann, Marliese**, 1998: Untersuchungen zur Revolution von 1848/ 49 in Konstanz. Magisterarbeit [URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-opus-729> (15.08.2011)]
- Hirschhausen, Ulrike v.**, 1998a: Liberalismus und Nation. Die Deutsche Zeitung. 1847- 1850. Düsseldorf
- Dies.**, 1998b: Die Deutsche Zeitung. In: Enghausen, Frank u.a. (Hg.): Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/ 49. Gervinus, Mohl, Höfken, Mittermaier, Welcker, Hagen, Kapp. Ubstadt-Weiher, S. 209- 226
- Holzem, Andreas**, 1994a: Kirchenreform und Sektenstiftung. Deutschkatholiken, Reformkatholiken und Ultramontane am Oberrhein (1844- 1866). Paderborn

Ders., 1994b: Religion und Öffentlichkeit. Chancen und Grenzen des Deutschkatholizismus – religiös, sozial, mental. In: Archiv für Schlesische Kirchengeschichte. Bd. 51/ 52. Münster, S. 7- 32

Hug, Wolfgang, 2006: Kleine Geschichte Badens. Stuttgart

Hundt, Michael, 1991: Lübeck auf dem Wiener Kongreß. Lübeck

Jansen, Christian: Der schwierige Weg zur Realpolitik. Liberale und Demokraten zwischen Paulskirche und Erfurter Union. In: Mai, Gunther (Hg.): Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850. Köln u.a., S. 341- 368

Jürs, Peter, 2004: Das Fürstlich Ratzeburgische Intelligenz-Blatt. In: Lauenburgische Heimat, Bd. 165 (2004), S. 72- 77

Kern, Klaus, 1974: Konstanz und die politischen Ereignisse in Baden vom Ausbruch der Februarrevolution bis zum Beginn des Heckerzuges. Zulassungsarbeit für die 2. Realschullehrerprüfung. Reichenau

Kessler, Alexander, 1992: Die Bevölkerung der Stadt Randolfzell am Bodensee im 17. und 18. Jahrhundert. Demographische Strukturen einer „Ackerbürgerstadt“ vor Beginn der Industrialisierung. Konstanz

Kirchner, Joachim, 1962: Das deutsche Zeitschriftenwesen. Seine Geschichte und seine Probleme. Teil II: Vom Wiener Kongress bis zum Ausgange des 19. Jahrhunderts. Wiesbaden

Klinsmann, Luise, 1984: Die Industrialisierung Lübecks. Lübeck

Klußmann, Jan, 1998: „Christus war Demokrat und Proletarier dazu“. Ländliche Unterschichten und soziale Bewegung in Holstein 1848- 1850. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 123, S. 149- 179

Kollmer von Oheimb-Loup, Gert, 2007: Ein ungleicher Start? Baden und Württemberg am Übergang zu industriell induziertem Wachstum in: Schinling, Anton; Taddey, Gerhard (Hg.): 1806 - Souveränität für Baden und Württemberg. Beginn der Modernisierung? Stuttgart, S. 161- 188

Kopitzsch, Franklin, 1981: Lesegesellschaft im Rahmen einer Bürgerrepublik. Zur Aufklärung in Lübeck. In: Dann, Otto (Hg.): Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation: ein europäischer Vergleich. München, S. 87- 102

Ders., 1988: 200 Jahre Bürgertugend und gemeinnütziges Streben. In: Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit. (Hg.): 200 Jahre. Beständigkeit und Wandel bürgerlichen Gemeinsinns. Lübeck, S. 8- 26

Ders., 2003: „Bürgertugend“ und „Beförderung des allgemeinen Wohls“. Die Anfänge der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“. In: Albrecht, Peter (Hg.): Formen der Geselligkeit in Nordwestdeutschland 1750- 1820. Tübingen, S. 441- 453

- Koszyk, Kurt**, 1966: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse, Teil II. Berlin
- Kramer, Wolfgang**, 1998: Anmerkungen zur badischen Revolution 1848. In: ders.; Berger, Christina (Hg.): Seeblätter: Reprint einer revolutionären Zeitung. Unveränderter Nachdruck der Ausgaben vom 1. März bis 30. April 1848. Konstanz, S. 7- 21
- Krus, Horst- D.**, 1998: Hungersnot und Elend durch den Ausbruch der Kartoffelkrankheit. In: Vogelsang, Reinhard u.a. (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/ 49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld, S. 99- 130
- Kühl, Uwe**, 1993: Von der kaufmännischen Korporation zur kommerziellen Interessenvertretung. Kaufmannschaft und Handelskammer zu Lübeck im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung. Lübeck
- Langewiesche, Dieter**, 2007: Europa zwischen Restauration und Revolution. 1815- 1849. München
- Lengemann, Jochen**, 2000: Das Deutsche Parlament (Erfurter Unionsparlament) von 1850. Ein Handbuch: Mitglieder, Amtsträger, Lebensdaten, Fraktionen. München u.a.
- Lückemeier, Kai**, 2001: Information als Verblendung. Die Geschichte der Presse und der öffentlichen Meinung im 19. Jahrhundert. Stuttgart
- Lundgreen, Peter**, 1973: Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozess des 19. Jahrhunderts. Berlin
- Lütgendorff, Willibald Leo von**, 1926: Kürzer Rückblick auf die Geschichte Lübecks (Geschichtstabellen). Sonderdruck aus den *Lübeckischen Anzeigen*. Lübeck
- Mahling, Christoph-Hellmut**, 1982: Die Leipziger Illustrierte Zeitung. Bemerkungen zu einer Quelle für die Erforschung der Oper im 19. Jahrhundert. In: Schläder, Jürgen u.a. (Hg.): Festschrift Heinz Becker. Zum 60. Geburtstag am 26. Juni 1982. Laaber, S. 302- 324
- Möller, Frank**, 2003: Heinrich von Gagern- Führer der liberalen Revolution. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Heft 15 (2003), S. 119- 121
- Mommsen, Wolfgang J.**, 1998: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830- 1849. Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. Frankfurt a. M.
- Müller, Hildegard**, 1986: Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy 1840- 1848. Diss. masch. Heidelberg
- Müller, Jürgen**, 2005: Deutscher Bund und deutsche Nation 1848- 1866. Göttingen
- Müller, Thomas**, 2001: 1848 - Revolution im Nordhäuser Zeitungswesen. In: Nordhäuser Geschichts- und Altertumsverein u.a. (Hg.): Beiträge zur Geschichte aus Stadt und Kreis Nordhausen, S. 71- 79

Opitz, Eckardt, 1999: Einleitende Bemerkungen. In: ders. (Hg.): Das Revolutionsjahr 1848 im Herzogtum Lauenburg und in den benachbarten Territorien. Mölln, S. 5f.

Oster, Uwe A., 2007: Die Großherzöge von Baden (1806- 1918). Regensburg

Overesch, Manfred, 1974: Presse zwischen Lenkung und Freiheit: Preußen und seine offiziöse Zeitung von der Revolution bis zur Reichsgründung. 1848 bis 1871/ 72. Pullach

Pelc, Ortwin, u.a. (Hg.), 1996: Zwischen Lübeck und Nowgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Norbert Angermann zum 60. Geburtstag. Lüneburg

Peter, Michael, 1972: Der Konflikt um Schleswig-Holstein (1846- 1852) im Spiegel der englischen Presse. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Diss. masch. Würzburg

Peters, Gustav, 1954: Gestützt auf Fürstenwort, Bundesschluß, Zeitgeist. Des Fürstentums Lübecks Kampf um eine Verfassung (1831). In: Blätter für Heimatkunde, H. 1 (1954), S. 1- 4

Ders., 1954: Philipp Lindemann/ Ein Anwalt der Armen. In: Blätter für Heimatkunde, H. 2 (1954), S. 5- 8

Ders., 1957: Die Eutiner Bäcker- oder Brottaxe. Landesherrliche Gesetzgebung im Zeitalter der Zunftgerechtigkeit. In: Blätter für Heimatkunde, H. 13 (1957), S. 57- 58

Ders., 1958: Die erste Gemeindeordnung für das Fürstentum Lübeck. In: Blätter für Heimatkunde, H. 4 (1958), S. 13- 16

Ders., 1958/ 59: Das Fürstentum Lübeck im tollen Jahr 1848. In: Blätter für Heimatkunde, H. 21 (1958) fortlaufend bis H. 9 (1959), S. 81- 100 (1958) bzw. S. 1- 36 (1959)

Ders., 1966: Geschichte einer Hofbuchdruckerei, 1741- 1966: 225 Jahre Struve's Buchdruckerei und Verlag in Eutin. Eutin

Ders., 1971: Geschichte von Eutin. 2. Auflage. Neumünster

Plöger, Lars, 1999: Politische Öffentlichkeit in einer geschlossenen Stadt. Die Entwicklung des Mindener Sonntagsblattes im Jahr 1848 zu einem liberalen Blatt innerhalb der Festung Minden. In: Blanke, Horst (Hg.): „Jede Umwälzung trägt den Charakter ihrer Zeit“. Ostwestfalen-Lippe 1848/ 49; regionalhistorische Studien. Anlässlich der Ausstellung Revolution - Kommunikation - Öffentlichkeit im Historischen Museum Bielefeld, 9. Mai bis 15. August 1999. Texte und Dokumente. Bielefeld, S. 67- 92

Prühs, Ernst-Günther, 1994: Geschichte der Stadt Eutin. Mit einem Beitrag von Klaus Langenfeld. 2. Auflage. Eutin

Prühs, Ernst Günther, 2004: 200 Jahre Literarische Gesellschaft. Ein geschichtlicher Rückblick. In: ders. (Hg.): Die Eutiner Literarische Gesellschaft. Festschrift zum 200jährigen Bestehen. Eutin, S. 19- 32

- Püschel, Ulrich**, 1991a: Zeitungskommunikation unter gelockerter Zensur. Die Zeitung als Organ der öffentlichen Meinung (1842). In: Folia linguistisch. H. 25 (1991), S. 243- 268
- Ders.**, 1991b: Journalistische Textsorten des 19. Jahrhunderts. In: ders. (Hg.): Das 19. Jahrhundert: sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. Berlin, S. 428- 447.
- Ders.**, 1994: Raisonement und Schulrhetorik im öffentlichen Diskurs. Zum Zeitungsdeutsch vor der Märzrevolution 1848. In: Moilanen, Markku u.a. (Hg.): Überredung in der Presse. Texte, Strategien, Analysen. Berlin u.a.
- Reith, Reinhold**, 1982: Der Aprilaufstand von 1848 in Konstanz. Zur biographischen Dimension von „Hochverrath und Aufruhr“. Versuch einer historischen Protestanalyse. Sigmaringen
- Richter, Paul**, 1986: Aus der Schleswig-Holsteinischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1815 bis 1835. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 111, S. 167- 183
- Rödel, Volker** (Hg.), 2006: 1806. Baden wird zum Großherzogtum. Begleitpublikation zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg/ Generallandesarchivs Karlsruhe und des Badischen Landesmuseums im Karlsruher Schloß, 30. Juni bis 20. August 2006. Karlsruhe
- Röhl, Heinz; Bentien, Wolfgang**, 2003: Grenzen und Grenzsteine der (freien und) Hansestadt Lübeck. Lübeck
- Rönnpag, Otto**, 1978: Ein Eutiner in der Paulskirchenversammlung 1848 – Maximilian Heinrich Rüder – In: Jahrbuch für Heimatkunde. Eutin, S. 47- 56.
- Ders.**, 1998: Eutin. Eine kleine Stadtgeschichte. Eutin
- Rürup, Reinhard**, 1992: Deutschland im 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Göttingen
- Salewski, Michael**, 1998: 1848: Dimensionen einer Revolution. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 123, S. 7- 26
- Schlicht, Udo**, 1999: Krisenphänomen und Presse in der Grafschaft Ravensberg vor und während der Revolution 1848/ 49. In: Blanke, Horst (Hg.): „Jede Umwälzung trägt den Charakter ihrer Zeit“. Ostwestfalen-Lippe 1848/ 49; regionalhistorische Studien. Anlässlich der Ausstellung Revolution - Kommunikation - Öffentlichkeit im Historischen Museum Bielefeld, 9. Mai bis 15. August 1999. Texte und Dokumente. Bielefeld, S. 43- 66
- Schlürmann, Jan**, 2004: Die Schleswig-Holsteinische Armee 1848 - 1851. Diss. masch. Kiel
- Schömig, Ulrike**, 1988: Politik und Öffentlichkeit in Preußen. Entwicklung der Zensur- und Pressepolitik zwischen 1740 und 1819. Diss. masch. Würzburg
- Schmolke, Michael**, 1985: Jede Zeit hat ihre Zeitung. Eine pressetypologischer Ansatz zur Kommunikationsgeschichte. In: Duchkowitsch, Wolfgang (Hg.): Mediengeschichte.

Forschung und Praxis. Festgabe für Marianne Lunzer-Lindhausen zum 65. Geburtstag. Wien, S. 25- 36

Schulz, Manuela, 2005: Zeitungslektüre und Landarbeiterschaft. Eine kommunikationsgeschichtliche Studie zur Verbreitung des Zeitungslesens im 19. und 20. Jahrhundert. Bremen

Schulze, Volker, 2001: Die Zeitung. Ein medienkundlicher Leitfaden. Aachen

Schütt, Ernst, 1980: Der revolutionäre Advokat Lindemann in Eutin. In: o.a. (Hg.): Jahrbuch für Heimatkunde. Eutin, S. 93- 97

Schutz, Friedrich, 1994: „Fiat lux“. Zur Geschichte der „Mainzer Zeitung“ 1812- 1851. Mainz

Schwarzmaier, Hansmartin, 2005: Baden. Dynastie - Land - Staat. Stuttgart

Schwitalla, Johannes, 1999: Flugschrift. Tübingen

Seuffert, Ralf, 2003: Konstanz. 2000 Jahre Geschichte. Konstanz

Sfedu, Tatiana, 2006: Museumsgründung und bürgerliches Selbstverständnis. Die Familie Leiner und das Rosengartenmuseum in Konstanz. Diss. masch.
[URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-opus-22602> (15.08.2011)]

Shimoda, Jun, 2004: Volksreligiosität und Obrigkeit im neuzeitlichen Deutschland. Wallfahrten oder Deutschkatholizismus. Tokio

Siemann, Wolfram, 2006: 1848/ 49 in Deutschland und Europa. Ereignis - Bewältigung - Erinnerung. Paderborn

Sternberger, Dolf; Bernhard Vogel, Bernhard, 1969: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane : Ein Handbuch, Bd. 1. Berlin (West), S. 189- 209

Stöber, Rudolf, 2005: Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Teil 2. Das 19. und 20. Jahrhundert. 2. Auflage. Konstanz

Tauschwitz, Hanno, 1981: Presse und Revolution 1848/ 49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/ 49. Heidelberg

Venedey, Hermann M., 1973: Belle-Vue bei Konstanz. Geschichte eines politischen Verlages im Vormärz. Konstanz

Verlag und Schriftleitung der Konstanzer Zeitung (Hg.), 1928: Konstanzer Zeitung. Jubiläums-Ausgabe. 1728- 1928. Konstanz

Vesely, Peter, 1983: Vereine in Lübeck in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ und der „Lübecker Liedertafel“, Hamburg

Ders., 1988a: Gewerbeförderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Modernisierung des Lübecker Wirtschaftslebens. In: Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Hg.): 200 Jahre. Beständigkeit und Wandel bürgerlichen Gemeinsinns. Lübeck, S. 39- 44

Ders., 1988b: Person und Persönlichkeit. Zur Mitgliederstruktur der Gesellschaft. In: Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Hg.): 200 Jahre. Beständigkeit und Wandel bürgerlichen Gemeinsinns. Lübeck, S. 89- 94

Vosgerau, Heiko, 1998a: Die parlamentarischen Auseinandersetzungen um innere Reform während der schleswig-holsteinischen Erhebung. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 123, S. 91- 114

Ders., 1998b: Das Revolutionsjahr 1848 und die schleswig-holsteinische Erhebung. In: Opitz, Eckhardt (Hg.): Das Revolutionsjahr 1848 im Herzogtum Lauenburg und in den benachbarten Territorien. Mölln, S. 7- 22

Weppelmann, Norbert, 1971: Untersuchungen zur Entwicklung des berufsbildenden Schulwesens. Dargestellt am Wirken der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck im 18. und 19. Jahrhundert. Diss. masch. Hamburg

Ders., 1980: Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck im 18. und 19. Jahrhundert als Zentrum bürgerlicher Eigeninitiative. In: Vierhaus, Rudolf (Hg.): Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften. München, S. 143- 160

Westerkamp, Dominik, 1999: Pressefreiheit und Zensur im Sachsen des Vormärz. Baden-Baden

Nöth-Greis, Gertrud, 1997: Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik. In: Wilke, Jürgen (Hg.): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Köln u.a., S. 1- 78

Wirtz, Rainer, 1984: Bemerkungen zum „Sozialen Protest“ in Baden 1815- 1848. Determinanten, Motive und Verhaltensmuster. In: Volkmann, Heinrich u.a. (Hg.): Sozialer Protest : Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Opladen, S. 36- 55

Zander, Erich, 1982: Die Geschichte des Armenwesens in der Stadt Eutin vom Mittelalter bis zum I. Weltkrieg. Eutin

Zang, Gert, 1994: Konstanz in großherzoglicher Zeit. Teilband 1: Restauration, Revolution, Liberale Ära 1806 bis 1870. Konstanz

E.2 Quellen
E.2.1 Untersuchungszeitungen

Konstanzer Zeitung, (1847- 1851 wg. täglichen Erscheinens ab 01.04.1848 nur die Freitagsausgaben) Konstanz. Fundort: Universitätsbibliothek Freiburg, Sigle: ZTG 80

Neue Lübeckische Blätter, (alle Ausgaben von 01/ 1847- 03/ 1851). Lübeck. Fundort:

Landesbibliothek Schleswig-Holstein, Sigle: 4 Dh 632

Wöchentlicher Anzeiger für das Fürstenthum Lübek, (alle Ausgaben von 10/ 1847-03/1851). Eutin. Fundort: Landesbibliothek Schleswig-Holstein, Sigle: Film 192

E.2.2 weitere Zeitungen/ Zeitschriften/ Kalender

Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthume Lübek, Nr. 1 (08.01.1851). Eutin. Fundort: Landesbibliothek Oldenburg, Sigle: GE IX A 548

Börsen-Halle. Hamburgische Abend-Zeitung für Handel, Schiffahrt und Politik, Nr. 112 (13.03.1848), Nr. 319 (09.11.1848). Hamburg. Fundort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Sigle: SUB FX 55

Breisgauer Bote. Verkündigungsblatt, Nr. 1 (01.11.1849). Freiburg. Fundort: Universitätsbibliothek Heidelberg, Sigle: R327.

Bremer Zeitung, o.a. Nr. (29.11.1848). Bremen. Fundort: Staatsbibliothek zu Berlin- Preußischer Kulturbesitz, Sigle: Ztg 1682

Der deutsche Pilger durch die Welt. Ein unterhaltender und lehrreicher Volkskalender für alle Länder deutscher Zunge auf das Jahr 1847, 1847. Stuttgart. Fundort: Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek, Sigle: A 658

Der Festungsbote, Nr. 1- 14 (07.07.- 22.07.1849). Rastatt. Fundort: Elsenhans, Ernst (Hg.), 1997: Der Festungs-Bote. Faksimile-Ausgabe. Rastatt

Der Tagesherold, Nr. 1 (01.01.1847), Nr. 135 (16.05.1847), Nr. 141 (22.05.1847), Nr. 101 (10.04.1848) Fundort: Universitätsbibliothek Freiburg, Sigle: Ztg 10-1847 bzw. Ztg 10-1848

Der Volksbote für Lübeck und die Grenznachbarn, Nr. 1 (04.07.1849), Nr. 52 (29.12.1849). Lübeck. Fundort: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel, Sigle: Film 271

Deutsche Annalen. Erster Band. Januar. Februar. März. April. May. Juni, 1787: Nr. 1 (01.01.1787), Nr. 2 (05.01.1787). Konstanz. Fundort: Badische Landesbibliothek Karlsruhe, Sigle: ZA 5013

Deutsche Zeitung, Nr. 157 (11.08.1848). Fundort: Universitätsbibliothek Freiburg, Sigle G4122, 1848, 4/6.

Evangelisches Kirchen- und Schulblatt für das nördliche Deutschland, 1843, S. 15- 31. Fundort: Landesbibliothek Oldenburg, Sigle: THEOL V A 36

Frankfurter Journal, Nr. 1 (01.01.1848), Nr. (01.01.1849). Frankfurt a. M., Fundort: Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek Weimar, Sigle: MAG ZB 1019

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung, Nr. 1 (01.01.1849), Nr. 1 (01.01.1850).
Frankfurt a. M., Fundort: Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek Weimar, Sigle:
MAG ZB 1256

Gemeinnütziges, unterhaltendes Itzehoe Wochenblatt, Nr. 13 (o.a. Tag u. Monat 1848).
Itzehoe. Fundort: Landesbibliothek Kiel, Sigle: Film 105.1848

Karlsruher Zeitung. Organ des Landesausschusses, Nr. 1 (15.05.1849). Karlsruhe.
Fundort: Universitätsbibliothek Heidelberg, Sigle: HAEUSSER 768 GROSS RES

Lübeckische Blätter, Nr. 1 (07.01.1827), Nr. 13 (30.03.1828). Lübeck. Fundort: Staats-
und Universitätsbibliothek Hamburg, Sigle: Y/3667

Lübecker Bürgerfreund, Nr. 1 (31.12.1847), Nr. 2 (07.01.1848), Nr. 13 (24.03.1848).
Lübeck. Fundort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Sigle: Y/2196

Lübecker Korrespondent, Nr. 2 (03.04.1848), Nr. 4 (05.04.1848), Nr. 5 (06.04.1848) u. Nr.
6 (07.04.1848). Lübeck. Fundort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Sigle:
Y/2244

Neue Blätter für Stadt und Land, Nr. 1 (01.01.1848), Nr. 1 (03.01.1849), Nr. 1
(02.01.1850). Oldenburg. Fundort: Landesbibliothek Oldenburg, Sigle: GE IXA 459

Neue Deutsche Zeitung. Organ der Demokratie, Nr. 1 (01.07.1848). Darmstadt. Fundort:
Universitätsbibliothek Wuppertal, Sigle: 06 >07N20< (Mikrofilm)

Oberrheinische Zeitung, Nr. 136 (15.05.1848). Freiburg im Breisgau. Fundort:
Universitätsbibliothek Heidelberg, Sigle: R 322 B

Oldenburgische Anzeigen, Nr. 1 (01.01.1848). Oldenburg. Fundort: Landesbibliothek
Oldenburg, Sigle: GE IX A 437

Republikanisches Regierungsblatt, Nr. 1 (22.09.1848). Lörrach. Fundort:
Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg, Frankfurt a. M. Sigle: S 25/2290

Sächsische Vaterlands-Blätter, Nr. 165 (15.10.1844), Nr. 13 (23.01.1845). Leipzig.
Fundort: Hannover, Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, Sigle: G 7299

Seeblätter, Nr. 52- 78 (01.03- 31.03.1848). Konstanz. Fundort: Berger, Christina u.a. (Hg.):
Seeblätter: Reprint einer revolutionären Zeitung. Unveränderter Nachdruck der Ausgaben
vom 1. März bis 30. April 1848. Konstanz

Sonntagsblatt zum Lübecker Korrespondent, Nr. 1 (16.04.1848), Nr. 12 (02.07.1848).
Lübeck. Fundort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Sigle: Y/2244

**Verkündigungsblatt für die großherzoglichen Ämter Konstanz, Heiligenberg,
Meersburg, Mößkirchen, Pfullendorf, Salem, Stetten, Stockach und Überlingen,
vereinigt mit dem bisherigen Nellenburg'schen Intelligenz-Blatte**, Nr. 1 (08.01.1847),
Nr. 2 (12.01.1847). Erschien als Beilage des *Tagesherold*. Fundort: Universitätsbibliothek
Freiburg, Sigle: Ztg 10

Bekanntmachung 1837: Bekanntmachung. [betreffend die Erhebung der *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek* zum Amtsblatt. Eutin. Fundort: Landesbibliothek Oldenburg, Sigle: GE IX A 309,48

Bekk, J. B., 1850: Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte des Mai 1849. Mannheim

Börne, Ludwig (Hg.), 1819: *Die Wage. Eine Zeitschrift für Bürgerleben, Wissenschaft und Kunst*. 17. Heft. April 1819. Frankfurt a. M., S. 291- 301. Fundort: Universitätsbibliothek Freiburg im Breisgau, Sigle: Fiche 18874/18875

Dahlmann, Friedrich Christoph, 1847: Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. 2. Auflage. Leipzig

Deecke, Ernst, 1847: Die Freie und Hansestadt Lübeck: Nachrichten für Fremde und Einheimische. Lübeck

Elben, Otto, 1885: Geschichte des Schwäbischen Merkurs 1785- 1885. Stuttgart

Enders, Alois, 1912: Die Eisenbahnen. In: Rebmann, Edmund u.a. (Hg.): Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt. Zweiter Band. 2. Auflage, S. 683- 705. Karlsruhe

Eutinische Bibelgesellschaft (Hg.), 1849: Nachricht von dreißigsten Generalversammlung der Eutinischen Bibelgesellschaft am 18. Juli 1849. Eutin.

Evers, Gustav, 1849: Die Deutsche Nationalversammlung und die deutschen Regierungen. Lübeck

Fenneberg, F. Fenner v., 1849: Zur Geschichte der rheinpfälzischen Revolution und des badischen Aufstandes. Zürich

Häusser, Ludwig, 1851: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution. Heidelberg

Hennsen, Carl, 1893: Geschichte der Eutiner Liedertafel mit Voranstellung einer historischen Skizze der Entwicklung des mehrstimmigen deutschen Männergesanges. Eine Festgabe an den Verein zu dessen 50jähr. Jubiläum. Eutin, S. 17- 25

Herwegh, Emma (1849, Nachdruck des unzensierten Handexemplars der Autorin hrsg. von Horst Brandstätter, 1998): Im Interesse der Wahrheit. Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris, von einer Hochverräterin. Konstanz

Hoffmann, Max, 1908: Chronik der Stadt Lübeck. Lübeck

Kirchmann, Peter Friedrich, 1843: Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Lübeck nach der neuesten Gränzbestimmung; mit Anhang und Tabelle. Ein Buch für Schule und Haus. Eutin

Laible, Joseph, 1884: Chronik des Bürgermuseums zu Konstanz von 1834- 1884. Der Gesellschaft gewidmet von Joseph Laible. Konstanz

Ders., 1921: Geschichte der Stadt Konstanz und ihrer nächsten Umgebung. Ein Hausbuch für die Leser aller Stände. 2. Auflage. Konstanz

Laube, Heinrich, 1849: Das erste deutsche Parlament. Erster Band. Leipzig

Lindemann, Philipp, 1832: Die Eigenthumslosen im Amte Eutin. Eutin

Martens, Wilhelm, 1911: Geschichte der Stadt Konstanz. Konstanz

Meerwarth, Hermann, 1907: Die öffentliche Meinung in Baden von den Freiheitskriegen bis zur Erteilung der Verfassung (1815- 1818). Diss. masch. Heidelberg

Meynen, Otto; Reuter, Franz, 1928: Die deutsche Zeitung. Wesen und Wertung. Leipzig

Müller, Leonhard, 1905: Die politische Sturm- und Drangperiode Badens. Mannheim, S. 127- 146.

Munzinger, Ludwig, 1912: Die Presse. In: Rebmann, Edmund u.a. (Hg.): Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt. 1. Bd. 2. Auflage, Karlsruhe, S. 1080- 1088

o.a. Autor, 1840: Erster Bericht über den am 18. November 1838 in Eutin gestifteten Enthaltensamkeits-Verein. Für die Generalversammlung vom 17. Dec. 1839 bestimmt vom derzeitigen Vorstände. Eutin

o.a. Autor, 1848: Die Bremer Zeitung. Ein Votum. Von einem langjährigen Leser. Oldenburg

Olenhausen, Irmtraud Götz v., 1998: „Der Tag der Freiheit bleibt nicht aus“. Amalie Struves Erinnerungen. In: Struve, Amalie: Heftiges Feuer: die Geschichte der badischen Revolution 1848. Freiburg, S. 9- 18.

Österreichisches Biographisches Lexikon 1815- 1950, 1957, Bd. 1. Wien, Lemma: Fenner von Fenneberg Daniel Frh., Offizier, S. 298 [URL: http://www.biographien.ac.at/oeb1_1/298.pdf (Abfragedatum: 15.08.2011)]

Pansch, Christian, 1848: Geschichte der Eutinischnen Schule bis zum Jahre 1804, von dem Herrn Conr. Dr. Pansch. Eutin

Röckel, Hermann, 1949: Baden im Kampf um die Freiheit. Heidelberg

Ruppert, Philipp, 1895: Konstanzer geschichtliche Beiträge. IV. Heft, Konstanz

Ruppert, Philipp, 1899: Etwas über die Buchdruckerei in Konstanz. In: ders. (Hg.): Konstanzer Beiträge zur badischen Geschichte. H. 5, Konstanz, S. 70- 85

Schnabel, Franz, 1948: Das Land Baden und die Revolution von 1848/ 49. In: Keil,

Wilhelm (Hg.): Deutschland 1848- 1948: Ein Beitrag zur historisch-politischen Würdigung der Volkserhebung von 1848/ 49. Stuttgart, S. 56- 70

Schmidt, Ursula, 1939: Die badische Tagespresse 1848. Diss. masch. Heidelberg

Struve, Amalie, 1998: Heftiges Feuer. Die Geschichte der badischen Revolution 1848. Erzählt von Amalie und Gustav Struve. Nachdruck der Originalausgabe. Bern 1849 und Hamburg 1850. Freiburg i. Br.

Ukert, Georg H. A., 1809: Annalen der Residenz Eutin. Nebst einer Topographie des Fürstenthums Lübeck. Eutin

Valentin, Veit, 1930: Geschichte der deutschen Revolution von 1848- 49. Berlin

Weech, Friedrich v., 1896: Badische Geschichte. Karlsruhe, S. 524- 580

Wibel, G., 1850: Das Zerwürfnis zwischen dem allgemeinen Landtage und der Staatsregierung des Großherzogthums Oldenburg. Lübeck

Grunddaten für die Konstanzer Zeitung

Umfang des Jahrgangs

1847	1052 Seiten	157 Ausgaben
1848	1374 Seiten	278 Ausgaben
1849	1558 Seiten	311 Ausgaben
1850	1528 Seiten	311 Ausgaben

durchschnittliche Länge einer Ausgabe

1847	6,7 Seiten	
1848	4,9 Seiten	die durchschnittliche Länge konstitutioneller Blätter betrug 4,6 Seiten, bei republikanischen Zeitungen 4,3 Seiten (vgl. Tauschwitz 1981, S. 245).
1849	5,0 Seiten	die durchschnittliche Länge konstitutioneller Blätter betrug 4,6 Seiten, bei republikanischen Zeitungen 4,3 Seiten (vgl. Tauschwitz 1981, S. 245).
1850	4,9 Seiten	

Auflage 1300 Stück vgl. Tauschwitz 1982, Tabelle XI, Anlage S. 26

Häufigkeit des Erscheinens

1847	3 Ausgaben pro Woche	
1848	6 Ausgaben pro Woche	(ab Mitte März 1848)
1849	6 Ausgaben pro Woche	
1850	6 Ausgaben pro Woche	

Die durchschnittliche Ausgabenanzahl pro Woche betrug 1848/ 49 4,4 (vgl. Tauschwitz 1981, S. 245).

„Konstanzer Zeitung“: Nachweis zu Themen, Angabe des Verfassers und Position der Artikel in der Zeitung

Berücksichtigt werden alle für die „Revolution“ im weitesten Sinne relevanten Artikel aus Deutschland und Österreich in den Freitagsausgaben, drei Punkte erhalten Artikel, die auf der Titelseite erschienen, zwei Punkte bekommen Meldungen in der Mitte der Zeitung, einen Punkt erhalten schließlich Berichte auf der letzten Seite, solche der Kategorie „Verschiedenes“, bzw. in sog. Beiblättern und Kleingedrucktes. Die kursiv gedruckten Artikel sind einer qualitativen Auswertung unterzogen worden.

Ausgabe 14.07.1848 fehlt, stattdessen wurde die vom 13.07.1848 herangezogen, Seiten 599 und 600 doppelt mit Ausgabe v. 22.06.1848, 1100 bis 1104 fälschlich als 2000 bis 2004 nummeriert

	Jahr	Monat	Tag	Ausgabe	Seite	Titelseite	Verfasser	Titel	Wert	Quartal	Summe	
Jüdische Bürger	1847	10	08	121	810	810	+	„Obr. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Bericht über die Ergebnisse der Generalversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Darmstadt. Betonung der großherzoglich hessischen Unterstützung des Vereins (Spende der Glocken der Seligstädter Kirche), besonders der kooperativen und eben nicht antikatholischen Haltung des Vereins, Nennung auch einer Spende von Israeliten für die Kirche.]	2	IV. 1847	4
	1847	12	24	154	1029	1029	-	„Deutsche Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Es werden weiterhin noch Vorlagen für Gesetzesentwürfe über die Einrichtung einer Bank, über die Vereinigung der Konfessionsschulen eingebracht. Außerdem erwartet man ein Gesetz von Bekk und Trefurt zur Emanzipation der Juden, für das man jedoch in diesem Landtag keine Mehrheit vermutet.]	2		
	1848	01	28	12	74	74	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Mehrheit in Baden ist gegen die volle Gleichstellung der Juden.]	2	I. 1848	6
	1848	03	17	33	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Militär zum Schutz der 'Gutgesinnten' und 'Israeliten' gegen das Volk gefordert]	2		
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Hessen-Homburg.“, [Gleichstellung der Juden in Hessen-Homburg]	2		
	1848	04	07	50	301	301	+	o.a.	„Wo ist die Quelle der Verarmung des Mittelstandes zu suchen? I. Der Adel und die Juden.“	3		
	1848	05	05	74	411	411	-	o.a.	„Österreichische Monarchie“, [Judenpogrom in Preßburg mit anschließender Vertreibung durch die Stadtverwaltung]	2		
	1848	05	19	86	463	463	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [II. Kammer nimmt Gesetzesentwurf der Zittel'schen Kommission zur Gleichstellung aller Konfessionen an.]	3	II. 1848	8

	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Eine Deputation von sieben Vereinen hat erreicht, dass in Hamburg Urwahlen durchgeführt werden, um eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die neue Verfassung wird aller Voraussicht nach die Gleichstellung der Juden bringen.]	2		
	1848	09	22	193	979	980	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Der reformorientierte Rabbiner Lembergs soll von Altgläubigen mit dessen ganzer Familie vergiftet worden sein.]	1	III. 1848	3
	1848	11	17	241	1199	1199	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [102. Sitzung der II. Kammer. Themen u.a.: Petitionen von Mannheim und andernorts, die eine Neuwahl der Kammer ablehnen, Gesetzentwurf über die Einführung eines Verwaltungsgerichts wird von Bekk vorgelegt, Gesetzentwurf über die Ablösung von Erblehen wurde von der I. Kammer abgelehnt und muss neu verhandelt werden. Die Fürsten von Fürstenberg und Leiningen haben ihre Rechte in Bezug auf die Gerichtsbarkeit, die Polizeigewalt und die Patronatsrechte an den Staat abgegeben. Auf Brentanos Verlangen in einer der vergangenen Sitzungen übergibt Bekk die Akten über den „Judenkrawall“ in Bruchsal.]	3	IV. 1848	3
	1849	01	05	5	20	20	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die an der Judenverfolgung in Preßburg im April 1848 Beteiligten sollen festgenommen und auf Befehl von Windisch-Graetz Schadenersatz leisten.]	2		
	1849	01	26	23	104	104	-	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Thronrede des bayerischen Königs zur Eröffnung des Landtages; div. Themen, u.a. Preßgesetz, Trennung von Justiz und Administration, Entwurf des Preßstrafgesetzes, Gesetz über die Judenemanzipation. Der König spricht sich für eine deutsche Einigung aus.]	2		
	1849	03	09	59	278	278	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ein Waffenschmuggel wurde verhindert: „Ein Jude, der den Transport begleitete, soll sich, als er die Gefahr drohen sah, aus dem Staube gemacht haben.“]	2		
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Comorn soll erobert werden; die Festung verfügt über wenig Munitionsreserven. Zur Feier der oktroyierten Verfassung soll auf Anordnung des Innenministers ein feierliches Hochamt in der St. Stephanskirche gehalten werden. Auch die israelitische Gemeinde hat eine Feier vollzogen, in der die österreichische Volkshymne auf Hebräisch gesungen wurde. Das neue provisorische Preßgesetz sieht eine Kautions von 10.000 Gulden K.-M. für politische Journale vor; - ein zweckmäßiges Mittel, so die Zeitung, gegen die Zügellosigkeit der Presse. Leider musste man lange ohne ein solches Preßgesetz bleiben.]	2	I. 1849	8

	1849	10	26	256	1246	1246	-	„Schw. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Die wegen Überschreitung von Zahlungsfristen zunächst inhaftierten Vorsteher der Ostener jüdischen Gemeinde wurden freigelassen. Die Haftstrafen wurden in eine Geldstrafe gewandelt, die nun in Raten von der Gemeinde erbracht werden müssen.]	2		
	1849	12	14	298	1484	1484	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Forderung an die bayerische Regierung nach Gleichstellung der Juden. „Wir sind begierig, ob die Repräsentanten des bayerischen Volkes auf die Seite des befreienden Rechts oder der Bevormundung treten, die bis jetzt zu nichts gedient hat, als die Juden als das zu erhalten, was sie in solcher Lage werden mußten – Schmarotzerpflanzen unseres Luxus und unserer Bildung.“]	2		
	1849	12	21	304	1516	1516	-	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Juden sind nun rechtlich gleichgestellt, wenn auch unter Beifügung einer „transistorischen Bestimmung“, die Vorbehalte ausdrückt. Dies geschieht gegen den Willen der Mittelschicht in Bayern.]	2	IV. 1849	6
Kirchliches	1847	10	01	118	796	796	-	o.a.	„Verzeichniß der in den hiesigen drei katholischen und der evangelischen Pfarrei in dem Monat August Getrauten, Getauften und Gestorbenen.“	1		
	1847	10	08	121	810	810	+	„Obr. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Bericht über die Ergebnisse der Generalversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Darmstadt. Betonung der großherzoglich hessischen Unterstützung des Vereins (Spende der Glocken der Seligstädter Kirche), besonders der kooperativen und eben nicht antikatholischen Haltung des Vereins, Nennung auch einer Spende von Israeliten für die Kirche.]	2		
	1847	10	08	121	810	810	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Christkatholiken sollen aus dem Schul- und Universitätsdienst entfernt werden.]	2		
	1847	10	08	121	812	812	-	„Der Vorstand.“	„Kirchlicher Leseverein.“, [Einladung zur Versammlung der Vereinsmitglieder zum 09.10.1847]	1		
	1847	10	22	127	845	845	+	„Karlsru. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Bei einer deutschkatholischen Predigt in Wertheim waren auch die Vertreter der örtlichen Obrigkeit anwesend und zum Teil begeistert. Die „religiöse Fortschrittsbewegung“ hat nun auch im angrenzenden Bayern begonnen.]	3		
	1847	11	26	142	941	941	+	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Königsberg: Dem Prediger Detroit und Dr. Rupp ist es untersagt worden, Religionsunterricht zu erteilen.]	3		

	1847	12	03	145	968	968	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die Ereignisse in der Schweiz haben Einfluss auf die kirchlich-religiösen Verhältnisse auch in Deutschland. Die Kirchenpartei versucht, den Konflikt in der Schweiz nicht auf Deutschland zu beziehen, um dem Verlust des geistigen Einflusses auf die Bevölkerung nicht zu verlieren. Die Zeitung erhofft Gegenteiliges.]	2		
	1847	12	24	154	1029	1029	-	„Deutsche Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Es werden weiterhin noch Vorlagen für Gesetzesentwürfe über die Einrichtung einer Bank, über die Vereinigung der Konfessionsschulen eingebracht. Außerdem erwartet man ein Gesetz von Bakk und Trefurt zur Emanzipation der Juden, für das man jedoch in diesem Landtag keine Mehrheit vermutet.]	2		
	1847	12	24	154	1029	1029	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Bei der Beisetzung eines Deutschkatholiken versuche die Trauergemeinde, diesen entgegen obrigkeitlicher Anordnung bei den anderen Christen und nicht am Rande des Friedhofs beizusetzen. Die Polizei verlegte die schon beigesetzte Leiche wieder an den vorgesehenen Platz. „Welches Aufsehen eine solche Handlung unserer Regierung macht, können sie sich leicht vorstellen.“]	2		
	1847	12	31	157	1049	1050	-	„(Folgen die Unterschriften von Geistlichen aus den Kapiteln Waldshut, Klettgau und Wiesenthal.)“	„Eingabe von Geistlichen aus den Kapiteln Klettgau, Waldshut und Wiesenthal an den Erzbischof von Freiburg.“, [Kritik an Geistlichen, die Segnungen vornimmt, Bittgänge unternimmt, Feiertage begeht, die keine (mehr) sind, geistliche Kinderspiele veranstaltet, Exorzismus betrieben usw. und damit gegen Kirchenrecht verstoßen. Besonders Frauen und Kinder sind wegen deren leichten Beeinflussbarkeit Ziel der Tätigkeit dieser Gruppe. Kritik besonders am religiösen Übereifer dieser Gruppe, die zwingend Armut nach sich ziehen würde und den Priestern die Macht über Verdammnis oder Erhöhung einer Gemeinde zuspricht. Forderung nach Abhilfe durch den Erzbischof.]	1	IV. 1847	19
	1848	02	04	15	91	91	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Ehen können auch bei fehlender kirchlicher Zustimmung von Staatswegen geschlossen werden; es steht dem Geistlichen aber frei, die Ehe in diesem Fall zu bestätigen.]	3		
	1848	02	11	19	117	117	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Berufung des Benefiziaten Kotz auf die Konstanzer Münsterpfarre soll die Zwietracht der 'viel bewegten Gemeinde' lindern helfen.]	3		
	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Amtseinführung des Pfarrers S. Kotz]	3		

	1848	03	10	30	201	201	+	„Bekk“	„Deutschland. Baden.“, [Antwort der Regierung auf erhobene Forderungen zu den Karlsbader Beschlüssen, zur Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, der Vereidigung der Beamten, Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte infolge der gewählten Konfession, Zulassung von Klagen gegen Behörden, einer volkstümlichen Kreisverwaltung, Beseitigung des Feudalwesens und der privilegierten Gerichtsstände, zu unabhängigen Richtern, zur gerechten finanziellen Belastung der Kreise, Ministerverantwortlichkeit und Nationalstaatsbildung]	3	I. 1848	12
	1848	05	19	86	463	463	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [II. Kammer nimmt Gesetzentwurf der Zittel'schen Kommission zur Gleichstellung aller Konfessionen an.]	3		
	1848	06	16	110	572	573	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der katholische konstitutionelle Verein Vorarlbergs und Tirols fordert, dass beide Gebiete von der freien Ausübung des Glaubens ausgenommen werden. Beide Gebiete sollen rein-katholisch bleiben.]	2		
	1848	06	30	121	629	629	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Katholiken wurden zur Unterzeichnung einer Petition gegen die Unterdrückung ihrer Konfession gebeten, diese wurde zerrissen. Aufruf zu einer Volksversammlung am 23.06. in München.]	3	II. 1848	8
	1848	07	07	127	658	659	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Absolventen der Tyroler Akademie sind vom zuständigen Gouverneur unter Beobachtung gestellt worden; er selbst ist Mitglied des katholisch-konstitutionellen Vereins, der gegen die Glaubensfreiheit protestiert hat.]	2		
	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bei Versammlung des in Wien neu gegründeten Vereins der Deutschkatholiken kam es zu Tumulten.]	2		
	1848	08	25	169	856	856	-	o.a.	„[ohne]“, [In Wollmatingen ist der suspendierte Pfarrer zurück im Dienst, wurde von der Gemeinde wieder gut aufgenommen.]	1		
	1848	09	15	187	945	945	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Die katholischen Vereine sollen unter der Landbevölkerung mit Hilfe von Berichten der „Süddeutschen Zeitung“ Verbreitung finden.]	3		
	1848	09	22	193	977	977	+	„A. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Öffentliche Versammlung zur Gründung einer deutschkatholischen Gemeinde in München.]	3	III. 1848	11
	1848	10	06	205	1034	1034	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Räumung der Jesuiten- und Ligorianerklöster ist vollzogen.]	2		
	1848	10	27	223	1116	1116	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Vorarbeiten für die Reform des Schulwesens sind abgeschlossen. In gemischt-konfessionellen Gebieten sollen Kommunal-Schulen eingeführt werden.]	2		

	1848	12	15	265	1311	1311	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Abgeordnete Peter ist wieder in die Kammer eingetreten; in Bezug auf die Schwurgerichte wurde beschlossen, dass auch Geistliche das Richteramt übernehmen können; die Trennung von Staat und Kirche wurde in diesem Punkt nicht vollzogen.]	3	IV. 1848	7
	1849	01	05	5	19	19	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Hessen.“, [Aktivitäten des Pius-Vereins Mainz zielen auf die Neugründung anderer religiöser Vereine; kritische Begleitung durch die Zeitung.]	3		
	1849	02	23	47	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Reichstag verhandelt über die religiöse Freiheit und das Verhältnis von Kirche und Staat. Die meisten Redner sprachen sich für die Gleichheit des Bekenntnisses und die Freiheit der Kirche aus.]	2		
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Comorn soll erobert werden; die Festung verfügt über wenig Munitionsreserven. Zur Feier der oktroyierten Verfassung soll auf Anordnung des Innenministers ein feierliches Hochamt in der St. Stephanskirche gehalten werden. Auch die israelitische Gemeinde hat eine Feier vollzogen, in der die österreichische Volkshymne auf Hebräisch gesungen wurde. Das neue provisorische Preßgesetz sieht eine Kautions von 10.000 Gulden K.-M. für politische Journale vor; - ein zweckmäßiges Mittel, so die Zeitung, gegen die Zügellosigkeit der Presse. Leider musste man lange ohne ein solches Preßgesetz bleiben.]	2		
	1849	03	16	65	310	310	-	o.a.	„Verzeichniß der in den hiesigen drei katholischen und der evangelischen Pfarrei in dem Monat Februar 1849 Getrauten, Getauften und Gestorbenen.“	1	I. 1849	8
	1849	04	27	101	500	500	-	o.a.	„Verzeichniß der in den hiesigen drei katholischen und der evangelischen Pfarrei in dem Monat März 1849 Getrauten, Getauften und Gestorbenen.“	1	II. 1849	1
	1849	07	13	166	816	816	-	„Leopold. Klüber. Regenauer. Stengel. A. v. Roggenbach. v. Marschall. Stabel. Auf allerhöchsten Befehl Sr. kön. Hoheit des Großherzogs: Schunggart.“	„Deutschland. Baden.“, [Entlassung derjenigen Beamten, die den Revolutionären nachgegeben haben. Ankündigung von Disziplinarverfahren gegen Anwälte, Autoren usw., die an der revolutionären Erhebung teilgenommen haben. Bei Kirchenbeamten ist nach dem Kirchenrecht zu verfahren. Ihnen sind jedoch alle Einnahmen aus den Pfründen zu streichen.]	2		

	1849	08	10	190	923	924	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Gottesdienste zum Ende der Revolution in Karlsruhe sind bei beiden Konfessionen gut besucht worden; der Prinz von Preußen wird in Karlsruhe erwartet; aus den Resten des badischen Militärs sollen fünf Bataillone gebildet und nach Preußen verlegt werden. Dem Revolutionär Franz Sigel wird vorgeworfen, die berühmten türkischen Waffen in Rastatt gestohlen zu haben.]	3		
	1849	08	17	196	956	956	-	o.a.	„Verzeichniß der in den hiesigen drei katholischen und der evangelischen Pfarrei in dem Monat Juli 1849 Getrauten, Getauften und Gestorbenen.“	1		
	1849	08	24	202	979	979	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Bei der Beisetzung eines Heidelberger Soldaten ist es, nachdem der Geistliche zur Rückkehr auf „den verlassen Boden der Religion“ aufgerufen hatte, zu einem Aufruhr mit Pfiffen, Drohungen usw. gekommen. Die „Karlsruher Zeitung“ fordert eine exemplarische Bestrafung der Beteiligten.]	3	III. 1849	9
	1849	10	12	244	1189	1190	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [In Regensburg findet eine Versammlung von Abgeordneten der katholischen Vereine statt, die sich der Linderung der physischen und moralischen Not der Volksklassen annehmen wollen. Abends fand eine zweite öffentliche Versammlung des örtlichen Pius-Vereins statt.]	3		
	1849	11	09	268	1307	1307	+	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Der revidierte Landtag soll zum 1.12. berufen werden. Wegen dessen radikaler Mehrheit und der Zerstrittenheit dieser Fraktion in Bezug auf ihre Deutschlandpolitik (Festhalten an der Reichsverfassung, partikularistischer Bund der Mittelstaaten, Österreich oder Preußen als Führung des Reichs) ist unklar, wie lange dieser Landtag bestehen kann. Die „katholische Partei“ spricht sich für Österreich aus. Ob das Ministerium unter der neuen Verfassung arbeiten kann, ist ebenfalls unklar.]	3		
	1849	11	16	274	1340	1340	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“ [Der Konflikt zwischen Staat und Kirche ist nun offen ausgebrochen. Der Minister von Ladenberg hat dem Bischof Arnoldi aus Trier vorgeworfen, er habe geistliche Stellen ohne die Zustimmung der Regierung besetzt. Ladenberg will Arnoldi zu späterer Zeit dafür zur Rechenschaft ziehen.]	2		
	1849	11	23	280	1374	1374	-	o.a.	„Zur Nachricht.“, [Am kommenden Sonntag wird in der evangelischen Kirche die Jahreskollekte für die Anstalten für sittlich verwahrloste Kinder durchgeführt.]	1		

	1849	11	23	280	1374	1374	-	„Großherzog. Bezirksamt. Schaible.“	„Bekanntmachung. Die Volkszählung auf 1849 betr.“, [Anordnung an die Pfarrämter, für die Volkszählung die Listen der Verstorbenen, Geborenen und Gewanderten nach Geschlechtern getrennt zusammenzufassen und dem Amt zur Verfügung zu stellen.]	1		
	1849	11	30	286	1407	1407	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Baden werden wieder Missionen durchgeführt. Am 25.11.1849 wurde im Freiburger Münster eine solche Predigt gehalten. Zu Weihnachten soll eine Mission in Kirchzarten gehalten werden, wofür die dortigen Landwirte reichlich gespendet haben. Wegen der Flucht des Dichters Cohnheim infolge einer versehentlichen Freilassung wurden zwei Besucher inhaftiert. Cohnheim soll bereits neue Gedichte geschrieben haben. Prof. Gfrörer ist wieder frei und hält Vorlesungen über die neuere Geschichte. Der frühere Amtmann Karl ist nun doch unter allgemeinem Auffallen statt an eine Stelle als Amtmann in Adelsheim wegen seiner Beteiligung an der rev. Erhebung aus dem Staatsdienst entlassen worden. Die zweite Kaserne in Freiburg soll die Einquartierung der Soldaten in der Stadt ziemlich beenden.]	3		
	1849	11	30	286	1408	1408	-	„K. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die in Main stattgefundene Generalversammlung des dortigen demokratischen Vereins war sehr gut besucht. Die vielen Frauen (2/3) sollen vor allem wegen des bunten Farbspiels aus Kränzen, Fahnen und farbigen Feuern angelockt worden sein. Nach einem Trauermarsch hatte der Vorsitzende in einer Rede selbstbewusst die Stärke der demokratischen Partei betont. Ihm folgte der deutschkatholische Prediger Krebs, der ein Loblied auf Robert Blum anschloss.]	2		
	1849	12	07	292	1453	1454	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Eröffnung des verfassungsberatenden Landtages. In seiner Eröffnungsrede betonte Minister von Schlayer, dass es um Württemberg nicht einmal „befriedigend“ bestellt ist. So kann er den Vertretern nicht zu einer gemeinsamen Verfassung für ganz Deutschland gratulieren, aber erfreut feststellen, dass kein neuer „Sturm offener Empörung“ über das Land hinweggegangen ist. Durch die Revolution sind die religiösen und weltliche Sitte verdorben worden. Die Wirtschaft leidet, der Staatshaushalt ist im Millionenbereich defizitär. Der König ist nach wie vor bereit, mit der Volksvertretung eine Verfassung zu beschließen, solange diese dem „wahren Wohl des Landes“ dient. Die Delegierten sollten unter Beachtung des Geschehenen und in weiser Besonnenheit ihre Aufgaben erledigen.]	3	IV. 1849	18

	1850	01	11	10	41	41	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Verein für innere Mission hat mit finanzieller Unterstützung von Fabrikanten eine Lesestube für Gehilfen und Arbeiter eingerichtet, um diesen ein sinnvolles Verleben des Sonntagnachmittags zu ermöglichen.]	3
	1850	01	25	22	106	106	-	o.a.	„Verzeichniß der in den hiesigen drei katholischen und der evangelischen Pfarrei in dem Monat Dezember 1849 Getrauten, Getauften und Gestorbenen.“	1
	1850	02	15	40	195	196	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Den Deutschkatholiken wird „ihre sogenannte Religionsausübung untersagt“. Dies gelte zumindest solange bis sie ständige Prediger angestellt und ihre innere Organisation veröfentlich hätten.]	3
	1850	02	22	46	226	226	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Demokraten haben ein Wahlgebet in der Kirche zu Reutlingen gestört. Die Zeitung hofft, dass durch diese Aktion „die Augen endlich aufgehen“.]	2
	1850	02	22	46	226	226	-	„K. Z.“	„Deutschland. Schwarzburg-Rudolfstadt.“, [Die „demokratische Wühlerei“ ist nach wie vor in vollem Gange. Bei der Bildung sog. „freier Gemeinden“ kam es in einem Dorf zu einem Abendmahl in Gestalt eines Karpenschmauses.]	2
	1850	02	22	46	226	226	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der Konflikt zwischen dem Bischof von Trier und der Regierung Preußens sei beigelegt. Gegenstand der Auseinandersetzung war die Besetzung von Religionslehrerstellen an staatlichen Schulen.]	2
	1850	03	01	52	259	260	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [In Kurhessen soll ein neues Ministerium unter der Leitung Hassenpflugs gebildet worden sein. Das alte Ministerium habe das Vertrauen des Volkes (außer der Demokraten) besessen. Inwieweit sich die Ernennung Hassenpflugs auf die vormalig positive Haltung der kurhessischen Regierung zur Frage des Bundesstaates auswirken wird, ist ungewiss. Eine neue landesherrliche Verordnung regelt die „Sektenfreiheit“ in einer zweckmäßigen Weise und soll verhindern, dass das Kirchlich-Religiöse zum „[...] Tummelplatz des politischen und sozialen Unfugs gemacht wird“.]	3
	1850	03	22	70	358	358	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Hessen.“, [Mit Rücksicht auf die Familien sind elf der politisch Beschuldigten gegen Kautio freigelassen worden. Die deutschkatholische Gemeinde in Mainz, die sich bedeutend verstärkt hat, feiert ihren Ostergottesdienst im Saal des ehemaligen kurfürstlichen Schlosses.]	2

	1850	03	29	76	391	391	-	„B. L.“	„Deutschland. Österreich.“, [In den Kriegen in Italien und Ungarn hat Österreich mehr als 50.000 Pferde verloren. Die Waffenhersteller arbeiten voll ausgelastet; sie arbeiten Aufständischenwaffen auf und fertigen neue. Die evangelische Gemeinde in Wien sucht um Erlaubnis, jeden vierten Gottesdienst in slawischer Sprache abzuhalten. Eine Telegrafienlinie von Wien nach Pest soll vorbereitet werden. Der franz. Gesandte ist nach Berlin abgereist, zwei russische Kuriere sind in Wien eingetroffen.]	2	I. 1850	20
Liberalität (wirtschaftliche und politische)	1847	10	01	118	792	792	-	„Leopold. Bekk.“	„Deutschland. Baden.“, [Verordnung des Dt. Bundes gegen den rechtswidrigen Nachdruck.]	2		
	1847	10	01	118	792	792	-	o.a.	„Deutschland. Reuß-Schleiz-Lobenstein.“, [Dankschreiben des Fürsten an seine treuen Untertanen.]	2		
	1847	10	08	121	809	809	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [kritische Besprechung eines Artikels der „Süddeutschen Zeitung“, die von der regierungsnahen „Karlsruher Zeitung“ übernommen worden ist. Hierin: Zurückweisung aller sechs Ziffern, die den Badenern „Kommunismus“ vorwerfen, aber auch Märzforderungen, die verteidigt werden.]	3		
	1847	10	08	121	810	810	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die neu gewählte Kammer in Bayern besteht z.T. aus „gesinnungstüchtigen Männern“, die sich „auf dem Wege des zeitgemäßen Fortschritts“ befinden. Der preußische Abgeordnete Hansemann wurde mit zahlreichen Besuchen geehrt.]	2		
	1847	10	15	124	827	827	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Hoffmann von Fallersleben konnte eine Zurücknahme seiner Ausweisung in Karlsruhe erreichen.]	3		
	1847	11	19	139	921	921	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Portokosten für Zeitungen sind auf dem Postkongress in Dresden ebenso wie die für andere Sendungen gesenkt worden.]	3		
	1847	11	19	139	923	924	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Eröffnung des ungarischen Reichstags in Preßburg. Ungarn soll auch zollrechtlich mit Österreich verbunden werden.]	2		
	1847	12	03	145	967	967	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Die badischen Stände sind auf den 07.12.1847 einberufen worden.]	3		
	1847	12	03	145	967	967	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Antwort auf eine deutsche Adresse an die Schweizer Tagsatzung. Hierin wird den Deutschen der Dank ausgesprochen und ihnen in Aussicht gestellt, dass der Tag, an dem auch in Deutschland liberale Ideen herrschen werden, nicht mehr fern ist.]	3		

	1847	12	03	145	967	968	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Fürst Ludwig Wallerstein soll in Bayern zum Minister ernannt worden sein.]	2
	1847	12	03	145	968	968	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Bayern.“, [In München wurde in Anwesenheit des Königs ein Konzert zugunsten des Advokaten Dr. Beseler aus Schleswig abgehalten.]	2
	1847	12	10	148	987	987	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Auf einer Bürgerversammlung in Mannheim wurden zwölf Petitionen an die II. Kammer verabschiedet, die „ziemlich alle Ideen und Forderungen der Fortschrittspartei umfassen“. Redner waren J. P. Grohe, v. Struve, Hecker, beide Hoff und Brechter. Es ging u.a. um die Karlsbader, Wiener und Frankfurter Beschlüsse, die der freien Entwicklung der deutschen Verfassungen entgegenstehen. Weiterhin waren die Eisenbahnen Thema, bei deren Bau Süddeutschland hinter Norddeutschland zurücksteht, was eine Umlenkung des Warenstroms zur Folge hat. Auch wurde die Teuerung diskutiert, die man auf Wucherer zurückführte. Einer Beschränkung des Handels, wie er vorgeschlagen wurde, stieß auf den Widerstand Heckers. Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass Bürgerversammlungen künftig besser besucht werden sollten.]	3
	1847	12	10	148	987	987	+	„Oberrh. Zeitung.“	„Deutschland. Baden.“, [Es wurde ein Komitee gebildet, um für die Hinterbliebenen der gefallenen Schweizer zu sammeln. Mit einem Eingriff des Auslands in den Konflikt wird nicht mehr gerechnet, da die öffentliche Meinung, die hinter dem Schweizern steht, in diesem Fall ein immer gefährlicherer Feind werden könnte.]	3
	1847	12	10	148	987	988	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Mit dem Ergebnis der Kammerberatungen kann man nach Einschätzung der Zeitung nicht zufrieden sein. Fast nichts ist erreicht, denn der Beschluss zur Aufhebung der Grundlasten ist von den Reichsräten verworfen worden, die Frage des Postdebits ist nach wie vor nicht geklärt und die Zensur und Nachzensur bleiben.]	3
	1847	12	17	151	1005	1006	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen. Dritte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 13. Dezember 1847.“, [Der Kandidat Mittermaier als Präsident der Kammer wurde vom Großherzog bestätigt. Als Vizepräsidenten sind in zwei Wahlgängen die Abgeordneten Bader und Weller gewählt worden. Der Haushaltsplan 1848/ 49 wird verhandelt; die Planungen sehen Überschüsse von fast zwei Millionen Gulden vor.]	3

	1847	12	17	151	1006	1006	-	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die ersten zwei Kammersitzungen haben gezeigt, dass die Mehrheit hinter Bekk steht. Selbst Hecker hat dessen Vorzüge gegenüber dem vorherigen Ministerium anerkannt. Gefahr droht der Regierung daher weniger von Seiten der linken Seite als von den sog. „Regierungsfreunden“ der Rechten, die Präsident Mittermaier diesmal sein schlechtestes Ergebnis bei den Wahlen zum Kammerpräsidenten beschert hatten.]	2
	1847	12	17	151	1006	1006	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Wahlen zur II. Kammer haben zwei etwa gleich starke Parteien der Liberalen und der Konservativen hervorgebracht. Die „Deutsche Zeitung“ appelliert an die Geschlossenheit der Liberalen, die weder über das Ziel hinausschießen noch hinter diesem zurückbleiben sollten.]	2
	1847	12	17	151	1006	1006	-	„Deutsche Ztg.“	„Deutschland. Bayern.“, [Zum Verdruss der Zeitung ist Abel zum bayerischen Gesandten nach Frankfurt bestellt worden. Die anstehenden wichtigen Fragen zu Schleswig-Holstein und zum Preßgesetz werden nun vom reaktionären Abel behandelt.]	2
	1847	12	24	154	1028	1029	-	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen. Fünfte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 18. Dezember 1847.“, [Ankündigung verschiedener Motionen: 1. Auf Einführung einer Einkommenssteuer, die zur Aufhebung derjenigen Abgaben dienen soll, die die minderbemittelten Klassen am schwersten belasten. 2. Auf Übertragung der Polizeistrafgewalt an die richterlichen Behörden. 3. Eine Bitte an den Großherzog zu richten, wenigstens eine Gesetzesvorlage für die Preßfreiheit in Bezug auf innere Angelegenheiten erarbeiten zu lassen. U.a. provisorisches Gesetz zur Aufhebung des Eingangszolls und Einführung eines Ausgangszolls auf Getreide und andere Lebensmittel.]	2
	1847	12	24	154	1029	1029	-	„Deutsche Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Es werden weiterhin noch Vorlagen für Gesetzesentwürfe über die Einrichtung einer Bank, über die Vereinigung der Konfessionsschulen eingebracht. Außerdem erwartet man ein Gesetz von Bekk und Trefurt zur Emanzipation der Juden, für das man jedoch in diesem Landtag keine Mehrheit vermutet.]	2

	1847	12	31	157	1045	1046	+	„Oberrh. Zeitung.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Eröffnung des hessischen Landtages, für den die Liberalen eine Mehrheit errungen haben. Die Zeitung betont kritisch die Geschwindigkeit des Umschwungs der Wahlentscheidungen und vergleicht diese mit der Langsamkeit in Baden, die die „Vaterlandsfreunde“ als Anlass zum „Erröthen“ nehmen sollten. Gagern fordert eine Erwiderung auf die im Gegensatz zu Baden öffentlich verhandelte Antwortadresse zur als unzureichend empfundenen Rede des Fürsten, der behauptet hatte, es sei seit dem letzten Landtag nichts Wesentliches geschehen. Gagern beklagte weiterhin die mangelnde Entwicklung der konstitutionellen Gesetzgebung, den schlechten Zustand von Presse und Wahlgesetz, mangelnde Kontrolle der Verwaltung und die Verschwendung öffentlicher Gelder. Die Zeitung kritisiert Baden, dass das Presserecht als Bundessache ansieht, während Bayern und Hessen eine eigene Regelungskompetenz für sich in Anspruch nehmen.]	3		
	1847	12	31	157	1046	1046	-	„Oberrh. Zeitung.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Zeitung warnt vor einem Zusammengehen von Russland und Frankreich als Phalanx des Absolutismus, die sich mit den deutschen Fürstenhäusern gegen das Volk verbinden könnte. Der Artikel ruft zu einer Zusammenarbeit der deutschen Kammern auf, denn das Volk kann sich nur dann befreien, wenn es alle gesetzlichen (!) Mittel für den Kampf um politische Selbstständigkeit nutzt.]	2		
	1847	12	31	157	1047	1047	-	„Augsb. Postz.“	„Deutschland. Österreich.“, [Gerüchte, dass der eingetroffene Repräsentant der konservativen Schweiz, Siegwart-Müller, sich in Innsbruck ständig niederlassen wolle.]	2	IV. 1847	56
	1848	01	07	3	13	13	+	o.a.	<i>Rückblick. Fortsetzung, [Jahresrückblick 1847]</i>	3		
	1848	01	14	6	31	31	+	„D. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Zur Eröffnung der Ständeversammlung am 17.01. mahnt die Dt. Zeitung liberale Reformen an.]	3		
	1848	01	14	6	31	31	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Großherzog macht Staatshilfen für die drei angeschlagenen Fabriken in Karlsruhe von der gemeinsamen Kommission aus Mitgliedern des Finanz- bzw. Innenministeriums abhängig.]	3		
	1848	01	21	9	53	53	+	„Karlsruher Zeitung.“	„Über das Amtsrevisoratswesen. (Karlsruher Zeitung.)“	3		
	1848	01	21	9	53	54	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Durchsetzung des Finanzgesetzes in Hessen-Kassel von der konservativen Mehrheit von einer Stimme durch Verschiebungen in der Tagesordnung erreicht]	2		

	1848	01	28	12	73	74	+	o.a.	„Landtagsverhandlungen. Dreizehnte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 22. Januar 1848.“, [Verlaufsprotokoll der Sitzung der II. Kammer Badens]	3
	1848	01	28	12	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Regierung spricht sich gegen Vorwurf aus, sie habe die Radikalen im Sonderbundskrieg unterstützt.]	2
	1848	01	28	12	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Thronrede des Königs zur Eröffnung der Ständeversammlung, Themen u.a.: Ende der Teuerung aufgrund einer guten Ernte, pro Eisenbahnbau, pro allgemeine deutsche Wechselordnung, pro einheitliches Preßgesetz unter den Bedingungen des Strafrechts, gegen Bestrebungen von Schweizer Exilanten, rev. Vereine zu gründen und nach Deutschland zu tragen.]	2
	1848	02	04	15	91	91	+	o.a.	<i>„Deutschland. Mannheim.“, [Bezugnahme auf Artikel der Kölner Zeitung, die davon spricht, dass alle in die Schweiz wandernden Handwerker als Kommunisten heimkehrten. Die Konstanzer Zeitung hingegen glaubt Württemberg bereits nach Wochen wirtschaftlich am Boden, falls die geforderte Personen- und Gütersperre seitens des Königreichs vollzogen würde.]</i>	3
	1848	02	04	15	95	95	-	„Schw. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Reichstag in Ungarn, Zeitung plädiert dafür, das Grundeigentum frei zu machen, um damit Geld und Aufschwung ins Land zu bringen, damit ein Aufstand verhindert werden kann.]	1
	1848	02	11	16	110	110	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Schweiz soll mit Bundestruppen isoliert werden. Verfasser nimmt an, dieses erfolge, um Deutsche von der unzensurierten Presse und der Redefreiheit des Nachbarlandes zu schützen. Verfasser wünscht, dass die Abschottung nicht komme, vielmehr sollten sich die Regierungen mit der Schaffung einer deutschen Flotte beschäftigen und sich einer 'Nützlichkeitspolitik' verschreiben.]	2
	1848	02	18	21	133	133	+	o.a.	„Landtagsverhandlungen. Dreiundzwanzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 12. Februar 1848.“, [Verlaufsprotokoll der Sitzung der II. Kammer Badens zum Antrag Bassermanns auf eine Vertretung der deutschen Ständekammern beim Bundestag mit dem Ziel, einheitliche Gesetze für ganz Deutschland zu schaffen.]	3
	1848	03	10	30	201	202	-	„M. Abendztg.“	<i>„Deutschland. Baden.“, [Volksversammlung in Mannheim am 04.03.1848 zur Frage der Volksbewaffnung]</i>	3

	1848	03	24	38	245	245	-	„Großh. Regierung des Seekreises. Peter v. Rechthaler.“	„Die Bewachung der Zollgränze betreffend.“, [Die Zollgrenze zur Schweiz sei durch die jüngsten Ereignisse nicht aufgehoben.]	2	I. 1848	35
	1848	04	07	50	301	301	+	o.a.	„Wo ist die Quelle der Verarmung des Mittelstandes zu suchen? I. Der Adel und die Juden.“	3		
	1848	04	07	50	301	301	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Soldaten sind künftig zu siezen.]	3		
	1848	04	28	68	384	384	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Württemberg hat seine Bundestagsgesandten dazu aufgefordert, für die Öffentlichkeit der Sitzungen zu stimmen; Soldaten sind als Wähler wie in Preußen jetzt auch in Württemberg zugelassen.]	2		
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Fünfziger-Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, keine weiteren Abspaltungen von Deutschland zuzulassen: dies bezieht sich ausdrücklich auf Gebiete und nicht auf Volksstämme. Die Volksbewaffnung soll von den Einzelstaaten nicht bloß beschlossen, sondern auch aktiv umgesetzt werden.]	3		
	1848	05	12	80	438	438	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ungarn anerkennt Oberbefehl der Wiener Regierung über seine Truppen nicht mehr an.]	2		
	1848	05	12	80	438	438	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Eger soll sich laut Forderungen des Bürgerausschusses Deutschland anschließen und von Böhmen lossagen.]	2		
	1848	05	19	86	463	463	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Beschluss über „Waidrechte“: Die Weidrechte können nach Beschluss der II. Kammer nach Ablauf dreier Jahre und Zahlung eines Ausgleichs abgelöst werden.]	3		
	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Erörterungen zum Stand der deutschen Einigung.]	2		
	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Körperliche Züchtigung von Soldaten und Zivilisten durch die Behörden sind untersagt.]	2		
	1848	05	26	92	491	491	+	„Bassermann. Biedermann. Eisenmann. Haßler. Wigard.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Protokolle der Sitzungen der Nationalversammlung sind erhältlich.]	3		

	1848	05	26	92	491	491	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Furcht vor neuen Aufständen des Volkes, Sorgen um mögliche Reaktion seitens der Fürsten, Sorgen um Anerkennung des Primats der Nationalversammlung durch die Einzelstaaten (wird durch die Konstanzer Zeitung ausdrücklich nicht geteilt).]	3
	1848	05	26	92	492	492	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Unruhe über Rückkehr des Prinzen von Preußen, Empfang der Leiter der Bürgerwehren durch den König und Anerkennung der Leistungen der Bürgerwehr.]	2
	1848	06	02	98	517	517	+	„Fr. Ztg.“	„Deutschland. Bayern.“, [Neuordnung der Ehrenbekundungen des bayerischen Militärs ist unzureichend.]	3
	1848	06	02	98	517	517	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Teile des badischen Personals in der Administration wird in Vorruhestand versetzt bzw. einem anderen Kreis zugeordnet.]	3
	1848	06	02	92	518	518	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Man nimmt an, dass der Kaiser nicht auf Wunsch des Adels, sondern auf Wunsch und Veranlassung der Jesuiten nach Innsbruck gezogen ist.]	2
	1848	06	09	104	546	546	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Es hat sich ein „förmlicher Denunziationsverein“ für den Verrat rev. Bestrebungen gebildet.]	2
	1848	06	09	104	546	546	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Das Kaiserhaus hat sich durch die Flucht vieler Sympathien beraubt.]	2
	1848	06	16	110	571	571	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [erste gemeinsame Wache von regulären Soldaten und Bürgerwehr]	3
	1848	06	16	110	571	571	+	„Augsb. Abdz.“	„Deutschland. Bayern.“, [Petition der Münchener an die Nationalversammlung, dass diese national und nicht separatistisch empfinden.]	2
	1848	06	16	110	572	572	-	„A. Abdz.“	„Deutschland. Österreich.“, [Zusammensetzung des neuen Ministeriums]	2
	1848	06	16	110	572	572	-	„Augsb. Abdz.“	„Deutschland. Österreich.“, [Veröffentlichung des Wiener Innenministeriums zu den jüngsten Ereignissen]	2
	1848	06	23	115	599	600	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Beschluss der Nationalversammlung und der II. Kammer über die Festnahme Regierungsdirektor Peters, Petition der Stadtverwaltung an die Nationalversammlung, namentliche Nennung der Gegner der Festnahme in der II. Kammer]	3
	1848	06	23	115	600	600	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Beratung über neues Steuerkataster und einzuführende Steuerschwurgerichte]	2

	1848	06	23	115	600	600	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Vergleich der Verfassung der Germanen aus Sicht Tacitus' mit dem jetzigen Freiheitsbestrebungen]	2		
	1848	06	23	115	600	600	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Diskussion um die Einstellung des neuen Königs Maximilian zu den demokratischen Bewegungen der Zeit.]	2		
	1848	06	30	121	629	629	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [In Ministerratssitzungen in Stuttgart wurde der Beschluss gefasst, die Armut zu bekämpfen.]	3		
	1848	06	30	121	630	630	-	o.a.	„Deutschland. Frei Stadt Frankfurt.“, [Man erwartet die Annahme des Entwurfs des Abgeordneten Dahlmann, der vorgeschlagen hat, ein unverantwortliches Triumvirat zur Ausübung der Reichsgewalt zu bestimmen.]	2	II. 1848	65
	1848	07	07	127	658	658	+	„Neue Deutsche Zeitung“	„Der Kampf in Paris. (Schluß).“, [Resümierender Artikel zur Lage in Frankreich nach dem Arbeiteraufstand; der Sieg der Bourgeoisie soll nun vollkommen sein.]	3		
	1848	07	13	132	681	681	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Das Ministerium wird ähnliche „Demagogenricherei“ vorgeworfen wie dem vormärzlichen.]	3		
	1848	07	13	132	681	681	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Immer freitags soll in der Nationalversammlung über Interpellationen beschieden werden. Mannheims Anliegen, von der Last der stationierten Truppen befreit zu werden, beantwortete die Nationalversammlung unter Hinweis auf die bereits im Gange befindlichen Reduzierungen, für Schulangelegenheiten wurde ein besonderer Ausschuss berufen, der sich wiederum in einer Abteilung der Volksschule verschrieben hat. Bericht der Kommission für Wehrfragen hat Forderungskatalog aufgestellt: 1. allgemeine Volksbewaffnung vorantreiben, 2. Schaffung einer Volkswehr von 340.000 Mann. Auch soll die Mannschaftsstärke sich nach Anzahl der Bevölkerung richten.]	3		
	1848	07	13	132	683	684	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [politische Biographie Erzherzog Johanns]	1		
	1848	07	21	139	713	713	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der große Bürgerausschuss hat eine Petition mit der Bitte um die Freilassung Ficklers nach Karlsruhe geschickt.]	3		
	1848	07	21	139	714	714	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Hannover.“, [Nach einem Bericht der „Hannoverschen Zeitung“ habe das Gesamtministerium bekräftigt, dass Beschlüsse über die Zentralgewalt nur dann Bestand haben können, wenn sie in Zusammenarbeit mit den Einzelregierungen zustande kommen.]	2		
	1848	07	28	145	739	739	+	„Leopold. v. Dusch, Bekk [...]“	„Deutschland. Baden.“, [Verbot aller demokratischen Vereine in Baden durch die großherzogliche Regierung, da diese die bestehende Ordnung gewaltsam zu verändern wünschen würden.]	3		

	1848	07	28	145	739	739	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Alle Kreisregierungen sind aufgehoben, es sollen nun auf Beschluss des großherzoglichen Ministeriums Bezirksämter geschaffen werden.]	3
	1848	07	28	145	739	739	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Regierung hat die II. Kammer über die einzuführende Verwaltung informiert. Diese soll aus Staatsbeamten und teils aus „volksthümlichen Elementen“ bestehen.]	3
	1848	07	28	145	739	740	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Beschluss der Nationalversammlung zu Grundfragen der Außenpolitik]	3
	1848	07	28	145	740	740	-	„Kass. Ztg.“	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Gesetzentwurf zur Abschaffung der körperlichen Züchtigung in Hessen-Kassel; ein ähnlicher soll für das Militär demnächst vom Landtags-Kommissär in die Ständesitzung eingebracht werden.]	2
	1848	08	04	151	765	766	+	„Frankf. J.“	„Der Wiener Reichstag“, [Resümee über den bisherigen Verlauf der Revolution in Wien, Kritik des nun arbeitenden Reichstags]	3
	1848	08	04	151	766	766	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Posen-Frage wird künftig allein von der Zentralgewalt behandelt.]	2
	1848	08	04	151	766	766	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Gesetzentwurf über die Neuregelung der Staatsverwaltung]	2
	1848	08	04	151	766	766	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen-Gotha.“, [Sachsen-Gotha stimmt der Einführung der provisorischen Zentralgewalt zu.]	2
	1848	08	04	151	767	767	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Banus Jellachich begründet seine pro-österreichische Haltung und erteilt ungarischen Unabhängigkeitsbestrebungen eine Absage.]	2
	1848	08	11	157	795	795	+	„O. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Reaktion sei wieder auf dem Vormarsch.]	3
	1848	08	11	157	795	795	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Huldigungsfeier der regulären badischen Truppen und der Bürgerwehr auf den Reichsverweser hat in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg stattgefunden.]	3
	1848	08	11	157	795	795	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Nationalversammlung debattiert zur Teilnahme deutscher Truppen unter Österreichs Fahne im Einsatz gegen Italien.]	3
	1848	08	11	157	796	796	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Gegen den Stud. jur. Fendt, der Reakteur einer demokratischen Zeitschrift war, wurde wegen aufrührerischer Schiften ein Verfahren eingeleitet.]	2
	1848	08	11	157	796	796	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Hannover.“, [Die Hannoveranern Truppen werden unter den Oberbefehl des Reichsverwesers gestellt.]	2

	1848	08	11	157	796	796	-	„O. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Es wird eine Handelskammer eingerichtet.]	2
	1848	08	18	163	823	823	+	„Allg. Z.“	„Entweder, Oder!“, [Erörterung über die herzustellende deutsche Einheit]	3
	1848	08	18	163	823	824	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [mögliche Nachteile, die Baden aus der deutschen Einheit erwachsen könnten]	3
	1848	08	18	163	824	824	-	„O. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Aus Anlass der Niederlage gegenüber der Bürgerwehr und vereinigten Freikorps reichen alle bayerischen Minister ihren Rücktritt ein.]	2
	1848	08	18	163	824	824	-	„O. Z.“	„Deutschland. Hannover.“, [Gerüchten zufolge soll Hannover seine Truppen nicht dem Reichsverweser huldigen lassen.]	2
	1848	08	18	163	825	825	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Der Huldigungsfeier des Reichsverwesers am 06.08.1848 ist in Prag niemand nachgekommen.]	2
	1848	08	25	169	853	853	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Truppenbewegungen um Mannheim, hessische Soldaten schlafen vor dem Auszug nach Schleswig-Holstein lieber im Freien denn in den Unterkünften, die die badischen Soldaten genutzt haben.]	3
	1848	08	25	169	853	853	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Im Prozess gegen Fickler hat sich das Hofgericht am 21.08. für unzuständig erklärt und den Fall an ein Freiburger Schwurgericht verwiesen.]	3
	1848	09	01	175	885	885	+	„F. J.“	„Recht oder Gewalt“, [Erörterung, ob der Weg des Rechts oder der der Gewalt eingeschlagen werden sollte.]	3
	1848	09	01	175	888	888	-	„Der Gemeinderath. Hütlin.“	„Die Konstanzer Herbstmesse“, [Messe ab dem 25.09.1848]	1
	1848	09	08	181	918	918	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Stände sind wieder einberufen worden.]	2
	1848	09	08	181	918	918	-	„O. Z.“	„Deutschland. Anhalt-Dessau.“, [Der vereinte Landtag hat beschlossen, dass unrechtmäßig Inhaftierte nach dem Freispruch zu entschädigen sind.]	2
	1848	09	08	181	918	918	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Kossuth hat die Lage in Wien analysiert.]	2
	1848	09	15	187	946	946	-	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Regelung zur Aufhebung der Lasten von Bauern.]	2
	1848	09	15	187	946	946	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Mainzer Bürger erinnern in einem Maueranschlag, dass bereits unter Kg. Friedrich Wilhelm III. 1789 Militär und Bürger gleichrangig zu behandeln waren. Das Plakat wurde sofort wieder entfernt.]	2

	1848	09	15	187	948	948	-	o.a.	„[ohne]“, [Einsendung: Bürger verlangt, dass die Bürgerwehr sich an einem zentralen Platz sammle und dass die Fünfzigjährigen weniger harten Leibesübungen zu unterwerfen wären.]	1		
	1848	09	22	193	977	977	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Die Zölle werden erhöht; Appell der Zeitung, die Einfuhrzölle auf Zucker und Kaffee zu senken, denn diese seien keine Luxusgüter mehr.]	3		
	1848	09	22	193	977	977	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Im Verfahren gegen H. Hoff aus Mannheim ist nach fünfmonatiger Haft das zuständige Gericht gefunden und benannt worden.]	3		
	1848	09	22	193	978	978	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Das Ministerium sei keinem höheren unbekannten Ministerium um den Kaiser unterworfen. Wien behauptet, schon einen Ausgleichsplan zwischen Kroatien und Ungarn zu haben. Die Zeitung hält dies für übertrieben.]	2	III. 1848	96
	1848	10	13	211	1060	1060	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Verhandlung des österreichischen Reichstags: Unter Vorbehalt der Änderung wird der Regierung ein Budget zugestanden.]	2		
	1848	10	20	217	1087	1087	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Bei einer Maschinenstürmerei in Berlin wurde eine Pumpanlage, die für den Kanalbau notwendig ist, von Arbeitern zerstört; der König kann sich nur schwer zur Abschaffung der Todesstrafe durchringen.]	3		
	1848	10	20	217	1090	1090	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Auflistung, dass zum Hofstaat des österreichischen Kaisers insgesamt 5554 Personen zu zählen sind.]	1		
	1848	10	27	223	1115	1116	+	„Allg. Z.“	„Die Wiener Ereignisse und ihre Folgen.“, [erörternder Leitartikel]	3		
	1848	10	27	223	1116	1116	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Trotz sehr guter Ernte schreitet die Verarmung um Donaueschingen weiter voran. Ursache hierfür ist das „fortgesetzte Wühlen“ der Partei der „Volksbeglucker“.]	2		
	1848	11	03	229	1143	1144	+	„Allg. Z.“	„Deutschland.“, [Erörternder Artikel zur Frage nach der Lösung der „deutschen Frage“]	3		
	1848	11	10	235	1172	1172	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Das „Mannheimer Morgenblatt“ soll jetzt als „Badische Zeitung“ firmieren und auf der äußersten Linken stehen, während das Morgenblatt noch vor wenigen Monaten gegen jede Freiheit war; Struve soll in Rastatt einer humanen Haft unterstehen, sogar Schreibzeug soll zur Verfügung gestellt werden.]	2		

	1848	11	10	235	1172	1172	-	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Die Lasten für die Bevölkerung sind in der letzten Zeit spürbar gesunken (Abschaffung der Feudallasten); Demnächst soll die Trennung der Justiz von der Administrativ- und Polizeiverwaltung vollzogen werden.]	2
	1848	11	10	235	1172	1173	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Beschluss der Nationalversammlung, den Bundesstaaten auch eigene nicht ständige Gesandtschaften zu unterhalten, wird heftig kritisiert.]	2
	1848	11	17	241	1199	1199	+	o.a.	„Die Klubs in den Vereinigten Staaten Nordamerika's von Michael Chevalier. (Schluss.), [Erörterung anhand des Beispiels der USA, ob man Volksvereine verbieten sollte].	3
	1848	11	17	241	1200	1200	-	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Im Auftrage des Reichsinnenministeriums ist Staatssekretär Bassermann nach Berlin gereist, um sich dort zu erkundigen, was das Reich zur Herstellung von Ruhe und Ordnung in Berlin beitragen könne.]	2
	1848	11	17	241	1200	1200	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Ein Entwurf Hansemanns über die Form der künftigen Reichsgewalt soll vorliegen. Außerdem soll der „Verein zum Schutze deutscher Arbeit“ eine organische Verbindung aller deutschen Gewerbsvereine zu einem Ganzen bezwecken.]	2
	1848	11	17	241	1200	1201	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Fackelzug vor dem Schloss des Königs zeugt von der Zwietracht zwischen Residenz und Herrscher. Die Reichsversammlung hat ihm den Titel „von Gottes Gnaden“ gestrichen, was den König zusätzlich empört hat.]	2
	1848	11	24	247	1226	1226	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Bayern.“, [Das königliche Kabinett wurde auf Beschluss des Königs durch ein verantwortliches Ministerium ersetzt. Die Zeitung befürwortet dies als ein „Fortschritt auf der Bahn eines konstitutionellen Staatslebens in seiner Wahrheit.“]	2
	1848	11	24	247	1228	1228	-	o.a.	„Deutschland. Wien.“, [Der reaktionäre ehemalige Bürgermeister Wiens, Czapka, ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden, Messenhausers ist erschossen worden. In Wien wird jede möglicherweise aufrührerische Rede standrechtlich bestraft.]	2
	1848	11	24	247	1228	1228	-	o.a.	„Deutschland. Wien.“, [Hausdurchsuchungen werden vorgenommen. Auf Aufwiegler in den Reihen der Armee wird ein Kopfgeld von 25 Gulden ausgesetzt.]	2

	1848	12	01	253	1255	1255	-	o.a.	„Deutschland.“, [Artikel über die wirtschaftliche Notwendigkeit einer baldigen deutschen Einigung, da durch die provisorische Zentralgewalt ernannte Konsuln wegen der unklaren Stellung der Reichsgewalt im Ausland oft nicht anerkannt würden. Die Nationalversammlung sollte daher diese Problemstellung vorrangig behandeln.]	3
	1848	12	01	253	1255	1256	+	„Sch. M.“	„Deutschland. Baden“, [112. Sitzung des Badischen Landtags; Auseinandersetzung Brentanos und Bekks über die Inhaftierung von Obergerichtsdvokat Rotteck wegen politischer Vergehen und über dessen Haftumstände; Nachfrage, ob sich die badische Regierung für die Überstellung derjenigen Badener, die sich am Juniaufstand in Paris beteiligt hatten, einsetze. Die Reform der Gerichtsverfassung ist nach wie vor umstritten.]	2
	1848	12	01	253	1256	1256	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Man erwartet, dass sich die konservative Kamarilla um den König sich die Geschehnisse in Wien und Berlin zunutze zu machen sucht.]	2
	1848	12	08	259	1284	1284	-	„Hofsekretariat Sr. Maj. des Königs von Bayern. Gez. Schönwerth.“	„Deutschland. Bayern.“, [Der König hat einen Preis von hundert Dukaten für die beste Bearbeitung der Frage ausgesetzt, wie man die Not der unteren Klassen Deutschlands beheben könne.]	2
	1848	12	08	259	1284	1284	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Bezugnahme auf die „Mannheimer Abendzeitung“, Nr. 289, in der von Überlegungen der Reichsregierung gesprochen wurde, die Vorzüge der Schweiz im Zollwesen aufzuheben und die Grenzlinie zu besetzen. Dies sei bestens geeignet, den Unmut zu schüren. Diese Maßnahmen würden die Seekreisbewohner wirtschaftlich besonders treffen.]	2
	1848	12	08	259	1284	1284	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Forderung, die Zölle von/nach Deutsch-Österreich aufzuheben. Die Flusszölle sollen aufgehoben werden.]	2
	1848	12	08	259	1284	1284	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen hat die Regierungsgewalt an den Reichsverweser abgeben wollen; Preußen steht wie Österreich auf der Position der Vereinbarung zwischen Einzelstaat und Reich.]	2

	1848	12	15	265	1311	1311	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Die Aufgabe der Souveränität, die besonders der finanziellen Situation geschuldet sei, wird von der Regierungspartei wie von den radikalen Demokraten und einer Mehrheit des Volkes nicht gewünscht.]	3		
	1848	12	15	265	1312	1312	-	„Karlsru. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Aufruhr wegen einer Adresse an die preußischen Soldaten, diese sollten sich nicht zu Werkzeugen gegen die Freiheit machen lassen. Dabei: Befehlsverweigerung einiger Soldaten in Rendsburg.]	2		
	1848	12	22	271	1341	1341	+	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Die Übertragung der Souveränität an das Reich ist an Preußens Veto wegen möglicher Nachfolgerechte gescheitert. Es folgen nun Verhandlungen des regierungsmüden Fürsten mit Preußen.]	2		
	1848	12	22	271	1341	1341	+	„O. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [„Professor Hoffmann aus Fallersleben“ ist aus Berlin ausgewiesen worden, da er keine Legitimation vorzuzeigen vermochte.]	2		
	1848	12	29	276	1365	1365	+	o.a.	„Deutschland.“, [Die großdeutsch-mitteuropäische Lösung mit Einzelverfassungen für die slawischen Staaten wird eingefordert.]	3		
	1848	12	29	276	1366	1366	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Mit 153 zu 148 Stimmen wird beschlossen, 100.000 Exemplare der „Grundrechte in Deutschland“ auf Reichskosten zu drucken.]	2		
	1848	12	29	276	1367	1367	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Abdruck von Ausschnitten der kaiserlichen Manifeste an Ungarn.]	2	IV. 1848	66
	1849	01	05	5	19	19	+	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Wegen der Ministerkrise wird der Landtag erst zum 15.01. einberufen werden. Der „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ hat in einer Versammlung in München gefordert, die Preßfreiheit und das Assoziationsrecht erneut zu beschränken; kritische Aufnahme durch die Zeitung.]	3		
	1849	01	05	5	20	20	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Artikel kritisiert die Differenz zwischen Verfassungstheorie und Wirklichkeit.]	3		
	1849	01	12	11	45	45	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Auch die niederen Diener haben den Eid auf die Verfassung zu leisten, im Verweigerungsfalle sind diese zu entlassen.]	3		
	1849	01	19	17	73	73	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der Landtag soll am 15.01.1849 zusammentreten.]	3		

	1849	01	19	17	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Der sächsische Landtag tritt am 14.01. zusammen; Der „Deutsche Verein“ in Dresden ist einer Adresse des „Leipziger Vereins“ beigetreten, in der die Einsetzung des preußischen Königs als Kaiser favorisiert wird, während sich das sächsische Volk mehrheitlich für den österreichischen Monarchen aussprechen soll.]	2
	1849	01	19	17	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Lob der Kaisertreue der Truppen]	2
	1849	01	19	17	74	74	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Regierung soll gewillt sein, ein slawisches Österreich anzuerkennen.]	2
	1849	01	26	23	103	103	+	„Fr. J.“	„Deutschland.“, [Ansprache des Abgeordneten der Nationalversammlung Dr. Kraft an seine Wähler in Nürnberg]	3
	1849	01	26	23	103	104	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Die „Mannheimer Abendzeitung“ verlangt die Auflösung der ständig schlecht besetzten II. Kammer und Einberufung einer konstituierenden Versammlung.]	3
	1849	01	26	23	104	104	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Kammerdebatte zum Fall Sigel]	2
	1849	01	26	23	104	104	-	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Thronrede des bayerischen Königs zur Eröffnung des Landtages; div. Themen, u.a. Preßgesetz, Trennung von Justiz und Administration, Entwurf des Preßstrafgesetzes, Gesetz über die Judenemanzipation. Der König spricht sich für eine deutsche Einigung aus.]	2
	1849	01	26	23	104	104	-	„O. Z.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Die sächsische Kammer wird sich mit einem Antrag beschäftigen, der die Übertragung der Kaiserkrone und deren Erblichkeit vorsieht. Der Antrag wünscht stattdessen einen unverantwortlichen Präsidenten als Oberhaupt.]	2
	1849	01	26	23	104	104	-	„A. Z.“	„Deutschland. Lübeck.“, [In Lübeck sind am 18.01.1849 die Grundrechte publiziert worden.]	2
	1849	01	26	23	104	104	-	„A. Z.“	„Deutschland. Mecklenburg-Strelitz.“, [Es sind am 17.01.1849 die Grundrechte publiziert worden.]	2
	1849	02	02	29	131	131	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Amnestie für Arzt Vanotti, Katzenmayer, Zogelmann und andere.]	3
	1849	02	02	29	131	132	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [137. Sitzung der badischen II. Kammer: Petitionen für und wider der Auflösung der Kammer, zur Einführung der Grundrechte; Annahme des Gesetzentwurfs über Schwurgerichte in der veränderten Fassung der I. Kammer; Diskussionen zur bevorstehenden Amnestie für Minderbeteiligte an den Zügen Heckers und Struves. Amnestieerklärung soll im Regierungsblatt verkündet werden.]	3

	1849	02	02	29	132	132	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Regierung erklärt nach einigem Zögern, dass die Grundrechte in Bayern durch die weitgehenden Rechte, die die Bayern schon seit einiger Zeit genießen, bereits als verwirklicht angesehen werden können, die formale Einführung der Grundrechte soll allerdings erst durch Kammerbeschluss herbeigeführt werden; Prinz Luitpold soll um die deutsche Kaiserkrone werben.]	2
	1849	02	02	29	132	132	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Bayern.“, [Kritik an der Thronrede wegen der unklaren Passagen zur deutschen Einigung. So müsse man entweder Bayern oder dem Reich ungehorsam werden. Appell an die Gesetzestreue der Staaten angesichts der kritischen Stellung Hannovers, Sachsens, Bayerns und Preußens.]	2
	1849	02	02	29	132	132	-	„Karlsr. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Abdruck derjenigen Artikel der Reichsverfassung, die sich mit der Gewähr der Reichsverfassung beschäftigen.]	2
	1849	02	09	35	157	157	+	„F. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Frage, ob Brentano Bürgermeister von Mannheim werden darf, beschäftigt jetzt das Ministerium.]	3
	1849	02	09	35	157	158	+	„Karlsr. Z.“	„Deutschland. Sachsen-Gotha.“, [Möglicher Zusammenschluss der Thüringen mit Sachsen]	3
	1849	02	09	35	158	159	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Reichstag in Kremsier hat beschlossen, die Todesstrafe für politische wie militärische Vergehen abzuschaffen.]	2
	1849	02	16	41	191	191	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Graf von Brandenburg soll bereits mehrfach um seinen Rücktritt ersucht haben. Da kein Nachfolger genannt werden kann, der Ministerpräsident werden will, ohne das Ministerium umzubilden, ist v. Brandenburg noch im Amt.]	2
	1849	02	16	41	190	190	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Stellvertreterdienst ist abgeschafft, das neue Konskriptionsgesetz ist angenommen.]	2
	1849	02	16	41	190	190	-	„N. C.“	„Deutschland. Bayern.“, [In Bayern sind zwar die Vorrechte des Adels abgeschafft worden, die Erblichkeit der Reichsräte allerdings soll bestehen bleiben.]	2
	1849	02	16	41	190	190	-	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die bayerische Kammer beschließt für den Fall, dass Österreichs Abgeordnete aus der Nationalversammlung ausziehen, das Ausscheiden der bayerischen Abgeordneten, da man eine preußische Hegemonie nicht wünscht.]	2
	1849	02	16	41	191	191	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser erklärt schriftlich, dass er einer Trennung Tirols niemals zustimmen werde.]	2

	1849	02	23	47	219	219	+	„F. J.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Ministerkrise in Bayern soll vor der Lösung stehen. Die Bayern sind enttäuscht von der österreichischen Note, in der sich der Kaiser dahingehend ausspricht, dass er sich keiner Zentralgewalt unter anderer Herrschaft als der eigenen unterwerfen werde. Der Magistrat von München hat sich gegen eine unbedingte Einführung der Grundrechte ausgesprochen, ist aber im Kollegium in der Abstimmung unterlegen.]	3
	1849	02	23	47	219	219	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Erklärung der österreichischen Abgeordneten infolge der Note vom 04.02.1849, dass man sein Mandat nur habe in dem Sinne wahrnehmen könne, wie es geschehen sei. Ziel ist die Begründung der deutschen Einheit in Freiheit und unter Anschluss Österreichs.]	3
	1849	02	23	47	219	219	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Berliner Versammlung schwächt das Paulskirchenparlament, da einige der Vertreter in der Nationalversammlung ein Mandat für Berlin bekommen haben. Die Oberhauptsfrage wird wieder verhandelt. Der Verfassungsausschuss spricht sich für die in der ersten Lesung angenommene einheitliche Reichsgewalt aus.]	3
	1849	02	23	47	219	220	+	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Hannover.“, [Die Hannoveraner Regierung hat die Grundrechte des Deutschen Volkes nicht anerkannt. Die Kammer wird fortwährend mit Petitionen an den Willen des Volkes nach Anerkennung beschäftigt.]	3
	1849	02	23	47	221	221	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Verweigerung der ohne Beschluss des Reichstages verordneten Rekrutenstellung in Böhmen.]	2
	1849	02	23	47	221	221	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Verweigerung der ohne Beschluss des Reichstages verordneten Rekrutenstellung in Böhmen, d.h. passiver Widerstand ohne einen offenen Aufstand. Es sind daher einige Kompanien Militär nach dem Berauner Kreis abgeordnet worden.]	2
	1849	03	02	53	247	247	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Das Regierungsblatt Nr. 9 verkündet die Gesetze zur Einführung einer allgemeinen deutschen Wechselordnung und den Verzicht der Fürsten von Fürstenberg und Leinigen auf die Gerichtsbarkeit, die Polizei- und Patronatsrechte.]	3
	1849	03	02	53	247	247	+	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Frankreich lässt keine Polen mehr einreisen; Baden schickte eine Anzahl Polen aus Kehl zurück nach Frankfurt, da sich sonst dort in Kürze eine größere Gruppe sammeln würde.]	3

	1849	03	02	53	247	247	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Gerüchte wollen über ein Bündnis von Russland, Österreich und Bayern wissen. Darüber verlangt eine Interpellation des Fürsten Wallerstein in der Kammer Aufklärung.]	3
	1849	03	02	53	247	248	+	„K. Z.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Das Ministerium ist zurückgetreten, da es nicht die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich wisse. Der König hat dem Rücktrittswunsch der Minister entsprochen. Es wird von ihm ein neues Kabinett gebildet.]	3
	1849	03	02	53	248	248	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Eine abendliche Stadtbeleuchtung und eine große Feier soll am Sonntagabend die Einführung der Grundrechte begrüßen. Die Beleuchtung soll von einigen politisch missbraucht werden. In Mecklenburg soll im Falle, dass die Zivilbehörden die Ordnung nicht aufrechterhalten können, Militär eingesetzt werden.]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Kabinettsumbildung: Graf von Arnim wird vom König zum Minister für auswärtige Angelegenheiten, der geh. Oberfinanzrat von Raabe zum Finanzminister ernannt.]	2
	1849	03	02	53	249	249	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der österreichische Reichstag hat sich dafür ausgesprochen, dass sich das österreichische Ministerium darüber erklären solle, unter welcher Verfassungsform es sich das neue Deutschland vorstelle. Aus der Note vom 04.02.1849 lasse sich entnehmen, dass die Regierung mithilfe einer Wiedereinführung des Deutschen Bundes die Zersplitterung Deutschlands festschreiben wolle. Ein geheimes Rundschreiben, dass die Verbreitung der Grundrechte des deutschen Volkes verhindern soll, wurde scharf kritisiert. Man solle dies als Einschränkung der Preßfreiheit zurücknehmen.]	2
	1849	03	02	53	249	249	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Finanzverhältnis zwischen Agram und Wien.]	2
	1849	03	09	59	277	277	+	„F. J.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Wegen seiner Rede in Ulm ist Schulmeister Schnitzer in seiner Wohnung verhaftet worden.]	3
	1849	03	09	59	278	278	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Sitzung der II. Kammer in Berlin beschäftigt sich mit der Wahlprüfung; einige Anführer der Steuerverweigerung wurden vom Kammergericht vorgeladen. Die Russen seien in Siebenbürgen aus Selbstschutz einmarschiert, um weitere Erhebungen zu verhindern. Die Börse reagierte negativ auf diese Nachrichten.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Deputierten Fischhoff und Prato sind im Zusammenhang mit der Ermordung Latours festgenommen worden.]	2

	1849	03	16	65	306	306	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Perzel soll doch nicht gefangen sein. Ein Korps von 12.000 Soldaten operiert im Rücken der Armee und soll gegen die Bergstädte vorrücken.]	2		
	1849	03	23	71	335	335	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Im Regierungsblatt werden Neuerungen verkündet, darunter: Bewilligung eines Kredits zur Ausrüstung der zweiprozentigen Militärstellungspflicht; Ausscheiden der Militärvergehen, Gründung und Beaufsichtigung des Privatschulwesens.]	3		
	1849	03	23	71	335	335	+	„F. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Brentano ist nach Freiburg gereist, um Struve zu verteidigen. Dieser beschäftigt sich mit der Argumentation für seine Verteidigung.]	3		
	1849	03	23	71	335	335	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Zum Teil urteilen die Gerichte bereits nach den Grundrechten.]	3		
	1849	03	23	71	335	336	+	„F. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Resümierender Artikel über das Verhältnis der deutschen Länder zu Österreich und über die Ergebnisse der Revolution.]	3		
	1849	03	30	77	366	366	-	„O. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Gerüchte über die personelle Zusammensetzung des neuen Reichsministeriums.]	2	I. 1849	123
	1849	04	20	95	463	463	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Fickler soll am 02.05.1849 in Freiburg abgeurteilt werden; ausdrücklich lobend äußert sich die Zeitung zu dessen Verteidiger Brentano.]	3		
	1849	04	20	95	463	463	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Auflistung der ausgelosten Geschworenen im Fickler-Prozess.]	3		
	1849	05	11	113	555	555	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über den Prozess gegen Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Krebs. Fickler bestreitet die Zusammenarbeit von ihm und der deutschen Legion Herweghs. Die Legion hätte sich nach Meinung Herweghs laut Aussagen ihrer Mitglieder schon in Frankreich auflösen sollen. Fickler ging davon aus, dass man den Prozess nur deshalb solange verzögert habe, um seine Freilassung zu verhindern.]	3		
	1849	05	25	125	619	619	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Anekdote, in der es darum geht, dass die Meinungsfreiheit durch reaktionäre Schriften und deren Verkündung eingeschränkt ist.]	3		
	1849	05	25	125	620	620	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Aus Mainz ist am 16.05.1849 eine Delegation dreier Turner aus Rheinbayern, Württemberg und Baden zu Hecker in die USA aufgebrochen.]	2		
	1849	05	25	125	621	621	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Hannover tritt dem Zollverein bei.]	2		

	1849	06	08	136	675	675	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [In Heppenheim wurden Demokraten, die man als Spione enttarnt hatte, verhaftet.]	2		
	1849	06	29	154	761	761	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Einige Bürger wurden wegen Verbreitung von gegen die jetzige Regierung aufreizender Flugschriften inhaftiert.]	3		
	1849	06	29	154	762	762	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Demokratische Äußerungen von Soldaten werden mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr sanktioniert. Der Umgang mit Zivilpersonen sollte auf das Notwendigste beschränkt bleiben, Aufwiegler sind unverzüglich anzuzeigen.]	2	II. 1849	23
	1849	07	06	160	789	789	+	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Mit Ausnahme der „Karlsruher Zeitung“ unter neuer Führung sind auf preußisches Geheiß alle Journale usw. in Karlsruhe verboten worden. Ebenfalls sind politische Vereine, Klubs und Versammlungen untersagt.]	3		
	1849	07	06	160	789	789	+	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Verlegung von Militär an die Grenze ist von den Bayern aufgrund aufgedeckter Komplotte verschoben worden. Es gibt Verhaftungen von Mitgliedern der Volksvereine.]	3		
	1849	07	20	172	843	843	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Todesurteile bzw. Zwangsarbeit für die Mörder Latours.]	2		
	1849	07	20	172	843	843	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Es werden nun Ortschaften durch Feuer verwüstet. Davon betroffen sind auch zwei sächsische Orte, die an den Geschehnissen im Nachbarland nicht beteiligt waren. Die Festung Arad soll von den Ungarn nach neunmonatigem Kampf genommen sein.]	2		
	1849	07	20	172	843	843	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Gefecht fiel zugunsten der Österreicher aus. Die Aufständischen sollen etwa 900- 1200 Mann, die k.u.k.-Truppen etwa 300- 400 Soldaten verloren haben. Die offenbar wertlos gewordenen ungarischen Noten werden bei den Österreichern abgeliefert.]	2		
	1849	08	03	184	895	896	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Gemeinderat Freiburgs wurde von Prinz Wilhelm empfangen. Der Gemeinderat drückt seine Ergebenheit aus und betont, dass Freiheit ohne Recht und Gesetz nicht denkbar wäre.]	3		
	1849	08	10	190	923	923	+	„N. Frbrg. Ztg.“	„Der Staatsvertrag zwischen Baden und der Schweiz.“, [Verweis auf die Bestimmungen eines Staatsvertrages zwischen Baden und der Schweiz von 1808, nach dem sich die Schweiz verpflichtet, Hochverräter usw. auszuliefern. Diesen Vertrag sieht die Schweiz als im Jahr 1848 aufgehoben an. Der Artikel betont, dass derlei Bestimmungen ohnehin durch „ungeschriebene“ Rechtsgrundsätze in Kraft seien.]	3		
	1849	08	17	196	951	951	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Gnadengesuch an den Prinzen von Preußen soll von der Gattin eines Revolutionärs beabsichtigt werden.]	3		

	1849	08	17	196	951	951	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Der Stuttgarter Landtag ist aufgelöst. Wann ein neuer verfassungsgebender Landtag einberufen werden wird, ist vom Entschluss des Königs abhängig.]	3
	1849	08	17	196	951	951	+	„F. J.“	„Deutschland. Hessen.“, [Dankadresse der vormals von den Preußen inhaftierten Aufständischen, die auf dem Weg in die Heimat inhaftiert worden waren, an die Frauen landaus wegen ihrer Unterstützung mit Nahrungsmitteln.]	3
	1849	08	17	196	951	952	+	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Sitzung der II. Kammer Preußens wählte Graf Schwerin zum Kammerpräsidenten. Stellvertreter wurde allerdings Simson. Schwerin betonte in seiner Dankesrede die anstehende Revision der Verfassung, die verfassungsmäßige Freiheit gilt es zu schützen und die Versöhnung des gespaltenen Volks auf Grundlage des Gesetzes zu fördern.]	3
	1849	08	24	202	979	979	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Eine Deputation der Stadt Mannheim ist zur Begrüßung des Großherzogs nach Karlsruhe abgegangen.]	3
	1849	08	24	202	979	979	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Soldat Gebhard Kromer ist vom Standgericht wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen und als Soldat wegen Treulosigkeit zum Tod durch Erschießen verurteilt worden.]	3
	1849	08	24	202	979	979	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Als Sühne für eine geschmähte preußische Uniform soll die Hamburger Bürgerwehr aufgelöst und preußische Truppen auf längere Zeit einquartiert werden.]	3
	1849	08	24	202	983	983	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Dietsche.“	„Öffentliche Vorladung.“, [Vom ehemaligen Regierungsdirektor Peter wird die Rückzahlung von 9436 Gulden und 45 Kreuzern verlangt. Am 15.09.1849 soll ihm der Prozess gemacht werden.]	1
	1849	08	24	202	984	984	-	„Großherzogl. Bezirksamt. v. Hennin.“	„Aufforderung.“, [Der wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen zur Fahndung ausgeschriebene Rechtspraktikant Josef Bühler aus Offenburg soll sich binnen vier Wochen vor dem Gericht verantworten.]	1
	1849	08	24	202	984	984	-	„Großh. bad. Bezirksamt. Ruckmich.“	„Aufforderung.“, [Der wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen beschuldigte Johann Baptist Räsle aus Salem soll sich binnen vier Wochen vor dem Gericht verantworten. Sein Besitz ist beschlagnahmt.]	1
	1849	08	24	202	984	984	-	„Großh. bad. Bezirksamt. Ruckmich.“	„Bekanntmachung.“, [Das Vermögen des Johann Baptist Räsle ist beschlagnahmt.]	1

	1849	08	31	208	1013	1013	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Dietsche.“	„Öffentliche Vorladung.“, [Vom ehemaligen Regierungsdirektor Peter wird die Rückzahlung von 9436 Gulden und 45 Kreuzern verlangt. Am 15.09.1849 soll ihm der Prozess gemacht werden.]	1
	1849	09	07	214	1039	1039	+	„Schw. K.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg wurden in Stuttgart mit einer Ehrbekundung der Bürgerwehr begrüßt.]	3
	1849	09	07	214	1039	1040	+	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Proklamation des dänischen Königs, in der er in Aussicht stellt, die ihm treu Untergebenen zu belohnen. Er stellt seinen Gegnern das Vergessen des Geschehenen in Aussicht.]	3
	1849	09	07	214	1040	1040	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Trotz des gnädigen Entgegenkommens der Österreicher nach dem Sieg über die Aufständischen in der Lombardei ist die Mehrheit des Volkes noch immer österreichfeindlich gesinnt.]	2
	1849	09	07	214	1040	1040	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [Posen soll zwischen den Nachbarprovinzen aufgeteilt werden, um einen polnischen Aufstand nachhaltig zu verhindern. Der Artikel merkt kritisch an, so würde die Provinzhauptstadt Posen zwar eine deutsche Stadt, finanziell jedoch verarmen.]	2
	1849	09	07	214	1043	1043	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Fieser.“	„Bekanntmachung.“, [Für den Aufenthalt oder die Durchreise durch fremde Orte ist eine Reisebescheinigung erforderlich, die beim Ortspolizeivorstand zu beantragen sind.]	2
	1849	09	14	220	1067	1067	+	„K. Z.“	„Zum Schutze wider die Cholera. (Schluß).“, [Artikel kritisiert verführerische Sozialisten, geht aber zudem auf die materiellen Bedürfnisse eines jeden Menschen ein, die es zu erfüllen gelte.]	3
	1849	09	14	220	1067	1068	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Oberamtmann Fieser ist zum Ministerialrat im Innenministerium berufen worden; Lobrede auf seine geleistete Arbeit, Kritik an „eingepflichten Verkehrtheiten“, welche die Aufstände zu verantworten hätten.]	3
	1849	09	14	220	1068	1068	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Aufforderung an die Regierungen der Nachbarstaaten der Schweiz, endlich auf die Auslieferung der in der Schweiz befindlichen „unverbesserlichen Revolutionäre“ zu drängen. Die Schweiz soll den eigenen Ausweisungsbeschluss vom 16.07.1849 jetzt zügig durchsetzen.]	2
	1849	09	14	220	1069	1069	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Dankesschreiben des Reichsverwesers Erzherzog Johann an die Bürger Frankfurts, die ihm einen herzlichen Empfang bereitet haben.]	2

	1849	09	14	220	1071	1071	-	„Großh. bad. Bezirksamt. Bekk. vdt. Knoblauch.“	„Deutschland. Baden.“, [Lehrer Moser aus Binningen, der wegen Teilnahme an der Mairevolution verhaftet worden war, ist auf Kautio auf freien Fuß gesetzt.]	1		
	1849	09	21	226	1097	1097	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Das Standgericht in Rastatt hat gegen den Revolutionär Corvin mit 4 von 5 Stimmen das Todesurteil gefällt. Das bei Nicht-Einstimmigkeit zuständige Kriegsministerium milderte auf 10 Jahre Zuchthaus.]	3		
	1849	09	21	226	1098	1098	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Bericht über den überschwänglichen Empfang des Kaisers in Wien.]	2		
	1849	09	21	226	1104	1104	-	o.a.	„Wohnungen zu vermieten.“, [Die Wohnungen N. Katzenmayers werden durch ein Kommissionsbüro vermietet.]	1		
	1849	09	21	226	1104	1104	-	„Der Gemeinderath.“	„Bekanntmachung.“, [Die Konstanzer Herbstmesse, die am 23.09.1849 beginnt, kann auch von unbescholtenen Schweizern besucht werden.]	1		
	1849	09	28	232	1131	1131	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Auszeichnung einer Reihe militärischer und ziviler Personen, die sich um den Sieg gegen die Revolutionäre verdient gemacht haben.]	3		
	1849	09	28	232	1131	1131	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Angesichts der Typhus-Fälle in der Haft in Rastatt beklagt die Zeitung die Flucht der Verführer, während die Verführten für deren Verlockungen nun büßen müssten.]	3		
	1849	09	28	232	1133	1133	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Ein demokratisch gesinnter Beamter in Breslau, Stadtrat Theiner, soll privat eine Summe von 4.000 Talern unterschlagen haben, die ihm eine Freundin als Wertpapiere zur Umsetzung anvertraut hatte.]	2	III. 1849	82
	1849	10	05	238	1159	1159	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Rastatt beginnen jetzt die standrechtlichen Verfahren gegen Zivilisten. Man ist nun der Meinung, dass die Revolution und die Meuterei der Soldaten Resultat einer jahrelangen Tätigkeit von Wühlern ist. In den Versammlungen der Demokraten sind Bürger „verführt“ worden.]	3		
	1849	10	05	238	1159	1159	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Friedrich Hecker ist von den Ereignissen in Baden nicht umfassend informiert worden. Zögernde Briefe seiner Frau und seines Vaters hätten ihn möglicherweise aufgrund eines Komplottes von Brentano, der Hecker von den Franzosen verhaftet wissen wollte, nicht erreicht. Hecker hat nur der Ruf aus Deutschland erreicht, dem er aufgrund seines gegebenen Wortes unbedingt halten wollte.]	3		

1849	10	05	238	1160	1160	-	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Für die Deutschen in Nordschleswig werden die Umstände Tag für Tag „[...] immer unheimlicher und grauenerweckender [...]“. Die erkämpften Rechte werden durch einige Federstreiche beseitigt.]	2
1849	10	05	238	1162	1162	-	„Von Seiten der königlichen preußischen Kommandantur.“	„Kommandantur-Befehl.“, [Verbot, sich nach Feierabend in Gasthäusern aufzuhalten.]	1
1849	10	12	244	1189	1189	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [In Mannheim wurde Billeteur Rumbach zu einer Strafe von 10 Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats verurteilt.]	3
1849	10	12	244	1189	1189	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Weitere acht Urteile des Standgerichts in Rastatt.]	3
1849	10	12	244	1189	1189	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Rastatt wurden von 16 ausgebrochenen Franzosen und Schweizern zwei erschossen. Zwei zum Tode Verurteilte wurden ebenfalls exekutiert. Alle 600 bayerischen Gefangenen wurden dorthin ausgeliefert.]	3
1849	10	12	244	1190	1191	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Ein preußischer Soldat, der den Arm seines Vorgesetzten zerschmettert hatte, wurde zum Tode verurteilt.]	1
1849	10	12	244	1192	1193	-	„A. A. Feyerlin. vdt. J. G. Knoblauch, act. jur.“	„Bekanntmachung.“, [Vorladung des Aktuars Rumpf wegen Teilnahme am Hochverrat und Unterschlagung von Staatsgeldern.]	1
1849	10	12	244	1192	1192	-	„Friedrich Sauter.“	„Wirtschafts-Eröffnung“, [Die Gastwirtschaft Friedrich Sauters wurde wieder eröffnet.]	1
1849	10	19	250	1217	1217	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Ein weiteres Urteil gegen einen Aufständischen lautet auf 10 Jahre Zuchthaus. Zur Beschleunigung der standrechtlichen Verfahren ist in Rastatt die Zahl der Staatsanwälte und Richter vermehrt worden. Man hofft, nach Auslieferung der Bayern nur noch 2- 3 Gebäude zur Unterbringung der verbliebenen Gefangenen zu benötigen, um so Kosten sparen zu können. Die aus der Schweiz heimkehrenden Badener sind nach Hause beurlaubt worden. Von den Bayern werden nur noch die als Hauptschuldige vermuteten standrechtlich behandelt. Den Abgeschobenen sollen ordentliche Prozesse gemacht werden.]	3

	1849	10	19	250	1218	1218	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Der König ist wohl wegen seines Engagements bezüglich der provisorischen Bundeszentralgewalt am 13.10.1849 in Berlin mit Jubel empfangen worden. Er soll sich gegenüber dem Ministerpräsidenten Graf v. Brandenburg dahingehend geäußert haben, dass er nun seine Schuldigkeit getan habe.]	2
	1849	10	19	250	1218	1218	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Sehr kurz nach der Kapitulation Comorns wurde Batthyany zum Tode verurteilt. Die Zeitung kritisiert dies Urteil, da insbesondere nicht alle Gründe öffentlich gemacht worden sind. „Wenn Battgyany wegen dessen, was er nach dem 3. Oktober gethan, und wovon das Urteil spricht, erschossen werden mußte, so müßte das ganze Land decimirt werden.“]	2
	1849	10	19	250	1218	1218	-	„Schw. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Liste der von den „Arader Bluturtheilen“ Betroffenen: „Es ist eine lange Reihe.“ Nach der Exekution blieben die Toten über eine Stunde in der Öffentlichkeit aufgehängt, bevor sie ins Spital gebracht wurden.]	2
	1849	10	19	250	1218	1219	-	„Schw. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Die Aburteilung des ehemaligen Premiers Batthyany und anderer nutzen die Radikalen, um dem Volk die Regierung als rachsüchtig darzustellen. Durch die jüngsten Ereignisse schenken selbst Gemäßigte diesen Gerüchten Glauben.]	2
	1849	10	26	256	1246	1246	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Generale v. Brandenburg und Wrangel werden Mitglieder des Schwarzen-Adler-Ordens. In Berlin ist ein Standbild Friedrich Wilhelms III. vor einem überaus zahlreichen Publikum im Beisein der königlichen Familie enthüllt worden.]	2
	1849	10	26	256	1246	1246	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Vorarbeiten zur Regelung der Provinziallandtage sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden, die Gendarmerie im größten Teil Österreichs soll neu organisiert werden. Die Durchführung der Grundentlastung in den Provinzen geht voran.]	2
	1849	10	26	256	1246	1246	-	„Schw. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Seit dem Tode Jessenaks sind keine weiteren Hinrichtungen mehr vorgekommen. Mit dem 12.10.1849 wurde der freie Güteraustausch durch amtlichen Befehl beschlossen. Die Einschränkungen der Reisefreiheit für Personen bleibt jedoch bestehen.]	2
	1849	11	02	262	1281	1281	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Zwei standrechtliche Prozesse in Rastatt, die nach den Verhandlungen beide (mit Ausnahme dreier Zuchthausstrafen) an die ordentlichen Gerichte überstellt worden sind. Recht ausführliche Schilderung der Verteidigung des Civilkommissars der provisorischen Regierung.]	3

	1849	11	02	262	1281	1282	+	„F. J.“	„Deutschland. Hessen.“, [Kritischer Artikel zur eingetretenen Ruhe; eindringliche Warnung, die Märzerrungenschaften zurückzunehmen, denn dies böte zu Unzufriedenheit Anlass. Unzufriedenheit sei jedoch der Keim einer neuen Revolution.]	3
	1849	11	02	262	1282	1282	-	„Fr. J.“	„Preußische Monarchie.“, [Appell, in den Verhandlungen des Schwurgerichts gegen den Revolutionär Dr. Jacoby „nach den Gesetzen des Herzens“ zu richten. Die Stimme der Menschlichkeit, die „in dieser Zeit rücksichtsloser Verfolgungen“ von Köln geübt worden ist, werde auch Königsberg üben.]	3
	1849	11	09	268	1307	1307	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Karlsruhe ist die Polizeistunde von 22 auf 23 Uhr verlegt worden. Grund ist die bewiesene Liebe der Einwohner zur Ruhe. Ausgenommen sind Lokale, die radikale Vereine beherbergt haben.]	3
	1849	11	09	268	1307	1307	+	K. Z.	„Deutschland. Württemberg.“, [Fr. Römer erklärt in der „Württembergischen Zeitung“, dass ihm eine Verbindung mit Preußen und dem übrigen Deutschland auch ohne Österreich wichtiger wäre, als der Status quo bei Erhaltung eines möglichen Anschlusses an Deutschland wegen. Daher habe er an der Frankfurter Reichsverfassung nicht unbedingt festgehalten.]	3
	1849	11	09	268	1307	1307	+	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Der revidierte Landtag soll zum 1.12. berufen werden. Wegen dessen radikaler Mehrheit und der Zerstrittenheit dieser Fraktion in Bezug auf ihre Deutschlandpolitik (Festhalten an der Reichsverfassung, partikularistischer Bund der Mittelstaaten, Österreich oder Preußen als Führung des Reichs) ist unklar, wie lange dieser Landtag bestehen kann. Die „katholische Partei“ spricht sich für Österreich aus. Ob das Ministerium unter der neuen Verfassung arbeiten kann, ist ebenfalls unklar.]	3
	1849	11	09	268	1307	1307	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Nassau.“, [Wegen einer im Konflikt mit den Aufständischen verlorenen Haubitze ist Major Mohrenhofen vom Kriegsgericht zur Entsetzung seiner Dienststelle verurteilt worden.]	3
	1849	11	16	274	1339	1339	+	„Allg. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Der Amnestiegesetzentwurf ist nach Ansicht einiger fränkischer und pfälzischer Abgeordneter eine Farce, denn er umfasse nur diejenigen, die nach ordentlichen Gerichtsverfahren ohnehin freigesprochen würden.]	3

	1849	11	16	274	1339	1339	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Die revolutionären Ungarn sollen nach Vermittlung Klapkas in den USA einen Vertrag mit der dortigen Regierung geschlossen haben, der den Ungarn Land zur Gründung einer eigenen Kolonie überlässt.]	3
	1849	11	16	247	1339	1339	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Spekulation über die Auflösung der II. Kammer Badens. Das Zentrum wolle an der 1846 gewählten und 1847 ergänzten Kammer festhalten, während die Rechte nach dem Ausscheiden vieler ihrer Mitglieder in den Revolutionsjahren die Auflösung wünsche. Die Linke habe mit dem Massenaustritt die Strategie verfolgt, die Kammer beschlussunfähig werden zu lassen.]	3
	1849	11	16	274	1340	1340	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Am Rande eines Hofkonzerts in Wien hat die preußische Königin länger mit dem österreichischen Kaiser gesprochen. Dies wird als Indiz einer Einigung der beiden Staaten gesehen.]	2
	1849	11	16	274	1340	1340	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die aus finanzieller Sicht angeratene Verkleinerung des Heeres soll zunächst nur dessen deutsche Teile treffen. Zugleich sollen ausstehende Steuern eingetrieben werden, die im Revolutionsjahr „wegen üblem Willen“ nicht gezahlt worden sind.]	2
	1849	11	23	280	1371	1371	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [In den Spitälern der Rastatter Gefangenen darf nun als Hafterleichterung das Licht bis um 21 Uhr geleuchtet werden.]	3
	1849	11	23	280	1372	1372	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [In Ungarn soll die Kolonisation vorangetrieben werden. Die Zeitung verweist auf eine „regelmäßige Verwaltung“ und „Rechtssicherheit“ als Voraussetzung einer gelingenden Kolonisierung. Bildhafte Berichte über Gräuel der ungarischen Aufständischen gegen Kaisertreue. In den romanischen Landesteilen soll der Schulunterricht in der örtlichen Sprache gehalten werden, so lautet ein Befehl des Zivil- und Militärgouverneurs in Siebenbürgen.]	2
	1849	11	23	280	1372	1373	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Zitat eines Artikels aus der ministeriellen „Österreichischen Korrespondenz“, wonach die Zolleinigung Österreichs und Preußens diskutiert werde. Die Kritik mehrerer Industrielle will das Handelsministerium ausreichend berücksichtigen, um „[...] an die Stelle des verrotteten und durchaus unhaltbar gewordenen Brohibitivsystems [sic!] ein den Verhältnissen der vaterländischen Industrie angemessenes Schutzzollsystem [zu setzen; M. P.] [...]“ Zur Frage der Union hat sich die österreichische Regierung an die preußische gewandt und den Standpunkt erörtert, dass die Bundesverfassung nach wie vor gültig sei und die projektierte bundesstaatliche Lösung dieser widerspreche.]	2

	1849	11	23	280	1374	1374	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Im ehemaligen Lokal der Demokraten in Frankfurt wurde unter einem zur Einheit mahnenden Plakat, das Kriegsmaterial verschiedener deutscher Staaten zeigt, von Unteroffizieren ein fröhliches Fest gefeiert.]	1
	1849	11	23	280	1375	1376	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Dietsche.“	„Öffentliche Vorladung.“, [Für Josef Fickler wird ein Arrest festgesetzt, da er die Forderung von etwa 230 Gulden nicht bezahlen können wird, die er als Zahlung der illegitimen Regierung erhalten hat. Seine Raritätensammlung wird einem gerichtlich bestellten Verwalter überantwortet. Wegen seiner finanziellen Verhältnisse sieht das Amt davon ab, Fickler für den Gesamtschaden, der dem Staat durch die Erhebung entstanden ist, haftbar zu machen.]	1
	1849	11	23	280	1376	1376	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Dietsche.“	„Öffentliche Vorladung.“, [für Bierbrauer Schmid wegen der Ausgabe der Waffen aus dem großherzoglichen Zeughaus]	1
	1849	11	23	280	1377	1377	-	o.a.	„Verzeichnis und Werthberechnung der von dem Bierbrauer A. Schmid in Konstanz [...] aus dem großherzoglichen Zeughaus empfangenen Gegenstände.“	1
	1849	11	30	286	1407	1407	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Das Regierungsblatt Nr. 74 enthält Beschlüsse zur Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts für weitere vier Wochen, die Beibehaltung der Kauf- und Tauschbriefftaxe. Weiterhin Bestandteil sind Ausführungsbestimmungen für die Erhebung der Bier- und Weinsteuern und auf die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahndarlehn.]	3
	1849	11	30	286	1407	1407	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Baden werden wieder Missionen durchgeführt. Am 25.11.1849 wurde im Freiburger Münster eine solche Predigt gehalten. Zu Weihnachten soll eine Mission in Kirchzarten gehalten werden, wofür die dortigen Landwirte reichlich gespendet haben. Wegen der Flucht des Dichters Cohnheim infolge einer versehentlichen Freilassung wurden zwei Besucher inhaftiert. Cohnheim soll bereits neue Gedichte geschrieben haben. Prof. Gfrörer ist wieder frei und hält Vorlesungen über die neuere Geschichte. Der frühere Amtmann Karl ist nun doch unter allgemeinem Auffallen statt an eine Stelle als Amtmann in Adelsheim wegen seiner Beteiligung an der rev. Erhebung aus dem Staatsdienst entlassen worden. Die zweite Kaserne in Freiburg soll die Einquartierung der Soldaten in der Stadt ziemlich beenden.]	3

	1849	11	30	286	1407	1407	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Ernennung neuer Regierungsbeamte und insbesondere der neue Stadtdirektor Stephani in Mannheim wird begrüßt. Ein Komitee unter Vorsitz des Regierungsdirektors ist in Mannheim zusammengetreten, um die Landesanstalt für verwahrloste Kinder mit Sitz in Durlach zu unterstützen. Die Arbeit des Frauenvereins wird lobend hervorgehoben. Die Situation ist durch die Cholera verschärft.]	3
	1849	11	30	286	1407	1407	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Eine Exekutionstruppe preußischen Militärs ist nach Wiesloch verlegt worden, da dort die demokratische Jugend die Straßen unsicher mache und bereits ein Ratsschreiber auf dem Heimweg überfallen und mit einem Dolch verletzt worden ist. „Möchte man dieses Rezept überall in ähnlichen Fällen anwenden; es wird unzweifelhaft Ruhe schaffen.“]	3
	1849	11	30	286	1408	1408	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Das als einfach bezeichnete Wahlgesetz in Sachsen ist bei den Wahlen verschieden ausgelegt worden, was zu Beschwerden geführt hat. Der kommende Landtag hat sich bisher erst in zwei Klubs gespalten, einem konservativ-liberalen und einem der Volkspartei. Die Mitglieder der Klubs reichen politisch jeweils von den Konservativen bis zu den Liberalen. Es wird mit keiner klaren Fraktionierung gerechnet. Die wichtigste Frage des neuen Landtags ist weniger die des Dreikönigsbündnisses als die der Steuerfrage. In Leipzig soll das Militär verstärkt werden. Die Zeitschriften in Sachsen sind großen Veränderungen unterworfen (Verlegerwechsel, Einstellung). „Die Revolution hat vielleicht auf nichts nachtheiliger eingewirkt, als gerade auf die Zeitschriften, und unter diesen nicht nur auf die rein wissenschaftlichen, sondern selbst auf die gewerblichen.]	2
	1849	11	30	286	1408	1408	-	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Prozesse gegen die bei den Tumulten gegen die Preußen Beteiligten enden mit milden Urteilen (1-24monatige Haftstrafen). Die Teilnehmenden des Bürgermilitärs sollen vor ein Militärgericht gestellt werden.]	2
	1849	11	30	286	1408	1408	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [In Umlauf gebrachte Bitten um Inkorporation Schlesiens in den dänischen Staat finden keinen Erfolg. Die Zentralkasse Schlesiens hat den adeligen Gütern mit dem Einsatz des Militärs gedroht, falls die rückständigen Steuern nicht beglichen werden.]	2

	1849	11	30	286	1410	1410	-	„Der Gemeinderath. Steiner.“	„Bekanntmachung.“, [Für den Besuch des am 03.12.1849 beginnenden Konradi-Marktes in Konstanz sind die Schweizer eingeladen, auch ohne Erlaubnisschein über das Paradieser- und das Kreuzlinger Tor die Stadt zu besuchen.]	2
	1849	11	30	286	1411	1411	-	o.a.	„Öffentliche Vorladung.“, [Für Josef Fickler wird ein Arrest festgesetzt, da er die Forderung von etwa 230 Gulden nicht bezahlen können wird, die er als Zahlung der illegitimen Regierung erhalten hat. Seine Raritätensammlung wird einem gerichtlich bestellten Verwalter überantwortet. Wegen seiner finanziellen Verhältnisse sieht das Amt davon ab, Fickler für den Gesamtschaden, der dem Staat durch die Erhebung entstanden ist, haftbar zu machen.]	1
	1849	11	30	286	1412	1412	-	o.a.	„Öffentliche Vorladung.“, [für Bierbrauer Schmid wegen der Ausgabe der Waffen aus dem großherzoglichen Zeughaus]	1
	1849	11	30	286	1412	1412	-	o.a.	„Verzeichnis und Werthberechnung der von dem Bierbrauer A. Schmid in Konstanz [...] aus dem großherzoglichen Zeughaus empfangenen Gegenstände.“	1
	1849	12	07	292	1453	1453	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Auf der Feier des Geburtstages Karl Friedrichs, des Wiederbegründers der Heidelberger Universität, sprach der Prorektor und lobte die Haltung der Studierenden bei der letzten Erhebung sowie das Verhalten der Professoren, die ihre Vorlesungen trotz der politischen Ereignisse nicht abbrachen.]	3
	1849	12	07	292	1455	1455	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Regelung der Regierungen in Wien und Parma bezüglich der Inseln im Fluss Po. In Preßburg wird der Regierungsantritt des Kaisers am künftigen Sonntag gefeiert. Die Verfassung wird in gedruckten Exemplaren verteilt.]	2
	1849	12	07	292	1455	1455	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Verurteilung ungarischer Aufständischer zum Tode bzw. zu mehrjährigen Haftstrafen.]	2
	1849	12	07	292	1457	1458	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Dietsche.“	„Öffentliche Vorladung.“, [Für Josef Fickler wird ein Arrest festgesetzt, da er die Forderung von etwa 230 Gulden nicht bezahlen können wird, die er als Zahlung der illegitimen Regierung erhalten hat. Seine Raritätensammlung wird einem gerichtlich bestellten Verwalter überantwortet. Wegen seiner finanziellen Verhältnisse sieht das Amt davon ab, Fickler für den Gesamtschaden, der dem Staat durch die Erhebung entstanden ist, haftbar zu machen.]	1

	1849	12	07	292	1458	1458	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Dietsche.“	„Öffentliche Vorladung.“, [Der ehemalige Regierungsdirektor Peter wird wegen seiner Beteiligung am Hecker-Aufstand sowie an der Mai-Revolution 1849, bei der er Mitglied des Landesausschusses und der Regierung war, zu einer Gesamtstrafe von 3,3 Millionen Gulden verurteilt. Dieser Betrag entspricht dem Gesamtschaden, der dem Großherzogtum entstanden ist. Wie in den vorgenannten Fällen auch gilt der Schuldspruch als angenommen, falls der Flüchtige nicht zur Verhandlung erscheint.]	1
	1849	12	14	298	1483	1483	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Ultra-Demokraten und die Ultra-Aristokraten sind sich in der Nichtbeachtung von Recht und Gesetz einig. Sie haben jeweils ihre Freude am Treiben der anderen. Die Ultra-Aristokraten nutzen nun die Begriffsverwirrung im Volk gezielt von einigen Demagogen aus und brüsten sich ihres Einflusses bei Regierungen und Behörden. Gezielt nutzen sie ihren Einfluss auf Autoritäten zu ihrem eigenen Profit. Beide Seiten sind in dieser Zeit besonders schädlich, da sie die Demoralisierung fördern, das nötige Ansehen jeder „wahrhaft konstitutionell gesetzliche[n] Regierung“ untergraben. „Und sicher wird die Regierung ihre Stellung richtig erkennen und ihre Würde zu wahren wissen.“]	3
	1849	12	14	298	1483	1484	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Die 120 bisher in Rastatt inhaftierten württembergischen Freischärler sind mit Reisegeld und einem Laufpass mit der Bezeichnung „Hochverräter“ in die Heimat geschickt worden. Sie sprechen von den Härten der Inhaftierung, der besonders in der ersten Zeit schlechten Speisung, sind aber sonst gutaussehend.]	3

	1849	12	14	298	1484	1485	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Österreich hat in einer neuen Note Preußen unter Androhung eigenen „Einschreitens“ darauf verwiesen, dass die Gründung eines engeren Bundes sowie die Einberufung eines Parlaments nach Erfurt einen Bruch der Bundesverträge bedeuten würde und außerdem die Ordnung gefährden könnte. Die Zeitung spekuliert über die preußische Antwort, die das österreichische Anliegen unter Hinweis auf die Gründung eines deutschen Nationalstaates als Prävention gegen eine neue Revolution zurückweisen soll. Weiterhin ist Preußen stark genug, um im Fall von Unruhen selbst einzuschreiten. Den Behauptungen der demokratischen Presse, die Regierung Brandenburg-Manteuffel tritt die Zeitung entgegen. Diese Regierung hat durch die Unionspolitik bei „[...] derjenigen politischen Meinung, die eben Geltung im Staate hat, nicht fester gestanden [...]“. Den Demokraten wird ein bewusst falsches Spiel vorgeworfen, um das Volk zu täuschen. Diesen Bestrebungen ist jedoch kein Erfolg vergönnt. Man rechnet nach der Sitzung des Gesamtausschusses der demokratischen Vereine Preußens mit einem Wahlboykott für Erfurt.]	2
	1849	12	14	298	1485	1485	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Gerücht über den jetzt bereits längeren Aufenthalt des Erzherzogs Stephans in Oldenburg, nach dem sich dieser wegen seiner zustimmenden Haltung in Bezug auf die Unabhängigkeit der ungarischen Krone, dort in Verbannung befinde.]	2
	1849	12	14	298	1485	1485	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Truppenkonzentrierung in Böhmen dauert an. Reiche Industrielle suchen die Regierung in ihren Zollplänen umzustimmen, um die Zollschränken zu erhalten. Die Gärung unter den Fabrikarbeitern im Riesengebirge sind ebenfalls diesen Bemühungen geschuldet.]	2
	1849	12	21	304	1515	1516	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Wahl eines neuen Bürgermeisters in Heidelberg, da die oktroyierte Bürgermeisteramtsverwaltung ihr Amt nicht weiter wahrnehmen wollte. Neue Kasernen sind in Heidelberg in Bau; die Finanzierung ist zu einem guten Zinssatz gesichert. Die Kapitalsteuer wird für die kommenden zwei Jahre erhoben.]	3

	1849	12	21	304	1516	1516	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Anlässlich einer Reise des Prinzen von Preußen an den Rhein haben dort alle politischen Vereine Angaben zu Namen, Mitgliederzahl, Vorsteher und Versammlungslokal an die Behörden zu melden. Diesem nicht nachgekommen sind die demokratischen Vereine. Der Handlungsdiener Ohm, bekannt durch den Waldeck-Prozess, ist nach seiner Verurteilung als „Fälscher“ und „falscher Denunziant“ zu den einfachen Verbrechen zugeordnet worden.]	2		
	1849	12	21	304	1516	1516	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Zur Verhinderung von Übergriffen von Bürgern und Soldaten sind Pistolen und Dolche, die im Besitz der Bürger sind, bei der Militärbehörde abzugeben. Der Dichter Schnauser, bekannt durch seine Gedichte in der „Mannheimer Abendzeitung“ und der „Oberrheinischen Zeitung“, ist wegen seiner neueren Dichtung und seiner Beteiligung am ersten Aufstand verhaftet worden.]	2		
	1849	12	21	304	1517	1517	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Die Regierung ist gegenüber den Inhaftierten milde und versöhnlich.]	2		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Die am Maiaufstand in Dresden Beteiligten sollen nach Beschluss der Kammermehrheit „bald“ begnadigt werden.]	2		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Gerüchte über Putschvorbereitungen deutscher Flüchtlinge im Elsass sind falsch.]	2		
	1849	12	28	309	1544	1545	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Staatsämter werden nach dem Prinzip der Eignung nach preußischen Vorbild neu besetzt. Dies bewirkt einen neuen Staatsaufbau. Die fähigen Beamten seien zugleich auch immer liberal, sie schützen das Recht vor der Willkür und sind daher loyal, auch wenn Reformen durchgeführt werden.]	2	IV. 1849	142
	1850	01	04	4	13	14	+	„N. Fr. Z.“	„Am 1. Januar 1850“, [Rückschauender Artikel, der vom „revolutionären Dämon“ spricht, welcher nur vor der „Macht der Bajonette“ weiche. Die konstitutionelle Entwicklung Österreichs wird begrüßt. Alle Bürger, die nicht reaktionär oder revolutionär sind, sollen sich zusammenschließen, um Badens Ehre wiederherzustellen und das Vaterland einer befriedigenden Gesamtordnung zuzuführen.]	3		
	1850	01	04	4	15	15	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [In Koblenz sind zwei Rheinländer eingetroffen, deren Todesurteile aufgrund des badischen Aufstandes infolge eines Immediatgesuchs durch den König in eine lebenslange Haftstrafe gewandelt worden ist.]	2		

	1850	01	04	4	15	15	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Eine Delegation aus Erfurt dankte dem preußischen König für die Wahl der Stadt als Sitz des bevorstehenden Reichstags.]	2
	1850	01	04	4	16	16	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Ehemalige Aufständische sind zum Militärdienst im k.u.k.-Heer einberufen worden.]	1
	1850	01	11	10	41	41	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Verein für innere Mission hat mit finanzieller Unterstützung von Fabrikanten eine Lesestube für Gehilfen und Arbeiter eingerichtet, um diesen ein sinnvolles Verleben des Sonntagnachmittags zu ermöglichen.]	3
	1850	01	11	10	41	41	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Aus der Schweiz zurückkehrende Soldaten wurden nach Absingen revolutionärer Lieder festgesetzt und sollen nun dem Stand- bzw. Kriegsgericht vorgeführt werden.]	3
	1850	01	11	10	42	42	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Es wird mit einer Annäherung Bayerns und Preußens gerechnet.]	2
	1850	01	11	10	42	42	-	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Zwei verhaftete linke Kammerabgeordnete sind wieder freigelassen worden, für den dritten ist ein Ersatzvertreter bestellt. Über die Telegrafienverbindung von München nach Wien ist die erste offizielle Nachricht übermittelt worden. Eine Übermittlung dauert nur 40 Sekunden.]	2
	1850	01	11	10	42	42	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [In den Verhandlungen der I. Kammer musste v. Gerlach eine Niederlage hinnehmen. Die II. Kammer verhandelte u.a. die Integrität der Provinz Posen.]	2
	1850	01	11	10	44	44	-	„Fr. Opstztg.“	„Preußische Monarchie.“, [Die Bürgerwehren sind angewiesen worden, die „entliehenen“ Waffen für die Bürgerwehr wieder in die Zeughäuser zurückzubringen. Auf ein Gesuch aus Danzig, die Abgabe der Waffen für drei Monate aussetzen zu dürfen, um in dieser Zeit selbst Waffen zu kaufen, wurde nicht eingegangen.]	1
	1850	01	18	16	72	72	-	„K. Z.“	„Deutschland. Sachsen-Gotha.“, [Die preußischen Truppen sind aus Altenburg abgezogen worden. Das Volk lässt sich nicht zu Ruhestörungen hinreißen: „[...] und man will sogar wieder eine merkwürdige Neigung zur Höflichkeit an ihm wahrnehmen“.]	2
	1850	01	18	16	72	72	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Der Kriegszustand ist vom Ministerium aufgehoben worden; dies soll ein versöhnliches Signal an die I. Kammer sein.]	2

	1850	01	18	16	72	73	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Streit um die mögliche Einführung einer Pairskammer in Preußen und um das Steuerbewilligungsrecht; neue Botschaft des Königs zu der Verfassungsangelegenheit.]	2
	1850	01	18	16	73	73	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Landesverfassungen bestärken die Ansicht, dass die Früchte der Revolution jetzt unter Dach und Fach kommen. Die Brüner „Presse“ soll nach ihrem Verbot in Galizien ganz eingestellt werden.]	2
	1850	01	18	16	73	73	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Beim Übergang von der indirekten auf die direkte Besteuerung sollen die Ämter daraufhin wirken, dass alle Steuern entrichtet werden. Die Postverwaltungen Österreichs verhandeln mit den deutschen gleichmäßige Bestimmungen und Grundsätze. Militärtransporte auf der Nordbahn, Verbot des ungarischen Blattes „Figyelmözo“ für die Dauer des Belagerungszustandes.]	2
	1850	01	25	22	101	101	+	„D. B.“	„Deutschland. Baden.“, [Berichtigung eines Artikels der „Berliner Konstitutionellen Zeitung“ über die Verfolgung Itzsteins.]	3
	1850	01	25	22	102	102	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die badische Regierung bürgert alle Flüchtlinge nach der Schweiz, die sich Rückkehr aufrufen gegenüber unempfänglich zeigen, aus. Da diese dann als Heimatlose der Schweiz zur Last fielen, verspricht sich Karlsruhe eine größere Wirkung als sie eine Kriegsandrohung brächte.]	2
	1850	01	25	22	104	104	-	„Die königlich preußische Kommandantur. Hering, Oberst-Lieutenant und Kommandant.“	„Bekanntmachung.“, [Verbot des Tragens revolutionärer Kleidungsstücke („Heckerhüte“ u.a.) bei Androhung sofortiger Verhaftung]	1
	1850	02	08	34	161	161	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Prinz von Preußen ist im Theater Freiburgs mit einem einstimmigen Hoch begrüßt worden. Er inspizierte Militäranlagen.]	3

	1850	02	08	34	161	162	+	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Positiver Artikel zu einer Denkschrift Österreichs, die der Bundeskommission überreich wurde. Gegenstand ist die Anbahnung einer österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung. Die Zeitung betont, dass Österreichs Staatsmänner ebenso wie die „Kriegshelden“ jede unmöglich erscheinende Aufgabe angehen und lösen. Die lange ausgebliebenen Reformen Österreichs begründet die Zeitung unter Berufung auf die Österreicher selbst, die zunächst die Niederschlagung der Aufstände in Angriff genommen haben. Nun folgen die Reformen. „Deutschland wird das sein, was so viele [...] nur erträumten.“ Der größte Gegner der deutschen Einheit ist der Streit zwischen Krone und Konstitutionalismus. Es folgen die Punkte des „Einigungsplans“ Österreichs.]	3
	1850	02	15	40	195	195	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Lobender Artikel über die Auszeichnung des Bürgermeisters von Graben, der trotz tätlicher Anfeindungen während der Revolutionszeit treu zum Großherzog gehalten hat. Dieser erhielt nun die goldene Verdienstmedaille.]	3
	1850	02	15	40	199	199	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Fineisen.“	„Bekanntmachung.“, [Die Arrestklage gegen Nepomuk Katzenmayer von Konstanz wird als berechtigt angesehen, da er an hochverräterischen Tätigkeiten teilgenommen hat.]	1
	1850	02	15	40	198	198	-	„Die königlich preußische Kommandantur. Hering, Oberst-Lieutenant und Kommandant.“	„Bekanntmachung.“, [Strafen wegen verschiedener Vergehen, u.a. Störung der öffentlichen Ruhe.]	1
	1850	02	15	40	198	198	-	„Die königlich preußische Kommandantur. Hering, Oberst-Lieutenant und Kommandant.“	„Bekanntmachung.“, [14 Burschen haben die Erlaubnis der königlichen Kommandantur zu Faschingsvergnügung missbraucht, indem sie singend und lärmend den Anordnungen der königlichen Kommandantur öffentlich Hohn sprachen. Als Strafe wurden acht Tage Gefängnis bei Hungerkost festgesetzt.]	1

	1850	03	01	52	259	260	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [In Kurhessen soll ein neues Ministerium unter der Leitung Hassenpflugs gebildet worden sein. Das alte Ministerium habe das Vertrauen des Volkes (außer der Demokraten) besessen. Inwieweit sich die Ernennung Hassenpflugs auf die vormals positive Haltung der kurhessischen Regierung zur Frage des Bundesstaates auswirken wird, ist ungewiss. Eine neue landesherrliche Verordnung regelt die „Sektenfreiheit“ in einer zweckmäßigen Weise und soll verhindern, dass das Kirchlich-Religiöse zum „[...] Tummelplatz des politischen und sozialen Unfugs gemacht wird“.]	3
	1850	03	01	52	259	259	+	„A. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Demokraten haben die Wahlen in Württemberg erneut für sich entschieden. Die „Württembergische Zeitung“ schlägt vor, aus den Demokraten ein Ministerium zu errichten, das zeigen werde, dass die Republikaner vollkommen regierungsunfähig sind. Die „Augsburger Zeitung“ verwirft diese Lösung als ruinös und „Was sollen wir von den 'Republikanern' erwarten, wenn selbst die Märzminister weder das Land befriedigen noch ein Gesetz schaffen konnten, das ausführbar ist?“.]	3
	1850	03	01	52	260	260	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Der mutmaßliche Attentäter des Anschlags auf den Prinzen von Preußen im Juni 1849 wurde vom Geschworenengericht freigesprochen.]	2
	1850	03	01	52	260	260	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Nach einem Freispruch des Geschworenengerichts von den Anklagen wegen „Aufreizung gegen die Landesregierung, die Ehrenkränkung und beziehungsweise Preßvergehen“ urteilte der Staatsanwalt scharf über das Gericht. Der „Schwäbische Merkur“ gibt zu bedenken, dass so eine wünschenswerte Einrichtung, wenn sie sich weiter derart würdelos verhielte, keine Wurzeln schlagen werde.]	2
	1850	03	08	58	293	293	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [In Bretten gab es Streitigkeiten zwischen Dorfbewohnern und der Gendarmerie, da diese die Festnahme einiger Burschen verhindern wollten, die Schillers Räuberlied gesungen haben.]	3

	1850	03	08	58	293	293	+	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Regierung will nun doch mit der demokratischen Mehrheit in der neu gewählten Versammlung zur Revision der Verfassung zusammenarbeiten. Die Regierung will die Institution der Bürgerwehr, „wo sich im Volke Willen dafür zeigt“, erhalten. Es liegt eine Adresse in Stuttgart vor, die die Dienstpflicht für die Bürgerwehr aufgehoben wissen will, da diese nicht im ganzen Land durchgeführt werde.]	3
	1850	03	08	58	293	293	+	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [In Heuchelheim ist es nach der Rückkehr des demokratischen Pfarrers aus der Haft zu einer demonstrativen Begrüßung des Heimkehrenden gekommen, die von Seiten des Staates mit Einquartierung von Soldaten im Ort beantwortet wurde. In der Pfalz kommt es immer wieder zu Desertionen junger Rekruten nach Frankreich. Die Zeitung betont die Aussichtslosigkeit und die Ehrlosigkeit eines solchen Vorgehens.]	3
	1850	03	08	58	295	295	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Eine bedeutende Zahl ungarischer Flüchtlinge ist in Bosnien in den k.u.k.-Militärdienst eingetreten.]	2
	1850	03	15	64	326	327	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Standrechtlicher Prozess gegen einen Schreinergeresellen, der in einem Konstanzer Wirtshaus die anwesenden Soldaten dazu aufgefordert haben soll, die Bajonette statt gegen das Volk gegen die Offiziere zu richten. Verurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus anstatt der beantragten Todesstrafe.]	2
	1850	03	15	64	327	327	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Mehrheit der politischer Vergehen Beschuldigten ist begnadigt worden. Es werden nur noch die schwerwiegenderen Fälle und die Inhaber öffentlicher Ämter angeklagt.]	2
	1850	03	22	70	357	357	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [7. Sitzung der II. Kammer. Es sind Anträge über die Aufhebung des Bürgerwehrgesetzes und über die Badeanstalten eingebracht worden. Verhandelt wird über die finanziellen Belastungen durch die Revolution, die durch neue Steuern, Anleihen und Kredite refinanziert werden sollen. Im Anschluss wird das Resultat der Wahl der Abgeordneten für Erfurt verkündet. „[D]ie ganze Kammer ist interessiert bei der Wahl in das Staatenhaus“. Die Wahl von dessen Mitgliedern soll am gleichen Tag vorgenommen werden. Der Wahlmodus ist jedoch umstritten; es liegen keine Wahlordnungen/ Vorschriften vor. Man einigt sich auf gleichzeitige und geheime Wahl der Staatenhausabgeordneten, die der absoluten Mehrheit bedürfen.]	3

	1850	03	22	70	358	358	-	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Stadt Heidelberg ist unter dem revolutionären Gemeinderat stark verschuldet worden. „Das heißt doch dem entschiedenen Fortschritt huldigen!“]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [General v. Gailing soll auch ein badisches Fußvolksregiment in Rastatt halten.]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Gerüchte über bald einrückendes Hannoveraner Militär tut die Zeitung unter Verweis auf die eigenen Schwierigkeiten Hannovers 1849 hämisch ab.]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Man geht davon aus, dass sich die demokratische Mehrheit der Landesversammlung mäßigen wird. So wird sie auf die Rede des Königs, der ein Zensuswahlrecht und ein Zweikammersystem fordert, nicht antworten. Wie jedoch diese Vorstellungen mit dem demokratischen Verfassungsentwurf zusammengebracht werden sollen, ist offen.]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Hessen.“, [Mit Rücksicht auf die Familien sind elf der politisch Beschuldigten gegen Kautions freigelassen worden. Die deutschkatholische Gemeinde in Mainz, die sich bedeutend verstärkt hat, feiert ihren Ostergottesdienst im Saal des ehemaligen kurfürstlichen Schlosses.]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	„B. L.“	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Die Ständeversammlung hat Hassenpflug das Misstrauen ausgesprochen. Weiterhin wurde der Bewilligung eines Budgets für außerordentliche Militärbedürfnisse aus politischen und finanziellen Gründen widersprochen. Im unmittelbaren Anschluss wurde die Ständeversammlung von der Regierung veragt.]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Regierung gedenkt nur des 04.03.1848, will den 13.03.1848 vergessen machen. Die Zeitung lobt die Fortschritte und tadelt die politische Unreife des Volkes und den Mangel an geeigneten Führern.]	2
	1850	03	29	76	389	389	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [Fest der Karlsruher Freimaurerloge anlässlich des Geburtstags des Prinzen von Preußen. Zukünftig sollen die Gräber der für Baden gefallenen Preußen einfach geschmückt werden.]	3
	1850	03	29	76	390	390	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Nachdem Itzstein von mehreren Blättern zur Fahndung ausgeschrieben worden ist und seine staatsbürgerlichen Rechte aberkannt bekommen hat, wurde ihm durch den 30. Wahlbezirk das Mandat entzogen.]	2

	1850	03	29	76	390	390	-	„B. L.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Von einer Gruppe Maiangeklagter sind in Dresden zwei zum Tode verurteilt worden, die übrigen 53 amnestiert man allerdings.]	2		
	1850	03	29	76	390	390	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Hannover soll dem Münchener Bündnis beigetreten sein. Äußerungen des Ministers Stüve werden zum Anlass genommen, eine Auflösung der beiden Kammern in der Zeit ihrer Beurlaubung wegen des Osterfestes anzunehmen. Die Kammern beschäftigen sich mit einer Gerichtsverfassung und den Grundzügen der Organisation der Landgemeinden. Die „Hannoversche Morgenzeitung“ und die „Zeitung für Norddeutschland“ vereinigen sich zu einer Zeitung.]	2		
	1850	03	29	76	391	391	-	„B. L.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Belagerungszustand in Prag ist verschärft worden.]	2		
	1850	03	29	76	391	391	-	„B. L.“	„Deutschland. Österreich.“, [In den Kriegen in Italien und Ungarn hat Österreich mehr als 50.000 Pferde verloren. Die Waffenhersteller arbeiten voll ausgelastet; sie arbeiten Aufständischenwaffen auf und fertigen neue. Die evangelische Gemeinde in Wien sucht um Erlaubnis, jeden vierten Gottesdienst in slawischer Sprache abzuhalten. Eine Telegrafienlinie von Wien nach Pest soll vorbereitet werden. Der franz. Gesandte ist nach Berlin abgereist, zwei russische Kuriere sind in Wien eingetroffen.]	2		
	1850	03	29	76	393	393	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Schaible.“	„Erkenntniß.“, [Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte für Franz Rolle, Rechtspraktikant aus Konstanz, Anton Bräg, Kaufmann aus Konstanz, Ignaz Vanotti, Advokat aus Konstanz, wegen ihres Fehlens beim Prozess wegen Teilnahme am letzten hochverräterischen Aufstand.]	1		
	1850	03	15	64	325	326	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [3. Sitzung der II. Kammer. U.a. Wahl der Vizepräsidenten des Landtags, Plan zur Wiedereinführung der Fleischakize [einer Art Binnenzoll], Schilderung der Maiereignisse aus Regierungssicht. Hintergründe des Bündnisses vom 26. Mai, das den Weg zur Reform der Bundesverfassung ebnen soll. Der Zustand Deutschlands wird maßgeblich für die Revolution verantwortlich gemacht.]	3	I. 1850	108
Militärisches	1847	10	08	121	813	813	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Fieser.“	„Obrigkeitliche Bekanntmachung. Die Revision der Aufnahme der zum Kriegsdienst tauglichen Pferde betr.“	1		
	1847	10	15	124	828	828	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Wegen des herannahenden Bürgerkrieges in der Schweiz wird Österreich die Schweizer Grenzen militärisch abriegeln.]	2		

	1847	10	22	127	845	846	+	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Aufgrund der Verpflichtungen aus der Wiener Kongressakte sehen sich insbesondere Österreich und Frankreich im Falle, dass sie vom Sonderbund zur Hilfe gerufen werden, zu einer Intervention in der Schweiz veranlasst.]	3
	1847	10	29	130	865	865	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Grenzen zur Schweiz werden besetzt und streng bewacht.]	3
	1847	11	05	133	883	883	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [03.11.1847: Nach Angaben des durchreisenden österreichischen Gesandten ist ein Krieg in der Schweiz unvermeidlich. Die Badener nehmen an den Entwicklungen lebhaft teil.]	3
	1847	11	12	136	901	901	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den meisten Staaten ist der russische Gesandte in Konstanz eingetroffen. Er wird zunächst in der Stadt bleiben.]	3
	1847	11	19	139	921	921	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Neben den Maßregeln, die bei Ausbrechen des Sonderbundskrieges durch den Deutschen Bund zu treffen sind, waren bei einer Besprechung des österreichischen Bundestagsgesandten Graf v. Münch-Bellinghausen auch Fragen der Preßgesetzgebung Gegenstand der Verhandlung. Die süddeutschen Staaten, Österreich und Norddeutschland haben hier kontroverse Auffassungen.]	3
	1847	12	03	145	967	967	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Reisende berichten, dass das Volksheer der Schweizer bereits wenige Tage nach der Aushebung von einer bemerkenswerten Gewandtheit ist. Dies soll als Beispiel einer Wehrverfassung ohne stehendes Heer dienen.]	3
	1847	12	17	151	1007	1007	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Unter Berufung auf die „Allgemeine Preußische Zeitung“ schreibt die „Kölner Zeitung“, dass die Mobilmachung zweier preußischer Korps nicht gegen die Schweiz gerichtet sei. Vielmehr seien diese zum Dienste „bundesfreundlichen Aufsehens in näherer Nachbarschaft“ bestimmt.]	2

	1847	12	24	154	1027	1028	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“, [Antwortadresse der Kammer auf die Begrüßungsrede des Großherzogs. Themen u.a.: Lob des Wohltätigkeitssinns des Fürsten und des Volkes angesichts der Nahrungsmittelknappheit. Die bewältigte Notlage ist ein Beweis für das funktionierende Verfassungsleben in Baden, für dessen Bestehen die Kammermitglieder auch weiterhin den Sinn für Gesetzherrschaft innerhalb des Volkes stärken wollen. Eigentum, Bildung und gerechte Lastenverteilung sind die besten Garanten für die bestehende Ordnung und die Herrschaft des Gesetzes. Man erwartete Vorlagen zur Wehrverfassung, für die Landwirtschaft, eine zeitgemäße Gewerbeordnung und eine Gerichtsverfassung mit neuen Gesetzbüchern sowie einer Trennung der Gewalten (Justiz und Verwaltung). Der Großherzog möge sich – wie angekündigt – beim Bundestag für die Preßfreiheit und die Aufhebung der provisorischen Bundesbeschlüsse einsetzen. Der Eisenbahnbau soll vorangetrieben werden.]	3		
	1847	12	24	154	1029	1029	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Ein weiteres Infanterieregiment ist in Wien auf dem Marsch zur Schweizer Grenze durchgekommen.]	2		
	1847	12	31	157	1047	1047	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Truppenverschiebungen sorgen für Besorgnis bei den häufig schweizfreundlich gesonnen Bürgern. In Ungarn regt sich Widerstand, die eigenen Truppen möglicherweise im Einsatz gegen die Freiheit zu sehen.]	2		
	1847	12	31	157	1047	1047	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die k.u.k.-Eisengießerei zu Mariazell ist durch das Militär für das nächste Halbjahr völlig ausgelastet.]	2		
	1847	12	31	157	1047	1047	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Neue Truppenentsendungen nach Italien.]	2	IV. 1847	34
	1848	01	07	3	13	14	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Militärbudget Badens und das Gesetz über die Einführung der Landwehr werden den Kammern zur Beratung vorgelegt.]	3		
	1848	01	07	3	15	15	-	„Nürnberger Korrespondent“	„Österreich.“, [Neuanschaffung von 500tsd. Gewehren für das österreichische Heer]	2		
	1848	01	14	6	31	31	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Bau neuer Befestigungseinrichtungen in den Schwarzwaldtälern, um einem möglichen Angriff Frankreichs verhindern zu können]	3		
	1848	02	04	15	92	92	-	o.a.	„Deutschland. Holstein.“, [Thronbesteigung Friedrichs VII. nach dem Tode Christians VIII. Man könne aufgrund der Mentalität des neuen Herrschers keine Prognose abgeben, wie mit der S.-H.-Frage weiter umgegangen werden wird. Jedoch wird das Volk genug Zeit bekommen, sich auszusprechen.]	2		

	1848	02	04	15	92	92	-	o.a.	„Deutschland. Holstein.“, [Thronbesteigung Friedrichs VII.]	2
	1848	02	11	16	110	110	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Schweiz soll mit Bundestruppen isoliert werden. Verfasser nimmt an, dieses erfolge, um Deutsche vor der unzensurierten Presse und der Redefreiheit des Nachbarlandes zu schützen. Verfasser wünscht, dass die Abschottung nicht komme, vielmehr sollten sich die Regierungen mit der Schaffung einer deutschen Flotte beschäftigen und sich einer 'Nützlichkeitspolitik' verschreiben.]	2
	1848	02	11	16	110	110	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Militärbestellung Österreichs für Solingen, bis März 7.000 Säbel zu produzieren]	2
	1848	02	11	16	110	110	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Infanterieregiment rückt in Richtung Italien aus; Verfasser befürchtet, dass die konservativen Kabinette Europas dem Radikalismus 'einen Damm entgegenzustellen' suchen.]	2
	1848	02	18	21	134	134	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Infanterieregiment rückt in Richtung Italien aus.]	2
	1848	02	25	24	158	158	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Preußen rüstet militärisch auf.]	2
	1848	02	25	24	158	158	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Ein englischer Kurier meldet, dass England jede Einmischung Österreichs in Italien mit einer Kriegserklärung beantworten werde.]	2
	1848	02	25	24	158	158	-	o.a.	„Rußland“, [Russland schließt sich der Erklärung von Österreich, Frankreich und Preußen (18.01.1848) an, da die Schweiz Zufluchtstätte für Revolutionäre sei und diese sich dort ungestraft gegen die Ordnung verschwören könnten. Damit verwehrt Russland der Schweiz die Rechte aus der Neutralität.]]	1
	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte mit Öffentlichkeit sollen als 'Früchte der Pariser Ereignisse' im Großherzogtum eingeführt werden.]	3
	1848	03	03	27	180	180	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Verlegung preußischer Truppen an die böhmische Grenze]	2
	1848	03	03	27	180	180	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Kontrolle der Wehrhaftigkeit der preußischen Landwehr. Gerüchtweise aufgrund eines Abkommens der drei nordischen Mächte]	2
	1848	03	03	27	182	182	-	o.a.	„Obrigkeitliche Bekanntmachung. Die Aufnahme der zum Kriegsdienste tauglichen Pferde betreffend.“	1

	1848	03	10	30	201	201	+	„Bekk“	„Deutschland. Baden.“, [Antwort der Regierung auf erhobene Forderungen zu den Karlsbader Beschlüssen, zur Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, der Vereidigung der Beamten, Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte infolge der gewählten Konfession, Zulassung von Klagen gegen Behörden, einer volkstümlichen Kreisverwaltung, Beseitigung des Feudalwesens und der privilegierten Gerichtsstände, zu unabhängigen Richtern, zur gerechten finanziellen Belastung der Kreise, Ministerverantwortlichkeit und Nationalstaatsbildung.]	3
	1848	03	10	30	201	202	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Freiburger Studenten organisieren ein bewaffnetes Korps.]	2
	1848	03	10	30	203	203	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Bewaffnung der Münchener Studenten]	2
	1848	03	10	30	203	203	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Beschluss des Deutschen Bundes zur Grenzsicherung]	2
	1848	03	10	30	203	203	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Aufstand in der Lombardei kostet zahlreiche Todesopfer]	2
	1848	03	10	30	203	203	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [England macht Flotte im Mittelmeer mobil]	2
	1848	03	10	30	203	203	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Konflikte in Italien]	2
	1848	03	10	30	ohne	ohne	-	o.a.	„Nähere Bestimmungen in Bezug auf die Wehrbarmachung des Seekreises.“, [rev. Aufruf zur Schaffung eines Volksheer als Flugblatt in der Anlage der <i>Konstanzer Zeitung</i> .]	1
	1848	03	17	33	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Abgabe günstiger Waffen an die Bürgerwehren]	2
	1848	03	17	33	220	220	-	„Agsb. Abdz.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Bürgerbewaffnung gegen Bauernaufstände, die sich in Gewalt gegen Gutshöfe entladen, in Aussicht gestellte Neuwahl der Ständekammer.]	2
	1848	03	17	33	220	221	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Truppenverlegung an die Grenze zwischen Baden und Württemberg, um 'Exesse der ärgerlichsten Art' in Zukunft zu verhindern.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Die Mainzer Festung wird einsatzfähig ausgerüstet.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Gerüchte über das Ableben des Zaren, Truppenbewegung der Russen in Richtung preußische Grenze]	2

	1848	03	17	33	222	222	-	„K.“	„Die Staatsbeamten in Konstanz während der gegenwärtigen ungewöhnlich aufgeregten Zeit.“, [zum Verhältnis der Bürger zu den Beamten, zum Schuldeingeständnis von Beamten durch Flucht aus der Stadt]	1		
	1848	03	17	33	222	222	-	o.a.	„Neuestes.“, [Die Bundesversammlung soll sich als Urheberin der Revolution bezeichnet haben.]	1		
	1848	03	17	33	223	223	-	o.a.	„Ministerium des Innern.“, [zur Haftungsfrage bei Beschädigungen durch Aufstände]	1		
	1848	03	24	38	244	244	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Ereignisse in Wien, Ruhe wiederhergestellt, Studenten bewaffnet]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Verhandlungen der süddeutschen Staaten über ein deutsches Parlament seien weit fortgeschritten, Zusage eines Korps von 15.000 preußischen Soldaten gegen für Schleswig und gegen Russland.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [In Posen rückt Militär ein.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [In Posen wird ein polnischer Aufstand befürchtet.]	2	I. 1848	70
	1848	04	07	50	301	301	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Einberufung der Wehrpflichtigen wie der Ausgedienten zu den Waffen, gilt zunächst für sechs Wochen]	3		
	1848	04	07	50	302	302	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Spekulation um Alsen, wo man das militärische Zusammentreffen von Deutschen und Dänen erwartet.]	2		
	1848	04	07	50	302	302	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Alsen hat sich für Dänemark ausgesprochen, um einem möglichen Überfall seitens der Dänen zu entgehen.]	2		
	1848	04	14	56	331	331	+	„Leopold. v. Dusch, Nebius [.]“	„Deutschland. Baden.“, [Erklärung der Regierung in Karlsruhe, dass heranrückendes Militär nicht der Unterdrückung, sondern der Sicherung der Freiheit und des Gesetzes diene.]	3		
	1848	04	14	56	331	332	+		„Aus dem badischen Oberland, 9. April“, [Zusammenstoß zwischen etwa sechzig bewaffneten Arbeitern und franz. Militär]	3		
	1848	04	14	56	332	332	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Durchmarsch von preußischen Truppen Richtung Holstein]	2		
	1848	04	14	56	332	332	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Tondern wurde von den Dänen sogleich wieder geräumt; Deutschgesinnte würden ohne Nachricht an die Familien verhaftet.]	2		

	1848	04	14	56	333	333	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [Militärverlegung an der Grenze zu Russland und Polen]	2
	1848	04	14	56	333	333	-	„Oberrh. Ztg.“	„Polen.“, [Die Polen in Posen bewaffnen sich.]	2
	1848	04	14	56	333	333	-	„Großh. Regierung des Seekreises. Peter. vdl. Rau.“	„Bekanntmachung.“, [Die „Näheren Bestimmungen in Bezug auf die Wehrbarmachung des Seekreises“ sind ungültig.]	2
	1848	04	14	56	333	333	-	„Der Gemeinderath. Hütlin.“	„Die Errichtung der Bürgerwehr nach dem Gesetze vom 1. April 1848 betreffend.“, [Alle Männer zwischen 21 und 55 haben sich in einer Wehrmannliste einzutragen.]	2
	1848	04	21	62	357	357	+	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Rückruf der Prinzen von Hessen-Kassel aus dänischem Militärdienst]	3
	1848	04	21	62	357	357	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Fünfziger-Ausschuss hat angeordnet, dass Hannover die durchziehenden Freiwilligen für Schleswig-Holstein zu rüsten habe.]	3
	1848	04	21	62	357	357	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Dänen in Eckernförde eingerückt, 2.000 Dänen in Schleswig, Verluste bei Schlacht bei Bau auf circa 1.000 Personen geschätzt, Preußen haben Befehl zum Vorrücken erhalten.]	3
	1848	04	21	62	357	357	+	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Delegation bei dänischem König erfuhr dessen Zusicherung, in Holstein den preußischen Truppen freien Raum zu lassen, diese jedoch im Falle, dass sie Schleswig betreten, als gegnerisch anzusehen; Berichterstattung zum Frontverlauf.]	3
	1848	04	21	62	358	358	-	o.a.	„Deutschland. Rendsburg.“, [Die Moral der Schleswig-Holsteiner ist auch nach der Niederlage bei Bau vom 9. April ungebrochen, Hoffen auf Bundestruppen.]	2
	1848	04	28	68	384	384	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Württemberg hat seine Bundestagsgesandten dazu aufgefordert, für die Öffentlichkeit der Sitzungen zu stimmen; Soldaten sind als Wähler wie in Preußen jetzt auch in Württemberg zugelassen.]	2
	1848	04	28	68	384	358	-	o.a.	„Deutschland. Nassau.“, [Enttäuschung der nassauischen Truppen, nicht nach Schleswig-Holstein ziehen zu können, Abgang einer neuen Schar Freiwilliger.]	2
	1848	04	28	68	385	385	-	o.a.	„Deutschland. Waldeck.“, [Fortgesetzte Unruhe zwingt den Prinzen, neuen Regierungschef einzusetzen.]	2

	1848	04	28	68	385	385	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Kriegsgefangene Deutsche nach Kopenhagen verbracht, gefangene Studenten und Turner werden hungernd gehalten, Repressionen gegen die dänischen Gefangenen scheinen unausweichlich zu werden.]	2
	1848	04	28	68	385	385	-	„Augsb. Abdz.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Klage gegen verzögerte Bundeshilfe im Konflikt mit Dänemark]	2
	1848	04	28	68	385	385	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Deutsche Freikorps rücken vor, dänische Schiffe vor der Küste Schleswigs, um ggf. bedrängte Truppen zu evakuieren.]	2
	1848	05	05	74	409	409	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Mannheim ist im Kriegszustand, Entwaffnung der Bürger, 120 gefangene Freischärler, darunter Bornstedt, sollen nach Bruchsal gebracht werden.]	3
	1848	05	05	74	410	410	-	„Der Fünfziger-Ausschuß. gez. v. Soirion. gegengez. J. Venedey“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt. An die Stürmer der Schanze Dannevirke bei Schleswig.“, [Glückwunschadresse an die Kämpfer beim Dannewerk des Fünfziger-Ausschusses, gegengezeichnet von J. Venedey]	2
	1848	05	05	74	410	410	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Bericht über den Rückzug der Dänen bis nördlich der Stadt Flensburg.]	2
	1848	05	05	74	410	410	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Bericht über Einzug nach Flensburg, Dänen werden wieder bei Alsen bzw. Holnis vermutet.]	2
	1848	05	05	74	410	411	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [31 preußische Schiffe, deren Ziel Stettin war, wurden von den Dänen aufgebracht.]	2
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [In Bayern soll ein Armeekorps von 60.000 Mann ausgehoben werden.]	3
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Der Bau des ersten Kanonenbootes für die deutsche Flotte hat in Hamburg begonnen.]	3
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Dänen sollen sich bis an die Grenze Jütlands zurückgezogen haben.]	3
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Fünfziger-Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, keine weiteren Abspaltungen von Deutschland zuzulassen: dies bezieht sich ausdrücklich auf Gebiete und nicht auf Volksstämme. Die Volksbewaffnung soll von den Einzelstaaten nicht bloß beschlossen, sondern auch aktiv umgesetzt werden.]	3

	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Freikorps sollen zurückkommen und entlassen werden; die Scharfschützen sollen auf der in Bau befindlichen Flotte Dienst tun.]	2
	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Dänen seien mit einem Kanonenboot in Ostpreußen gelandet.]	2
	1848	05	26	92	491	492	+	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Inseln Alsen und Arrö seien von den Dänen geräumt worden, man befürchtet allerdings, dass bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen die Personalunion Schleswigs und Holsteins mit Dänemark erhalten bleiben soll.]	3
	1848	05	26	92	492	492	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [in Erwartung von Friedensverhandlungen]	2
	1848	05	26	92	492	492	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Vormarsch nach Jütland, Beschießung von Sonderburg möglich, Vorstoß nach Aarhus]	2
	1848	05	26	92	493	493	-	„Fr. Journ.“	„Neuestes.“, [Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und preußischem Militär in Mainz]	2
	1848	05	26	92	493	493	-	o.a.	„Neuestes.“, [Erklärung des Kriegszustandes nach Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und preußischem Militär in Mainz]	2
	1848	06	02	92	518	518	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Friedensverhandlungen mit Dänemark, die voraussichtlich auf einen Austausch von Gütern/ Personen in Schleswig je nach deren Nationalität hinauslaufen wird, ist soweit gediehen, dass sich die Bundestruppen bereits bis an die Eider zurückziehen können.]	2
	1848	06	16	110	571	571	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Zum Beschluss der Nationalversammlung vom 10.06.1848, in der Sache Schleswigs bei den Friedensverhandlungen die „deutsche Ehre“ zu wahren.]	3
	1848	06	16	110	571	571	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Das englische Vermittlungsangebot wurde offenbar von Dänemark abgewiesen, denn es kommt wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen; die prov. Regierung hat alle Männer vom 19. bis 25. Lebensjahr zum Dienst in Rendsburg aufgefordert.]	3
	1848	06	16	110	572	572	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Militärbewegungen im Rheinland.]	2
	1848	06	23	115	601	601	-	o.a.	„Deutschland. Frei Stadt Hamburg.“, [Gerüchte über die Übernahme des Oberbefehls der Bundestruppen durch den Prinzen von Preußen aus den Händen Wrangels.]	2
	1848	06	23	115	601	601	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Gerücht über möglichen russischen Überfall, Feststellung der Mängel der Nationalversammlung und ihrer Politik, insbesondere die fehlende Exekutivgewalt]	2

	1848	06	23	115	601	602	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Fürst Windisch-Graetz ist Herr über Prag.]	2		
	1848	06	30	121	629	629	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Verlegung von österreichischen Truppen]	3		
	1848	06	30	121	629	629	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Vorgehen gegen das offenbar aufständische achte Regiment; Einrückung des vierten Regimentes nach Ludwigsburg.]	3		
	1848	06	30	121	629	629	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Schlägerei zwischen Soldaten und den Gästen einer Wirtschaft.]	3		
	1848	06	30	121	630	630	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Preußen verweist Angebot Schwedens, nicht weiter vorrücken zu wollen und Russlands, neutral zu bleiben, an die Zuständigkeit der Nationalversammlung in Frankfurt.]	2		
	1848	06	30	121	630	631	-	„Frankf. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Fürst Windisch-Graetz wird Generalbevollmächtigter für Böhmen, Festnahme eines Verschwörerkreises, der zum Ziel gehabt haben soll, einen großen Slavenstaat zu gründen.]	2		
	1848	06	30	121	631	631	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Problem einströmender bewaffneter Serben nach Ungarn]	2		
	1848	06	30	121	631	631	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Konflikt zwischen Serben und Ungarn]	2		
	1848	06	30	121	631	631	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Ungarn haben Serben besiegt.]	2	II. 1848	124
	1848	07	07	127	658	659	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Dänen bleiben in zurückgezogenen Stellungen, mit einem Friedensschluss wird nicht gerechnet.]	2		
	1848	07	07	127	658	659	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Eine friedliche Lösung in Bezug auf Lombardo-Venetien scheint in weite Ferne gerückt.]	2		
	1848	07	07	127	658	659	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Absolventen der Tyroler Akademie sind vom zuständigen Gouverneur unter Beobachtung gestellt worden; er selbst ist Mitglied des katholisch-konstitutionellen Vereins, der gegen die Glaubensfreiheit protestiert hat.]	2		
	1848	07	07	127	658	659	-	„Fr. Journ.“	„Österreichische Monarchie.“, [Konflikte um Peterwardein]	2		
	1848	07	21	139	713	713	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Militärisches, u.a. Entsendung von Truppen in den Seekreis]	3		
	1848	07	21	139	714	715	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Im Konflikt zwischen Ungarn und Kroatien zeichnet sich bisher keine Lösung ab.]	2		
	1848	07	21	139	715	715	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Triest ist wieder deutsch, die Blockade der Stadt durch Sardinien jedoch noch nicht aufgegeben]	2		

	1848	08	04	151	766	766	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser kehrt zunächst nicht aus Innsbruck nach Wien zurück, gegen die Piemontesen ist bei Rivoli ein Sieg errungen worden.]	2
	1848	08	04	151	766	767	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Verhandlungen mit dem Banus Jellachich unter Vorsitz des Reichsverwesers Erzherzog Johann soll eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Kroatien und Ungarn bringen.]	2
	1848	08	11	157	795	795	+	„A. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Soldaten des II. Regiments bei Freiburg haben sich sämtlich für den Einsatz in Schleswig-Holstein beworben.]	3
	1848	08	11	157	795	795	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Prinz von Baden soll, falls der Krieg in Schleswig-Holstein trotz der Waffenstillstandsverhandlungen Dänemarks mit der Nationalversammlung unter Unterstützung Englands fortgesetzt wird, an diesem teilnehmen.]	3
	1848	08	11	157	795	795	+	„O. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Auf Anordnung des Reichsministeriums sollen Einzelstaaten weitere Soldaten für Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen. U.a. ist auch Österreich dazu aufgerufen.]	3
	1848	08	11	157	796	796	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Dänen konzentrieren sich bei Alsen; von den Flensburger Wehrpflichtigen sind viele fahnenflüchtig.]	2
	1848	08	18	163	824	824	-	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Inspektion der Truppen, die nach Schleswig-Holstein abgehen sollen.]	2
	1848	08	18	163	824	825	-	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Wrangel rückt in Schleswig-Holstein weiter vor.]	2
	1848	08	18	163	825	825	-	„F. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Antwort der Wiener Regierung an Frankreich, das sich als Vermittlerin in die Auseinandersetzungen zwischen Österreich den Norditalienern als Vermittlerin angeboten hatte, mit Lösungsvorschlägen.]	2
	1848	08	18	163	825	825	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Mailand hat sich am 6. August Österreich ergeben.]	2
	1848	08	25	169	853	853	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Gerüchten zufolge soll ein Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen sein.]	3
	1848	08	25	169	853	853	+	„Allg. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Truppen aus Süddeutschland treffen ein.]	3
	1848	08	25	169	853	853	+	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [In Kiel findet sich die gesamte provisorische Regierung Schleswig-Holsteins zusammen, um der Eröffnung der konstituierenden Versammlung beizuwohnen. Max von Gagern reist erst in einigen Tagen von Rendsburg ins Hauptquartier ab.]	3

	1848	08	25	169	853	854	+	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die gesamte Ostseeküste Schleswig-Holsteins ist von verschiedenen Truppen besetzt.]	3
	1848	08	25	169	854	854	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Waffenstillstandsverhandlungen sollen vor dem Abschluss stehen. Hauptpunkte sollen sein: Abtritt der provisorischen Regierung, Ersetzung der Regierung durch Schleswig-Holsteiner, die von Gagern ernannt und vom dänischen König eingesetzt werden, Rückzug der Truppen bis auf 4.000 Preußen, Vertagung der Landesversammlung bis zum 15.09.1848.]	2
	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Eine Deputation von sieben Vereinen hat erreicht, dass in Hamburg Urwahlen durchgeführt werden, um eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die neue Verfassung wird aller Voraussicht nach die Gleichstellung der Juden bringen.]	2
	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Dänen haben einzelne Schiffe gekapert und zeitweise die Insel Kos bei Greifswald besetzt.]	2
	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Frankreich hat gegen Einmarsch Österreichs in Norditalien protestiert.]	2
	1848	08	25	169	854	854	-	„Fr. J.“	„Österreichische Monarchie.“, [Berichte über Verluste]	2
	1848	09	01	175	885	886	+	o.a.	<i>„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Gerücht, nachdem Frankreich und Großbritannien eine Kollektivnote an Deutschland gesandt hätten, die im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen Dänemark einen Kriegseintritt vorsehen würde, trifft nicht zu.]</i>	3
	1848	09	01	175	887	887	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Das Vermittlungsangebot Englands und Frankreichs in Bezug auf die italienische Frage lehnt Österreich ab.]	2
	1848	09	08	181	917	917	+	„Allgemeine Zeitung.“	„Friede mit Dänemark?“, [Der Friede wird als verderblich angesehen.]	3
	1848	09	08	181	917	918	+	„N. D. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Das Kriegsministerium der provisorischen Zentralgewalt hat gegen den Frieden mit Dänemark votiert.]	3
	1848	09	08	181	918	918	-	„F. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Bedingungen des Waffenstillstandes werden als unehrenhaft verworfen.]	2
	1848	09	15	187	945	945	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Aus Donaueschingen ist sämtliches badisches Militär abgezogen worden.]	3

									„Deutschland. Österreich.“, [Das Ministerium sei keinem höheren unbekannten Ministerium um den Kaiser unterworfen. Wien behauptet, schon einen Ausgleichsplan zwischen Kroatien und Ungarn zu haben. Die Zeitung hält dies für übertrieben.]	2		
	1848	09	22	193	978	978	-	o.a.				
	1848	09	22	193	978	978	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Militärische Auseinandersetzungen]	2	III. 1848	80
	1848	10	06	205	1033	1033	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Es wird angenommen, dass bis auf weiteres 12.000 Soldaten die Gegend um Weinheim besetzt halten.]	3		
	1848	10	06	205	1033	1033	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Regelung der Kosten und der Art der Einquartierung der Bundestruppen; aufständische Gemeinden sollen alle Kosten, die durch die Besatzung entstehen, selbst tragen.]	3		
	1848	10	06	205	1033	1034	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Note des Reichsverwesers an die Schweiz, man werde Maßnahmen ergreifen, wenn die Schweiz nicht für die Entwaffnung der Revolutionäre Sorge tragen und diejenigen Beamten bestrafen würde, die den Zug Struves ermöglicht hätten.]	3		
	1848	10	06	205	1034	1034	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Der aktiven Armee Russlands haben sich 210.000 weitere Soldaten angeschlossen.]	2		
	1848	10	13	211	1060	1060	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Nach zehntägiger Einquartierung verlassen die Bayern Konstanz, nun rücken Österreicher ein. Frage nach Zahlung der Quartiergelder.]	2		
	1848	10	13	211	1060	1060	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Niederlage Jellachichs im Kampf]	2		
	1848	10	20	217	1088	1089	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Aus Prag sind 18.000 Mann böhmische Truppen des Regiments Latour abgegangen.]	3		
	1848	10	27	223	1116	1116	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Militärbewegungen in Mannheim, Neuuniformierung des badischen Militärs. Die Mannheimer Bürgerwehr ist bereits in Kompanien eingeteilt und wird nun die Offiziere wählen.]	2		
	1848	10	27	223	1117	1117	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Mit Italien soll Frieden geschlossen sein; Ungarn soll Unterwerfungsanträge gestellt haben.]	2		
	1848	10	27	223	1117	1117	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Verhandlung des Reichstages u.a. über die Ankunft Welkers und Moseles, die aus Passau eine erste Proklamation geschickt hätten. Militärisches (Italien und Ungarn), Manifest des Kaisers, in welchem sich dieser zu den gewährten Freiheiten des Volkes bekennt und die verfassungsgebende Aufgabe des Reichstags bekräftigt.]	2		

	1848	10	27	223	1118	1118	-	„F. J.“	„Österreichische Monarchie.“, [Militär soll in Wien konzentriert werden, Truppenansammlungen der Russen an der Grenze zu Galizien; von dort aus soll vorgerückt werden, falls in Wien die Republik proklamiert wird, so sehe es ein Bündnis zwischen dem Kaiser und dem Zaren vor.]	2
	1848	11	03	229	1144	1144	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [94. Sitzung der II. Kammer. Themen: Lässt sich die Vermehrung des Heeres auf 2% der Bevölkerung mit dem bisher geübten Einstandswesens verbinden? Antrag Baums, unterstützt von Mez, die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung für Baden einzuberufen, denn die Verfassung des Landes bedürfe einer Revision. Diskussion über Größe und Eigenschaften der Verwaltungsbezirke (zw. 30 und 60 Tausend Einwohner pro Bezirk, in summa aber nicht mehr als 30 Einheiten.)]	2
	1848	11	03	229	1144	1145	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Bericht über die Geschehnisse in Wien; Blum und Julius Fröbel wird vorgeworfen, die Stadt bereits vor dem 25.10.1848 verlassen zu haben und damit ihre Anhänger im Stich gelassen zu haben.]	2
	1848	11	03	229	1144	1145	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bericht der Verhandlungen des Reichstags in Wien: Verhandlungen Pillerdorffs mit Fürst Windisch-Graetz.]	2
	1848	11	03	229	1144	1145	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Wien wird von Windisch-Graetz weiter beschossen; seine Absichten seien weit weniger streng als die Proklamationen. Er verlangt die Auslieferung General Bems, Pulszkys und Schüttes.]	2
	1848	11	10	235	1171	1172	+	„Allg. Z.“	„Die Schlacht des 28. Oktobers in und um Wien.“, [erster von zwei Teilen]	3
	1848	11	10	235	1173	1173	-	„O. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die in Preußen befindlichen russischen Truppen bewegen sich in Eilmärschen Richtung Galizien.]	2
	1848	11	10	235	1173	1173	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Nach Einnahme der Stadt Wien herrscht immer noch das Verbot, die Stadt zu verlassen. Jellachich ist im Triumph eingezogen; Verfasser kritisiert v.a. den plötzlichen Gesinnungswandel des Wiener Volkes, das den Einzug des Feldherrn feiert.]	2
	1848	11	10	235	1174	1174	-	„Der Gemeinderath. Hütlin.“	„Bürgerwehr.“, [Übungen der Musketiere finden nur noch an Sonntagnachmittagen von 13- 15 Uhr statt.]	1
	1848	11	10	235	1175	1175	-	„Großh. Bezirks-Amt. Fieser.“	„Ministerium des Innern.“, [Regelung der Verpflegung der Reichstruppen.]	1

	1848	11	10	235	1175	1175	-	„Großh. Bezirks-Amt. Fieser.“	„Obrigkeitliche Bekanntmachung. Die Bezahlung der Verpflegungsrückstände der bayerischen und württembergischen Truppen betr.“	1
	1848	11	17	241	1201	1201	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Preßburg ist kampflos an die kaiserlichen Truppen übergegangen.]	2
	1848	11	17	241	1202	1202	-	„Der Gemeinderath. Hütlin.“	„Einquartierung betreffend.“	1
	1848	12	08	259	1284	1284	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Sachsen-Meiningen.“, [Das Herzogtum ist in Gänze von Reichstruppen besetzt.]	2
	1848	12	08	259	1285	1285	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Truppenbewegungen in Österreich]	2
	1848	12	08	259	1285	1285	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Kossuth plant einen Verteidigungskrieg gegen Österreich.]	2
	1848	12	08	259	1285	1285	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Nach Meldung vom 02.12.1848 liegt Wien ein Vergleichsangebot Ungarns vor, für dessen Verhandlung Windisch-Graetz vom Kaiser nach Olmütz berufen wurde.]	2
	1848	12	15	265	1312	1312	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Das für den Bau der Reichsflotte vorgesehene Holz wurde durch Dänemark aufgekauft.]	2
	1848	12	15	265	1312	1313	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser hat ein Manifest an die Magyaren geschickt, in dem er auch seine Thronbesteigung verkündet. Die Börse in Wien reagierte positiv auf die Auflösung der preußischen Nationalversammlung.]	2
	1848	12	15	265	1313	1313	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser ist für kurze Zeit in Wien; Verhandlungen mit einer serbischen Deputation, Waffenstillstand mit Ungarn.]	2
	1848	12	15	265	1313	1313	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Reichstagssitzung vom 06.12.1848: Man rechnet mit einer baldigen Beurlaubung/ Auflösung des in Kremsier tagenden Reichstags; Minister von Stadion berichtet über den Zustand in Wien.]	2
	1848	12	22	271	1345	1345	-	„Bekk.“	„Ministerium des Innern.“, [Erklärung zur Kritik an der Regelung der außerordentlichen Konskription infolge des Beschlusses der Nationalversammlung über eine Truppenstellung von 2% der Bevölkerung.]	1
	1848	12	22	271	1345	1345	-	„Großh. Bezirks-Amt. Fieser.“	„Obrigkeitliche Bekanntmachung. Die außerordentliche Konskription betr.“	1

	1848	12	29	276	1366	1366	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Die Hannoveraner Regierung kommt dem Ersuchen der Zentralgewalt nach und schickt 10.000 Mann an die Elbe, um auf die neuerliche Rüstung Dänemarks zu reagieren.]	2		
	1848	12	29	276	1366	1367	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Seit drei Tagen keine offiziellen Meldungen über den Konflikt mit Ungarn.]	2	IV. 1848	69
	1849	01	05	5	19	19	+	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die einberufene Landesversammlung ist am 27.12. wirklich zusammengekommen. Es wird wegen der dänischen Provokation in Bezug auf die Nichteinhaltung der paritätischen Verwaltung mit der Zentralgewalt angenommen, dass die Dänen zum 01.01.1849 in Schleswig einfallen.]	3		
	1849	01	05	5	20	20	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die an der Judenverfolgung in Preßburg im April 1848 Beteiligten sollen festgenommen und auf Befehl von Windisch-Graetz Schadenersatz leisten. Seit Windisch-Graetz die Offensive gegen die Ungarn leitet, haben diese keine Schlacht gewonnen.]	2		
	1849	01	05	5	20	20	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Auseinandersetzung um Raab; Man versteht die Meldung, das Armeespital solle vorrücken, als Hinweis auf die Einnahme Raabs durch österreichische Truppen.]	2		
	1849	01	05	5	20	20	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Weg nach Pest ist nun offen.]	2		
	1849	01	05	5	20	20	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [General Schlick soll bis Erlau vorgerückt sein.]	2		
	1849	01	05	5	20	21	-	„Allgem. Zeitung.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Nationalversammlung hat den Fürsten von Fürstenberg als Gesandten zur Thronbesteigung des neuen österreichischen Kaisers geschickt. Moldau wurde ein Darlehen von 300.000 Silberrubel an den Zaren abgepresst. (kritischer Kommentar der Zeitung).]	2		
	1849	01	05	5	21	21	-	„Allg. Z.“	„Preußische Monarchie.“, [Die Behörden wollen eine neue „Polenverschwörung“ in Posen enttarnt haben.]	2		
	1849	01	12	11	46	46	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Windisch-Graetz rückt in Ungarn weiter vor.]	2		
	1849	01	12	11	46	46	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ein neues Gesetz zur Wehrpflicht hebt Wehrdienstfreiheit des Adels auf.]	2		
	1849	01	12	11	46	47	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Den Ungarn bleibe angesichts der Erfolglosigkeit nur noch der Rückzug in die Steppe.]	2		

									„Preußische Monarchie.“, [Die Behörden haben die Demarkationslinie zwischen „Deutsch-Posen“ und „Polnisch-Posen“ für die Wahl als verbindliche Trennlinie anerkannt. In Warschau soll es zu einem Aufstand gekommen sein.]	
	1849	01	12	11	47	47	-	„Allg. Z.“		2
	1849	01	12	11	47	47	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Konflikt zwischen Serben und Ungarn.]	2
	1849	01	26	23	104	104	-	„Fr. J.“	„Preußische Monarchie.“, [Gerüchte über einen möglichen Einfall Russlands in Posen sollen eventuell von der preußischen Regierung gestreut worden sein, um die Bewohner der östlichen Provinzen zu veranlassen, selbst um eine Einverleibung in Deutschland zu bitten.]	2
	1849	01	26	23	104	105	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie“, [Windisch-Graetz hat den unter revolutionärem Befehl stehenden K. und K. Truppen in einer Proklamation bei Rückkehr zur kaiserlichen Fahne Generalpardon zugesagt.]	2
	1849	02	02	29	133	133	-	„Fr. O.-P.-Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [bandenmäßige Übergriffe von Dänen auf nordschleswigsche Grenzregionen.]	2
	1849	02	02	29	133	133	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Festung Leopoldstadt ist von den k.u.k.-Truppen eingenommen worden.]	2
	1849	02	02	29	133	133	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Veränderungen im Ministerium; Verlegung des Sitzes der Reichsversammlung nach Preßburg.]	2
	1849	02	09	35	158	158	-	„K. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Durch die Entwaffnung der Bevölkerung in Wien und der Besetzung des Fabrikortes Sechshaus sollen Anschläge künftig reduziert werden.]	2
	1849	02	09	35	158	159	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Vorrücken des Militärs über Klausenburg nach Hermannstadt.]	2
	1849	02	09	35	159	159	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Russische Soldaten haben die Grenze auf ihrer gesamten Länge besetzt.]	2
	1849	02	16	41	190	190	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Regelungen über die finanzielle Basis der Reichsfestungen.]	2
	1849	02	16	41	190	190	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Auf Alsen arbeiten die Dänen an neuen Verschanzungen. Es wird damit gerechnet, dass der Waffenstillstand nicht verlängert wird, sondern dass über Krieg oder Frieden entschieden werden wird.]	2
	1849	02	16	41	191	191	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen-Weimar.“, [Abgeordnete aller Thüringen sind versammelt, um die Formierung einer thüringischen Division aus den Truppen der Einzelstaaten zu ermöglichen.]	2

	1849	02	16	41	191	191	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Im stark befestigten Hermannstadt (9.000 k.u.k.-Soldaten) hat sich die dortige Nationalgarde den Truppen angeschlossen.]	2
	1849	02	16	41	191	191	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Einnahme von Essegg]	2
	1849	02	23	47	220	220	-	„F. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Der dänische König wurde von der Kopenhagener „Kriegspartei“ genötigt, ein Manifest an die Schleswiger zu erlassen. Allgemein ist die dänische Armee nicht eben im besten Zustand, weshalb die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten laut des früheren Kriegsministers Tschernig unangebracht wäre.]	2
	1849	02	23	47	220	220	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Über den russischen Einmarsch in Siebenbürgen ist wenig Belastbares vorhanden. Für den Wahlbezirk Leopoldstadt ist Dr. jur. Ferdinand Meyer in die Nationalversammlung gewählt worden.]	2
	1849	02	23	47	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Nachwahl eines Abgeordneten für den österreichischen Reichstag. Die Festung Essegg hat kapituliert.]	2
	1849	02	23	47	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Unklarheit, wie die Italien-Frage gelöst werden soll. „Unser Held“, Radetzky, wird das richtige Vorgehen und den richtigen Zeitpunkt wählen.]	2
	1849	02	23	47	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Zwischen Triest und Wien gibt es eine durchgehende Telegrafienlinie, die den Austausch von Nachrichten auf wenige Minuten verkürzt.]	2
	1849	02	23	47	221	221	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Die russischen Soldaten kamen erst viel zu spät bei einem Aufstand in Hermannstadt zum Einsatz. Die Verhältnisse waren bereits vor deren Einrücken durch eigenes Militär geklärt worden.]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Scharmützel zwischen Dänen und einer schleswig-holsteinischen Patrouille]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Rüstungen in Schleswig-Holstein gehen fort. Man glaubt nicht an einen baldigen Frieden. Die Flotte befindet sich in Bau/ Ausstattung einiger Kanonenboote und Dampfschiffe mit Ausstattung. Die Landmacht, vorwiegend preußisches Militär, ist auf über 16.000 Mann gestiegen. Auch die Zentralgewalt scheint bereit, bei möglichen Feindseligkeiten den Angreifern eine „imposante Macht“ entgegenzustellen.]	2

	1849	03	02	53	248	248	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die drei Anhalt haben mit Preußen einen Vertrag abgeschlossen, nachdem das einzelstaatliche Militär nun als integrierter Teil des preußischen Heeres gelte. Die Zeitung will sich ausdrücklich weiterer Schlussfolgerungen daraus für die deutsche Einheit enthalten.]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bem und Percel sollen gefangen genommen worden sein.]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Wegen eines verlorenen Botens sind die Russen gegen den Willen der Olmützer Regierung in Hermannstadt eingerückt.]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Peterwardein soll nach einer „unbeglaubigten Sage“ gefallen sein.]	2
	1849	03	02	53	248	248	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Szegedin habe einen zweimaligen Sturm der Serben abgeschlagen und wolle sich nun deutschen Truppen unterstellen, lautet ein Gerücht.]	2
	1849	03	09	59	277	277	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Zugunsten von 10.000 Mann preußischen Militärs sind ebenso viele badische Soldaten nach Schleswig verlegt werden.]	3
	1849	03	09	59	277	277	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Nachrichten aus Berlin zufolge soll Dänemark den Waffenstillstand gekündigt haben. Die Lage stelle sich aus Sicht Dänemarks als besonders günstig dar, da Deutschlands Uneinigkeit und Russlands Intervention die Deutschen schwächen. Die Zeitung erwartet den europäischen Krieg oder eine große Revolution, die politische und soziale Umwälzungen bringen werde. „Jetzt müssen sich die Parteien entscheiden – keine Halben mehr!“]	3
	1849	03	09	59	277	277	+	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Ein Friedensschluss ist sehr wahrscheinlich, der voraussichtlich die Ergebnisse des Waffenstillstandes bestätigen wird. Österreich soll es so wünschen, London ist sich einig, die Zentralgewalt soll einen Ministerwechsel vorsehen, man ist noch nicht ganz einverstanden. Streitpunkt ist wohl vor allem die Amnestiefrage. Die Problematik soll noch in diesem Monat geklärt sein.]	3

	1849	03	09	59	277	277	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Bei der gemeinsamen Regierung ist die offizielle Kündigung des Waffenstillstands eingegangen. Im Gegensatz zum preußischen Minister rechnet die Zeitung nicht mit einem raschen Friedensabschluss, da die dänischen Forderungen gänzlich unannehmbar seien und man sich auch nicht nachsagen lassen wolle, „das verhaßte dänische Joch wieder von Neuem [habe; M. P.] auflegen lassen“. Zwischen den wenig disziplinierten badischen Truppen und schleswig-holsteinischen Dragonern ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen.]	3
	1849	03	09	59	278	278	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Sitzung der II. Kammer in Berlin beschäftigt sich mit der Wahlprüfung; einige Anführer der Steuerverweigerung wurden vom Kammergericht vorgeladen. Die Russen seien in Siebenbürgen aus Selbstschutz einmarschiert, um weitere Erhebungen zu verhindern. Die Börse reagierte negativ auf diese Nachrichten.]	2
	1849	03	09	59	278	278	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Russische Truppen stehen an der Grenze Schlesiens, angeblich um einer polnischen Erhebung, über deren Aufdeckung es Gerüchte gibt, zu verhindern.]	2
	1849	03	09	59	278	278	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Gerüchte über eine Revolution in Krakau, ungarische Verbände sollen bis auf fünf Meilen gegen Pest gerückt sein.]	2
	1849	03	09	59	278	279	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [neuerliche Unruhen in Italien]	2
	1849	03	09	59	278	279	-	„Allg. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [In einer zweitägigen Schlacht hat Fürst Windisch-Graetz die Ungarn bei Pest geschlagen.]	2
	1849	03	16	65	305	305	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Mobilmachung einiger Regimenter zum Einsatz in Schleswig-Holstein]	3
	1849	03	16	65	306	306	-	„K. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Übereinstimmung mit dem preußischen Kabinett entsendet Preußen 10.000 Soldaten nach Schleswig-Holstein, die anderen norddeutschen Staaten noch einmal ebenso viele.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [In Jessy werden 12.000 Kosaken erwartet, die von Moldau aus nach Siebenbürgen verlegt werden sollen.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Serbische Angriffe auf Szegedins wurden abgeschlagen.]	2

	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Comorn soll erobert werden; die Festung verfügt über wenig Munitionsreserven. Zur Feier der oktroyierten Verfassung soll auf Anordnung des Innenministers ein feierliches Hochamt in der St. Stephanskirche gehalten werden. Auch die israelitische Gemeinde hat eine Feier vollzogen, in der die österreichische Volkshymne auf Hebräisch gesungen wurde. Das neue provisorische Preßgesetz sieht eine Kautions von 10.000 Gulden K.-M. für politische Journale vor; - ein zweckmäßiges Mittel, so die Zeitung, gegen die Zügellosigkeit der Presse. Leider musste man lange ohne ein solches Preßgesetz bleiben.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	Fr. J.	„Deutschland. Österreich.“, [Perceval soll doch nicht gefangen sein. Ein Korps von 12.000 Soldaten operiert im Rücken der Armee und soll gegen die Bergstädte vorrücken.]	2
	1849	03	16	65	307	307	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [Die russischen Truppen sind direkt an die Grenze Posens vorgerückt. Man rechnet mit einem Einfall der Russen.]	2
	1849	03	16	65	307	307	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Großwardein soll nach einer verlustreichen zweitägigen Schlacht an die Österreicher gefallen sein.]	2
	1849	03	16	65	307	307	-	„F. J.“	„Österreichische Monarchie.“, [Der Kaiser hat dem russischen General Lüdgers für das Engagement bei den Sachsenstädten gedankt und den Rückzug der Truppen gewünscht. Gefecht mit den Ungarn bei Murnay.]	2
	1849	03	16	65	307	307	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Auseinandersetzungen um Szolnok.]	2
	1849	03	16	65	307	307	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Jellachich ist gegen Szolnok aufgebrochen.]	2
	1849	03	23	71	335	335	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Im Regierungsblatt werden Neuerungen verkündet, darunter: Bewilligung eines Kredits zur Ausrüstung der zweiprozentigen Militärstellungspflicht; Ausscheiden der Militärvergehen, Gründung und Beaufsichtigung des Privatschulwesens.]	3
	1849	03	23	71	335	335	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Das bayerische Militär, das nach Sachsen oder Schleswig-Holstein abgehen soll, soll sich marschfertig machen. Gegenüber einem Abgeordneten der Nationalversammlung erklärte der König, die Grundrechte gleich nach der bevorstehenden Einberufung des Landtages unbedingt anzunehmen.]	3

	1849	03	23	71	336	336	-	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Waffenstillstand mit Dänemark wurde wahrscheinlich auf englische Veranlassung hin verlängert. Dazu hatte die dänische Regierung ein Gesuch nach Berlin geschickt, dort erklärte man sich für nicht zuständig und verwies an die Zentralgewalt, die das Angebot annahm. Die gewonnene Zeit soll der Aufrüstung der Marine dienen.]	2
	1849	03	23	71	336	336	-	„F. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die ersten 40.000 Soldaten der insgesamt 80.000 Mann sind auf dem Weg nach Schleswig-Holstein. Man will einen aktiven Krieg führen, der dem von 1848 nicht gleicht.]	2
	1849	03	23	71	336	336	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Bei Mediasch wurden die Ungarn geschlagen, die Festungen Comorn und Peterwardein sind von den k.u.k.-Truppen genommen worden.]	2
	1849	03	23	71	336	337	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Der Konflikt in Ungarn dauert fort.]	2
	1849	03	23	71	337	337	-	„Schw. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Die Ungarn sind weiter auf dem Rückzug und jetzt jenseits der Theiß.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Verlängerung des Waffenstillstands mit Dänemark ist nach Meldungen aus London nicht zu erwarten.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Hannover.“, [Soldaten überqueren die Elbe Richtung Schleswig-Holstein.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Durchmärsche der Reichstruppen dauern an. Es gibt laut Zeitung keine besser equipierte und ausgerüstete Armee in Deutschland als die in Schleswig-Holstein.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die in Altona ankommenden Truppen sollen sogleich auf der Eisenbahn nach Rendsburg gebracht werden.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Rebellenführer Bem hat Hermannstadt eingenommen und ausgeraubt. Sodann ist er wieder abgezogen: „[D]ie Räuber sollen nach Verübung der gewöhnlichen mongolischen Gräueltaten bald wieder weggezogen sein.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Festung Comorn soll von den Ungarn angegriffen worden sein. Das Preßgesetz ist in gebildeten Kreisen wegen seiner hohen Kautio, die die sonstige Vergleichbarkeit mit dem preußischen unmöglich macht, Tagesgespräch Außerdem ist die Stellung des Preßgesetzes bei Belagerungszustand noch nicht geregelt.]	2
	1849	03	30	77	366	366	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bem hat Hermannstadt eingenommen.]	2

	1849	03	30	77	366	367	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Gerücht über die Einnahme von Comorn durch die k.u.k.-Militärs.]	2		
	1849	03	30	77	366	366	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Frankreich droht Österreich mit einer Intervention in Norditalien, falls sich die Österreicher nicht kompromissbereit zeigen würden.]	2		
	1849	03	30	77	367	367	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Pest und Osen sind in Verteidigungszustand versetzt worden; in Ungarn wird behauptet, die österreichischen Banknoten seien wertlos.]	2	I. 1849	158
	1849	04	06	83	401	401	-	„Nat. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Abdruck der Friedensbedingungen der Frankfurter Zentralgewalt.]	2		
	1849	04	06	83	401	401	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Nach der Kaiserwahl in der Nationalversammlung hat sich der Magistrat einer Adresse der Stadtverordnetenversammlung, die eine unbedingte Annahme der Kaiserkrone forderte, nicht angeschlossen. Der Magistrat will auch eine modifizierte EntschlieÙung Friedrich Wilhelms IV. zulassen. Eine entsprechende Adresse ist in der Zeitung abgedruckt und wurde am gleichen Tag an den König weitergeleitet. Unterdessen vermutet man, dass der König die Kaiserkrone nur nach zusätzlicher Zustimmung der deutschen Fürsten annehmen werde und dann eher als „Schirmherr“ denn als „Deutscher Kaiser“. Sächsische Truppen sind in Berlin eingetroffen und mit einem Sonderzug nach Hamburg transportiert worden.]	2		
	1849	04	06	83	401	401	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Russen sind in Galizien eingerückt, um den ungarischen Aufstand durch ihre Verstärkung schnell zu beenden.]	2		
	1849	04	13	89	431	431	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Abzug des dänischen und deutschen Gesandten aus Frankfurt bzw. Kopenhagen.]	3		
	1849	04	13	89	431	431	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Stellung der Deutschen in Schleswig-Holstein und deren Operationsrichtungen. Die Dänen sind vorgerückt.]	3		
	1849	04	13	89	432	432	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Bericht über den Verlauf des Gefechts bei Eckernförde]	2		
	1849	04	13	89	432	432	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Eine dänische Fregatte wurde genommen, die Christian VIII. ist bei Eckernförde versenkt worden.]	2		
	1849	04	13	89	432	432	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Äußerungen General Prittwitz lassen vermuten, dass dieser Krieg durch eine klare militärische Entscheidung beendet werden solle.]	2		

	1849	04	13	89	432	433	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Einschätzung der „Allgemeinen Zeitung“ zur Reaktion Berlins auf die angetragene Kaiserwürde sowie zum Krieg mit Dänemark]	2
	1849	04	13	89	433	433	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Zur Ausführung der Zirkularnote vom 04.04.1849 wird Camphausen aus Frankfurt nach Berlin gerufen; Situation zu Beginn der neuerlichen militärischen Auseinandersetzungen.]	2
	1849	04	13	89	433	433	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bei Czegled ist dem Banus ein Sieg gegen die Ungarn geglückt. Die Note des preußischen Königs trifft in Österreich auf Verwunderung wegen der Annahme des Provisoriums durch den König und dessen kurze Fristsetzung, binnen derer die deutschen Fürsten sich zur Kaiserwahl erklären sollen. Allgemein lehnt Österreich Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser ab.]	2
	1849	04	13	89	433	433	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Bei Jászberény ist ein Teil des ungarischen Heers besiegt worden.]	2
	1849	04	13	89	433	434	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Einschätzungen der „A. Z.“ zum Kriegsverlauf zwischen Österreich und Ungarn.]	2
	1849	04	20	95	463	464	+	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Zur Lage in Schleswig-Holstein: Die Dänen liegen nach anfänglichen Erfolgen wieder nördlich der Königsau.]	3
	1849	04	20	95	464	465	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Nach dem Gefecht bei Eckernförde sind die Dänen kompromissbereit geworden. Die Schleswig-Holsteiner entsenden auf Anraten Berlins und Frankfurts das frühere Mitglied der gemeinsamen Regierung, Baron Heintzel, nach London.]	2
	1849	04	20	95	465	465	-	„K. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Nach einer Auseinandersetzung bei Hadersleben mit vier Toten auf dänischer Seite, haben sich die Dänen hinter den Ort zurückgezogen.]	2
	1849	04	20	95	465	465	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [Russische Truppen rücken nach Polen vor.]	2
	1849	04	20	95	465	465	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [Im Ganzen stehen etwa 120.000 russische Soldaten.]	2
	1849	04	27	101	496	496	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Bei Düppeln sind nach einer Auseinandersetzung einige deutsche Geschütze in dänischen Besitz gefallen.]	2
	1849	04	27	101	496	496	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Reichsverweser beschließt ein Ausfuhrverbot von kriegswichtigen Gütern nach Dänemark.]	2
	1849	04	27	101	496	496	-	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [In Eckernförde sind erneut zwei dänische Kriegsschiffe gesehen worden.]	2

	1849	04	27	101	496	496	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Infolge der Explosion der „Christian VIII.“ geriet ein Wirtschaftsgebäude in Brand, Scheiben eines Herrenhauses gingen zu Bruch.]	2
	1849	04	27	101	497	497	-	„Allg. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Die Ungarn sind auf dem Rückzug; man rechnet mit Vielen, die den Kampf nach Erlass einer Amnestie auf Seiten der Ungarn die Fahnen verlassen.]	2
	1849	05	04	107	526	526	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Erzherzog Johann hat sich temporär geweigert, einige Durchführungsbeschlüsse der Nationalversammlung zu unterzeichnen. Darauf ist das Ministerium zurückgetreten, bis Johann unterschrieben hatte. Die Linken fordern eine Herabsetzung der Grenze der Beschlussfähigkeit auf 100 Abgeordnete und die freie Ortswahl der Versammlung. In Mainz sollen 8.000 Preußen stationiert worden sein.]	2
	1849	05	04	107	526	526	-	„K. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Der Eiderdänenführer Orla Lehmann ist gefangen genommen.]	2
	1849	05	04	107	526	526	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Nach dreimaligem Angriff wurde Kolding von den Schleswig-Holsteinern erobert. Zuvor wurden dort 70 Gefangene von den Bewohnern verstümmelt, während der gefangene Eiderdänenführer Lehmann auf Gottorf eine „freundschaftliche Behandlung“ genösse. Die Reichstruppen sind bis an die jütische Grenze vorgerückt. Man rechnet mit einem baldigen Ende der Auseinandersetzungen.]	2
	1849	05	04	107	526	526	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Der Vormarsch der Schleswig-Holsteiner stoppt bei Kolding; erst nachdem Nachschub eingetroffen ist, will man die Stellung in Richtung der sich bei Fridericia verschanzenden Dänen angreifen.]	2
	1849	05	04	107	527	528	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Kampf um das rechte Donauufer, Preßburg ist von kaiserlichen Truppen besetzt.]	2
	1849	05	11	113	556	556	-	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Bürgerkrieg in Dresden; das preußische Militär steht vor der Stadt und verlangt deren Kapitulation. Das bayerische Infanterieregiment ist zugunsten eines kurhessischen aus Frankfurt in die Pfalz verlegt worden.]	2

	1849	05	11	113	556	556	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Schilderung der Geschehnisse vom 05.05., vormittags: Am 04.05.1849 ist eine provisorische Regierung berufen worden, auf diese wurde der Eid schon abgelegt. Gruppen fordern den unbedingten Anschluss an die Zentralgewalt, andere die Republik. Einige Soldaten sind zum aufständischen Volk übergelaufen.]	2
	1849	05	11	113	556	557	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Zunächst ist das Zeughaus am 05.05.1849 von regulärem Militär und Bürgerwehr besetzt worden, daraufhin hat sich ein Zwiespalt über die Frage aufgetan, ob die Bürgerwehr Zugriff auf die eingelagerten Kanonen haben sollte.]	2
	1849	05	11	113	557	557	-	„A. Z.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Meldung über kommende militärische Verstärkung durch preußische Truppen]	2
	1849	05	11	113	557	557	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Meldung der Verluste der Schlacht bei Kolding]	2
	1849	05	18	119	591	591	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Zahlreiche Bürger aus Main gehen zur Verstärkung nach Rheinhessen.]	2
	1849	05	18	119	592	592	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Bericht über das Vorrücken der Deutschen in Dänemark; Fridericia soll durch die Preußen genommen worden sein.]	1
	1849	05	25	125	621	621	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Dembinski soll mit 90.000 Mann zwischen Pudlein, Bartfeld und Eperies stehen. Gerüchte über eine verlustreiche Schlacht beim Roten-Turm-Pass, der 8.000 russische Soldaten das Leben gekostet haben soll.]	2
	1849	05	25	125	621	621	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Blockade Venedigs wird zum Belagerungszustand durch k.u.k.-Truppen. Sämtliche Festungen Böhmens sollen auf Kriegsfuß gesetzt werden.]	2
	1849	05	25	125	621	622	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Lage Österreichs im Krieg mit Ungarn ist nicht hoffnungsvoll. Die Serben unterliegen in Auseinandersetzungen, südlich des Plattensees organisiert sich ein großer Landsturm.]	2
	1849	05	25	125	622	622	-	„Allg. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Am 13.05.1849 ist ein russisches Hilfskorps in Lemberg eingetroffen.]	1
	1849	06	01	131	647	647	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Zivil- und Militärbehörden dringen darauf, Rastatt mit einer ausreichenden Anzahl Reichstruppen zu besetzen. Man erwarte keinesfalls einen Konflikt mit Reichstruppen; nur mit Preußen und Russland erwarte man Auseinandersetzungen, da Stadt und Festung sich „auf den einzig richtigen Boden gestellt haben – auf den der Reichsverfassung“.]	3

	1849	06	01	131	647	647	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Freiburger Bürgerwehr ist in guter Verfassung. Die Musterung des 1. Aufgebots fand statt.]	3
	1849	06	01	131	647	647	+	„Sch. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Sigel wird Oberbefehlshaber der Neckar-Armee. Parade von Militär und Bürgerwehr in Mannheim.]	3
	1849	06	01	131	648	648	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [60.000 preußische Soldaten sollen auf dem Weg nach Rastatt sein.]	2
	1849	06	01	131	647	648	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Volksversammlung in Reutlingen am 28.05. wurde von 15.000 Personen besucht, die sich zwar alle radikal aussprachen, aber unbewaffnet und nicht mit roten Fahnen ausgestattet waren. Die Versammlung, zu der auch Fickler angereist war, wählte Vertrauensmänner, die nach Stuttgart geschickt werden sollen. Man sprach sich für Volksbewaffnung und freie Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann aus und forderte die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.]	3
	1849	06	01	131	648	648	-	„Fr. Journ.“	„Deutschland. Hessen.“, [Protest des französischen Konsuls gegen die penible Durchsuchung aller Rheinschiffe. Hannoveraner, Mecklenburger, Österreicher und Preußen verstärken die Festung.]	2
	1849	06	01	131	649	649	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Es herrscht weiterhin Kriegerrecht in Dresden; die preußischen Truppen sind zugunsten von Pommern und Polen abgezogen worden. Wegen des Gerüchts, das Gefängnis solle gestürmt werden, ist die Bewachung verdoppelt worden.]	2
	1849	06	01	131	649	649	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Auseinandersetzungen bei Fridericia; man befürchtet, das sich Preußen zu einem neuen Frieden mit Dänemark hinreißen lassen könnte.]	2
	1849	06	01	131	649	649	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Fridericia steht vor der Erstürmung.]	2
	1849	06	01	131	649	649	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Osten soll von den Ungarn genommen worden sein.]	2
	1849	06	01	131	649	649	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [12- 13.000 k.u.k.-Soldaten sollen auf einer Linie von Salzburg bis Vorarlberg aufgestellt sein. Die Großherzogin Badens ist in Innsbruck eingetroffen.]	2
	1849	06	08	136	673	673	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Eine deutsch-ungarische und eine deutsch-polnische Legion, die sich in Karlsruhe gebildet hatten, sind an den Kriegsschauplatz an der badisch-hessischen Grenze abgegangen.]	3
	1849	06	08	136	673	673	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Lampertheim liegen neben Mecklenburgern auch Braunschweiger. Die Hessen haben sich aus Baden ganz zurückgezogen.]	3

	1849	06	08	136	673	673	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Aus Freiburg sind 400 Mann Bürgerwehr nach Rastatt abgezogen.]	3
	1849	06	08	136	674	674	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Nach der Reutlinger Volksversammlung werden die württembergischen Truppen von der badischen Grenze ins Landesinnere abgezogen.]	2
	1849	06	08	136	674	674	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der polnische General Sznayde soll das Oberkommando der rheinpfälzischen Volkswehr übernommen haben.]	2
	1849	06	08	136	674	674	-	„O. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die nach Saarbrücken verlegte preußische Landwehr soll zum Teil desertiert sein; über Saarbrücken ist das Kriegsrecht verhängt worden.]	2
	1849	06	08	136	675	675	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Das Gefecht bei Heppenheim soll zahlreiche Opfer, besonders auf Seiten der Hessen, gekostet haben.]	2
	1849	06	08	136	675	675	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Seit Beginn des Kriegs sollen bereits 60.000 Mann k.u.k.-Soldaten gestorben sein; mehrheitlich jedoch nicht im Krieg sondern infolge von Krankheit.]	2
	1849	06	08	136	675	675	-	„Sch. M.“	„Österreichische Monarchie.“, [Die k.u.k.-Truppen wurden zurückgedrängt.]	2
	1849	06	15	142	701	701	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Das erste Aufgebot der Konstanzer Artillerie mit zwei Geschützen ist aus Konstanz nach Stockach ausgezogen.]	3
	1849	06	15	142	701	702	-	„A. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [In Rastatt liegen momentan zwei Bataillone des ersten und zweiten Infanterieregiment, 900 Mann Bürgerwehr und 500 Volkswehrmänner.]	3
	1849	06	15	142	702	702	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die schlechten Zustände in der Festung Landau (Wassereinbruch) hat einen Ausfallversuch der Bayern aus der Festung bewirkt. Die Reparatur der defekten Leitungen, die vorgenommen werden sollte, misslang allerdings. Man nimmt an, dass Landau morgen fällt.]	2
	1849	06	15	142	702	702	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Wehrbarmachung der Pfalz: Anweisungen der Aufständigen]	2
	1849	06	15	142	702	702	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Ein Versuch der Dänen, aus Fridericia ausfallend einige Batterien an sich zu nehmen, scheiterte am Widerstand der Schleswig-Holsteiner.]	2
	1849	06	15	142	703	703	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Russen sollen jetzt in Siebenbürgen oder an der Grenze sein.]	2

	1849	06	22	148	729	729	+	„Für die provisorische Regierung: (gez.) Goegg.“	„Deutschland. Baden. Im Namen des Volkes in Baden die provisorische Regierung mit diktatorischer Gewalt.“, [Dem Reichstagsabgeordneten Schlöffel wird eine Vollmacht zur Requirierung von Lebensmitteln und Pferden für die Neckararmee gegeben.]	3
	1849	06	22	148	729	729	+	„Der Oberbefehlshaber der badischen und rheinpfälzischen Armee. Ludwig Mieroslawsky.“	„Deutschland. Baden. Das Oberkommando der badischen und rheinpfälzischen Armee.“, [Vollmacht für Schlöffel, alles für den Unterhalt der Armee Notwendige zu beschaffen.]	3
	1849	06	22	148	729	729	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Aus der Rheinpfalz gibt es wenig Nachrichten. Allerdings soll die dortige Bevölkerung den revolutionären Truppen nicht die notwendige Unterstützung geben. Das Rheinufer soll verteidigt werden.]	3
	1849	06	22	148	729	730	+	„K. Z.“	„General Mieroslawski hat die pfälzischen mit den badischen Truppen vereint. Rund 8.000 Pfälzer sind durch Karlsruhe gezogen. Sie sollen sich den einigen Tausend am Rheinufer anschließen, um dies zu verteidigen. Die Pfalz selbst ist „dem übermüthigen Preußenkönig Preis gegeben“. Die Zeitung wünscht sich, dass den Aufständischen eben solches Kriegsglück zu Teil werde wie den Ungarn.]	3
	1849	06	22	148	731	731	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Pfalz.“, [Die rasche Niederlage in der Pfalz erklärt sich durch die Menge der aus fünf Richtungen vorrückenden Preußen.]	2
	1849	06	22	148	731	731	-	„L. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Kämpfe bei Venedig]	2
	1849	06	22	148	732	732	-	„Der Zivilkommissär für den Bezirk Konstanz. Dessen Stellvertreter: Katzenmayer. [...]“	„Sammlung von Lebensmitteln für das badische Volksheer.“	1
	1849	06	22	148	732	732	-	„Der Kreis-Kommandant: Kaiser.“	„Bekanntmachung.“, [Mobilmachung des ersten Aufgebots der Volkswehr]	1

	1849	06	29	154	761	761	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Aus Rastatt gibt es auch keine sicheren Meldungen über die Lage an der Front. Die Preußen sollen jedoch zurückgeschlagen sein. Die Stadt ist übervoll mit Militär.]	3		
	1849	06	29	154	761	761	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Sämtliche Offiziere der Landwehr haben mit dem 19.06.1849 ihre Entlassung genommen.]	3		
	1849	06	29	154	761	762	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Eine angekaufte US-amerikanische Fregatte soll für den militärischen Einsatz völlig unbrauchbar sein, insbesondere ist ihr Einsatz gegen Dänemark unter Zahlung einer hohen Kautions untersagt.]	3		
	1849	06	29	154	762	762	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Das bei Vorarlberg lagernde österreichische Heer von circa 8.000 Mann Stärke soll für den Einsatz in Baden bestimmt sein.]	2		
	1849	06	29	154	763	763	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Neusatz wurde am 07.06.1849 durch die Kaiserlichen eingenommen.]	2	II. 1849	171
	1849	07	06	160	789	789	+	„Die provisorische Regierung für Baden.[...]“	„Deutschland. Baden.“, [Zwei Aufrufe der provisorischen Regierung an die Bürger, datiert auf dem 01.07.1849, in denen die Abdankung des Obergenerals Ludwig Mieroslawsky zugunsten Sigels bekannt gegeben wird. Die Festung Rastatt und das Gebirge sind auch jetzt noch in der Hand der Badener.]	3		
	1849	07	06	160	789	789	+	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Verlegung von Militär an die Grenze ist von den Bayern aufgrund aufgedeckter Komplotte verschoben worden. Es gibt Verhaftungen von Mitgliedern der Volksvereine.]	3		
	1849	07	06	160	789	789	+	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Vereidigung des österreichischen Militärs auf die Gesamtstaatsverfassung.]	3		
	1849	07	06	160	790	790	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Man rechnet mit einer baldigen Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen.]	2		
	1849	07	06	160	790	790	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Der Belagerungszustand in Alsen ist unerträglich. Das Briefgeheimnis wird seitens der Dänen verletzt, jede Kritik an den Maßnahmen ist untersagt.]	2		
	1849	07	06	160	790	790	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Scharmützel zwischen einem preußischen und einem dänischen Schiff bei Pillau. Nach Gerüchten sind Friedensunterhandlungen mit Dänemark gescheitert.]	2		
	1849	07	06	160	790	791	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Um die Ungarn endgültig zu besiegen, soll die Vereinigung der russischen mit den Truppen des Banus vorangetrieben werden, um einen ungarischen Rückzug über die Theis zu vereiteln.]	2		

	1849	07	06	160	791	791	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [General Graf Zaluski wurde wegen dessen Beteiligung am polnischen Aufstand auf Geheiß Russlands von Österreich verhaftet. Invalide erhalten generell eine Rangerhöhung und eine entsprechende Pension bewilligt.]	2
	1849	07	06	160	793	793	-	„Allg. Ztg.“	„Österreichische Monarchie.“, [Der Banus hat Thomasberg eingenommen. Es mehren sich die positiven Nachrichten im Kampf gegen die Ungarn.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Auflistung einiger zur Festnahme Ausgeschriebener, v.a. solcher Personen, die für die kommissarische Regierung tätig waren. In Rastatt sollen rd. 3.500 Mann Besatzung sowie 100 Kanonen stationiert sein.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über einen gescheiterten Ausfall der Besatzer Rastatts.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Diejenigen Soldaten, die sich in Gebieten der Aufständischen befinden, werden aufgefordert, sich bei den nächstliegenden regulären Einheiten einzufinden. Ihnen wird für diesen Falle eine Amnestie versprochen.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Lörrach ist von den Preußen kampflos eingenommen worden, nachdem sich Oberist Blenker mit etwa 1500 Mann in die Schweiz zurückgezogen hatte, wo er sogleich entwaffnet worden ist. Man rechnet für die nächste Zeit mit der vollständigen Belagerung und Beschießung Rastatts.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Fingerl, Freischärler-Hauptmann, ist in einem Gefangenentransport nach seiner Festsetzung durch die Preußen in München eingetroffen.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die Bürgermeister sind dazu aufgefordert, Teilnehmer am Freischarenzug in Rheinbayern oder Baden anzuzeigen.]	2
	1849	07	13	166	817	818	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser ist wieder in Schönbrunn. Die k.u.k.-Truppen rücken weiter vor. Den Bürgern Pests, das jetzt wieder österreichisch besetzt ist, soll der Betrug, dem sie seitens Kossuths unterlagen, aufgegangen sein.]	2
	1849	07	13	166	818	818	-	„Das Bürgermeisteramt “	„Bekanntmachung.“, [Genaue Auflistung der Verköstigung der einquartierten Soldaten.]	2
	1849	07	20	172	841	841	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Es konnte eine bedeutende Menge Zündhütchen nach Rastatt geschmuggelt werden.]	3

	1849	07	20	172	841	841	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Vermutlich infolge kriegesischer Auseinandersetzungen kam der Zug am 17.07. nur aus Offenburg.]	3
	1849	07	20	172	842	842	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [In einer Schlacht bei Fridericia mussten sich die Deutschen zurückziehen. „Die Leichen, welche das Schlachtfeld zu Fridericia decken, haben die Kluft zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein zu einem unauslöschlichen Haß gesteigert.“]	2
	1849	07	20	172	842	842	-	„F. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [08.07.1849: Man rechnet mit einem dänischen Angriff auf die Düppeler Schanzen.]	2
	1849	07	20	172	842	843	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Ein Waffenstillstand mit Dänemark ist abgeschlossen. Er ist bis zum 01.01.1850 gültig und kann daraufhin mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Lauenburg und Holstein bekommen eine Verfassung, Holstein bleibt unter der Statthalterschaft Preußens. Schleswig erhält die legislative und administrative Unabhängigkeit, bleibt jedoch durch Personalunion mit Dänemark verbunden. Die Statthalterschaft für Schleswig übernehmen gleichberechtigt Dänemark, Preußen und England.]	2
	1849	07	27	178	869	870	+	„Leopold. Auf allerhöchsten Befehl Sr. königl. Hoh. des Großherzogs. Schunggart.“	„Deutschland. Baden.“, [Regelungen zur Ausübung des Standrechts infolge des Nichtbestehens einer badischen Armee]	3
	1849	07	27	178	870	870	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [In einer Adresse an die Ständeversammlung von Schleswig-Holstein wird der Waffenstillstand als schmachvoll verworfen und von der Statthalterschaft eine Aufrüstung der Schleswig-Holsteiner verlangt, damit diese den Kampf mit Dänemark allein fortführen könnten.]	2
	1849	07	27	178	870	870	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Landesversammlung in Schleswig beschließt, den Waffenstillstand, den Dänemark und Preußen ausgehandelt haben, als für die Herzogtümer nicht verbindlich anzusehen.]	2
	1849	07	27	178	870	871	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Festung Arad ist von den Ungarn genommen worden; die Besatzung hat kapituliert. Im Anschluss folgen Schilderungen zur Einnahme von Osen und Pest durch die Österreicher.]	2

	1849	07	27	178	871	871	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Ungarn erzielen Erfolge. Ihre Streitmacht wird auf 100.000 Soldaten geschätzt; die Stadt Zombor wurde von den Ungarn genommen.]	2
	1849	07	27	178	871	871	-	„Allg. Ztg.“	„Österreichische Monarchie.“, [Osen und Pest sind durch den Beschluss während der Belagerung zum Teil stark beschädigt.]	2
	1849	07	27	178	871	871	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Gerüchte über einen russischen Einmarsch in Pest, eine Zwangsanleihe für Ungarn wurde umgelegt.]	2
	1849	08	03	184	896	896	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Gratulationsschreiben des Prinzen von Preußen an General v. Peucker]	2
	1849	08	03	184	896	896	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Belagerungszeit der Festung Rastatt aus Sicht eines Eingeschlossenen, der insbesondere die Grausamkeit des Konfliktes sowie die „Brutalität und Betrunkenheit unserer Vertheidiger“ kritisiert.]	2
	1849	08	03	184	896	896	-	„F. J.“	„Deutschland. Braunschweig.“, [Die sich aus Dänemark zurückziehenden Soldaten sind niedergeschlagen; die Altenburger sind in Braunschweig eingetroffen.]	2
	1849	08	03	184	896	896	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein“, [Rückzug der Preußen südlich der Linie Flensburg-Tondern gem. Waffenstillstandsabkommen]	2
	1849	08	03	184	897	897	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Abdruck des k.u.k.-Armeebefehls vom 26.07.1849]	2
	1849	08	10	190	923	924	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Gottesdienste zum Ende der Revolution in Karlsruhe sind bei beiden Konfessionen gut besucht worden; der Prinz von Preußen wird in Karlsruhe erwartet; aus den Resten des badischen Militärs sollen fünf Bataillone gebildet und nach Preußen verlegt werden. Dem Revolutionär Franz Sigel wird vorgeworfen, die berühmten türkischen Waffen in Rastatt gestohlen zu haben.]	3
	1849	08	10	190	924	924	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Freiburg sind die ersten 98 entlassenen Volkswehrmänner am 06.08.1849 eingetroffen. Herrn Neff aus Rümplingen soll vom Stadtgericht Freiburgs der Prozess gemacht werden.]	2

	1849	08	10	190	924	924	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Siegesfeier in Rastatt. Prof. Kinkel wurde zum Tod durch Erschießung verurteilt, ebenso der badische Major von Biedenfeld. „Nach ihm trat Elsenhans, ein geborener Württemberger, 'keinem der bestehenden Kule zugethan,' wie er auf Befragen erwiderte, Redakteur des 'Festungsboten' vor die Schranken. Er hatte nie mit den Waffen gekämpft, war aber wohl als intellektueller Urheber vom Kriegsgericht angesehen. Auch er wurde verurtheilt, erschossen zu werden.“]	2
	1849	08	10	190	924	924	-	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Einrücken preußischer Soldaten; Gerüchte über die Annahme der Regierungsgewalt in beiden Fürstentümern durch den König von Preußen.]	2
	1849	08	10	190	924	925	-	„F. Opstztg.“	„Deutschland Freie Stadt Frankfurt.“, [Einrücken von preußischen Soldaten; das Reichsministerium wurde davon nicht unterrichtet, man geht nicht davon aus, dass dessen Anordnungen von den Preußen befolgt würden.]	2
	1849	08	17	196	951	951	+	„M. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die geplante Aufteilung der Badener in preußische Regimenter scheitert an deren Widerstand. Sie wurden darauf vom Großherzog empfangen und nach Mannheim verlegt.]	3
	1849	08	17	196	951	951	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Die Besetzung Nordschleswigs durch 2.000 Schweden stößt dort auf Widerstand. Gerüchte über eine mögliche russische Truppenstellung.]	3
	1849	08	17	196	952	952	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die 27.000 Mann Verstärkungstruppen sollen demnächst gegen die Ungarn in die Offensive gehen. Es gibt Gerüchte über eine viertägige Schlacht bei Großwardein.]	2
	1849	08	17	196	952	953	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [In den Karpaten sollen sich ungarische Partisanen verschanzt haben. Die Ungarn sind von außerordentlicher Tapferkeit. Berichte über „[...] das häufige Davonlaufen der Honveds sind lächerliche Erfindungen“.]	2
	1849	08	17	196	953	953	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Einschätzung zur noch immer unklaren Kriegslage in Ungarn]	2
	1849	08	24	202	979	979	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Soldaten werden um Bockenheim konzentriert. Ein verbotenes Turnfest fand nur etwa 100 Teilnehmer. Das Plateau, auf welchem sich diese treffen wollten, war als Ausdruck des Verbotes besetzt. Angesichts der geringen Teilnehmerzahl luden die Soldaten die Sportler ein, ihre Übungen dennoch vorzunehmen.]	3

	1849	08	24	202	979	980	+	„F. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Gerüchten zufolge sollen 6- 10.000 Preußen hier einquartiert werden, um die neue Verfassung zu unterdrücken. Dass es zu Auseinandersetzungen mit den einrückenden Preußen kam, ist dem Senat geschuldet, der die Bürger nicht hinreichend informiert hat. Der Oberst der Bürgerwehr und mehrere Majore sind zurückgetreten.]	3
	1849	08	24	202	980	980	-	o. a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Etwa 10.000 Mann fremder Truppen liegen in Hamburg.]	2
	1849	08	24	202	980	981	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Raab und Temesvar sind von den Österreichern genommen. Gerücht über ein Gefecht in Siebenbürgen (Großscheuern), das General Lüders siegreich beendet hat. Hermannstadt ist wieder besetzt worden.]	2
	1849	08	24	202	980	980	-	o. a.	„Deutschland. Österreich.“, [Es sollen Friedensverhandlungen mit Ungarn geführt werden; Eckpunkte eines Friedens könnten eine Generalamnestie für die Ungarn sowie die Besetzung aller Festungen durch österreichische und russische Truppen sein.]	2
	1849	08	24	202	980	980	-	o. a.	„Deutschland. Österreich.“, [Armeebefehl vom 10.08.1849 an die k.u.k.-Truppen.]	2
	1849	08	24	202	980	980	-	o. a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Auflösung im Heer der Ungarn nimmt zu.]	2
	1849	08	24	202	980	980	-	o. a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der ungarische General Artúr Görgey hat sich mit 40.000 Mann ergeben.]	2
	1849	08	31	208	1009	1009	+	„Der Oberbefehlshaber der Operationsarmee am Rhein. (gez.) Prinz von Preußen.“	„Deutschland. Baden.“, [Armeebefehl des preußischen Prinzen, in dem die Auflösung der hessischen, mecklenburgischen und nassauischen Kontingente verfügt wird. Sie sollen anderen Verbänden angeschlossen werden.]	3
	1849	08	31	208	1010	1010	+	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Im Konflikt mit Italien zeichnet sich eine Lösung ab; in Ungarn sind die Aufständischen auf dem Rückzug. Appell der Zeitung, die Österreicher mögen „auf dem angebahnten Wege der Mäßigung“ bleiben, um einen dauerhaften Frieden sicherzustellen.]	2
	1849	09	07	214	1040	1040	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Görgey wird in die Steiermark ausgewiesen, Minister v. Bruck wurde für den Friedensschluss mit Sardinien geehrt; Gerüchte über Verletzung des Waffenstillstandes durch einen Ausbruch der Comer Besatzung.]	2

	1849	09	07	214	1040	1041	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Es finden Truppenverschiebungen in Richtung Raab statt. Gerüchte über Flucht wesentlicher Aufständischer (u.a. Kossuth) nach Konstantinopel.]	2
	1849	09	14	220	1069	1069	-	„Allg. Ztg.“	„Österreichische Monarchie.“, [Gerüchte über eine Verlängerung des Waffenstillstandes um drei Tage wegen einer Verhandlungsmision, die zum Ziel haben soll, von den Österreichern die Ausweitung der Generalamnestie auch auf die Offiziere zu erreichen.]	2
	1849	09	21	226	1097	1097	+	„Schw. M.“	<i>„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Reichsverweser ist wieder in Frankfurt; der Prinz von Preußen wird hier erwartet. Man nimmt an, dass sich Gerüchte um die Einrichtung einer neuen Zentralgewalt bewahrheiten. Preußen würde hierzu auf österreichische Vorschläge eingehen, das durch den erklärten Nichtbeitritt Bayerns zum Dreikönigsbund gestärkt wurde.]</i>	3
	1849	09	21	226	1098	1098	-	„Schw. M.“	<i>„Deutschland. Preußen.“, [Der Prinz von Preußen ist zum Oberbefehlshaber der westlichen Provinzen ernannt, behält aber auch die Befehlsgewalt über die in Süddeutschland stehenden Truppen.]</i>	2
	1849	09	21	226	1098	1098	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [In Bezug auf die Festung Comorn vermutet die Zeitung, dass die dortigen Aufständischen sich den Russen und nicht den Österreichern ergeben wollen, da sie sich von einer solchen Kapitulation mehr Milde versprechen.]	2
	1849	09	21	226	1098	1098	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Eingesetzte russische Verbände werden durch Österreicher ersetzt und nach Russland zurück verlegt.]	2
	1849	09	21	226	1098	1098	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Weitere zwei Bataillone sind zum Zernierungskorps nach Comorn abgegangen.]	2
	1849	09	21	226	1099	1099	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [Nach Abschluss der Belagerungsarbeiten bei Comorn soll am 20.09. mit dem Angriff begonnen werden.]	2
	1849	09	21	226	1099	1100	-	o.a.	„Verschiedenes“, [ausführliche Auflistung der Stärke und der Verluste der preußischen sowie der aufständischen Truppen bei den Auseinandersetzungen im Sommer]	1
	1849	09	21	226	1100	1100	-	o.a.	„Verschiedenes“, [Bei der Beschießung von Ludwigshafen soll ein Gesamtschaden von 300.000 Gulden entstanden sein.]	1
	1849	09	21	226	1100	1100	-	o.a.	„Verschiedenes“, [Gegen einen preußischen Jäger ist ein Attentat verübt worden.]	1
	1849	09	28	232	1132	1132	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [In Vorarlberg sollen unter dem Oberbefehl Schwarzenbergs 13.000 Mann stehen.]	2

	1849	09	28	232	1133	1133	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Militärkonferenz in Wien zur Frage wann bzw. wie man die Festung Comorn einnehmen könne, ohne ähnliche Verluste wie bei der Einnahme Venedigs zu erleiden.]	2		
	1849	09	28	232	1133	1133	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Comorn soll sich ergeben haben; Festbankett der Stadt Wien für Radetzky.]	2	III. 1849	148
	1849	10	05	238	1159	1159	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Regelung der Besatzungskosten durch Preußen. Die größtmögliche Zahl preußischer Soldaten soll kaserniert werden. Die Einquartierungskosten werden durch Preußen verteilt, aber von Baden bezahlt. Hierzu soll eine spezielle „Revolutionskosten-Umlage“ eingeführt werden.]	3		
	1849	10	05	238	1160	1161	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Truppenkonzentration im Westen Österreichs hat keinesfalls etwas mit den falschen Gerüchten über einen Bruch zwischen Berlin und Wien zu tun. Er ist vielmehr der Stimmung in Böhmen geschuldet. Österreich und Preußen würden eher die Ministerien entlassen, als sich zu verfeinden.]	2		
	1849	10	05	238	1161	1161	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Festung Comorn soll sich ergeben haben. Der Krieg zwischen Österreich und Ungarn ist damit beendet.]	2		
	1849	10	05	238	1161	1161	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Meldungen vom Fall Comorns wurden von der „Wiener Zeitung“ noch nicht bestätigt. Es sollen noch Zusagen vom Kaiser gefordert worden sein.]	2		
	1849	10	05	238	1161	1161	-	„[...] gez. von Peucker, General-Lieutenant.“	„Armee-Befehl.“, [Die preußischen Soldaten sollen nun Geld anstatt einer Naturalverpflegung bekommen.]	2		
	1849	10	12	244	1189	1189	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Freiburg sind 14 Kanonen aus der Schweiz angekommen.]	3		
	1849	10	12	244	1190	1190	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Probleme der Zuordnung zu den Reichstruppen (österreichische Einheiten zu den Reichstruppen, preußische nicht). Die Telegrafienlinie von Köln nach Berlin ist für den Privatgebrauch eröffnet worden.]	2		
	1849	10	12	244	1190	1190	-	„K. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Beinahe alle Rekruten aus Flensburg und Umgebung werden ihren Militärdienst antreten. Zwischen norwegischen und schwedischen Soldaten ist es zu Auseinandersetzungen gekommen.]	2		
	1849	10	12	244	1190	1190	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Ehrung von fünf Soldaten für ihren Einsatz in Baden.]	2		

	1849	10	12	244	1190	1190	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ehrung österreichischer Soldaten]	2
	1849	10	19	250	1217	1217	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Tumult unter bayerischen Soldaten in Annweiler. Appell, dass Vorgesetzte hart durchgreifen mögen, da die Bayern aufgrund ihrer Belastung durch das Heer „Ordnung und Mannszucht“ von den Soldaten erwarten könnten.]	3
	1849	10	19	250	1221	1221	-	„Der Gemeinderath. Stadler. Leiner, Rathschreiber.“	„Bekanntmachung. Konscription für das Jahr 1850.“, [Ankündigung für die zu berufenden Wehrpflichtigen, sie sollten sich den Behörden zur Verfügung halten.]	1
	1849	10	26	256	1245	1246	+	„K. Z.“	„Deutschland. Mecklenburg-Schwerin.“, [Der Großherzog zog an der Spitze seiner aus Baden heimkehrenden und vom Einsatz eher gestärkten als angegriffenen Soldaten unter dem Jubel der Bevölkerung in Schwerin ein.]	3
	1849	10	26	256	1246	1246	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [17.10.1849: Um Holstein ziehen sich etwa 5.000 Hannoveraner zusammen, deren Verhältnis zu Schleswig-Holstein unklar ist. Dänemark konzentriert seine Truppen um Alsen.]	2
	1849	10	26	256	1246	1246	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Verabschiedung Marschall Radetzky's durch den Kaiser und die Generalität. Ehrung auch von den Mitgliedern des deutschen Eisenbahnkongresses. Dieser soll 1850 in Aachen stattfinden.]	2
	1849	10	26	256	1249	1249	-	„Das Kreisverpflegungs amt. Vollrath.“	„Accordbelegung.“, [Ausschreibung diverser Güter zur Einrichtung von Kasernen in Konstanz]	1
	1849	11	09	268	1307	1308	+	„Frak. J.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Trotz des in zwei Monaten ablaufenden Waffenstillstandes gibt es noch immer keinen Friedensvertrag. Preußen hat seinen Unterhändler gewechselt, nachdem von dänischer Seite ein fast fertiger Vertrag wegen neuerlicher Bedenken im Verbunde mit Russland verworfen worden war.]	3
	1849	11	09	268	1308	1309	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Ein möglicherweise beabsichtigter Freischaarzug der Aufständischen konnte vereitelt werden.]	2
	1849	11	16	274	1340	1340	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Gerüchte über eine Verkleinerung des k.u.k.-Heeres]	2
	1849	11	16	274	1340	1340	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die aus finanzieller Sicht angeratene Verkleinerung des Heeres soll zunächst nur dessen deutsche Teile treffen. Zugleich sollen ausstehende Steuern eingetrieben werden, die im Revolutionsjahr „wegen üblem Willen“ nicht gezahlt worden sind.]	2

	1849	11	23	280	1371	1371	+	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Es werden Kasernen für die Preußen errichtet, die schnellstmöglich bezogen werden sollen. Das hohenzollernsche Offizierskorps tut sich mit der Integration in die preußische Armee schwer.]	3
	1849	11	23	280	1372	1372	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Gerüchte über Unterhandlungen der Gothaer mit der Berliner Regierung. Mathy soll bei der preußischen Regierung nachgefragt haben, ob diese auch bei energischen Protesten Österreichs und Russlands an den Unionsplänen festhalten wolle. Die Regierung habe dies eindeutig bejaht, sodass die Gothaer nun voll hinter der preußischen Regierung stehen. Momentan wird über den Ort des Reichstags verhandelt: u.a. sind Städte am Rhein und insbesondere Düsseldorf im Gespräch. Die Beitrittsurkunde Württembergs für das Interim ist eingetroffen. Die Garnison in Berlin wird verstärkt.]	2
	1849	11	23	280	1372	1372	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Man erwartet, dass bei den geringsten Unruhen in Dessau preußische Soldaten dort einrücken würden. In der Festung Küstrin werden Badener für das badische Militär ausgebildet. Den Berliner Soldaten ist die Teilnahme an Klubs und Volksversammlungen grundsätzlich untersagt.]	2
	1849	11	23	280	1372	1372	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ehrung der Theologiestudenten, die zur Verteidigung Triests den „Feinden des Reichs“ entgegentragen.]	2
	1849	11	30	286	1407	1407	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Baden werden wieder Missionen durchgeführt. Am 25.11.1849 wurde im Freiburger Münster eine solche Predigt gehalten. Zu Weihnachten soll eine Mission in Kirchzarten gehalten werden, wofür die dortigen Landwirte reichlich gespendet haben. Wegen der Flucht des Dichters Cohnheim infolge einer versehentlichen Freilassung wurden zwei Besucher inhaftiert. Cohnheim soll bereits neue Gedichte geschrieben haben. Prof. Gfrörer ist wieder frei und hält Vorlesungen über die neuere Geschichte. Der frühere Amtmann Karl ist nun doch unter allgemeinem Auffallen statt an eine Stelle als Amtmann in Adelsheim wegen seiner Beteiligung an der rev. Erhebung aus dem Staatsdienst entlassen worden. Die zweite Kaserne in Freiburg soll die Einquartierung der Soldaten in der Stadt ziemlich beenden.]	3
	1849	11	30	286	1408	1408	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Anhalt-Dessau.“, [kritischer Bericht über eine mögliche Einquartierung preußischer Truppen in Wittenberg]	2

	1849	11	30	286	1408	1408	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Das als einfach bezeichnete Wahlgesetz in Sachsen ist bei den Wahlen verschieden ausgelegt worden, was zu Beschwerden geführt hat. Der kommende Landtag hat sich bisher erst in zwei Klubs gespalten, einem konservativ-liberalen und einem der Volkspartei. Die Mitglieder der Klubs reichen politisch jeweils von den Konservativen bis zu den Liberalen. Es wird mit keiner klaren Fraktionierung gerechnet. Die wichtigste Frage des neuen Landtags ist weniger die des Dreikönigsbündnisses als die der Steuerfrage. In Leipzig soll das Militär verstärkt werden. Die Zeitschriften in Sachsen sind großen Veränderungen unterworfen (Verlegerwechsel, Einstellung). „Die Revolution hat vielleicht auf nichts nachtheiliger eingewirkt, als gerade auf die Zeitschriften, und unter diesen nicht nur auf die rein wissenschaftlichen, sondern selbst auf die gewerblichen.]	2
	1849	12	14	298	1485	1485	-	o.a.	„Deutschland. Preußen. [Dänemark bemüht sich nach wie vor nicht um Friedensverhandlungen mit Preußen. Preußen hat Forderungen an die Selbstständigkeit Schleswigs gestellt.]	2
	1849	12	14	298	1485	1485	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Truppenkonzentrierung in Böhmen dauert an. Reiche Industrielle suchen die Regierung in ihren Zollplänen umzustimmen, um die Zollschränken zu erhalten. Die Gärung unter den Fabrikarbeitern im Riesengebirge sind ebenfalls diesen Bemühungen geschuldet.]	2
	1849	12	14	298	1485	1485	-	„A. Z.“	„Österreichische Monarchie.“, [In einem Brief berichtet ein Württemberger über russische Plünderungen und Verschleppung von Kindern aus Ungarn. Sonst singen die Russen Revolutionslieder der Ungarn.]	2
	1849	12	21	304	1515	1516	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Wahl eines neuen Bürgermeisters in Heidelberg, da die oktroyierte Bürgermeisteramtsverwaltung ihr Amt nicht weiter wahrnehmen wollte. Neue Kasernen sind in Heidelberg in Bau; die Finanzierung ist zu einem guten Zinssatz gesichert. Die Kapitalsteuer wird für die kommenden zwei Jahre erhoben.]	3
	1849	12	21	304	1516	1517	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Gerüchte über Rüstungen der Preußen. Die höheren Offiziere rechnen damit, im Frühjahr wieder ins Feld zu ziehen.]	2
	1849	12	21	304	1519	1519	-	„Großh. Domänenverwalt. ng. Kavallo.“	„Brod-Lieferung“, [Ausschreibung der Belieferung des preußischen Militärs. Zum Teil wegen Erfolglosigkeit der ersten Ausschreibung Zweiteinsendungen]	1

	1849	12	21	304	1519	1520	-	„Großh. Domänenverwaltu ng. Grimm.“	„Brod-Lieferung“, [Ausschreibung der Belieferung des preußischen Militärs. Zum Teil wegen Erfolglosigkeit der ersten Ausschreibung Zweiteinsendungen]	1		
	1849	12	21	304	1520	1520	-	„Großh. Domänenverwaltu ng. Krenkel.“	„Brod-Lieferung“, [Ausschreibung der Belieferung des preußischen Militärs. Zum Teil wegen Erfolglosigkeit der ersten Ausschreibung Zweiteinsendungen]	1		
	1849	12	21	304	1519	1519	-	„Großh. Obereinnehmerei. Gleichmann.“	„Bekanntmachung.“, [Brotlieferung für die in Überlingen stationierten Preußen]	1		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Spekulationen über die k.u.k.-Truppenstationierungen in Böhmen]	2	IV. 1849	76
	1850	01	11	10	42	42	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Infolge der Stationierung österreichischen Militärs steigen die Preise für Heu, Kartoffel und anderes deutlich an. Die Regierung hat indessen in Wien nachdrücklich um eine Begründung der Truppenstationierung gebeten. Die Telegrafienverbindung nach Salzburg wird für die Bürger in Betrieb genommen.]	2		
	1850	01	11	10	42	42	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Zwischen den Hansen und dem preußischen Militär ist es zu Scharmützeln gekommen.]	2		
	1850	01	11	10	43	43	-	„Fr. Opstzt.“	„Deutschland. Preußen. [In Schlesien wird das 6. Armeekorps demobil gemacht, was Zeitungsmeldungen über eine Generalmobilmachung widerlegt. Weiterhin wird eine große Zahl Pferde von Böhmen nach Österreich exportiert. General v. Weber wird neuer Kriegsminister in Preußen. Er steht Reformen innerhalb des Heeres wohlwollend gegenüber. Während sich die Radikalen in Vorbereitung der Wahl nach Erfurt der Aktivität enthalten, sind die konstitutionellen Vereine sehr rege.]	2		
	1850	01	18	16	71	72	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Zur Verkürzung der Militärdienstzeit soll das Losen in Bayern zugunsten einer allgemeinen Dienstpflicht abgeschafft werden.]	3		
	1850	01	18	16	72	72	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Um die Verhandlungsposition in Bezug auf die künftigen Verfassungsverhältnisse möglichst stark zu gestalten, soll das bayerische Militär in Frankfurt stationiert bleiben.]	2		

	1850	01	18	16	73	73	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Beim Übergang von der indirekten auf die direkte Besteuerung sollen die Ämter daraufhin wirken, dass alle Steuern entrichtet werden. Die Postverwaltungen Österreichs verhandeln mit den deutschen gleichmäßige Bestimmungen und Grundsätze. Militärtransporte auf der Nordbahn, Verbot des ungarischen Blattes „Figyelmözö“ für die Dauer des Belagerungszustandes.]	2
	1850	01	25	22	101	102	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Durch die Fertigstellung neuer Militärgebäude soll die Einquartierungslast, die durch das stationierte preußische Militär entstanden ist, gegen Null sinken.]	3
	1850	01	25	22	102	102	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Schweden sollen als Besatzung Flensburgs durch Preußen ersetzt werden.]	2
	1850	01	25	22	105	105	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Riß.“	„Bekanntmachung.“, [Nachmusterung von Hunden]	1
	1850	02	01	28	131	131	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Sämtliche Offiziere, auch die zeitweise in Ruhestand versetzten, sind gehalten, ihre Mietverhältnisse nach Möglichkeit wegen der bevorstehenden Dislokation noch zum 23.04.1850 zu kündigen.]	3
	1850	02	01	28	131	131	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Nach einem Artikel der „Karlsruher Zeitung“ sind viele Offiziere durch ein zu spätes Reagieren oder ein falsches Einschätzen der Lage durch die Ereignisse überholt und zur Mitwirkung bei den Aufständischen gezwungen worden. Alle Offiziere haben Anweisung, ihre Mietverhältnisse zu kündigen. In der Bürgerwehr werden Vorträge gehalten. Auch einigte man sich, nach welcher Exerzierordnung man verfahren wolle.]	3
	1850	02	01	28	132	132	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die „Aussöhnung“ zwischen den Kriegsparteien erzielt keine Fortschritte. Zwar ist die Ruhe in Schleswig vordergründig hergestellt, doch herrscht im Inneren „[...] immer der alte wüste Wirrwarr“. Dies ist insbesondere dem „danisierenden Geiste“ der Landesverwaltung geschuldet. In Holstein sind die Verhältnisse ungleich besser.]	2
	1850	02	08	34	161	161	+	„D. B.“	„Deutschland. Baden.“, [Ausführungen zur Reorganisation des badischen Heeres]	3
	1850	02	15	40	195	195	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Reorganisation des badischen Herres geht beschleunigt voran.]	3

	1850	02	15	40	195	195	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die länger als bis zum 1. März beurlaubten Offiziere sind sofort einzuberufen. Die Rekrutenausbildung ist zu beschleunigen.]	3
	1850	02	22	46	226	226	-	„K. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Mobilmachung des rheinischen Armeekorps. Über die Gründe wird spekuliert. So könnte ein Krieg gegen die Schweiz oder ein erneutes Aufflammen der Kämpfe in Dänemark mit Abschluss der Mobilmachung am 15.03.1850 als Grund angenommen werden.]	2
	1850	03	01	52	259	259	+	„D. B.“	„Deutschland. Baden.“, [Generalleutnant v. Gailing soll das Kommando der Bundesfestung Rastatt übernommen haben.]	3
	1850	03	08	58	293	294	+	o.a.	„Deutschland. Sachsen-Meiningen.“, [Einquartierung von 8- 10.000 preußischen Soldaten]	3
	1850	03	08	58	294	294	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Es wird als wahrscheinlich angesehen, dass der Reichstag in Erfurt sich auch mit der deutlichen Reduzierung der Schwurgerichte, die selten im Sinne der konservativen Partei (d. h. der „Ruhe und Frieden liebenden Partei“) entscheiden, befasst. Auch ein strengeres Preßgesetz dürfte zur Sprache kommen. In Frankreich vermutet man, dass die Regierung einen äußeren Krieg anstrebt, um der zerfahrenen innenpolitischen Situation einen Aufbruch entgegenzusetzen und um die eigene Macht zu stärken.]	2
	1850	03	08	58	294	294	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [General v. Stockhausen wird neuer Kriegsminister von Preußen.]	2
	1850	03	15	64	326	326	-	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Kriegszustand in Baden wurde für weitere vier Wochen verlängert.]	2
	1850	03	15	64	327	327	-	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Man rechnet mit einer baldigen Kündigung des Waffenstillstands seitens der dänischen Regierung.]	2
	1850	03	22	70	359	359	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Im Konflikt um Schleswig-Holstein ist Preußen wegen eines möglichen russischen Eingriffs in der Truppenkontingentierung nicht frei, da Russland hinter den Dänen steht und mit einem Angriff reagieren könnte. Russland steht auch hinter einzelnen Ländern, die sich nicht dem engeren Bund anschließen wollen. Seit der Protestnote Österreichs gegen das engere Bündnis haben keine weiteren Verhandlungen stattgefunden.]	2
	1850	03	22	70	361	361	-	„Felsenbeckh.“	„Bekanntmachung.“, [Ausschreibung der Brotlieferung für die Preußen]	1
	1850	03	29	76	390	390	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der Gesandte Preußens am Württembergischen Hof soll abberufen worden sein.]	2

	1850	03	29	76	390	390	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Der Gesandte Württembergs hat Berlin verlassen. Einer Depesche der „Kölner Zeitung“ zufolge sollen die diplomatischen Beziehungen Preußens zu Württemberg abgebrochen worden sein.]	2		
	1850	03	29	76	391	391	-	„B. L.“	„Deutschland. Österreich.“, [In den Kriegen in Italien und Ungarn hat Österreich mehr als 50.000 Pferde verloren. Die Waffenhersteller arbeiten voll ausgelastet; sie arbeiten Aufständischenwaffen auf und fertigen neue. Die evangelische Gemeinde in Wien sucht um Erlaubnis, jeden vierten Gottesdienst in slawischer Sprache abzuhalten. Eine Telegrafienlinie von Wien nach Pest soll vorbereitet werden. Der franz. Gesandte ist nach Berlin abgereist, zwei russische Kuriere sind in Wien eingetroffen.]	2		
	1850	03	29	76	393	393	-	„G. Koch.“	„Brod- und Fourage-Lieferung.“, [Ausschreibung]	1	I. 1850	62
Presse	1847	10	22	127	845	845	+	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [In der II. bayerischen Kammer wurden Anträge eingebracht. So soll die Zensur für Gegenstände der Innenpolitik aufgehoben werden, die Nachzensur abgeschafft und der Entzug des Postdebts untersagt werden. Weiterhin sollen Maßnahmen zum Schutz gegen den Notstand verabschiedet werden. U.a. Verbesserung der Gesetzgebung über den Getreidehandel (gegen Spekulationsgeschäfte), Speicherung von Nahrungsmitteln für Notjahre.]	3		
	1847	11	19	139	921	921	+	„Oberh. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Neben den Maßregeln, die bei Ausbrechen des Sonderbundskrieges durch den Deutschen Bund zu treffen sind, waren bei einer Besprechung des österreichischen Bundestagsgesandten Graf v. Münch-Bellinghausen auch Fragen der Preßgesetzgebung Gegenstand der Verhandlung. Die süddeutschen Staaten, Österreich und Norddeutschland haben hier kontroverse Auffassungen.]	3		
	1847	11	26	142	941	941	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [In der II. Kammer wurden auf der VI. ordentlichen Sitzung Anträge zur Preßgesetzgebung gestellt. So darf nach Kammerbeschluss der günstigere Postversand nicht mehr obrigkeitlicherseits versagt werden. Vom Bund wird eine einheitliche Gesetzgebung erwartet, bis zu deren Eintreffen die bestehenden Regelungen erhalten, aber aus dem Gesichtspunkte ihrer baldigen Revision angewendet werden sollen. Im Falle des Verbots von Zeitungsausgaben ohne deren Konfiskation sollen die Buchhändler diese zukünftig an den ausgebenden Verlag zurücksenden dürfen.]	3		

	1847	12	03	145	968	968	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die ungarischen Stände, d.h. die konservativen wie die liberalen Abgeordneten, sprechen sich gemeinsam für die Ausarbeitung eines Preßgesetzes aus, dass die Zensur aufhebt und durch ein Repressivsystem ersetzt.]	2
	1847	12	24	154	1027	1028	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“, [Antwortadresse der Kammer auf die Begrüßungsrede des Großherzogs. Themen u.a.: Lob des Wohltätigkeitssinns des Fürsten und des Volkes angesichts der Nahrungsmittelknappheit. Die bewältigte Notlage ist ein Beweis für das funktionierende Verfassungsleben in Baden, für dessen Bestehen die Kammermitglieder auch weiterhin den Sinn für Gesetzesherrschaft innerhalb des Volkes stärken wollen. Eigentum, Bildung und gerechte Lastenverteilung sind die besten Garanten für die bestehende Ordnung und die Herrschaft des Gesetzes. Man erwartete Vorlagen zur Wehrverfassung, für die Landwirtschaft, eine zeitgemäße Gewerbeordnung und eine Gerichtsverfassung mit neuen Gesetzbüchern sowie einer Trennung der Gewalten (Justiz und Verwaltung). Der Großherzog möge sich – wie angekündigt – beim Bundestag für die Preßfreiheit und die Aufhebung der provisorischen Bundesbeschlüsse einsetzen. Der Eisenbahnbau soll vorangetrieben werden.]	3
	1847	12	24	154	1028	1028	-	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“, [Der Großherzog nimmt Bezug auf die Antwortadresse der Kammer auf die Thronrede und spricht sich dafür aus, den Wünschen der Kammer nachkommen zu wollen, soweit sich diese mit den eingegangenen Bundesverpflichtungen vereinbaren ließen.]	2
	1847	12	24	154	1028	1029	-	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen. Fünfte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 18. Dezember 1847.“, [Ankündigung verschiedener Motionen: 1. Auf Einführung einer Einkommenssteuer, die zur Aufhebung derjenigen Abgaben dienen soll, die die minderbemittelten Klassen am schwersten belasten. 2. Auf Übertragung der Polizeistrafgewalt an die richterlichen Behörden. 3. Eine Bitte an den Großherzog zu richten, wenigstens eine Gesetzesvorlage für die Preßfreiheit in Bezug auf innere Angelegenheiten erarbeiten zu lassen. U.a. provisorisches Gesetz zur Aufhebung des Eingangszolls und Einführung eines Ausgangszolls auf Getreide und andere Lebensmittel.]	2

	1847	12	31	157	1045	1046	+	„Oberrh. Zeitung.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Eröffnung des hessischen Landtages, für den die Liberalen eine Mehrheit errungen haben. Die Zeitung betont kritisch die Geschwindigkeit des Umschwungs der Wahlentscheidungen und vergleicht diese mit der Langsamkeit in Baden, die die „Vaterlandsfreunde“ als Anlass zum „Erröthen“ nehmen sollten. Gagern fordert eine Erwiderung auf die im Gegensatz zu Baden öffentlich verhandelte Antwortadresse zur als unzureichend empfundenen Rede des Fürsten, der behauptet hatte, es sei seit dem letzten Landtag nichts Wesentliches geschehen. Gagern beklagte weiterhin die mangelnde Entwicklung der konstitutionellen Gesetzgebung, den schlechten Zustand von Presse und Wahlgesetz, mangelnde Kontrolle der Verwaltung und die Verschwendung öffentlicher Gelder. Die Zeitung kritisiert Baden, dass das Presserecht als Bundessache ansieht, während Bayern und Hessen eine eigene Regelungskompetenz für sich in Anspruch nehmen.]	3		
	1847	12	31	157	1046	1046	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Zensur bayerischer Blätter dauert trotz der königlichen Verordnung vom 16.12.1847 an. Selbst Artikel, die in anderen Orten in Bayern haben erscheinen können, werden gestrichen.]	2		
	1847	12	31	157	1046	1046	+	„Deutsche Ztg.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die königliche Verordnung vom 16.12.1847 weitet die Zensur im Bereich der Belletristik aus. Außerdem erweitert sie nur den Ermessensspielraum der Zensoren, geht aber nicht die grundsätzlichen Zensurbestimmungen an. Besonders kritisch ist der Begriff der „Ehrenkränkung“ als Grundlage für Streichungen ist.]	2	IV. 1847	25
	1848	01	28	12	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Thronrede des Königs zur Eröffnung der Ständeversammlung, Themen u.a.: Ende der Teuerung auf Grund einer guten Ernte, pro Eisenbahnbau, pro allgemeine deutsche Wechselordnung, pro einheitliches Preßgesetz unter den Bedingungen des Strafrechts, gegen Bestrebungen von Schweizer Exilanten, rev. Vereine zu gründen und nach Deutschland zu tragen]	2		
	1848	02	04	15	91	91	+	„Wes.-Ztg.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Gegen Prof. Wurm eingeleitetes Verfahren wegen dessen Vortrags gegen die Zensur bei der Besprechung innerer Angelegenheiten.]	3		

	1848	02	11	16	110	110	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Schweiz soll mit Bundestruppen isoliert werden. Verfasser nimmt an, dieses erfolge, um Deutsche vor der unzensierten Presse und der Redefreiheit des Nachbarlandes zu schützen. Verfasser wünscht, dass die Abschottung nicht komme, vielmehr sollten sich die Regierungen mit der Schaffung einer deutschen Flotte beschäftigen und sich einer 'Nützlichkeitspolitik' verschreiben.]	2		
	1848	02	25	24	157	157	+	o.a.	„Landtagsverhandlungen. Sechszwanzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 18. Februar 1848.“, [Verlaufsprotokoll der Sitzung der II. Kammer Badens zum Hauserwerb von Jesuiten in Freiburg mit dem Ziel, dort ein Kollegium zu gründen, der „Tagesherold“ werde jetzt zuungunsten der „Konstanzer Zeitung“ mit der Veröffentlichung amtlicher Nachrichten betraut.]	3		
	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte mit Öffentlichkeit sollen als 'Früchte der Pariser Ereignisse' im Großherzogtum eingeführt werden.]	3		
	1848	03	10	30	201	201	+	„Bekk“	„Deutschland. Baden.“, [Antwort der Regierung auf erhobene Forderungen zu den Karlsbader Beschlüssen, zur Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, der Vereidigung der Beamten, Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte infolge der gewählten Konfession, Zulassung von Klagen gegen Behörden, einer volkstümlichen Kreisverwaltung, Beseitigung des Feudalwesens und der privilegierten Gerichtsstände, zu unabhängigen Richtern, zur gerechten finanziellen Belastung der Kreise, Ministerverantwortlichkeit und Nationalstaatsbildung]	3	I. 1848	16
	1848	05	05	74	410	410	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [München: Ergebnisse der Wahlen im ersten und zweiten Bezirk, Annahme des neuen Preßgesetzes und des neuen Anleihegesetzes in der I. Kammer]	2		
	1848	06	30	121	629	629	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Maueranschläge in Stuttgart wollen die demokratische Presse verboten sehen. Appell der Zeitung an die politische Reife des Volkes und Parteinahme zugunsten einer politisch breit aufgefächerten Presse.]	3	II. 1848	5
	1848	08	25	169	853	853	+	„O. Z.“	„Deutschland. Anhalt-Dessau.“, [Die neue Verfassung sieht das Verbot der Ordensverleihung und Gratifikation an Richter vor, auch sollen für die Presse Schwurgerichte eingeführt werden.]	3		
	1848	08	25	169	856	856	-	„Die Redaktion“	„Zur Nachricht!“, [Redaktion nimmt anonyme Einsendungen nicht in die „Konstanzer Zeitung“ auf, veröffentlicht diese jedoch auf Wunsch in anonymer Form.]	1		

	1848	09	15	187	945	945	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Prozess gegen Anwalt Hofer aus Lahr wegen Hochverrat in einem Artikel des „Schusterboten“.]	3	III. 1848	7
	1848	10	13	211	1059	1060	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [77. Sitzung der II. Kammer nach drei Monaten Pause eröffnet: 1. Gesetzentwürfe über die Zulässigkeit von Klagen gegen öffentliche Diener und über die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände liegen vor, die Frage der Ministerverantwortlichkeit werde geregelt, sobald die Reichsverfassung erlassen ist, um diese nicht sogleich wieder obsolet werden zu lassen. „In der Presse und in Versammlungen werden verbrecherische Grundsätze verbreitet [...]“ Ausfluss dieser Entwicklung ist der Septemberaufstand und der Struve-Putsch.]	3		
	1848	10	13	211	1063	1063	-	„R.“	„[ohne].“, [Kritik an den Seeblättern, die J. B. Storz aus Tuttlingen als einen Mann des Volkes, fähigen Arzt usw. feierten. Dieser sei im Gegenteil ein Bankrottier und ansonsten wenig begabter Mann.]	1		
	1848	11	10	235	1172	1172	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Das „Mannheimer Morgenblatt“ soll jetzt als „Badische Zeitung“ firmieren und auf der äußersten Linken stehen, während das Morgenblatt noch vor wenigen Monaten gegen jede Freiheit war; Struve soll in Rastatt einer humanen Haft unterstehen, sogar Schreibzeug würde zur Verfügung gestellt werden.]	2		
	1848	11	10	235	1174	1174	-	„Großh. bad. Hofgericht des Seekreises. Kiesser.“	„Öffentliche Vorladung.“, [Vorladung des Josef Au wegen „Herbwürdigung der großherzoglichen Staatsregierung“ in den „Seeblättern“, Nr. 152 vom 27.06.1848]	1		
	1848	12	22	271	1341	1341	+	„O. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Beide Düsseldorfer Blätter sind seit Montag gezwungen, ihre Schriften vor Veröffentlichung dem Polizeiinspektor bzw. dessen Sekretär zur Zensur vorzulegen.]	2		
	1848	12	22	271	1341	1342	+	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Servilismus der Wiener Presse wird als unerträglich beschrieben.]	2	IV. 1848	11
	1849	01	05	5	19	19	+	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Wegen der Ministerkrise wird der Landtag erst zum 15.01. einberufen werden. Der „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ hat in einer Versammlung in München gefordert, die Preßfreiheit und das Assoziationsrecht erneut zu beschränken; kritische Aufnahme durch die Zeitung.]	3		

	1849	01	26	23	104	104	-	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Thronrede des bayerischen Königs zur Eröffnung des Landtages; div. Themen, u.a. Preßgesetz, Trennung von Justiz und Administration, Entwurf des Preßstrafgesetzes, Gesetz über die Judenemanzipation. Der König spricht sich für eine deutsche Einigung aus.]	2
	1849	03	02	53	247	247	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [152. Sitzung der II. Kammer: Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung der Gerichte erfolgt durch Lamey. Das Gesetz ist aus der I. Kammer zurück. Der Einzelrichter ist in erster Instanz für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zuständig, ein Teil der „Prozeßsachen“ soll in erster Instanz von den Amtsrichtern, der andere, wichtigere, allerdings vom Kreisgericht als Kollegialgericht verabschiedet werden. Das Gesetz ist einstimmig angenommen worden. Diskussion über die Erhöhung der Schutzzölle, der Einführung von Papiergeld und die Fortdauer des Zolltarifs. Weiterhin ging es um das Verfahren bei Amtsgerichten, das Zustimmung fand. Die Kommissionsberichte Häussers zur Abänderung des §7 des Preßgesetzes und eines Berichts Lameys zur Einrichtung eines Verwaltungsgerichts sind in Druck gegeben.]	3
	1849	03	02	53	249	249	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der österreichische Reichstag hat sich dafür ausgesprochen, dass sich das österreichische Ministerium darüber erklären solle, unter welcher Verfassungsform es sich das neue Deutschland vorstelle. Aus der Note vom 04.02.1849 lasse sich entnehmen, dass die Regierung mithilfe einer Wiedereinführung des Deutschen Bundes die Zersplitterung Deutschlands festschreiben wolle. Ein geheimes Rundschreiben, dass die Verbreitung der Grundrechte des deutschen Volkes verhindern soll, wurde scharf kritisiert. Man solle dies als Einschränkung der Preßfreiheit zurücknehmen.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Comorn soll erobert werden; die Festung verfügt über wenig Munitionsreserven. Zur Feier der oktroyierten Verfassung soll auf Anordnung des Innenministers ein feierliches Hochamt in der St. Stephanskirche gehalten werden. Auch die israelitische Gemeinde hat eine Feier vollzogen, in der die österreichische Volkshymne auf Hebräisch gesungen wurde. Das neue provisorische Preßgesetz sieht eine Kautions von 10.000 Gulden K.-M. für politische Journale vor; - ein zweckmäßiges Mittel, so die Zeitung, gegen die Zügellosigkeit der Presse. Leider musste man lange ohne ein solches Preßgesetz bleiben.]	2

	1849	03	30	77	365	365	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [161. Sitzung der II. Kammer: u.a. Weiterleitung der Aufhebung einiger Bestimmungen des Preßgesetzes und der Klagemöglichkeit gegen Beamte an die I. Kammer. Die bisherigen Bestimmungen zur Einführung von Schwurgerichten, über Verhaftung, Haussuchungen u.a. werden in einer neuen Strafprozessordnung integriert und als einzelne Regelungen aufgehoben. Die Patronatsrechte werden auf beinahe einstimmigen Beschluss der II. Kammer aufgehoben.]	3		
	1849	03	30	77	366	366	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Festung Comorn soll von den Ungarn angegriffen worden sein. Das Preßgesetz ist in gebildeten Kreisen wegen seiner hohen Kautio, die die sonstige Vergleichbarkeit mit dem preußischen unmöglich macht, Tagesgespräch Außerdem ist die Stellung des Preßgesetzes bei Belagerungszustand noch nicht geregelt.]	2		
	1849	03	30	77	368	368	-	o.a.	„Bekanntmachung. Die im Großherzogtum erscheinenden Verkündungsblätter betreffend.“, [Die „Konstanzer Zeitung“ und das „Verkündungs-Blatt“ Stadlers sowie der „Seebote“ in Überlingen werden ausschließliche Verkündungsblätter im Seekreis.]	1	I. 1849	18
	1849	07	06	160	789	789	+	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Mit Ausnahme der „Karlsruher Zeitung“ unter neuer Führung sind auf preußisches Geheiß alle Journale usw. in Karlsruhe verboten worden. Ebenfalls sind politische Vereine, Klubs und Versammlungen untersagt.]	3		
	1849	08	03	184	895	895	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Lage in Rastatt nach der Kapitulation der Aufständischen: 5.700 Gefangene sollen nach standrechtlichem Verfahren abgeurteilt werden. Ob die Anführer zum Tode oder zur Deportation verurteilt werden, ist ungewiss. Minderbeteiligte wie die zum ersten Aufgebot Gezwungenen sollen bald entlassen werden. Der „Festungsbote“, der bisher in 10 bis 12 Nummern erschienen und bereits vergriffen ist, soll nachgedruckt werden. Die freiwillige Staatsanleihe, die ausgegeben werden soll, wird gut nachgefragt.]	3		
	1849	08	10	190	924	924	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Siegesfeier in Rastatt. Prof. Kinkel wurde zum Tod durch Erschießung verurteilt, ebenso der badische Major von Biedenfeld. „Nach ihm trat Elsenhans, ein geborener Württemberger, 'keinem der bestehenden Kule zugethan,' wie er auf Befragen erwiderte, Redakteur des 'Festungsboten' vor die Schranken. Er hatte nie mit den Waffen gekämpft, war aber wohl als intellektueller Urheber vom Kriegsgericht angesehen. Auch er wurde verurtheilt, erschossen zu werden.“]	2		

	1849	08	17	196	951	951	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Gegen Dr. Friedrich Mayer in Nürnberg ist wegen dessen Tätigkeit als Redakteur der „Mittelfränkischen Zeitung“ ein Steckbrief ergangen. Ihm wird Aufforderung zum Staatsverrat und Majestätsbeleidigung vorgeworfen.]	3		
	1849	09	28	232	1131	1131	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Der zu vierzehntägiger Haft verurteilte Redakteur des „Badischen Merkurs“, A. Schnetzler, ist nach zwei Tagen wieder entlassen worden. Nach dem allgemeinen Verbot der Volks-, Arbeiter- und Bürgervereine hat sich der Vaterländische Verein Mannheims bei der großherzoglichen Regierung erfolgreich für eine Zurücknahme des stadtmöglichen Beschlusses eingesetzt. Der Vaterländische Verein hat sich Verdienste in der Auseinandersetzung mit den Volksvereinen erworben.]	3		
	1849	09	28	232	1132	1132	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Wegen der Übernahme eines Artikels in die „Württembergischen Seeblätter“ aus den Konstanzer „Seeblättern“ wurde in einem verhandlungsreichen Prozess eine dreimonatige Gefängnisstrafe, Untersuchungskosten und zweijährige Landesausweisung verhängt. Der Buchdrucker Schabet aus Friedrichshafen wurde freigesprochen, nachdem er dargelegt hatte, dass der Buchdruckereigehilfe Steinmann eigenmächtig gehandelt habe.]	2	III. 1849	16
	1849	10	12	244	1189	1189	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [08.10.1849: Das Verbot des „Frankfurter Journals“ ist am gestrigen Tag wieder aufgehoben worden.]	3		
	1849	11	02	262	1282	1282	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Der wegen Verletzung der Dienst- und Amtsehre angeklagte Becker, Redakteur des „Wehr Dich“ (vormals: „Jüngster Tag“), hat seine Schuld eingestanden und sich beim Bürgermeister entschuldigt. Nun hängt noch ein Verfahren wegen Hochverrats gegen Becker an.]	2		
	1849	11	16	274	1339	1339	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [12.11.1849: Das „Frankfurter Journal“ ist abermals für das Großherzogtum Baden verboten worden.]	3		
	1849	11	16	274	1342	1342	-	„Großh. Regierung des Seekreises. Fromherz. vdt. Rau.“	„Bekanntmachung. Die Überwachung auswärtiger Zeitungen betreffend.“, [Bekanntmachung des Verbots des „Frankfurter Journals“. Es erstreckt sich über aktuelle Ausgaben sowie über alle vorherigen Nummern. Auch auf die, die zwischen den Verboten erschienen sind.]	1		

	1849	11	30	286	1408	1408	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Das als einfach bezeichnete Wahlgesetz in Sachsen ist bei den Wahlen verschieden ausgelegt worden, was zu Beschwerden geführt hat. Der kommende Landtag hat sich bisher erst in zwei Klubs gespalten, einem konservativ-liberalen und einem der Volkspartei. Die Mitglieder der Klubs reichen politisch jeweils von den Konservativen bis zu den Liberalen. Es wird mit keiner klaren Fraktionierung gerechnet. Die wichtigste Frage des neuen Landtags ist weniger die des Dreikönigsbündnisses als die Steuerfrage. In Leipzig soll das Militär verstärkt werden. Die Zeitschriften in Sachsen sind großen Veränderungen unterworfen (Verlegerwechsel, Einstellung). „Die Revolution hat vielleicht auf nichts nachtheiliger eingewirkt, als gerade auf die Zeitschriften, und unter diesen nicht nur auf die rein wissenschaftlichen, sondern selbst auf die gewerblichen.]	2		
	1849	12	21	304	1516	1516	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Zur Verhinderung von Übergriffen von Bürgern und Soldaten sind Pistolen und Dolche, die im Besitz der Bürger sind, bei der Militärbehörde abzugeben. Der Dichter Schnauser, bekannt durch seine Gedichte in der „Mannheimer Abendzeitung“ und der „Oberrheinischen Zeitung“, ist wegen seiner neueren Dichtung und seiner Beteiligung am ersten Aufstand verhaftet worden.]	2		
	1849	12	21	304	1522	1522	-	„Comptoir des Breisgauer Boten“	„Seit dem 1. November erscheint daher Der Breisgauer Bote“, [Werbung für eine neue Zeitung, die eine politische Umschau, die neusten Weltereignisse und die Besprechung vaterländischer Angelegenheiten zum Inhalt haben soll. Sie erscheint in Freiburg.]	1	IV. 1849	14
	1850	01	18	16	73	73	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Landesverfassungen bestärken die Ansicht, dass die Früchte der Revolution jetzt unter Dach und Fach kommen. Die Brünnener „Presse“ soll nach ihrem Verbot in Galizien ganz eingestellt werden.]	2		
	1850	01	18	16	73	73	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Beim Übergang von der indirekten auf die direkte Besteuerung sollen die Ämter daraufhin wirken, dass alle Steuern entrichtet werden. Die Postverwaltungen Österreichs verhandeln mit den deutschen gleichmäßige Bestimmungen und Grundsätze. Militärtransporte auf der Nordbahn, Verbot des ungarischen Blattes „Figyelmözö“ für die Dauer des Belagerungszustandes.]	2		

	1850	01	25	22	101	101	+	„N. Fr. Z.“	„Die preußische Verfassungsfrage.“, [Die demokratischen Zeitungen rühmen sich, die Entwicklung in der Verfassungsfrage bereits vorausgesehen zu haben. Die Zeitung reagiert polemisch, indem sie auf die Unfähigkeit der demokratischen Presse hinwies, die „Pöbelecesse und Straßentumulte“ vorauszuahnen. Die Konstitutionellen werden noch so manchen Kompromiss schließen müssen, könnten sich nur zwischen zwei Übeln entscheiden. Camphausens Versuch, wenigstens ein teilweises Steuerverweigerungsrecht zu erreichen, solle aus Sicht der einen zum Erfolg führen, während andere von einer unbedingten Ablehnung dieses Rechts durch den König zu berichten wissen.]	2
	1850	01	25	22	101	101	+	„D. B.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ hat gewechselt. Der bisherige Chefredakteur, Dr. Giehne, ist zurückgetreten.]	3
	1850	03	01	52	260	260	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Nach einem Freispruch des Geschworenengerichts von den Anklagen wegen „Aufreizung gegen die Landesregierung, die Ehrenkränkung und beziehungsweise Preßvergehen“ urteilte der Staatsanwalt scharf über das Gericht. Der „Schwäbische Merkur“ gibt zu bedenken, dass so eine wünschenswerte Einrichtung, wenn sie sich weiter derart würdelos verhielte, keine Wurzeln schlagen werde.]	2
	1850	03	08	58	294	294	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Es wird als wahrscheinlich angesehen, dass der Reichstag in Erfurt sich auch mit der deutlichen Reduzierung der Schwurgerichte, die selten im Sinne der konservativen Partei (d. h. der „Ruhe und Frieden liebenden Partei“) entscheiden, befasst. Auch ein strengeres Preßgesetz dürfte zur Sprache kommen. In Frankreich vermutet man, dass die Regierung einen äußeren Krieg anstrebt, um der zerfahrenen innenpolitischen Situation einen Aufbruch entgegenzusetzen und um die eigene Macht zu stärken.]	2
	1850	03	15	64	328	328	-	o.a.	„[ohne].“, [Am 18. März steht ein Pressprozess gegen die „Seebblätter“ der Monate Mai, Juni und Juli 1849 an. Die Redakteure und der Drucker Stadler sind des Hochverrats und der Majestätsbeleidigung angeklagt.]	1

	1850	03	29	76	390	390	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Hannover soll dem Münchener Bündnis beigetreten sein. Äußerungen des Ministers Stüve werden zum Anlass genommen, eine Auflösung der beiden Kammern in der Zeit ihrer Beurlaubung wegen des Osterfestes anzunehmen. Die Kammern beschäftigen sich mit einer Gerichtsverfassung und den Grundzügen der Organisation der Landgemeinden. Die „Hannoversche Morgenzeitung“ und die „Zeitung für Norddeutschland“ vereinigen sich zu einer Zeitung.]	2	I. 1850	16
Revolutionäres	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte mit Öffentlichkeit sollen als 'Früchte der Pariser Ereignisse' im Großherzogtum eingeführt werden.]	3		
	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Mannheimer Volksversammlung vom 27.02.1848 als Resultat der Revolution in Frankreich, Petition mit Märzforderungen (Volksbewaffnung, Preßfreiheit, Schwurgerichte, Herstellung eines deutschen Parlaments)]	3		
	1848	03	03	27	182	182	-	„Der Gemeinderath. Hütlin.“	„Versammlung des großen Bürgerausschusses“, [Beratung mehrerer Petitionen an die II. Kammer]	1		
	1848	03	03	27	182	182	-	„Robinson, geb. Alexander Selkirk. Anno 1680.“	„Aufforderung.“, [satirischer Ausdruck der Enttäuschung, dass die europäische Einheit ausgeblieben ist. Die Schuldigen vermutet der Artikel in den 'maskirten Zweckessern'.]	1		
	1848	03	10	30	201	201	+	„Bekk“	„Deutschland. Baden.“, [Antwort der Regierung auf erhobene Forderungen zu den Karlsbader Beschlüssen, zur Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, der Vereidigung der Beamten, Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte infolge der gewählten Konfession, Zulassung von Klagen gegen Behörden, einer volkstümlichen Kreisverwaltung, Beseitigung des Feudalwesens und der privilegierten Gerichtsstände, zu unabhängigen Richtern, zur gerechten finanziellen Belastung der Kreise, Ministerverantwortlichkeit und Nationalstaatsbildung]	3		
	1848	03	10	30	201	202	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Fünf Freiburger Gemeinderäte bieten ihre Entlassung an.]	2		
	1848	03	10	30	201	202	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Freiburger Studenten organisieren ein bewaffnetes Korps.]	2		
	1848	03	10	30	202	203	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [rev. Ereignisse in München: Besetzung des Rathaussaals durch die Bürger, Aufstellung rev. Forderungen]	2		

	1848	03	10	30	201	202	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Der Kölner Gemeinderat wurde mit „Forderungen, nicht Bitten“ konfrontiert, deren Inhalt von loyalen Vertretern niemals eingebracht worden wäre. Dagegen wurde Militär eingesetzt.]	2
	1848	03	10	30	204	204	-	o.a.	„Neuestes. Konstanz.“, [Teilnahme und Rückkehr der Konstanzer von der Stockacher Volksversammlung vom 09.03.1848 (Kuenzer, Wirth, Katzenmayer, Zogelmann und Schmid als Konstanzer Komitee, dem sich Fickler anschloss)]	1
	1848	03	17	33	219	219	+	„Der Regierungsdirektor: Peter.“	„Einwohner des Seekreises, Verehrte liebe Mitbürger!“, [Amtsantritt Peters in Konstanz, Beschwörung der Einheit der Bürger und des gesetzlichen Weges zur Reform]	3
	1848	03	17	33	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Ankunft der Abgeordneten Mathy, Peter und Straub in Konstanz, Ernennung Peters zum Regierungsdirektor des Seekreises, Abordnung von Welcker und Bassermann zur 'Bundesreform' nach Frankfurt.]	2
	1848	03	17	33	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Es wird Militär zum Schutz der 'Gutgesinnten' und 'Israeliten' gegen das Volk gefordert.]	2
	1848	03	17	33	220	220	-	„Agsb. Abdz.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Bürgerbewaffnung gegen Bauernaufstände, die sich in Gewalt gegen Gutshöfe entladen, in Aussicht gestellte Neuwahl der Ständekammer]	2
	1848	03	17	33	220	221	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Hohenzollern-Hechingen.“, [Beschreibung des Verlaufs der rev. Ereignisse]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Auf dem Bundespalast weht die schwarz-rot-goldene Fahne als Anerkennung der Revolution.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Heidelberger Versammlung hat sich über die Einrichtung des Vorparlaments verständigt, zu dem für den 30. März nach Frankfurt geladen wird.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [In Hanau wird Militär zusammengezogen.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Hanauer Deputation wird erst nach Zusammenlauf von fünfzehntausend Menschen zum Kurfürsten vorgelassen, der dann die Forderungen positiv beschieden hat.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Hessen.“, [Aufforderung an die Bürger in Mainz, die eben gewonnenen Freiheiten zu verteidigen.]	2
	1848	03	17	33	221	221	-	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Der Kurfürst hat alle Forderungen der Hanauer Deputation genehmigt.]	2

	1848	03	24	38	243	243	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Kritik an Stellungnahme der „Deutschen Zeitung“ zum Vorparlament. Das Blatt passt sich der Zeit nicht an und wirke wie Vergangenes.]	3
	1848	03	24	38	243	243	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Ludwig Uhland ist zum Abgeordneten Württembergs im Vorparlament bestimmt worden.]	3
	1848	03	24	38	243	243	+	„Mannh. Abdz.“	„Deutschland. Hessen.“, [Ein republikanischer Redner ist von der Polizei verhaftet worden.]	3
	1848	03	24	38	243	243	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Das Anwesen Metternichs ist von der nassauischen Regierung wegen ausgebliebener Abgaben in den letzten 33 Jahren beschlagnahmt worden.]	3
	1848	03	24	38	243	243	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Es herrsche noch das alte System, ein Bürger sei am Altonaer Tor erschossen worden, Bürgermilitär ersetzt die Täter-Garnison, um diese vor dem Volkszorn zu schützen.]	3
	1848	03	24	38	243	244	+	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Aufruhr in Dresden]	3
	1848	03	24	38	244	244	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Ereignisse in Wien, Ruhe wiederhergestellt, Studenten bewaffnet]	2
	1848	03	24	38	245	245	-	„Oberrh. Ztg.“	„Neuestes.“, [Bericht über die Ereignisse in Berlin am 18. März folgende]	2
	1848	03	24	38	244	244	-	„Mehrere Bürger: Bürgermeister Kaiser. Martin Schmid. Anton Mayer. Konrad Ellensohn.“	„Erklärung“, [Bürger verwahren sich in einer Anzeige gegen die Behauptung, sie hätten Rentmeister Egger in Möggingen Gewalt angedroht oder Angriffe auf Kirchen- und Stiftungspapiere vorgenommen.]	2
	1848	03	24	38	244	244	-	„Der Amtsrevisorats-Scribent Knoblauch.“	„Erklärung“, [Knoblauch verwahrt sich gegen die Behauptung, er habe sich gegen die Löschung des Schlosses Salem nach dessen Brandstiftung ausgesprochen.]	2
	1848	03	31	44	267	267	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [XLIII. Sitzung der II. Kammer, Themen u.a.: Forderung von Soldaten, zukünftig im Dienst gesiezt zu werden, gegen unmenschliche Strafen beim Militär]	3
	1848	03	31	44	267	267	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Infolge des Beschlusses die Farben schwarz-rot-gold zu Bundesfarben zu machen, wird die Beflaggung an den Bundesfestungen entsprechend getauscht.]	3
	1848	03	31	44	267	267	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Arbeiter fordern Entlassung aller nicht Mannheimer Arbeiter.]	3

	1848	03	31	44	267	268	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Bildnis des Preußenkönigs ist nach Meldungen aus Berlin verbrannt worden.]	3		
	1848	03	31	44	268	268	-	„D. Volksztg.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Rendsburger Versammlung aus Abgeordneten der Herzogtümer, weiterhin dort auch eine Volksversammlung, die die Absetzung Moltkes und Scheels forderte sowie die Entfernung aller Dänen aus Zivil- und Militärämtern. Weiterhin solle Rendsburg Bundesfestung werden. Daneben: Märzforderungen.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Posen sei aus Preußen entlassen worden.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Verhandlungen der süddeutschen Staaten über ein deutsches Parlament seien weit fortgeschritten, Zusage eines Korps von 15.000 preußischen Soldaten gegen für Schleswig und gegen Russland.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Märzgefallene, Volksversammlung bei den Zelten soll von der Bourgeoisie als reaktionäre Kraft gesprengt worden sein.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Arbeitertumulte in Elberfeld und Barmen mit Maschinenstürmerei]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [200 Polen haben in der Nacht Köln passiert.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [In Zeitz wurde das Gefängnis gestürmt.]	2		
	1848	03	31	44	268	268	-	o.a.	„Österreichische Monarchie“, [Vizekönig Erzherzog Stefan ist in Preßburg eingetroffen, alle Bauern sind von allen Feudallasten befreit worden, eine Volksversammlung in Pest habe 'einen sehr bedenklichen Charakter' angenommen.]	2		
	1848	03	31	44	270	270	-	o.a.	„Neuestes.“, [zur Volksversammlung in Engen, die sich durchaus republikanisch ausgesprochen habe]	1		
	1848	03	31	44	270	270	-	o.a.	„Neuestes.“, [In Heidelberg hat sich ein Freikorps gebildet, das den sich unabhängig erklärten Schleswig-Holsteinern zu Hilfe eilen will.]	1	I. 1848	99
	1848	04	07	50	301	301	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über fehlerhafte Gerüchte, dass der König von Preußen entthront worden sei.]	3		
	1848	04	07	50	302	302	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Rückzug der Republikaner aus dem Vorparlament]	2		
	1848	04	07	50	303	303	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ereignisse in Italien, anhaltende Unruhe in Wien, Arbeiter drohen mit Aufstand, Studenten fordern Absetzung von Windisch-Graetz' und Fiquelmonts]	2		

	1848	04	07	50	303	303	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Drohung mit möglicher Abspaltung Böhmens unter Ausrufung einer Republik, mindestens aber der Unabhängigkeit, falls nicht alle Forderungen Böhmens erfüllt würden]	2
	1848	04	14	56	331	331	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Meldung zum Auszug Heckers mit etwa 50 Mann am 13.04., 6:30 Uhr]	3
	1848	04	14	56	332	332	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Volksversammlung in Stuttgart hat sich für die konstitutionelle Monarchie, das Frankfurter Vorparlament, Unterstützung der Regierung durch die Bürgerwehr ausgesprochen.]	2
	1848	04	14	56	332	332	-	„O. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Petition zur Unterstützung der Forderungen der Volksversammlung]	2
	1848	04	14	56	332	332	-	„D. Ztg.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Erzgebirge ist im Aufstand begriffen, Regierung antwortet mit Militäreinsatz.]	2
	1848	04	14	56	333	332	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Meldung von einem Aufstand im Brandenburgischen, der von „über 20 meist bestraften, jetzt arbeitsscheuen Individuen gegen Besitzende und gegen die öffentliche Sicherheit“ verübt wurde.]	2
	1848	04	14	56	333	333	-	„N. Z. Z.“	„Schweiz.“, [Verbot der Bildung militärisch organisierter Vereine, die politische Bewegungen in den Nachbarländern unterstützen]	2
	1848	04	21	62	357	357	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Herzog von Altenburg wurde nach Gerüchten verjagt, das Schloss verwüstet]	3
	1848	04	21	62	358	358	-	„Frankf. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Volksversammlung in Prager Domkirche mit Ausrufung der Republik und blutigen Auseinandersetzungen]	2
	1848	04	21	62	358	358	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Berichte aus Österreich zu Kroatien und Serbien]	2
	1848	04	21	62	358	358	-	„Augsb. Abdz.“	„Deutschland. Österreich.“, [momentan ruhige Lage, Wirtschaftskrise in Wien bringt Verarmung des Besitzbürgertums, daher wieder Unruhen zu erwarten]	2
	1848	04	21	62	358	358	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Der Landtag spricht dem Ministerium das Vertrauen aus.]	2
	1848	04	21	62	361	362	-	„Würth, Obergerichtsadvo kat.“	„Öffentliche Erklärung.“, [ausführliche Stellungnahme Würths, warum er nicht am Heckerzug teilgenommen hat, Verwahrung, als Verräter bezeichnet zu werden]	1
	1848	04	28	68	383	384	+	„Leopold. v. Dusch, Bekk [.]“	„Deutschland. Baden.“, [Verordnung infolge des Heckerzuges mit Bestimmungen über das Kriegsrecht]	3

	1848	04	28	68	384	384	-	„Leopold. v. Dusch, Bekk [.]“	„Deutschland. Baden.“, [Verhängung des Kriegsrechts über Konstanz]	2
	1848	04	28	68	384	384	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über Zug des Generals Hoffmann nach Freiburg und die Auseinandersetzungen]	2
	1848	04	28	68	385	386	-	„Köln. Z.“	„Deutschland. Hannover.“, [Misshandlung von Regierungsbeamten durch Aufständische, Anstifter Weinlagen („Wühler und Schwindler“) soll Republik fordern, um sich seiner Schulden zu entledigen.]	2
	1848	05	05	74	409	409	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Mannheim ist im Kriegszustand, Entwaffnung der Bürgern, 120 gefangene Freischärler, darunter Bornstedt, sollen nach Bruchsal gebracht werden.]	3
	1848	05	05	74	409	409	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Klage über die wirtschaftlichen Folgen der jüngsten politischen Ereignisse (bes. der Einbruch im Tourismus); Appell, Milde gegen die Gefangenen genommenen zu üben]	3
	1848	05	12	80	438	438	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der unpopuläre Außenminister Graf Fiquelmont soll nach Katzenmusik von Studenten zurückgetreten sein.]	2
	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Der Stadtrat von Brackenheim hat auf Katzenmusik vorbringende Studenten geschossen und einen getötet.]	2
	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Nassau.“, [Proteste gegen sog. „Separationsprotokoll“ des Bundestags in Wiesbaden]	2
	1848	05	19	86	464	465	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Vertreter des alten Systems sollen aus dem Staatsdienst entfernt werden.]	2
	1848	05	19	86	465	465	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [anhaltender Aufstand der Besitzlosen gegen die Besitzenden in Ostpreußen, dabei: Verwüstung des Städtchens Domnau bei Königsberg]	2
	1848	05	26	92	491	491	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Truppen ziehen aus Mannheim an, Bewaffnung von Volk und Bürgerwehr, Versammlungsrecht soll ab dem 29.05. wieder gewährleistet werden.]	3
	1848	05	26	92	491	491	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Krawall zwischen Bürgern und stationierten Soldaten aus Hessen]	3
	1848	05	26	92	492	492	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Unruhe über Rückkehr des Prinzen von Preußen, der König empfängt die Führer der Bürgerwehr und anerkennt deren Leistungen.]	2
	1848	05	26	92	492	492	-	„Mannh. Abdz.“	„Deutschland. Preußen.“, [Adresse der Aachener Bürgerversammlung gegen die Rückkehr des Prinzen von Preußen.]	2

	1848	05	26	92	492	493	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Abreise der kaiserlichen Familie und des Kaisers selbst resultierte nicht aus deren frei gefasstem Entschluss.]	2
	1848	05	26	92	493	493	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Versuch eine Republik auszurufen, ist mit Verhaftung der Unruhestifter beantwortet worden.]	2
	1848	05	26	92	493	493	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Wiener Arbeiter und Studenten verbrüdern sich.]	2
	1848	05	26	92	493	493	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Gerüchte über Rückkehr des Kaisers nach Wien rufen Freude hervor, evtl. Thronbesteigung durch Erzherzog Franz.]	2
	1848	06	02	92	517	518	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Verhandlungen in der Paulskirche ziehen sich unverhältnismäßig in die Länge, so z. B. eine Debatte am 26.05.]	3
	1848	06	02	92	518	518	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Universität Wien wurde bis zum 01.10. durch kaiserliches Dekret für geschlossen erklärt.]	2
	1848	06	02	92	519	519	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Studenten und Presse begehren gegen die Schließung der Universität und die Auflösung eines Teils der Nationalgarde auf, Barrikaden wurden errichtet.]	2
	1848	06	02	92	519	519	-	„A. Abdz.“	„Deutschland. Österreich.“, [Forderung der Studenten nach Rückkehr des Kaisers oder Ernennung eines Stellvertreters, nach Erhalt der rev. Errungenschaften, Abzug des Militär aus der Stadt. Im Fall der Nichteinhaltung drohen Studenten mit Ermordung einzelner Adelige.]	2
	1848	06	02	92	519	519	-	„A. Abdz.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Studenten haben die Gewalt über die Stadt vollständig übernommen, Arbeiter, Studenten und Nationalgarde haben Wien besetzt.]	2
	1848	06	09	104	545	545	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Aufregung in Bayern über eine unklare Formulierung über das Tragen einer deutschen Kokarde, Parallelen zu Konstanz, indem zwar die deutsche Fahne an den Regierungsgebäuden wehe, aber nach wie vor Militär die Stadt beherrsche und einige Männer nicht zu ihren Frauen zurückkehren können.]	3
	1848	06	09	104	545	545	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Blum als Vertreter der Linken fordert Republik und spricht sich dafür aus, die Wahl der Regierungsform den Einzelstaaten zu überlassen. Verhandlungen über Reg.präs. Peter (Seekreis), zehn Anträge auf Einrichtung einer provisorischen Zentralgewalt sind gestellt.]	3
	1848	06	09	104	546	546	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Zusammensetzung der Kommission zur Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt]	2

	1848	06	09	104	546	546	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Das Volk hat sich am 1. Juni gegen 22:00 Uhr um das Zeughaus versammelt. Es wird festgestellt, dass alle Brücken so vernagelt worden sind, dass diese nicht geschlossen werden könnten. Darauf wurden vom Volk alle Nägel mit Brechstangen entfernt.]	2		
	1848	06	09	104	546	546	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Köln ist das Militär verstärkt worden.]	2		
	1848	06	09	104	546	546	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die ruhige Stimmung in Wien könnte wegen der in Aussicht stehenden Arbeitslosigkeit einer großen Zahl von Arbeitern und dem Wegzug der Aristokratie und des wohlhabenden Bürgertums schnell wandeln.]	2		
	1848	06	09	104	547	547	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ein Ausschuss aus Bürgern, Studenten und Nationalgarde hat sich in Wien konstituiert und beschlossen, eine Deputation nach Innsbruck zu schicken, um den Kaiser zur Rückkehr nach Wien zu bewegen.]	2		
	1848	06	09	104	547	547	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Es wird mit der Rückkehr des Kaisers nach Wien gerechnet, dieser hat allen Errungenschaften des 13. März und des 15. Mai erneut zugestimmt, dennoch erwartet man einen Aufruhr der Arbeiter.]	2		
	1848	06	30	121	630	630	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Frei Stadt Frankfurt.“, [In Frankfurt treffen Waffen ein, um gegen einen möglichen Aufstand der Republikaner geschützt zu sein; Forderungen nach Amnestie Heckers und Struves werden von der Nationalversammlung abgelehnt, die weniger Prominenten allerdings sollen freigelassen werden.]	2		
	1848	06	30	121	630	630	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [v. Wessenberg hat sein Amt als Außenminister Österreichs niedergelegt.]	2		
	1848	06	30	121	630	630	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Böhmen soll Teil der österreichischen Monarchie bleiben, jedoch eine eigene Verwaltung und einen Vizekönig erhalten.]	2	II. 1848	112
	1848	07	07	127	658	658	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Zustimmung zur Einführung des Gesetzes über die Zentralgewalt wird durch die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers getrübt.]	3		
	1848	07	07	127	658	658	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Verhandlungen über die Wahl Heckers zum Abgeordneten der Nationalversammlung; das Bündnis Deutschlands und Ungarns gegen die Slawen wurde in einem einstimmigen Beschluss gestärkt.]	3		

	1848	07	07	127	658	658	+	„Obern. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Volksversammlung von Achern am 03.07.1848 fordert Amnestie für pol. Inhaftierte und Neuwahl der II. Kammer, da diese das Vertrauen des Volkes verloren habe.]	3
	1848	07	07	127	659	659	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Teilnehmer des Demokratenkongresses in Berlin sollen seitens der Regierung weder festgesetzt noch ausgewiesen werden.]	2
	1848	07	13	132	681	681	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Ein Gerücht, nachdem sich Erzherzog Johann nur dann bereit erklären würde, die Stelle des Reichsverwesers anzunehmen, wenn diese verantwortlich gegenüber der Nationalversammlung sein würde, hat sich zerschlagen.]	3
	1848	07	13	132	682	682	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Krawalle in Sachsenhausen/Frankfurt]	2
	1848	07	13	132	682	682	-	„Fr. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Aufruf zur Ruhe an die Arbeiter, nachdem Dr. Gottschalk und Herr Anneke verhaftet worden sind.]	2
	1848	07	13	132	682	682	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Erzherzog Johann ist nach Frankfurt abgereist, um die Position des Reichsverwesers antreten zu können; es wird erwartet, dass ein Stellvertreter des Kaisers bald nach Wien komme, um den neu gewählten Reichstag zu eröffnen.]	2
	1848	07	13	132	683	683	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Ausbruch der Revolution in der Wallachei]	2
	1848	07	21	139	713	714	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Erzherzog Johann ist nach Wien gereist, um dort den Reichstag zu eröffnen, Amnestiegesuch für badische Revolutionäre erneut zurückgewiesen (zuständig sei Karlsruhe), Petition gegen weitere Aufrüstung wird beraten. Die provisorische Zentralgewalt soll 2/100er Militäranteil sicherstellen. Gleichzeitig sollen die Bürgerwehren bestehen bleiben, was einer faktischen Aufrüstung nahe kommt.]	3
	1848	07	21	139	715	716	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Versteigerung von religiösen Bildern zugunsten der flüchtigen Republikaner]	1
	1848	08	04	151	766	766	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser kehrt zunächst nicht aus Innsbruck nach Wien zurück, gegen die Piemontesen ist bei Rivoli ein Sieg errungen worden.]	2
	1848	08	11	157	796	796	-	„O. Z.“	„Deutschland. Braunschweig.“, [Braunschweig unterstellt seine Truppen im gleichen Maße wie zuvor dem Bund nun dem Reichsverweser.]	2
	1848	08	11	157	796	796	-	„O. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Tumult in Schweidnitz]	2

	1848	08	11	157	796	797	-	„O. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Österreicher weigern sich, ihr Militär der Nationalversammlung in Frankfurt zu unterstellen.]	2
	1848	08	18	163	824	824	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Reaktion soll an Boden gewinnen.]	2
	1848	08	25	169	853	853	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Dem Beispiel Darmstadts folgend soll nun auch Baden sein Außenministerium zugunsten des Reichsministeriums liquidieren.]	3
	1848	09	01	175	886	886	-	„A. Z.“	„Deutschland. Hannover.“, [Eine Zahl Adressen fordert die unbedingte Anerkennung der Zentralgewalt.]	2
	1848	09	01	175	886	886	-	„O. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Berlin sei wie ein Vulkan, der jederzeit ausbrechen könne.]	2
	1848	09	01	175	886	886	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Volksversammlungen müssen künftig 24 Stunden vorher angemeldet und behördlich genehmigt werden. Vermutet werden Unruhen als Reaktion.]	2
	1848	09	01	175	886	887	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Berliner Unruhen vom 21.08.1848 haben zu zahlreichen Verhaftungen geführt.]	2
	1848	09	01	175	887	887	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Das energische Vorgehen gegen die aufständischen Arbeiter hat allgemeinen Beifall gefunden.]	2
	1848	09	01	175	887	887	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Lage ist ruhig, der Hass der Arbeiter auf die Nationalgarde dagegen groß. Der Kaiser hat eine Generalamnestie für alle an den Märzunruhen Beteiligten ausgesprochen.]	2
	1848	09	08	181	918	918	-	„F. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Gerüchte über Ausrufung der Republik in Rendsburg und Glücksstadt; Ausrufende sollen gleich unterdrückt worden sein.]	2
	1848	09	15	187	946	946	-	o.a.	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Als Folge des Waffenstillstandes radikalisierten sich viele Soldaten und werden Anhänger der Linken.]	2
	1848	09	15	187	946	947	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Justizminister Österreichs soll erklären, wie der Verfassungsoktroi mit dem Prinzip der Vereinbarung der Verfassung konform ginge. An dieser Frage wird sich die Souveränität der Reichsversammlung entscheiden. Frankreich stehe im Falle eines Aufstands zu der Wiener Regierung, die Kurse an der Börse fallen erneut.]	2

	1848	09	22	193	977	977	+	„M. A.“	„Deutschland. Baden.“, [Infolge des Beschlusses der Nationalversammlung, dem Waffenstillstand zuzustimmen, kam es zu einer Volksversammlung in Mannheim, die beschloss, Deputationen nach Frankfurt zu schicken, um dort die Abgeordneten der Rechten zum Rücktritt zu bewegen, um dann mit den Verbliebenen die Verhandlungen fortzusetzen.]	3
	1848	09	22	193	977	977	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Im Nachgang der Volksversammlung vom 17.09.1848 sind 2400 Bundessoldaten zum Schutz der Nationalversammlung nach Frankfurt beordert worden.]	3
	1848	09	22	193	977	978	+	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Bürgerschützen rissen preußische Fahnen herunter.]	3
	1848	09	22	193	978	978	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Abgeordneten, die dem Antrag Steins vom 07.09.1848 nicht zustimmen wollten, sind durch das die Versammlung umgebende Volk, durch Briefe und durch direkte Gewaltandrohung zur Annahme genötigt worden. Sie haben sich bis an den König gewandt, um diesen über die Umstände der Abstimmung zu unterrichten.]	2
	1848	09	22	193	980	980	-	„Der Reichsverweser: Johann. [...]“	„Deutschland. Neueste Nachricht!“, [Belagerungszustand in Frankfurt]	1
	1848	09	22	193	980	980	-	„O. Z.“	„Deutschland. Neueste Nachricht!“, [Berichte über den Aufstand in Frankfurt und die Kämpfe]	1
	1848	09	29	199	1007	1008	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Äußerung des Großherzogs zum Einfall Struves, Verkündung einer provisorischen Verordnung zum Standrecht und Erläuterungen zur Unterscheidung des Standrechts vom regulären Recht. Die Angriffe auf die Eisenbahn werden verurteilt.]	3
	1848	09	29	199	1008	1008	-	„K. Z.“	„Bekanntmachung.“, [Gustav Graf von Keller wird auf Ordre des 23.09.1848 zum Reichskommissar für alle südwestdeutschen Bundesstaaten ernannt, um dort Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.]	2
	1848	09	29	199	1008	1008	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Kammer verhandelt über „Weltereignisse“. Dabei wird ein Antrag verworfen, der der Unterstützung der „reinen Elemente des neuen Geistes“ galt. Stattdessen wurde die Volkssouveränität bekräftigt. Der Nationalversammlung sagt man Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Beschlüsse zu.]	2
	1848	09	29	199	1008	1008	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [„Der Bürgerverein für die Freiheit“ drängt auf rasche Verhandlung der Reichsverfassung.]	2

	1848	09	29	199	1008	1008	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [In der Stadt herrscht Ruhe. Auf Anordnung des Befehlshabers der Bundestruppen findet eine öffentliche Leichenschau nicht statt; Hinweis auf geltendes Standrecht.]	2	III. 1848	89
	1848	09	29	199	1009	1009	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Bericht über Anschlag auf die Eisenbahn, bei dem nach einer Explosion ein leerer Zug entgleist ist. Auf den Zügen werden Bundestruppen transportiert.]	2		
	1848	09	29	199	1009	1009	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Reichsminister Heckscher ist auf dem Weg nach Höchst beleidigt und von einigen Bürgern „auf empörende Weise mißhandelt“ worden. Begab sich im Schutz von Bürgern in der Nacht nach Wiesbaden.]	2		
	1848	09	29	199	1009	1009	-	„Der Bürgermeister. Huetlin.“	„Bekanntmachung.“, [Der Beschluss des Gemeinderats von Meßkirch über das Verbot der Volksversammlung im Ort wird bekannt gegeben.]	2		
	1848	09	29	199	1009	1009	-	„Gemeinderath. Johann Hegele.“	„[ohne]“, [Beschluss des Gemeinderats von Meßkirch, die vom „Verein zur Eintracht“ geplante Volksversammlung mit Blick auf die Ereignisse in Frankfurt zu untersagen.]	2		
	1848	10	06	205	1033	1033	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Bericht über geschlagene Revolutionäre, die durchs Land ziehen.]	3		
	1848	10	06	205	1033	1033	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Nationalversammlung habe das Vertrauen des Volkes verloren, der Missmut über den Belagerungszustand wächst auch bei den Rechten: „Die Nationalversammlung dieses Augenblicks fängt an ein Kinderspott zu werden“.]	3		
	1848	10	06	205	1033	1033	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Verfügung über die Herausgabe eines Reichsgesetzblattes.]	3		
	1848	10	06	205	1034	1034	-	o.a.	„Deutschland. Waldeck.“, [Erneute Unruhe zwingt den Fürsten zur Flucht. Das Fürstentum leidet unter einer schlechten Verwaltung, Armut unter den Bauern und einem unzureichenden Justizsystem. Außerdem steht die Einberufung eines konstituierenden Landtags aus, der aus Kostengründen bisher nicht zustande kam.]	2		
	1848	10	06	205	1034	1034	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Zwischen Jellachich und den Ungarn wurde ein 24stündiger Waffenstillstand vereinbart.]	2		
	1848	10	06	205	1035	1036	-	„Allg. Z.“	„[ohne]“, [Zwei Briefe von Teilnehmern des Struve-Aufstandes mit reflektierenden Bemerkungen.]	2		

	1848	10	13	211	1060	1060	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [77. Sitzung der II. Kammer nach drei Monaten Pause eröffnet: 1. Gesetzentwürfe über die Zulässigkeit von Klagen gegen öffentliche Diener und über die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände liegen vor, die Frage der Ministerverantwortlichkeit werde geregelt, sobald die Reichsverfassung erlassen ist, um diese nicht sogleich wieder obsolet werden zu lassen. „In der Presse und in Versammlungen werden verbrecherische Grundsätze verbreitet [...]“. Ausfluss dieser Entwicklung ist der Septemberaufstand und der Struve-Putsch.]	3
	1848	10	13	211	1060	1060	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [kritischer Bericht über die Nationalversammlung, Appell der Zeitung, die Kritik anzunehmen; Kritikpunkte sind u.a. „Das Parlament in Frankfurt ist eine Behörde, welche zwischen Himmel und Erde schwebt und keinen Boden unter sich hat. Der Reichsgewalt steht kein Geld und kein Heer zu Gebot [...]“.]	2
	1848	10	13	211	1060	1061	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ausführliche Schilderung des erneuten Aufstandes in Wien, Kriegsminister Latour, dessen Verdienste gelobt werden, wurde von Aufständischen erstochen.]	2
	1848	10	13	211	1061	1062	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Nachdem das Zeughaus genommen worden ist, herrscht wieder Ruhe in der Stadt, die Proklamationen des Reichstags haben gut gewirkt.]	2
	1848	10	13	211	1062	1062	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Auf der Sitzung vom 7.10. behandelt der Reichstag ein Manifest des Kaisers zu den jüngsten Geschehnissen. Im Reichstag führt die Weigerung des Ministers Kraus, das Manifest zu unterzeichnen, zu Gelächter. Man beschließt, die Veröffentlichung des kaiserlichen Manifests an eine Kommission zu verweisen und als Reichstag eine Denkschrift an den Kaiser und eine Proklamation an das Volk zu verfassen. Über die Minister Doblhoff, Kraus und Hornbostl soll der Kontakt zum Kaiser erhalten bleiben.]	1
	1848	10	13	211	1062	1062	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Unruhe in Pest: Landsturm ist aufgeboden, Volksversammlung tagt]	1
	1848	10	20	217	1087	1087	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Abgeordneten der Nationalversammlung Welcker und Mosle sind in München eingetroffen; hier herrscht eine weniger aufgeregte Stimmung als in Frankfurt; die Abgeordneten sollen für die Fahrt nach Wien hier mit den neusten Meldungen vertraut gemacht werden, sie trafen mit dem bayerischen Außenminister zusammen. Die Weiterfahrt nach Wien soll sich wegen der dort stattgefundenen Ereignisse um einige Tage verzögern.]	3

	1848	10	20	217	1087	1087	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser befindet sich auf dem Weg nach Olmütz, auf Anträge der Nationalversammlung auf „vollkommene Amnestie“ für Vergangenes und auf Absetzung Jellachichs ist er nicht eingegangen. Nach dem Rücktritt zwei weiterer Minister (Hornbostl und Kraus) besteht kein Ministerium mehr. Das konservative Blatt „Die Geißel“ soll eingestellt worden sein.]	3
	1848	10	20	217	1087	1088	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bericht über die Reichstagssitzung in Wien am 13.10., in der das Volk gelobt wurde, sich in diesen Tagen tapfer gezeigt zu haben; es verdiene, Waffen zu tragen. Wahl von Brestl mit 108 von 203 Stimmen zum Vizepräsidenten.]	3
	1848	10	20	217	1088	1088	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bericht über die Reichstagssitzung in Wien am 13.10., Abendsitzung. Berichte über Vorgehen von Offizieren etc. sorgen für Heiterkeit.]	2
	1848	10	20	217	1088	1088	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Der Reichstag will den Ruf an die Ungarn, Jellachich anzugreifen, wahrscheinlich nicht gewähren. In Wien ist es ruhig, es stellt sich jedoch die Frage, wie lange die 40- 50tausend Arbeitslosen noch unterhalten werden können.]	2
	1848	10	27	223	1116	1116	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [In Feldkirch soll ein Arbeiterkrawall ausgebrochen sein; Anmahnung der Quartiergebühren. Statt der nach Bregenz abrückenden Österreicher ziehen nun badische Soldaten ein.]	2
	1848	10	27	223	1116	1116	-	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Hechingen.“, [In Hohenzollern-Hechingen soll eine Bürgerwehr eingerichtet werden.]	2
	1848	10	27	223	1117	1117	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Elbing kam es zu einem Tumult gegen einen demokratischen Kaufmann, der sich weigerte, anlässlich des Geburtstags des Königs das Fenster zu beleuchten.]	2
	1848	10	27	223	1117	1117	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Ansprache der gesandten deutschen Reichskommissare Welker und Mosle, in der sie betonen, dass Gerüchte über eindringende deutsche Truppen nach Österreich falsch seien und sie selbst sich bereits seit 25 Jahren für die „gesetzliche deutsche Freiheit“ einsetzen.]	2
	1848	10	27	223	1117	1117	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Verhandlung des Reichstages u.a. über die Ankunft Welkers und Moseles, die aus Passau eine erste Proklamation geschickt hätten. Militärisches (Italien und Ungarn), Manifest des Kaisers, in welchem sich dieser zu den gewährten Freiheiten des Volkes bekennt und die verfassungsgebende Aufgabe des Reichstags bekräftigt.]	2

	1848	11	10	235	1173	1173	-	„O. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Herzog hat die Stadt Bernburg verlassen, um die Anerkennung der neuen Verfassung zu verschieben. Daraufhin herrscht große Aufregung in der Stadt.]	2
	1848	11	10	235	1173	1173	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der demokratische Klub hat ein Plakat aufhängen lassen, auf welchem dem König vorgeworfen wird, die Wahrheit nicht hören zu wollen. Dem Abgeordneten Jacobi wird der Dank des Vaterlandes ausgesprochen.]	2
	1848	11	10	235	1173	1173	-	„O. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Lage in der Stadt ist ruhig; die Nationalversammlung Preußens rechnet mit Ernennung des Abgeordneten Grabow zum neuen Ministerpräsidenten, nachdem Graf Brandenburg um seinen Rücktritt gebeten habe.]	2
	1848	11	10	235	1173	1173	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Unruhe in Posen, weil eine deutsche Fahne geraubt worden ist.]	2
	1848	11	17	241	1201	1201	-	„(gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) Gr. v. Brandenburg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Meldung vom 09.11. über die am 08.11.1848 vom König aufgrund der Unruhe in Berlin, die mit zahlreichen Drohungen die freien Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung stören würden, von dort nach Brandenburg verlegten Versammlung. Sie soll die Sitzungen sofort abbrechen und erst am 27.11. in Brandenburg wiederaufnehmen.]	2
	1848	11	17	241	1201	1201	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Seitens des Volkes und der Studenten ist nur mit einem Korps von etwa 2.500 Mann zu rechnen, die für die Nationalversammlung in einer neuen Revolution ins Felde ziehen will. Die Nationalversammlung selbst hat ihren Präsidenten beauftragt, ein geeignetes Tagungslokal ausfindig zu machen. Sie soll dann als Klub von den Behörden unbehelligt tagen können und erst aufgelöst werden, wenn sich gewaltsame Unterstützer finden.]	2
	1848	11	17	241	1201	1201	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Bürgerwehr wird in Bereitschaft versetzt; am Mittag des 10.11. rücken 15.000 Soldaten ein, um ein erneutes Zusammentreten der Nationalversammlung zu verhindern. Das Volk verhält sich ruhig.]	2
	1848	11	24	247	1225	1225	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [erörternder Artikel zur Hinrichtung Blums in Wien]	3
	1848	11	24	247	1226	1226	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Minderheitsadresse der Frankfurter Nationalversammlung an das preußische Volk, in der die Unrechtmäßigkeit der Auflösung der Versammlung betont wird. Aufruf, den Beschlüssen der Versammlung dennoch zu folgen.]	2

	1848	11	24	247	1226	1226	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Aus der Nationalversammlung in Frankfurt: Unterstaatssekretär Bassermann reicht ein Rücktrittsgesuch an den Reichsverweser ein, weil seine Mission, mit Berlin über die Mitwirkung der Reichsgewalt bei der Bekämpfung der Spannungen zu verhandeln, gescheitert ist; die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolfstadt sollen um ihre Mediatisierung gebeten haben.]	2
	1848	11	24	247	1226	1227	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Informationen über die Verhaftung und Hinrichtung Blums in Wien.]	2
	1848	11	24	247	1227	1227	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Krawall in Halle wegen der beabsichtigten Verhaftung des Professors Leo. Offizielle Stellen dementieren jedoch die Absicht, Leo zu inhaftieren.]	2
	1848	11	24	247	1227	1227	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Entwaffnung der Bürgerwehr wurde fortgesetzt, Inhaftierungen wurden vorgenommen. Die Regierung soll entschlossen sein, die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurückzunehmen. Der Oberbürgermeister Kölns hat den Bürgern angezeigt, dass der Gemeinderat in einer Adresse an den König beschlossen habe, die Rückkehr der Nationalversammlung nach Berlin zu fordern und das Ministerium Brandenburg durch eines zu ersetzen, das das Vertrauen des Volkes hat.]	2
	1848	12	01	253	1256	1256	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung und Angehörige der dortigen Zentrumsfraktion (Hotel de Russie) sind in Frankfurt angekommen, um die gescheiterte Vermittlungsmission Bassermanns fortzusetzen.]	2
	1848	12	01	253	1256	1256	-	„A. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Bonn ist es zu Tumulten gekommen; es wurde bereits am 15.11.1848 besonders von den Bewohnern des Landes die Zahlung der Schlacht- und Mahlsteuer verweigert. Neues Militär wurde stationiert, da das anwesende unzuverlässig scheint. Die Zeitung betont, dass sich die Bürgerschaft besonders um die Versorgung der Handwerker bemühe, der konstitutionelle Verein sich durch Gründung einer Darlehnskasse ebenfalls verdient gemacht habe.]	2
	1848	12	01	253	1256	1257	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Am 24.11.1848 hat es einen Aufstand von Bürgern gegeben, der zum Kampf mit dem Militär geführt hat. Der Aufstand forderte viele Opfer, die Ruhe ist wiederhergestellt worden, Belagerungszustand wurde ausgerufen.]	2

	1848	12	01	253	1256	1256	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Aufstand einiger Soldaten in Darmstadt am 23.11.1848 führt zur Befreiung eines inhaftierten Soldaten.]	2
	1848	12	01	253	1257	1257	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Das standrechtliche Verfahren wird durch ein ordentliches kriegsrechtliches Verfahren mit zwei zivilen Beisitzern ersetzt, der Belagerungszustand in Wien bleibt jedoch weiter bestehen. Jellachich erhält Auszeichnung.]	2
	1848	12	01	253	1257	1257	-	„F. J.“	„Preußische Monarchie.“, [19.11.1848: Unruhe in Ostpreußen wegen des Beschlusses des Königs zur Nationalversammlung; geplante Steuerverweigerung.]	2
	1848	12	01	253	1257	1257	-	o.a.	„Preußische Monarchie.“, [Die Behörden in Tilsit haben an die Regierung in Gumbinnen eine Kommission abgesandt, um in Erfahrung zu bringen, ob diese den Steuerstreik in die Hand nehmen wolle.]	2
	1848	12	08	259	1283	1284	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Scharfe Zurückweisung eines Artikels im „Mannheimer Journal“ vom 01.12.1848, nach dem es in Konstanz während des Jahrmarktes zu Unruhen gekommen sei. Derlei Artikel sind gelogen und dienen nur dazu, den Konstanzern weiter die Stationierung fremder Truppen aufzuerlegen, ohne dieselbe zu vergüten.]	3
	1848	12	08	259	1284	1285	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Nationalversammlung Preußens hat sich in Brandenburg personell deutlich um die nicht mitgezogenen Abgeordneten verjüngt. Die Nationalversammlung will sich einen neuen Präsidenten geben.]	2
	1848	12	08	259	1285	1285	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Tumult in Bernkastel wegen in Angriff genommener Verhaftung des Demokraten Koblenz]	2
	1848	12	15	265	1311	1311	+	„Allg. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Es zeichnet sich die erbkaiserialche Lösung ab. Der Sitz des Kaisers (Frankfurt oder Erfurt) ist noch umstritten.]	3
	1848	12	15	265	1312	1312	-	„M. Z.“	„Deutschland. Sachsen.“, [Druck des Abschiedsbriefs Blums an seine Frau.]	2
	1848	12	15	265	1312	1312	-	„F. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Bremen.“, [Aufruhr gegen Besitzverhältnisse („Heiligkeit des Eigentums“) und gegen die Freiheit des Verkehrs.]	2
	1848	12	15	265	1312	1312	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Köln wurde die Nachricht über die Auflösung der preußischen Nationalversammlung begrüßt. Die oktroyierte Verfassung findet große Zustimmung, ist einigen Bürgern aber zu liberal.]	2

	1848	12	29	276	1365	1366	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt“, [Auseinandersetzung über das Reichsoberhaupt. Beschrieben werden die Ansichten der verschiedenen Fraktionen der Nationalversammlung.]	3	IV. 1848	109
	1849	01	05	5	19	19	+	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Neben dem König von Württemberg hat sich auch der Herzog von Nassau für die preußische Erbkaiserwürde ausgesprochen.]	3		
	1849	01	12	11	45	45	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Ein Gerücht besagt, Bayern und Hannover würden sich dem Reichsoberhaupt nicht mehr unterordnen.]	3		
	1849	01	12	11	45	45	+	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Antrag Gagerns, das Vereinbarungsprinzip der Verfassung, das Österreich fordert, zurückzuweisen und stattdessen Unterhandlungen mit Österreich über die engere Anbindung der nicht-deutschen Teile an Deutschland zu führen. Es wird die Ablehnung des Antrags erwartet.]	3		
	1849	01	12	11	45	46	+	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Abdruck des Ausschussantrages zur Zurückweisung des Vereinbarungsprinzips der Verfassung mit Österreich wie mit anderen Regierungen Deutschlands.]	3		
	1849	01	12	11	46	46	-	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Die Ständeversammlung spricht sich für die erbkaiserliche Lösung mit dem preußischen König an der Reichsspitze aus.]	2		
	1849	01	12	11	46	46	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Hannover.“, [Die Hannoveraner Regierung will die Gültigkeit der Reichsgesetze in ihrem Land zunächst durch Gerichte prüfen lassen.]	2		
	1849	01	19	17	73	73	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Freiherr von Andlaw zeigte an, er wolle auf der kommenden Sitzung der II. Kammer einen Vorschlag an den Großherzog mit der Bitte um Berufung eines Verfassungsausschusses und einer möglichen Revision der Verfassung und eines neuen Wahlgesetzes richten.]	3		
	1849	01	19	17	73	73	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [König und Regierung von Württemberg halten Anerkennung des preußischen Königs als Kaiser für unangebracht und eine mögliche Annahme der Kaiserwürde durch Preußen für eine „gefährliche Verwirrung“.]	3		
	1849	01	19	17	73	73	+	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Verleihung der Krone an Friedrich Wilhelm IV.]	3		

	1849	02	09	35	157	157	+	„Karlsr. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Einschätzung zur politischen Lage der Reichsversammlung. Es ist noch unklar, ob die Verfassung jetzt verabschiedet werden sollte, um ein Scheitern zu verhindern, oder ob man Österreichs Erklärung zur Verfassung abwarten müsse, um dieses Land nicht auszuschließen. Preußen habe sich bisher ebenfalls nicht positioniert. Kritisch sollen hier insbesondere die Abschaffung der Todesstrafe und die abweisende Haltung der Regierung in Bezug auf die ihr angetragenen Verantwortung als Führungsmacht.]	3
	1849	02	23	47	219	219	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Der zwischen Stuttgart, München, Dresden, Hannover und Wien rege Kurierwechsel soll eine Verbindung zu erbringen beabsichtigen, die Mittels eines Heers von 40.000 Mann und der Auflösung der Frankfurter Nationalversammlung die deutschen Angelegenheiten leiten will. Hierauf soll eine Verfassung oktroyiert werden.]	3
	1849	03	09	59	277	277	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Nachrichten aus Berlin zufolge soll Dänemark den Waffenstillstand gekündigt haben. Die Lage stelle sich aus Sicht Dänemarks als besonders günstig dar, da Deutschlands Uneinigkeit und Russlands Intervention die Deutschen schwächen. Die Zeitung erwartet den europäischen Krieg oder eine große Revolution, die politische und soziale Umwälzungen bringen werde. „Jetzt müssen sich die Parteien entscheiden – keine Halben mehr!“]	3
	1849	03	09	59	277	277	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Regierung sendet als Vorsichtsmaßnahme gegen einen möglichen Putsch 800 Württemberger Soldaten nach Offenburg.]	3
	1849	03	09	59	277	277	+	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [In Aschaffenburg zog eine große Anzahl Bauern gegen die Kaserne. Bei der Auseinandersetzung kam es auf beiden Seiten zu Toten und Verwundeten. Reichstruppenabteilungen sind in die Stadt verlegt worden, um weitere Unruhen zu verhindern.]	3
	1849	03	09	59	278	278	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Unruhen in Krakau, Handelsminister von Bruck ist von Triest zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden.]	2
	1849	03	09	59	278	278	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Gerüchte über eine Revolution in Krakau, ungarische Verbände sollen bis auf fünf Meilen gegen Pest gerückt sein.]	2
	1849	03	16	65	305	305	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Nach einer Anschlagdrohung wurde das Schloss Nymphenburg stark bewacht.]	3

	1849	03	16	65	305	305	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Unruhe in Orb, die sich an der strengen Überwachung es Wild- und Waldfrevels entzündet und gegen das Militär gerichtet hatte, ist vorüber.]	3
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [20.000 Bayern sollen die nach Schleswig-Holstein abgehenden bayerischen Truppen ersetzen. Eine Volksversammlung, die von demokratischen und republikanischen Vereinen berufen worden war, forderte von der königlich sächsischen Regierung, die Bayern nicht ins Land zu lassen.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Infolge der oktroyierten Verfassung Österreichs und der weiteren Zentralisierung des Staates unter faktischer Zurückweisung der Übereinkunft mit Deutschland ist Welcker als Spitze der österreichischen Partei zurückgetreten und hat sich für das Erbkaisertum der Hohenzollern ausgesprochen. Diese Position vertritt nun die Mehrheit in der Nationalversammlung.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Hannover.“, [Eine Gesandtschaft soll mit einer Nachricht aus St. Petersburg in Bezug auf die russische Intervention in Siebenbürgen zur Zentralgewalt in Frankfurt abgegangen sein. Selbst wenn der Gehalt der Mission ein anderer sei, bemerkt die Zeitung, sei bereits der offizielle Austausch Russlands mit der Zentralgewalt bemerkenswert. In Hannover dauert die Ministerkrise an, jedoch ist am 10. März die Ruhe nicht wieder gestört worden.]	2
	1849	03	16	65	306	306	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [In Hannover dauert die Ministerkrise an, jedoch ist am 10. März die Ruhe nicht wieder gestört worden.]	2
	1849	03	23	71	335	335	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Das bayerische Militär, das nach Sachsen oder Schleswig-Holstein abgehen soll, soll sich marschfertig machen. Gegenüber einem Abgeordneten der Nationalversammlung erklärte der König, die Grundrechte gleich nach der bevorstehenden Einberufung des Landtages unbedingt anzunehmen.]	3
	1849	03	23	71	336	336	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Nachricht vom 16.03.1849: Gerüchten zufolge will Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone nur annehmen, wenn diese zugleich von Fürsten und Nationalversammlung an ihn herangetragen würde. Die Zeitung fragt, ob wohl auch andere deutsche Fürsten derart gewissenhaft wären.]	2
	1849	03	23	71	336	336	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Abgeordneten des aufgelösten österreichischen Reichstags haben eine Erklärung abgegeben, in der diese sich sich gegen Anschuldigungen verwahren.]	2

	1849	03	30	77	365	366	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Fortsetzung der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung, hier: die Verkehrswege betreffend.]	3	I. 1849	68
	1849	04	06	83	399	400	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Abdruck eines Protokolls der Verhandlungen gegen Struve]	3		
	1849	04	06	83	400	400	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Die Gefangenen Struve und Blind sind im Gefängnis Rastatt eingetroffen.]	2		
	1849	04	06	83	400	401	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Zweite Lesung der Reichsverfassung; die Gewähr der Verfassung]	2		
	1849	04	06	83	401	401	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Nach der Kaiserwahl in der Nationalversammlung hat sich der Magistrat einer Adresse der Stadtverordnetenversammlung, die eine unbedingte Annahme der Kaiserkrone forderte, nicht angeschlossen. Der Magistrat will auch eine modifizierte EntschlieÙung Friedrich Wilhelms IV. zulassen. Eine entsprechende Adresse ist in der Zeitung abgedruckt und wurde am gleichen Tag an den König weitergeleitet. Unterdessen vermutet man, dass der König die Kaiserkrone nur nach zusätzlicher Zustimmung der deutschen Fürsten annehmen werde und dann eher als „Schirmherr“ denn als „Deutscher Kaiser“. Sächsische Truppen sind in Berlin eingetroffen und mit einem Sonderzug nach Hamburg transportiert worden.]	2		
	1849	04	06	83	401	401	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der Zug mit den Deputierten, die die Kaiserwahl an Friedrich Wilhelm IV. herantragen sollen, ist in Düsseldorf freudig empfangen worden. Der Zeitung zufolge waren die Deputierten darüber erfreut.]	2		
	1849	04	13	89	431	431	+	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Nachricht über die Ablehnung der Kaiserkrone, Kommentar dazu.]	3		
	1849	04	13	89	431	432	+	o.a.	„Deutschland. Sachsen-Weimar.“, [Die aus Berlin zurückkehrende Delegation macht unter großem Jubel in Weimar Station. Zur Frage der Annahme der Krone durch den preußischen König äußerten sie sich trotz besorgniserregender Gerüchte nicht.]	3		
	1849	04	13	89	432	432	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Mit der Begründung, die Verfassungsfrage sei noch nicht geklärt, wurden die Stände um weitere zwei Wochen vertagt.]	2		
	1849	04	13	89	432	433	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Einschätzung der „Allgemeinen Zeitung“ zur Reaktion Berlins auf die angetragene Kaiserwürde sowie zum Krieg mit Dänemark]	2		

	1849	04	13	89	433	433	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Zur Ausführung der Zirkularnote vom 04.04.1849 wird Camphausen aus Frankfurt nach Berlin gerufen; Situation zu Beginn der neuerlichen militärischen Auseinandersetzungen.]	2
	1849	04	13	89	433	433	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Bei Czegled ist dem Banus ein Sieg gegen die Ungarn geglückt. Die Note des preußischen Königs trifft in Österreich auf Verwunderung wegen der Annahme des Provisoriums durch den König und dessen kurze Fristsetzung, binnen derer die deutschen Fürsten sich zur Kaiserwahl erklären sollen. Allgemein lehnt Österreich Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser ab.]	2
	1849	04	20	95	463	463	+	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Ein Antrag der Linken, der die unbedingte Umsetzung und Verteidigung der Reichsverfassung durch Württemberg verlangt, wurde angenommen.]	3
	1849	04	20	95	464	464	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Antwortnote aus Österreich: 1. Die Nationalversammlung wird als nicht mehr existent betrachtet, 2. sie hat kein Recht, die provisorische Zentralgewalt neu zu besetzen, 3. durch die Verabschiedung der Reichsverfassung habe sie das Recht verwirkt, überhaupt Teil eines verfassungsgebenden Prozesses zu sein, 4. Erzherzog Johann möge sein Amt bis zur Einrichtung einer definitiven Zentralgewalt auf rechtlchem Wege weiter ausüben.]	2
	1849	04	20	95	464	464	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Einige österreichische Abgeordnete wollen die Regierung durch eine Vorstellung von ihrem Verbleib in der Nationalversammlung überzeugen. Der Kaiser hat Erzherzog Johann gebeten, bis zur Errichtung einer „den Umständen angemessenen“ Zentralgewalt die Stellung des Reichsverwesers weiter auszufüllen.]	2
	1849	04	20	95	464	464	-	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Die Regierung gibt den Ständen und der Nationalversammlung gegenüber nicht nach. Abgeordnete haben eine Adresse unterzeichnet, in der sie die umgehende Einberufung der Stände fordern.]	2
	1849	04	20	95	465	465	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Camphausen hatte vielfache Konferenzen über das weitere Vorgehen Preußens in der Kaiserfrage. Prinz Wilhelm hätte sich wohl lieber gleich klarer positioniert, als dies Friedrich Wilhelm IV. getan hat. Dennoch wolle auch er die Krone nicht unbedingt annehmen. Preußen wolle die freiwillige Einigung der Staaten herbeigeführt wissen, die auch den Umfang des Reichs skizzieren soll. Nicht dulden würde man angesichts der äußeren Bedrohung auch durch die Wahlkrise in Frankreich, dass ein Bürgerkrieg in Süddeutschland ausbricht.]	2

	1849	04	20	95	465	465	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Während die Antwort des Königs auf das Antragen der Kaiserkrone durch die Nationalversammlung insbesondere die Allianz mit Österreich hochstellte, war die Zirkularnote der Versuch, „der deutschen Sache einigermaßen gerecht zu werden“. Infolge der abschlägigen Antwort Österreichs habe die Politik Preußens hinsichtlich einer Lösung der deutschen Frage eine positive Wendung genommen.]	2
	1849	04	27	101	495	495	+	„Wilhelm.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Proklamation des württembergischen Königs, in der er sich für ein „großes, einiges und starkes Deutschland“ ausspricht, für das er Opfer zu erbringen gewillt ist. In der jetzigen Unruhe mahnt er zur Besonnenheit und Ablehnung der „Wühler“, die ins Verderben führen würden. Er selbst sei an der Entstehung der Lage vollkommen unbeteiligt.]	3
	1849	04	27	101	495	496	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Ein Ausschuss der Kammer fordert Einschränkungen des Königs in Bezug auf die Annahme der Reichsverfassung zugunsten einer unbedingten Annahme wegzulassen. In einer darauf folgenden Erklärung wiederholt der König die Einschränkungen, dass er Reichsverfassung und Reichswahlgesetz ratifizieren wolle, falls diese in Wirksamkeit treten sollten. Einer provisorischen Ausübung der erbkaiserialichen Rechte durch Friedrich Wilhelm IV. stimmt König Wilhelm zu.]	3
	1849	04	27	101	496	497	-	„K. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Bezug auf die deutsche Frage herrscht in Berlin Unklarheit. Hauptproblem soll die Reichsverfassung sein, die auf Anregung des Ministeriums in der I. Kammer einer Prüfung unterzogen werden soll.]	2
	1849	04	27	101	496	497	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die deutsche Frage war Gegenstand der Verhandlungen der II. Kammer. Eine hierzu eingesetzte Kommission hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Zirkularnote vom 03.04.1849 zu missbilligen und auf einen raschen Antritt des Amtes als deutscher Kaiser durch Friedrich Wilhelm IV. zu drängen. Voraussetzung sei aber die Zustimmung der deutschen Fürsten. Der Ministerpräsident erklärt, den von den Kammern gebilligten Noten vom 23.01.1849 und 03.04.1849 treu geblieben zu sein. Die Nationalversammlung hat die Anforderungen der Regierungen in der Note vom 23.01. nicht eingearbeitet und damit das Scheitern verschuldet. Mit knapper Mehrheit spricht sich die Kammer für die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung aus.]	2

	1849	05	04	107	525	525	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Situation bezüglich der Umsetzung der Reichsverfassung spielt den Radikalen in die Hände. Da sich Preußen nicht gegen Bayern und Österreich stellen werde, gerät es in Widerspruch zur Nationalversammlung, die sich dann der Revolution in die Arme werfen muss. Der Verfasser sieht die reale Gefahr des Terrorismus durch eine soziale Revolution.]	3
	1849	05	04	107	525	525	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der Landtag ist noch immer nicht einberufen worden. Eine Bürgerversammlung soll am 27.04.1849 die unbedingte Annahme der Reichsverfassung fordern. Beurlaubte Militärs sind in die Kaserne einberufen worden.]	3
	1849	05	04	107	525	525	+	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Tumult, nachdem ein Gast in einem Lokal auf das Wohl der Ungarn angestoßen hat. Er wurde von österreichischen Soldaten auf die Wache gebracht, die vom Volk umringt wurde.]	3
	1849	05	04	107	526	526	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Erzherzog Johann hat sich temporär geweigert, einige Durchführungsbeschlüsse der Nationalversammlung zu unterzeichnen. Darauf ist das Ministerium zurückgetreten, bis Johann unterschrieben hatte. Die Linken fordern eine Herabsetzung der Grenze der Beschlussfähigkeit auf 100 Abgeordnete und die freie Ortswahl der Versammlung. In Mainz sollen 8.000 Preußen stationiert worden sein.]	2
	1849	05	04	107	526	526	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Tumult in Berlin am 27.04.1849. v. Radowitz hatte eine längere Unterredung mit dem König.]	2
	1849	05	04	107	526	527	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [General Wrangel in Berlin; erneute Tumulte, gegen die wieder das Militär vorging, Gerüchte über den Rücktritt des Ministeriums mehren sich]	2
	1849	05	04	107	527	527	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Situation in Berlin am 28.04.1849 gleicht der des 18.03.1848: Überall sind Menschen auf den Plätzen, die durch das anwesende Militär noch erregter werden. Man befürchtet Unruhen der Berliner Arbeiter.]	2

	1849	05	04	107	528	528	-	o.a.	„Einladung zur Versammlung des großen Bürgerausschusses.“, [Beratung zweier Adressen an die Nationalversammlung bzw. an die großherzogliche Regierung mit dem Ziel der Umsetzung der Reichsverfassung. Die Nationalversammlung solle für den Fall der Nichtumsetzung zu den Waffen rufen, die badische Regierung diese mit allem regulären Militär und bewaffneter Bürgerwehr unterstützen. Die Sitzung soll am 05.05.1849 stattfinden, es wird im kleingedruckten Nachsatz darauf verwiesen, dass Verspätungen oder unentschuldigtes Fernbleiben mit Strafen bis zu einem Gulden belegt sind.]	1
	1849	05	11	113	555	556	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Eine Versammlung der Karlsruher Bürgerwehr fasst u.a. folgende Beschlüsse: 1. Baldmöglichste Veröffentlichung der Reichsverfassung im Regierungsblatt und Beeidigung derselben, 2. Unbedingtes Eintreten der Bürgerwehr für die Reichsverfassung und Aufruf an die anderen Bürgerwehren des Landes, es ihr gleich zu tun. 3. Die badische Regierung solle sich für den Schutz Rheinbayerns einsetzen, indem sie sich bei der Zentralgewalt für ein Verbot des Truppendurchzugs aus denjenigen Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, einsetzt.]	3
	1849	05	11	113	556	556	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Artikel zum Beschluss der Nationalversammlung zur Durchsetzung der Reichsverfassung. Mahnung, den gesetzlichen Weg als einziger in dieser Zeit zum Erfolg führen kann, der Gewalt, die die Linke vorschlägt, vorzuziehen. Besonders in den Staaten, in denen die Reichsverfassung bereits anerkannt sei.]	2
	1849	05	11	113	556	556	-	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Bürgerkrieg in Dresden; das preußische Militär steht vor der Stadt und verlangt deren Kapitulation. Das bayerische Infanterieregiment ist zugunsten eines kurhessischen aus Frankfurt in die Pfalz verlegt worden.]	2
	1849	05	11	113	556	557	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Proklamation des Königs zu den Ereignissen am 3. und 4. Mai. Inhaltlich geht König Friedrich August nicht hinter seine Bedenken gegenüber der Reichsverfassung zurück, die er zu tragen als sein ausdrückliches Recht erkennt. Im Anschluss daran erklären die Minister, dass sie die provisorische Regierung als unrechtmäßig ansehen und Verwahrung gegen sie einlegen.]	2

	1849	05	11	113	557	558	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Das Ministerium bespricht eine neuen Wahlmodus. Der Artikel betont noch einmal die Verhandlungsbereitschaft Preußens mit der Nationalversammlung, man wolle sich in Güte verständigen.]	2
	1849	05	18	119	589	589	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Feierliche Vereidigung der Bürgerwehr auf die Reichsverfassung in Konstanz am 17. Mai. Den Eid nimmt der Regierungsdirektor im Namen des Großherzogs entgegen. Appell an die Eintracht der Bürger.]	3
	1849	05	18	119	589	590	+	o.o.	„Deutschland. Baden.“, [14.05.1849: ausführlicher Bericht über den Ausbruch des Militäraufstands in Karlsruhe und die Bildung einer provisorischen Regierung, nachdem der Großherzogtum und die bisherige Regierung geflüchtet waren. Ziel sei es, die Grundrechte und Reichsverfassung „wirklich“ einzuführen, das Eigentum zu schützen und Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Bürgerwehr und (verbliebenes) Linienmilitär sollen die Sicherheit gewährleisten.]	3
	1849	05	18	119	590	590	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [14.05.1849: Der württembergische Generalleutnant von Miller steht mit Reichstruppen bei Ebnet und stellt der revolutionär unruhigen Stadt Freiburg ein Ultimatum, sich zu unterwerfen. Die Versammlung der Bürgerwehr brachte zunächst keine Entscheidung, Regierungsdirektor Freiherr von Marschall soll sich aus Freiburg entfernt haben.]	2
	1849	05	18	119	590	590	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [14.05.1849: Mannheim ist infolge der Offenburger Beschlüsse und der Ereignisse in Karlsruhe und Rastatt in Aufruhr. Protestierendes Volk erreichte, dass das Militär in der Stadt verbleiben und gemeinsam mit den Bürgern Volksversammlung halten solle. Die Volksversammlung unterrichtete über die Offenburger Beschlüsse und rief zur Vereinigung des Militär mit den Bürgern auf, der Folge geleistet wurde.]	2
	1849	05	18	119	590	591	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Am 14.05.1849 wurde eine Volksversammlung in Mannheim abgehalten: Gegenstand waren die Offenburger Beschlüsse und die Einrichtung eines Sicherheitsausschusses.]	2
	1849	05	18	119	591	591	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [In Landau wurde das Kriebsrecht verkündet; gegen dies wurde seitens des Gemeinderats in Kaiserslautern Widerspruch eingelegt. Die Bürgerwehr von Landau hat am 13. Mai die Reichsverfassung geschworen.]	2

	1849	05	18	119	591	592	-	o.a.	„Deutschland. Nassau.“, [Die Regierung verweigert die Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfassung. Laut Kammerbeschluss soll der Regierung nun das Misstrauen erklärt werden.]	2
	1849	05	18	119	592	592	-	„K. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die preußischen Beamten, die auch Beamte bei Reichsministerien sind, wurden zurückgerufen. Man erwartet den Rücktritt des Reichsverwesers. Die Regierungen sollen nun die Zentralgewalt auf Preußen übertragen. Hierzu soll nach Möglichkeit auch die Nationalversammlung zustimmen.]	1
	1849	05	25	125	619	619	+	„Der Landesausschuß. [...]“	„Deutschland. Baden. An das badische Volk.“, [Erklärung des Landesausschusses über dessen Ziele und Verteidigung gegenüber ungerechtfertigten Angriffen der ehemaligen Minister, nach denen es Ziel des Landesausschusses wäre, eine ungesetzliche Ordnung zu errichten. Aufruf an das Volk, seinen Vertrauensmännern in Eintracht zu folgen und den schmeichlerischen Proklamationen kein Gehör zu schenken, um nicht wie in Dresden zu enden.]	3
	1849	05	25	125	619	619	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Landesausschuß hat sich in einzelne Ressorts gegliedert. Im amtlichen Teil der Karlsruher Zeitung wird verkündet, dass nun Offiziere gewählt werden sollen. Die fortgegangen Militärs werden als entlassen betrachtet.]	3
	1849	05	25	125	619	619	+	„Der Landesausschuß. [...]“	„Deutschland. Baden. An das badische Volk.“, [Erklärung des Landesausschusses über dessen Ziele und Verteidigung gegenüber ungerechtfertigten Angriffen der ehemaligen Minister, nach denen es Ziel des Landesausschusses wäre, eine ungesetzliche Ordnung zu errichten. Aufruf an das Volk, seinen Vertrauensmännern in Eintracht zu folgen und den schmeichlerischen Proklamationen kein Gehör zu schenken, um nicht wie in Dresden zu enden.]	3
	1849	05	25	125	619	629	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Sicherheitsausschuß hat in Mannheim vorbildliche Ruhe geschaffen, ganz Baden ist bewaffnet. Die Unruhe steigt zwar wegen der Gerüchte über ein Eingreifen von Reichstruppen; diese sind unbegründet.]	3

	1849	05	25	125	620	620	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Die sächsischen Abgeordneten der Nationalversammlung sind abberufen worden. Am 21.05.1849 sind 65 Mitglieder, insbesondere der Casino-Fraktion, ausgetreten; unter ihnen Mathy, Dahmann, Beseler, Arndt, Jordan beide Simon und Gagern. Der Antrag auf Herabsetzung der Beschlussfähigkeitsgrenze auf nur noch 100 Abgeordnete (von 150) ist nicht angenommen worden. Fürst Wittgenstein ist als Reichskriegsminister eingetreten, Generalleutnant von Peucker ist zum Oberbefehlshaber aller süddeutschen Reichstruppen ernannt worden.]	2
	1849	05	25	125	620	620	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der Landesausschuss der Pfalz hat die Gruppe der Höchstbesteuerten zu einer Versammlung gebeten. Von den 1.200 Geladenen erschienen nur knapp 400, spendeten jedoch insgesamt 12.000 Gulden. Landau ist entgegen einiger Gerüchte nicht gefallen. Von hier treten immer mehr Truppen zu den Fahnen der provisorischen Regierung. Baden hat mit der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen. Der Landesausschuss der Pfalz hat seinen Sitz nach Speyer verlegt.]	2
	1849	06	01	131	647	647	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [27.05.1849: Stuttgart ist ohne Garnison, die Minister tagen in Permanenz und haben dem Volk in einem Flugblatt versichert, dass sie Versuchen einer Gefährdung der mit der Reichsverfassung verbundenen Rechten entgegentreten werden.]	3
	1849	06	01	131	647	647	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [30.05.1849: Der „Schwäbische Merkur“ verkündet, dass Gerüchte, die von der bevorstehenden Flucht des Königs sprechen, falsch sind. Vielmehr werde er inmitten seines treuen Volkes bleiben, für das er bis „zum letzten Athemzuge“ tätig sein wolle.]	3
	1849	06	01	131	647	648	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Volksversammlung in Reutlingen am 28.05. wurde von 15.000 Personen besucht, die sich zwar alle radikal aussprachen, aber unbewaffnet und ohne rote Fahnen erschienen waren. Die Versammlung, zu der auch Fickler angereist war, wählte Vertrauensmänner, die nach Stuttgart geschickt werden sollen. Man sprach sich für Volksbewaffnung und freie Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann aus und forderte die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.]	3
	1849	06	01	131	648	648	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der Auszug vieler Abgeordneter aus der Nationalversammlung unter Führung Gagerns stößt in Bayern auf Entrüstung. Die Ausziehenden werden als feige bezeichnet.]	2

	1849	06	08	136	673	673	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Nach der Verhaftung Ficklers durch das Ministerium Römer in Württemberg hat die provisorische Regierung Badens ein Protestschreiben an diese gerichtet. Der Landesausschuss hat sich zugunsten eines 5er-Kollegiums aufgelöst.]	3
	1849	06	08	136	673	674	+	„O. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [02.06.1849: Bericht über die Verhaftung Ficklers und zur Übersiedlung der Nationalversammlung nach Stuttgart]	3
	1849	06	08	136	674	674	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Das 6. Infanterieregiment hat seine Offiziere davongejagt.]	2
	1849	06	08	136	674	674	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Übernahme des Reichsheers zwischen Main und Neckar durch v. Peucker, der sich gegen die „Verblendeten“ und „Pflichtvergessenen“ stellen will.]	2
	1849	06	08	136	674	674	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die preußische Regierung hat die Führung des Krieges mit Dänemark vom Reichsverweser übernommen, da dieser nicht mehr über das erforderliche Gewicht verfüge. Da die preußische Regierung die Nationalversammlung als nicht mehr existent ansieht, ist der Reichsverweser auch formal nicht mehr in der Lage, gemeinsam mit dem Parlament über diese Frage zu entscheiden.]	2
	1849	06	08	136	674	675	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Nach einer energischen Antwort des Reichsverwesers vom 24.05.1849 stellt die preußische Regierung keine weiteren Aufforderungen zur Übergabe der Reichszentralgewalt an Berlin. Die Reichsversammlung verfügt noch über 5.000 Gulden. Ob die angeforderte Rate von 25.000 fl. gezahlt werden wird, ist ungewiss.]	2
	1849	06	15	142	702	703	-	„A. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Thüringen sollen die Annahme der Reichsverfassung in Aussicht gestellt haben. In Berlin diskutiert die Opposition die Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen. Der konstitutionell-konservative Verein Berlins soll bereits über 25.000 Mitglieder zählen.]	2
	1849	06	22	148	730	730	-	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über einen Tumult gegen einen Bäcker, der die Revolutionäre schwer beleidigt hat.]	2
	1849	06	22	148	730	731	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [ausführlicher Bericht über die Auflösung des Stuttgarter Rumpfparlamentes]	2
	1849	06	22	148	730	731	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Tumult in Ulm]	2
	1849	06	29	154	761	761	+	„Oberrh. Zeit.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Einrichtung des ehemaligen Sitzungssaals des Stuttgarter Rumpfparlamentes wurde auf Befehl des Regierungskommissars durch Militär vollkommen zerstört.]	3

	1849	06	29	154	764	764	-	„Im Auftrage des Schatzungsrathes: Dessen Vorsitzender: Hüetlin, Bürgermeister.“	„Die Erhebung eines Zwangsanlehens betreffend.“, [Vorbereitung einer Zwangsanleihe für Bewohner, die über mehr als 10.000 Gulden verfügen.]	1	II. 1849	147
	1849	07	06	160	789	790	+	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Sachsen-Gotha.“, [Bericht über das Treffen der Gothaer und seine Ergebnisse.]	3		
	1849	07	13	166	815	815	+	„Der großh. Landeskommissär . Fromherz, Regierungsvorsta nd.“	„An die Bewohner des Seekreises.“, [Verkündung der aufgrund des am Vortag veröffentlichten Kriegsrechts gültigen Tatbestände. Information über Einquartierungspflicht der eingerückten „Reichsarmee“ unter dem preußischen General Peucker.]	3		
	1849	07	13	166	815	815	+	„Der großh. Landeskommissär für den Seekreis. Fromherz, Regierungsvorsta nd.“	„An sämtliche großherzogliche Bezirksamter.“, [Die Wahlen während des Aufstandes werden für ungültig erklärt. Die vormaligen Amtsinhaber sollen zugunsten der Ausgeschiedenen wieder eingesetzt werden.]	3		
	1849	07	13	166	815	815	+	„Der großh. Landeskommissär für den Seekreis. Fromherz, Regierungsvorsta nd.“	„An sämtliche großherzogliche Bezirksamter.“, [Erklärung zur Amtsübernahme durch Fromherz. Aufforderung an die Beamten, nach Übernahme eines Gebietes ihren Dienst wieder regulär zu versehen.]	3		

	1849	07	13	166	816	816	-	„Leopold. Klüber. Regenauer. Stengel. A. v. Roggenbach. v. Marschall. Stabel. Auf allerhöchsten Befehl Sr. kön. Hoheit des Großherzogs: Schunggart.“	„Deutschland. Baden.“, [Entlassung derjenigen Beamten, die den Revolutionären nachgegeben haben. Ankündigung von Disziplinarverfahren gegen Anwälte, Autoren usw., die an der revolutionären Erhebung teilgenommen haben. Bei Kirchenbeamten ist nach dem Kirchenrecht zu verfahren. Ihnen sind alle Einnahmen aus den Pfründen zu streichen.]	2
	1849	07	13	166	816	816	-	„Leopold. Auf allerhöchsten Befehl Sr. königl. Hoheit des Großherzogs. Schunggart.“	„Deutschland. Baden. Die Entlassung der von der revolutionären Gewalt gewählten Gemeindebeamte betr. Leopold ec.“, [Neben direkt an den Aufständen Beteiligten können nach Maßgabe der Bezirksämter auch solche Staatsdiener entlassen werden, „[...] durch deren Mitwirkung eine geordnete, gerechte, jeder Parteilichkeit fremdbleibende Dienstführung [...] zu erwarten ist.]	2
	1849	07	13	166	816	817	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Freischaren-Oberist Kinkel ist vom Standgericht zum Tode verurteilt worden. Der ehem. preußische Offizier Willich ist nun Festungskommandant in Rastatt. Ohne Unterbrechung werden Festnahmen vorgenommen, u.a. der frühere deutschkatholische Priester Schaibel. In einigen Briefen soll sich Hecker gegen eine Reise nach Deutschland ausgesprochen haben, da er die baldige Niederlage der Aufständischen erwarte.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Auflistung einiger zur Festnahme ausgeschriebener, v.a. Personen, die für die kommissarische Regierung tätig gewesen waren. In Rastatt sollen rd. 3.500 Mann Besatzung sowie 100 Kanonen stationiert sein.]	2
	1849	07	13	166	817	817	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Preußen führt Verhandlungen mit Bayern, Österreich und Hannover über einige Zusätze, die auch den kirchenpolitischen Vorbehalten Bayerns Rechnung tragen sollen.]	2
	1849	07	20	172	841	841	+	„Allg. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Kampf im Oberland ist beendet. Appell an alle Bürger, einen zweiten Aufstand wie den badischen in jedem Falle zu verhindern. Kritik aber auch an der preußischen Verordnung zum Schutz der Soldaten gegen bürgerliche Aufrührer. Die Soldaten haben das Recht, in diesem Fall von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.]	3

	1849	07	20	172	841	841	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Hecker befindet sich in Straßburg. Für die Republik kommt er zu spät. Die Zeitung vermutet, dass ihm dasselbe Schicksal wie Brentano zu Teil geworden wäre, da selbst Hecker „nicht roth genug“ wäre.]	3
	1849	07	20	172	841	842	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Zerstörung einer Wutachbrücke durch die im Rückzug befindlichen Aufständischen. Sie soll als Beispiel für die Zerstörungsgewalt dienen und den Verblendeten die Augen für die Unmenschlichkeit und Gewalt der Revolutionäre öffnen, wie ausdrücklich betont wird.]	3
	1849	07	20	172	842	842	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der Anschluss der kleineren deutschen Staaten an den „Drei-Königs-Bund“ stößt noch auf formelle Hindernisse. Ihr Anschluss ist zudem im Falle von Mecklenburg-Strelitz an die Zustimmung der Volksvertretung gebunden. In Süddeutschland hat sich die „süddeutsche Liga“ aus Österreich, Bayern und Württemberg als Gegenbündnis zum Preußischen nun faktisch und vertragsgemäß gegründet.]	2
	1849	07	27	178	870	870	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [23.07.1849: Rastatt hat kapituliert. Bericht über die Vorkommnisse.]	2
	1849	07	27	178	872	872	-	„Großherzogl. Bezirksamt. v. Hennin.“	„Bekanntmachung. Die neuesten hochverrätherischen Unternehmungen betreffend.“, [Das Vermögen des Kaufmanns Karl Zogelmann ist mit Beschlag belegt worden.]	1
	1849	08	03	184	895	895	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Lage in Rastatt nach der Kapitulation der Aufständischen: 5.700 Gefangene sollen nach standrechtlichem Verfahren abgeurteilt werden. Ob die Anführer zum Tode oder zur Deportation verurteilt werden, ist ungewiss. Minderbeteiligte, wie die zum ersten Aufgebot Gezwungenen, sollen bald entlassen werden. Der „Festungsbote“, der bisher in 10 bis 12 Nummern erschienen und bereits vergriffen ist, soll nachgedruckt werden. Die freiwillige Staatsanleihe, die ausgegeben werden soll, wird gut nachgefragt.]	3
	1849	08	03	184	899	899	-	„Großherzogl. Bezirksamt. v. Hennin.“	„Bekanntmachung.“, [Das Vermögen des Anwalts Ignaz Vanotti ist aufgrund seiner Beteiligung an der provisorischen Regierung im Amt des Amtsvorstandes in Überlingen beschlagnahmt worden.]	2

	1849	08	10	190	923	924	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Gottesdienste zum Ende der Revolution in Karlsruhe sind bei beiden Konfessionen gut besucht worden; der Prinz von Preußen wird in Karlsruhe erwartet; aus den Resten des badischen Militärs sollen fünf Bataillone gebildet und nach Preußen verlegt werden. Dem Revolutionär Franz Sigel wird vorgeworfen, die berühmten türkischen Waffen in Rastatt gestohlen zu haben.]	3		
	1849	08	10	190	925	925	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Polizei hat einen Plan für die revolutionäre Erhebung Polens beschlagnahmen können.]	2		
	1849	09	07	214	1039	1039	+	„Leopold. A. v. Roggenbach. Stabel.“	„Deutschland. Baden.“, [Verlängerung des Kriegszustands und des Standrechts um weitere vier Wochen]	3		
	1849	09	07	214	1039	1039	+	„K. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [28.06.1849: Tumult in Flensburg gegen Deutschgesinnte mit Ausschreitungen gegen deren Eigentum. Der Tumult wird Agent Jensen zugeschrieben, der die Versammelten mit Alkohol erhitzt und zu den Ausschreitungen angestiftet haben soll.]	3		
	1849	09	07	214	1039	1039	+	„K. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Die Lage in Flensburg ist wieder ruhig. Agent Jensen wird die geistige Urheberschaft der Unruhen zugeschrieben.]	3		
	1849	09	21	226	1097	1098	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [Gerüchte, nach denen sich Preußen und Österreicher auf eine entschieden absolutistische Lösung der deutschen Frage geeinigt hätten. Das Berliner Ministerium vertritt weit liberalere Ideen, sodass es zu einer Spaltung zwischen König und Regierung gekommen sein soll. Das Ministerium hält an einer strengen Aufrechterhaltung des Dreikönigsbündnisses vom 26.05.1849 fest und will die Wahlen zu einem deutschen Reichstag ausschreiben.]	3	III. 1849	58
	1849	10	05	238	1159	1160	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Aufstand von Soldaten in Kempten; sie fordern die Rückverlegung nach Passau und drohen den Bürgern der Stadt, solange Gewalt anzuwenden, wie die Stationierung vorhält. Andere Regimenter waren wieder an den Heimatort versetzt worden.]	3		
	1849	10	05	238	1160	1160	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Soldaten aus Preußen und Bayern stehen sich feindlich gegenüber. Es bedurfte der Vermittlung des Reichskriegsministeriums und der jeweiligen Vorgesetzten. Man einigte sich darauf, die Stadtteile des jeweils anderen von den eigenen Soldaten nicht betreten zu lassen, um Ausschreitungen zu verhindern.]	2		

	1849	10	05	238	1160	1160	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Entgegen anderslautenden Gerüchten habe der König von Preußen versichert, „[...] daß er in der deutschen Angelegenheit nicht mehr weichen werde, auch selbst in dem Falle nicht, wenn Hannover und Sachsen jetzt nicht mit Preußen gehen sollten.“]	2		
	1849	10	05	238	1160	1160	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [27.09.1849: Hannover soll aus dem Dreikönigsbündnis ausgeschieden sein; ein ähnlicher Schritt Sachsens wird für die nächsten Tage befürchtet.]	2		
	1849	10	19	250	1217	1218	+	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [12.10.1849 Abdruck der Artikel des Vertrags zwischen Österreich und Preußen über eine neue Zentralgewalt, Schaffung einer interimistischen Bundeszentralkommission, die das Amt des Reichsverwesers beerben soll.]	3		
	1849	10	26	256	1245	1245	+	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Mit dem Rücktritt des Staatsrates Duvernoy ist das Württembergische Märzministerium endgültig gefallen. Als Grund seines Rücktrittsgesuchs hatte Duvernoy die deutsche Frage angeführt, bezüglich derer er sich eine engere Bindung an Preußen gewünscht hatte. Mit dem Ende dieses Ministeriums ist eine noch engere Bindung Württembergs an Österreich zu erwarten. Für Preußen als Leitmacht in Bezug auf die deutsche Frage spricht sich neben dem protestantischen Volksteil besonders die Intelligenz aus.]	3		
	1849	10	26	256	1245	1245	+	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [20.10.1849: Die Abstimmung Hessen-Darmstadts gegen das Interim wird vor allem auf die Person Gagerns zurückgeführt, der durch das Interim die Berufung des Reichstages nach Erfurt und die Verhandlung des Verfassungsentwurf vom 26.05.1849 gefährdet sieht. Preußen ginge mit dem Interim im Gegensatz zu Österreich vorsichtig um. Die Zeitung erteilt Vermutungen eine klare Absage, die eine Spaltung zwischen Österreich und Preußen sehen wollen.]	3		
	1849	11	16	274	1342	1342	-	„Großherzogl. Bezirksamt. v. Hennin.“	„Bekanntmachung.“, [Das Zogelmann-Vermögen wird zum Teil „zugunsten des beschädigten Ärars angelegt“.]	1		
	1849	11	30	286	1409	1409	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Kaiser hat Prag unter reger Anteilnahme eines Großteils der Bevölkerung besucht. „Ein Transparent in der Wohnung des Redakteurs der eingegangenen radikalen Zeitung 'Concordia', welches eine Bahre mit der Aufschrift 'Revolution', getragen von österreichischen Feldmarschällen, darstellte, mußte auf Verlangen des Publikums sogleich herabgenommen werden.“]	2	IV. 1849	21

	1850	03	01	52	259	259	+	„D. B.“	„Deutschland. Baden.“, [Der 24.02.1850 ist in Frankreich ruhig verlaufen.]	3	I. 1850	3
Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt)	1847	10	15	124	827	827	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Artikel, der sich gegen Planungen der Regierung wendet, im Rahmen der Einführung von Kollegialgerichten das Konstanzer Hofgericht aufzuheben. Konstanz sei ohnehin gegenüber den bevorzugten Kreisen im Nachteil und hat zudem keinen Eisenbahnanschluss, sodass man das Hofgericht als sichere Einkommensquelle nicht verlieren darf. Weiterhin war das Gebäude für öffentliche Verhandlung von Zivil- und Strafprozessen umgebaut worden.]	3		
	1847	10	29	130	865	865	+	„Seebblätter“	„Deutschland. Baden.“, [Der Bau der Kinzigtal-Bodensee-Eisenbahn wird von vielen anliegenden Gemeinden aber auch durch die Uhrenhersteller im Schwarzwald und die Standesherrschaft Fürstenberg mit zugesagten und z.T. bedeutenden Summen unterstützt.]	3		
	1847	12	03	145	968	968	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Maschinenspinnerei in Schmichow bei Prag hat die Zahlungen eingestellt. Beim Bau der Prag-Dresdener-Eisenbahn sind bei einem Unglück dreißig Arbeiter in der Elbe ertrunken.]	2		
	1847	12	10	148	987	987	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Auf einer Bürgerversammlung in Mannheim wurden zwölf Petitionen an die II. Kammer verabschiedet, die „ziemlich alle Ideen und Forderungen der Fortschrittspartei umfassen“. Redner waren J. P. Grohe, v. Struve, Hecker, beide Hoff und Brechter. Es ging u.a. um die Karlsbader, Wiener und Frankfurter Beschlüsse, die der freien Entwicklung der deutschen Verfassungen entgegenstehen. Weiterhin waren die Eisenbahnen Thema, bei deren Bau Süddeutschland hinter Norddeutschland zurücksteht, was eine Umlenkung des Warenstroms zur Folge hat. Auch wurde die Teuerung diskutiert, die man auf Wucherer zurückführte. Einer Beschränkung des Handels, wie er vorgeschlagen wurde, stieß auf den Widerstand Heckers. Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass Bürgerversammlungen künftig besser besucht werden sollten.]	3		
	1847	12	24	154	1027	1028	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“	3		
	1847	12	31	157	1046	1047	-	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Probefahrt auf der schiefen Ebene bei Neuenmark verlief erfolgreich.]	2	IV. 1847	16

	1848	01	28	12	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Thronrede des Königs zur Eröffnung der Ständeversammlung, Themen u.a.: Ende der Teuerung aufgrund einer guten Ernte, pro Eisenbahnbau, pro allgemeine deutsche Wechselordnung, pro einheitliches Preßgesetz unter den Bedingungen des Strafrechts, gegen Bestrebungen von Schweizer Exilanten, rev. Vereine zu gründen und nach Deutschland zu tragen]	2	I. 1848	2
	1848	09	29	199	1007	1008	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Äußerung des Großherzogs zum Einfall Struves, Verkündung einer provisorischen Verordnung zum Standrecht und Erläuterungen zur Unterscheidung des Standrechts vom regulären Recht. Verurteilung des Großherzogs Angriffe auf die Eisenbahn betreffend.]	3		
	1848	09	29	199	1009	1009	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Bericht über Anschlag auf die Eisenbahn, bei dem nach einer Explosion ein leerer Zug entgleist ist. Auf den Zügen werden Bundestruppen transportiert.]	2	III. 1848	5
	1848	10	20	217	1087	1087	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Der Landtag in Darmstadt Ende Oktober wird sich mit der Ausarbeitung des Wahlgesetzes beschäftigen. Von den Zerstörern der Eisenbahnbrücke bei Weinheim sind bereits 27 Hessen in das Arresthaus geliefert worden.]	3		
	1848	11	10	235	1172	1172	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [98. Sitzung der II. Kammer: Rechnungsablegung für die Badische Eisenbahn. Insgesamt hohe Negativzahlen; Kammer fordert zunächst auch die Straßen, insbesondere im Odenwald, zu verbessern, bevor weiter gebaut werden soll. Die bisher getrennten Behörden für Eisenbahnbau und Eisenbahnbetrieb sollen zusammengelegt werden, um die Effizienz zu steigern.]	2	IV. 1848	5
	1849	09	21	226	1097	1097	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Es besteht nach Aufhebung der Blockade ein großer Nachholbedarf im Warentransport. Daher wird von Amsterdam aus eine neue Dampfschiffahrtsverbindung ins Leben treten. Die Hamburg-Berliner Eisenbahn ist mit der Güterbeförderung voll ausgelastet. Im Frühling soll die Lübeck-Büchen-Hamburger Eisenbahn in Angriff genommen werden, um die Verbindung mit den skandinavischen Handelsplätzen zu verbessern.]	3	III. 1849	3
	1849	10	26	256	1246	1246	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Verabschiedung Marschall Radetzky's durch den Kaiser und die Generalität. Ehrung auch von den Mitgliedern des deutschen Eisenbahnkongresses. Dieser soll 1850 in Aachen stattfinden.]	2		
	1849	11	23	280	1374	1374	-	„K. Z.“	„Verschiedenes.“, [Die Eisenbahnstrecke zwischen Biberach und Erbach ist für Probefahrten freigegeben worden.]	1		

	1849	11	30	286	1407	1407	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Das Regierungsblatt Nr. 74 enthält Beschlüsse zur Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts für weitere vier Wochen, die Beibehaltung der Kauf- und Tauschbrieftaxe. Weiterhin Bestandteil sind Ausführungsbestimmungen für die Erhebung der Bier- und Weinsteuern und auf die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahndarlehn.]	3		
	1849	12	07	292	1454	1455	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die der Zerstörung der Rhein-Neckar-Eisenbahn Angeklagten sind verurteilt worden. Die ständischen Wahlen zur II. Kammer brachten einen Erfolg für die Konstitutionellen, aber auch die Demokraten errangen Sitze. Insgesamt wurden sieben Konstitutionellen und drei Demokraten Sitze zugesprochen.]	2		
	1849	12	14	298	1483	1483	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Wunsch der Zeitung, den Telegrafenaufbau wieder aufzunehmen und einen Eisenbahnanschluss an das württembergische Netz zu realisieren. In Karlsruhe hat sich ein evangelischer Verein für die innere Mission gegründet, um die „verderblichen Zustände“ der Zeit zu heilen. Hierfür wurde ein Lesesaal für Gewerbslehrlinge und Gehilfen geschaffen. Auch der Auswandererverein hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Mit der Einberufung der Soldaten wird für nach Neujahr gerechnet.]	3		
	1849	12	21	304	1519	1519	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Eisenbahnglück in Geislingen blieb ohne Opfer.]	1		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die ehemaligen Reichsminister reisen aus der Stadt ab. Auf der Main-Weser-Bahn werden Probefahrten durchgeführt.]	2	IV. 1849	14
	1850	01	11	10	42	42	-	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Zwei verhaftete linke Kammerabgeordnete sind wieder freigelassen worden, für den dritten ist ein Ersatzvertreter bestellt. Über die Telegrafenerverbindung von München nach Wien ist die erste offizielle Nachricht übermittelt worden. Eine Übermittlung dauert nur 40 Sekunden.]	2		
	1850	01	11	10	42	42	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Infolge der Stationierung österreichischen Militärs steigen die Preise für Heu, Kartoffel und anderes deutlich an. Die Regierung hat indessen in Wien nachdrücklich um eine Begründung der Truppenstationierung gebeten. Die Telegrafenerverbindung nach Salzburg wird für die Bürger in Betrieb genommen.]	2		
	1850	01	18	16	71	71	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Das Telegrafensystem von Fardely ist sehr günstig zu betreiben, auch die benötigten Batterien sind sehr leistungsfähig.]	3		

	1850	03	08	58	295	295	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Telegrafverbindungen zwischen Wien und Oderberg ist für Privatpersonen offen. Die Dampfschiffe zwischen Wien und Linz verkehren zweimal täglich; über den Bau der Eisenbahnstrecke zwischen Linz und Salzburg soll das Ministerium in den nächsten Tagen entscheiden.]	2		
	1850	03	15	64	325	326	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [3. Sitzung der II. Kammer. U.a. Wahl der Vizepräsidenten des Landtags, Gelder zum Eisenbahnbau, Plan zur Wiedereinführung der Fleischakzise [einer Art Binnenzoll], Schilderung der Maiereignisse aus Regierungssicht. Hintergründe des Bündnisses vom 26. Mai, das den Weg zur Reform der Bundesverfassung ebnen soll. Der Zustand Deutschlands wird maßgeblich für die Revolution verantwortlich gemacht.]	3		
	1850	03	29	76	391	391	-	„B. L.“	„Deutschland. Österreich.“, [In den Kriegen in Italien und Ungarn hat Österreich mehr als 50.000 Pferde verloren. Die Waffenhersteller arbeiten voll ausgelastet; sie arbeiten Aufständischenwaffen auf und fertigen neue. Die evangelische Gemeinde in Wien sucht um Erlaubnis, jeden vierten Gottesdienst in slawischer Sprache abzuhalten. Eine Telegrafienlinie von Wien nach Pest soll vorbereitet werden. Der franz. Gesandte ist nach Berlin abgereist, zwei russische Kuriere sind in Wien eingetroffen.]	2	I. 1850	14
Verfassung (Staats- und Justizordnung)	1847	10	01	118	789	790	+	o.a.	„Schwurgerichte.“, [Erläuterungen zu der Funktionsweise der Schwurgerichte in England angesichts der Tatsache, dass diese auch in Deutschland in der Diskussion sind.]	3		
	1847	10	15	124	827	827	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Artikel, der sich gegen Planungen der Regierung wendet, im Rahmen der Einführung von Kollegialgerichten das Konstanzer Hofgericht aufzuheben. Konstanz sei ohnehin gegenüber den bevorzugten Kreisen im Nachteil und hat zudem keinen Eisenbahnanschluss, sodass man das Hofgericht als sichere Einkommensquelle nicht verlieren darf. Weiterhin war das Gebäude für öffentliche Verhandlung von Zivil- und Strafprozessen umgebaut worden.]	3		
	1847	10	15	124	827	827	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Die vier Hofgerichte sollen Vorschläge für die personelle Besetzung der Bezirksstrafgerichte einreichen. Nun sind auch solche Juristen bereit, die unter dem vorherigen Ministerium nicht für die Staatsanwaltschaft zu arbeiten geneigt waren. Die Wahl des Abgeordneten für die Universität Freiburg ist noch offen. Allgemein werden die Wahlen weniger als vorherige durch die Bürokratie behindert.]	3		

	1847	10	15	124	827	827	+	„Deutsche Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Tod der Gräfin v. Görlitz soll trotz vieler Indizien nicht zur Anklage kommen. Die Zeitung beschwert sich über eine solche „Kränkung der deutschen Ehre“.]	3
	1847	10	15	124	831	831	-	„Großherzogl. Bezirksamt. Fieser.“	„Obrigkeitliche Bekanntmachung. Die Vorlegung von öffentlichen Büchern der großherzogl. Pfarrämter und Gemeinden in Rechtsstreitigkeiten betreffend.“, [Pfarrbücher dürfen den Behörden nur noch am Tag der Verhandlung vorgelegt werden.]	1
	1847	10	22	127	845	845	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [08.10.1847: Vorschlag einer Reform des Bundestages unter Einbeziehung des Volkes. Nur wenn auch die Interessen des Volkes vertreten werden, so der Antrag eines ungenannten süddeutschen Prinzen, kann der Bundestag eine heilsame Wirkung entfalten.]	3
	1847	10	22	127	845	845	+	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [In der II. Kammer wurden Anträge eingebracht. So soll die Zensur für Gegenstände der Innenpolitik aufgehoben werden, die Nachzensur abgeschafft und der Entzug des Postdebts untersagt werden. Weiterhin sollen Maßnahmen zum Schutz gegen den Notstand verabschiedet werden. U.a. Verbesserung der Gesetzgebung über den Getreidehandel (gegen Spekulationsgeschäfte), Speicherung von Nahrungsmitteln für Notjahre.]	3
	1847	10	22	127	845	845	+	„K. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Der Tod der Gräfin Görlitz soll nun doch untersucht werden.]	3
	1847	10	29	130	865	865	+	„K. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die Ermittlungen im Fall des Ablebens der Gräfin Görlitz werden fortgeführt.]	3
	1847	10	29	130	865	865	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Erklärung des Grafen Görlitz zur Untersuchung des Todes seiner Frau, nach der er auch gegen sich selbst hat Ermittlungen einleiten lassen.]	3
	1847	11	12	136	901	901	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Das Gerücht über den süddeutschen Fürsten, der einen Antrag auf Bundesreform unter Volksbeteiligung eingereicht hat, wurde von der „Weserzeitung“ publiziert und von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ infolge innerer Widersprüchlichkeit verworfen. Die „Oberrheinische Zeitung“ hatte die Meldung kritisch aufgenommen, teilt jedoch nun mit, dass man sich in Frankfurt auf ein vorhandenes Aktenstück berufen kann, welches der Mitteilung neue Glaubwürdigkeit verleiht.]	3

	1847	11	12	133	901	901	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Der Fall der Gräfin Görlitz zeugt von der Reformbedürftigkeit des Justizwesens, insbesondere in Hinblick auf eine unabhängige Kontrolle.]	3
	1847	11	12	133	901	901	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Leiche der Gräfin Görlitz wird exhumiert.]	3
	1847	12	10	148	988	988	-	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Der Plan zur Aufhebung der hessischen Verfassung soll aus Wien stammen. Ein Eingreifen des Bundes steht nicht zu erwarten, da sich auch der König Preußens nicht an die jetzige Form der Verfassung gebunden fühlt. Es kommt nun darauf an, dass die Stände erkennen, dass sie auf sich selbst gestellt sind und eigenständig handeln müssen.]	2
	1847	12	10	148	991	991	-	„Der Bürgermeister: Huetlin.“	„Versammlung des großen Bürgerausschusses“, [verschiedene Themen, u.a. Kinderbewahranstalt, einzurichtendes Waisenhaus, einzurichtende öffentliche Leihanstalt, Wahlen des kleinen Bürgerausschusses. Bei den Wahlen werden je drei Vertreter für die drei Steuerklassen zu wählen sein.]	1
	1847	12	17	151	1006	1007	-	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Der Kurfürst hat eine ausführliche Denkschrift an den Bundestag und an die Höfe in Wien und Berlin geschickt, in der er die beabsichtigte Verfassungsaufhebung begründet. Berlin hat unter Hinweis auf die möglichen Folgen einer Aufhebung unter den gegenwärtigen Zeitumständen den Plan verworfen, hinter dem man nun Kopenhagen und andere nordische Hauptstädte vermutet.]	2
	1847	12	24	154	1027	1028	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“, [Antwortadresse der Kammer auf die Begrüßungsrede des Großherzogs. Themen u.a.: Lob des Wohltätigkeitssinns des Fürsten und des Volkes angesichts der Nahrungsmittelknappheit. Die bewältigte Notlage sei ein Beweis für das funktionierende Verfassungsleben in Baden, für dessen Bestehen die Kammermitglieder auch weiterhin den Sinn für Gesetzherrschaft innerhalb des Volkes stärken wollen. Eigentum, Bildung und gerechte Lastenverteilung sind die besten Garanten für die bestehende Ordnung und die Herrschaft des Gesetzes. Man erwartete Vorlagen zur Wehrverfassung, für die Landwirtschaft, eine zeitgemäße Gewerbeordnung und eine Gerichtsverfassung mit neuen Gesetzbüchern sowie eine Trennung der Gewalten (Justiz und Verwaltung). Der Großherzog möge sich – wie angekündigt – beim Bundestag für die Preßfreiheit und die Aufhebung der provisorischen Bundesbeschlüsse einsetzen. Der Eisenbahnbau soll vorangetrieben werden.]	3

	1847	12	24	154	1031	1031	-	„Der Bürgermeister. Hüetlin.“	„Versammlung des großen Bürgerausschusses“, [Beratung mehrerer Petitionen an die II. Kammer, Vornahme der Ergänzungswahlen zum Gemeinderat und zum kleinen Bürgerausschuss.]	1		
	1847	12	24	154	1028	1029	-	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen. Fünfte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 18. Dezember 1847.“, [Ankündigung verschiedener Motionen: 1. Auf Einführung einer Einkommenssteuer, die zur Aufhebung derjenigen Abgaben dienen soll, die die minderbemittelten Klassen am schwersten belasten. 2. Auf Übertragung der Polizeistrafgewalt an die richterlichen Behörden. 3. Eine Bitte an den Großherzog zu richten, wenigstens eine Gesetzesvorlage für die Preßfreiheit in Bezug auf innere Angelegenheiten erarbeiten zu lassen. U.a. provisorisches Gesetz zur Aufhebung des Eingangszolls und Einführung eines Ausgangszolls auf Getreide und andere Lebensmittel.]	2		
	1847	12	24	154	1027	1028	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“, [Antwortadresse der Kammer auf die Begrüßungsrede des Großherzogs. Themen u.a.: Lob des Wohltätigkeitssinns des Fürsten und des Volkes angesichts der Nahrungsmittelknappheit. Die bewältigte Notlage ist ein Beweis für das funktionierende Verfassungsleben in Baden, für dessen Bestehen die Kammermitglieder auch weiterhin den Sinn für Gesetzherrschaft innerhalb des Volkes stärken wollen. Eigentum, Bildung und gerechte Lastenverteilung sind die besten Garanten für die bestehende Ordnung und die Herrschaft des Gesetzes. Man erwartete Vorlagen zur Wehrverfassung, für die Landwirtschaft, eine zeitgemäße Gewerbeordnung und eine Gerichtsverfassung mit neuen Gesetzbüchern sowie einer Trennung der Gewalten (Justiz und Verwaltung). Der Großherzog möge sich – wie angekündigt – beim Bundestag für die Preßfreiheit und die Aufhebung der provisorischen Bundesbeschlüsse einsetzen. Der Eisenbahnbau soll vorangetrieben werden.]	3	IV. 1847	51
	1848	01	07	3	14	14	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Neue Prozessordnung für Hannover ab dem 01.05.1848, in der auf schriftlichem und geheimen Verfahren bestanden wird.]	2		

	1848	02	11	18	109	109	+	o.a.	„Landtagsverhandlungen. Neunzehnte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 3. Februar 1848.“, [Verlaufsprotokoll der Sitzung der II. Kammer Badens: Zu den Sonderbesteuerungen, Steuervergünstigung der Lebensmitteleinführen, welche die Regierung verordnet hatte. Diese wurden angenommen. Außerdem: Antrag des Abgeordneten Peter, die Polizeistrafgewalt zugunsten einer Zentralisierung bei den Amtsgerichten abzuschaffen]	3		
	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte mit Öffentlichkeit sollen als 'Früchte der Pariser Ereignisse' im Großherzogtum eingeführt werden.]	3		
	1848	03	10	30	201	201	+	„Bekk“	„Deutschland. Baden.“, [Antwort der Regierung auf erhobene Forderungen zu den Karlsbader Beschlüssen, zur Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, der Vereidigung der Beamten, Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte infolge der gewählten Konfession, Zulassung von Klagen gegen Behörden, einer volkstümlichen Kreisverwaltung, Beseitigung des Feudalwesens und der privilegierten Gerichtsstände, zu unabhängigen Richtern, zur gerechten finanziellen Belastung der Kreise, Ministerverantwortlichkeit und Nationalstaatsbildung]	3	I. 1848	11
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [57. Verhandlung der II. Kammer: man beschließt einen veränderten Budgetplan, der den Bau neuer Justizgebäude vorsieht, um die sicher geglaubte Einführung einer Trennung zwischen Justiz und Administration und der möglicherweise einzuführenden Schwurgerichte Rechnung tragen zu können.]	3		
	1848	06	23	115	600	601	-	o.a.	„Deutschland. Frei Stadt Frankfurt.“, [Diskussion der Grundrechte des deutschen Volkes, die im Entwurf abgedruckt werden.]	2	II. 1848	5
	1848	08	25	169	853	853	+	„O. Z.“	„Deutschland. Anhalt-Dessau.“, [Die neue Verfassung sieht das Verbot der Ordensverleihung und Gratifikation an Richter vor, auch sollen für die Presse Schwurgerichte eingeführt werden.]	3		
	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Eine Deputation von sieben Vereinen hat erreicht, dass in Hamburg Urwahlen durchgeführt werden, um eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die neue Verfassung wird aller Voraussicht nach die Gleichstellung der Juden bringen.]	2		
	1848	09	01	175	885	885	+	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [In Oberbayern werden zwei weitere Gerichte mit je sieben Richtern eingesetzt.]	3		

	1848	09	15	187	946	946	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Ein Antrag zur Beschleunigung der Verfassungsberatung der Nationalversammlung ist eingebracht worden.]	2	III. 1848	10
	1848	10	13	211	1059	1060	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [77. Sitzung der II. Kammer nach drei Monaten Pause eröffnet: 1. Gesetzentwürfe über die Zulässigkeit von Klagen gegen öffentliche Diener und über die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände liegen vor, die Frage der Ministerverantwortlichkeit werde geregelt, sobald die Reichsverfassung erlassen ist, um diese nicht sogleich wieder obsolet werden zu lassen. „In der Presse und in Versammlungen werden verbrecherische Grundsätze verbreitet [...]“. Ausfluss dieser Entwicklung ist der Septemberaufstand und der Struve-Putsch.]	3		
	1848	10	27	223	1116	1116	-	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Das Straf- und Strafprozessbuch Badens wird von Hohenzollern-Sigmaringen übernommen und zum 01.11.1848 in Kraft gesetzt.]	2		
	1848	11	03	229	1144	1144	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [94. Sitzung der II. Kammer. Themen: Lässt sich die Vermehrung des Heeres auf 2% der Bevölkerung mit dem bisher geübten Einstandswesens verbinden? Antrag Baums, unterstützt von Mez, die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung für Baden einzuberufen, denn die Verfassung des Landes bedürfe einer Revision. Diskussion über Größe und Eigenschaften der Verwaltungsbezirke (zw. 30 und 60 Tausend Einwohner pro Bezirk, in summa aber nicht mehr als 30 Einheiten)]	2		
	1848	11	10	235	1172	1172	-	o.a.	„Deutschland. Hohenzollern-Sigmaringen.“, [Die Lasten für die Bevölkerung sind in der letzten Zeit spürbar gesunken (Abschaffung der Feudallasten); Demnächst soll die Trennung der Justiz von der Administrativ- und Polizeiverwaltung vollzogen werden.]	2		
	1848	11	17	241	1199	1199	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [102. Sitzung der II. Kammer. Themen u.a.: Petitionen von Mannheim und andernorts, die eine Neuwahl der Kammer ablehnen, Gesetzentwurf über die Einführung eines Verwaltungsgerichts wird von Bekk vorgelegt, Gesetzentwurf über die Ablösung von Erblehen wurde von der I. Kammer abgelehnt und muss neu verhandelt werden. Die Fürsten von Fürstenberg und Leiningen haben ihre Rechte in Bezug auf die Gerichtsbarkeit, die Polizeigewalt und die Patronatsrechte an den Staat abgegeben. Auf Brentanos Verlangen in einer der vergangenen Sitzungen übergibt Bekk die Akten über den „Judenkrawall“ in Bruchsal.]	3		

	1848	11	17	241	1200	1200	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der König billigt Gesetze über die Einführung von Schwurgerichten und einer Abänderung des Strafrechts. Weiterhin werden Regelungen zur Jagd getroffen. Man erwartet die Auflösung der Kammer und eine baldige Wahlausschreibung.]	2		
	1848	11	24	247	1226	1226	-	o.a.	„Deutschland. Oldenburg.“, [Die Vermittlung des oldenburgischen Staatsministers Schloiser zwischen dem Land und dem Hof hat das Ergebnis erbracht, dass der Großherzog die Zivilliste für die Dauer seiner Regierung genehmigt und das Dominalvermögen unter Staatshand gestellt hat.]	2		
	1848	12	01	253	1255	1256	+	„Sch. M.“	„Deutschland. Baden“, [112. Sitzung des Badischen Landtags; Auseinandersetzung Brentanos und Bekks über die Inhaftierung von Obergerichtsadvokat von Rotteck wegen politischer Vergehen und über dessen Haftumstände; Nachfrage, ob sich die badische Regierung für die Überstellung derjenigen Badener, die sich am Juniaufstand in Paris beteiligt hatten, einsetze. Die Reform der Gerichtsverfassung ist nach wie vor umstritten.]	2		
	1848	12	08	259	1283	1283	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Schluss eines erörternden Artikels über Geschworenengerichte.]	3		
	1848	12	15	265	1311	1311	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Abgeordnete Peter ist wieder in die Kammer eingetreten; in Bezug auf die Schwurgerichte wurde beschlossen, dass auch Geistliche das Richteramt übernehmen können; die Trennung von Staat und Kirche wurde in diesem Punkt nicht vollzogen.]	3		
	1848	12	29	276	1366	1366	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Hannoveraner Regierung die Grundrechte nur als Teil der Verfassung verabschieden.]	2		
	1848	12	29	276	1366	1366	-	o.a.	„Deutschland. Hannover.“, [Die Grundrechte sollen mit Rücksicht auf die enge Aufgabenstellung der Nationalversammlung aufgrund der Bundestagsbeschlüsse vom 30.03. und 07.04. zunächst einzeln an die Staaten gegeben werden, damit diese verabschiedet bzw. als Teil der späteren Reichsverfassung ratifiziert werden können.]	2	IV. 1848	28
	1849	01	05	5	19	19	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Gerichtshof in Konstanz hat sich im Verbund mit anderen Gerichtshöfen dafür ausgesprochen, die bisherige Ordnung beizubehalten und nur abzuändern, falls Geschworenengerichte eingerichtet werden würden. Die Quartiergelder, deren Rückstände sich auf 80.000 Gulden belaufen, werden eingefordert.]	3		

	1849	01	12	11	45	45	+	„O. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Einführung der Grundrechte soll in den nächsten zwanzig Tage durch entsprechende gesetzliche Änderungen vollzogen werden. So zum Beispiel die Abschaffung der Todesstrafe etc.]	3
	1849	01	12	11	46	46	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Eine Verordnung bestimmt die Aufhebung des emimierten Gerichtsstandes und der Privatgerichtsbarkeit in altländischen Provinzen. Eine zweite Verordnung soll das öffentliche und mündliche Verfahren mit Geschworenen bei Untersuchungssachen einführen.]	2
	1849	01	26	23	104	104	-	„A. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Thronrede des bayerischen Königs zur Eröffnung des Landtages; div. Themen, u.a. Preßgesetz, Trennung von Justiz und Administration, Entwurf des Preßstrafgesetzes, Gesetz über die Judenemanzipation. Der König spricht sich für eine deutsche Einigung aus.]	2
	1849	02	02	29	131	132	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [137. Sitzung der badischen II. Kammer: Petitionen für und wider der Auflösung der Kammer, zur Einführung der Grundrechte; Annahme des Gesetzentwurfs über Schwurgerichte in der veränderten Fassung der I. Kammer; Diskussionen zur bevorstehenden Amnestie für Minderbeteiligte an den Zügen Heckers und Struves. Amnestieerklärung soll im Regierungsblatt verkündet werden.]	3
	1849	02	16	41	189	190	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [146. Sitzung der II. Kammer: Petitionen für und gegen die Kammerauflösung (Zittel bringt die gegnerische ein), beide aus Durlach. Häusser bringt ebenfalls Petitionen gegen eine Kammerauflösung ein und erklärt, dass einige Bürger nur für die Auflösung gestimmt hätten, da sie lieber ohne Kammer von einem menschenfreundlichen Fürsten regiert werden wollten. Der Kommissionsbericht Häussers beschreibt zunächst das Verfahren einer Verfassungsänderung, für die nach Beschluss der Nationalversammlung nur eine einfache Mehrheit erforderlich ist. Die anschließende Debatte, bei der die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden musste, bringt einen klaren Sieg für den Antrag Häussers auf Nichtauflösung bzw. Nichteinberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.]	3
	1849	02	16	41	191	191	-	„O. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Der Reichstag in Kremsier hat einen Verfassungsentwurf mit einem Kaiser und einer 2-Kammer-Lösung erarbeitet. Die Staatsgliederung soll föderal sein.]	2
	1849	02	16	41	191	191	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Auch die das Versammlungs- und Vereinsrecht betreffenden Paragraphen wurden vom Reichstag angenommen.]	2

	1849	02	23	47	220	220	-	„Sch. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Demnächst soll eine Verfassung für den Gesamtstaat oktroyiert werden. Es soll ein 2-Kammer-System geben. Insgesamt soll die neue Verfassung „sehr freisinnig“ sein. Die Reichsversammlung Österreichs befinde sich hingegen schon seit langem auf falschen Bahnen und habe jedes Vertrauen des Volkes verspielt. Viele Abgeordnete könnten nach Auflösung des Reichstags wegen Hochverrats angeklagt werden.]	2		
	1849	03	02	53	247	247	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [152. Sitzung der II. Kammer: Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung der Gerichte erfolgt durch Lamey. Das Gesetz ist aus der I. Kammer zurück. Der Einzelrichter ist in erster Instanz für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zuständig, ein Teil der „Prozeßsachen“ soll in erster Instanz von den Amtsrichtern, der andere, wichtigere, allerdings vom Kreisgericht als Kollegialgericht verhandelt werden. Das Gesetz ist einstimmig angenommen worden. Diskussion über die Erhöhung der Schutzzölle, der Einführung von Papiergeld und die Fortdauer des Zolltarifs. Weiterhin ging es um das Verfahren bei Amtsgerichten, das Zustimmung fand. Die Kommissionsberichte Häussers zur Abänderung des §7 des Preßgesetzes und eines Berichts Lameys zur Einrichtung eines Verwaltungsgerichts sind in Druck gegeben.]	3		
	1849	03	02	53	247	247	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Das Regierungsblatt Nr. 9 verkündet die Gesetze zur Einführung einer allgemeinen deutschen Wechselordnung und den Verzicht der Fürsten von Fürstenberg und Leinigen auf die Gerichtsbarkeit, die Polizei- und Patronatsrechte.]	3		
	1849	03	09	59	277	277	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [II. Kammer: Die Erhöhung der Runkelrübensteuer wurde abgelehnt, die nächste Sitzung wird sich u.a. mit dem Klagerecht gegen öffentliche Diener wegen Amtshandlungen und mit der Diskussion eines Gesetzentwurfs zur Abschaffung der Todesstrafe beschäftigen.]	3		
	1849	03	30	77	365	365	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [161. Sitzung der II. Kammer: u.a. Weiterleitung der Aufhebung einiger Bestimmungen des Preßgesetzes und der Klagemöglichkeit gegen Beamte an die I. Kammer. Die bisherigen Bestimmungen zur Einführung von Schwurgerichten, über Verhaftung, Haussuchungen u.a. werden in einer neuen Strafprozessordnung integriert und als einzelne Regelungen aufgehoben. Die Patronatsrechte werden auf beinahe einstimmigen Beschluss der II. Kammer aufgehoben.]	3	I. 1849	34

	1849	04	20	95	466	466	-	o.a.	„[ohne].“, [Gegendarstellung zur Nachricht über die Konstituierung eines Vaterländischen Vereins in Konstanz (Nr. 94 der „Konstanzer Zeitung“), der zufolge sich gleich nach Bekanntgabe des Wegfalls des Konstanzer Gerichtshofs der Gemeinderat an den Abgeordneten Kuenzer gewandt habe, um ein Bezirksgericht in die Stadt zu verlegen. Der Verein hatte behauptet, in dieser Sache wirksam geworden zu sein, da sich der Gemeinderat der Problematik nicht angenommen habe.]	1		
	1849	06	01	131	647	648	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Volksversammlung in Reutlingen am 28.05. wurde von 15.000 Personen besucht, die sich zwar alle radikal aussprachen, aber unbewaffnet und ohne rote Fahnen erschienen waren. Die Versammlung, zu der auch Fickler angereist war, wählte Vertrauensmänner, die nach Stuttgart geschickt werden sollen. Man sprach sich für Volksbewaffnung und freie Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann aus und forderte die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.]	3		
	1849	06	15	142	701	701	+	„Der Kriegsminister: F. Sigel. [...]“	„Deutschland. Baden.“, [Es wird verordnet, dass das Militär der bürgerlichen Rechtsprechung unterliegt.]	3		
	1849	06	15	142	701	701	+	„Der Kriegsminister: F. Sigel. [...]“	„Deutschland. Baden.“, [Die Polizei ist gleichermaßen für Bürger und Militär zuständig.]	3	II. 1849	10
	1849	07	06	160	789	790	+	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Sachsen-Gotha.“, [Bericht über das Treffen der Gothaer und seine Ergebnisse.]	3	III. 1849	3
	1849	10	12	244	1189	1189	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Das Standgericht zu Rastatt, das noch am Vortag ein Todesurteil gefällt hatte, ist zurückgetreten. Grund war, dass sich die Richter nicht darüber einig waren, ob vor ihren Urteilen noch eine Beratung stattzufinden habe, wie sie das Ministerium ebenfalls wünscht, oder ob sogleich abgestimmt werden soll.]	3		

	1849	11	02	262	1281	1281	+	„Leopold. Klüber. Regenauer. Stengel. A. v. Roggenbach. v. Marschall. Stabel. Auf allerhöchsten Befehl Sr. kön. Hoheit des Großherzogs: Schunggart.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Staatsrat wird aufgehoben, dessen Kompetenzen gehen an das Staatsministerium über.]	3
	1849	11	09	268	1308	1308	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Österreich soll Preußen in einer Note dringend davon abgeraten haben, demnächst einen Reichstag (Unionsverfassung) einzuberufen. Preußen will den den eingeschlagenen Weg unbeirrt fortsetzen, so das Blatt.]	2
	1849	11	09	268	1308	1308	-	„A. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Bestätigung, dass österreichische Note in Berlin eingegangen ist. Insgesamt handle es sich um drei Depeschen, von denen zwei ausdrücklich freundschaftlich gefasst seien. Insgesamt betont der Artikel, dass man versichern könne, dass das „[...] gute Einvernehmen der beiden Höfe in erfreulicher Weise fort dauere und die besten Resultate für die Verfassungssache hoffen lasse“. Österreich stimmt den formellen und materiellen Bedenken Hannovers und Sachsens zur Union zu.]	3
	1849	11	16	274	1339	1339	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Hannover.“, [In einer überparteilichen Diskussion (Demokraten bis zu den Staatsvertretern auf der äußersten Rechten) haben sich alle Vertreter mit Ausnahme eines Fürsprechers für das Festhalten an der Frankfurter Reichsverfassung ausgesprochen.]	3
	1849	11	16	274	1339	1340	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Hannover.“, [Zitat aus einer Protestation Hannovers gegen die Änderungswünsche Preußens in Bezug auf die Unionsverfassung. Sachsen soll sich ähnlich positioniert haben.]	3
	1849	11	16	274	1340	1340	-	„A. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die zahlreichen Noten Hannovers werden von der Regierung allesamt dem Verwaltungsrat überstellt. Die Bemühungen Hannovers, auch Kurhessen für eine ablehnende Haltung gegenüber dem engeren Bund zu gewinnen, seien alle fruchtlos.]	2

	1849	11	23	280	1371	1371	+	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Zustimmung Württembergs vom 10.11.1849 zur Übereinkunft vom 30.09.1849 knüpft sich an die Bedingung, das Interim nicht über den 01.05.1850 hinaus zu verlängern. Bis dahin sollen spätestens die auf Übereinkunft zielenden Verhandlungen eines Reichstags abgeschlossen sein. Mit Bayern teile Württemberg die Position, dass der provisorischen Bundeskommission nur die Rechte des engeren Rates zur Verfügung stehen, das Plenum jedoch durch die einzelnen Regierungen gebildet werde.]	3
	1849	11	23	280	1372	1372	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Gerüchte über Unterhandlung der Gothaer mit der Berliner Regierung. Mathy soll bei der preußischen Regierung nachgefragt haben, ob diese auch bei energischen Protesten Österreichs und Russlands festhalten wolle. Die Regierung habe dies eindeutig bejaht, sodass die Gothaer nun voll hinter der preußischen Regierung stehen. Momentan wird über den Ort des Reichstags verhandelt: u.a. sind Städte am Rhein und insbesondere Düsseldorf im Gespräch. Die Beitrittsurkunde Württembergs für das Interim ist eingetroffen. Die Garnison in Berlin wird verstärkt.]	2
	1849	11	30	286	1408	1409	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [In Wien will man den Zusammentritt der Bundeskommission beschleunigt sehen. Die Bedenken, die bisher eine Ratifikation des Interimsvertrags durch alle Regierungen forderte, scheinen ausgeräumt. Von ebendieser macht der Reichsverweser seinen Rücktritt abhängig. Beigetreten sind nun auch Oldenburg (unsicher), Meiningen, Coburg, Sachsen-Altenburg, Schwarzenburg-Rudolfstadt, Lübeck und Bremen.]	2
	1849	12	07	292	1453	1454	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Eröffnung des verfassungsberatenden Landtages. In seiner Eröffnungsrede betonte Minister von Schlayer, dass es um Württemberg nicht einmal „befriedigend“ bestellt ist. So kann er den Vertretern nicht zu einer gemeinsamen Verfassung für ganz Deutschland gratulieren, aber erfreut feststellen, dass kein neuer „Sturm offener Empörung“ über das Land hinweggegangen ist. Durch die Revolution sind die religiösen und weltliche Sitte verdorben worden. Die Wirtschaft leidet, der Staatshaushalt ist im Millionenbereich defizitär. Der König ist nach wie vor bereit, mit der Volksvertretung eine Verfassung zu beschließen, solange diese dem „wahren Wohl des Landes“ dient. Die Delegierten sollten unter Beachtung des Geschehenen und in weiser Besonnenheit ihre Aufgaben erledigen.]	3

	1849	12	14	298	1484	1485	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Österreich hat in einer neuen Note Preußen unter Androhung eigenen „Einschreitens“ darauf verwiesen, dass die Gründung eines engeren Bundes sowie die Einberufung eines Parlaments nach Erfurt einen Bruch der Bundesverträge bedeuten würde und außerdem die Ordnung gefährden könnte. Die Zeitung spekuliert über die preußische Antwort, die das österreichische Anliegen unter Hinweis auf die Gründung eines deutschen Nationalstaates als Prävention gegen eine neue Revolution zurückweisen soll. Weiterhin ist Preußen stark genug, um im Fall von Unruhen selbst einzuschreiten. Den Behauptungen der demokratischen Presse, die Regierung Brandenburg-Manteuffel tritt die Zeitung entgegen. Diese Regierung hat durch die Unionspolitik bei „[...] derjenigen politischen Meinung, die eben Geltung im Staate hat, nicht fester gestanden [...]“. Den Demokraten wird ein bewusst falsches Spiel vorgeworfen, um das Volk zu täuschen. Diesen Bestrebungen ist jedoch kein Erfolg vergönnt. Man rechnet nach der Sitzung des Gesamtausschusses der demokratischen Vereine Preußens mit einem Wahlboykott für Erfurt.]	2
	1849	12	21	304	1515	1515	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Verwaltungsreform, die den bürokratischen Aufwand mindern soll.]	3
	1849	12	21	304	1516	1516	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [15.12.1849: Die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung durch den König zeichnet sich ab, da die Kammer sich nicht für den von der Regierung ultimativ geforderten Eid (§6) erwärmen kann. „Möge sie [die Kammer; M. P.] dahin schwinden, wie der geschmolzene Schnee!“]	2
	1849	12	21	304	1516	1516	-	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die radikale Partei strebt nach der Auflösung der Kammer, um damit gestärkt aus dieser hervorgehen zu können.]	2

	1849	12	28	309	1543	1543	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Konstituante in Württemberg wurde aufgelöst. Vorausgegangen war eine Aussprache der Minister und der Abgeordneten, in der die Minister bekräftigten, sie würden niemals einen Sonderbund der Mittelstaaten anstreben. Sonst sehen sie sich vom Vertrauen des Königs abhängig. Die Demokraten forderten die Volksbewaffnung, die von der Zeitung als Anlauf zu einer neuen Revolution gewertet wird. Die Regierung hofft auf eine ihr genehmere konstituierende Versammlung. „Es ist nothwendig, etwas unter die wieder übergeworfenen Schafspelze zu blicken und das Wolfsfell bloßzulegen, das sicher wieder herausgekehrt wird, sobald über dem Rhein die Aussichten günstiger sind.“]	3		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [21.12.1849: Von der seit 24 Stunden im Amt befindlichen neuen Zentralgewalt erhofft man sich die baldige Auflösung des Belagerungszustands, um die Einquartierungslast loszuwerden.]	2		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Übergabe der Zentralgewalt an die Bundeszentralcommission fand, nachdem sein erster Wunsch zurückgenommen worden war, auf Verlangen des Erzherzogs in dessen kleiner Gartenwohnung vor dem Bockenheimer Tor statt. Die Reichsminister wurden mit österreichischen Orden geehrt. In Frankfurt selbst hat sich die Senatskommission zur Begutachtung der Verfassung mehrheitlich gegen deren Einbringen in den Senat ausgesprochen. Von mehreren Regierungen ist London der Wunsch zugekommen, Struven und Heinzens sozialistisch-republikanische Propagandatätigkeit zu unterbinden.]	2		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die ehemaligen Reichsminister reisen aus der Stadt ab. Auf der Main-Weser-Bahn werden Probefahrten durchgeführt.]	2	IV. 1849	47
	1850	01	04	4	15	15	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Zeitung bedauert den Rücktritt des Reichsverwesers sehr. Das Vaterland ist noch weit entfernt vom Ziele. Gerüchte über ein Nichteinberufen des Erfurter Parlaments scheinen sich nicht zu bewahrheiten.]	2		
	1850	01	11	10	42	42	-	„K. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Das Personal der Bundeszentralcommission ist durch Preußen abermals verstärkt worden.]	2		

	1850	01	11	10	42	42	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Württemberg hat Preußen um die Aussetzung des Erfurter Reichstags ersucht. Auch Sachsen und Hannover haben sich dahingehend erklärt, Beschlüsse nur im Konsens aller Bundesmitglieder als verbindlich anzunehmen.]	2
	1850	01	11	10	43	43	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [In den Kronländern Österreichs wurden vom Kaiser Landesverfassungen und Wahlordnungen nach dem Dreiklassenwahlrecht erlassen.]	2
	1850	01	18	16	71	71	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Offizielle Reaktion aus Württemberg, in der die echt deutsche Stellung des Königs hervorgehoben wird, der mit seiner kritischen Haltung zum Unionsprojekt nur seiner Überzeugung Rechnung trägt, dies fördere nicht das Wohl des Vaterlandes.]	3
	1850	01	25	22	101	101	+	„N. Fr. Z.“	„Die preußische Verfassungsfrage.“, [Die demokratischen Zeitungen rühmen sich, die Entwicklung in der Verfassungsfrage bereits vorausgesehen zu haben. Die Zeitung reagiert polemisch, indem sie auf die Unfähigkeit der demokratischen Presse hinwies, die „Pöbelecesse und Straßentumulte“ vorauszuahnen. Die Konstitutionellen werden noch so manchen Kompromiss schließen müssen, könnten sich nur zwischen zwei Übeln entscheiden. Camphausens Versuch, wenigstens ein teilweises Steuerverweigerungsrecht zu erreichen, soll aus Sicht der einen zum Erfolg führen, während andere von einer unbedingten Ablehnung dieses Rechts durch den König zu berichten wissen.]	3
	1850	01	25	22	102	102	-	„D. B.“	„Deutschland. Bayern.“, [Ein Gegenentwurf zum Verfassungsentwurf Preußens vom 28.05.1849 ist von den Ländern Bayern, Hannover, Württemberg und Sachsen mit Österreich vereinbart worden. Diesem soll nun auch Preußen zugestimmt haben.]	2
	1850	01	25	22	102	103	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der preußische Verfassungskonflikt dauert an. Die Regierung wird wohl nicht den Camphausen-Vorschlägen folgen, ohne weitere Sicherheiten zu erhalten. Die Abgeordneten sehen hingegen in diesen Vorschlägen das Äußerste, das mitzutragen sie bereit sind. Die Börse reagiert unterdessen drückend auf diese Nachrichten. Seit zwei Tagen sind alle Fonds geschlossen.]	2

	1850	01	25	22	103	103	-	„D. B.“	„Deutschland. Preußen.“, [Aus dem freundlichen Empfang Camphausens bei Friedrich Wilhelm IV. will das Blatt die Annahme der Camphausen-Vorschläge lesen. Mit der preußischen Verfassungsfrage steht und fällt auch die Deutsche Union, „Sache des engeren Bundesstaates“. Wenn das Ministerium Brandenburg zurücktritt, erwartet man eine Wiederherstellung der „Traktate von 1815“.]	2
	1850	01	25	22	103	103	-	„Fr. Opztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die österreichischen Mitglieder der interimistischen Zentralgewalt sollen für die Rechte der Herzogtümer eintreten und besonders die Personalunion mit Dänemark lösen.]	2
	1850	02	01	28	131	132	+	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Die Unterhandlungen der vier Königreiche und Österreichs stehen keineswegs vor einer konsensuellen Entscheidung über einen gemeinsamen großdeutschen Verfassungsentwurf. Vielmehr sei durch v. der Pfordten ein Entwurf eingebracht worden, den die anderen Staaten mit Verbesserungsvorschlägen ergänzen sollen.]	3
	1850	02	01	28	132	132	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Staatsgerichtshof ist mit den von der Regierung verheißenen Garantien von der II. Kammer Preußens angenommen worden.]	2
	1850	02	01	28	132	133	-	o.a.	„Deutschland. Preußen. [Bericht über eine Verhandlung der II. Kammer über die Verfassung Preußens.]	2
	1850	02	01	28	133	133	-	o.a.	„Deutschland. Preußen. [Beschlüsse der Kammer über die Vorlagen: Pairie und Arnims Amendement wurden angenommen. Die Nichterrichtung eines Staatsgerichtshof zugunsten eines Schwurgerichtshofs für Staatsverbrecher wurde ebenfalls angenommen. „Damit wäre die Krisis, soweit sie prinzipiell war, zu Gunsten des Ministeriums entschieden.“]	2
	1850	02	01	28	133	133	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich. [Die Militärstationierung in Vorarlberg lebt in Eintracht mit den dortigen Bürgern. Die Zeitung spekuliert, dass das Militär zur Stationierung in süddeutschen Festungen bestimmt ist. Die Verfassung ermöglicht nun schnellere Entscheidungen, auch die Justiz ist von der Verwaltung getrennt.]	2

	1850	02	08	34	161	162	+	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Österreich.“, [Positiver Artikel zu einer Denkschrift Österreichs, die der Bundeskommission überreich wurde. Gegenstand ist die Anbahnung einer österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung. Die Zeitung betont, dass Österreichs Staatsmänner ebenso wie die „Kriegshelden“ jede unmöglich erscheinende Aufgabe angehen und lösen. Die lange ausgebliebenen Reformen Österreichs begründet die Zeitung unter Berufung auf die Österreicher selbst, die zunächst die Niederschlagung der Aufstände in Angriff genommen haben. Nun folgen die Reformen. „Deutschland wird das sein, was so viele [...] nur erträumten.“ Der größte Gegner der deutschen Einheit ist der Streit zwischen Krone und Konstitutionalismus. Es folgen die Punkte des „Einigungsplans“ Österreichs.]	3
	1850	02	08	34	162	162	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Friedrich Wilhelm IV. stimmt der Revision der Verfassung vom 05.12.1849 in Form der Kammerbeschlüsse zu und wird diese am 06.02.1850 beschwören.]	2
	1850	02	15	40	196	196	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der Prinz von Preußen hat die Verfassung nicht beschworen. „Wenn demokratische Blätter das gegenwärtige Nichtbeschwören der Prinzen zur Ausstreuung von Mißtrauen mißbrauchen, so ist es um so mehr Pflicht der konstitutionellen Organe, das Volk in dieser Hinsicht zu belehren und aufzuklären.“ Die Beschwörung der Verfassung durch den Prinzen ist gar nicht vorgesehen, somit auch erst erforderlich, wenn er die königliche Würde übertragen bekommt.]	2
	1850	02	15	40	196	196	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich. [Dem österreichischen Publikum wird die Bedeutung der Vorlage der Regierung bezüglich der Zoll- und Handelseinigung mit Deutschland bewusst. „Sie ist ohne Zweifel nur der Vorläufer und die Grundlage der so heiß ersehnten Einigung Deutschland s auf dem einzig praktischen Wege und in einem weit größeren Maßstab, als bisher angebahnt worden ist.“]	2

	1850	02	22	46	225	226	+	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland.“, [Lageeinschätzung der „Frankfurter Oberpostamtszeitung“ zum Problemfeld der deutschen Einigung. Die „Doctrin“ hat die Revolution vorbereitet und zum Ausbruch gebracht. Erst wenn die Doktrin vor den Tatsachen weiche, werden die Probleme einer Lösung zugeführt. So verhandeln heute die Regierungen über die Einheit, allen voran Österreich und Preußen. „Die Zeiten sind nicht mehr, wo die deutsche Nationalversammlung in stolzem Übermuth die ganze Welt zum Kampf herausfordern konnte und wähnte, die Macht und die Kraft Deutschlands wachse mit der Zahl seiner Feinde. Diese Enttäuschungen liegen hinter uns, und das auf der Sandbank der Paulskirche festgerathene Staatsschiff muß uns mahnen, nicht neuerdings in den gleichen Fehler zu verfallen.“ Insgesamt neg. Einschätzung zum Ausgang der Einigungsversuche.]	3
	1850	02	22	46	226	226	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Veröffentlichung des im „Staatsanzeiger“ publizierten Dekrets zur Einberufung der Reichsversammlung in Erfurt. Grundlage ist die Entscheidung des Verwaltungsrats auf seiner 79. Sitzung.]	2
	1850	03	01	52	259	259	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Staatsratssitzung unter Leitung des Königs, viele Generäle haben sich im Kriegsministerium eingefunden.]	3
	1850	03	01	52	260	260	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Erfurt werden die Vorbereitungen für den Reichstag am 10.03.1850 abgeschlossen sein. Man erwartet den Zuzug vieler Gastwirte und Presseleute aus Berlin; die Zimmer sind sehr knapp und teuer.]	2
	1850	03	01	52	260	260	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Nach einem Freispruch des Geschworenengerichts von den Anklagen wegen „Aufreizung gegen die Landesregierung, die Ehrenkränkung und beziehungsweise Preßvergehen“ urteilte der Staatsanwalt scharf über das Gericht. Der „Schwäbische Merkur“ gibt zu bedenken, dass so eine wünschenswerte Einrichtung, wenn sie sich weiter derart würdelos verhielte, keine Wurzeln schlagen werde.]	2
	1850	03	01	52	260	260	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Rege Tätigkeit in den Ministerien des Äußeren und des Krieges. Enttäuschte Gesichter von Gesandten aus kleineren Staaten sind zu sehen. Die Börsenkurse sinken.]	2

	1850	03	01	52	260	260	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Österreich. [Die sog. „deutsche Partei“ stellt dem österreichischen Angebot einer deutschen Zolleinigung einen Kompetenzkonflikt entgegen, wie er im Vormärz sicher angewandt worden wäre. In Österreich, dem man lange Zeit vorgeworfen hatte, nur zu regieren, erwärmt sich das Volk zunehmend für den Plan einer Zollunion, die nicht einmal in der Deutschen Union verbindlich vorgesehen ist.]“	2
	1850	03	08	58	293	293	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Bayern.“, [Anfrage des Abgeordneten Fürst von Wallerstein zum Abschluss eines geheimen Vertrages zwischen Bayern, Württemberg und Sachsen bezüglich der künftigen Gestaltung Deutschlands; auf die Antwort der Regierung wird mit Spannung gewartet.]	3
	1850	03	08	58	294	294	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Es wird als wahrscheinlich angesehen, dass der Reichstag in Erfurt sich auch mit der deutlichen Reduzierung der Schwurgerichte, die selten im Sinne der konservativen Partei (d. h. der „Ruhe und Frieden liebenden Partei“) entscheiden, befasst. Auch ein strengeres Preßgesetz dürfte zur Sprache kommen. In Frankreich vermutet man, dass die Regierung einen äußeren Krieg anstrebt, um der zerfahrenen innenpolitischen Situation einen Aufbruch entgegenzusetzen und um die eigene Macht zu stärken.]	2
	1850	03	08	58	294	295	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [In Wien schenkt man die Aufmerksamkeit mehr den Verhandlungen mit dem vier deutschen Königreichen als dem Reichstag in Erfurt. So könnten in der Zentralgewalt drei Stimmen verteilt werden, je eine für Österreich und Preußen und eine weitere für alle übrigen Staaten. Dazu soll ein gewähltes Volkshaus treten. In diesem Falle wäre die Grundlage für eine glückliche Zukunft Deutschlands gelegt.]	2
	1850	03	15	64	326	326	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Rückblick auf die Thronrede des Großherzogs zur Eröffnung des Landtags, in der er die Versöhnung mit den Reuigen ankündigt, das Leid beklagt, das die Revolution gebracht hat und die Möglichkeiten betont, die das Bündnis vom 26. Mai bringt. „[D]as muß und wird das Banner sein, unter welchem sich die auseinander gehenden Ansichten zusammenfinden.“]	2
	1850	03	15	64	327	327	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Die II. Kammer in Dresden hat sich zwar für einen Verbleib im Dreikönigsbündnis, aber gegen eine Beschickung des Erfurter Landtags ausgesprochen.]	2

	1850	03	15	64	327	327	-	o.a.	„Deutschland. Preußen. [Unter Teilnahme v. Radowitz hat der Ministerrat in Berlin beschlossen, sich in Erfurt für die sofortige Annahme des Verfassungsentwurfs unter dem Vorbehalt der sich gleich anschließenden Revision auszusprechen. Weiterhin soll Dresden sich für den Verbleib im Dreikönigsbündnis ausgesprochen hat. In April soll in Dresden ein Fürstenkongress abgehalten werden, auf dem die Könige von Bayern, Sachsen und Hannover mit dem österreichischen Kaiser zusammentreffen sollen.]	2
	1850	03	15	64	328	328	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Den österreichischen Reformplänen, die mit Württemberg, Bayern und Sachsen verhandelt werden, hat sich Hannover angeschlossen. Es soll unter Auslassung eines Staatenhauses ein Volkshaus und ein siebenköpfiges Direktorium geben.]	1
	1850	03	22	70	358	358	-	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [Die I. Kammer hat sich für den Anschluss Badens an das Dreikönigsbündnis ausgesprochen.]	2
	1850	03	22	70	358	358	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Unter großem Beifall der linken Seite der Abgeordneten der verfassungsgebenden Landesversammlung in Stuttgart spricht sich der neu gewählte Präsident in der ersten Sitzung dahingehend aus, die erworbenen Rechte erhalten zu wollen und neue Rechte unter Mäßigung und Berücksichtigung der Zeitumstände einzufordern. Dem Drei- bzw. Vierkönigsbündnis spricht er keine Chancen zu, ein gedeihliches Ziel zu erreichen.]	2
	1850	03	29	76	389	389	+	o.a.	„Erfurter Parlament“, [Abdruck von Teilen der Eröffnungsrede Radowitz', in der er die Entstehung und die Probleme des Bündnisses vom 26. Mai beschreibt und die aktuelle Lage, insbes. die Ablehnung einiger Staaten. Außer der Verfassung sollen u.a. auch eine Wahlordnung und eine Zollordnung verabschiedet werden. Auch soll es ein gemeinsames Obergericht geben.]	3
	1850	03	29	76	390	390	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Hannover soll dem Münchener Bündnis beigetreten sein. Äußerungen des Ministers Stüve werden zum Anlass genommen, eine Auflösung der beiden Kammern in der Zeit ihrer Beurlaubung wegen des Osterfestes anzunehmen. Die Kammern beschäftigen sich mit einer Gerichtsverfassung und den Grundzügen der Organisation der Landgemeinden. Die „Hannoversche Morgenzeitung“ und die „Zeitung für Norddeutschland“ vereinigen sich zu einer Zeitung.]	2

	1850	03	29	76	390	390	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Durch das Bodenschwingsche Programm [Bahnhofspartei] soll ein schleuniges Zustandekommen des Einigungswerks möglich sein. Fern einer Lösung im Sinne der sofortigen Annahme und späteren Revision stünden nur die Abgeordneten um Bismarck, Stahl und Gerlach. Die Bahnhofspartei will Simson zum Präsidenten wählen.]	2		
	1850	03	29	76	390	390	-	„Fr. Opstztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Gerüchte zum Münchener Bündnis]	2	I. 1850	85
Vereinswesen	1847	10	22	127	849	849	-	„Der Hilfsverein. Dr. Becker.“	„Aufruf.“, [Das Rettungshaus für sittlich verwahrloste Kinder zu Mariahof in Neidigen feiert sein einjährigen Bestehen. Aufruf zu Spenden.]	1		
	1847	10	29	130	ohne	ohne	-	„Der Vorstand des Hilfsvereins. Huetlin, Bürgermeister. C. K. Detrey, Sekretär“	„Hilfsverein zu Konstanz. Rechnungs-Bericht vom 15. März bis und mit dem 27. August 1847.“, [Rechnungsdarlegung des Hilfsvereins für die Hungernden]	1		
	1847	11	05	133	886	886	+	„Der Vorsteher: Dr. Marmor, praktischer Arzt [...]“	„Spargesellschaft in Konstanz.“, [Gesellschaft betreibt Arbeitsvermittlung, um den Armen auch in der Winterzeit ein Auskommen zu sichern.]	1		
	1847	12	10	148	991	991	-	„Der Bürgermeister: Huetlin.“	„Versammlung des großen Bürgerausschusses“, [verschiedene Themen, u.a. Kinderbewahranstalt, einzurichtendes Waisenhaus, einzurichtende öffentliche Leihanstalt, Wahlen des kleinen Bürgerausschusses. Bei den Wahlen werden je drei Vertreter für die drei Steuerklassen zu wählen sein.]	1	IV. 1847	4
	1848	01	28	12	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Thronrede des Königs zur Eröffnung der Ständeversammlung, Themen u.a.: Ende der Teuerung aufgrund einer guten Ernte, pro Eisenbahnbau, pro allgemeine deutsche Wechselordnung, pro einheitliches Preßgesetz unter den Bedingungen des Strafrechts, gegen Bestrebungen von Schweizer Exilanten, rev. Vereine zu gründen und nach Deutschland zu tragen]	2		
	1848	03	03	27	179	179	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Mannheimer Volksversammlung vom 27.02.1848 als Resultat der Revolution in Frankreich, Petition mit Märzforderungen (Volksbewaffnung, Preßfreiheit, Schwurgerichte, Herstellung eines deutschen Parlaments)]	3		

	1848	03	10	30	201	202	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Volksversammlung in Mannheim am 04.03.1848 zur Frage der Volksbewaffnung]	3		
	1848	03	10	30	202	202	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Volksversammlung in Freiburg zur gesetzlichen Amtsenthebung des Bürgermeisters]	2		
	1848	03	10	30	203	203	-	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Volksversammlung in Hanau, Aufstellen einer Petition mit Märzforderungen und Ablösung der Kammer sowie Neubildung des Ministeriums]	2		
	1848	03	17	33	219	220	+	o.a.	„Abschiedsworte an die hiesigen Abgeordneten zur Offenburger Volksversammlung: Redakteur Fickler, Literat Kaiser, Anwalt I. Vanotti, Anwalt Stephani, Arzt Vanotti, Anwalt Würth.“, [Aufruf zur Einigkeit, für ein einheitliches Vaterland]	3		
	1848	03	17	33	222	222	-	o.a.	„Neuestes. Konstanz.“, [Volksversammlung in Konstanz, auf der Obergerichtsadvokat Vanotti zum Ersatzmann für die Offenburger Versammlung gewählt wird, Kuenzer spricht sich für eine nationale Einigung unter einer obersten gesetzgebenden Gewalt aus, Fickler erstattet Bericht über die Volksversammlungen in Engen und Singen, auf der sich die Mehrheit für eine deutsche Republik ausgesprochen habe. Die Behauptungen des „Tagesherold“, nach der sich nur „verkommene Bürger“ dem Wunsch nach einer Republik anschließen, sei falsch. Die Republik haben viele Konstanzer dieser Versammlung ebenfalls gefordert. Bürgermeister Huetlin habe sich der Forderung Kuenzers nach einem deutschen Nationalstaat angeschlossen. Fickler befürwortet Amtsantritt Peters.]	1		
	1848	03	24	38	245	245	-	o.a.	„[Kein]“, [Ankündigung einer Volksversammlung in Konstanz für den 24.03., 14:00 Uhr im Stadthaus]	2		
	1848	03	31	44	267	267	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Freiburger Volksversammlung mit 40.000 Teilnehmern fordert grundlegende gesellschaftliche Reformen, das Umstoßen des 'Polizei- und Pfaffen-Staates' und eine republikanische Verfassung; Kuenzer konnte sich mit gemäßigten Forderungen nicht gegen Struve durchsetzen.]	3	I. 1848	21
	1848	05	26	92	491	492	+	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Der Vaterlandsverein Marburgs unterstützt Souveränitätsanspruch der Nationalversammlung.]	3		
	1848	06	02	92	518	518	-	„Die Hallenser Studentenschaft“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Hallenser Burschenschaft schließt sich der Jenaer Burschenschaft an und lädt zu einem Fest auf die Wartburg ein.]	2		

	1848	06	16	110	571	571	+	„M. Abdz.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Versammlung von Soldaten zur Besprechung der Durchsetzung derjenigen Rechte, die sie als Bürger haben]	3		
	1848	06	16	110	572	572	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [In Köln haben sich Arbeiter versammelt, um eine Adresse an die Nationalversammlung zu schicken, die diese auffordert, sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen; außerdem wurde für Willich gesammelt (Heckers Waffenbruder) und für die Republikaner Frankreichs.]	2		
	1848	06	23	115	600	600	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [In Mainz wurde am 12.06.1848 die erste „deutsche National-Buchdrucker-Versammlung“ eröffnet, Ziel ist die materielle und geistige Hebung des Gesellenstandes.]	2		
	1848	06	30	121	629	629	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Bayern.“, [Die Katholiken wurden zur Unterzeichnung einer Petition gegen die Unterdrückung ihrer Konfession gebeten, diese wurde zerrissen. Aufruf zu einer Volksversammlung am 23.06. in München.]	3		
	1848	06	30	121	629	630	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der politische Verein spricht sich in einer Adresse an die Nationalversammlung gegen die Einrichtung einer provisorischen Zentralgewalt aus.]	3	II. 1848	18
	1848	07	13	132	682	682	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Buchdruckereibesitzer fordern in einer Generalversammlung in Leipzig einheitliche Buchpreise für ganz Deutschland, um Forderungen der Gehilfen erfüllen zu können.]	2		
	1848	07	21	139	713	713	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der demokratische Studentenverein der Heidelberger wurde seitens des Ministeriums aufgelöst. Die Studenten planen eine Versammlung, um weitere Schritte zu beraten.]	2		
	1848	07	21	139	714	714	-	„Mannh. Abdz.“	„Deutschland. Braunschweig.“, [Volksversammlung am 11.07.1848 gegen die weitere Aufrüstung]	2		
	1848	07	21	139	714	714	-	„Mannh. Abdz.“	„Deutschland. Preußen.“, [Kongress der konstitutionellen Vereine Westfalens und des Rheinlandes als konservativ-reaktionär bestimmte Veranstaltung]	2		
	1848	07	28	145	740	740	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Hessen.“, [Volksversammlung in Kranichstein/ Darmstadt hat einen Eklat zwischen Konstitutionellen und Demokraten gebracht. Man konnte sich nicht über den Sitzungsleiter einigen, für den der Abgeordnete Zitz, der sich gegenüber Gagern unhöflich verhalten hatte, kandidierte sowie der Präsident des vaterländischen Vereins. Schließlich wurde Zitz gewählt und eine Adresse an den Großherzog mit der Bitte um Demokratie verabschiedet.]	2		

	1848	07	28	145	740	740	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die Versammlung des „Vaterländischen Vereins“ in Seligenstadt spricht sich gegen ein klares Bekenntnis zu einer politischen Richtung aus. Man halte sich an die Satzung, verfolge die festgelegten Ziele auch abseits des persönlichen politischen Bekenntnisses.]	2		
	1848	08	11	157	759	759	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Gründung eines vaterländischen Vereins in Heidelberg.]	3		
	1848	08	11	157	795	796	+	„Allg. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Entgegen den Bedenken des Kölner Bürgervereins soll des 6. August in einer Feier gedacht werden.]	3		
	1848	08	25	169	858	858	-	„D. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Tumult von Soldaten anlässlich der Feier zur Huldigung des Reichsverwesers am 06.08.1848.]	1		
	1848	09	01	175	889	889	-	„Die Direktion.“	„Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder im Großherzogtum Baden.“, [Bitte um Unterstützung]	1		
	1848	09	15	187	946	946	-	„O. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [Volksversammlung beschließt, der neuen Regierung nicht Folge zu leisten und keine Steuern zu zahlen. Ferner wolle man Zwangsmaßnahmen mit Waffengewalt begegnen.]	2		
	1848	09	22	193	977	977	+	„M. A.“	„Deutschland. Baden.“, [Infolge des Beschlusses der Nationalversammlung, dem Waffenstillstand zuzustimmen kam es zu einer Volksversammlung in Mannheim, die beschloss, Deputationen nach Frankfurt zu schicken, um dort die Abgeordneten der Rechten zum Rücktritt zu bewegen, um dann mit den Verbliebenen die Verhandlungen fortzusetzen.]	3		
	1848	09	29	199	1008	1008	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [„Der Bürgerverein für die Freiheit“ drängt auf rasche Verhandlung der Reichsverfassung.]	2	III. 1848	27
	1848	10	13	211	1062	1062	-	o.a.	„Österreichische Monarchie.“, [Unruhe in Pest: Landsturm ist aufgeboden, Volksversammlung tagt.]	2		
	1848	10	27	223	1119	1119	-	„Der provisorische Ausschuß“	„Vaterländischer Verein zum Schutze deutscher Arbeit.“, [Einladung des provisorischen Ausschusses zur Generalversammlung am 01.11.1848 in Frankfurt. Es soll ein Zolltarif für Manufakturwaren geändert werden. Eingeladen sind alle, „denen Förderung und Schutz der deutschen Arbeit in einer Zeit der Wiedergeburt des großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt [...]“.]	1		
	1848	11	03	229	1144	1144	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Bericht über den Demokratenkongress in Berlin.]	2		

	1848	11	17	241	1200	1200	-	o.a.	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Ein Entwurf Hansemanns über die Form der künftigen Reichsgewalt soll vorliegen. Außerdem soll der „Verein zum Schutze deutscher Arbeit“ eine organische Verbindung aller deutschen Gewerbsvereine zu einem Ganzen bezwecken.]	2		
	1848	11	17	241	1200	1200	-	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Der Kongress der Vertreter der politischen Vereine Deutschlands fand vom 3.- 5.11.1848 in Kassel statt. Beschlossen wurde u.a., einen gemeinsamen „nationalen Verein“ zu gründen. Das Programm des Dachverbandes fordert 1. Volkssouveränität, 2. Bundesstaat beschränkt Rechte der Länder, 3. kritische Begleitung der Nationalversammlung.]	2	IV. 1848	9
	1849	01	05	5	19	19	+	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [Wegen der Ministerkrise wird der Landtag erst zum 15.01. einberufen werden. Der „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ hat in einer Versammlung in München gefordert, die Preßfreiheit und das Assoziationsrecht erneut zu beschränken; kritische Aufnahme durch die Zeitung.]	3		
	1849	01	12	11	46	46	-	„H. Mztg.“	„Deutschland. Hannover.“, [Der Hannoveraner Volksverein hat die Grundrechte auf einer Sitzung unter großen Jubel verlesen lassen.]	2		
	1849	01	19	17	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Der sächsische Landtag tritt am 14.01. zusammen; Der „Deutsche Verein“ in Dresden ist einer Adresse des „Leipziger Vereins“ beigetreten, in der die Einsetzung des preußischen Königs als Kaiser favorisiert wird, während sich das sächsische Volk mehrheitlich für den österreichischen Monarchen aussprechen soll.]	2		
	1849	02	16	41	192	192	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Generalversammlung am 25.02.1849]	1		
	1849	02	23	47	220	220	-	„F. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Belgien soll in nächster Zeit ein Kongress von Demokraten aus Frankreich, Deutschland und Belgien stattfinden, der zum Ziel hat, gemeinsame Pläne zu erarbeiten. In Köthen sollen Demokraten zur Planung eines größeren Kongresses zusammenkommen. Die Mitglieder des demokratischen Zentralausschusses fordern eine republikanische Verfassung, die Auflösung Preußens und eine Neuausrichtung der Stellung Polens zu Deutschland.]	2		
	1849	02	23	47	222	222	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Generalversammlung am 25.02.1849]	1		
	1849	03	23	71	338	338	-	„Crämer, C. [...]“	„Aufruf zur Gründung eines vaterländischen Vereins in Konstanz.“	1	I. 1849	12

	1849	04	27	101	495	495	+	„N. F. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Volksversammlung in Maulburg, der die Masse des Volkes als passiv, nicht als revolutionär-aktionistisch beschreibt: „Das Volk deshalb als aristokratisch zu bezeichnen, greift fehl. Das Volk wägt zunächst ab, bevor es handelt.“]	3		
	1849	05	04	107	525	525	+	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der Landtag ist noch immer nicht einberufen worden. Eine Bürgerversammlung soll am 27.04.1849 die unbedingte Annahme der Reichsverfassung fordern. Beurlaubte Militärs sind in die Kaserne einberufen worden.]	3		
	1849	05	11	113	555	556	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Eine Versammlung der Karlsruher Bürgerwehr fasst u.a. folgende Beschlüsse: 1. Baldmöglichste Veröffentlichung der Reichsverfassung im Regierungsblatt und Beeidigung derselben, 2. Unbedingtes Eintreten der Bürgerwehr für die Reichsverfassung und Aufruf an die anderen Bürgerwehren des Landes, es ihr gleich zu tun. 3. Die badische Regierung solle sich für den Schutz Rheinbayerns einsetzen, indem sie sich bei der Zentralgewalt für ein Verbot des Truppendurchzugs aus denjenigen Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, einsetzt.]	3		
	1849	05	11	113	556	556	-	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Polemischer Artikel des Volksvereins Sinsheim zum Ausschluss des Abgeordneten Bassermann, der dem Verein vorwirft, durch Lüge und Verleumdung das Volk zu betören.]	2		
	1849	05	18	119	590	590	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [14.05.1849: Mannheim ist infolge der Offenburger Beschlüsse und der Ereignisse in Karlsruhe und Rastatt in Aufruhr. Protestierendes Volk erreichte, dass das Militär in der Stadt verbleiben und gemeinsam mit den Bürgern Volksversammlung halten solle. Die Volksversammlung unterrichtete über die Offenburger Beschlüsse und rief zur Vereinigung des Militär mit den Bürgern auf. Man folgte diesem Vorschlag.]	2		
	1849	05	18	119	590	591	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Am 14.05.1849 wurde eine Volksversammlung in Mannheim abgehalten: Gegenstand waren die Offenburger Beschlüsse und die Einrichtung eines Sicherheitsausschusses.]	2		
	1849	05	18	119	591	591	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [In Nürnberg hat eine Volksversammlung aus Stadt- und Landwehr am 08.05.1849 einstimmig die Vereidigung auf die Reichsverfassung beschlossen. Diese hat dann aber nicht stattgefunden; es gab lediglich eine freiwillige Huldigung.]	2		

	1849	05	18	119	591	591	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Eine Volksversammlung in Nürnberg am 13.05.1849 wurde von 60.000 Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder von verschiedenen Vereinen, besucht. Man einigte sich, die Reichsverfassung nur auf gesetzlichem Wege anzustreben. Die gestellten Anträge, in denen dem bayerischen Ministerium das Misstrauen ausgesprochen, die unbedingte Einführung der Reichsverfassung verlangt und den bayerischen Reichstagsabgeordneten das Vertrauen ausgesprochen wurde, nahm man einstimmig an. Weiterhin soll ein offener Brief der Versammlung an den König formuliert werden. Man schwor allgemein der Reichsverfassung die Treue und bejubelte die bayerischen Abgeordneten der Linken. Nun soll das Zusammentreten der Kammer abgewartet werden.]	2
	1849	05	25	125	620	621	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Bei Kreuznach werden 12.000 Mann preußischen Militärs zusammengezogen.]	2
	1849	05	25	125	621	621	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Hessen.“, [Das Festungsgouvernement hat Maßregeln gegen die jüngsten Ereignisse in Baden und Rheinbayern beschlossen: u. a. Aufhebung der Preßfreiheit, Kontrolle von Eisenbahnzügen und Dampfschiffen durch Soldaten, Verbot des Exerzierens auch ohne Waffen. Patrouillenfahrten auf Rhein und Main.]	2
	1849	05	25	125	621	621	-	„Fr. J.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Eine Versammlung der Bürgerwehr dringt auf rasche Vereidigung auf die Reichsverfassung. Falls dies nicht binnen 48 Stunden seitens des Senats auf den Weg gebracht würde, droht die Bürgerwehr mit einer Erhebung auf Grundlage des Friedensbruchs mit der Nationalversammlung.]	2
	1849	05	25	125	622	622	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Monatsversammlung aller „Freunde der Landwirthschaft“]	2
	1849	06	01	131	647	648	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Volksversammlung in Reutlingen am 28.05. wurde von 15.000 Personen besucht, die sich zwar alle radikal aussprachen, aber unbewaffnet und nicht mit roten Fahnen ausgestattet waren. Die Versammlung, zu der auch Fickler angereist war, wählte Vertrauensmänner, die nach Stuttgart geschickt werden sollen. Man sprach sich für Volksbewaffnung und freie Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann aus und forderte die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.]	3

	1849	06	01	131	648	648	-	„Fr. Journ.“	„Deutschland. Hessen.“, [Richtigstellung der Berichterstattung der „Mainzer Zeitung“ zur Volksversammlung in Laudenbach, bei dem keinesfalls 8.000 („Darmstädter Zeitung“), sondern nur 70- 80 Personen bewaffnet waren (die Gewehre eigneten sich zudem im Allgemeinen nur für Freudenschüsse). Erst nachdem ein verhasster Regierungskommissar die Anwesenden mit dem vormärzlich gebräuchlichen „ihr Bauern“ angesprochen hatte, wurde dieser erschossen. Daher griff das hessische Militär ein.]	2		
	1849	06	08	136	673	673	+	„Die provisorische Regierung für Baden.[...]“	„Deutschland. Baden.“, [Der Bericht in der „Karlsruher Zeitung“ vom 31.05.1849 unter Zeichnung des Landesausschusses über die Versammlung bei Laudenbach war unrichtig. Es soll nun ein offizieller Armeebericht dazu angefertigt werden.]	3		
	1849	06	15	142	703	704	-	o.a.	„Konstanz. An die Frauen.“, [Aufruf zur Unterstützung der jetzigen Vorgänge. Unter Anleitung von Volksvereinsmitglieder sollen Frauenvereine initiiert werden.]	2		
	1849	06	22	148	732	732	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Versammlung am 24.05.1849]	1	II. 1849	38
	1849	08	17	196	951	951	+	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [10.08.1849: In Berlin gründen sich große Volksvereine, die untereinander gut vernetzt sind. Die Statuten fordern „Wiedererlangung des allgemeinen Wahlrechts durch gesetzliche Mittel. Geselliges Vergnügen und Erörterung politischer Fragen“. Vorsitzender wurde in der von 2.000 Personen besuchten Versammlung Dr. Weiß.]	3		
	1849	08	17	196	954	954	-	o.a.	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Die Generalversammlung am 26.08.1849 ist wegen obwaltender Hindernisse ausgesetzt.]	1		
	1849	08	24	202	979	979	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Nürnberger Arbeiterverein hat angezeigt, aufgrund der gesetzlichen Regelungen vom 12. bzw. 13.08.1849 aufgelöst zu sein. Den Mitgliedern ist es verboten, sich von nun an zu versammeln.]	3		
	1849	08	24	202	979	979	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Soldaten werden um Bockenheim konzentriert. Ein verbotenes Turnfest fand nur etwa 100 Teilnehmer. Das Plateau, auf welchem sich diese treffen wollten, war als Ausdruck des Verbotes besetzt. Angesichts der geringen Teilnehmerzahl luden die Soldaten die Sportler ein, ihre Übungen dennoch vorzunehmen.]	3		

	1849	08	31	208	1009	1009	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Geburtstagsfeier des Großherzogs in Konstanz, die vom Bürgermuseum ausgerichtet wurde. Teilgenommen haben auch viele k.u.k.-Offiziere. Es wurde das tiefe Bedauern über die Vorkommnisse der letzten Zeit ausgesprochen. Es bedurfte allein der Hilfe fremder Truppen, um die Wiederkehr des Fürsten zu ermöglichen.]	3		
	1849	09	28	232	1131	1131	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Der zu vierzehntägiger Haft verurteilte Redakteur des „Badischen Merkurs“, A. Schnetzler, ist nach zwei Tagen wieder entlassen worden. Nach dem allgemeinen Verbot der Volks-, Arbeiter- und Bürgervereine hat sich der „Vaterländische Verein“ Mannheims bei der großherzoglichen Regierung erfolgreich für eine Zurücknahme des stadtmöglichen Beschlusses eingesetzt. Der „Vaterländische Verein“ hat sich Verdienste in der Auseinandersetzung mit den Volksvereinen erworben.]	3		
	1849	09	28	232	1132	1133	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Die nach einer landesherrlichen Verfassung in Hessen vorzunehmenden Kammerwahlen sollen ohne Verzug durchgeführt werden. Die Demokraten versuchen, mit den eben wieder erlaubten unbewaffneten und unter Bedachung stattfindenden Volksversammlungen den Wahlausgang zu beeinflussen. Der General Schäffer dankt den Bewohnern der Bergstraße für den freundlichen Empfang der heimkehrenden hessischen Soldaten.]	2	III. 1849	18
	1849	10	12	244	1190	1190	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Versammlung deutscher Land- und Forstwirte in Mainz.]	2		
	1849	11	23	280	1374	1374	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirtschaftliche Verein in Konstanz“, [Sitzung am 25.11.1849.]	1		
	1849	11	23	280	1374	1374	-	o.a.	„Zur Nachricht.“, [Am kommenden Sonntag wird in der evangelischen Kirche die Jahreskollekte für die Anstalten für sittlich verwahrloste Kinder durchgeführt.]	1		
	1849	11	30	286	1407	1407	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Ernennung neuer Regierungsbeamte und insbesondere der neue Stadtdirektor Stephani wird in Mannheim begrüßt. Ein Komitee unter Vorsitz des Regierungsdirektors ist in Mannheim zusammengetreten, um die Landesanstalt für verwahrloste Kinder mit Sitz in Durlach zu unterstützen. Die Arbeit des Frauenvereins wird lobend hervorgehoben. Die Situation ist durch die Cholera verschärft.]	3		

	1849	11	30	286	1408	1408	-	„K. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Die in Main stattgefundene Generalversammlung des dortigen demokratischen Vereins war sehr gut besucht. Die vielen Frauen (2/3) sollen vor allem wegen des bunten Farbspiels aus Kränzen, Fahnen und farbigen Feuern angelockt worden sein. Nach einem Trauermarsch hatte der Vorsitzende in einer Rede selbstbewusst die Stärke der demokratischen Partei betont. Ihm folgte der deutschkatholische Prediger Krebs, der ein Loblied auf Robert Blum anschloss.]	2		
	1849	12	07	292	1454	1454	-	„A. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [Versammlung der Vertreter der deutschen Industrie in Frankfurt aus dem „Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“. Einstimmigkeit herrscht in der Befürwortung einer deutsch-österreichischen Zollunion, von der man sich „das höchste Maß der materiellen Wohlfahrt“ verspricht.]	2		
	1849	12	07	292	1454	1454	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Freie Stadt Frankfurt.“, [„Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“: Einstimmigkeit in der Unterstützung der Wiener Vorschläge vom 26.10.1849.]	2		
	1849	12	07	292	1455	1455	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Während sich die Vaterlandsvereine in Sachsen noch nicht von ihrem Verbot erholt haben, hat sich der Volksverein Leipzig eine neue Aufgabe gegeben: die der Volksbildung und Volksaufklärung. Weiterhin beschäftigen sie sich mit sozialen Reformen. Der Blum-Verein sucht diesem Ziel durch Gesang, Musik und Reden nachzukommen. Die Versammlungen sind gut besucht, jedoch meiden die Bürgerlichen diese.]	2		
	1849	12	21	304	1516	1516	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Anlässlich einer Reise des Prinzen von Preußen an den Rhein haben dort alle politischen Vereine Angaben zu Namen, Mitgliederzahl, Vorsteher und Versammlungslokal an die Behörden zu melden. Diesem nicht nachgekommen sind die demokratischen Vereine. Der Handlungsdieners Ohm, bekannt durch den Waldeck-Prozess, ist nach seiner Verurteilung als „Fälscher“ und „falscher Denunziant“ zu den einfachen Verbrechern zugeordnet worden.]	2		
	1849	12	28	309	1546	1546	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Monatssitzung am 30.12.1849]	1		
	1849	12	28	309	1544	1544	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die allgemeine Karnevalsgesellschaft hat beschlossen, zugunsten der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz sowie des im Exil lebenden Präsidenten auf das Karnevalsfest 1850 zu verzichten.]	2	IV. 1849	20

	1850	01	04	4	14	14	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Ergebnis der Spendenaktion zugunsten des „Vereins für Erziehung sittlich-verwahrloster Kinder“]	2		
	1850	01	25	22	105	105	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Die Versammlung am 27.01.1850]	1		
	1850	02	15	40	195	195	+	„K. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die Gründung konservativer Vereine in Württemberg begrüßt die Zeitung als Ausgleich zu dem demokratischen. Die konservativen Vereine unterscheiden sich von den vaterländischen v.a. durch die Ablehnung eines Anschlusses an den engeren deutschen Bundesstaat. Die Initiatoren der Gründungsbewegung sind mit den Bedürfnissen des Volkes genau vertraut.]	3		
	1850	02	22	46	228	228	-	„Der Vorstand.“	„Der landwirthschaftliche Verein in Konstanz“, [Generalversammlung am 24.02.1850]	1		
	1850	03	01	52	262	262	-	„Der Vorstand.“	„Sängerrunde Bodan.“, [Gesangprobe am 01.03.1850]	1		
	1850	03	08	58	296	296	-	„Der Vorstand.“	„Sängerrunde Bodan.“, [Gesangprobe am 08.03.1850]	1		
	1850	03	15	64	328	328	-	„Der Vorstand.“	„Sängerrunde Bodan.“, [Gesangprobe am 15.03.1850]	1		
	1850	03	22	70	360	360	-	„Der Vorstand.“	„Sängerrunde Bodan.“, [Gesangprobe am 22.03.1850]	1		
	1850	03	29	76	392	392	-	„Der Vorstand.“	„Landwirthschaftlicher Verein zu Konstanz.“, [Versammlung der Mitglieder und weiterer an der praktischen Landwirtschaft interessierter Bürger.]	1	I. 1850	12
Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfrage n)	1847	10	08	121	809	809	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Bürgerversammlung am 03.10.1847 in Mannheim: Die „Radikalen“ unter v. Itzstein und Mathy sprachen sich für die Wichtigkeit der bevorstehenden Kammerwahlen aus und betonten, „[...] die Bürger sollten sich deshalb [da Baden der Staat mit den mündigsten Bürgern ist; M. P.] diesen Ruhm nicht rauben lassen und wählen, wie es die Ehre und der Fortschritt verlange.“ Mathy empfahl für die Wiederwahl den Abgeordneten Brentano.]	3		
	1847	10	15	124	827	827	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Die vier Hofgerichte sollen Vorschläge für die personelle Besetzung der Bezirksstrafgerichte einreichen. Nun sind auch solche Juristen bereit, die unter dem vorherigen Ministerium nicht für die Staatsanwaltschaft zu arbeiten geneigt waren. Die Wahl des Abgeordneten für die Universität Freiburg ist noch offen. Allgemein werden die Wahlen für die Universität Freiburg ist noch offen. Allgemein werden die Wahlen weniger als vorherige durch die Bürokratie behindert.]	3		

	1847	10	29	130	866	867	-	o.a.	„Österreichische Monarchie“, [Bei der Komitats-Deputiertenwahl siegte in Pest Kossuth als Vertreter der Liberalen nach einer Kugelung deutlich vor seinen konservativen Herausforderer. Die Wahl war von Tumulten begleitet.]	3		
	1847	11	19	139	921	921	+	„Oberrh. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Wahlen sämtlicher Abgeordneter werden am 23.11.1847 durchgeführt.]	3		
	1847	12	10	148	991	991	-	„Der Bürgermeister: Huetlin.“	„Versammlung des großen Bürgerausschusses“, [verschiedene Themen, u.a. Kinderbewahranstalt, einzurichtendes Waisenhaus, einzurichtende öffentliche Leihanstalt, Wahlen des kleinen Bürgerausschusses. Bei den Wahlen werden je drei Vertreter für die drei Steuerklassen zu wählen sein.]	1		
	1847	12	17	151	1005	1005	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen. Zweite öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 11. Dezember 1847. (Nachtrag.)“, [Die Anfechtung der Wahl im 40. Ämterwahlbezirk, eingebracht durch Hecker, findet keine Mehrheit.]	3		
	1847	12	24	154	1031	1031	-	„Der Bürgermeister. Huetlin.“	„Versammlung des großen Bürgerausschusses“, [Beratung mehrerer Petitionen an die II. Kammer, Vornahme der Ergänzungswahlen zum Gemeinderat und zum kleinen Bürgerausschuss.]	1		
	1847	12	31	157	1045	1046	+	„Oberrh. Zeitung.“	„Deutschland. Baden.“, [Bericht über die Eröffnung des hessischen Landtages, für den die Liberalen eine Mehrheit errungen haben. Die Zeitung betont kritisch die Geschwindigkeit des Umschwungs der Wahlentscheidungen und vergleicht diese mit der Langsamkeit in Baden, die die „Vaterlandsfreunde“ als Anlass zum „Erröthen“ nehmen sollten. Gagern fordert eine Erwiderung auf die im Gegensatz zu Baden öffentlich verhandelte Antwortadresse zur als unzureichend empfundenen Rede des Fürsten, der behauptet hatte, es sei seit dem letzten Landtag nichts Wesentliches geschehen. Gagern beklagte weiterhin die mangelnde Entwicklung der konstitutionellen Gesetzgebung, den schlechten Zustand von Presse und Wahlgesetz, mangelnde Kontrolle der Verwaltung und die Verschwendung öffentlicher Gelder. Die Zeitung kritisiert Baden, dass das Presserecht als Bundessache ansieht, während Bayern und Hessen eine eigene Regelungskompetenz für sich in Anspruch nehmen.]	3	IV. 1847	20
	1848	01	07	3	16	16	-	„Der Gemeinderath. Huetlin.“	„Gemeindewahlen.“, [Bekanntgabe der Ergänzungswahlen des großen Bürgerausschusses vom 27.12.1847]	1		
	1848	01	14	6	31	31	+	„D. Ztg.“	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [zur Frage der Zulässigkeit des ständischen Wahlrechts]	3		

	1848	03	17	33	220	220	-	„Agsb. Abdz.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Bürgerbewaffnung gegen Bauernaufstände, die sich in Gewalt gegen Gutshöfe entladen, in Aussicht gestellte Neuwahl der Ständekammer]	2	I. 1848	6
	1848	04	14	56	335	335	-	„Namens der Wahlkommission: Huetlin, Bürgermeister. vdt. Katzenmayer, Rathschreiber.“	„Einladung zur Wahlmännerwahl für die Ernennung der Mitglieder der deutschen National-Versammlung.“	1		
	1848	04	14	56	332	333	-	„M. Abendztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Regelungen zur Wahl der Mitglieder der Nationalversammlung mit kritischem Kommentar der Mannheimer Abendzeitung]	2		
	1848	04	28	68	384	384	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Wahlkampfaufruf zur Wahl für die Nationalversammlung mit Favorisierung der Konstitutionellen]	2		
	1848	04	28	68	384	384	-	„Fr. Journ.“	„Deutschland. Hessen.“, [Im Odenwald haben sich die Volksvereine ein Zentralkomitee gewählt, Dank an Abgeordneten Zitz für sein Engagement für das Volk, Ludwig Bogen als Kandidat für die Nationalversammlung]	2		
	1848	05	05	74	409	409	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Anfechtung der Wahl zur Nationalversammlung auf einer schlecht besuchten Volksversammlung in Freiburg durch den „Wirtschaftsadministrator der Hochschule“ scheitert; Bezeichnung als misslungener Versuch zur Reaktion.]	3		
	1848	05	05	74	410	410	-	„Augsb. Abdz.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Kandidatur des Prof. Bischof scheitert am Widerstand aufgebrachter Bauern; stattdessen wird der Schlossermeister Nägele gewählt]	2		
	1848	05	05	74	410	410	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [München: Ergebnisse der Wahlen im ersten und zweiten Bezirk, Annahme des neuen Preßgesetzes und des neuen Anleihegesetzes durch die I. Kammer]	2		
	1848	05	12	80	437	437	+	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Die Wahlen sollen einen vollständigen Sieg der Demokraten gebracht haben.]	3		
	1848	05	12	80	438	438	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt wurden statt der 68 zu wählenden Abgeordneten Böhmens nur 10-12 gewählt.]	2		
	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [v. Wessenberg soll Abgeordneter für den See und den Hegau werden.]	2		

	1848	05	19	86	464	464	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [A. v. Itzstein ist für Pforzheim in die Nationalversammlung gewählt worden.]	2		
	1848	06	02	92	517	517	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Baden.“, [Baden darf seine Vertretung nicht in die Paulskirche entsenden.]	3		
	1848	06	02	92	518	518	-	o.a.	„Deutschland. Preußen.“, [Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung Preußens mit genauer Berufsbezeichnung der Abgeordneten.]	2		
	1848	06	09	104	545	545	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Wahlen zum Abgeordneten der II. Kammer in Überlingen]	3		
	1848	06	09	104	545	545	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Wahlen in Villingen: Nach zwei Wahlgängen und Stimmgleichheit entschied das Los für die Wahl des Abgeordneten Mez als Vertreter bei der Nationalversammlung in Frankfurt.]	3	II. 1848	34
	1848	08	04	151	766	766	-	„F. J.“	„Deutschland. Baden.“, [Ministerialdirektor Brunner aus Karlsruhe hat seine Wahl zum Abgeordneten der I. Kammer ausgeschlagen.]	2		
	1848	08	25	169	853	853	+	„A. Z.“	„Deutschland. Schleswig-Holstein.“, [In Kiel findet sich die gesamte provisorische Regierung Schleswig-Holsteins zusammen, um der Eröffnung der konstituierenden Versammlung beizuwohnen. Max von Gagern reist erst in einigen Tagen von Rendsburg ins Hauptquartier ab.]	3		
	1848	08	25	169	854	854	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Freie Stadt Hamburg.“, [Eine Deputation von sieben Vereinen hat erreicht, dass in Hamburg Urwahlen durchgeführt werden, um eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die neue Verfassung wird aller Voraussicht nach die Gleichstellung der Juden bringen.]	2	III. 1848	7
	1848	10	20	217	1087	1087	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Der Landtag in Darmstadt wird sich Ende Oktober mit der Ausarbeitung des Wahlgesetzes beschäftigen. Von den Zerstörern der Eisenbahnbrücke bei Weinheim sind bereits 27 Hessen in das Arresthaus geliefert worden.]	3		
	1848	11	03	229	1144	1144	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [In Kassel ist das neue Wahlgesetz verabschiedet worden.]	2		
	1848	11	17	241	1200	1200	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Der König billigt Gesetze über die Einführung von Schwurgerichten und einer Abänderung des Strafrechts. Weiterhin werden Regelungen zur Jagd getroffen. Man erwartet die Auflösung der Kammer und eine baldige Wahlausschreibung.]	2		
	1848	12	15	265	1311	1312	+	o.a.	„Deutschland. Hessen-Kassel.“, [Diskussion eines neuen Wahlgesetzes]	3		

	1848	12	29	276	1366	1366	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Die Wahl eines Abgeordneten für den 1. Bezirk Wiens ist in der Stichwahl nicht für Herrn v. Pillerdorff, sondern zugunsten Herrn v. Schmerlings ausgegangen.]	2	IV. 1848	12
	1849	01	05	5	19	29	+	„Fr. J.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Behörden haben Anweisung, sich aus den Wahlen der Urwähler herauszuhalten und stattdessen einen korruptionsfreien Ablauf und die Einhaltung der Meinungsfreiheit zu garantieren.]	3		
	1849	01	05	5	20	20	-	„A. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Prognose über den Wahlausgang: Konservativ würde die Provinz Preußen wählen [Unverständnis der Zeitung], die meisten Oppositionellen kämen aus Sachsen, während in den Rheinprovinzen „Ruhe und Ordnung“ gewünscht werde, also ein politischer Stimmungsumschwung stattgefunden hat.]	2		
	1849	01	19	17	74	74	-	„Allg. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Der Ausgang der preußischen Wahlen ist weiter ungewiss. Die Konservativen sollen äußerst aktiv sein, auch die Konstitutionellen. Die Bauern hätten nun begriffen, dass es mit den demokratischen Versprechen nichts brächte und würden nun konservativ wählen. Wie die Rheinprovinzen abstimmen, ist ebenfalls unklar.]	2		
	1849	02	09	35	157	157	+	„Karlsru. Z.“	„Deutschland. Württemberg.“, [In Württemberg soll die Regierung binnen kurzem ein Wahlgesetz für die Wahl einer konstituierenden Versammlung in den Landtag einbringen. Der Entwurf sieht ein Zensuswahlrecht vor.]	3		
	1849	02	23	47	220	220	-	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Über den russischen Einmarsch in Siebenbürgen ist wenig Belastbares vorhanden. Für den Wahlbezirk Leopoldstadt ist Dr. jur. Ferdinand Meyer in die Nationalversammlung gewählt worden.]	2		
	1849	02	23	47	220	220	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Nachwahl eines Abgeordneten für den österreichischen Reichstag. Die Festung Esseg hat kapituliert.]	2		
	1849	03	02	53	249	249	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die slowakische Lipa hat beschlossen, alle Töchterklubs aufzufordern, das Volk von den Wahlen nach Frankfurt abzuhalten.]	2		
	1849	03	02	53	250	250	-	„Namens der Wahlkommission: Huetlin, Bürgermeister.“	„Erneuerungswahl des großen Bürgerausschusses.“, [Ergebnis der Wahl der Mittelbesteuerten. Gewählt hatten bereits die Niederbesteuerten, die Entscheidung der Höchstbesteuerten steht für den 5. März an.]	1		
	1849	03	09	59	278	278	-	„F. J.“	„Deutschland. Österreich.“, [Unruhen in Krakau, Handelsminister von Bruck ist von Triest zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden.]	2		

	1849	03	30	77	367	367	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Für Olmütz ist Szabel als Abgeordneter nach Frankfurt gewählt worden.]	2		
	1849	03	30	77	367	367	-	„A. Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [Auf Intervention der Konsuln von Preußen und Frankfurt wurde die Wahl des Triester Abgeordneten für die Nationalversammlung in Frankfurt um 14 Tage verschoben, um die Annahme des Welcker'schen Antrags abzuwarten. Fällt diese positiv aus (Kleindeutschland unter preußischem Erbkaisertum), wäre die Wahl ohnehin unnötig.]	2		
	1849	03	30	77	367	367	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [In Trient ist Graf Festi als Deputierter für die Nationalversammlung in Frankfurt gewählt worden.]	2	I. 1849	25
	1849	04	06	83	402	402	-	„Namens der Wahlkommission: Huetlin, Bürgermeister. vdt. Katzenmayer, Rathschreiber.“, [Wahlergebnisse der Abstimmung des 1. Fähnleins der Bürgerwehr.]	„Bürgerwehr-Wahl.“, [Bekanntgabe der Ergebnisse der Offizierswahl der Konstanzer Bürgerwehr durch das 1. Fähnlein]	1		
	1849	04	13	89	433	433	-	„Namens der Wahl-Kommission: Huetlin, Bürgermeister. vdt. Katzenmayer, Rathschreiber.“	„Bürgerwehr-Wahl.“, [Bekanntgabe der Ergebnisse der Offizierswahl der Konstanzer Bürgerwehr durch das 3. Fähnlein]	1		

	1849	04	20	95	467	467	-	„Namens der Wahl-Kommission: Huetlin, Bürgermeister. vdt. Katzenmayer, Rathschreiber.“	„Bürgerwehr-Wahl.“, [Bekanntgabe der Ergebnisse der Offizierswahl der Konstanzer Bürgerwehr durch die Reiter-Abteilung, die Artillerie und die Scharfschützen.]	1
	1849	05	11	113	558	558	-	„Namens der Wahlkommission: Huetlin, Bürgermeister. vdt. Katzenmayer, Rathschreiber.“	„Wahl des Bannerführers der hiesigen Bürgerwehr.“	1
	1849	05	11	113	558	558	-	„Namens der Wahlkommission: Huetlin, Bürgermeister. vdt. Katzenmayer, Rathschreiber.“	„Bürgerwehr-Wahl.“	1
	1849	05	25	125	622	622	-	„Der Bürgermeister: Huetlin.“	„Vorbereitung der Wahlen der Abgeordneten zur konstituierenden (verfassungsgebenden) Versammlung für Baden.“, [Einladung für die Wahl der am 10.06.1849 zusammentretenden konstituierenden Versammlung, die nach Ablösung der beiden Kammern durch den Landesausschuss eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Die Wahlen sind unmittelbar, wahlberechtigt ist jeder Bürger ab 21. Die Wahlkommission soll am 25.05.1849 im Stadthaus ernannt werden.]	1
	1849	06	01	131	650	650	-	o.a.	„[ohne].“, [Vorschlag von vier Kandidaten für die Wahl der konstituierenden Versammlung in Karlsruhe durch eine Volksversammlung: Josef Fickler, Hermann Würth (Konstanz), Roder (Meßkirch), J. B. Räsle (Salem). Anzeige ist in größerer Type gesetzt.]	2

	1849	06	29	154	764	764	-	„Die Wahlkommission: Hüetlin, Bürgermeister. [...]"	„Gemeinderaths-Wahl.“, [Ergebnisse, Wahlbeteiligte: -berechtigte: 453: 702]	1	II. 1849	9
	1849	07	13	166	817	817	-	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Wahlen der Abgeordneten sollen am 27.07.1849 stattfinden. Die Regierungspräsidenten sind aufgefordert, „die ungesetzliche Beeinflussung“ der Abstimmung zu verhindern. Insbesondere Diskussionen, Proteste u.a. am Wahltag durch die Demokraten sind mit allen Mitteln zu verhindern.]	2		
	1849	09	21	226	1097	1097	+	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [In den letzten beiden Wahltagen für den Stuttgarter Gemeinderat haben sich die Konservativen ermannt, ebenfalls an der Abstimmung teilzunehmen. Dies wird von der Zeitung gutgeheißen, da ansonsten wohl ein rein demokratischer Gemeinderat gewählt worden wäre. Gerüchten über einen bedeutenden Einfluss einer Kamarilla um den König wird eine Absage erteilt, da der starke Wille des Herrschers sich nicht beeinflussen lasse: „Das Wort 'Kamarilla' gehört auch zu denjenigen Märzerrungenschaften, welche bald ihre Bedeutung werden verloren haben.“]	3		
	1849	09	28	232	1132	1133	-	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Die nach einer landesherrlichen Verfassung in Hessen vorzunehmenden Kammerwahlen sollen ohne Verzug durchgeführt werden. Die Demokraten versuchen, mit den eben wieder erlaubten unbewaffneten und unter Bedachung stattfindenden Volksversammlungen den Wahlausgang zu beeinflussen. Der General Schäffer dankt den Bewohnern der Bergstraße für den freundlichen Empfang der heimkehrenden hessischen Soldaten.]	2	III. 1849	7
	1849	10	26	256	1245	1245	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Entgegen denen seitens einiger Zeitungen verbreiteten Vermutungen, nach denen die Regierung für die Wahl einer neuen Ständeversammlung in Baden eine Wahlordnung oktroyieren wird, will die Regierung an der alten Wahlordnung festhalten. Diese kann auf rechlichem Wege geändert werden.]	3		

	1849	11	30	286	1408	1408	-	o.a.	„Deutschland. Sachsen.“, [Das als einfach bezeichnete Wahlgesetz in Sachsen ist bei den Wahlen verschieden ausgelegt worden, was zu Beschwerden geführt hat. Der kommende Landtag hat sich bisher erst in zwei Klubs gespalten, einem konservativ-liberalen und einem der Volkspartei. Die Mitglieder der Klubs reichen politisch jeweils von den Konservativen bis zu den Liberalen. Es wird mit keiner klaren Fraktionierung gerechnet. Die wichtigste Frage des neuen Landtags ist weniger die des Dreikönigsbündnisses als die Steuerfrage. In Leipzig soll das Militär verstärkt werden. Die Zeitschriften in Sachsen sind großen Veränderungen unterworfen (Verlegerwechsel, Einstellung). „Die Revolution hat vielleicht auf nichts nachtheiliger eingewirkt, als gerade auf die Zeitschriften, und unter diesen nicht nur auf die rein wissenschaftlichen, sondern selbst auf die gewerblichen.]	2
	1849	12	14	298	1484	1484	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Hessen.“, [Wahlen zur I. Kammer: In Main erhielt der demokratische Kandidat beinahe doppelt so viele Stimmen wie sein konservativer Herausforderer.]	2
	1849	12	14	298	1484	1485	-	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Österreich hat in einer neuen Note Preußen unter Androhung eigenen „Einschreitens“ darauf verwiesen, dass die Gründung eines engeren Bundes sowie die Einberufung eines Parlaments nach Erfurt einen Bruch der Bundesverträge bedeuten würde und außerdem die Ordnung gefährden könnte. Die Zeitung spekuliert über die preußische Antwort, die das österreichische Anliegen unter Hinweis auf die Gründung eines deutschen Nationalstaates als Prävention gegen eine neue Revolution zurückweisen soll. Weiterhin ist Preußen stark genug, um im Fall von Unruhen selbst einzuschreiten. Den Behauptungen der demokratischen Presse, die Regierung Brandenburg-Manteuffel besitze nicht mehr das Vertrauen des Volkes, tritt die Zeitung entgegen. Diese Regierung hat durch die Unionspolitik bei „[...] derjenigen politischen Meinung, die eben Geltung im Staate hat, nicht fester gestanden [...]“. Den Demokraten wird ein bewusst falsches Spiel vorgeworfen, um das Volk zu täuschen. Diesen Bestrebungen ist jedoch kein Erfolg vergönnt. Man rechnet nach der Sitzung des Gesamtausschusses der demokratischen Vereine Preußens mit einem Wahlboykott für Erfurt.]	2

	1849	12	21	304	1515	1516	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Wahl eines neuen Bürgermeisters in Heidelberg, da die oktroyierte Bürgermeisteramtsverwaltung ihr Amt nicht weiter wahrnehmen wollte. Neue Kasernen sind in Heidelberg in Bau; die Finanzierung ist zu einem guten Zinssatz gesichert. Die Kapitalsteuer wird für die kommenden zwei Jahre erhoben.]	3		
	1849	12	28	309	1543	1543	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Konstituante in Württemberg wurde aufgelöst. Vorausgegangen war eine Aussprache der Minister und der Abgeordneten, in der die Minister bekräftigten, sie würden niemals einen Sonderbund der Mittelstaaten anstreben. Sonst sehen sie sich vom Vertrauen des Königs abhängig. Die Demokraten forderten die Volksbewaffnung, die von der Zeitung als Anlauf zu einer neuen Revolution gewertet wird. Die Regierung hofft auf eine ihr genehmere konstituierende Versammlung. „Es ist nothwendig, etwas unter die wieder übergeworfenen Schafspelze zu blicken und das Wolfsfell bloßzulegen, das sicher wieder herausgekehrt wird, sobald über dem Rhein die Aussichten günstiger sind.“]	3	IV. 1849	15
	1850	01	04	4	14	14	-	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Zur bevorstehenden Kammerwahl stellen sich drei Parteien auf: die altkonservative, die Gothaer und die radikale Partei. Die Radikalen betreiben keinen Wahlkampf, haben keinen Führer. Entgegen den Behauptungen der badischen Presse wollen sich die Bürger nicht länger von Advokaten und Beamten vertreten lassen, sondern wollen Männer aus dem Volk.]	2		
	1850	01	11	10	41	41	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Wahlen der Wahlmänner für das Erfurter Parlament wird häufig nicht als bedeutend angesehen. Die badischen Aufstände seien es gewesen, die die Errungenschaften wieder in Frage gestellt haben und eine zeitgemäße Verfassung hinderten. „Noch ist nicht alles verloren [...]“, Appell zur Beteiligung an den Wahlen, die den gewünschten Fortschritt gleichsam in einem zweiten Anlauf bringen können.]	3		
	1850	01	11	10	41	42	+	„N. Fr. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Wahl aller Wahlmänner in Heidelberg wurde vom Bürgermeister in ihrer Bedeutung hervorgehoben. Der oktroyierte Gemeinderat hat indessen viel für die Beendigung des „Parteihasses“ getan.]	3		

	1850	01	11	10	42	42	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Staatsrat Bekk kandidiert erneut für die II. Kammer. Die Wahl findet vor dem Hintergrund der Arbeit der radikalen Partei statt, der vorgeworfen wird, „[...] daß sie nichts lernen will und nichts vergessen kann“. Komme sie wieder an die Macht, muss man mit einer weit blutigeren Revolution rechnen, als die im Mai es gewesen ist.]	2
	1850	01	11	10	42	42	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [In Neustadt ist die Wahlmännerwahl bereits vorgenommen worden. Es kann mit einer Wiederwahl Welckers gerechnet werden.]	2
	1850	01	11	10	43	43	-	„Fr. Opstzt.“	„Deutschland. Preußen. [In Schlesien wird das 6. Armeekorps demobil gemacht, was Zeitungsmeldungen über eine Generalmobilmachung widerlegt. Weiterhin wird eine große Zahl Pferde von Böhmen nach Österreich exportiert. General v. Weber wird neuer Kriegsminister in Preußen. Er steht Reformen innerhalb des Heeres wohlwollend gegenüber. Während sich die Radikalen in Vorbereitung der Wahl nach Erfurt der Aktivität enthalten, sind die konstitutionellen Vereine sehr rege.]	2
	1850	01	18	16	71	71	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Wahlmännerwahl in Kenzingen hat nur konstitutionelle Wahlmänner hervorgebracht.]	3
	1850	01	18	16	71	71	+	„K. Z.“	„Deutschland. Baden.“, [Die Wahlmännerwahl in Ettenheim, das seit vielen Jahren „von unablässiger Wühlerei irregeleitet ist“, hat konstitutionelle Wahlmänner hervorgebracht.]	3
	1850	01	18	16	75	75	-	„Der Bürgermeister. Steiner.“	„Bekanntmachung. Die Wahlen zum deutschen Parlament in Erfurt betr.“	1
	1850	01	25	22	101	101	+	„D. B.“	„Deutschland. Baden.“, [Zusammenkunft einiger Mitglieder der II. Kammer zur Beratung der Wahl der Reichstagsabgeordneten nach Erfurt. Die badischen Kammern sollen gleich nach Beendigung der Wahlen zusammengerufen werden.]	3
	1850	01	25	22	105	105	-	„Der Bürgermeister. Steiner.“	„Bekanntmachung. Die Wahlen zum deutschen Parlament in Erfurt betr.“, [Aufstellung einer Abteilungsliste nach den drei Steuerklassen, nachdem sich gegen dies Verfahren kein Widerspruch erhoben hat]	1

	1850	02	22	46	226	226	-	„D. B.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Die anstehenden Wahlen für den zweiten Versuch eines verfassungsrevidierenden Landtags stehen bevor. Man rechnet damit, dass sich wieder viele Demokraten durchsetzen werden, da diese gut organisiert sind. Die Konservativen spalten sich in zwei Parteien, von denen eine den engen Anschluss an Preußen wünscht. „[D]ie Anschlagzettel an den Ecken der Straßen werden mit größerer Gleichgiltigkeit [sic] gelesen, als die Anpreisung eines Wachsfigurenkabinetts.“]	2
	1850	02	22	46	226	226	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Demokraten haben ein Wahlgebet in der Kirche zu Reutlingen gestört. Die Zeitung hofft, dass durch diese Aktion „die Augen endlich aufgehen“.]	2
	1850	02	22	46	228	228	-	„Der Vorstand der Wahlkommission: Steiner, Bürgermeister.“	„Bekanntmachung. Die Wahlmännerwahl zum deutschen Parlaments nach Erfurt betr.“, [Wahltermin der Wahlmänner: 26.02.1850; Wahlbestimmungen, Wahl der Wahlmänner in drei Klassen (fünf, vier, fünf Wahlmänner; wahlberechtigt sind alle unbescholtenen Bürger ab 26 Jahren, die ordentliche Steuerzahler sind.)]	1
	1850	03	01	52	259	259	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [1. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmungen über die Wahlmänner in einigen Gemeinden; keine Parteibezeichnungen]	3
	1850	03	01	52	259	259	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [2. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmungen über die Wahlmänner in einigen Gemeinden; keine Parteibezeichnungen]	3
	1850	03	01	52	259	259	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Ergebnis der Nachwahl des Abgeordneten für Kandern in die Ständeversammlung. Gewählt ist Holzhändler Konrad Sutter aus Schopfheim.]	3
	1850	03	01	52	259	259	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Der Gemeinderat von Mannheim hat einstimmig beschlossen, beim großherzogl. Ministerium dahin zu wirken, dass die Wahlen nach Erfurt bereits am 16. März vorgenommen werden, damit alle badischen Abgeordneten am 20.03.1850 in Erfurt sein können.]	3
	1850	03	08	58	294	294	-	„N. F. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [Die Wahlen zur I. Kammer sind ausgeschrieben. Die Urwahlen finden am 16.03.1850, die Abgeordnetenwahlen am 14.04.1850 statt.]	2
	1850	03	08	58	295	295	-	o.a.	„Deutschland. Österreich.“, [Das Gerücht, dass man sich von gewissen Seiten zu den Landtagswahlen vorbereite, trifft zu. Nur sei es falsch, diese Vorbereitungen nur dem böhmischen Adel zuzuschreiben.]	2

	1850	03	15	64	327	327	-	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [Auf einer Versammlung von Wahlmännern in Stockach einigte man sich auf Bökk als Kandidaten für das Erfurter Unionsparlament. Dieser Mann ist in den letzten zwei Jahren oft verkannt worden und so steht ihm die Genugtuung der Wahl zu.]	2		
	1850	03	22	70	357	358	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [7. Sitzung der II. Kammer. Es sind Anträge über die Aufhebung des Bürgerwehrgesetzes und über die Badeanstalten eingebracht worden. Verhandelt wird über die finanziellen Belastungen durch die Revolution, die durch neue Steuern, Anleihen und Kredite refinanziert werden sollen. Im Anschluss wird das Resultat der Wahl der Abgeordneten für Erfurt verkündet. „[D]ie ganze Kammer ist interessiert bei der Wahl in das Staatenhaus“. Die Wahl von dessen Mitgliedern soll am gleichen Tag vorgenommen werden. Der Wahlmodus ist jedoch umstritten; es liegen keine Wahlordnungen/ Vorschriften vor. Man einigt sich auf gleichzeitige und geheime Wahl der Staatenhausabgeordneten, die der absoluten Mehrheit bedürfen.]	3	I. 1850	51
Bürgermuseum Konstanz	1847	12	03	145	968	968	-	„Der Museums- Vorstand. Der Vorsteher: Würth. Der Sekretär: L. Roman.“	„Museum.“, [ordentliche Generalversammlung des Vereins am 09.12.1847]	1		
	1847	12	10	148	991	991	-	„Der Museums- Vorstand. Würth.“	„Museum.“, [Inventur der Bibliothek]	1		
	1847	12	17	151	1010	1010	-	„Der Museums- Vorstand. Würth.“	„Museum.“, [Inventur der Bibliothek]	1		
	1847	12	24	154	1030	1030	-	„Der Vorstand.“	„Museum.“, [Das Christbaumfest des Vereins findet am 27.12.1847 statt.]	1		
	1848	03	03	27	185	185	-	„Der Vorstand.“	„Museum. Montag den 6. März ist der zweite Maskenball. Anfang um 7 Uhr.“	1		
	1848	03	10	30	206	206	-	„Der Vorsteher: Würth. Der Secretair: Spinhirn.“	„Museum.“, [ordentliche Generalversammlung des Vereins]	1	IV. 1847	6
	1848	06	30	121	631	631	-	„Der Vorstand.“	„Bürgermuseum.“, [am 1. Juli, 20:00 Uhr außerordentliche Generalversammlung des Vereins]	2	II. 1848	2

	1848	11	10	235	1174	1174	-	„Der Vorsteher: Würt. Der Secretair: Spinhirn.“	„Bekanntmachung.“, [Die Abendunterhaltungen des Museums beginnen mit einer Tanz-Abendunterhaltung am 15.11.1848]	1	IV. 1848	1
	1849	02	02	29	134	134	-	„Der Vorstand.“	„Museum. Am Montag den 5. Februar d. J. findet ein costümirter Ball statt.“	1		
	1849	02	09	35	160	160	-	„Der Vorstand.“	„Bürgermuseum.“, [Am 10. Februar 1849 findet ein Maskenball statt.]	1	I. 1849	2
	1849	08	31	208	1009	1009	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Geburtstagsfeier des Großherzogs in Konstanz, die vom Bürgermuseum ausgerichtet wurde. Teilgenommen haben auch viele k.u.k.-Offiziere. Es wurde das tiefe Bedauern über die Vorkommnisse der letzten Zeit ausgesprochen. Es bedurfte allein der Hilfe fremder Truppen, um die Wiederkehr des Fürsten zu ermöglichen.]	3		
	1849	09	28	232	1134	1134	-	o.a.	„Concert-Anzeige“, [Konzert im Gesellschaftslokal „Museum“, das von einem preußischen Musikkorps gegeben wird.]	2	III. 1849	5
	1850	01	04	4	16	16	-	„Der Ballkommissär.“	„Museum.“, [Am 06.01.1850 findet ein Ball statt.]	1		
	1850	03	29	76	393	393	-	„Der Ballkommissär.“	„Museum.“, [Am 01.04.1850 findet ein Ball statt.]	1	I. 1850	2
Nahrungsmittel- problematik	1847	10	08	121	809	810	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [Der Rheinhandel in Mannheim sinkt. Nur noch 2-3 Schiffe erreichen pro Woche die Stadt; viel wird in Holland wegen der hohen dortigen Zölle per Bahn über den Landweg transportiert. Mit der Abnahme des Rheinhandels soll wegen der nun knapper werdenden überseeischen Früchte auch die Teuerung der Brotpreise in Verbindung stehen.]	3		
	1847	10	15	124	827	828	-	o.a.	„Deutschland. Baden. Aus der Seegegend.“, [Trotz teilweise schlechten Aussehens, wie bei der Kartoffelkrankheit mit faulen Blättern, stehen die Reben gar nicht schlecht, mancherorts – wie in Allensbach – sogar gut.]	2		
	1847	10	22	127	845	845	+	„K. Z.“	„Deutschland. Bayern.“, [In der II. Kammer wurden Anträge eingebracht. So soll die Zensur für Gegenstände der Innenpolitik aufgehoben werden, die Nachzensur abgeschafft und der Entzug des Postdebits untersagt werden. Weiterhin sollen Maßnahmen zum Schutz gegen den Notstand verabschiedet werden. U.a. Verbesserung der Gesetzgebung über den Getreidehandel (gegen Spekulationsgeschäfte), Speicherung von Nahrungsmitteln für Notjahre.]	3		

	1847	10	22	127	845	845	+	o.a.	„Deutschland. Hessen.“, [Die Getreidepreise fallen wieder, da die Spekulanten ihre Vorräte nun verkaufen. Sie finden jedoch keine Abnehmer für ihre Ware. Allgemein schlecht ist die Wirtschaftslage aufgrund mangelnder Nachfrage.]	3
	1847	10	22	127	848	848	-	o.a.	„Verschiedenes.“, [Appell, die Bucheckern zu sammeln, um mit diesen Speisen nahrhafter zu machen. Die Obsternte dieses Jahres ist reich ausgefallen.]	1
	1847	10	29	130	ohne	ohne	-	„Der Vorstand des Hilfsvereins. Hüetlin, Bürgermeister. C. K. Detrey, Sekretär“	„Hilfsverein zu Konstanz. Rechnungs-Bericht vom 15. März bis und mit dem 27. August 1847.“, [Rechnungsdarlegung des Hilfsvereins für die Hungernden]	1
	1847	11	05	133	883	883	+	„Fr. O.-P.-A.-Z.“	„Deutschland. Österreich.“, [In Wien werden Getreidemagazine auf Staatskosten erstellt, die die Spekulation hindern sollen, indem die Erzeuger nun ihre Produkte direkt an die Endkunden verkaufen können. v. Pillersdorf wird für diese Maßnahme sehr gelobt.]	3
	1847	12	10	148	987	987	+	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Auf einer Bürgerversammlung in Mannheim wurden zwölf Petitionen an die II. Kammer verabschiedet, die „ziemlich alle Ideen und Forderungen der Fortschrittspartei umfassen“. Redner waren J. P. Grohe, v. Struve, Hecker, beide Hoff und Brechter. Es ging u.a. um die Karlsbader, Wiener und Frankfurter Beschlüsse, die der freien Entwicklung der deutschen Verfassungen entgegenstehen. Weiterhin waren die Eisenbahnen Thema, bei deren Bau Süddeutschland hinter Norddeutschland zurücksteht, was eine Umlenkung des Warenstroms zur Folge hat. Auch wurde die Teuerung diskutiert, die man auf Wucherer zurückführte. Einer Beschränkung des Handels, wie er vorgeschlagen wurde, stieß auf den Widerstand Heckers. Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass Bürgerversammlungen künftig besser besucht werden sollten.]	3

	1847	12	24	154	1027	1028	+	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen.“, [Antwortadresse der Kammer auf die Begrüßungsrede des Großherzogs. Themen u.a.: Lob des Wohltätigkeitssinns des Fürsten und des Volkes angesichts der Nahrungsmittelknappheit. Die bewältigte Notlage ist ein Beweis für das funktionierende Verfassungsleben in Baden, für dessen Bestehen die Kammermitglieder auch weiterhin den Sinn für Gesetzherrschaft innerhalb des Volkes stärken wollen. Eigentum, Bildung und gerechte Lastenverteilung sind die besten Garanten für die bestehende Ordnung und die Herrschaft des Gesetzes. Man erwartete Vorlagen zur Wehrverfassung, für die Landwirtschaft, eine zeitgemäße Gewerbeordnung und eine Gerichtsverfassung mit neuen Gesetzbüchern sowie einer Trennung der Gewalten (Justiz und Verwaltung). Der Großherzog möge sich – wie angekündigt – beim Bundestag für die Preßfreiheit und die Aufhebung der provisorischen Bundesbeschlüsse einsetzen. Der Eisenbahnbau soll vorangetrieben werden.]	3		
	1847	12	24	154	1028	1029	-	o.a.	„Badische Landtagsverhandlungen. Fünfte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 18. Dezember 1847.“, [Ankündigung verschiedener Motionen: 1. Auf Einführung einer Einkommenssteuer, die zur Aufhebung derjenigen Abgaben dienen soll, die die minderbemittelten Klassen am schwersten belasten. 2. Auf Übertragung der Polizeistrafgewalt an die richterlichen Behörden. 3. Eine Bitte an den Großherzog zu richten, wenigstens eine Gesetzesvorlage für die Preßfreiheit in Bezug auf innere Angelegenheiten erarbeiten zu lassen. U.a. provisorisches Gesetz zur Aufhebung des Eingangszolls und Einführung eines Ausgangszolls auf Getreide und andere Lebensmittel.]	2		
	1847	12	24	154	1031	1031	-	o.a.	„Kartoffel-Verkauf.“, [Die Stadtgemeinde verkauft aus ihren Kartoffelvorrat Feldfrüchte für 52 kr. pro Doppelfester.]	1		
	1847	12	31	157	1047	1047	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Österreich.“, [Die Getreidepreise gegen merklich zurück. In Wien sind genügend Vorräte vorhanden, um den Winter zu überstehen. Die Besitzer verkaufen nun das vorgehaltene Getreide.]	2	IV. 1847	27
	1848	01	07	3	14	14	-	„Oberrh. Z.“	„Württemberg.“, [Gnadengesuch an den Kg. von Württemberg seitens der Inhaftierten der 'Mai-Ezesse' (Ulmer Brotkrawall, 01.05.1847)]	2		

	1848	01	28	12	74	74	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Thronrede des Königs zur Eröffnung der Ständeversammlung, Themen u.a.: Ende der Teuerung aufgrund einer guten Ernte, pro Eisenbahnbau, pro allgemeine deutsche Wechselordnung, pro einheitliches Preßgesetz unter den Bedingungen des Strafrechts, gegen Bestrebungen von Schweizer Exilanten, rev. Vereine zu gründen und nach Deutschland zu tragen]	2		
	1848	02	04	15	91	91	+	„Oberrh. Ztg.“	„Deutschland. Württemberg.“, [Entlassung der an den Maitumulten beteiligten Frauen aus dem Gefängnis]	3		
	1848	02	11	18	117	117	+	o.a.	„Landtagsverhandlungen. Neunzehnte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer den 3. Februar 1848.“, [Verlaufsprotokoll der Sitzung der II. Kammer Badens: Zu den Sonderbesteuerungen, Steuervergünstigung der Lebensmitteleinführen, welche die Regierung verordnet hatte. Diese werden angenommen. Außerdem: Antrag des Abgeordneten Peter, die Polizeistrafgewalt zugunsten einer Zentralisierung bei den Amtsgerichten abzuschaffen]	3		
	1848	02	25	24	158	158	-	o.a.	„Deutschland. Württemberg.“, [Ausfuhrzölle für Nahrungsmittel werden auch in Württemberg zum 20.02.1848 aufgehoben.]	2	I. 1848	12
	1848	10	27	223	1116	1116	-	„Schw. M.“	„Deutschland. Baden.“, [Trotz sehr guter Ernte, „reichster Segen im Felde“, schreitet die Verarmung um Donaueschingen weiter voran. Ursache hierfür ist das „fortgesetzte Wühlen“ der Partei der „Volksbeglucker“.]	2		
	1848	12	01	253	1256	1256	-	„A. Z.“	„Deutschland. Preußen.“, [In Bonn ist es zu Tumulten gekommen; es wurde bereits am 15.11.1848 besonders von den Bewohnern des Landes die Zahlung der Schlacht- und Mahlsteuer verweigert. Neues Militär wurde stationiert, da das anwesende unzuverlässig zu sein scheint. Die Zeitung betont, dass sich die Bürgerschaft um die Versorgung der Handwerker bemühe, der konstitutionelle Verein sich durch Gründung einer Darlehnskasse ebenfalls verdient gemacht habe.]	2	IV. 1848	4
	1849	03	09	59	277	277	+	o.a.	„Deutschland. Baden.“, [II. Kammer: Die Erhöhung der Runkelrübensteuer wurde abgelehnt, die nächste Sitzung wird sich u.a. mit dem Klagerecht gegen öffentliche Diener wegen Amtshandlungen und mit der Diskussion eines Gesetzesentwurfs zur Abschaffung der Todesstrafe beschäftigen.]	3	I. 1849	3
	1850	01	11	10	42	42	-	o.a.	„Deutschland. Bayern.“, [Infolge der Stationierung österreichischen Militär steigen die Preise für Heu, Kartoffel und Anderes deutlich an. Die Regierung hat indessen in Wien nachdrücklich um eine Begründung der Truppenstationierung gebeten.]	2		

	1850	03	15	64	325	326	+	„B. L.“	„Deutschland. Baden.“, [3. Sitzung der II. Kammer. U.a. Wahl der Vizepräsidenten des Landtags, Gelder zum Eisenbahnbau, Plan zur Wiedereinführung der Fleischakize [einer Art Binnenzoll], Schilderung der Maierereignisse aus Regierungssicht. Hintergründe des Bündnisses vom 26. Mai, das den Weg zur Reform der Bundesverfassung ebnen soll. Der Zustand Deutschlands wird maßgeblich für die Revolution verantwortlich gemacht.]	3	I. 1850	5

Übersicht zur inhaltlichen Zusammensetzung der „Konstanzer Zeitung“ nach Quartalen

Wertung: Artikel auf Titelseite: 3 Punkte, im Mittelteil: 2 Punkt, Kleingedruckt, Anlage oder letzte Seite: 1 Punkt

	<i>IV. 1847</i>	<i>I. 1848</i>	<i>II. 1848</i>	<i>III. 1848</i>	<i>IV. 1848</i>	<i>I. 1849</i>	<i>II. 1849</i>	<i>III. 1849</i>	<i>IV. 1849</i>	<i>I. 1850</i>	<i>Summe gesamt</i>
<i>Jüdische Bürger</i>	4	6	8	3	3	8	0	0	6	0	38
<i>Kirchliches</i>	19	12	8	11	7	8	1	9	18	20	113
<i>Liberalität (wirtschaftliche und politische)</i>	56	35	65	96	66	123	23	82	142	108	796
<i>Militärisches</i>	34	70	124	80	69	158	171	148	76	62	992
<i>Presse</i>	25	16	5	7	11	18	0	16	14	16	128
<i>Revolutionäres</i>	0	99	112	89	109	68	147	58	21	3	706
<i>Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt)</i>	16	2	0	5	5	0	0	3	14	14	59
<i>Verfassung (Staats- und Justizordnung)</i>	51	11	5	10	28	34	10	3	47	85	284
<i>Vereinswesen</i>	4	21	18	27	9	12	38	18	20	12	179
<i>Wahlen (Abstimmungen und Wahlrechtsfragen)</i>	20	6	34	7	12	25	9	7	15	51	186
<i>Bürgermuseum Konstanz</i>	6	0	2	0	1	2	0	5	0	2	18
<i>Nahrungsmittelproblematik</i>	27	12	0	0	4	3	0	0	0	5	51
Summe „Konstanzer Zeitung“	235	278	381	335	320	456	399	349	373	373	3481

XIXXX17C	Fr. M.																
	Deutscher Zuschauer																
	Constitutionelles Blatt aus Böhmen																
	Bremer Zeitung																
	Berner Zeitung																
	Berner Verfassungsfreund																
	Augsburger Postzeitung																
	Schwäbischer Merkur																
	Sankt Gallerer Tageblatt																
	Oberrheinische Zeitung																
	Neue Züricher Zeitung																
	Neue Freiburger Zeitung																
	Mannheimer Abendzeitung																
	Karlsruher Zeitung																
	Frankfurter Oberpostamtszeitung																
	Frankfurter Journal																
	Deutsche Zeitung																
	D. B. (wahrscheinlich: Die Biene)																
	Badische Landes-Zeitung																
	Allgemeine Zeitung																
	Augsburger Abendzeitung																
IV. 1847	0	8	0	0	12	0	2	7	0	0	19	15	0	7	1	0	0
I. 1848	1	3	0	0	7	0	0	8	5	0	3	10	0	12	0	2	0
II. 1848	13	0	0	0	4	10	0	2	1	0	3	15	0	3	0	0	0
III. 1848	0	34	0	0	1	22	0	3	3	0	8	35	4	11	0	0	1
IV. 1848	0	27	0	0	0	14	0	5	1	0	4	9	1	7	0	0	0
I. 1849	0	41	0	0	0	40	5	14	0	0	3	10	6	5	0	0	0
II. 1849	0	25	0	0	0	17	11	12	0	7	0	9	1	14	0	0	0
III. 1849	0	28	0	0	0	8	3	10	0	21	9	2	1	28	0	0	0
IV. 1849	0	26	0	0	0	3	0	24	0	18	1	0	0	30	0	0	0
I. 1850	0	22	12	15	0	0	12	16	0	25	0	0	0	22	0	0	0
gesamt	14	214	12	15	24	114	33	101	10	71	50	105	13	139	1	2	1

grau: nicht bzw. nicht sicher zu ermittelnde Verbindung zw. Abkürzung und Volltitel
Titel soweit nicht in der Konstanzer Zeitung genannt: Tauschwitz 1981, Tabelle VII,
Anlage S. 18- 20.

Summe der Nennungen																	
Weser Zeitung																	
Der Verfassungsfreund																	
Thurner Zeitung																	
T. B. (wahrscheinlich: Tagesblatt)																	
Seebblätter																	
Schweizer National-Zeitung																	
Schl. Z.																	
Schw. K.																	
Neue Deutsche Zeitung: Organ für Demokratie																	
Nationalzeitung																	
N. C. Nürnberger Correspondent																	
Mainzer Zeitung																	
Kölnen Zeitung																	
Kassler Zeitung ?																	
Hannoversche Morgenzeitung																	
Freiburger Zeitung																	
IV. 1847	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	1	0	0	0	73
I. 1848	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	52
II. 1848	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	52
III. 1848	0	0	1	0	0	0	0	2	0	0	0	0	2	0	0	0	122
IV. 1848	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	68
I. 1849	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	124
II. 1849	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	96
III. 1849	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	110
IV. 1849	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	102
I. 1850	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	125
gesamt	5	1	1	1	3	1	1	2	1	1	4	1	3	2	2	1	924

			Deutsche Zeitung																	
			D. Z.																	
			D. Ztg.																	
			D. Volksztg.																	
			Deutsche Ztg.																	
			D. B.																	
			Badische Landes-Zeitung																	
			B. L.																	
			Allgemeine Zeitung																	
			A. Z.																	
			A. Ztg.																	
			Allg. Z.																	
			Allg. Ztg.																	
			Allgem. Zeitung.																	
			Allgemeine Zeitung																	
			Augsburger Abendzeitung																	
			A. Abdz.																	
			Agsb. Abdz.																	
			Augsb. Abdz.																	
			Augsb. Abendz.																	
1847	10	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
1847	10	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0
1847	10	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2	0	0	0	0	1
1847	10	22	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1
1847	10	29	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
1847	11	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
1847	11	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	11	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1
1847	11	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	12	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	12	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
1847	12	17	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	2
1847	12	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	2
1847	12	31	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	2
IV. 1847															8			0		12

1848	1	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	1	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0
1848	1	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
1848	1	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	2	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	3	0	0	0	0	0
1848	2	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
1848	2	18	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	2	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	17	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	31	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	0
I. 1848								1							3			0		7

1848	4	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
1848	4	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0
1848	4	21	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	4	28	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	5	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	26	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	6	2	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	6	9	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	6	16	0	2	0	3	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
1848	6	23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	6	30	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
II. 1848								13							0			0		4

																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		</	

1848	10	6	0	0	0	0	0			0	0	0	0	3	3		0	0				0	0	0	0			
1848	10	13	0	0	0	0	0			0	0	0	0	2	2		0	0				0	0	0	0			
1848	10	20	0	0	0	0	0			0	0	2	0	2	4		0	0				0	0	0	0			
1848	10	27	0	0	0	0	0			0	0	1	0	0	1		0	0				0	0	0	0			
1848	11	3	0	0	0	0	0			0	0	1	0	1	2		0	0				0	0	0	0			
1848	11	10	0	0	0	0	0			0	0	1	0	1	2		0	0				0	0	0	0			
1848	11	17	0	0	0	0	0			0	0	2	0	0	2		0	0				0	0	0	0			
1848	11	24	0	0	0	0	0			0	0	0	0	1	1		0	0				0	0	0	0			
1848	12	1	0	0	0	0	0			0	0	0	0	2	2		0	0				0	0	0	0			
1848	12	8	0	0	0	0	0			0	0	1	0	0	1		0	0				0	0	0	0			
1848	12	15	0	0	0	0	0			0	0	3	0	0	3		0	0				0	0	0	0			
1848	12	22	0	0	0	0	0			0	0	0	0	1	1		0	0				0	0	0	0			
1848	12	29	0	0	0	0	0			0	0	2	0	1	3		0	0				0	0	0	0			
IV. 1848												27					0					0						0

1849	1	5	0	0	0	0	0		0	1	0	3	0	3	7		0	0		0		0	0	0	0	0	0
1849	1	12	0	0	0	0	0		0	0	1	0	0	2	3		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	1	19	0	0	0	0	0		0	0	0	2	0	3	5		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	1	26	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	4	4		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	2	2	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	2	9	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	2	16	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	2	2		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	2	23	0	0	0	0	0		0	0	0	1	0	1	2		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	3	2	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	6	6		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	3	9	0	0	0	0	0		0	0	0	1	0	0	1		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	3	16	0	0	0	0	0		0	0	0	1	0	2	3		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	3	23	0	0	0	0	0		0	0	1	1	0	1	3		0	0		0		0	0	0	0	0	
1849	3	30	0	0	0	0	0		0	0	0	1	0	4	5		0	0		0		0	0	0	0	0	
I. 1849							0							41			0		0							0	

[illegible]

			Karlsruher Zeitung									
			<i>Karlsru. Z.</i>									
			<i>K. Z.</i>									
			Frankfurter Oberpostamtzeitung									
			<i>Fr. Opstztg.</i>									
			<i>Fr. Opztg.</i>									
			<i>Fr. O.-P.-Z.</i>									
			<i>Fr. O.-P.-A.-Z.</i>									
			Freiburger Zeitung ?									
			<i>F. Z.</i>									
			<i>Fr. Ztg.</i>									
			Frankfurter Journal									
			<i>F. J.</i>									
			<i>Fr. J.</i>									
			<i>Frk. J.</i>									
			<i>Frankf. J.</i>									
			<i>Fr. Journ.</i>									
			<i>Frankf. Journ.</i>									
1847	10	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	10	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	10	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	10	22	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1
1847	10	29	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
1847	11	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	11	12	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
1847	11	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	11	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	12	3	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
1847	12	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	12	17	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	12	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1847	12	31	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
IV. 1847								0			2	7

1848	1	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
1848	1	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
1848	1	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
1848	1	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	2	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
1848	2	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	2	18	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	2	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
1848	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	17	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	3	31	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
I. 1848								0			0		0		8

1848	4	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	4	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	4	21	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
1848	4	28	0	1	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0	0
1848	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	5	26	1	1	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1	0
1848	6	2	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	0	0	0
1848	6	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	6	16	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0
1848	6	23	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0
1848	6	30	0	0	1	0	1	1	3	0	0	0	0	1	0
II. 1848								10			2		0		2

			Karlsruher Zeitung																			
			Karlsr. Z.																			
			K. Z.																			
			Frankfurter Oberpostamtszeitung																			
			Fr. Opstztg.																			
			Fr. Opztg.																			
			Fr. O.-P.-Z.																			
			Fr. O.-P.-A.-Z.																			
			Freiburger Zeitung ?																			
			F. Z.																			
			Fr. Ztg.																			
			Frankfurter Journal																			
			F. J.																			
			Fr. J.																			
			Frk. J.																			
			Frankf. J.																			
			Fr. Journ.																			
			Frankf. Journ.																			
1848	7	7	0	1	0	0	0	0	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1848	7	14	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	7	21	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	7	28	0	0	0	0	1	0	1		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	8	4	0	0	1	0	0	1	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	8	11	0	0	0	0	0	2	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	8	18	0	0	0	0	1	1	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	8	25	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	9	1	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1		
1848	9	8	0	0	0	0	3	0	3		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	9	15	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
1848	9	22	0	0	0	0	1	1	2		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1		
1848	9	29	0	0	0	0	1	0	1		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1		
III. 1848										22			0								3	

1848	10	6	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	10	13	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	10	20	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1848	10	27	0	0	0	0	0	2	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	11	3	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	11	10	0	0	0	0	1	0	1		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	11	17	0	0	0	0	2	1	3		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1848	11	24	0	0	0	0	2	1	3		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1848	12	1	0	0	0	0	1	1	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	12	8	0	0	0	0	1	0	1		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1848	12	15	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
1848	12	22	0	0	0	0	1	0	1		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1848	12	29	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IV. 1848									14				0								5

1849	1	5	0	0	0	0	5	0	5		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	1	12	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1849	1	19	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	1	26	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	2	2	0	0	0	0	3	0	3		0	0	0	0	2	0	0	0	1	1	1
1849	2	9	0	0	0	0	1	1	2		0	0	0	0	0	0	0	1	4	5	5
1849	2	16	0	0	0	0	0	2	2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	2	23	0	0	0	0	1	2	3		0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
1849	3	2	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0	1	0	0	0	1	4	0	4
1849	3	9	0	0	0	0	2	4	6		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1849	3	16	0	0	0	0	1	5	6		0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1
1849	3	23	0	0	0	0	3	0	3		0	1	1	0	0	0	0	1	0	1	1
1849	3	30	0	0	0	0	3	0	3		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
I. 1849									40				1								14

[illegible]

1849	7	6	0	0	0	0	1	0	1		0	0	0		1	0	0	1	2		0	0	0
1849	7	13	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	7	20	0	0	0	0	2	1	3		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
1849	7	27	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	8	3	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
1849	8	10	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	1	1		1	0	1
1849	8	17	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	8	24	0	0	0	0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
1849	8	31	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
1849	9	7	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		3	0	3
1849	9	14	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
1849	9	21	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	9	28	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
III. 1849									8				0						3				10

1849	10	5	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	10	12	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		2	0	2
1849	10	19	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		2	0	2
1849	10	26	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		3	0	3
1849	11	2	0	0	0	0	2	0	2		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	11	9	0	0	0	1	0	0	1		0	0	0		0	0	0	0	0		2	0	2
1849	11	16	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	11	23	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		5	0	5
1849	11	30	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		7	0	7
1849	12	7	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	12	14	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0
1849	12	21	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		1	0	1
1849	12	28	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0		2	0	2
IV. 1849									3				0						0				24

[illegible]

			Oberheinische Zeitung															
			O. Z.															
			Ob. Z.															
			Oberh. Z.															
			Oberh. Ztg.															
			Oberh. Zeitung.															
			Neue Züricher Zeitung															
			N. Z. Z.															
			Neue Züricher Zeitung															
			N. F. Z.															
			Neue Freiburger Zeitung ?															
			N. Fr. Z.															
			N. Frbg. Ztg.															
			Mannheimer Abendzeitung															
			M. A.															
			Mannh. Abendz.															
			Mannh. Abendztg.															
1847	10	1	0	0	0	0		0	0	0	0		0	3	3	0	0	0
1847	10	8	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	1	2
1847	10	15	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1847	10	22	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	2	0	0	0
1847	10	29	0	0	0	0		0	0	0	0		1	0	1	0	0	0
1847	11	5	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1847	11	12	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	2	0
1847	11	19	0	0	0	0		0	0	0	0		0	4	4	0	0	1
1847	11	26	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	0	0
1847	12	3	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	2	0	1	1
1847	12	10	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	2	1	0	3
1847	12	17	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	0	1
1847	12	24	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1847	12	31	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	1	0	0
IV. 1847						0				0			19					15

1848	1	7	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	3	0
1848	1	14	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	2	0	1	0
1848	1	21	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	1	0
1848	1	28	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	2	4	0	1	0	1		0	0	0	0		0	0	0	0	1	0
1848	2	11	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	1	0
1848	2	18	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	0	0
1848	2	25	0	1	0	1		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	3	3	0	1	0	1		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	3	10	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	3	17	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	3	24	0	1	0	1		0	0	0	0		0	0	0	0	3	0
1848	3	31	1	0	0	1		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
I. 1848						5				0			3					10

1848	4	7	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	3	0
1848	4	13	1	0	0	1		0	0	0	0		0	1	1	0	1	0
1848	4	21	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	1
1848	4	28	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	5	5	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	5	12	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	2	0
1848	5	19	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	5	26	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	6	2	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	2	0
1848	6	9	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	4	0
1848	6	16	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	6	23	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0	0
1848	6	30	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	1	0
II. 1848						1				0			3					15

			Oberrheinische Zeitung													
			O. Z.													
			Ob. Z.													
			Oberh. Z.													
			Oberh. Ztg.													
			Oberh. Zeitung.													
			Neue Züricher Zeitung													
			N. Z. Z.													
			Neue Züricher Zeitung													
			N. F. Z.													
			Neue Freiburger Zeitung ?													
			N. Fr. Z.													
			N. Frbg. Ztg.													
			Mannheimer Abendzeitung													
			M. A.													
			Mannh. Abendz.													
			Mannh. Abendztg.													
1848	7	7	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	4
1848	7	14	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	3
1848	7	21	2	0	0	2		0	0	0	0		0	1	0	1
1848	7	28	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	0	2
1848	8	4	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	0	2
1848	8	11	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	10
1848	8	18	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	3
1848	8	25	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	2	1
1848	9	1	0	0	0	0		0	0	0	0		0	3	3	2
1848	9	8	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	3
1848	9	15	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	2
1848	9	22	0	0	1	1		0	0	0	0		0	1	1	2
1848	9	29	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0
III. 1848						3				0			8			35

1848	10	6	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1	1
1848	10	13	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1848	10	20	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	0
1848	10	27	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1848	11	3	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1	1
1848	11	10	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	3	3
1848	11	17	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1848	11	24	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1848	12	1	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	0
1848	12	8	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1848	12	15	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1	1
1848	12	22	0	0	1	1		0	0	0	0		0	1	1	0	3
1848	12	29	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	0
IV. 1848						1				0			4				9

1849	1	5	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1849	1	12	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	3	3
1849	1	19	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1	0	1
1849	1	26	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	2	3
1849	2	2	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1849	2	9	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1849	2	16	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1	1
1849	2	23	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1849	3	2	0	0	0	0		0	0	0	0		0	2	2	0	0
1849	3	9	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1	1
1849	3	16	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1849	3	23	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0	0
1849	3	30	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1	1
I. 1849						0				0			3				10

			Oberheinische Zeitung													
			O. Z.													
			Ob. Z.													
			Oberh. Z.													
			Oberh. Ztg.													
			Oberh. Zeitung.													
			Neue Züricher Zeitung													
			N. Z. Z.													
			Neue Züricher Zeitung													
			Neue Freiburger Zeitung ?													
			N. F. Z.													
			N. Fr. Z.													
			N. Frbg. Ztg.													
			Mannheimer Abendzeitung													
			M. A.													
			Mannh. Abendz.													
			Mannh. Abendztg.													
1849	4	6	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0
1849	4	13	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0
1849	4	20	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0
1849	4	27	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0	0
1849	5	4	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0
1849	5	11	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0	0
1849	5	18	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0	0
1849	5	25	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	1
1849	6	1	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0	1
1849	6	7	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0	2
1849	6	14	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	0
1849	6	21	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0	2
1849	6	28	0	0	0	0		0	0	2	2		0	0	0	3
II. 1849						0				7						9

1849	7	6	0	0	0	0		0	0	2	2		0	1	1		0	0	0	0	0	0
1849	7	13	0	0	0	0		0	1	4	5		0	2	2		0	1	0	0	1	2
1849	7	20	0	0	0	0		0	0	3	3		0	2	2		0	0	0	0	0	0
1849	7	27	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	8	3	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	8	10	0	0	0	0		1	0	0	1		0	2	2		0	0	0	0	0	0
1849	8	17	0	0	0	0		0	0	3	3		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	8	24	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	8	31	0	0	0	0		0	0	0	0		0	1	1		0	0	0	0	0	0
1849	9	7	0	0	0	0		0	0	1	1		0	1	1		0	0	0	0	0	0
1849	9	14	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	9	21	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	9	28	0	0	0	0		0	4	0	4		0	0	0		0	0	0	0	0	0
III. 1849						0				21					9							2

1849	10	5	0	0	0	0		0	0	2	2		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	10	12	0	0	0	0		0	2	0	2		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	10	19	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	10	26	0	0	0	0		0	1	0	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	11	2	0	0	0	0		0	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	11	9	0	0	0	0		0	0	2	2		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	11	16	0	0	0	0		0	2	0	2		0	1	1		0	0	0	0	0	0
1849	11	23	0	0	0	0		0	1	1	2		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	11	30	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	12	7	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	12	14	0	0	0	0		0	2	1	3		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	12	21	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
1849	12	28	0	0	0	0		0	0	1	1		0	0	0		0	0	0	0	0	0
IV. 1849						0				18					1							0

		Bremer Zeitung		0	0
		Br. Ztg.		0	0
				0	0
		Berner Zeitung		0	0
		Berner Z.		0	0
				0	0
		Berner Verfassungsfreund		0	0
		Berner Verffr.		0	0
				0	0
		Augsburger Postzeitung		0	0
		Augsb. Postz.		0	0
				0	0
		Schwäbischer Merkur		0	0
		Sch. M.		0	0
		Schw. M.		0	0
		Schw. Merk.		0	0
				0	0
		Sankt Gallerer Tageblatt		0	0
		St. G. T.		0	0
		St.-G.-Tgbl.		0	0
		St.-G. T.-B.		0	0
		St.-G.-T.-Bl.		0	0
		St.-G.-T.-Bl.		0	0
		St.-G.-T.-Bl.		0	0
		St.-Gall.-Tagbl.		0	0
1849	4	6	0	0	0
1849	4	13	0	0	0
1849	4	20	0	0	0
1849	4	27	0	0	0
1849	5	4	0	0	0
1849	5	11	0	0	0
1849	5	18	0	0	0
1849	5	25	0	0	0
1849	6	1	0	0	0
1849	6	7	0	0	0
1849	6	14	0	0	0
1849	6	21	0	0	0
1849	6	28	0	0	0
II. 1849				1	0
1849	7	6	0	0	0
1849	7	13	0	0	0
1849	7	20	0	0	0
1849	7	27	0	0	0
1849	8	3	1	0	0
1849	8	10	0	0	0
1849	8	17	0	0	0
1849	8	24	0	0	0
1849	8	31	0	0	0
1849	9	7	0	0	0
1849	9	14	0	0	0
1849	9	21	0	0	0
1849	9	28	0	0	0
III. 1849				1	0
1849	10	5	0	0	0
1849	10	12	0	0	0
1849	10	19	0	0	0
1849	10	26	0	0	0
1849	11	2	0	0	0
1849	11	9	0	0	0
1849	11	16	0	0	0
1849	11	23	0	0	0
1849	11	30	0	0	0
1849	12	7	0	0	0
1849	12	14	0	0	0
1849	12	21	0	0	0
1849	12	28	0	0	0
IV. 1849				0	0

[illegible]

				IV. 1847	
				Nationalzeitung	
				Nat. Z.	
				Nürnberger Correspondent	
				N. C.	
				Mainzer Zeitung	
				M. Z.	
				Kölner Zeitung	
				Köln Z.	
				Kassler Zeitung ?	
				Kass. Ztg.	
				Hannoversche Morgenzeitung	
				H. Mztg.	
				Fr. M.	
				Deutscher Zuschauer	
				D. Zusch.	
				Constitutionelles Blatt aus Böhmen	
				C. Bl. a. B.	
1847	10	1	0	0	0
1847	10	8	0	0	0
1847	10	15	0	0	0
1847	10	22	0	0	0
1847	10	29	0	0	0
1847	11	5	0	0	0
1847	11	12	0	0	0
1847	11	19	0	0	0
1847	11	26	0	0	0
1847	12	3	0	0	0
1847	12	10	0	0	0
1847	12	17	0	0	0
1847	12	24	0	0	0
1847	12	31	0	0	0
IV. 1847			0	1	0

[illegible]

1848	4	7	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	4	13	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	4	21	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	4	28	0	0		0	0		0		0	0		1	1		0	0		0	0
1848	5	5	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	5	12	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	5	19	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	5	26	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	6	2	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	6	9	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	6	16	0	0		1	1		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	6	23	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	6	30	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
II. 1848				0		1		0		0		0		1		0		0			0

	II/CCO					
	<i>Nationalzeitung</i>					
	<i>Nat. Z.</i>					
	<i>Nürnberger Correspondent</i>					
	<i>N. C.</i>					
	<i>Mainzer Zeitung</i>					
	<i>M. Z.</i>					
	<i>Kölner Zeitung</i>					
	<i>Köln Z.</i>					
	<i>Kassler Zeitung ?</i>					
	<i>Kass. Ztg.</i>					
	<i>Hannoversche Morgenzeitung</i>					
	<i>H. Mztg.</i>					
	<i>Fr. M.</i>					
	<i>Deutscher Zuschauer</i>					
	<i>D. Zusch.</i>					
	<i>Constitutionelles Blatt aus Böhmen</i>					
	<i>C. Bl. a. B.</i>					
1848	7	7	0	0	0	0
1848	7	14	0	0	0	0
1848	7	21	0	0	0	0
1848	7	28	0	0	0	0
1848	8	4	0	0	0	0
1848	8	11	0	0	0	0
1848	8	18	0	0	0	0
1848	8	25	0	0	0	0
1848	9	1	0	0	0	0
1848	9	8	0	0	0	0
1848	9	15	0	0	0	0
1848	9	22	0	0	0	0
1848	9	29	0	0	0	0
III. 1848			0		1	0

1848	10	6	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	10	13	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	10	20	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	10	27	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	11	3	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	11	10	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	11	17	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	11	24	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	12	1	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	12	8	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	12	15	0	0		0	0		0		0	0		0	0		1	1		0	0
1848	12	22	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
1848	12	29	0	0		0	0		0		0	0		0	0		0	0		0	0
IV. 1848				0		0		0		0		0		0		1		0			0

1849	1	5	0	0		0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	1	12	0	0		0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	1	19	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	1	26	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	2	2	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	2	9	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	2	16	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0
1849	2	23	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	3	2	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	3	9	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	3	16	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	3	23	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	3	30	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
I. 1849			0		0	0		1		0		0		0		1		0	

III/1849		Nationalzeitung		Nat. Z.		Nürnberger Correspondent		N. C.		Mainzer Zeitung		M. Z.		Kölner Zeitung		Köln Z.		Kassler Zeitung ?		Kass. Ztg.		Hannoversche Morgenzeitung		H. Mztg.		Fr. M.		Deutscher Zuschauer		D. Zusch.		Constitutionelles Blatt aus Böhmen		C. Bl. a. B.	
1849	4	6	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	4	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	4	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	4	27	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	5	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	5	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	5	18	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	5	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	6	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	6	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	6	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	6	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1849	6	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
II. 1849			0								0								0						0									1	

1849	7	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	7	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	7	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	7	27	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	8	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	8	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	8	17	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	8	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	8	31	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	9	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	9	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	9	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	9	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
III. 1849			0				0				1								0								0								0

1849	10	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	10	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	10	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	10	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	11	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	11	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	11	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	11	23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	11	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	12	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	12	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	12	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1849	12	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IV. 1849			0				0				0								0								0								0

[illegible]

CCXIII

				Der Verfassungsfreund		0	0	0
				Verf. Frd.		0	0	0
				Thurner Zeitung ?		0	0	0
				Th. Z.		0	0	0
				T. B.		0	0	0
				Seebblätter		0	0	0
				Seebblätter		0	0	0
				Schweizer National-Zeitung		0	0	0
				Schw. N.		0	0	0
				Schw. N. Z.		0	0	0
				Schw. Natz.		0	0	0
				Schw. N.-Ztg.		0	0	0
				Schl. Z.		0	0	0
				Schw. K.		0	0	0
				Neue Deutsche Zeitung ?		0	0	0
				N. D. Z.		0	0	0
				Neue Deutsche Ztg.		0	0	0
				4	0	0	0	0
1850	1	1	4	0	0	0	0	0
1850	1	11	11	0	0	0	0	0
1850	1	18	18	0	0	0	0	0
1850	1	25	25	0	0	0	0	0
1850	2	1	1	0	0	0	0	0
1850	2	8	8	0	0	0	0	0
1850	2	15	15	0	0	0	0	0
1850	2	22	22	0	0	0	0	0
1850	3	1	1	0	0	0	0	0
1850	3	8	8	0	0	0	0	0
1850	3	15	15	0	0	0	0	0
1850	3	22	22	0	0	0	0	0
1850	3	29	29	0	0	0	0	0
I. 1850				0	0	0	0	0

			Wes- Ztg.	Weser Zeitung
1847	10	1	0	0
1847	10	8	0	0
1847	10	15	0	0
1847	10	22	0	0
1847	10	29	0	0
1847	11	5	0	0
1847	11	12	0	0
1847	11	19	0	0
1847	11	26	0	0
1847	12	3	0	0
1847	12	10	0	0
1847	12	17	0	0
1847	12	24	0	0
1847	12	31	0	0
IV. 1847				0

1848	1	7	0	0
1848	1	14	0	0
1848	1	21	0	0
1848	1	28	0	0
1848	2	4	1	1
1848	2	11	0	0
1848	2	18	0	0
1848	2	25	0	0
1848	3	3	0	0
1848	3	10	0	0
1848	3	17	0	0
1848	3	24	0	0
1848	3	31	0	0
I. 1848				1

1848	4	7	0	0
1848	4	13	0	0
1848	4	21	0	0
1848	4	28	0	0
1848	5	5	0	0
1848	5	12	0	0
1848	5	19	0	0
1848	5	26	0	0
1848	6	2	0	0
1848	6	9	0	0
1848	6	16	0	0
1848	6	23	0	0
1848	6	30	0	0
II. 1848				0

			Wes- Ztg.	Weser Zeitung
1848	7	7	0	0
1848	7	14	0	0
1848	7	21	0	0
1848	7	28	0	0
1848	8	4	0	0
1848	8	11	0	0
1848	8	18	0	0
1848	8	25	0	0
1848	9	1	0	0
1848	9	8	0	0
1848	9	15	0	0
1848	9	22	0	0
1848	9	29	0	0
III. 1848				0

1848	10	6	0	0
1848	10	13	0	0
1848	10	20	0	0
1848	10	27	0	0
1848	11	3	0	0
1848	11	10	0	0
1848	11	17	0	0
1848	11	24	0	0
1848	12	1	0	0
1848	12	8	0	0
1848	12	15	0	0
1848	12	22	0	0
1848	12	29	0	0
IV. 1848				0

1849	1	5	0	0
1849	1	12	0	0
1849	1	19	0	0
1849	1	26	0	0
1849	2	2	0	0
1849	2	9	0	0
1849	2	16	0	0
1849	2	23	0	0
1849	3	2	0	0
1849	3	9	0	0
1849	3	16	0	0
1849	3	23	0	0
1849	3	30	0	0
I. 1849				0

			Wes- Ztg.	Weser Zeitung
1849	4	6	0	0
1849	4	13	0	0
1849	4	20	0	0
1849	4	27	0	0
1849	5	4	0	0
1849	5	11	0	0
1849	5	18	0	0
1849	5	25	0	0
1849	6	1	0	0
1849	6	7	0	0
1849	6	14	0	0
1849	6	21	0	0
1849	6	28	0	0
II. 1849				0

1849	7	6	0	0
1849	7	13	0	0
1849	7	20	0	0
1849	7	27	0	0
1849	8	3	0	0
1849	8	10	0	0
1849	8	17	0	0
1849	8	24	0	0
1849	8	31	0	0
1849	9	7	0	0
1849	9	14	0	0
1849	9	21	0	0
1849	9	28	0	0
III. 1849				0

1849	10	5	0	0
1849	10	12	0	0
1849	10	19	0	0
1849	10	26	0	0
1849	11	2	0	0
1849	11	9	0	0
1849	11	16	0	0
1849	11	23	0	0
1849	11	30	0	0
1849	12	7	0	0
1849	12	14	0	0
1849	12	21	0	0
1849	12	28	0	0
IV. 1849				0

			Weser Zeitung	
			Wes- Ztg.	
1850	1	4	0	0
1850	1	11	0	0
1850	1	18	0	0
1850	1	25	0	0
1850	2	1	0	0
1850	2	8	0	0
1850	2	15	0	0
1850	2	22	0	0
1850	3	1	0	0
1850	3	8	0	0
1850	3	15	0	0
1850	3	22	0	0
1850	3	29	0	0
I. 1850				0

Grunddaten für die *Neuen Lübeckischen Blätter*

Umfang des Jahrgangs

1847	424 Seiten	52 Ausgaben
1848	472 Seiten	56 Ausgaben
1849	426 Seiten	52 Ausgaben
1850	428 Seiten	52 Ausgaben

durchschnittliche Länge einer Ausgabe

1847	8,2 Seiten
1848	8,4 Seiten
1849	8,2 Seiten
1850	8,2 Seiten

Auflage 300 Stück (1840er Jahre, vgl. Graßmann 1997, S. 616)

„Neue Lübeckische Blätter“: Nachweis zu Themen, Angabe des Verfassers und Position der Artikel in der Zeitung

Berücksichtigt werden alle für die „Revolution“ im weitesten Sinne relevanten Artikel aus Deutschland und Österreich. Drei Punkte erhalten Artikel, die auf der Titelseite erschienen, zwei Punkte bekommen Meldungen in der Mitte der Zeitung, einen Punkt erhalten schließlich Berichte auf der letzten Seite, solche der Kategorie „Verschiedenes“, bzw. in sog. Beiblättern und Kleingedrucktes. Die kursiv gedruckten Artikel sind einer qualitativen Auswertung unterzogen worden.

	Jahr	Monat	Tag	Ausgabe	Seite		Titelseite	Verfasser	Titel	Wert	Quartal	Summe
Jüdische Bürger	1847	12	05	49	400	400	-	„Die Red.“	Kleine Chronik 214., „Die Stellung der Juden in Lübeck“, [Artikel aus „Hamburger Correspondent“ vom 03.12.1847]	1		
	1847	12	12	50	404	405	-	o.a.	„Tabellarische Übersicht der Zustände der Juden in Deutschland im Jahre 1847“	2		
	1847	12	12	50	406	406	-	87	„Die bürgerliche Stellung der Juden in Deutschland.“	2	IV. 1847	5
	1848	01	02	1	7	8	-	87	Kleine Chronik, 2., „Judenfrage“	1		
	1848	01	09	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik, 10., „Judenfrage“	1		
	1848	02	06	7	49	50	-	12	„Zur Judenfrage. Die Verordnungen vom 28. Januar 1848.“	2	I. 1848	4
	1848	08	27	37	312	312	-	o.a.	Kleine Chronik 144., „Revision der Frankfurter Verfassung“, [Gemeindeverfassung der Stadt; Nichtberücksichtigung von Juden, Richtigstellung anderslautender Berichte des „Lübecker Volksfreundes“]	1		
	1848	09	17	41	344	344	-	o.a.	Kleine Chronik, 157., „Neuezweidrittel-Stücke und unsere Juden“	1	III. 1848	2
	1849	07	22	29	237	237	-	o.a.	„Die Sonntagsfeier“	2	III. 1849	2
	1849	12	02	48	394	394	-	o.a.	Kleine Chronik 131., „Jüdischer Sabbath“, [Bericht der „Allgemeinen Kirchenzeitung“ über einen Beschluss der „Genossenschaft zur Reform des Judenthums“, den Sabbat künftig am Sonntag zu feiern]	1	IV. 1849	1
Kirchliches	1847	10	31	44	354	354	-	49	„Die große Orgel in der St. Marienkirche“	2		
	1847	11	14	46	376	376	-	o.a.	Kleine Chronik 200., „Die große Orgel der St. Marienkirche.“	1		
	1847	11	21	47	382	382	-	40	„Einige Fragen, die neuesten Schritte für den Neubau einer Marien-Orgel betreffend.“	2		

	1847	11	28	48	387	387	-	„Pred. Becker, J. J. Evers, Dr. Funk (Pastor), L. Harms, Mann jun., J. H. Mayer, H. Münzenberger, J. G. Nöltingk, A. P. Rehder, J. N. Stolterfoht, E. Stolterfoht“	„Sammlung für die große Orgel der St. Marienkirche“	2		
	1847	12	26	52	417	418	+	49	„Die große Orgel in der St. Marien-Kirche“	3	IV. 1847	10
	1848	01	16	3	21	22	-	Der Vorstand des Lübeckischen Hauptvereins der G. A. Stiftung	„Gustav-Adolf-Verein“	2		
	1848	01	23	4	30	30	-	49	„Die große Orgel in der St. Marienkirche“	2		
	1848	01	30	5	36	37	-	3	„Amtsjubelfeier“	2		
	1848	01	30	5	39	39	-	(„von einem Gemeindegliedern“)	Kleine Chronik, 27., „Gesangbuch“	1		
	1848	02	06	7	52	52	-	Evangelischer Bote	Kleine Chronik, 38., „Gustav-Adolf-Verein“	1		
	1848	02	13	8	64	64	-	o.a.	Kleine Chronik, 42., „Gustav-Adolf-Verein“, [Mitgliederversammlung, Verknüpfung mit dem Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Vortrag über vorjährige Deputiertenversammlung in Darmstadt]	1		
	1848	02	27	10	79	80	-	o.a.	„Generalversammlung des Gustav-Adolf-Vereins vom 16. Februar 1848“	2		
	1848	03	28	15	130	130	-	o.a.	Kleine Chronik, 81., „Gustav-Adolf-Verein“	1	I. 1848	12
	1848	05	14	22	181	182	-	Vorstand der Gustav-Adolf-Stiftung	„Gustav-Adolf-Stiftung“, [Vertagung der Versammlung des Hauptvereins infolge der Weltereignisse]	2		
	1848	06	04	25	206	206	-	o.a.	Kleine Chronik 115., „Gustav-Adolf-Verein“, [Konfessionskonflikt; Bericht aus der „Deutschen Zeitung“ vom 12.05.48]	1	II. 1848	3
	1848	07	09	30	254	254	-	4	„Der Choralgesang in Lübeck“	2		
	1848	07	23	32	271	272	-	o.a.	„Kirchliches“, [Anpassung der Gebete an die neue politische Situation]	2		
	1848	09	10	39	323	325	-	K. Mosche	„Wie ist unserem Kirchengesange zu helfen?“	2		
	1848	09	17	41	343	344	-	Großheim, Pastor	„Der rhythmische Gemeindegesang“	2		
	1848	09	24	42	352	352	-	o.a.	Kleine Chronik 160., „Sonabend Nachmittag-Gottesdienst in der Marienkirche“	1	III. 1848	9

	1849	01	28	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 22., „Englische Bibeln“	1		
	1849	02	11	6	46	48	-	39	„Der Kirchen- und Choralgesang“	2		
	1849	02	11	6	48	48	-	3	„Der rhythmische Choral“	2		
	1849	02	25	8	59	63	+	o.a.	„Die deutschen Grundrechte in ihrer Beziehung auf die Neugestaltung unserer einheimischen kirchlichen Verhältnisse“	3		
	1849	02	25	8	64	65	-	o.a.	„Statuten des Kirchengesang-Vereins“	2		
	1849	03	04	9	67	69	+	37	„Die deutschen Grundrechte in ihrer Beziehung auf die Neugestaltung unserer einheimischen kirchlichen Verhältnisse. Beschluß.“	3		
	1849	03	11	10	79	82	-	37	„Entwurf einer neuen Ordnung für die evangelische Kirche von Württemberg“	2		
	1849	03	11	10	86	86	-	Laicus	Kleine Chronik 45., „Frage“, [Neueinführung von Hauptpastoren wird hinterfragt]	1		
	1849	03	25	12	95	99	+	37	„Die kirchliche Bekenntnisfrage. Mit Bezug auf den Aufsatz 'Staatskirche' im Lüb. Bürgerblatt No. 19-21.“	3	I. 1849	19
	1849	05	27	21	170	172	-	desam.	„Eine Lübeckische Synode“, [Ziel ist die Ausarbeitung einer neuen Kirchenordnung auf Basis der Grundrechte des deutschen Volkes]	2	II. 1849	2
	1849	07	08	27	215	216	+	C. G. Plitt, Pastor zu Genin	„Zur Kirchenfrage“	3		
	1849	07	08	27	222	222	-	o.a.	Kleine Chronik 87., „Rhythmischer Choralgesang“	1		
	1849	07	15	28	230	230	-	o.a.	Kleine Chronik 92., „Störung des Gottesdienstes in Travemünde“	1		
	1849	07	22	29	235	235	-	105	„Die sogenannte Sonntags-Ordnung“	2		
	1849	07	22	29	238	238	-	o.a.	Kleine Chronik 93., „Zur Kirchenfrage“, [Kirchenverfassungsdiskussion]	1		
	1849	08	26	34	274	276	-	75	„Das allgemeine Wahlrecht in Bezug auf kirchliche Wahlen“	2		
	1849	09	09	36	294	294	-	Mosche	„Literarische Anzeige. Evangelisches Chormelodienbuch...“	2		
	1849	09	23	38	303	306	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor.“	3		
	1849	09	30	39	311	315	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor. Fortsetzung.“	3	III. 1849	18

	1849	10	07	40	319	323	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor. Fortsetzung.“	3		
	1849	10	14	41	327	330	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor. Fortsetzung.“	3		
	1849	10	14	41	332	332	-	o.a.	„Eine constituirende Synode“	2		
	1849	10	21	42	335	338	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor. Fortsetzung.“	3		
	1849	10	28	43	343	346	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor. Fortsetzung.“	3		
	1849	11	04	44	351	354	+	K. Klug	„Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederländern geschlossenes Bündniß entstand. Von R. Klug, Pastor. Beschluss.“	3		
	1849	12	09	49	402	402	-	o.a.	Kleine Chronik 136., „Diaconatgelder“	1		
	1849	12	16	50	410	410	-	o.a.	Kleine Chronik 139., „Kirchenordnung“, [zur Kirchenverfassung]	1	IV. 1849	19
	1850	01	13	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 5., „Wochenpredigten in Travemünde“, [Anfrage, ob Wochenpredigten infolge obrigkeitlicher Anordnung nicht mehr stattfinden]	1		
	1850	01	20	3	24	24	-	o.a.	Kleine Chronik 9., „Wochenpredigten in Travemünde“, [Antwort von Pastor H. W. Eschenburg, die Angelegenheit sei nicht für die Zeitungsveröffentlichung bestimmt]	1		
	1850	02	10	6	47	48	-	o.a.	„Kirchengesangsverein“	2		
	1850	03	10	10	80	80	-	o.a.	Kleine Chronik 25., „Zur Würdigung unserer kirchlichen Zustände“	1		
	1850	03	17	11	88	88	-	o.a.	Kleine Chronik 30., „Scheibe“, [Unterstützung der Gemeinde Scheibe in Thüringen]	1	I. 1850	6
Liberalität (wirtschaftliche und politische)	1847	10	03	40	318	320	-	36	„Literarische Anzeige. Die Zünfte in Hamburg und ihre nothwendige Umgestaltung. Hamburg 1847.“	2		
	1847	10	10	41	325	329	-	o.a.	„Überfluß und Mangel.“	2		

	1847	10	17	42	337	337	-	o.a.	Kleine Chronik 183., „Gewerbliches“	1		
	1847	10	17	42	338	338	-	o.a.	Kleine Chronik 187., „Anhänglichkeit an das Alte“	1		
	1847	10	24	43	343	344	-	123	„Lübeckische Zustände“, [Bezug auf Weserzeitung vom 30.09.1847]	2		
	1847	10	24	43	345	345	-	o.a.	Kleine Chronik 189., „Lübeckische Zustände“, [Artikel in der Weserzeitung vom 20.10.1847]	1		
	1847	10	31	44	347	349	+	o.a.	„Der Vertrag zwischen Frankreich und Lübeck über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern vom 31. Aug. 1847.“	3		
	1847	10	31	44	356	356	-	o.a.	Kleine Chronik 197., „Zu baldigster Nachahmung“, [Verfassungsreform in St. Marino; Artikel aus Hamb. C.]	1		
	1847	11	14	46	373	374	-	123	„Eine Parallele“, [Vergleich Frankfurt- Lübeck]	2		
	1847	11	21	47	384	384	-	„Falck, Archiv f. Gesch., Stat. ec. der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 1845“	Kleine Chronik 207., „Politische Lehre“	1	IV. 1847	16
	1848	01	02	1	1	3	+	o.a.	„Vorwort“	3		
	1848	01	02	1	7	7	-	188	Kleine Chronik, 1., „Kornträger und Kornmesser“	1		
	1848	01	09	2	12	12	-	123	„Kleine Neujahrswünsche des Publicums“, [Öffentlichkeit von Beschlüssen]	2		
	1848	01	09	2	12	13	-	40	„Der Staatskalender für 1848“, [Schulwesen, Verwaltung, staatliche Ordnung]	2		
	1848	01	30	5	37	38	-	49	„Das Advancement der Beamten“, [Leistungsprinzip in der Einstellung]	2		
	1848	01	30	5	39	39	-	X	Kleine Chronik, 25., „Billiger Wunsch“, [Verhältnis Beamte-Bürger]	1		
	1848	02	06	7	51	51	-	o.a.	Kleine Chronik, 33., „Butterhandel“, [Handelsfreiheit]	1		
	1848	02	06	7	52	52	-	o.a.	Kleine Chronik, 35., „Gewerbliches“, [Produktionsmittelwandel]	1		
	1848	02	13	8	55	57	-	217	„Über den Anschluß sämtlicher Schullehrer des Landgebietes an die neu errichtete Unterstützungs-Kasse“	2		
	1848	03	12	12	102	102	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Vortrag zum Handwerkerleben, Industrieschulvorstand]	2		

	1848	03	19	13	111	111	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Industrieschulwahl abgeschlossen, Vortrag über die Lübeckischen Verfassungskämpfe 1738- 1740]	2		
	1848	03	26	14	119	122	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Wahlen der Industrieschulleitung müssen wiederholt werden]	2	1. 1848	21
	1848	04	09	17	142	142	-	„Ergänzungsbl. zu allen Conversationslexkien“	<i>Kleine Chronik 90., „Sparcassen“, [Sparanlagen als Stütze der Loyalität der Bürger zum Staatswesen]</i>	1		
	1848	04	30	20	165	165	-	o.a.	Kleine Chronik 97., „Erinnerung“, [Unterstützung für Lehrer]	1		
	1848	04	30	20	166	166	-	o.a.	Kleine Chronik 99., „Ein charakteristisches Wort Rupp's“, [Erklärung zum Sozialismus in Frankreich]	1		
	1848	05	07	21	172	173	-	o.a.	„Literarische Anzeige. Die Gefahr des Vaterlandes und der Weg seiner Rettung. Von G. Evers. Lübeck 1848.“	2		
	1848	05	21	23	190	190	-	R. Mohl: „Über die verschiedene Auffassung des repräsentativen Systems in England, Frankreich und Deutschland“	„Verfassungsmäßiger Gehorsam“	2		
	1848	05	21	23	190	190	-	o.a.	Kleine Chronik 105., „Die Commission für Handel und Gewerbe“, [Vertretung der Interessen Lübecks bei der Nationalversammlung in Frankfurt]	1		
	1848	05	28	24	198	198	-	o.a.	Kleine Chronik 109., „Zolleinheit Deutschlands“	1		
	1848	05	28	24	198	198	-	o.a.	Kleine Chronik 111., „Florencurt über die gegenwärtigen deutschen Zustände“, [Sicht auf die jüngsten Ereignisse]	1		
	1848	05	28	24	198	198	-	o.a.	Kleine Chronik 112., „Lese Frucht“, [Entwicklung der Revolution in Mecklenburg]	1		
	1848	06	04	25	204	205	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 113., „Volkssouveränität, ursprüngliche Gleichheit der Menschen, unveräußerliche Menschenrechte“, [Reflexion über die politischen Ereignisse aus der Feder Dahlmanns]</i>	1		
	1848	06	11	26	207	208	+	o.a.	„Die Commission für Handel und Gewerbe“	3		
	1848	06	11	26	211	214	-	Dr. E. von Duhn	„Berichtigung einiger Irrthümer des Herrn Dr. Crome“, [Schulwesen, Bezugnahme auf „Lübecker Korrespondenten“]	2		
	1848	06	11	26	215	215	-	G. Evers	„Erklärung“, [Bezugnahme auf den „Lübecker Korrespondent“ vom 28.05.1848]	2		
	1848	06	18	27	221	222	-	31	„Die Anstellung von Beamten“	2		

	1848	06	18	27	223	223	-	o.a.	„Die historische Schule“	2		
	1848	06	18	27	223	225	-	Dr. jur. Crome	„Herrn Dr. von Duhn. Als Entgegnung und Zurückweisung von Dr. jur. Crome. I.“	2		
	1848	06	27	28	228	229	-	Dr. C. v. Duhn	„Berichtigung einiger Irrthümer des Herrn Dr. Crome. II“	2		
	1848	06	27	28	235	238	-	Dr. jur. Crome	„Herrn Dr. von Duhn. Als Entgegnung und Zurückweisung von Dr. jur. Crome. II.“	2	II. 1848	29
	1848	07	02	29	240	241	-	Dr. C. v. Duhn	„Vorläufige Antwort“	2		
	1848	07	02	29	241	242	-	Dr. C. v. Duhn	„Letztes Wort an Herrn Dr. Crome“	2		
	1848	07	09	30	249	250	-	M.	„Die Zollfrage für Lübeck“	2		
	1848	07	09	30	250	252	-	o.a.	„Die deutsche Zollfrage“	2		
	1848	07	09	30	252	253	-	Dr. Fr. Crome	„Letztes Wort an Herrn Dr. v. Duhn“	2		
	1848	07	09	30	254	256	-	99	„Literarische Anzeige. (Dr. B. Avé-Lallemant) Unser jetziger Standpunct und unsere nächste Aufgabe. Lübeck 1848.“	2		
	1848	07	16	31	258	260	-	o.a.	„Die deutsche Zollfrage. Fortsetzung.“	2		
	1848	07	16	31	262	263	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. VII. Fünzigster Bericht der Vorsteher der Industrieschule, das Jahr 1847 betreffend.“	2		
	1848	07	16	31	264	264	-	o.a.	Kleine Chronik 122., „Dahlmann“, [Besprechung „Systematik der Staatswissenschaft“]	1		
	1848	07	23	32	268	270	-	o.a.	„Die deutsche Zollfrage. Fortsetzung.“	2		
	1848	07	23	32	271	271	-	91	„Über den dänischen Transitzoll auf der Lübeck-Hamburger Landstraße“	2		
	1848	07	30	33	273	276	+	o.a.	„Die deutsche Zollfrage. Beschluß.“	3		
	1848	07	30	33	280	280	-	o.a.	Kleine Chronik 129., „Der Beschluß der Kaufmannschaft vom 28. Juli“, [Vertretung der Kaufmannschaft in Frankfurt]	1		
	1848	07	30	33	280	280	-	o.a.	Kleine Chronik 132., „Lübecker Marzipan“, [Adresse an den Reichsverweser]	1		
	1848	08	06	34	282	284	-	„Ein Kaufmann“	„Die Kaufmannschaft als Stand im Staate“	2		
	1848	08	06	34	285	286	-	o.a.	„Eine Stimme aus Nordamerika“	2		
	1848	08	13	35	292	295	-	Pauli	„Über die Testamente der Frauen nach Lübischem Rechte“	2		
	1848	08	13	35	296	296	-	o.a.	Kleine Chronik 137., „Menschenrechte, natürliche Freiheit und Gleichheit aller Menschen, Volkssouveränität“, [Wahlrechtsfrage]	1		

	1848	08	20	36	297	298	+	34	„Aus welchem Gesichtspunkt ist die Frage wegen Vertretung der Einwohner zu behandeln?“	3		
	1848	08	20	36	301	303	-	Ein Kaufmann	„Die Kaufmannschaft im Verhältnis zum Staat“	2		
	1848	08	20	36	306	306	-	o.a.	Kleine Chronik 139., „Frage“, [Wiederherstellung des Verhältnisses Deutschlands zu Dänemarks hinsichtlich eines freien Verkehrsflusses]	1		
	1848	08	27	37	310	310	-	o.a.	„Die Kaufmannschaft“	2		
	1848	08	27	37	312	312	-	o.a.	Kleine Chronik 142., „Oeffentliche Concurrenz“, [Bedarfsdeckung mit Hanfö]l	1		
	1848	08	27	37	312	312	-	o.a.	Kleine Chronik 143., „Gemeindeverfassung“, [Zitat des Artikels zur Gemeindeverfassung in Rottecks Staatslexikon]	1		
	1848	08	27	37	312	312	-	o.a.	Kleine Chronik 145., „Zollschutz“	1		
	1848	09	17	41	342	343	-	o.a.	„An die Kaufmannschaft“	2		
	1848	09	17	41	344	344	-	o.a.	Kleine Chronik 156., „Freihäfen“	1		
	1848	09	24	42	349	350	-	o.a.	„Ein Blick in die Versammlung der Bürgerschaft vom 18. Sept. d. J.“	2		
	1848	09	24	42	350	350	-	40	„Dürfen gesetzgebende Körper in ihren Versammlungen Deputationen empfangen?“	2		
	1848	09	24	42	350	352	-	31	„Können Halbbrüder neben einander im Senate sitzen?“	2	III. 1848	53
	1848	10	01	43	355	356	-	D.	„Das Gesamtinteresse dem besonderen gegenüber“	2		
	1848	10	08	44	364	365	-	o.a.	„Einige Gedanken in Bezug auf die morgende Entscheidung“	2		
	1848	10	08	44	365	366	-	5	„Über Volksvertretung“, [Zitate aus der gleich titelnden Schrift August Rusch', Rostock]	2		
	1848	10	08	44	366	367	-	Fr. Jacob	„Das gesammte Interesse für das besondere“, [Antwort auf D.]	2		
	1848	10	08	44	368	368	-	o.a.	Kleine Chronik 163., „Ein gemischtes Wahlsystem“	1		
	1848	10	08	44	368	368	-	Deutsche Zeitung, 29.09.1848	Kleine Chronik 165., „Lese Frucht“	1		
	1848	10	22	46	380	380	-	o.a.	„Bedenken und Fragen“, [Zoll-Provisorium in ganz Deutschlands]	2		
	1848	10	22	46	380	380	-	Joh. Sieg. Mann	„Zweckwidrigkeit einer Versicherungs-Gesellschaft für den Handel, wenn der Bevollmächtigte dieselbe ohne genügenden Grund von den vorkommenden Geschäften ausschließt“	2		
	1848	10	22	46	381	382	-	6	„Über die Hebung des deutschen Innungswesens“	2		

	1848	10	22	46	382	383	-	o.a.	„Die Waisenhausfrage; als Anlage zum Bericht über die Verwaltung der Vorsteherschaft der Kinderpflegeanstalt von 1847“	2
	1848	10	22	46	384	384	-	o.a.	Kleine Chronik 170., „Zollprovisorium für ganz Deutschland“	1
	1848	10	29	47	389	390	-	Johannes Fehling	„Erwiderung“, [zur Frage der Accuranz-Companie]	2
	1848	10	29	47	390	392	-	E. Gesscken	„Die Waisenhausfrage; als Anlage zum Bericht über die Verwaltung der Vorsteherschaft der Kinderpflegeanstalt von 1847. Beschluß“	2
	1848	11	05	48	396	396	-	o.a.	„Die Zollfrage“	2
	1848	11	05	48	396	400	-	o.a.	„Chronik des Jahres 1847“	2
	1848	11	05	48	400	400	-	o.a.	Kleine Chronik 181., „Verein für Handelsfreiheit“, [Gründung eines solchen Vereins in Frankfurt]	1
	1848	11	12	49	411	411	-	o.a.	„Deutscher Verein für Handelsfreiheit“	2
	1848	11	19	50	418	419	-	92	„Deutscher Verein für Handelsfreiheit“	2
	1848	11	19	50	420	420	-	o.a.	Kleine Chronik 186., „Deutscher oder Lübeckischer Verein für Handelsfreiheit“	1
	1848	11	19	50	420	420	-	o.a.	Kleine Chronik 187., „Disciplinarordnung“, [Hausordnung der Paulskirche]	1
	1848	12	10	53	443	444	-	31	„Die Kündbarkeit der Beamten“	2
	1848	12	10	53	444	445	-	o.a.	„Mahnung und Warnung“, [Zerrüttung der Kaufmannschaft in Lübeck]	2
	1848	12	10	53	445	445	-	12	„Die Reform unseres Verlehntenwesens“	2
	1848	12	10	53	448	448	-	o.a.	Kleine Chronik 193., „Auswärtige Gesandtschaften“	1
	1848	12	10	53	448	448	-	o.a.	Kleine Chronik 194., „Staatskalender“	1
	1848	12	10	53	448	448	-	o.a.	Kleine Chronik 195., „Entwurf zu einem Zoll-Tarif für das vereinigte Deutschland“	1
	1848	12	10	53	448	448	-	o.a.	Kleine Chronik 196., „Die deutschen Banken“	1
	1848	12	17	54	452	453	-	94	„Unsere Lage“, [Zollreform]	2
	1848	12	17	54	454	454	-	H. H.	„Erwiderung“, [zur Frage des Verlehntenwesens]	2
	1848	12	17	54	456	456	-	o.a.	Kleine Chronik 204., „Entwurf zu einem Zolllarif“	1
	1848	12	24	55	458	459	-	105	„Ist das Bestreben, durch Beschränkung der Zahl der Lehrburschen den Zugang zum Handwerk zu erschweren, volksfreundlich?“	2

	1848	12	24	55	464	464	-	o.a.	Kleine Chronik 208., „Zur Beachtung“, [Äußerung des Reichsministers des Inneren zur Existenz des Kleinstaates Bernburg]	1		
	1848	12	31	56	471	472	-	o.a.	„Freihandel und Schutzzoll“	2		
	1848	12	31	56	472	472	-	o.a.	Kleine Chronik 211., „Eine wünschenswerthe Einsparung“, [Wiederbesetzung der Stelle des Kassen- u. Rechnungsprüfers]	1	IV. 1848	55
	1849	01	07	1	1	2	+	o.a.	„Vorwort“	3		
	1849	01	07	1	2	4	-	25	„Das Vaterland und die Vaterstadt“	2		
	1849	01	07	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik 4., „Eine wünschenswerthe Einsparung?“, [Antwort auf Kl. Chronik 211.]	1		
	1849	01	14	2	10	12	-	94	„Unsere kaufmännische Lage“	2		
	1849	01	14	2	14	15	-	o.a.	„Darstellung des Lübeckischen Handels mit dem Norden in seinen Einzelheiten unter besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutsamkeit für die deutsche Fabrikation“	2		
	1849	01	14	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 9., „Erwiderung“, [Bezugnahme auf „Eine wünschenswerthe Einsparung“]	1		
	1849	01	14	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 10., „Zur Förderung der Constituirung der Kaufmannschaft“	1		
	1849	01	21	3	20	22	-	49	„Die politischen Gauner in Deutschland. Bruchstück einer Ansprache an die Wähler im zwölften Wahlbezirk. Lübeck im Januar 1849.“	2		
	1849	01	21	3	24	24	-	o.a.	Kleine Chronik 15., „Die Mediatisierung und Nordalbingen“, [„Schleswig Holsteinische Zeitung“, Artikel von Prof. L. Stein aus Kiel zur Neuordnung der norddeutschen Länder]	1		
	1849	01	28	4	28	28	-	n.	„Zur Vervollständigung“, [politische Gauner]	2		
	1849	01	28	4	28	30	-	o.a.	„Eine Petition Gewerbetreibender an den Senat“	2		
	1849	01	28	4	31	31	-	13	„Literarische Anzeige. Johann Werlhof, Hofrath, Professor der Staatswissenschaften und Rechte zu Helmstädt, vom Justizrat A. von Werlhof. Hannover 1849“	2		
	1849	01	28	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 19., „Staatskalender“	1		
	1849	01	28	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 21., „Staatsanwalt“, [Ansprache des Oberstaatsanwalts des Landes Sachsen vom 18. Dez.]	1		
	1849	01	28	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 23., „Freiheit und Gleichheit“, [Betrachtungen aus dem Jahr 1793 u.a. zu Frankreich]	1		

	1849	02	04	5	40	40	-	o.a.	Kleine Chronik 24., „Erklärung des Reichsministers Duckwitz“, [Schreiben zum nordischen Handel mit Bezug auf Lübeck]	1
	1849	02	04	5	40	40	-	o.a.	Kleine Chronik 26., „Zolltarif-Entwurf“, [Bezugnahme auf eine Adresse der Wismarer Tuchhändler-Compagnie an die Nationalversammlung]	1
	1849	02	04	5	40	40	-	o.a.	Kleine Chronik 27., „Hypothek-Wechsel“, [Neuordnung des Wechselwesens in Lübeck nach Beschlüssen der Nationalversammlung]	1
	1849	02	11	6	43	43	-	12	„Bürgerpflicht und Amtspflicht“	2
	1849	02	11	6	44	45	-	Die Schifferältesten/ die Deputierten	„Vorstellung der Schiffergesellschaft an die Nationalversammlung“	2
	1849	02	11	6	48	48	-	Lichtenberg	Kleine Chronik 29., „Gleichheit“, [zur Gleichheit der Menschen]	1
	1849	02	18	7	49	50	+	D.	„Bürgerpflicht und Amtspflicht“	3
	1849	02	18	7	52	53	-	88	„Die Lübeckischen Hypothekwechsel und die allgemeine deutsche Wechselordnung“	2
	1849	02	18	7	53	54	-	geschäftsführender Ausschuss des Vereins	„Der Verein für Handelsfreiheit“	2
	1849	02	18	7	58	58	-	o.a.	Kleine Chronik 32., „Der Staatskalender für 1849“	1
	1849	02	25	8	63	63	-	Ausschuss der Kaufmannschaft	„Erklärung der hiesigen Kaufmannschaft für den Zolltarif-Entwurf“	2
	1849	02	25	8	63	64	-	12	„Bürgerpflicht und Amtspflicht“	2
	1849	02	25	8	65	65	-	o.a.	„Der Staatskalender für 1849“	2
	1849	03	04	9	70	72	-	D.	„Berufspflicht und Amtspflicht“	2
	1849	03	11	10	82	83	-	12	„Bürgerpflicht und Amtspflicht. Letztes Wort.“	2
	1849	03	11	10	85	86	-	40	„Der Staatskalender für 1849. Beschluß.“	2
	1849	03	18	11	92	93	-	D.	„Bürgerpflicht und Amtspflicht“	2
	1849	03	18	11	93	93	-	o.a.	„Zur Kritik des Staatskalenders für 1849“	2
	1849	03	18	11	94	94	-	o.a.	Kleine Chronik 50., „Das allgemeine Stimmrecht und die Priesterherrschaft in Frankreich“	1
	1849	03	18	11	94	94	-	o.a.	Kleine Chronik 46., „Kaufmannschaft“	1

	1849	03	18	11	94	94	-	o.a.	Kleine Chronik 47., „Petitionen nach Frankfurt“, [Antwort der Nationalversammlung zu den Petitionen der Kaufmannschaft und der Schiffergesellen]	1	I. 1849	59
	1849	04	01	13	104	107	-	40	„Die directe und indirecte Besteuerungsart“, [mit Bezug auf Februarrevolution]	2		
	1849	04	01	13	107	108	-	o.a.	„Ist der Zudrang zum Stande der Volksschullehrer gesetzlich zu beschränken?“	2		
	1849	04	01	13	110	110	-	105	„Zünftiges“, [Zur Stellung der Gemeinträger]	2		
	1849	04	08	14	111	113	+	88	„Der Entwurf eines Gesetzes über den Schuldarrest“	3		
	1849	04	08	14	115	117	-	31	„Handelsfreiheit für Travemünde“	2		
	1849	04	15	15	126	126	-	o.a.	Kleine Chronik 59., „Die Schuldhalt“	1		
	1849	04	15	15	126	126	-	o.a.	Kleine Chronik 60., „Handelsfreiheit für Travemünde“	1		
	1849	04	29	17	142	142	-	o.a.	Kleine Chronik 62., „Handelsfreiheit für Travemünde. Schluß.“	1		
	1849	04	29	17	142	142	-	o.a.	Kleine Chronik 63., „Exerciren an Schulen“	1		
	1849	05	06	18	150	150	-	o.a.	Kleine Chronik 65., „Schuldarrest“	1		
	1849	05	06	18	150	150	-	o.a.	Kleine Chronik 66., „Handelsfreiheit für Travemünde“	1		
	1849	05	13	19	158	158	-	o.a.	Kleine Chronik 68., „Bestimmungen aus der preußischen Zollordnung“	1		
	1849	05	13	19	158	158	-	o.a.	Kleine Chronik 69., „Das Recht auf Arbeit“, [Bezug auf die sozialen Bewegungen in Deutschland und Frankreich]	1		
	1849	05	13	19	158	158	-	o.a.	Kleine Chronik 70., „Schutzzoll“	1		
	1849	05	20	20	166	166	-	o.a.	Kleine Chronik 72., „Lesefrucht“, [aus: „Politische Berichte und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart, von Usedom“]	1		
	1849	05	27	21	174	174	-	o.a.	Kleine Chronik 74., „Schutz der vaterländischen Arbeit“	1		
	1849	06	03	22	175	178	+	18	„Die Arbeitsbefugnisse der Gesellen in den Baugewerken, besonders der Maurergesellen“	3		
	1849	06	03	22	182	182	-	o.a.	Kleine Chronik 77., „Der Fabrikant und der Landwirth“	1		
	1849	06	10	23	186	188	-	88	„Die Paragraphen vierunddreißig, fünfunddreißig und sechsunddreißig der Grundrechte des deutschen Volks“	2		
	1849	06	17	24	195	197	-	mit Anmerkung der Redaktion	„Literarische Anzeige. Die deutsche Nationalversammlung und die deutschen Regierungen. Von G. Evers, Lübeck, v. Rohden'sche Buchhandlung 1849“	2		
	1849	06	17	24	198	198	-	o.a.	Kleine Chronik 80., „Schutzzoll“	1		

	1849	06	17	24	198	198	-	o.a.	Kleine Chronik 81., „Souveränität deutscher Reichsstände“, [Auszug aus J. H. Boeckler 'Notitia S. R. Imperii, Argentorati 1681, S. 142]	1		
	1849	06	24	25	202	206	-	ß	„Literarische Anzeige. Die deutsche Nationalversammlung und die deutschen Regierungen. Von G. Evers, Lübeck, v. Rohden'sche Buchhandlung 1849. Beschluß.“	2	II. 1849	34
	1849	07	08	27	218	219	-	101	„Die Bildung politischer Parteien“	2		
	1849	07	22	29	238	238	-	o.a.	Kleine Chronik 94., „Lese Frucht“, [Grundlagen der Revolution, mit Bezug auf Frankreich]	1		
	1849	07	29	30	246	246	-	Zachariae, 40. B. v. St. III, 2, 96	Kleine Chronik 97., „Erwerbsfreiheit“	1		
	1849	08	05	31	254	254	-	o.a.	Kleine Chronik 99., „Zur Diätenfrage“, [Vorstellung der Entschädigungsleistungen in der Schweiz]	1		
	1849	08	05	31	254	254	-	o.a.	Kleine Chronik 100., „Gesetzliche Ordnung und Freiheit“, [historisches Beispiel als Anleitung zur Ruhe und Gesetzmäßigkeit und gegen Revolution]	1		
	1849	08	19	33	270	270	-	o.a.	Kleine Chronik 103., „Ein betrübendes Ereignis“, [Suizidversuch eines Knaben, soziale Härte]	1		
	1849	08	19	33	270	270	-	o.a.	Kleine Chronik 104., „Freiheit und Demokratie“, [Auszug aus H. Laube: 'Das erste deutsche Parlament']	1		
	1849	08	19	33	270	270	-	o.a.	Kleine Chronik 105., „Sperre“, [„Hamburger Lit. u. krit. Bl.“, Nr. 79]	1		
	1849	09	02	25	286	286	-	o.a.	Kleine Chronik 109., „Zur Geschäftsordnung“, [Redebeiträge in Debatten begrenzen]	1		
	1849	09	02	25	286	286	-	o.a.	Kleine Chronik 110., „Der Absolutismus der Demokratie“, [Auszug aus Laube: 'Das erste deutsche Parlament']	1		
	1849	09	02	25	286	286	-	o.a.	Kleine Chronik 111., „Lese Frucht“, [Auszug aus Laube: „Das erste deutsche Parlament“]	1		
	1849	09	09	36	288	289	-	o.a.	„Die Bildung einer Kaufmannschaft. I.“	2		
	1849	09	16	37	295	297	+	13	„Die Bildung einer Kaufmannschaft. II.“	3		
	1849	09	16	37	297	297	-	x.	„Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft“	2		
	1849	09	23	38	306	308	-	13	„Die Bildung einer Kaufmannschaft. III.“	2		
	1849	09	30	39	316	317	-	105	„Neuestes aus der Gewerbegesetzgebung“	2		
	1849	09	30	39	318	318	-	H. Laube	Kleine Chronik 119., „Die nationale Partei“, [Auszug aus H. Laube 'Das erste deutsche Parlament']	1	III. 1849	24

	1849	10	21	42	339	341	-	o.a.	„Chronik des Jahres 1848“	2	IV. 1849	14
	1849	10	21	42	341	342	-	782	„Die Zunahme der Dauer menschlichen Lebens seit dem vorigen Jahrhundert“	2		
	1849	11	04	44	354	355	-	62	„Die städtische Gemeinde und der Staat“	2		
	1849	11	18	46	374	378	-	o.a.	„Chronik des Jahres 1848. Fortsetzung S. No. 42.“	2		
	1849	11	25	47	384	386	-	o.a.	„Chronik des Jahres 1848. Beschluß. S. No. 42 u. 46.“	2		
	1849	12	16	50	410	410	-	o.a.	Kleine Chronik 137., „Reformen“	1		
	1849	12	30	52	419	421	+	o.a.	„Handelsberechtigung für Travemünde“	3		
	1850	01	06	1	1	2	+	o.a.	„Vorwort“	3		
	1850	01	06	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik 1., „Lübecks Schifffahrt, Schiffe und Schiffbau im J. 1849“	1		
	1850	01	06	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik 2., „Anfrage“, [zur Konzessionierung der Discont-Casse in Lübeck]	1		
	1850	01	13	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 8., „Rostocker Bank“, [Abdruck der Statuten der Bank]	1		
	1850	01	27	4	28	31	-	o.a.	„Entwurf einer Kaufmannsordnung“	2		
	1850	01	27	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 11., „Kaufmannsordnung und Handelskammer“	1		
	1850	01	27	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 13., „Staatskalender“, [Ausgabe 1850 ist immer noch nicht erschienen]	1		
	1850	02	03	5	34	35	-	o.a.	„Die Travemünder Angelegenheit“, [gleiche Handelsberechtigung für Travemünde?]	2		
	1850	02	03	5	36	39	-	o.a.	„Entwurf einer Kaufmannsordnung. Beschluß“	2		
	1850	02	03	5	39	40	-	o.a.	„Die Gerechtsame der Disconto-Casse“	2		
	1850	02	10	6	45	45	-	13	„Die Ehrliebende Bürgerschaft von 1843 und das Majoritätsgutachten der Travemünder Commission“	2		
	1850	02	17	7	49	52	+	46	„Travemünder Handelsverhältnisse“	3		
	1850	02	17	7	54	55	-	o.a.	„Privat-Disconto-Casse“	2		
	1850	02	17	7	55	56	-	13	„Der Lübeckische Staatskalender für 1850“	2		
	1850	02	17	7	56	56	-	o.a.	Kleine Chronik 18., „Bilanz der Disconto-Casse v. 1849“	1		
	1850	02	24	8	57	60	+	o.a.	„Lübeck's Handelspolitik und die Travemünder Handelsverhältnisse“	3		
	1850	02	24	8	62	63	-	13	„Der Lübeckische Staatskalender für 1850. Beschluß.“	2		
	1850	03	03	9	68	70	-	101	„Die Privat-Disconto-Casse“	2		

	1850	03	03	9	70	71	-	J. C. Lindenberg	„Erklärung“, [bezogen auf Aufsatz „Der Lübeckische Staatskalender für 1850“ in „Neue Lübeckische Blätter“ Nr. 8]	2		
	1850	03	03	9	71	72	-	o.a.	„Über die amerikanischen Banken“	2		
	1850	03	03	9	72	72	-	„Rau, Grunds. d. Volkswirtschaftslehre S. 349 u. 50.“	Kleine Chronik 23, „Über Banknoten“	1		
	1850	03	10	10	73	77	+	o.a.	„Privat-Disconto-Casse“	3		
	1850	03	10	10	78	80	-	o.a.	„Über die amerikanischen Banken. Beschluß.“	2		
	1850	03	10	10	80	80	-	o.a.	Kleine Chronik 24., „Kosten diplomatischer Sendungen“	1		
	1850	03	17	11	84	85	-	11	„Die neue Kaufmannsordnung“	2		
	1850	03	17	11	85	86	-	o.a.	„Veröffentlichung der Bilanz der Privat-Disconto-Casse“	2		
	1850	03	17	11	86	86	-	Z.	„Privat-Disconto-Casse“	2		
	1850	03	17	11	86	87	-	o.a.	„Über die schottischen Banken“	2		
	1850	03	24	12	96	96	-	o.a.	Kleine Chronik 32., „Privat-Disconto-Casse“	2		
	1850	03	31	13	98	100	-	11	„Die neue Kaufmannsordnung. Fortsetzung.“	2		
	1850	03	31	13	100	100	-	o.a.	„Übersicht der Privat-Disconto-Cassa in Lübeck in den Jahren 1821 bis 1829“	2		
	1850	03	31	13	102	103	-	o.a.	„Die schottische Air-Bank“	2		
	1850	03	31	13	103	103	-	Red. der NLB	Artikel „Nachträgliches zur Travemünder Frage“ von H. Behrens wird in der nächsten Ausgabe abgedruckt.	2		
	1850	03	31	13	104	104	-	o.a.	Kleine Chronik 35., „Staatskalender“, [Begrüßung des Abdrucks der Genealogien von Fürstenhäusern]	1	1. 1850	63
Militärisches	1848	05	28	24	198	198	-	Dr. Erasmi	Kleine Chronik 110., „Bemerkung“, [Ärzte im Krieg gegen Dänemark]	1		
	1848	06	11	26	215	216	-	o.a.	„Schleswig-Holstein und Lübeck“	2	II. 1848	3
	1848	07	23	32	271	271	-	91	„Über den dänischen Transitzoll auf der Lübeck-Hamburger Landstraße“	2		
	1848	08	06	34	286	288	-	88	„Volksbewaffnung und Heerverfassung“	2		
	1848	08	20	36	306	306	-	o.a.	Kleine Chronik 139., „Frage“, [Wiederherstellung des Verhältnisses Deutschlands zu Dänemarks in Hinblick eines freien Verkehrsflusses]	1		
	1848	08	27	37	307	307	+	91	„Die dänischen Postverträge mit den freien Städten Lübeck und Hamburg“	3		

	1848	09	10	39	328	328	-	o.a.	Kleine Chronik 151., „Militär“, [Beschluss der Nationalversammlung zur Bildung einer Kriegsmarine]	1	III. 1848	9
	1849	02	04	5	33	34	+	Ausschuss der Kaufmannschaft	„Vorstellung der hiesigen Kaufmannschaft an die Nationalversammlung“, [Wehrdienst der Seeleute]	3		
	1849	03	04	9	76	76	-	M., Schiffbaumeister	Kleine Chronik 42., „Zum Bau von Kanonenböten“, [Bezugnahme auf Nr. 45 der Ostsee-Zeitung]	1		
	1849	03	18	11	90	92	-	58	„Bürgerbewaffnung“	2		
	1849	03	25	12	101	102	-	x.	„Die Unterbringung unsrer Dienstpflichtigen“	2	I. 1849	8
	1849	04	08	14	118	118	-	o.a.	Kleine Chronik 55., „Kasernierung“	1		
	1849	04	15	15	122	124	-	25	„Die Einquartierung der Soldaten“	2		
	1849	04	15	15	125	125	-	o.a.	Kleine Chronik 56., „Wehrpflicht der Seeleute“	1		
	1849	06	10	23	190	190	-	o.a.	Kleine Chronik 78., „Kriegsmarine“, [Aus einem Brief eines auf der 'Bremen' dienenden Matrosen]	1	II. 1849	5
	1849	07	15	28	230	230	-	o.a.	Kleine Chronik 91., „Schleswig-Holstein“, [zur Lage des Kriegs mit Dänemark]	1		
	1849	07	22	29	238	238	-	o.a.	Kleine Chronik 93., „Zur Aufklärung“, [Finanzierung des auf der Werft befindlichen Kanonenbootes]	1		
	1849	07	29	30	245	246	-	42	„Die freiwillige Bürgerwehr“	2		
	1849	08	05	31	254	254	-	o.a.	Kleine Chronik 98., „Politischer Verein“, [Versammlung vom 02.08.1849 zur Frage des Waffenstillstandes mit Dänemark]	1	III. 1849	5
	1849	10	28	43	346	348	-	11	„Die Militairfrage“	2		
	1849	10	28	43	349	350	-	M.	„Literarische Anzeige. Zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, von G. Evers. Lübeck 1848.“	2		
	1849	11	11	45	368	370	-	o.a.	„Unser Militairwesen. I.“	2		
	1849	11	18	46	371	374	+	o.a.	„Unser Militairwesen. II.“	3		
	1849	11	25	47	379	382	+	64	„Unser Militairwesen. III.“	3	IV. 1849	12
	1850	01	06	1	2	6	-	o.a.	„Darf Lübeck einseitig die zweiprocentige Militairstellung wider aufheben?“	2		
	1850	01	13	2	10	11	-	111	„Hat Lübeck eine zweiprocentige Militairstellung?“	2		
	1850	01	20	3	17	17	+	o.a.	„Lübeck's zweiprocentige Militairstellung“	3		
	1850	01	27	4	26	27	-	111	„Die Militairstellung Lübecks betreffend“	2		
	1850	01	27	4	27	28	-	27	„Zur Militairsache“	2		
	1850	02	03	5	35	35	-	21	„Zur Militairfrage“	2		
	1850	02	24	8	62	63	-	12	„Die Musterung der Militärdienstpflichtigen“	2		

	1850	03	03	9	65	66	+	40	„Die Militärfrage“	3		
	1850	03	31	13	104	104	-	o.a.	Kleine Chronik 33., „Militärwesen“	1		
	1850	03	31	13	104	104	-	o.a.	Kleine Chronik 36., „Steuererhebung“, [Militärsteuer]	1	I. 1850	20
Presse	1848	01	02	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik, 5., „Privilegien für Inserate“	1		
	1848	01	09	2	9	10	+	31	„Privilegien für Inserate?“	3		
	1848	03	05	11	92	93	-	o.a.	„Unsere Localpresse. Eingesandt“	2		
	1848	03	05	11	93	93	-	o.a.	Kleine Chronik, 59., „Intelligenzblätter“ [Aufhebung des Intelligenzzwangs]	1		
	1848	03	12	12	103	103	-	o.a.	Kleine Chronik, 65., „Preßfreiheit“ [Bericht über Bundesversamlungsbeschluss zur Preßfreiheit vom 03.03.1848)	1		
	1848	03	19	13	105	105	+	o.a.	„Die Preßfreiheit und die N. Lüb. Bl.“	3		
	1848	03	19	13	111	111	-	o.a.	Kleine Chronik, 75., „Preßgesetz“ [Rückgriff auf Verhandlungen in Baden 1831]	1	I. 1848	12
	1848	04	09	17	138	139	-	87	„Preßgesetz“	2		
	1848	04	09	17	142	142	-	o.a.	Kleine Chronik 87., „Erweiterung hiesiger Blätter“, [Ausweitung der Presseberichterstattung in Lübeck]	1	II. 1848	3
	1848	11	26	51	428	428	-	Dr. Joh. Heinr. Behn	„Erklärung“, [in Bezug auf die Abstimmung in der Bürgerschaftsversammlung]	2		
	1848	11	26	51	428	428	-	Classen / Dr. Dettmer	„Berichtigung“	2		
	1848	12	10	53	448	448	-	o.a.	Kleine Chronik 192., „Preßgesetz“	1		
	1848	12	17	54	449	451	+	31	„Das Preßgesetz“	3		
	1848	12	17	54	456	456	-	o.a.	Kleine Chronik 205., „Preßgesetz“	1		
	1848	12	24	55	464	464	-	o.a.	Kleine Chronik 209., „Preßgesetz“	1		
	1848	12	31	56	469	470	-	31	„Noch einmal das Preßgesetz“	2	IV. 1848	12
	1849	02	11	6	46	46	-	31	„Lübecker Zeitung“, [Erscheinen einer neuen Zeitung ab dem 01.03.1849]	2		
	1849	02	11	6	48	48	-	116	Kleine Chronik 28., „Gemeinnützige Beilage zu den Lüb. Anzeigen“, [Wiedereinführung einer entsprechenden Beilage]	1	I. 1849	3
	1849	06	17	24	194	195	-	x.	„Die Lübecker Zeitung“	2	II. 1849	2
	1849	07	08	27	222	222	-	o.a.	Kleine Chronik 86., „Preßgesetz“, [Vergleich des neuen preußischen Preßgesetzes mit dem lübeckischen]	1		

	1849	09	30	39	318	318	-	o.a.	Kleine Chronik 120., „Anfrage“, [Sonderentgelt für die Zustellung des „Norddeutscher Correspondenten“]	1	III. 1849	2
	1849	10	21	42	342	342	-	o.a.	Kleine Chronik 127., „Preßgesetz“, [Vergleich des lübeckischen Preßgesetzes mit dem hamburgischen]	1		
	1849	11	18	46	378	378	-	o.a.	Kleine Chronik 129., „Preßgesetz“, [Zur Verantwortlichkeit nach dem preußischen Verfassungsoktroi]	1	IV. 1849	2
	1850	03	24	12	93	94	-	22	„Die Lübeckische Zeitung“	2	I. 1850	2
Revolutionäres	1848	02	27	10	84	84	-	Weserzeitung	Kleine Chronik, 54., „Gutta cavat lapidem“ [Mündlichkeit und Öffentlichkeit von Prozessen]	1		
	1848	03	12	12	95	98	+	34	„Die Stellung unseres Gemeinwesens zu den Bewegungen der Gegenwart“ [Bezugnahme auf die Märzereignisse]	3		
	1848	03	12	12	103	103	-	Red. der NLB	Kleine Chronik, 67., „Erklärung“ [Warum gibt es in Lübeck keine revolutionäre Bewegung?]	1		
	1848	03	12	12	103	103	-	o.a.	Kleine Chronik, 68., „Lese Frucht“, [bevorstehende Kriege und Reaktion des Bundes]	1		
	1848	03	12	12	104	104	-	Red. der NLB	Kleine Chronik, 73., „Zur Abwehr“, [Aufruf zu revolutionärem Handeln in den „Neuen Lübeckischen Blättern“ wurde vom „Bürgerfreund“ heftig kritisiert]	1		
	1848	03	19	13	112	112	-	o.a.	Kleine Chronik, 76., „Über den Correspondenzartikel in der Börsenhalle“ [über den Lübecker Tumult vom 12.03.1848]	1		
	1848	03	26	14	122	122	-	C. A. Behn; Prof. Classen; H. Gaedertz; Dr. Krüger, E. G. Kuhlenkamp; C. Platzmann; W. Rothe; Chr. Scherling; J. F. Warncke; D. G. Witte	Kleine Chronik, 79., „Aufforderung“, [Spendensammlung für die Hinterbliebenen der Märzgefallenen]	1		
	1848	03	26	14	122	122	-	o.a.	Kleine Chronik, 78., „Versammlung in Frankfurt“, [Repräsentation Lübecks in Frankfurt ab dem 30.03.1848]	1		
	1848	03	28	15	130	130	-	o.a.	Kleine Chronik, 80., „Versammlung in Frankfurt a. M.“ [Erklärung zum Lübecker Abgeordneten in Frankfurt]	1	I. 1848	11
	1848	04	02	16	132	132	-	Demern; Masch	„Die deutschen Farben“	2		
	1848	04	23	19	151	151	+	o.a.	[Thronentsagung König Maximilians von Bayern]	3		
	1848	04	30	20	166	166	-	o.a.	Kleine Chronik 99., „An die Redaction ds. Bl.“, [Aktualität der „Neuen Lübeckischen Blätter“]	1		

	1848	06	04	25	206	206	-	„Der Unterstützungs-Ausschuß des deutschen Central- Comité's“	Kleine Chronik 116., „Hülferuf aus Polen an das gesammte Deutschland“	1		
	1848	06	11	26	210	211	-	36	„Zur Würdigung einiger Urtheile über Beschlüsse des Vorparlaments und der Nationalversammlung“, [Bezugnahme auf den „Lübecker Korrespondenten“]	2		
	1848	06	18	27	226	226	-	Red. der NLB	Spenden für die „bedrängten Deutschen in Polen“	2		
	1848	06	27	28	238	238	-	Red. der NLB	Spenden für die „bedrängten Deutschen in Polen“	2	II. 1848	13
	1848	07	23	32	265	266	+	o.a.	„Die heutige Feier“, [Note zur Amtseinführung Erzherzog Johanns als Reichsverweser]	3		
	1848	07	23	32	272	272	-	Mosche	Kleine Chronik 125., „Collecte für Posen“	1		
	1848	09	10	39	321	321	+	7	„Eintracht über Alles!“	3	III. 1848	7
	1848	10	15	45	369	369	+	105	„Die Vorgänge am letzten Montage“, [Festsetzung der Bürgerschaft durch Rebellierende]	3		
	1848	10	15	45	369	370	+	31	„Die Haltung der Bürgerschaft am 9. October“	3		
	1848	10	15	45	370	371	-	81	„Die Bürgergarde“	2		
	1848	10	15	45	376	376	-	o.a.	Kleine Chronik 166., „Zur Anwendung“, [Gesetz zum Schutz der Nationalversammlung]	1		
	1848	10	15	45	376	376	-	o.a.	Kleine Chronik 168., „Zeitungsberichte“, [Bericht des „Altonaer Merkurs“ zu den Vorfällen vom 9. Okt., erschienen am 13. Okt.]	1		
	1848	10	22	46	384	384	-	o.a.	Kleine Chronik 172., „Rechtfertigung“, [zur Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Nationalversammlung]	1		
	1848	10	22	46	384	384	-	o.a.	Kleine Chronik 173., „Bürgergarde“	1		
	1848	10	22	46	384	384	-	o.a.	Kleine Chronik 175., „Auch ein Zeitungsbericht“, [Bericht der „Ostseezeitung“ zum 09.10.1848]	1		
	1848	10	29	47	385	386	+	105	„Betrachtung über den Charakter der Bewegung am 9. October“	3	IV. 1848	16
	1849	05	13	19	151	153	+	2	„Die Lage des Vaterlandes“	3		
	1849	05	13	19	158	158	-	o.a.	Kleine Chronik 67., „v. Zerzog“, [Rede des Abgeordneten v. Zerzog aus Regensburg zur Reichsverfassung]	1		
	1849	05	20	20	159	160	+	13	„Das Amnestie-Decret“, [Amnestie für die Taten am 9. Oktober 1848]	2		

	1849	06	03	22	182	182	-	o.a.	Kleine Chronik 76., „Die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung“, [Zitat aus der „Berliner allgemeinen Zeitungs-Korrespondenz“; Hinweis auf die politisch linke Ausrichtung dieser Zeitung]	1		
	1849	06	10	23	183	186	+	42	„Die deutsche Verfassungsfrage und unsere Stellung zu derselben.“	3	II. 1849	10
Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt)	1847	10	10	41	330	330	-	o.a.	Kleine Chronik 179., „Lüneburg-Lauenburger Eisenbahn“	1		
	1847	10	17	42	338	338	-	o.a.	Kleine Chronik 186., „Anlehn für Eisenbahnbauten“	1		
	1847	10	31	44	354	355	-	Heinr. Wiencke	„Der Bahnhof“	2		
	1847	11	14	46	372	373	-	101	„Bahnhof am Mühlenthor oder bei der Dankwärtsbrücke?“	2		
	1847	11	21	47	377	378	+	36	„Dampfschiffahrts-Verbindung mit den dänischen Inseln“	3		
	1847	12	12	50	408	408	-	o.a.	Kleine Chronik 217., „Altona-Lübecker Eisenbahn“	1		
	1847	12	19	51	415	416	-	o.a.	Kleine Chronik 218., „Altona-Lübecker-Eisenbahn“	1	IV. 1847	11
	1848	01	02	1	6	7	-	123	„Bahnhofs-Angelegenheit“	2		
	1848	01	02	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik, 6., „Altona-Lübecker Eisenbahn“	1		
	1848	01	09	2	15	15	-	o.a.	Kleine Chronik, 9., „Altona-Lübecker Eisenbahn“	1		
	1848	01	16	3	24	24	-	(Kieler Correspondent)	Kleine Chronik, 15., „Holsteinische Zweigbahn“	1		
	1848	01	23	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik, 23., „Eisenbahnen“	1		
	1848	01	30	5	39	39	-	o.a.	Kleine Chronik, 24., „Lübeck-Büchener Eisenbahn“	1		
	1848	01	31	6	44	44	-	o.a.	Kleine Chronik, 29., „Lübeck-Büchener-Eisenbahn“	1		
	1848	02	06	7	50	51	-	34	„Die Lage des Bahnhofs“	2		
	1848	02	20	9	75	76	-	o.a.	Kleine Chronik, 48., „Die Eisenbahnen Lübeck-Büchen-Hamburg und Altona-Lübeck“	1		
	1848	02	27	10	84	84	-	321	Kleine Chronik, 52., „Anfrage“ [Dampfschiff für die Norwegenfahrt]	1		
	1848	02	27	10	85	86	-	o.a., Anmerkung 87	Kleine Chronik, 58., „Die Eisenbahnen Lübeck-Büchen-Hamburg und Altona-Lübeck“	1		
	1848	03	05	11	87	92	+	87	„Die Bahnhofs-Anlage bei Lübeck“	3		
	1848	03	05	11	93	93	-	o.a.	Kleine Chronik, 60., „Norwegische Dampfschiffahrt“	1	I. 1848	17
	1848	05	14	22	182	182	-	o.a.	Kleine Chronik 102., „Das neue Dampfschiff“	1	II. 1848	1

	1848	12	10	53	448	448	-	o.a.	Kleine Chronik 191., „Das erste Lübecker See-Dampfschiff“	1	IV. 1848	1
	1849	01	14	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 11., „Wahl“, [Büro der Dampfschiffahrtsgesellschaft]	1		
	1849	01	28	4	30	30	-	o.a.	„Effekt des großen Dampfbaggers im J. 1848“	2		
	1849	01	28	4	32	32	-	o.a.	Kleine Chronik 18., „Das Dampfschiff Lübeck“	1		
	1849	02	04	5	35	36	-	7	„Die Verbesserung der Trave von Lübeck bis an die Ostsee“, [Bezugnahme auf einen Artikel der „Ostsee-Zeitung“ aus Stettin vom 16.01.1849]	2		
	1849	02	25	8	66	66	-	o.a.	Kleine Chronik 38., „Dampfschiff Lübeck“	1	I. 1849	7
	1849	04	08	14	113	115	-	63	„Die Regulierung der Trave“	2		
	1849	04	15	15	124	125	-	7	„Die Regulierung der Trave“	2	II. 1849	4
	1849	08	12	32	259	260	-	a-	„Die Lübeck-Büchener Eisenbahn“	2		
	1849	08	26	34	274	274	-	B.	„Die Lübeck-Büchener Eisenbahn“	2		
	1849	09	23	38	310	310	-	o.a.	Kleine Chronik 118., „Landung in Travemünde“, [Probleme mit Kofferträgern]	1	III. 1849	5
	1849	10	21	42	342	342	-	o.a.	„Kleine Chronik 123., „Die Lübeck-Büchener Eisenbahn“	1		
	1849	10	28	43	350	350	-	o.a.	„Lübeck-Büchener Eisenbahn“	2		
	1849	11	04	44	357	358	-	7	„Die deutschen Eisenbahnen“	2		
	1849	12	02	48	393	394	-	214	„Die Lage des Bahnhofs“	2		
	1849	12	02	48	394	394	-	o.a.	Kleine Chronik 130., „Notiz“, [Bezugnahme auf „Norddeutschen Correspondenten“, Nr. 113; zur Dampfschiffkonkurrenz Lübecks]	1		
	1849	12	09	49	397	398	-	26	„Die Lage des Bahnhofs am Holsteinthor“	2		
	1849	12	09	49	398	399	-	9	„Der Bahnhof“	2		
	1849	12	09	49	399	399	-	x.	„Die Lage des Bahnhofs“	2		
	1849	12	09	49	402	402	-	o.a.	Kleine Chronik 133., „Lübeck-Büchener Eisenbahn“, [Bezugnahme auf Beilagen der „Lübecker Zeitung“ und der „Lübeckischen Anzeigen“]	1		
	1849	12	09	49	402	402	-	o.a.	Kleine Chronik 134., „Traven-Dampfschiffahrt“, [Bezugnahme auf Beilagen der „Lübecker Zeitung“ und der „Lübeckischen Anzeigen“]	1		
	1849	12	09	49	402	402	-	o.a.	Kleine Chronik 135., „Dampfschiffahrt“, [aus: „Norddeutscher Correspondent“]	1		
	1849	12	16	50	408	409	-	12	„Wiederum der Bahnhof“	2		

	1849	12	16	50	410	410	-	o.a.	Kleine Chronik 138., „Lübeckische Staatsanleihe“, [Bezug zur „Hamburger Börsen-Halle“ vom 13. Dez. 1849]	1		
	1849	12	23	51	411	412	+	o.a.	„Die Lübeck-Büchener Eisenbahn“	3		
	1849	12	30	52	424	426	-	o.a.	„Altona-Lübecker Eisenbahn“	2	IV. 1849	25
	1850	01	13	2	11	12	-	o.a.	„Die Eisenbahn und die Bahnhofsanlage“	2		
	1850	01	13	2	13	15	-	o.a.	„Übersicht der in den Jahren 1846 bis 1849 in Lübeck angekommenen Schiffe“	2		
	1850	01	20	3	24	24	-	26	„Die Bahnhofsanlage“	2		
	1850	02	03	5	40	40	-	o.a.	Kleine Chronik 15., „Eisenbahn“, [Probleme der Elbbrücke zwischen Hamburg und Harburg, Bezugnahme auf Hamburger „Börsen-Halle“ vom 15.01.1850]	1		
	1850	02	10	6	48	48	-	o.a.	Kleine Chronik 17., „Die Verbindung Hamburgs mit den hannoverschen Eisenbahnen“, [Zitat und Bezugnahme auf Artikel in der Hamburger „Börsen-Halle“ vom 06.03.1850]	1		
	1850	02	17	7	56	56	-	o.a.	Kleine Chronik 19., „Das Dampfschiff Lübeck“	1		
	1850	02	17	7	56	56	-	o.a.	Kleine Chronik 21., „Rostocker Dampfschiffahrt“	1		
	1850	03	03	9	72	72	-	o.a.	Kleine Chronik 22., „Wann geht der Lübeck?“	1		
	1850	03	17	11	88	88	-	o.a.	Kleine Chronik 28., „Das Bugsir-Dampfschiff 'der Novgorod'“	1		
	1850	03	17	11	88	88	-	o.a.	Kleine Chronik 29., „Güterbeförderung“	1		
	1850	03	31	13	104	104	-	o.a.	Kleine Chronik 37., „Altona-Lübecker-Eisenbahn“, [falsche Angaben im „Kieler Correspondenzblatt“ in Bezug auf die Stellung Lübecks zum Eisenbahnprojekt]	1		
	1850	03	31	13	104	104	-	o.a.	Kleine Chronik 38., „Conservirung der Eisenbahn-Schwellen“, [Arsen als Konservierungsmittel einzusetzen?, Artikel aus der „Ostsee-Zeitung“]	1	I. 1850	15
Verfassung (Staats- und Jus- tizordnung)	1847	10	03	40	316	318	-	31	„Rückblick auf die Hauptmomente in dem bisherigen inneren Gange unserer Verfassungsreform. Beschluß.“	2		
	1847	10	03	40	322	322	-	o.a.	Kleine Chronik 180., „Lübeckische Zustände“, [nach einem Bericht aus der „Weserzeitung“ vom 30.09.1847]	1		
	1847	10	24	43	339	343	+	o.a.	„Die Verfassungsfrage und die Reform des Gerichtswesens.“	3		
	1847	10	24	43	346	346	-	o.a.	Kleine Chronik 190., „Reform des Gerichtswesens“, [Bezug auf Artikel in der K.Z.]	1		

	1847	10	24	43	346	346	-	o.a.	Kleine Chronik 191., „Geschworenengerichte“, [„Mainzer Zeitung“]	1		
	1847	10	31	44	356	356	-	80	Kleine Chronik 196., „Revision der Lübeckischen Statuten“	1		
	1847	10	31	44	349	351	-	o.a.	„Die Verfassungsreform und die Reform unsers Gerichtswesens.“	2		
	1847	10	31	44	355	355	-	o.a.	Kleine Chronik 194., „Öffentlichkeit und Mündlichkeit“	1		
	1847	11	7	45	366	368	-	88	„Die Verfassungsreform und die Reform unsers Gerichtswesens. Beschluß.“	2		
	1847	11	14	46	369	372	+	40	„Das Verhältnis zwischen Senat und Bürgerschaft“	3		
	1847	11	14	46	374	376	-	31	„Die Betheiligung der Bürgerschaft bei der Rathswahl. Geschichtliches Fragment.“	2		
	1847	11	21	47	380	382	-	53	„Zur Statistik der Rechtspflege“	2		
	1847	11	28	48	392	392	-	o.a.	Kleine Chronik 210., „Reform des Gerichtswesens“, [Berichte aus Turin, Baden und Braunschweig, aus „A. A. Z.“, „K. Z.“, „D. Z.“, gemeint: Augsburger „Allgemeine Zeitung“, „Karlsruher Zeitung“ und „Deutsche Zeitung“]	1		
	1847	12	05	49	393	398	+	34	„Ist die Einsetzung einer Entscheidungs-Deputation zur Schlichtung beharrlicher Meinungsverschiedenheit zwischen Rath und Bürgerschaft zu empfehlen?“	3		
	1847	12	05	49	400	400	-	H. B.	Kleine Chronik 213., „Reform des Gerichtswesens“, [Artikel aus „H. B.“, gemeint: „Hamburger Börsen-Halle“]	1		
	1847	12	12	50	401	403	+	40	„Zur Vertheidigung der vorgeschlagenen Entscheidungsdeputation.“	3		
	1847	12	12	50	406	407	-	o.a.	„Randglossen zu dem Aufsatz über eine Entscheidungsdeputation in No. 49 d. Bl.“	2		
	1847	12	19	51	409	412	+	34	„Gegen eine Entscheidungs-Deputation. Erwiderung auf die beiden Aufsätze für eine Entscheidungs-Deputation in No. 50 d. Bl.“	3		
	1847	12	19	51	412	412	-	8	„Berichtigung“, [Bezug auf „Randglossen“, revolutionäres Recht als Argument wird verworfen]	2		
	1847	12	26	52	418	419	-	40	„Für eine Entscheidungsdeputation. Erwiderung auf den Aufsatz in No. 51 d. Bl.“	2		
	1847	12	26	52	419	421	-	99	„Zugeständniß“, [Bezug auf Entscheidungsdeputationsartikel]	2		
	1847	12	26	52	424	424	-	o.a.	Kleine Chronik 222., „Reform des Gerichtswesens“	1	IV. 1847	41

	1848	01	02	1	4	6	-	36	„Literarische Anzeige. Das Staatslexikon von Rotteck und Welcker. Zweite Auflage. Vierzigstes Heft. Altona 1847.“	2		
	1848	01	02	1	8	8	-	88	Kleine Chronik, 4., „Gutta cavat lapidem“, [Reform des Justizwesens]	1		
	1848	01	16	3	18	21	+	99	„Die Selbstergänzung des Senats“	3		
	1848	01	16	3	24	24	-	o.a.	Kleine Chronik, 13., „Gutta cavat lapidem“, [Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren]	1		
	1848	01	23	4	26	28	-	31	„Ist die Selbstergänzung des Senats beizubehalten?“	2		
	1848	02	06	7	47	49	-	99	„Die Selbstergänzung des Senats“	2		
	1848	02	06	7	52	52	-	o.a.	Kleine Chronik, 36., „Sammlung Lübeckischer Verordnungen“	1		
	1848	02	06	7	52	52	-	o.a.	Kleine Chronik, 37., „Gutta cavat lapidem“ [Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen]	1		
	1848	02	13	8	53	55	+	31	„Ist die Selbstergänzung des Senats beizubehalten? II.“	3		
	1848	02	13	8	64	64	-	(Cölnische Zeitung, 02.02.1848)	Kleine Chronik, 43., „Gutta cavat lapidem“ [Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen]	1		
	1848	02	20	9	69	69	-	99 / 31	„Erklärung“	2		
	1848	03	12	12	102	103	-	o.a.	Kleine Chronik, 69., „Gutta cavat lapidem“, [Reform des Gerichtswesens in Süddeutschland]	1		
	1848	03	12	12	103	103	-	o.a.	Kleine Chronik, 66., „Sammlung der Verordnungen“	1		
	1848	03	12	12	104	104	-	o.a.	Kleine Chronik, 74., „Verfassungsreform“	1		
	1848	03	19	13	105	109	+	31	„Entwurf einer Verfassungsurkunde für die freie und Hansestadt Lübeck“	3		
	1848	03	26	14	114	115	-	31	„Bericht der Verfassungs-Revisions-Commission zu den Decreten vom 2. Novbr. 1844 und 2. Octbr. 1846“	2		
	1848	03	26	14	118	119	-	o.a.	„Weitere Schritte für die Verfassungsreform“	2		
	1848	03	26	14	122	122	-	88	Kleine Chronik, 77., „Gutta cavat lapidem“, [Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Trennung von Rechtspflege und Verwaltung]	1		
	1848	03	28	15	130	130	-	Heft 30 des Stegerschen Ergänzungs-Conversations-Lexicon	Kleine Chronik, 82., „Lesefrüchte“, [Erklärung des bayerischen Justizministers zu Öffentlichkeit/ Mündlichkeit von Justizverfahren]	1	1. 1848	31
	1848	04	02	16	131	132	+	31	„Fortgang der Verfassungsreform“	3		
	1848	04	02	16	134	134	-	o.a.	Kleine Chronik, 83., „Niedergerichts-Procuration“	1		
	1848	04	09	17	135	135	+	31	„Die Annahme des Verfassungsentwurfes“	3		

	1848	04	09	17	142	142	-	Dr. B. Avé-Lallemant etc.	Kleine Chronik 86., „Aufforderung“, [Niedergerichts-Procuratur]	1		
	1848	04	16	18	143	144	+	34	„Zur Einführung der neuen Verfassung“	3		
	1848	04	16	18	150	150	-	X.	Kleine Chronik 92., „Erwiderung“, [Niedergerichts-Procuratur]	1		
	1848	04	16	18	150	150	-	o.a.	Kleine Chronik 93., „Reform des Gerichtswesen“, [Niedergerichts-Procuratur]	1		
	1848	04	23	19	155	157	-	„Ein Lübecker“	„Ein Wort über den Entwurf der Lübeckischen Verfassungs-Urkunde“	2		
	1848	04	23	19	157	158	-	34	„Offenes Sendschreiben an den Herrn Verfasser des Aufsatzes Wahl-Reform IV. in den No. 16 und 17. des Lüb. Correspondenten“, [Radikalisierung der Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Konstitutionellen]	2		
	1848	04	30	20	162	165	-	nn.	„Beleuchtung des 'offenen Sendschreibens an den Hrn. Verfasser ec.' in den No. 19 der Neuen Lübeckischen Blätter“	2		
	1848	04	30	20	165	165	-	12	Kleine Chronik 95., „Sammlung der Lübeckischen Verordnungen und Bekanntmachungen“	1		
	1848	04	30	20	165	166	-	o.a.	Kleine Chronik 98., „Verfassung“, [Anlehnung an mecklenburgische Entwicklung]	1		
	1848	05	14	22	182	182	-	o.a.	Kleine Chronik 103., „Wählerlisten“, [Fehlzuordnungen von Wählern]	1		
	1848	05	14	22	182	182	-	o.a.	Kleine Chronik 104., „Die gleiche active Wahlberechtigung“, [Wahlrechtsfrage aus Sicht der „Weserzeitung“]	1		
	1848	06	04	25	199	200	+	o.a.	„Zur Begrüßung der neuen Verfassung“	3		
	1848	06	18	27	217	219	+	37	„Die neue Bürgerschaft“	3	II. 1848	29
	1848	07	23	32	266	268	-	35	„Die ersten Versammlungen der neuen Bürgerschaft“	2		
	1848	07	30	33	280	280	-	o.a.	Kleine Chronik 128., „Öffentlichkeit“, [Abdruck der Verhandlungen des Bürgerausschusses und der Bürgerschaft]	1		
	1848	08	06	34	281	282	+	125	„Ist es rathsam, schon jetzt wesentliche Veränderungen mit unserer neuen Verfassung vorzunehmen?“	3		
	1848	08	13	35	289	290	+	31	„Für die sofortige Verbesserung unserer Verfassung“	3		
	1848	08	13	35	291	292	-	o.a.	„Zur Berücksichtigung für eine Verfassungs-Aenderung“	2		
	1848	08	20	36	303	305	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. I.“	2		

	1848	08	20	36	305	306	-	-m-	„Zur Berichtigung des Aufsatzes in No. 35 ds. Bl.: 'Zur Berücksichtigung für eine Verfassungsänderung'“	2		
	1848	08	27	37	307	310	-	49	„Die Niedergerichtsprocuraturen und das Interesse des Publikums“	2		
	1848	09	03	38	318	320	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. II.“	2		
	1848	09	03	38	320	320	-	o.a.	Kleine Chronik 147., „Die Protokolle des Bürger-Ausschusses“, [Veröffentlichung der Protokolle]	1		
	1848	09	10	39	322	323	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. II. Beschluß“	2		
	1848	09	10	39	328	328	-	o.a.	Kleine Chronik 149., „Die Verfassungsfrage“	1		
	1848	09	10	39	328	328	-	o.a.	Kleine Chronik 150., „Bergedorf“, [Verfassung Bergedorfs; Probleme wegen der Zugehörigkeit zu zwei Senaten]	1		
	1848	09	13	40	330	332	-	Dr. C. Dettmer	„Zur Verfassungsfrage. Einige Bedenken gegen den Antrag des Senats auf allgemeines und gleiches Wahlrecht. Von C. Dettmer, Dr.“	2		
	1848	09	17	41	339	339	-	o.a.	„Zur Verfassungsfrage. Ein Vorschlag zur Güte“	2		
	1848	09	17	41	344	344	-	o.a.	Kleine Chronik 155., „Gemeindeordnungen für das Land“	1		
	1848	09	24	42	352	352	-	o.a.	Kleine Chronik 158., „Öffentlichkeit der Bürgerschaftsversammlungen“	1		
	1848	09	24	42	352	352	-	o.a.	Kleine Chronik 159., „Beschlüsse der Hamburger Bürgerschaft“, [Oberappellationsgericht]	1	III. 1848	31
	1848	10	01	43	354	355	-	- -	„Die Verfassungsfrage. Zwei Vorschläge“	2		
	1848	10	08	44	361	362	+	40	„Die Verfassungsfrage. Der neueste Commissionsbericht“	3		
	1848	10	08	44	363	364	-	G. Evers	„Offene Erwiderung“	2		
	1848	10	22	46	377	379	+	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. III.“	3		
	1848	10	22	46	379	389	-	o.a.	„Vereinfachung des Wahlverfahrens“	2		
	1848	10	29	47	387	389	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. IV.“	2		
	1848	11	05	48	393	393	+	40	„Ist der neueste Beschluß der Bürgerschaft in der Verfassungsfrage ein ungerechter?“	3		
	1848	11	05	48	394	394	-	31	„Die nächste Versammlung der Bürgerschaft“	2		
	1848	11	05	48	394	396	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. IV. Beschluß“	2		
	1848	11	19	50	413	414	+	62	„Die nächste Versammlung der Bürgerschaft“	3		
	1848	11	19	50	414	415	-	o.a.	„Die Veröffentlichung der Senatspropositionen“	2		
	1848	11	19	50	415	415	-	31 / Red. der NLB	„Die Verfassungsurkunde und die Geschäftsordnung“, [Bezugnahme auf einen Artikel des „Volksfreundes“, Nr. 29]	2		

	1848	11	19	50	416	418	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. V.“	2		
	1848	11	26	51	421	424	+	31	„Die bevorstehende Entscheidung in der Verfassungsfrage“	3		
	1848	11	26	51	424	426	-	62	„Die Vertretung der Landbewohner“	2		
	1848	11	26	51	426	428	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. VI.“	2		
									<i>„Bericht der gemeinsamen Berathungs-Commission in der Verfassungs-Angelegenheit, die Abänderungen einzelner Paragraphen in der Verfassungs-Urkunde in Gemäßheit der beschlossenen allgemeinen Wahlfreiheit für die Wahl der Mitglieder der Bürgerschaft betreffend“</i>	3		
	1848	12	03	52	429	435	+	o.a.				
	1848	12	03	52	436	437	-	o.a.	„Die Verfassungsreform und ihre nächste Aufgabe“	2		
	1848	12	10	53	441	443	+	H.	„Bericht der gemeinsamen Verfassungs-Commission vom 1. December“	3		
	1848	12	17	54	455	455	-	o.a.	„Die neue Rathsssetzung“	2		
	1848	12	17	54	455	455	-	o.a.	„Veröffentlichung der Propositionen“, [Senatsanträge erscheinen zu einem überhöhten Preis]	2		
	1848	12	17	54	455	456	-	o.a.	Kleine Chronik 202., „Die consituirende Versammlung in Hamburg“	1		
	1848	12	17	54	456	456	-	H. C.	Kleine Chronik 203., „Frankfurter Verfassung“	1		
	1848	12	24	55	459	459	-	31	„Eine Abstimmung in der letzten Versammlung der Bürgerschaft“, [gleicher Zugang zum St. Annen Armen- und Werkshauses für Landbewohner?]	2		
	1848	12	24	55	462	462		x.	„Der Versammlungssaal der Bürgerschaft“	2		
	1848	12	24	55	464	464	-	o.a.	Kleine Chronik 207., „Die gedruckten Staatspropositionen“	1		
	1848	12	31	56	465	467	+	o.a.	„Grundrechte des deutschen Volkes“	3		
	1848	12	31	56	467	468	-	o.a.	„Einführungs-Gesetz für die Grundrechte des deutschen Volkes“	2		
	1848	12	31	56	468	469	-	88	„Die Grundrechte des deutschen Volkes und die Erbgüter nach Lübischem Rechte“	2	IV. 1848	63
	1849	01	07	1	7	7	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 2., „Obergericht“, [Probleme mit Verschleppungen beim Obergericht in Lübeck]</i>	1		
	1849	01	07	1	7	7	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 3., „Anfrage an den Senat“, [Eingaben der Bürger]</i>	1		
	1849	01	07	1	8	8	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 5., „Abdruck der Verfassungs-Urkunde“, [Ziel einer möglichst günstigen Ausgabe]</i>	1		

	1849	01	07	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik 6., „Oberappellationsgericht“	1
	1849	01	14	2	9	9	+	o.a.	„Das Reichsgesetz vom 27. Decbr. 1848, die Grundrechte des deutschen Volks betreffend“, [Nichtpublikation der Grundrechte in Lübeck]	3
	1849	01	14	2	10	12	-	49	„Die Commission zur Reform unseres Gerichtswesens“	2
	1849	01	14	2	13	14	-	o.a.	„Zur Statistik der scheidenden Bürgerschaft“	2
	1849	01	14	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 8., „Adresse an die National-Versammlung“, [Einigung Deutschlands]	1
	1849	01	21	3	18	18	-	12	„Das Obergericht“	2
	1849	01	21	3	24	24	-	o.a.	Kleine Chronik 12., „Erste Früchte der Grundrechte“, [Abschaffung der Titulaturen im Senat]	1
	1849	01	21	3	24	24	-	o.a.	Kleine Chronik 14., „Vereinfachung“, [Publikation der Gesetze]	1
	1849	01	21	3	24	24	-	o.a.	Kleine Chronik 16., „Oberappellationsgericht“, [„Deutsche Zeitung“; Beschluss der Nationalversammlung vom 08.01.1849]	1
	1849	01	28	4	25	27	+	o.a.	„Aus einem Privatschreiben des Lübeckischen Abgeordneten zur Reichsversammlung, d. d. Frankfurt d. 20. Jan. 1849“	3
	1849	01	28	4	27	28	-	8	„Obergericht“	2
	1849	02	04	5	36	40	-	o.a.	„Für Lebenslänglichkeit der Senatur“, [Bezugnahme auf einen Beschluss der Bremer Bürgerschaft]	2
	1849	02	18	7	51	52	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. VII.“	2
	1849	02	18	7	58	58	-	o.a.	Kleine Chronik 34., „Titulaturen“	1
	1849	02	25	8	66	66	-	o.a.	Kleine Chronik 35., „Reichswahlgesetz“	1
	1849	02	25	8	66	66	-	o.a.	Kleine Chronik 37., „Titulaturen“, [Erwiderung auf Kl. Chronik 34]	1
	1849	03	04	9	69	70	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. VIII.“	2
	1849	03	11	10	78	79	-	o.a.	„Die Bürgerschaft“	2
	1849	03	18	11	87	90	+	98	„Die Reform unsers Administrations- und Justizwesens“	3
	1849	03	18	11	94	94	-	o.a.	Kleine Chronik 48., „Die Bürgerschaft“, [Kritik an Lübecker Bürgerschaft in der „Weserzeitung“ vom 14. März]	1
	1849	03	25	12	102	102	-	o.a.	Kleine Chronik 51., „Die Öffentlichkeit der Bürgerschaftsversammlungen“	1
	1849	03	25	12	102	102	-	o.a.	Kleine Chronik 52., „Öffentlichkeit“	1

	1849	03	25	12	99	101	-	o.a.	„Beiträge zur Reform unseres Gerichtswesens. IX.“	2	I. 1849	41
	1849	04	15	15	119	122	+	o.a.	„Unsre Departementalverwaltung“	3		
	1849	04	22	16	127	127	+	o.a.	„Unsre Stellung zur deutschen Frage“	3		
	1849	04	22	16	127	132	+	31	„Die Verfassung des bremischen Staates“	3		
	1849	04	22	16	134	134	-	o.a.	Kleine Chronik 61., „Zur Vergleichung“, [Urlaubsregelung für politisch tätige Beamte im Großherzogtum Oldenburg“	1		
	1849	04	22	16	132	133	-	88	„Der Paragraph 58 der Verfassungsurkunde“	2		
	1849	04	29	17	135	138	+	o.a.	„Bericht über die bisherige Wirksamkeit des hiesigen politischen Vereins“	3		
	1849	04	29	17	138	140	-	o.a.	„Die bürgerchaftlichen Verhandlungen über die Bauordnung“	2		
	1849	05	06	18	143	145	+	o.a.	„Beiträge zur Reform unsers Gerichtswesens. X.“	3		
	1849	05	13	19	153	155	-	40	„Die Behandlung von Anträgen in der Bürgerschaft“	2		
	1849	05	20	20	162	164	-	o.a.	„Entwurf einer Gemeindeordnung für das Landgebiet des Lübeckischen Staates“	2		
	1849	05	20	20	166	166	-	o.a.	Kleine Chronik 71., „Bauordnung“	1		
	1849	05	27	21	167	170	+	23	„Entwurf einer Gemeindeordnung für das Landgebiet des Lübeckischen Staates. Beschluß.“	3		
	1849	06	03	22	178	180	-	31	„Das bremische Gesetz über die Deputationen“	2		
	1849	06	10	23	190	190	-	o.a.	Kleine Chronik 70., „Frage“, [zum Reichsverfassungsentwurf der Fürsten]	1		
	1849	06	17	24	191	194	+	31	„Die deutsche Verfassungsfrage“	3		
	1849	06	24	25	199	201	+	ß.	„Unsere Stellung zur deutschen Frage“	3		
	1849	06	24	25	201	202	-	21	„Das Frankfurter Verfassungswerk“	2	II. 1849	39
	1849	07	01	26	207	208	+	121	„Die Stadtgemeinde und der Staat“	3		
	1849	07	08	27	221	221	-	o.a.	Kleine Chronik 84., „Die deutsche Verfassungsfrage“, [Berichterstattung zur Berliner Verfassungsaufstellung im als „rechts“ bezeichneten Blatt 'Norddeutscher Korrespondent', vom 15. Juli an täglich erscheinen soll]	1		
	1849	07	15	28	230	230	-	o.a.	Kleine Chronik 88., „Nationalversammlung“, [Bericht von Prof. Deecke]	1		
	1849	07	22	29	231	235	+	o.a.	„Übersichtliche Mittheilungen aus dem Bericht des Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung“	3		

	1849	07	29	30	239	244	+	o.a.	„Übersichtliche Mittheilungen aus dem Bericht des Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung. Fortsetzung.“	3		
	1849	07	29	30	244	245	-	211	„Öffentlichkeit für die Sitzungen des Bürgerausschusses?“	2		
	1849	07	29	30	246	246	-	121	„Beschränkung der bürgerchaftlichen Intercession“	2		
	1849	08	05	31	247	251	+	o.a.	„Übersichtliche Mittheilungen aus dem Bericht des Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung. Fortsetzung.“	3		
	1849	08	12	32	255	259	+	o.a.	„Übersichtliche Mittheilungen aus dem Bericht des Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung. Fortsetzung.“	3		
	1849	08	19	33	263	266	+	o.a.	„Übersichtliche Mittheilungen aus dem Bericht des Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung. Beschluß.“	3		
	1849	08	19	33	266	267	-	Ein neu gewählter Geschworener	„Die Wahl der Geschworenen“, [Bezugnahme auf einen Artikel in Nr. 11 des Volksboten für Lübeck und die Grenznachbarn]	2		
	1849	08	26	34	271	271	+	62	„Der Anschluß an die Verfassungsvorlage der drei königlichen Regierungen“	3		
	1849	08	26	34	272	273	-	x.	„Die deutsche Verfassungsfrage“	2		
	1849	08	26	34	273	273	-	129	„Gewähr der Verfassung“	2		
	1849	09	02	25	283	284	-	22	„Das Votum der Bürgerschaft in der Anschlußfrage“, [Frage des Anschlusses an das Dreikönigsbündnis]	2		
	1849	09	09	36	287	288	+	19	„Die Anschlußfrage“	3		
	1849	09	09	36	290	294	-	31	„Verfassung des Freistaates Hamburg. Beschlossen in der constituirenden Versammlung am 11. Juli 1849“	2		
	1849	09	16	37	302	302	-	o.a.	Kleine Chronik 112., „Notiz“, [zur Anschlussfrage; Bezugnahme auf den „Norddeutschen Correspondenten“, Nr. 54]	1		
	1849	09	23	38	310	310	-	o.a.	Kleine Chronik 116., „Erwiederung“, [zur Anschlussfrage; Bezugnahme auf „Norddeutschen Correspondenten“, Nr. 59]	1		
	1849	09	30	39	315	316	-	40	„Die Gemeindeordnung für das Landgebiet“	2	III. 1849	44
	1849	10	07	40	323	325	-	15	„Eine Gemeindeordnung für das Landgebiet“	2		
	1849	10	14	41	330	331	-	40	„Die Ergänzung der Bürgerschaft“	2		

	1849	10	14	41	334	334	-	o.a.	Kleine Chronik 122., „Berichtigung“, [Bezugnahme auf den „Lübecker Volksboten“, Nr. 30 zur Frage der Öffentlichkeit von Sitzungen]	1		
	1849	10	21	42	342	342	-	o.a.	Kleine Chronik 125., „Zur Geschäftsordnung“, [Bezugnahme auf Nr. 31 des „Volksboten“, Thema: Öffentlichkeit der Sitzungen der Bürgerschaft]	1		
	1849	11	18	46	374	376	-	31	„Zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft“	2		
	1849	12	09	49	399	402	-	Heinrich von Gagern, Max von Gagern, Hergenhausen, Mathy, Reh	„Die neueste Ansprache des Gothaer Ausschusses. Eingesandt.“	2	IV. 1849	10
	1850	01	13	2	16	16	-	o.a.	Kleine Chronik 4., „Oberappellationsgericht“, [Bezugnahme auf „Weserzeitung“]	1		
	1850	01	13	2	16	16	-	Red. der NLB	[ohne], [Ankündigung eines Artikels zur Ausführung der Grundrechte des deutschen Volkes in Lübeck]	2		
	1850	01	20	3	20	23	-	o.a.	„Wie steht es mit der Ausführung der Grundrechte des deutschen Volks in unserem Freistaate?“	2		
	1850	02	03	5	40	40	-	o.a.	Kleine Chronik 14., „Oberappellationsgericht“, [Bezugnahme auf „Weserzeitung“]	1		
	1850	03	17	11	81	84	+	88	„Die Zuziehung von Verwaltungsbeamten als Sachverständige zu den Sitzungen des Bürgerausschusses und der von ihm niedergesetzten Commissionen“	3		
	1850	03	24	12	89	90	+	40	„Unsere nächste Aufgabe“, [Bezugnahme auf Artikel „unerledigte Anliegen“ der „Neuen Lübeckischen Blätter“, 1847, Nr. 23- 25]	3		
	1850	03	24	12	90	93	-	o.a.	„Die Klageverjährung und die Einführung kurzer Verjährungs-Fristen mit Beziehung auf das neuerdings diesen Gegenstand behandelnde Hannoversche Gesetz“	2		
	1850	03	31	13	97	98	+	o.a.	„Die Reform des Senats“	3	I. 1850	17
Vereinswesen	1847	10	03	40	315	315	-	o.a.	„Die Germanistenversammlung. Bürgermeister Smidt's Trinkspruch“	3		
	1847	10	10	41	323	325	+	87	„Die Germanistenversammlung in ihrer Beziehung zu unseren Reformbestrebungen.“	3		

	1847	10	17	42	337	337	-	„Die aus dem Schleswiger Gesangverein zum Lübecker Sängerkongress entsandten Mitglieder“	„Adresse aus Schleswig.“, [mit Anmerkung des Festcomités, es seien noch Adressen aus Ahrensböck, Altona, Hamburg, Hitzacker, Würzburg und vom hiesigen Sängerbunde eingegangen]	2		
	1847	10	24	43	345	345	-	o.a.	Kleine Chronik 188., „Das Album zur Erinnerung an die zweite Germanisten-Versammlung in Lübeck“	1		
	1847	10	31	44	351	354	-	31	„Der freie Vortrag in der Germanistenversammlung, eine Mahnung auch für uns.“	2	IV. 1847	11
	1848	02	20	9	67	68	-	Johann Friedrich Warncke, Johann Anton Matthias Grube, Lorenz Anton David Rittner, Friedrich Nicolaus Benedict Käselau	„Erklärung hiesiger Maurermeister“	2		
	1848	03	12	12	100	102	-	J. E. Rosenberg	Offenes Sendschreiben an die Herrn Maurermeister J. F. Warncke, J. A. M. Grube, L. A. D. Rittner und F. R. B. Käselau.	2		
	1848	03	26	14	119	122	-	Johann Friedrich Warncke, Johann Anton Matthias Grube, Lorenz Anton David Rittner, Friedrich Nicolaus Benedict Käselau	Offene Antwort auf das „offene Schreiben“ der Herrn Maurermeisters J.C. Rosenberg.	2	I. 1848	6
	1848	04	02	16	132	133	-	J. E. Rosenberg	„Offene Erwiderung an die Herrn Maurermeister J. F. Warncke, J. A. M. Grube, L. A. D. Rittner und F. R. B. Käselau“	2	II. 1848	2
	1849	04	29	17	135	138	+	o.a.	„Bericht über die bisherige Wirksamkeit des hiesigen politischen Vereins“, [Bezug auf den Lübecker Abgeordneten in der Nationalversammlung, zukünftig sollen Diskussionen/Ergebnisse der Verhandlungen des Vereins in den „Neuen Lübeckischen Blättern“ abgedruckt werden.]	3		
	1849	05	06	18	145	146	-	o.a.	„Statuten des politischen Vereins in Lübeck. December 1848.“	2		
	1849	05	06	18	150	150	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 3. Mai 1849“, [Schutz der Nationalversammlung und der Reichsverfassung]	2		
	1849	05	13	19	155	156	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 10. Mai 1849“, [Reichsverfassung]	2		

	1849	05	27	21	172	172	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 24. Mai 1849“, [Berichterstattung vom Treffen der nationalen Vereine in Frankfurt a. M. vom 14. bis 15. Mai 1849, Neuwahl des Vereinsvorstandes für drei Monate]	2		
	1849	06	03	22	180	181	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 31. Mai 1849“, [Diskussion zur Synode der lutherischen Kirche]	2		
	1849	06	10	23	188	188	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 7. Juni 1849“, [Reichsverfassungsentwurf der drei königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover]	2		
	1849	06	17	24	198	198	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 14. Juni 1849“, [Neuwahlen des Vorstandes: neuer 'Wortführer' ist Dr. C. Dettmer]	2		
	1849	06	24	25	201	202	-	o.a.	„Versammlung des politischen Vereins am 22. Juni 1849“, [Durchsetzungsmöglichkeit der Reichsverfassung aufgrund neuerer Entwicklungen geschwunden]	2	II. 1849	19
	1849	07	01	26	214	214	-	o.a.	Kleine Chronik 82., „Politischer Verein“, [Bericht über die Versammlung am 29. Juni 1849, in der das bisherige Programm als unhaltbar zurückgewiesen worden ist.]	1		
	1849	07	08	27	221	221	-	o.a.	Kleine Chronik 83., „Politischer Verein“, [Bericht über die Versammlung am 05. Juli 1849; Beschlüsse der Gothaer Versammlung]	1		
	1849	07	15	28	230	230	-	o.a.	Kleine Chronik 90., „Politischer Verein“, [Bericht über die Versammlung am 12. Juli 1849, diskutiert wurde die Frage der Neupflasterung der Stadt und die dadurch zu erhebende zusätzliche Steuer]	1		
	1849	08	05	31	254	254	-	o.a.	Kleine Chronik 98., „Politischer Verein“, [Versammlung vom 02.08.1849 zur Frage des Waffenstillstandes mit Dänemark]	1		
	1849	08	12	32	262	262	-	o.a.	Kleine Chronik 101., „Politischer Verein“, [Bericht über die Versammlung am 9. August 1849, in der die Verordnung zur Heilighaltung der Sonntage diskutiert wurde.]	1	III. 1849	5
Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfragen)	1848	03	19	13	111	111	-	Fr. Crome	„Erklärung“, [„gleiche politische Berechtigung aller selbstständigen Bürger“ von Dr. jur. Fr. Crome]	2		

	1848	03	26	14	115	118	-	123	„Ständisches oder staatsbürgerliches Wahlrecht?“	2		
									„Welches Princip ist für die Wahl der Repräsentanten zum Grunde zu legen? Eine Entgegnung auf den Aufsatz 'Ständisches oder staatsbürgerliches Wahlrecht?' in No. 14 ds. Bl.“			
	1848	03	28	15	123	127	+	34		3	1. 1848	7
	1848	04	02	16	134	134	-	o.a.	<i>Kleine Chronik, 84., „Die Wahlen für die Bürgerschaft“</i>	1		
	1848	04	02	16	134	134	-	o.a.	<i>Kleine Chronik, 85., „Stimmenverhältnis der Stände“</i>	1		
	1848	04	16	18	148	150	-	31	„Unsere Wahl für die constituirende deutsche Nationalversammlung“	1		
	1848	04	16	18	150	150	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 91., „Beschleunigung der Wahlen für die Bürgerschaft“</i>	1		
	1848	04	23	19	151	151	+	Frft. / B.	„Die bevorstehende Wahl zur constituirenden Versammlung“	3		
	1848	04	23	19	152	152	-	-e-	„Wen sollen wir zum Abgeordneten nach Frankfurt wählen?“	2		
	1848	04	23	19	152	153	-	36	„Volksvertreter-Wahl“	2		
	1848	04	23	19	153	155	-	d.	„Gegen die allgemeine Wahlfreiheit. I.“	2		
	1848	04	23	19	158	158	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 94., „Beschleunigung der Wahlen für die Bürgerschaft“</i>	1		
	1848	04	30	20	160	161	-	39	„Die constituirende deutsche Nationalversammlung“	2		
	1848	04	30	20	161	162	-	81	„Die Wahlen für die constituirende deutsche National-Versammlung“	2		
	1848	05	07	21	167	167	+	o.a.	„Die Wahl zur constituirenden deutschen Nationalversammlung“	3		
	1848	05	07	21	168	169	-	31	„Zur Verständigung“, [Ausgleich zwischen Befürwortern und Gegnern des allgemeinen und gleichen Wahlrechts]	2		
	1848	05	07	21	169	172	-	d.	„Gegen die allgemeine Wahlfreiheit. II.“	2		
	1848	05	07	21	174	174	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 101., „Eine Stimme aus Schweden“, [Wahlrechtsfrage]</i>	1		
	1848	05	14	22	176	176	-	86	„Die Wahl der Beamten der Bürgerschaft“	2		
	1848	05	14	22	175	176	+	31	„Die Wahlversammlung am 5. Mai“	3		
	1848	05	14	22	179	180	-	12	„Noch ein Wort über Revolution und Radicalismus“	2		
	1848	05	21	23	183	185	+	o.a.	„Revolution und Radicalismus. Ein Wort zur Verständigung“	3		
	1848	05	21	23	188	188	-	99	„Über politische Parteien“	2		

	1848	05	21	23	190	190	-	Einsender, die Redaktion der NLB	„Berichtigung“, [u.a. Beteuerung der Neutralität der „Neuen Lübeckischen Blätter“ in den Auseinandersetzungen in der Zeitung]	2		
	1848	05	28	24	191	193	+	t.	„Allgemeine aber nicht gleiche Wahlfreiheit“	3		
	1848	05	28	24	196	197	-	99	„Über politische Parteien. II.“	2		
	1848	06	04	25	200	203	-	„E...s“	„ <i>Revolution und Radicalismus. Ein Wort zur Verständigung</i> “ [2. Teil]	2		
	1848	06	11	26	208	210	-	99	„Über politische Parteien. III.“	2		
	1848	06	18	27	219	221		40	„Der Streit für und wider das allgemeine und gleiche Wahlrecht“	2		
	1848	06	27	28	227	228	+	105	„Bemerkungen zu den Erörterungen über das allgemeine und gleiche Wahlrecht für unsere Gemeindevertretung“	2	II. 1848	53
	1848	07	23	32	265	265	+	o.a.	„Wahl“, [Wahl eines Senators]	3		
	1848	08	13	35	296	296	-	Leipz. deutsch. Blätter	Kleine Chronik 136., „Eine Stimme aus England“, [Wahlrechtsfrage]	1		
	1848	08	20	35	298	301	-	63	„Eine constituirende Versammlung?“, [Konformität der lübeckischen Verfassung mit den Frankfurter Grundsätzen infolge eines Artikels des „Lübecker Volksfreundes“ vom So, 13.08.48]	2		
	1848	08	27	37	312	312	-	o.a.	Kleine Chronik 141., „Vertretung der Einwohner“, [Wahlrechtsfrage für bisher unberücksichtigte Wählerklassen]	1		
	1848	09	03	38	313	318	+	o.a.	„Bericht des zur Berathung über die Erstreckung des activen und passiven Wahlrechtes auf verfassungsmäßig davon ausgeschlossene Bürger und Einwohner der Stadt und des Landgebietes niedergesetzten Commission“	3		
	1848	09	10	39	325	326	-	34	„Ernste Verwahrung“	2		
	1848	09	13	40	329	330	+	7	„Für allgemeines Wahlrecht“	3		
	1848	09	17	41	333	336	+	A. S.	„Das gleiche Wahlrecht“	3		
	1848	09	17	41	336	338	-	o.a.	„Was ist zu tun und wo steckt der Fehler?“, [Wahlrechtsfrage]	2		
	1848	09	17	41	338	339	-	3	„Aphorismen zu dem Senatsantrag auf allgemeines und gleiches Wahlrecht“	2		
	1848	09	17	41	339	340	-	38	„Über einige wahrscheinliche Folgen der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Stelle des Systems der Wählerklassen“	2		

	1848	09	17	41	340	342	-	x.	„Die badische Gemeindeordnung und unser Wahlgesetz“	2		
	1848	09	24	42	345	349	+	n.	„Staatsbürgerliches und ständisches Wahlrecht“	3	III. 1848	29
	1848	10	01	43	353	354	+	x.	„Ständische Gliederung und allgemeine Wahlfreiheit“	3		
	1848	10	15	45	371	372	-	o.a.	„Das allgemeine und gleiche Wahlrecht“	2		
	1848	11	12	49	410	410	-	o.a.	„Der Stand der Verfassungsfrage“, [Bezugnahme auf einen Artikel in der „Börsen-Halle“ vom 09.11.1848]	2		
	1848	11	12	49	410	411	-	o.a.	„Die bevorstehenden Wahlen. I.“	2		
	1848	11	19	50	415	416	-	31	„Die bevorstehenden Wahlen. II.“	2		
	1848	12	10	53	441	441	+	o.a.	„Wahl“	3		
	1848	12	17	54	451	452	-	o.a.	„Die bevorstehenden Wahlen. III.“	2		
	1848	12	24	55	457	458	+	31	„Die bevorstehenden Wahlen. III. Beschluß.“	3		
	1848	12	31	56	469	469	-	31	„Die bevorstehenden Wahlen. IV.“	2		
	1848	12	31	56	472	472	-	o.a.	Kleine Chronik 210., „Wahlen für die Bürgerschaft“	1	IV. 1848	22
	1849	01	07	1	7	7	-	o.a.	Kleine Chronik 1., „Die Wahlen für die Bürgerschaft“, [Bezugnahme auf „Lübeckische Anzeigen“ vom 01.-04.01.1849]	1		
	1849	01	07	1	8	8	-	o.a.	Kleine Chronik 7., „An die bayerischen Wähler“	1		
	1849	01	14	2	9	9	+	o.a.	„Die Wahlen für die neue Bürgerschaft“	3		
	1849	01	21	3	17	17	+	o.a.	„Die Wahlen für die Bürgerschaft“	3		
	1849	01	21	3	17	18	+	31	„Können Senatsmitglieder an den Wahlen für die Bürgerschaft theilnehmen?“	3		
	1849	01	28	4	25	25	+	o.a.	„An die Wähler der vier städtischen Wahlbezirke“	3		
	1849	01	28	4	27	27	-	o.a.	„Wahlverfahren“	2		
	1849	02	04	5	40	40	-	o.a.	Kleine Chronik 25., „Zur Beherzigung für die Wahlen“, [richtiges Ausfüllen der Stimmzettel]	2		
	1849	02	11	6	41	43	+	52	„Die Wahlen“	3		
	1849	02	18	7	49	49	+	i.	„Dringende Warnung an die Wähler“	3		
	1849	02	18	7	58	58	-	o.a.	Kleine Chronik 30., „Reichswahlgesetz“	1		
	1849	03	04	9	75	76	-	„Deutsche Z.“	Kleine Chronik 39., „Reichswahlgesetz“	1		
	1849	03	04	9	76	76	-	o.a.	Kleine Chronik 40., „Reichswahlgesetz“	1		
	1849	03	11	10	86	86	-	o.a.	Kleine Chronik 43., „Reichswahlgesetz“	1	I. 1849	28
	1849	04	01	13	103	103	+	o.a.	„Die deutsche Kaiserwahl, den 28. März 1849“	3	II. 1849	3

	1849	10	07	40	326	326	-	o.a.	Kleine Chronik 121., „Das Wahlgesetz der Dreikönigs-Verfassung“	1	IV. 1849	1
	1850	01	13	2	9	10	+	27	„Die Wahl zum deutschen Volkshause“	3		
	1850	01	27	4	25	26	+	40	„Die Wahlen zum Reichstage“	3		
	1850	02	10	6	48	48	-	o.a.	Kleine Chronik 16., „Wahl nach Erfurt“, [Gewählter hat die Annahme des Mandats verweigert, Bezugnahme auf „Lübeckische Anzeigen“]	1		
	1850	02	17	7	49	49	+	o.a.	„Die Wahl zum deutschen Volkshause“	3		
	1850	03	03	9	66	67	-	o.a.	„Die Wahl zum Volkshause“	2		
	1850	03	03	9	67	68	-	12	„Wen sollen wir nach Erfurt wählen“	2		
	1850	03	10	10	73	73	+	40	„Der Dreikönigsbund und die Wahl zum Volkshause“	3		
	1850	03	10	10	78	78	-	H. Gagern	„Gagern's Erwiderungsschreiben“, [Ablehnung der Vertretung Lübecks in Erfurt]	2		
	1850	03	10	10	80	80	-	o.a.	Kleine Chronik 26., „Frage“, [Einmischung des Senats, sehr schnelle Mitteilung des Wahlergebnisses an H. Gagern]	1		
	1850	03	10	10	80	80	-	o.a.	Kleine Chronik 27., „Wahl nach Erfurt“	1	I. 1850	21
Gesellschaft zur Beförderung ge- meinnütziger Thätigkeit	1847	10	03	40	320	322	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XVII. Sechster Jahresbericht über die Seemannskasse. Beschluß.; XVII. Bericht über den Fortgang der Taubstummenanstalt im Jahre 1846.“	2		
	1847	10	10	41	329	330	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XIX. Achter Bericht der zweiten Kleinkinderschule, den Fortgang der Anstalt im Jahre 1846 betreffend.“	2		
	1847	10	17	42	335	337	-	o.a.	„Auszug aus dem ärztlichen Bericht über die Kranken-Anstalt im St. Annen Armen- und Werkhauses während des Jahres 1846.“	2		
	1847	10	24	43	344	345	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XX. Bericht der Vorsteher des Kunst- und Naturalien-Cabinets vom Jahre 1846.“	2		

	1847	10	31	44	355	355	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Feier des Stiftungstages]	2		
	1847	11	7	45	357	366	+	Dr. Joh. Heinr. Behn, z. Zt. Direktor der Ges. z. Beförd. Gem. Th.	„Achtundfünfzigster Jahresbericht der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit in Lübeck, vorgetragen am 3. November 1847“	3		
	1847	11	7	45	368	368	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“, [Winterversammlung der Gesellschaft]	2		
	1847	11	14	46	376	376	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag von Prof. Classen des Titels "Wünsche und Hoffnungen für unsere Jugend]	2		
	1847	11	21	47	384	384	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Wahlen]	2		
	1847	11	28	48	392	392	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Neumitglieder, Vortrag über die Statistik]	2		
	1847	12	05	49	399	399	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Neuanschaffungen von Büchern, Wahlen]	2		
	1847	12	12	50	407	407	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag Dr. B. Avé-Lallemant zum sozialen Leben in Lübeck]	2		
	1847	12	26	52	422	424	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Deliberationsversammlung, Verzeichnis angeschaffter Bücher]	2	IV. 1847	27
	1848	01	02	1	7	7	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vergabe von Mitteln an den „Lübecker Bürgerfreund“]	2		
	1848	01	09	2	13	15	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Budgetplanbeschluss]	2		
	1848	01	16	3	22	22	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag Evers]	2		
	1848	01	23	4	31	31	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Wahlen, Vortrag zur „Charakteristik einiger religiöser Partheien der protestantischen Kirche Deutschlands“, Übersicht zu finanziellen Beteiligungen]	2		
	1848	01	30	5	39	39	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Fortsetzung des Vortrags zur „Charakteristik einiger religiöser Partheien der protestantischen Kirche Deutschlands“, Wahlen]	2		

	1848	02	06	7	51	51	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag zur Erziehung der Jugend, Wahlen]	2		
	1848	02	13	8	63	63	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Neumitglieder, Vortrag aus dem Tagebuch eines Bürgermeisters, Wahlen]	2		
	1848	02	20	9	70	70	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Außerordentliche Deliberations-Versammlung am Dienstag den 22. Februar.“ [Neumitglieder, Wahlen, finanzielle Beteiligungen]	2		
	1848	02	27	10	80	80	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“ [Vortrag zu „Träumen und Nachtwandeln“]	2		
	1848	03	05	11	93	93	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [nächste Versammlung am 14.03.1848]	2		
	1848	03	12	12	102	102	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Vortrag zum Handwerkerleben, Industrieschulvorstand]	2		
	1848	03	19	13	111	111	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Industrieschulwahl abgeschlossen, Vortrag über die lübeckischen Verfassungskämpfe 1738- 1740]	2		
	1848	03	26	14	122	122	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Wahlen der Industrieschulleitung müssen wiederholt werden]	2	l. 1848	26
	1848	04	09	17	139	141	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Bericht über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute“ [Spar- und Anleihencasse, Bibliothek]	2		
	1848	04	16	18	150	150	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“ [Mittelverteilung, Einrichtung einer Telegraphenleitung von Lübeck nach Travemünde]	2		
	1848	04	23	19	158	158	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“ [Vorsteher der Kleinkinderschule]	2		
	1848	05	07	21	174	174	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Bericht über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute“ , [Turnanstalt]	2		

	1848	05	21	23	188	190	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Bericht über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. IV. Siebenter Jahresbericht über die Seemanns-Casse“	2		
	1848	06	04	25	199	200	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Bericht über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. V. Vierzehnter Bericht über den Fortgang der ersten Kleinkinder-Schule vom Jahre 1847“	2		
	1848	06	18	27	225	226	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. VI. Bericht des Vereins für Lübeckische Statistik“	2	II. 1848	14
	1848	07	16	31	262	263	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. VII. Fünzigster Bericht der Vorsteher der Industrieschule, das Jahr 1847 betreffend.“	2		
	1848	07	30	33	278	280	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Bericht über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. VIII. Neunter Bericht der Vorsteher der zweiten Kleinkinderschule, den Fortgang der Anstalt im Jahr 1847 betreffend. IX Bericht über die Wirksamkeit der Rettungsanstalt für im Wasser Verunglückte während des Jahres 1847“	2		
	1848	08	13	35	295	296	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. X. Bericht der Vorsteher des freien Schwimm-Unterrichts für unbemittelte Knaben und Mädchen im Sommer 1847.“	2		
	1848	08	27	37	311	312	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. XI. Vierzigster Bericht über dessen Fortgang im Jahr 1847.“	2		
	1848	09	10	39	326	327	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. XII. Bericht über das Naturalien- und Kunst-Cabinet im Jahre 1847.“	2	III. 1848	10

	1848	10	01	43	356	360	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XIII. Siebenter Bericht über Schüler und Unterricht in der Gewerbschule. Neujahr bis Michaelis 1847. XIV. Bericht über den Fortgang der Sonntags- und Abendschule im Jahre 1847“	2
	1848	10	08	44	367	368	-	Dr. Wilhelm Pleffing	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XIV. Erster Jahresbericht pro 1847, erstattet vom Vorsteher des Archivs der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“	2
	1848	10	15	45	372	376	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XVI. Zwölfter Jahresbericht des Gewerb-Ausschusses über seine Wirksamkeit im Jahre 1847. XVII. Bericht über die Wirksamkeit des Vereins für Lübeckische Geschichte im Jahre 1847“	2
	1848	10	22	46	383	383	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [dieses Jahr keine Stiftungsfeier]	2
	1848	10	29	47	390	390	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XVIII. Bericht über die Gesang-Classe vom Jahre 1847“	2
	1848	11	12	49	401	409	+	Dr. Joh. Heinr. Behn	„Neunundfünfzigster Jahresbericht der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit in Lübeck“	3
	1848	11	12	49	411	412	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag zur Ausrichtung der Gesellschaft vor dem Hintergrund der Entwicklung der neuesten Zeit; Verzeichnis der im letzten Jahr angeschafften Bücher]	2
	1848	11	19	50	420	420	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [neuer Direktor ist Prof. Joh. Classen; Vortrag 'Stimmen aus der Natur', Nachwahlen zum Gesellschaftsvorstand]	2
	1848	11	26	51	428	428	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Herr Pohlmann hält Vortrag „Der deutsche Zollverein“]	2

	1848	12	03	52	440	440	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Neumitglieder, Vortrag aus dem Tagebuch des Bürgermeisters H. Brokes von Herrn Oberamtsrat Dr. Pauli]	2		
	1848	12	10	53	447	447	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlen des Vorstehers]	2		
	1848	12	17	54	454	455	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Budgetplan 1849, Vorsteherwahl, Neumitgliederaufnahme]	2		
	1848	12	24	55	463	464	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Budgetbeschluss 1849, Vorsteherwahlergebnis]	2		
	1848	12	31	56	472	472	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahl des Bibliotheks-Vorstehers; Vortrag Dr. Avé-Lallemant zum Gaunerwesen in Deutschland]	2	IV. 1848	29
	1849	01	14	2	15	15	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlen, Neumitgliederaufnahme, Vortrag zu den Grundrechten des deutschen Volkes, bes. Art. IX., §49 von Herrn O. A. G. Rath Dr. Wiederhold]	2		
	1849	01	21	3	23	23	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.“ [Vortrag von Carls Stooss über grobe Geschütze; Wahlen]	2		
	1849	01	28	4	31	31	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [2. Teil des Vortrages über Schießwaffen: kleine Schießwaffen; Wahlergebnis Gewerbeschulleiter, Wahl des Vorstehers der Kleinkinderschule]	2		
	1849	02	04	5	40	40	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Vortrag über Wärme von Herrn Christeinicke; Wahlen]	2		
	1849	02	11	6	48	48	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlen zur Spar- und Anleih-Casse, des Vorstehers der Industrieschule; Vortrag von Candidat Lütge zur Hebung des sittlichen Lebens unter den Handwerkern]	2		
	1849	02	18	7	57	57	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahl des Vorstehers der Industrieschule]	2		
	1849	02	25	8	66	66	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Vortrag von Herrn Dr. von Duhn zu den Ursachen der gegenwärtigen europäischen Bewegung]	2		

	1849	03	04	9	75	75	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag von Herrn Pastor Klug über einen kirchlichen Streit, der über ein Bündnis Lübecks mit den Niederlanden entstand, Wahlen Seemanns-Casse, Vorsteher der Rettungs-Anstalt für im Wasser Verunglückte, Wahl des Vorstehers der Spar- und Anleihe-Casse ist erfolgt]	2		
	1849	03	11	10	86	86	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Beginn von Vorträgen der Gesellschaftsinstitute, Wahl des Vorstehers der Seemannscasse abgeschlossen, Wahl des Vorstehers der Turnanstalt (bisher Prof. Classen)]	2		
	1849	03	18	11	94	94	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Fortsetzung der Berichte der angegliederten Einrichtungen, Wahl des Nachfolgers von Prof. Classen als Leiter der Turnanstalt]	2		
	1849	03	25	12	102	102	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Deliberationsversammlung, Turnanstaltsvorsteher ist nun Herr Carl Gottfr. Heinr. Stooss., Neumitgliederaufnahme]	2	l. 1849	22
	1849	04	01	13	110	110	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Resultate der Deliberationsversammlung]	2		
	1849	04	08	14	118	118	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Mit dem 3. April enden die Versammlungen der Gesellschaft für 1849]	2		
	1849	04	22	16	133	134	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. I. Zwei und dreißigster Bericht der Spar- und Anleihe- Casse, das Geschäftsjahr 1848 betreffend.“	2		
	1849	04	29	17	141	142	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. II. Bericht der Vorsteher der Bibliothek über die Verwaltung derselben im J. 1848“	2		
	1849	05	06	18	146	147	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. III. Achter Jahresbericht über die Seemanns-Casse“	2		

	1849	05	13	19	156	158	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. IV. Ein und vierzigster Bericht über den Fortgang des Schullehrer-Seminars im Jahre 1848“	2		
	1849	05	20	20	165	166	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute.V. Ein und fünfzigster Bericht der Vorsteher der Industrieschule, das Jahr 1848 betreffend“	2		
	1849	06	10	23	188	190	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. VII. Fünfzehnter Bericht über den Fortgang der ersten Kleinkinder-Schule vom Jahre 1848.“	2		
	1849	06	17	24	198	198	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. VIII. Bericht über die Gesangclasse für das Jahr 1848“	2		
	1849	06	24	25	201	202	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Wahl der Vorsteher der Gesangs-Classe]	2	II. 1849	20
	1849	07	01	26	212	212	-	Die Vorsteher der Gesellschaft; o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“ [Stellung der Gesellschaft zur „Lübecker Zeitung“; Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. IX. Achter Bericht über die Wirksamkeit des Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und sittlich Verwahrloste vom Jahre 1848]	2		
	1849	07	08	27	220	221	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. X. Vierter Jahresbericht über den Fortgang der Turn-Anstalt“	2		
	1849	07	15	28	226	230	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. VIII. Bericht über Schüler und Unterricht in der Gewerbschule. Schuljahr 1847 – 1848“	2		

	1849	07	22	29	237	238	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. VIII. Bericht über Schüler und Unterricht in der Gewerbschule. Schuljahr 1847 – 1848. XIII. Zweiter Jahresbericht für das Jahr 1848, erstattet vom Vorsteher des Archivs der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.“	2		
	1849	08	05	31	251	254	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XI. Achter Bericht über Schüler und Unterricht in der Gewerbschule. Schuljahr 1847 – 1848. Beschluß aus No. 28“	2		
	1849	08	12	32	261	262	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XIV. Bericht über die Wirksamkeit des Vereins für Lübeckische Geschichte im Jahre 1848.“	2		
	1849	08	19	33	267	270	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XV. Dreizehnter Bericht des Gewerbe-Ausschusses über seine Wirksamkeit im Jahre 1848.“	2		
	1849	08	26	34	277	278	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XVI. Bericht der Vorsteherschaft für die Sammlung Lübeckischer Kunstialterthümer auf dem Chore der Catharienkirche für das Jahr 1848.“	2		
	1849	09	02	35	285	286	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XVII. Bericht der Vorsteher des Kunst- und Naturaliencabinets“	2		
	1848	09	30	39	318	318	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgehenden Institute. XVIII. Bericht der Vorsteher des freien Schwimm-Unterrichts für unbemittelte Knaben und Mädchen im Sommer 1848.“	2	III. 1849	20

	1849	10	07	40	326	326	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. XIX. Bericht über die Wirksamkeit der Rettungsanstalt für im Wasser Verunglückte während d. J. 1848.“	2		
	1849	10	14	41	334	334	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit-Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. XX. Bericht über den Fortgang der Taubstummen-Anstalt im Jahre 1848.“	2		
	1849	11	04	44	358	358	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“, [Feier des Stiftungstages]	2		
	1849	11	11	45	359	368	+	Dr. Johannes Classen	„Sechzigster Jahresbericht der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit in Lübeck“	3		
	1849	11	11	45	370	370	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“, [Vortrag von Coll. Scherling über die Reform des Choral; Neumitgliederaufnahme, Schriftführerwahl]	2		
	1849	11	18	46	378	378	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag 'Zum Pressen und Entlassen' von Justizrat Dr. Eckhoff; Wahl Christian Arnold Behns zum Mitglied des Ausschusses für die Aufnahme neuer Mitglieder; Wahl des Protokollführers]	2		
	1849	11	25	47	386	386	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag von Collabor. Mantels über Lübecks Seeschlachten im Mittelalter; Neumitgliederaufnahme, Verzeichnis der Bibliotheksneuanschaffungen“	2		
	1849	12	02	48	394	394	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“, [Dr. Laspyres als Nachfolger Prof. Dr. Deeckes als Vorsteher der Gemeinschaft gewählt; II. Teil des Vortrags zu Lübecks Seeschlachten im Mittelalter; Neumitgliederaufnahme]	2		
	1849	12	09	49	402	402	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Vortrag von Herrn Dr. Avé von Lallemand zur Polizeireform; Deliberationsversammlung am 18.12.1849]	2		
	1849	12	16	50	409	410	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Dienstag den 18. December präcise 6 Uhr, Deliberationsversammlung.“	2		

	1849	12	23	51	417	418	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Beschlüsse der Deliberationsversammlung]	2	IV. 1849	23
	1850	01	13	2	15	15	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Vortrag Dr. Pauli: „Über einzelne Erscheinungen des deutschen Mittelalters“]	2		
	1850	01	20	3	24	24	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlen des Vorstehers der Spar- und Anleihecasse; Vortrag von Kandidat Julius Ernst „Über den christlichen Staat in den Hauptformen seiner Erscheinung“]	2		
	1850	01	27	4	32	32	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Fortsetzung des Vortrags zu den Erscheinungsformen des christlichen Staats von Dr. Theodor Behn; Wahlen zum Vorsteher der Rettungsanstalt für im Wasser Verunglückte]	2		
	1850	02	03	5	40	40	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlen, Neumitgliederaufnahme, Vortrag: „Über die Bai von Rio Janeiro und die Fischerei darauf von Herrn Pastor Ave-Lallemant]	2		
	1850	02	03	5	48	48	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlergebnisse, weitere Abstimmungen, Vortrag: „Über die bevorstehende Reform unseres Schulwesens mit besonderer Berücksichtigung der Volksschule Lübecks“ von Herrn Franz Heinrich Petri]	2		
	1850	02	17	7	56	56	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlergebnisse, weitere Abstimmungen, Vortrag: „Über die bevorstehende Reform unseres Schulwesens mit besonderer Berücksichtigung der Volksschule Lübecks“ von Herrn Franz Heinrich Petri]	2		
	1850	02	24	8	64	64	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“, [Wahlen, Wahlergebnis der Abstimmung über den Vorsteher der ersten Kleinkinderschule, Vortrag von Herrn Pastor Klug über den „Conflict zwischen dem Lübeckischen Superintendenten [...]“]	2		

	1850	03	03	9	72	72	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit.“, [Wahlen, Wahlergebnis des Vorstehers des Ausschusses für die Sammlung Lübecker Kunstalterthümer Pastor Marcus Joachim Klug anstelle des Senators Dr. Theodor Curtius; Vortrag von Herrn Prediger Kunhardt „Geschichte von Ungarn. Erster Theil“]	2		
	1850	03	10	10	80	80	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Wahlen, Senator Hermann Carl Dittmer als Mitglied aufgenommen]	2		
	1850	03	17	11	87	88	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit- Berichte über den Fortgang der von der Gesellschaft ausgegangenen Institute. I. Bericht der Vorsteher des Kunst- und Naturalien-Cabinets über das Jahr 1849; Tagesordnung Deliberationsversammlung]	2		
	1850	03	24	12	95	96	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Beschlüsse der Deliberationsversammlung, Verzeichnis der neu angeschafften Werke für die Bibliothek]	2		
	1850	03	31	13	103	103	-	o.a.	„Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit“, [Wahlen des Vorstehers der Turnanstalt: Franz Hinrich Petri statt Senator Dr. von der Hudes]	2	I. 1850	24
Nahrungsmittel- problematik	1847	10	17	42	338	338	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 185., „Brodvertheilung.“</i>	1		
	1847	10	31	44	356	356	-	o.a.	Kleine Chronik 198., „Unser Mühlenwesen mit Bezug auf unser Brod.“	1		
	1847	11	14	46	376	376	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 199., „Vor- und Ankäuferei.“</i>	1		
	1847	11	14	46	376	376	-	o.a.	<i>Kleine Chronik 203., „Brodverein“</i>	1		
	1847	11	28	48	390	392	-	12	„Literarische Anzeige. Rückblicke auf das Allgemeine Deutsche Sängerfest zu Lübeck in den Tagen des 26. bis 29. Juni 1847. Mit drei Lithographien. Lübeck. Druck und Verlag von G. E. Schmidt. Söhne. 1847“	1		
	1847	12	26	52	421	422	-	36	„ <i>Theuerung in Lübeck</i> “	2	IV. 1847	7

Übersicht zur inhaltlichen Zusammensetzung der „Neuen Lübeckischen Blätter“ nach Quartalen

Wertung: Artikel auf Titelseite: 3 Punkte, im Mittelteil: 2 Punkt, Kleingedruckt, Anlage oder letzte Seite: 1 Punkt

	<i>IV. 1847</i>	<i>I. 1848</i>	<i>II. 1848</i>	<i>III. 1848</i>	<i>IV. 1848</i>	<i>I. 1849</i>	<i>II. 1849</i>	<i>III. 1849</i>	<i>IV. 1849</i>	<i>I. 1850</i>	<i>Summe gesamt</i>
<i>Jüdische Bürger</i>	5	4	0	2	0	0	0	2	1	0	14
<i>Kirchliches</i>	10	12	3	9	0	19	2	18	19	6	98
<i>Liberalität (wirtschaftliche und politische)</i>	16	21	29	53	55	59	34	24	14	63	368
<i>Militärisches</i>	0	0	3	9	0	8	5	5	12	20	62
<i>Presse</i>	0	12	3	0	12	3	2	2	2	2	38
<i>Revolutionäres</i>	0	11	13	7	16	0	10	0	0	0	57
<i>Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt)</i>	11	17	1	0	1	7	4	5	25	15	86
<i>Verfassung (Staats- und Justizordnung)</i>	41	31	29	31	63	41	39	44	10	17	346
<i>Vereinswesen</i>	11	6	2	0	0	0	19	5	0	0	43
<i>Wahlen (Abstimmungen und Wahlrechtsfragen)</i>	0	7	53	29	22	28	3	0	1	21	164
<i>Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit</i>	27	26	14	10	29	22	20	20	23	24	215
<i>Nahrungsmittelproblematik</i>	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7
Summe	128	147	150	150	198	187	138	125	107	168	1276

Vergleichende Darstellung zur Intensität der Berichterstattung in den „Neuen Lübeckischen Blättern“ (NLB) und der „Konstanzer Zeitung“ (KNZ)

	IV. 1847	I. 1848	II. 1848	III. 1848	IV. 1848	I. 1849	II. 1849	III. 1849	IV. 1849	I. 1850	Summe gesamt
Jüdische Bürger NLB	5	4	0	2	0	0	0	2	1	0	14
<i>Jüdische Bürger KNZ</i>	4	6	8	3	3	8	0	0	6	0	38
Kirchliches NLB	10	12	3	9	0	19	2	18	19	6	98
<i>Kirchliches KNZ</i>	19	12	8	11	7	8	1	9	18	20	113
Liberalität (wirtschaftliche und politische) NLB	16	21	29	53	55	59	34	24	14	63	368
<i>Liberalität (wirtschaftliche und politische) KNZ</i>	56	35	65	96	66	123	23	82	142	108	796
Militärisches NLB	0	0	3	9	0	8	5	5	12	20	62
<i>Militärisches KNZ</i>	34	70	124	80	69	158	171	148	76	62	992
Presse NLB	0	12	3	0	12	3	2	2	2	2	38
<i>Presse KNZ</i>	25	16	5	7	11	18	0	16	14	16	128
Revolutionäres NLB	0	11	13	7	16	0	10	0	0	0	57
<i>Revolutionäres KNZ</i>	0	99	112	89	109	68	147	58	21	3	706
Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt) NLB	11	17	1	0	1	7	4	5	25	15	86
<i>Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt) KNZ</i>	16	2	0	5	5	0	0	3	14	14	59
Verfassung (Staats- und Justizordnung) NLB	41	31	29	31	63	41	39	44	10	17	346
<i>Verfassung (Staats- und Justizordnung) KNZ</i>	51	11	5	10	28	34	10	3	47	85	284
Vereinswesen NLB	11	6	2	0	0	0	19	5	0	0	43
<i>Vereinswesen KNZ</i>	4	21	18	27	9	12	38	18	20	12	179
Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfragen) NLB	0	7	53	29	22	28	3	0	1	21	164
<i>Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfragen) KNZ</i>	20	6	34	7	12	25	9	7	15	51	186
Summe „Neue Lübeckische Blätter“	1276										
Summe Konstanzer Zeitung	3481										

Harmonisierte Vergleichsdarstellung der Berichterstattung in den „Neuen Lübeckischen Blättern“ (NLB) und der „Konstanzer Zeitung“ (KNZ)

1.276 bzw. 3.481 = 1.000, auf ganze Zahlen gerundet

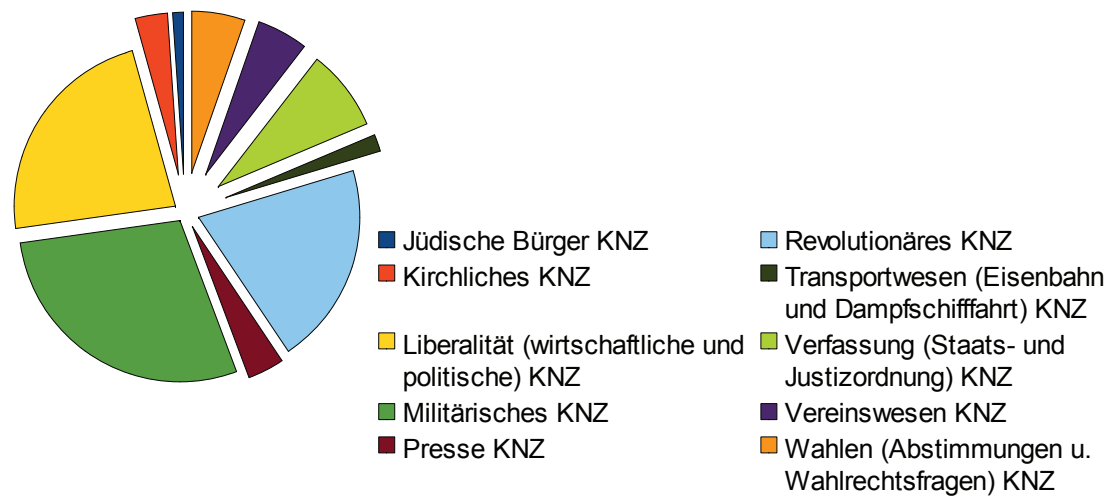
	<i>IV. 1847</i>	<i>I. 1848</i>	<i>II. 1848</i>	<i>III. 1848</i>	<i>IV. 1848</i>	<i>I. 1849</i>	<i>II. 1849</i>	<i>III. 1849</i>	<i>IV. 1849</i>	<i>I. 1850</i>	<i>Summe gesamt</i>
Jüdische Bürger NLB	4	1	0	2	0	0	0	2	1	0	10
<i>Jüdische Bürger KNZ</i>	1	2	2	1	1	2	0	0	2	0	11
Kirchliches NLB	8	9	2	7	0	15	2	14	15	5	77
<i>Kirchliches KNZ</i>	5	3	2	3	2	2	0	3	5	6	31
Liberalität (wirtschaftliche und politische) NLB	13	16	23	42	43	46	27	19	11	49	289
<i>Liberalität (wirtschaftliche und politische) KNZ</i>	16	10	19	28	19	35	7	24	41	31	230
Militärisches NLB	0	0	2	7	0	6	4	4	9	16	48
<i>Militärisches KNZ</i>	10	20	36	23	20	45	49	43	22	18	286
Presse NLB	0	9	2	0	9	2	2	2	2	2	30
<i>Presse KNZ</i>	7	5	1	2	3	5	0	5	4	5	37
Revolutionäres NLB	0	9	10	5	13	0	8	0	0	0	45
<i>Revolutionäres KNZ</i>	0	28	32	26	31	20	42	17	6	1	203
Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt) NLB	9	13	1	0	1	5	3	4	20	12	68
<i>Transportwesen (Eisenbahn und Dampfschiffahrt) KNZ</i>	5	1	0	1	1	0	0	1	4	4	17
Verfassung (Staats- und Justizordnung) NLB	32	24	23	24	49	32	31	35	8	13	271
<i>Verfassung (Staats- und Justizordnung) KNZ</i>	15	3	1	3	8	10	3	1	14	24	82
Vereinswesen NLB	9	5	2	0	0	0	15	4	0	0	35
<i>Vereinswesen KNZ</i>	1	6	5	8	3	3	11	5	6	3	51
Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfragen) NLB	0	5	42	23	17	22	2	0	1	16	128
<i>Wahlen (Abstimmungen u. Wahlrechtsfragen) KNZ</i>	6	2	10	2	3	7	3	2	4	15	54

Summe „Neue Lübeckische Blätter“ 1001

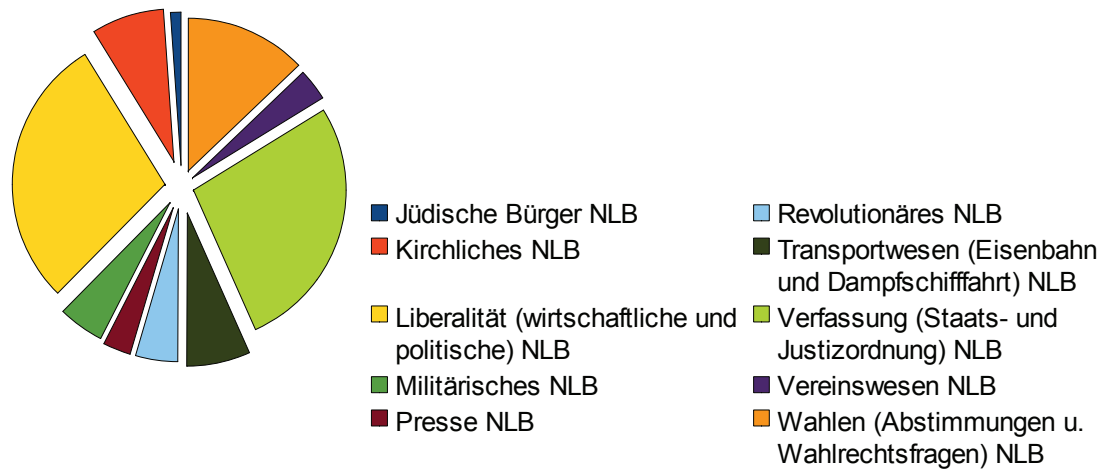
Summe *Konstanzer Zeitung* 1002

(Abweichungen ergeben sich aus Rundungen)

Durchschnittliche Zusammensetzung der "Konstanzer Zeitung"
IV. Quartal 1847 bis einschl. I. Quartal 1850



Durchschnittliche Zusammensetzung der "Neuen Lübeckischen Blätter"
IV. Quartal 1847 bis einschl. I. Quartal 1850



Nennungen von Zeitungen und Lexika in den „Neuen Lübeckischen Blättern“

	JJJJ	MM	TT	AG	Seite		TS	Autor	Titel	Wert
1	1847	12	05	49	400	400	-	<i>H. B.</i>	Kleine Chronik 213., „Reform des Gerichtswesens“, [Artikel aus H. B.]	1
2	1848	01	16	3	24	24	-	<i>(Kieler Correspondent)</i>	Kleine Chronik, 15., „Holsteinische Zweigbahn“	1
3	1848	01	23	4	32	32	-	<i>F. O. P. A. Z.</i>	Kleine Chronik, 22., „Papiergeld“	1
4	1848	01	31	6	44	44	-	<i>Lübeckische Anzeigen</i>	Kleine Chronik, 31., „Münzwesen“	1
5	1848	02	06	7	52	52	-	<i>Evangelischer Bote</i>	Kleine Chronik, 38., „Gustav-Adolf-Verein“	1
6	1848	02	13	8	64	64	-	<i>(Cölnische Zeitung, 02.02.1848)</i>	Kleine Chronik, 43., „Gutta cavat lapidem“ [Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen]	1
7	1848	02	27	10	84	84	-	<i>Weserzeitung</i>	Kleine Chronik, 54., „Gutta cavat lapidem“ [Mündlichkeit und Öffentlichkeit von Prozessen]	1
8	1848	02	27	10	84	84	-	<i>Frankfurter Journal</i>	Kleine Chronik 55., „Papiergeld“	1
9	1848	03	05	11	94	94	-	<i>Börs. Halle.</i>	Kleine Chronik, 62., „Verfassungsreform“	
10	1848	03	28	15	130	130	-	<i>Heft 30 des Stegerschen Ergänzungs- Conversations-Lexicon</i>	Kleine Chronik, 82., „Lesefrüchte“, [Erklärung des bayrische Justizministers zu Öffentlichkeit/ Mündlichkeit von Justizverfahren]	1
11	1848	04	09	17	142	142	-	<i>„Ergänzungsbl. zu allen Conversationslexkien“</i>	Kleine Chronik 90., „Sparcassen“, [Sparanlagen als Stütze der Loyalität der Bürger zum Staatswesen]	
12	1848	04	23	19	151	151	+	<i>Frft. / B.</i>	„Die bevorstehende Wahl zur constituirenden Versammlung“	3
13	1848	04	30	20	165	166	-	<i>Rostocker Zeitung</i>	Kleine Chronik 98., „Verfassung“, [Anlehnung an mecklenburgische Entwicklung]	
14	1848	08	13	35	296	296	-	<i>Leipz. deutsch. Blätter</i>	Kleine Chronik 136., „Eine Stimme aus England“, [Wahlrechtsfrage]	1
15	1848	08	13	35	296	296	-	<i>Leipz. deutsch. Blätter</i>	Kleine Chronik 136., „Eine Stimme aus England“, [Wahlrechtsfrage]	
16	1848	10	08	44	368	368	-	<i>Deutsche Zeitung, 29.09.1848</i>	Kleine Chronik 165., „Lesefrucht“	1

Zahl der Nennungen zitierter Zeitungen/ Lexika

Zahl der Nennungen	
<i>Cölnische Zeitung</i>	1
<i>Deutsche Zeitung</i>	2
<i>Evangelischer Bote</i>	1
<i>Frft. / B.</i>	1
<i>Frankfurter Journal</i>	1
<i>Frankfurter Oberpostamtszeitung</i>	1
<i>Hamburger Börsenblatt</i>	2
<i>Kieler Correspondent</i>	1
<i>Konversationslexika</i>	2
<i>Leipz. deutsch. Blätter</i>	2
<i>Lübeckische Anzeigen</i>	1
<i>Rostocker Zeitung</i>	1
<i>Weserzeitung</i>	1

Übersicht zu den Verfassern: „Neue Lübeckischen Blätter“

If.Nr.	Name bzw. Kürzel	Summe
1	o.a., uneindeutige Abkürzung	603
2	31	37
3	40	18
4	andere Zeitungen	16
5	12	12
6	88	11
7	Redaktion der Neuen Lübeckischen Blätter	10
8	Sammelartikel	10
9	34	9
10	105	9
11	Vorstand/ Ausschüsse	8
12	99	8
13	K. Klug	7
14	13	7
15	49	7
16	36	6
17	87	6
18	7	5
19	123	5
20	D.	4
21	Dr. C. v. Duhn	4
22	37	4
23	62	4
24	91	4
25	94	4
26	Dr. Johann Heinrich Behn	3
27	Dr. Crome	3
28	K. Mosche	3
29	3	3
30	11	3

If. Nr.	Name bzw. Kürzel	Summe
31	101	3
32	J. E. Rosenberg	2
33	G. Evers	2
34	Dr. C. Dettmer	2
35	Dr. Johannes Classen	2
36	4	2
37	8	2
38	21	2
39	22	2
40	25	2
41	26	2
42	27	2
43	39	2
44	42	2
45	63	2
46	81	2
47	111	2
48	121	2
49	B.	1
50	Fr. Chrome	1
51	Dr. Erasmi	1
52	Johannes Fehling	1
53	H. Gagern	1
54	C. G. Plitt, Pastor zu Genin	1
55	E. Gesscken	1
56	Großheim, Pastor	1
57	H. H.	1
58	J. H. F. Haase	1
59	Fr. Jacob	1
60	H. Laube	1

<i>If.Nr.</i>	<i>Name bzw. Kürzel</i>	<i>Summe</i>
61	Lichtenberg	1
62	J. C. Lindenberg	1
63	Joh. Sieg. Mann	1
64	R. Mohl	1
65	Pauli	1
66	Dr. Wilhelm Pleffing	1
67	A. S.	1
68	Heinr. Wiencke	1
69	2	1
70	5	1
71	6	1
72	9	1
73	15	1
74	18	1
75	19	1
76	23	1
77	35	1
78	38	1
79	46	1
80	52	1
81	53	1
82	58	1
83	64	1
84	75	1
85	80	1
86	86	1
87	92	1
88	98	1
89	116	1
90	125	1
91	129	1
92	211	1

<i>If.Nr.</i>	<i>Name bzw. Kürzel</i>	<i>Summe</i>
93	214	1
94	217	1
95	321	1
96	782	1

Grunddaten der Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek

<i>Umfang</i>	4,0 Seiten	
<i>Länge des Spalte auf der Titelseite</i>	17,3 cm	
<i>Spaltenlänge der Innen- und Rückseite je</i>	23,6 cm	
<i>Gesamtlänge der Spalten</i>	176,1 cm	
<i>Eine Textzeile umfasst</i>	0,5 cm	
<i>Zeilen pro Ausgabe</i>	385 Zeilen	
Umfang des Jahrgangs		
1847	244 Seiten	52 Ausgaben
1848	236 Seiten	55 Ausgaben
1849	214 Seiten	54 Ausgaben
1850	224 Seiten	54 Ausgaben

durchschnittliche Länge einer Ausgabe

1847	4,7 Seiten
1848	4,3 Seiten
1849	4,0 Seiten
1850	4,1 Seiten

Auflage (1835) 167 (vgl. Peters 1966, S. 50)

Quantitative Zusammensetzung der
Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek

	Amtliches	Kirchliches	Vereine	„Gemeinnütziges“	„Kommerzielles/ Sonstiges“
IV. 1847	48,3%	4,8%	6,5%	6,3%	34,1%
I. 1848	49,1%	5,0%	5,7%	9,8%	30,5%
II. 1848	45,5%	8,8%	6,7%	14,4%	24,7%
III. 1848	40,5%	5,2%	5,9%	16,4%	32,0%
IV. 1848	42,7%	3,0%	3,2%	27,3%	23,8%
I. 1849	43,5%	7,9%	3,7%	7,0%	37,8%
II. 1849	42,6%	4,8%	2,1%	6,1%	44,4%
III. 1849	50,0%	3,6%	1,0%	14,5%	30,9%
IV. 1849	53,0%	6,0%	4,4%	5,2%	31,3%
I. 1850	59,8%	5,3%	1,3%	2,5%	31,1%

Typische Zusammensetzung im Jahr 1848

Amtliches	Kirchliches	Vereine	„Gemeinnütziges“	„Kommerzielles/ Sonstiges“
44,46%	5,50%	5,36%	16,94%	27,74%

„Wöchentliche Anzeigen für das Fürstenthum Lübek“: Gesamtnachweis der Themen, Angabe des Verfassers und Position der Artikel

Berücksichtigt wurden sämtliche Artikel; unter „Gemeinnütziges“ finden sich auch Nachrichten ähnlichen Inhalts, die nicht kategorisiert sind. Bibelgesellschaften zu „Kirchliches“, „Bäcker-Steuer“ zu Kommerzielles, Bezeichnungen der Vereine/ Gilden im Original übernommen, nicht hervorgehoben.

Datum/ Kategorie	Länge der Artikel in cm	Anteil an einer Ausgabe	Themen in Auswahl
02.10.1847			
Amtliches	72,4	41,11%	
Kirchliches	6,0	3,41%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	38,6	21,92%	„Etwas über die Witterung“
Kommerzielles/ Sonstiges	59,1	33,56%	
	176,1	100,00%	
09.10.1847			
Amtliches	58,1	32,99%	
Kirchliches	5,3	3,01%	
Vereine	4,7	2,67%	Verein zur Beförderung des Allgemeinwohls (Verein zur Beförderung des Gemeinwohls) in Chors Hotel
„Gemeinnütziges“	9,9	5,62%	Versammlung der deutschen Land- und Forstwirte: Gewinnung von Mehl aus Kartoffeln
Kommerzielles/ Sonstiges	98,1	55,71%	
	176,1	100,00%	
16.10.1847			
Amtliches	55,9	31,74%	
Kirchliches	4,6	2,61%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	115,6	65,64%	
	176,1	100,00%	
23.10.1847			
Amtliches	55,6	31,57%	
Kirchliches	25,6	14,54%	Eheschließungen

Vereine	31,0	17,60%	Eutiner und Schwartauer Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	63,9	36,29%	
	176,1	100,00%	
06.11.1847			
Amtliches	70,6	40,09%	
Kirchliches	4,3	2,44%	
Vereine	9,8	5,57%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	41,4	23,51%	„Bremer Zeitung“ v. 09.10.47: Gründung eines Vereins zur Verbesserung der Volksbildung
Kommerzielles/ Sonstiges	50,0	28,39%	
	176,1	100,00%	
13.11.1847			
Amtliches	112,0	63,60%	
Kirchliches	4,2	2,39%	
Vereine	20,2	11,47%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Eutiner landwirthschaftlicher Verein, Eutiner Enthaltensamkeitsverein, Lübecker Feuerversicherungsverein
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	39,7	22,54%	
	176,1	100,00%	
20.11.1847			
Amtliches	107,7	61,16%	
Kirchliches	14,8	8,40%	Taufanzeigen
Vereine	11,7	6,64%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Eutiner Enthaltensamkeitsverein
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	41,9	23,79%	
	176,1	100,00%	
27.11.1847			
Amtliches	91,9	52,19%	
Kirchliches	16,5	9,37%	
Vereine	16,2	9,20%	Gustav-Adolf-Verein, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	51,5	29,24%	
	176,1	100,00%	

04.12.1847			
Amtliches	194,6	53,33%	Verlosung von Leinen im Rathaus
Kirchliches	5,1	1,40%	
Vereine	8,6	2,36%	Bericht über Eutiner Speiseanstalt, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	89,8	24,61%	„Neue Futterpflanzen“, Schwartauer Speiseanstalt
Kommerzielles/ Sonstiges	66,8	18,31%	
	364,9	100,00%	
11.12.1847			
Amtliches	100,9	57,30%	
Kirchliches	4,4	2,50%	
Vereine	11,2	6,36%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Landwirthschaftlicher Verein zu Neudorf, Eutiner Herrenclub
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	59,6	33,84%	
	176,1	100,00%	
18.12.1847			
Amtliches	97,3	55,25%	Beiblatt [Instruktion für Zollämter bzgl. der neuen Regelungen zu Spielkarten]
Kirchliches	5,7	3,24%	
Vereine	28,1	15,96%	Eutiner Enthaltensamkeits-Verein, Schwartauer und Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Weihnachtsspendeninitiative des Bürgermeisters
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	45,0	25,55%	
	176,1	100,00%	
25.12.1847			
Amtliches	105,3	59,80%	Beiblatt [Regulativ für Maturitätsprüfungen]
Kirchliches	7,0	3,98%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	63,8	36,23%	
	176,1	100,00%	
01.01.1848			
Amtliches	111,8	63,49%	
Kirchliches	5,2	2,95%	
Vereine	5,9	3,35%	Kreutzfeldtsche Schweinegilde, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls

„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	53,2	30,21%	
	176,1	100,00%	
08.01.1848			
Amtliches	166,6	50,32%	
Kirchliches	5,0	1,51%	
Vereine	17,7	5,35%	Eutiner Geselliger Verein, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	80,4	24,28%	„Neue Futterpflanzen“ Fortsetzung von Ausgabe 49/ 1847, Kartoffelpflanzung aus: „Illustrierte Zeitung“
Kommerzielles/ Sonstiges	61,4	18,54%	Werbung „Panorama des Harzgebirges“
	331,1	100,00%	Anmerkung: letzte Seite nur zu 2/3 bedruckt
15.01.1848			
Amtliches	77,3	43,90%	
Kirchliches	39,4	22,37%	Taufanzeigen, Beisetzungen
Vereine	13,7	7,78%	Eutiner und Schwartauer Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Landwirtschaftlicher Verein Neudorf
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	45,7	25,95%	
	176,1	100,00%	
22.01.1848			
Amtliches	53,9	30,61%	
Kirchliches	18,3	10,39%	Eheschließungen
Vereine	8,0	4,54%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Eutinische Bibelgesellschaft
„Gemeinnütziges“	43,4	24,65%	Segen von Volksbibliotheken und Lesevereinen?
Kommerzielles/ Sonstiges	52,5	29,81%	
	176,1	100,00%	
29.01.1848			
Amtliches	112,0	63,60%	
Kirchliches	4,7	2,67%	
Vereine	8,7	4,94%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	50,7	28,79%	
	176,1	100,00%	
05.02.1848			
Amtliches	88,4	50,20%	

Kirchliches	5,1	2,90%	
Vereine	7,1	4,03%	Eutiner Schweinegilde, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	33,6	19,08%	Fortsetzung: „Volksbibliotheken, Lesevereine“
Kommerzielles/ Sonstiges	41,9	23,79%	
	176,1	100,00%	
12.02.1848			
Amtliches	113,3	64,34%	
Kirchliches	9,6	5,45%	Pastor vermittelt Dienstmädchen
Vereine	16,0	9,09%	Gesangübung zum 'Paulus', Eutiner und Schwartauer Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	37,2	21,12%	
	176,1	100,00%	
19.02.1848			
Amtliches	110,8	62,92%	Beiblatt [Beitritt Oldenburgs zur englisch-hannoverschen Regelung zum schriftstellerischen und künstlerischen Eigentum, Anweisungen für Schulinspektoren]
Kirchliches	4,6	2,61%	
Vereine	21,1	11,98%	Eutiner und Schwartauer Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Kinderbewahranstalt
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	39,6	22,49%	
	176,1	100,00%	
26.02.1848			
Amtliches	38,7	21,98%	
Kirchliches	5,0	2,84%	
Vereine	2,2	1,25%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	43,2	24,53%	„Praktische Methode für Landwirthe, um die Hauptbestandteile der Ackererde zu finden.“
Kommerzielles/ Sonstiges	87,0	49,40%	
	176,1	100,00%	
04.03.1848			
Amtliches	58,1	32,99%	
Kirchliches	4,7	2,67%	
Vereine	19,2	10,90%	Neuer Versicherungsverein der Lübecker Landbewohner vom Jahre 1847, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Neudorfer landwirthschaftlicher Verein
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	

Kommerzielles/ Sonstiges	94,1	53,44%	
	176,1	100,00%	
11.03.1848			
Amtliches	93,2	52,92%	Verabschiedung der ausdienenden Mannschaft entfällt
Kirchliches	4,4	2,50%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	27,3	15,50%	„Die rothblau marmorirte Kartoffel“
Kommerzielles/ Sonstiges	51,2	29,07%	
	176,1	100,00%	
18.03.1848			
Amtliches	95,7	54,34%	Beiblatt [Verordnung zur Einführung einer landständischen Verfassung für Oldenburg, Verordnung über die bevorstehenden Wahlen, Verordnung über die Aufhebung der Zensur, Regierungsbekanntmachung zur zukünftigen Gestaltung des Armenwesens in Eutin, Verabschiedung der ausdienenden Mannschaft entfällt]
Kirchliches	5,0	2,84%	
Vereine	18,2	10,34%	Neuer Versicherungsverein, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Geselliger Verein
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	57,2	32,48%	
	176,1	100,00%	
25.03.1848			
Amtliches	82,7	46,96%	Verabschiedung der ausdienenden Mannschaft entfällt, Spendenaufruf G.E. v. Finckh für die März-Opfer in Berlin
Kirchliches	5,6	3,18%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	33,2	18,85%	„Unsere Verfassung betreffend I.“
Kommerzielles/ Sonstiges	54,6	31,01%	
	176,1	100,00%	
01.04.1848			
Amtliches	51,9	29,47%	Spendenaufruf SH-Krieg (Roth, Schwefel, Picker), „Sammlung für die Berliner“ (G. E. v. Finckh)
Kirchliches	5,4	3,07%	
Vereine	18,3	10,39%	Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen, Landwirthschaftlicher Verein Neudorf, Zusammenkunft der Radmachermeister
„Gemeinnütziges“	36,6	20,78%	„Ein Wort für unsere Verfassung“ (L. Völckers)
Kommerzielles/ Sonstiges	63,9	36,29%	u.a. Werbung von Herzogin-Portrait

	176,1	100,00%	
08.04.1848			
Amtliches	122,7	69,68%	Beiblatt [Abänderung der Wahlordnung für Eutin zur Wahl eines Reichstagsabgeordneten, Einberufung der Beurlaubten der Reservekompanie, Berufung eines Aktenprocurators (Wilhelm Gottlieb Falkenhagen), „Verreisen“ Amtsassessors Amanns, Versammlung des Armenkonvents, Spendenaufruf G. E. v. Finckh für die März-Opfer in Berlin]
Kirchliches	5,3	3,01%	
Vereine	13,1	7,44%	Fissauer Schweinegilde, Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	35,0	19,88%	u.a. Militärstellvertretersuche
	176,1	100,00%	
15.04.1848			
Amtliches	81,7	46,39%	Beiblatt [Wahlen, Einführung einer Silberwährung im Fürstentum], Berufung der Gewählten zur Beratung der Verfassung nach Oldenburg, Bev.statistik, Entwurf der Verfassung ist für 7ß zu erwerben
Kirchliches	6,0	3,41%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	41,2	23,40%	„Was wird das Fürstenthum Eutin thun?“ (R. und Sch.), „Ansprache an sämtliche Einwohner des Fürstenthums Lübek“ (v. Berg)
Kommerzielles/ Sonstiges	47,2	26,80%	
	176,1	100,00%	
22.04.1848			
Amtliches	48,3	27,43%	Mobilmachung, Aussetzen der Einberufung
Kirchliches	56,6	32,14%	Taufen, Beisetzungen
Vereine	13,5	7,67%	Neuer Feuerversicherungsverein
„Gemeinnütziges“	2,1	1,19%	Angebot, „Bremer Zeitung“ mitzulesen
Kommerzielles/ Sonstiges	55,6	31,57%	u.a. Aufforderung für Unterstützungsfond für Kriegsteilnehmer
	176,1	100,00%	
29.04.1848			
Amtliches	44,1	25,04%	Beiblatt [Mitteilung von Gründen bei ablehnenden Behördenbescheiden], Ernennung zum Konsul, Rekruteneinberufung ausgesetzt, Losung der Wehrpflichtigen findet statt
Kirchliches	14,0	7,95%	
Vereine	10,7	6,08%	Lübecker Feuerversicherungsverein, Quisdorfer Schweinegilde
„Gemeinnütziges“	60,6	34,41%	„Mittheilung meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelpflanzung wie auch der Wurzel“

Kommerzielles/ Sonstiges	46,7	26,52%	u.a. Spendenaufruf des Unterstützungsfonds für Kriegsteilnehmer
	176,1	100,00%	
06.05.1848			
Amtliches	48,6	27,60%	Beiblatt [Aufhebung früherer Bundesbeschlüsse], Losung der Wehrpflichtigen findet statt
Kirchliches	37,0	21,01%	Bilanz der Diakonie
Vereine	22,2	12,61%	Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	68,3	38,78%	u.a. Bilanz der Spendenaktion für das Kriegsheer
	176,1	100,00%	
13.05.1848			
Amtliches	64,9	36,85%	Beiblatt [Aufhebung der Kopfsteuer, Abschaffung der Abgaben von Heuerinsten an den Landesherrn], Protokolle der Versammlung zur Erstellung einer landständischen Verfassung sind einzusehen, Sammelaufruf für die Berliner (Frickh)
Kirchliches	11,6	6,59%	Eheschließungen
Vereine	13,5	7,67%	Feuerversicherungsverein, Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten
„Gemeinnütziges“	41,2	23,40%	Fortsetzung: „Kartoffelpflanzung“
Kommerzielles/ Sonstiges	44,9	25,50%	
	176,1	100,00%	
20.05.1848			
Amtliches	141,4	80,30%	Ausfuhrverbot für Pferde, 3. öffentliche Gerichtstagung
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	30,6	17,38%	
	176,1	100,00%	
27.05.1848			
Amtliches	195,2	53,49%	Ergebnis der Paulskirchenwahl, Großherzogliche Ernennung der Mitglieder der Commission zur Erstellung einer „constitutionell-monarchischen“ Verfassung (beide: v. Grün)
Kirchliches	4,5	1,23%	
Vereine	3,9	1,07%	Pferdegilde, Versammlung aller Arbeitsleute und Handwerker
„Gemeinnütziges“	92,3	25,29%	Ende: Erdäpfelpflanzung (Hans Peter Petersen), „Lehren für Landleute“ (o.a. Verfasser), „Bremer Zeitung“: Protokolle der Paulskirchenversammlung
Kommerzielles/ Sonstiges	69,0	18,91%	u.a. Aufforderung zur Schaffung einer deutschen Flotte

	364,9	100,00%	
03.06.1848			
Amtliches	119,0	67,58%	Errichtung eines Konsulats auf Malta, Verpachtung des Rechts auf Lumpensammlung
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	53,0	30,10%	
	176,1	100,00%	
10.06.1848			
Amtliches	57,2	32,48%	Beiblatt [Postversendungen nach S.-H.]
Kirchliches	32,6	18,51%	Taufen, Beisetzungen
Vereine	16,1	9,14%	Eutiner Stadt-Todtengilde, Kasch'sche Todtengilde, Bockholter Todtengilde, Brackrader Todtengilde: Versammlungen
„Gemeinnütziges“	42,7	24,25%	Sammlungsauftrag für Kriegsverwundete, Bitte des Ausschusses für die Deutsche Flotte
Kommerzielles/ Sonstiges	27,5	15,62%	Leseinteresse für „Bremer Zeitung“ ist anzumelden
	176,1	100,00%	
17.06.1848			
Amtliches	71,2	40,43%	Bericht über Desertionen
Kirchliches	5,1	2,90%	
Vereine	43,8	24,87%	Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten, Neudorfer Pferdegilde, Zarnekauer Todtengilde, Kasch'sche Todtengilde
„Gemeinnütziges“	9,9	5,62%	o.a. „Gem. Nachr.“: Bericht Abgeordneter Nationalversammlung
Kommerzielles/ Sonstiges	46,1	26,18%	
	176,1	100,00%	
24.06.1848			
Amtliches	97,4	55,31%	Militärrechtsfrage, Sammlung für die Flotte
Kirchliches	16,4	9,31%	Beisetzungen
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	49,8	28,28%	Protokoll über die Volksversammlung in Neudorf
Kommerzielles/ Sonstiges	12,5	7,10%	
	176,1	100,00%	
01.07.1848			
Amtliches	131,0	74,39%	Desertionsverfolgung, Flottensammlung: Ergebnis (W. Herbart)

Kirchliches	8,6	4,88%	Pastoratsopfergeld
Vereine	10,7	6,08%	Versammlung aller Handwerker und Gewerbetreibenden wg. Entsendung eines Abgeordneten zur Paulskirche, Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	25,8	14,65%	
	176,1	100,00%	
08.07.1848			
Amtliches	99,0	56,22%	Desertionsverfolgung, Einvernehmen mit der SH-Regierung zu Zollfreimengen für Butter und Speck, Wahlmännerabstimmungsverzeichnis zur Kenntnisnahme ausliegend
Kirchliches	4,5	2,56%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	18,5	10,51%	o.a. „Gem. Nachr.“: Volksversammlungsaufwurf wg. Verfassung
Kommerzielles/ Sonstiges	54,1	30,72%	
	176,1	100,00%	
15.07.1848			
Amtliches	185,6	50,86%	Beiblatt [Berichtigung der Bekanntmachung vom 07.07.1848 zu den Wahlkreisen, Aufhebung des Einfuhrzolls auf Speck], Desertionen, Wahlbezirke, Wahlmänner, Vormünderbestellung, Recht auf Lumpensammlung, Auslieferung von Kriegsgefangenen
Kirchliches	4,5	1,23%	
Vereine	73,3	20,09%	Gustav-Adolf-Verein, Windgilde, Huß'sche Todtengilde
„Gemeinnütziges“	52,7	14,44%	Protokoll Volksversammlung Neudorf, Aufruf: Volksversammlung Schwartau
Kommerzielles/ Sonstiges	48,8	13,37%	u.a. Bildnis „Johann v. Österreich“
	364,9	100,00%	
19.07.1848			
Amtliches	47,2	26,80%	Proklamation/ Sammlung für die Flotte
Kirchliches	0,0	0,00%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	128,9	73,20%	Reaktion des Großherzogs auf Forderungen in Oldenburger Volksversammlung
Kommerzielles/ Sonstiges	0,0	0,00%	
	176,1	100,00%	
22.07.1848			
Amtliches	89,7	50,94%	Desertion, Konsultat in Cardiff, Entwurf des Staatsgrundgesetzes in Druck, Sammlung für die Flotte, Hellweg übernimmt wg. dessen Urlaubsreise die Ämter von Grote

Kirchliches	7,3	4,15%	
Vereine	41,3	23,45%	Lilienstreng'sche Todtengilde, Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	37,8	21,47%	
	176,1	100,00%	
29.07.1848			
Amtliches	30,0	17,04%	Beiblatt [Wegegeld für Pohnsdorfer Landstraße], Konsulat in Texas, Urlaub „Grote“, Entwurf des Staatsgrundgesetzes zum Kauf
Kirchliches	48,1	27,31%	Standesnachrichten
Vereine	9,3	5,28%	mögliche Gründung einer Kuhgilde, L. Todtengilde
„Gemeinnütziges“	57,7	32,77%	o.A. Vorwahl in Eutin, Kartoffelpflanzung
Kommerzielles/ Sonstiges	31,0	17,60%	
	176,1	100,00%	
01.08.1848			
Amtliches	109,9	100,00%	Wahl der Wahlmänner: Ergebnis
Kirchliches	0,0	0,00%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	0,0	0,00%	
	109,9	100,00%	
05.08.1848			
Amtliches	36,7	20,84%	
Kirchliches	22,2	12,61%	Beisetzungen
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	58,2	33,05%	„Patenteisenguss“, Kommentar zu den Wahlmännern
Kommerzielles/ Sonstiges	59,0	33,50%	
	176,1	100,00%	
12.08.1848			
Amtliches	85,7	48,67%	Steueraufhebung, Desertion, Ausschuss für die Deutsche Flotte
Kirchliches	7,7	4,37%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	82,7	46,96%	

	176,1	100,00%	
19.08.1848			
Amtliches	45,9	26,06%	„Classensteuerverordnung“
Kirchliches	4,7	2,67%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	125,5	71,27%	
	176,1	100,00%	
26.08.1848			
Amtliches	61,3	34,81%	Beiblatt [Patent zur Einberufung der Abgeordneten zum Landtag], Desertion
Kirchliches	5,1	2,90%	
Vereine	3,2	1,82%	Aufruf zur Arbeiterversammlung aus Stadt und Land Eutin
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	106,5	60,48%	
	176,1	100,00%	
02.09.1848			
Amtliches	83,3	47,30%	Beiträge für die Deutsche Flotte
Kirchliches	5,1	2,90%	
Vereine	14,9	8,46%	Geselliger Verein, Umgestaltung des Lesezirkels von Zeitschriften für das Volksschulwesen
„Gemeinnütziges“	20,4	11,58%	„Über Arbeitsmangel“
Kommerzielles/ Sonstiges	52,4	29,76%	
	176,1	100,00%	
09.09.1848			
Amtliches	42,7	24,25%	Beiblatt [Erweiterung des „Special-Armen-Districts“], Berufung eines weiteren Hilfspolizisten zum Aktenprocurator
Kirchliches	5,3	3,01%	
Vereine	3,7	2,10%	Enthaltsamkeitsverein
„Gemeinnütziges“	89,9	51,05%	Fortsetzung: „Über Arbeitsmangel“ (R. , I.), Eröffnung des Landtages
Kommerzielles/ Sonstiges	34,5	19,59%	
	176,1	100,00%	
16.09.1848			
Amtliches	32,5	18,46%	Protokolle der Verhandlungen des Landtages sind zu erwerben
Kirchliches	4,3	2,44%	

Vereine	3,0	1,70%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	Enthaltsamkeitsverein
Kommerzielles/ Sonstiges	136,3	77,40%	Danksagung für Unterstützung in Kriegsgefangenschaft
	176,1	100,00%	
23.09.1848			
Amtliches	34,5	19,59%	
Kirchliches	6,8	3,86%	
Vereine	4,6	2,61%	Geselliger Verein, Brandkasse Eutin
„Gemeinnütziges“	62,1	35,26%	„Über die Rinderpest“ (Roth)
Kommerzielles/ Sonstiges	68,1	38,67%	
	176,1	100,00%	
30.09.1848			
Amtliches	56,4	32,03%	Proklamation des Reichsverwesers
Kirchliches	15,1	8,57%	Kirchensammlung unter „amtl. Nachr.“
Vereine	39,3	22,32%	Umwandlung des Geselligen Vereins in Bürgerverein als Forum öffentlicher Diskussion, Verein zur Unterstützung der Fam. der Reservisten (Kindt, v. Frickh, Kuhlmann)
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	65,3	37,08%	
	176,1	100,00%	
07.10.1848			
Amtliches	136,9	77,74%	Steckbriefe aus Frankfurt/ Main wegen „Emeute“, Zusatzsold für mobilen Truppenkorps des Großherzogtums Oldenburgs
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	7,1	4,03%	Umwandlung des Geselligen Vereins in Bürgerverein als Forum öffentlicher Diskussion
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	28,0	15,90%	
	176,1	100,00%	
14.10.1848			
Amtliches	143,3	81,37%	Steckbriefe für Teilnehmer an Unruhe in Frankfurt/ Main
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	28,7	16,30%	

	176,1	100,00%	
21.10.1848			
Amtliches	58,1	32,99%	
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	6,6	3,75%	Verein zur Unterstützung der Reservisten, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	35,2	19,99%	Zur Cholera
Kommerzielles/ Sonstiges	72,1	40,94%	Artikel zum Jagdrecht
	176,1	100,00%	
28.10.1848			
			Beiblatt [Verkündigung von Gesetzen der Zentralgewalt, Reichsgesetzblatt, Gesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt, Immunität der Abgeordneten], Räumung von Land zu Pachtparzellen: Entscheidung über Petition, Verpflegung des Militärs
Amtliches	101,0	57,35%	
Kirchliches	4,3	2,44%	
Vereine	9,6	5,45%	Eutiner Herrenklubb, Lübecker Feuerversicherungsverein
„Gemeinnütziges“	14,3	8,12%	unter anderer Bez.: Einladung zur Volksversammlung in Eutin
Kommerzielles/ Sonstiges	46,9	26,63%	
	176,1	100,00%	
04.11.1848			
Amtliches	14,4	8,15%	Beiblatt [Instruktionen für Amtsakteure]
Kirchliches	14,3	8,12%	Taufen
Vereine	10,6	6,02%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Lübecker Feuerversicherungsverein
„Gemeinnütziges“	97,6	55,42%	unter anderer Bez.: Einladung zur Volksversammlung „im Neudorfer Saal“, Jahresbericht des Lesevereins in der Fassung Geselliger Verein
Kommerzielles/ Sonstiges	39,3	22,29%	
	176,1	100,00%	
11.11.1848			
Amtliches	28,8	16,35%	Beiblatt [Kosten der Reichsflotte, Umlage der Kosten für den Reichstag]
Kirchliches	5,7	3,24%	
Vereine	5,7	3,24%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	90,4	51,33%	Protokoll der Volksversammlung (F. Tappenbeck, R. Lindemann)
Kommerzielles/ Sonstiges	45,5	25,84%	Aufforderung des G. E. v. Frickh an anonyme Verfasser eines Ansuchens, Mitleseangebot Reform (Altona)
	176,1	100,00%	
18.11.1848			

Amtliches	26,0	14,76%	Verurteilung wg. Wilddiebstahl
Kirchliches	3,9	2,21%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	131,3	74,56%	„Über die Zweckmäßigkeit eines Provinziallandtages für das Fürstenthum Lübek“ (F. Tappenbeck)
Kommerzielles/ Sonstiges	14,9	8,46%	
	176,1	100,00%	
25.11.1848			
Amtliches	58,1	32,99%	Bilanz des Haushalts
Kirchliches	10,2	5,79%	Taufanzeigen
Vereine	10,5	5,96%	Lübecker Feuerversicherungsverein, Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	57,8	32,82%	„Mittheilung aus Oldenburg“ (E. Wibel), Ergänzung dazu (A. Völckers)
Kommerzielles/ Sonstiges	39,5	22,43%	
	176,1	100,00%	
02.12.1848			
Amtliches	41,8	23,74%	Bilanz der Speiseanstalt
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	8,8	5,00%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Landwirthschaftlicher Verein zu Neudorf
„Gemeinnütziges“	65,8	37,37%	„Oldenburger Landtag“, „Ein Wort über und für die 'Blätter der Vereine zur Beförderung des Allgemeinwohls im Fürstenthum Lübek'“
Kommerzielles/ Sonstiges	55,6	31,57%	
	176,1	100,00%	
09.12.1848			
Amtliches	92,9	52,75%	Beiblatt [Deutsche Handels- und Kriegsflagge], Verpflegung und Unterbringung der Soldaten
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	2,4	1,36%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	76,7	43,55%	
	176,1	100,00%	
Sa., 16.12.1848, I. Ausgabe			
Amtliches	107,8	61,22%	Beiblatt [Vertrag mit Dänemark bzgl. der Eingangs- Durchgangs und Ausgangsabgaben], Unterstützung der Kriegswaisen aus SH-Krieg, Militärversorgung
Kirchliches	3,7	2,10%	
Vereine	10,1	5,74%	Landwirthschaftlicher Verein: Entschädigung für Magd, die das Vieh der Herrschaft rettete

„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	54,5	30,95%	u.a. „Spendenaufwurf für Kinderbewahr-Anstalt“
	176,1	100,00%	
Sa., 16.12.1848, II. Ausgabe			
Amtliches	0,0	0,00%	
Kirchliches	0,0	0,00%	
Vereine	2,3	1,31%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	173,8	98,69%	Schreiben des Abgeordneten Wibel
Kommerzielles/ Sonstiges	0,0	0,00%	
	176,1	100,00%	
23.12.1848			
Amtliches	119,8	68,03%	Wiederholung der Bekanntmachung zur Unterstützung der Witwen/ Waisen i.F. Des SH-Krieges (16.12), Sammlung für die Deutsche Flotte
Kirchliches	6,0	3,41%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	2,1	1,19%	Mitleseangebot „Oldenburgische Anzeigen“
Kommerzielles/ Sonstiges	48,2	27,37%	
	176,1	100,00%	
30.12.1848			
Amtliches	122,9	69,79%	Beiblatt [Allgemeine dt. Wechselordnung, Vergütung der Reichstruppen], Brennmaterialversorgung
Kirchliches	6,0	3,41%	
Vereine	5,8	3,29%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Kreuzfeldtsche Schweinegilde
„Gemeinnütziges“	4,3	2,44%	Mitleseangebot „Hamburgischer Correspondent“, „Zeitung für Norddeutschland“ (vorm. „Bremer Zeitung“)
Kommerzielles/ Sonstiges	37,1	21,07%	
	176,1	100,00%	
06.01.1849			
Amtliches	115,5	65,60%	Brennmaterialversorgung
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	2,7	1,55%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	33,2	18,86%	Gedicht „Am Anfange des Jahres“
Kommerzielles/ Sonstiges	20,5	11,65%	
	176,1	100,00%	
13.01.1849			

Amtliches	117,2	66,55%	Beiblatt mit Reichsgesetzen (u.a. Grundrechte des deutschen Volkes)
Kirchliches	11,7	6,65%	Beisetzungen
Vereine	2,6	1,47%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	44,6	25,34%	u.a. SH-Posttaxen
	176,1	100,00%	
20.01.1849			
Amtliches	38,6	21,92%	Versteigerung auf Initiative der „Special-Armen-Direction“
Kirchliches	9,3	5,27%	
Vereine	2,1	1,21%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	126,1	71,60%	u.a. SH-Posttaxen, Aufruf zum Stellvertreterdienst
	176,1	100,00%	
27.01.1849			
Amtliches	43,5	24,68%	
Kirchliches	4,4	2,50%	
Vereine	46,7	26,52%	„Statuten des Unterstützungsvereins für hilfsbedürftige Abgebrannte“, Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls, Danksagung Kinderbewahranstalt
„Gemeinnütziges“	62,6	35,54%	„Auszug aus den allgemeinen Regulativen zu der Frachtposttaxe vom 9. December 1836“
Kommerzielles/ Sonstiges	18,9	10,75%	Grundrechte der Deutschen als Druck zu erwerben
	176,1	100,00%	
03.02.1849			
Amtliches	87,2	49,50%	Beiblatt mit chronologischem Verzeichnis und Register zu den Verordnungen
Kirchliches	4,4	2,50%	
Vereine	9,4	5,35%	„Versammlung der kleinen Handwerker und Arbeitsleute“, um „die Höchste Resolution wegen Ertheilung von Gartenland zu vernehmen“, Eutiner Herrenclub [u.a. Abänderung der Lektüre], Versammlung Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls [Kinderbewahranstalt, Badeanstalt]
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	75,1	42,64%	
	176,1	100,00%	
10.02.1849			
Amtliches	97,9	55,57%	Beiblatt [Aufhebung des öffentlichen Glücksspiels]
Kirchliches	31,0	17,63%	Hochzeiten vom 01.07- 21.12.1848

Vereine	3,2	1,81%	Eutiner Schweinegilde
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	44,0	24,99%	Theater in Eutin, keine angegebenen Titel
	176,1	100,00%	
17.02.1849			
Amtliches	72,7	41,30%	Ausfuhrverbot für Pferde aufgehoben
Kirchliches	4,3	2,42%	
Vereine	1,8	1,04%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	97,3	55,25%	Konzertanzeigen
	176,1	100,00%	
24.02.1849			
Amtliches	68,9	39,14%	
Kirchliches	4,7	2,68%	
Vereine	2,1	1,21%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	12,5	7,08%	„Champagner-Bier“, „Die Keime der Kartoffeln sind giftig“
Kommerzielles/ Sonstiges	87,9	49,89%	Konzertanzeigen
	176,1	100,00%	
03.03.1849			
Amtliches	97,7	55,48%	bevorstehende Einberufung von Wehrpflichtigen
Kirchliches	5,0	2,85%	
Vereine	3,5	1,99%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls [Vorlage der revidierten Statuten]
„Gemeinnütziges“	15,5	8,80%	Einladung zur Volksversammlung am 11.03., 13:00 Uhr, Rechenschaftsbericht Wibel und Lindemann, die „neue Gestaltung des Fürstenthums“]
Kommerzielles/ Sonstiges	54,4	30,88%	
	176,1	100,00%	
10.03.1849			
Amtliches	83,7	47,52%	bevorstehende Einberufung von Wehrpflichtigen
Kirchliches	7,6	4,32%	
Vereine	4,9	2,76%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Eutiner Bibelgesellschaft
„Gemeinnütziges“	31,0	17,63%	Volksversammlung am 11.03., Feier zur Einführung des Staatsgrundgesetzes am 11.03.1849
Kommerzielles/ Sonstiges	48,9	27,78%	
	176,1	100,00%	

17.03.1849			
Amtliches	37,4	21,23%	Beiblatt betr. Bundesfestungsbau, Deutsche Marine etc.
Kirchliches	78,9	44,78%	Taufanzeigen, Beisetzungen
Vereine	2,1	1,21%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls
„Gemeinnütziges“	6,5	3,71%	Danksagung des „Comités zur Feier des Staatsgrundgesetzes“, Spende des Überschusses von gut 6 Talern an die Kinderbewahranstalt
Kommerzielles/ Sonstiges	51,2	29,07%	Druck des Staatsgrundgesetzes und des Wahlgesetzes für Oldenburg
	176,1	100,00%	
24.03.1849			
Amtliches	46,1	26,17%	
Kirchliches	7,0	3,97%	
Vereine	3,3	1,90%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls [Jahresbericht, Wahlen]
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	119,7	67,96%	
	176,1	100,00%	
31.03.1849			
Amtliches	89,9	51,06%	Beiblatt [Aufnahme einer Anleihe zur 'Bestreitung außerordentlicher Militärbedürfnisse']
Kirchliches	8,5	4,83%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	77,7	44,11%	Mitleseangebot „Zeitung für Norddeutschland“
	176,1	100,00%	
07.04.1849			
Amtliches	62,4	35,41%	
Kirchliches	5,2	2,93%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	74,6	42,36%	zur Kartoffelkrankheit
Kommerzielles/ Sonstiges	34,0	19,29%	
	176,1	100,00%	
14.04.1849			
Amtliches	98,9	56,17%	Beiblatt [Wechselordnung]
Kirchliches	4,3	2,42%	
Vereine	0,0	0,00%	

„Gemeinnütziges“	12,6	7,16%	Volksversammlung am 22.04., Petitionen gegen Militärgesetze/ -verordnungen
Kommerzielles/ Sonstiges	60,3	34,25%	
	176,1	100,00%	
21.04.1849			
Amtliches	84,1	47,78%	Mit Beilage: geänderter Postenlauf, Kosten von zu beziehenden Zeitungen, gg. Militärverstöße wird Kriegsrecht angewandt
Kirchliches	14,3	8,11%	
Vereine	5,6	3,19%	„Belletristischer Lesecirkel von P. Böcklers in Eutin“ [Nachfolger des Lesezirkels von Herrn Oberlehrer Schmidt]
„Gemeinnütziges“	12,3	6,99%	Volksversammlung am 22.04., Petitionen gegen Militärgesetze/ -verordnungen
Kommerzielles/ Sonstiges	59,7	33,93%	
	176,1	100,00%	
28.04.1849			
Amtliches	39,7	22,53%	Beiblatt [Erwerb der Gemeinde-Angehörigkeit, Abänderung des Rekrutierungsgesetzes]
Kirchliches	5,2	2,93%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	39,0	22,14%	„Protokoll über die Verhandlungen der am 22. April d. J. zu Neudorf abgehaltenen Volksversammlung“
Kommerzielles/ Sonstiges	92,3	52,40%	
	176,1	100,00%	
05.05.1849			
Amtliches	97,1	55,13%	
Kirchliches	4,1	2,33%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	74,9	42,53%	Sammlung für Lazarette, Druckausgabe der Reichsverfassung, Karten von Jütland
	176,1	100,00%	
12.05.1849			
Amtliches	99,1	56,26%	Beiblatt [Ausfuhrverbot von Kriegsgerät, Verordnung zur Landtagswahl, Wahlkreiseinteilung]
Kirchliches	4,0	2,24%	
Vereine	7,9	4,49%	Versammlung des Vereins für die Familien der ausmarschierenden Soldaten, div. landwirtschaftl. Gilden
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	65,2	37,01%	Druckausgabe der Reichsverfassung, Karten von Jütland
	176,1	100,00%	
19.05.1849			

Amtliches	179,0	49,05%	Beiblatt [Disziplinarordnungen für das Reichsheer], Wahlverordnungen, Verordnung zum Titelgebrauch
Kirchliches	46,6	12,78%	Jahresbericht der Diakonie
Vereine	5,9	1,62%	Versammlung des Vereins für die Familien der ausmarschierenden Soldaten, div. landwirtschaftl. Gilden
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	133,4	36,54%	
	364,9	100,00%	
26.05.1849			
Amtliches	132,5	75,27%	Wahlkreiseinteilung, Urwählerversammlung am 06.06.1849
Kirchliches	3,8	2,16%	
Vereine	10,8	6,13%	div. Todtengilden, Pferdegilde
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	29,0	16,45%	
	176,1	100,00%	
02.06.1849			
Amtliches	91,5	51,94%	Beiblatt [Verfassung des Deutschen Reiches, Gesetz betreffend die Wahlen zum Volkshaus, Gesetz betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstag], Urwählerversammlung am 06.06.1849
Kirchliches	4,3	2,42%	
Vereine	4,7	2,68%	Todtengilden Versammlungen
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	75,7	42,97%	
	176,1	100,00%	
09.06.1849			
Amtliches	74,6	42,34%	Beiblatt [Herabsetzung des Ausfuhrzolls von Lumpen]
Kirchliches	4,4	2,50%	
Vereine	5,3	3,02%	Gildeversammlungen
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	91,8	52,14%	
	176,1	100,00%	
17.06.1849			
Amtliches	60,8	34,55%	Einladung zur Wahl [für Wahlmänner]
Kirchliches	4,4	2,50%	
Vereine	9,0	5,09%	Versammlung des Vereins für die Familien der ausmarschierenden Soldaten, Neudorfer Pferdegilde, Bockholter Todtengilde

„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	101,9	57,86%	
	176,1	100,00%	
23.06.1849			
Amtliches	28,4	16,14%	Beiblatt [Laternen zur Verhinderung der Kollision zweier Dampfschiffe]
Kirchliches	6,1	3,45%	
Vereine	2,9	1,64%	Neudorfer Pferdegilde
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	138,7	78,77%	u.a. Auflagen der Handwerker, Leihbibliothek T. Böcklers
	176,1	100,00%	
30.06.1849			
Amtliches	20,1	11,44%	
Kirchliches	27,7	15,73%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	128,3	72,83%	Leihbibliothek T. Böcklers
	176,1	100,00%	
07.07.1849			
Amtliches	83,1	37,21%	Klassensteuer
Kirchliches	9,9	4,41%	mit Bibelgesellschaft
Vereine	4,8	2,14%	Todtengilde
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	125,6	56,24%	u.a. Verlosung von Kunstgegenständen aus einem Nachlass, zwei Spalten mit erhöhtem Zeilenabstand
	223,3	100,00%	eine zusätzliche Seite mit zwei Spalten und erhöhtem Zeilenabstand
14.07.1849			
Amtliches	48,6	27,57%	
Kirchliches	19,9	11,28%	Eheschließungen
Vereine	3,9	2,19%	Todtengilde
„Gemeinnütziges“	66,3	37,67%	„Die öconomische Section der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg veröffentlicht folgende Beschreibung des Beckenbauers“
Kommerzielles/ Sonstiges	37,5	21,29%	
	176,1	100,00%	
21.07.1849			

Amtliches	66,4	37,71%	Beiblatt [Verordnung: Einberufung eines allgemeinen Landtags]
Kirchliches	4,8	2,71%	
Vereine	7,7	4,37%	Todtengilde, Verein zur Unterstützung der Familien der in's Feld marschirten Soldaten
„Gemeinnütziges“	40,9	23,22%	„Über die Fortschritte in den Ziegeleien.“, „Künstliche Hefe“
Kommerzielles/ Sonstiges	56,3	31,98%	
	176,1	100,00%	
28.07.1849			
Amtliches	58,1	32,99%	Beiblatt [Forstkasse, Abänderung der Posttaxen]
Kirchliches	6,0	3,41%	
Vereine	6,5	3,67%	Todtengilde
„Gemeinnütziges“	35,7	20,24%	„Düngung und Torfmull“
Kommerzielles/ Sonstiges	69,9	39,68%	
	176,1	100,00%	
04.08.1849			
Amtliches	95,4	54,20%	Verpflegung des aus Schleswig-Holstein kommenden großherzoglichen Militärs
Kirchliches	4,8	2,71%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	75,9	43,09%	
	176,1	100,00%	
11.08.1849			
Amtliches	81,7	46,39%	
Kirchliches	4,8	2,71%	
Vereine	3,4	1,92%	Verein für die Familien der in's Feld commandirten Soldaten“
„Gemeinnütziges“	21,4	12,18%	„Mittel gegen die Kartoffelkrankheit“
Kommerzielles/ Sonstiges	64,8	36,79%	Leihbibliothek, Karten von Schleswig-Holstein
	176,1	100,00%	
18.08.1849			
Amtliches	73,8	41,93%	
Kirchliches	4,9	2,80%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	68,5	38,89%	„Rüge einiger Mängel in der Obstbaumzucht“
Kommerzielles/ Sonstiges	28,8	16,37%	Düngemittel, Konversationslexikon

	176,1	100,00%	
25.08.1849			
Amtliches	74,2	42,11%	Beiblatt [Einrichtung einer Zentralkasse des Großherzogtums], Verpflichtung zu Hilfsarbeiten von Bürgern bei einem großherzoglichen Projekt]
Kirchliches	5,1	2,89%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	57,5	32,66%	„Rüge einiger Mängel in der Obstbaumzucht“
Kommerzielles/ Sonstiges	39,3	22,34%	Anzeige zum Erwerb des Buches „Politische Abende“
	176,1	100,00%	
01.09.1849			
Amtliches	55,9	31,77%	
Kirchliches	4,3	2,45%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	58,6	33,30%	„Anfertigung sehr schöner Estriche“
Kommerzielles/ Sonstiges	57,2	32,49%	
	176,1	100,00%	
08.09.1849			
Amtliches	117,0	66,46%	Beiblatt [Auflösung des allgemeinen Landtags, Ausschreibung neuer Wahlen für den allgemeinen Landtag]
Kirchliches	6,0	3,41%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	53,1	30,13%	
	176,1	100,00%	
15.09.1849			
Amtliches	121,8	69,17%	Bekanntmachung zur Versammlung der Urwähler zur Bestimmung der Wahlmänner
Kirchliches	4,3	2,45%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	50,0	28,38%	Generalrechnung der Eutiner Brandkasse
	176,1	100,00%	
16.09.1849			
Amtliches	81,7	100,00%	Erklärung des Großherzogs zum Beitritt des Landes Oldenburg zur Deutschen Union
Kirchliches	0,0	0,00%	

Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	0,0	0,00%	
	81,7	100,00%	Größerer Schrifttyp und vergrößerter Zeilenabstand, zweiseitige Ausgabe
23.09.1849			
Amtliches	110,1	62,51%	Bekanntmachung zur Versammlung der Urwähler zur Bestimmung der Wahlmänner
Kirchliches	4,9	2,80%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	61,1	34,70%	Werbung für die Bücher „Oldenburg als Großmacht“ und „Politische Abende“
	176,1	100,00%	
29.09.1849			
Amtliches	87,6	49,72%	
Kirchliches	10,3	5,86%	Durchführung einer Kollekte für den Pfarrer und den Kantonisten
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	8,2	4,63%	Einladung der bisherigen Mitglieder der Ständeversammlung Völckers, Tappenbeck und Lindemann zur öffentlichen Rechenschaftsablegung
Kommerzielles/ Sonstiges	70,1	39,79%	
	176,1	100,00%	
06.10.1849			
Amtliches	103,5	58,75%	
Kirchliches	27,9	15,85%	Hochzeiten, Taufen, Verstorbene
Vereine	6,0	3,41%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Thema u.a.: „Sollen auch diesen Winter wieder Versammlungen für freie Diskussionen und Vorträge gehalten, und, wenn dies ist, wie soll sie eingerichtet werden?“
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	38,7	21,99%	
	176,1	100,00%	
13.10.1849			
Amtliches	107,9	61,28%	
Kirchliches	13,1	7,43%	Fortsetzung der Taufanzeigen
Vereine	1,7	0,96%	Die Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls fällt wegen des Jahrmarkts aus.
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	

Kommerzielles/ Sonstiges	53,4	30,32%	
	176,1	100,00%	
20.10.1849			
Amtliches	77,4	43,95%	
Kirchliches	53,8	30,56%	Taufanzeigen, Beisetzungen
Vereine	1,4	0,79%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls fällt aus
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	43,5	24,70%	
	176,1	100,00%	
27.10.1849			
Amtliches	62,4	35,44%	Beiblatt [Verordnung: Landtagsabschied, Einberufung eines allgemeinen Landtags]
Kirchliches	3,9	2,19%	
Vereine	1,4	0,79%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls fällt aus
„Gemeinnütziges“	50,9	28,90%	„Mittel, die Kinder vor heutigen Bräune (Croup) zu schützen – und Kennzeichen dieser Krankheit“, „Bereitung des Obstessigs“
Kommerzielles/ Sonstiges	57,6	32,68%	
	176,1	100,00%	
03.11.1849			
Amtliches	91,1	51,75%	
Kirchliches	4,6	2,62%	
Vereine	4,6	2,62%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls am 06.11.1849. Thema u.a. „Vorlage einiger Themata zu freier Discussion.“
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	75,7	43,00%	
	176,1	100,00%	
10.11.1849			
Amtliches	93,8	53,24%	Beiblatt [Verordnung: Einjährige Verlängerung des Zollabkommens mit Holstein von 1839]
Kirchliches	12,8	7,26%	Beisetzungen
Vereine	4,2	2,36%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls am 13.11.1849. Thema zur freien Discussion: „Die neuen Einrichtungen, die in Folge unseres Staatsgrundgesetzes das Gemeindeleben treffen werden, machen unsern Verein vielleicht noch mehr nöthig, als zuvor.“
„Gemeinnütziges“	40,3	22,87%	„Das Hauptmittel gegen die zunehmende Verarmung.“
Kommerzielles/ Sonstiges	25,1	14,28%	Leihbibliothek

	176,1	100,00%	
17.11.1849			
Amtliches	92,7	52,62%	
Kirchliches	4,3	2,45%	
Vereine	8,0	4,55%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls, Thema: Bericht und Wahlen von bzw. für die Speiseanstalt. Versammlung des Eutiner landwirtschaftlichen Vereins. Es wird gebeten, landwirtschaftliche Bücher mitzubringen.
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	71,1	40,38%	
	176,1	100,00%	
24.11.1849			
Amtliches	109,2	61,98%	
Kirchliches	3,9	2,19%	
Vereine	3,7	2,10%	Eutiner Verein zur Beförderung des Gemeinwohls, Versammlung am 27.11.1849, Thema zur freien Diskussion: „Wäre eine Einwirkung auf die Wahl des Lebensberufs junger Leute von Seiten der Volksschule nicht zweckmäßig?“
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	59,4	33,73%	
	176,1	100,00%	
01.12.1849			
Amtliches	62,9	35,70%	Beiblatt [Rechtsverhältnisse der von den Feudallasten befreiten Stellen und Entschädigungszahlungen betreffend], Ausschreibung von Brotlieferungen für das großherzogliche Militär
Kirchliches	4,0	2,27%	
Vereine	14,7	8,33%	Generalversammlung des Eutiner Herrenclubs, Rechnungsabschluss des Eutiner Bürgervereins, Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls: Thema zur freien Diskussion: „Welchen Einfluß würde ein Anschluß Holstein's, Lübeck's und Hamburg's an den Preußischen Zollverein und die hiesigen Handelsverhältnisse haben?“
„Gemeinnütziges“	27,8	15,76%	„Übersicht aus der Rechnung der Speiseanstalt von 1848/ 1849.“
Kommerzielles/ Sonstiges	66,8	37,93%	
	176,1	100,00%	
08.12.1849			
Amtliches	53,6	30,46%	
Kirchliches	4,5	2,54%	

Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	118,0	67,01%	Theater in Eutin, keine angegebenen Titel; Konzertanzeige
	176,1	100,00%	
11.12.1849			
Amtliches	34,5	100,00%	Beiblatt [Verordnung: Vertragung des zweiten allgemeinen Landtags des Großherzogtums], Ausschreibung der Lieferung von Militärausrüstung]
Kirchliches	0,0	0,00%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	0,0	0,00%	
	34,5	100,00%	
15.12.1849			
Amtliches	62,4	35,44%	
Kirchliches	3,7	2,10%	
Vereine	39,5	22,43%	Rechnungsablage des Vereins zur Unterstützung der Familien der Reservisten, Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls am 18.12.1848, Wahl eines Mitglieds der Direktion der Badeanstalt
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	70,5	40,03%	
	176,1	100,00%	
22.12.1849			
Amtliches	73,5	41,76%	Verurteilung wegen Desertion: Geldstrafe und Stellvertreterstellung auf 6 Jahre
Kirchliches	5,4	3,06%	
Vereine	20,2	11,46%	Initiative des Vorstandes zur Reaktivierung der Eutiner Liedertafel, die wegen der Zeitumstände lange nicht zusammengekommen ist. Am 17.12.1849 ist die „allgemeine Krankenlade des Amtes Eutin“ errichtet worden.
„Gemeinnütziges“	9,4	5,33%	„Einladung zu einer Volksversammlung im Neudorfer Saal am Sonntage vor Weihnachten Nachmittags zwei Uhr“, [Bericht der Abgeordneten Tappenbeck, Völckers und Lindemanns über die Ereignisse des nun bis zum 28.12.1849 vertagten Landtags; Themen: das beratene Ablösegesetz, die Verweigerung des Landtags in Bezug auf die Deutsche Union und der dadurch verursachte Ministerwechsel]
Kommerzielles/ Sonstiges	67,6	38,39%	
	176,1	100,00%	
28.12.1849			

Amtliches	141,0	80,04%	Beiblatt [Verordnung zur Auflösung des allgemeinen Landtags, Änderung des Wahlgesetzes, Ausschreibung von neuen Wahlen, Verordnung betr. der Wahl zum Volkshaus und Bekanntmachung dazu], „Vortrag des Staatsministeriums an den Großherzog, betreffend Änderung des Wahlgesetzes vom 18. Februar d. J.“
Kirchliches	6,2	3,50%	
Vereine	4,0	2,27%	Versammlung der Kreutzfeldtschen Schweinegilde
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	25,0	14,19%	
	176,1	100,00%	
05.01.1850			
Amtliches	268,3	73,54%	Zusammensetzung der Wahlkommission, „Regierungsbekanntmachung betreffend die durch die Landesherrliche Verordnung vom 18. d. M. angeordneten Wahlen von Abgeordneten zum Volkshause des deutschen Reichstages.“, Wahlbezirkseinteilung, vormundschaftliche Regelungen
Kirchliches	5,9	1,60%	
Vereine	2,5	0,68%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls am 13.01.1850. Freie Diskussion des Themas „Mittheilungen aus 'Chalmers kirchlicher Armenpflege“.
„Gemeinnütziges“	4,8	1,31%	Einladung zu einer Versammlung der Eutiner Bürger zur Besprechung der Frage „Welche Bedeutung hat in unserem Fürstenthume die Wahl zum Erfurter Vereinstage?“, unterzeichnet von H. Creutzfeldt, Johnsen, Kirchmann, F. W. Krafft, Lindemann, Prof. Meyer, Olderog, Pansch, Dr. A. Völckers
Kommerzielles/ Sonstiges	83,5	22,87%	musikalische Abendunterhaltung, Einladung zum Journallesezirkel
	364,9	100,00%	
12.01.1850			
Amtliches	256,8	94,92%	Beiblatt [u.a. Verordnung zur Änderung des Wahlgesetzes vom 17.12.1849], Bekanntgabe der Wahltermine -orte für die Urwähler, Schreiben des neuen Oldenburger Ministeriums zu den Vorgängen in Bezug auf die Entscheidungen zum Berliner Bündnis
Kirchliches	4,0	1,48%	
Vereine	2,5	0,91%	Zusammenkunft der Liedertafel am 14.01.1850
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	7,3	2,69%	
	270,5	100,00%	
19.01.1850			
Amtliches	124,9	70,92%	Beiblatt [u.a. Bekanntmachung zum provisorischen Bundesschiedsgericht], Urwählerversammlungen
Kirchliches	4,0	2,27%	
Vereine	2,0	1,14%	Versammlung des Vereins der Allgemeinen Krankenlade am 02.02.1850

„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	45,2	25,67%	Gesangvorstellung, Ballanzeige
	176,1	100,00%	
26.01.1850			
Amtliches	113,5	64,43%	
Kirchliches	26,7	15,15%	Taufanzeigen
Vereine	5,2	2,97%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls, Thema: „Einiges aus 'Chalmers kirchlicher Armenpflege'“, Fortsetzung der Diskussion. Versammlung des Eutiner Herren Clubs mit Ballotement
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	30,7	17,45%	Empfehlung der „Neuen Blätter für Stadt und Land“, Einladung zu einem Ball
	176,1	100,00%	
28.01.1850			
Amtliches	22,8	100,00%	Nachwahl für Lindemann, der die Wahl zum Abgeordneten des Landtags nicht angenommen hat, Veröffentlichung des Wahlergebnisses der Urwahlen zum Volkshaus
Kirchliches	0,0	0,00%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	0,0	0,00%	
	22,8	100,00%	
02.02.1850			
Amtliches	92,5	52,54%	
Kirchliches	4,3	2,45%	
Vereine	2,9	1,66%	Versammlung der Schweinegilde
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	76,3	43,35%	Konzertanzeige
	176,1	100,00%	
09.02.1850			
Amtliches	97,8	55,51%	Beiblatt [Taggelder für die Abgeordneten zur Erfurter Nationalversammlung, Landtagsabschied für den allgemeinen Landtag des Großherzogtums]
Kirchliches	4,6	2,62%	
Vereine	2,2	1,22%	Versammlung des Vereins der Allgemeinen Krankenlade am 02.03.1850
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	71,6	40,64%	

	176,1	100,00%	
16.02.1850			
Amtliches	120,3	68,30%	
Kirchliches	3,9	2,19%	
Vereine	2,3	1,31%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls am 19.02.1850. Fortsetzung: freie Diskussion des Themas „Mittheilungen aus 'Chalmers kirchlicher Armenpflege“
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	49,7	28,20%	
	176,1	100,00%	
23.02.1850			
Amtliches	100,5	57,08%	Beiblatt [Einschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über das unerlaubte Versenden und Befördern von Briefen, Geldern und Paketen]
Kirchliches	4,8	2,71%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	70,8	40,20%	
	176,1	100,00%	
02.03.1850			
Amtliches	197,5	54,14%	Ministerialbekanntmachung betreffend der Einberufung der Reichsversammlung, Protokoll der 79. Sitzung des Verwaltungsrats der aufgrund des Vertrags vom 26. Mai 1849 verbündeten deutschen Regierungen
Kirchliches	48,4	13,27%	
Vereine	10,3	2,83%	Bekanntmachung einiger Spender für die Kinderbewahranstalt
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	108,6	29,76%	
	364,9	100,00%	
09.03.1850			
Amtliches	34,5	19,59%	
Kirchliches	36,8	20,92%	
Vereine	2,8	1,57%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls am 12.03.1850. Fortsetzung: freie Diskussion des Themas „Mittheilungen aus 'Chalmers kirchlicher Armenpflege“
„Gemeinnütziges“	38,7	21,99%	Artikel über die Pocken, die vor fünf Wochen in Eutin ausgebrochen sind.
Kommerzielles/ Sonstiges	63,3	35,92%	
	176,1	100,00%	

16.03.1850			
Amtliches	67,7	38,44%	„Verzeichniß der im Fürstenthum Lübek vom 1. Januar 1849 bis dahin 1850 Copulirten, Geborenen und Gestorbenen.“
Kirchliches	5,5	3,15%	
Vereine	6,0	3,41%	Versammlung des Eutiner Vereins zur Beförderung des Gemeinwohls: Jahreshauptversammlung und Wahlen am 19.03.1850
„Gemeinnütziges“	21,8	12,35%	„Merkwürdiger Münzenfund“
Kommerzielles/ Sonstiges	75,1	42,65%	
	176,1	100,00%	
23.03.1850			
Amtliches	83,2	47,27%	Ablösungskommission wegen der Entschädigungsleistung für aufgehobene gutsherrliche Leistungen vom Großherzog aufgrund des Gesetzes vom 14.10.1849 ernannt, Volkszählung im Amte Eutin zw. 08. und 18.04.1850
Kirchliches	5,9	3,32%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	87,0	49,41%	Janus Lebens- und Pensionsversicherungsgesellschaft
	176,1	100,00%	
30.03.1850			
Amtliches	72,0	40,88%	
Kirchliches	4,8	2,71%	
Vereine	0,0	0,00%	
„Gemeinnütziges“	0,0	0,00%	
Kommerzielles/ Sonstiges	99,3	56,40%	Feuerversicherungsverein für die Lübecker Landbewohner
	176,1	100,00%	

Auswertung der Kategorie „Gemeinnütziges“ nach inhaltlichen Schwerpunkten

ohne Mitleseangebote anderer Zeitungen, unter Einschluss von Nachrichten, die inhaltlich zu „Gemeinnütziges“ zu zählen sind

Landwirtschaftliches, Sonstiges	Politisches	
1		„Etwas über die Witterung“
1		Versammlung der deutschen Land- und Forstwirte: Gewinnung von Mehl aus Kartoffeln
1		Bremer Zeitung v. 09.10.1847: Gründung eines Vereins zur Verbesserung der Volksbildung
1		„Neue Futterpflanzen“, Schwartauer Speiseanstalt
1		„Neue Futterpflanzen“ Fortsetzung von Ausgabe 49/ 1847, Kartoffelpflanzung aus: „Illustrierte Zeitung“
	1	Segen von Volksbibliotheken und Lesevereinen?
	1	Fortsetzung: „Volksbibliotheken, Lesevereine“
1		„Praktische Methode für Landwirthe, um die Hauptbestandteile der Ackererde zu finden.“
1		„Die rothblau marmorirte Kartoffel“
	1	„Unsere Verfassung betreffend I.“
	1	„Ein Wort für unsere Verfassung“ (L. Völckers)
1		„Was wird das Fürstenthum Eutin thun?“ (R. und Sch.), „Ansprache an sämmtliche Einwohner des Fürstenthums Lübek“ (v. Berg)

1		„Mittheilung meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelpflanzung wie auch der Wurzel“
1		Fortsetzung „Kartoffelpflanzung“
1	1	Ende: Erdäpfelpflanzung (Hans Peter Petersen), „Lehren für Landleute“ (o.a. Verfasser), „Bremer Zeitung“: Protokolle der Paulskirchenversammlung
	1	Sammlungsaufruf für Kriegsverwundete, Bitte des „Ausschusses für die Deutsche Flotte“
	1	o.a. „Gem. Nachr.“: Bericht Abgeordneter Nationalversammlung
	1	Protokoll über die Volksversammlung in Neudorf
	1	o.a. „Gem. Nachr.“: Volksversammlungsaufruf wg. Verfassung
	1	Protokoll Volksversammlung Neudorf, Aufruf: Volksversammlung Schwartau
	1	Reaktion des Großherzogs auf Forderungen in Oldenburger, Volksversammlung
1	1	o.A. Vorwahl in Eutin, Kartoffelpflanzung
1	1	„Patenteisenguss“, Kommentar zu den Wahlmännern
	1	„Über Arbeitsmangel“
	1	Fortsetzung „Über Arbeitsmangel“ (R. , I.), Eröffnung des Landtages
	1	Enthaltsamkeitsverein
1		„Über die Rinderpest“ (Roth)
1		Zur Cholera
	1	unter anderer Bez.: Einladung zur Volksversammlung in Eutin
	1	unter anderer Bez.: Einladung zur Volksversammlung „im Neudorfer Saal“, Jahresbericht des „Lesevereins“
	1	Protokoll der Volksversammlung (F. Tappenbeck, R. Lindemann)
	1	„Über die Zweckmäßigkeit eines Provinziallandtages für das Fürstenthum Lübek“ (F. Tappenbeck)
	1	„Mittheilung aus Oldenburg“ (E. Wibel), Ergänzung dazu (A. Völckers)
	1	„Oldenburger Landtag“, „Ein Wort über und für die 'Blätter der Vereine zur Beförderung des Allgemeinwohls im Fürstenthum Lübek““
	1	Schreiben des Abgeordneten Wibel
	1	Gedicht „Am Anfange des Jahres“

1	„Auszug aus den allgemeinen Regulativ zu der Frachtposttaxe vom 9. December 1836“
1	„Champagner-Bier“, „Die Keime der Kartoffeln sind giftig“
1	Einladung zur Volksversammlung am 11.03., 13:00 Uhr, Rechenschaftsbericht Wibel und Lindemann, die „neue Gestaltung des Fürstenthums“
1	Volksversammlung am 11.03., Feier zur Einführung des Staatsgrundgesetzes am 11.03.1849
1	Danksagung des „Comités zur Feier des Staatsgrundgesetzes“, Spende des Überschusses von gut 6 Talern an die Kinderbewahranstalt
1	zur Kartoffelkrankheit
1	Volksversammlung am 22.04., Petitionen gegen Militärgesetze/-verordnungen
1	Volksversammlung am 22.04., Petitionen gegen Militärgesetze/-verordnungen
1	„Protokoll über die Verhandlungen der am 22. April d. J. zu Neudorf abgehaltenen Volksversammlung“
1	„Die öconomische Section der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg veröffentlicht folgende Beschreibung des Beckenbauers“
1	„Über die Fortschritte in den Ziegeleien.“, „Künstliche Hefe“
1	„Düngung und Torfmull“
1	„Mittel gegen die Kartoffelkrankheit“
1	„Rüge einiger Mängel in der Obstbaumzucht“
1	„Rüge einiger Mängel in der Obstbaumzucht“
1	„Anfertigung sehr schöner Estriche“
1	Einladung der bisherigen Mitglieder der Ständeversammlung Völkers, Tappenbeck und Lindemann zur öffentlichen Rechenschaftsablegung
1	„Mittel, die Kinder vor heutigen Bräune (Croup) zu schützen – und Kennzeichen dieser Krankheit“, „Bereitung des Obstessigs“
1	„Das Hauptmittel gegen die zunehmende Verarmung.“
1	„Übersicht aus der Rechnung der Speiseanstalt von 1848/ 1849.“

		„Einladung zu einer Volksversammlung im Neudorfer Saal am Sonntage vor Weihnachten Nachmittags zwei Uhr“, [Bericht der Abgeordneten Tappenbeck, Völckers und Lindemanns über die Ereignisse des nun bis zum 28.12.1849 vertagten Landtags; Themen: das beratene Ablösegesetz, die Verweigerung des Landtags in Bezug auf die Deutsche Union und der dadurch verursachte Ministerwechsel]
	1	Einladung zu einer Versammlung der Eutiner Bürger zur Besprechung der Frage „Welche Bedeutung hat in unserem Fürstenthume die Wahl zum Erfurter Vereinstage?“, unterzeichnet von H. Creutzfeldt, Johnsen, Kirchmann, F. W. Krafft, Lindemann, Prof. Meyer, Olderog, Pansch, Dr. A. Völckers
1		Artikel über die Pocken, die vor fünf Wochen in Eutin ausgebrochen sind
1		„Merkwürdiger Münzenfund“
	36	Landwirtschaftliches/ Sonstiges
27		Politisches

Nachweis der Texte in den „Gemeinnützigen Nachrichten“ ohne Berücksichtigung inhaltlich vergleichbarer Nachrichten, die im Original nicht kategorisiert sind

JJJJ	MM	TT	AG	Seite		Zeitung/ Buch	Verfasser	Titel
1847	10	02	40	192	192	„Der deutsche Pilger durch die Welt“	-	„Etwas über Witterung. Schluß.“
1847	10	09	41	196	196	-	-	ohne. [Mehl aus Kartoffeln]
1847	11	06	45	212	212	„Bremer Zeitung“, 09.10.1847	-	ohne. [Verein zur Volksbildung]
1847	12	04	49	231	231	„Illustrierte Zeitung“	-	„Neue Futterpflanzen“
1848	01	08	02	11	11	„Illustrierte Zeitung“	-	„Neue Futterpflanzen. (Schluß S. Nr. 49 d. v. Jhgs.).“
1848	01	22	04	20	20	„Deutscher Volkskalender“	-	„Welchen Segen haben gute Volksbibliotheken und Lesevereine? Wie sind sie allgemein zu machen, und was ist bei ihrer Anlegung zu beobachten?“
1848	02	05	07	28	28	„Deutscher Volkskalender“	-	„Welchen Segen haben gute Volksbibliotheken und Lesevereine? Wie sind sie allgemein zu machen, und was ist bei ihrer Anlegung zu beobachten? (Schluß.)“
1848	02	26	09	39	40	-	-	„Praktische Methode für Landwirthe, um die Hauptbestandteile der Ackererde zu finden.“
1848	03	11	11	48	48	„Allgemeine landwirthschaftliche Monatsschrift“, Dez. 1845, Dr. Sprengel, Regensburg	-	„Die rothblau marmorierte Kartoffel.“
1848	03	25	13	56	56	-	-	„Unsere Verfassung betreffend. I.“
1848	04	01	14	59	60	-	L. Böckers	„Ein Wort für unsere Verfassung“
1848	04	15	16	68	68	-	R. Sch.	„Was wird das Fürstenthum Eutin thun?“ (Verspätet.)
1848	04	15	16	68	68	-	v. Berg	„Ansprache an sämmtliche Einwohner des Fürstenthums Lübek“
1848	04	28	18	75	76	-	Hans Peter Petersen, Schullehrer in Luschendorf	„Mittheilung meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelpflanzung, wie auch Wurzelcultur.“
1848	05	13	20	84	84	-	Hans Peter Petersen, Schullehrer in Luschendorf	„Mittheilung meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelpflanzung, wie auch Wurzelcultur. (Fortsetzung.)“

JJJJ	MM	TT	AG	Seite		Zeitung/ Buch	Verfasser	Titel
1848	05	27	22	94	95	-	Hans Peter Petersen, Schullehrer in Luschendorf	„Mittheilung meiner vorjährigen Versuche mit Kartoffel- und Erdäpfelpflanzung, wie auch Wurzelcultur. (Schluß).“
1848	05	27	22	95	96	-	-	„Lehren für Landleute“ [Landwirtschaftliches]
1848	05	27	22	95	96	„Bremer Zeitung“, 25.05.1848	-	„Die 'Bremer Zeitung' vom 24. d. M. enthält nachstehende Bekanntmachung.“ [Protokoll der Nationalversammlung als Druck erhältlich]
1848	07	29	32	139	140	-	Hans Peter Petersen, Schullehrer in Luschendorf	„Wohlgemeinter Rath“ [zum Kartoffelanbau]
1848	08	05	34	147	147	-	-	ohne. [Wahlmännerwahl Eutin]
1848	08	05	34	147	148	-	-	„Eine Entdeckung“ [Industrielles]
1848	09	02	38	164	164	-	R. J.	„Über Arbeitsmangel“
1848	09	09	39	167	167	-	R. J.	„Über Arbeitsmangel“
1848	09	09	39	167	168	-	-	ohne. [Bericht zur Vereinbarung des oldenburgischen Staatsgrundgesetzes]
1848	09	23	41	175	176	-	Roth	„Über die Rinderpest, Lungenseuche des Rindviehes.“
1848	10	21	45	192	192	-	Roth	„Aphorismen über die Cholera.“
1848	11	18	49	206	208	-	F. Tappenbeck	„Über die Zweckmäßigkeit eines Provinziallandtages für das Fürstenthum Lübek.“
1848	11	50	25	211	212	-	E. Wibel	„Mittheilungen aus Oldenburg.“
1848	11	50	25	211	212	-	A. Böcklers	[ohne] zu unterschiedlichen Auffassungen der Abgeordneten
1848	12	02	51	215	215	„Bremer Zeitung“, 29.11.1848	-	„Oldenburger Landtag.“
1848	12	02	51	215	216	-	Fr. Dunker, Pansdorf	„Ein Wort über und für die 'Blätter der Vereine zur Beförderung des Gemeinwohls im Fürstenthum Lübek.'“
1849	02	24	08	32	32	-	-	„Champagner-Bier.“
1849	02	24	08	32	32	-	C. H. K.	„Die Keime der Kartoffeln sind giftig.“
Zwischen 24.02. und 14.07.1849 erscheint die Kategorie „Gemeinnützigen Nachrichten“ nicht								

JJJJ	MM	TT	AG	Seite		Zeitung/ Buch	Verfasser	Titel
1849	7	14	28	115	116	-	„Die öconomische Section der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg“	„Die öconomische Section der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg veröffentlicht folgende Beschreibung des Rübenbaues.“
1849	7	21	29	120	120	„Pohl's Archiv der deutschen Landwirtschaft.“	-	„Über die Fortschritte in den Ziegeleien.“
1849	7	21	29	120	120	-	C. H. K.	„Künstliche Hefe“
1849	7	28	30	124	124	-	-	„Düngung und Torfmull.“
1849	8	11	32	132	132	-	„Die öconomische Section der patriotischen Gesellschaft zu Hamburg“	„Mittel gegen die Kartoffelkrankheit.“
1849	8	18	33	135	136	„O. B.-B.“	-	„Rüge einiger Mängel in der Obstbaumzucht.“
1849	8	25	34	139	140	„O. B.-B.“	-	„Rüge einiger Mängel in der Obstbaumzucht.“
1849	9	1	35	143	144	„Dingler's polytechnisches Journal“	-	„Anfertigung sehr schöner Estriche.“
1849	10	27	44	177	178	-	-	„Mittel, die Kinder vor der heutigen Bräune (Croup) zu schützen – und Kennzeichen dieser Krankheit.“
1849	10	27	44	178	178	-	-	„Bereitung des Obstessigs.“
1849	11	10	46	186	186	„D. d. P.“	-	„Das Hauptmittel gegen die zunehmende Verarmung.“
1850	3	9	11	52	52	-	„Roth, Dr.“	„Die Pocken (modifizierte Blattern, Barioloiden) sind seit 5 Wochen hieselbst ausgebrochen; allein sie haben einen durchaus gutartigen Charakter, haben, soviel ich habe in Erfahrung bringen können, nur drei Individuen ergriffen, von denen das letzte vor drei Wochen erkrankte. Dieses als beruhigende Nachricht.“
1850	3	16	12	56	56	„W. Z.“	-	„Merkwürdiger Münzfund.“

Nachweis der Quelle bzw. des Verfassers

Meldungen insgesamt:	58
Namensnennung des Verfassers	22
Nennung der gedruckten Quelle	20
ohne Nachweis	16

Auflistung der gedruckten Quellen

„D. V. B.“ (Deutsches Volksblatt ?)	1
„Die beiden Versicherungsvereine der Lübecker Landbewohner“	1
„Der deutsche Pilger durch die Welt“	4
„Bremer Zeitung“	3
„Illustrierte Zeitung“	2
„Allgemeine landwirthschaftliche Monatsschrift“	1
„Deutscher Volkskalender“	2
„Pohl's Archiv der deutschen Landwirtschaft.“	1
„O. B.-B.“	2
„Dingler's polytechnisches Journal“	1
„D. d. P.“	1
„W. Z.“	1

Vereine in den Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek
02.10.1847- 30.03.1850

	JJJJ	MM	TT	Anzahl
Unterstützungsverein für hilfsbedürftige Abgebrannte	1849	01	27	1
<i>Eutiner Liedertafel</i>	1849	12	22	2
	1850	01	12	
Eutinische Bibelgesellschaft	1848	01	22	2
	1849	03	10	
<i>Gustav-Adolf-Verein</i>	1847	11	27	2
	1848	07	15	
Verein der allgemeinen Krankenlade Eutin	1849	12	22	4
	1850	01	12	
	1850	01	19	
	1850	02	09	
<i>Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen</i>	1848	04	01	4
	1848	04	08	
	1848	07	01	
	1848	07	22	
Eutiner Enthaltensamkeitsverein	1847	11	13	5
	1847	11	20	
	1847	12	18	
	1848	09	09	
	1848	09	16	
<i>Herrenclub Eutin</i>	1847	12	11	5
	1848	10	28	
	1849	02	03	
	1849	12	01	
	1850	01	26	
Verein für die Familien der ausmarschierenden Soldaten	1849	05	12	5
	1849	05	19	
	1849	06	17	
	1849	07	21	
	1849	08	11	
<i>Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten</i>	1848	05	06	6
	1848	05	13	
	1848	06	17	
	1848	09	30	
	1848	10	21	
<i>Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten</i>	1849	12	15	

Eutiner landwirtschaftlicher Verein (Landwirtschaftlicher Verein Neudorf)	1847	11	13	7
	1847	12	11	
	1848	01	15	
	1848	03	04	
	1848	04	01	
	1848	12	02	
	1848	12	16	
<i>Eutiner Bürgerverein</i>	1848	01	08	8
	1848	03	18	
	1848	09	02	
	1848	09	23	
<i>Umwandlung in „Bürgerverein“</i>	1848	09	30	
	1848	10	07	
<i>Umwandlung vom „Leseverein“ über „geselliger Verein“ zu „Bürgerverein“</i>	1848	11	44	
	1849	12	01	
Gilden (Windgilde, Schweinegilde, Pferdegilde, Totengilde)	1848	01	01	23
	1848	02	05	
	1848	04	08	
	1848	04	29	
	1848	05	27	
	1848	06	10	
	1848	06	17	
	1848	07	15	
	1848	07	29	
	1848	12	30	
	1849	05	12	
	1849	04	19	
	1849	05	26	
	1849	06	02	
	1849	06	09	
	1849	06	17	
	1849	06	23	
	1849	07	07	
	1849	07	14	
	1849	07	21	
	1849	07	28	
	1849	12	28	
	1850	02	02	
<i>Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Schwartau und Eutin)</i>	1847	10	09	54
	1847	10	23	
	1847	11	06	
	1847	11	13	
	1847	11	20	
	1847	11	27	
	1847	12	04	
	1847	12	11	
<i>Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Schwartau und Eutin)</i>	1847	12	18	

	1848	01	01	
	1848	01	08	
	1848	01	15	
	1848	01	22	
	1848	01	29	
	1848	02	05	
	1848	02	12	
	1848	02	19	
	1848	02	26	
	1848	03	04	
	1848	03	18	
	1848	10	21	
	1848	11	04	
	1848	11	11	
	1848	11	25	
	1848	12	02	
	1848	12	09	
	1848	12	16	
	1848	12	30	
	1849	01	06	
	1849	01	13	
	1849	01	20	
	1849	01	27	
	1849	02	03	
	1849	02	17	
	1849	02	24	
	1849	03	03	
	1849	03	10	
	1849	03	17	
	1849	03	24	
	1849	10	06	
	1849	10	13	
	1849	10	20	
	1849	10	27	
	1849	11	03	
	1849	11	10	
	1849	11	17	
	1849	11	24	
	1849	12	01	
	1849	12	15	
	1850	01	05	
	1850	01	26	
	1850	02	16	
	1850	03	09	
	1850	03	16	

Vereine in den Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek
02.10.1847- 30.03.1850

CCXX

		JJJJ	MM	TT	Anzahl
Sonstige	<i>Unterstützungsverein für hilfsbedürftige Abgebrannte</i>	1849	01	27	6
	Eutiner Enthaltensamkeitsverein	1847	11	13	
		1847	11	20	
		1847	12	18	
		1848	09	09	
		1848	09	16	
Religiöses	<i>Eutinische Bibelgesellschaft</i>	1848	01	22	4
		1849	03	10	
	Gustav-Adolf-Verein	1847	11	27	
		1848	07	15	
Militärisches	<i>Verein zur Unterstützung der Eutiner Freiwilligen</i>	1848	04	01	15
		1848	04	08	
		1848	07	01	
		1848	07	22	
	Verein für die Familien der ausmarschierenden Soldaten	1849	05	12	
		1849	05	19	
		1849	06	17	
		1849	07	21	
		1849	08	11	
	<i>Verein zur Unterstützung der Familien der Reservisten</i>	1848	05	06	
		1848	05	13	
		1848	06	17	
		1848	09	30	
		1848	10	21	
		1849	12	15	
Wirtschaftliches/ Versicherung	Verein der allgemeinen Krankenlade Eutin	1849	12	22	34
		1850	01	12	
		1850	01	19	
		1850	02	09	
	<i>Eutiner landwirtschaftlicher Verein (Landwirtschaftlicher Verein Neudorf)</i>	1847	11	13	
		1847	12	11	
		1848	01	15	
		1848	03	04	
		1848	04	01	
		1848	12	02	
		1848	12	16	
	Gilden (Windgilde, Schweinegilde, Pferdegilde, Totengilde)	1848	01	01	
		1848	02	05	
		1848	04	08	
		1848	04	29	
		1848	05	27	

Wirtschaftliches/ Versicherung	Gilden (Windgilde, Schweinegilde, Pferdegilde, Totengilde)	1848	06	10	
		1848	06	17	
		1848	07	15	
		1848	07	29	
		1848	12	30	
		1849	05	12	
		1849	04	19	
		1849	05	26	
		1849	06	02	
		1849	06	09	
		1849	06	17	
		1849	06	23	
		1849	07	07	
		1849	07	14	
		1849	07	21	
		1849	07	28	
		1849	12	28	
		1850	02	02	
Kulturelles/ Politisches	<i>Eutiner Liedertafel</i>	1849	12	22	69
		1850	01	12	
	Herrenclub Eutin	1847	12	11	
		1848	10	28	
		1849	02	03	
		1849	12	01	
		1850	01	26	
	<i>Eutiner Leseverein</i>	1848	01	08	
		1848	03	18	
		1848	09	02	
		1848	09	23	
	<i>Umwandlung in „Bürgerverein“</i>	1848	09	30	
		1848	10	07	
	<i>Umwandlung vom „Leseverein“ über „geselliger Verein“ zu „Bürgerverein“</i>	1848	11	44	
		1849	12	01	
	Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Schwartau und Eutin)	1847	10	09	
		1847	10	23	
		1847	11	06	
		1847	11	13	
		1847	11	20	
		1847	11	27	
		1847	12	04	
		1847	12	11	
		1847	12	18	
		1848	01	01	
		1848	01	08	
		1848	01	15	
		1848	01	22	
		1848	01	29	
		1848	02	05	
		1848	02	12	
		1848	02	19	
		1848	02	26	

Kulturelles/ Politisches	Verein zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Schwartau und Eutin)	1848	03	04	
		1848	03	18	
		1848	10	21	
		1848	11	04	
		1848	11	11	
		1848	11	25	
		1848	12	02	
		1848	12	09	
		1848	12	16	
		1848	12	30	
		1849	01	06	
		1849	01	13	
		1849	01	20	
		1849	01	27	
		1849	02	03	
		1849	02	17	
		1849	02	24	
		1849	03	03	
		1849	03	10	
		1849	03	17	
		1849	03	24	
		1849	10	06	
		1849	10	13	
		1849	10	20	
		1849	10	27	
		1849	11	03	
		1849	11	10	
		1849	11	17	
		1849	11	24	
		1849	12	01	
		1849	12	15	
		1850	01	05	
		1850	01	26	
		1850	02	16	
		1850	03	09	
		1850	03	16	

Preisentwicklung für Roggen und Weizen in Konstanz nach Veröffentlichung in der *Konstanzer Zeitung*

27.12.1844 = 100, (für Roggen, da keine Nennung am 27.12.1844, werden acht Gulden angenommen)

Gulden, Kreuzer; 1 Gulden = 60 Kreuzer

Nachweis

Datum der Festlegung	„ein Malter Korn, geringstes“	„ein Malter Roggen“	Korn, 27.12.1844 = 100	Roggen, 27.12.1844 = 100	Datum	Nr.	Seite
27.12.1844	11	-	100	-	30.12.1844	157	1148
03.01.1845	11	8	100	100	06.01.1845	3	18
10.01.1845	11	-	100	-	13.01.1845	6	42
17.01.1845	11	8	100	100	20.01.1845	9	64
14.01.1845	10,4	-	94,55	-	27.01.1845	12	88
31.01.1845	10,45	8	95	100	03.02.1845	15	108
07.02.1845	10,4	-	94,55	-	10.02.1845	18	130
14.02.1845	10,48	-	95,27	-	17.02.1845	21	148
21.02.1845	11	8,3	100	103,75	24.02.1845	24	172
28.02.1845	11	8,3	100	103,75	03.03.1845	27	196
07.03.1845	11	8,3	100	103,75	10.03.1845	30	218
14.03.1845	11	9,2	100	115	17.03.1845	33	240
21.03.1845	12	9,3	109,09	116,25	24.03.1845	36	262
28.03.1845	11,45	9,2	104,09	115	31.03.1845	39	283
04.04.1845	11	-	100	-	07.04.1845	42	310
11.04.1845	11	9,2	100	115	14.04.1845	45	334
18.04.1845	11	9	100	112,5	21.04.1845	48	358
25.04.1845	11	-	100	-	28.04.1845	51	382
02.05.1845	11	9	100	112,5	05.05.1845	54	402
09.05.1845	11,15	9,2	101,36	115	12.05.1845	57	426
16.05.1845	12,2	9,2	110,91	115	19.05.1845	60	444
23.05.1845	13	9,3	118,18	116,25	26.05.1845	63	466
30.05.1845	12,3	-	111,82	-	02.06.1845	66	488
06.06.1845	12,48	10	113,45	125	09.06.1845	69	510
13.06.1845	12,48	9,4	113,45	117,5	16.06.1845	72	534
20.06.1845	12,45	10	113,18	125	23.06.1845	75	556
27.06.1845	13	10,15	118,18	126,88	30.06.1845	78	578
04.07.1845	13,2	10,12	120	126,5	07.07.1845	81	598
11.07.1845	13,4	10,2	121,82	127,5	14.07.1845	84	616
18.07.1845	12,4	10	112,73	125	21.07.1845	87	636
25.07.1845	12,48	9,3	113,45	116,25	28.07.1845	90	658
01.08.1845	12,3	9	111,82	112,5	04.08.1845	93	678
08.08.1845	12	9	109,09	112,5	11.08.1845	96	700
15.08.1845	13	9,3	118,18	116,25	18.08.1845	99	720
22.08.1845	13	10	118,18	125	25.08.1845	102	744
29.08.1845	12	-	109,09	-	01.09.1845	105	768
05.09.1845	12	-	109,09	-	08.09.1845	108	788
12.09.1845	13,3	12,3	120,91	153,75	15.09.1845	111	810
19.09.1845	12	12	109,09	150	22.09.1845	114	832
26.09.1845	12,4	-	112,73	-	29.09.1845	117	858
03.10.1845	14,45	13	131,36	162,5	06.10.1845	120	880
10.10.1845	14	13	127,27	162,5	13.10.1845	123	904
17.10.1845	14,45	-	131,36	-	20.10.1845	126	926
24.10.1845	16	-	145,45	-	27.10.1845	129	948
31.10.1845	16,2	13	147,27	162,5	03.11.1845	132	968
07.11.1845	16,3	-	148,18	-	10.11.1845	135	988
14.11.1845	16	-	145,45	-	17.11.1845	138	1010

Datum der Festlegung	„ein Malter Korn, geringstes“	„ein Malter Roggen“	Korn, 27.12.1844 = 100	Roggen, 27.12.1844 = 100	Datum	Nr.	Seite
21.11.1845	16,15	13	146,82	162,5	24.11.1845	141	1032
28.11.1845	16,15	-	146,82	-	01.12.1845	144	1054
05.12.1845	15,48	-	140,73	-	08.12.1845	147	1072
12.12.1845	-	-	-	-	15.12.1845	150	fehlt
19.12.1845	16,3	-	148,18	-	22.12.1845	153	1118
26.12.1845	16,3	-	148,18	-	29.12.1845	156	1140
02.01.1846	16,3	-	148,18	-	05.01.1846	2	12
09.01.1846	16,15	-	146,82	-	12.01.1846	5	32
16.01.1846	-	-	-	-	-	-	-
23.01.1846	16,15	13,3	146,82	166,25	26.01.1846	11	72
30.01.1846	16,2	13,3	147,27	166,25	02.02.1846	14	92
06.02.1846	16,48	13,3	149,82	166,25	09.02.1846	17	114
13.02.1846	16,4	13,3	149,09	166,25	16.02.1846	20	138
20.02.1846	16,45	13,3	149,55	166,25	23.02.1846	23	160
27.02.1846	16,3	13,3	148,18	166,25	02.03.1846	26	182
06.03.1846	-	-	-	-	-	-	-
13.03.1846	15,4	13	140	162,5	16.03.1846	32	226
20.03.1846	15,3	13	139,09	162,5	23.03.1846	35	248
27.03.1846	16,3	13	148,18	162,5	30.03.1846	38	272
03.04.1846	16	13	145,45	162,5	06.04.1846	41	296
10.04.1846	16,2	13	147,27	162,5	13.04.1846	44	320
17.04.1846	16,45	-	149,55	-	20.04.1846	47	340
24.04.1846	16,4	-	149,09	-	27.04.1846	50	366
01.05.1846	17,2	13,3	156,36	166,25	04.05.1846	53	392
08.05.1846	17,4	14	158,18	175	11.05.1846	56	412
15.05.1846	18	13,3	163,64	166,25	18.05.1846	59	436
22.05.1846	18	14,3	163,64	178,75	25.05.1846	62	456
29.05.1846	19	15	172,73	187,5	01.06.1846	65	482
05.06.1846	20,3	15,3	184,55	191,25	08.06.1846	68	504
12.06.1846	19,3	15	175,45	187,5	15.06.1846	71	524
19.06.1846	18,45	13,3	167,73	166,25	22.06.1846	74	548
26.06.1846	19	13,3	172,73	166,25	29.06.1846	77	576
03.07.1846	18,3	13,3	166,36	166,25	06.07.1846	80	596
10.07.1846	15,45	12	140,45	150	13.07.1846	83	622
17.07.1846	15,4	-	140	-	20.07.1846	86	646
24.07.1846	16,4	-	149,09	-	27.07.1846	89	666
31.07.1846	-	-	0	-	-	-	fehlt
07.08.1846	16,3	-	148,18	-	10.08.1846	95	696
14.08.1846	17	-	154,55	-	17.08.1846	98	738
21.08.1846	17	-	154,55	-	24.08.1846	101	762
28.08.1846	17	-	154,55	-	31.08.1846	104	786
04.09.1846	17,15	-	155,91	-	07.09.1846	107	808
11.09.1846	18,3	14	166,36	175	14.09.1846	110	832
18.09.1846	19	-	172,73	-	21.09.1846	113	855
25.09.1846	19,4	-	176,36	-	28.09.1846	116	882
02.10.1846	18,4	-	167,27	-	05.10.1846	119	906
09.10.1846	19,3	-	175,45	-	12.10.1846	122	926
16.10.1846	19,4	-	176,36	-	19.10.1846	125	954
23.10.1846	20	-	181,82	-	26.10.1846	128	978
30.10.1846	18	-	163,64	-	02.11.1846	131	994
06.11.1846	19	-	172,73	-	09.11.1846	134	1018
13.11.1846	19,3	-	175,45	-	16.11.1846	137	1038

Datum der Festlegung	„ein Malter Korn, geringstes“	„ein Malter Roggen“	Korn, 27.12.1844 = 100	Roggen, 27.12.1844 = 100	Datum	Nr.	Seite
20.11.1846	17,45	-	158,64	-	23.11.1846	140	1062
27.11.1846	17,3	-	157,27	-	30.11.1846	143	1086
04.12.1846	17,48	-	158,91	-	07.12.1846	146	1108
11.12.1846	-	-	-	-	-	-	-
18.12.1846	19	15	172,73	187,5	21.12.1846	152	1156
26.12.1846	17,48	-	158,91	-	28.12.1846	155	1178
02.01.1847	19	-	172,73	-	04.01.1847	2	14
08.01.1847	19	-	172,73	-	11.01.1847	5	30
15.01.1847	19	16	172,73	200	18.01.1847	8	50
22.01.1847	19	-	172,73	-	25.01.1847	11	68
29.01.1847	19,3	-	175,45	-	01.02.1847	14	86
05.02.1847	20,45	16,2	185,91	202,5	08.02.1847	17	104
12.02.1847	23	-	209,09	-	15.02.1847	20	122
19.02.1847	22	-	200	-	22.07.1847	23	140
26.02.1847	22	-	200	-	01.03.1847	26	158
05.03.1847	21,3	16,3	193,64	203,75	08.03.1847	29	176
12.03.1847	22	-	200	-	15.03.1847	32	196
18.03.1847	22	-	200	-	22.03.1847	35	218
29.03.1847	22,3	-	202,73	-	29.03.1847	38	236
01.04.1847	23,3	18	211,82	225	05.04.1847	41	260
12.04.1847	23,3	18	211,82	225	12.04.1847	44	284
19.04.1847	24	18,3	218,18	228,75	16.04.1847	47	308
26.04.1847	24,3	19	220,91	237,5	26.04.1847	50	330
30.04.1847	27,2	-	247,27	-	03.05.1847	53	352
07.05.1847	26,3	-	239,09	-	10.05.1847	56	374
14.05.1847	25,3	-	230	-	17.05.1847	59	396
21.05.1847	23	-	209,09	-	24.05.1847	62	418
31.05.1847	22,4	-	203,64	-	28.05.1847	65	440
04.06.1847	20,2	-	183,64	-	07.06.1847	68	462
11.06.1847	22,3	-	202,73	-	14.06.1847	71	484
18.06.1847	23,2	-	210,91	-	21.06.1847	74	508
25.06.1847	23,3	-	211,82	-	28.06.1847	77	528
02.07.1847	24,3	-	220,91	-	05.07.1847	80	548
09.07.1847	23,48	-	213,45	-	12.07.1847	83	566
16.07.1847	21,45	-	195	-	19.07.1847	86	586
23.07.1847	16,4	-	149,09	-	26.07.1847	89	606
30.07.1847	17	-	154,55	-	02.08.1847	92	624
06.08.1847	18,3	11,15	166,36	139,38	09.08.1847	95	642
13.08.1847	13,3	10,4	120,91	130	16.08.1847	98	660
20.08.1847	12,3	10,4	111,82	130	23.08.1847	101	678
27.08.1847	12,3	10,4	111,82	130	30.08.1847	104	700
03.09.1847	14,48	-	131,64	-	06.09.1847	107	718
10.09.1847	15	12	136,36	150	13.09.1847	110	738
17.09.1847	16,45	-	149,55	-	20.09.1847	113	758
24.09.1847	16,48	12,3	149,82	153,75	27.09.1847	116	782
01.10.1847	16,4	12	149,09	150	04.10.1847	119	802
08.10.1847	15,3	12	139,09	150	11.10.1847	122	820
15.10.1847	15	12	136,36	150	18.10.1847	125	838
22.10.1847	17,3	12	157,27	150	25.10.1847	128	858
29.10.1847	16,3	12	148,18	150	01.11.1847	131	876
05.11.1847	16,3	12	148,18	150	08.11.1847	134	894
12.11.1847	16	12	145,45	150	15.11.1847	137	912

Datum der Festlegung	„ein Malter Korn, geringstes“	„ein Malter Roggen“	Korn, 27.12.1844 = 100	Roggen, 27.12.1844 = 100	Datum	Nr.	Seite
19.11.1847	16	-	145,45	-	22.11.1847	140	934
26.11.1847	16,3	11,3	148,18	141,25	29.11.1847	143	956
03.12.1847	15,3	11,15	139,09	139,38	06.12.1847	146	980
10.12.1847	15	11	136,36	137,5	15.12.1847	150	1004
17.12.1847	15	-	136,36	-	20.12.1847	152	1016
24.12.1847	-	-	-	-	-	-	-
31.12.1847	15	-	136,36	-	03.01.1848	1	6
07.01.1848	15	-	136,36	-	10.01.1848	4	24
14.01.1848	15,15	-	137,73	-	17.01.1848	7	44
21.01.1848	14,3	-	130	-	24.01.1848	10	66
28.01.1848	13	-	118,18	-	31.01.1848	13	84
04.02.1848	-	-	-	-	07.02.1848	16	100
11.02.1848	14	-	127,27	-	14.02.1848	19	124
18.02.1848	14,6	-	132,73	-	21.02.1848	22	148
25.02.1848	13,2	-	120	-	28.02.1848	25	170
03.03.1848	14,24	-	129,45	-	06.03.1848	28	194
10.03.1848	14,3	-	130	-	13.03.1848	31	212
17.03.1848	14,24	-	129,45	-	20.03.1848	34	230
24.03.1848	15	-	136,36	-	25.03.1848	39	250
31.03.1848	15,15	-	137,73	-	01.04.1848	45	274
07.04.1848	14,45	-	131,36	-	08.04.1848	51	308
14.04.1848	-	-	-	-	-	-	-
21.04.1848	14,1	-	128,18	-	24.04.1848	64	370
28.04.1848	14,48	-	131,64	-	29.04.1848	69	386
05.05.1848	14,18	-	128,91	-	08.05.1848	76	424
12.05.1848	13,3	-	120,91	-	15.05.1848	82	450
19.05.1848	13	-	118,18	-	22.05.1848	88	476
26.05.1848	13,15	-	119,55	-	29.05.1848	94	504
02.06.1848	13,15	-	119,55	-	05.06.1848	100	530
09.06.1848	13,3	-	120,91	-	12.06.1848	106	558
16.06.1848	13,3	-	120,91	-	19.06.1848	112	586
23.06.1848	13	-	118,18	-	26.06.1848	117	632
30.06.1848	13	-	118,18	-	03.07.1848	123	642
07.07.1848	13	-	118,18	-	10.07.1848	129	670
14.07.1848	12,4	-	112,73	-	17.07.1848	135	700
21.07.1848	12,15	-	110,45	-	24.07.1848	141	726
28.07.1848	12	-	109,09	-	31.07.1848	147	752
04.08.1848	12	-	109,09	-	07.08.1848	153	778
11.08.1848	11	-	100	-	14.08.1848	158	804
18.08.1848	-	-	-	-	19.08.1848	164	832
25.08.1848	11,3	6	102,73	75	26.08.1848	171	864
01.09.1848	9,3	-	84,55	-	02.09.1848	176	894
08.09.1848	10	-	90,91	-	11.09.1848	184	932
15.09.1848	11	-	100	-	16.09.1848	188	952
22.09.1848	11	6,2	100	77,5	23.09.1848	194	986
29.09.1848	11	-	100	-	30.09.1848	201	1018
06.10.1848	10	-	90,91	-	09.10.1848	206	1044
13.10.1848	11	6	100	75	16.10.1848	213	1076
20.10.1848	10,3	-	93,64	-	23.10.1848	219	1096
27.10.1848	10,3	-	93,64	-	28.10.1848	224	1124
03.11.1848	-	-	-	-	-	-	-
10.11.1848	10,15	-	92,27	-	11.11.1848	236	1180

Datum der Festlegung	„ein Malter Korn, geringstes“	„ein Malter Roggen“	Korn, 27.12.1844 = 100	Roggen, 27.12.1844 = 100	Datum	Nr.	Seite
17.11.1848	10,3	-	93,64	-	20.11.1848	243	1212
24.11.1848	-	-	-	-	-	-	-
01.12.1848	10,3	-	93,64	-	04.12.1848	255	1270
08.12.1848	-	-	-	-	11.12.1848	262	1302
15.12.1848	10,4	-	94,55	-	18.12.1848	267	1328
22.12.1848	-	-	-	-	26.12.1848	273	1356
29.12.1848	10,3	-	93,64	-	30.12.1848	277	1374
05.01.1849	10,3	-	-	-	06.01.1849	6	28
12.01.1849	10,3	-	93,64	-	13.01.1849	12	54
19.01.1849	10,24	-	93,09	-	20.01.1849	18	84
26.01.1849	10,45	-	-	-	27.01.1849	24	110
02.02.1849	9,45	-	85,91	-	03.02.1849	30	140
09.02.1849	10,3	-	-	-	10.02.1849	36	166
16.02.1849	10,2	-	92,73	-	19.02.1849	43	204
23.02.1849	10	-	-	-	24.02.1849	48	228
02.03.1849	10	-	90,91	-	05.03.1849	55	262
09.03.1849	10	-	-	-	12.03.1849	61	292
16.03.1849	10	-	90,91	-	19.03.1849	67	320
23.03.1849	9,4	-	85,45	-	28.03.1849	75	352
30.03.1849	10,1	-	-	-	02.04.1849	79	382
06.04.1849	10,3	-	93,64	-	09.04.1849	85	416
13.04.1849	10,4	-	-	-	16.04.1849	91	446
20.04.1849	10,4	-	94,55	-	23.04.1849	97	482
27.04.1849	-	-	-	-	-	-	-
04.05.1849	10,4	-	94,55	-	07.05.1849	109	540
11.05.1849	10,4	-	94,55	-	14.05.1849	115	572
18.05.1849	10,4	-	94,55	-	21.05.1849	121	600
25.05.1849	10,2	-	92,73	-	28.05.1849	127	634
01.06.1849	11	-	100	-	04.06.1849	133	660
08.06.1849	10,45	-	95	-	11.06.1849	138	688
15.06.1849	-	-	-	-	-	-	-
22.06.1849	-	-	-	-	-	-	-
29.06.1849	10,4	-	94,55	-	02.07.1849	156	774
06.07.1849	11	-	100	-	09.07.1849	162	804
13.07.1849	10,45	-	95	-	16.07.1849	168	828
20.07.1849	-	-	-	-	-	-	-
27.07.1849	-	-	-	-	-	-	-
03.08.1849		-	-	-	-	-	-
10.08.1849	-	-	-	-	-	-	-
17.08.1849	-	-	-	-	-	-	-
24.08.1849	9,3	-	84,55	-	27.08.1849	204	994
31.08.1849	9,2	-	83,64	-	03.09.1849	210	1022
07.09.1849	9,3	-	84,55	-	10.09.1849	216	1052
14.09.1849	9,3	-	84,55	-	17.09.1849	222	1082
21.09.1849	9	-	81,82	-	24.09.1849	228	1116
28.09.1849	9	-	81,82	-	01.10.1849	234	1144
05.10.1849	9,24	-	84	-	08.10.1849	240	1172
12.10.1849	9,24	-	84	-	15.10.1849	246	1202
19.10.1849	9	-	81,82	-	22.10.1849	252	1232
26.10.1849	9	-	81,82	-	29.10.1849	258	1262
16.11.1849	8	-	72,73	-	17.11.1849	275	1348
23.11.1849	7,4	-	67,27	-	26.11.1849	282	1386

Datum der Festlegung	„ein Malter Korn, geringstes“	„ein Malter Roggen“	Korn, 27.12.1844 = 100	Roggen, 27.12.1844 = 100	Datum	Nr.	Seite
30.11.1849	-	-	-	-	-	-	-
07.12.1849	7,45	-	67,73	-	08.12.1849	293	1464
14.12.1849	8,6	-	78,18	-	15.12.1849	299	1492
21.12.1849	8,6	-	78,18	-	22.12.1849	305	1526
28.12.1849	-	-	-	-	-	-	-

Preisentwicklung von Getreide in Eutin und Konstanz

quartalsweise Mittelwertbildung: 27.12.1844 = 100 Einheiten, Berechnung anhand der Annahme einer Anteilsverteilung von 50/50 für „ein Malter Korn, geringstes“ und „ein Malter Roggen“ bzw. für „eine Tonne Weizen“ und „eine Tonne Roggen“

Festsetzungen im	Konstanz	Eutin	Durchschnitt Eutin/ Konstanz	Wert für Deutschland (Jahresschnitt)
<i>I. 1845</i>	102,27	100	101,14	100
<i>II. 1845</i>	112,22	122,61	117,42	100
<i>III. 1845</i>	119,63	133,76	126,69	100
<i>IV. 1845</i>	147,34	174,89	161,12	100
<i>I. 1846</i>	154,9	185,96	170,43	118,1
<i>II. 1846</i>	167,35	181,37	174,36	118,1
<i>III. 1846</i>	148,15	199,3	173,72	118,1
<i>IV. 1846</i>	169,74	222,51	196,13	118,1
<i>I. 1847</i>	191,5	265,86	228,68	142,9
<i>II. 1847</i>	218,66	354,96	286,81	142,9
<i>III. 1847</i>	149,71	234,21	191,96	142,9
<i>IV. 1847</i>	144,94	177,55	161,25	142,9
<i>I. 1848</i>	130,44	164,22	147,33	101,9
<i>II. 1848</i>	123,04	147,31	135,18	101,9
<i>III. 1848</i>	99,3	150,68	124,99	101,9
<i>IV. 1848</i>	92,58	135,27	113,93	101,9
<i>I. 1849</i>	90,38	112,89	101,63	94,3
<i>II. 1849</i>	94,9	118,98	106,94	94,3
<i>III. 1849</i>	86,99	131,34	109,16	94,3
<i>IV. 1849</i>	74,7	119,41	97,05	94,3

Preisentwicklung für Roggen und Weizen in Eutin nach Veröffentlichung in den *Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Lübek*

1 Reichstaler entspricht 48 Schillingen. 1 „Tonne“ entspricht etwa 100kg
 Massegewicht (vgl. Blätter für Heimatkunde 1958, Nr. 24, S. 95)

Nachweis

Datum der Festlegung	„eine Tonne Weizen“	„eine Tonne Roggen“	Weizen, 27.12.1844 =100	Roggen, 27.12.1844 =100	Datum	Nr.	Seite
27.12.1844	3	2,24	100	100	28.12.1844	52	216
31.01.1845	3	2,24	100	100	01.02.1845	5	20
28.02.1845	3	2,24	100	100	01.03.1845	9	40
05.04.1845	3,8	2,32	126,67	103,57	29.03.1845	13	60
02.05.1845	3,8	2,32	126,67	103,57	03.05.1845	18	84
30.05.1845	3,32	3,32	110,67	148,21	31.05.1845	22	100
27.06.1845	3,4	3,32	113,33	148,21	28.06.1845	26	120
01.08.1845	3,32	3,16	110,67	141,07	02.08.1845	31	140
29.08.1845	4,16	3,24	138,67	144,64	30.08.1845	35	156
03.10.1845	5	3,32	166,67	148,21	04.10.1845	40	176
31.10.1845	6	4	200	178,57	01.11.1845	44	192
28.11.1845	5,32	4	177,33	178,57	29.11.1845	48	208
02.01.1846	5,32	4	177,33	178,57	03.01.1846	1	4
30.01.1846	6	4,16	200	185,71	31.01.1846	5	20
27.02.1845	6	4,32	200	192,86	28.02.1846	9	36
27.03.1846	5,24	4	174,67	178,57	28.03.1846	13	60
01.05.1846	5,8	4	193,33	178,57	02.05.1846	18	80
28.05.1846	5,24	4	174,67	178,57	30.05.1846	22	96
26.06.1846	5,32	4,16	177,33	185,71	27.06.1846	26	112
31.07.1846	5,16	4	172	178,57	01.08.1846	31	132
28.08.1846	5,16	4,8	172	214,29	29.08.1846	35	148
25.09.1846	6	5,8	200	258,93	26.09.1846	39	164
30.10.1846	5,16	5,8	172	258,93	31.10.1846	44	184
27.11.1846	5,16	5,8	172	258,93	28.11.1846	47	200
31.12.1846	6,16	6	205,33	267,86	02.01.1847	1	8
28.01.1847	7,16	6,8	238,67	303,57	30.01.1847	5	24
26.02.1847	7,16	5,4	238,67	241,07	27.02.1847	9	44
26.03.1847	9,16	6	305,33	267,86	27.03.1847	13	68
04.06.1847	11	8,32	366,67	371,43	05.06.1847	23	124
18.06.1847		7,32		326,79	19.06.1847	25	132
02.07.1847	10	7,16	333,33	319,64	03.07.1847	27	140
16.07.1847		5,32		237,5	17.07.1847	29	148
30.07.1847	8	4,32	266,67	192,86	31.07.1847	31	156
13.08.1847		4		178,57	14.08.1847	33	164
27.08.1847	5,8	3,4	193,33	151,79	28.08.1847	35	172
01.10.1847	6	4,16	200	185,71	02.10.1847	40	192
29.10.1847	5,24	4,8	174,67	214,29	30.01.1847	44	208
26.11.1847	5,24	3,32	174,67	148,21	27.11.1847	48	224
31.12.1847	5,24	3,32	174,67	148,21	01.01.1948	1	4
29.01.1848	5,24	4	174,67	178,57	28.01.1848	5	24
25.02.1848	5	3,4	166,67	151,79	26.02.1848	9	40
31.03.1848	4,32	3,8	144	169,64	01.04.1848	14	60
28.04.1848	4,16	3,8	138,67	169,64	29.04.1848	18	76
02.06.1848	4,16	3,8	138,67	169,64	03.06.1848	23	100
30.06.1848	4	3	133,33	133,93	01.07.1848	27	116
28.07.1848	4,16	3	138,67	133,93	29.07.1848	32	140
Datum der Festlegung	„eine Tonne Weizen“	„eine Tonne Roggen“	Weizen, 27.12.1844 =100	Roggen, 27.12.1844 =100	Datum	Nr.	Seite

01.09.1848	5,16	3,16	172	141,07	02.09.1848	38	164
29.09.1848	5,32	3,16	177,33	141,07	30.09.1848	42	180
27.10.1848	5	3,16	166,67	141,07	28.10.1848	46	196
29.12.1848	4	2,24	133,33	100	30.12.1848	55	236
02.02.1849	4	2,32	133,33	103,57	05.02.1849	5	20
02.03.1849	4	2,24	133,33	100	03.03.1849	9	36
30.03.1849	3,32	2,16	110,67	96,43	31.03.1849	13	52
27.04.1849	3,32	2,8	110,67	125	28.04.1849	17	68
01.06.1849	4	2,24	133,33	100	02.06.1849	22	92
29.06.1849	4,24	2,32	141,33	103,57	30.06.1849	26	108
27.07.1849	4,32	2,32	144	103,57	28.07.1849	30	124
31.08.1849	5	2,32	166,67	103,57	01.09.1849	35	144
28.09.1849	5	2,32	166,67	103,57	29.09.1849	40	162
02.11.1849	4,16	2,32	138,67	103,57	03.11.1849	45	182
30.11.1849	4,8	2,32	160	103,57	01.12.1849	49	198
28.12.1849	3,32	2,24	110,67	100	28.12.1849	54	214

Durchschnittl. Preise in Eutin

	Roggen	Weizen	Schnitt
1845	2,98	3,93	3,45
1846	4,57	5,46	5,02
1847	5,45	7,36	6,4
1848	3,42	4,71	4,06
1849	2,33	4,18	3,25

	1845	1846	1847	1848	1849
landwirt. Nettoproduktion in konst. Preisen in Deutschland	100,0	83,0	117,9	110,7	110,7
erzielte landwirt. Erzeugerpreise in Deutschland	100,0	118,1	142,9	101,9	94,3
Durchschnittl. Preis von Roggen/ Weizen in Eutin	100,0	145,3	185,5	117,7	94,3

Landwirtschaftliche Produktion und erzielte Preise in Deutschland, 1840 = 100

	1840	1841	1842	1843	1844	1845
landwirt. Nettoproduktion in konst. Preisen in Deutschland	100	103	107	107	107	112
erzielte landwirt. Erzeugerpreise in Deutschland	100	94	100	105	98	105

	1846	1847	1848	1849	1850
landwirt. Nettoproduktion in konst. Preisen in Deutschland	93	132	124	124	110
erzielte landwirt. Erzeugerpreise in Deutschland	124	150	107	99	99

Zeittafel zur 1848er Revolution

<i>Jahr</i>	<i>Monat</i>	<i>Tag</i>	<i>Ereignis</i>
1847	April	23	Gesuch des Oldenburger Stadtrates um Erlass einer Verfassung
1847	April		Proteste gegen die Teuerung von Nahrungsmitteln in Berlin
1847	Juli	23	Preußisches Judengesetz
1847	September	12	Offenburger Versammlung: (radikale) Forderungen des badischen Volkes: Grund- u. Menschenrechte, Preßfreiheit
1847	Oktober	10	Heppenheimer Tagung: gemäßigte Liberale beschließen Programm zur politischen Einigung Deutschlands
1847	November	3	Beginn des Schweizer Sonderbundkriegs
1847	Dezember	1	Mit der Kapitulation des Wallis endet der Sonderbundskrieg
1847	Dezember	8	Gründung des Bundes der Kommunisten in London
1848	Januar	20	König Friedrich VII. von Dänemark verkündet die Einführung einer parlamentarischen Monarchie
1848	Januar	31	Beginn der Münchener Studentenumulte
1848	Februar	10	Versammlung der Münchener Bürger am 10. und 11.02.1848
1848	Februar	21	Kommunistisches Manifest
1848	Februar	21	Verbot eines öffentlichen Banketts zur Wahlrechtsreform durch König Louis Philippe führt zu Protesten
1848	Februar	22	Beginn der Unruhen in Paris
1848	Februar	24	Abdankung Louis Philippes Ausrufen der Zweiten Republik
1848	Februar	27	Auf der Mannheimer Volksversammlung wird eine Petition mit vier Forderungen an die Regierung beschlossen „Badische Revolution“
1848	März	1	Petitionssturm in Karlsruhe, Märzgesetze
1848	März	2	Forderung des Oldenburger Stadtrats nach Einführung einer landständischen Verfassung: Beginn der revolutionären Bewegung im Oldenburgischen
1848	März	3	Beschluss der Bundesversammlung zur Pressefreiheit
1848	März	5	Aufruf zur Bildung eines „Vorparlamentes“ durch die Heidelberger Versammlung. Gründung des Siebenerausschusses

1848	März	6	Beginn einer Reihe von Volksversammlungen in Berlin
1848	März	7	Auf einer Volksversammlung in Konstanz einigt man sich auf den gesetzlichen Weg für die Staatsreformen, Forderung nach Volksbewaffnung
1848	März	9	Die Frankfurter Bundesversammlung übernimmt die Farben „Schwarz-Gold“, Liberale Regierung in Württemberg
1848	März	9	Baden erhält ein „Märzkabinett“ unter Führung Bekks
1848	März	10	Einberufung einer Versammlung von 34 Männern zur Beratung des Verfassungsentwurfs in Oldenburg
1848	März	11	Zusammenrottungen und Aufläufe von Lübeckern: Die Proteste richteten sich gegen den Leiter des Finanzdepartments, dem man den erhöhten Umlauf minderwertigen Silbergeldes zur Last legte; einigen Kaufleuten wurde in diesem Zusammenhang Wucher angelastet
1848	März	13	Beginn des Aufstandes in Wien; „Ausschuss des Hl Wenzel des Jahres 1848“ wird in Böhmen ins Leben gerufen, kurz darauf: Nationalausschuss
1848	März	13	Metternich tritt zurück und flieht nach London
1848	März	13	Konzentration von regulären Einheiten des preußischen Heeres um Berlin
1848	März	15	Bewilligung der Pressefreiheit und Versprechen einer Konstitution in Wien; Beginn des Ungarn-Aufstands
1848	März	16	Liberale Regierung in Sachsen
1848	März	17	Eine Volksversammlung, die auf Initiative des „Geselligen Vereins“ in Eutin stattfindet, beschließt Petition
1848	März	17	Beschluss der Zensuraufhebung in Preußen und der Einberufung des Vereinigten Landtags als Konzessionen an die Forderungen der Bürger
1848	März	18	Ausbruch der Revolution in Berlin, Truppen schießen vor dem Berliner Schloss auf das Volk
1848	März	18	Der oldenburgische Großherzog bekennt sich zum Prinzip der Volksvertretung und billigt liberale Verfassungsgrundsätze
1848	März	19	Auf der Offenburger Versammlung einigten sich „Halbe“ und „Ganze“ auf ein gemeinsames politisches Programm
1848	März	19	Barrikadenbau und Straßenschlachten in Berlin kosten 187 Tote, danach: Abzug der Truppen aus Berlin
1848	März	20	Abdankung König Ludwig I. von Bayern Neuer König wird Maximilian II. von Bayern
1848	März	21	Friedrich VII. von Dänemark verkündet auf Druck des eiderdänisch gesonnenen Ministeriums die Einverleibung Schleswigs in den dänischen Gesamtstaat
1848	März	21	Ritt hinter einer schwarz-rot-goldenen Fahne durch Friedrich Wilhelm IV sowie Proklamation „An mein Volk und an die deutsche Nation“

1848	März	21	Volksversammlung in Neudorf: wenig besucht, Petition an den Großherzog mit dem Wunsch, eine deutsche Nationalversammlung einzuberufen und das bisherige Strafrecht aufzuheben
1848	März	22	Aufbahrung der Märzgefallenen auf den Stufen des Doms in Berlin
1848	März	22	Der Lübecker Senat stimmt der neuen Verfassung zu
1848	März	23	Dänemark erklärt die Übernahme Schleswigs
1848	März	24	Beginn der Kämpfe in Schleswig-Holstein: Einnahme Rendsburgs durch Kieler Soldaten, Provisorische Regierung in Schleswig-Holstein
1848	März	25	Die Provisorische Regierung beschließt Versammlungs- und Preßfreiheit sowie das Recht auf Bürgerbewaffnung
1848	März	27	Im Amt Eutin, später auch in der Stadt und im Amt Schwartau werden die drei Abgeordneten zur Beratung einer Landesverfassung für Oldenburg gewählt
1848	März	29	Bildung der liberalen Regierung Camphausen-Hansemann in Berlin
1848	März	30	Einzug des Vorparlaments in die Paulskirche (bis 03.04.1848)
1848	April	2	Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse von 1819 durch den Deutschen Bundestag; Zusammentritt des Vereinigten Preußischen Landtags in Berlin
1848	April	4	Bei einer Volksversammlung im Eutiner Rathaus wird die Absetzung des Stadtsyndikus Specht gefordert, da dieser sich in der Verfassungsfrage für eine partikularistische Lösung eingesetzt hatte
1848	April	8	Einziehung der Eutiner Reservekompanie
1848	April	8	Verhaftung Ficklers durch Mathy am Bahnhof von Karlsruhe
1848	April	8	Die bürgerlichen Kollegien Lübecks stimmen der neuen Verfassung zu
1848	April	9	Volksversammlung in Rahlsdorf (Fürstentum Lübeck) bringt soziale Forderungen der besitzlosen Heuerinsten
1848	April	9	In der Schlacht bei Bau unterliegen die Schleswig-Holsteiner den Dänen
1848	April	11	Ankunft Friedrich Heckers in Konstanz
1848	April	12	Friedrich Hecker und Gustav Struve rufen in Konstanz zum Kampf für die Republik auf
1848	April	12	Der Bundestag beauftragt Preußen mit militärischer Hilfeleistung für Schleswig und Holstein
1848	April	13	Der Heckerzug beginnt Badische Revolutionäre machen sich auf den Weg von Konstanz in die badische Hauptstadt Karlsruhe
1848	April	17	Zug der Bauern vom Bodanrück nach Konstanz zur Durchsetzung der Hecker-Beschlüsse

1848	April	20	Gefecht zwischen den Freischärlern Heckers und Struves und badischen Truppen bei Kandern
1848	April	23	Oktroyierte Verfassung in Wien
1848	April	24	Die Freischar unter den Revolutionären Struve und Sigel wird bei Freiburg und Günterstal besiegt
1848	April	27	Niederlage der „Deutschen Legion“ Herweghs bei Dossenbach
1848	April	27	In Oldenburg tritt die 34köpfige Versammlung zur Beratung der Verfassung zusammen
1848	April	28	Karl Mathy wird auf Betreiben Bassermanns die Position eines badischen Staatsrates angetragen
1848	April	30	Karl Mathy stellt vor den Konstanzer Wahlmännern die Vertrauensfrage: Die Wahlmänner antworten nicht eindeutig
1848	Mai	1	Wahlen für die preußische und deutsche Nationalversammlung
1848	Mai	1	Preußische Truppen marschieren in Dänemark ein
1848	Mai	1	Bis 13.05.1848: Tagung des 34er Ausschusses zur Beratung einer Oldenburger Verfassung
1848	Mai	5	Die Wahlmänner bestimmen in Lübeck Ludwig Heinrich Wiederhold (äußerste Rechte) und Ernst Deecke (Casino) zu Abgeordneten der Nationalversammlung
1848	Mai	5	Verbot politischer Vereine in Baden
1848	Mai	7	Das Satireblatt „Kladderadatsch“ erscheint erstmalig
1848	Mai	13	Ablehnung des großherzoglichen Verfassungsentwurfs durch den 34er-Ausschuss
1848	Mai	14	Volksversammlung in Eutin bringt soziale Forderungen der besitzlosen Heuerinsten
1848	Mai	15	Aufstand in Wien für ein gesamtösterreichischen Reichstag, „Sturmpetition“
1848	Mai	17	Kaiser Ferdinand I flieht nach Innsbruck
1848	Mai	17	Der Großherzog setzt eine 6köpfige Kommission zur Erarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfes ein
1848	Mai	18	Die deutsche Nationalversammlung tritt in Frankfurt zusammen
1848	Mai	22	Eröffnung der preußischen Nationalversammlung in Berlin
1848	Mai	24	Bildung eines Verfassungsausschusses der Nationalversammlung in Frankfurt
1848	Mai	30	Die Schlacht von Goito zwischen Österreich und Piemont-Sardinien
1848	Juni		Neuaufbau der sogenannten „demokratischen Vereine“ auf der politischen Linken in Baden
1848	Juni	1	Erste Ausgabe der Marxschen <i>Neuen Rheinischen Zeitung</i> in Köln
1848	Juni	2	Erste Sitzung der neugewählten Lübecker Bürgerschaft in der reformierten Kirche

1848	Juni	4	Gründung der ersten deutschen Reichsmarine
1848	Juni	12	Beim zweiten Wartburgfest fordern Studenten die Überführung der Universitäten in Nationaleigentum, akademische Selbstverwaltung und gesamtstaatliche Finanzierung
1848	Juni	14	Die Deutsche Nationalversammlung beschließt Aufstellen einer Reichsflotte als gesamtdeutsche Marine
1848	Juni	14	Sturm auf das Zeughaus in Berlin: endgültiger Bruch zwischen Besitzbürgern und Arbeiterschaft
1848	Juni	24	Arbeiteraufstand in Paris aufgrund der Schließung der defizitären Nationalwerkstätten
1848	Juni	28	Die Deutsche Nationalversammlung erklärt den Bundestag für aufgelöst
1848	Juni	20	Bildung des Ministeriums Auerswald- Hanseemann in Preußen
1848	Juni	28	Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser
1848	Juli	3	Frankfurter Nationalversammlung berät über die Grundrechte, „ <i>Die Presse</i> “ erscheint in Wien
1848	Juli	11	Einzug des Reichsverwesers Erzherzog Johann in Frankfurt
1848	Juli	14	Schleswig-Holstein gibt sich ein modernes Wahlrecht mit einer gleichen, allgemeinen, direkten und öffentlichen Wahl
1848	Juli	13	Auflösung des Bundestages
1848	Juli	22	Eröffnung des österreichischen Reichstages in Wien
1848	Juli	22	um den 23. Juli: erneutes Verbot der „demokratischen Vereine“ in Baden
1848	August	6	Huldigung der Bundestruppen auf den Reichsverweser
1848	August	7	Wahl der Landtagsabgeordneten (Fürstentum Lübeck)
1848	August	8	Wahl der Eutiner Landtagsabgeordneten
1848	August	12	Rückkehr Kaiser Ferdinands I nach Wien
1848	August	15	Zusammentritt der Schleswig-Holsteinischen konstituierenden Versammlung
1848	August	26	Waffenstillstand von Malmö zwischen Preußen und Dänemark
1848	September	1	Eröffnung des Landtags in Oldenburg. Ludwig Völkers wird zum Landtagspräsidenten, Phillip Lindemann zum Alterspräsidenten gewählt
1848	September	2	Manifest des deutschen Arbeiterkongresses
1848	September	3	Arbeiterkongress gründet die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“
1848	September	7	Abschaffung der „Erbuntertänigkeit“ in Österreich durch ein Patent Ferdinands I.

1848	September	11	Die Berliner Regierung Hansemann-Auerswand scheitert an der Frage einer Parlamentarisierung des preußischen Heeres
1848	September	12	Die Schweiz konstituiert sich als parlamentarischer Bundesstaat
1848	September	14	Entwurf eines Konzeptes für die Durchführung eines gegenrevolutionären Staatsstreichs durch den preußischen König
1848	September	15	Die Schleswig-Holsteiner geben sich einseitig eine freie Konstitution mit freien Gemeindeverfassungen, einer in Aussicht gestellten Revision des Steuerwesens und der Trennung von Justiz und Administration
1848	September	16	Die Nationalversammlung billigt den Waffenstillstand von Malmö
1848	September	18	Septemberkrise: Straßenkämpfe in Frankfurt, dabei Ermordung Hans von Auerwalds und Felix Fürst Lichnowsky; demokratische Aufstände in Baden, Thüringen und der Pfalz
1848	September	21	Gustav von Struve fällt mit einer bewaffneten Schar in Baden ein
1848	September	24	Aufbruch Struves von Müllheim Richtung Freiburg, Niederlage in der Schlacht bei Staufen
1848	Oktober		Graf Reventlow-Jersbek übernimmt als entschieden Konservativer die Präsidentschaft der „Gemeinsamen Regierung“ nach Maßgabe des Malmöer Waffenstillstandsabkommens
1848	Oktober	3	Generalversammlung der katholischen Vereine in Mainz
1848	Oktober	6	Volksaufstand in Wien als Truppenteile meutern, Ermordung des Kriegsministers Latour
1848	Oktober	7	Kaiser Ferdinand I. flieht nach Ölmütz
1848	Oktober	9	Aufständische belagern die Lübecker Bürgerschaft und fordern die Rücknahme des allgemeinen gleichen Wahlrechts zugunsten der bestehenden ständischen Wahlordnung, die um die Gruppe der Einwohner erweitert werden sollte. Da sich das Lübecker Militär sehr zurückhalten verhielt, ruft der Senat Oldenburgische und Mecklenburger Einheiten in die Stadt. Die Einquartierung der letzten Mecklenburger endete am 05.02.1849
1848	Oktober	16	Berliner Bürgerwehr schießt auf aufständische Arbeiter (Kanalarbeiteraufstand)
1848	Oktober	22	Gemäß des Malmöer Waffenstillstandsabkommens übernimmt die mehrheitlich konservative aber schleswig-holsteinisch denkende Gemeinsame Regierung die Exekutivgewalt in den Herzogtümern
1848	November	1	Besetzung Wiens durch die kaiserlichen Truppen unter Windischgraetz
1848	November	1	Erstes reaktionäres Kabinett in Berlin seit dem März unter Führung Graf Brandenburgs
1848	November	4	Frankreichs Nationalversammlung beschließt Verfassung der 2 Republik, die eine präsidiale Spitze vorsieht
1848	November	9	Hinrichtung Robert Blums in Wien, Staatsstreich in Preußen

1848	November	10	Einmarsch Wrangels in Berlin, Beginn des Endes der Revolution in Berlin: Belagerungszustand, Kriegsrecht, Auflösung der Bürgerwehr, Verbot politischer Vereine, Beschränkung der Versammlungs- und Preßfreiheit in Preußen
1848	November	12	Die Nationalversammlung beschließt die Farben schwarz-rot-gold als Farbe der deutschen Kriegs- und Handelsmarine
1848	November	12	Verhängung des Belagerungszustands über Berlin
1848	November	14	Verhängung des Kriegsrechts über Berlin
1848	November	15	Gewaltsame Auflösung der preußischen Nationalversammlung
1848	November	16	Nach der ersten Bundesratswahl in der Schweiz wird Jonas Furrer erster Bundespräsident
1848	November	24	Verabschiedung der „Allgemeinen deutschen Wechselordnung“ durch die Nationalversammlung
1848	November	24	Papst Pius IX verlässt Rom nach revolutionären Unruhen
1848	November	27	Schwarzenberg erteilt dem Frankfurter Verfassungsentwurf die Absage Österreichs; Erhebung Berns zur Bundesstadt
1848	November	27	Verlegung der preußischen Nationalversammlung nach Brandenburg
1848	Dezember	2	Franz Joseph I wird Kaiser von Österreich
1848	Dezember	5	Oktroyierte Verfassung in Preußen, Auflösung der preußischen Nationalversammlung
1848	Dezember	10	Louis Napoléon Bonaparte wird zum Staatspräsidenten Frankreichs gewählt
1848	Dezember	15	Der ungarische Reichstag erkennt Wahl Franz Josephs I nicht an und protestiert gegen diese, Regierung Lajos Kossuths
1848	Dezember	27	Verabschiedung der Grundrechte
1848	Dezember		Österreich sagt Gagerns Doppelbundplan ab und versucht im Anschluss die preußische Kaiserwahl zu verhindern
1848	Dezember	28	Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes im Reichsgesetzblatt
1848	Dezember	30	Lübeck bekommt eine neue Verfassung mit Wahlrecht für alle Bürger, Möglichkeit des Erwerbs des Bürgerrechts durch jüdische Lübecker und öffentlicher Tagung der Bürgerschaft
1849	Januar		Preußen greift in einer Zirkularnote Gagerns Doppelplan eines engeren und eines weiteren Bundes (mit Österreich) auf
1849	Februar	5	Vereinbarung der „Zivilliste“ für den Großherzog Oldenburgs; Trennung von Privat- und Staatsvermögen
1849	Februar	9	In Rom wird die „Römische Republik“ ausgerufen. Die Aufständischen werden von Franzosen und Spaniern bis zum 03.07.1849 besiegt
1849	Februar	14	Das Staatsgrundgesetz für Oldenburg wird durch den Landtag verabschiedet. Das Großherzogtum Oldenburg wird konstitutionelle Monarchie

1849	Februar	18	Der Oldenburgische Großherzog verkündet die Landesverfassung
1849	März	4	Verkündung der oktroyierten Verfassung in Österreich („Gesamtverfassung“); Auflösung des ö. Reichstages
1849	März	7	Nach Erlasses der Gesamtstaatsverfassung Österreichs wird der Reichstag Österreich-Ungarns gewaltsam aufgelöst
1849	März	11	Feier in Eutin zur Einführung des Staatsgrundgesetzes
1849	März	12	Piemont-Sardinien erklärt Österreich den Krieg
1849	März	13	Volksversammlung auf dem Judenbühl in Nürnberg
1849	März	23	Die italienischen Aufständischen unterliegen in der Schlacht bei Novara eine Niederlage gegen die Österreicher
1849	März	26	Der Gemeinsamen Regierung folgt die von der Frankfurter Zentralgewalt eingesetzte Statthalterschaft
1849	März	27	Die Nationalversammlung verabschiedet die Verfassung
1849	März	29	Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wird von der Nationalversammlung zum Deutschen Kaiser gewählt
1849	April	3	Friedrich Wilhelm IV. lehnt die Kaiserkrone ab
1849	April	5	Gefecht bei Eckernförde, Wiederaufflammen der Feindseligkeiten
1849	April	5	Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus dem Frankfurter Parlament
1849	April	14	Anerkennung der Reichsverfassung und Kaiserwahl durch 28 kleine Teilstaaten, Aufforderung Berlins, die Kaiserkrone anzunehmen
1849	April	26	Aufforderung der Nationalversammlung an Preußen, die Kaiserkrone anzunehmen
1849	April	28	Einladung Preußens zur Beratung des Verfassungswerks (für die spätere Union)
1849	Mai	3	Beginn des Dresdner Maiaufstands, der den Rücktritt des sächsischen Königs Friedrich August II. zielt. Ende: 09.05.1849
1849	Mai	4	Beschluss der Paulskirche, Wahlen für Volkshaus und Reichstag einzuberufen; die Regierungen wurden über diesen Schritt nicht informiert: „Beschluss zur Durchführung der Reichsverfassung“
1849	Mai	9	Freispruch Ficklers durch die Freiburger Geschworenen und Haftentlassung
1849	Mai	9	Preußische Denkschrift für Österreich, die einen „deutschen Bundesstaat und eine deutsche Union mit Oesterreich“ fordert
1849	Mai	10	Die Reichsverfassung wird durch Baden anerkannt
1849	Mai	11	Meuterei der Soldaten in Rastatt: Beginn des II. Badischen Aufstandes
1849	Mai	12	Flucht des bad. Großherzogs ins Exil
1849	Mai	12	Der Senat der Stadt Lübeck amnestiert alle am Oktobertumult Beteiligten

1849	Mai	12	u. 13. Mai: Landeskongreß der demokratischen Vereine Badens beschließt radikal-linke Forderungen
1849	Mai	14	Endgültiger Bruch Preußens mit der Nationalversammlung
1849	Mai	14	Die preußischen Abgeordneten werden aus Frankfurt abgezogen
1849	Mai	16	Das preußische Kabinett stimmt dem Unionsplan Radowitz' zu
1849	Mai	17	Bildung einer Revolutionsregierung in der bayerischen Pfalz
1849	Mai	26	Die Nationalversammlung beschließt die Absenkung der Beschlussfähigkeit auf 100 Abgeordnete
1849	Mai	30	Einführung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen
1849	Mai	26	Dreikönigsbündnis von Preußen, Hannover und Sachsen mit dem Ziel, den preußischen Unionsverfassungsentwurf durchzusetzen
1849	Mai	26	Taggleich mit der Gründung des Dreikönigsbündnisses schloss sich Baden diesem an
1849	Mai	28	Verfassungsentwurf des Dreikönigsbündnisses für die Deutsche Union, der Grundlage der Verhandlungen eines einzuberufenden Parlamentes sein sollte
1849	Mai	31	letzte Sitzung der Nationalversammlung in Frankfurt
1849	Juni		Die Erläuterungen zum Unionsverfassungsentwurf durch Preußen zeichnen dessen konservative Ausdeutung vor
1849	Juni	1	Die deutsche Nationalversammlung übersiedelt nach Stuttgart
1849	Juni	1	Der bad „Landesausschuss“ löst sich auf und wählt aus den eigenen Reihen eine „provisorische Regierung“, das fünfköpfige „Direktorium“, dem Brentano, Peter, Goegg und Sigl angehören
1849	Juni	3	Fickler wird Mitglied der prov. Regierung
1849	Juni	3	Großherzog Leopold verkündet von Frankfurt aus den Einmarsch preußischer Truppen in Baden
1849	Juni	4	Seegefecht bei Helgoland zwischen der deutschen und der dänischen Kriegsmarine
1849	Juni	5	Verfassung in Dänemark
1849	Juni	10	Feierliche Eröffnung der neugewählten Konstituante für Baden
1849	Juni	12	Preußisches Militär rückt in die Pfalz ein, am 14. 06.49 wird Kaiserslautern eingenommen
1849	Juni	13	Brentano, Goegg und Werner wird als Diktatoren die Regierungsgewalt übertragen
1849	Juni	17	Die revolutionäre Pfalzregierung zieht sich mit einigen Tausend Soldaten nach Baden zurück
1849	Juni	18	Württembergische Truppen zersprengen das Rumpfparlament in Stuttgart

1849	Juni	21	Die Schlacht bei Waghäusel entscheidet den militärischen Konflikt zugunsten der konterrevolutionären Truppen
1849	Juni	25	Versammlung der ehemaligen „Erbkaiserlichen“ in Gotha (bis 27.06.49). Mehrheit unterstützt preußischen Verfassungsentwurf
1849	Juni	25	Gemeinsam mit dem preußischen Prinzen Wilhelm zieht Großherzog Leopold in Karlsruhe ein
1848	Juni	28	Brentano flieht in die Schweiz
1849	Juli	2	Brentano tritt ab. Sigel wird zum Oberbefehlshaber, Goegg zum Diktator ernannt
1849	Juli	8	Vom 8.- 10.07.1849 ist Konstanz Regierungssitz der badischen Revolutionsregierung unter Diktator Goegg
1849	Juli	10	Die Seeblätter stellen ihr Erscheinen ein
1849	Juli	10	Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark, Schleswig wird einer dänisch dominierten Verwaltungskommission unterstellt
1849	Juli	11	Goegg flüchtet am 10.07.49 bei Konstanz in die Schweiz, ihm folgen die geschlagenen revolutionären Militärs, Einrücken des konterrevolutionären Heeres in der Stadt
1849	Juli	12	Bürgermeister Huetlin wird vom Amt suspendiert. Bis zum 19.07.1849 sind alle gemeindlichen Gremien und die Kreisregierung mit Konservativen besetzt
1849	Juli	23	Rastatt übergibt sich den preußischen Truppen. Betroffen sind 5.596 rev. Soldaten und 171 Offiziere
1849	August		Militärische Räumung Schleswigs
1849	September	8	Bayern sagt die Teilnahme an der Union endgültig ab
1849	September	26	Württemberg sagt die Teilnahme an der Union ab
1849	September	30	Preußen einigt sich mit Österreich auf die Bildung einer interimistischen Bundeszentralcommission (geplant bis 01.05.50)
1849	Oktober	9	Sachsen und Hannover stellen ihre Mitarbeit am Unionsprojekt wegen der ausgeschriebenen Wahlen ein
1849	November		Erneuter Zusammentritt der konstituierenden Landesversammlung nunmehr als ordentlicher Landtag, obgleich es keine Neuwahlen gegeben hatte
1849	November	17	Der provisorische Verwaltungsrat legt den Wahltag auf den 31.01.1850 fest
1849	Dezember	9	Bayern legt einen ersten konkreten Plan für eine umfassende Reform des Deutschen Bundes vor, der später Grundlage des sogenannten Vier-Königs-Bündnisses wird
1849	Dezember	10	Rücktritt des Reichsverwesers
1849	Dezember	5	Einführung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen

1850	Januar	1	Daniel-Henri Druey wird Schweizer Bundespräsident
1850	Januar	31	Wahlen zum Volkshaus
1850	Februar		förmlicher Austritt Hannovers aus dem Dreikönigsbündnis
1850	Februar	27	Vierkönigsbündnis zwischen Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover (unter Zustimmung Österreichs)
1850	März	20	Unionsparlament in Erfurt, Zusammentritt beider Kammern am 20.03.1850 in der Augustinerkirche
1850	April	12	Letzte Tagung der konstituierenden Landesversammlung Schleswig und Holsteins
1850	April	13	Eine Mehrheit von 125 Abgeordneten (gegen 89) beschließt im Volkshaus die „volle und unbedingte Zustimmung“ zum Verfassungsentwurf
1850	April	17	Das Staatenhaus folgt dem Volkshaus in seiner Zustimmung
1850	April	27	Offizielle Mitteilung der Beschlüsse an den provisorischen Verwaltungsrat
1850	April	29	Schließung des Unionsparlaments
1850	Mai	8	bis 10.05.1850: Berliner Fürstenkongress scheitert Nur 12/26 erschienen Staaten anerkannten die verabschiedete Verfassung
1850	Mai		Einrichtung eines „provisorischen Fürstenkollegiums“ mit Preußen als „provisorischem Unionsvorstand“ (bis 15.07.1850)
1850	Mai		Der provisorische Verwaltungsrat nimmt seine Sitzungen wieder auf, um die Konstituierung des provisorischen Fürstenkollegiums voranzutreiben
1850	Mai		Sachsen scheidet nun auch formell aus dem Dreikönigsbündnis aus
1850	Juni	12	Das provisorische Fürstenkollegium (noch 22 Unionsmitgliedsstaaten sind vertreten) tritt erstmals zusammen
1850	Juli	10	Der Deutsche Bund und Dänemark beenden den Krieg mit dem Frieden von Berlin
1850	Juli		Das Provisorium wird um weitere drei Monate verlängert
1850	Juli	25	In der Schlacht bei Idstedt werden die Schleswig-Holsteiner geschlagen
1850	September	2	Der österreichische Außenminister Schwarzenberg ruft den alten Bundestag des „Deutschen Bundes“ wieder ein
1850	Oktober	1	In Bern erscheint die Tageszeitung „Der Bund“
1850	Oktober	4	In der Schlacht bei Friedrichstadt werden die Schleswig-Holsteiner endgültig geschlagen

1850	Oktober	12	Im Bregenzer Vertrag schließen sich Bayern und Württemberg Österreich an, um sich gemeinsam militärisch gegen mögliche Angriffe zu schützen
1850	Oktober		Das Provisorium endet
1850	Oktober	30	Österreich droht Hessen-Kassel mit der Bundesexekution, Preußen erwidert dies mit der Drohung ggf. ebenfalls zu mobilisieren
1850	November	3	Radowitz wird als Außenminister Preußens gestürzt
1850	November	29	Vertrag von Ölmütz zwischen Österreich und Preußen
1850	Dezember	18	Beschluss, die noch existierenden Unionsgremien abzuwickeln
1850	Dezember	23	Beginn der Dresdener Konferenz zur Reform des Deutschen Bundes (bis 15. Mai 1851), die in den Kernpunkten aufgrund des Dualismus zwischen Österreich und Preußen scheitert
1851	Juli	15	Der Gothaer Vertrag regelt Staatsangehörigkeitsfragen der siebzehn unterzeichnenden Staaten